VOL. # 36

R 12

VOL. #36

R12

IV/8

Krakau

Donnerstag, den 1. Juni 1944

10^{30} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger, Abteilungspräsident Notar Gutbrod, Baudirektor Hallbauer, Referent von Palézieux und Architekt Korinthenberg.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, in welcher Weise über ein Stofflager verfügt werden soll, das ursprünglich im Besitz der vormaligen Baudirektion gewesen ist, und welche Teile dieses Lagers für die Verwaltung der Burg zur Verfügung gestellt werden können.

Da sich in der Besprechung bei den Teilnehmern Meinungsverschiedenheiten über die Verfügungsbefugnis hinsichtlich dieses Stofflagers ergeben, weist der Herr Generalgouverneur die Teilnehmer der Besprechung an, sich durch eigenen Augenschein ein Bild von den Lagerbeständen zu verschaffen, diese genau zu überprüfen und ihm dann abschliessenden Bericht zu erstatten.

11^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Eichholz.

Präsident Dr. Eichholz teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am Freitag, dem 2. Juni vormittag 11.00 Uhr in der Aula der Oberschule Krakau eine Trauerfeier zu Ehren des bei Ausübung des Polizeihilfsdienstes von Mörderhand gefallenen Studienrats Dr. Hoff stattfindet, und bittet den Herrn Generalgouverneur, an dieser Trauerfeier teilzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur sagt seine Teilnahme an dieser Feierlichkeit zu.

Präsident Dr. Eichholz gibt dem Herrn Generalgouverneur dann einen Überblick über die von der Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements in der nächsten Zeit durchzuführenden Veranstaltungen. Weiter legt Präsident Dr. Eichholz dem Herrn Generalgouverneur ein Verzeichnis der Persönlichkeiten vor, die für die Aufnahme in die Gesellschaft der Wissenschaften geeignet erscheinen bzw. sich zur Aufnahme in die Gesellschaft ge-

meldet haben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit den Vorschlägen einverstanden und wünscht, daß bei der Aufnahme die wissenschaftliche Tätigkeit dieser Persönlichkeiten gekennzeichnet werden möge.

Präsident Dr. Eichholz teilt ferner mit, daß von der Gesellschaft der Wissenschaften bereits eine Broschüre herausgegeben worden und eine zweite Broschüre in Vorbereitung sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Eichholz, in der Krakauer Zeitung eine Veröffentlichung über Aufbau und Arbeit der Gesellschaft der Wissenschaften in den ersten zwei Semestern erscheinen zu lassen. Im übrigen gibt er seiner Genugtuung über die bisher von der Gesellschaft geleistete Arbeit Ausdruck.

In diesem Zusammenhang bezeichnet es der Herr Generalgouverneur als wünschenswert, daß die Tätigkeit der Gesellschaft der Wissenschaften sich auch auf die Distrikte erstrecken möge, und wirft die Frage auf, ob sich vielleicht die Errichtung von Aussenstellen empfehle.

Präsident Dr. Eichholz kommt dann auf die Frage der Schulbücher zu sprechen und hält angesichts der Verhältnisse im Generalgouvernement eine Vereinheitlichung des Schulbuchwesens im Generalgouvernement für unangebracht. Nach der neuerlich ergangenen Verfügung des Reichserziehungsministeriums solle ja nunmehr für alle Schulen Großdeutschlands ein einheitliches Schulbuch herausgegeben und als Grundlage für den Unterricht genommen werden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen diese Vereinheitlichung, die für das Schulwesen des Generalgouvernements unter keinen Umständen eintreten dürfe. Er ermächtige deshalb Präsident Dr. Eichholz, die Schulbuchpolitik des Generalgouvernements wie bisher unabhängig vom Reich zu gestalten und einen entsprechenden Vorschlag ihm einzureichen.

1.6.1944

Präsident Dr. Eichholz gibt dann dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß am Ende des Schuljahres zum ersten Male die sogenannten Leistungsprüfung für die schulische Erziehung durchgeführt werde. Dafür sei eine feierliche Schlußveranstaltung in der Deutschen Kampfbahn vorgesehen, an der er den Herrn Generalgouverneur teilzunehmen bitte.

Der Herr Generalgouverneur sagt seine Teilnahme zu.

Dem Vorschlag des Präsidenten Dr. Eichholz, die Bildhauer Zettlitzer und Eichler, den Vorsitzenden der Kulturkammer des Sudetengaues, bei sich zu empfangen, stimmt der Herr Generalgouverneur zu.

Präsident Dr. Eichholz gibt sodann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem unliebsamen Vorfall, der sich kürzlich in der Oberschule Krakau ereignet hat. Zu einer Turnunterrichtsstunde sei ein Referent der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht erschienen, und ein Schüler habe ihn vor der versammelten Klassenschülerschaft darauf hingewiesen, daß er sich noch nicht legitimiert habe. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, seine Zustimmung dazu zu geben, daß dieses Verhalten des Schülers aufs schärfste disziplinarisch geahndet werde.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß ein solches Verhalten eines Schülers unter keinen Umständen geduldet werden könne. Er halte es deswegen für notwendig, daß vor der gesamten Schülerschaft der Oberschule dieses Verhalten des Schülers aufs schärfste verurteilt und gegebenenfalls die zulässigen Disziplinarstrafmittel gegen ihn zur Anwendung gebracht würden. Jedenfalls dürfe ein solcher Fall sich niemals wiederholen, denn die Autorität des Staates repräsentiere sich auch in der Autorität der Schule.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Eichholz, daß die endgültige Berufung des bisherigen kommissarischen Leiters der Oberschule

1.6.1944

Dr. Fiedler bereits vor über 1 Jahr eingeleitet worden sei. Eigentlich laufe der Ernennungsantrag schon seit Januar 1942.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Präsident Dr. Eichholz, nunmehr aus eigener Machtvollkommenheit Dr. Fiedler endgültig in sein Amt zu berufen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Berufung in das Amt vom Reichserziehungsministerium vorgenommen werde.

In diesem Zusammenhang bezeichnet es der Herr Generalgouverneur als notwendig, die Frage der kommissarischen Tätigkeit leitender Beamten des Generalgouvernements einer Prüfung zu unterziehen. Er will vor allem den Zusatz " mit der Führung der Geschäfte beauftragt", den Stadthauptmann Dr. Krämer bisher noch immer neben seiner Amtsbezeichnung führt, beseitigt wissen und in dieser Beziehung ein Schreiben an Staatssekretär Dr. Bühler richten.

Der Herr Generalgouverneur gibt abschliessend Präsident Dr. Eichholz Kenntnis davon, daß bei Wehrmachtveranstaltungen im Staatstheater nunmehr jeweils 120 bis 200 Theaterplätze für andere Theaterbesucher zur Verfügung gestellt werden sollten. Bei einer Besprechung dieser Frage sei an die Schaffung eines sogenannten Abonnements E gedacht worden, für das in erster Linie junge, bildungsfähige Menschen, insonderheit junge Lehrer und Lehrerinnen in Betracht kommen sollten.

12^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Generalintendant Stampe gegen eine weitere Beschäftigung der Operettensängerin Gerti Vogt keine Bedenken geäussert habe, um so weniger, da ihm aus der Bevölkerung heraus irgendwelche Wünsche nach einer Entfernung dieser Künstlerin nicht zugegangen seien.

1.6.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, daß er sich nicht in der Lage fühle, von dem Tatbestand irgendwelche Kenntnis zu nehmen, ist aber im übrigen mit der von Präsident Ohlenbusch im Einvernehmen mit Generalintendant Stampe vorgesehenen Regelung einverstanden.

Präsident Ohlenbusch gibt dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß am kommenden Sonnabend zum ersten Male die Aufnahme der für jeden Monat vorgesehenen politischen Parole des Generalgouverneurs stattfinden kann.

Auf Vorschlag des Präsidenten Ohlenbusch soll davon abgesehen werden, die in der Schweiz befindliche Stradivarigeige für Konzertmeister Assmann zu erwerben, da der Kaufpreis von 150 000 Frank zu hoch erscheint und fast gleichwertige Instrumente zu wesentlich niedrigeren Preisen erworben werden können.

Wie Präsident Ohlenbusch weiter mitteilt, kann das Konzert mit Werken von Richard Strauß von Chefdirigent Hindemith nicht dirigiert werden, da er sich einer Operation unterziehen muß. An seiner Stelle wird Kapellmeister Swarowski die Leitung dieses Konzerts übernehmen. - Der Vertrag mit Chordirigent Kuchenmeister soll im Einvernehmen mit Generalintendant Stampe verlängert werden.

Auf Vorschlag des Präsidenten Ohlenbusch erklärt sich der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, daß an dem antijüdischen Kongress als Vertreter der Polen ein Prälat und gegebenenfalls noch ein zweiter polnischer Staatsangehöriger, als Vertreter der Ukrainer Professor Kubijowitsch teilnehmen und evtl. das Wort ergreifen.

Ferner erklärt sich der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, daß der bisherige Intendant der Philharmonie des Generalgouvernements Hasslinde eine Stellung in der Schriftleitung der Zeitschrift "Das Generalgouvernement" erhält.

13^{00} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger und Referent von Palézieux.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage des Erwerbs von Stoffen für die Burg.

IV/8

Krakau

Freitag, den 2. Juni 1944

10[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Deutschen Oberschule Krakau.

11[00] Trauerfeier für den in Ausübung seiner Polizeidienstpflicht gefallenen Studienrat Dr. Hoff.

12[05] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Präsidenten Dr. Senkowski und Ohlenbusch Dienstleiter Hagemeyer vom Ministerium Rosenberg, Oberregierungsrat Schneider, SS-Hauptsturmführer Ballensiefen vom Reichssicherheitsamt, ferner die Parteigenossen Dr. Walz und Gummert.

Gegenstand der anschliessenden Besprechung ist die Vorbereitung des Antijüdischen Kongresses.

Dienstleiter Hagemeyer berichtet über die bereits für den Kongress, der in den Tagen vom 9. bis 15. Juli stattfinden soll, geleisteten Vorarbeiten und das in Aussicht genommene Programm.

Für die Fragen der Unterkunft, der Verpflegung, der für die Sitzungen des Kongresses in Aussicht genommenen Lokalitäten und der Sicherheit der Kongressteilnehmer wird Präsident Ohlenbusch im Einvernehmen mit der Leitung des Kongresses Sorge tragen.

Nach Besprechung aller Organisationsfragen gibt der Herr Generalgouverneur seiner Freude darüber Ausdruck, daß dieser wichtige Kongress in der Hauptstadt des Generalgouvernements stattfinde. Er erklärt sich auch bereit, zu diesem Kongress abgesehen von den von der Leitung in Aussicht genommenen Teilnehmern von sich aus an prominente Persönlichkeiten des Reiches Einladungen ergehen zu lassen. Weiter gibt der Herr Generalgouverneur dem Wunsche Ausdruck, daß der Kongress mit einer eindrucksvollen Schlußtagung in der "Urania" seinen Abschluß finden möge. Er lege dem Kongress eine ausserordentlich

grosse Bedeutung bei, da er gerade in einem Zeitpunkt stattfinden solle, in welchem die Feindpropaganda sich nicht genug tun könne, von dem kommenden Siege der interalliierten Mächte zu reden. Er halte es auch für besonders wichtig, daß 2 Angehörige des polnischen Volkstums und 1 Ukrainer an dem Kongress teilnähmen. Im ehemaligen Polen sei der Antisemitismus stets sehr stark gewesen, insbesondere in den Schichten der Arbeiter und Bauern, er habe sich leider angesichts der Bestechlichkeit der oberen Klassen nicht genügend durchsetzen können. Daher sei es besonders beachtlich, daß eine Stadt wie Krakau, die einstmals 80 000 Juden unter ihren Einwohnern gehabt habe, im Rahmen dieses Kongresses als „Antisemitropolis" bezeichnet werden könne. Es werde sein Bestreben sein, den Kongress und seine Arbeiten nach allen Möglichkeiten zu fördern.

12[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Dr. Senkowski und des Bereichsleiters Bodo Stahr Landeshauptmann Kate-Oberschlesien, die Oberbürgermeister Dr. Tießler-Kattowitz und Schmieding-Beuthen.

In der anschliessenden Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Lage des Generalgouvernements und die Schwierigkeiten, mit denen die Regierung des Generalgouvernements zur Zeit zu kämpfen hat.

13[15] Mittagessen.

19[25] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

Kammermusikabend mit Werken von Professor Dannehl im Gotischen Saal.

21[15] Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Samstag, den 3. Juni 1944

10^{50} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. von Craushaar.

Staatssekretär Koppe erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Bandenlage. In diesem Zusammenhang trifft Staatssekretär Koppe die Feststellung, daß die meisten Überfälle ohne deutsche Gegenwehr durchgeführt worden seien, weil z.B. während der Fahrt mit Personen- oder Lastkraftwagen den Vorgängen auf der Strasse von den Fahrern und dem Begleitpersonal nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt werde. Die Mannschaften hätten ihre Waffen immer wieder weder schußbereit noch im Anschlag. Er habe deshalb einen scharfen Befehl des Inhalts herausgegeben, daß jeder wegen militärischen Ungehorsams bestraft werde, der bei der Fahrt durch bandenverseuchte Gebiete die Waffe zum mindesten nicht schußbereit habe.

12^{00} Besprechung mit Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler in Gegenwart des Staatssekretärs Koppe, des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. von Craushaar. ±)

13^{15} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle in Gegenwart des Staatssekretärs Koppe.

Rechtsrat Dr. Hammerle überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine zwischen dem Wehrkreiskommando und der Inspektion des Sonderdienstes getroffene Vereinbarung über eine Neuregelung der Verhältnisse des Sonderdienstes. Diese Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

1) Der Sonderdienst ist eine aus Volksdeutschen aufgestellte Truppe. Sie untersteht unmittelbar dem Generalgouverneur.

±) siehe S.

3.6.1944

2) Der Aufbau ist nach militärischen Grundsätzen durchgeführt. Der Einsatz erfolgt zur Erfüllung verwaltungstechnischer und Sicherungsaufgaben.

3) Im Generalgouvernement befinden sich

je ein Sonderdienst- (Verwaltungs) Bataillon mit Stab und 3 Kompanien in jedem Distrikt

ein Sonderdienstersatzbataillon in Krakau

4) Angesichts der gespannten Sicherheitslage im Generalgouvernement hat der Generalgouverneur die Aufstellung eines Sonderdienstsicherungsbataillons verfügt, das vornehmlich den Schutz der Landwirtschaftsführer bei Erfassung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in bandengefährdeten Gebieten ausüben soll.

5) Auf Befehl des OKW unterstützt entsprechend dem Wunsche des Generalgouverneurs das Wehrkreiskommando Auf- und Ausbau des Sonderdienstes personell und materiell.

6) Als Bataillons-, Kompanie- bezw. Zugführer werden ab 1. Juni 1944 auf die Dauer von 6 Monaten zum Sonderdienst kommandiert:

a) 15 Offiziere vom Heerespersonalamt

b) 37 Unteroffiziere und Mannschaften

und zwar

10 Unteroffiziere und Mannschaften vom Wehrkreis I

7 Unteroffiziere und Mannschaften vom Wehrkreis II

10 Unteroffiziere und Mannschaften vom Wehrkreis IV

10 Unteroffiziere und Mannschaften vom Wehrkreis VIII.

7) Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres unterstehen dem Wehrkreiskommando. Dieses regelt ihren Einsatz und die weitere Unterstellung. Eine disziplina-

rische Unterstellung unter den Führer des Sonderdienstes findet nicht statt, nur eine fachliche. In Bezug auf fachlichen Einsatz sind sie an die Weisungen des Generalgouverneurs oder der von ihm beauftragten Persönlichkeiten gebunden.

8) Die rein militärische Ausbildung des Sonderdienstes leitet das Wehrkreiskommando, das die dazu erforderlichen Anforderungen unter Beteiligung der Inspektion des Sonderdienstes trifft.

9) Die Materialanforderung richtet die Inspektion des Sonderdienstes an das Wehrkreiskommando.

10) Die ärztliche Betreuung des Sonderdienstes regelt der Wehrkreisarzt mit der Inspektion des Sonderdienstes.

Für das Wehrkreiskommando
Der Chef des Generalstabes

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden, beauftragt aber Rechtsrat Dr. Hammerle, einige von Staatssekretär Koppe gemachten Einwendungen bei der endgültigen Fassung dieser Vereinbarung nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

13^{15} Mittagessen.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

16^{30} Teempfang in Haus Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Bericht

über die Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler, die am 3. Juni 1944 in Gegenwart des Staatssekretärs Koppe, des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. von Craushaar stattgefunden hat.

Generalgouverneur Dr. Frank: Herr General, welche Wünsche haben Sie auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie?

Generalleutnant Schindler: Ich darf zunächst darauf hinweisen, daß wir im Raum sehr eingeengt sind. Es schiebt sich alles von vorn nach hinten zurück. Gleichwohl kommen noch Aufträge herein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wieviel Rüstungsfabriken haben wir im Generalgouvernement?

Generalleutnant Schindler: Ungefähr rund 100. Die Zahl der Rüstungsarbeiter variiert etwas; es sind ungefähr 185- bis 190 000 ohne die Arbeiter der Zubringerbetriebe. Neben den eigentlichen Rüstungsbetrieben gibt es noch etwa 1 200 Kleinbetriebe, die mit uns zusammenarbeiten. Nach den Befehlen, die ich habe, hätte ich auch die 1 200 Zubringerbetriebe unter meine Leitung nehmen müssen. Ich habe es nicht getan, weil es mir zuviel wird. Ich habe aber Herrn Präsidenten Dr. Emmerich gebeten, dafür zu sorgen, daß diese Betriebe eine entsprechende Förderung erhalten. In diesen Kleinbetrieben sind auch noch etwa 150 000 Arbeiter beschäftigt.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wissen Sie, wieviel Fabriken wir damals hatten, als wir mit unserer Arbeit begonnen haben?

Generalleutnant Schindler: Wir haben damals mit 70 000 Arbeitern angefangen, Ich habe mich eigentlich immer ausdrücklich gegen die Zunahme der Betriebe gewendet. Es vergeht kein Tag, an dem nicht soundsoviele Werke

mich flehentlich bitten, beim Rüstungskommando beschäftigt zu werden. Zum Rüstungskommando besteht auch ein gewisses Vertrauensverhältnis; denn es tritt für diese Kleinbetriebe ein. Ich kann mich nicht dagegen wenden, daß die Firmen zu mir kommen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Unser Rüstungspotential ist also voll ausgenutzt?

Generalleutnant Schindler: Nein, leider nicht. Es ist natürlich für mich schwierig, das von mir aus durchzuführen. Ich habe mich auch in Berlin darüber beschwert, daß die Auftragsverlagerung vom Reich unseren besonderen Verhältnissen nicht angepaßt ist. So muß z.B. immer erst ein Auftrag herausgesucht werden, der für die Lokomotivenfabrik paßt. Leider hat es an einer spezialisierten Belebung unserer Fabriken gefehlt. Gleichwohl habe ich mich bemüht, die anderen Fabriken voll auszulasten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie meinen also: wenn man vom Reich mehr Verständnis für die Lage des Generalgouvernements hätte, könnte man noch mehr Aufträge ins Generalgouvernement hinein verlegen.

Generalleutnant Schindler: Eine grosse Neigung, auf das Generalgouvernement zuzugehen, besteht leider im Reich nicht. Dort kommt man immer mit den gleichen Ausflüchten. Die Herren im Reiche haben geklagt, daß sie keine Arbeitskräfte hätten. Ich habe ihnen gesagt: gebt uns doch die Aufträge herüber. Wir haben ja im Generalgouvernement noch reichlich Aufnahmekapazität. Unsere 8 000 Handwerksbetriebe werden nur zu 80% ausgenutzt; 1 600 stehen leer und sind schließlich darauf angewiesen, Schwarzarbeit zu machen. Wir haben z.B. eine Kapazität von 280 Wagen im Werke Ostrowiec, sie war aber nie höher ausgenutzt als mit 200 Wagen. Als die Fertigung etwas höher geworden war, hat man sie wieder auf 200 herabgesetzt. Natürlich hängt das auch mit unserer Preisgestaltung zusammen.

Staatssekretär Koppe: Es gibt viele Dinge, die vielleicht doch anders gestaltet werden könnten. Ich denke besonders an die Hochöfen und an die Eisenerzgewinnung. Hier wollen wir den Reichsführer SS einschalten. Ich halte es für durchaus möglich, die Eisenförderung zu vergrössern. Aber die Konzerne und Trusts sehen es nicht gern, wenn im Generalgouvernement zuviel Eisenerz gefördert wird. Leider können die führenden Männer an halbamtlicher Stelle so wirksam tätig werden, daß das einfach nicht zugelassen wird. Deswegen würde ich es für richtig halten, hier einige Staatswerke aufzuziehen, die mit diesem ganzen Interessenklüngel nichts zu tun haben. Wir errichten Hochöfen da, wo wir das für nötig halten. Die Herren Röchling und andere haben offenbar die Befürchtung, daß eine zu starke Verlagerung nach dem Osten vor sich geht.

Generalgouverneur Dr. Frank: Herr General, haben Sie das auch in Berlin vorgebracht?

Generalleutnant Schindler: Jawohl. Herr Schieber hat auch die Berechtigung der Vorwürfe anerkennen müssen, einmal des Vorwurfs, daß man von seiten des Reiches die Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements nicht tatkräftig genug unterstütze, zum andern des Vorwurfs, daß die Auftragsverlagerung nicht den besonderen Verhältnissen des Generalgouvernements angepaßt sei. Auch ist der Hinweis des Herrn Staatssekretärs Koppe berechtigt, daß hier ein gewisser Egoismus im Spiele stehe. Die Leute im Reich haben offenbar das Interesse, die besseren Aufträge für sich zu behalten, für die grosse Stückzahlen in Betracht kommen, und leiten uns im allgemeinen die Aufträge zu, für die nur kleine Stückzahlen in Betracht kommen und bei deren Ausführung wir in der Fertigung auf größte Schwierigkeiten stossen, weil man zum Anlaufen solcher Betriebe gewisse Vorrichtungen und Lehren braucht und sich alles das hereinbringen lassen muß. Herr Schieber hat mir in diesem Zusammenhang erklärt, daß es

für Interessenten oft schwierig sei, ins Generalgouvernement hereinzukommen, und ihnen die Einreiseerlaubnis nicht gegeben werde. Ich habe darauf gesagt, man möge mich nur anrufen, dann würde ich sofort dafür sorgen, daß der Betreffende hereingeholt werde. Die Regierung macht mir in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten, es sei denn, daß jemand die Bestimmungen nicht beachtet hat; er muß natürlich die Erlaubnis zum Überschreiten der Grenze haben. Auch sonst macht mir die Regierung keine Schwierigkeiten. Wir kommen mit den Dienststellen der Regierung ausserordentlich gut aus. Wenn ich ehrlich sein darf, könnte ich allerdings manchmal schon eine gewisse Hilfstellung brauchen. Gerade bei der Eisensache komme ich der Industrie gegenüber nicht durch. Im Generalgouvernement fertigen wir in der Gegend von Ostrowiec und Starachowice Eisenerze, die besser sind als die Ballenstedter, unser einziges Eisenerzvorkommen. Das Eisenerz hat zwar ziemlich viel Kieselsäure, läßt sich aber zu ungefähr 30 bis 38% verhütten gegenüber einer Verhüttung von 28% des Ballenstedter Eisens. Koks brauchen wir hier wie die anderen auch. Aber wir liegen ja näher an Oberschlesien. Es hat grosse Mühe gemacht, den Hochofen von Tschenstochau in Gang zu setzen. Wenn ich nicht fünf Mal beim Wirtschaftsministerium gewesen wäre und meinen Standpunkt energisch vertreten hätte, hätte ich die Schwierigkeiten nicht überwinden können. Wir produzieren jetzt auch selber Kalk und wollen ein neues Mangan herstellen, für das ja ein neuer Engpaß entstanden ist. Allgemein kann also gesagt werden: die Leute vom Westen haben kein Interesse, daß der Osten groß wird. Aber unsere Nachbarn in Oberschlesien sind auch keine Altruisten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Die verfolgen also absichtlich die Politik, daß wir mit unserer Eisenproduktion hintan-gehalten werden.

Generalleutnant Schindler: Wo ich bezw. meine Betriebsführer versuchen, die Ingangsetzung des vierten Hochofens in die Wege zu leiten, stossen wir auf Schwierigkeiten. Es geht alles zu langsam. Das ärgert einen natürlich. Wir erzeugen ungefähr 40% unseres Eisenbedarfs, und zwar in einer Menge von 10 000 Tonnen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Angenommen, wir hätten den vierten Hochofen - -

Generalleutnant Schindler: - dann hätten wir noch 6 000 Tonnen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Mit anderen Worten: wir verlieren also 6 000 Tonnen, weil dieser Hochofen nicht in Betrieb gesetzt wird.

Generalleutnant Schindler: Wir haben 3 Hochöfen in Betrieb: einen alten in Tschenstochau, der durch einen neuen ersetzt werden soll, einen in Starachowice und einen in Ostrowiec. Der alte Hochofen in Tschenstochau wird erst jetzt hergestellt. Von den 3 Hochöfen, die wir haben, kann der in Starachowice gelegene höchstens noch 4 Monate in Betrieb gehalten werden; dann fällt er zusammen. Dabei ist aber die Kapazität dieser alten Hochöfen wesentlich geringer als die eines neuen Hochofens. Sie geben nämlich nur 2 5000 Tonnen, aber ein neuer, moderner Ofen könnte die Kapazität auf 6 000 Tonnen steigern. Es muß daher unser Bestreben sein, diese alten Hochöfen möglichst in neue umzutauschen. Man hat bei leistungsfähigen Hochöfen auch den Vorteil, eine Dichtgaswirtschaft treiben zu können. Aus den Abgasen der Kohle gewinnt man ein brennbares Gas. Diess Gas wird auch bereits benutzt, aber die Wirtschaft könnte noch lukrativer werden, wenn man 2 leistungsfähige Öfen zur Verfügung hätte. Eine Dichtgaswirtschaft im Zusammenhang mit einer Generatorwirtschaft würde für uns eine grosse Hilfe bedeuten. Hier liesse sich also etwas erreichen, und nach Möglichkeit geschieht auch schon etwas. - Unsere Absicht ist es also, 4 wirklich leistungsfähige Hochöfen zu haben. Wir brauchen 2 neue Hochöfen, den einen für Ostrowiec und den andern für Tschenstochau.

Generalgouverneur Dr. Frank: Auf welchen Stand würden Sie dann die Eisenproduktion bringen könnten?

Generalleutnant Schindler: Nun, sagen wir: auf 18- bis 20 000 Tonnen, während wir jetzt nur rund 10 000 Tonnen produzieren. Leider ist es aber so: die Leute im Reich sagen sich, wenn wir mit irgendetwas anfangen, dann müssen wir die Industrie im Generalgouvernement in der Hand haben. Sie wollen eben keine Konkurrenz aufkommen lassen und sich alles nutzbar machen, was später einmal lukrativ verwendet werden kann. Die Herrn sagen sich eben: wenn wir den Leuten im Generalgouvernement soviel Eisen in die Hand geben, dann machen sie sich unabhängig. - In der Stahlproduktion kommen wir gut vorwärts: wir werden 26- bis 30 000 Tonnen Stahl im Monat fertigen können. Im allgemeinen fertigen wir jetzt den Stahl etwa mit einem Einsatz von 70% Schrott und 30% Eisen. Von den 10 000 Tonnen, die wir z.Zt. fertigen, ist ein Teil stark kieselsäurehaltig. Die Schrottzufuhr aus Rußland ist jetzt weggefallen, und deutschen Schrott erhalten wir nicht. Ich habe mit Präsident Dr. Emmerich über diese Frage gesprochen und ihm vorgeschlagen, wir sollten doch in der Schrottsammlung etwas kurz treten, weil uns das Reich den gesammelten Schrott doch wegnähme; denn es hat uns bereits 6 000 Tonnen im Monat abgezogen. Ich habe gesagt, man solle den Schrott lieber als Reserve liegenlassen. Wir werden aber dazu kommen müssen, 30% Schrott und 70% Eisen zu verarbeiten, und das müßte mit den uns zur Verfügung stehenden Erzen auch möglich sein. Der von uns hergestellt Stahl ist anderem Stahl gleichwertig, er wird auch noch durch verschiedene Zusätze im Martinofen veredelt, er kommt dann noch in den Elektroofen, wo er ebenfalls entsprechende Zusätze erhält. Aus allen diesen Gründen dränge ich darauf, daß wir mehr Eisen erhalten, weil wir nicht genug Schrott haben.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich sehe voraus, daß eine Entwicklung unserer Rüstungsindustrie auf dem von

Ihnen beschrittenen Wege durchaus möglich wäre. Wir könnten also bei einer entsprechenden Umstellung die Eisenproduktion fast verdoppeln. - Glauben Sie denn, daß man das Reich dazu bringen kann, uns zu helfen?

Generalleutnant Schindler: Ich glaube schon. Herr Malzacker, der bei uns mit der Metallurgia-Radomsko interessiert ist, zeigt durchaus Entgegenkommen. Ich komme mit ihm gelegentlich einer Sitzung zusammen, die er für den 16. Juni einberufen hat, und habe mir vorgenommen, diese Frage mit ihm ausdrücklich zu besprechen. Ich habe über die Eisenfrage auch mit dem Minister gesprochen, und er zeigt sich im Einvernehmen mit Herrn Malzacker dafür durchaus interessiert.

Generalgouverneur Dr. Frank: Brauchen Sie noch Werke?

Generalleutnant Schindler: Ich persönlich reisse mich nicht darum.

Generalgouverneur Dr. Frank: Was die Werke angeht, haben Sie also bekommen, was Sie brauchen, und zwar im Einvernehmen mit der Regierung?

Generalleutnant Schindler: Jawohl.

Generalgouverneur Dr. Frank: Hat die Regierung Ihnen immer die Werke gegeben, die Sie brauchen?

Generalleutnant Schindler: Es ist natürlich so: wenn ich einen Betrieb haben will, dann sagt die Regierung unter Umständen, sie brauche den Betrieb aus den und den Gründen, - und dann einigen wir uns. Ein Recht, auf diesem Gebiet selbständig vorzugehen, habe ich nicht.

Staatssekretär Koppe: Haben Sie nicht irgendwelche Schwierigkeiten oder bestenen Klagen über Textilien?

Generalgouverneur Dr. Frank: Das ist eine Einzelfrage. Aber sonst kommen Sie gut aus?

Generalleutnant Schindler: Ja.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich brauche unbedingt eine Papierfabrik im Generalgouvernement. Da müssen Sie mir in Ihrem eigenen Interesse helfen. - Was die Werke angeht, so stelle ich nach Ihren Ausführungen fest, daß Sie eigentlich Schwierigkeiten nicht haben. Sie haben von Ihrem Recht noch gar keinen Gebrauch zu machen brauchen.

Generalleutnant Schindler: Wir haben uns dahin geeinigt, daß keine Beschlagnahme von mir und auch von Ministerialrat Plodeck aus erfolgt, abgesehen natürlich von gewissen Ausnahmen. Die Werke sind zwar zu Rüstungsbetrieben erklärt, sind aber nicht beschlagnahmt, sondern bleiben vollkommen in der Hand der Regierung. Die Belegung wird in demselben Einvernehmen vorgenommen. Mit der Beschlagnahme ist die Verfügung der Regierung etwa nicht aufgehoben, sondern die Regierung behält für die Dinge, die nicht zum Rüstungssektor gehören, vollkommene Freiheit.

Generalgouverneur Dr. Frank: Es liegt ja auch in Ihrem Interesse, daß das Wirtschaftsleben im Generalgouvernement noch aufrechterhalten wird. Ich freue mich, daß Sie den Gesichtspunkt der Vereinbarung so in den Vordergrund rücken.

Generalleutnant Schindler: Ich bedaure, daß die in den Rüstungswerken freie Kapazität von der Wirtschaft nicht in grösserem Umfange ausgenutzt wird. Ich habe zu verschiedenen Malen darauf hingewiesen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Geben Sie mir diese freien Kapazitäten, dann werde ich darüber verfügen. Ich danke Ihnen sehr, daß Sie mir diesen Hinweis machen.

Generalleutnant Schindler: Es handelt sich um ganz einfache Dinge bei dieser Produktion, ob es nun Schaufeln sind oder sonstige im öffentlichen Interesse herzustellende Gegenstände wie Blechsachen - ihre Fertigung kann man immer gut in den allgemeinen Produktionsprozeß hineinschieben. Vor allem sind die Marswerke

in Warschau mit Aufträgen schlecht versorgt. Das gilt auch für die Lokomotivenfabrik. Hier wollte mir die Ostbahn die Arbeiter wegziehen, mit dem Erfolge, daß vier Fünftel der Arbeiter weggelaufen sind. Ich habe mich dagegen gewendet, und dann haben wir nach langen Verhandlungen einige Wagen zur Reparatur bekommen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich verspreche, daß ich Ihnen helfen werde. Es ist ja unser eigenes Interesse.

Generalleutnant Schindler: Ich habe mit Herrn Schieber ausgemacht, daß eine Änderung der Verhältnisse eintreten müsse. In der letzten Zeit ist denn auch eine Anzahl von Aufträgen hereingekommen, in ansehnlichem Umfange für Dinge, die das Handwerk angehen. Ausserdem habe ich mit Herrn Schieber verabredet, daß er mir einen Verbindungsmann für diese Frage stellt. Eigentlich wäre das ja Aufgabe des Direktors Richter, der gleichzeitig Betriebsführer von Stalowa Wola ist.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wir müßten einen eigenen Rüstungsobmann haben.

Generalleutnant Schindler: Für diese Aufgabe ist schon Herr Richter da. Er hat aber soviele Nebenaufgaben zu erfüllen, daß wir das selber in die Hand genommen und Herrn Schieber ersucht haben, uns eine geeignete Persönlichkeit zu stellen. - Ich nehme an, daß die Rüstungsaufträge schon ein gutes Stück vorangebracht werden. - Was die Angelegenheit der Sturmgeschütze angeht, so habe ich ursprünglich innere Hemmungen dagegen gahabt. Es ist aber eine Möglichkeit gegeben. Ich habe die Leute zusammengeholt, und wir können noch in der Lokomotivenfabrik in Ostrowiec Kapazitäten freimachen, ausserdem in den Marswerken, wenn wir einen Auftrag, den wir auf Zugmaschinen haben, entsprechend verkleinern. Selbstverständlich müßten die Motoren für diese Sturmgeschütze geliefert werden. Das Geschütz selber mit der Wanne usw. könnte denn bei uns montiert werden.

Staatssekretär Koppe: Meines Erachtens kann mit dieser Arbeit sofort begonnen werden, wenn man die Kapazität der nicht ausgelasteten Werke voll ankurbelt und gleichzeitig ein Werk im nicht luftgefährdeten Gebiet aufbaut.

Generalleutnant Schindler: Wir haben darüber schon verschiedene Feststellungen treffen lassen, und einige meiner Herren bearbeiten diese Frage. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß man für eine solche Fertigung ausserordentlich hohe Temperaturen braucht.

Generalgouverneur Dr. Frank: Das sind technische Einzelfragen, die doch wohl gelöst werden können.

Generalleutnant Schindler: Die Kohlenversorgung des Generalgouvernements ist ja erfreulicher Weise in Ordnung. Wir sind aber auch auf das Erdgas angewiesen. Hier mache ich darauf aufmerksam, daß das Erdgasvorkommen in Daszawa östlich von Stryj von der Front nur einige Kilometer entfernt ist. Sollten die Russen weiter vorgehen, dann fällt die Hälfte unseres Erdgases weg. Aus dem westlichen Gebiet bei Jaslo erhalten wir noch im Monat 8 Millionen cbm. Den Betrieb dort kann man wohl noch einige zeitlang durchhalten, dann wird aber der Druck in der Leitung nicht mehr ausreichen. Wir haben deshalb alle Ersatzmöglichkeiten ins Auge gefaßt, so z.B. die kleinen Generatoranlagen in Starachowice und Ostrowiec. Leider wird das aber in Stalowa Wola nicht möglich sein. Die Gasmengen, die wir für eine neue Fertigung brauchen, sind ganz erheblich. Für eine Fertigung brauchen wir, überschläglich gerechnet, fast eine halbe Million cbm, die gesamte Kapazität von Warschau.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wir haben also keine neuen Einrichtungen?

Generalleutnant Schindler: Man müßte eine neue Großgeneratoranlage dort aufstellen, wohin das neue Werk kommen soll. Aber diese neue Arbeitsstätte liegt 30 km westlich der Weichsel. Deswegen wäre zu erwägen,

ob man vielleicht die Fertigung drüben anlaufen läßt und dann allmählich die Dinge herüber bringt.

Generalgouverneur Dr. Frank: Also auch das ist von Ihnen alles bedacht und in einen Plan gebracht. Ich hoffe, das es gut geht. - Was gibt es sonst noch?

Staatssekretär Koppe: Mit der Elektrizitätsversorgung ist es in der letzten Zeit etwas besser geworden.

Generalleutnant Schindler: Es wird besser werden, wenn Rostow eingeschaltet wird. Das Werk Rostow hätte 30 000 KW zu liefern. Wenn wir das Wasser ausnutzen, können wir andere Elektrizitätswerke herausziehen und sie wieder herrichten. Die schlechte Kohle wirkt sich allerdings sehr ungünstig für die Kessel aus.

Generalgouverneur Dr. Frank: Leider bekommen wir ja für das Generalgouvernement und damit auch für die Rüstungsindustrie die schlechteste Kohle.

Generalleutnant Schindler: Wir haben in dieser Beziehung schwer kämpfen müssen. Die Regierung hat uns aber geholfen, insbesondere Präsident Dr. Emmerich, und wir haben es soweit gebracht, daß wir von der besseren Kohle auch etwas mehr erhalten. Diese Kohle ist aber auch nicht ganz einwandfrei. Wir brauchten Kohle aus den guten Revieren des Westens, aber davon erhalten wir nur ganz wenig, etwa 4 000 Tonnen im Monat. An schlechter Kohle erhalten wir schätzungsweise 60- bis 70 000 Tonnen, darunter auch Koks. Die Kohle ist im allgemeinen so schlecht sortiert, daß man mit 10 bis 20% Steinen rechnen kann. deshalb müßte eigentlich auch der Kohlenpreis herabgesetzt werden. Die schlechte Kohle bringt einen Abfall von 50% gegenüber einem normalen Abfall von 28%. Der Schmelzpunkt ist so niedrig, daß unsere Kessel in wenigen Tagen vollkommen verschlacken. - Was die Gasfrage angeht, so habe ich mit den massgebenden Stellen in Oberschlesien darüber gesprochen. Unser Bestreben wäre es, eine Erdgasleitung von Tarnow nach Krakau zu bringen und sie dann nach Oberschlesien fortzusetzen. In Oberschlesien soll dann Gas erzeugt und

uns herübergegeben werden. Darauf geht man aber in Oberschlesien nicht ein, sondern man sagt: man sei selber mit Gas sehr schlecht gestellt. - Zusammenfassend darf ich wohl sagen: die Werke des Generalgouvernements sind bei uns in guter Hand, das wird auch Staatssekretär Koppe bestätigen. Dem Generalgouvernement wird nicht nur nichts weggenommen, sondern es wird viel geschaffen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich habe den Eindruck, daß Sie ganz gut mit allen Leuten auskommen.

Generalleutnant Schindler: Ich habe nur den einzigen Wunsch, in solchen Dingen wie der Eisenfrage möglichste Unterstützung zu finden. Ich will die Erzförderung wieder ankurbeln, und zu 10% haben wir das ja auch schon erreicht. Die Betriebsführer haben auf dem Weg über den Reichsausschuß billige Erze von Schweden erhalten können. Jedenfalls hat das Generalgouvernement die Macht, zu sagen: diese Erze werden gefördert und verhüttet. Diese Möglichkeit liegt vor allem bei der Leitung der Bewirtschaftungsstelle für Eisen. Auch Bergrat Spannagel kann etwas erreichen, er kann einen Erlaß herausbringen, daß gewisse Mengen Erzes gefördert werden müssen und da und dort zu verhütten sind. Hand in Hand damit müßte ein Erlaß an alle Verbraucher gerichtet werden. Wir sind jetzt in der Förderung auf ungefähr 30- bis 50 000 Tonnen gekommen, aber unter erheblichem Druck von mir, einem Druck, den eigentlich Bergrat Spannagel auf mich ausüben müßte, da ja die Werke mir unterstehen. Wenn ein solcher Erlaß besteht, dann würde ich den Betriebsführern sagen: nehmt die hier vorhandenen Erze und stellt Eure Hochöfen zur Verfügung. Allerdings werden die Betriebsführer auf die Verteuerung des Eisens hinwirken, aber das darf hier keine Rolle spielen. Die Frage des Ausbaues der Hochöfen ist ja lediglich eine Geldfrage. Einen Hochofen wie den in Ostrowiec haben wir schon in der Hand. Es handelt sich jetzt darum, daß Witkowice den Leuten nicht gehört und sie deshalb nicht investieren.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wir sind jedenfalls weitergekommen. Ich sehe klar. Davon hängt auch unser fortgesetztes Ansinnen an das Reich ab, daß wir 6 000 Tonnen Eisen haben wollen. Das können wir selber schaffen.

Generalleutnant Schindler: Bei solchen Dingen ergeben sich immer gewisse Möglichkeiten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Glauben Sie, daß Sie das Reich dazu bringen, unsere Mehrproduktion zu fördern?

Generalleutnant Schindler: Offiziell nicht, aber mit Herrn Malzacker können wir darüber sprechen.

Staatssekretär Koppe: Wenn die starke Hand des Herrn Generalgouverneurs darüber liegt, müßte es doch möglich sein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Diese Frage werde ich sobald wie möglich weiterbearbeiten, wenn Bergrat Spannagel seinem Erlaß die Formulierung gegeben hat. Wegen der Geldanforderung werde ich Herrn Präsidenten Dr. Senkowsky entsprechende Anweisung geben. Wir können dann mit Herrn Malzacker verhandeln und vielleicht unter dem Tisch etwas für die Landwirtschaft erreichen. Das Geld spielt dabei jedenfalls keine Rolle. Das zweite wäre die Ausnutzung der freien Kapazitäten. Bezüglich Betriebsräumen usw. brauchen wir nicht zu verhandeln. Das läßt sich alles im Einvernehmen durchführen. Weiter werden rigorose Erlasse über die Einschränkung des Papierverbrauchs kommen. Wenn wir diese Papierfabrik bekommen, dann verfüge ich allein. Das Papier wird nur für ganz einwandfrei kriegswichtige Zwecke verwendet, wobei es natürlich ausgeschlossen sein muß, daß die Soldaten keine Zeitung mehr erhalten. Aber der Unfug dieser zahlreichen Belehrungsorgane muß endlich aufhören, und hier muß auch die Partei ihre Produktion wesentlich einschränken. In der nächsten Woche wird über diese Frage eine eingehende Besprechung stattfinden.

Die heutige Besprechung würde nun in befriedigender Weise beendet werden können, wenn Sie, Herr General, nicht am 9. März 1944 einen Brief geschrieben hätten, der diese ganzen Verhältnisse in einer sehr negativen Weise ins Reich gebracht hat und alles furchtbar einseitig belastet. Ich muß deshalb Gelegenheit nehmen, in Anwesenheit des Staatssekretärs Koppe, des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. von Craushaar darauf zu sprechen zu kommen.

Herr General, ich will Ihnen folgendes sagen: Sie haben mir bisher immer den Eindruck eines vollkommen ehrlichen, tatfrohen und tüchtigen Mannes gemacht. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Sie unser Freund sind. Sie haben nun am 9. März einen Brief geschrieben, in welchem Sie schwere Vorwürfe gegen die Regierung erheben, Vorwürfe, die im Reich peinliches Aufsehen erregt haben. Ich muß mich deshalb dagegen verteidigen.

(Generalgouverneur Dr. Frank verliest das von Generalleutnant Schindler an den Chef des Rüstungsamtes gerichtete Schreiben.)

Aus diesem Brief muß der Führer den Eindruck gewonnen haben, daß ich und die Regierung des Generalgouvernements Ihnen ungeheuerste Schwierigkeiten in der Erfüllung Ihrer Pflichten machte. Aus dem Wortlaut des Schreibens ist Ihre Ansicht zu entnehmen, daß das Generalgouvernement eine Souveränität beanspruche und diese Souveränität sogar noch über einen Führererlaß stelle, daß wir aus diesem Grunde auch diesen Erlaß nicht veröffentlicht hätten, daß wir also sozusagen nunmehr überhaupt auf dem Standpunkt ständen, daß dieser Erlaß auf das Gebiet im Osten gar nicht mehr anwendbar sei und sich gegenüber 1939 eine Änderung ergeben habe. Daß in einem Augenblick, da die Verpflichtung aller Reichsbehörden besteht, die Rüstungsbetriebe soweit wie möglich zu fördern, diese Sache für mich katastrophal ist, brauche ich nicht besonders zu sagen. Sie sind der maßgebende Mann im Generalgouvernement,

und Sie erheben den Vorwurf, daß die Regierung des Generalgouvernements eine Souveränität beanspruche, die sie sogar über den Führererlaß stelle. Sie schreiben: wir hätten den Erlaß im Generalgouvernement nicht veröffentlicht, weil wir sonst durch die Veröffentlichung in unserer Souveränität beeinträchtigt würden. Aber der Erlaß durfte ja nicht veröffentlicht werden, weil es ein Geheimerlaß ist, der auch im Reich nicht veröffentlicht wurde und in keinem Reichsgesetzblatt steht. Er stellt eine streng militärisch geheime Dienstanweisung für die obersten Reichsbehörden dar, die niemals veröffentlicht worden ist. Also davon kann garkeine Rede sein, daß wir einen Führererlaß nicht durchführen würden. Ausserdem ist es offensichtlich so, daß in Ihrem Schreiben der Eindruck so sonnenklar erweckt wurde, daß es nun überall herumgetragen wird.

In einem Schreiben des Reichsministers für Bewaffnung und Munition heißt es: es ist klar, daß Sie dieses Recht brauchen, sonst würde eine mißverständliche Auslegung Platz greifen. Wenn auf Grund dieses Schreibens der Führererlaß käme, dann würde ich dem Führer sagen: aus diesem Führererlaß geht deutlich hervor, daß man nur unter Anwendung schärfster Druckmittel mir gegenüber erreichen kann, daß ich Werke zur Verfügung stelle. Zum anderen haben Sie mich nicht darauf hingewiesen, daß ich einen solchen Führererlaß gebraucht hätte. Ich muß schon sagen: das sind Methoden, die mich eigentlich wahnsinnig enttäuschen. Ich hatte bis jetzt den Eindruck, daß wir im besten Einvernehmen zusammenstehen und daß solche Druckmittel mir gegenüber in dieser Weise nicht angewendet werden dürften. Ich bin über diese Sach so enttäuscht, daß ich meinen Mitarbeitern, die heute bei mir waren, gleich mein Herz ausgeschüttet habe. Ich muß die Dinge amtlich weiterbetreiben; denn Sie werden sich vorstellen können, daß ich mich gegen diesen Vorwurf zur Wehr setzen muß. - Geben Sie mir selber einen Hinweis.

Generalleutnant Schindler: Was ich in meinem Schreiben gesagt habe, ist eigentlich nur eine juristische Feststellung. Im Generalgouvernement gelten gewisse Reichsgesetze, unter ihnen auch das Reichsleistungsgesetz nicht. Die Grundlagen, auf denen im Reich die Rüstungsbevollmächtigten ihre Tätigkeit aufzunehmen berechtigt sind, sind hier nicht vorhanden, sondern das einzige, worauf ich mich stützen kann, ist dieser Führererlaß. Er genügt mir, muß nur den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden.

Generalgouverneur Dr. Frank: Dann müßte man also jeden Erlaß, den der Führer gibt, immer wieder im Wege einer authentischen Interpretation auslegen. Der Erlaß des Führers wird also deswegen in Bezug genommen, weil wir unsere Souveränität diesem Erlaß gegenüber geltend machen. Weshalb ist es notwendig, daß man dem Generalgouverneur, diesem König von Polen und gefährlichen Souverän, nochmals die Souveränität des Führers klarmacht? Das ist doch der Ausgangspunkt; in Ihrem Briefe steht es ja, Sie können ja den Satz nicht abstreiten: "Dieser Führererlaß wurde von der Regierung des Generalgouvernements schon immer als Beeinträchtigung der Souveränität des Generalgouvernements betrachtet und im Generalgouvernement nicht veröffentlicht". Was ermächtigt Sie zu dieser Annahme? Wollen Sie der Richter sein zwischen mir und dem Führer? Was ermächtigt Sie zu dieser Auffassung, schwarz auf weiß zu lesen in Ihrem Schreiben vom 9. März, daß ich einen Führererlaß nicht veröffentlichen würde, weil das der Souveränität des Generalgouvernements schade? Ein schlimmerer Vorwurf ist eigentlich auch von meinem Todfeind nie erhoben worden. Es ist mir völlig unverständlich, daß Sie, ein Mann, mit dem ich immer in den besten Formen zusammenzuarbeiten glaubte, ohne mich zu verständigen, einen solchen Vorwurf erhebt. - Halten Sie es für keinen Vorwurf, wenn Sie in dem Briefe sagen: der Führererlaß ist eine Beeintrachtigung meiner Souveränität, ich würde es als solche betrachten und hätte den Erlaß

deshalb nicht veröffentlicht? Dann ist schon um deswillen kein Zusammenarbeiten möglich. Wenn Sie noch gesagt hätten, es sei ein Lapsus, der auch einmal einem Rüstungsinspekteur passieren könnte, - aber daß Sie es darauf abgestellt haben, ist gerade interessant.

Generalleutnant Schindler: Ich darf sachlich dazu sagen: der Führererlaß wendet sich an Leute, die es heute nicht mehr gibt, an den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, den es nicht mehr gibt.

Generalgouverneur Dr. Frank: Der Führer hat aber in seinem Erlaß über die Einrichtung des Wehrkreiskommandos ausdrücklich erklärt, daß alle Befugnisse und Rechte auf den Wehrkreisbefehlshaber übergeleitet werden. Deshalb hat auch der Wehrkreisbefehlshaber die alten Funktionen aus dem früheren Erlaß übernommen. Es bedarf also keines Sondererlasses.

Generalleutnant Schindler: Die Stellung des Reichsministers Speer als solche hat sich auch geändert.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ja, es heißt darüber, daß er für das Generalgouvernement wie für den ganzen großdeutschen Machtbereich zuständig ist. "Diese Bestimmung gilt auch im Protektorat, in den besetzten Gebieten und im Generalgouvernement". Aus diesen beiden Rechtsquellen, der Weiterleitung des Führererlasses vom Befehlshaber in den besetzten Gebieten auf den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement und der Bestallungsurkunde des Reichsministers für Bewaffnung und Munition geht eindeutig hervor, daß diese Rechte auf den Nachfolger übergegangen sind.

Generalleutnant Schindler: Der springende Punkt ist doch der: ich unterstehe ja nicht dem Wehrkreisbefehlshaber, sondern dem Reichsminister. Wenn der Wehrkreisbefehlshaber heute diese Befugnisse mir gegenüber zurückzieht, dann habe ich keinen Rückhalt.

Generalgouverneur Dr. Frank: In Ihrem Schreiben steht nichts davon, daß Sie die Sorge haben, daß der Wehrkreisbefehlshaber den Befehl zurückzieht, sondern Sie behaupten, daß vom Generalgouvernement eine Souveränität in Anspruch genommen werde und daß der Führererlaß eine Beeinträchtigung dieser Souveränität darstelle und deshalb nicht veröffentlicht sei: ich hätte einen Führererlaß nicht veröffentlicht, weil er meiner Souveränität abträglich wäre. Von dem Argument, das Sie mir entgegenhalten, steht kein Wort darin.

Generalleutnant Schindler: Wesentlich für mich ist, daß in dem Augenblick, in welchem der Wehrkreisbefehlshaber diesen Auftrag an mich zurückzieht, die Rüstung im Lande absolut stillgelegt werden würde.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wollen Sie diesen Satz nicht mehr aufrechterhalten, daß der Führererlaß eine Beeinträchtigung der Souveränität des Generalgouvernements darstelle und deshalb nicht veröffentlicht worden sei? Nach dem, was Sie sagen, ist das für Sie gar nicht der wirkliche Grund gewesen. Von dem Wehrkreisbefehlshaber steht kein Satz darin. Der ganze Angriff richtet sich gegen die Regierung des Generalgouvernements, insbesondere gegen mich.

Generalleutnant Schindler: Es soll kein Angriff sein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wollen Sie sagen, daß bei diesem Brief für Sie die Möglichkeit der Erwägung maßgebend war, daß der Wehrkreisbefehlshaber einmal die Ihnen erteilten Vollmachten zurücknehme?

Generalleutnant Schindler: Ich muß offen sagen: es ist die Besorgnis, daß sowohl der Wehrkreisbefehlshaber wie Sie die Befugnis zurückziehen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Welche Befugnisse haben Sie denn gehabt?

Generalleutnant Schindler: Z.B. die Befugnis, daß ich einen Betrieb beschlagnahmen darf.

Generalgouverneur Dr. Frank: Diese Befugnis haben Sie vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition, dessen Organ Sie sind.

Generalleutnant Schindler: Nein, eben nicht, nicht als Organ des Reichsministers, sondern aus diesem Führererlaß kraft Ermächtigung durch den Wehrkreisbefehlshaber.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie geben mir hier eine gänzlich andere Begründung. Zeigen Sie mir doch, wo etwas vom Wehrkreisbefehlshaber steht. Von dieser Befürchtung, daß ier Wehrkreisbefehlshaber die Vollmacht zurücknehmen könnte, steht kein Wort darin.

Generalleutnant Schindler: Einer der wesentlichen Punkte ist es, daß gewisse Widerstände dagegen vorhanden sind.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wo zeigen sich denn diese Widerstände? Sie sprechen immer von Vermutungen und Erwartungen, jetzt schon wieder, Sie sagen, daß Sie eine Befürchtung haben. In Ihrem Brief sprechen Sie davon, daß der Führererlaß von der Regierung schon immer als Beeinträchtigung der Souveränität empfunden worden sei. Ich frage Sie nunmehr ganz klar - Sie brauchen nicht zu antworten, Sie können sagen, Sie seien mir nicht Rechenschaft schuldig,-aber wenn Sie Wert darauf legen, daß wir noch weiterhin zusammenarbeiten, dann frage ich Sie: worauf stützen Sie Ihre Behauptung, daß dieser Führererlaß von mir als Beeinträchtigung meiner Souveränität betrachtet worden sei und ich ihn im Generalgouvernement deshalb nicht veröffentlicht habe?

Staatssekretär Koppe: Die Formulierung des Schreibens ist vielleicht etwas mißglückt.

Generalleutnant Schindler: Sachlich ist folgendes zu sagen: als ich in dieses Land gekommen bin, sind tatsächlich gegensätzliche Bestrebungen vorhanden gewesen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Damals gab es keinen Reichsminister für Bewaffnung und Munition, damals war ich der Herr im Lande, und der Militärbefehlshaber hatte diese Verfügung. Von einer Beeinträchtigung der Souveränität konnte keine Rede sein.

Generalleutnant Schindler: Aber die Befugnisse, die im Erlaß des Führers bezeichnet sind, hätten noch mehr ausgenutzt werden können. Es war nicht möglich, die Rüstung entsprechend aufzubauen, sodaß es der Einwirkung des Führers bedurft hat, um die Dinge einzuleiten, damit auf Grund des Führererlasses eine Verfügungsmöglichkeit über die Rüstungsbetriebe geschaffen wurde. Die habe ich dann auf Grund eines Abkommens vom 2. August 1940 erhalten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wie können Sie dann behaupten, ich hätte diesen Führererlaß als Beeinträchtigung meiner Souveränität betrachtet und nicht veröffentlicht? Mit andern Worten: Sie machen mir den ungeheueren Vorwurf, daß ich bewußt aus eigensüchtigem Machtinteresse oder aus Geltungsbedürfnis einen Führererlaß nicht veröffentlicht habe.

Generalleutnant Schindler: Ich kenne die Einzelheiten nicht. Soviel ich weiß, ist darüber verhandelt worden, daß dieser Führererlaß veröffentlicht werden solle.

Generalgouverneur Dr. Frank: Nein, das kann nicht der Fall sein. Der Führer hat damals 2 Erlasse herausgegeben, einen Erlaß über die Einrichtung der Stellung des Generalgouverneurs, einen anderen über die Einführung des Militärbefehlshabers. Dieser zweite Erlaß ist wie alle militärischen Sondererlasse niemals zur Veröffentlichung gekommen. Ich bin im Bilde. Trotzdem Ihnen das ~~un~~bekannt ist, behaupten Sie, daß ich den Führererlaß aus den erwähnten Gründen nicht veröffentlicht habe.

Generalleutnant Schindler: Wir haben schon damals wegen der Veröffentlichung verhandelt, und uns wurde gesagt, er würde nicht veröffentlicht werden. Bei uns war der Eindruck vorhanden, daß er nicht veröffentlicht werden will.

Generalgouverneur Dr. Frank: Er ist nur veröffentlicht in der üblichen Weise mit genauer Verteilung. Wenn er für alle Stellen veröffentlicht worden wäre, brauche ich ihn hier überhaupt nicht zu veröffentlichen. Das Reichsgesetzblatt gilt auch im Generalgouvernement. Ich habe die Möglichkeit, hier Reichsgesetze einzuführen. Weil das Reichsleistungsgesetzt hier nicht gilt, haben wir unsere eigene Verordnung erlassen, die dem Reichsleistungsgesetze entspricht, und zwar im Einvernehmen mit der Wehrmacht und der Partei. Diese Verordnung wurde schon 1939 bezw. Anfang 1940 erlassen, um diese Lücke auszufüllen. Das Reichsleistungsgesetz gilt hier in der Fassung einer Verordnung des Generalgouvernements.

Das alles sind Dinge, die ich nicht begreifen kann. Ich war heute früh in einer Stimmung, in der ich alles vor mir zusammensinken sah. Ich bin nun in der furchtbaren Lage, mich gegen den Vorwurf verteidigen zu müssen, daß ich einen Führererlaß als Beeinträchtigung meiner Souveränität angesehen und ihn deshalb nicht veröffentlicht hätte. Wenn dieser weitere Erlaß käme, würde ich sofort zurücktreten. Angesichts der dauernden Animositäten, die jahrelang künstlich gegen mich von Interessenten geschürt wurden, würde diese Situation geradezu katastrophal für mich sein. Ich muß Sie bitten, doch auch etwas Verständnis für meine Lage zu zeigen. Von dem wirklichen Grund, den Sie mir heute angegeben haben, steht in Ihrem Schreiben gar nichts.

Generalleutnant Schindler: Ich würde völlig in der Luft hängen, wenn diese Frage nicht geregelt würde.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie hängen doch nicht in der Luft. Sie haben ja selber gesagt, daß Ihnen im Jahre 1940 noch alle Vollmachten gegeben worden sind.

Generalleutnant Schindler: Ja, aber es kommt hinzu, daß nunmehr meine Unterstellung unter die Wehrmacht eigentlich aufgehört hat. Ich unterstehe dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition. Der Reichsminister ist mit diesem juristischen Gang nicht einverstanden, er muß eingeschaltet werden. Auf rein militärischem Wege geht die Sache auf mich herunter, er hat es auf mich übertragen. Ich bin eigentlich als Organ des Zivilministeriums hier, und so müßte auch eigentlich die Übertragung erfolgen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Trotzdem der Führererlaß sagt, daß der Reichsminister auch im Generalgouvernement zuständig ist. Da Sie keine andere Erklärung abgeben, muß ich sagen - -

Generalleutnant Schindler: Ich muß doch meine Stellung untermauern.

Generalgouverneur Dr. Frank: Aber nicht auf meinem Kopf. Ich lasse mir jedenfalls nicht vorwerfen, daß ich meine Souveränität über den Führer stelle.

Generalleutnant Schindler: Aber das soll doch kein Vorwurf sein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Es steht ja hier: "Von der Regierung des Generalgouvernements als Beeinträchtigung der Souveränität betrachtet und im Generalgouvernement nicht veröffentlicht". Und weiter heißt es in dem Schreiben"Nach den mir vorliegenden Nachrichten soll der Standpunkt vertreten werden, daß der Führererlaß seit dem Übergang der Rüstungsdienststellen auf den Wehrkreisbefehlshaber nicht mehr anwendbar sei". Mit anderen Worten: Sie insinuieren, daß die Regierung - natürlich also ich - einen Führererlaß für nicht mehr anwendbar erkläre. Ich bin der Souverän und sage: Was geht mich der Führer an, der ist nicht für mich da.

Sie können sich vorstellen, was dieser Brief für Wirbel geschlagen hat. Meiner Freundschaft mit dem Führer verdanke ich es, daß ich in diesen Brief Einblick bekommen habe.

Generalleutnant Schindler: Innerhalb der Regierung ist ja auch die Frage erörtert worden, ob überhaupt eine rechtliche Grundlage für meine Tätigkeit hier gegeben sei.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie sind niemals zu mir gekommen uni haben mich um eine klare Regelung gebeten.

Generalleutnant Schindler: Die rechtlichen Dinge haben sich insofern verschoben, als ich nicht menr der Wehrmacht untersteke.

Generalgouverneur Dr. Frank: Was hat das alles mit der Nichtveröffentlichung des Führererlasses zu tun?

Generalleutnant Schindler: Es hat insofern damit zu tun, als die Dinge von der militärischen Stelle nunmehr in die Zivilstelle des Reichsministers übergegangen sind.

Generalgouverneur Dr. Frank: Aber das macht der Führer ohne uns. Wenn der Führer einen Erlaß herausgibt, brauchen wir nicht ängstlich zu werden. Der Erlaß steht im Reichsgesetzblatt. Angenommen, es wäre nicht so, dann würde ich die Auslegung so wählen, wie sie vor dem Führer bestehen könnte. Ich muß mir verbitten, daß ich eine Auslegung gewählt hätte, die etwa dem Reich und seiner Rüstungsindustrie abträglich wäre. Ich habe jahrelang einen Kampf geführt und lasse auf diesem Sektor nicht eine ähnlicheGeschichte aufsteigen. Ich verdanke meinen Freunden die Kenntnis dieses Briefes, er ist ein Wertstück. Ich kann nicht annehmen, daß Sie selbst heute noch auf dieser Fassung bestehen und glauben, daß die Regierung des Generalgouvernements den Führererlaß als eine Beeinträchtigung ihrer Souverä-

nität betrachte. Das ist eine Behauptung von so ungeheuer verletzendem Charakter, daß ich momentan keinen Ausdruck dafür finde.

Generalleutnant Schindler: Mir ist es so gesagt worden - ganz allgemein.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie wollen also sagen, es sei unbedingt Ihre Meinung, daß dem so ist: ich hätte den Führererlaß als eine Beeinträchtigung meiner Souveränität betrachtet?

Generalleutnant Schindler: Nein, so natürlich nicht.

Staatssekretär Koppe: Ich möchte auch annehmen, daß das bestimmt nicht so gemeint war.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie sagen doch aber: dieser Führererlaß ist als Beeinträchtigung der Souveränität des Generalgouvernements betrachtet und im Generalgouvernement nicht veröffentlicht worden. Und dann kommt die weitere Behauptung, wir ständen auf dem Standpunkt, daß der Führererlaß nicht mehr anwendbar sei. So steht es doch in Ihrem Brief.

Generalleutnant Schindler: Es ist doch damals darüber verhandelt worden, ob dieser Erlaß überhaupt noch gültig sei. Wenn der Erlaß nicht gültig ist, hänge ich in der Luft.

Staatssekretär Koppe: Tatsächlich kann man es doch mit der Begründung nicht beweisen, daß die Souveränität dadurch tangiert würde. Es läßt sich darüber sprechen, daß ein neues Fundament gefunden wird.

Generalgouverneur Dr. Frank: Was werden Sie jetzt in dieser Sache tun?

Generalleutnant Schindler: Mir liegt vor allem daran, daß die Sache juristisch auf eine richtige Basis gestellt wird. Hinsichtlich des Reichsleistungsgesetzes und auch der anderen im Generalgouvernement geltenden Reichsgesetze muß ein Modus gefunden werden, mit dem

die Rechte der Rüstungsindustrie und des Rüstungsinspekteurs gewahrt werden. Mir ist darum zu tun, daß mir nicht gesagt werden kann: der Erlaß gilt nicht für Sie, denn Sie unterstehen ja dem Reichsminister, infolgedessen ist der Erlaß auf Sie nicht anwendbar. Dagegen muß ich eine Sicherheit erhalten. Ich lebe ja schließlich von dem Erlaß, ein anderes Recht für die Rüstungswerke gibt es ja hier nicht.

Generalgouverneur Dr. Frank: Herr General, ich werde Sie über meinen Standpunkt informieren.

Sonntag, den 4. Juni 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

21[38] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Wien.

Montag, den 5. Juni 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Wien.

Dienstag, den 6. Juni 1944

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschliessend Fahrt nach Kressendorf.

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Arbeitssitzung im Grünen Zimmer der Burg.
Thema: Eigentum des früheren polnischen Staates.+)

11^{25} Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer

Verordnung über den Warenverkehr zwischen dem Generalgouvernement und dem Deutschen Reich

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet den Entwurf.

11^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalkonsul Stephany in Gegenwart des Botschaftsrats Dr. Schumburg.

12^{15} Besprechung mit dem Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer.

Generalsekretär Dr. Pfeiffer legt dem Herrn Generalgouverneur einige Schriftstücke zur Unterschrift vor. Er teilt dann mit, daß die finnische Landesgruppe den Herrn Generalgouverneur für den Sommer dieses Jahres zu einer Tagung nach Finnland eingeladen habe.

Weiter berichtet Generalsekretär Dr. Pfeiffer, daß er in Krakau ein einstöckiges Gebäude als Gästehaus für die Landesvertretung Generalgouvernement ausfindig gemacht habe.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Generalsekretär Dr. Pfeiffer, die Frage des Erwerbs eines Gästehauses mit Staatssekretär Dr. Bühler und Regierungskommissar Dr. Heuber zu besprechen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht sodann Generalsekretär Dr. Pfeiffer, die Vorbereitungen für die Tagung der Internationalen Rechtskammer in Budapest zu treffen und sich zu diesem Zwecke auch mit dem Auswärtigen

---

+) siehe S.

Amt in Verbindung zu setzen. Diese Tagung soll in der Zeit zwischen dem 15. September und 15. Oktober 1944 stattfinden. Eine Tagung in Paris soll auf Einladung des Prof. Dr. Dairaines gegebenenfalls im April 1945 stattfinden.

Dem Vorschlage des Generalsekretärs Dr. Pfeiffer, Präsident Dr. Senkowsky in die Leitung der Landesvertretung Generalgouvernement aufzunehmen, stimmt der Herr Generalgouverneur zu.

Generalsekretär Dr. Pfeiffer berichtet dann kurz über die Arbeit seiner Geschäftsstelle in der Uhlandstrasse zu Berlin. Die Unkosten der Geschäftsstelle würden durch die Mitgliederbeiträge getragen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Konstituierung der Landesvertretung Generalgouvernement unter Leitung des Regierungskommissars Dr. Heuber in einem offiziellen Rahmen vor sich gehen möge. Die Gründung könnte gegebenenfalls anlässlich der Einweihung des Gästehauses stattfinden.

Abschliessend gibt der Herr Generalgouverneur Generalsekretär Dr. Pfeiffer noch einige Anweisungen für die Ausgestaltung der "Mitteilungen der Internationalen Rechtskammer".

12^{35} Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Generalleutnant der Polizei Höring und Generalmajor Bork.

Der Herr Generalgouverneur nimmt zunächst kurz Stellung zu der Nachricht von der in der vergangenen Nacht begonnenen Invasion der englischen und nordamerikanischen Truppen in Nordfrankreich.

Staatssekretär Koppe teilt mit, daß demnächst ein Großunternehmen gegen die Banden im Bilgorajer Wald von seiten der Wehrmacht mit ganz ausgezeichneten Kräften in Angriff genommen werde. Die Führung dieses Unternehmens liege bei der Wehrmacht, aber auch die Polizei sei im Rahmen des nur denkbar Möglichen eingeschaltet.

6.6.1944

Generalmajor Bork berichtet über die Einzelheiten des in Aussicht stehenden Unternehmens. Eingesetzt würden 3 Divisionen, dazu der Verband Döll, ein Kosackenregiment und ein Feldausbildungsregiment.

Wie Staatssekretär Koppe mitteilt, ist daran gedacht, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entsprechende Kommandos für die sofortige Aufnahme des Viehbestandes abstellt. Auch müßten Standlager errichtet und bei diesen Maßnahmen auch die Hauptabteilung Forsten beteiligt werden. Die Wehrmacht stehe auf dem richtigen Standpunkt, daß alle Männer zwischen 16 und 60 Jahren, die sich in diesem Raum befinden, ausgerottet werden müßten. Die hier infrage kommenden Dörfer seien so bandenverseucht, daß man annehmen müsse, daß sich die männliche Bevölkerung zum grossen Teil aktiv am Bandenwesen beteilige. Die Frauen und Kinder würden ins Reich abtransportiert werden. Es werde sich nicht vermeiden lassen, daß einige Ortschaften dieser Gegend in Flammen aufgingen, da sie sonst immer wieder das Zentrum des Bandenwesens bleiben würden.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Koppe an, diese Frage noch mit den zuständigen Instanzen zu besprechen. Unter keinen Umständen dürften sinnlose Massakers stattfinden, denn sie würden das ganze Land in Aufruhr bringen. Deshalb empfehle es sich auch, daß Gouverneur Dr. Wendler örtlich informiert werde. Da die Bewohner der dortigen Ortschaften bisher gut abgeliefert hätten, müßte die Frage genau geprüft werden, welche Ortschaften dem Erdboden gleich gemacht werden müßten.

Generalmajor Bork hält es nicht für notwendig, ausserhalb des eigentlichen Bandengebietes Ortschaften in Flammen aufgehen zu lassen. In dem Raum allerdings, in welchem sich der Kampf abspielen werde, werde man keine Rücksicht nehmen können.

6.6.1944

Der Herr Generalgouverneur will unbedingt dafür gesorgt wissen, daß die harmlose Bevölkerung, die selber unter dem Bandenterror leide, geschont werde.

Staatssekretär Koppe bemerkt, daß eine Vereinbarung mit dem Wehrkreiskommando getroffen worden sei. Zum Stabe des Generals Haenicke werde zunächst ein Major der Schutzpolizei als Kenner der örtlichen Verhältnisse auf den Gebieten der Schutzpolizei wie der Gendarmerie abgestellt, weiter der I C von der Sicherheitspolizei, der die einlaufenden Nachrichten sammle, damit daraus neue Entschlüsse gezogen werden könnten. Man habe weiter Verbindungsführer zu den Divisionen auch von der Ordnungspolizei gestellt, auch Kommandos der Sicherheitspolizei. Die polnische Gendarmerie werde deutsche Führer erhalten. Man rechne insgesamt mit mindestens 4 000 Banditen, die aufs beste ausgerüstet seien und wohl auch befestigte Lager hätten.

Der Herr Generalgouverneur spricht den beteiligten Instanzen seinen Dank aus für die Aufrechterhaltung der Autorität des Reiches im Generalgouvernement. Es sei ausserordentlich wichtig, zu zeigen, daß diese Autorität noch vorhanden sei. Von diesem Unternehmen erwarte er sich auch einen grossen Einfluß auf die Banden, die allenfalls geneigt gewesen wären, ins Generalgouvernement zu kommen. Das ganze Unternehmen müsse im übrigen auch jede Unterstützung durch die Regierung des Generalgouvernements erfahren. Auch Gouverneur Dr. Wendler und sein SS- und Polizeiführer müßten über die Einzelheiten des Unternehmens bis zum gewissen Grade Kenntnis erhalten.

13^{05} Besprechung mit Staatssekretär Koppe.

16^{16} Besprechung mit Präsident Wille und Regierungsrat Schulz.

Präsident Wille legt dem Herrn Generalgouverneur die in der letzten Sitzung der Gnadenkommission getroffenen

Entscheidungen vor. Er führt dazu aus, daß es sich durchweg um Personen handle, die einer Geheimorganisation angehört oder sie durch Spenden unterstützt hätten und die zum Tode verurteilt worden seien, hinsichtlich deren auch ein Urteil rechtskräftig ergangen sei. Der Grad der Täterschaft sei verschieden. Zum Teil habe die Gnadenkommission schon früher in vielen solcher Fälle Vollstreckung vorgeschlagen. Die hier genannten Personen seien plakatiert, aber nicht erschossen worden, weil auf dem Plakat gestanden habe: das Urteil gegen die unter Nr. 1 bis 5 ist vollstreckt, für die andern ist ein Gnadenerweis in Aussicht genommen, falls in einer gewissen Zeitspanne nichts passiert. Da nichts passiert sei, habe ein Gnadenerweis erfolgen müssen. Die Gnadenkommission habe den in einer Sitzung anwesenden Vertreter des Befehlshabers der Sicherheitspolizei gefragt, in welcher Form dieser Gnadenerweis gedacht wäre. Seines Wissens sei nur in einem einzigen Falle auf Erlaß der Strafe erkannt worden. In den anderen Fällen sei die Formel, daß die Strafe erlassen werde, an sicherheitspolizeiliche Maßnahmen geknüpft worden. Man habe nämlich der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß diese Leute sonst verschwinden würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er einen solchen Entscheid nie unterzeichnen würde, da er die Verbringung des Betreffenden in ein Konzentrationslager bedeute. Er habe immer aufs schärfste gegen das System der Konzentrationslager protestiert, denn in ihm liege der schärfste Verstoß gegen das Rechtsempfinden. Er hätte gedacht, daß es für solche Dinge kein Konzentrationslager gebe, aber sie seien offenbar stillschweigend ingang gesetzt worden. Es könne nur so vorgegangen werden, daß die Personen zu einer bestimmten Zahl von Jahren Gefängnis oder Zuchthaus begnadigt würden. Die Zuchthausstrafe z.B. sei eine von staatlichen Organen zu vollstreckende und überprüfbare Strafe. Er bitte deshalb, daß Staatssekretär Dr. Bühler darüber informiert werde, daß er, der Generalgouverneur, solche Entscheidungen nicht unterzeichne. Er wünsche keine amtliche Bestätigung des Konzentrationslagers. Eine Begnadigung dahin, daß jemand ins

6.5.1944

Konzentrationslager gebracht werde, gebe es nicht. Die Standgerichte seien eine staatliche Justizeinrichtung ausserordentlichen Charakters, zusammengesetzt von Polizeiorganen, sie müßten eigentlich normalerweise mit Angehörigen der Wehrmacht besetzt werden.

Präsident Wille gibt zu bedenken, daß die Betreffenden zum Teil an den Taten erheblich beteiligt seien. Früher, als die Gnadenkommission noch alle Standgerichtssachen zur Entscheidung erhalten habe, sei, wenn eine Todesstrafe in Freiheitsstrafe umgewandelt wurde, Gefängnis- oder Zuchthausstrafe gewählt worden. Dann habe man die Justiz mit der Vollstreckung beauftragt. Er kenne sechs oder zehn solcher Fälle, in denen die Justiz die Vollstreckung übernommen habe. Es habe sich aber um Personen aus dem Generalgouvernement gehandelt, und diese seien längst im Zusammenhang mit der Annäherung der Ostfront in Konzentrationslager gebracht worden. Die besonders Gefährlichen habe man ins Reich geschickt. Heute habe er praktisch keine Einwirkung auf die Behandlung dieser Leute mehr.

Der Herr Generalgouverneur stellt anheim, solche Entscheidungen von Staatssekretär Dr. Bühler unterzeichnen zu lassen. Er wünsche jedenfalls, daß in dieser Beziehung ein Regulativ im staatlichen, amtlichen und volkstümlichen Jargon formuliert werde bezüglich der Umwandlung einer Todesstrafe in Gefängnis- oder Zuchthausstrafe.

Die in der letzten Sitzung der Gnadenkommission zur Entscheidung gekommenen Fälle werden daruuf dem Herrn Generalgouverneur von Präsident Wille und Regierungsrat Schulz vorgetragen. - Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet dann die ihm vorgelegten Entscheidungen.

16[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt Fregattenkapitän Chorus in Gegenwart des Oberst Fischer.

Fregattenkapitän Chorus überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung für den Marinetag des General-

6.6.1944

gouvernements.

Der Herr Generalgouverneur sagt seine Teilnahme für eine am 1o. Juni in der "Urania" stattfindende Veranstaltung zu und erklärt sich auch bereit, an diesem Tage ein Essen aus diesem Anlaß zu geben.

17[20] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich zunächst mit Entschiedenheit gegen die Aufführung von Operetten wie "Manina" im Staatstheater und will diesen seinen Standpunkt mit aller Schärfe dem Generalintendanten Stampe gegenüber zum Ausdruck bringen. Der Leiter eines Staatstheaters dürfe nicht auf den Geschmack der Masse bauen. Wenn sich die Partei gegen solche Operettenaufführungen wende, so habe sie vollkommen recht. In einem Staatstheater sei nur die klassische Operette am Platz. Und wenn immer auf die Wünsche der Soldaten hingewiesen werde, so fühle er sich als Vertreter der Soldaten, die im Staatstheater Aufführungen von hohem Niveau sehen wollten.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann in längeren Ausführungen zur Frage der Neuorganisation der Partei im Generalgouvernement Stellung. Er führt dazu aus: Wenn bis unten herunter ein vollkommen eigener Parteiapparat aufgebaut werden, wenn er die Leitung des Arbeitsbereiches und Beamte der Regierung des Generalgouvernements ihre Ämter niederlegen würden, dann würde die Wirkung sein, daß sich Staat und Partei vor der ganzen polnischen Öffentlichkeit gewissermassen als Gegner zeigten. Zellenwart dürfte dann z.B. nicht mehr ein Angehöriger der Ostbahn, sondern nur ein hauptamtlicher Parteimann sein. Solange er das Heft in der Hand habe, werde eine Organisation nie in der Form durchgeführt werden, daß sich die Partei völlig vom Staate trenne. Er habe deshalb Oberdienstleiter Tießler mitgeteilt, daß er absolut an der bisherigen Organisation festhalte. Auch die Einrich-

tung von Kreisleitern könne nur in der Form geschaffen werden, daß sie als Kreisstandortführer unter den Distriktstandortführern fungierten.-Früher sei immer von der Einheit von Partei und Staat gesprochen worden, heute stelle sich die Partei gegen den Staat. Unter der wunderbaren Bezeichnung "Menschenführung" wolle sie genau so regieren wie die Generäle. Es sei ein Widersinn, zu sagen, daß ein selbständig denkender Mensch, der ein Gesetz in sich trage, sich von jemandem führen lasse. Man ahme die Hierarchie der römischen Kirche nach, vergesse aber darüber, daß das Hauptproblem darin liege, wie diese Hierarchie zur staatlichen Organisation stehe. Im Generalgouvernement, wo man einen Staat aufgebaut habe, der im Dienste des Reiches 16 Millionen Fremdvölkische in Ordnung halte, seien diese Vorstellungen geradezu lächerlich. Er habe zur Organisierung der deutschen Menschen und für ihre Einsatzhaltung den Arbeitsbereich gegründet, und jetzt wolle die Partei die gesamte Führung beanspruchen, genau so wie im Reich, aber unter 16 Millionen Polen und Ukrainern. Die Partei sei eine Sache der Freiheit des Volkes und der selbstsicheren Persönlichkeit. Wenn sich die Parteidienststellen des Generalgouvernements immer und immer wieder von der Parteikanzlei und ihren Weisungen abhängig machten, so könne er nur sagen: in der Parteikanzlei verstehe man nichts von den politischen Notwendigkeiten des Generalgouvernements. Die ganze Aufgabe der Führung dieses Raumes bestehe vor allem darin, diesen Raum mit seinen Menschen im Dienste des deutschen Krieges zu halten. Alles, was dem Sieg diene, diene auch der Partei; infolgedessen sei der Primat des Staates auch gegenüber der Partei gegeben.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus "Urania".

Wehrmachtsveranstaltung: Konzert eines Kammermusikorchesters des Leipziger Gewandhaus-Orchesters unter Leitung des Generalmusikdirektors Schmitz.

B e r i c h t

über die

S i t z u n g

am 6. Juni 1944.

An der Sitzung nehmen teil:

Generalgouverneur Dr. Frank
Staatssekretär Dr. Bühler
Generalleutnant Schindler
Präsident Dr. Senkowsky
Oberst Fischer
Ministerialrat Plodeck
Ministerialrat Dr. Weh
Direktor Schmid
Oberstleutnant von Dazur
Oberstleutnant Dehler
Dr. Ellermeier, Oberstabsintendant
Major Neumann
Stabsintendant Behne

Beginn der Sitzung 10 Uhr 45 Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur führt Ministerialrat Dr. Weh einleitend aus: Seit dem 26. Juli 1943 schwebe der Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Eigentum an dem Vermögen des früheren polnischen Staates vom 24. September 1940, seit dem 2. Dezember 1943 der Entwurf einer Verordnung über das Vermögen des früheren polnischen Staates im Distrikt Galizien. Der erste Entwurf habe lediglich eine interne Regelung zum Gegenstande, nämlich eine Verschiebung der Zuständigkeit innerhalb der Regierung des Generalgouvernements hinsichtlich der Verwaltung und Verwertung des ehemaligen polnischen Staatsvermögens zwischen den beiden Hauptabteilungen Wirtschaft (Treuhandverwaltung) und Finanzen. Der zweite Entwurf für den Distrikt Galizien wolle eine endgültige Rechtslage schaffen, weil in Galizien dem Namen nach immer noch formell sowjetrussisches Eigentum bestehe.

Durch Verfügung vom 1. August 1941 sei lediglich das sowjetrussische Staatseigentum vorläufig sichergestellt worden, sodaß Verfügungen darüber nur mit Genehmigung der Regierung zulässig seien. Abweichend von dem Rechtszustand im alten Generalgouvernement sei aber bisher eine Eigentumsregelung zugunsten des Generalgouvernements im Distrikt Galizien nicht getroffen worden.-Beide Entwürfe hätten bisher nicht verabschiedet werden können, weil das Oberkommando der Wehrmacht Einspruch gegen die Fassung beider Entwürfe eingelegt und den Vorbehalt der Rechte angemeldet habe, die die Wehrmacht aus dem Führererlaß vom 19. Oktober 1939 herleite, im alten Generalgouvernement auch aus einer Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 15. Januar 1940. Er nehme an, daß die Verordnung über die Begründung des Eigentums im Distrikt Galizien vielleicht nicht opportun erscheine.

Das Oberkommando der Wehrmacht habe deutlich zum Ausdruck gebracht, daß zur Beseitigung der schon seit 1940 bestehenden Differenzen eine möglichst baldige Bestätigung der Auffassung des OKW seitens der Regierung des Generalgouvernements stattfinden müsse, damit unnötige Verwaltungsarbeit vermieden werde. Der Generalgouverneur habe zum Ausdruck gebracht, daß ihm an einer endgültigen Klärung dieser streitigen Frage liege, und diese Sitzung anberaumt. Die beiden Entwürfe könnten als bekannt vorausgesetzt werden.

Oberstabsintendant Dr. Ellermeier weist zunächst darauf hin, daß er auf einen Teil der früheren Vorgänge nicht zurückkommen könne, weil diese verbrannt seien, er erst neuerdings mit diesen Fragen befaßt worden sei und daher die Vorgänge nur unvollständig habe herstellen können. Er habe nach Wiederherstellung der Akten in einem Schriftsatz den Standpunkt des OKW nochmals zusammengefaßt und die historische Entwicklung, wie sie sich ihm darstelle, auf Grund der Unterlagen gekennzeichnet.

Man gehe davon aus, daß der polnische Staat, der seinerzeit zusammengebrochen sei, sein früheres Eigentum dem Zugriff des Eroberers, also in erster Linie der deutschen Wehrmacht, offen gelassen habe. Die deutsche

Wehrmacht habe viele von der polnischen Wehrmacht früher genutzte Grundstücke in Benutzung genommen und so auch diese oder jene Anordnung zum Zwecke der Verteidigung und zu sonstigen Zwecken für nötig gehalten. Durch den Erlaß des Führers vom Oktober 1939 sei dann das Generalgouvernement eingerichtet und dem Generalgouverneur sämtliche Verwaltungsteile zugewiesen worden. Bei der Wehrmacht stehe man auf dem Standpunkt, daß dadurch die Belange der Wehrmacht nicht ohne weiteres berührt werden könnten, zumal durch einen allerdings nicht veröffentlichten Führererlaß vom 19. Oktober 1939 ausdrücklich betont worden sei: die militärische Führung im Generalgouvernement habe der Oberbefehlshaber Ost, später Militärbefehlshaber bezw. Wehrkreisbefehlshaber. Danach übe der Oberbefehlshaber Ost militärische Hoheitsrechte aus, er habe das Recht, alle Maßnahmen zu treffen, die im Interesse der Reichsverteidigung notwendig seien. Wenn dieser Erlaß nicht veröffentlicht worden sei, so solle das aus nicht bekannten politischen Rücksichten geschehen sein.

Der Herr Generalgouverneur richtet an Oberstabsintendant Dr. Ellermeier die Frage, ob er der Meinung sei, daß die Regierung des Generalgouvernements diesen Erlaß nicht veröffentlicht habe, weil dies ihrer Souveränität Abtrag getan hätte.

Oberstabsintendant Dr. Ellermeier verneint diese Frage mit Entschiedenheit. Ihm seien die Gründe nicht bekannt, aus denen die Veröffentlichung damals unterblieben sei. - Danach könne nicht auf einen Vorrang des Führererlasses vom 12. Oktober 1939 vor dem vom 19.Oktober 1939 geschlossen werden. In Übereinstimmung mit dieser Auffassung habe sich die Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Sicherung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates vom 15. Januar 1940 bewegt, erlassen auf Grund des § 5 Abs. 1 des Führererlasses vom Oktober 1939. Damit seien Grundstücke ausgenommen, die von der deutschen Wehrmacht für Zwecke der Reichsverteidigung in Besitz genommen worden seien. Er-

gänzend sei noch im § 3 dieser Verordnung gesagt, daß die in § 2 vorgesehene Anmeldepflicht nicht für solches Vermögen des ehemaligen polnischen Staates bestehe, das von einer obersten Reichsbehörde oder nachgeordneten Stelle verwaltet werde. Bei der Wehrmacht stehe man auf dem Standpunkt, daß diese Rechte der Wehrmacht offenbar auch von hier aus seinerzeit anerkannt und zunächst nicht angezweifelt gewesen seien; sonst würde die Bestimmung des § 7 Abs. 2 der ersten Durchführungsvorschrift vom 16. März 1940 zu der Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des früheren polnischen Staates nicht vorliegen, in der es heisse, daß die Erfassung, Verwaltung und Verwertung des durch militärische Stellen beschlagnahmten Vermögens des früheren polnischen Staates besonders geregelt werde. Eine solche Sonderregelung sei allerdings niemals erfolgt. Jedoch könne man aus diesem Vorbehalt entnehmen, daß auch das Generalgouvernement der Ansicht gewesen sei, daß Verfügungen über dieses Vermögen, soweit es Wehrmachtsgrundstücke betreffe, ohne Mitwirkung und Zustimmung der Wehrmacht unwirksam seien. Diesen Standpunkt habe das OKW in den vergangenen Jahren eingenommen, er sei auch von der Wehrkreisverwaltung immer vertreten worden. Man habe deshalb gebeten, in die genannten beiden Verordnungsentwürfe entsprechende Vorbehalte aufzunehmen. Wenn die Formulierung etwas beweglich sei, dann hänge das damit zusammen, daß zunächst schon ein Widerspruch von der Wehrkreisverwaltung erhoben worden sei. Das OKW habe sich dem Widerspruch angeschlossen. Im übrigen sei man allerdings jetzt beim OKW auch der Ansicht, und man sei insofern etwas überrascht gewesen von der plötzlichen Einberufung der heutigen Besprechung, als die Verordnung betreffend Galizien im Augenblick wohl nicht mehr ganz aktuell sei. Beim OKW sei man der Auffassung, daß z.Zt., soweit die Wehrmacht beteiligt sei, die Notwendigkeit einer restlosen Klärung nicht bestehe und diese Frage einer späteren Zukunft überlassen werden könne. Wenn also der eine oder andere Verordnungsentwurf herausgegeben werden sollte, dann müßte er bitten, daß ein entsprechender

Vorbehalt über die Rechte der Wehrmacht, vor allem über die Rechte an den Grundstücken gemacht werde. Das wäre also eine Generalklausel des Inhalts, daß die Rechte der Wehrmacht unberührt bliebn bezw. für die Grundstücke, die die Wehrmacht beanspruche, eine spätere Regelung vorbehalten werde.

Ministerialrat Dr. Weh hätte keine Bedenken gegen den Formulierungsvorschlag der Wehrmacht zu den beiden Verordnungsentwürfen zu erheben, wenn nicht die Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 15. Januar 1940 zitiert und gesagt worden wäre, daß damals gegen diese Verordnung Einspruch eingelegt worden sei.

Ministerialrat Plodeck hält es im gegenwärtigen Zeitpunkt für unangebracht, die Verordnung betreffend den Distrikt Galizien in Anwendung zu bringen, anders als die erste Verordnung, die lediglich eine interne Verwaltungsmaßnahme darstelle, indem das Staatsvermögen aus der Treuhandverwaltung über die Hauptabteilung Finanzen in die einzelnen Hauptabteilungen übergehe. Es frage sich nun, ob man vielleicht unter Vermeidung einer Verordnung zu dem-selben Erfolge auf dem Wege einer Verwaltungsanordnung kommen könne. Der Sinn dieser Maßnahme sei doch, daß die Stelle, die für die Verwaltung vorgesehen sei, auch die Verwertung haben solle. Ob man sie übertragen könne, sei zweifelhaft, habe vielleicht auch rechtliche Bedenken. Infolgedessen müßte man bei einer Verordnung bleiben. Er würde kein Bedenken tragen, wenn die Wehrmacht Entgegenkommen zeige, daß in die Verordnung vom 24. September 1940 nachträglich ein Passus eingefügt werde, der die Arbeit der Wehrmacht sanieren solle. Man sei andrerseits auf dem Sektor der Rüstungsbetriebe in Diskussionen eingetreten. Man habe Betriebe zu Eigentum über das Reichsfinanzministerium an das Reich gegeben, und das Reichsfinanzministerium habe diese Betriebe an die entsprechenden Wehrmachtsstellen abgegeben. Damit sei die Eigentums-

frage bezüglich der Rüstungsbetriebe entschieden. Nun bestehe noch die Frage, ob die Liste, die man aufgestellt habe, als endgültig oder, wie die Wehrmacht unterstellen wolle, als unter Umständen noch ergänzungsfähig zu behandeln sei. Hier sei es aber so wie in der generellen Frage: es bestehe durchaus die Möglichkeit, in Verhandlungen einzutreten, und ein Grund für irgendwelche Befürchtungen sei nicht vorhanden. Wenn die zuletzt genannte Verordnung in der vorgeschlagenen Fassung vertagt werde, dann könne man die erste allgemeine Verordnung tolerieren und die zweite auf sich beruhen lassen.

Ministerialrat Dr. Weh weist darauf hin, daß das OKW die Sonderregelung vermisse, die in der Durchführungsverordnung zur Verordnung von 1939 angekündigt worden sei. Eine Sonderregelung liege in dem Abkommen, das das Generalgouvernement mit dem Wehrkreisbefehlshaber am 27. Juli 1943 geschlossen habe. Die Regierung des Generalgouvernements stehe auf dem Standpunkt, daß vor Kriegsende eine endgültige Regelung überhaupt nicht getroffen werden könne. Infolgedessen müsse man auch die entsprechende Bestimmung der Durchführungsvorschrift von 1939 in diesem Sinne interpretieren. Man habe sich besondere Verwaltungs- und Verwertungsvorschriften für das die Wehrmacht interessierende Vermögen vorbehalten wollen. Diese Bestimmungen seien im Wege der Vereinbarung ergangen. Die Niederschrift darüber enthalte den Passus, daß die Regierung des Generalgouvernements und die Wehrkreisverwaltung darüber einig seien, daß die endgültige Regelung der umstrittenen Eigentumsfrage einer späteren Vereinbarung zwischen Generalgouvernement und Reichsregierung überlassen werden müsse. Unter diesen Umständen bestehe wohl intern jedenfalls Einigkeit darüber, daß die Wehrmacht nicht um die Rechte gebracht werden solle. Die Begründung des Eigentums des Generalgouvernements sei zu dem Zwecke gedacht gewesen, ein einigermassen brauchbares Zwischenstadium zu schaffen, da man ja nicht mit Vermögen des früheren polnischen Staates oder der Sowjetunion operieren könne. Daß die Wehrmacht noch kein Wehrmachtseigentum begründet habe,

dürfte auch ausser Zweifel stehen. Jedenfalls sei das Gesetz, das der Wehrmacht das Eigentum zuweise, nicht ergangen, auch die Verordnung von 1940 spreche nur von der Beschlagnahme seitens der Haupttreuhandstelle, sodaß also Eigentumsrechte nicht verletzt würden, wenn man sich darüber klar sei, daß die endgültige Verfügung über alles, was das Generalgouvernement verwalte, erst nach Kriegsende getroffen werden könne, und zwar entsprechend dem Befehl des Reiches. Er weise in diesem Zusammenhang auf eine Parallele in Gestalt der Verordnung über das Sondervermögen der Deutschen Post Osten hin. Hier sei ebenfalls ausdrücklich bestimmt, daß das endgültige Schicksal dieses Vermögens - ob es nun Sondervermögen der Deutschen Reichspost oder des Generalgouvernements bleibe - erst nach Kriegsende entschieden werden solle.

Oberstabsintendant Dr. Ellermeier glaubt Übereinstimmung dahin feststellen zu können, daß der Verordnungsentwurf bezüglich des Distrikts Galizien einstweilen so bleiben soll. Bezüglich der anderen Verordnung sei er anderer Ansicht. Nach dem Wortlaut der Verordnung über das Eigentum am Vermögen des früheren polnischen Staates, zu der der vorliegende Verordnungsnetwurf eine Ergänzung darstelle, werde das beschlagnahmte Vermögen Eigentum des Generalgouvernements, und in der Verordnung über die Beschlagnahme des gesamten beweglichen und un-beweglichen Vermögens des früheren polnischen Staates nebst Zubehör einschl. aller Forderungen und Rechte werde zum Zwecke der Sicherstellung gemeinnütziger Zwecke aller Art Bestimmung getroffen. Es seien keine Vorbehalte gemacht. Es würde an sich darunter fallen. Die vorläufig mit der Wehrkreisverwaltung getroffene Vereinbarung genüge auch, um die Recht-e der Wehrmacht in dem gewünschten Sinne zu sichern. Einmal handle es sich nur um eine Vereinbarung zwischen Regierung und Wehrkreisverwaltung. Die Luftwaffe beispielsweise habe ausdrücklich erklärt, daß sie sich an diese Vereinbarung nicht gebunden fühle, und habe Widerspruch erhoben.

Er bemühe sich aber, diesen Widerspruch zu beseitigen, weil er ihn nicht für begründet halte. Trotz verschiedener Erinnerungen habe sich das Luftfahrtministerium bis heute noch nicht geäussert, sodaß er als Vertreter des OKW nicht namens aller Wehrmachtsteile sprechen könne. Die Marine habe im übrigen auch der Sache zugestimmt. Es würden also Heer und Marine gebunden sein, das Heer allerdings insofern auch noch nichts, als das OKW die Vereinbarung von der Zustimmung des OKH abhängig gemacht habe. Man sei dazu nicht im Stande, weil man den Widerspruch der Luftwaffe noch nicht habe ausräumen können.

Der zweite Grund sei der, daß, wie in dem Schreiben vom 25. Februar auch ausgeführt sei, diese Verordnung den Eindruck erwecken müsse, daß jegliches Eigentum der Regierung des Generalgouvernements zustehe. Solle ein Vorbehalt für die Wehrmacht gemacht werden, so müsse er auch in die Verordnung aufgenommen werden und könne nicht lediglich in einer Vereinbarung bestehen, die bei den Akten liege, die unter den heutigen Umständen leicht vernichtet werden könnten. Die Vorgänge könnten dann auch nur schwer rekonstruiert werden.

Über die Frage des Eigentums habe man schon vor der Sitzung gesprochen. Diese Frage sei sogar bei der Regierung des Generalgouvernements wie beim OKW zweifelhaft, vor allem die Frage, ob und inwieweit Eigentum erworben werde und ob eine Rechtsnachfolge damit verbunden sei. Immerhin halte er es für durchaus möglich, daß die deutsche Wehrmacht, die nach Zertrümmerung des polnischen Staates Grundstücke in Besitz genommen habe, in diesem Zeitpunkt die herrenlosen Grundstücke auch zu Eigentum erworben habe. Er wolle es dahingestellt sein lassen, sei aber geneigt, gegebenenfalls diesen Standpunkt zu vertreten. Es brauche aber nicht Gegenstand der Verhandlung zu sein, wenn man zu einer Regelung komme und er sich bemühe, die Vereinbarung mit der Wehrmacht gültig zu machen, und wenn in die Ergänzungsverordnung zu der ersten Verordnung über das Eigentum ein Vorbehalt aufgenommen werde. Auch über die Frage der Gültigkeit der Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom Januar 1940 brauche man sich nicht

zu streiten, sondern könne diese Frage dahingestelit sein lassen. Man brauche diesen Vorbehalt gar nicht zu zitieren.

Ministerialrat Dr. Weh stellt darauf als erstes Ergebnis, das wohl auch von dem Herrn Generalgouverneur gebilligt werde, fest, daß die Verordnung über den Distrikt Galizien nicht erscheine, als zweites Ergebnis, daß die Änderungsverordnung erscheinen würde, und zwar mit den erwähnten Vorbehalten. Er habe kein Bedenken dagegen, auch die Verordnung von 1940 in diesem Sinne zu ergänzen, weil die Vorbehalte gerechfertigt seien. Alles, was sonst noch zu regeln sei, falle unter die Generalklausel.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Ministerialrat Dr. Weh, zusammen mit den beteiligten Herren die ganze Frage einer abschliessenden Besprechung zu unterziehen. Er führt dann aus: Entscheidend sei ja immer, was meistens vergessen werde, daß das Generalgouvernement keine Provinz des Reiches sei und daß die beiden Begriffe des Wehrmachtseigentums und des Untereigentums des Reiches immer verwechselt würden. Auf der einen Seite stelle man gegenüber die zwei Funktionen der Träger der Regierung des Generaltouvernements und des Oberkommandos der Wehrmacht bezw. des Wehrkreiskommandos, reiner Behörden, auf der anderen Seite identifiziere man mit Regierung auch den Staat. Der Staat Generalgouvernement habe wie jeder Staat eines Fiskus. In dem Sinne, wie jede Kanone, jede Kaserne, jedes U-Boot, jedes Flugzeug dem Deutschen Reich gehöre, müsse hier eine Art Totalität als Basis für die Eigentumsverhältnisse in der Weise geschaffen werden, daß der hiesige Staatsfiskus als Generaleigentümer dieses Eigentum habe. Die deutsche Wehrmacht verfüge heute in dem Gebiet Deutsches Reich-Generalgouvernement über 2 Formen von Wehrmachtseigentum: das deutsche Eigentum, der Wehrmacht des Reiches übergeben, zum andern das Staatseigentum des Generalgouvernements, der Wehrmacht im Generalgouvernement übergeben. An diesen Voraussetzungen scheitere es immer, wenn in den Zentralen

Berlins das Generalgouvernement als Provinz des Reiches angesehen werde. Das sei nicht der Fall, und deshalb habe man auch den Führer veranlaßt, diesen Weg nicht zu gehen. Sonst könnte man ja alles, was bisher geleistet worden sei, nicht schaffen. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die Währung, ein Privileg, das mehr Belastungen als Vorteile in sich trage. Auch das sei einer der springenden Punkte, die immer wieder vergessen würden. Die SS habe vor einiger Zeit an ihn das Ansinnen gestellt, sie wolle das Eigentum am Truppenübungsplatz Heidelager erwerben. Er habe dem Gruppenführer Pohl seinen Standpunkt dargelegt, dieser habe auch seinen Anspruch zurückgezogen und sich bereit erklärt, die Frage nach dem Kriege zu klären.-Im übrigen könne er nur seiner Befriedigung über das Ergebnis der Sitzung zum Ausdruck bringen.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Schluß der Sitzung 11 Uhr 20 Minuten.

IV/8 Krakau

Mittwoch, den 7. Juni 1944

11^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

12^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Dr. Senkowsky, Präsident Naumann und Oberregierungsrat Beaucour.

Präsident Dr. Senkowsky teilt zunächst mit, daß er vor einiger Zeit einen Bericht über die Beraubung von Spritlägern in Lublin und die Auswirkung dieser Beraubung auf die Produktion an Präsident Naumann gegeben habe, mit der Bitte, rechtzeitig gewisse Vorkehrungen für die Sicherung der Produktionsläger im kommenden Jahr zu veranlassen. Mittlerweile habe sich der auf 1 387 000 Liter bezifferte Verlust um weitere 36 000 Liter erhöht. Die Folge sei gewesen, daß man in den meisten Brennereien mit der Produktion aufgehört habe.

Präsident Naumann führt aus, es sei schon vor Beginn der Kampagne bekanntgewesen, daß die Brennereien einen sehr starken Angriffspunkt für die Banditen aller Art im Laufe des fünften Kriegswirtschaftsjahres darstellen würden. Die Hauptabteilung E. und L. habe gemeinsam mit der Generaldirektion der Monopole den Höheren SS- und Polizeiführer und auch den Wehrkreisbefehlshaber auf den Ernst der Situation hingewiesen. Am 1. Februar 1944 sei vom Wehrkreisbefehlshaber ein Befehl ergangen, der die Notwendigkeit des Schutzes der Brennereien nochmals herausstelle. Es sei aber mangels Exekutive auch bei der Wehrmacht nicht gelungen, die etwa 600 im gesamten Generalgouvernement betriebenen Brennereien so zu schützen, daß eine Beraubungsgefahr ausgeschlossen sei. Dazu sei noch die Auflockerung der Autorität insbesondere in Lublin und auch in Teilen von Galizien gekommen, sodaß gerade in diesem so wichtigen Brennereisektor größte Verluste eingetreten seien. Man könnte auf den Gedanken kom-

men, für das sechste Kriegswirtschaftsjahr die Brennereien nur in den Gebieten wieder in Gang zu setzen, in denen noch in etwa sicherheitsmässig eine Garantie geschaffen sei. Die Entwicklung der letzten Wochen habe aber gezeigt, daß z.Zt. auch im Distrikt Radom ähnliche Verhältnisse hinsichtlich der Beraubung eintreten würden wie im Distrikt Lublin. Nur der Umstand, daß jetzt noch nicht dort gearbeitet werde, verhindere Überfälle auf die dortigen Brennereien. Gleichwohl würden aber wichtige Betriebsmittel wie z.B. Treibriemen von den Banditen geraubt. Unter diesen Umständen könnte man daran denken, das ganze Geschäft der Kartoffelbrennerei auf wenige Punkte zu konzentrieren, wie es z.B. bei der Melasse geschehe. Das sei aber leider bei der Kartoffel nicht möglich. Es gebe viele Brennereien, die nur betrieben würden, damit überhaupt eine Futterunterlage für den Rindviehbestand geschaffen werden könne. Den Gedanken der Schaffung von Großbrennereien, die durch eine Kompanie Soldaten zu sichern wären, könne man bei der Melassebrennerei durchführen, nicht aber bei der Kartoffelverbrennung. Daher sei es unbedingt notwendig, das Stützpunktsystem wieder aufzubauen. Die Massierung landwirtschaftlicher Brennereien an wenigen Punkten bringe auch noch die Gefahr des Zerschlagens der Großbetriebe durch Luftangriffe mit sich. Man müsse jetzt also zum Teil sehr dezentral arbeiten. Wenn eine Großbrennerei zerschlagen werde, dann fielen ein Sechstel bis ein Fünftel der Gesamtkapazität aus.

In diesem Zusammenhang kommt der Herr Generalgouverneur auf die Staatsbrauerei in Lemberg zu sprechen und gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß in der Hauptabteilung E. und L. ein eigenes Referat dafür eingerichtet worden sei.

Präsident Dr. Senkowsky betont, daß die Generaldirektion der Monopole ihre Tätigkeit in erster Linie von dem Gesichtspunkt aus betrachte, daß für die Ingangshaltung und Ankurbelung der Wirtschaft im weitesten Sinne - also Ernährung und Landwirtschaft und alle anderen Wirtschaftszweige - der Bedarf zur Verfügung gestellt

werde. Sowohl die Monopolverwaltung wie auch die Regierung seien sehr daran interessiert, daß in diesem wichtigsten Zweig ein Produktionsausfall nicht eintrete. Dafür bedürfe es vor allem einer Steigerung der Sicherheit der Betriebe. Die Kapazität der Brennereien sei schon in der russischen und österreichischen Zeit auf die Kartoffelmengen abgestellt worden, die aus gewissen Gebieten nicht hätten abtransportiert werden können. Hier könnte eine Änderung eintreten. Während man in der letzten Kampagne vorgesehen habe, daß alle Distrikte die volle Kapazität der Brennereien ausnutzten, habe der Distrikt Krakau nur eine 50-prozentige Ausnutzung der Kapazität auferlegt bekommen. Darum wirke sich jetzt der Produktionsausfall in den östlichen Gebieten, in denen die Unsicherheit viel grösser sei, besonders stark aus.

Präsident Naumann betont, man habe im vorigen Jahre gewußt, daß eine ausserordentlich schlechte Kartoffelernte in Aussicht stehe. Man habe aber unter allen Umständen die 450 000 hl Sprit produzieren wollen, weil das unbedingt notwendig gewesen sei. Auf der anderen Seite habe die Versorgung der Bevölkerung des Distrikts Krakau mit Kartoffeln sichergestellt werden müssen. - Die Vorbereitungen für die Neuaufteilung der Produktionskapazität in diesem Jahre seien im Einvernehmen mit der Generaldirektion der Monopole getroffen. Den drei Distrikten Krakau, Warschau und Radom werde die Kapazität zu 100% auferlegt, und dafür würden auch die Vorbereitungen z.B. hinsichtlich der Anfuhr der Kohle getroffen. Wenn plötzlich im Distrikt Krakau 100 000 t Kartoffeln fehlten und es nicht möglich sei, diese Kartoffeln aus Lublin oder Galizien herbeizuschaffen, dann müsse man 20% von den für die Brennereien vorgesehenen Kartoffeln zur Verfügung stellen. In Galizien habe man jetzt der Heeresgruppe Nordukraine die Kartoffeln geben müssen, die eigentlich in die Brennereien kommen sollten. Das Reich habe deshalb auch dem Generalgouvernement 100 000 hl Sprit erlassen.

7.6.1944

Der Herr Generalgouverneur glaubt demnach im wesentlichen eine Übereinstimmung in dieser Frage feststellen zu können. Als ein Hauptpunkt bleibe aber die Verstärkung der Sicherheit übrig, und er ersuche Staatssekretär Dr. Bühler, diese Frage mit Staatssekretär Koppe zu besprechen.

Präsident Dr. Senkowsky kann die Ansicht des Präsidenten Naumann nicht teilen, daß es aus gewissen Gründen nicht möglich sei, Großbrennereien für Kartoffelsprit zu erstellen. Er halte es jedenfalls nicht für unzweckmässig, auch einen grossen Betrieb zu errichten, und kenne eine grosse Brennerei, die man allenfalls erhalten und als Ersatz für die in den Ostgebieten verlorenen Brennereien vorübergehend in Betrieb setzen könne. Er wäre durchaus dafür, im nächsten Jahre diesen einzigen Versuch mit einer Großkartoffelbrennerei ausserhalb des landwirtschaftlichen Betriebes zu machen.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß z.Zt. schon transportmässig manche Probleme nicht zu meistern seien. Wenn eine solche Großkartoffelbrennerei errichtet werde, dann werde auch hier das Transportproblem die größten Schwierigkeiten bereiten.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß es sich bei seinem Vorschlage um eine stillgelegte Brennerei handle, die man schon im vorigen Jahre besichtigt habe. Die erhöhten Transportkosten würde die Generaldirektion der Monopole übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, diese Frage noch mit den beiden Präsidenten zu besprechen.

7.6.1944

12[5o] Besprechung mit Präsident Naumann in Gegenwart des Staatssekretär Dr. Bühler.

Zu Beginn der Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß die Brauerei in Lemberg unbedingt als Staatsbrauerei aufrechterhalten bleiben möge. Im Reich unterständen die Brauereien auch nicht dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Im übrigen habe er darüber bereits Vereinbarungen mit dem Reichsgeschäftsführer der deutschen Brauereien Schwarz und mit Präsident Dr. Senkowsky getroffen. Präsident Dr. Senkowsky habe sich auch neulich über die Behandlung durch die Abteilung Staatsbrauerei der Hauptabteilung E. und L. beschwert. Die Staatsbrauerei müsse wie bisher betrieben und auch amtlich von der Hauptabteilung E. und L. gefördert werden. Er stehe absolut nicht auf den Standpunkt, daß sämtliche Brauereien unbedingt in Privathand gehörten, sondern halte es für richtig, daß auch vorbildliche Staatsbrauereien wie Weihenstephan und Hofbräuhaus betrieben würden, die für die Bierkultur in Bayern Vorbildliches geleistet hätten. - In diesem Zusammenhang ersucht der Herr Generalgouverneur Präsident Naumann, die Frage zu prüfen, ob in Denschenek bei Kressendorf eine Filiale der Staatsbrauerei errichtet werden könne.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß Monopole bei der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft überhaupt nicht in guten Händen seien. So werde z.B. jede private Initiative hinsichtlich der Einfuhr von Wein von der Hauptabteilung E. und L. unterbunden.

Präsident Naumann gibt zu bedenken, daß im Generalgouvernement überhaupt keine geordnete Weinwirtschaft bestanden habe. Es sei nur unter grossen Schwierigkeiten gelungen, ein Weinkontingent zu erhalten. Er habe für das Regierungsheim hervorragende Weine zu ganz niedrigen Preisen geliefert.

Der Herr Generalgouverneur teilt dann Präsident Naumann mit, daß das Luftgaukommando beabsichtige,

eine grössere Anzahl von Flugzeugen im Generalgouvernement unterzubringen und dafür auch wertvolles Kulturland in Anspruch zu nehmen. Er weise Präsident Naumann an, diese Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler zu besprechen.

Gegenstand der Besprechung ist sodann ein in einem Schreiben an Staatssekretär Dr. Bühler enthaltener Bericht über den Einfluß der Kriegsereignisse auf die Leistungen des Generalgouvernements auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft.

Präsident Naumann bemerkt, daß er diesen Bericht auf Wunsch des Staatssekretärs Dr. Bühler erstattet habe, um frühzeitig eine Grundlage für die Verhandlungen über die Leistung des Generalgouvernements im sechsten Kriegswirtschaftsjahre zu schaffen, damit man für das sechste Kriegswirtschaftsjahr einen Vorschlag über die Versorgung der heimischen Bevölkerung machenund feststellen könne, was das Reich vom Generalgouvernement noch fordern dürfe oder worauf es vonvornherein verzichten müsse. Diese Fragen seien schon mit dem Generalreferenten Müller vom Reichsernährungsministerium und der Dienststelle des Beauftragten für den Vierjahresplan besprochen worden. Demnächst werde in Berlin eine Schlußverhandlung darüber bei Reichsminister Backe stattfinden. Er habe die massgebender Instanzen auch nicht im unklaren darüber gelassen, daß das Generalgouvernement hinsichtlich der Versorgung des Wehrkreiskommandos Nachschub aus dem Reich haben müsse. Daß das Generalgouvernements nichts mehr in das Reich liefern könne, darüber seien sich die zuständigen Stellen im Reich klar. Für das Generalgouvernement werde sich bei Aufrechterhaltung der bisherigen Zustände die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen lassen, nicht mehr aber dann, wenn die Front an die San-Weichsel-Linie zurückverlegt werde. Im Fettsektor komme man auch bei Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes nicht durch. Getreide könne in diesem Jahre weder an das Reich noch an das Wehrkreiskom-

mando geliefert werden. Man rechne für dieses Jahr mit einer Erfassung von 1 115 000 t. Davon würden für die eigene Wirtschaft und den Industriebedarf usw. 773 000 t gebraucht, an Saatgut 45 000 t, Transportverluste betrügen 45 000 t, und dazu komme noch eine Staatsreserve von 100 000 t. Insgesamt seien das 963 000 t. Im Reiche werde man wahrscheinlich die Brotration im August um 200 g auf 2 050 g senken müssen. Man hoffe auf eine gute Kartoffelernte und wolle dann das Brot durch Kartoffeln ersetzen. Man gehe dann im Reich mit einer Staatsreserve von 1 000 000 t in das sechste Kriegswirtschaftsjahr hinein. Reichsminister Backe wolle aber schon für das siebente Kriegswirtschaftsjahr Vorsorge treffen. -
Im Generalgouvernement stehe einem Gesamtbedarf von 963 000 t ein erwartetes Aufkommen von 1 115 000 t gegenüber, es würde sich also ein Überschuß von 152 000 t ergeben. Die 152 000 t Getreide würden bei der Versorgung des Wehrkreiskommandos einzusetzen sein, und zwar mit einer Menge von 52 000 t, ferner 100 000 t gegebenenfalls für Wolhynien und dem zurückzuerobernden Teil von Galizien. Der Wehrkreisbefehlshaber aber habe etwas über 200 000 t gefordert; da man ihm nur 52 000 t geben könne, müsse das Reich 150 000 t nachschieben. - Angesichts der mangelhaften Fettversorgung der Bevölkerung seien 23 Millionen Stück Eier an die Bevölkerung gegeben worden. Diese Zuteilung habe die Bevölkerung sehr gut aufgenommen. Die Rüstungsarbeiter hätten sogar 7 Eier pro Kopf erhalten. Gegen diese Verteilung seien von gewissen Reichsstellen Bedenken erhoben worden. Er habe dem-gegenüber geltend gemacht, daß das ein kärglicher Ersatz für die absolut notwendige Fettversorgung und keine Sonderzuteilung sei. - Nicht zufriedenstellend sei die Milcherfassung. Während man bei Eiern den Wert der Ware voll vergüte, gebe man bei der Milch nur 33% des Wertes in Form von Ware zurück. Er habe demgegenüber darauf hingewiesen, daß man mindestens 50% des Wertes in Form von Prämienware zurückgeben müsse. Es handle sich bei der Milch um eine Menge von 200 Millionen l.

7.6.1944

Der Herr Generalgouverneur stellt auf Grund der Ausführungen und des Berichtes des Präsidenten Naumann fest, daß von seiten des Generalgouvernements rechtzeitig darauf hingewiesen worden sei, was man im Herbst des Jahres zu erwarten habe. Er beauftrage deshalb Staatssekretär Dr. Bühler, ihm die Entwürfe von Schreiben an Reichsminister Backe, an den Beauftragten für den Vierjahresplan, an Reichsminister Dr. Lammers, Reichsführer SS Himmler und Reichsleiter Bormann vorzulegen, in denen die Frage des Einflusses der Kriegsereignisse auf die Reichsleistungen des Generalgouvernements auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft behandelt werde.

Präsident Naumann gibt dann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von der durch Banditen erfolgten Erschiessung des Kreislandwirts Pitting.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, einen Brief an die Witwe zu richten und in diesem Brief gleichzeitig der Witwe mitzuteilen, welche Fürsorgemaßnahmen für sie ergriffen werden könnten.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß angesichts der Tatsache, daß die Sonderzuteilungen nicht mehr in der Zeitung bekanntgegeben werden dürften, lebhafte Klagen aus der deutschen Bevölkerung kämen.

Der Herr Generalgouverneur sieht sich nicht in der Lage, den Erlaß aufzuheben, da man in dieser Hinsicht auf die Stimmung der polnischen Bevölkerung gewisse Rücksichten nehmen müsse. Die zuständigen Stellen müßten versuchen, einen Weg zu finden, auf dem in anderer Weise als durch Veröffentlichung in der Zeitung die Sonderzuteilungen der deutschen Bevölkerung bekanntgemacht werden könnten.

15^{35} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Generalintendant Stampe.

Der Herr Generalgouverneur teilt Generalintendant

7.6.1944

Stumpe mit, daß vor allem aus Kreisen der Partei abfällige Kritik an der Aufführung der Operette "Manina" geübt worden sei. Dieser Kritik könne er eine Berechtigung nicht absprechen. Er sei überhaupt der Auffassung, daß die Aufführung moderner Operetten eines Staatstheaters nicht würdig sei. Sein Wunsch sei es, das Staatstheater auf ein Niveau zu bringen, das abfällige Kritiken über Aufführungen ausschließe.

16[40] Besprechung mit Generalleutnant der Flieger Unger.

Generalleutnant Unger berichtet dem Herrn Generalgouverneur von den Feststellungen, die er in der Angelegenheit der Mitnahme von Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen durch das Luftgaukommando VIII getroffen hat.

Der Herr Generalgouverneur hält auf Grund des Berichtes des Generalleutnants Unger die Angelegenheit für erledigt. Gleichzeitig gibt er der Auffassung Ausdruck, daß es zur Vermeidung solcher unliebsamen Vorkommnisse in Zukunft zweckmässig wäre, wenn für sämtliche Diensträume und Wohnungen Inventarverzeichnisse aufgestellt würden.

Generalleutnant Unger erklärt sich bereit, dem General Vierling folgenden Vorschlag zu machen: Er, Generalleutnant Unger, werde mit einem Beamten, der noch die früheren Verhältnisse kenne, sämtliche z.Zt. im Besitz der Luftwaffe befindliche Wohnungen nach Einrichtungs-, Wertgegenständen, Teppichen usw. durchsuchen. Diese Gegenstände müßten dann inventarisch genau erfaßt und bestimmten Persönlichkeiten gegen Quittung zugewiesen werden. Gegenstände, die dabei ausgesondert würden, könnten zusammengestellt und der Bevölkerung zum Kauf angeboten werden, damit nicht das Odium der Plünderung bestehen bleibe. Dagegen, daß einzelne Gegenstände verschwunden seien, könne man jetzt nichts mehr tun. Auch der Feldluftgau VIII sei nicht mehr in der Lage, eine Prüfung

vorzunehmen, weil er nicht mehr wisse, welche seiner Offiziere inzwischen versetzt worden seien.

Generalleutnant Unger gibt dann dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß das Feldluftgaukommando XXVII seine Flugplätze erweitern wolle und dafür auch Ackerflächen in Anspruch nehmen bezw. in die Ernte eingreifen müsse. Selbstverständlich werde dabei mit möglichster Schonung vorgegangen werden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Generalleutnant Unger, diese für das Generalgouvernement ausserordentlich wichtige Frage mit Präsident Naumann zu besprechen. Es müsse sich eigentlich ermöglichen lassen, die Ernte zu retten. Ihm wäre es viel lieber, wenn in das Generalgouvernement Nachtjagdgeschwader hineinverlegt würden. Die hier in Betracht kommenden Flugzeuge könnten schließlich auch im Reich untergestellt werden. Ausserdem gebe es im Generalgouvernement genügend Kahlflächen, die für solche Zwecke in Anspruch genommen werden könnten.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Kriegsberichter Schermer in Gegenwart des Pressechefs Gassner.

SS-Kriegsberichter Schermer hat den Auftrag, eine Bild- und Wortreportage über das Generalgouvernement zu machen, und will sich zu diesem Zweck einen Einblick in die industriellen und landwirtschaftlichen Verhältnisse wie in das Kulturleben und alle sonstigen Leistungen des Generalgouvernements verschaffen.

Der Herr Generalgouverneur gibt SS-Kriegsberichter Schermer einige Hinweise für die Erfüllung dieser Aufgabe unter gleichzeitiger Darlegung der z.Zt. im Generalgouvernement herrschenden Verhältnisse und der vielfachen Schwierigkeiten, vor die heute die Regierung des Generalgouvernements gestellt ist.

7.6.1944

17[20] Der Herr Generalgouverneur empfängt Fräulein Annemarie Rundeshagen.

Fräulein Rundeshagen, die Verlobte des in Ausübung des Polizeihilfsdienstes von Mörderhand gefallenen Oberlehrers an der Deutschen Oberschule Krakau Dr. Hoff, teilt dem Herrn Generalgouverneur nähere Einzelheiten des Überfalles auf den Ermordeten mit. In diesem Zusammenhang berichtet Fräulein Rundeshagen, daß sich die Führung der Hitler-Jugend nicht habe bereitfinden können, offiziell in Uniform an der Bestattungsfeier teilzunehmen, wenn die Trauerfeier in kirchlicher Form und unter Beteiligung eines katholischen Geistlichen stattfinde. Zu der Trauerfeier sei auch kein Angehöriger der Hitler-Jugend, jedenfalls als solcher erkennbar, erschienen. Aus diesem Grunde wünsche sie, ihre Stellung als Presse-referentin bei der Hitler-Jugend aufzugeben; man wolle sie jedoch aus dieser Stellung nicht entlassen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, Fräulein Rundeshagen in jeder Weise zu helfen und Hauptbannführer Schimmelpfeng zu erklären, daß er, der Generalgouverneur, die Genehmigung zur Entlassung des Fräulein Rundeshagen aus ihrer bisherigen Tätigkeit erteile. Im übrigen werde er gegebenenfalls dafür sorgen, daß Dr. Hoff nachträglich die Beamtenrechte zuerkannt würden und seiner Mutter unter Umständen eine Unterstützung gewährt werde.

Fräulein Rundeshagen teilt dann dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Dr. Hoff ein Buch über das Bistum Pavia geschrieben habe, das auf Kosten der italienischen Regierung in etwa 500 Exemplaren gedruckt worden sei. Das Werk befinde sich vorläufig noch in einer Druckerei in Pavia, Dr. Hoff habe es aber nach Deutschland bringen lassen wollen.

7.6.1944

Der Herr Generalgouverneur ersucht Fräulein Rundeshagen, ihm den Namen der Druckerei mitzuteilen und die Stelle zu bezeichnen, mit der man über diese Frage verhandeln müsse. Er sei auch bereit, sich mit dem Italienischen Botschafter in Berlin in Verbindung zu setzen. Ein Durchschlag des an den Italienischen Botschafter gerichteten Schreibens solle Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler erhalten, der sich persönlich der Erledigung der Angelegenheit widmen solle. Weiter müsse festgestellt werden, ob Pavia in die Zone des Hohen Kommissars für das Operationsgebiet Adria gehöre.

Abschliessend ersucht der Herr Generalgouverneur Fräulein Rundeshagen, am Freitag mittag zu einer erneuten Besprechung bei ihm zu erscheinen.

Donnerstag, den 8. Juni 1944

11[15] Arbeitssitzung im Grünen Zimmer der Burg über das Thema: Erhöhung der Besoldung des fremdvölkischen Staatspersonals.

Anwesend sind: Staatssekretär Dr. Bühler, die Präsidenten Dr. von Craushaar, Dr. Gerteis, Dr. Lauxmann, Dr. Senkowsky und Naumann, Bankdirigent Dr. Paersch, die Ministerialräte Dr. Radtke, Dr. Gschliesser und Rhetz sowie Oberregierungsrat Gerboth.

Der Herr Generalgouverneur weist einleitend darauf hin, daß er im Zusammenhang mit den Etatbesprechungen mit Vertretern des Reichsfinanzministeriums angekündigt habe, daß die Frage der Besoldung für das fremdvölkische Staatspersonal des Generalgouvernements einer eingehenden Erörterung unterzogen werden müsse. Damals habe er dem Reich bereits angekündigt, daß er auf diesem Gebiet einschneidende Maßnahmen ergreifen müsse, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstelle. Ihm komme es nicht so sehr darauf an, eine unmittelbare lebenverbessernde Wirkung zu erzielen, sondern hauptsächlich auf das psychologische Moment, den fremdvölkischen öffentlichen Angestellten zu zeigen, daß die Regierung des Generalgouvernements bemüht sei, ihre langjährige loyale Mitarbeit anzuerkennen. In dieser Angelegenheit liege ihm nun ein Bericht des Staatssekretär der Regierung vom 5. Juni vor, und er bitte den Herrn Staatssekretär, den Stand der Angelegenheit darzulegen.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet, daß in eingehenden Besprechungen alle Gründe für und gegen eine Anhebung der Bezüge der fremdvölkischen öffentlichen Angestellten im gegenwärtigen Augenblick erörtert worden seien. Gewichtige Gründe sprächen gegen eine Erhöhung der Bezüge; im landwirtschaftlichen wie auch gewerblichen Sektor hätten maßgebliche Herren erklärt, daß eine Verbesserung der Versorgung der Fremdvölkischen auf keinen Fall vorgenommen werden könne, daß im Gegenteil bei

einem weiteren Fortschreiten der jetzigen Entwicklung eine Reduzierung der Versorgung eintreten müsse. Ein Mehr an Gehalt stelle nur eine Aufblähung der Kaufkraft dar, der keine Ware gegenüber stene. Es würde nur dazu führen, daß die mehr Geld erhaltenden Fremdvölkischen sich darüber ärgern würden, daß sie mit ihrem Geld nichts anfangen könnten.

Auf der anderen Seite sei festgestellt worden, daß die derzeitigen Bezüge der Fremdvölkischen, insbesondere der unteren Klassen unter dem Existenzminimum lägen; das Existenzminimum sei erst bei den Bezügen in Klasse VI gegeben.

Die Hauptabteilung Finanzen hätte nun unter dem 15. Mai auf Grund der damaligen Besprechungen einen präzisen Vorschlag ausgearbeitet, der 1.) die Anhebung der Bezüge der unteren Beamten bis zum Existenzminimum vorsehe und 2.) auf manchen Gebieten eine Naturalverbesserung für diese Beamten und Angestellten zum Ziele habe.

Der Herr Generalgouverneur bricht hier die Sitzung ab, da sich herausstellt, daß die anwesenden Hauptabteilungsleiter über diesen Vorschlag der Hauptabteilung Finanzen nicht informiert sind und daher keine amtliche Stellungnahme zu diesem Vorschlag abgeben können. Er beauftragt den Staatssekretär der Regierung, eine Informierung der Hauptabteilungsleiter über diesen Vorschlag herbeizuführen, und beraumt für den Mittwoch nächster Woche einen neuen Termin für diese Sitzung an.

15^{30} Besprechung mit den Referenten in der Kanzlei des Generalgouverneurs, Regierungsrat Dr. Jänsch und Regierungsrat Schulz in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger über Fragen des Polizeihilfsdienstes auf der Burg.

8.6.1944

16[30] Besprechung mit Abteilungsleiter Henseling in Gegenwart der Präsidenten Dr. Eichholz und Ohlenbusch sowie des Oberdienstleiters Tießler.

Präsident Dr. Eichholz erklärt, daß auf Grund einer am 2. Mai stattgefundenen Besprechung die Angelegenheit Henseling einer Bereinigung zugeführt worden sei. Herr Henseling könne nunmehr wieder sowohl seine öffentliche Tätigkeit als auch seine Vortragstätigkeit an deutschen Oberschulen im vollen Umfange aufnehmen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet die Angelegenheit für ihn damit als erledigt. Die vorgenannte Einigung müsse allen Beteiligten bekanntgegeben werden. Er ersuche Herrn Henseling, die Angelegenheit gleichfalls als erledigt zu betrachten. Durch diese Einigung sei auch jede Kritik von seiten führender Persönlichkeiten der Partei zum Verstummen gebracht. Herr Henseling möge alles Vergangene auf sich beruhen lassen und sich ganz seiner Arbeit widmen.

Herr Henseling erklärt sich ausserstande, die Vorwürfe des Pg. Holweger in der Richtung, daß seine Vergangenheit belastet sei, auf sich beruhen zu lassen; er trage sich daher mit dem Gedanken, um Entlassung aus seinem Amt einzukommen.

16[45] Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe eines Burg-Ringes und einer Burg-Ehrennadel vor, die am 5. Jahrestag des Generalgouvernements an verdiente Persönlichkeiten für fünfjährige Tätigkeit im Generalgouvernement verliehen werden sollen.

16[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch den Maler Donauer-Zakopane.

17[00] Besprechung mit Hauptbannführer Schimmelpfeng, Kulturreferent Rodler und Hauptgefolgschaftsführer Ebeling in Gegenwart des Musikreferenten Bader über die Musik-

schule der Stadt Krakau.

Nach Aussprache über den musischen Wettbewerb der H.J. und über den gegenwärtigen Stand der Musikschule der Stadt Krakau wird folgendes vereinbart:

Der bisherige hauptamtliche Leiter der Gebietsmusikschule der H.J. und nebenamtliche Leiter der Städtischen Musikschule Krakau, Kapellmeister Sternitzke, wird in Zukunft die Städtische Musikschule hauptamtlich führen und von der Leitung der Gebietsmusikschule der H.J. zurücktreten, ihr jedoch weiterhin als Lehrer und Fachberater mit einem bestimmten Stundenmaß angehören.

Bevor an einen Ausbau der dramatischen Schule im Rahmen der Städtischen Musikschule gedacht werden kann, ist die Schülerzahl zu erhöhen. Zu diesem Zweck wird insbesondere die H.J. die dramatisch begabten Elemente in ihren Reihen zum Besuch dieser Kurse veranlassen.

Mit Ende dieses Schuljahres werden vom Leiter der Städtischen Musikschule diejenigen Seminarteilnehmer namhaft gemacht, die einer weiteren Förderung in ihrem Streben nach Berufsausbildung würdig sind. Für diese wird laut Weisung des Herrn Generalgouverneurs beim Staatssekretär der Regierung tunlichste Befreiung von sonstiger Dienstverpflichtung erbeten werden.

17^{10} Teeempfang.

Freitag, den 9. Juni 1944

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, den Präsidenten Dr. Eichholz und Dr. von Craushaar, Ministerialrat Dr. Weh und Oberregierungsrat Gerboth über die Verwaltungsschulen im Generalgouvernement.

Oberregierungsrat Gerboth führt dazu aus, daß am 1. April 1941 das Hauptamt Schulung und Ausbildung innerhalb des Staatssekretariats eingerichtet worden sei, dessen Leitung zuerst Dr. Luxenberg und anschliessend Dr. von Manzano innegehabt hatten. Im Wege der Verwaltungsvereinfachung sei das Hauptamt der Hauptabteilung Innere Verwaltung eingegliedert worden; nach Ausscheiden des Dr. von Manzano habe er, Oberregierungsrat Gerboth, im März 1944 die Leitung übernommen.

Der Grund für die Einrichtung des Hauptreferates sei gewesen, daß die Beamten und Angestellten aus den verschiedensten Verwaltungen gekommen seien, verschiedene Ausbildungen genossen hätten und mit der Behördenapparatur vertraut gemacht werden mußten. Zunächst hätten Lehrgänge in Stenografie und Schreibmaschine und dann auch in Sprachen stattgefunden. Dann habe man besonders für die Volksdeutschen Fächer wie Deutsch, kameralistische Buchführung, Verwaltungskunde und allgemeine Staatskunde, Verwaltungsrechnen, Bürokunde für Amtsboten, Schriftverkehr der Verwaltungen usw. einrichten müssen. Dies sei der Anlaß gewesen, daß nun Verwaltungsschulen eingerichtet worden seien, zunächst in Krakau und dann in den anderen Distriktstädten.

In Krakau, Warschau und Radom fänden die Kurse z.Zt. noch statt, während sie in Lemberg und Lublin vorläufig eingestellt seien; zahlenmässig am stärksten seien die Kurse in Krakau, wo im Frühjahrstrimester 1944 119 Lehrgänge mit 2 685 Hörern abgehalten würden. Einzelne Kurse seien neuerdings auch Nichtdeutschen zugängig gemacht. Es gebe verschiedene Parallelklassen und

Fortgeschrittenenkurse. Gelehrt werde alles, was ein Büroangesteliter brauche, aber auch Fächer, die eine Leistungssteigerung hervorzurufen in der Lage seien. In Stenografie und Registraturwesen gebe es Zwangkurse.

Er sei auch zum Ausbildungsleiter für Regierungsinspektoranwärter bestellt. Die Kurse dafür fänden auch in der Verwaltungsschule statt. Er habe die einzelnen Fächer entsprechend dem Lehrplan der Reichsverwaltungsschule eingerichtet. Als Lehrer fungierten meistens Referenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung und der Fachverwaltungen, insbesondere der Hauptabteilung Finanzen. Gelehrt werde Allgemeine Einführung in die Rechtswissenschaft, Staatsrecht, Verwaltungs- und Beamtenrecht, Haushalt- und Kassenwesen usw. Die Erfolge seien bisher recht günstig. Er hoffe, daß sich die Zahl der Anwärter, die durch Einziehungen zur Wehrmacht stark gesunken sei, bald wieder vergrössern werde, da die Handelsschule in Radom gut angelaufen sei und von dort volksdeutsche Anwärter zu erwarten seien. Der Nachwuchs an Beamten des gehobenen mittleren Dienstes sei sehr schlecht und darum gerade diese Schulung ungeheuer wichtig.

Der Herr Generalgouverneur erinnert dann an eine Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. von Craushaar in der Frage der Versorgung der aus dem Sonderdienst Entlassenen oder derjenigen, die sich im Dienste des Generalgouvernements verdient gemacht haben. Für diese Leute müsse man eine Einrichtung ähnlich der der Versorgungsanwärter des Reiches scharfen. Vor allem sei das für den Sonderdienst wichtig. Man müsse bei der Werbung zum Eintritt in den Sonderdienst darauf verweisen können, daß Sonderdienstangehörige jederzeit nach ihrem Ausscheiden oder im Falle einer Verwundung in die untere staatliche Verwaltungslaufbahn eintreten könnten. Ihre Schulung und Ausbildung müsse vom Staat bezahlt werden. Diese Einrichtung könne man

auch auf verdiente Angehörige des Baudienstes ausdehnen. Selbstverständlich müßten diese Leute für eine Verwaltungslaufbahn von Grund auf geschult werden.

Eine weitere wichtige Frage sei die Schaffung eines zukünftigen Beamtennachwuchses in allen Kategorien.

Oberregierungsrat Gerboth verweist hier darauf, daß die Errichtung einer Reichsverwaltungsschule in Krakau geplant sei, der Krieg aber vorläufig die Verwirklichung dieses Planes nicht gestatte. Auch die Errichtung einer provisorischen Reichsverwaltungsschule sei infolge des Fehlens entsprechender Unterkunftsmöglichkeiten für die Teilnehmer und infolge der Raumanforderungen der Wehrmacht nicht möglich. Der Plan könne also erst nach Beendigung des Krieges realisiert werden. Vorläufig würden die Beamten hier nur geschult, ihre Prüfungen legten sie in der Reichsverwaltungsschule Pirma ab.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann zu bedenken, ob für die Beamtenschaft nicht irgendein Fortbildungsorgan geschaffen werden könne. Vielleicht könne die Verwaltungsakademie eine Zeitschrift für die Staatsdiensttuer im Generalgouvernement herausbringen, in der in gleicher Weise Gewicht auf die Schulung und auf die Betreuung gelegt werde.

Staatssekretär Dr. Bühler verweist dann darauf, daß es im Generalgouvernement bis jetzt keine fremdvölkischen Beamten, sondern nur Staatsangestellte gebe. Vielleicht könne man zum 5. Jahrestag eine solche Einrichtung schaffen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und wünscht dafür die bereits bei der Ostbahn eingeführte Einrichtung der ersten Stufe zum Vorbild genommen zu sehen.

Präsident Dr. Eichholz wirft zum Schluß noch ein, daß der Umfang der Verwaltungsschulen sehr stark in den Sektor der Hauptabteilung Erziehung und Unterricht

eingreife und die Gefahr einer Mehrarbeit bestehe. Er schlage daher die Einschaltung der Schulaufsicht der Hauptabteilung vor.

Der Herr Generalgouverneur will hier die gleiche Regelung getroffen sehen, wie sie zwischen der Hauptabteilung und dem Berufserziehungswerk der Partei getroffen ist.

Eine weitere Frage des Präsidenten Dr. Eichholz, ob diese sogenannten Versorgungsanwärter nicht auch in Kursen der Handelsschulen für die Wirtschaft ausgebildet werden müßten, beantwortet der Herr Generalgouverneur dahin, daß die Hauptabteilung in Verbindung mit der Zentralkammer der gewerblichen Wirtschaft jederzeit solche Kurse einrichten könne. Kein Versorgungsanwärter werde zum Eintritt in den Verwaltungsdienst gezwungen; entschliesse er sich für eine Tätigkeit in der Wirtschaft, so werde er eine Geldabfindung erhalten, mit der er die Kosten seiner Ausbildung bezahlen könne.

11[5o] Präsident Dr. von Craushaar stellt dem Herrn Generalgouverneur die Oberregierungsräte Dr. Dohn, Hastert und Linde vor, die in den Distrikten Krakau, Radom und Warschau ihre Tätigkeit als Leiter der Abteilung Innere Verwaltung aufnehmen.

12[2o] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Oberdienstleisters Tießler die Parteigenossen Hund und Alt von der Parteikanzlei.

Parteigenosse Hund berichtet dem Herrn Generalgouverneur von seiner Besichtigungsreise durch die Distrikte Galizien, Radom und Krakau. Er sei freudig überrascht von dem hohen Menschenmaterial in der Parteiarbeit draussen; diese Männer seien in der Lage etwas zu leisten Vielleicht seien sie noch nicht mit der notwendigen Intensität an die Kleinarbeit herangeführt worden.

9.6.1944

Erfreut sei er auch über die hohen Qualitäten der Mitarbeiter der Hauptarbeitsgebiete des Arbeitsbereiches. Einzige Ausnahme bilde hier Pg. Kobusch, der für die Tätigkeit eines Stabsleiters reichlich unklar sei.

Auf Grund seiner persönlichen Besprechungen habe er festgestellt, daß teilweise sehr gut gearbeitet werde, teilweise aber auch die Arbeit in der Partei als eine Angelegenheit angesehen werde, deren Durchführung weit nach dem sonstigen Pflichtenkreis komme.

Er habe auch mit den Distriktstandortführern Dr. Wächter und Kundt über die Frage der Trennung der Personalunion gesprochen; trotz der bestehenden Schwierigkeiten sei er persönlich überzeugt, daß diese Trennung durchgeführt werden könne.

Der Herr Generalgouverneur protestiert eingangs gegen die Auffassung des Parteigenossen Friedrichs, daß der Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP der minderwertigste von allen sei, der am wenigsten geleistet habe. Er habe sich über diese Äusserung des Pg. Friedrichs dem Distriktstandortführer Kundt gegenüber sehr aufgeregt. Angesichts der totalen Schwierigkeiten, in diesem Raum eine deutsche Führung aufzurichten, sei das eine unbewiesene Behauptung. 16,4 Millionen Einwohnern stünden hier nur etwa 180 Tausend Deutsche gegenüber, von denen sich wiederum nur ein Bruchteil aktiv nationalsozialistisch betätige. Der Arbeitsbereich zähle etwa 35 Tausend Parteigenossen, die Substanz der Bewegung betrage also mitgliedermässig gesehen die eines kleinen Landkreises des Reiches, verteilt auf eine Fläche von 150 000 qkm. Daraus ergebe sich, daß die hier tätigen Deutschen in erster Linie im staatlichen Sektor arbeiten müßten, der 99% der Bevölkerung ausmache. Auf Grund dieser Sachlage sei es klar, daß die Parteiarbeit hier nicht so in Erscheinung treten könne wie im Reich. Dazu komme, daß die Inanspruchnahme der Männer im staatlichen Sektor ungeheuer sei. So habe z.B. ein Kreishauptmann mit 100 Leuten Hunderttausend Polen zu regieren. Bei der Erörterung aller Fragen des

Generalgouvernement müsse diese zahlenmässige Relation immer die Voraussetzung bilden. Diese Tatsache müsse auch allen Vorwürfen entgegen-gehalten werden, die behaupteten, daß im Generalgouvernement der Staat mehr gelte als die Partei.

Seiner Überzeugung nach sei es das größte Wunder, die Partei im Generalgouvernement so zu halten wie jetzt. Die Organisation der Arbeitsbereiche sei seine persönliche Erfindung, und der Arbeitsbereich Generalgouvernement halte jeden Vergleich aus. Den Arbeitsbereich brauche er als Gesinnungsblock, als den Repräsentanten des nationalsozialistischen Gewissens in Kundgebungen, Parteitagen, in deutschen Zusammenkünften, dagegen nicht in den Dingen, die im Reich die Hauptrolle spielten.

Seiner Meinung nach sei im jetzigen Augenblick eine Trennung von Zuständigkeiten vollkommen undurchführbar. Solite sie von der Parteikanzlei erzwungen werden, würde er sich an den Führer wenden, und eine ungeheuere Auseinandersetzung wäre die Folge. Rein optisch gesehen könne er in diesem Augenblick nicht dulden, daß die wenigen Repräsentanten, die er im Lande habe, auseinandergerissen würden. Neben dem Gouverneur könne nicht ein Mann der Partei stehen. Diese Einheitlichkeit der Führung müsse bis nach unten gehen. Bei der Trennung der Führung des Arbeitsbereiches durch seine Person, die in einem Atemzug mit der Trennung der Gouverneure stattfinden würde, würde im Generalgouvernement die Partei in grosse Auseinandersetzungen mit dem Staat geraten. Der Parteimann müßte notgedrungen über die im Staatsdienst stehenden Beamten und Angestellten verfügen. Bei den Kreisen sei es etwas anderes, und in einem Schreiben an Reichsleiter Bormann habe er sich bereit erklärt, 12 Kreisstandorte zu bilden, die den Distriktstandorten unterständen. Mit der Trennung auf der Ebene des Generalgouverneurs und der Gouverneure könne er nicht einverstanden sein.

9.6.1944

Die Organisation eines neu eroberten Gebietes mitten im Krieg sei eine Sache für sich, sie sei von der endgültigen Organisierung friedensmässiger Art nach gewonnenem Krieg streng zu trennen. Während des Krieges könne es keine endgültige Organisation geben. Hauptsache sei, daß der Krieg gewonnen werde, denn auch die Existenz der Partei hänge vom Gewinnen des Krieges ab. Es dürfe daher durch Erörterung solcher Fragen keine Unruhe ins Land gebracht werden. Die Lage des Generalgouvernements sei ernährungsmässig und polizeimässig gesehen durch den Einbruch der Russen ungeheuer erschwert worden.

Der Herr Generalgouverneur führt dann noch weitere Schwierigkeiten auf, mit denen das Generalgouvernement zu kämpfen hat.

Parteigenosse Hund gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Parteikanzlei kein Interesse habe, die Gouverneure von der Parteiarbeit abzuziehen. Auch Parteigenosse Friedrichs habe bestimmt nicht die Absicht gehabt, dem Arbeitsbereich und seinem Leiter in irgendeiner Form nahezutreten.

13^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt General von Owen und Generalleutnant Gunzelmann in Anwesenheit des Verbindungsoffiziers zum OKW Oberst Fischer.

13^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt Fräulein Rundeshagen in Anwesenheit des Pressechefs Gassner.

13^{45} Mittagessen

9.6.1944

15[00] Luftwaffenbesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

Anwesend sind: Die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, die Präsidenten Dr. von Craushaar, Gerteis, Bauder, Eißfeldt, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, Regierungsdirektor Albert, Bürgermeister Weber, Amtsleiter Hudelmaier sowie General der Flieger Vierling, Generalmajor Riesch, Quartiermeister Oberst Kobe, Oberst Fischer, Oberstleutnant Roedenbeck, Oberstleutnant von Dazur und Major Grundmann.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, daß sich auf Grund der Tatsache der Stationierung amerikanischer Bomberverbände im Osten die Luftkriegssituation im Generalgouvernement entscheidend ändern könne. Dem Feinde sei nicht verborgen geblieben, daß grosse Bereiche der Rüstungsindustrie in diesen Raum verlagert worden seien. Das Bemühen aller Instanzen müsse sein, dieser Gefahr entgegenzutreten. Pflicht sei es auch, der Luftwaffe zu helfen. Die Luftwaffe fordere vom Generalgouvernement die Zurverfügungstellung von Gelände, damit sie die auf den Fliegerhorsten des Generalgouvernements vorhandenen Flugzeuge in grössere Räume aufteilen könne, damit nicht durch eventuell kommende Bombardierungen allzugrosser Schaden angerichtet werde. In Punkt 1 der Sitzung sollten die Luftschutzmassnahmen im Generalgouvernement erörtert und in Punkt 2 eine Stellungnahme zu dem konkreten Wunsch der Luftwaffe herbeigeführt werden.

Staatssekretär Koppe gibt nach Aufforderung durch den Herrn Generalgouverneur einen zusammenhängenden Bericht über die auf dem Gebiete des Luftschutzes im Generalgouvernement bisher durchgeführten Maßnahmen. Der Luftschutz sei im Generalgouvernement neu angekurbelt worden,und auf der ganzen Linie habe man damit begonnen, Luftschutzbauten für deutsche Menschen zu erstellen, insbesondere Splitterschutzgräben aus Beton,

ausserdem dafür zu sorgen, daß genügend Feuerlöschteiche vorhanden seien. Die Materialgestellung sei inzwischen besser geworden. Alle Dienststellen der Regierung hätten dazu beigetragen, daß die Bautätigkeit auf diesem Sektor erhebliche Fortschritte erzielt habe. In den Distriktshauptstädten könnten jetzt 70 bis 80% der Bevölkerung in splittersicheren Betonluftschutzgräben untergebracht werden.

Man sei erst seit 6 Monaten in Tätigkeit auf diesem Gebiet und daher noch lange nicht zu Ende. Beste Unterstützung von allen Seiten sei unbedingt erforderlich. Bürokratische Hemmnisse müßten gerade auf diesem Sektor zurückgestellt werden.

In Zusammenarbeit mit der Wehrmacht seien entsprechende Meldeköpfe angelegt worden, um ständig über die Luftlage im Bilde zu sein. Bisher seien im Generalgouvernement nur Fallschirmspringer und Lastenfallschirme abgesetzt worden; das könne jetzt aber anders werden, da im Ostraum 6 oder 10 amerikanische Geschwader stationiert seien. Hauptgewicht müsse auf die Ermöglichung eines frühzeitigen Luftalarms gelegt werden. Im allgemeinen habe man in den letzten Monaten alles getan, was menschenmöglich sei. Die kleinen Beanstandungen der vor einigen Monaten in Krakau gewesenen Reichskommission würden abgestellt.

Der Herr Generalgouverneur führt hierzu aus, daß diese Reichsinspektion für zivile Luftschutzmaßnahmen die Luftschutzmaßnahmen im Generalgouvernement anerkannt habe. Einige kleine beanstandete Punkte möge Staatssekretär Koppe den beteiligten Stellen zwecks Abstellung dieser Mängel mitteilen. Insbesondere müßten die Luftschutzeinrichtungen auf dem Bahnhof in Krakau noch erheblich verbessert werden.

9.6.1944

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß bei der Enge des Bahnhofes nicht viel zu machen sei. Bei Luftalarm müsse man aus dem Bahnhof heraus. Zwei bisher vom Wohnungsamt zur Verfügung gestellte Gebäude reichaber nicht aus, die Reisenden zu fassen. Am zweckmässigsten wäre ein zu erbauender Hochbunker.

Staatssekretär Koppe führt dann noch aus, daß der Luftschutz für die Polen noch im Werden sei. Haupthindernis sei der Materialmangel. Für die Polen seien bis jetzt einfache Splitterschutzgräben ohne Deckung aufgeworfen. Sie müßten noch mehr angehalten werden, für den Luftschutz zu arbeiten; sie könnten z.B. in der Nähe ihrer Wohnhäuser kleine Gräben oder Schützenlöcher schaffen. Die deutsche Verwaltung habe ein Interesse daran, diejenigen Polen auch luftschutzmässig in Schutz zu nehmen, die in den Betrieben Schlüsselstellungen inne hätten. Auch die Zahl der Großalarmgeräte sei noch nicht ganz ausreichend, Lieferungen aber zugesagt. Er glaube, daß man auf Grund des bisher auf dem Gebiete des Luftschutzes Erstellten im Ernstfalle grössere Schäden vermeiden könne.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet, daß von allen Seiten darüber geklagt werde, daß die Baumaterialien nicht rechtzeitig angeliefert würden.

Präsident Bauder erklärt hierzu, daß sich die Lage auf dem Zementgebiet - darum handle es sich meistens - in den letzten Wochen ausserordentlich versteift habe. In Schlesien seien einige Werke ausgefallen. Auf der anderen Seite sei der Bedarf der Front ungeheuer gestiegen. Die Produktion von Oberschlesien betrage 100 000 t, während ein Gesamtbedarf von 282 000 t bestehe. Die im Generalgouvernement liegende Zementfabrik bei Cholm könne infolge Arbeitskräftemangel nicht produzieren.

9.6.1944

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, die Frage der Gestellung der notwendigen Arbeitskräfte für diese Zementfabrik zu klären. Vielleicht könne auch zur Versorgung der notwendigen Luftschutzbauten mit Zement und Holz eine Unterkommission geschaffen werden.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dann, daß der Selbstschutz noch stark mobilisiert werden müsse. Man werde das durch eine Kombination Lebensmittelkarten-Luftschutzmaßnahmen erreichen. Ein weiterer Punkt sei die Auflockerung der an luftgefährdeten Orten gelagerten Güter. Zu diesem Zweck werde im zivilen Sektor ein eigener Kommissar eingesetzt. Der Wehrmacht habe er über Oberst Fischer die gleiche Anregung gegeben. Bis jetzt habe man lagern müssen, wo Platz und Bewachungsmöglichkeit gegeben seien.

Präsident Gerteis berichtet dazu noch, daß die Ostbahn seit 8 Tagen diese Auflockerung und Freimachung der gefährdeten Lager betreibe. Weiter werde z.Zt. ein Wiederherstellungsdienst aufgebaut, damit evtl. durch Angriffe hervorgerufene Schäden sofort behoben werden könnten.

General Vierling berichtet über den nördlichen Teil des Abschnittes der Luftflotte IV. In diesem Raum, den Distrikten Galizien und Krakau, sei augenblicklich das Fliegerkorps 8 eingesetzt, das in erster Linie die Nachschubstrecken des sowjetischen Gegners bekämpfe. Die Zahl der in diesem Raum eingesetzten Flugzeuge stehe in einem bestimmten Verhältnis zu der vorhandenen und bereits neu geschaffenen Bodenorganisation, sodaß die befohlene Auseinanderziehung dieser Flugzeuge keine zu grossen Schwierigkeiten bereite. Trotzdem sei angeordnet, daß jeder Verband bis zur Einheit der Staffel abgesehen von dem vorhandenen Einsatzplatz für sich in der Nähe eine kleine Ausweichfläche zu suchen habe, auf die er bei Einflügen des Gegners auf ein gewisses Stichwort hin auszuweichen habe. Jeder Verband müsse also neben seinem Einsatzhafen einen kleinen Ausweichplatz besitzen. Das könne nur auf Flächen geschehen, die von Natur aus

befestigt sind, denn ein gewöhnliches Feld sei nach 8 Tagen Regen zum Landen ungeeignet. Auf der anderen Seite habe General Desloch darüber hinaus trotz der Schadigung der Einsatzführung seine Verbände auch auseinandergerissen; auf einem Platz lägen nicht mehr Gruppen, sondern nur Staffeln. Selbstverständlich würden mit dem weiteren Fortschreiten des Ausbaues der Bodenorganisation neue Ausweichplätze errichtet werden. Er glaube, daß im Bereich des Luftgaues 8 die Forderungen des Reichsmarschalls als erfüllbar angesehen werden können, ohne daß ernstere Eingriffe in das Gebiet der E. und L. vorgenommen werden müßten. Selbstverständlich könnte es geschehen, daß auf Grund der taktischen Lage an der Front über Nacht irgendein Absprungplatz für Jäger oder Stukas geschaffen werden müsse, vielleicht nur für einige Stunden. Solche Ereignisse würden sich aber nur in der Kampfzone abspielen. Weder von seiten der Flotte noch von seiten des Luftgaues sei beabsichtigt, höhere Forderungen zu stellen. Man sei im Gegenteil bemüht, die jetzigen Plätze möglichst der Nutzung zur Verfügung zu stellen. General Desloch habe sich auch vorbehalten, jeden Ausweichplatz persönlich zu besichtigen, und erst dann Befehl zu geben, ob etwas verändert werden dürfe. Man werde in engster Zusammenarbeit mit den Gouverneuren Dr. von Burgsdorff und Dr. Wächter vorgehen, um die Wünsche des Generalgouvernements möglichst zu berücksichtigen.

Der Herr Generalgouverneur spricht General Vierling seinen Dank für diese Erklärung aus und gibt die Versicherung ab, daß alles geschehen werde, um den notwendigen Erwartungen der Luftwaffe zu entsprechen.

Oberst Kobe zeigt zunächst an Hand einer Karte den Aufbau der Flugplätze im Distrikt Warschau. Der Grund für das Fernschreiben, das sein Befehlshaber an den Herrn Generalgouverneur gerichtet habe, sei der

Befehl des Reichsmarschalls gewesen, der wiederum durch die Verlegung amerikanischer Bomberverbände in den Großraum Kiew am 2.6. ausgelöst worden sei. Dieser Befehl des Reichsmarschalls mache es den Befehlshabern der Luftflotten IV bis VI besonders zur Pflicht, mit allen Mitteln Maßnahmen zu treffen, um Verluste an wertvollem Fliegergerät zu vermeiden. Vollzugsmeldung müsse durch sie dem Reichsmarschall erstattet werden.

Der neue Gegner arbeite im Tag- und Nachtangriffen mit Bombenteppichen, bei denen Splitterboxen nichts nützten. Man müsse nun die Flugzeuge bis auf 500 m auseinanderziehen und auch von den Flugplätzen herunter gehen. Der Feldluftgau XXVII habe in den letzten Monaten den gesamten operativen Luftkrieg gegen Rußland geführt. Der Gau erhalte nun neue Maschinen, die längere Startbahnen beanspruchten. Die Kulturflächen würden tunlichst geschont, doch lasse sich nicht verhindern, daß solche Flächen durch die Rollbahnen angeknackt werden. Für das Generalkommissariat Bialystok sei bereits eine Antwort erteilt, die dahin gehe, die vom Feldluftgau geforderten Maßnahmen zu unterstützen.

Auf die Bemerkung des Herrn Generalgouverneurs, daß in der vorgelegten Karte auch die Anlage von grossen Plätzen im nördlichen Teil des Generalgouvernements westlich der Weichsel geplant sei, erwidert Oberst Kobe, daß ein Platz bereits ausgebaut und 2 weitere erkundet seien.

Regierungsdirektor Albert gibt seiner Freude über die Ausführungen des Generals Vierling Ausdruck. Sie lauteten wesentlich günstiger als die Ausführungen im Fernschreiben des Generals Fischer vom 5.6., in dem ausdrücklich gesagt sei, daß es sich nicht vermeiden lasse, für die Zwecke der Auflockerung der Luftwaffe im Generalgouvernement Kulturflächen und gelegentlich Ortschaften zu räumen. Eine enge Verbindung zwischen den Kreislandwirten und Vertretern der Luftwaffe halte er draussen für unbedingt erforderlich, damit bei der

Durchführung dieser Maßnahmen möglichst allen Grundsätzen Rechnung getragen werde.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, den Gouverneuren Fischer und Kundt den Befehl zu erteilen, daß die amtlichen Dienststellen des Generalgouvernements alles zu tun hätten, um den kriegsmässig dringenden Anforderungen des Feldluftgaues XXVII, die sich infolge dieser neuen Lage auf dem Luftkriegsgebiet im Osten ergäben, zu entsprechen. Auf der anderen Seite ersuche er die Luftwaffe, ihre Vertreter anzuweisen, mit den beiden Gouverneuren aufs engste zusammenzuarbeiten. Wenn man zwischen 2 Plätzen wählen könne, müsse der für die landwirtschaftlichen Interessen nicht so geeignete Platz ausgesucht werden. Dabei betone er aber, daß das Kriegsinteresse den Vorrang habe.

Oberst Kobe erklärt dazu, daß den Vertretern der Luftwaffe in dieser Frage bereits engste Zusammenarbeit mit den zivilen örtlichen Dienststellen befohlen sei. Er bitte, daß in gleicher Weise die nachgeordneten Dienststellen der Gouverneure ebenfalls unterrichtet würden.

Eine Unterstützung der Luftschutzbauten durch die Luftflotte, für die Staatssekretär Koppe plädiert, kann Oberst Kobe nicht zusagen. Er müsse im Raum Zyrardow eine neue Basis aufbauen, habe bereits Arbeitskommandos zur Verfügung, benötige aber noch Arbeiter. Er wäre dankbar, wenn eine Weisung des Inhalts gegeben würde, daß die Zivilbevölkerung im Umkreis der Plätze zum Arbeitseinsatz herangezogen werden dürfe, soweit es landwirtschaftlichen Arbeiten zuliessen.

Der Herr Generalgouverneur weist hier darauf hin, daß Generalfeldmarschall Model bereits 120 000 Arbeiter für den Ausbau der Weichsel-San-Linie beanspruche, trotzdem aber werde man auch die Arbeitergestellung

für die Luftwaffe beachten.

Regierungsdirektor Albert spricht von der grossen Sorge, die der Umstand hervorrufe, daß das Stickstoffwerk Moscice ohne Flakschutz sei.

Oberst Kobe trägt noch die Bitte vor, zur Verlagerung wertvollen fliegerischen Gerätes aus Warschau Räume an anderen Orten zu bekommen.

Hier wirft Staatssekretär Dr. Bühler ein, daß die Regierung des Generalgouvernements bereits bei der Einlagerung nach Warschau darauf hingewiesen habe, daß eine Massierung von Gütern in solchen Städten keinen Sinn habe.

Präsident Gerteis hält es für unzweckmässig, diese Güter im Restbezirk Warschau und Radom unterzubringen. Man müsse jetzt über die Grenzen des Generalgouvernements hinaus und ins Reich gehen.

Staatssekretär Koppe glaubt nicht, daß im Warthegau noch irgendein freier Raum zur Lagerung solcher Güter vorhanden sei.

Auch Präsident Dr. von Craushaar erklärt, daß eine Verlagerung innerhalb des Generalgouvernements kaum mehr möglich sei. Der Raum sei derartig gering geworden, daß heute bereits alle Möglichkeiten erschöpft seien. Als Räumungskommissar habe er bereits einen Aufklärungstrupp nach Schlesien geschickt; diese Abordnung habe dort Lagerungsmöglichkeiten festgestellt, und er sei auch überzeugt, daß dies auch im Warthegau der Fall sei.

Der Herr Generalgouverneur ist ebenfalls der Meinung, daß im Generalgouvernement alle Möglichkeiten praktisch erschöpft seien. Staatssekretär Dr. Bühler müsse Staatssekretär Dr. Stuckart auf diese Tatsache hinweisen und die Bitte aussprechen, daß sich die Luftwaffe an den Warthegau wenden möge.

Oberst Kobe hält dem entgegen, daß sein Feldluftgau bis nach Witebsk operieren müsse. Durch zu weite Rückverlegung werde der Arm des Feldluftgaues zu lang.

Präsident Dr. von Craushaar äussert die Ansicht, daß es genug Teile der Ausrüstung gebe, die man weiter weg lagern könne; die jederzeit greifbaren Sachen müßten natürlich im Generalgouvernement gelagert werden.

Oberst Kobe erklärt dann, daß er in der Nähe von Zyrardow eine Basis aufrichten müsse. Dazu benötige er einen festen Kern, etwa eine Fabrik, um die herum er dann Baracken aufstellen werde.

Der Herr Generalgouverneur verweist Oberst Kobe wegen dieses Antrages an Gouverneur Fischer, der Weisung erhalten soll, die Angelegenheit an Ort und Stelle einer Lösung zuzuführen.

General Vierling betont in Anlehnung an die Worte des Präsidenten Dr. von Craushaar die Notwendigkeit einer Auflockerung der bestehenden Objekte und Lager. Im Generalgouvernement gebe es neben den Hauptbahnstrecken Baracken, in denen 1 500 Fahrzeuge nebeneinander stünden. Riesige Baracken müsse man vorne abbauen und hinten wieder aufbauen. Beim Neuaufbau müsse eine Massierung neben der Bahn vermeiden werden, doch sei dies schwer, da überall Gleisanschluß notwendig sei.

Oberstleutnant Roedenbeck erwidert, daß der Wehrkreis solche Auflockerungsmaßnahmen bereits betreibe, die besonders im Hinblick darauf wichtig seien, daß im Generalgouvernement Baracke neben Baracke aufgebaut sei, und diese daher wenig luftgeschützt seien.

Präsident Gerteis weist hier besonders auf die Massierung von Gütern an der Bahn Lemberg-Przemysl-Krakau und an der Beskidenbahn hin. Hier liege ein Lager neben dem anderen. Für den gegnerischen Flieger sei es ein lohnendes Ziel, seine Bomben z.B. auf Plaszow abzuwerfen, wo Benzin und Ersatzteile in riesigen Mengen nebeneinander lagerten. Er schlage eine Rückverlegung in die anschliessenden Reichsteile vor. Die Ostbahn fahre

ihre Räumungsgüter bereits ins Reich. So werde gegenwärtig das Ausbesserungswerk Warschau-Praga in die Posener Gegend verlagert.

Oberst Kobe bezeichnet es als notwendig, daß alles, was man zur operativen Kriegführung brauche, vorne gelagert werden müsse. Aus diesem Raum müsse eben manches verlagert werden.

Der Herr Generalgouverneur hält diese Frage für sehr wichtig. Dem stehe aber auf der anderen Seite gegenüber, daß im bombengefährdeten Reich auch wenig Schutz für verlagerte Güter vorhanden sei.

Schluß der Sitzung 16 Uhr 40 Min.

IV
Ta

9.6.1944

18[50] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Schulungsburg.

Zum Abschluß des 38. Lehrganges der Schulungsburg ergreift der Herr Generalgouverneur nach Begrüssungsworten des Schulungsleiters Bühler das Wort zu folgender Rede:

Meine Parteigenossen! Der 38. Lehrgang naht sich dem Ende. Es ist mir zunächst einmal eine kameradschaftliche gerngeübte Pflicht, Ihnen, Parteigenosse Bühler, aus diesem Anlaß meinen und des ganzen Arbeitsbereiches herzlichsten Dank und meine Anerkennung für die wirklich hervorragende Leistung zum Ausdruck zu bringen, die Sie durch die Ingangsetzung und, was noch wichtiger ist, Inganghaltung dieser Schulungszentrale des Arbeitsbereiches vollbracht haben. Der Umstand, daß Sie nunmehr infolge gesundheitlicher Verhältnisse auf einige, wie wir hoffen wollen, nur ganz kurze Wochen dieses Amt Ihrem Stellvertreter übergeben werden, veranlaßt mich, Ihnen vor der versammelten Mannschaft dieses Lehrganges und in Anwesenheit des Vertreters meiner Arbeit im Arbeitsbereich unser aller herzlichste Wünsche zur Genesung mit auf den Weg zu geben. Was Sie als vorbildlicher Nationalsozialist nicht nur des Wortes, sondern der Tat, nicht nur des Programms, sondern des Vorlebens geleistet haben, verpflichtet mich Ihnen umso mehr, als diese Schulungsburg ja angesichts der geringen Zahl der Deutschen im Generalgouvernement eine weit über das normale Maß des Aktionsradius einer Schulungsburg hinausgehende allgemeine politische Bedeutung hat. Sie stehen hier an einem der wichtigsten seelisch-geistigen Steuerungspunkte. Wie ich einmal diese Schulungsburg als einen Leuchtturm des Wissens bezeichnete, so waren Sie ein Leuchtturmwächter und werden es hoffentlich bald wieder sein, auf den wir alle mit Stolz und Genugtuung blicken.

9.6.1944

Es trifft sich seltsam, daß dieser mein Vortrag in einer Stunde ungewöhnlichsten welt- und kriegsgeschichtlichen Vorgehens stattfindet. Was nun seit Monaten von unseren Feinden mit allen Mitteln unter Mobilisierung der gigantischen Potenzen gewaltiger Weltreiche vorbereitet wurde, nämlich die unmittelbare militärisch-soldatische Landung auf dem europäischen Kontinent, ist vor wenigen Tagen Tatsache geworden.

Der Führer hat vor etwa 10 Tagen, als es sich darum handelte, dem deutschen Volke einiges über den neu beginnenden Angriff in Italien mitzuteilen, einen Passus in den Wehrmachtsbericht gebracht, der allen Deutschen zur Kenntnis gab, daß der Führer mit der unmittelbar bevorstehenden Invasion rechnet. Damals hieß es im Wehrmachtsbericht, daß dieser Angriff in Italien nichts anderes wäre als eine Art Entlastungsoffensive für die Vorbereitung der unmittelbar bevorstehenden Invasion.

Wir wissen: mit diesem Ereignis sind wir in die absolut entscheidende Phase dieses Krieges eingetreten. Das ist ein so ungeheueres Wort, und diese Erkenntnis ist von so ungeheuer weittragender Bedeutung, sowohl rückschauend in die Vergangenheit wie auch vorschauend in die kommenden Zeiten, daß wir uns für den heutigen Tag mit diesen monumentalen Ereignissen etwas auseinandersetzen müssen.

Diese Invasion ist ein Angriff der vereinten Juden, Plutokraten, Demokraten, Marxisten, Bolschewiken gegen das, was auf dieser Erde als einziges an Kulturleistung der Menschheit, an Tiefe der europäischen, der germanischen Kultur erstanden ist. Wir stehen damit vor der Erkenntnis: wenn je diese Invasion, wie man sie nennt - sie ist in Wirklichkeit ein totaler Frontalangriff auf Europa - , siegen sollte, dann würde zunächst einmal damit das Großdeutsche Reich in die schwerste Krisis kommen. Für unsere Bewegung würde eine totale Krisis eintreten. Unserem Volke würde die Vernichtung und Europa die kulturelle Auflösung drohen. Im Osten würde das in die Tat umgesetzt, was Churchill in seinem

9.6.1944

Abkommen mit Stalin längst als durchaus gegeben hingenommen hat: es würde das gesamte östliche Europa einschließlich des Balkans und Finnlands der Bolschewikei ausgeliefert werden. Der kümmerliche Rest Europas würde dem Bolschewismus und damit dem internationalen Einfluß so ausgeliefert sein, daß gar kein Zweifel besteht: in dem Zeitpunkt, in dem sich nach diesem Siege die amerikanischen Truppen auf ihren Kontinent zurückgezogen hätten, da kein Anlaß und keine Möglichkeit mehr bestände, diesen Kontinent aus Eigenem zu verteidigen, würde dieser ohnmächtige Kontinent Europa ein Opfer Asiens und des bolschewistischen Reiches werden. Wenn aber - und damit können wir rechnen - diese Invasion zurückgeschlagen wird, dann hat das nationalsozialistische Großdeutsche Reich Adolf Hitlers das deutsche Volk und Europa gerettet. Noch niemals in der Weltgeschichte waren wir an einem solchen Punkt absolut klarer Erkenntnis angelangt.

Man könnte bei jedem Ereignis der 3000 oder 4 000 Jahre europäischer Geschichte, die man verfolgen kann und die uns irgendwie offen liegen, immer wieder von Krisen Europas sprechen. Es ging darum, ob das antike Griechenland das Opfer Persiens werden sollte, ob Rom über Karthago, ob Germanien über Rom siegen würde. Es ging um die Frage, ob die Hunnen, die Ungarn über Germanien siegen würden, ob der Rhein eine Grenze oder Verbindungsbrücke ist, ob Deutschland als Reich oder als einzelstaatliches Konglomerat bestehen, ob in Europa einmal Frankreich, einmal Spanien, einmal Deutschland die Vorherrschaft ausüben würde, ob irgendwie im Osten für Deutschland Siedlungsgebiete frei würden, ob die Hanse sich durchsetzen würde, ob die Völkerwanderung in früheren Jahren den Germanen feste Siedlungspunkte geben würde, - alles das ist völlig zweitrangig, denn es ging niemals um die Substanz der eigenen Entwicklungs-

möglichkeit Europas. Heute geht es darum. Der Totalunterschied der gegenwärtigen Situation liegt darin, daß entgegen allen bisherigen weltgeschichtlichen, allgemein politischen, sozialen und sonstigen Erkenntnissen heute die Existenz Europas als eigenwirkenden Faktors der Weltgeschichte, der Kulturgeschichte, der Sozialgeschichte ausgetilgt wird oder nicht. Sie müssen sich über diese Lage klar sein; denn auf sie geht alles zurück. Es geht darauf unsere eigene Einstellung zu den Dingen zurück. Vor allem geht darauf zurück unsere Betrachtung der Gesamtlage wie auch unser Verhalten.

Es ist ganz klar, daß unsere Feinde meinen, sie könnten vielleicht im Wege der Invasion das erreichen, was ihnen früher auf keinem anderen Weg gelungen ist, nämlich die Herbeiführung der militärischen Niederlage Deutschlands. Was den Russen im Osten, was unsern Feinden in Italien, was ihnen durch den Luftterror nicht geglückt ist, auch nicht durch die kümmerlichen Versuche, die innere Ordnung und Macht des Reiches von aussen etwa durch eine Revolte gegen das nationalsozialistische Regime zu zerstören, das soll nun militärisch vom Westen her versucht werden.

Der Führer hat selbstverständlich um diese Entscheidung von Anfang an als erster gewußt. Es kostete wie alles Grosse in der Welt ungeheuerste Überlegung und Opfer, dieser Entscheidung gegenüberzutreten. Eines der Opfer haben wir selber hier im Osten gespürt: es war nämlich die Notwendigkeit, an den russischen Ostfronten eine, soweit irgend möglich, zögernd durchgeführte Rückzugsbewegung zu machen, um auf jeden Fall das Kräftepotential im Westen so stark wie nur möglich zu gestalten. Freilich war das ein Opfer nicht nur an Gut, sondern auch an Blut. Es war nicht nur ein Opfer an strategischen Positionen, sondern, sagen wir es ganz ruhig, auch an Prestige des Reiches. Denn seit der Affäre von Stalingrad wurden unsere Gegner nicht müde, in der ganzen Welt von der Schwäche des Reiches zu erzählen, von den kommenden Niederlagen des Reiches. Überall

wurde die Stimmung verbreitet, der Rückzug in Rußland sei kein strategischer, kein freiwilliger, sondern aufgezwungen durch die Übermacht des Gegners, und nunmehr würde in absehbarer Zeit die Niederlage Deutschlands bevorstehen. Sie wissen selber in diesem Land, wie schwer es uns wurde, mit unserer Propaganda diesen Behauptungen entgegenzutreten. Auf der anderen Seite ist es klar, daß die Russen ihres Sieges innerlich nicht froh wurden. Sie haben an keiner Stelle erreicht, daß die Kampfmoral der deutschen Truppen zerstört wurde, auch wenn wir bis an den Karpatenwall zurückgingen, den wir heute besetzt haben. Die deutsche Armee im Osten ist niemals aufgelöst worden, sie hat den strategischen Rückzugsbefehlen des Führers gehorcht, und der Dank dafür ist die heutige Lage, die sich bereits nach wenigen Tagen gegenüber der Invasion der Feinde im Westen herausstellt. Den Engländern und Amerikanern ist es trotz gigantischsten Einsatzes - ich nenne nur eine Zahl: zwischen England und dem französischen Festlande befinden sich 8 400 Transportschiffe unterwegs - nicht geglückt, auch nur einen einzigen der wichtigen Häfen in ihren Besitz zu bringen. Im Gegenteil, weder Cherbourg noch Le Havre, weder einer der Häfen in der Bretagne noch in der Normandie konnten von den Engländern und Amerikanern besetzt werden. Von den Luftlandedivisionen sind dreieinhalb restlos vernichtet. Riesenzüge von Gefangenen bewegen sich in das Lager vom Rouen, und die letzten Meldungen besagen, daß diese Züge mit amerikanischen und englischen Gefangenen vor der Wut der zur Lynchjustiz neigenden Franzosen von unserem Bewachungspersonal geschützt werden müssen. Es ist nicht ohne Absicht geschehen, daß das grosse Sammellager für diese Truppen bei Rouen errichtet wurde, wo vor wenigen Wochen dieses grauenhafte Luftbombardement vor sich ging, bei dem die Kathedrale von englischen Bombern vernichtet wurde.

9.6.1944

Wenn Sie bedenken, daß von dem Besitz der grossen Häfen allein die Möglichkeit einer Intensivierung dieser Invasionsarmeen abhängt, so ist schon dieser erste große Erfolg etwas Gigantisches. Wenn die nun in Bewegung befindlichen 10 bis 12 Divisionen nichts anderes erreicht haben, als beiderseits einer versandeten Flußmündung kümmerlich einige Stellungen von wenigen Kilometern Ausdehnung zu halten, - wozu noch kommt, daß in den nächsten Tagen selbst bei Verstärkung dieser gelandeten Truppen der Gegenangriff der ganzen massierten deutschen Wehrmacht noch gar nicht restlos in Gang gesetzt ist, - so muß ich Ihnen sagen - und ich spreche hier nicht leichtfertig oder als billiger Optimist, sondern als deutscher Mann, der offen redet und Ihnen in allen diesen Jahren selbst das Ernstete gesagt hat -: mit dieser Invasion ist nicht der Sieg. Wir haben allen Anlaß, dem Führer, seinem Genius und seiner Wehrmacht zu vertrauen, daß diese Invasion so, wie sie begonnen hat, auch enden wird.

Das Großdeutsche Reich richtet sich nun auf, und jetzt kommt die Antwort für alle die Duckmäuser, die auch wir hier gespürt haben wie all überall im Reich, - jetzt kommt die Antwort für alle die Ungläubigen, die Schwarzhörer u-nd Schwarzseher und Schwarzschwätzer: jetzt zeigt sich, daß das Opfer, das der Führer strategisch, politisch und prestigemässig gebracht hat, sich gelohnt hat.

Die Gegner kämpfen in diesem Kriege um nichts. Ihre Existenz steht zunächst nicht auf dem Spiele. Der amerikanische Kontinent wird zunächst von uns nicht tangiert werden. Für England ist das Empire sowieso schon in voller Auflösung, es ist nicht mehr zu retten. Auch das bolschewistische Rußland wird jenseits der Invasion seiner Krisis entgegengehen, wenn die dann freiwerdenden deutschen Divisionen sich zur neuen Offensive im Osten in Bewegung setzen werden.

9.6.1944

Die Lage ist, militärisch gesehen, demnach so, daß in den kommenden Wochen und Monaten um die zwei Jahrtausende deutscher Zukunft und Vergangenheit gekämpft und daß dieser Kampf von dem deutschen Volke, der deutschen Wehrmacht und der Totalität deutscher Energien, ganz gleich, wo sie sich zeigen, mit dem Einsatz des Letzten geführt wird.

Was haben wir nun als Partei zu diesem Ereignis zu sagen? Wie stehen wir als Nationalsozialisten zu diesem weltgeschichtlichen kriegsmässigen Geschehen? Was haben wir zu erwarten? Was haben wir zu tun? Ich habe wiederholt hier in diesem Rahmen schon immer die Grundsätze aufgestellt, die uns wichtig erscheinen. In diesem Augenblick ist aber entscheidend: wir müssen uns darüber klar sein, daß der Krieg für die Durchsetzung des Nationalsozialismus als der letzten Lebensmöglichkeit der europäischen Kultur unter der Führung Großdeutschlands geführt wird. Dieser Krieg ist daher, völlig anders als jeder andere Krieg, kein diplomatisch-politischer, sondern ein sozial-revolutionärer. Er ist ein Krieg, der in der allgemeinen Entwicklungsgeschichte der Menschheit einmal die Bedeutung haben wird, wie sie etwa der Zerstörung des römischen Weltreiches durch die Germanen entspricht und wie sie, von uns aus gesehen, auch deutlicher gar nicht ausgedrückt werden kann als durch die radikale gleiche Frontstellung im weltgeschichtlichen Raum, wie wir sie im binnenpolitischen Kampf vor der Machtübernahme hatten. Die Feinde sind dieselben: was sich damals als Juden, Bolschewiken, als Demokraten, Kapitalisten, Reaktionäre und Pfaffen in der Heimat gegen uns stellte, das stellt sich jetzt in der Welt gegen uns.

Während sich somit in dem territorialen Bereich, geographisch gesehen, der Bereich unserer Feinde vergrössert hat, hat die Bewegung den Ausgleich dafür durch die

Intensivierung ihrer Energien herbeizuführen. Der Kampf gegen die Staatspartei der Demokraten, gegen die Juden, Freimaurer und Pfaffen in Deutschland war für uns als Partei, die keine Macht, keine Polizei, keinen Schutz und keine Autorität im staatlichen Sinne hatte, damals viel schwieriger, als er heute ist, wo die Partei über das ganze deutsche Volk, über das ganze Großdeutsche Reich und die eroberten Gebiete gegenüber dem Weltformat der Feinde verfügt. Der Grundsatz ist der gleiche: so, wie wir einmal in Deutschland um die Machtübernahme gekämpft haben, kämpfen wir jetzt um die Machtübernahme in Europa.

(Lebhafter Beifall)

Das müssen Sie sich als Nationalsozialisten ganz klar vor Augen halten. Wir müssen sagen: dieser Krieg war genau so notwendig, wie eine Revolution dann notwendig ist, wenn die Machthaber nicht freiwillig von ihrem Platze weichen.

Man könnte fragen - und diese Frage wird gestellt - : war der Krieg jetzt notwendig, hätte man nicht zehn, zwanzig oder fünfundzwanzig Jahre warten können? Es ist ein anderes, ob eine Revolution, wie wir sie durchführen mußten, um das deutsche Volk und Europa zu retten, von einem einmalig berufenen Genius oder von irgendeinem Nachkömmling später einmal geführt wird. Solange wir einen Adolf Hitler haben, muß der gesamte Kampf des Nationalsozialismus sowohl im binnenpolitischen wie im weltpolitischen Rahmen, sowohl im Rahmen der Staatspolitik wie im Rahmen notfalls kriegerischer Auseinandersetzungen geführt werden.

Adolf Hitler ist heute der Mann, gegen den an sich die gesamte jüdische, plutokratische, bolschewistische Welt überall anmarschiert. Infolgedessen ist er der uns von der Vorsehung gegebene Repräsentant unseres gemeinsames Schicksals. Wenn Adolf Hitler diesen Krieg vermieden und gesagt hätte: nein, ich begnüge mich

mit der binnenpolitischen Macht, die Kriege sollen später einmal geführt werden, - dann, glauben Sie mir, wäre zum mindesten die Gefahr gewesen, daß eines Tages wiederum ein Stalin einem irgendwie friedlich gesonnenen Deutschland gegenüber gestanden wäre, um es dann zu zerschlagen. Solange ein Adolf Hitler da ist, können tausend Stalins es nicht zerschlagen.

(Lebhafter Beifall)

Die Frage des Krieges ist also bedingt erstens von der Notwendigkeit, den uns aufgezwungenen sozialrevolutionären Kampf nunmehr aus der binnenpolitischen Zone auf den weltgeschichtlichen Bereich auszuweiten, zweitens von der einmaligen schicksalhaften Lebensdauer Adolf Hitlers.

Wenn einer nun sagt: Ja, das klingt ganz gut; aber es wäre doch vielleicht möglich gewesen, daß wir das alles friedlich bekommen hätten, - dann kann ich nur entgegnen: der Mann ist ein glatter Idiot. Friedlich hätte man uns nicht einmal das Reich gegeben, geschweige denn die Zukunft unseres Volkes. Unsere Feinde waren entschlossen, einen Tag nach der Machtübernahme, schon am 31. Januar 1933 mit dem Nationalsozialismus Schluß zu machen. Nur, was so eingebaut worden ist, nur was sich in die Geschichte als restlos tragende Politik eingerammt hat, was auch durch Schlachten und durch das gemeinsame Opfer von Hunderttausenden bester Deutscher gehärtet wird, wird in die Zukunft reichen, nur das wird auch das deutsche Volk mit Nägeln und Zähnen in die Zukunft hinein mit dem gleichen Einsatz verteidigen. Ein nationalsozialistischer Staat, der sich auf Friedensblüser eingelassen hätte, würde im Laufe der Zeit dann wieder verschwinden, wenn sich an den Grenzen des Reiches eine kriegerische Macht gesammelt hätte, während, nachdem wir durch einen Weltkrieg unsere Form erhärtet haben, jeder damit rechnen muß, daß er, wenn er gegen den Nationalsozialismus auftreten will, auch noch in zweitausend Jahren diesen Weltkrieg riskieren wird.

9.6.1944

Wir haben uns also von der Bewegung aus über diese monumental einmaligen Formen unserer Bewegung klar zu sein. Seit 25 Jahren, seit Ende Juni 1919, kenne ich den Führer. Als wir damals begonnen haben, in kleinsten, schwächsten Zirkeln die Bewegung aufzurichten, da war uns dieser Weg auch nicht so klar wie heute. Wenn ich an die Zeit zurückdenke, aus der, wie ich glaube, das Bild da hinten an der Wand stammt, wo der Führer in kleinsten Kreisen zu sprechen begann, dann muß ich sagen: wenn er uns damals erklärt hätte, lange Jahrzehnte wird es dauern, bis ihr euch durchsetzt, - dann wäre uns das vollkommen recht gewesen. Denn wer nach der Zeit fragt, die eine Revolution dauert, ist kein Revolutionär. Wer sagt: ja, ich mache eine Revolution, aber sie darf nur 3 Jahre dauern, dann mache ich nicht mehr mit, - dem erwidere ich: lächerlich, was sind schon einige Jahre angesichts der Tatsache, daß die Juden seit fünftausend Jahren auf der Welt leben. Glauben Sie, daß wir mit der Gesellschaft in 10 Jahren fertiggeworden wären? Für die Bekämpfung der Juden war es unerlässlich, daß wir Polen bekamen; denn hier in Polen lebte ja die natürliche Fruchtbarkeit des jüdischen Volkes, sie bestand ja sonst nirgendwo mehr. Seit der Ausrottung der Juden in Polen ist es, rein blutsmässig gesehen, mit der jüdischen Zukunft vollkommen vorbei; denn nur hier gab es Juden, die Kinder hatten.

Also die Zeitdauer des Ablaufes eines Geschehens kann man, wenn man wie wir Großes will, überhaupt nicht vorhersehen und gar nicht vorher bestimmen. Es dauert sowieso nicht mehr lange. Es ist meine persönliche Auffassung und Überzeugung, daß nach dem Zurückschlagen der Invasion im Westen der Krieg seinem Ende entgegengehen wird. Eine neue Möglichkeit, den Krieg zu entfachen, gibt es dann nicht. Mit dem Bolschewismus werden wir fertig werden. Die Auseinandersetzung mit den Russen wird uns dann nicht mehr sehr beschäftigen. Glauben Sie nur nicht, daß der Russe ein strategisch oder

soldatisch überlegener Gegner ist, er ist uns nicht einmal materialmässig überlegen, wenn wir unser Material aus dem Westen gegen ihn einsetzen können.

Wenn wir uns über die Monumentalität der weltgeschichtlichen Verbundenheit unseres Kampfes mit den gigantischsten Kriegsauseinandersetzungen, die die Geschichte kennt, über Kontinent und Atlantik hinweg durch sämtliche Luftzonen, klar sind, dann müssen wir uns auch weiter darüber klar sein, daß die Zeitdauer für eine solche Auseinandersetzung , selbst wenn sie 40 Jahre bedeuten würde, gar nichts ist. Dann kommt die Aufgabe für die Partei. Ohne Rücksicht auf die Zeitdauer dieser Auseinandersetzung, ohne Beachtung der Folgen dieser Zeitdauer, die notwendigerweise da und dort in einer gewissen Ermattung, in einem Zurückzucken, in einer Friedenssehnsucht, in einer Art Auflockerung der Kriegsqualifikation liegen, muß die Partei die ehern geschlossene fanatische Kampfgilde bleiben. Je matter die anderen, desto stärker wir - das ist entscheidend. Und nur, wenn Sie das bedenken, Parteigenossen, dann spüren Sie richtig die Aufgabe der Partei in dieser Zeit. Das ist dann unsere Antwort auf die Invasion. Unddann können wir sagen: man kann uns mit der Zeitdauer, mit dem Luftterror, mit Ruinen nicht drohen, überhaupt mit gar nichts; denn die Bewegung als solche, wenn sie fanatisiert in Gang bleibt, ist eine unzerstörbare ewige Flamme, die das deutsche Leben bis an die Sterne leuchten lassen wird. Das müssen Sie allen den Duckmäusern, diesen hoffnungsträchtigen Niederlagsburschen immer wieder zur Erwiderung bereit halten. Sie sollen nicht glauben, daß die Bewegung weich oder gleichgültig werden wird. Wir wissen, daß der Kampf, den wir jetzt zu führen haben, nur geographisch ein anderer geworden, ideologisch aber derselbe geblieben ist. Das heißt, daß wir für uns eine vielfach gehäufte Pflicht aufzunehmen haben. Wir müssen uns darüber klar sein, daß mit Fortsetzung dieses Krieges die Durchhaltung einer sol-

chen ideologischen Grundstimmung immer grössere Energien beanspruch t. Die Männer sind an der Front, die Frauen in den Fabriken, die Häuser sind zerstört, die Transportmöglichkeiten äusserst eingeschränkt, die Gegenpropaganda der Feinde ist verstärkt, die Nervensubstanz vom Kriegsgeschehen schwer belastet. Und so gibt es unendlich viel Möglichkeiten für Ansatzpunkte der Kritik am Kriege und an der Kriegführung, an der Lebensmittelversorgung, der Bereitstellung von Wohnungen, an Transport- und Reisemöglichkeiten, - die Männer sind jahrelang als Soldaten von ihren Familien und ihren Heimstätten getrennt, Frauen und Kinder leben an verschiedenen Stellen, - kurz, alles das ist noch dazugekommen, was wir nun behandeln und beherrschen müssen. Da gilt nicht nur das Bekennen, sondern einfach nur die Tat. Ein Volk wird das tun, was ihm nicht nur vorgeredet, sondern vorgelebt wird. Eine Führung, die jedes Opfer vorlebt, wird jedes Opfer verlangen können. Eine Führung, die jedes Ziel als für sich selbst maßgeblich ansieht, wird jedes Ziel propagieren können. Das Auseinanderklaffen von Führung und Volk ist immer nur dann möglich, wenn die Führung den inneren Wirklichkeitskontakt mit dem Volke verliert. Angenommen, die Partei hätte sich angesichts der Zerstörung unserer Städte im Reich damit begnügt, Massenkundgebungen für die Bombengeschädigten mit Fahnenschwingen, Liedern und, weiß Gott, was sonst zu veranstalten, dann würden die Leute sagen: schön und gut, aber wir brauchen etwas, was uns hilft.

Die Partei hat durch die Tat geholfen. Die Partei hat durch ihre Hilfseinrichtungen, durch die NSV und die sonstigen Organisationen auf dem Wege der Versorgung der Bombengeschädigten mit Nahrungsmitteln und allen Lebensgütern unmittelbar nach dem Bombenterror den Sozialismus der Tat zu verwirklichen gewußt. Wissen Sie, Parteigenossen, was das heißt? Wissen Sie, daß es Hun-

derttausende und Aberhunderttausende von Männern, Frauen und Kindern sind, die nun seit Jahr und Tag unter diese erste unmittelbar wirksam werdende Fürsorge der Partei gestellt sind?

Die Partei läßt es nicht mit Sprüchen bewenden. Sie ist zwar in der Massenkundgebung zu Hause, in dem psychologischen Punkt der Führung des Volkes absolut klar, sie ist aber auch in der tatsächlichen Weltwirklichkeit die unmittelbarste Tatbetreuerin des deutschen Volkes geworden, und das ist entscheidend.

Wenn wir daran denken, daß etwa dieser Krieg über Deutschland gekommen wäre, ohne dass die NSDAP bestanden hätte, über ein Deutschland mit 47 Parteien, mit 16 verschiedenen Machtcliquen, mit einem Durcheinander von Staaten und Gruppen und Wirtschaftsinteressenten und Kapitalisten usw. - , dann wäre es ja völlig ausgeschlossen gewesen, auch nur ein halbes Jahr einer Weltmacht wie dem Bolschewismus entgegen zu treten.

Die Partei muß demnach angesichts dieser Invasion an diesen Fanatismus des Tatbekennens und der weltanschaulichen Klarheit mit aller Entschiedenheit jedermann gegenüber festhalten. Wenn einer kommt und sagt: wozu jetzt Parteischulung, wozu Parteiarbeit, ist das denn im Kriege notwendig? - , dann muß man ihm entgegnen: die Parteiarbeit verbürgt allein den Sieg. Denn aus dieser Geschlossenheit unserer Ideenwelt hat sich auch mancher müde General wieder die Hoffnung geholt, daß es weiter geht. Wenn die Partei nicht gewesen wäre, - einen anderen Träger kenne ich nicht, der manches überstanden hätte, was kriegsgeschichtlich im vergangenen Jahre auf uns herabgeprasselt ist. Die Partei hat also ideologisch, ideenmässig, seelisch-geistig auch den Waffenträger dieses Reiches hart und stark gemacht. Und wenn die Leute sagen: das ist euer Krieg, - so erwidern wir: jawohl, es ist unser Krieg; wir bekennen uns dazu. Wir weichen nicht aus; denn der Krieg ist nur das uns aufgezwungene Mittel, die Existenz unseres Vol-

kes sicherzustellen. Daher ist die Parteiarbeit unerlässlich, sie ist wichtig und notwendig, und ich danke Ihnen, daß Sie sich aus dieser Gesinnung heraus der Schulung unterzogen haben.

Das, worum es nun eigentlich geht, ist, daß jeder einzelne von Euch, ganz gleich, wie er heißt, woher er kommt, welche Funktion er hat, wo er steht oder wie er sich betätigt, aus diesem Schulungsergebnis heraus ein Soldat der Bewegung wird. Von Euch strahlt das nun weiter aus. Auf Euch schaut man nun. Ihr werdet jetzt gefragt und müßt nun - darauf mache ich besonder aufmerksam - auch in dem kleinsten Kreise, nicht bloß in der Massenkundgebung, nicht bloß in der Versammlung, sondern im Nebenzimmer eines Lokals, wo Ihr Eure Parteigenossen zusammengerufen habt, am Mittagstisch, in der Dienststelle und wo es immer sei, Repräsentanten dieser ehernen Entschlossenheit sein. Das ist eine todernste Sache. Die Opfer, die das deutsche Volk in diesem Kriege bringt, sind ungeheuerlich. Es ist nicht an dem, daß mit billigen Witzen und Reden süßlicher Art irgendwo über diesen Krieg soll gesprochen werden können. Es ist auch nicht möglich, daß Sie unter vier Augen mit irgend jemand anders sprechen als in diesem heiligen Ernst des Glaubens.

Versuche, die Partei in ihrem Regime im Reich zu erschüttern, sind selbstverständlich im Laufe dieser Jahre gemacht worden. Sie sind kläglich und albern und zeigen nur, daß unsere Gegner keine Möglichkeiten sehen, mit uns fertig zu werden. Denn sie besitzen ja überhaupt keine Weltanschauung, keine innere seelische und geistige Haltung. Man kann nicht ein Volk, das um seine Zukunft kämpft, geistig niederringen wollen mit Argumenten, die 400 Jahre alt sind. Wenn man uns heute sagt, das deutsche Volk werde unterliegen, weil es zu wenig Material habe, dann kann ich nur erklären: die haben gar keine Ahnung, welches Material wir haben; aber sie werden es in den nächsten Tagen spüren. Die Produktion der deutschen Rüstungsindustrie ist durch keinen Luftterror irgendwie wesentlich zu tangieren. Im Gegenteil, allein in der Flug-

zeugproduktion haben wir, wenn wir sie im Januar 1940 mit 100 ansetzen, eine Steigerung auf 1 100. Die Produktion von Panzern ist um das 22-fache gestiegen. Die Munitionsproduktion ist um das 40-fache gestiegen. Das wird einfach dadurch möglich gemacht, daß, wenn irgendwo eine Fabrik zerstört wird, nach kurzer Zeit an anderer Stelle ein wesentlich modernerer Ersatz geschaffen wird. Und bald wird es den Feinden nicht mehr möglich sein, uns auf dem Rüstungssektor nachzukommen, weil sich unsere Rüstungsbetriebe bis dahin vollkommen eingegraben unter der Erde befinden werden. Es gibt keinen wesentlichen Tunnel, keinen Bergrücken, in dem nicht die Möglichkeit bestände, etwas unterzubringen. Selbst unser Salzbergwerk Wieliczka ist längst in den Dienst dieser Sache gestellt.

Von der Gegenseite hören wir nun oft den Einwand: ja, aber die Weltmächte haben doch so viele Menschen. Nun, die Menschen sind es, die wir am wenigsten fürchten. Die Menschen fürchten wir überhaupt nicht, weil es sich wie immer herausstellen wird, daß auf einen nationalsozialistisch harten deutschen Grenadier bis zu 40 Mann der Gegner anrennen können. Die Menschenmassen, die da herankommen, die Indianer, die Polaken, die Emigrantenjuden, das amerikanische Gesox und auch die nordischen arischen Engländer, die sich jetzt nicht mehr schonen dürfen, - sie alle werden in keinem Fall diese verzweifelte Härte haben, wie sie unsere Grenadiere auch in diesen Tagen und Monaten zeigen. Das zeigt sich jetzt auch wieder: die Luftlandedivisionen der Amerikaner sind gelandet, ein grosser Teil von ihnen wurde vernichtet, der Rest gefangen genommen, und die Gefangenen haben durchweg erklärt: Gott sei Dank, für uns ist der Krieg aus.

(Heiterkeit)

Unsere Gefangenen in Amerika haben allen Versuchen, sie vom Nationnlsozialismus abzubringen, mit stolzestem Bekennen zum Führer dauernd sieghaft Widerstand geleistet.

(Lebhafter Beifall)

9.6.1944

Das ist es, woran wir erkennen, daß diese jahrelange Erziehung des Nationalsozialismus nicht vergeblich war. Das ist es, was die Amerikaner natürlich in ihrer Blödheit gar nicht verstehen. Die haben gedacht, wenn sie die Soldaten aus Deutschland im Gefangenenlager hätten, würden sie sofort die Fahne schwenken und sich von Adolf Hitler abwenden. Das gilt also für unsere deutschen Soldaten, von einigen Ausnahmen abgesehen, und diese Ausnahmen, so bedauernswert sie sind, stammen - ich muß es leider sagen - nicht aus den Kreisen der einfachen Grenadiere, sondern aus wesentlich höheren Schichten.

Wir haben das Interesse, daß wir, solange wir noch einigermassen vom Bombenterror, der allerdings in der nächsten Zeit drohen wird, unbehelligt bleiben, die letzte Energie aufwenden müssen, um dem Deutschen Reich zu helfen, wo es nur geht. Die Aufgabe des Generalgouvernements ist keine andere. Das Generalgouvernement ist eine Einrichtung, die der Führer geschaffen hat, dazu bestimmt, in eigener Verantwortung einen größtmöglichen Nutzen aus diesem Lande, seiner Bevölkerung, seinen Rohstoffen für die Kriegsführung herauszuholen. Es gibt heute niemanden mehr, der bezweifelt, daß es geglückt ist. Wir haben alle die Krisen überwunden und werden sie weiter überwinden. Als Chef der Regierung dieses Raumes sehe ich den kommenden Ereignissen in aller Ruhe entgegen. Niemandem ist es geglückt, die polnischen Volksmassen in wesentliche Unruhe zu bringen. Die Bauern haben die Felder besser bestellt als im vorigen Jahre; die Fabriken arbeiten. Wo sich die Banditen breitgemacht haben, sind sie zumeist aus dem Osten hereingeschickt worden. In den nächsten Tagen startet eine Großaktion gegen diese Banditen. Dann wird die ganze Autorität der deutschen Führung in diesem Raum auch wiedernergestellt werden.

So bedauerlich die Opfer sind, die die Deutschen hier haben bringen müssen durch die heimtückische Ermordung vieler unserer Besten, so muß man doch immer wieder sagen:

es gibt heute keinen Platz in der Welt, auf dem ein Deutscher sicher leben könnte oder möchte. Die Zahl der Opfer einer einzigen Bombennacht in einer deutschen Großstadt ist wesentlich höher als die Zahl der ermordeten Deutschen im Generalgouvernement. Deshalb können wir diese Verluste, so schmerzlich sie auch für die Verwaltung der einzelnen Dienststelle sein mögen, als Kriegverluste hinnehmen, als dem uns auferlegten Opferbeitrag in diesem Freiheitskampf.

Das Generalgouvernement wird sich wirtschaftlich, ernährungsmässig und transportmässig halten. Ich bin auch fest überzeugt, daß sich die Front im Osten nicht nur halten, sondern schon in wenigen Wochen oder Monaten nach Osten weiterbewegen wird. Der Entschluß der deutschen Führung in diesem Raum liegt jedenfalls darin, nach den bewährten Methoden, die wir bisher angewendet haben, in der Arbeit fortzufahren. Das endgültige Schicksal dieses Raumes wird nach dem Kriege bestimmt werden. Heute müssen wir darauf sehen, daß die Bevölkerung in Ruhe und Frieden bleibt und lebt. Für mich kommt es darauf an, daß der polnische Bauer sein Feld bestellt, seine Ernte abliefert, daß ich das Holz aus den Wäldern bekomme, daß die Eisenbahner arbeiten und die Züge verkehren, daß die Bevölkerung gesund bleibt und die wenigen deutschen Männer und Frauen im Lande einigermassen so leben können, daß sie ihre Aufgaben zu erfüllen im Stande sind. Mit andern Worten: es kommt mir jetzt nicht auf die Durchsetzung irgendwelcher endgültiger Ziele in diesem Raum an, sondern nur auf die Durchsetzung des uns unter den Kriegsgesichtspunkten obliegenden Pflichtmässigen. Ich handle demnach in diesem Sinne nicht als Nationalsozialist, sondern als Verwaltungschef oder Politiker.

Um so wichtiger seid Ihr, um so wichtiger ist es, daß dieser Gesichtspunkt wenigstens unter uns und in den Reihen der Deutschen klar aufrechterhalten bleibt,

daß das endgültige Schicksal dieses Landes ist, genau so deutsches Siedlungsland zu werden, wie es das Rheinland ist. Die Weichsel muß einmal genau so durch deutsches Land fliessen wie der Rhein.

(Lebhafter Beifall)

Dieses Ziel in der Seele, in der Überlegung, in der allgemeinen Steuerung offen und lebendig zu halten, ist die Aufgabe der Partei, - nicht in der Form natürlich von öffentlichen Kundgebungen, von allgemeinen Aussprachen, das wäre durchaus falsch, aber in der Form einer ehernen Grundsatztreue, daß dieses herrliche, reiche und zukunftsträchtige Land niemals mehr aus dem deutschen Machtbereich entlassen werden wird.

Wir müssen demnach alles das zusammentun, um unsere Haltung als Menschen, als Deutsche, um unseren Glauben an den Führer, unsere Treue zum Reiche, unser Gewissen vor dem Herrgott und vor uns selbst, vor unserer Heimat so klar und lauter zu gestalten, wie es nur möglich ist. Es ist eine Auszeichnung, hier tätig sein zu dürfen, sowohl für den, der für den Staat, wie für den, der in der Partei arbeitet.

25 Jahre Nationalsozialismus sind nun da. Weitere 25 Jahre warten. Ihr seid berufen, um hier weiter mitzuwirken. Nehmt aus dieser Schulungsburg meinen Dank, aber auch meine Verpflichtung mit. Nun, da Ihr geschult seid, da Ihr wißt, wie ernst, wie herrlich und groß die Sache des Führers ist, muß in Euch ein Glaube sein, mehr als ein Wissen, also ein Glaube, etwas, was Euch niemand mehr rauben kann. Es muß etwas in Euch sein, wie eine Weihe Eures Lebens im höchsten Sinne Eures Volkes. Wir haben nur diesen Glauben; denn der Glaube, den uns die Kirchen bieten wollen, ist ja viel zu kümmerlich, viel zu kläglich. Was hilft das Opfer eines gekreuzigten Juden vor 2 000 Jahren als Vorbild in einer Zeit, da wir Hunderttausende bester Deutscher als Opfer für Deutschland wissen!

9.6.1944

Und wenn Ihr in diesem Glauben irgendwie meint, einmal nicht mehr zu Rande zu kommen, dann richtet Euch an Adolf Hitler auf. Dann müßt Ihr Euch fragen: was würde jetzt in Eurer Lage Adolf Hitler tun? Das ist dann der Wegweiser, den Ihr in Euch tragt. Ihr müßt Euch dann vorstellen, daß ein Mann aus dem Nichts der völligen Unbekanntheit zu dem größten, stärksten Gestalter der Weltgeschichte emporgewachsen ist. Er ist ein einsamer Mann, der eine ganze Welt in Bewegung gesetzt hat, ein Mann, gegen den Hunderte von Millionen anrennen. Dieser eine Mann hat nur uns, sein deutsches Volk, in dem deutschen Volk seine Nationalsozialisten und in den Nationalsozialisten seine fanatischen Vorkämpfer. Denkt immer daran, daß somit von Euch auch das Schicksal Adolf Hitlers und seines Werkes abhängt. Ich glaube, daß Ihr dann auch diesen Stolz in Euch tragt, den diese Zeit verlangt. Wir dürfen darüber niemals einen Zweifel aufkommen lassen, niemals irgendeine Kritik daran hinnehmen; denn niemand ist da, der berufener ist als Adolf Hitler. Und Ihr könnt als Nationalsozialister auch diese stolze glühende Sicherheit besitzen, die notwendig ist. Und das darf nicht formelmässig eingelernt sein.

Herr Roosevelt hat sich den Spaß erlaubt, ein Gebet zu dichten und es über den Rundfunk am Tage der Invasion in die Welt zu senden. Ich glaube, daß es ihm wohl seine Alte zugesteckt hat. Aber dieses Gebet ist die größte Verhöhnung, die Gott jemals geschah. Was haben wir Amerika getan? Mit welchem Recht landet Amerika in Europa? Ist es ein Verbrechen, daß ein Mann beginnt, sein Volk mit friedlichen Mitteln wieder in die Höhe zu bringen, wie es Adolf Hitler getan hat? Hat der Führer nicht immer vom Frieden gesprochen? Aber es gab keine Ruhe in der Welt, weil man nicht wollte, daß unser Volk wieder stark, groß und frei, daß wir wieder ein Staat wurden. Nun haben sie die Antwort. Jetzt gibt es kein Zurück mehr .

Vor uns liegt das ewige große deutsche Reich. Wir werden in die Gräber dieser Zeit nicht nur unsere Gefallenen betten, sondern auch die Repräsentanten jener vergifteten sogenannten Welten, die gegen uns angetreten sind. Keiner, der das gegen uns getan hat, wird jemals vom deutschen Volke verschont werden. Was wir jetzt in diesem Kriege nicht erledigen können, das werden die kommenden Generationen schaffen. Dieses Gebet des Herrn Roosevelt ist der letzte Aufblick eines Tartuffe, eines Heuchlers zu Gott. Wir antworten nicht mit einem Gebet dieser Form, sondern wir antworten durch das flammende Opfer von uns allen im Dienste des Führers. Denn wir wissen, daß der Führer vom ewigen Herrgott dem größten Volke aller Zeiten, dem deutschen Volke geschickt worden ist.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Oberdienstleiter Tießler:
Herr Generalgouverneur, ich danke Ihnen für die schönen Worte, die Sie eben an uns gerichtet haben. Die Zeit der Entscheidung hat begonnen, und auch das Generalgouvernement hat dazu seinen Beitrag zu leisten. Für uns alle, die wir Ihnen als politische Leiter und Parteigenossen zur Verfügung stehen, ist es ein stolzes Gefühl, in dieser Zeit hinter einem Mann stehen zu können, der zu den ältesten Kämpfern des Führers gehört. Unser höchstes Ziel ist es, gerade jetzt Ihnen mit allem, was wir an Kraft und Willen besitzen, damit Sie die grosse und gewaltige Aufgabe lösen können, die der Führer Ihnen gestellt hat. Was auch kommen möge, wir werden unsere Pflicht erfüllen, gläubig und als fanatische Kämpfer des Führers. - Wir grüssen den Führer.

18[20] Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Sonnabend, den 1o. Juni 1944

10^{00} Marinefeier der H.J. im Haus Urania.

In der Feierstunde, während der ein Musikkorps der Kriegsmarine konzertiert, spricht Admiral Klüpfel zu den Jungen und Mädeln über die deutsche Kriegsmarine. Anschliessend wird ein Schmalfilm über den Einsatz deutscher U-Boote im Kampf gegen Englands und Amerikas Flotte gezeigt. Zum Schluß berichtet Kapitänleutnant Lassen, Träger des Eichenlaubs zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes über seine Erlebnisse als U-Boot Kommandant.

11^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Chef des Sanitätswesens der Obersten SA-Führung, SA-Brigadeführer Holtgrave und SA-Brigadeführer Dr. Motzkus, die in Begleitung des SA-Brigadeführers Künemund erschienen sind.

In der Besprechung regt der Herr Generalgouverneur eine Tagung der SA-Ärzte in Krakau an.

12^{50} Besprechung mit Pressechef Gassner.

IV
Ia

10.6.1944

13[15] Mittagessen aus Anlaß der Anwesenheit des Admirals Klüpfel, des Kapitänleutnants, Trägers des Ritterkreuzes mit Schwertern Lassen und anderer Vertreter der Kriegsmarine.

Im Laufe des Essens ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren von der Kriegsmarine! Es ist mir eine ganz besondere Freude, heute im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements den Vertretern der Kriegsmarine meinen herzlichsten Gruß entbieten zu können. Für mich und alle Deutschen des Landes ist es eine grosse Genugtuung, daß wir heute Gelegenheit haben, unseren deutschen Seeleuten für ihren so heldenmütigen, tapferen Einsatz zu danken. Zwar hat ja das Generalgouvernement als Nebenland des Großdeutschen Reiches keine eigentliche Küste, auch keine dienstliche Verbindung zur Kriegsmarine. Aber wir alle nehmen doch Anteil an ihrem Schicksal, um so mehr, als zahlreiche Beamte des Generalgouvernements in der Kriegsmarine dienen und unsere Rüstungsbetriebe auch für die Kriegsmarine wichtige Gegenstände herstellen. Seien Sie überzeugt, daß hier absolut ehrliche starke deutsche Herzen für den Sieg Adolf Hitler schlagen wie überall im Reich. Das gilt besonders für uns, die wir an dem Weichselfluß eine stolze deutsche Wacht aufgerichtet haben, dem Fluß, der von den Beskiden durch die weiten Gefilde dieses Landes seinen Weg zur Ostsee nimmt und dort mündet.

Aus alter Tradition heraus war die Stadt Krakau im Mittelalter eine deutsche Hansestadt und hat insofern auch einmal in Verbindung mit der See gestanden. Von dieser stolzen Burg zu Krakau aus möchte ich meinem lebhaftem Wunsche Ausdruck verleihen, daß die im Generalgouvernement lebende Jugend unseres Volkes sich mit leidenschaftlichem Interesse den Marineangelegenheiten

zuwenden möge. Ich bin überzeugt, daß dort, wo ein tapferer, siegesfroher, gläubiger Junge eine stolze Waffe sucht, er auch unserer Kriegsmarine gedenken wird. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl unserer deutschen Marine, unserer deutschen Seeleute.

Admiral Klüpfel erwidert mit folgenden Worten: Sehr verehrter Herr Generalgouverneur! Haben Sie vielen Dank für die warmherzigen Worte, die Sie eben an uns gerichtet haben. Unsere Feier am heutigen Morgen hat durch Ihre persönliche Anwesenheit eine ganz besondere Weihe erhalten. Sie dürfen überzeugt sein, daß wir, wenn wir morgen von hier scheiden, mit dem Gefühl fortgehen, daß die Marine hier verstanden wird. Der Zweck unseres Kommens war es ja, dem Gedanken der Notwendigkeit deutscher Seegeltung und Seemacht neue Freunde zu gewinnen. Und wenn uns das mit der heutigen Feier gelungen ist, so ist der Zweck unseres Kommens erreicht. Seien Sie überzeugt, Herr Generalgouverneur, daß wir noch oft und gern an diesen Tag zurückdenken werden.

Im Anschluß an das Mittagessen besichtigt die Marineabordnung die Burg. +)

16[15] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

+) Während des Mittagessens konzertiert ein Musikkorps der Kriegsmarine auf dem Burghof.

Sonntag, den 11. Juni 1944

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{30} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Richard Strauß-Feier im Staatstheater.

13^{30} Mittagessen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Montag, den 12. Juni 1944

14^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{00} Besprechung mit Ministerialrat Plodek.

Gegenstand der Besprechung sind:

1) Fall Baier.
2) Frage der Höherstufung des Sachbearbeiters Richard Schneider.
3) Die Frage des Judeneigentums.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Ministerialrat Plodek, ihm eingehenden Bericht über diese 3 Punkte zu erstatten.

Der Bitte des Ministerialrats Plodek, seine Beförderung zum Ministerialdirigenten beim Reiche in Vorschlag zu bringen, will der Herr Generalgouverneur nach Möglichkeit entsprechen.

16^{30} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky.

Auf die Frage des Präsidenten Dr. Senkowsky, ob und in welcher Weise er weiterhin seine Stellung als Wirtschafts- und Finanzberater des Arbeitsbereichs beibehalten solle, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß er für Präsident Dr. Senkowsky keinen Anlaß gegeben sehe, von seiner Stellung im Arbeitsbereich zurückzutreten. Allerdings werde sich die Bestellung eines Vertreters des Präsidenten Dr. Senkowsky in dieser seiner Eigenschaft empfehlen. An eine Aufhebung der Personalunion sei zunächst nicht gedacht. Er habe auch den Vertretern der Parteikanzlei keinen Zweifel darüber gelassen, daß er im gegenwärtigen Zeitpunkt jegliche Änderung der Parteiorganisation im Generalgouvernement für unzweckmässig halte.

12.6.1944

Präsident Dr. Senkowsky gibt dann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß in der Gegend von Miechow 4 Angehörige des Zollschutzes von Banditen getötet und 1 verletzt worden seien. Bemerkenswert an diesem Fall sei, daß diese Angehörigen des Zollschutzes erst kurze Zeit im Generalgouvernement Dienst getan hätten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Senkowsky, ihm einen ausführlichen schriftlichen Bericht über diesen Vorfall zuzuleiten.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet dann noch kurz über den gegenwärtigen Stand des Hotelbaues. Der Bau sei nunmehr von Präsident Bauder genehmigt, und die endgültige Ausführung werde voraussichtlich in nächster Zeit in Angriff genommen werden.

Der Herr Generalgouverneur stellt eine Besichtigung des Baues und der Pläne in Aussicht.

17^{00} Besprechung mit dem Präsidenten des Rechnungshofs des Generalgouvernements Dr. Blauert.

Präsident Dr. Blauert berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der Arbeit des Rechnungshofes. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß die Rechnungsprüfung bei den Körperschaften oder juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Generalgouvernement oft auf Schwierigkeiten stosse. Hier handle es sich z.B. um die Landwirtschaftliche Zentralstelle, die Saatgutstelle und andere juristische Personen. Er müsse jedenfalls Wert darauf legen, daß auch im Falle des Nichtvorhandenseins einer gesetzlichen Bestimmung im Generalgouvernement eine Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Reiches hinsichtlich dieser Körperschaften hergestellt werde. Einzelne Hauptabteilungspräsidenten betrachten solche Körperschaften oder Organisationen gewissermassen als schwarze Fonds, über die sie frei verfügen können. Dieser Zustand sei auf die Dauer unmöglich. Wenn diese Körperschaften von den Grundsätzen des Reiches abwichen, dann müßten sie sich zum mindesten vorher mit der Haupt-

abteilung Finanzen in Verbindung setzen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, mit Staatssekretär Dr. Bühler unverzüglich über die Frage zu sprechen. Er stelle in diesem Zusammenhang ausdrücklich fest: die in der Denkschrift des Präsidenten angeführten Grundsätze bedürften der Billigung des Generalgouverneurs; die Denkschrift werde nicht veröffentlicht, bevor nicht die Genehmigung des Generalgouverneurs eingeholt worden sei.

Präsident Dr. Blauert weist in Ergänzung seines Berichtes darauf hin, daß die Vereinigung der Finanzverwaltung und der Generaldirektion der Monopole auf die Dauer nicht tragbar sei, da es sich hier um Interessen handle, die doch letzten Endes kollidieren müßten. An einer ganzen Reihe von Gesellschaften wie z.B. der Kasino- und Hotelbetriebsgesellschaft sei die Hauptabteilung Finanzen interessiert. Diese Gesellschaften unterständen an und für sich erst in zweiter Linie der Kontrolle des Rechnungshofes. Die Bilanzen würden durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft und kämen dann an die Hauptabteilung Finanzen.

Der Herr Generalgouverneur schließt sich den von Präsident Dr. Blauert geltend gemachten Bedenken an und ist ebenfalls der Auffassung, daß hier eine gewisse Gefahr bestehe. Deshalb sei es doch zweckmässig, hier eine Trennung herbeizuführen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Blauert, daß er demnächst dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über die Rechnungsprüfungen der Jahre 1940 und 1941 vorlegen werde. Ihm liege vor allem daran, festzustellen, daß Fehler gemacht worden seien und daß für die Zukunft Ordnung in diese Dinge gebracht werden müsse. Diese umfangreiche Denkschrift werde voraussichtlich im September fertiggestellt sein.

12.6.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diese Denkschrift zunächst mit Präsident Dr. Blauert zu besprechen und sie dann in einer Sitzung der massgebenden Hauptabteilungspräsidenten einer Beratung zu unterziehen.

17[15] Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar.

Präsident Dr. von Craushaar teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß der Reichsminister für Rüstungs- und Kriegsproduktion und Cher der Organisation Todt den Plan hege, alle staatlichen und kommunalen Bauverwaltungen wie auch die Bauverwaltungen der Körperschaften des öffentlichen Rechts sich zu unterstellen bezw. die Leitung des Kriegseinsatzes dieser Bauverwaltungen zu übernehmen. Zu diesem Zwecke wolle er auf Grund eines Führererlasses ermächtigt werden, den Bauverwaltungen Weisungen zu erteilen und über die Dienstkräfte und Geräte der Baubehörden nach seinem Ermessen zu verfügen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diese Frage unverzüglich mit Staatssekretär Dr. Bühler zu besprechen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Präsident Dr. von Craushaar, von dem ihm durch Präsident Dr. Blauert überreichten Schriftstück Kenntnis zu nehmen und seine Meinung darüber zu äussern.

Präsident Dr. von Craushaar bemerkt nach Einsichtnahme in das Schriftstück, daß es sich bei den von Präsident Dr. Blauert vorgebrachten Bemängelungen vor allem darum handle, daß sich einige Hauptabteilungspräsidenten eine mehr oder minder grosse Zahl von undurchsichtigen Unternehmungen geschaffen haben. Hier kämen z.B. einige Untergesellschaften der Landwirtschaftlichen Zentrale, dann auch vor allem die Hotel- und Kasinobetriebsgesellschaft in Frage, deren Kontrolle dem Rechnungshof

entzogen sei. Er halte es deshalb für geboten, solche Unternehmungen in ihrer finanziellen Gebarung durch fachlich vorgebildete Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen, wie es z.B. hinsichtlich der Gemeindeverwaltung schon geschehe. Für diesen Zweck halte er eine der grossen Treuhandgesellschaften des Reiches für geeignet, die stark genug seien, nicht unter den Einfluß der Hauptabteilungspräsidenten bezw. ihrer Abteilungsleiter zu kommen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, auch diese Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler zu besprechen.

17[55] Der Herr Generalgouverneur empfängt die Schriftstellerin Frau Dr. Haupt in Gegenwart des Pressechefs Gassner.

18[05] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Staatssekretären Kenntnis von der Absicht des Reichsministers für Rüstungs- und Kriegsproduktion und Chefs der OT, die Leitung des Kriegseinsatzes der Bauverwaltungen zu übernehmen, und ersucht in diesem Zusammenhang Staatssekretär Dr. Bühler, ihm einen umfassenden Bericht über die Entwicklung des Bauwesens im Generalgouvernement zuzuleiten.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß offenbar die Überleitung der gesamten Bauverwaltung auf die OT nunmehr vollzogen werden solle. Für das Generalgouvernement würde das unter Umständen die Wirkung haben, daß Präsident Bauder als Leiter der Hauptabteilung Bauwesen keine Aufgaben mehr zu erfüllen hätte.

Weiter teilt Staatssekretär Dr. Bühler mit, daß Generalleutnant Schindler seinen Antrag zurückgezogen habe.

Der Herr Generalgouverneur will damit diese Angelegenheit als erledigt ansehen und Reichsminister Dr. Lammers mitteilen, daß er demnächst einen zusammenhängenden Bericht über die Rüstungsindustrie des Generalgouvernements geben würde.

12.6.1944

Der Herr Generalgouverneur gibt dann den Staatssekretären Kenntnis von der Besprechung, die er mit Ministerialrat Plodek gehabt hat.

Staatssekretär Dr. Bühler äussert Bedenken gegen eine Beförderung des Ministerialrats Plodek zum Ministerialdirigenten und begründet diesen seinen Standpunkt damit, daß die gesamte Treuhandverwaltung in ihrer Entwicklung nicht befriedigend sei. Er habe sich zwar seinerzeit für eine Beförderung des Ministerialrats Plodek beim Reich eingesetzt, sie sei aber damals abgelehnt worden, und er wissenicht, ob jetzt noch eine Aussicht für die Beförderung bestehe.

Der Herr Generalgouverneur kommt dann auf die Ermordung von 4 Angehörigen des Zollgrenzschutzes zu sprechen. Diese Zollbeamten seien erst vor ganz kurzer Zeit ins Generalgouvernement gekommen, und es müsse selbstverständlich im Reiche einen eigenartigen Eindruck machen, daß sie schon nach so kurzer Zeit ein Opfer von Banditen geworden seien. Deshalb müßten jetzt unverzüglich Anweisungen für den Schutz des dienstlichen Betriebes gegeben werden.

Der Herr Generalgouverneur nimmt im Hinblick auf den ihm von Präsident Dr. Blauert erstatteten Bericht über die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofes Stellung zur Frage des Judeneigentums und wirft die Frage auf, was eigentlich mit dem seinerzeit beschlagnahmten Gut geschehen sei. Es handle sich hier offenbar um Beträge, die in die Milliarden gingen. Er halte es zwar für ausgeschlossen, daß man diese vormals jüdischen Vermögenswerte wieder zurückbekomme, jedenfalls müsse aber dem Reichsführer SS davon Mitteilung gemacht werden. Im Generalgouvernement als dem Nebenland des Großdeutschen Reiches dürfe nicht etwas beschlagnahmt werden, was ihm nicht angerechnet werde. Er bitte deshalb die Staatssekretäre, diese Frage mit SS-Obergruppenführer Pohl zu besprechen.

12.6.1944

18^{30} Präsident Ohlenbusch stellt dem Herrn Generalgouverneur den Kunstmaler Kistler vor.

IV/8 Krakau

Dienstag, den 13. Juni 1944

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Generalleutnant der Ordnungspolizei Höring, Oberst Fischer, Oberstleutnant Roedenbeck und dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

Oberstleutnant Roedenbeck gibt zunächst einen Bericht über die Einleitung der Großunternehmung gegen die Banden im Gebiet des Bilgorajer Waldes.

Generalleutnant Höring berichtet über den gegenwärtigen Stand des Luftschutzes im Generalgouvernement und damit zusammenhängende Fragen. Er weist insbesondere darauf hin, daß z.Zt. ein starker Mangel an Zement für den Bau von Luftschutzbunkern im Generalgouvernement herrsche.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalleutnant Höring, daß die Planstellen der Polizei im Reichspolizeihaushalt, nicht aber im Haushalt des Generalgouvernements ausgebracht seien. Dies sei darauf zurückzuführen, daß nach Auffassung der zuständigen Reichsstellen die Polizei ein einheitliches Gebilde sein müsse. Deshalb liege auch die Verwaltung ausschließlich bei der Polizei. Die Planstellen seien auf verschiedene Polizeiverwaltungen unterverteilt.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, es liege im Wesen der Polizei, daß nicht für jeden einzelnen Angehörigen im Generalgouvernement eine Planstelle bestehen könne.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, dafür zu sorgen, daß ihm eine Liste sämtlicher Planstellen der Ordnungspolizei für das Generalgouvernement vorgelegt werde.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

13.6.1944

11^{05} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

11^{10} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

11^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Oberdienstleiter Tießler, Regierungskommissar Dr. Heuber, Pressechef Gassner, Verlagsleiter Strozyk und Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Papier Direktor Stoffer.

Gegenstand der Besprechung ist die Papierversorgung des Generalgouvernements.

Direktor Stoffer gibt zunächst einen Überblick über die Papiersituation im Generalgouvernement und teilt mit, daß sich die Lage seit der letzten Besprechung wesentlich verschlechtert habe. Man hoffe jedoch auf eine Besserung der Lage mit der Inbetriebnahme des Werkes Jedomice, die am 1. Juli 1944 erfolgen solle.

Der Herr Generalgouverneur verfügt in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar, daß das Werk Jedomice zunächst ausschließlich für die Herstellung von Zellstoff für Zwecke des Generalgouvernements zur Verfügung gestellt wird.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Direktor Stoffer, daß die 3 für die Papierfabrikation zur Verfügung stehenden Papierfabriken Jedomice, Tschenstochau und Warschau zusammen nach Ingangsetzung des Werkes Jedomice 1 800 to im Monat produzieren würden. Gebraucht würden ungefähr 5 000 to. Den Rest erhalte man aus der Einfuhr, die z.Zt. noch zufriedenstellend sei.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird auf den Papierverbrauch im Generalgouvernement eingegangen.

13.6.1944

Der Herr Generalgouverneur will grundsätzlich die Herausgabe neuer Zeitschriften oder Mitteilungsblätter wie z.B. des Mitteilungsblattes für den Handel und des "Ostrufes" nur unter der Bedingung gestatten, daß keine grösseren Papiermengen verbraucht werden. Die Beantwortung der Frage, ob beispielsweise z.Zt. die Herausgabe eines Handelsblattes notwendig sei, müsse den zuständigen Dienststellen überlassen bleiben. Wenn diese dafür sorgten, daß das Kontingent nicht erhöht werde, könne ihnen freie Hand gelassen werden.

Auf Vorschlag des Pressechefs Gassner trifft der Herr Generalgouverneur die Entscheidung, daß die Auflage des "Vorfeld" von 25 000 Exemplaren auf 15 000 Exemplare gekürzt wird. Ferner soll dieses Blatt im gleichen Umfange nur alle 2 Monate erscheinen.

Der Hinweis des Verlagsleiters Strozyk auf den grossen Umfang und die hochwertige Ausstattung der Zeitschrift "Die Burg" veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, zu verfügen, daß diese Zeitschrift von jetzt an lediglich als wissenschaftliches Mitteilungsblatt in einfacher Ausstattung und nur mit den Bildern erscheint, die für die Illustrierung rein wissenschaftlicher Abhandlungen notwendig sind. Im übrigen stellt der Herr Generalgouverneur den Grundsatz auf, daß nach Genehmigung eines Kontingents über den Inhalt einer Zeitschrift keine besonderen Bestimmungen zu treffen sind. Er lehne es jedenfalls ab, den Abteilungsleitern in ihre Verantwortung hineinzureden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann vor allem zu der Ausgestaltung der Zeitschrift "Das Generalgouvernement" Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der Inseratenteil dieser Zeitschrift nach Möglichkeit gekürzt werde und dafür mehr Bilder aus dem Zeitge-

schehen des Generalgouvernements gebracht würden.

Verlagsleiter Strozyk gibt zu bedenken, daß die Anzeigen die Kosten des ganzen Heftes trügen.

Pressechef Gassner macht den Vorschlag, die Anzeigentarife so zu erhöhen, daß sie prohibitiv wirkten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit einer Verdoppelung der Anzeigenpreise einverstanden und weist darauf hin, daß man für die 8 fortfallenden Seiten Inserate 8 Seiten für Bildertext erhielte.

Entgegen dem Hinweis des Verlagsleiters Strozyk, daß eine Erhöhung der Anzeigenpreise für die polnischen Zeitungen sich sehr ungünstig auswirken würde, erklärt sich der Herr Generalgouverneur für eine Erhöhung auch der Anzeigenpreise der polnischen Zeitungen.

12[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner und Verlagsleiter Strozyk.

Gegenstand der Besprechung ist die geplante Herausgabe eines Buches mit dem Titel: "5 Jahre Generalgouvernement".

12[15] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

Gegenstand der Besprechung sind Fragen des Staatstheaters und der Philharmonie des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß Kapellmeister Hindemith als Chefdirigent der Philharmonie beibehalten, ihm aber auferlegt werden solle, zugunsten einer weiteren Entwicklung der Philharmonie auch mit Gastdirigenten zu arbeiten. Über eine anderweitige Tätigkeit des bisherigen Intendanten Hasslinde soll nach Abschluß des gegen ihn schwebenden Verfahrens Entscheidung getroffen werden.

13.6.1944

Präsident Ohlenbusch teilt mit, daß ein Dr. Matthäus bereit sei, die Verwaltung der Philharmonie zu übernehmen, wenn er aus dem Heeresdienst entlassen sei.

Im weiteren Verlauf der Besprechung nimmt der Herr Generalgouverneur Stellung zu der künstlerischen Tätigkeit des Kapellmeisters Swarowsky und übt eine abfällige Kritik an dem gestern von ihm geleiteten Konzert mit Werken von Richard Strauß.

Dann werden noch Fragen des Staatstheaters besprochen. Der Herr Generalgouverneur gibt hier nochmals seinem Wunsche Ausdruck, daß im Staatstheater moderne Operetten wie "Manina" nicht mehr aufgeführt und nur noch klassische Operetten gegeben werden sollten.

Ferner hält der Herr Generalgouverneur angesichts der einseitigen und ein hohes künstlerisches Niveau hintanhaltenden Tätigkeit des Generalintendanten Stampe die Schaffung der Stellung eines Chefdramaturgen des Staatstheaters für unbedingt erforderlich.

12^{40} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger, Regierungsrat Dr. Jänsch und Referenten von Palézieux.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Mittwoch, den 14. Juni 1944

bis

Freitag, den 23. Juni 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Sonnabend, den 24. Juni 1944

15^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19^{00} Aufführung der Oper "Ariadne auf Naxos" von Richard Strauss im Staatstheater des General-gouvernements.

Als Gäste wirken mit:

Dirigent Hans Swarowsky (Berlin),
Kammersängerin Viorica Ursuleac (München),
Kammersängerin Adele Kern (München),
Kammersängerin Maud Cunitz (Stuttgart),
Kammersänger Julius Patzak (München) u.A.

22^{30} Empfang der für die Oper "Ariadne auf Naxos" im Staatstheater gastierenden Künstler auf der Burg.

Krakau

Sonntag, den 25. Juni 1944

11^{00} Lagebesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

Anwesend sind: die Staatssekretäre Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple, die Präsidenten Dr. Emmerich, Dr. Senkowsky, Naumann, Bauder, Dr. Lauxmann, Dr. von Craushaar, Ohlenbusch, Vizepräsident Ammon als Vertreter des Präsidenten Dr. Gerteis, sowie Oberdienstleiter Tießler und Pressechef Gassner.

Um 12 Uhr erscheinen zur Sitzung noch Oberstleutnant Roedenbeck und SS-Oberführer Bierkamp.

Zu Beginn der Sitzung überreicht Präsident Dr. Senkowsky dem Herrn Generalgouverneur das Haushaltsexemplar 1944 und erklärt, daß es der Finanzverwaltung im bereits abgelaufenen ersten Vierteljahr gelungen sei, die Einnahmen- und Ausgabenansätze zu halten. Damit sei auch in den nächsten Monaten zu rechnen, wenn keine wesentliche Veränderung der Situation eintrete.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Präsidenten und seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die vorbildlich geleistete Arbeit aus und weist darauf hin, daß die Regierung des Generalgouvernements alles tun werde, um diese zufriedenstellende Entwicklung auch weiterhin zu ermöglichen.

Der Herr Generalgouverneur führt dann aus, daß er vor seiner bevorstehenden Fahrt ins Führerhauptquartier von den führenden Mitarbeitern der Regierung des Generalgouvernements Ausführungen über ihre Beurteilung der Lage gemacht wissen wolle.

Die allgemeine Kriegssituation habe sich in den letzten Wochen in sehr starken Spannungen entwickelt. Nach den letzten ihm zugegangenen Nachrichten sei den Sowjets offensichtlich ein grösserer Einbruch geglückt. Diese Entwicklung werde aber gemeistert werden. An der Invasionsfront und auch in Italien seien die Verhältnisse ausserordentlich schwierig; vor allem erschwere

die ungeheuere feindliche Luftüberlegenheit die deutschen Unternehmungen.

Angesichts dieser Lage könne man ermessen, welche ungeheuere Verantwortung nun auf den wenigen deutschen Männern liege, die in diesem entscheidenden Augenblick die Geschicke dieses Nebenlandes des Großdeutschen Reiches zu lenken hätten. Wenn es gar keinen Sinn gehabt hätte, bis jetzt etwa von Charakterstärke und aufrechtem persönlichen Verhalten zu reden, so hätte dieses jetzt seinen höchsten Sinn erhalten. Die kommenden Monate würden über das kommende Jahrtausend der deutschen Geschichte entscheiden. Jetzt gehe es um das deutsche Vaterland, um das Heilige Deutsche Reich, und demgegenüber verblaßten alle anderen Werte. Jetzt gebe es nur einen Wert, den der deutschen Freiheit als Staat und Vaterland, und diesen Wert gewährleiste Adolf Hitler.

Diese eiskalten Überlegungen müßten allen Deutschen in diesem Raum klargemacht werden; in den kommenden Monaten werde es im Generalgouvernement nichts wie Schwierigkeiten geben.

Die große deutsche Gegenwaffe werde sicherlich eine grosse psychologische Wirkung in England erzielen - es wäre völlig falsch, dies verkennen zu wollen - , aber es sei selbstverständlich, daß durch diese Waffe, die zwar einen Teil des englischen Territoriums zerstöre, die Engländer nicht mehr oder weniger zu einem Friedensschluß geneigt sein würden als Deutschland in der gleichen Situation. Wunderdinge dürfe man also von dieser Waffe nicht erwarten, wenn sie auch mit der Dauer ihres Einsatzes immer grössere psychologische Wirkungen erziele.

Kein Volk sei über einen Krieg glücklich, auch nicht das deutsche. Billiger Hurrapatriotismus sei heute unmöglich, und in Kundgebungen müsse man sich davor hüten. Er danke Parteigenosse Tießler für die von ihm durchgeführte Großkundgebung, in der von ihm diese Richtlinien befolgt worden seien.

25.6.1944

Für das Generalgouvernement sei in nächster Zeit entscheidend, daß dieses Gebiet, soweit es in deutschen Händen bleibe, auch restlos sich in deutscher Hand befinde; alle Maßnahmen müßten geschehen, die Bevölkerung in Ruhe, Ordnung und bei der Arbeit zu halten. Er sei mehr denn je entschlossen, diesen seinen Kurs durchzuhalten und kein terroristisches Regime aufkommen zu lassen. Alle Dienststellen, vor allem die Wehrmacht und sämtliche Waffenträger im Generalgouvernement müßten alles tun, um die Autorität des Staates im Lande soweit als möglich herzustellen. In diesem Zusammenhang sei die von Reichsführer SS Himmler zugesagte Hilfe für die Erntesicherung von ausserordentlicher Bedeutung. Weiter sei es notwendig, daß das Generalgouvernement dem Reich in den dringendsten Angelegenheiten mit äusserster Kraft zur Seite stehe. Wenn es nicht gelinge, der fliegerischen Überlegenheit der Feinde entgegen-zu-treten, dann habe eine weitere Kriegführung ihren praktischen Sinn verlören. Gelinge es nicht, die deutsche Jägerproduktion in die Höhe zu bringen, bestehe keine Aussicht auf die Erringung des Endsieges. Die Erhöhung der Jägerproduktion werde aber erreicht, weil sie erreicht werden müsse. Der Befehl des Führers auf diesem Gebiet sei bekannt. Die Luftsicherung habe sich als der Kern alles anderen herausgestellt. Er könne darauf hinweisen, daß dazu auf deutscher Seite alle Ansatzpunkte vorhanden seien.

Er habe sich von den sehr vernünftigen Ausführungen des Vertreters des Reichsministers Speer anläßlich der in Krakau kürzlich stattgefundenen Sitzung berichten lassen. Die Regierung des Generalgouvernements müsse bei der Durchführung dieses Planes alle Zuständigkeitsfloskeln beiseite lassen. Besonders freue es ihn, daß es in Wieliczka so gut vorangehe. Es gebe auch im Reich kaum einen Tunnel mehr, in dem nicht Werkstätten eingerichtet würden.

25.6.1944

Im Generalgouvernement kämen jetzt auf jedem Sektor, ob Ernährung oder Transport oder allgemeine Politik, ob Verwaltung oder Wirtschaft oder Bauwesen, die schwierigsten Monate, in denen man nur Unangenehmes erleben werde. Es sei völlig lächerlich zu glauben, daß jetzt jemand für sich allein etwas Positives herauskramen könne, in einem Zeitpunkt, da alles negativ sein werde. Die deutsche Führung des Generalgouvernements sei Manns genug, das Kommende zu ertragen. Werde die Belastung der nächsten Monate überwunden, habe Deutschland seine Probe bestanden. Auch die Feinde neigten sich sehr stark dem Ende des Krieges zu, sowohl psychologisch wie materiell. Die in der Normandie eingesetzten englischen Einheiten kämpften sehr schlecht. Auf der anderen Seite seien die deutschen Frontsoldaten ganz in Ordnung.

Mit Rücksicht auf die mangelhafte deutsche Erzversorgung müsse auch im Generalgouvernement an den Abbau selbst nicht abbauwürdiger Erze herangegangen werden. Finanzielle Gesichtspunkte dürften in dieser Frage überhaupt keine Rolle spielen. Er habe die Absicht, diese Arbeiten im Rahmen der Werke des Generalgouvernements durchführen zu lassen. Auch bei der Errichtung von Hochöfen dürfe es keine Rolle spielen, wenn das Reich bezw. die eisenschaffenden Kreise aus Konkurrenzneid eine Hilfe versagten.

Er glaube, daß das Generalgouvernement in den kommenden Wochen in seinen jetzigen Grenzen gehalten werden könne, da die Sowjets ihre Vorstösse wohl auf die Eroberung des Baltikums richteten. Garantieren jedoch könne man das nicht; sie könnten jederzeit auch das Generalgouvernement überraschen. Man müsse sich daher auf das Härteste und Unangenehmste vorbereiten. An einen Aufstand der breiten Masse der Bevölkerung glaube er nicht, da sich alle vernünftigen Polen sagen müßten, daß sie von den ins Land eindringenden Sowjetrussen liquidiert werden würden. Eher glaube er an Sabotage und Streiks; mit

diesen würde man aber fertig werden. Er fasse also zusammen, daß man am Beginn der ernstesten Kriegsmonate stehe, daß man in den kommenden Monaten mit nichts Positivem, sondern nur mit Rückzug und ungeheueren Belastungen auf allen Gebieten zu rechnen haben werde, daß er aber überzeugt sei, daß diese Krisis durch das Zusammenstehen aller überwunden werde und daß das Generalgouvernement in dieser Aufbäumung der deutschen Macht eine sehr grosse Rolle zu spielen habe.

Staatssekretär Dr. Bühler beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die allgemeine Lage im Generalgouvernement im Zeichen des Absinkens der Sicherheit stehe. Bisher sei er der Meinung gewesen, daß ein polnischer Aufstand nur Gerüchte oder Programme der Polen gewesen seien, nun aber sei er auf Grund seines Wissens und wegen der Tatsache, daß auch im Distrikt Krakau überall Banden auftreten, der Meinung, daß sich die Widerstandsbewegung wieder rekrutiere. Deshalb werde der Beobachtung dieser Entwicklung und ihrer wirksamen Bekämpfung das größte Augenmerk zuzuwenden sein.

Die Aktion im Bilgorajer Wald werde in diesen Tagen zum Abschluß kommen; in ihrem ersten Teil sei sie nicht sehr erfolgreich verlaufen, im zweiten Teil werde sie mit der Vernichtung eines grossen Teiles der Banden enden, sodaß eine gewisse Befriedung dieses Waldgebietes eintreten werde. Wichtig sei es, daß 1. die in diesem Gebiet befindlichen Sicherheitskräfte nach Beendigung der Aktion nicht restlos wieder abgezogen würden und 2. dieses Gebiet auch im zivilen Sektor vorbildlich mobilisiert und dort, wo Verwaltungskräfte abgezogen worden seien, Aussenstellen der allgemeinen Verwaltung, insbesondere der Forst- und Landwirtschaft wieder errichtet würden.

Auf dem Gebiete der Rüstung habe der Besuch des Hauptdienstleiters Sauer vom Stabe Speer einen Einblick in die derzeitige Situation des Reiches gebracht. Der

25.6.1944

Herr Generalgouverneur habe bereits darauf hingewiesen, daß auch das Generalgouvernement alle Kräfte anspannen müsse, um am Jägerprogramm des Reiches mitzuhelfen. In Aussicht genommen seien ausser Wieliczka die bei Krynica und Tomasczow erbauten Tunnels.

In diesem Zusammenhang werde interessieren, daß die Wehrmacht beabsichtige, mitten durch das Generalgouvernement, entlang der Westgrenze der Distrikte Galizien und Lublin, eine Reisesperrlinie zu errichten, deren Überschreitung nur mit einem Passierschein der Wehrmacht möglich sein solle. Diese Absicht bedeute praktisch die Zerschneidung des Gebietes des Generalgouvernements in 2 Hälften; durch sie würden die Zuschußdistrikte Krakau, Warschau und Radom von ihren Überschußdistrikten Lublin und Galizien abgeschnitten. Gegen diese Absichten habe er beim Oberkommando des Heeres die ernstesten Vorstellungen erhoben und er nehme an, daß es zu dieser Grenzziehung nicht kommen werde.

Das wichtigste Problem sei die Erntesicherung. Auf diesem Gebiet habe Reichsführer SS Himmler mit dem 15. Juli beginnend bereits grössere Verbände zugesagt. Wenn der Einsatz dieser Verbände im engsten Einvernehmen mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen und mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft erfolge, glaube er, daß der Erfolg 100%-ig sein werde und daß man aus den schlecht zu bewirtschaftenden Distrikten, zu-mindest was Getreide anlange, alles herausholen werde, was möglich sei. In diesem Zusammenhang sei auch die Lagerfrage von besonderer Wichtigkeit. Von 1,2 Millionen Tonnen Lagergetreideraum habe die deutsche Verwaltung bis zu einem Bestand von 185 Tausend Tonnen an die Wehrmacht abgeben müssen. Es sei daher nicht mehr zu verantworten, daß man eingerichtete Getreidelager leichter Hand der Wehrmacht zur Verfügung stellen könne. Hier habe er besonders das Getreidelager in Zyrardow im Auge, das der

25.6.1944

Luftgau XXVII für die Auslagerung wichtigen fliegerischen Gerätes aus Warschau fordere. Sein Gegenvorschlag, der Verwaltung den dadurch in Warschau frei werdenden Lagerraum zur Verfügung zu stellen, habe der Luftgau abgelehnt.

Staatssekretär Koppe erklärt, daß sich die Polizei allgemein darauf eingestellt habe, daß sich die Sicherheitslage noch weiter verschärfen könne. Mit der Möglichkeit eines Aufstandes sei seiner Meinung nach wie vor zu rechnen. Das besage nicht, daß er auf der ganzen Linie entbrenne; mindestens aber sei mit Teilaufständen zu rechnen. Die Direktiven aus London an die Widerstandsbewegung besagten, daß die Aufständischenarmee in Polen jetzt im allgemeinen mit Gewehr bei Fuß zu stehen habe, denn ihre Stunde sei noch nicht gekommen. Daraus müsse man schliessen, dass dieser Befehl doch eines Tages kommen werde. Wenn es nicht zu einem Aufstand auf der ganzen Linie komme, so müsse man doch mit grösseren Störungen der Verkehrswege im gegebenen Fall rechnen, wodurch a) der Nachschub an die Front verhindert und b) ein Zurückweichen der deutschen Truppenteile an der Front unmöglich gemacht werden sollten. In den letzten 14 Tagen habe man allgemein keine weitere Verschärfung der Sicherheitslage feststellen können.

Das Unternehmen der Wehrmacht im Bilgorajer Wald habe sich bisher recht günstig ausgewirkt, obgleich im ersten Durchgang die Erfolge zahlenmässig nicht den Erwartungen entsprochen hätten. Vier oder fünf Gruppen der Bande sei es wohl gelungen, aus dem Einschliessungsring der 18.000 Mann Wehrmacht zu entkommen. Beim z.Zt. noch stattfindenden 2. Unternehmen sei bis jetzt der Bande ein Ausbruch noch nicht gelungen.

Bezüglich der mangelnden Stärke der Polizei müsse er darauf hinweisen, daß sie ja seit dem Winter 1941/42 grosse Truppenkontingente an der Ostfront stehen gehabt habe. Wenn alle diese Regimenter und Bataillone jetzt zur Verfügung stehen würden, wäre die Polizei relativ

nicht zu schwach. Die Opfer, die die deutsche Polizei im Kampf an der Front in vorderster Linie gebracht habe, seien nicht unbedeutend, und ihre Verluste fehlten heute zahlenmässig. Auch würden die besetzten Länder immer mehr nur von Polizeieinheiten in Ordnung gehalten, da die Wehrmacht zur Verstärkung der Kampffront immer neue Kräfte abziehe. Der Ruf nach Polizeitruppen nehme ständig zu. Alle diese Tatsachen müsse man bedenken, wenn man eventuell der Polizei den Vorwurf machen wolle, nicht genug für Nachwuchs gesorgt zu haben.

Die Aktion im Bilgorajer Wald, die als das Unternehmen Sturmwind I und Sturmwind II gestartet worden sei, habe auf die übrigen Kreise des Distrikts Lublin sicherheitsmässig bereits günstige Auswirkungen gezeitigt. Auch ein von der Polizei gestartetes Unternehmen Vagabund habe dazu beigetragen. Notwendig sei es nun, daß nach Abschluß der Aktion weiterhin Kommandos in diesem Gebiet verblieben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, daß ihm General Haenicke mitgeteilt habe, daß Generalfeldmarschall Model bereits den Verbleib einer Division in diesem Gebiet für die nächste Zeit angeordnet habe.

Staatssekretär Koppe spricht dann weiter von der moralischen Wirkung, die diese Aktion bis in das kleinste Dorf hinein ausgelöst habe. Leider müsse man feststellen, daß sich in dem durchgekämmten Waldgebiet bereits wieder eine kleine Bande von 150 Mann aus den entkommenen Banditen rekrutiert habe; sie werde aber von der Polizei sofort wieder angegriffen.

Die Worte des Staatssekretärs Koppe, daß bei dem Unternehmen eine grosse Anzahl Bandenhelfer festgenommen worden sei, veranlassen den Herrn Generalgouverneur zu der Erklärung, eine genaue Untersuchung darüber anzustellen, ob es sich auch wirklich um Bandenhelfer handle. Es müsse unbedingt vermieden werden, daß unschuldige Männer ihr Leben verlören.

25.6.1944

Staatssekretär Koppe erwidert, daß dafür die Hinzuziehung von Angehörigen des SD und der E. und L. Gewähr biete. Jeder einzelne Fall werde genau untersucht. Am Unternehmen hätten sich auch die Polizei mit 2 Bataillonen und Gendarmeriekräfte beteiligt. Die lokale fremdvölkische Polizei habe man für diese Zeit durch deutsche Unterführer führen lassen. Er sei davon überzeugt, daß man die Sicherheitssituation im Distrikt Lublin meistern werde.

Im Distrikt Galizien habe sich die Lage nicht viel verändert. Etwas Ärger bereiten zwei russische Banden im Ölgebiet südlich Drohobycz. Die Upa-Banden im Herzen Galiziens stünden vorerst Gewehr bei Fuß. Einem Bandenzentrum von 5- bis 600 Mann südwestlich Lemberg stehe ein deutsches Polizeibataillon gegenüber.

Etwas unruhiger sei es im Distrikt Radom geworden; hier handle es sich aber nur um kleine Banden von meistens 50 bis 60 Mann. Sie würden von der Polizei ständig angegriffen, die Erfolge in der Bekämpfung könnten als sehr gut bezeichnet werden. Jedoch sei die Anzahl der Banden in den letzten 4 Wochen grösser geworden, es fehle eben an deutschen Bekämpfungskräften. Bald erhalte er für den Distrikt Radom ein neues Regiment, das er dann bataillonsweise aufteilen werde. In Radom müsse tatsächlich aufgepaßt werden, da es dort bestimmte Kreise der Nationalen Widerstandsbewegung gebe, die ihre Zeit nicht abwarten könnten. Einiger Schaden sei bereits angerichtet worden, insbesondere seien einige deutsche Menschen ermordet worden.

Im Zusammenhang mit der Schilderung eines Überfalls auf 2 Deutsche in der Nähe von Krakau warnt Staatssekretär Koppe eindringlich vor einer allzu grossen Sorglosigkeit der Deutschen in diesem Lande. Die Deutschen befänden sich hier in einem feindlichen Land, und jeder müsse mit Argwohn seine Umgebung beobachten.

25.6.1944

Die Durchführung des neuen Jägerprogramms sei von ungeheurer Wichtigkeit, und jeder müsse von sich aus beitragen, daß gerade auf diesem Sektor Unmögliches geleistet werde. Die weitere Kriegführung hänge zum grossen Teil von der Luftwaffe ab. Jeder nicht ganz ausgenützte Raum müsse dazu herangezogen werden. Das Gleiche gelte auch für die allgemeine Rüstung.

Bezüglich der Bandenlage im Distrikt Krakau sei richtig, daß vom Osten her einige kleine Bandengruppen in den Distrikt eingesickert seien. Hier handle es sich aber um Kleinstbanden von 7 oder 8 Mann, und diese seien von der Polizei sehr schwer aufzuspüren. Sie rekrutierten sich aus Leuten, die tagsüber ihren Pflichten als Bauern nachgingen und nachts Überfälle machten. Ihre Bekämpfung durch die Polizei gestalte sich sehr schwierig.

Präsident Dr. von Craushaar weist eingangs auf den starken Druck hin, der auf die in deutschen Diensten stehende landeseigene Verwaltung ausgeübt werde. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß die landeseigene Verwaltung, vor allem die Wojts und die Schulzen in erstaunlicher Weise mitzögen. Sie übten ihren Leuten gegenüber im Dorf natürlich gewisse Vorsicht, hielten im ganzen aber weiterhin zur Stange. Diese Tatsache könne offenbar als Ausdruck für das Vertrauen angesehen werden, das draussen im Lande die untere Verwaltung von seiten der Bevölkerung geniesse. Selbstverständlich sei die Verwaltung nicht beliebt, doch habe die Bevölkerung zu diesen geraden Leuten das Vertrauen, daß sie, wenn sie dazu in der Lage seien, für ihre Leute auch sorgten. Ohne dieses Positivum der Verwaltung würde man sich in einer sehr ernsten Lage befinden.

Die aus den besonders bandenverseuchten Gebieten des Distrikts Lublin und aus den Frontgebieten des Distrikts Galizien herausgenommenen deutschen Verwal-

tungskräfte seien zur Verdichtung des deutschen Verwaltungsnetzes in den anderen Distrikten verwendet worden. Die Ergänzung der Verwaltung in Frontnähe habe der Wirtschaftsstab Ost übernommen. Hier müsse erreicht werden, daß die dort neu eingesetzten Kräfte im Auftrag der Regierung des Generalgouvernements handelten. Im Distrikt Lublin würden in Gestalt von Aussenstellen der Kreishauptmannschaften Aussenstützpunkte errichtet; die Kräfte dafür stelle der Distrikt Lublin selbst mit Hilfe von La-Führern.

Auf dem Gebiete der Reichsverteidigung seien die Raumnot und die deswegen ergriffenen Schritte bekannt. Er habe den Eindruck, daß die Steuerung der grossen Trecks aus der Gegend östlich und nordöstlich des Generalgouvernements vom Reich aus jede Führung vermissen liesse.

Beim Einsatz von Verwaltungskräften in heeresnahen Gebieten spielte die Bekleidung eine Rolle. Die Leute des Wirtschaftsstabes Ost seien uniformiert, während das bei den Verwaltungskräften des Generalgouvernements nicht der Fall sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß sich für diese 500 Mann Stoff beschaffen lasse; er habe die Vollmacht, für diese Kräfte auch die graue Uniform zu bewilligen.

Präsident Ohlenbusch bezieht sich in seinen Darlegungen vor allem auf die Ausführungen des Staatssekretärs Koppe. Die Widerstandsbewegung sei in der letzten Zeit äusserst aktiv geworden. Leider bestehe noch immer eine grosse Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Verhältnissen und dem politischen Kurs des Herrn Generalgouverneurs. So werde z.B. immer wieder darauf hingewiesen, daß die sogenannten Hiwis, die doch rassisch gesehen zum Untermenschentum gehörten, in deutschen Abteilen Platz nehmen könnten, während

die rassisch gesehen wertvolle Polin in einem besonderen Abteil Platz nehmen müsse.

Im übrigen laufe die ganze Propaganda weiterhin auf vollen Touren ausschließlich gegen den Bolschewismus, das Judentum und darüber hinaus gegen England und Amerika. Einen Erfolg habe man insofern errungen, als es geglückt sei, den vor allem in polnischen Intelligenzkreisen durchgeführten Boykott gegen das polnische Theater in Krakau zu brechen.

Er habe dem Generalgouverneur ein neues Abzeichen für die im Reich tätigen Polen vorgelegt und er hoffe, daß das Reich damit einverstanden sein werde, daß dieses Abzeichen anstatt des "P" von den Polen getragen werden dürfe.

Präsident Bauder bezeichnet als Hauptaufgaben der Bauverwaltung in der letzten Zeit die Unterstützung der operativen Bedürfnisse der Wehrmacht und den weiteren Ausbau der Rüstung. Der notwendige Ausbau der Strassen in Galizien laufe auf vollen Touren; auch die Wiederherstellung und Verstärkung der Brücken im Distrikt Lublin mache Fortschritte. Leider sei ein Teil der früher zerstörten und in letzter Zeit wiederhergestellten Brücken von den Banditen wieder abgebrannt worden. Ein Teil der Banditen sei wieder zurückgekehrt, und von ihnen würden die Brücken wieder angezündet. Z.Zt. besteht die Gefahr, daß die im Distrikt Lublin vorhandenen Kriegsgefangenen infolge Fehlens von Bewachungsmannschaften aus den bandenverseuchten Gebieten abgezogen werden müßten. Die Bauverwaltung sei aber auf die Tätigkeit von 800 im Brückenbau eingesetzten Kriegsgefangenen angewiesen. Besprechungen darüber seien noch im Gange.

Auf dem Rüstungssektor stehe das neue Jägerprogramm im Vordergrund. Von Berlin sei eine Verfügung ergangen, daß der Ausbau von Wieliczka in der brutalsten Weise vorangetrieben werden müsse. Auch in den übrigen Rüstungsbetrieben gingen die Arbeiten voran, und im allgemeinen

sei es gelungen, die notwendigen Materialien heranzuschaffen. Neuerdings habe sich die Beschaffung des notwendigen Zements als der größte Engpaß herausgestellt, da die gesamte schlesische Produktion an die Wehrmacht zur Schaffung von Flugplätzen und zum Stellungsbau an der Front abgegeben werden müsse. Die Bauverwaltung des Generalgouvernements habe nun für die 2. Hälfte Juni 7 000 to aus Südwestdeutschland zugesagt erhalten, die Züge seien aber noch nicht abgerollt. Für die vordringlichen Luftschutzbauten habe er trotz aller Bemühungen bis jetzt keinen Zement erhalten können. Ab 1. Juli werde jedoch nach Durchführung der notwendigen Vorarbeiten, vor allem Regelung der Arbeiterfrage, die eigene Zementproduktion von 2- bis auf 8 000 to erhöht werden können. Von der Zementversorgung wolle er dann die Distrikte Lublin und Galizien abhängen. Wohnungsbau und andere Aufbauten müßten im gegenwärtigen Zeitpunkt zurücktreten. Wenn die Bereitstellung von 2 000 to Zement für den Bau des grossen Zementwerkes in Ostrowiec gelinge, stehe mit Beginn des neuen Jahres dem Generalgouvernement ein neues grosses Werk zur Verfügung, sodaß dann der wichtigste Bedarf des Generalgouvernements aus eigener Produktion befriedigt werden könne.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann den beiden Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe den Auftrag zur Ausarbeitung einer generellen Weisung, daß bei notwendigen dienstlichen Überlandfahrten in Zukunft von der Polizei ein Begleitkommando zur Verfügung gestellt werden soll.

Präsident Naumann berichtet, daß man mit dem bisherigen Witterungsverlauf zufrieden sein und erwarten könne, daß im grossen und ganzen eine gute Ernte heranwachse. Grosse Sorgen bereite jedoch der starke Rückgang des Zuckerrübenanbaues, der infolge des Ausfalles grosser Anbauflächen in Ostgalizien und besonders im Distrikt

Lublin eingetreten sei. Die Vorarbeiten für die Ernterfassung seien im grossen und ganzen so abgeschlossen, daß die Ernte in den bisher bewährten Methoden erfaßt werden könne. Wenn es gelinge das Stützpunktsystem des vergangenen Jahres so auszubauen, daß über das gesante Generalgouvernement ein nach der Schwierigkeit der einzelnen Gebiete und ihrer Ertragfähigkeit abgestuftes Sicherheitssystem errichtet sei, könnte die Erfassung in den nächsten 3 Monaten so durchgeführt werden, daß man auch das 6. Kriegswirtschaftsjahr in den wichtigsten Dingen überstehen könne.

Die Verhandlungen mit dem Reich über Lieferungen an das Reich und die Wehrmacht seien abgeschlossen. Im grossen und ganzen sei es gelungen, die Vorschläge des Generalgouvernements durchzubringen. Die Versorgung der städtischen Bevölkerung bis zum Anschluß an die neue Ernte werde möglich sein. Anlässlich der Jägerprogrammsitzung in Krakau sei übereinstimmend berichtet worden, daß die Ernährung in der gesamten Rüstungsindustrie klappe; sie werde mit den Sätzen durchgeführt, die im September 1943 festgelegt worden seien. Schwierigkeiten bereite nur die Fettversorgung, da die beiden Distrikte Lublin und Galizien ausfielen. Angeregt durch die hervorragenden Ergebnisse bei der Iererfassung werde man einen ähnlichen Weg bei der Milcherfassung einschlagen. Das neue Programm werde wahrscheinlich ab 1. August anlaufen, und man hoffe, noch soviel Butter erfassen zu können, um damit die 3 fertigen und ein viertes, noch im Bau befindliches Kühlhaus mit Butter füllen zu können, um die Fettversorgung für den Winter 1944/45 für die Deutschen und die Angehörigen der Rüstungsbetriebe durchführen zu können.

Erfreulich sei die Feststellung, daß sich nach der ersten Schockwirkung das Erfassungswesen in Galizien langsam normalisiere. Die Fleischerfassung in Galizien reiche jetzt bereits wieder für die Bedürfnisse der Heeresgruppe aus; dazu sei in den letzten Wochen ein grosser

25.6.1944

Transport nach dem Distrikt Krakau gekommen. In Radom und Warschau sei die Erfassung mit Hilfe von Polizei und Wehrmacht zufriedenstellend. In Lublin habe sich der Einsatz des Sonderdienstes hervorragend bewährt. Er wäre dankbar, wenn die E. und L. noch einiger solcher Erfassungskommandos erhalten könnte. Jedes Kommando müsse aber mindestens 160 bis 200 Mann umfassen. Von ihnen und den Erfassungskommandos der Wehrmacht würde aber Kahlfraß gemacht, d.h. sämtliches Vieh werde bis auf 30% seines Bestandes erfaßt.

Der Herr Generalgouverneur gibt hier zu bedenken, ob es nicht gut sei, wegen dieser Angelegenheit eine praktische Vereinbarung mit der Wehrmacht zu treffen, da sonst die Gefahr bestehe, daß sämtliche Bestände weggenommen würden.

Präsident Naumann führt dann weiter aus, daß bis jetzt ein grosser fremdvölkischer Apparat mit einer dünnen Schicht Deutschen in der E. und L. die Arbeit geleistet habe. Die Methode habe sich in der Kreis- und Distriktsinstanz gut bewährt. Auf Grund der jetzigen Lage aber sei der Fremdvölkische nicht mehr so spannkräftig, der Apparat müsse durch deutsche Kräfte verstärkt werden. Bis jetzt habe er sich vom Wirtschaftsstab Ost 800 La-Führer geborgt, die er in den Distrikten Lublin und Galizien eingesetzt habe. Z.Zt. verhandle er mit dem Wirtschaftsstab Ost wegen einer endgültigen Übernahme von 350 Mann in den Dienst des Generalgouvernements, um ein gewisses Fundament für einen weiteren Ausbau zu schaffen. Die Hauptabteilung sei nicht mehr in der Lage, der Wehrmacht deutsche Kräfte zur Verfügung zu stellen. 40 Mann habe er der Wehrmacht zum Einziehen gemeldet, für die Arbeit der Hauptabteilung fehle aber jeder einzelne Mann.

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Bühler den Auftrag, mit der Wehrmacht wegen einer Uk-Stellung der in der Ernährung und Landwirtschaft

beschäftigten deutschen Kräfte zu verhandeln. Stärkere Einziehungen kurz vor der Ernte- und Erfassungszeit würden eine katastrophale Auswirkung haben.

Präsident Naumann macht dann noch einige Ausführungen zur Lagerfrage. Das Vorhandensein von Lagern sei entscheidend für eine schnelle Erfassung. Die E. und L. könne keinen Quadratmeter mehr abgeben. Verhandlungen mit der Luftwaffe wegen der Überlassung von Lagerraum in Zyrardow seien noch im Gange.

Präsident Dr. Emmerich führt aus, daß die Kriegsleistungen der gewerblichen Wirtschaft im allgemeinen gehalten worden seien. Selten habe ein Betrieb einen Rückgang seiner Produktion zu verzeichnen, dagegen seien in vielen Betrieben die Leistungen angestiegen. Leider müsse der Unternehmer für die Ernährung seiner Gefolgschaft Mittel und Wege einer Selbsthilfe suchen, und er frage nicht, ob sich diese Mittel mit der wirtschaftlichen Ordnung vertrügen. Man müsse ja auch in diesen angespannten Zeiten dem Unternehmer eine gewisse Freiheit geben, wenn er, um seine Arbeiter zusammenzuhalten, auf dem Schwarzen Markt einkaufe. Ein solches Vorgehen solle nicht zum Anlaß genommen werden, gegen einen Unternehmer strafrechtlich vorzugehen.

Die Versorgung der Arbeiter mit Textilien und Schuhen habe bisher noch einigermassen geklappt. Zu diesem Kreis stosse nun auch immer mehr fremdvölkisches Wehrmachtsgefolge. Es zeige sich, daß durch diese Möglichkeit auf unserer Seite für die Fremdvölkischen ein grosser Anreiz gegeben sei, Arbeit in deutschen Diensten zu suchen. Umsomehr müsse man darauf bedacht sein, daß die Bewirtschaftungsstellen auch die nötigen Waren in die Hand bekämen. Hier zeigten sich in letzter Zeit sehr starke Einbrüche auf der Sicherheitsseite. Es komme sehr häufig vor, daß, wenn ein Betrieb seine Produktion an die Bewirtschaftungsstellen abliefern solle, sich ein bewaffnetes Kommando der Widerstandsbewegung einfinde und die Waren abfahre. Daher erweise es sich als notwendig, die

25.6.1944

Sicherheit der gewerblichen Erzeugung und Erfassung schärfer als bisher in Angriff zu nehmen. Über dieses Thema habe er bereits mit SS-Oberführer Bierkamp gesprochen. In letzter Zeit sei man bereits gezwungen, in zunehmendem Masse Fertigungen aus Warschau zu verlagern, da man die Ware nicht erhalten könne.

Präsident Dr. Senkowsky knüpft an seine Worte zu Beginn der Sitzung an, daß bisher die Haushaltsansätze hätten eingehalten werden können. Trete keine Verschlechterung ein, werde das Bild auch in den nächsten Monaten ein ähnliches sein. Die Steuereinnahmen seien im Laufe des Juni wieder gestiegen. Zoll- und Verbrauchssteuereinnahmen spielten keine besonders grosse Rolle mehr. Die von Präsident Naumann angekündigten Schwierigkeiten auf dem Zuckergebiet würden sich auch steuerlich auswirken.

Der Herr Generalgouverneur gibt hier die Anregung, eine weitere Erhöhung des Kriegszuschlages auf Monopolerzeugnisse zwecks Deckung etwaiger Steuerausfälle vorzunehmen.

Präsident Dr. Senkowsky spricht dann von der Notwendigkeit, die Tabakanbau- und Spriterzeugungsgebiete einer stärkeren sicherheitsmässigen Betreuung zuzuführen. Auf Grund der ihm vorliegenden Meldungen habe er den Eindruck, als ob sich im Umkreis von Krakau in einer Entfernung von 40 bis 60 Kilometer eine illegale Truppenmacht zusammenziehe, die mit einem Schlag Krakau sowohl vom übrigen Generalgouvernement als auch vielleicht sogar vom Reich abschneiden könne. Das gesamte Gebiet unterliege starker Unsicherheit durch das Vorhandensein kleinerer Trupps mit einer ausserordentlich guten Organisation. Gerade dieses Gebiet in der Umgebung von Krakau sei für die Tabakerzeugung ungeheuer wichtig, da die galizischen Anbauflächen ganz ausgefallen seien; auch die Tabakanbaugebiete im Distrikt Lublin erbrächten höchstens 30 bis 40% des normalen Ertrages. Der Tabakanbau bei Krakau sei

durch den Einsatz der in Galizien und Lublin freigewordenen Fachkräfte zur Ausgleichung des in Galizien und Lublin fehlenden Ertrages ausserordentlich forciert worden. Darum bestehe größtes Interesse daran, daß in diesem Gebiet Ordnung herrsche. Der erste Trupp von Tabakfachleuten, den er aus dem Reich erhalten und hier eingesetzt habe, sei von Banditen aufgerieben worden. Durch solche Vorfälle werde der Ertrag sinken und es entstünden für das Jahr 1945 grosse Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Versorung mit Tabak, während man bisher die Produktionshöhe habe halten und die zusätzlichen Anforderungen der Wehrmacht habe steigern können. Während zur polnischen Zeit ungefähr 5 Milliarden Zigaretten erzeugt worden seien, betrage die jetzige Produktion 11 Milliarden.

Ähnlich sei die Lage bei Sprit. Einnahmemässig habe man bis jetzt den Spritausfall durch Erhöhung des Kriegszuschlages ausgleichen können, die Versorgung jedoch habe man weiter zurückschrauben müssen. Dubei habe er leider wenig Verständnis für gewisse Einschränkungsmaßnahmen auch in Behördenkreisen feststellen müssen. Im Gegensatz zum vorigen Jahr habe er in diesem Jahr die Kartenzuteilung an Deutsche weiterlaufen lassen und für die Sommermonate die Zuteilung an Gaststätten und Kasinos gesperrt. Soldatenheime seien aber weiterhin versorgt worden. Als Ausgleich sei Vorsorge getroffen worden, daß die Gaststätten aus den Lagerbeständen der Likörfabriken bevorzugt beliefert würden.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob nicht eine Erhöhung der Bierproduktion durch Verminderung des Gehalts vorgenommen werden könne, beantwortet Präsident Naumann dahingehend, daß das infolge des Fehlens der notwendigen Apparate nicht möglich sei.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann gegen die Ankündigung des Präsidenten Dr. Senkowsky über eine Vereinbarung mit der E. und L., daß größtmögliche Mengen Sprit erzeugt werden sollten. Einem solchen Plan könne

er nur zustimmen, wenn ihm die einzelnen Details vorgelegt würden. Hier handle es sich um eine politische Frage, denn es sei von größter Bedeutung, daß die Fremdvölkischen wenigstens genügend Kartoffeln erhielten.

Präsident Naumann erklärt dazu, daß von der geplanten Erfassungsmenge von 1 520 000 to Kartoffeln 400 000 to für die Erzeugung von Sprit, Stärke, Syrup und Spiritus Verwendung finden sollten. Die Versorgung der Bevölkerung im Rahmen der Vorjahrsversorgung sei gesichert. Zu diesem Plan habe man sich im Hinblick auf den zu erwartenden starken Zuckerausfall entschlossen, um dafür Austauschmöglichkeiten in die Hand zu bekommen. Während man im letzten Jahr eine Zuckermenge von 120 000 to zur Verfügung gehabt habe, könne man für dieses Jahr nach dem letzten Stand nur 53 000 to erwarten.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet weiter, daß die Ausgaben für das Bauwesen und für die Landwirtschaft gewisse Sorgen machten, da auf diesen beiden Sektoren verschiedene Kriegserscheinungen durch Geld bekämpft werden müßten. Es sei bereits erörtert worden, daß eine gewisse Abbremsung des fortwährenden Steigens der Baukosten als möglich angesehen werde, und Präsident Bauder nehme darauf starken Einfluß. Den Bauunternehmern und gewissen Baugewerben werde langsam die Meinung genommen, daß die Steigerung der Kosten so weitergehen könne. Bei einer durchschnittlichen Steigerung der Haushaltsausgaben im Verhältnis 1:5 seien auf diesen beiden Sektoren die Ausgaben bis auf das 25-fache gestiegen. Da die Bauindustrie eine ausgesprochene Schlüsselindustrie sei, wirken sich Preiserhöhungen auf diesem Gebiet auf alle anderen Gebiete aus. Mit der Praktik, einen Bau ohne Rücksicht auf die Kosten möglichst fertigzustellen, müsse aufgeräumt werden. In der Landwirtschaft habe man seit je zur Erhaltung der Stabilität der Preise der landwirtschaftlichen Artikel mit Subventionen eingegriffen. Diese seien jährlich um 100 Millionen gestiegen. Eine

negative Beteiligung des Generalgouvernements am Ertrag der Ernährung und Landwirtschaft dürfe nicht Platz greifen. Es gehe nicht an, daß die E. und L. X Tonnen Weizen an das Reich liefere und dafür im Austausch gegen Hafer Roggen aus dem Reich einführe und das Generalgouvernement 23 Millionen draufzahlen müsse.

Präsident Naumann berichtigt diese Erklärung des Präsidenten Dr. Senkowsky folgendermassen: im März habe das Generalgouvernement über zuviel Hafer und zu wenig Roggen verfügt, um die Brotration im bisherigen Umfang bis zum Anschluß an die Ernte 1944 aufrechterhalten zu können. Dafür habe man 95 000 to Hafer im Reich gegen Roggen getauscht, und zum Ausgleich des niedrigen Haferpreises gegenüber dem höheren Roggenpreis diese Summe draufzahlen müssen. Wenn im übrigen das kg Brot um 15 Groschen erhöht werden könnte, dann sei die ganze Subventionspolitik nicht mehr notwendig.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt noch, daß haushaltsmässig dafür Vorsorge getroffen worden sei, daß in der untersten Verwaltung genügend Kräfte neu eingestellt werden könnten. Für die Distriktsverwaltung vertrete man den Standpunkt, daß vorerst neue Planstellen nicht notwendig seien. Eine wichtige Frage sei die bessere Bezahlung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten; darüber fänden demnächst bei Staatssekretär Dr. Bühler abschliessende Besprechungen statt.

Der Herr Generalgouverneur will diese Frage so erörtert wissen, daß die Neuregelung rückwirkend ab 1. April in Kraft trete.

Präsident Dr. Lauxmann berichtet, daß in den Distrikten Krakau, Warschau und Radom das Meldenetz trotz Störungen intakt sei. In Lublin sei jetzt eine Besserung zu verzeichnen, und das könne wohl auf das Stützpunktsystem zurückgeführt werden. Nördlich und nordwestlich von Lublin sei das Gebiet aber immer noch abgeschnitten. Eine grosse Kabelstörung zwischen Radom und Litzmannstadt habe die Post leider etwas ins Hintertreffen gebracht.

25.6.1944

Sie besitze nur 2 Fernkabelinstandsetzungszüge, die bei Zerstörungen an mehreren Orten nicht mehr ausreichten. Auch der Zementmangel wirke sich für eine schnelle Instandsetzung hemmend aus. Das nichtdeutsche Personal arbeite überall auch auf dem flachen Lande mit, und auch in Lemberg habe sich die Stimmung wieder gebessert.

Vizepräsident Ammon bezeichnet die Verkehrslage der Ostbahn als verhältnismässig günstig. Gewisse zusätzliche Bewegungen für die Wehrmacht seien ohne Schwierigkeiten abgewickelt worden. Sicherheitsmässig habe sich eine gewisse Verlagerung der Unsicherheit von den östlichen Teilen auf die westlichen Teile des Generalgouvernements bemerkbar gemacht. Im östlichen Teil sei es wohl im Zusammenhang mit dem Unternehmen im Bilgorajer Wald vollständig still geworden und der Betrieb sei nicht sehr behindert. Dagegen mache sich in den Distrikten Krakau und Radom eine verstärkte Bandentätigkeit bemerkbar. Eine empfindliche Störung sei durch einen Anschlag bei Kressendorf verursacht worden, durch den die Strecke Krakau-Trzebinia 24 Stunden lang lahmgelegt gewesen sei. Eine Zunahme der Anschläge müsse auch im Gebiet der Lysa Gora festgestellt werden. Das sei infolge der Bedeutung dieser Strecke für die gegenwärtigen Operationen der Wehrmacht an der Mitte der Ostfront besonders unangenehm. Man habe den Eindruck gewonnen, als wenn im Gebiete der Lysa Gora eine Umstellung der Kleinbanden auf Großbanden stattfinde. Es dürfte sich hier jedoch nicht um hauptamtliche Bandenmitglieder handeln.

Im übrigen habe man keine Beobachtungen gemacht, daß etwa die Mitarbeit der nichtdeutschen Bediensteten nachgelassen hätte oder in Zukunft nachlassen würde. Die Ostbahn wäre jedoch ausserordentlich dankbar, wenn ihre nichtdeutsche Gefolgschaft in der Versorgung vor allem mit Fett bessergestellt werden könnte.

Die Hauptsorgen der Ostbahn würden aber der Entwicklung des Luftkriegproblems gelten, da das ganze Schwer-

gewicht[1] immer die Bahnhöfe treffe, wie die Erfahrungen im Westen zeigten. Meist würden davon die wichtigsten Betriebsanlagen betroffen. Auf Grund eines Erlasses des Reichsführers SS Himmler müsse dafür Vorsorge getroffen werden, daß im Falle von Luftangriffen auf Verkehrsanlagen alle verfügbaren Kräfte zur Beseitigung der Schäden an den Verkehrsanlagen einzusetzen seien. Der Präsident der Ostbahn habe sich deswegen an den Herrn Generalgouverneur und die zuständigen Stellen bereits gewandt. Gerade in diesem Raum sei die vordringliche Wiederherstellung aller Verkehrsanlagen unbedingt erforderlich. Von dieser Notwendigkeit müßten alle bis zum letzten Kreishauptmann und zur letzten örtlichen Stelle überzeugt sein.

1) von Luftangriffen

Oberstleutnant Roedenbeck gibt einen Bericht des Unternehmens der Wehrmacht gegen die im Bilgorajer Wald sich aufhaltenden Banden. Im ersten Unternehmen sei ein Teil dieses Waldgebietes schlagartig umstellt worden. Die Banden seien vom gesamten Aufmarsch vollständig überrascht worden. Am 17. Juni sei dieser Teil der Aktion abgeschlossen gewesen. Als Ergebnis habe man einige hundert Tote und etwa 190 Gefangene mit einer entsprechenden Beute an Waffen und Ausrüstung feststellen können.

Am 17. Juni habe das zweite Unternehmen im Gebiet südöstlich von Bilgoraj mit einem Aufmarsch aus der Bewegung heraus begonnen. Dieser sei am 2o. abgeschlossen gewesen, und anschliessend seien die einzelnen Gruppen gegen den Kern des Waldgebietes vorgestossen. Nach planmässiger Durchführung des Aufmarsches habe sich der Angriff entsprechend den gesteckten Tageszielen entwickelt. Momentan sei die Lage so, daß im Kessel die gesamte feindliche Bande, soweit noch nicht vernichtet, eingeschlossen sei. In der vergangenen Nacht hätte die Bande an 2 Stellen mit starken Kräften Durchbruchversuche unternommen, die aber gescheitert seien. Er nehme an, daß bis zum Abend des heutigen Tages die restlichen Banden-

mitglieder von etwa 1 500 Mann vernichtet seien. Damit werde das Unternehmen zum Abschluß kommen. Die Truppenteile würden im Laufe der nächsten Tage, soweit sie nicht zur Besetzung zurückgelassen würden, mit der Bahn wieder an ihre Unterkunftsorte gebracht. Für eine Reihe von Stützpunkten seien Polizeikräfte vorgesehen, sodaß zunächst für eine genügende Sicherung dieses Raumes gesorgt sei. Nunmehr müsse dafür gesorgt werden, daß nicht sich nach und nach wieder einfindende Banditen dieses Gebiet bei einem Mangel an deutschen Besetzungskräften erneut in ihre Gewalt brächten.

Der bei der Aktion gewonnene Eindruck gehe dahin, daß es sich nicht um Großbanden von Tausenden handle, sondern um Terrorgruppen, meist geführt von sowjetischen oder ehemals polnischen Offizieren, die in diesen Gebieten feste Unterkunft suchten und von hier aus bestimmte und rein militärische Aufträge ausführten. Diese Bandengruppen seien selbstverständlich darauf bedacht, nach und nach alle möglichen wurzellosen Elemente an sich zu ziehen. Dadurch entstünden dann grössere Banden von 3,4 oder vielleicht auch 500 Mann. Banden jedoch in einer Stärke von 2- bis 3000 Mann, die militärisch geführt seien, gehörten in das Reich der Fabel. Starke Terrorgruppen seien mit ihrer Tätigkeit vielleicht noch unangenehmer wie starke Verbände. Eine hundertprozentige Sicherheit gegen die Tätigkeit solcher Terrorgruppen werde es nie geben.

Als Ergebnis der Aktion lasse sich feststellen, daß man im gesamten Bilgorajer Wald wieder Herr des Landes sei; es sei wieder in Besitz genommen worden, und nunmehr komme es darauf an, die Stellung zu halten. Ohne jedoch Kräfte hineinzulegen, ohne die Ingangsetzung deutschen Lebens und der Verwaltung werde sich die Besitznahme auf die Dauer nicht halten lassen. Die Bekämpfung von Banden in einem grösseren Gebiet sei nur mit Einsatz wirklich starker Kräfte erfolgversprechend. Hinzufügen wolle er noch, daß das Gebiet nördlich Lublin und dem

25.6.1944

Bilgorajer Wald bereits durch Stützpunkte gesichert werde.

Der Herr Generalgouverneur spricht der Wehrmacht für die Durchführung dieses Unternehmens im Namen aller Verwaltungsstellen dieses Landes reinen Dank aus. Auch allen Polizeikräften gebühre Dank. Das Unternehmen habe in starkem Masse zur Hebung der deutschen Autorität beigetragen. General Haenicke habe ihm mitgeteilt, daß vorläufig eine ziemlich erhebliche militärische Truppe zur Sicherung des Gebietes an Ort und Stelle bleiben solle. Es werde zweckmässig sein, diese Kräfte mit den Polizeikräften des Generalgouvernements zu kombinieren. Nunmehr müsse die Bevölkerung dieses Gebietes befriedet werden. Erfreulich sei auch die Zusage des Reichsführers SS Himmler, dem Generalgouvernement für die Zeit der Ernte und ihrer Erfassung zusätzliche Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretär Koppe weist noch darauf hin, daß vor etwa 14 Tagen verschiedene Flugzeuge Fallschirmspringer etwa auf der Linie Krakau-Tarnow abgesetzt hätten. Daraus müsse man den Schluß ziehen, daß hier mindestens für Terrorgruppen eine neue Basis geschaffen werden solle. Vorläufig seien es kleine Gruppen von 4 bis 8 Mann. Diese Stammbanden kleinster Art hätten sicher den Auftrag, Vorbereitungen zu treffen, um eines Tages die Verkehrspunkte anzugreifen und zu blockieren. Der Polizei sei diese Sachlage bekannt und sie werde die Entwicklung genau beobachten.

Der Herr Generalgouverneur weist in seinen Schlußworten besonders eindringlich darauf hin, daß gegenüber dem Erfordernis, dieses Land und seine Bevölkerung in Ordnung, bei Ruhe und Arbeit zu halten, alle anderen Gesichtspunkte zurücktreten müßten. Eine sich verstärkende Unsicherheit des Landes dürfe darum kein Anlaß für eine terroristische Politik werden. Solange die Bevölkerung in den Fabriken arbeite, gebe es für ihn keine Notwendigkeit, seine Politik der Befriedung zu ändern.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr 45 Minuten.

25.6.1944

13^{55} Besprechung mit Botschaftsrat Schumburg.

14^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

Zur Besprechung wird für kurze Zeit Referent Kormann hinzugezogen.

14^{20} Besprechung mit Kapellmeister Swarowsky in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet Kapellmeister Swarowsky, daß der bisherige Chefdirigent der Philharmonie des Generalgouvernements Hindemith seinen Rücktritt erklärt habe, und daß er, der Generalgouverneur, ihn als Nachfolger für das Amt eines Chefdirigenten der Philharmonie ausersehen habe. Er beabsichtige, Herrn Swarowsky zu den gleichen Bedingungen wie seinen Vorgänger zu engagieren und zwar vorerst vom 1. September ab bis zum 1. April 1945 auf Probe. Die endgültige Berufung solle dann bei gegenseitiger Zufriedenheit nach Ablauf dieser Frist vorgenommen werden. Nach aussen werde diese Vereinbarung jedoch nicht in Erscheinung treten. Er, der Generalgouverneur, müsse in dieser Frist das Vertrauen dazu gewinnen, daß Herr Swarowsky im engsten Zusammenwirken mit den zuständigen Herren der Regierung versuche, aus der Philharmonie des Generalgouvernements ein wirklich grosses internationales Orchester aufzubauen. Dieser Weg müsse von Herrn Swarowsky ohne jede Voreingenommenheit gegenüber seinem Vorgänger beschritten werden. Der bisherige Chefdirigent Hindemith habe am Orchester grosse Erziehungsarbeit geleistet und habe es hochgebracht; nur aus gesundheitlichen Gründen müsse er jetzt von seinem Amt als Chefdirigent zurücktreten. Er, der Generalgouverneur, handle immer nach dem Treuegrundsatz insofern, als er niemandem etwas wegnehmen wolle, was sich einer durch

unermüdliche Arbeit aufgebaut habe.

Ab 1. September werde sich also Herr Swarowsky hauptamtlich der Betreuung der Philharmonie des Generalgouvernements zu widmen haben. Selbstverständlich müßten auch weiterhin Gastdirigenten aus dem Reich eingeladen werden; auch Herr Swarowsky werde den Wunsch haben, sich im Reich ab und zu als Gastdirigent zu betätigen. Diese Einzelheiten müßten im Vertrag festgelegt werden. Herr Swarowsky möge sich mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch wegen der Details dieses Vertrages ins Benehmen setzen. Herr Hindemith werde von ihm, dem Generalgouverneur, mit einem Empfang auf der Burg verabschiedet, und er wäre Herrn Swarowsky dankbar, wenn er ein Gleiches täte.

Grosse Bedeutung lege er dem persönlichen Verhältnis Herrn Swarowskys zum stellvertretenden Chefdirigenten Erb bei. Erb bleibe stellvertretender Chefdirigent, und ihm müsse weiterhin Gelegenheit gegeben sein, die vereinbarten Konzerte zu dirigieren. Jedoch könne er sich mit der ausschließlichen Leitung der Chorkonzerte der Philharmonie durch Herrn Erb nicht mehr einverstanden erklären, hier müsse auch der Chefdirigent in Erscheinung treten. Damit solle Herrn Erb, der ein fabelhafter Mensch und Künstler sei, nichts weggenommen werden. Herr Swarowsky müsse sich verpflichtet fühlen, Herrn Erb alle Möglichkeiten einer künstlerischen Reife offenzuhalten.

Kapellmeister Swarowsky erklärt sich mit den Bedingungen einverstanden und bittet den Herrn Generalgouverneur um sein Einverständnis dafür, daß Kapellmeister Antolitsch ab und zu ein Konzert in der Philharmonie dirigieren dürfe, wie er umgekehrt sich als Operndirigent im Staatstheater zu betätigen wünsche.

Der Herr Generalgouverneur gestattet, daß Herr Swarowsky für jedes von Antolitsch dirigierte Konzert der Philharmonie eine Opernaufführung im Staatstheater dirigieren kann. Zur Bedingung mache er aber, daß durch diese Austauschtätigkeit die künstlerische Arbeit der

25.6.1944

Philharmonie des Generalgouvernements nicht leide. Herr Swarowsky werde nicht als Orchesterdirigent der Oper des Staatstheaters engagiert, sondern als Chefdirigent der Philharmonie. Als solcher müsse er sich immer fühlen; auch bei Antolitsch dürfe kein anderer Eindruck entstehen.

14^{45} Der von Generalfeldmarschall Model zum Malen einiger Motive auf der Burg beurlaubte Gefreite Kunstmaler Kistler zeigt dem Herrn Generalgouverneur einige seiner bereits fertiggestellten Werke, über die sich der Herr Generalgouverneur in anerkennenden Worten äussert.

15^{10} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Abends Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinis ins Reich.

Montag, den 26. Juni 1944

bis

Sonntag, den 2. Juli 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Montag, den 3. Juli 1944

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Besprechung mit Referent Noglik.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß Hans Pfitzner in Kressendorf eingetroffen und zu einem Sonderkonzert der Philharmonie am 12. Juli zur Verfügung stehe. Herr Noglik möge in Verbindung mit den zuständigen Herren die notwendigen Vorarbeiten für dieses Konzert treffen. Weiter sei Pfitzner bereit, sein "Christelflein" einmalig zu dirigieren und im Rundfunk einen Liederabend mit einem Sänger, evtl. Herrn Lex, zu veranstalten.

12^{00} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

12^{50} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Oberdienstleiter Tießler den Inhalt des Schreibens des Reichsleiters Bormann vom 24.Juni 1944 über die Ordnung der Parteiverhältnisse im Generalgouvernement. Er stellt dabei fest, daß der Inhalt dieses Schreibens in wesentlichen Punkten, insbesondere in der Frage der Regelung der Parteiorganisation in der sogenannten Distriktsebene, mit seinen Vorschlägen unvereinbar ist, die er mit Schreiben vom 7. Juni 1944 dem Reichsleiter Bormann übermittelt hat.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß bis zur endgültigen Erledigung dieser Vorfragen keinerlei organisatorische Änderung am Parteigefüge des Generalgouvernements im Hinblick auf die ausserordentlich bedrohte Lage des Generalgouvernements im jetzigen Augenblick vorgenommen werden darf.

3.7.1944

Der Herr Generalgouverneur übergibt Oberdienstleiter Tießler das Original des Schreibens des Reichsleiters Bormann vom 24. Juni 1944 zur Rückleitung.

Oberdienstleiter Tießler wird erneut mit der Parteikanzlei in München verhandeln und dem Herrn Generalgouverneur darüber Bericht erstatten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Oberdienstleiter Tießler, mit Hauptbannführer Schimmelpfeng in der Frage der KLV-Lager Rücksprache zu nehmen. Gauleiter Schirach wolle sich um eine Unterbringung der Kinder in seinem Gau bemühen. Infolge der im Generalgouvernement herrschenden Raumnot führe die Zurverfügungstellung der vom KLV-Dienst benützten Häuser zu immer grösseren Schwierigkeiten, da die Wehrmacht in zunehmendem Masse Raum beanspruchen müsse. Auch müsse er darauf hinweisen, daß das Generalgouvernement wohl in kurzer Zeit unmittelbares Frontgebiet werde und auch aus diesem Grunde ein weiterer Verbleib dieser Lager im Generalgouvernement nicht zu verantworten sei.

Oberdienstleiter Tießler will in diesem Sinne mit Hauptbannführer Schimmelpfeng sprechen.

Dienstag, den 4. Juli 1944

11^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner und Schriftleiter Steinheil vom Baedeker-Verlag.

Gegenstand der Besprechung ist die Herausgabe des Buches: "Fünf Jahre Generalgouvernement".

11^{25} Besprechung mit Abteilungsleiter Noglik.

Gegenstand der Besprechung sind die Veranstaltungen aus Anlaß der Anwesenheit des Komponisten Dr. Hans Pfitzner.

11^{30} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Oberregierungsrat Dr. Luxenberg ein Schreiben des Reichsministers Backe vom 8. Juni 1944 betreffend Hauptvereinigung der Deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft, Auslandsdienst Bruno Luxenberg, und ersucht ihn, eine Antwort auf dieses Schreiben im Benehmen mit Herrn Bruno Luxenberg zu entwerfen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß er in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar auch in die Fragen der Verlagerung der Industrie eingeschaltet sei. Er stehe als Reichsverteidigungskommissar ausserhalb der Position des Generalgouverneurs. Er ersuche deshalb Oberregierungsrat Dr. Luxenberg, der ihm ja persönlich unterstehe, ihm unmittelbar über alle Vorgänge Bericht zu erstatten. Alle Angelegenheiten, die seine Stellung als Reichsverteidigungskommissar beträfen, werde er demnächst mit Oberregierungsrat Dr. Luxenberg in Anwesenheit des Präsidenten Dr. von Craushaar einer Besprechung unterziehen.

4.7.1944

12[15] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Landesinspekteur Schalk und SS-Hauptsturmführer Kubiak.

Der Herr Generalgouverneur verfügt zunächst, daß eine Regierungssitzung am 7. Juli und eine Gouverneursitzung am 8. Juli stattfinden soll.

Landesinspekteur Schalk berichtet dann über die Eindrücke, die er von dem Großunternehmen gegen die Banden im Bilgorajer Wald gewonnen hat. Er hebt dabei insbesondere das vorbildliche Verhalten des Kreishauptmanns des Kreises Bilgoraj hervor. Weiter bezeichnet er es als dringend geboten, daß nach dem Abschluß dieses Großunternehmens militärische und Polizeikräfte in diesem Gebiet verblieben bezw. dort eine entsprechende Zahl von Stützpunkten errichtet werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß ihm auf Grund eines Befehls des Führers die generelle Weisung erteilt worden sei, sich mit dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht über die Dispositionen der Wehrmacht in Verbindung zu setzen. Er werde deshalb auf Grund dieses Führerbefehls den Wehrkreisbefehlshaber General Haenicke verpflichten, eine bestimmte Anzahl von Angehörigen der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Ein ausreichender Schutz des Waldgebietes sei schon im Interesse der Durchführung der Holzabfuhr unbedingt notwendig.

Auch Staatssekretär Koppe ist der Ansicht, daß angesichts der gegenwärtigen Lage unverzüglich mit dem Holzeinschlag und der Holzabfuhr aus dem Bilgorajer Wald begonnen werden müsse. Eine ausreichende Holzversorgung liege ja nicht zuletzt auch im Interesse der Wehrmacht.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Landesinspekteur Schalk, daß das Großunternehmen im Bilgorajer Wald eine unerhörte moralische Wirkung nicht nur bei der deutschen, sondern vor allem auch bei der fremd-

völkischen Bevölkerung gehabt habe, die nunmehr erkannt habe, daß die deutsche Führung trotz schwerster Beanspruchung an allen Fronten immer noch in der Lage sei, ein solches Unternehmen in die Wege zu leiten. Leider müsse festgestellt werden, daß sich zahlreiche Bandenangehörige versteckt hielten, da ja nur ein gewisser Raum hätte umstellt werden können. Ausserhalb des Raumes seien auch Banden gemeldet worden. Aber gegen das Bandenwesen allgemein sei eben unter den gegenwärtigen Umständen nichts zu erreichen. Die Banden würden nur aufhören, wenn es gelänge, Moskau zu zerschmettern.

SS-Hauptsturmführer Kubiak gibt dann an Hand von Karten einen Überblick über die gegenwärtige Bandenlage. Er bemerkt weiter, daß beabsichtigt sei, in Zukunft weitere Großunternehmen zu starten, weil sie auch militärisch eine gute Ausbildungsmöglichkeit böten. Die bisher durchgeführte Aktion habe zwar einen grossen Erfolg gehabt, aber der Aufwand stehe eigentlich in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis.

Der Herr Generalgouverneur sieht in dem Bandenkrieg den Krieg der kleinen Truppe gegen massierte Verbände, der Tag und Nacht daure. Das militärische Schema passe für die Bandenkämpfe überhaupt nicht. Das sei auch der Hauptgrund, aus dem es immer zu gewissen Divergenzen komme. Es sei eben keine soldatische Aufgabe, gegen Banden zu kämpfen. Gleichwohl begrüsse er dieses Großunternehmen, weil ja schließlich die Gesamterscheinung deutscher Macht ohne Rücksicht auf den reinen Erfolg entscheidend gewesen sei. Die Teilnahme der Wehrmacht an diesem Unternehmen sei für die Zukunft auch ein Präzedenzfall, auf den man sich berufen könnte.

Staatssekretär Koppe wirft die Frage auf, ob es nicht richtig sei, ein landwirtschaftliches Agrarschutzkorps aufzustellen. Über diese Frage müßte dann mit

4.7.1944

Präsident Naumann verhandelt werden. Ferner müsse erwogen werden, ob der Baudienst für den Holzeinschlag eingesetzt werden könne.

Im Anschluß an diese Besprechung empfängt der Herr Generalgouverneur den Polizeimajor Danz, der ihm eingehenden Bericht über den Einsatz und die Tätigkeit des ihm unterstellten Polizeiregiments erstattet.

13^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Koppe.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Präsident Bauder mit einer stärkeren Annäherung des Technischen Zentralamts an die allgemeine Verwaltung einverstanden sei, sich aber der Angliederung der Bauämter an die Kreisinstanz widersetze.

Der Herr Generalgouverneur will sich eine Entscheidung in dieser Frage noch vorbehalten.

Staatssekretär Dr. Bühler geht dann noch kurz auf die Frage der Besoldung der fremdvölkischen Beamten und Angestellten ein, die er gestern in einer Sitzung besprochen habe. Die Richtlinien seien bereits aufgestellt und könnten vielleicht in der Regierungssitzung verkündet werden.

13^{20} Besprechung mit dem stellvertretenden Chef der Kanzlei Regierungsrat Dr. Jänsch und Referent von Palézieux.

15^{50} Besprechung mit Kapellmeister Swarowsky, Referent Bader, Abteilungsleiter Noglik und Kapellmeister Erb.

16^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Eichholz.

IV/8
1a

4.7.1944

16[05] Arbeitsbesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur,
Staatssekretär Dr. Boepple,
Präsident Dr. Eichholz,
Oberschulrat Dr. Patscheider,
Referent Dr. Irmler,
Referent Dr. Widholm,
Referent Schmelzer,
Referent Dr. Lick,
Referent Hering,
Referent Dr. Novotny,
Referent Giljohannes,
Abteilungsleiter Dr. Gruschinske-Warschau,
Abteilungsleiter Klünder-Lublin,
Abteilungsleiter Dr. Matthäus-Lemberg,
Abteilungsleiter Schubert-Krakau,
Abteilungsleiter Stegemann-Radom,
Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Besprechung mit folgenden Worten ein: Ich bin sehr glücklich, daß ich Gelegenheit habe, die maßgebenden Männer der Bildungsführung des Generalgouvernements um mich auf der Burg versammelt zu wissen. Ich möchte am Schluß Ihrer Ausführungen meinen Dank in einige konkrete Bemerkungen, die ich in diesem Zusammenhang wohl aus meinem Herzen machen kann, einmünden lassen. Was die Herren hier geleistet haben, verdient ausserordentliches Lob und findet meine volle Anerkennung. Unter den denkbar schwierigsten Umständen ist es geglückt, ein geradezu mustergültiges Schulwesen aufzurichten. Auch was für die fremdvölkische Schulbildung geschehen ist, verdient restlose Anerkennung.

4.7.1944

Präsident Dr. Eichholz gibt dann einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Schulverwaltung im Generalgouvernement und führt aus: Trotz der besonders in den letzten Jahren aufgetretenen Schwierigkeiten sei es nicht nur gelungen, das deutsche Schulwesen im Generalgouvernement weiter auf dem Stand zu erhalten, auf dem es sich im Laufe der vergangenen 5 Jahre deutscher Verwaltung des Generalgouvernements entwickelt habe, sondern es sei darüber hinaus auch noch weiter ausgebaut worden, sowohl was die Zahl, als auch, was den inneren Schulbetrieb angehe. Der Stand des deutschen Schulwesens kennzeichnete sich mit Ende März dieses Jahres ungefähr durch folgende Zahlen: im Generalgouvernement gebe es 331 deutsche Volksschulen, von denen 39 deutsche Schülerheime hätten. Die Schülerheime seien verschieden groß. Die größten Schülerheime habe der Distrikt Warschau, die meisten der Distrikt Krakau.

Die neue Schulform, die auf Befehl des Reiches seit 1941 entwickelt werde, habe ebenfalls im Generalgouvernement eine Heimstätte gefunden. 4 Hauptschulen seien gegründet, die Errichtung einer weiteren in der Stadt Warschau sei vorgesehen. Interessant sei, daß im Gegensatz zum Reich gerade von den Lehrern der höheren Schulen auch Hauptschulen gewünscht würden, um den Kindern der sozial höheren Schichten die Möglichkeit zu bieten, eine weiterführende Schulbildung zu geniessen.

Im Generalgouvernement gebe es 11 höhere Schulen, darunter ein Gymnasium in Krakau, das mit Beginn des nächsten Schuljahres eine zweite Klasse erhalten und von der Oberschule losgelöst werden solle. Der Einheitstyp sei die Ober schule für Jungen und Mädchen. Weiter gebe es eine Oberschule nur für Jungen in Zakopane und eine nur für Mädchen in Rabka.

Zu Beginn des abgelaufenen Schuljahres sei eine Lehrerbildungsanstalt für Jungen in Zakopane und eine Lehrerinnenbildungsanstalt für Mädchen in Gorlice errichtet worden. Die Lehrerbildungsanstalten seien in

ihren Lehrzielen den Bedürfnissen des Reiches angeglichen. Es sei eine enge Verbindung zwischen dem Volksdeutschtum und dem Deutschtum des Reiches in dem Lehrernachwuchs geschaffen. Gleichzeitig hoffe man, in den zu Lehrern heranzubildenden Reichsdeutschen einen Lehrernachwuchs für die deutschen Schulen des Generalgouvernements zu gewinnen, der mit den Problemen des Ostens während seiner Schulzeit vertraut gemacht worden ist und für den Einsatz in diesem Raum leichter Verwendung finden könne.

Das Berufsschulwesen zeige eine erfreuliche Entwicklung. Im Generalgouvernement bestänen 24 Fachschulen für den kaufmännischen, handwerklichen, gewerblichen Beruf und für das Frauenschulwesen. Berufspflichtschulen gebe es im Generalgouvernement 36. Im letzten Jahre sei es gelungen, 2 deutsche Musikschulen zu schaffen, eine in Warschau und eine in Krakau. Auch die Gebietsmusikschule sei der Aufsicht der Hauptabteilung unterstellt.

Selbstverständlich befasse sich die Hauptabteilung nicht nur mit dem äusseren Aufbau des Schulwesens, sondern sei auch bestrebt, ein Schulwesen nach den Grundsätzen der nationalsozialistischen Unterrichtsanschauungen aufzurichten. Man sei aber auch bemüht, vor allem das Problem der Spracherziehung zu meistern. Es sei gelungen, eigene Lehrpläne für die Volksschulen herzustellen. Diese von einer Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrer aus dem Generalgouvernement aufgestellten Lehrpläne seien als vorbildlich anerkannt und auch an die deutschen Schulen in Rumänien, Serbien, Kroatien und dem Elsaß geliefert und dort eingeführt worden. So habe man nicht nur einen Beitrag für das deutsche Schulwesen im Generalgouvernement, sondern darüber hinaus auch für das gesamte deutsche Schulwesen leisten können, soweit es in den Grenzräumen mit den gleichen sprachlichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe.

4.7.1944

Für den Sprachunterricht sei eine neue Form in der Aktivierung des Puppenspiels in der Schule gefunden worden. Es sei gelungen, in Lehrgängen deutsche Lehrer in den Dienst des Puppenspiels zu stellen, weil es geeignet erscheine, die Kinder zum sprechen anzuregen, wenn sie sich selbst in das Spiel einschalteten. In die Aktivierung des Unterrichts sei auch der Film einbezogen worden.

Von entscheidender Bedeutung sei die Neuordnung des polnischen Volksschulwesens, die allerdings angesichts der vorhandenen besonderen Schwierigkeiten, der Beschlagnahme von Schulgebäuden usw. noch nicht voll zur Auswirkung habe kommen können. Es sei eine allgemeine polnische Volksschule geschaffen worden, die die gleiche Berechtigung für die weitere Berufsschule schaffe. Man habe sich auch von dem Gedanken leiten lassen, daß man von dem reinen Theoretisieren loskommen müsse, das gerade ein hervorstechendes Merkmal der früheren polnischen Volksschule gewesen sei. Man sei bestrebt, die Kinder zu einem praktischen Tun und Bewegen der Hände anzuleiten. Weiter habe man versucht, gerade die bäuerliche Bevölkerung für das polnische Schulwesen zu gewinnen und gleichzeitig den polnischen Lehrern eine zusätzliche Erwerbsmöglichkeit in der Erstellung eines Schulgartens zu geben, dessen Ernte ihnen zum größten Teil zur Verfügung stehe. Im Distrikt Radom und im Kreis Konskie hätten diese Versuche zu grossen Erfolgen geführt, und deshalb wolle man sie auch bei den übrigen polnischen Schulen durchführen.

Eine besondere Aufgabe der Hauptabteilung werde es sein, den ukrainischen Jugendlichen, die im Reich im Luftwaffenhelferdienst ausgebildet und eingesetzt worden seien, eine schulische Möglichkeit zu geben. Sie sollten auch dort zusammengefaßt und einem beschränkten Unterricht weiter zugeführt werden. Das gelte sowohl für die Angehörigen der ukrainischen Gymnasien wie diejenigen der Berufsbildungsschulen.

5a

4.7.1944

Die Neuordung des ukrainischen Volksschulwesens sei entsprechend den Grundgedanken des polnischen Volksschulwesens im wesentlichen fertiggestellt, und man hoffe, mit Beginn des nächsten Schuljahres diese Neuordnung einführen zu können.

Für den Aufbau eines polnischen höheren Schulwesens, also polnischer Gymnasien, seien entsprechende Vorarbeiten geleistet worden. Man warte nur auf den Befehl des Generalgouverneurs, bis diese Vorarbeiten in die Wirklichkeit umgesetzt werden können.

Man hätte diese Arbeit nicht zustande gebracht, wenn man sich nicht der Förderung des Generalgouverneurs und der Regierung erfreut hätte, gleichzeitig aber auch der gesamten deutschen Öffentlichkeit, die besonders bei der Eröffnung der Schülerausstellung am vergangenen Sonntag sichtbar in Erscheinung getreten sei. Aber auch die deutschen Lehrer und Lehrerinnen, die jungen begeisterten Schulhelferinnen hätten mit größter Selbstlosigkeit und Schaffensfreude immer wieder den bestehenden Schwierigkeiten getrotzt.

Oberregierungsrat Dr. Irmler gibt als Referent für die deutschen Volks- und Hauptschulen und Lehrerbildungsanstalten einen Überblick über sein Arbeitsgebiet.

Oberschulrat Dr. Patscheider berichtet über den gegenwärtigen Stand des höheren Schulwesens.

Im Zusammenhang mit diesem Referat kommt der Herr Generalgouverneur auf das humanistische Gymnasium zu sprechen und gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Neigung der Zeit absolut zum humanistischen Gymnasium zu gehen scheine. Die Gegner dieser Schulform hätten längst Schiffbruch erlitten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberschulrat Dr. Patscheider, daß sich der Versuch des Musischen Gymnasiums in Frankfurt a.M. ausgezeichnet bewährt habe. Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage

auf, ob man einen solchen Versuch nicht auch im Generalgouvernement machen könne, und will diese Frage einer besonderen Besprechung unterzogen wissen.

Der Hinweis des Oberschulrats Dr. Patscheider auf die z.Zt. noch ausreichende, wenn auch für die Zukunft nicht völlig sichergestellte Versorgung der Schüler mit Lehrmitteln, insbesondere Schulbüchern, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, auf die Herausgabe einer deutschen Kulturbuchreihe im Generalgouvernement aufmerksam zu machen, die vor allem hinsichtlich der Klassiker den Bedürfnissen der Schüler zu Nutze gemacht werden könne. Es müsse festgestellt werden, welche Klassiker in den Schulen gelesen würden, und dann könnte man Werke bevorzugt an die Schüler abgeben.

Referent Giljohannes referiert dann über die berufsbildenden Schulen gewerblicher, kaufmännischer und landwirtschaftlicher Richtung.

Referent Schmelzer gibt einen Überblick über das nichtdeutsche Schulwesen. Er führt aus: Das polnische Volksschulwesen und überhaupt das polnische Schulwesen habe 1939 vor einer grossen Krise gestanden. Zwar sei 1932 vom polnischen Kultusministerium eine neue Schulordnung entwickelt worden, und darüber seien mehrere Minister gestürzt. Man habe zuletzt eine Überschulorganisation geschaffen, die wohl auf dem Papier gestanden habe, aber in diesem Raum mit polnischen Mitteln nicht durchzuführen gewesen sei. Polen habe ungefähr 5 Millionen Volksschüler gehabt, von denen aber kaum 3 Millionen angesichts des Mangels an Schulräumen wirklich eine Schule hätten besuchen können. Von diesen 3 Millionen hätten aber ungefähr 10 bis 15% die Schule zu früh verlassen. Das Analphabetentum sei stetig im Anwachsen gewesen; die Statistik habe einen Analphabetenstand von 40% nachgewiesen

4.7.1944

Der Krieg habe dann das polnische Volksschulwesen stark in Mitleidenschaft gezogen. Als aber der Generalgouverneur im Oktober 1939 den Befehl zur Eröffnung der Volksschulen gegeben habe, seien tatsächlich die damals vorhandenen Schüler untergebracht und auch die Lehrkräfte neu herangeholt worden. Damals habe aber noch kein Lehrplan bestanden, der sie aus den früheren polnischen Bindungen gelöst habe. Die polnische Schulordnung habe auf die Bedürfnisse des Generalgouvernements und des Reiches ausgerichtet werden müssen.

Jetzt seien in den polnischen Volksschulen ungefähr 2 Millionen Schüler vorhanden, die von rd. 22 000 Lehrkräften unterrichtet würden, zu denen noch ungefähr 4 000 Religionslehrer kämen. Die größten Schwierigkeiten bereite der Mangel an Schulräumen, da die guten Schulgebäude von der Wehrmacht besetzt bezw. als Speicher gebraucht würden, sodaß der Unterricht eigentlich nur noch auf dem Lande in den einklassigen Schulen geordnet stattfinden könne. In einigen Städten wie in Krakau seien noch 3 Schulgebäude vorhanden, in Warschau seien wohl sämtliche Schulen von der Wehrmacht besetzt. Ebenso sei es in Radom und Tschenstochau. Auch dort seien Notquartiere für die Schulen eingerichtet worden.

Während zu polnischer Zeit eine Dreistufigkeit in den Volksschulen in Gestalt der Schulen ersten, zweiten und dritten Grades vorhanden gewesen seien, gebe es heute nur noch eine Schule, die je nach Zahl der vorhandenen Schüler und Unterrichtsräume einklassig bis siebenklassig sein könnten. Die polnische Landschule sei in polnischer Zeit stark benachteiligt gewesen, weil sie nur einklassige Schulen untersten Grades gehabt habe. Der Übergang in ein Gymnasium sei nur den Schülern möglich gewesen, die eine Schule zweiten Grades in den Kleinstädten bezw. eine Schule dritten Grades in den Großstädten besucht hätten. Man habe das Interesse der polnischen Eltern

und Bauern wie der polnischen Geistlichkeit wachgerufen, als sie jetzt einen lang gehegten Wunsch nach besserer Ausstattung der einklassigen Schule erfüllt sehe.

In den ländlichen und städtischen Volksschulen werde ein lebensnaher Unterricht gegeben: im Mittelpunkt des Unterrichts stehen Naturkunde mit etwa 6 Wochenstunden und die praktische Beschäftigung mit ebenfalls 6 Wochenstunden. Der Schulacker solle als Experimentierfeld dem Schüler vor Augen führen, wie er mit seiner Umgebung fertig werde, er solle durch Arbeiten lernen. Die bisher damit in einigen Kreisen erzielten Unterrichtserfolge seien wirklich sehr gut.

Die polnischen Schulen hätten keine Schulbücher gehabt, die weiter hätten benutzt werden können. Weder das Religionsbuch noch das Lesebuch noch das Erdkundebuch sei von nationalistischen Tendenzen und von Stoffen frei gewesen, die absolut gegen das Reich gerichtet waren. Nicht einmal eine polnische Bibel hätte benutzt werden können, weil die Fußnoten immer Hinweise deutschfeindlicher Art enthielten. Von der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht seien dann ein erstes Rechen-, ein erstes Lesebuch und eine Fibel geschaffen worden. Die Schwierigkeit liege nun darin, die höheren Klassen mit diesen Schulbüchern zu versorgen. Deshalb habe Präsident Dr. Eichholz einen Wettbewerb zur Schaffung polnischer Schulbücher ausgeschrieben, der bei der polnischen Lehrerschaft grossen Anklang gefunden habe: viele brauchbaren Arbeiten seien eingegangen. Die Lesebücher für die erste bis siebente Klasse seien im Druck fertig, für die Drucklegung brauche man aber 250 to Papier, die man nicht erhalten könne.

Eine Feststellung habe ergeben, daß etwa 2 000 polnische Lehrer in der Lage wären, den Deutschunterricht in der Oberstufe in der von der Regierung gewünschten Weise zu geben. In der Schülerzeitschrift "Ster" würden, wenn es genehmigt würde, 4 Seiten gebracht werden können, die dem Deutschunterricht dienen könnten, etwa in Gestalt einer Beilage mit dem Titel: "Wir lernen deutsch", ohne daß ein neues Buch gedruckt zu werden brauchte. Die

4.7.1944

Rüstungsindustrie würde viele Arbeitsstunden ersparen, wenn die Schulkinder deutsch lernten.

Jahrlich kämen 150 000 Volksschüler zur Entlassung. Die Schulpflicht daure vom 7. bis zum 14. Lebensjahr. Der Schulbesuch sei in stetem Ansteigen, und heute sei er besser als zur polnischen Zeit.

Die Bereitwilligkeit der polnischen Lehrer zur Mitarbeit sei sehr stark. Das zeige sich z.B. bei den Ergebnissen der Sammlung von Heidekräutern, die die Anforderungen des Reiches weit übertroffen habe. Im Distrikt Radom und im Distrikt Krakau seien über 150 000 kg getrockneter wertvollster Heilkräuter von polnischen Kindern in den Wäldern gesammelt worden. Die Entschädigung, die sie dafür erhielten, sei ausserordentlich gering, aber sie täten es, auch um zu beweisen, daß sie wirklich loyal seien.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Referent Schmelzer, daß illegale Schulen vorwiegend auf dem Sektor der Gymnasien bestänben. Er würde kein Bedenken tragen, polnische Gymnasien einzurichten, wie sie etwa Anfangs zur polnischen Zeit bestanden hätten, achtklassige Gymnasien, die von der vierten Volksschulklasse die Schüler aufnähmen. Für die Aufnahme in diese Gymnasien dürften nur Schüler in Betracht kommen, deren Eltern sich im deutschen Dienst bewährt hätten und gegen die keine Klagen vorlägen. In der Errichtung dieser Gymnasien sehe er das einzige Mittel gegen das illegale Schulwesen.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelingen werde, die Schaffung dieser polnischen Gymnasien durchzusetzen. Um dem Führer einen Dienst zu erweisen, fühle er sich für die europäische Rechtfertigung des deutschen Weltkampfes auf diesem Gebiet verpflichtet. Er behalte sich seine Entscheidung bis zum Anfang des Monats September vor. - Im übrigen erklärt sich der Herr Generalgouverneur bereit, den polnischen Volksschulen hinsichtlich der Papierversorgung zu helfen. Auch die Schülerzeitschrift "Ster" verdiene nach wie vor größte Beachtung und sei auch propagandistisch

4.7.1944

von grossem Wert.

Referent Dr. Novotny berichtet über den gegenwärtigen Stand des landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens.

Im Anschluß an die Referate der Referenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht geben dann noch die Leiter der Abteilung Erziehung und Unterricht der Distriktsverwaltungen Krakau, Warschau, Radom, Lublin und Galizien einen Überblick über die in ihren Distrikten bestehenden Schulverhältnisse.

Der Herr Generalgouverneur dankt den Berichterstattern für ihre interessanten und aufschlußreichen Ausführungen. Wenn man die Jahre der Entwicklung des Schulwesens im Generalgouvernement nach den heute von den Referenten der Hauptabteilung und den Abteilungsleitern der Distriktsverwaltungen erstatteten Berichten überschaue, dann könne man feststellen, daß man in dieser Entwicklung an einen Punkt gekommen sei, von dem aus abgesehen von den kriegsbedingten Ereignissen noch weitere Momente in den Vordergrund gerückt werden müßten. Der Herr Generalgouverneur faßt dann das Ergebnis der Beratung zusammen und trifft folgende Feststellung:

1) Es kann ohne weiteres genehmigt werden, daß in den beiden letzten Klassen der Volksschule der Deutschunterricht in dem erforderlichen Masse eingeführt wird.
2) Die Fortsetzung des polnischen Bildungswesens auf einer höheren Ebene in Gestalt polnischer Gymnasien kann erwogen werden. Darüber sind dem Generalgouverneur endgültige Vorschläge zu machen. Die Verkündung der Wiedererrichtung polnischer Gymnasien kann gegebenenfalls am Jahrestage des Generalgouvernements stattfinden.

4.7.1944

Im übrigen will der Herr Generalgouverneur aus den Ausführungen der Berichterstatter entnommen haben, daß bei den Schülern wie Lehrern ein grosser Lern- und Lehreifer vorhanden sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneur erwidert Präsident Dr. Eichholz, daß das Verhältnis zur Hitler-Jugend im allgemeinen zufriedenstellend sei. Allerdings habe es in den letzten Wochen manche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Deutschen Schultages gegeben.

IV/8
1b

4.7.1944

Am Schluß der Arbeitsbesprechung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort und führt aus:

Ich möchte zunächst ganz allgemein sagen: die Schule und die Erziehung der Kinder sind im Generalgouvernement ausschließlich Sache des Staates. Ich wünsche, daß das ganz klar herausgestellt wird. Sie können sich dabei auf meine volle Autorität berufen. Ich gedenke auch, hier keinerlei Konzessionen zu machen; denn die Konzessionen, die gemacht würden, würden nur zu dilettantischen Nebenschulsystemen führen, die ich unter keinen Umständen dulden kann. Ich lehne das völlig ab, weil ich mir einen solchen Luxus in diesem neuen Bereich nicht gestatten kann. Ich kenne nur ein einziges Schulsystem, und das ist staatlich. Die Aufgaben, die die Partei der Hitler-Jugend übertragen kann, sind gegenüber anderen Notwendigkeiten so überreich, daß ich als Führer der Partei im Generalgouvernement die Hitler-Jugend so zu beschäftigen wissen werde, daß irgendeine Art der Zersetzung oder des Auseinanderarbeitens auf dem herrlichen Gebiet der Jugenderziehung zwischen einer Parteiorganisation und der staatlichen Organisation der Schule in diesem Raum sich nicht irgendwie autoritär wird durchsetzen können. Ich verteidige hiermit eines der Prinzipien, durch deren Befolgung das deutsche Volk groß geworden ist. Ich möchte also haben, daß Sie diesen meinen Willen gegenüber jeder anderen Dienststelle rückhaltlos vertreten. Ich bitte Sie, Herr Staatssekretär Dr. Boepple, diese Frage mit Oberdienstleiter Tießler zu besprechen.

Selbstverständlich ist es auch zulässig, daß die Schule staatliche und von den Schulbehörden durchgeführte Feste veranstaltet. Es ist klar, daß sich auf dem Gebiet der Schule die Gesamtproblematik einer Zeit offenbart. Das darf aber nicht in der Form wie heute geschehen, daß nur das Negative auf die Schule abgelagert und das Positive in der Kritik gesehen wird, mit der man um die Verpflichtung herumkommt, etwas Besseres

an ihre Stelle zu setzen. Wenn das Reichserziehungsministerium nicht mit allzugrosser und falsch verstandener Gutmütigkeit diese Entwicklung geduldet hätte, wäre auch im Reich das alles nicht eingetreten. Mir kommt es darauf an, daß trotz der steigenden Schwierigkeiten das schulische Leben im Generalgouvernement mit aller Energie aufrecht-erhalten wird, Das Ziel muß sein, anständige junge frische deutsche Menschen mit positiven Kenntnissen zu erziehen, die noch die alte Achtung vor der Autorität haben. In der Jugend darf nicht so sehr die Kritik in den Vordergrund gerückt werden, sondern das Anerkenntnis, daß die anderen, die Alten, die Lehrer, die den Schülern die Führer sind, doch eigentlich die Berufenen mit höheren Kenntnissen sein müssen.

Es ist leider üblich geworden, daß man im Wissen selbst oft schon eine Gefahr für die Aktivität sieht. Man spricht soviel von dem Begriff der Härte und sieht in der Härte insbesondere den Ausdruck einer Art physischer Kraft und meint: hart kann nur der sein, der absolut rüpelhaft ist, der von keiner Objektivität gelenkt wird. Das sind die beiden Hauptlinien, in denen sich die Kritik auf dem Gebiet bewegt. Damit hängt zusammen diese Einstellung gegen das Akademikertum. Gewiss hat sich das etwas beruhigt, es ist etwas besser geworden; denn gerade das Bedürfnis des Krieges nach hochqualifizierten Mitarbeitern hat schon längst zu der Einsicht geführt, daß dieser Antibildungskampf unsinnig ist.

Für uns im Generalgouvernement kommt es darauf an, daß das Ansehen der Schule, das Ansehen der Notwendigkeit eines soliden Wissens als Ausganspunktes für alle Wissenschaft nicht durch das sogenannte Verhalten ersetzt werden kann. Das Verhalten, vor allem das Erkennen der Härte einer Zeit und das Tapfersein wird nicht durch die Bildung gemindert, sondern durch die Charakterlosigkeit. Ich möchte die deutsche idealistische Bildung der früheren

Zeit aufrechterhalten wissen.

Ich bitte Sie daher, sich hier sozusagen als das Korps zu fühlen, das mir auf dem Gebiet der Schule zur Verfügung steht, und daß Sie bei der Verteidigung dieser Grundsätze alle Energie aufbieten. Die bewährte Bahn, die wir eingeleitet haben, müssen Sie mit aller Energie fortsetzen. Die solideste Form der deutschen schulischen Verwaltung ist für uns gerade recht. Alles, was sich dieser Führung der Schule an Kritik, an Konkurrenz und alberner Kritikasterei entgegensetzt, darf sich im Generalgouvernement nicht durchsetzen. Sie können bei mir immer auf Unterstützung rechnen. Ich erwarte nur, daß Sie mit der gleichen Autorität auftreten. Wenn SS-Schulhelfer versagen, müssen sie augenblicklich entlassen werden. Wir haben auch vor der SS keine Angst. Wer seine Pflicht tut und eine grosse Aufgabe für die Gemeinschaft erfüllt, braucht vor niemandem Sorge zu haben als vor seinem eigenen Gewissen. Die wenigen deutschen Kinder, die wir hier haben, sind überaus wichtig, weil in jedem deutschen Kind ein Sa-menkorn für die Aufrichtung des deutschen Volkstums in diesem Raume liegt. Darum verdient auch der Ausbau von Schülerheimen alle Förderung, und es darf nicht geschehen, daß sich ein Technisches Zentralamt diesen Bestrebungen gegenüber völlig ablehnend verhält. Die Wehrmacht hat kein Interesse daran, daß unsere Schulgebäude ihrem eigentlichen Zweck zur Verfügung stehen; jeder kämpft eben um seine eigene Zuständigkeit. Aber die Schule ist etwas, was aus eigenem wächst. Die Schule braucht den starken Schutz des Staates und derer, die dafür verantwortlich sind. Den Wert einer Fabrik kann ich durch ihre materiellen Leistungen beweisen; den Wert der Schule jedoch kann ich einem absoluten Idioten oder Banausen nicht beweisen. Der Idiot sieht ja nicht, daß die schulische Arbeit etwas ist, was in Jahrzehnte hinein einen Menschen erfüllt. Ich kann nicht sagen, daß ich für jedes Jahr eine Bilanz

aufstelle, in der das Werk eines Lehrers zum Ausdruck kommt und auf der anderen Seite soundsoviele Bildungswerte stehen. Infolgedessen ist die Schule ein Dauerfaktum, das wir als Entwicklungskraft zu schützen haben.

Hier muß also mit wahrhafter Leidenschaft bei uns ein grosser Gedanke verteidigt werden. Darin waren wir Weltmacht und werden es immer sein wollen. Es ist mir sehr bezeichnend, daß gerade der Führer in letzter Zeit in klaren Bemerkungen auch seiner Kritik an manchen typischen Ereignissen des Reiches sehr drastisch Ausdruck verliehen hat. Gerade deshalb wird von mir auch der Gesichtspunkt verfochten, daß wir unser Schulwesen klar aufrichten wollen. Wo sich in der Jugend Disziplinlosigkeiten zeigen, bitte ich, nicht nur Nachsicht zu üben. Ich weiss aus naheliegenden Bespielen, daß manchmal in der Jugend ein Ton angeschlagen wird, der sozusagen gegen die Autorität der Lehrkräfte und der schulischen Einrichtungen gerichtet ist. Das wird mir sehr willkommenen Anlaß geben, einmal mit allen maßgeblichen Jugendfaktoren zu sprechen. Ich habe Sie heute zu mir heraufgebeten, um Ihnen vor der Öffentlichkeit des Generalgouvernements zu sagen, daß ich in der Einrichtung der Schule im Generalgouvernement eine der wichtigsten und autoritativ notwendigsten Voraussetzungen auch für das deutsche Leben in diesem Raum sehe.

Es war mir sehr interessant, aus den Berichten der Herren zu erkennen, welches Gewicht die Polen auf die Schulbildung legen und wie individualistisch die Polen ihre Bildungsmethoden ansehen. Nitzsche sagte einmal: Erziehen heißt individualisieren. Dieses Wort ist ausserordentlich beachtlich. Denn die Volksgemeinschaft lebt davon, daß aus ihr, in ihr und in engstem Kontakt mit ihr schöpferische Persönlichkeiten wachsen. Daher muß in der Schule auch das Leistungsprinzip, die persönliche Erziehung, die Aufrichtung des einzelnen durch seine

4.7.1944

Leistung, durch sein Wissen und Können, durch seinen Eifer, durch die Möglichkeit, etwas lernen zu können, auch wenn er keine Beziehungen hat, aufrechterhalten werden. Es muß noch etwas gelten, wenn einer ein gutes Zeugnis, wenn er eine gute Note hat, und über diese Dinge darf nicht wie über eine vollkommene Belanglosigkeit hinweggegangen werden, weil es gleichgültig ist, was er weiss oder kann, - er braucht bloß eine politische Karriere einzuschlagen oder politische Beziehungen zu haben, um zu den höchsten Ämtern aufsteigen zu können. Hier handelt es sich um ein ungeheuer wichtiges Problem, das weit über den Rahmen dessen hinausgeht, was wir zu tun haben.

Eine Schulverwaltung, die ich mit zu leiten die Ehre habe, möge überzeugt sein, daß ich mich zum leidenschaftlichen Vorkämpfer dieser durch Jahrhunderte hindurch bewährten Grundsätze zu machen gedenke. Isoliert, wie wir hier sind, eine kleine Zahl von Deutschen, kaum 1% der Gesamtbevölkerung, haben wir in einem Zeitraum, in dem die Schwierigkeiten der Kriegslage sich steigern und wir in eine Entwicklung kommen, von der wir nicht wissen, was sie unserem Generalgouvernement bringen wird, genau so wie jeder andere bis zum Schluß auszuharren, von einem höchsten Prinzip getragen. Es darf nicht dahin kommen, daß etwa der Eifer und das Ansehen der polnischen Schule im Raum grösser werden,als sie es bei der deutschen Schule sind. Wir werden es aber, wie ich glaube, schaffen können. Die Autorität der Schule soll unbestritten sein.

Ich möchte damit schliessen und Ihnen die Versicherung abgeben, daß Sie mir mit Ihren Berichten eine grosse Freude bereitet haben. Sie können sich darauf verlassen, daß ich, wo es nur möglich ist, Ihre Interessen vertreten werde. Ich bitte Sie, in mir Ihren Freund und den Kameraden auch Ihrer Arbeit zu sehen.

4.7.1944

Präsident Dr. Eichholz dankt dem Herrn Generalgouverneur, daß er ihm und seinen Mitarbeitern die Möglichkeit gegeben habe, ausführlich über die schulische Arbeit zu berichten. Er gibt weiter seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Schulverwaltung des Generalgouvernements in dem Generalgouverneur ihren Schirmherr erblicken dürfe. Er gebe die Versicherung ab, daß er und seine Mitarbeiter getreu den Weisungen und den obersten Zielen des Generalgouverneurs weiter arbeiten würden.

Mittwoch, den 5. Juli 1944

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{45} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Botschaftsrat Schumburg.

Gegenstand der Besprechung ist das Programm für den am 12. und 13. Juli stattfindenden Besuch des slowakischen Propagandaministers.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur überreicht im Beisein des Leiters des Personalamts der Regierung, Regierungsrat Frhr. von Medem und des stellvertretenden Chefs der Kanzlei, Regierungsrat Dr. Jänsch die Beförderungsurkunden an Ministerialrat Maier-Hauptabteilung Wirtschaft, Ministerialrat Albert-Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, Regierungsdirektor Wessel-Abteilung Strassenverkehr und Oberstudiendirektor Fiedler-Deutsche Oberschule Krakau. Er spricht den Herren zu ihrer vom Führer vorgenommenen Beförderung seine Glückwünsche aus und dankt ihnen für ihre vorbildliche Arbeit im Generalgouvernement.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur diktiert die Ernennungsurkunde für den Präsidenten des Reichsgerichts Dr. Bumke zum Ehrenmitglied des Präsidiums der Internationalen Rechtskammer und beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Wille, seine und der Juristen des Generalgouvernements Glückwünsche zur Vollendung des 70. Lebensjahres persönlich zu überbringen.

13^{15} Mittagessen zu Ehren des Präsidenten des Volksgerichtshofes Dr. Freisler.

Der Herr Generalgouverneur hält bei Tisch folgende Ansprache:

Lieber Parteigenosse Freisler! Es ist für mich eine grosse Freude, Sie im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements auf der Burg zu Krakau begrüssen zu können. Es ist für uns ein grosses Erlebnis, daß von den beiden

höchsten Richtern des Großdeutschen Reiches, der Persönlichkeit des Reichsgerichtspräsidenten Bumke und dem Präsidenten des Volksgerichtshofes, Sie als Präsident des Volksgerichtshofes zu uns gekommen sind.

Die Aufgaben, die Sie, Parteigenosse Dr. Freisler, nun schon seit Jahren übertragen erhalten haben, sind die Fortsetzung des jahrelangen nationalsozialistischen Rechtsvorkämpfertums. Auch wir im Generalgouvernement spüren die segensreiche erzieherische und stets sichernde Kraft, die von der monumentalen Art der Urteilfindung des Deutschen Volksgerichtshofes ausgeht. Wir stehen hier nun als ein wiederum entscheidungsvollst umkämpftes Bollwerk des Großdeutschen Reiches in schwerer Kampfarbeit. Für uns ist das Leben ein Ringen mit den schwierigsten Problemen, die je einem Gremium deutscher Männer gestellt wurden. Wir sind dreiviertel Prozent der Gesamtbevölkerung eines Raumes, der sich über 150 000 qkm erstreckend dem Deutschen Reich in seiner schweren Kampfsituation mit allem, was nur möglich ist, Hilfestellung zu leisten hat. In diesem Raum gehen die Probleme der Zeit, die Probleme des Raumes, die Bedingungen des Krieges in stetem Strom an uns vorbei, und in diesem stolzen selbstsicheren Ringen um die Durchsetzung der deutschen Führung in diesem Raum ist uns der Hinblick zu jenen wenigen Persönlichkeiten, die die Führung des Großdeutschen Reiches an sich umfaßt, eine stolze Bewußtheit, jenen Männern, die mit allen Mitteln dafür zu sorgen haben, daß die Geschlossenheit der Willensbildung und charakterlichen Haltung des deutschen Volkes gesichert wird.

Sie, Parteigenosse Freisler, stehen dabei als einer der Steuermänner mitten in diesem gewaltigen Strom der Zeit. Ich kenne Sie während all der Jahrzehnte unserer gemeinsamen Arbeit um die Durchsetzung der Rechtsidee unseres Führers; auf anderem Weg, als wir gedacht haben, haben wir z.Zt. unsere Aufgabe für den Führer zu erfüllen. Uns beide verbindet das Band einer echten während harter

Kampfjahre erprobten Freundschaft. Darüber hinaus aber verbindet uns die grosse Hoffnung, daß die Treue zum Führer und zu seinem Werk und die restlose Einsetzung jeder persönlichen Kraft gemäß einer letzten historischen Gerechtigkeit dem deutschen Volk den Sieg in diesem Krieg erteilen werden.

Sie haben mir mit Ihrem Besuch persönlich eine grosse Freude gemacht; Sie haben aber auch den Männern der Verwaltung des Generalgouvernements, das als Nebenland des Reiches unter einer völlig autonomen Verwaltung steht, damit eine Auszeichnung bereitet, denn es bedeutet für Sie in Ihrem schweren Amt sicherlich ein Opfer, diese Reise nach Krakau anzutreten. Aus dem für Ihren heutigen Vortrag gewählten Thema ersehe ich, daß die von Ihnen geübte Rechtsfindung das alte germanische Rechtsideal, daß der Gemeinnutz vor dem Eigennutz zu stehen hat und daß das Volkswohl über allem steht, zur Wahrheit werden läßt, denn die Idee des Soldatentums ist heute die tragende Idee jeder gemeinschaftsnützlichen Tätigkeit.

Ich begrüsse Sie, Parteigenosse Freisler, daher in dieser vielfachen Eigenschaft als Freund und als Kamerad, als Präsident des Volksgerichtshofes des Großdeutschen Reiches und danke Ihnen im Namen aller Männer für Ihr stolzes, starkes, vorbildliches Richtertum. Ich wünsche Ihnen für Ihr schweres verantwortungsvolles Amt auch fernerhin die Kraft, die Sie schon bisher in all den Jahren des Kampfes für den Führer so vorzüglich auszeichnete, diese großartige Verbindung von Ideenflug und Wirklichkeitsdurchdringung. Ich wünsche, daß mit dem Sieg des Großdeutschen Reiches auch jene Richterpersönlichkeiten an der Struktur unseres Reiches teilnehmen werden, deren leuchtender Vertreter und Vorkämpfer Sie geworden sind.

Präsident Dr. Freisler dankt dem Herrn Generalgouverneur für die herzlichen Worte der Begrüssung; es sei ihm eine besondere Ehre, in Krakau, dem Nervenzentrum der deutschen Bastion im Osten, weilen zu dürfen, nicht zuletzt, weil er dabei Gelegenheit nehmen könne, die Ein-

heit und Geschlossenheit der deutschen Führung in der Nervenzentrale des Generalgouvernements an Ort und Stelle am Werke zu sehen.

15^{50} Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe.

16^{15} Arbeitssitzung im Grünen Zimmer.

Anwesend sind: Die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, die Präsidenten Dr. Emmerich, Bauder Dr.Senkowsky, Dr. von Craushaar und Naumann, Bankdirigent Dr. Paersch, Generalleutnant Schindler, Oberquartiermeister Oberst Forster, Rüstungsobmann Dr. Richter, Oberingenieur Kobold, Direktor Dr. Kugler (Oberschlesisches Kohlensyndikat) und SS-Obersturmführer Korn.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Arbeitssitzung mit dem Hinweis, daß sich die Lage des Generalgouvernements zu Ungunsten der allgemeinen Situation und hier auch der Rüstungssituation zu entwickeln drohe. Im Zusammenhang mit der Frontverlegung werde eine immer stärkere Überbelegung des Generalgouvernements eintreten. Bisher sei davon die Rüstungsindustrie nicht direkt betroffen worden. Jetzt rücke aber Warschau mit seinen Rüstungsbetrieben in Frontnähe, und dieser Umstand treffe vor allem die Rüstungsindustrie. Weiter sei von Generalfeldmarschall Keitel ein Fernschreiben eingegangen des Inhalts,,daß die Entwicklung der Lage bei der Heeresgruppe Mitte zu weiteren Rückverlegungen insbesondere der für die kämpfende Truppe lebensnotwendigen Versorgungseinrichtungen ins Generalgouvernement zwinge. Er wisse zwar, daß das Generalgouvernement jetzt schon stark überbelegt sei und durch die anlaufenden Flüchtlinge weiter werde, müsse aber trotzdem bitten, sich den Notwendigkeiten der militärischen Kriegführung nicht zu verschliessen und bei der Durchführung der jetzt erneut anlaufenden Truppenverlegung volle Unterstützung zu gewähren."

5.7.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß ihm noch nicht bekannt sei, welche konkreten Forderungen auf Grund dieses Fernschreibens an das Generalgouvernement gestellt würden. Man müsse sich aber jetzt schon darauf einstellen und überlegen, wie man im Zusammenhang mit den kommenden Forderungen auftretende Spannungen intern beseitigen könne. Er bitte heute um einen Bericht über den jetzigen Stand der Rüstungsindustrie in grossen Zügen, über die von der Rüstungsindustrie geplanten Maßnahmen für den Fall, daß die Frontentwicklung die Rüstungsindustrie grösserer Gebiete des Generalgouvernements beeinträchtige, und über geplante Maßnahmen zur Verlegung von Rüstungsbetrieben in die westlichen Gebiete des Generalgouvernements. Bei letzteren Maßnahmen dürfte es sich in der Hauptsache um die Rüstungsbetriebe der Stadt Warschau und um Stalowa-Wola handeln.

Generalleutnant Schindler gibt einen Bericht über die Lage der Rüstungsindustrie im Generalgouvernement. Er berichtet u.a., daß im gefährdeten Gebiet an Maschinen nurmehr stehe, was unbedingt riskiert werden müsse. Vor allem sei für die Verlegung von Betrieben aus Warschau alle Vorsorge getroffen; für jedes Werk habe man einen Mobilmachungs- und Räumungskalender aufgestellt. Eine Verlegung im jetzigen Augenblick sei mit grossen Schwierigkeiten verbunden, da der dadurch entstehende Produktionsausfall nicht in Kauf genommen werden könne. Öl und Erdgas müßten bis zuletzt arbeiten. Ein Erdgasausfall in Galizien würde grosse Verluste bringen, jedoch sei durch Anlegung von Reserven und verstärktem Generatorenausbau Vorsorge getroffen, über die ersten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Der Feind ginge systematisch darauf aus, die deutsche Ölversorgung lahmzulegen, deshalb sei es dringend erforderlich, daß angegriffene Ölraffinerien sofort wieder aufgebaut würden. In diesem Punkt bitte er den Herrn Generalgouverneur, Präsident Bauder die Anweisung zu geben, alle Materialien für einen sofortigen Wiederaufbau durch Luftangriffe zerstörter Ölproduktionsstätten sofort zur Verfügung zu stellen.

5.7.1944

Bei der Verlegung von Rüstungsbetrieben lasse sich ab und zu ein Eingriff in die Privatindustrie nicht vermeiden. Hier gestalteten sich die nötigen Verhandlungen noch zu umständlich.

Auf Befragen durch den Herrn Generalgouverneur erwidert Präsident Dr. Emmerich, daß sich die Ausführungen des Generals Schindler wohl auf einen präzisen Fall bezögen, nämlich auf die Verlegung einer Kittfabrik zugunsten eines Rüstungsbetriebes. Er sei zu dieser Verlegung gern bereit, wisse aber nicht wohin.

Der Herr Generalgouverneur weist hier darauf hin, daß auch im Reich Rüstungsfertigungen in Betriebe der zivilen Produktion verlegt würden. Im jetzigen Augenblick dürfe man wegen der Sicherheit nicht zu empfindlich sein. Rasche Zusammenarbeit in der Klärung solcher Fragen sei unbedingt erforderlich.

Generalleutnant Schindler führt weiter aus, daß die Verlegung so vorbereitet sei, daß sie bei einer Durchführung keine grösseren Schwierigkeiten mache. Schwierigkeiten würde allerdings die Gestellung der notwendigen Arbeitskräfte machen, da sich z.B. ein Warschauer freiwillig nicht in seinem rückverlegten Betrieb einsetzen lasse.

Im Reich habe man einen grossen Plan für Fertigungen, die unter allen Umständen weiter getan werden müßten, aufgestellt. Diese Betriebe würden auf den grossen deutschen Machtbereich verstreut, und auch im Generalgouvernement müßten dafür Kiesbunkerwerke erstellt werden. Hier müsse Präsident Bauder der Rüstungsinspektion helfen. Die Arbeiten in Wieliczka gingen gut vonstatten. Die Kohlenversorgung der Rüstungsbetriebe sei zufriedenstellend. Zum ersten Mal in diesem Monat habe man auch an die Arbeiter je 2 Ztr. Hausbrandkohle abgeben können.

5.7.1944

Direktor Dr. Kugler erklärt dazu, daß eine bindende Zusage für die Lieferung von Hausbrandkohle über den August hinaus nicht gegeben werden könne. Man werde in der Lage sein, den Kohlenbedarf dieses Raumes im bisherigen Umfang zu decken unter der Voraussetzung, daß die Förderkapazität Oberschlesiens nicht durch Luftkrieg gemindert werde. An sich sei die Kohlensituation sehr schwierig.

Anschliessend wird das Problem der Finanzierung der im Generalgouvernement zu errichtenden Rüstungswerke und die Bezahlung der Rüstungsfertigungen im Generalgouvernement besprochen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß Präsident Dr. Senkowsky, Präsident Bauder und Bankdirigent Paersch in einer gemeinsamen Sitzung diese Frage einer Regelung zuführen sollten.

Über die Ernährungslage spricht Präsident Naumann. Im grossen und ganzen habe man die für die Rüstungsarbeiter im Mai 1943 festgelegten Sätze durchhalten können. Diese Sätze könne man auch weiterhin gewähren, wenn keine neuen Fronteinbrüche eintreten würden. Wenn es zur San-Weichsel-Stellung kommen sollte, würde sich daraus für die gesamte Ernährungslage des Generalgouvernements ein völlig neues Bild ergeben. Komme sie erst, nachdem 80% der Ernte des Distrikts Lublin westlich der San-Weichsel-Stellung gebracht seien, liessen sich die bisherigen Rationssätze der Rüstungsarbeiter bei Brot und Kartoffeln aufrechterhalten, nicht aber bei Fleisch und Fett. Auf diesen beiden Gebieten müsse es dann aber gelingen, die fehlenden Mengen vom Reich zu bekommen.

Grosse Sorgen bringe die Entwicklung an der Mitte der Ostfront mit sich. Immer mehr Stäbe der Heeresgruppe Mitte kämen ins Generalgouvernement, und dadurch werde der Druck ständig grösser. Bis vor 4 Wochen habe man landwirtschaftliche Lager noch umstellen können. Beim Lager

Zyrardow gehe man das Risiko ein, Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte in einem höchst luftgefährdeten Gebiet zu lagern.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als wichtiger, die wertvollen Geräte der Wehrmacht luftsicher zu lagern; dafür müsse ein eventueller Verlust von Getreide infolge Bombardierung von Getreidelagern in Kauf genommen werden.

Oberingenieur Kobold knüpft an die Worte des Herrn Generalgouverneurs über die Wichtigkeit der Rüstungsproduktion und an die Feststellung an, daß wichtige Fertigungen aus finanziellen Gründen nicht unterbleiben dürften. Im Generalgouvernement gebe es eine Menge polnischer Industriebetriebe, die nicht ausgelastet seien infolge der hohen Preise, die diese Betriebe für ihre Fertigungen fordern müßten,und die man mit Rüstungsfertigungen beschäftigen könne. Bei der Jägerfertigung liege der Engpaß in der Lieferung kleiner Teile. Wenn dieser Engpaß überwunden wäre, könnten 30 bis 40% mehr Flugzeuge ausgestossen werden. Mit einer im Generalgouvernement geschaffenen Auftragbörse sollten auch die freiarbeitenden polnischen Wirtschaftsbetriebe für die Rüstungsproduktion herangezogen werden. Für Aufträge aus dem Reich stellten aber die überteuerten Preise ein grosses Hemmnis dar. Es müsse daher gelingen, diesen polnischen Betrieben für ihre Belegschaften die nötigen Nahrungsmittel zu geben oder aber durch Schaffung eines Fonds die Mehrkosten zu tragen.

Präsident Dr. Emmerich erklärt, daß er für die Einschaltung dieser Betriebe als Zubringerbetriebe der Rüstungsindustrie bereits 50 000 Rationen angemeldet habe, die aber nicht bewilligt worden seien.

Präsident Naumann führt dazu aus, daß im Augenblick für die Gewährung dieser Rationen praktisch keine Möglichkeit bestehe. Diese Zahlen könne man eventuell

erst in den Ernährungsplan für das sechste Kriegswirtschaftsjahr bei Vornahme von Abstrichen auf Sektoren der Allgemeinversorgung einsetzen.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet, daß die Schaffung eines Fonds für diese Zwecke im Reich auf keine Gegenliebe gestossen sei.

Der Herr Generalgouverneur betont erneut die ungeheure Wichtigkeit einer Rüstungssteigerung und will die beiden Fragen der 50 000 Rationen und der Schaffung eines Fond in einer besonderen Besprechung geklärt wissen. In der Sitzung seien als Probleme aufgetaucht, die weiter verfolgt werden müßten: die Finanzierung der Rüstungswerke im Generalgouvernement, die allgemeine Kapitaluntermauerung der hier tätigen Betriebe, die Bezahlung der einzelnen Rüstungsfertigungen, Einschaltung von weiteren Zubringerbetrieben, Änderung der ablehnenden Haltung des Reiches in der Frage der Schaffung eines Fonds.

Ober Forster erklärt zu dem Fernschreiben Generalfeldmarschalls Keitel, daß sein Inhalt vielleicht beklemmender wirke, als was er bedeute. Bei den Versorgungseinrichtungen müsse man zwischen den leicht beweglichen nahe der Front und den schweren Werkstätten und grossen Lagern unterscheiden. Man habe schon ein paar solcher Mammutbetriebe abgelenkt und aus dem Generalgouvernement hinausgedrückt, und er glaube nicht, daß ins Generalgouvernement noch grössere Betriebe, die mit der Rüstungsindustrie in Konkurrenz treten würden, hereingelegt würden. In der Hauptsache dürfte es sich um kleinere überall unterzubringende Betriebe handeln.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über diese optimistischen Anschauung Ausdruck, ist aber nicht davon überzeugt, daß sich die Entwicklung in diesem Rahmen bewegen werde. Ein gebranntes Kind scheue das Feuer.

5.7.1944

Präsident Dr. von Craushaar ersucht in diesem Zusammenhang den Vertreter des Wehrkreises, die Verlagerung von militärischen Lagern aus dem Generalgouvernement ins Reich verstärkt vorzunehmen. Der Reichsführer SS habe an die Reichsverteidigungskommissare der deutschen Ostgaue die Weisung gegeben, für alles aus dem Osten zurückkommende militärische Gut die Tore weit aufzumachen und die Unterbringung vor allem anderen vorzunehmen. Nun könne die Wehrmacht alles, was nicht frontnahe sein müsse, zurückbringen.

18^{30} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

19^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Neuen Universität.

19^{50} Im grossen Hörsaal der Neuen Universität hält der Präsident des Volksgerichtshofes des Großdeutschen Reiches Dr. Freisler einen Vortrag über das Thema:

"Zwei Jahrtausende deutschen Soldatentums".

21^{25} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Donnerstag, den 6. Juli 1944

11[1o] Politische Stunde im Türkenzelt der Burg.

Anwesend sind die Staatssekretäre Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple, die Generäle Haericke und Vierling, sowie die Mitglieder der Regierung und Vertreter von Staat, Wehrmacht und Partei.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Veranstaltung mit folgenden Worten ein:

Meine Herren! Ich habe Sie heute auf die Burg bemüht, damit Sie einigen vertraulichsten Ausführungen unseres Parteigenossen Dr. Freisler, des Präsidenten des Volksgerichtshofes des Großdeutschen Reiches, zuhören. Parteigenosse Dr. Freisler hat sich liebenswürdigerweise auf mein Ersuchen bereit erklärt, uns über fundamentale Ergebnisse, die grossen Grundzüge und entscheidenden Erfahrungen vor allem auf dem Gebiet der Bekämpfung des Staatsverbrechertums zu berichten.

Die Arbeit, die Sie, Parteigenosse Dr. Freisler, als Präsident des Volksgerichtshofes für das Deutsche Reich leisten, ist eine monumental kriegswichtige; sie ist im psychischen Sinne mit kriegsentscheidend und eine der stolzesten Rechtswaffen des kämpfenden Deutschen Reiches. Ich glaube, daß es für uns daher nützlich und in jedem Fall eindrucksvoll ist, von dieser sehr ernsten und tiefen Arbeit, die meist unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit, auch ohne weitere Presseberichterstattung vor sich geht, etwas zu vernehmen.

Der Präsident des Volksgerichtshofes des Großdeutschen Reiches Dr. Freisler ergreift darauf das Wort zu seinem Vortrag:

"Feinde im Volk".

Präsident Dr. Freisler gibt in seinem Vortrag einen Überblick über die Tätigkeit des Volksgerichtshofes auf dem Gebiete der Bekämpfung des Staatsverbrechertums. Er

behandelt dabei vor allem die Staatsverbrechen des Landesverrats, des Hochverrats und des Defätismus und ihre strafrechtliche Verfolgung durch den Volksgerichtshof.

Staatssekretär Dr. Bühler schließt die Veranstaltung mit folgenden Worten:

Ich darf Ihnen, Herr Präsident, namens des hier versammelten Führergremiums des Generalgouvernements danken für die äusserst interessanten und plastischen Mitteilungen über Ihre Erfahrungen bei der Bekämpfung der Staatsverbrecher des Reiches. Ihre Ausführungen waren uns umso interessanter, als wir hier im Osten, wo wir der Front näher sind und die heldenhafte Haltung unserer Soldaten aus grösserer Nähe sehen können, weniger von defätistischen Neigungen befallen sind. Sie haben in uns die Überzeugung hinterlassen, daß wir keine Sorge zu haben brauchen für das, was im Reich vorgeht, und für die Haltung des deutschen Volkes. Sie konnten uns sagen, daß nur ein verschwindend kleiner Teil Gemeinschaftsfremder sich gegen die Kriegsinteressen des Reiches vergeht. Sie haben in uns die Gewißheit geschaffen, daß wir allen Hindernissen zum Trotz bis zum Endsieg des deutschen Volkes durchhalten werden.

12^{35} Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke übergibt dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben, das der frühere Gauleiter Frauenfeld in seiner jetzigen Eigenschaft als Hauptmann der Reserve über Zustände in Warschau - Preisverhältnisse in Restaurants, Luxus und Korruption - an ihn gerichtet hat. Hauptmann der Reserve Frauenfeld beschwert sich darüber, daß das Essen in den Soldatenheimen schlecht sei, und erhebt in seinem Schreiben andere ähnliche Vorwürfe.

6.7.1944

12[40] Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer Verordnung zur Anderung der Verordnung über die Benutzung von Personenkraftwagen,
2) einer Verordnung über die Überführung von Unternehmen in das deutsche Handels- und Genossenschaftsregister,
3) einer dritten Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens,
4) einer Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die deutsche Krankenpflege im Generalgouvernement,
5) einer Personenschädenverordnung für Nichtdeutsche

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

12[45] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Dr. Weh.

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Bühler davon Kenntnis, daß ihm Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke ein Schreiben überreicht habe, daß der frühere Gauleiter Frauenfeld in seiner jetzigen Eigenschaft als Hauptmann der Reserve an ihn gerichtet und in welchem er Zustände in Warschau kritisiert habe. Hauptmann der Reserve Frauenfeld beschwere sich z.B. über die Preisverhältnisse in den Restaurants, über Luxus, der in Warschau getrieben werde, über Korruptionserscheinungen usw., er behaupte, daß das Essen in den Soldatenheimen schlecht sei u.a. mehr.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet dieses Schreiben als das üblich Pamphlet von ehrgeizigen Leuten, die in ihrer eigenen Karriere immer wieder das Mißfallen des Führers erregt haben und nun auf Grund irgendeines de-

taillierten Lokalerlebnisses den gesamten Landsertratsch mit der von ihnen hochgehaltenen Autorität ihres Namens zu decken belieben.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, eine eingehende Stellungnahme zu diesem Schreiben zu veranlassen und das Material dem General Haenicke zur Verfügung zu stellen. Ausserdem will der Herr Generalgouverneur persönlich nach Vorlage der Stellungnahme auf die Angelegenheit zurückkommen und entsprechende Weisung treffen.

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß dem Pressechef Gassner eine Abschrift des Schreibens zur Verfügung gestellt und er ersucht wird, eine Antwort auf das Schreiben zu entwerfen. Auch Präsident Dr. Emmerich, Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann und Gouverneur Dr. Fischer sollen eine Abschrift des Schreibens erhalten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialrat Dr. Weh, daß die Angelegenheit der Besoldung der fremdvölkischen Beamten und Angestellten nunmehr einer endgültigen Regelung zugeführt und ein entsprechender Entwurf zum Gegenstand der Besprechung in der morgigen Regierungssitzung gemacht werden könne.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt mit, daß auf Anregung des Staatssekretärs Koppe eine völlig neue Land- und Stadtwacht als Oberbegriff der Polizeidienstpflicht eingerichtet werden solle.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß dieser Erlaß vor seiner Inkraftsetzung erst bei sämtlichen in Frage kommenden Dienststellen in Umlauf gesetzt werden solle. Er müsse sich auch dagegen wenden, daß die ursprüngliche Verordnung über die Einführung des Polizeihilfsdienstes aufgehoben werde. Der Weg könne nur der sein, daß die neue Verordnung in die bereits

bestehende hineingearbeitet werde. Ausserdem müsse Vorsorge getroffen werden, daß die Heranziehung von Beamten und Angestellten der Regierung bezw. der Distriktsverwaltungen zu dieser Stadt- und Landwacht nur mit Genehmigung der Hauptabteilungspräsidenten bezw. der Gouverneure geschehen könne, dies um so mehr, als in der neuen Verordnung Beamte und Angestellte der Ostbahn, der Deutschen Post Osten, Angehörige des Sonderdienstes als sogenannte militante Kräfte von diesem Dienst befreit werden sollten.

13^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberdienstleiter Tießler, an der morgigen Regierungssitzung teilzunehmen, da diese Sitzung den Zweck haben solle, die Geschlossenheit und Stärke der deutschen Führung des Generalgouvernements zum Ausdruck zu bringen.

Weiter gibt der Herr Generalgouverneur gegenüber Oberdienstleiter Tießler seinem nachdrücklichen Willen Ausdruck, daß bis auf weiteres von jeglicher Änderung der Parteiorganisation im Generalgouvernement angesichts der gegenwärtigen Lage Abstand genommen wird.

13^{10} Besprechung mit dem stellvertretenden Chef der Kanzlei, Regierungsrat Dr. Jänsch und Referent von Palézieux.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die in seinem Eigentum befindlichen Reitpferde unverzüglich nach Kressendorf gebracht werden.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Freitag, den 7. Juli 1944

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe, Präsident Dr. Senkowsky und Ministerialrat Dr. Weh.

10^{15} Regierungssitzung im Königssaal der Burg.

(Protokoll siehe Beiakten)

14^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Bankdirigent Präsident Dr. Paersch und die Abteilungs- und Filialleiter der Emissionsbank und der Bankenaufsichtsstelle.

Nachdem Präsident Dr. Paersch einen Überblick über Entstehungsgeschichte, Arbeit und Aufgaben der Emissionsbank sowie der Bankenaufsichtsstelle gegeben hat, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Dr. Paersch! In Ihrer doppelten Eigenschaft als Dirigent der Emissionsbank wie als Leiter der Bankenaufsichtsstelle waren Sie mir in den vergangenen Jahren ein lieber Mitarbeiter. Ich möchte den Anlaß benutzen, wo ich zum ersten Mal Gelegenheit habe, mich im Kreise Ihrer Mitarbeiter zu zeigen, um Ihnen das mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Was Sie in unermüdlichem Einsatz, vorbildlicher Geschicklichkeit und geschäftlicher Gewandtheit wie auch in bester Genauigkeit in diesen Jahren zur Entwicklung gebracht haben, ist eine vorbildliche Leistung, die weit über das eigentlich Bank- und Währungsmässige hinaus auch das erfreuliche Bild einer nationalsozialistischen Persönlichkeit bietet. Ich bin Ihnen daher persönlich verbunden.

7.7.1944

Ihre Herren Mitarbeiter, die ich hier versammelt sehe, konnte ich in ihrem Wirken beobachten in all den schönen und segensreichen Folgen, die aus dieser Beruhigung des Währungs- und des Bankengebietes mir in all diesen Jahren entgegenleuchteten.

Wenn ich in sovielen Teilen unseres öffentlichen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen, sicherheits- und transportmässigen Lebens im Generalgouvernement unterbrochen die Unruhe spüren mußte, als da sind die Verschlechterung, die Verschleuderung, ungewöhnliche Zielicsigkeit usw., die vom Reich herüberstrahlend von mir in eine vernünftige politische Form mit meinem Bemühen gebracht werden mußten, so war es doch die sehr vernünftige, klare und eindeutige Haltung, die vor allem die Reichsbank und ihr Präsident, der mir auch persönlich verbundene Reichswirtschaftminister und Reichsbankpräsident Funk, gezeigt haben, die uns weit über das währungsmässige hinaus geholfen hat.

Sie haben in Ihrer kurzen Überschau einen ganz kleinen Teil der Probleme erörtert, die Sie bewegen und Ihre Männer beschäftigen. Eines der wichtigsten war zweifellos, die Frage zu klären, in welcher Wertrelation sollen Mark und Zloty stehen. Daß es gelungen ist, hier eine gewisse Stabilität zu halten, ist Ihr Verdienst, das auch von allen Seiten anerkannt wurde. Aber auch Ihnen, meine Herren, möchte ich meine Anerkennung aussprechen. Es ist keine leichte Situation, in der Sie auch in Zukunft sowohl auf dem Gebiete der Em-issionsbank als auch auf dem Gebiete der Bankenaufsicht Ihre Aufgaben werden erfüllen müssen.

Das Generalgouvernement steht vor einer Steigerung seiner Schwierigkeiten; zugleich steht auch der Kampf des Großdeutschen Reiches in seiner schwerst sich zum Entscheidungskampf entfaltenden Entwicklung. Das Generalgouvernement hat bisher unsagbar grosse geradezu

märchenhafte Leistungen für das Deutsche Reich, die kämpfende Truppe, die Front, die Industrie usw. aufgebracht. Ich bin mir dessen sehr wohl bewußt, daß diese Leistungen nur möglich waren, weil auch das Gros der Bevölkerung, nämlich die Millionenmasse der Polen und Ukrainer in diesem Lande, ein gewisses Vertrauen zur deutschen Führung gewinnen konnte. Sie wissen, wie schwer es war, dem Reich gegenüber klarzulegen, wie wichtig gerade die vorsorgliche Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung in allen Teilen ist.

Es ist uns nicht alles geglückt. Ich weiss selber, daß der Schleichhandel, das üble Auseinanderfallen zwischen der Wirklichkeit des wirtschaftlichen Zloty-Wertes und den normalen Preisen der nichtbewirtschafteten Güter und vieles andere schwer lastend auf den Menschen dieses Raumes liegt. Aber die Schuld daran liegt nicht bei uns, sondern sie liegt in der allgemeinen Kriegsentwicklung und vor allem auch in einer gewissen Erschwerung der Wiedergesundung dieses Raumes durch die Beutetheorie des Reiches, die man in den ersten Jahren uns gegenüber durchsetzen zu müssen glaubte. Wenn ich einen Raum völlig seiner Werte, der Wertgrundlage und der Voraussetzungen einer vernünftigen wirtschaftlichen Produktivität systematisch beraube, dann muß selbstverständlich durch die Einseitigkeit des Abfliessens aller produzierten Werte in das Reich, dem kein irgendwie auch nur nennenswerter Rückstrom von wahren Werten entspricht - denn eine rein zahlenmässige Überschreibung der Leistungen irgendwie auf ein Konto ist wirtschaftlich belanglos, sie ist höchstens kreditmässig zu werten - ein Zustand herbeigeführt werden, wie er heute bei uns in starkem Masse vorhanden ist. Aber trotz alledem kann ich von den Grundsätzen nicht abgehen, die sich als richtig herausgestellt haben. Ich kann heute nicht sagen, daß ich immer nur dem Besseren nachschreiten will und zu diesem Zweck

7.7.1944

das Gute aufgebe. Hier müssen wir zufrieden sein, wenn wir innerhalb des fast ausschließlich Schlechten und Ungünstigen der Zeit noch da und dort etwas Gutes finden. Wir können daher nicht irgend welchen Phantastereien nacheilen und vor allem nicht zulassen, daß auf dem Gebiet der wenigen noch vorhandenen guten Stabilitätsmomente experimentiert wird.

Herr Bankdirigent Paersch! Ich werde nach wie vor Ihrem und dem Bemühen Ihrer Mitarbeiter, auf dem Gebiete der Währung das Vertrauen nach aussen und eine gewisse Stabilität nach innen trotz der steigenden Anforderungen der Wehrmacht und aller sonstigen Stellen durchzuhalten, in jeder Form Beistand leisten. Ich werde Ihnen immer helfen, werde auch für die völlige Selbständigkeit der Politik, die Sie treiben, eintreten. Wie Sie selber wissen, werde ich auf diesem Gebiet niemals etwas dulden, was Ihre Wünsche nach einer stabilen Arbeit stören könnte.

Im übrigen können Sie, meine Herren, stolz sein auf das, was Sie geleistet haben, denn Sie haben dem Führer in dem Entscheidungskampf um das Großdeutsche Reich und seine Freiheit an einer unendlich wichtigen Position geholfen. Ich danke Ihnen wirklich sehr!

14^{55} Bankdirigent Dr. Paersch stellt dem Herrn Generalgouverneur in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler den Mob-Kreditausschuß des Generalgouvernements zur Finanzierung von Rüstungsvorhaben, der aus Vertretern der Reichsministerien und des Generalgouvernements besteht, vor.

Bankdirigent Dr. Paersch führt aus, daß der Ausschuß in Krakau seine zweite Tagung abgehalten habe, und daß die Verhandlungen in freundschaftlichem Geist verlaufen seien. Besonders förderlich sei es, daß in diesem Ausschuß Vertreter der Reichsministerien seien, da sie ihre im Reich auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen dem Generalgouvernement vermitteln können. Bisher habe man

7.7.1944

100 Millionen derartiger Mob-Kredite gewährt, die zu einem geringen Teil für Investitionszwecke in Anspruch genommen worden seien. Er habe die Überzeugung, daß auf dem Wege der Zusammenarbeit für die Rüstung ersprießliche Arbeit geleistet werden könnne.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Angelegenheit so gut laufe; er werde alles tun, um die Arbeit des Ausschusses zu fördern. Besonderes Gewicht lege er dabei auf die Feststellung, daß die Ausführung von Rüstungsvorhaben und Rüstungsarbeiten durch finanzielle Schwierigkeiten nicht aufgehalten werden dürfe.

15^{00} Mittagessen.

16^{00} Arbeitssitzung mit den Gouverneuren im Grünen Zimmer.

Anwesend sind:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Koppe
Generalleutnant der Polizei Höring
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Dr. von Burgsdorff
Gouverneur Kundt
Vizegouverneur Dr. Schlüter
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Naumann
SS Oberführer Bierkamp.

7.7.1944

SS-Oberführer Bierkamp macht eingangs Ausführungen über die Tätigkeit der Widerstandsbewegungen und berichtet hier vor allem über die Lage bei der AK. Ihm zugegangene Meldungen über das Zusammenwirken der AK wolle er der Presse übergeben, um dadurch propagandistischen Einfluß auf die Bevölkerung zu bekommen. Weiter wolle er angesichts der Tatsache, daß die AK mit Dollar finanziert werde, gefälschte Dollarnoten in den Verkehr bringen, um die Finanzierung der AK kaputt zu machen. Dadurch werde auch zugleich die im Lande herrschende überschüssige Kaufkraft abgeschöpft werden. Auch überlege er, ob man nicht von deutscher Seite Sowjetbanden aufstellen solle, die sich schlecht benehmen sollten, um dadurch der Bevölkerung die Liebe zu den Sowjets zu nehmen.

Die Aufgabe des SD bestehe augenblicklich in dem Versuch, die gesamten Widerstandsbewegungen gegeneinander auszuspielen. Augenblicklich sei es geglückt, daß die Widerstandsbewegungen grosse Propaganda gegen die Bolschewisten machten.

Der Herr Generalgouverneur kommt dann auf den Einsatz der Kalmücken bei der Aktion im Bilgorajer Wald zu sprechen. Vizegouverneur Dr. Schlüter möge ihm ein Fernschreiben an Generalfeldmarschall Keitel entwerfen, in dem die Forderung nach einem Abzug der Kalmücken aus diesem Gebiet dargelegt würde. Weiter bringt der Herr Generalgouverneur das Gespräch auf den Inhalt eines an ihn gerichteten Briefes des früheren Gauleiters und jetzigen Hauptmanns d.R. Frauenfeld über die angeblichen Zustände in Warschau. Hauptmann d.R. Frauenfeld beschwert sich in diesem Brief vor allem darüber, daß in Warschau eine Menge Schlemmerlokale existierten, gegen die von seiten der deutschen Verwaltung nicht eingeschritten werde.

7.7.1944

Gouverneur Fischer weist darauf hin, daß für die ganze Stadt Warschau nur 120 Mann Polizei für den Einzeldienst zur Verfügung stehen. Schliesse man ein solches Lokal, werde es an anderer Stelle oder in einem Privathaus sofort wieder aufgemacht.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß im 5. Kriegsjahr nicht geduldet werden könne, daß man von der Strasse aus ein solches Lokal betreten könne. Für die Schliessung solcher Lokale müsse sofort Sorge getragen werden. Im Übrigen ersuche er Gouverneur Fischer und SS Oberführer Bierkamp um den Entwurf eines Antwortschreibens an den Gauleiter Frauenfeld, in dem die aus dem Mangel an Exekutivkräften herrührenden Schwierigkeiten der deutschen Verwaltung dargelegt seien.

SS Obergruppenführer Koppe stellt für die Ausräumung dieser Schlemmerlokale in Warschau ein kleines Sonderkommando zur Verfügung. Die bei dieser Aktion beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände sollen bei der Einrichtung polnischer Betriebsküchen Verwendung finden.

Gouverneur Fischer weist anschliessend darauf hin, daß häufig grosse Lebensmitteltransporte unterwegs beraubt würden.

Präsident Naumann erwidert, daß bei stattfindenden Transporten an sich von den Kreishandelsgenossenschaften immer Polizeischutz angefordert werde. Sie hätten die Anweisung, bei wertvollen Transporten vom örtlichen Gendarmeriezugführer Polizeischutz anzufordern.

Gouverneur Fischer erklärt, daß er befohlen habe, den Schutz beim Kreishauptmann anzufordern, jedoch werde dieser Befehl selten befolgt.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann und Präsident Dr. Senkowsky, eine Anordnung dahingehend herauszugeben, daß bei stattfindenden Transporten immer der Abholkreishauptmann verständigt werde.

7.7.1944

Staatssekretär Koppe erklärt, daß es nicht zweckmässig sei, derartige Transporte telefonisch zu avisieren, da sonst die Widerstandsbewegung ihre Vorbereitungen für einen Überfall auf diese Transporte treffen könne.

Gouverneur Kundt macht Ausführungen über die Sicherheitslage im Distrikt Radom. Die Terrortruppen hätten es in den letzten Wochen immer stärker auf deutsche Menschenleben abgesehen und auf die Störung des Verkehrs vor allem auf der Ostbahn, wobei die Eisenbahnlinie Ostrowiec dauernd gesprengt werde. Aber sie begnügten sich nicht nur mit diesen Sprengungen, sondern hätten es auch auf die Beraubung von Munitionszügen zur Beschaffung von Munition für ihre Zwecke abgesehen.

Die feindlichen Kräfte hatten sich als Gruppen über den Distrikt so verteilt, daß für ihre Verstärkung zur Herbeiführung einer gesteigerten Aktivität die männliche Bewohnerschaft eingezogen werden könne. Zwischen kommunistischer und nationaler Widerstandsbewegung lasse sich da nicht mehr unterscheiden. Die kommunistischen Banden seien zwar klein an Zahl, doch stärker bewaffnet als die nationalen. Die ganze Entwicklung im Distrikt Radom steuere auf einen Zustand zu, wie man ihn jetzt im Distrikt Lublin habe. Diese Entwicklung sei aber für den Distrikt Radom in Anbetracht seiner grossen Bedeutung für die Rüstungsindustrie viel schwerwiegender. Heute könne man zwar noch ohne Bataillone in alle Gebiete des Distrikts hinein, jedoch müßten die Verwaltungsbeamten oder Polizeimänner jeden Tag damit rechnen, daß sie nicht mehr zurückkehrten. Feststellen könne er jedoch, daß das deutsche Personal einschließlich des Waldpersonals eine sehr gute Haltung zeige. Durch die Lysa Gora führten die Hauptadern der Eisenbahn zum Abtransport der Rüstungserzeugnisse aus Ostrowiec und Skarzysko Kamienna. Dieser Abtransport werde durch die Umtriebe der Banden immer stärker gefährdet. Die Vorbereitungen

der Banden liessen darauf schliessen, daß die dort bestehenden Gruppen der Widerstandsbewegung in dieses Rüstungsgebiet eindringen wollen.

Im Gegensatz zu der Meinung des Präsidenten Ohlenbusch müsse er feststellen, daß die Entwicklung zur kommunistischen Stimmung innerhalb der Bevölkerung weitere Fortschritte mache. Einen Stimmungsumbruch der Polen könne er nicht unterstreichen, wenn auch die Masse der Bevölkerung heute noch landwirtschaftlich wie industriemässig sich absolut arbeitswillig zeige. Man müsse rechtzeitig einer Entwicklung entgegentreten, die allmählich wenn auch nicht zu 5 000 Mann starken so doch 1 000 Mann starken Banden führen könne.

Die Besprechung wendet sich dann den Rekrutierungsmöglichkeiten für den Sonderdienst zu.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Wehrmacht wieder Einziehungen in grösserem Umfange vornehmen müsse. Rechtzeitig müßten daher die Uk-Listen für die Verwaltung des Generalgouvernements ergänzt werden, da im Generalgouvernement, was den Mannesbestand angehe, die rote Alarmlinie überschritten sei, und weitere Einziehungen nicht mehr verantwortet werden könnten.

Staatssekretär Koppe macht dann Ausführungen über die Verstärkung und Einsatzverteilung des Sonderdienstes. In Krakau werde ein Einsatzbataillon aufgestellt, über dessen Einsatz der Herr Generalgouverneur persönlich verfüge.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß der Sonderdienst eine Einrichtung der Verwaltung darstelle und der Obergruppenführer in seinem Namen die militärische Führung des Sonderdienstes inne habe. Die Besprechung wendet sich dann der Ernteerfassung zu.

7.7.1944

Gouverneur Kundt regt an, alle schießfähigen Deutschen und alle Waffenträger für diese Zeit so zu konzentrieren, daß in bestimmten Gebieten ein verstärkter Schutz stattfinde. Bei der Wehrmacht müsse noch stärker als bisher der Gesichtspunkt gebrochen werden, daß die Ausbildung nur an Ausbildungsorten stattfinden könne. Das ganze Land müsse durch Stützpunkte gesichert werden, damit verhindert werden könne, daß in den anderen Distrikten die Verhältnisse ähnlich werden wie im Distrikt Lublin.

Präsident Naumann berichtet von seinen Verhandlungen bei Generalfeldmarschall Model. Die Heeresgruppe sollte den Sicherungsschutz für den Teil des Distrikts Galizien übernehmen, der praktisch noch nicht Armeezone sei. Dazu würden 2 Bataillone zusätzlich zu den 13 Kompanien, die jetzt für die Vieherfassung arbeiteten, gebraucht. Ausserdem sollte die Sicherungsdivision den Distrikt Lublin übernehmen. 100 Stützpunkte, von denen bis jetzt 35 bestehen, sollten gebildet werden. Dann sollte der Raum südlich Radom und Miechow durch das vom Reichsführer SS Himmler angekündigte Polizeibataillon gesichert werden; Krakau sollte eine berittene Polizeiabteilung bekommen. Es fehlte noch 1 Regiment für Warschau West und den nördlichen Teil des Distrikts Radom zur Verstärkung der dort vorhandenen Polizei- und Wehrmachtskräfte. Wie die Zurverfügungstellung dieser Kräfte gemacht werden könne, bleibe noch dahingestellt.

Gouverneur Kundt plant, die Hilfspolizeipflichtigen seines Distrikts zu einem Drittel einzuziehen und sie für die Ernteerfassung einzusetzen. Ein grosser Teil der Hilfspflichtigen sei aber innerhalb der SA mit grossen Aufgaben betraut im Rahmen des Luftschutzes. Dadurch werde die Basis der einsatzfähigen Hilfspolizeipflichtigen sehr gering, trotzdem müßte alles, was eingesetzt werden könne, für die Ernteerfassung herangezogen werden.

7.7.1944

Immer noch würden zu den verschiedensten Tagungen und Schulungen laufend Leute bis zu 1 Woche nach Krakau einberufen; das gehe in der heutigen Notzeit nicht mehr an.

Staatssekretär Bühler gibt bekannt, daß er bereits eine Anweisung erlassen habe, wonach in der jetzigen Zeit von Tagungen abzusehen ist.

Sämtliche Gouverneure wenden sich dann gegen die Durchführung eines Parteitages im grossen Rahmen. Durch ihn würden zuviel verantwortliche Männer von ihren Arbeitsplätzen abgezogen und stünden im Ernstfalle nicht zur Verfügung.

Dann werden Fragen des Polizeihilfedienstes erörtert, der nunmehr in Stadt- und Landwacht umbenannt werden soll, und dem alle wehrfähigen Deutschen bis zum 60. Lebensjahr angehören sollten.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner festen Absicht Ausdruck, die Vollmachten der Gouverneure unter allen Umständen zu halten. Die Regierung betrachte die Gouverneure als Türme in der Schlacht. Bei der Stadt- und Landwacht sei es unmöglich, Entscheidungen den unteren Stellen zu überlassen. Wo eine Möglichkeit bestehe, die Gouverneure einzuschalten, werde dies geschehen.

Weiteres Besprechungsthema sind die infolge der Frontlage notwendig werdenden gewaltigen Rückverlegungen von Versorgungsbetrieben der Wehrmacht ins Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur teilt hierzu das diesbezügliche Fernschreiben des Generalfeldmarschalls Keitel mit. Was im Generalgouvernement nicht untergebracht werden könne, müsse in die östlichen Wehrkreise des Reiches verlegt werden. Sämtliche Verhandlungen auf diesem Sektor gingen auf Grund einer Führeranordnung zukünftig über den Wehrkreis. Generalfeldmarschall Model kenne die Verhältnisse im Generalgouvernement, und mit seinen

Dienststellen lasse sich gut zusammenarbeiten.

Auf dem Rüstungssektor nähmen die Anforderungen an das Generalgouvernement gewaltig zu. Eine Verlegung von Rüstungsfabriken aus Warschau könne nicht stattfinden, da im Reich keine Betriebe Aufnahme finden können. Sie müßten in Warschau bis zuletzt in Tätigkeit gehalten werden und würden im Notfall der Zerstörung anheim fallen müssen. Nunmehr komme es darauf an, den jetzigen Zustand der Arbeit und Ruhe möglichst lange aufrechtzuerhalten. Dazu müsse unbedingt die Einrichtung von Stützpunkten erreicht werden.

Leider sei eine gewisse Tendenz dahingehend zu spüren, die Zivilverwaltung durch eine Militärverwaltung zu ersetzen. Doch habe die Leistung der Zivilverwaltung in Galizien ihr Bestehen bis zum Schützengraben gerechtfertigt.

Getreidelagerfrage:

Präsident Naumann erklärt dazu, daß man in diesem Jahr leider nicht mehr soviel Raum zur Lagerung des erfaßten Getreides zur Verfügung habe, wie dies im vorigen Jahr der Fall gewesen sei, da die E. und L. mindestens 450 000 to Lagerraum an die operative Wehrmacht habe abgeben müssen. Er versuche nunmehr, von der Wehrmacht ab 1. August wieder verschiedene Lager zurückzubekommen, da eine ganze Reihe von Lagern der Wehrmacht nur bis zum 1. Juli zur Verfügung gestellt seien. Man müsse das Getreide in Notlagern unterbringen, obwohl bei dieser Lagerung 10% des Bestandes verloren gingen. Weitere Lager dürften unter keinen Umständen mehr abgegeben werden.

Die Lagerraumanforderungen der Wehrmacht seien auch manchmal zu überspitzt, wie der Fall Budzyn beweise. 2 Jahre lang habe die Luftwaffe das in ihrem Besitz befindliche Lager kaum benutzt, sodaß man durch Verhandlungen mit dem jetzt darin liegenden Flakinstandsetzungszug bereits wieder 130 000 to Lagerraum zurückbekommen habe.

7.7.1944

Gouverneur Dr. von Burgsdorff rollt dann die Frage einer Schliessung der 2 polnischen Gemüsemärkte in Krakau auf.

Da sich die beteiligten Instanzen nicht einig sind, ordnet der Herr Generalgouverneur eine Sondersitzung bei Staatssekretär Dr. Bühler mit Gouverneur Dr. von Burgsdorff, Präsident Naumann und Stadthauptmann Dr. Krämer an.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet, daß in Lemberg die Luftschutzmaßnahmen in der Praxis gut gelaufen seien, obwohl nur wenige Deutsche in der Stadt seien. Die polnische Feuerwehr funktioniere sehr gut, und die Polizei habe den Apparat restlose in der Hand. Die Überbelegung der Stadt durch Stäbe habe nachgelassen, da nach den ersten Luftangriffen diese Stäbe in die Umgebung von Lemberg ausgezogen seien.

In der politischen Behandlung der Upa habe sich die Wehrmacht ungeschickt gezeigt; sie habe erst grosse Verbrüderungszenen abgehalten, und nach Überfällen auf Offiziere und Soldaten durch Upa-Angehörige habe sie ihre Stellungnahme ins Gegenteil verwandelt.

Zum Schluß wird der Schwarzverkauf von Wodka durch die Monopole, der auf Weisung des Herrn Generalgouverneurs wieder eingestellt wurde, eingehend erörtert, da Präsident Dr. Senkowsky eine neue Ermächtigung für den Verkauf von Wodka zu Preisen des Schwarzen Marktes fordert.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß der Zweck dieses Verkaufs nicht die Erzielung von Staatseinnahmen, sondern die Abschöpfung von Schleichhandelskapital gewesen sei. Der Schleichhandel könne bekanntlich nicht leben, wenn die Ware schon zu Schleichhandelspreisen in den Verkehr gebracht werde. Er brauche gewisse Preisspannen, um sich selbst zu finanzieren. Bei Monopolwaren betrage diese Preisspanne das 10 bis 12-fache dessen, was

die Ware ursprünglich koste. Wenn nun die Monopolverwaltung, d.h. also der Staat, zu einem von ihm festgesetzten höheren Preis, wozu er jederzeit berechtigt sei, eine Ware verkaufe, so nehme er die Spanne, aus der sich praktisch ein Teil des Schleichhandelskapitals entwickle, weg und führe ihn der Staatskasse zu. Diesen Betrag könne er Zwecken zuführen, die der Schleichhandelsbekämpfung dienten, nämlich der Deckung des Wehrbeitrages. Dadurch werde der Staat entlastet, denn es müßten nicht zusätzlich Noten ausgegeben werden. Diese Überlegungen seien der Zweck des stattgefundenen Verkaufs von Wodka zu Preisen des Schwarzen Marktes gewesen.

Er habe nicht damit gerechnet, daß sich gegen diese Sache eine solche Ablehnungsfront bilde, wenn das in einem so bescheidenen Rahmen gemacht würde. Nach seiner Meinung sei der Versuch geglückt.

Er habe dem Staatssekretär schon vor der verfügten Einstellung des Wodkaverkaufs zu Preisen des Schwarzen Marktes den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, durch die ein gesetzlicher Modus geschaffen werden solle. "Sie beinhalte nur, daß die Generaldirektion der Monopole ermächtigt werde, Erzeugnisse des Tabak- und Branntweinmonopols ausserhalb der normalen Preise abzusetzen. Die Preise und die Mengen setze der Staatssekretär auf Antrag des Leiters der Hauptabteilung Finanzen fest".

Zur Begründung dieser Verordnung verweise er darauf, daß er in diesem Verkauf den ersten geglückten Versuch einer der Kaufkraft des Publikums angepaßten abgestuften Verbrauchsbesteuerung sehe. Die Kreise, die Inflationsgeld in der Hand hätten und damit Schiebergeschäfte machten, müßten beim zusätzlichen Wodkakauf eine Steuer bezahlen, die der Staat auf anderem Wege nicht hereinbekomme.

7.7.1944

In eingehender Aussprache begründen die Sitzungsteilnehmer ihre Stellungnahme für oder wider diesen Verordnungsentwurf. Die meisten sprechen sich gegen die Inkraftsetzung einer solchen Verordnung aus und verweisen auf ihre, an das Amt für Gesetzgebung gerichteten schriftlichen Begründungen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als den Zweck der eingehenden Erörterung dieses Problems, daß den Gouverneuren dadurch gezeigt werde, daß die Regierung keine Anordnung treffe, ohne vorher eingehende Überlegungen angestellt zu haben. Die wichtigste Frage sei die Aufrechterhaltung der Währung. Einer der Vorschläge, eine Geldabschöpfung durchzuführen, habe sich mit dem Wodkaverkauf zu Schwarzmarktpreisen beschäftigt. Diesen Versuch habe man nun unternommen. Nach dieser Aussprache glaube er nicht, daß er seine Unterschrift unter die vom Präsident Dr. Senkowsky eingebrachte Verordnung auf diesem Gebiet geben werde. Wenn die Gouverneure in die ungeheuren Schwierigkeiten des Währungsproblems im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen kommen würden, würden Sie den ungeheuren Druck verstehen, unter dem die Regierung diese Maßnahme ergriffen habe.

SS-Oberführer Bierkamp bittet die Gouverneure um Zurverfügungstellung von deutsch-polnischen Dolmetschern. Die beim SD tätigen Dolmetscher würden von den Widerstandsbewegungen vielfach erschossen, und der SD könne sich nicht mehr das wichtigste Material übersetzen lassen.

20[15] Abendmusik im Gotischen Hof des Ostinstituts.

Die Philharmonie des Generalgouvernements bringt unter Leitung des Kapellmeisters Swarowsky Werke von Schubert, Liszt, Brahms und Beethoven zu Gehör.

21[50] Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

Sonnabend, den 8. Juli 1944

10^{30} Aus Anlaß des Abschlusses des Musischen Wettbewerbs der Hitler-Jugend wird dem Herrn Generalgouverneur die erste Preisträgerin, die dreizehnjährige Hanna von Buch von Hauptbannführer Schimmelpfeng vorgestellt.

Anwesend sind weiter Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner, Abteilungsleiter Noglik, Stabsleiter Gabelmann, Hauptgefolgschaftsführer Eberle und Lippold.

Hauptbannführer Schimmelpfeng macht dem Herrn Generalgouverneur Meldung von dem Abschluß des Musischen Wettbewerbs der Hitler-Jugend des Generalgouvernements und berichtet, daß dieser Wettbewerb einen ausserordentlich starken künstlerischen Erfolg gezeitigt habe. Besonders beachtenswert sei auch die Zahl von 1 000 Meldungen für diesen Wettbewerb. 17 Teilnehmer bezw. Teilnehmerinnen seien mit Preisen ausgezeichnet worden. Die seinerzeit von dem Herrn Generalgouverneur gestiftete Plakette sei zugleich mit einem ansehnlichen Geldpreis der dreizehnjährigen Hanna von Buch für ihre vortreffliche Leistung als Pianistin verliehen worden. Hanna von Buch, die aus Warschau komme, sei in Kiew geboren, ihr Vater sei seinerzeit von den Russen verschleppt worden. Nach übereinstimmender Auffassung von Fachleuten sei Hanna von Buch die einzige, die auf Grund ihrer Leistung und ihres Talentes würdig sei, diesen Preis zu erhalten.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Parteigenosse Schimmelpfeng! Ich möchte Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern zunächst meinen herzlichen Dank für die hervorragende Durchführung dieses Musischen Wettbewerbs sagen. Die Hitler-Jugend des Generalgouvernements hat sich erneut ausgezeichnet. Ich möchte meiner ganz besonderen Freude Ausdruck verleihen für dieses wohlgefügte Vorhaben. Daß ich nun die Zahl so hervorra-

gend begabter Junden und Mädchen von Ihnen erfahre, erfüllt mich mit besonderer Beglückung. Daß sich über 1 000 gemeldet haben, die in sich die Kraft und die Berufung zu einer musischen Lebensaufgabe empfinden, ist für mich persönlich ein stolzes Gefühl, zeigt diese Tatsache doch, daß in unserem deutschen Volk in einer ungeahnten unzerbrechbaren Stärke das geistig seelische Element lebendig und fruchtbar geblieben ist.

Ich möchte allen denen danken, die sich für diesen Musischen Wettbewerb zur Verfügung gestellt und ihre Kräfte dafür hergegeben haben. Aus der relativ kleinen Zahl, die nun aus diesen 1 000 Meldungen als würdig für die Verleihung eines Preises empfunden herausgingen, erkenne ich die ernsten Maßstäbe, die an die Überprüfung dieser Würde gelegt wurden. Und das ist auch notwendig. Es soll nicht nur eine momentane Scheinlaune oder eine vorübergehende Neigung gefördert werden, sondern eine die Wurzel der Persönlichkeit ausfüllende, das gesamte Wesen durchdringende und damit eine das persönliche Schicksal bestimmende innere Begabung.

Ich freue mich ganz besonders, Dir, meine liebe kleine Hanna von Buch, für all' das danken zu können, was Du geleistet hast. Des zum Ausdruck übernimmt nun das Deutsche Vaterland für Dich die Fürsorge. Auf Vorschlag der Führung der Hitler-Jugend des Generalgouvernements übergebe ich Dir den Jugendpreis des Generalgouvernements. Ich überreiche Dir ferner diese schwere Plakette, die Du tragen mußt. Probiere es einmal, - ja, sie ist schrecklich schwer, aber sie ist sehr schön. Und dann bekommst Du noch etwas Schönes: Schau einmal da hinein, was da drinnen steht.-Ich wünsche Dir für Dein Leben alles das Beste.

Im Anschluß an die Uberreichung der Plakette bringt Hanna von Buch 2 Musikstücke zum Vortrag.

8.7.1944

11^{15} Besprechung mit Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

11^{45} Besprechung mit Präsident Naumann.

Präsident Naumann legt dem Herrn Generalgouverneur die neuen für die Ernteerfassung zur Verwendung kommenden Prämienmarken vor, die den Beifall des Herrn Generalgouverneurs finden.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Ausarbeitung des Präsidenten Naumann über den "Einfluß der Kriegsereignisse auf die Reichsleistungen des Generalgouvernements auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft im 5. und 6. Kriegswirtschaftsjahr" vorläufig noch zurückgestellt werden soll, nachdem auf Grund der Besprechung in Berlin Teil II dieser Denkschrift eine entsprechende Berichtigung erfahren hat.

Präsident Naumann teilt dem Herrn Generalgouverneur dann mit, daß am 23. Juli dieses Jahres auf der Lubliner Pferderennbahn der Preis des Generalgouverneurs in Höhe von 50 000 Zloty ausgetragen werde. Er bitte um die Genehmigung, neben diesem Preis noch 4 Sachpreise für den Besitzer des siegenden Pferdes, den Züchter, den Trainer und den Reiter stiften zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden und ersucht Präsident Naumann, die Preise in seinem Namen zu überreichen.

Weiter macht Präsident Naumann dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß nunmehr nach endgültigen Feststellungen das Eigentum an den beiden Pferden "Adonis" und "Kandidat" dem Herrn Generalgouverneur zustehe.

Gegenstand der Besprechung ist dann noch die Errichtung von Stützpunkten im Interesse der Ernteerfassung.

8.7.1944

12[1o] Lagebesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
General der Infanterie Haenicke
General der Flieger Vierling
Staatssekretär Koppe
Generalleutnant Unger
Generalleutnant der Polizei Höring
Präsident Gerteis
Präsident Bauder
Präsident Naumann
Oberst Fischer
Oberst Weiß
Oberstleutnant von Dazur
Oberstleutnant Roedenbeck
Oberregierungsrat Dr. Luxenberg
Regierungsrat Pohl.

Vor Eintritt in die Beratung richtet der Herr Generalgouverneur folgende Worte an General Haenicke:

Herr General! Ich habe in diesem Augenblick zum ersten Male Anlaß, im Rahmen des gemeinsamen Kreises von Männern des Generalgouvernements Gelegenheit zu nehmen, Ihnen auch noch persönlich unser aller herzliche Anteilnahme an dem Tode Ihres Schwiegersohnes, des Generalobersten Dietl, zum Ausdruck zu bringen. Wir wissen, welcher Schmerz Ihnen persönlich bereitet wurde. Aber dieser Schmerz wird vom ganzen deutschen Volke getragen; denn Generaloberst Dietel ist für uns ein unvergesslicher Nationalheld.

Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke gibt dann einen kurzen Bericht über die gegenwärtige militärische Lage an der Ostfront und ihre Rückwirkungen auf das Generalgouvernement und betont, daß z.Zt. keine

besonderen Besorgnisse gehegt zu werden brauchten.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck, daß man sich gleichwohl im Generalgouvernement auf alle Möglichkeiten einrichten müsse. Er habe vor kurzem ein Fernschreiben des Generalfeldmarschalls Keitel erhalten, in welchem von einer stärkeren Belegung des Generalgouvernements gesprochen werde. Daraus könnten wieder einige Probleme erwachsen. Immerhin habe die Situation des Generalgouvernements eine gewisse Aufklärung erfahren. Er danke dem General Haenicke für die Durchfuhrung der Großaktion im Gebiet des Bilgorajer Waldes. Mit dieser Aktion habe die Wehrmacht der Regierung des Generalgouvernements geholfen, die Staatsautorität wiederherzustellen.

Staatssekretär Koppe berichtet dann über die Bandenlage im Generalgouvernement und teilt mit, daß Banden kleinerer Art wieder eingeströmt seien. Gegen diese Bandentätigkeit würden jetzt aber sofort wieder Maßnahmen ergriffen.

Präsident Naumann nimmt zur Frage der Ernährungssicherung Stellung. Er weist darauf hin, daß man im vorigen Jahre gemeinsam mit Polizei, Wehrmacht und anderen Waffenträgern im Generalgouvernement ein Stützpunktsystem habe aufbauen können. Es sei mit stationären und in den weniger gefährdeten Gebieten mit beweglichen Stützpunkten gearbeitet worden. Dieses System habe von August bis Dezember bestanden, und es sei gelungen, umfangreiche Mengen landwirtschaftlicher Produkte für die Versorgung des Landes wie für die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Reich hereinzuholen.

Präsident Naumann geht dann auf die Bedeutung des Distrikts Lublin für die landwirtschaftliche Produktion des Generalgouvernements ein. Da dieser Distrikt rein landwirtschaftlich ausgerichtet sei und verhältnismässig

geringe Verbrauchermassen in seinem Bezirk zu versorgen habe, gehe ein grosser Teil der landwirtschaftlichen Produkte in die Distrikte Warschau, Radom und Krakau.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann vor allem zu der Frage der Aufrechterhaltung bezw. Neuerrichtung von militärischen und polizeilichen Stützpunkten eingehend Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine Besprechung der Stützpunktfrage für Montag, den 10. Juli 1944 an.

Staatssekretär Dr. Bühler geht sodann auf die Frage der Tankholzversorgung ein. Generalfeldmarschall Keitel habe eine Großaktion der Wehrmacht zur Beschaffung des für die Umstellung auf Holzgeneratoren erforderlichen Tankholzes angeordnet, und verfügt, daß wie im Reich so auch im Generalgouvernement die Wehrmacht unter Zurückstellung aller sonstigen auch truppenmässigen Belange sich aktiv in die Tankholzbeschaffung einzuschalten habe.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als dringend notwendig, schon jetzt an die Beschaffung von Lagerraum für die Bergung der neuen Ernte zu sorgen. Es werde sich empfehlen, daß die beteiligten Instanzen ein Verzeichnis dieser Lagerräume herausgeben.

Präsident Naumann bemerkt, daß es ihm verhältnismässig leicht sein werde, ein solches Verzeichnis aufzustellen, das dann vor allem der Wehrmacht zur Kenntnis gebracht werden könne. Er weist ausserdem darauf hin, daß in den grossen landwirtschaftlichen Betrieben noch genügend ungenutzter umfangreicher Scheunenraum vorhanden sei, der für die Unterbringung der Ernteerzeugnisse nutzbar gemacht werden könne. Ein Verzeichnis dieser Scheunen könne der Wehrmacht ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

8.7.1944

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, diese Verzeichnisse möglichst bald der Wehrmacht und den sonstigen an dieser Frage interessierten Stellen zuzuleiten.

13^{40} Verabschiedung des bisherigen Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements Rudolf Hindemith.

Anwesend sind dabei: Pressechef Gassner, Abteilungsleiter Jaenicke, Abteilungsleiter Moglik, Hauptschriftleiter Stöppler, Referent Hasslinde, Referent Bader, Kapellmeister Swarowsky, Kapellmeister Erb und Frau Hindemith.

Der Herr Generalgouverneur verliest ein an Chefdirigent Hindemith gerichtetes Schreiben, das folgenden Wortlaut hat:

Sehr geehrter Herr Chefdirigent Hindemith!

Leider hat Sie Ihr schwieriger Gesundheitszustand gezwungen, mich um die Entlassung aus Ihrem Amte als Chefdirigent der Philharmonie des Generalgouvernements zu ersuchen. Ich habe mit grosser inniger Anteilnahme von diesem Schritt Kenntnis genommen und mich nach einer Besprechung mit Ihnen auch davon überzeugen müssen, daß Ihnen tatsächlich ein Weiterverbleiben in Ihrer Dienststellung hier unmöglich ist. Ich entspreche also mit Wirkung zum 31. August 1944 Ihrem Ersuchen und spreche Ihnen aus diesem Anlaß für Ihr hervorragendes Wirken im Dienste des Führers und des Reiches im Generalgouvernement meine besondere Anerkennung aus. Sie haben dieses politisch kunstvolle Gebilde unserer Philharmonie in Wirklichkeit geschaffen; denn der Zustand, in dem Sie das Orchester seinerzeit übernahmen, war ja durch den plötzlichen Tod Ihres Vorgängers, des unvergeßlichen Gründers der Philharmonie, des Herrn Rohr, noch lange nicht in je-

nem Zustand der technischen Reife, der einem Orchester dieser Bedeutung notwendig eigen sein muß.

Sie haben das Orchester durch Ihre unermüdliche Tatkraft und den Einsatz Ihres besten Künstlertums erzogen und zu der Höhe der Leistungsfähigkeit geführt, die die Philharmonie des Generalgouvernements in eine Reihe mit den ganz wenigen größten Orchestern im Großdeutschen Machtraume stellt. Sie haben des weiteren durch die Reihe grosser philharmonischer Veranstaltungen, die Sie selbst leiteten, Ihre vollendete Kunst als Dirigent bewährt und vielen tausenden Menschen das beglückende Erlebnis edelster Musikalität vermittelt.

Wir erleiden alle durch Ihr Ausscheiden einen schweren Verlust: Ihre feinsinnige, vornehme Art hat Sie uns allen zum Freunde gemacht. Sie haben mit Takt und Umsicht als Orchesterleiter das schwierige Problem der Behandlung fremdvölkischer Künstler gelöst und so waren Sie in allem ein trefflicher Vertreter deutschen schöpferischen Mannestums.

Ich wünsche Ihnen für Ihr weiteres Leben alles das Beste und werde mich immer freuen, von dem weiteren erfolgreichen Aufbau Ihres Lebenswerkes zu hören.

Zum Zeichen meiner Dankbarkeit überreiche ich Ihnen ein Ölgemälde mit einer Ansicht der Burg zu Krakau.

Mit freundlichsten Grüssen,

Heil Hitler!

Stets Ihr sehr ergebener

gez. Frank.

8.7.1944

Der Herr Generalgouverneur fährt dann fort: Ich übergebe Ihnen diese Worte in Form eines Briefes und danke Ihnen nochmals von ganzem Herzen für alles das, was Sie in den vergangenen Jahren geleistet haben.

Chefdirigent Hindemith erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Ich danke Ihnen für Ihre freundlichen Worte und für das schöne Bild. Seien Sie versichert, daß es mir leid tut, von Krakau weggehen zu müssen. Es war mir eine grosse Ehre, dieses Orchester aus Ihrer Hand anvertraut zu erhalten, und eine grosse Freude, mit diesen vorzüglichen Musikerr. zu arbeiten. Ich hoffe, daß ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, und den hiesigen Deutschen mit den Konzerten manche schöne Stunde habe bereiten können. Danken möchte ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, für die warmherzige verständnisvolle Unterstützung meiner kulturellen Arbeit, danken auch allen denen, die mir durch ihre Treue zum Erfolg verhalfen und damit dem Ansehen deutscher Veranwortlichkeit und deutschen Könnens dienten. Möchten Sie sich stets gerne meiner erinnern, wie ich immer warmen Herzens an meine Krakauer Zeit zurückdenken werde.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann bekannt, daß er sich entschlossen habe, mit Wirkung vom 1. September, zunächst kommissarisch mit der gegenseitigen Möglichkeit der Wiederzurücknahme des Vertrages bis zum 1. April 1945 den Dirigenten Swarowsky mit der Leitung der Philharmonie des Generalgouvernements zu betrauen.

Kapellmeister Swarowsky erklärt sich auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs bereit, diese Stellung zu übernehmen.

13^{50} Mittagessen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Sonntag, den 9. Juli 1944

17^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19^{35} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

19^{45} Aufführung des Lustspieles " Don Gil von den grünen Hosen" im Brunnenhof des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

21^{50} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Montag, den 1o. Juli 1944

11[30] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Wille.

Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Wille berichten über die Reise nach Leipzig, die sie im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs aus Anlaß des 70. Geburtstages des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke unternommen haben. - Staatssekretär Dr. Boepple hat aus diesem Anlaß dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke eine Urkunde über seine Ernennung zum Ehrenmitglied des Präsidiums der Internationalen Rechtskammer übergeben.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Staatssekretär Dr. Boepple und dem Präsidenten Wille davon Kenntnis, daß Gouverneur Dr. Fischer in der gestrigen Gouverneursitzung im Zusammenhang eines Kriminalfalles, der in Warschau nach Ansicht des Gouverneurs Dr. Fischer nicht richtig behandelt worden sei, Angriffe gegen die Justiz des Generalgouvernements gerichtet habe, und beauftragt Präsidenten Wille, diesen Fall einer Nachprüfung zu unterziehen.

11[40] Bepsrechung mit Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple, Generalleutnant der Ordnungspolizei Höring und Regierungsdirektor Schmid.

Staatssekretär Koppe gibt dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß ihm der Befehl erteilt worden sei, 2 Polizeiregimenter aus dem Generalgouvernement unverzüglich in den Raum von Wilna abtransportieren zu lassen. Einem sofortigen Abtransport stellten sich aber z.Zt. noch transportmässige Schwierigkeiten entgegen. Angesichts des Verlustes dieser beiden Polizeiregimenter habe er, Staatssekretär Koppe, sich mit Generalleutnant Bork in Verbindung gesetzt, und dieser habe sich an Generaloberst

Fromm mit dem Ersuchen gewendet, einen Ersatz für die beiden Polizeiregimenter zu stellen. Daraufhin habe Generaloberst Fromm versprochen, 5 Landesschützenbataillone für das Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nach Abzug dieser Polizeiregimenter die polizeiliche Exekutive immer mehr verringert werde. Wenn ihm keine ausreichende Exekutive mehr zur Verfügung stehe, dann werde er nicht mehr in der Lage sein, die Verantwortung für die Führung und Verwaltung des Generalgouvernements zu tragen. Angesichts der bevorstehenden Ernte müsse gerade jetzt alles darangesetzt werden, daß in den nächsten wochen und Monaten einigermassen Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement herrschten.

Staatssekretär Koppe macht dann dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß der Führer den Reichsführer SS beauftragt habe, die sämtlichen Stellungsbauten zu übernehmen. Der Reichsführer SS habe darauf ihm, Staatssekretär Koppe, die Verantwortung für den Stellungsbau Weichsel-San übertragen. Er habe sich daraufhin mit Generalleutnant Bork in Verbindung gesetzt und mit ihm diese Frage besprochen. Angesichts dieses Führerbefehls müßten jetzt die letzten Kräfte aufgebracht werden, damit der Ausbau der San-Weichsel-Stellung nach Möglichkeit gefördert werden könne. Neben diesem Stellungsbau kämen auch noch der Ausbau von Stellungen am Narew und am Bug in Frage. Er schlage vor, den Baudienst in grossem Umfange für diese Arbeiten heranzuziehen.

Der Herr Generalgouverneur warnt vor übereilten Maßnahmen. Zunächst einmal müsse Staatssekretär Koppe einen klaren schriftlichen Befehl für die ihm übertragenen Aufgaben haben. Er, der Generalgouverneur, habe einen schriftlichen Befehl für den Ausbau der Rochadelinie erhalten. Es müsse also zunächst einmal festgestellt werden, ob

und inwieweit andere bisher als äusserst dringlich bezeichnete Arbeiten zugunsten des Ausbaues der San-Weichsel-Stellung zurückgestellt werden sollten. Wegen der Heranziehung von Angehörigen des Baudienstes werde sich Staatssekretär Koppe mit Generalarbeitsführer Hinkel ins Einvernehmen setzen müssen. In diese Verhandlungen müsse auch Präsident Gerteis eingeschaltet werden.

12^{15} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

13^{1o} Mittagessen.

15^{4o} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Regierungsrat Frhr. von Medem.

15^{45} Besprechung mit Präsident Gerteis in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Staatssekretär Dr. Boepple gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Ferngespräch, daß er mit Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller geführt und das die Stellung der Ostbahn zum Gegenstand gehabt habe. Die gesamten Ostbahnen sollten danach in das Gefüge der Reichsbahndirektionen eingegliedert werden.

Der Herr Generalgouverneur will vor weiteren Entscheidungen erst den Befehl des Führers abwarten. Ohne den ausdrücklichen Befehl des Führers werde er an der Struktur der Ostbahn nichts ändern lassen.

Präsident Gerteis, der ebenfalls Kenntnis von einer beabsichtigten Neuregelung des Verhältnisses der Ostbahn zur Reichsbahnverwaltung erhalten hat, nimmt an, daß es sich dabei um eine wesentliche Einschränkung der Rechte der Ostbahn, wenn nicht gar um ihre völlige Aufhebung handle. Ihm sei vom Reichsverkehrsministerium gesagt

worden, daß die gegenwärtige Situation eine ganz straffe Zusammenfassung des Apparates der Eisenbahn fordere. Nach Auffassung des Reichsverkehrsministeriums müßten die Sonderrechte der Ostbahn selbstverständlich aufgehoben werden, und es könne nur gestattet werden, daß ein Verbindungsbeamter nach dem Generalgouvernement abgeordnet werde. Im übrigen würde die Ostbahn eine Reichsbahndirektion oder Verkehrsdirektion werden wie die übrigen Direktionen im Reiche.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet die ihm bisher für diese Frage gegebenen Unterlagen vorläufig als unzureichend und beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, sich nochmals mit dem Reichsverkehrsminister bezw. mit Reichsminister Dr. Lammers in Verbindung zu setzen. Er könne nur mit aller Bestimmtheit erklären, daß er die Ostbahn als selbständiges Institut des Generalgouvernements nicht hergebe. Die wirtschaftliche und finanzielle Selbständigkeit wie auch die Selbstständigkeit des Aufbaues der Ostbahn müsse unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben, und dafür würde er sogar seine Stellung als Generalgouverneur in die Wagschale werden.

Im Anschluß an die Besprechung richtet der Herr Herr Generalgouverneur folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lemmers.

> Ich erhalte telefonisch aus dem Reichsverkehrsministerium die Nachricht, daß der Führer einen Befehl, betreffend die Verwaltung der Ostbahn, erlassen habe. Nach diesem Befehl, so wird behauptet, soll der Führer die gesamte Organisation der Ostbahn in wirtschaftlicher und verwaltungsmässiger Beziehung aufgehoben haben.
>
> Bei der geradezu elementaren Bedeutung dieses Schrittes für die gesamte Existenz des Generalgouvernements als eigenen Verwaltungs- und Wirtschaftskörpers halte ich die Nachricht zum minde-

sten für übertrieben, wäre aber angesichts der ungewöhnlichen Dringlichkeit dieser Angelegenheit für eine Benachrichtigung dankbar.

16[30] Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Fernschreibens:

An den Führer des Großdeutschen Reiches, Führerhauptquartier.

Mein Führer!

Angesichts der Entscheidungen, die nunmehr hier im Generalgouvernement zu treffen sind, bitte ich dringendst um einen kurzen Empfang. Ich habe eine ganze Reihe wichtigster Fragen zusammengestellt, in denen ich Ihre Weisung erbitten möchte. Es genügt eine halbe Stunde, um diese Fragen zu entscheiden. Bitte, bestimmen Sie mir Zeit und Ort. Wenn irgend möglich, wäre ich, mein Führer, für sofortigen Empfang dankbar.

16[35] Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch, Regierungsrat Gnauck, Referent von Palézieux und Sturmbannführer Pfaffenroth.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, in welcher Weise die Bände des Tagebuches des Generalgouverneurs, Akten-und Archivmaterial und wichtige Schriftstücke geheimen Charakters gegebenenfalls in Sicherheit gebracht werden können.

Der Herr Generalgouverneur will dafür ein Verteilungssystem aufgestellt wissen. Die Bände des Tagebuches will der Herr Generalgouverneur selber an sich nehmen, um sie vielleicht der Bayrischen Staatsbiblicthek zu übergeben oder für ihre sonstige Unterbringung Sorge zu tragen.

10.7.1944

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Referent von Palézieux, daß die Nahrungsmittelversorgung der Bewohner der Burgstadt ebenso wie die Versorgung mit Trink- und Kochwasser gesichert sei. Die 3 Feuerlöschteiche im Burgbereich gingen ihrer Vollendung entgegen.

Referent von Palézieux weist dann darauf hin, daß die gesamten Kunstschätze, vor allem in Gestalt der wertvollen Bilder, auf der Burg untergebracht seien. Es handle sich hier um internationales Kunstgut, das vielleicht am zweckmässigsten im Burgbereich an seiner bisherigen Stelle belassen werden könnte.

Der Herr Generalgouverneur weist Referent von Palézieux an, ein genaues Verzeichnis dieser Kunstgegenstände aufstellen zu lassen. Einem einwandfreien Polen, der im Burgbereich bleiben könne, müssen von Referent von Palézieux die Schlüssel übergeben werden. Er, der Herr Generalgouverneur, wolle unter keinen Umständen etwas mitnehmen, was Staatseigentum sei.

17[45] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Naumann und Oberstleutnant Roedenbeck.

Staatssekretär Dr. Boepple berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Besprechung, die um 16 Uhr im Grünen Zimmer der Burg stattgefunden und die Frage der Errichtung von Stützpunkten zum Gegenstand gehabt hat.

Dienstag, den 11. Juli 1944

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Gerteis.

Der Herr Generalgouverneur verfügt im Anschluß an diese Besprechung die Absendung eines Antwortschreibens an Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller, in dem er die Unterstellung der Ostbahndirektionen unter die Generalverkehrsdirektion Osten entsprechend den Kriegsnotwendigkeiten anerkennt, insoweit sich diese Umstellung auf den Betriebs- und Verkehrssektor erstreckt. Für ihn als verantwortlichen staatlichen und politischen Chef dieses Raumes sei aber ein Aufgehen der Ostbahn in den Bereich der Reichsbahn mit ihren 150 000 fremdvölkischen Arbeitern und Angestellten völlig unmöglich, da das Generalgouvernement durch den Verlust der Ostbahn in seiner Wirkungskraft um 3/5 der gesamten Potenz geschwächt würde, sodaß ihm eine erfolgreiche Weiterführung seiner Geschäfte als Generalgouverneur zur völligen Unmöglichkeit würde.

Fernschreiben gleichen Inhalts richtet der Herr Generalgouverneur an Generalfeldmarschall Keitel und Reichsminister Dr. Lammers.

Ein Fernschreiben mit eingehender Begründung seiner Stellungnahme richtet der Herr Generalgouverneur an den Führer.

Der Herr Generalgouverneur teilt den Inhalt des an den Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller gerichteten Fernschreibens dem Präsidenten der Hauptabteilung Eisenbahnen Gerteis mit. Er ersucht den Präsidenten zugleich in seiner verantwortlichen Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar, von jeder Durchführung der diesem heute zugegangenen Weisung des Reichsverkehrsministers bis zur Mitteilung der endgültigen Entscheidung des Führers Abstand zu nehmen.

11.7.1944

11^{00} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Schreiben an den Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS Obergruppenführer Koppe:

Mein lieber hochverehrter Kamerad Koppe!

Die mir eben von Ihnen übermittelte Meldung von dem gegen Sie verübten Attentat veranlaßt mich, Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zu Ihrer Errettung auszusprechen. Ich erwarte, daß Sie mir entscheidende entsprechende Sühnemaßnahmen vorschlagen.

Ich freue mich und danke dem Himmel, daß Sie mir und uns allen in dieser schweren Stunde erhalten geblieben sind.

Mit freundlichsten Grüssen
in herzlicher treuer Verbundenheit

Heil Hitler!
Stets Ihr Dr. Frank.

11^{05} Fortsetzung der Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Gerteis.

Im Anschluß an diese Besprechung beauftragt der Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Boepple, dem Präsidenten Wilie mitzuteilen, er solle dafür sorgen, daß die Akten des Reichsbahnrates Müller-Warschau sofort zur Verfügung stehen.

11^{20} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

11^{35} Präsident Gerteis wird nochmals von dem Herrn Generalgouverneur empfangen und überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein an ihn gerichtetes Fernschreiben des Generalfeldmarschalls Model. - Präsident Gerteis wendet sich mit Entschiedenheit gegen die in diesem Schreiben

offenbar auf Grund falscher Darstellung gegen die Generaldirektion der Ostbahn gerichteten Vorwürfe.

Der Herr Generalgouverneur verfügt darauf die Absendung folgenden Fernschreibens an Generalfeldmarschall Model:

Sehr geehrter Herr Generalfeldmarschall!

Ich habe soeben Ihr Fernschreiben, betreffend die Eisenbahntransportverhältnisse im Bereich des Generalgouvernements, erhalten. Mir ist der Inhalt dieses Fernschreibens deshalb unklar, weil bereits seit vielen Monaten die gesamte Betriebs- und Verkehrsleitung der Ostbahn nicht Sache der Regierung des Generalgouvernements, sondern der Generalverkehrsdirektion Osten bezw. der Aussenstelle der Generalbetriebsleitung Ost bei der Generalverkehrsdirektion Ost in Warschau - einer Behörde, die ausschließlich dem Herrn Reichsverkehrsminister untersteht - ist.

Ich habe daher Ihre Kritik an dem Betriebsversagen als eine Mitteilung aufgefaßt, die Sie mir Interesses halber zuleiten; denn ich habe, wie gesagt, schon seit 2 Jahren auf den Betrieb der Ostbahn keinen dienstlichen Einfluß mehr. Wenn also Schwierigkeiten im Betriebe eintreten, so ist die Regierung des Generalgouvernements daran betriebs- und verkehrsmässig völlig unbeteiligt.

Daß die Ostbahn entsprechend dem politischen geschlossenen Führungs- und Verwaltungsaufbau des Generalgouvernements einen eminenten Wirtschafts- und Menschenfaktor in unserem Raum darstellt, hat damit keinen Zusammenhang. In dem gleichen Sinne habe ich mich eben an die zuständigen Stellen des Reiches schon aufklärend

gewendet. Durch organisatorische Änderungen werden Bandenüberfälle und derartige Schwierigkeiten selbstverständlich nicht beseitigt. Die Bandenlage ist nur der Ausdruck für den Mangel an Sicherungskräften in diesem Raum. Diese Situation ist Ihnen aber aus persönlicher Anschauung bekannt.

Es freut mich, daß auch Sie Verständnis für die Verstärkung der Sicherheit der Ostbahn in größtem Masse aufbringen, und ich bitte Sie, mein jahrelanges Bemühen in dieser Richtung auch Ihrerseits geeigneten Ortes allüberall zu unterstützen. Die Geschlossenheit der Führung und Verwaltung des Generalgouvernements ist jedenfalls die Voraussetzung dafür, daß das Gebiet die Erwartungen erfüllt, die vor allem die Wehrmacht an seine Leistungen insgesamt stellt.

Sie werden jede Unterstützung von mir in Ihrem Bemühen erhalten, die Ostbahn beim Reich einer etwas wirkungsvolleren Unterstützung zu unterziehen, als es offenbar bisher der Fall war.

Im einzelnen darf ich zu Ihren Ausführungen feststellen, daß nach den mir gewordenen Meldungen Bewegungen auf der Ostbahn, abgesehen von Störungen durch Banden, nur deshalb aufgehalten worden sind, weil die anschliessenden ausserhalb des Generalgouvernements liegenden Direktionen des Ostens infolge der Verkehrsverhältnisse in ihrem Bereich die Bewegungen nicht vornehmen können. Da ich den Vorwurf eines Versagens mir unterstehender Dienststellen in diesem Punkt nicht hinnehmen kann, wäre ich dankbar, zu erfahren, auf welchen konkreten Fall Sie anspielen. Jedenfalls weise ich mit Entschiedenheit darauf hin, daß mir ein Verschulden

mir unterstehender Behörden auf dem Gebiet der Eisenbahnverspätungen bis jetzt nicht erwiesen ist.

Heil Hitler!
gez.Dr.Frank
Generalgouverneur.

12[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Generalleutnants der Polizei Höring, des SS- und Polizeiführers im Distrikt Krakau SS Brigadeführer und Generalmajor der Polizei Thier und Obersturmbannführer Bartz.

Der Herr Generalgouverneur spricht Staatssekretär Koppe seinen herzlichen Glückwunsch dazu aus, daß er bei dem gegen ihn verübten Attentat unverletzt geblieben ist.

Staatssekretär Koppe schildert dann eingehend den Verlauf des gegen ihn gerichteten Attentatversuches.

Obersturmbannführer Bartz glaubt, auf Grund seiner bisherigen Erfahrungen feststellen zu können, daß die Vorbereitungen wie die Durchführung dieses Attentats darauf schliessen liessen, daß es sich bei den Teilnehmern an diesem Attentatversuch um Angehörige der Warschauer-Widerstandsbewegung handle. Auf Anordnung des Staatssekretärs Koppe werden sofort Maßnahmen zur Festnahme der Täter ergriffen. SS- und Polizeiführer Thier wird mit ihrer Durchführung beauftragt.

Weiter wird eingehend zu der Frage Stellung genommen, welche Sühnemaßnahmen im Verfolg dieses Attentats zu ergreifen sind. Von einer für die polnische Bevölkerung der Stadt Krakau zu verhängenden Ausgangssperre ab 19 Uhr abends will der Herr Generalgouverneur Abstand genommen wissen, um nach aussen hin jeden Eindruck einer Beunruhigung der deutschen Führung des Generalgouvernements zu

11.7.1944

vermeiden. Mit sonstigen Sühnemaßnahmen, vor allem in Gestalt der Erschiessung von bereits verurteilten, aber für einen Gnadenerweis in Aussicht genommenen Angehörigen der Widerstandsbewegung erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden. Vor allem bezeichnet es der Herr Generalgouverneur als unbedingt notwendig, eine genaue Kontrolle der aus Warschau kommenden polnischen Bevölkerung durchzuführen und gegebenenfalls überhaupt das Verlassen der Stadt Warschau für Polen zu verbieten.

In diesem Zusammenhang nimmt der Herr Generalgouverneur zu der von der Regierung des Generalgouvernements durchgeführten Polenpolitik Stellung und betont dabei insbesondere, wie sehr die ganze Polenpolitik seit 1939 darunter leide, daß die deutsche Führung einerseits bestrebt sein müsse, die deutsche Autorität durchzusetzen, andererseits aber im Hinblick auf die grossen Aufgaben, die dem Generalgouvernement gestellt seien, in weitem Umfange von der Arbeitskraft der Polen abhängig sei. Die Notlage, in der sich das Reich und die Reichsführung im Raum des Generalgouvernements befänden, werde von den Banditen in jeder Weise ausgenutzt. Überhaupt stelle ja die Tatsache, daß das Reich heute so überaus stark auf fremdvölkische Arbeitskräfte angewiesen sei, eine grosse Belastung der europäischen Situation dar. Aufgaben, wie die der Überwachung einer fremdvölkischen Bevölkerung könnten die Sowjetrussen wesentlich leichter erfüllen, da ihnen ja der ganze gewaltige Apparat der GPU zur Verfügung stehe und sie z.B. im Stande seien, allein für die Stadt Lemberg 20 000 Tschekisten für diese Aufgabe bereitzustellen.

12^{30} Besprechung mit Staatssekretär Koppe und Staatssekretär Dr. Boepple.

16^{40} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Mittwoch, den 12. Juli 1944

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{15} Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Dr. von Craushaar berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Ergebnisse seiner Reise nach Budapest und Preßburg.

In seinen Budapester Verhandlungen habe er erreicht, daß in Ungarn bis zu 90 000 Flüchtlinge aus dem Generalgouvernement, hauptsächlich polnische und weißruthenische nicht arbeitsfähige Leute Aufnahme finden könnten. Er habe auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich diese Zahl noch vergrössern könne. Die Flüchtlinge sollten mit der Bahn über Deutschland nach Ungarn gebracht werden, würden in Ungarn vorerst in militärische Hand kommen und dann nach Erreichung der Zielstationen von der ungarischen Verwaltung betreut werden.

Die Verhandlungen in Preßburg seien noch nicht abgeschlossen; jedoch hoffe er, in der Slowakei bis zu 30 000 Flüchtlinge unterbringen zu können. Dort bestünden vor allem Schwierigkeiten für die Ernährung. Nachricht über eine erzielte Einigung werde sofort gegeben werden.

Der Herr Generalgouverneur spricht Präsident Dr. von Craushaar für diesen Erfolg seinen Dank aus.

12^{30} Besprechung mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur stellt im Königssaal dem slowakischen Propagandachef Tido Gaspar die Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements vor.

Dabei hält Staatssekretär Dr. Boepple folgende Ansprache:

12.7.1944

Exzellenz! Ich habe die Ehre, Sie im Namen der Mitglieder des Generalgouvernements auf der Burg zu Krakau herzlich zu begrüssen. Sie und die Herren Ihrer Begleitung als Vertreter des befreundeten und verbündeten slowakischen Volkes, das mit uns die grossen Schlachten des Krieges im Osten geschlagen hat, sind uns herzlich willkommen.

In der Geschichte des slowakischen Volkes ist dies nicht das erste Mal: auch im Weltkrieg waren ja die Söhne des slowakischen Volkes an der Seite des deutschen und haben die grossen Schlachten mitgeschlagen.

Aber nicht nur als Politiker begrüssen wir Sie hier in Krakau, sondern auch als den Mann der Kultur, den Dichter, der mit seinem künstlerischen Schaffen durch eine Ausgabe, die demnächst hier in Krakau erscheinen wird, uns Deutschen hier im Generalgouvernement bekannt werden wird. Diese Verbindung durch die Kultur, durch Ihr künstlerisches Schaffen scheint mir gleichsam symbolhaft zu sein für den Weg, den die Völker Europas nach dem Sieg zu gehen haben: Wir müssen uns gegenseitig kulturell ergänzen; Sie als der Dichter Ihres slowakischen Volkes machen uns Deutsche mit der geistigen Haltung Ihres Volkes bekannt wie wir Deutsche die anderen Völker, seien es Italiener, Franzosen oder andere, sodaß wir auf kulturellem Boden diese europäische Zukunft gleichsam symbolisch dargestellt sehen.

Exzellenz Gaspar erwidert:

Exzellenz! Ich danke Ihnen herzlichst für diese äusserst liebenswürdigen Worte. Ich empfinde in ihnen nicht nur eine grosse Freude, sondern zugleich auch den Ausdruck der Sympathie, die die Vertreter der grossen deutschen Nation für uns Slowaken hegen. Seien Sie überzeugt, daß ein Slowake, der die Geschichte seines Volkes, die Geschichte Europas kennt, der den Sinn dieses grossen heiligen Ringens zu verstehen sucht, mit einem wirklichen Glück erfüllt ist, daß es nach Jahrhunderten - ich möchte

sagen - des Lebens im Schatten seinem Volk gelungen ist, mit der großzügigen Hilfe der deutschen Nation und des Führers wieder auf den Boden der Freiheit zu gelangen und zugleich an der Seite der deutschen Nation für die eigene Zukunft sowie auch für eine bessere Zukunft Europas mit seinen bescheidenen Kräften beizutragen. Wir sind überzeugt, daß, wenn jemand dieses Europa nicht nur zu erretten, sondern auch neu zu gestalten und in eine bessere Zukunft zu führen berufen ist, es das deutsche Volk ist, das nicht nur durch viele Äusserungen seines Genius, sondern hauptsächlich jetzt durch seine grossen unerlässlichen Opfer an deutschen Menschen und Soldaten eine Garantie bietet für eine bessere und glücklichere Zukunft Europas und seiner Völker.

Ich danke aus tiefem Herzen, daß mir bei diesem Besuch ermöglicht war, nicht nur meine Kenntnisse zu erweitern, sondern auch Persönlichkeiten kennen zu lernen, die dem Führer des deutschen Volkes so wirkungsvolle Mitarbeiter sind, damit seine politische Konzeption ermöglicht wird.

IV/8 19^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19^{30} Festkonzert in der Staatsoper mit Hans Pfitzner als Gastdirigent.

Unter Leitung des Professors Dr. Hans Pfitzner bringt das Orchester des Staatstheaters Werke von Schumann, Weber und des Komponisten Professor Dr. Hans Pfitzner zu Gehör.

21^{50} Staatsdiner im Kaminsaal der Burg, gegeben von dem Herrn Generalgouverneur aus Anlaß der Anwesenheit des Slowakischen Propagandaministers Tido Gaspar.

Im Verlauf des Essens ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

12.7.1944

Exzellenz! Ich habe die hohe Ehre, Sie im Namen der Deutschen des Generalgouvernements als Vertreter der Slowakei in unserer Mitte auf das Herzlichste zu begrüssen. Die Herren der Regierung haben schon Gelegenheit gehabt, Sie heute feierlich willkommen zu heissen. Es obliegt mir nun, Ihnen, Herr Minister Gaspar, in unser aller Namen nochmals die herzlichsten Wünsche für die Slowakei und unsere ganz besondere Verbundenheit mit dem tapferen Volk der Slowaken zum Ausdruck zu bringen.

Wir sind hier im Generalgouvernement die unmittelbar durch eine viele 100 km lange Grenze mit Ihrem Lande verbundenen Nachbarn. Wie sind hier die Repräsentanten des Großdeutschen Reiches einem Staat gegenüber, der sich der vollsten Selbständigkeit erfreut und in engster Schicksalsgemeinschaft mit dem Großdeutschen Volk auch für seine eigene Kultur, für seine eigene Zukunft in dem neuen Europa kämpft. Schulter an Schulter stehen Ihre braven Soldaten mit den Soldaten unserer Wehrmacht. Ihre Wirtschaft kämpft in engster Verbundenheit mit der deutschen Wirtschaft. Ihre Ernte, Ihren Holzreichtum, Ihre Maschinenproduktion, Ihre völkische Kraft setzen Sie für sich und Ihre eigene Zukunft ebenso ein wie für das grosse gemeinsame europäische Freiheitsziel.

In einem Zeitpunkt schwerster kritischer Kriegsentwicklung treffen wir uns. Sie kommen zu uns in einem Augenblick, in dem nun von allen Seiten die ewigen Feinde der europäischen Freiheit und Selbstentwicklung gegen uns anrennen. Es brandet der Sturm, es flammen die gewaltigen Kriegsgeschehnisse ringsum.

Seien Sie überzeugt, Exzellenz, daß wir hier im Generalgouvernement, die wir die stolze Sendung in uns spüren, im Namen des Führers und des Reiches an vorgeschobener einsamer, aber autonom gesicherter Stelle die Bastion des Ostens Großdeutschlands darzustellen, eine seelische und geistige Unterbauung unserer Situation in dem Gefühl empfinden, das unsere Blicke über unsere Südgrenze hinaus in Ihr so friedliches, jugendlich aufstrebendes, zukunftsfrohes Land gehen läßt. Wir haben

keine Grenzprobleme; friedlich stossen unsere Bereiche aneinander. Mit innigster Freude als treuer Freund Ihres Volkes beobachte ich nun in den 5 Jahren, da wir Nachbarn sind, den segenerfüllten Aufstieg des Nationalbewußtseins Ihres Volkes, der Gesundheit und der totalen Stärke Ihrer Nation. Nach vielen Jahrhunderten von vielfältig verschiedenen, aber trotzdem einheitlich ausgeprägten Unterdrückungen Ihrer Nation ist nunmehr das slowakische Volk, zu einer grossen eigenen Zukunft berufen, wieder erstanden.

Meine herzlichsten Wünsche begleiten Sie, Herr Minister, der Sie nicht nur im Range eines Mitgliedes der Führung Ihres Landes bei uns sind, nicht nur als einer derjenigen, die in dem Gedanken an den edlen Gründer der völkischen Freiheit der Slowakei, den Märtyrer Hlinka, Ihren Dienst in diesem Staat in vielen würdigen Positionen versehen, sondern der Sie auch heute an markanter Stelle in der Propagandaführung Ihres Raumes zur Lebendighaltung der Beziehungen der Slowakei mit dem Deutschen Reiche tätig sind;-daß Sie gerade in diesem Augenblick zu uns kommen, verpflichtet mich Ihnen. Ich danke Ihnen dafür; meine Wünsche für Sie und für Ihr Volk geleiten Sie wieder zurück in Ihr Land.

Dieses Zusammensein, das Sie uns hier in diesem Saal gegeben hat, ist um so schöner, als es mir nunmehr auch möglich ist, Ihnen, hochverehrter Meister Pfitzner, in unser aller Namen zu danken und der Freude Ausdruck zu geben, daß auch Sie heute in unserer Mitte weilen. Als einer der ganz grossen Meister haben Sie es sich nicht nehmen lassen, auf meine Einladung hin das Fest zu verschönen, das ich meinen slowakischen Freunden heute hier als Repräsentanz der deutschen Kunst zu geben gedachte. Daß Sie, Meister Pfitzner, als einer der grossen Träger und Mitgestalter der deutschen musikalischen Kunst, in dem all' das großartig leuchtende der deutschen musika-

lischen Seele lebendig strahlt, heute in unserer Mitte weilen, gibt mir willkommenen Anlaß, Ihnen, verehrter Meister, wenn auch verspätet, so doch mit voller Herzlichkeit die Glückwünsche aller Deutschen des Generalgouvernements zu Ihrem unlängst stattgefundenen 75. Geburtstagsfest noch nachträglich zum Ausdruck zu bringen. Seien Sie vielmals herzlich bedankt, daß Sie trotz der Strapazen die Reise nach Krakau angetreten haben. Ich glaube, der Jubel, mit dem heute abend Ihre Kunst aufgenommen wurde, wird Innen zeigen, daß ich im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements spreche.

Indem wir uns erheben und auf das Wohl der Slowakei, des slowakischen Volkes, des slowakischen Staatspräsidenten und unseres lieben Freundes des Herrn Ministers Gaspar und seiner Begleitung trinken, trinken wir auch auf den Sieg Deutschlands und der Slowakei. Indem wir, Meister Pfitzner, auf Ihr Wohl trinken, trinken wir auf die Unsterblichkeit der deutschen Kunst.

Propagandachef Minister Tido Gaspar erwidert mit folgenden Worten:

Ich bedaure wirklich tief, daß ich die deutsche Sprache in ihrem vollen Wortschatz nicht so beherrsche, wie ich es müßte, um Ihnen für die so liebenswürdige Aufnahme und für Ihre soeben gesprochenen schönen Worte auf das Herzlichste zu danken. In einer grossen Zeit wird mir die Ehre zuteil, Ihrer Einladung Folge zu leisten und damit einen Boden zu betreten, von dem aus ein weltumspannendes Ringen seinen Ausgang genommen hat. Mir ist es daher ein aufrichtiges Bedürfnis, festzuhalten, daß das gemeinsame Verantwortungsbewußtsein, das Deutschland und die Slowakei unter diesem Wogen zusammengeführt hat, durch das Blut unserer Soldaten bestätigt und durch den Einsatz unserer schaffenden Volksgemeinschaft bekärftigt wurde. Jetzt, da unsere Völker auf dem Höhepunkt ihres Lebenskampfes stehen, ist es meine tiefe Überzeu-

gung, daß diese gemeinsame Arbeit, unser gemeinsamer Kampf und die gemeinsamen Opfer uns um so enger verbinden und den Ansturm unserer Feinde von Ost und West siegreich überstehen lassen werden.

Exzellenz! Ich beglückwünsche Sie, der Sie auf schwersten Boden gestellt sind, zu Ihrer geschichtlichen Aufgabe. Mit dem Ausdruck des tiefen Dankes für das schöne Erlebnis des heutigen Tages erlaube ich mir, mein Glas auf den Führer, auf den Sieg seiner grossen europäischen Sendung und auf Ihr persönliches Wohl, Exzellenz, wie auf das Gedeihen Ihres grossen Werkes zu erheben.

IV/8

Krakau

Donnerstag, den 13. Juli 1944

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Koppe.

Staatssekretär Koppe berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den gegenwärtigen Stand der Sicherheitslage. Er weist dabei insbesondere auf die Tatsache hin, daß in den letzten Tagen drei vollständige Polizeiregimenter aus dem Generalgouvernement nach dem Osten abberufen worden seien, sodaß für den polizeilichen Schutz des gesamten Generalgouvernements nur noch zwei, zudem noch nicht einmal vollständige Polizeiregimenter zur Verfügung ständen.

Im Anschluß an diese Mitteilung richtet der Herr Generalgouverneur ein Fernschreiben an den Reichsführer SS Himmler. In diesem Fernschreiben weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß er die Verantwortung für einen irgendwie noch eintretenden brauchbaren Ertrag des Generalgouvernements für das Reich ablehnen müsse, und bittet den Reichsführer SS, eine bestens informierte Persönlichkeit aus seinem Stabe zur Aufklärung über die Lage nach Krakau zu entsenden. Weiter äussert der Herr Generalgouverneur schwerste Befürchtungen gegen einen durch den Mangel an Exekutivkräften hervorgerufenen Ausfall an Ernteprodukten, Rüstungsfabrikaten, gegen eine zunehmende Verschlechterung der Transportbedingungen und macht darauf aufmerksam, daß sich der Deutschen im Generalgouvernement mehr und mehr ein Gefühl der Verlassenheit gegenüber der Heimat bemächtige. Er gibt dem Vertrauen Ausdruck, daß die Polizeiregimenter wieder frisch aufgefüllt in das Generalgouvernement zurückgeschickt würden, sobald es die Lage einigermassen gestatte.

13.7.1944

11[35] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, die Gouverneure Dr. von Burgsdorff, Dr. Fischer und Dr. Wächter telefonisch dahin zu verständigen, daß sie sich im Auftrage des Generalgouverneurs mit den Ostbahndirektionspräsidenten ihrer Distrikte in Verbindung setzen und ihnen erklären sollten, daß die Mitteilung des Reichsverkehrsministers Dr. Dorpmüller von einer angeblichen Weisung des Führers wegen Übernahme der Verwaltung der Ostbahn durch das Reichsverkehrsministerium z.Zt. auf ihre Richtigkeit nachgeprüft werde.

11[45] Besprechung mit Präsident Naumann und Ministerialrat Dr. Behr.

Präsident Naumann teilt zunächst mit, daß Verhandlungen wegen der Einrichtung von Stützpunkten liefen.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, ihm sofort Meldung zu machen, wenn sich irgendwelche Schwierigkeiten in dieser Beziehung ergeben sollten.

Präsident Naumann legt sodann dem Herrn Generalgouverneur einen Erlaß über den Ernteausnahmezustand, eine sich daran anschliessende Verordnung undeinen Aufruf an die Bevölkerung des Generalgouvernements vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet diese 3 Verlautbarungen.

Präsident Naumann weist ferner auf die sehr ernste Spritsituation im Generalgouvernement hin. Angesichts dieser Situation habe man sich entschlossen, 6 000 to Getreide für die Spritherstellung zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Menge könnten zusätzlich 4 Millionen Liter Wodka produziert werden.

13.7.1944

12[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt den stellvertreten-
den Gauleiter Metzner-Kattowitz und Professor Köppken in Gegenwart des Präsidenten Dr. von Craushaar, Oberdienstleiter Tießler und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, ob und in welchem Umfange eine Rückverlegung von Heeresbetrieben aus der Front in die östlichen Wehrkreise stattfinden soll.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß Oberschlesien gegebenenfalls als Aufnahmegau bei der Rückverlegung von Werkstättenbetrieben des Heeres in Betracht komme. An das Generalgouvernement würden z.Zt. hinsichtlich der Aufnahme von Betrieben seitens der Wehrmacht und der Rüstungsindustrie des Reiches grosse Raumanforderungen gestellt. Dazu komme nicht nur als Raumproblem, sondern auch als äusserst wichtiges politisches Problem die Flüchtlingsbewegung. Wenn in der jetzigen Lage volksdeutsche und andere Flüchtlinge in das Generalgouvernement ungeordnet hereinströmten, dann könne das für die Sicherheit des Landes von unabsehbaren Folgen sein. Z.Zt. lasse sich zahlenmässig noch nicht übersehen, wie groß der unkontrollierbare Flüchtlingszustrom sei. Zwar könnten die arbeitseinsatzfähigen fremdvölkischen Flüchtlinge zu einem Teil für die Arbeit im Reich vermittelt werden, es bleibe aber das Problem bestehen, wie die nicht arbeitseinsatzfähigen Flüchtlinge behandelt und im Generalgouvernement untergebracht werden sollten.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Klärung aller dieser Fragen für unbedingt notwendig und beauftragt Präsident Dr. von Craushaar, auf diesem Gebiet mit Professor Köppken zusammenzuarbeiten.

13.7.1944

13^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich, Präsident Bauder und dem Beauftragten für die Reichslastverteilung Dr. Fischer.

Präsident Dr. Emmerich überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Ost-Energie AG.

Weiter teilt Präsident Dr. Emmerich mit, daß eine Aufsichtsratsitzung der Ost-Energie AG für den nächsten Tag einberufen worden sei. In dieser Aufsichtsratsitzung wolle man sich über verschiedene Einzelheiten der Errichtung bezw. der Inbetriebnahme eines Kraftwerkes bei Kressendorf informieren; es solle auch ein Lokaltermin stattfinden. Die Errichtung dieses Kraftwerkes diene vor allem der Sicherung der Stromversorgung im Generalgouvernement, die allerdings wieder von der Verbindung mit Oberschlesien abhängig sei.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß der frühere Präsident der Hauptabteilung Finanzen, der jetzige Oberfinanzpräsident Spindler, aus dem Aufsichtsrat der Ost-Energie AG ausscheiden möge. Wenn eine Persönlichkeit lediglich kraft eines öffentlichen Amtes Aufsichtsratsmitglied oder Aufsichtsratsvorsitzender sei, dann müsse sie bei Fortfall dieses seines Amtes aus dem Aufsichtsrat ausscheiden.

13^{00} Mittagessen.

15^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Slowakischen Propagandachef Minister Tido Gaspar, der in Begleitung des Gesandtschaftsrats Dr. Endrös und seines persönlichen Referenten erschienen ist.

Anwesend sind ferner Präsident Ohlenbusch, Botschaftsrat Dr. Schumburg und Pressechef Gassner.

13.7.1944

Minister Gaspar verabschiedet sich von dem Herrn Generalgouverneur mit Worten des Dankes für die schönen Stunden, die er in Krakau erlebt hat.

Der Herr Generalgouverneur überreicht Minister Gaspar zum Andenken an seinen Besuch in Krakau ein Exemplar des Behaim-Codex mit eigenhändiger Widmung.

17^{00} Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Generalleutnant Schindler, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Gerteis, Generalarbeitsführer Hinkel, Präsident Struve und Stabsführer beim höheren SS- und Polizeiführer SS-Obersturmbannführer Reich.

Der Herr Generalgouverneur teilt zunächst mit, daß Staatssekretär Dr. Ing. Ganzenmüller morgen zu einer Besprechung nach Krakau kommen werde, und bittet Präsident Gerteis, ihn zu empfangen.

Staatssekretär Koppe gibt davon Kenntnis, daß der Reichsführer SS ihm den Auftrag gegeben habe, die Weichsel-San-Linie mit allen nur denkbaren Mitteln und im schnellsten Tempo auszubauen. Er habe demnach persönlich die Verantwortung für den Ausbau dieser Stellung zu tragen und müsse befehlsgemäß alle noch vorhandenen Kräfte dafür einschalten. Da ergebe sich zunächst die Frage, inwieweit der bewährte und gut qualifizierte Baudienst für diese Aufgabe eingesetzt werden könne. Es müsse nun geprüft werden, ob der Bau der Rochadelinie oder der Stellungsbau Weichsel-San von grösserer Wichtigkeit sei.

Präsident Gerteis gibt eine Übersicht über die z.Zt. mit starken Kräften des Baudienstes durchgeführten Arbeiten an Eisenbahnlinien des Generalgouvernements. Er halte sich nicht für befugt, auf die Weiterführung dieser Arbeiten zu verzichten.

13.7.1944

Der Herr Generalgouverneur will zunächst die Frage beantwortet wissen, welche Angebote von der Leitung des Baudienstes gemacht werden könnten. Er stelle fest, daß die von Präsident Gerteis erwähnten Eisenbahnbauten von größter auch kriegsentscheidender Wichtigkeit seien. Die Durchführung dieser Bauten sei von obersten Reichsstellen angeordnet, und eine Einstellung durch Abzug von Arbeitskräften des Baudienstes könne nicht verantwortet werden. Für den Stellungsbau Weichsel-San müßten die bereits tätigen Kräfte angesetzt werden, die jetzt noch im Dienste der Wehrmacht ständen. Diese zivilen Kräfte müßten allerdings zum 1. August ausgetauscht werden.

Staatssekretär Koppe ist der Ansicht, daß abgesehen von einer Heranziehung des Baudienstes auch die zivilen Kräfte ganz erheblich verstärkt werden müßten. Die Stellung solle in 4 oder 5 Wochen verteidigungsfähig sein. Die Arbeiten z.B. für die Festlegung der Trasse seien bereits in Angriff genommen, auch könne der von General Haenicke aufgestellt Plan übernommen werden.

Präsident Struve betont, daß im Rahmen des festgelegten Bauprogramms z.Zt. die Zahl der zur Verfügung zu stellenden Arbeitskräfte kein Problem sei. Aber für die Durchführung eines so umfassenden Bauvorhabens gehöre eine Organisation bautechnischer Art mit Baufirmen, Baugerät, rollendem Material usw., und das alles fehle vorläufig noch.

Der Herr Generalgouverneur will auf diese Einzelheiten nicht eingehen, gibt aber der Auffassung Ausdruck, daß es unter Aufrechterhaltung des gesamten Arbeitspotentials, das weder im Sektor des Transportes noch im Sektor der Rüstungsindustrie irgendwie durch dieses Bauvorhaben berührt werden dürfe, möglich sein müsse, positive Vorschläge zu machen. Deswegen verlange er, daß als 3. ganz grosses Arbeitsgebiet neben Eisenbahnbauten und Ausbau

der Rüstung diese San-Weichsel-Stellung gebaut werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalarbeitsführer Hinkel, daß z.Zt. der gesamte Baudienst für bestimmte Arbeiten eingesetzt sei: 21 900 Mann bei der Eisenbahn, 6 136 Mann bei der Wehrmacht z.B. für den Ausbau von Flugplätzen. Es werde sich aber ermöglichen lassen, mehrere Abteilungen des Baudienstes unter Umständen für den Stellungsbau frei zu machen. Weitere Einberufungen zum Baudienst seien z.Zt. angesichts der Überlastung der Baudienstführer nicht möglich.

Abschliessend stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß bei genauer Überprüfung der dem Baudienst gestellten Aufgaben wohl immerhin 6- bis 7 000 Mann für den Stellungsbau zur Verfügung gestellt werden könnten.

Krakau

Freitag, den 14. Juli 1944

11^{30} Besprechung mit General Haenicke.

11^{50} Besprechung mit General Haenicke, den Staatssekretären Dr. Boepple und Koppe und Präsident Dr. von Craushaar.

Zur Besprechung wird später Präsident Dr. Eißfeldt hinzugezogen.

Thema der Besprechung ist die Sicherheitslage im Generalgouvernement. Infolge des Abzuges von 3 Polizeiregimentern aus dem Generalgouvernement an die Ostfront und infolge der ungewöhnlichen Ersatznotwendigkeiten für die verschiedenen ungeheuer gesteigerten Frontbedürfnisse ist eine weitere Verstärkung von Wehrmachtskräften im Generalgouvernement nicht möglich.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt auf Vorschlag des Generals Haenicke den Übergang vom Stützpunkt- zum Schwerpunktsystem derart, daß an einzelnen erntewichtigen Zentralpunkten des Generalgouvernements entweder von der Wehrmacht oder von der Polizei grössere Schwerpunkte gebildet werden. Die dadurch auftretenden Schwierigkeiten und allenfallsige Mindererträge der Ernte müßten eben angesichts der schwierigen Lage des Gesamten in Kauf genommen werden.

Staatssekretär Koppe spricht die Hoffnung aus, für die abgezogenen Polizeikräfte einigen Ersatz zu bekommen.

Im Anschluß daran teilt der Herr Generalgouverneur mit, daß der Ausbau der Weichsel-San-Stellung auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements übergegangen sei. Er bitte, dem Staatssekretär Koppe hierbei jegliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Er selbst habe bereits am Vortag die diesbezüglichen Arbeitseinsatzbefehle gegeben.

14.7.1944.

Im Anschluß daran berichtet Präsident Eißfeldt über seine Bemühungen, den Tankholzertrag im Generalgouvernement zu steigern. Dies sei nur möglich, wenn er von der Wehrmacht oder von der Polizei die nötige Exekutive dafür erhalte.

Es soll nun versucht werden, den Aufbau der Schwerpunkte im Generalgouvernement so zu legen, daß 3 grosse Schwerpunkte in die Nähe von grösseren Holzbezirken gelegt werden, um damit einen gemeinsamen Schutz der Ernteerfassung und der Holzaufbringung soweit als möglich zu gewährleisten.

Präsident Eißfeldt berichtet weiter über die steigende Unmöglichkeit, den Holzanforderungen der Truppe aus dem Generalgouvernement zu entsprechen. Er macht darauf aufmerksam, daß durch die persönlichen Ämterwechsel im Reichsforstamt zu Berlin eine grosse Unstetigkeit in der Behandlung der Holzversorgungsfragen eingetreten sei. Er schlägt vor, einige Herren des Reichsforstamtes ins Generalgouvernement zu persönlichen Besprechungen einzuladen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Eißfeldt mit der Vorlage eines diesbezüglichen Einladungsbriefes.

In der Angelegenheit "Delta, Holzaufbringungswerk der Luftwaffe" äussert der Herr Generalgouverneur seine Befriedigung über den Inhalt eines Schreibens des Generalfeldmarschalls Milch, indem von diesem die vom Herrn Generalgouverneur gestellten Bedingungen für die weitere Aufrechterhaltung des Holzbeschaffungswerkes Delta angenommen sind. Er beauftragt Präsident Eißfeldt, ihm auf dieses Schreiben einen Antwortbrief vorzulegen.

Staatssekretär Dr. Boepple übergibt dem Herrn Generalgouverneur einen schriftlichen Bericht über seine Reise nach Leipzig, die er im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs aus Anlaß des 70. Geburtstages des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke durchgeführt hat.

14.7.1944

12^{35} Besprechung mit Oberst Fischer und dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle.

Gegenstand der Besprechung ist der am nächsten Tage stattfindende Empfang der Führer des Sonderdienstes.

13^{00} Mittagessen.

15^{00} Besprechung mit Staatssekretär Ganzenmüller, Ministerialdirektor Dr. Müller in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple, Präsidenten Gerteis und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Thema der Besprechung ist die vom Reichsverkehrsminister auf Grund einer Führerweisung geforderte Übernahme der Ostbahn in die Generalverkehrsdirektion Osten unter Leitung des Ministerialdirektors Dr. Müller.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß die Einheitlichkeit der deutschen Führung dieses Raumes, wie sie das bis jetzt allen gewohnte Bild nach aussen darstelle, unbedingt gewahrt bleiben müsse. Die Ostbahn stelle 3/5 der Gesamtpotenz dieses Raumes dar, und im jetzigen kritischen Augenblick könne sie mit ihren 150 000 Angestellten und Arbeitern nicht eine Reichseinrichtung werden. Diese Umorganisation würde unter die Polen größte Beunruhigung bringen, da sie dadurch fest davon überzeugt würden, daß das Reich ihnen im Laufe der Zeit alles wegnehmen würde. 16 Millionen Fremdvölkische müßten in diesem Raum im Interesse des deutschen Sieges in Ordnung gehalten werden; nach dem Abzug von 3 Polizeiregimentern an die Ostfront stünden als Exekutivkräfte für diesen Raum mit seinen 150 000 qkm nur noch 2 schwache Regimenter zur Verfügung. Jede Beunruhigung der Fremdvölkischen müsse darum vermieden werden. Die Polen müßten das Vertrauen haben, daß der Führer einmal erklären werde, im Generalgouvernement werde eine polnische Staatsverwaltung ähn-

lich der des Protektorats eingerichtet. Werde mit der Ostbahn ein wesentliches Stück aus der einheitlichen Führung dieses Raumes herausgeschnitten, dann verliere das Generalgouvernement seinen Lebensnerv.

Eine Auflösung der Generaldirektion der Ostbahn und die Führung der Ostbahn durch die Generalverkehrsdirektion Osten von Bromberg aus würde auch unzweckmässig sein, da die Voraussetzungen für ein Funktionieren der Ostbahn, also die gesamten Personalsachen, Bereitstellung der Arbeitskräfte, Schaffung der Ernährung, Bekleidung usw. doch nur von der Regierung des Generalgouvernements gemacht werden könnten. Ein Betrieb mit 150 000 Angestellten und Arbeitern brauche eine eigene Spitze im Lande. Für den gesamten Sektor der nicht verkehrsmässigen aber aus den Bedingungen des Generalgouvernements aufsteigenden gemeinsamen Aufgaben der Ostbahndirektionen müsse eine Zentrale in Krakau bestehen, und auch die Verkehrsinteressen des Generalgouvernements müßten von Krakau aus wahrgenommen werden. Wenn das Land durch eine solche Umorganisation plötzlich in Aufruhr komme, gebe es keine Erfüllung der Aufgaben des Generalgouvernements im Reichsinteresse mehr. Es gebe nur einen Weg und der sei, daß die Ostbahn mit ihrer Generaldirektion und ihren 3 Eisenbahndirektionen nach aussen bestehen bleibe, und alles, was den Betrieb und Verkehr angehe, restlos der Reichsbahn übertragen werde. Nach aussen hin dürfe eine Umorganisation unter keinen Umständen in Erscheinung treten.

Staatssekretär Ganzenmüller verweist darauf, daß er den Befehl habe, den ganzen Ostraum transporttechnisch von einer Stelle aus einheitlich führen zu lassen. Dieser Ostraum werde infolge der Entwicklung an der Front immer kleiner, sodaß jetzt die Ostbahn mit dem bisher bestellten Ostraum zusammengeschaltet werden müsse. Die Fronten seien so beweglich, daß unbedingt eine Stelle da sein müsse, die die notwendigen Truppenverschiebungen einheitlich nach den Wünschen der Militärs ohne viel zu verhandeln vornehmen könne. So sei er auch gezwungen, die Reichs-

bahnverkehrsdirektion Königsberg an Warschau anzuhängen. Wenn zur Aufrechterhaltung der guten Stimmung der Polen ein weiteres Verbleiben des Präsidenten Gerteis in seinem Amt notwendig sei, stehe dem nichts entgegen. Man könne den Betrieb nicht vom Verkehr, vom Bau oder von der Führung des deutschen Personals trennen. GVD und GedOB müßten in ihrer Leitung zu engster Zusammenarbeit verpflichtet werden, und die GedOB müsse Weisungen entgegen nehmen, soweit sie das Verkehrs- und Transportwesen beträfen.

Nach längerer Aussprache werden vom Herrn Generalgouverneur folgende Gedanken für eine Einigung skizziert, auf Grund derer die weiteren Verhandlungen stattfinden sollen:

Bestehen bleiben die Hauptabteilung Eisenbahnen in der Regierung des Generalgouvernements, die Generaldirektion der Ostbahn und die 3 Eisenbahndirektionen sowie die Ostbahn als Wirtschaftskörper. Die Generaldirektion der Ostbahn wird aufs engste an die Generalverkehrsdirektion Osten angegliedert im Hinblick auf die dringende Kriegsnot. Weisungen die Ostbahn betreffend sollen womöglich dem Generalgouverneur zur Stellungnahme zugeleitet werden. Die GVD hat gegenüber der GedOB Weisungsrecht. Die Ostbahn wird von den Reichsbahnbehörden als Einrichtung des Generalgouvernements geachtet und anerkannt und nicht als zum Sterben verurteiltes Instrument angesehen. Kameradschaftliche Zusammenarbeit ist erste Pflicht.

Ministerialdirektor Dr. Müller gibt der Überzeugung Ausdruck, daß er mit Präsident Gerteis auf dieser Basis zusammen arbeiten könne. Er werde nicht mehr verlangen, als was er für die Führung seines Amtes unbedingt brauche.

Der Herr Generalgouverneur verpflichtet Präsident Gerteis, jede Maßnahme im Interesse des Krieges, die Ministerialdirektor Dr. Müller als Leiter der GVD von der Ostbahn verlange, den Interessen des Landes Generalgouvernement voranzustellen. Er gebe ihm Vollmacht, jede Angelegenheit, die für die Front wichtig sei, selbständig in seinem Namen zu erledigen.

14.7.1944

Der Herr Generalgouverneur gibt dann bekannt, daß er an seine Gouverneure die amtliche Aufforderung zum Abtransport der deutschen Frauen und Kinder samt ihren Gütern geben müsse.

Staatssekretär Ganzenmüller erwidert, daß eben für den Abtransport dieser 100 000 Menschen eine Evakuierungsaktion gestartet werden müsse, deren Einzelheiten er mit Präsident Gerteis besprechend wolle. Auch in Ostpreussen werde eine solche Aktion gestartet werden müssen.

Im Anschluß der Besprechungen verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgender Fernschreiben an Generalfeldmarschall Keitel:

> In eingehenden Besprechungen haben die Unterzeichneten heute die gesamten Fragen der Regelung der einheitlichen Führung des Bahnverkehrs im Osten zur beiderseitigen Zufriedenheit geklärt. Wir sind über alle Fragen ins reine gekommen.
>
> gez. Staatssekretär Ganzenmüller
> gez. Generalgouverneur Frank.

16^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

19^{00} Gastspiel des Schillertheaters mit Heinrich George in dem Schauspiel "Katrin" von Walter Stanietz.

Sonnabend, den 15. Juli 1944

11^{00} Besprechung mit Regierungsrat Frhr. von Medem.

Der Herr Generalgouverneur weist Regierungsrat Frhr. von Meden an, in Zusammenarbeit mit Präsident Dr. von Craushaar ein genaues Programm darüber aufzustellen, wieviel Beamte und Angestellte angesichts ihrer kriegswichtigen Tätigkeit unter allen Umständen behalten werden müßten. Vor allem müsse festgestellt werden, welches Personal in einer Kreishauptmannschaft vorhanden sein müsse, damit sie aktionsfähig bleibe. Auch sei dafür zu sorgen, daß eine gewisse von oben her gelenkte Räumung durchgeführt werde. Alle diese Maßnahmen dürften weder zu neuen Beamteneinstellungen noch zu irgendeiner Art von Panikstimmung unter den Deutschen führen. Andererseits sollten die Familien der Kreishauptleute und der sonstigen Beamten gegebenenfalls genau so das Land verlassen wie die anderen.

Weiter beauftragt der Herr Generalgouverneur Regierungsrat Frhr. von Medem, eine zuverlässige Liste der im Dienst des Generalgouvernements gefallenen Beamten und Angestellten wie Dienstverpflichteten der Allgemeinen Verwaltung aufzustellen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Regierungsrat Frhr. von Medem Kenntnis von den Verhandlungen, die er gestern mit Staatssekretär Dr. Ing. Ganzenmüller gehabt hat. Er, der Generalgouverneur, habe in diesen Verhandlungen sein Prinzip durchgesetzt, und danach werde die Eisenbahn nach wie vor ein einheitlicher Betrieb unter dem Namen der Gesamtführung des Generalgouvernements bleiben. Ihm gehe es darum, das Einheitsbild der Verwaltung auch auf dem Gebiet der Ostbahn absolut gewahrt zu wissen.

15.7.1944

Der Herr Generalgouverneur geht sodann auf die Frage der Uk-Stellung von Beamten und Angestellten ein.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Frhr. von Medem, daß lediglich beim Staatstheater einige Schwierigkeiten aufgetreten seien, da hier über eine Anzahl junger Orchestermitglieder offenbar noch keine Entscheidung getroffen sei.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß das Orchester auf Grund einer generellen Weisung des Führers zur Verfügung gestellt worden sei und sich die Uk-Stellung auch auf die jüngsten Orchestermitglieder erstrecke. Sollten die Schwierigkeiten nicht behoben werden, so werde er sich persönlich einschalten bezw. Oberst Fischer um seine Vermittlung bitten.

11[15] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Kapellmeister Swarowsky.

Gegenstand der Besprechung sind die Vorbereitungen für die Übernahme der Geschäfte des Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements durch Kapellmeister Swarowsky. Wie Präsident Ohlenbusch mitteilt, besteht zwar grundsätzlich Übereinstimmung hinsichtlich des mit Kapellmeister Swarowsky abzuschliessenden Vertrages; jedoch bedürfe die Geschäftsordnung noch einiger Änderungen.

Präsident Ohlenbusch verliest dann die Bestimmungen des mit Kapellmeister Swarowsky in Aussicht genommenen Vertrages, mit dessen Fassung sich der Herr Generalgouverneur grundsätzlich einverstanden erklärt.

Kapellmeister Swarowsky legt dem Herrn Generalgouverneur das Programm für die nächste Winterspielzeit der Philharmonie vor, das der Herr Generalgouverneur in einigen Punkten geändert wissen will.

15.7.1944

11^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Gerteis und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Der Herr Generalgouverneur gibt Kenntnis von dem Inhalt der Verhandlungen, die er mit Staatssekretär Dr. Ing. Ganzenmüller am gestrigen Tage über die Organisation der Ostbahn geführt hat. In diesen Verhandlungen habe sich ergeben, daß Staatssekretär Dr. Ing. Ganzenmüller offenbar kein richtiges Bild von der Struktur der Ostbahn habe und über die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen und finanziellen Selbständigkeit der Ostbahn nicht genügend unterrichtet sei. Jedenfalls sei es ihm, dem Generalgouverneur, gelungen, die Organisation der Ostbahn in ihrer grundsätzlichen Form zu retten.

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Die Mitteilung des Staatssekretärs Dr. Boepple, daß Teile der Luftflotte nach Miechow zurückverlegt und für sie die Räume der deutschen Schule freigemacht werden sollten, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur zu der an Staatssekretär Dr. Boepple erteilten Weisung, sich unverzüglich mit Gouverneur Kundt telefonisch in Verbindung zu setzen und ihn darauf hinzuweisen, daß diese deutsche Schule unter keinen Umständen von Truppenteilen belegt werden dürfe. Es sei sehr wohl möglich, Wehrmachtsteile ausserhalb der Städte auf Gütern unterzubringen, und dafür sei z.B. im Distrikt Radom ein Gut in der Nähe von Tomaszow durchaus geeignet. Ferner könne Spala wieder einem solchen Zweck nutzbar gemacht werden.

15.7.1944

12^{30} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle, Major a.D. Braun, Referent von Palézieux und SS-Scharführer von Jena.

Rechtsrat Dr. Hammerle teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß nunmehr die Schwadron des Sonderdienstes aufgestellt worden sei. Ihr stehe ausgezeichnetes Pferdematerial zur Verfügung.

Der Herr Generalgouverneur dankt Major a.D.Braun für die Betreuung seiner Pferde.

12^{35} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

Rechtsrat Dr. Hammerle berichtet, daß er einige Schwierigkeiten gehabt habe, um die Wünsche der Wehrmacht mit den Forderungen des SS-Obergruppenführers Koppe hinsichtlich des Sonderdienstes in Übereinstimmung zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dagegen, daß SS-Obergruppenführer Koppe über den Einsatz des Sonderdienstes verfüge, ohne sich mit der Inspektion des Sonderdienstes bezw. der Regierung des Generalgouvernements in Verbindung zu setzen, da er dafür keine Zuständigkeit besitze. Er werde deshalb Gelegenheit nehmen, demnächst mit SS-Obergruppenführer Koppe über interne Fragen des Sonderdienstes zu sprechen. Er müsse unter allen Umständen verlangen, daß der Sonderdienst nicht mehr in der Art der Polizei verwendet werde.

12^{40} Besprechung mit Generalleutnant Bork und dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

Der Herr Generalgouverneur spricht Generalleutnant Bork seinen Dank dafür aus, daß er sich für die Zurverfügungstellung von Wehrmachtsoffizieren für den Sonderdienst eingesetzt hat.

15.7.1944

Weiter ordnet der Herr Generalgouverneur mit sofortiger Wirkung die Zurückziehung der beiden Kompanien des Sicherungsbataillons des Sonderdienstes an, die sich z.Zt. in Lublin und Radom befinden. Sie sollen auf den Truppenübungsplatz Dęba verlegt, dort durch das Wehrkreiskommando ausgebildet werden und dann nach weiterer Anordnung des Generalgouverneurs erneut zur Verfügung stehen.

13^{00} Generalleutnant Bork meldet dem Herrn Generalgouverneur die von der Wehrmacht für die Zwecke des Sonderdienstes zur Verfügung gestellten 14 Offiziere.

Er weist darauf hin, daß diese Offiziere überprüft und für ihre Aufgabe als geeignet befunden worden seien. Alle organisatorischen und sonstigen Vorbedingungen seien geschaffen, damit der Sonderdienst auf eine gesunde kampffähige Basis gebracht werden könne. Die Wehrmacht habe auch die ärztliche, veterinärärztliche und sonstige materielle Versorgung übernommen. Man habe so die Grundlage geschaffen, auf der der Herr Generalgouverneur mit dieser Truppe, die hoffentlich ein ernst zu nehmendes kampfkräftiges Instrument sein werde, die Aufgabe erfüllen könne, deren Erfüllung man von ihr erwarte.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Herr General! Meine Herren! Ich bin Ihnen, dem Kommando des Wehrkreises und allen beteiligten Herren der Wehrmacht für diese ausserordentliche Hilfe in ausserordentlicher Zeit zu grossem Dank verpflichtet.

Die Leistungen, die in diesem Augenblick das Deutsche Reich in allen seinen Sektoren, die auch die deutsche Wehrmacht vom Generalgouvernement an Lieferung von Waren aller Art, von Ernährungs-, Rüstungsgegenständen und auf dem Gebiete des Transportwesens usw.

erwartet, machen es zur unumstösslichen Bedingung, daß dieses Verwaltungsgebilde Generalgouvernement über eine weitere verwaltungstechnische stabile Organisation verfügt, die zusätzlich zur Polizei den Verwaltungsstellen zur Verfügung steht. Die polizeilichen Aufgaben sind angesichts der Überbelastung der Sicherheitslage in diesem Lande so ausserordentlich stark in Anspruch genommen, daß es schon von Anfang an notwendig war, eine eigene verwaltungstechnische Hilfsorganisation aufzurichten, die ausschließlich und stabil der Verwaltung untersteht. Ich habe damals dafür den Ausdruck "Sonderdienst" geprägt. Ich habe damals nicht hoffen können, daß diese verhältnismässig kleine, nur wenige 1 000 Mann umfassende Truppe eine so grosse Bedeutung für den Verwaltungsdienst im Generalgouvernement erlangen werde. Heute aber darf ich feststellen, daß ohne diesen Sonderdienst, ohne diese braven kleinen Gruppen von 15, 20 oder 25 Mann, über die jeder Kreishauptmann verfügt, die sozusagen die unterste und doch stabilste verwaltungstechnische Schutzorganisation des Generalgouvernements darstellen, der Aufbau dieses Landes nicht zu dieser Höhe hätte geführt werden können, wie es jetzt Gott sei Dank der Fall ist.

Mir obliegt es nun, Ihnen für diesen Einsatz zu danken. Ich kann nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß es gelungen ist, die Volksdeutschen und Deutschstämmigen, die wir im Einvernehmen mit der Wehrmacht einberufen, zusammenzufassen, ihnen eine Sicherheit mit auf den Weg zu geben und sie in gewissem Umfange, soweit es für den Dienst notwendig ist, soldatische Handlungen zu lehren, auf daß sie sich in diesem Sinne bewähren können.

Der Sonderdienst ist keine Polizei. Er ist eine rein verwaltungstechnische Hilfsorganisation und wird nie für polizeiliche Aufgaben herangezogen werden. Sollte

das je der Fall sein, so nur bei einem ganz ausserordentlichen Notstand, der uns dazu veranlassen müßte. Der Sonderdienst ist auch keine Wehrmacht; es sind keine Soldaten die hier herangebildet werden und eine klare Ausrichtung erfahren.

Nur mit Hilfe des Einsatzes der kleinen Sonderdienstabteilungen war es möglich, daß der Distrikt Lublin im Monat Mai das vorgeschriebene Wehrmachtsablieferungssoll von 12 000 Rindern erfüllte. Nur die Sonderdienstleute haben diese Rinder herbeigeschafft. Wenn Sie bedenken, daß sich diese Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft über ein ganzes Jahr erstrecken, so werden Sie erkennen, daß der an Sie, meine Herren, gerichtete Ruf des OKW, sich für die Dienstleistung im Sonderdienst zur Verfügung zu stellen, nicht etwa eine Diminuierung soldatischer Wirksamkeit bedeutet, sondern daß Sie angesichts der Ihnen nunmehr gestellten Aufgabe, dem Aufbau des Generalgouvernements durch die Mitwirkung des Sonderdienstes zu helfen, eine eminent fruchtbare und kriegswichtige Tätigkeit ausüben.

Ich bin Ihnen, Herr General, zu ganz besonderem Dank verpflichtet. Ich habe ja in dieser Zeit alle Hilfe nötig, um den Aufbau in Gang zu halten und meine Aufgaben erfüllen zu können. Denn wir werden in zunehmendem Masse das, was wir eigentlich 1939 schon waren: das einzige grosse Bollwerk der Ordnung und Wohlgefügtheit im Osten. In diesem Bollwerk sollen Sie sich nun auf Befehl der Wehrmacht betätigen. Ich kann Ihnen nur meinen Dank aussprechen und meiner Erwartung Ausdruck verleihen, daß Sie mit der gleichen Verantwortung, die uns veranlaßt hat, die Einrichtung des Sonderdienstes ins Leben zu rufen, in vorbildlicher Weise Ihren Dienst versehen werden. Mit dem Herren der Regierung des Generalgouvernements werden ich und der Staatssekretär für das Sicherheitswesen Ihnen in jeder Weise helfen. Die Hauptsache wird sein, daß wir den soldatischen Charakter der Truppe bewahren.

15.7.1944

Die Offiziere werden darauf dem Herrn Generalgouverneur von Generalleutnant Bork vorgestellt.

13^{15} Mittagessen.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV/8

Sonntag, den 16. Juli 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in

Kressendorf.

Krakau

Montag, den 17. Juli 1944

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Regierungsrats Frhr. von Medem den Kreishauptmann Dr. Zinser-Dębica und überreicht ihm seine Bestallungsurkunde zum Kreishauptmann.

11^{10} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler und Hauptbannführer Schimmelpfeng.

Hauptbannführer Schimmelpfeng gibt dem Herrn Generalgouverneur im Auftrage des Reichsjugendführers Kenntnis von der beabsichtigten Verlegung einer SS-Panzerersatzbrigade "Hitler-Jugend" nach Krakau bezw. Rabka.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen die Verlegung dieser Ersatzbrigade nach Krakau, ist vielmehr der Auffassung, daß eine solche militärische Formation, wenn sie auch noch unausgebildet sei, möglichst in ein bandengefährdetes Gebiet wie etwa den Distrikt Lublin gelegt werden müsse, um so mehr in einer Zeit, in der die polizeilichen Exekutivkräfte des Generalgouvernements so gering an Zahl seien. Er könne sich also nur damit einverstanden erklären, diese Brigade militärisch kriegsbedingt unterzubringen. Nach dem 15. Oktober, also nach Abschluß der Erntearbeiten, könne sie dann unter Umständen nach Rabka gebracht werden.

Die Frage, ob das Lager Rabka zu dem Zweck einer solchen Verwendung zunächst weitergebaut werden kann, will der Herr Generalgouverneur demnächst einer Besprechung unterziehen. Grundsätzlich sei allerdings gegen den weiteren Ausbau von Rabka nichts einzuwenden, da man es ja für zahlreiche Zwecke, so vor allem auch für Lazarette dringend brauche.

17.7.1944

11^{25} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

11^{30} Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar in Gegenwart des Oberdienstleiters Tießler.

11^{50} Staatssekretär Koppe berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die vorbereitenden Maßnahmen, die er für die Inangriffnahme des Stellungsbaus San-Weichsel getroffen hat. Er habe auch nach Möglichkeit dafür gesorgt, daß Material, kleines und grosses Arbeitsgerät usw. herangeschafft würden. Präsident Bauder habe veranlaßt, daß deutsche und polnische Baufirmen, die nicht mit Arbeiten für den Bau der Rochadelinie oder sonstiger strategisch wichtiger Bahnen oder für die Rüstungsindustrie arbeiteten, für den Stellungsbau herangezogen würden. Die Hauptabteilung Arbeit sei bestrebt, die Zahl der eingesetzten Zivilarbeiter von 30- bis 40 000 auf 60 000 zu erhöhen. Die Zahl solle dann, wenn möglich, auf 100 000 gebracht werden. Auch die Partei habe sich in den Dienst dieses grossen Unternehmens gestellt, und ebenso sei die technische Nothilfe eingespannt worden. Ferner solle vom Reichsministerium Speer ein Verbindungsmann gestellt werden, der für Materialnachschub zu sorgen habe.

12^{10} Besprechung mit Oberst Förster und Oberstleutnant Roedenbeck.

15^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

16^{45} Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar.

17^{35} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV/8

Dienstag, den 18. Juli 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in

Kressendorf.

IX/8 S. 1 Krakau

Mittwoch, den 19. Juli 1944

10^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Arbeitssitzung im Grünen Zimmer in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Stuckart vom Reichsinnenministerium.

Thema: Reichsverteidigungsangelegenheiten.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Boepple,
Staatssekretär Koppe
Präsident Dr. von Craushaar
Präsident Struve
Präsident Dr. Teitge
Gouverneur Dr. von Burgsdorff
Gouverneur Dr. Wendler
Oberdienstleiter Tießler
Kreishauptmann Dr. Schwender
Oberlandesverwaltungsrat Weirauch
Oberregierungsrat Dr. Luxenberg
Oberregierungsrat Dr. Bergemann
Direktor Schmid

Militärverwaltungschef Medicus -Gen.St.H.
Ministerialrat Kettner - RMdI
Ministerialrat Klas - RMdI
Regierungsrat Müller-Heidelberg-Parteikanzlei

Der Herr Generalgouverneur:

Ich habe die grosse Freude, Sie, Herr Staatssekretär Dr. Stuckart, und Ihre Begleiter in unserem Kreise auf das herzlichste zu begrüssen. Ich freue mich ganz besonders, daß Sie in diesem ausserordentlich ernsten und für uns sehr brennenden Augenblick der Entwicklung der Lage hierher gekommen sind. Bei dieser Gelegenheit kann ich Ihnen sagen, daß der Verwaltungsapparat des

Generalgouvernements in allen Sparten einheitlich geschlossen und aktionsfähig dasteht und den Aufgaben in seinem Bereich gewachsen ist. Wir haben keinerlei Besorgnisse aus der inneren Situation des Landes heraus, trotzdem uns wesentliche deutsche Polizeikräfte entzogen wurden, die fast 3/5 der Truppenpolizei dieses Raumes umfassen. Wir sehen hier die Früchte eines Bemühens, die Bevölkerung einigermassen anständig zu behandeln und mit dem Glauben an eine höhere Verbundenheit ihres Schicksals mit dem des deutschen Volkes zu erfüllen.

Ich hoffe, daß wir aus der inneren Lage allein heraus durchaus aus eigenem im Stande sind, das Land in Ordnung zu halten. Wir würden heuer eine gute Ernte bekommen, um die Ernährungssituation durchhalten zu können. Unsere Rüstungswerke sind in vollem Betrieb, unser Eisenbahnwesen ist im wesentlichen intakt, die ganzen Währungs-, Wirtschafts- und sonstigen Angelegenheiten befinden sich in erfreulicher Entwicklung, sodaß ich, wenn ich meine Augen nur auf den inneren Sektor richten würde, sagen könnte, daß das Land in Ordnung ist, und daß es auch seine Aufgabe erfüllen kann.

Mitten in dieses schöne Entwicklungsbild, daß insbesondere gestärkt wird durch die erfreuliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der SS und Polizei, kommt nun ein Rückschlag, für den wir hier nicht verantwortlich sind. Die Lage an der Front und die daraus sich entwickelnde Stimmung können wir zwar durch geistige Gegenwirkung etwas ausgleichen, nicht aber beseitigen in einem Augenblick, da der Feind 17 km vor Lemberg steht und leichte sowjetische Kavallerieverbände die Ostgrenze des Distrikts Lublin am Bug überschritten haben. Der Verlust von Galizien und Lublin bedeutet für uns zunächst ernährungsmässig eine ungeheure Erschwerung der Lage, die wir ohne Hilfe des Reiches kaum mehr meistern können, bedeutet weiter eine ungeheure geistig-seelische Belastung der

Bevölkerung und wird uns auf dem Gebiete des Transportes, der Räumung und der Wohnungen ungeheure Schwierigkeiten bringen. So sehen wir also das schöne Bild, das wir aus dem Innern aufgebaut hatten, ins Wanken geraten.

Wir sind in diesem Augenblick, da Sie, Herr Staatssekretär, zu uns kommen, zu ernsten Maßnahmen gezwungen. Aus Lemberg wurde heute morgen der letzte Menschentransport rausgelassen. Jetzt befinden sich in Lemberg nur noch der Gouverneur mit seinem Einsatzstab und der SS- und Polizeiführer. Die Situation ist ausserordentlich ernst, da insbesondere auch durch den Angriff der Sowjets bei Kowel in Richtung auf Lublin eine grosse Erschwerung der Kriegslage an den Ostgrenzen des Generalgouvernements eingetreten ist. Wir stehen also vor Nahrungs-, Transport-, Räumungs-, Flüchtlings- und allgemeinen politischen Schwierigkeiten in diesem Raum. All dem gegenüber besitze ich nur noch einen ganz kleinen kaum nennenswerten Einsatz von deutschen Männern, die aber ihre Pflicht voll und ganz erfüllen. Unsere Polizeikräfte sind von ausserordentlicher Einsatzfreude erfüllt.

In einem Punkt wurde die Gefahr nicht so groß, wie wir angenommen haben, und zwar auf dem Gebiete des Banditentums. Hier wird sich wohl auch bei einem Näherkommen der Front die Lage nicht wesentlich verschlechtern; immerhin ist aber damit zu rechnen, daß nunmehr doch eine Auslösung eines aufstandähnlichen Ereignisses eintreten wird, das uns dann im Innern eine ungeheure Belastung bringen würde.

Ich danke Ihnen, Herr Staatssekretär Dr. Stuckart, und allen Herren des Reichsinnenministeriums, vor allem Reichsführer SS Himmler, für das der Lage des Generalgouvernements entgegengebrachte grosse Verständnis. Eines der erfreulichsten Ausdrücke des Verständnisses ist Ihre heutige Anwesenheit.

19.7.1944

Staatssekretär Dr. Stuckart dankt dem Herrn Generalgouverneur für die herzlichen Worte der Begrüssung. Trotz aller Schwere des Auftrages, der ihn hierher führe, sei er gern ins Generalgouvernement gekommen, da er der Überzeugung sei, daß ein innerer Gleichklang das Reich und insbesondere das von Reichsführer SS Himmler geleitete Innenministerium mit der Leitung des Generalgouvernements verbinde. Er wolle hier eine Reihe von Fragen zur Sprache bringen, die ihm auf Grund seiner Reisen in die verschiedensten Heimatgaue während der letzten Wochen und Monate aus Erfahrungen geworden seien. Er sei hierher gekommen, um, soweit es im Rahmen des Reiches und im Rahmen des Reichsführers SS und seines Ministeriums möglich sei, dem Generalgouvernement Hilfe anzubieten. Darüber hinaus wolle er sich über die Notwendigkeiten und Bedürfnisse des Generalgouvernements unterrichten lassen und daraus dann dem Reichsführer SS Maßnahmen vorschlagen oder selbst treffen.

Der Bewegungskrieg im Bereich der Heeresgruppe Mitte und nun auch der Heeresgruppe Süd habe unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf das Generalgouvernement und auch auf das Reichsgebiet. Diese Auswirkungen müßten frühzeitig überlegt und in die Gesamtplanungen sowohl des Reiches als auch des Generalgouvernements eingeschaltet werden. Vor allem müßten die Planungen des Reiches auf die im Generalgouvernement auftretenden Notwendigkeiten abgestimmt werden. Trotz allen Ernstes der Lage wolle er darauf hinweisen, daß kein irgendwie gearteter Grund zu einem Defaitismus gegeben sei. Die Schwierigkeit der Lage könne nur dazu führen, daß um so entschlossener gehandelt werde. Erstes Gebot sei die Bewahrung souveräner Ruhe. Diese souveräne Ruhe bedeute entschlossenes Durchdenken und entschlossenes klares Handeln. Dieser Grundsatz werde schon von Anfang an im Generalgouvernement beachtet. Leider habe man dies aber in anderen Bereichen des Ostens nicht erlebt. So habe man in Litauen

unmögliche Zustände erlebt. Dort seien die zivilen Stellen, lange bevor der Feind kam, mit ihren Frauen und ihrem Beutegut ins Reich abgereist und hätten in der Heimat dadurch einen geradezu vernichtenden Eindruck erweckt. Er sei überzeugt, daß das hier nicht der Fall sein könne, bitte aber, mit den drakonischsten Mitteln einzuschreiten, falls solche Erscheinungen hier auftreten sollten. Das gelte auch für die Trosse der Wehrmacht. Sollten die Wehrmachtsstreifen zur Verhinderung solcher Erscheinungen nicht ausreichen, müsse die Polizei eingreifen. Erfahrungsgemäß würden solche Erscheinungen immer dann ausgelöst, wenn die Führung zu frühzeitig ihren vorgeschobenen Posten verlasse. Wenn es so sei, wie der Herr Generalgouverneur eben geschildert habe, daß z.B. Gouverneur Wächter mit einem Stoßtrupp bis zuletzt in der Stadt bleibe, könnten derartige Verhältnisse nie eintreten.

'Der Herr Generalgouverneur habe bereits auf die besondere Bedeutung des Generalgouvernements hingewiesen; diese Bedeutung des Generalgouvernements müsse er in politischer und militärischer Hinsicht ganz besonders unterstreichen. Im Generalgouvernement sei bekanntlich zum ersten Mal ausserhalb des Reiches die deutsche Staatshoheit aufgerichtet worden. Das habe insbesondere im Verhältnis zu unserem östlichen Gegner eine enorme politische und militärische Bedeutung. Es hänge politisch sehr viel davon ab, daß es uns gelinge, wesentliche Teile des Generalgouvernements von den Sowjets frei zu halten. Davon werde die Haltung Stalins für die zukünftige Entwicklung entscheidend abhängen. Damit sei hervorgehoben, wie wichtig und verantwortungsvoll für alle Männer die Tätigkeit hier im Generalgouvernement sei. Das Generalgouvernement sei heute politisch und verwaltungsmässig ein fester Organisationsbock: zivil gesehen sei er der festgefügteste Sturmbock, den man gegen die östliche Flut besitze. Es komme also darauf an, diesen Sturmbock zu halten, vor allem auch nach innen zu halten, d.h. alle Dinge abzuwehren, die dazu führen könnten,

die Geschlossenheit und Einheit der Führung gegenüber den Polen zu untergraben. Er sei auf Grund seiner Kenntnis der Verhältnisse des Generalgouvernements, dank der klaren vom Herrn Generalgouverneur betriebenen Polenpolitik, der Überzeugung, daß die deutsche Autorität gegenüber den Polen erhalten bleibe, wenn die Festigkeit und Einheit der Führung in der Person des Herrn Generalgouverneurs unumschränkt aufrechterhalten werde. Er sei jederzeit bereit, die Aufrechterhaltung der Einheit und autonomen Führung dieses Raumes zu unterstützen.

Staatssekretär Dr. Stuckart bringt dann eine Reihe von Fragen zur Sprache, die mit den unmittelbaren Fragen des Krieges in diesem Raum zusammenhängen:

Zunächst gibt er 2 noch nicht veröffentlichte Erlasse des Führers über die Befehlsgewalt im Reichsgebiet, das evtl. unmittelbar oder mittelbar in die Kampfhandlungen einbezogen wird, bekannt. Sie beinhalten im wesentlichen die Aufrechterhaltung der zivilen Verwaltung und eine Koordinierung zwischen dem Inhaber vollziehender Gewalt und dem Chef der Zivilverwaltung.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Stuckart, eine sinngemässe Anwendung dieser Erlasse auf das Generalgouvernement nicht in Kraft zu setzen, da sich im Generalgouvernement die Führeranordnung vom 24. Februar 1944 über die Regelung der Befehlsverhältnisse zwischen Zivilverwaltung und Wehrmacht sehr gut eingespielt und bewährt habe. Die beiden Führererlasse würden für die Verhältnisse im Generalgouvernement einen Rückschritt bedeuten.

Als zweites Problem bringt Staatssekretär Dr. Stuckart Flüchtlings- und Arbeitseinsatzfragen zur Sprache. Das im Frühjahr dieses Jahres aufgestellte Arbeitseinsatzprogramm des Reiches, das in der Zuführung von etwa 4 Millionen ausländischen Arbeitern seine Grundlage habe, sei nicht erreicht worden. Trotz aller Anstrengungen sei nicht

damit zu rechnen, daß die aufgestellten Zahlen an neu dem Reich zuzuführenden ausländischen Arbeitskräften aufgebracht werden können. Die deutsche Rüstung und Landwirtschaft bedürfe aber dringendst der für sie vorgesehenen Arbeitskräfte. Aus diesem Grunde müßten alle irgendwie einsatzfähigen Flüchtlinge unter allen Umständen ins Reich geschleust und dort in den Arbeitseinsatz gebracht werden. Auf Grund einer dafür bestehenden Führeranweisung dürfe an den Grenzen des Reiches keine arbeitseinsatzfähige Kraft zurückgewiesen werden, wobei auch das Kind vom 10. Lebensjahr ab als einsatzfähig angesehen werde.

Das werde auch seine grosse Bedeutung für die einheimische Bevölkerung in diesem Raum haben. Soweit man hier zur Aufgabe von Gebieten gezwungen sei, müßte die arbeitseinsatzfähige Bevölkerung zurückgeführt werden. Im Wartheland seien Vorbereitungen dafür getroffen, die polnische Bevölkerung geschlossen zurückzuführen, soweit es die militärische Lage zulasse. Es sei daran gedacht, die einzelnen Familien geschlossen zurückzuführen, soweit sich die Bevölkerung ruhig verhalte. Wenn jedoch Aufstandserscheinungen aufträten, würden die Arbeitseinsatzfähigen gefangen und allein zurückgeführt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß das im Generalgouvernement genau so gehandhabt werde. Soweit die Familien geschlossen zurückgeführt würden, sei alles in Ordnung.

Staatssekretär Dr. Stuckart führt anschliessend weiter aus, daß aus den östlichen Kreisen Ostpreussens 55 000 Flüchtlinge nach den Gauen Sudetenland und Mersebug evakuiert werden. Mit dieser Maßnahme wolle man vor allen Dingen für die notwendige militärische Organisation des sich dort vollziehenden Aufmarsches dringend benötigten Raum gewinnen. Auch die KLV-Lager würden in dem gefährdeten Raum geräumt.

19.7.1944

Es bestehe nun die Frage, inwieweit es notwendig sei, im Generalgouvernement die KLV-Lager zu räumen und die Angehörigen von in Diensten des Generalgouvernements stehenden Kräften ins Reich zurückzuführen. Er halte es für richtig, die Angehörigen der Männer und Behörden sowie sonstigen Dienststellen des Generalgouvernements ins Reich zurückzuschicken. Er sehe darin keinen Grund für das Auftreten einer Panik bei der polnischen Bevölkerung. Das Zurückschicken dieser Frauen und Kinder sei eine vorsorgliche Maßnahme, durch die Raum für lebensnotwendige und kriegswichtige Einrichtungen freigemacht werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt zur angeschnittenen Frage der Arbeiterbeschaffung für das Reich, daß das Generalgouvernement das ihm auferlegte Jahreskontingent von 100 000 Kräften bis auf 30 000 erfüllt habe. Dieses Kontingent von 100 000 Mann sei zwar gering, hänge aber damit zusammen, daß das Generalgouvernement bisher die grösste Abgabedichte von allen besetzten Gebieten habe. Die Abgabe der noch ausstehenden 30 000 Mann bereite keine allzugrossen Schwierigkeiten. Die aus dem Osten an der Grenze des Generalgouvernements eintreffenden Flüchtlinge würden sofort auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht, und die Arbeitseinsatzfähigen würden sofort ins Reich weitergeleitet. Das sei bereits im Gange.

Staatssekretär Koppe weist hier darauf hin, daß er für den ihm übertragenen Ausbau der San-Weichsel-Stellung eine grosse Anzahl von Kräften benötige. Die z.Zt. dort beschäftigten 30 000 Männer und Frauen seien relativ zu gering. Er habe mit den Gouverneuren vereinbart, daß die Flüchtlinge dort zur Arbeit eingesetzt werden sollten, damit man in den nächsten 4 Wochen beim Ausbau des letzten grossen Hindernisses vor den Toren des Reiches zu durchschlagenden Erfolgen kommen könne.

19.7.1944

Staatssekretär Dr. Stuckart berichtet, daß eine ähnliche Regelung bereits in Ostpreussen getroffen worden sei. Alle dort ankommenden fremdvölkischen und volksdeutschen Flüchtlinge würden sofort dem Stellungsbau zugeführt.

Zur Evakuierungsfrage erklärt der Herr Generalgouverneur, daß die Gouverneure die Anweisung erhalten haben, die Frauen und Kinder der deutschen Verwaltungsbeamten ins Reich zurückzuschicken. Staatssekretär Dr. Ganzenmüller habe anlässlich seiner Anwesenheit in Krakau vor einigen Tagen erklärt, daß jetzt noch Züge zum Rücktransport zur Verfügung gestellt werden könnten. Unruhe bei den Fremdvölkischen werde diese Aktion sicherlich auslösen, da auch sehr viele Polen, die die Bolschewiken zu scheuen hätten, mit zurückgingen. Er bitte daher, daß die loyalen in deutschen Diensten stehenden Polen mit ihren Familien die gleichen Möglichkeiten eines Zurückgehens bekämen, wie sie für die brave polnische Bevölkerung im Warthegau vorgesehen sei.

Staatssekretär Dr. Stuckart hält es für das beste, dass die Flüchtlinge in Auffanglager an die Westgrenze des Generalgouvernements geschleust und dort die Arbeitseinsatzfähigen für den Arbeitseinsatz ausgesucht werden. Einsatzfähig sei die Familie, in der die überwiegende Zahl der Angehörigen arbeitsfähig sei.

Präsident Struve weist darauf hin, daß die Arbeitseinsatzbehörden des Generalgouvernements mit ihren Leuten im Stande seien, diese Arbeit selbst vorzunehmen.

Staatssekretär Dr. Stuckart sagt auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs zu, daß die sogenannte Albert-Kommission, die an der Ostgrenze des Reiches die Flüchtlinge aufzunehmen und für den Arbeitseinsatz zu behandeln habe, ihre Einrichtungen den Behörden des Generalgouvernements bekanntgeben wird, um auf diese Weise eine gute Zusammenarbeit herbeizuführen.

19.7.1944

Eine weitere Frage ist die Bereitstellung des für die Aufnahme von Armee- und Heeresgruppen-Einrichtungen notwendigen Raumes.

Staatssekretär Dr. Stuckart führt dazu aus, dass es selbstverständlich sei, daß der Wehrmacht für die nach strengsten Maßstäben ermittelten operativen Einrichtungen ein Vorrang gegeben werden müsse. Es müsse aber genauestens geprüft werden, ob es auch wirklich operative Einrichtungen seien. Auf Grund des Führererlasses vom 12. November 1943 und seinen Durchführungsbestimmungen entscheide darüber, ob eine Einrichtung den operativen Vorrang geniesse, der Reichsverteidigungskommissar, im Generalgouvernement also der Generalgouverneur.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Stuckart in diesem Zusammenhang dringend, daß der Generalbevollmächtigte der Deutschen Verwaltung dafür Sorge tragen möge, daß aus dem Generalgouvernement alle Personen entfernt würden, die infolge der Rückverlegung der Front im Osten ihr Tätigkeitsfeld verloren hätten. Im Generalgouvernement trieben sich eine Menge Leute der verschiedensten deutschen Reichszentralen herum, die angeblich auf ihren Wiedereinsatz im Osten warteten, die Zwischenzeit aber sich im Generalgouvernement in üblen Schiebergeschäften betätigten. Er erinnere hier z.B. an den Wirtschaftsstab Ost, an Angehörige der Organisation Todt, verschiedenes Wehrmachtsgefolge, Transportstaffeln des NSKK usw. Entweder müßten diese Leute sofort zu ihren zuständigen Stellen zurückkehren, oder als dringend benötigte Kräfte für den Stellungsbau San-Weichsel eingezogen werden können.

Staatssekretär Dr. Stuckart erwidert, daß er dieselben Klagen bereits in Ostpreussen gehört habe. Er werde deswegen mit dem OKW Fühlung nehmen. Es sei nichts dagegen einzuwenden, diese Leute im Generalgouvernement

in Dienstverpflichtung zu nehmen. Den Raum, den solche Einrichtungen bisher inne hätten, könne man für den wirklich ernsthaften operativen Wehrmachtsbedarf in Anspruch nehmen.

Ein anderes Problem seien auch die Angehörigen der Ostverwaltungen, die sich vielleicht noch im Generalgouvernement aufhielten. Er habe den Reichsverteidigungskommissaren die Ermächtigung gegeben, daß sie über diese Angehörigen der Ostverwaltungen, seien es Beamte, Angestellte oder Wirtschaftler, frei verfügen könnten, d.h., daß sie diese Kräfte sofort dienstverpflichten und in ihren Dienststellen zum Einsatz bringen und das von diesen mitgeführte Beutegut nützlichen Zwecken zuführen könnten. Ein gleiches Vorgehen könne auch im Generalgouvernement stattfinden. In Fällen, in denen solche Kräfte im Generalgouvernement nicht benötigt würden, bitte er um Nachricht, daß für einen Einsatz im Reich gesorgt werden könne.

Staatssekretär Dr. Stuckart kommt dann auf die schwache Besetzung des Generalgouvernements mit Polizeikräften zu sprechen. Die dem Reichsführer SS noch zur Verfügung stehenden Polizeikräfte seien dankbar gering; mit einer Verstärkung aus dem Reich könne daher weder kräfte- noch waffenmässig gerechnet werden.

Staatssekretär Koppe führt aus, daß das Generalgouvernement für die an die Front abgegebenen 3 Regimenter 8 Kompanien und 4 Mot.-Züge wiederbekommen habe. Für die für die Zeit der Ernteerfassung vorgesehenen 2 Polizeiregimenter und 1 Reiterabteilung habe das Generalgouvernement ein schwaches Regiment und 1 Reiterabteilung bekommen. Die geringere Besetzung müsse eben durch härteren Einsatz und eine stärkere Heranziehung der Deutschen in der Stadt- und Landwacht einigermassen ausgeglichen werden.

19.7.1944

Es wird vereinbart, daß die bereits im Generalgouvernement stehende Kamicki-Gruppe mit 27 000 Mann (4- bis 5 000 Bewaffnete) und eine Gruppe Kaukasier in Stärke von etwa 4 000 Mann als Polizeitruppe im Generalgouvernement verbleiben. Weder Staatssekretär Koppe noch Präsident Dr. von Craushaar legen auf die Anwesenheit von Kosaken, die mit etwa 4- bis 5 000 Familienangehörigen im Anmarsch auf das Generalgouvernement sich befinden, Wert. Staatssekretär Dr. Stuckart wird veranlassen, daß dieser Kosakentreck den Boden des Generalgouvernements nicht betritt.

Der Herr Generalgouverneur gibt davon Kenntnis, daß das Generalgouvernement bis zum 31. 7. von allen KLV-Lagern geräumt ist.

Zur Sitzung erscheint Generalleutnant Bork, der vom Herrn Generalgouverneur begrüßt und über die vorangegangenen Besprechungen kurz informiert wird.

Generalleutnant Bork führt aus, daß er die Aufrechterhaltung der Zivilverwaltung im Generalgouvernement für unbedingt notwendig halte. Die vielen in das Generalgouvernement hereinströmenden militärischen Dienststellen müßten sich an die zivilen Dienststellen im Lande richten können.

Der General erklärt dann an Hand einer Karte die militärische Lage im Raum von Lemberg. 3 durchgebrochene Panzerarmeen bedrohten Lemberg; ebenso seien bei Brest-Litowsk Panzerspitzen durchgebrochen.

Der Herr Generalgouverneur betont den Ernst der Lage und ersucht Staatssekretär Stuckart, daß aus der Verwaltung des Generalgouvernements vorerst keine Beamten zum Wehrdienst eingezogen werden mögen.

Staatssekretär Dr. Stuckart sagt zu, daß das auf das Generalgouvernement entfallende Kontingent sofort auf andere Wehrkreise umgelegt wird.

19.7.1944

Gouverneur Dr. Wendler gibt einen kurzen Bericht über die Lage in seinem Distrikt. In 5 Kreisen des Distrikts sei die Räumung bis auf den Verbleib von arbeitsfähigen Restkommandos restlos durchgeführt. Die Vögte und Schulzen seien an Ort und Stelle gelassen, um ihre Mithilfe sofort zur Hand zu haben, wenn man doch noch an die Ernte herankommen könne. Schwierig sei die Waggongestellung gewesen. Seit heute morgen befänden sich die Trecks aus dem Zamoscer Siedlungsgebiet auf dem Marsch.

Die Räumungsstufe II werde ausgedehnt werden müssen. Erhebliche Kräfte werden dem Ausbau der San-Weichsel-Stellung zugeführt. Weiter habe man für den Ausbau Lublins zu einem festen Platz täglich etwa 6- bis 7 000 Kräfte gestellt. Die Stimmung der Deutschen sei absolut ruhig, und alles werde befehlsgemäß abgewickelt. Der Oberbefehlshaber habe wiederholt gebeten, die Verwaltung so zu lassen wie bisher, da die eingearbeiteten Leute die besten Dienste leisteten.

Präsident Dr. von Craushaar macht anschliessend Ausführungen über die Lage der Verwaltung im Generalgouvernement. Haltung und Stimmung der Verwaltungsangehörigen seien einwandfrei. Es herrsche absolute Ruhe und Zuversicht. Die Disziplin der Wehrmacht sei tadellos. Vögte und Schulzen bleiben auf ihren Posten. Die Haltung der Bevölkerung sei im ganzen erstaunlich, besonders im Hinblick darauf, dass man von deutscher Seite weder den Ukrainern noch den Polen für ihre politische Zukunft irgendein Versprechen habe geben können.

Der Herr Generalgouverneur erklärt in diesem Zusammenhang, daß das ganze Polenproblem einmal im Sinne der Verwaltung des Generalgouvernements bereinigt werden müsse. Die Polen hätten sich verdient, daß sie für eine europäische Zusammenarbeit als absolut geeignet angesehen würden.

19.7.1944

Präsident Dr. von Craushaar fährt fort, daß die tadellose Haltung der in einem Lager zusammengezogenen 15 bis 20-jährigen Ukrainer ein kleines Beispiel dafür sei. Ständig kämen Polen mit der Bitte, in das Lager aufgenommen zu werden. Er halte es für notwendig und politisch begründet, daß man jetzt auch junge Polen für den Flakhelferdienst heranziehe.

Ein weiteres Beispiel für die loyale Haltung der Polen sei die Tatsache, dass im Erdölgebiet bei 20 000 Polen nur 20 deutsche Aufsichtskräfte und ein geschickter Direktor arbeiteten, und daß im ganzen Gebiet nicht ein Streik ausgebrochen sei.

Die Räumung sei klar durchorganisiert; es existierte ein Flüchtlings- und Räumungsstab in der Regierung und je einer in den Distrikten. Die Regierung erteile die grossen Richtlinien, im übrigen arbeiteten die Distrikte mit den militärischen Stellen zusammen. Die Trecks würden aufgefangen, die nicht arbeitsfähigen Leute seien bis jetzt im Lande eingesickert worden, die arbeitsfähigen sofort in Einsatz gebracht, das Vieh abgeschlachtet worden. Er sei für die Bereitwilligkeit des Reiches zur Aufnahme von Fremdvölkischen dankbar. Bis zu 30 000 Ukrainer könne man in der Slowakei unterbringen, bis zu 70 000 Polen und Ruthenen in Ungarn. Die Verhandlungen mit der Slowakei und mit Ungarn habe man in kurzer Zeit abschliessen können, doch habe die Genehmigung des Reichsaussenministers sehr lange Zeit in Anspruch genommen. Es wäre zweckmässig, diese Genehmigung in kürzester Frist zu erhalten, wenn in Zukunft vordringliche ähnliche Fragen auftreten würden. Mit dem Rest der Fremdvölkischen, die in diesen beiden Ländern nicht untergebracht werden könnten, werde man dem Reich zur Last fallen müssen.

Eine ganz wichtige Frage sei die sofortige Bestimmung eines Aufnahmegaues für Reichsdeutsche, die aus dem Generalgouvernement evakuiert werden müßten. Von dieser Evakuierung seien vorläufig Krakau und Tschenstochau noch ausgenommen.

19.7.1944

Staatssekretär Dr. Stuckart erklärt, daß die zurückzuschaffenden Reichsdeutschen aufgefordert werden müßten, Aufnahme bei Verwandten zu suchen; für diejenigen, die keinerlei Verwandte im Reich hätten, sei zunächst einmal Troppau und z.T. auch das Protektorat und vielleicht auch der Sudetengau vorgesehen. Darüber werde er morgen in Kattowitz Besprechungen pflegen und dann sofort Nachricht geben.

Präsident Dr. von Craushaar führt noch aus, daß im Generalgouvernement KLV-Lager und die deutschen Schülerheime geräumt würden, die geschlossen ins Protektorat überführt würden. Die dadurch frei werdenden Räume müßten grundsätzlich für die von der Front kommenden Einrichtungen freigehalten werden.

Abgesehen von der Unterbringung der aus dem Generalgouvernement zu evakuierenden reichsdeutschen Menschen benötige das Generalgouvernement auch Lagerraum für die aus seinem Gebiet zu verlagernden Güter. Auf diesem Sektor bitte er ebenfalls um Hilfe des Reiches.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang auf den Erlaß des Generalfeldmarschalls Keitel hin, demzufolge für diese Zwecke auf dem militärischen Sektor die Ostkreisedes Reiches in Anspruch genommen werden könnte. Sollten sich in dieser Frage auf dem zivilen Sektor Schwierigkeiten ergeben, müsse mit einer zuständigen Persönlichkeit des Reichsinnenministeriums darüber verhandelt werden können.

Staatssekretär Dr. Stuckart sagt dies zu, bittet aber, hinsichtlich des Raumanspruchs sich größte Bescheidenheit aufzuerlegen, da sonst einfach der Raumbedarf nicht zu befriedigen sei. Er bitte vor allem General Bork darauf hinzuwirken, daß nur das allernotwendigste als operativer Bedarf angemeldet werde, da dieser ja den Vorrang vor allen anderen Dingen besitze.

19.7.1944

Präsident Dr. von Craushaar spricht noch die Bitte aus, daß die Güter, die in Lagern des Reiches aus dem Generalgouvernement eingelagert würden, auch dem Generalgouvernement für eigene Zwecke erhalten blieben.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Sitzung mit seinem Dank für die Durchführung dieser allgemeinen Aussprache. Das Generalgouvernement werde seine Probe bestehen und versuchen, dem Reich zu helfen, wie das seine Pflicht sei. Er bitte, die Aussprache am Nachmittag zwecks Erörterung der Detailfragen in der Regierung fortzusetzen.

13^{30} Mittagessen.

15^{00} Besprechung mit dem Kommandanten des Festen Platzes Lublin, General Moser, in Anwesenheit des Präsidenten Dr. von Craushaar und des Oberregierungsrats Dr. Luxenberg.

General Moser berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der Lage in Lublin. Im Falle der Räumung würden nur 50 Mann SD zur Beaufsichtigung der Fremdvölkischen bei den Schanzarbeiten zurückbleiben.

Sein Verhältnis zur Zivilverwaltung, insbesondere zu Gouverneur Dr. Wendler sei ausgezeichnet und die gegenseitige Zusammenarbeit hervorragend.

20^{00} Liederabend im Saal des Instituts für Deutsche Ostarbeit mit Professor Dr. Hans Pfitzner.

Anschliessend Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

IV/8

Krakau

Donnerstag, den 20. Juli 1944

11^{05} Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple, Generalleutnant Bork und Präsident Dr. von Creushaar.

Generalleutnant Bork gibt einen Überblick über die militärische Lage an der Ostfront.

Im weiteren Verlauf der Besprechung werden die Fragen des Ausbaues der Weichsel-San-Stellung und der Räumung behandelt.

Im Zusammenhang mit der Räumungsfrage gibt der Herr Generalgouverneur Weisungen für die Behandlung von Akten- und Archivmaterial der Behörden.

Im Anschluß an diese Besprechung richtet der Herr Generalgouverneur nachstehendes Fernschreiben an den Befehlshaber der Heeresgruppe Nordukraine, Generaloberst Harpe:

> Sehr verehrter Herr Generaloberst!
>
> Angesichts der Schwere der Verantwortung in den Entscheidungen, die ich nunmehr auf Grund der Entwicklung der Lage in weitwirkendem Umfange zu treffen habe, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir durch eine persönliche Mitteilung über die militärische Lage des Generalgouvernements in dem Ihnen unterstehenden Frontabschnitt, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungstendenzen dieser Lage eingehend Kenntnis geben würden.

20.7.1944

11[35] Lagebesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

An dieser Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Koppe
Staatssekretär Dr. Boepple
Generalleutnant Bork
Präsident Gerteis
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Dr. Lauxmann
Präsident Dr. von Craushaar
Präsident Bauder
Präsident Naumann
Präsident Ohlenbusch
Oberst Fischer
Oberstleutnant von Dazur
Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur weist einleitend darauf hin, daß mit Rücksicht auf die militärische Lage weitgehend intensive Räumungsmaßnahmen zu treffen seien, daß aber gleichwohl für eine Katastrophenstimmung keinerlei Anlaß gegeben sei. Selbstverständlich wisse der Führer auch Bescheid über die Lage. Er, der Generalgouverneur, könne die beruhigende Erklärung abgeben, daß die Stimmung im Führerhauptquartier ausgezeichnet sei. Im Zusammenhang damit sei es selbstverständlich beachtlich, daß sich die Invasionslage in Frankreich für Deutschland sehr günstig entwickelt habe. Es werde deshalb möglich sein, dem Generalgouvernement in nächster Zeit durch Einsatz neuer Truppenteile eine entscheidende Hilfe zu geben. Für die Führung des Generalgouvernements gelte es jetzt nur, in klarer Weise die engste Zusammenarbeit aller Dienststellen und die Härte der Verantwortung in die Tat umzusetzen.

20.7.1944

Im Vordergrund der zu behandelnden Fragen stehe der Ausbau der San-Weichsel-Stellung, die einen letzten Riegel vor Schlesien darstellen werde.

Er habe gestern noch eine telefonische Verbindung mit Gouverneur Dr. Wächter gehabt und habe im Anschluß an dieses Telefongespräch verfügt, daß Gouverneur Dr. Wächter seine Dienststelle nach Drohobycz verlege. Nach dem Bericht des Gouverneurs Dr. Wächter sei die Stimmung der ukrainischen, aber auch der polnischen Bevölkerung in Lemberg erschütternd.

Generalleutnant Bork gibt darauf einen Überblick über die militärische Lage an der Ostfront.

Über die Vorarbeiten für den Ausbau der San-Weichsel-Stellung berichtet Staatssekretär Koppe. Er habe die gesamten, ihm zur Verfügung stehenden Kräfte der Polizei und SS für diese Aufgabe eingesetzt. Da die Stellung Weichsel-San-Narew das letzte natürliche grosse Hindernis vor den Toren des Deutschen Reiches sei, müsse in kürzester Zeit, und zwar zunächst mit einem Termin von 4 Wochen, diese Linie verteidigungsmässig so gestaltet werden, daß sie jedem Ansturm der Russen standhalte. Er habe diese Aufgabe in selbstloser Form übernommen und sei nun im Begriff, sie durchzuführen. Es gehe jetzt nicht darum, daß die eine oder andere Dienststelle glauben dürfe, sie könne hier Lorbeeren ernten. Alle Dienststellen der Regierung müßten jetzt kameradschatlich zusammenarbeiten. Er könne diesen so bedeutsamen Auftrag nur mit der Aussicht auf Erfolg durchführen, wenn nicht nur sämtliche Mitglieder der Regierung, sondern auch alle deutschen Menschen in diesem Raum den Ausbau dieser Stellung als kameradschaftliche Arbeit im höchsten Sinne des Wortes auffaßten. Deshalb bitte er alle beteiligten Stellen, ihm in jeder Weise zu helfen. Wenn auch die militärische Verantwortung für die taktische Beurteilung und die tech-

nische Durchführung in der Hand der Wehrmacht liege, so müßten doch gleichwohl sämtliche Dienststellen der Regierung ihren Beitrag dazu liefern. Er bitte vor allem die Hauptabteilung Innere Verwaltung, die Kreishauptmänner mit entsprechenden Weisungen zu versehen, insbesondere was die Materialbeschaffung für den Bau angehe. Auch eine enge Zusammenarbeit mit den SS- und Polizeiführern werde unbedingt notwendig sein.

Präsident Gerteis geht auf die Lage ein, die sich jetzt im Verfolg der militärischen Operationen für die Ostbahn, insbesondere in Galizien ergeben hat.

Zur Räumungsfrage nehmen die Präsidenten Dr. Senkowsky, Dr. von Craushaar, Dr. Leuxmann, Naumann, Ohlenbusch, Bauder und Pressechef Gassner Stellung.

12^{55} Besprechung mit Präsident Naumann.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur überreicht Professor Dr. Schaaf von der Landwirtschaftlichen Forschungsanstalt in Pulawy seine Bestallungsurkunde.

13^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt Professor Dr. Brinkmann und Professor Petrascheck in Gegenwart des Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft Dr. Emmerich.

Der Herr Generalgouverneur überreicht Professor Dr. Brinkmann mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

In der anschliessenden Besprechung geht der Herr Generalgouverneur auf die Tatsache ein, daß die zur Gewinnung von Manganerz in Galizien auf Anregung des Reichsführers SS ausgerüstete Expedition keinen Erfolg gezeitigt, sondern sich vielmehr die Richtigkeit der geologi-

schen Beurteilung des Professors Dr. Brinkmann herausgestellt habe. Auch aus diesem Grunde werde er stets bereit sein, bei den zuständigen Stellen auf die hervorragenden Dienste hinzuweisen, die Professor Dr. Brinkmann dem Generalgouvernement geleistet habe.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Professor Dr. Brinkmann, der eine wissenschaftliche Tätigkeit in der Türkei aufnehmen werde, wenn möglich, dem Botschafter von Papen in Ankera seine Grüsse zu übermitteln.

Er wünscht dann Professor Petrascheck, dem Nachfolger des Professors Dr. Brinkmann, beste Erfolge für seine Arbeit.

13^{15} Mittagessen.

15^{30} Besprechung mit Oberst Fischer.

19^{15} Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung nachstehenden Fernschreibens an den Führer:

Mein Führer!

In unfaßbarer Ergriffenheit sende ich Ihnen, mein Führer, zugleich im Namen der Deutschen des Generalgouvernements die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu Ihrer gottgewollten Errettung aus der entsetzlichen Gefahr des Verbrecheranschlages auf Ihr Leben.

Noch gesteigerte Einsatzfreude und noch härterer Wille, mit aller Kraft Ihnen, mein Führer, beim Endsieg Ihres ewigen Werkes zu dienen, ist unser Gelöbnis.

Heil Ihnen, mein Führer!

Stets Ihr
F r a n k.

20.7.1944

Danach gibt der Herr Generalgouverneur Auftrag, daß morgen abend eine Kundgebung der NSDAP in der Urania stattfinden solle.

19[45] Generaloberst Harpe aus dem Hauptquartier der Heeresgruppe Nord-Ukraine ruft an und bittet den Herrn Generalgouverneur, sich auf diesem telefonischen Wege melden zu dürfen. Er verspricht, sobald es ihm die Zeit erlaube, auf der Burg bei Herrn Generalgouverneur Besuch zu machen. Im übrigen habe er heute den Vertreter des Herrn Generalgouverneurs (Präsident Dr. von Craushaar) empfangen und mit ihm alles eingehend durchbesprochen. Er werde auch den Herrn Generalgouverneur stets auf dem Laufenden halten.

Krakau

Freitag, den 21. Juli 1944

11^{40} Besprechung mit Präsident Bauder in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Bauder gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Schreiben, das aus dem Reichsministerium Speer an ihn gerichtet worden ist. In diesem Schreiben wird Präsident Bauder mitgeteilt, daß Reichsminister Speer einen Herrn Kumpf zum Bevollmächtigten für die Bauwirtschaft im Generalgouvernement ernannt und sich gleichzeitig entschlossen habe, Präsident Bauder von seinen Amtspflichten gegenüber dem Reichsministerium Speer zu entbinden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er nicht willens sei, den Präsidenten Bauder aus den Diensten des Generalgouvernements in seiner Eigenschaft als Präsident der Hauptabteilung Bauwesen zu entlassen.

Der Herr Generalgouverneur richtet im Anschluß an diese Besprechung folgendes Fernschreiben an Reichsminister Speer:

> Ich erhalte Ihr Schreiben vom 19. Juli in der Angelegenheit der Übernahme von Bauverwaltungsaufgaben durch die OT-Einsatzgruppe, insbesondere der Übertragung der Führung des Technischen Zentralamtes an den Einsatzgruppenleiter Kumpf. Ich teile Ihnen mit, daß ich beide Maßnahmen für das Generalgouvernement in diesem Augenblick für völlig undurchführbar erkläre und in keiner Weise imstande bin, dieser Ihrer Entscheidung Folge zu geben. In einem Augenblick, in dem starke russische Kräfte im Vordringen in das Herz des Generalgouvernements sind, ist jede irgendwie geartete organisatorische oder persönliche Änderung völlig unmöglich. Ich habe daher in meiner Eigenschaft als Reichsverteidi-

gungskommissar dieses Gebietes den Herrn Präsidenten Bauder beauftragt, ohne Rücksicht auf Weisungen irgendwelcher dritter Stellen im Dienste des Führers und des Reiches die Leitung des Bauwesens und der Bauwirtschaft des Generalgouvernements in diesem entscheidenden Zeitpunkt nicht aus der Hand zu geben.

Dazu kommt, daß durch den Führerauftrag des Weichsel-San-Ausbaues gerade jetzt eine ungeheure Anspannung des gesamten technischen Apparates weit über das Bauwesen hinaus zum Zwecke der Errichtung einer letzten grossen Verteidigungslinie stattfindet und daß die Abberufung des bewährtesten Baumannes des Generalgouvernements gerade in diesem Augenblick völlig unmöglich ist.

Ich bedaure, daß ein so völlig von Verständnislosigkeit für die wirkliche Lage hier im Raum zeugendes Schreiben Ihr Ministerium verlassen kann. Die absolut einheitliche Führung dieses Raumes ist schlechterdings die Voraussetzung für die Durchsetzung der Aufgaben, die mir der Führer gestellt hat. Ich mache daher darauf aufmerksam, daß eine Tätigkeit des Herrn Kumpf im Sektor der Bauverwaltung und der Bauwirtschaft des Generalgouvernements unmöglich ist, und nach wie vor Präsident Bauder die Führung des Bauwesens des Generalgouvernements haben muß.

Ich habe gleichzeitig dem Herrn Reichsminister Dr. Lammers Kenntnis von dieser meiner Stellungnahme gegeben.

21.7.1944

An Reichsminister Dr. Lammers richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Fernschreiben:

Mitten in die Sorgen dieser Stunden hinein überrascht mich ein Schreiben des Reichsministers Speer vom 19. d.Mts., nach welchem man allen mir gegebenen Zusagen zum Trotz eine völlig undurchführbare Maßnahme auf dem Gebiet des Bauwesens mit aller Gewalt durchsetzen will. Ich protestiere bei Ihnen, Herr Reichsminister Dr. Lammers, gegen diese Versuche des Reichsministeriums Speer in dem kritischsten Zeitpunkt der Geschichte des Generalgouvernements, in welchem sich die sowjetrussischen Truppen in das Herz des Generalgouvernements vorstossend bewegen und unsere Wehrmacht das Äusserste zu erfüllen hat, um dem feindlichen Druck gewachsen zu sein. In einem Augenblick gleichzeitig, in dem die gesamte Kapazität des Generalgouvernements unter meiner Führung und unter Führung des SS-Obergruppenführers Koppe dem Ausbau der Weichsel-San-Stellung gewidmet ist, versucht das Ministerium Speer, die Bauführung des Generalgouvernements einer völlig neuen Regelung zu unterziehen und mit dieser sachlichen Umänderung zugleich auch einen persönlich hervorragenden Fachmann, den Prüsidenten Bauder, von hier abzuberufen.

Ich habe keinerlei Verständnis für diese Art des Vorgehens in einem solchen Zeitpunkt. Ich habe dem Herrn Reichsminister Speer mitgeteilt, daß ich seine Entscheidung in keinem Falle durchführen kann. Denn die einheitliche Führung dieses Raumes in diesem kriegsentscheidenden Augenblick ist die absolute Voraussetzung für die Durchsetzung des Verteidigungswillens in diesem Raum.

21.7.1944

Ich erkenne also die mir mitgeteilte Regelung des Reichsministers Speer nicht an, habe zugleich in meiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar im Generalgouvernement den Präsidenten Bauder in Dienstverpflichtung genommen und ihm die gesamte Leitung des Bauwesens im Generalgouvernement bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit mit sofortiger Wirkung übertragen.

Ich ersuche Sie, dem Minister Speer diesen meinen Standpunkt zu übermitteln. So ist es einfach nicht zu machen, daß die Herren technischen Spezialisten glauben, sich über jede politische und ausserhalb ihres engen Blickfeldes liegende Notwendigkeit hinwegsetzen zu können. Ich habe hier 16 Millionen Polen und Ukrainer mit einer handvoll deutscher Männer in Ruhe und Ordnung zu halten. Dabei kann ich irgendwelche organisatorischen oder persönlichen Experimente in diesem Raum z.Zt. nicht brauchen.

In einem weiteren Schreiben gibt der Herr Generalgouverneur dem Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke von der Sachlage Kenntnis.

In einem an Präsident Bauder gerichteten Schreiben verpflichtet der Herr Generalgouverneur zugleich in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar im Generalgouvernement diesen, auch fernerhin die Leitung des Technischen Zentralamtes wie bisher auszuüben, und macht ihn dafür verantwortlich, daß die kriegsnotwendigen vordringlichen Bauten unter allen Umständen durchgehalten, insbesondere die Anlagen des Weichsel-San-Ausbaues unter Heranziehung der gesamten Baukapazität und Arbeitsmöglichkeiten des Generalgouvernements durch

21.7.1944

12^{05} Besprechung mit Verlagsleiter Stroczyk.

16^{05} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky und Präsident Naumann.

Zunächst gibt der Herr Generalgouverneur den beiden Präsidenten Kenntnis von der Besprechung mit Präsident Bauder.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Senkowsky, daß von der Hauptabteilung Finanzen Geldzahlungen nur an die Dienststelle des Präsidenten Bauder überwiesen würden, soweit es sich um Bauten im Bereiche des Generalgouvernements handle.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Kassen der Hauptabteilung Finanzen nur auf Weisung des Präsidenten Bauder Zahlungen zu leisten haben.

Gegenstand der Besprechung ist dann die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Betrieb der Staatsbrauerei Lemberg nach Limanowa verlegt werden kann.

Nach eingehender Erörterung dieser Frage trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1) Die Brauerei Limanowa muß von der Staatsbrauerei übernommen werden.

2) Ob der Betrieb in Limanowa ein vorübergehender oder für die Dauer bestimmter ist, darüber kann z.Zt. keine Entscheidung getroffen werden. Wenn der Betrieb Limanowa wegen Rohstoffmangels geschlossen werden muß, so ist das ein neuer Tatbestand. Aufgabe der Hauptabteilungen Finanzen und Ernährung und Landwirtschaft wird es sein, den Betrieb Limanowa einigermassen aufrechtzuerhalten.

3) Die Brauerei Limanowa kann nur als Ausweichbetrieb angesehen werden bis zu dem Zeitpunkt,

in welchem die Staatsbrauerei Lemberg wieder in Betrieb genommen werden kann.

4) Die Fassung des Pachtvertrages ist von keiner wesentlichen Bedeutung, sondern in diesem Fall geht Staatswille vor Vertrag.

5) Die Präsidenten Dr. Senkowsky und Naumann werden ermächtigt, nunmehr auf dieser Grundlage vorzugehen. Der Betrieb Limanowa wird als Ausweichbetrieb der Staatsbrauerei Lemberg zur Verfügung gestellt; die Lemberger Staatsbrauerei verpflichtet sich, zu dem Zeitpunkt, in welchem sie den Lemberger Betrieb ordnungsmässig wieder übernehmen kann, den Limanowa-Betrieb einzustellen.

6) Bei Einstellung oder Stillegung des Limanowa-Betriebes werden wegen der Entschädigung der Lemberger Staatsbrauerei hinsichtlich Investierung neue Verhandlungen zwischen den beiden Hauptabteilungen gepflogen.

7) Die Genehmigung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft für die Inbetriebnahme der Brauerei Limanowa kann unter dem Vorbehalt erteilt werden, daß sie gegeben wird, um den Betrieb zu ermöglichen. Im übrigen besteht keine 20-jährige Verpflichtung des Staates.

8) Sofern es zur Ermöglichung einer Betriebsaufnahme in Limanowa bezw. einer wirkungsvollen Investition nötig sein wird, einen mehrjährigen Pachtvertrag zwischen der Lemberger Staatsbrauerei und dem polnischen Eigentümer abzuschliessen, wird diese Genehmigung von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft unter der Voraussetzung der Bedingungen zu Ziffer 2) erteilt.

21.7.1944

18[40] Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar und Oberregierungsrat Dr. Luxenberg.

Präsident Dr. von Craushaar gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Frontlage, soweit sie für das Generalgouvernement von Bedeutung ist, und teilt dem Herrn Generalgouverneur in diesem Zusammenhang mit, daß der Oberquartiermeister der Heeresgruppe Nord-Ukraine Harpe für mehrere Stäbe dieser Heeresgruppe Unterkunftsmöglichkeiten in Krakau suche. Für diese Stäbe würden etwa 1 300 Zimmer gebraucht.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich in scharfen Worten gegen diese Maßnahmen der Heeresgruppe, aus denen, wie er meint, hervorgehe, daß man das Generalgouvernement schon aufgebe, andererseits aber sein eigenes Leben und seine Existenz nach Möglichkeit zu sichern bestrebt sei.

19[30] Großkundgebung des Arbeitsbereiches der NSDAP im Haus Urania.

Nach dem Fahneneinmarsch eröffnet Oberdienstleiter Tießler die Kundgebung mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Soldaten und Arbeiter, Beamte und Offiziere, Kämpfer der Partei und als unsere Ehrengäste Verwundete dieses Krieges warten auf Ihre Worte. Ich bitte Sie, zu uns zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Rede:

Deutsche, eine uns alle in die Tiefen unseres Bewußtseins hinein treffende Nachricht wurde gestern über alle Sender verbreitet. Eine ruchlose Tat ist geschehen: Auf unseren Führer wurde gerade in dem Augenblick, in dem er mit wichtigsten Mitarbeitern entscheidende Beratungen sich hingegeben hat, ein Attentat verübt. Das Leben der Menschen und der Völker liegt in Gottes Hand. Gestern hat in dem Augenblick, da sich ein solches Geschehen dem Führer

der deutschen Geschicke nahte, der Todeshauch das deutsche Volk gestreift. Es ist daher für die Deutschen Krakaus und darüber hinaus für alle deutschen Männer und Frauen des Generalgouvernements eine ernste Stunde der Besinnung auf das, was das Leben und die Gesundheit des Führers für uns alle bedeuten.

Wir haben uns heute in echtem kameradschaftlichen Zusammenhalt gefunden, um dieser unserer Empfindung Ausdruck zu verleihen. Der ewige Herrgott sei bedankt, daß er unseren Führer gerettet hat. Es ist nicht unseres Amtes, nun im einzelnen die Tat an sich zu beurteilen, denn wie es der Führer heute Nacht in seiner so ernsten Ansprache an das deutsche Volk gesagt hat: des Führers Leben ist das Leben des deutschen Volkes.

Diese Tat ist daher auch nicht irgendwie mit dem deutschen Volke in Zusammenhang zu bringen. Es ist eine Fremdlings- und Neidingstat, sie ist das Wirken verbrecherischer Individuen, allerdings eines zahlenmässig und wirkungsmässig so lächerlich kleinen Kreises, daß damit das deutsche Volk nicht das geringste zu tun hat. Die Ehre des Volkes ist durch diese Tat unberührt und die Ehre der deutschen Soldaten nicht angetastet.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben es nicht zu untersuchen, was im einzelnen diese verbrecherischen Narren zu ihrer Tat veranlaßt haben mag. Aber eines steht fest: Hinter dieser Tat steht so oder so der Kreis auf der Welt, der das Ende des deutschen Volkes herbeiführen und darum den Führer töten will. Wir haben in jedem Fall festzustellen: diese Tat wurzelt ausserhalb unseres Volkes, ausserhalb des Raumes unseres Reiches; sie ist beabsichtigt, geplant und auch sicherlich mit Mammon vom Weltjudentum und dessen Repräsentanten vorbezahlt.

Die nationalsozialistische Bewegung, Adolf Hitlers entscheidendes, weltumspannendes Werk, ist durch diese Tat in ihrem Gefüge und in ihrem Treueverhältnis zu Adolf Hitler völlig unberührt wie das ganze deutsche Volk. Diese

Tat ist dadurch, daß sie mißlungen ist, nun bestimmt, einzugehen in die Geschichte der übelsten Machinationen unserer Feinde gegen Adolf Hitler. Heute wird wahrscheinlich in England, in Moskau und in Washington wenig Freude sein. Denn wir schliessen aus dieser Tat darauf, daß unsere Feinde glauben, zu solchen verbrecherischen Mitteln greifen zu müssen, um sich noch irgendwie einen Sieg erwarten zu können. Hinter dieser Tat stehen als Verantwortliche diejenigen, die diesen Krieg angezettelt haben. Diese Verantwortlichen sind diejenigen, die nie begreifen konnten, daß das deutsche Volk unter Adolf Hitler wieder einer Freiheit, einer grossen Entwicklung entgegenschreiten wollte; hinter dieser Tat stehen diejenigen, die seit Jahrzehnten mit der jüdischen Pest unser Volk zersetzten und zertrümmerten, diejenigen, die in ihrem Neidempfinden nicht dulden wollten, daß dieses tüchtige Volk der Deutschen je wieder auferstehe. Es ist also für unseren Führer wieder eine Bestätigung dessen, was er für unsere Todfeinde bedeutet. Die Interessierten an diesem Attentat sind daher die Blamierten. Sie sind entlarvt als die größten schurkischen Objekte der Weltgeschichte. Wenn diese Burschen noch irgend ein Ehrempfinden hätten, sie müßten heute im Erdboden versinken. Meine Kameraden aller Berufe, Träger aller Uniformen, deutsche Frauen und Mädchen dieses Raumes: Der Dank an den Führer soll unser Gelöbnis zu gesteigerter Pflichterfüllung, zu entschlossenster Härte und zu sieggläubigster Aufrichtung sein.

Was wäre denn die Folge des Gelingens dieses Attentats gewesen? Glaubt man etwa, wenn Adolf Hitler nicht mehr wäre, daß das deutsche Volk führerlos ihnen ausgeliefert wäre? Sie würden sich täuschen; denn wir würden für Adolf Hitler eine solche Rache nehmen, daß die Welt aufhorchen würde.

(Lebhafter Beifall)

Wir sind nicht als die Träger und Verantwortlichen dieser Zeit aus dem Holz geschnitzt, aus dem man Süßholzraspler macht. Wir kommen aus der Schule Adolf Hitlers, und wir

würden der Welt es heimzahlen. So aber werden wir die Vergeltung für das Attentat üben. Die Folgen des Mißlingens sind daher so wie sie sich die Feinde nicht haben denken können.

Heute ist durch dieses unendlich-tragische, aber doch glückhaft geendete Attentat auch jener Nebelspuk für alle Zukunft zerstreut worden, der immer da und dort wieder in der Welt sich zeigte, als ob es möglich wäre, zwischen der deutschen Wehrmacht und der nationalsozialistischen Bewegung irgendeinen Faden von gegenseitigem Kampf oder gegenseitiger Zerreissung abrollen zu lassen. Heute ist die Wehrmacht genau so wie die NSDAP voll innigster Überzeugung, voll gläubigsten Zusammenstehens und weiß, daß so, wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei durch den Sieg Adolf Hitlers wieder die ruhmreiche Entfaltung der deutschen soldatischen Kräfte ermöglicht hat, nunmehr auch die Wehrmacht des nationalsozialistischen Reiches den Staat Adolf Hitlers einer Welt gegenüber siegreich durchstehen wird. Heute ist alles das, was die ganze Weltpropaganda schon seit Jahren immer durchzog, jenes Gerede von der angeblichen Generalsrevolte gegen den Führer, von den angeblichen dauernden Zerwürfnissen innerhalb der Reichsführung restlos dahin. Unsere deutschen Offiziere und Soldaten haben es nicht nötig, daß man sie in diesem Zusammenhang irgendwie verteidigt oder in Schutz nimmt. Sie sind an diesem Ereignis völlig unbeteiligt. Aber eine Genugtuung erfüllt heute alle, wenn überhaupt innerhalb der reaktionären Welt eine Möglichkeit vorhanden war, zu einer solchen Tat gegenüber dem Führer und dem Reich zu schreiten, so konnte sie sich nur in einer Handvoll erbärmlicher, längst aus dem deutschen Soldatentum Ausgeschiedener so offenbaren.Also diese erbärmlichen Männer waren der ganze Inhalt der Hoffnungen der Welt unserer Feinde auf die Wehrmachtsrevolte gegen Adolf Hitler. Nun ist es klar, und jetzt ist es

eigentlich überstanden.

Was in dieser heutigen Nacht an leidenschaftlichen Impulsen des Treuebekennens gegenüber dem Führer aus allen Kreisen der deutschen Wehrmacht aufflammte, was von allen Frontdivisionen, von allen Kompanien, von allen Lazaretten und allen Dienststellen der Wehrmacht heute Nacht beim Führer an Zeichen glühenden Bekenntnisses zu ihm, an Glauben an seinen Sieg eintraf, das ist ein herrliches Bekenntnis des deutschen Soldatentums zum Retter unseres Volkes.

(Stürmischer Beifall)

Wir, die wir amtlich und dienstlich nun seit Jahren die Aufgabe haben, mit den Dienststellen der Wehrmacht in allen Bereichen zusammen zu arbeiten, wußten ohnedies, daß diese Einheit vorhanden ist.

Der Herrgott hat gestern ein Wunder vollbracht. Es ist die ernsteste Stunde vielleicht, die uns heute hier zusammenführt; denn wir müssen uns alle in Demut vor diesem ewigen Gott dankbarst verneigen.

Es mag sein, daß in den letzten Monaten angesichts des unendlich schweren Schicksals, das von unserem Volke und auch von unseren Soldaten zu tragen ist, in dem einen oder anderen Angehörigen des deutschen Volkes so leise Schwierigkeiten der gedanklichen Verbundenheit mit dem Bestehen auftauchen. Es mag sein, daß sich der eine oder andere fragt: Ist denn das alles richtig, geschieht alles gut, sieht man denn alles, muß das alles geschehen, müssen wir das alles hinnehmen, warum muß das alles so werden? Und diese Fragen sind gekommen; sie sind ja auch menschlich begreiflich. Wenn heute unsere alten Kulturstätten unter dem Terror der Feinde in Schutt und Asche sinken, wenn Hunderttausende und Aber-Hunderttausende unserer Volksgenossen vor dem Nichts stehen, wenn an unsere Soldaten monatelang in schwersten Kämpfen die unbeschreiblichsten Anforderungen gestellt werden, wie es in keinem

21.7.1944

Kriege der deutschen Nation jemals der Fall war, wenn unsere Soldaten aus strategischen oder taktischen Notwendigkeiten vor der Übermacht der Feinde zurückweichen müssen, so kann es sein, daß der eine oder andere irgendeine Sorge bekommt und sich fragt: Wie wird denn das gehen? Sind nicht am Ende doch die Feinde die Stärkeren, werden sie uns doch nicht irgendwie überwinden, werden wir nicht dieses oder jenes auch noch aufgeben müssen? Und dann dachte er vielleicht bei sich: Wird der Führer in seinem Glauben wirklich vom Schicksal bestätigt werden? Meine Volksgenossinnen und Volksgenossen, gestern hat Gott der Herr gesprochen und den Führer bestätigt.

(Lebhafter Beifall)

Er hat allen denen, die zu ermatten drohten, den herrlichen Blick auf die Ewigkeit aus der menschlichen Sehnsucht auf dieser Erde vermittelt, und er brachte uns in einem Augenblick einzigartigen Geschehens nahe, daß wir auf Gedeih, Glück und Sieg mit Adolf Hitler und seinem Werk verbunden sind. Der ewige Herrgott, der so oft angerufene, der den einzelnen in seinem eigenen Leben immer wieder stärkende, - es gibt keinen unter uns, der nicht in mancher Stunde seines Lebens, da ihn die Sorgen zu überwältigen drohen, seinen Blick zu Gott aufrichtet, dem unerkennbaren Wesen, auf das wir alles zurückführen, was in der Welt geschieht, dieser ewige Gott, der den Weg unseres Volkes seit Jahrtausenden durch die Geschichte bewacht und behütet, dieser ewige Herrgott ist uns gestern gegenübergetreten. Wir sind ihm dankbar, und wir können es nicht genug sein: denn in unserem Führer lebt unser bestes. Was jeder von uns sich als ein Idealbild vorstellen würde, dass er rein in seinem Glauben ist, daß er hingebungsvoll bis zum letzten ist, daß er sein eigenes Ich nicht mehr sieht, sondern nur noch seine Volksgenossen, - daß er keine Freizeit mehr für sich hätte, daß er restlos für die Gemeinschaft wäre, - alles, was jedem einzelnen von uns vorschwebt an Unerreichbarem, in Adolf

21.7.1944

Hitler ist es Wirklichkeit geworden. Es gab noch niemals einen Deutschen, der mit grösserer persönlicher Reinheit, mit solch wahrhaft gläubiger Durchdrungenheit, mit solcher restlosen Zurückstellung seines persönlichen Schicksals hinter das seines Volkes den nationalen Interessen mehr gedient hätte als Adolf Hitler.

(Beifall)

Wir, die erste Gruppe, die wir nun seit 25 Jahren, seit 1919 Adolf Hitler kennen, müssen immer wieder feststellen, die absolut über jede augenblickliche Schwierigkeit oder momentane Problematik hinweggehende Höhe seines Glaubens an die Kraft des Volkes, an seine Aufgabe, an die Berufung seiner Nation. Diesem Mann, der aus dem Nichts, aus dem Dunkel der Unbekanntheit auszog, ist eine grosse Aufgabe zur Lösung aufgegeben.

Meine Volksgenossen und Volksgenossinnen! Parallelen liegen nahe, sie treffen aber nicht zu. Man vergleicht unseren Führer oft mit dem Alten Fritz in den Kriegen der letzten Zeit. Der Alte Fritz war einer der größten und genialsten Männer, der größte Feldherr aller Zeiten, - trotz allem, gemessen an den Problemen, die heute auf unserem Volk liegen, die in dem terroristischen Regime unserer Feinde begründet sind, ist der 7-jährige Krieg nur ein politisches diplomatisches Nebenereignis. Heute ist es klar: Nur ein ganz einmaliger, aussergewöhnlich berufener Mann konnte dieses Schicksal bestehen und wird es bestehen. Das ist die Gewißheit, die uns der gestrige Tag gebracht hat.

Volksgenossen und Volksgenossinnen! Der Herrgott hat uns geste[illegible] aber auch alle verpflichtet. Wir wollen uns insgeheim und darüberhinaus auch in der lauten Allgemeinheit darüber klar sein, daß wir alle dem Führer glauben, ihm durch Dick und Dünn folgen, in Treue, Gehorsam und Geschlossenheit seinen Schritt mitmarschieren. Die Kriegslage gibt uns dazu im einzelnen unsere Aufgabe. Das Attentat war von den Feinden in einem Augenblick

geplant, da sie glauben, daß die Kriegssituation des Deutschen Reiches an Schwierigkeiten überreich ist. Wie sieht nun die Wirklichkeit aus?

Im Westen ist die Invasion dank der einmaligen Tapferkeit unserer Truppen über die ersten Anfangsbastionen selbst heute wiederum nicht hinausgekommen. Es ist vorbei mit dem Traum, durch die Invasion Deutschland im Westen zu besiegen. Mögen sie den letzten Rest ihrer Invasionstruppen aus England herüberholen, möge die Invasionsschlacht in eine entscheidende Phase eintreten, möge kommen, was da will, Frankreich ist und bleibt in deutscher Hand und damit der ganze Westen Europas.

(Beifall)

Wir werden dort, wo die feindlichen Armeen den Schutzbereich ihrer Schiffsgeschütze verlassen müssen, wo sie antreten müssen, Grenadier gegen Grenadier, wo sie nur noch ihre Luftüberlegenheit geltend machen können, den Kampf der deutschen Infanterie siegreich austragen. Wir sind der festen Überzeugung, daß dies dann zu einer klaren Überlegenheit führen wird.

Im Süden ziehen sich die deutschen Truppen befehlsentsprechendem Umfang zurück. Es ist wohl damit zu rechnen, daß dort schon demnächst eine harte und starke Frontlinie erreicht werden wird, die, da sie von der Natur gegeben ist, in keinem Fall überschritten werden wird. Die wirklich wertvollen und fruchtbaren Gebiete Italiens, die Gebiete der Poebene, werden fest in deutscher Hand bleiben.

Im Osten ist der Angriff der Bolschewiken on vollem Fortschreiten. Wir müssen sagen, daß wir hier die schwerste Problematik haben. Dem deutschen Soldaten sind im Osten gerade in diesen Tagen in zunehmendem Maße schwerste Aufgaben gestellt. Wir im Generalgouvernement haben uns, ganz gleich, wo und wie wir stehen, darauf gefaßt zu machen, daß die Ereignisse an der Ostfront uns zu schwersten Opfern zwingen werden. Eines aber steht fest: auch da wird in Kürze eine Linie erreicht sein, hinter der

sich der deutsche Widerstand so geltend machen wird, daß kein Bolschewik weiter vorwärts dringen kann. Diese Linie wird dann der Ausgangspunkt sein, von dem dereinst mit neuen Waffen und neuen Soldaten mit dem bolschewistischen Reich siegreich Schluß gemacht werden wird.

Seien Sie überzeugt, daß ich nicht phantasiere, sondern daß ich sehr wohl weiß, was ich sage und wie ich es sage. Die neuen Waffen, die sich gegen London und gegen Südengland als V I , als die heroischen Einsatz erfordernden Ein-Mann-Torpedos gegen die Kriegsschiffe unserer Feinde geltend machen, sie werden in den kommenden Wochen in anderen Variationen den Engländern noch so zu schaffen machen, daß sie am eigenen Leib spüren werden, was sie dem deutschen Volk angetan haben.

(Beifall)

Es gibt hier keinen anderen Weg, als daß derjenige, der Deutschland zerstören will, damit rechnen muß, daß er vorher selbst restlos zerstört werden wird.

(Beifall)

Wir werden hier die Ergebnisse deutschen genialen Erfindergeistes in sehr starkem Maße einsetzen, - das ist heute schon eindrucksvoll genug geschehen, und sie wirken sich heute schon sehr stark aus. Die Zustände in London und in Südengland sind ausserordentlich ernst. Die Engländer breiten darüber eine Glocke, aus der keine Nachricht aus London herausgehen soll: mehr brauchen sie eigentlich gar nicht zu tun, um zuzugeben, was mit ihnen geschieht. Wir wissen aus Berichten, wie diese Waffe wirkt. Man muß sich nur vorstellen, wenn es uns so erginge, daß wir keinen Fliegeralarm mehr geben können, weil wir Tag und Nacht Alarm haben. Den Rat, den Churchill seinem Volke gibt und der lautet: "Verlaßt London" - kann ich verstehen. Deshalb aber wird London nicht geschont. Es wird für alle Zukunft ausgeschaltet aus dem Bereich von Städten, in denen man gegen Deutschland arbeiten konnte.

(Beifall)

21.7.1944

Alledem gegenüber haben wir auch auf die eigene Verlustliste zu sehen. Uns wird nichts erspart. Der Luftterror gegen Deutschland hat einmalige Ausmaße erreicht. Es gibt überhaupt kein Leid, keinen Schmerz und keine Grausamkeit, die nicht heute auf das deutsche Volk hereinbrechen. Es ist schmerzlich zu sehen, wie die großartigsten und einzigartigsten Dokumentierungen deutscher kultureller Leistungen in Schutt und Asche gelegt werden und wie Hunddertttausende und Millionen unseres Volkes geschlagen werden. Aus diesen Ereignissen ist aber auch klar ersichtlich, daß das deutsche Volk geschlossener denn je weiß, war ihm drohen würde, wenn dieser Krieg verloren würde. Es geht nicht um den Nationalsozialismus, und es geht nicht um Adolf Hitler in dem Sinne, daß etwa das Deutsche Volk gerettet würde, wenn Adolf Hitler und der Nationalsozialismus nicht wären. Wer das sagt, der soll sich daran erinnern, wie das deutsche Volk behandelt wurde, nachdem es auf eine ähnliche Parole hin im November 1918 die Waffen niedergelegt hat. Im übrigen steht die Welt heute so unter dem Haß der Juden, daß man sich ungefähr ausmalen kann, was aus dem deutschen Volk würde, wenn diese Verbrecher einmal das Heft über Deutschland in die Hand nehmen würden.

So ist die Lage: Wenn wir über die Front und über die Heimat schauen, wenn wir die Betriebe anschauen und unsere Waffenwerke und wenn wir bedenken, daß in wenigen Monaten auf dem Gebiete der Luftwaffe auch eine gewaltige Änderung eintreten wird, dann kann ich nur sagen: wenn gestern Adolf Hitler gerettet wurde durch Gott den Allmächtigen, dann ist das das Zeichen, daß sich eine Umkehr der deutschen Kriegslage anbahnt und vorbereitet. Vielleicht schon in Kürze sind dann wir wieder die Angreifenden.

(Beifall)

Ein Volk, das seine Zukunft kennt, ein Volk, das seine Verantwortung kennt, das mit seinen Soldaten

in einer Front steht, ein Volk, das in nationalsozialistischer Volksgemeinschaft Leid und Freud gemeinsam trägt, ein Volk, das entschlossen ist, jedes Haus seiner Heimat, jede Ruine mit dem Einsatz des Lebens zu verteidigen, ein Volk, das den letzten Appellen seiner Verteidigungsentschlossenheit durch die Tat entspricht, ein solches Volk kann von niemandem in der Welt besiegt werden.

(Beifall)

Die Opfer dieses Krieges sind furchtbar; sie treffen jeden Deutschen unerhört schwer. Wir haben viele Söhne verloren, wir haben Verwundete in den Lazaretten und Verwundete in der Heimat, - alles das opfert unser Volk, damit es frei bleibt und deutsch werden kann. Wir müssen uns zur Pflicht machen, die Opfer zu ehren, indem wir über sie hinweg fanatisch an den Sieg und an die Zukunft glauben. Heute sind wir diejenigen, die Europa gegen die Zerstörung durch die Welt verteidigen. Alle grossen Geister dieses Kontinents hängen in ihrer Weiterexistenz und Weiterwirkung von dem Sieg der deutschen Waffe ab.

Nehmen Sie nur die armen Polen, - denn hier ist der Krieg ausgebrochen, weil sie Danzig und den Korridor auf Anstiften der Juden und der Amerikaner den Deutschen nicht geben wollten. Heute sind die Polen das armseligste und verlassenste Volk, das von seinen eigenen damaligen Verbündeten verraten, verteilt und verkauft wird. Auch die Polen hängen, wenn sie als Polen weiterleben wollen, von dem Sieg der deutschen Waffen ab. Die Ukrainer wissen das schon; denn sie haben es in Galizien erlebt, wie sie von den Bolschewiken behandelt werden und daß kein Pole und kein Ukrainer verschont werden würde, wenn in dieses Land die Bolschewiken wieder hereinkämen. Daher ergeht von dieser Stelle aus mein Appell an die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes, sich so wie bisher jeder Propaganda der Feinde gegenüber abweisend zu verhalten. Millionen Polen und Ukrainer bestellen ihr Feld, arbeiten in den Fabriken, fahren die Züge und helfen Tag

und Nacht bei der Arbeit und in der Rüstung mit, um die Ordnung, Führung dieses Raumes und den Ertrag dieses Landes im Dienste des Sieges Europas sicherzustellen. Der Führer wird nach unserem Sieg ihnen auch den besonderen Dank dafür abstatten. Mit den wenigen aber, die Opfer der Feindpropaganda werden und es wagen, gegen uns anzugehen, werden wir fertig. Das Land Generalgouvernement ist - das stelle ich amtlich ausdrücklich fest - fest und voll und ganz bis zur Frontlinie in der Hand der deutschen Führung, und ohne Streik und Sabotage arbeiten Tag und Nacht die Werke dieses Raumes.

(Beifall)

An Euch, ihr deutschen Männer und Frauen, richte ich heute den Appell, Euren Dank an den Führer abzustatten da durch, daß ihr in diesem unbändigen und gehobenen Sieglauben Eure Pflicht selbstlos erfüllt und daran denkt, daß das Land, das heute die deutschen Soldaten mit dem Einsatz ihres Lebens verteidigen, nicht dazu bestimmt ist, eine Domäne des Gelderwerbs oder des lustigen Lebens zu werden, sondern bestimmt ist, das stolze selbstbewußte pflichtflammende glaubensfanatische Vorland des deutschen Ostens zu sein.

Die deutschen Männer und Frauen erfüllen hier ihre Pflicht seit Jahren. Sie haben in Gemeinschaftsarbeit die Ordnung aufgerichtet und dem Deutschen Reich Werte ohne Zahl und ohne Vergleich geliefert. Ihnen gebührt der besondere Dank des Führers und des Reiches. Es ist möglich, daß wir in der nächsten Zeit zu Maßnahmen greifen müssen, die die Sicherheit der deutschen Bevölkerung in den frontnahen Bereichen gewährleisten. Diese Maßnahmen sind nicht etwa bestimmt von einer irgendwie gearteten Sorge oder Angst infolge der Kriegsentwicklung. Sie sind die pflichtbewußte Auswirkung der Verantwortlichkeit der Führung dieses Raumes gegenüber den deutschen Menschen, die auf Einladung der deutschen Führung in diesen Raum gekommen sind. Wenn wir daher die deutschen Frauen und Mädchen, die deutschen Mütter mit ihren Kindern aus

diesem Raum nach und nach in die Heimat zurückzuführen, so geschieht es, um ihnen diese Heimat, die sie sich im neuen Land erworben haben, desto sicherer zu erhalten bis zu ihrer demnächstigen Wiederkehr.

Herr General! Sie als der oberste Wehrmachtschef des Generalgouvernements haben sich heute hier eingefunden, Generale der Luftwaffe weilen mit ihren Kameraden unter uns, Verwundete und Soldaten, Männer der Partei und viele Volksgenossen. Wir reichen uns alle die Hände, schauen uns in die Augen und lassen unsere Herzen flammend zusammenschlagen: der ewige Herrgott hat unseren Führer gesegnet, in ihm unser Volk. Unser Volk weiht sich in Dankbarkeit seinem göttlichen Schicksal.

(Lang anhaltender stürmischer Beifall)

Oberdienstleiter Tießler schließt die Kundgebung mit folgenden Worten:

Als Ausdruck unseres Kampfwillens entsenden wir aus dieser Kundgebung dem Führer folgendes Telegramm:

> Aus einer Kundgebung der NSDAP in Krakau entbieten die Deutschen des Generalgouvernements, Ihnen, Führer, aus dankbarem Herzen ihre Treuegrüsse. Partei, Staat und Wehrmacht stehen in kameradschaftlicher Kampfverbundenheit zusammen und werden ihre Pflicht erfüllen. Was auch kommt, Sie können sich auf uns verlassen.

Herr Generalgouverneur! Wir danken Ihnen, daß Sie in so wunderbarer Weise unseren Gefühlen Ausdruck gegeben haben. Auch der letzte weiß heute: es geht um Deutschland.

Als wir uns einst auf den Führer verschworen haben, schlossen wir mit unserem alten Leben ab. Wir waren bereit, auf alle materiellen Güter auf dieser Welt zu verzichten. Wir kannten nur ein Ziel, Deutschland dienen zu können. Dieser Geist beseelt heute nicht nur die Millionen, die unter dem Luftterror zu leiden haben, sondern

das ganze deutsche Volk. Jeder einzelne ist von dem Willen beseelt: Wir sind bereit, alles zum Opfer zu bringen, nur die Freiheit nicht. Aber wenn wir heute kampfentschlossener sind denn je, so sind wir heute auch stärker denn je in dem Glauben und in der Gewißheit: Adolf Hitler führt uns zum Siege.

Wenn wir daher heute dem Schicksal für die wunderbare Rettung des Führers danken, so ist dieser Dank mit der Bitte verbunden, die jeder einzelne von uns aus teifstem Herzen an das Schicksal richtet: Herrgott, mach' mit mir, was dur willst, nur erhalte meinem Volk seinen Führer Adolf Hitler!

Wir grüssen den Führer!

Mit den Liedern der Nation und dem Fahnenausmarsch findet die Kundgebung ihren Abschluß.

20^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Sonnabend, den 22.Juli 1944.

11[00] Besprechung mit General Bork, Staatssekretär Dr.Boepple und Präsident Dr. von Craushaar.

Gegenstand der Besprechung ist die militärische Lage.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Ausdehnung der Räumungsmaßnahmen auf alle Distrikte einschließlich die Stadt Krakau.

11[35] Besprechung mit Pressechef Gaesner.

12[00] Apell der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements in Haus Urania.

Nach Begrüßungsworten des Staatssekretärs Dr. Boepple ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Meine Kameradinnen und Kameraden! Ein in der deutschen Geschichte erstmaliger Vorgang hat sich vorgestern abgespielt: aus der Reihe von Wehrmachtsangehörigen hat sich ein Verbrecherklüngel gebildet, der die Absicht hatte, den Führer durch einen Mordanschlag zu beseitigen, an seine Stelle eine neue von Generalen getragene Regierung zu setzen und dann durch diese Regierung einen völligen Umsturz des staatlichen und Gesellschaftsführungsapparates des deutschen Volkes herbeizuführen. Wir haben es dem göttlichen Gradschluß zu verdanken, daß Adolf Hitler wie durch ein Wunder aus diesem Attentat lebend und unverletzt hervorging. Kaum zwei Meter von ihm entfernt, mitten in seinem Arbeitsraum am Kartentisch explodierte der Zündkörper. Es kann sich jeder vorstellen, daß es wirklich ein Wunder ist, daß unser Führer mit dem Leben davongekommen ist.

Was uns, die Männer und Frauen des Dienstes des Generalgouvernements, in diesem Augenblick erfüllt, bedürfte nicht eines besonderen Ausdruckes. Wir stehen

als Beamte oder Angestellte des Staates in einem ganz besonderen Treueverhältnis zum obersten Chef des Reiches auch als Verwaltungsorganismus und haben deshalb in Treue, Disziplin und Gehorsam dem Schicksal unseren Tribut dadurch abzustatten, daß wir mit gesteigerter Inbrunst uns den dienstlichen Verpflichtungen unterziehen, die uns der Führer und das Reich auferlegen.

Ihr, Kameraden und Kameradinnen habt die Meldungen vernommen, die über dieses Attentat ausgegeben wurden. Die Täter sind beseitigt, die Clique ist ausradiert, die wenigen Männer, die hier am Platze waren, um mit dieser Clique aufzuräumen, haben ganze Arbeit gemacht. Durch dieses Ereignis ist eine ungeheure Stärkung des loyalen Empfindens bei allen öffentlichen Dienststellen des Reiches entstanden und vor allem ist ein Problem restlos gelöst: die totale Einheit von Staat, Partei und Wehrmacht im Reiche Adolf Hitlers ist jetzt für alla Zukunft eindeutig festgelegt (Beifall). Das also war der Inhalt der lange Jahre gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Feinde, daß endlich einmal aus der Wehrmacht ein Aufstand gegen Adolf Hitler oder die nationalsozialistische Bewegung entstehen würde. Drei, vier kümmerliche, widerliche Subjekte, das war alles, was sich finden ließ. Daher obliegt uns die dankbare und klare Feststellung, daß die deutsche Wehrmacht, das deutsche Heer, die deutsche Marine, irgendein anständiger deutscher Soldat nicht den geringsten Anteil an diesem Verbrechen haben. (Beifall) Die Flagge unseres deutschen Soldatentums weht in keiner Weise anders wie vor diesem Ereignis - rein, stolz in den leuchtenden Farben des Siegglaubens, der Treue.

Meine Kameraden und Kameradinnen! Das Unternehmen dieser Verbrecher im Dienste der Feinde war umso schrecklicher, als die Kriegslage sich gerade in diesen Wochen an allen Fronten mit elementarer Notwendigkeit entwickelt. Sie wissen, daß der Führer gerade in diesen Tagen und Wochen unausgesetzt die ernstesten Fragen zu lösen hat, daß es notwendig ist, den totalen mit dem

gesamten Fundus von drei Weltmächten vorgetragenen Angriffen gegen das deutsche Reich Herr zu werden. Während die deutschen Soldaten an den Fronten ihr Leben einsetzen, während die deutschen Frauen in der Heimat mit den Männern arbeiten, werken und ihre Pflicht erfüllen, während die Luftgeschwader der Feinde unsere schönen Kulturstätten in Schutt und Asche legen, war es dem Feind natürlich darum zu tun, aus der Mitte des deutschen Volkes in diesem Augenblick den Mann zu beseitigen, der als der oberste Garant der Einheitlichkeit und Klarheit des Glaubens, der Härte und der absoluten Zielsicherheit diesem Geschehen den Rang eines welthistorischen Sieges geben wird. Adolf Hitler in diesem Augenblick zu treffen war daher ein raffiniert ausgehegtes echt jüdisches Unternehmen. Aus seinem Mißlingen erkennen wir aber, daß Deutschland unter der Führung Adolf Hitlers auch in Zukunft sich gegen alle Feinde der Welt mit Gottes Hilfe siegreich sich durchsetzen wird (langanhaltender Beifall).

Es ist jetzt nicht die Zeit, sich in blinden Träumereien oder Phantastereien zu ergehen. Hunderttausende von Menschen sind ohne Heimat, haben alles verloren, hunderttausende von Familien haben hhben ihre Ernährer und Söhne an den Fronten verloren, hunderttausende glühender Männer müssen mit ihren Wunden in den Lazaretten liegen, die Kriegsfurie bringt Not, Angst und Sorge, eine nahezu vollkommene Beseitigung jeder auch noch so einfachen Lebensfreude ist eingetreten, Die Zeit rüttelt unser Volk bis ins Mark und läßt uns erkennen, wie lächerlich und wertlos alles das ist, was im Leben meistens angestrebt wird. Wir alle sind nun nichts anderes als eine Masse von Menschen, die eines herrlichen großen Volkes Kinder sind und die unter einem einmaligen Führer diesen schwersten Kampf um die Zukunft unserer Nation zu bestehen haben. Jetzt ist nicht die Zeit für billige

22.7.1944

Phrasen und Siegesglorien. Nüchtern, klar, hart und sachlich ist der Stil dieser Epoche. Wenn jemand Anlaß hat, diesen Stil für den ausgeprägt eigenen anzusehen, dann sind es wir hier im Generalgouvernement. Damit im Westen die Front steht, damit die Macht des Reiches waffenmässig so intensiv wie nur möglich auf die jeweils gefährdetsten Punkte gerichtet werden kann, wurde im Osten lang' geopfert. Der Vormarsch der Russen bewegt sich nun schon seit einigen Monaten in seiner Frontlinie, die einige Wochen stark geblieben war, auf dem Boden des Generalgouvernements. In den letzten Wochen haben die Angriffe der Russen auf das Territorium unseres Raumes wieder begonnen: Stoßkeile der Feinde marschieren in Richtung Lemberg, Rawa-Ruska, Lublin, im Norden in Richtung Ostrow. Die Lage des Generalgouvernements ist die eines Landes, in dem die Fronten in Bewegung geraten sind. Das ist ein ernster und uns zu Maßnahmen aller Art zwingender Entwicklungskampf. Heute aber kommen die Meldungen, daß der Führer für die Front im Osten, vor allem für den Südteil des Generalgouvernements nun Verstärkungen heranbringen läßt. Der Kampf um Lemberg wurde gestern und wird zumindest für die nächsten Tage zu unseren Gunsten entschieden. In Lemberg sitzt nach wie vor der Gouverneur; der größte Teil von Lublin ist nach wie vor in unserer Hand. In Galizien haben wir den gesamten südlichen und westlichen Teil fest in der Hand, es ist wahrscheinlich damit zu rechnen, daß die vorgestossenen Einzelkeile der Sowjets - einige wenige Panzer und einige wenige Bataillone - in den nächsten Tagen abgeschnitten werden.

Es ist daher keinerlei Anlaß zu irgendeiner Unruhe, zu irgendeiner Form Besorgtheit am Platze. Unsere Wehrmacht wird den Kampf im Osten so bestehen, daß schon in den kommenden Wochen je nach den Entlastungen, die der Westen bringen wird, die Schlußentscheidung gegen die Sowjets mit neu herangeführten Truppen und neuen Waffen beginnen wird.

22.7.1944

In diesem Augenblick, meine Kameradinnen und Kameraden, muß ich daher ganz besonders Ihren Arbeitseifer, Ihre Hingabe an den Führer, Ihre Diensttreue und Ihre Glaubenserfülltheit rechnen. Nun sind wir daran! Es ist uns in den letzten Jahren gegönnt gewesen, gemeinsam eine auch vom Führer als hervorragend bezeichnete vorbildliche Aufbauarbeit zu leisten. Wir haben hier gemeinsam aus Dreck und Speck, aus Not und Chaos, aus Schmutz und Zerstörung im Laufe von wenigen Jahren ein Mustergebilde von Verwaltungsführung und Ordnung aufgebaut. Wir haben die Millionenmasse der fremden Bevölkerung in diesem Raum zur Arbeit gebracht, wir haben die Ernte, die Industrie-, Transportleistungen sichergestellt und wir haben erreicht, daß trotz einiger Rückschläge durch Bandeneinbrüche und derartiges das ganze Land doch beinahe ohne jeden wesentlichen Schaden und Rückschlag sich auf allen Gebieten in einer stetigen Aufwärtsentwicklung bewegte.

Die Leistungen des Generalgouvernements sind Ihnen, meine Kameradinnen und Kameraden bekannt. Sie wissen, was dieses Land heute für das Deutsche Reich ernährungs-, leistungs-, industrie-, arbeitsversorgungsmässig bedeutet, war es für das Reich bedeutet, in diesem kritischen historischen Augenblick hier im Osten einen festen Verwaltungsblock mit deutschen Männern und Frauen voll zäher Tatkraft, Selbstsicherheit und Tapferkeit aufgerichtet zu wissen. Sie können sich vorstellen, daß der Führer bei jeder Gelegenheit darauf zurückkommt, welche Bedeutung dieses Nebenland für die Kriegführung des Reiches hat.

Aus diesem Umstand ergibt sich die Schlußfolgerung, daß wir voll Vertrauen auch auf die strategische Lage zu blicken haben. Was jetzt im Lande eingeladen wird, sich in die Heimat zurückzuziehen, daß sind alle die, die genau so in der Heimat verbleiben können, wie sie hier sind. Damit wir für die Arbeit Raum und die freie verant-

wortungserfüllte Zone bekommen, werden die Frauen und Kinder in die Heimat zurückgeleitet. Ich muß dabei auf die für die Führung, Verwaltung, Wirtschaft und sonstigen grossen öffentlichen Berufe notwendigen weiblichen Arbeitskräfte selbstverständlich auch in Zukunft rechnen, aber was für diese Kriegsgeschehnisse und Kriegsaufgerichtetheit der Verwaltung und Wirtschaft nicht unbedingt notwendig ist, wird jetzt unser Generalgouvernement verlassen. Das Kriegsregime erfordert eine Planung auf weite Sicht. Zu diesen Maßnahmen habe ich mich als Verantwortlicher für das Leben der Deutschen in diesem Raum entschlossen. Es können im Zusammenhang mit den Frontereignissen nun schwere Luftangriffe über unser Gebiet kommen, es können wieder gesteigerte Unsicherheitsfaktoren auftreten, die den einzelnen draussen im Lande oft weit verstreuten deutschen Familien schwerste Gefahren zu bringen im Stande sind. Wir tun dies in dem festen Glauben, daß alle diese Deutschen eines Tages wieder hierher zurückkommen werden.

Meine Kameradinnen und Kameraden! Wir schauen nun dem bolschewistischen Feind beinahe unmittelbar ins Angesicht. Wir wissen, wenn sie hier einbrechen würden, daß es dann nicht nur den Deutschen, sondern auch den Polen und Ukrainern schlecht ergehen würde. Es ist daher für mich eine angenehme Pflicht, den polnischen Beamten und Angestellten der Staatsverwaltung, der Wirtschaft, der Polizei, der Eisenbahn, der Post und der übrigen Verwaltungszweige meinen ganz besonderen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Was diese polnischen und ukrainischen Beamten und Angestellten des Staates und der Wirtschaft in diesen Wochen an treuer oft selbstloser Hingabe an die Interessen des Reiches geleistet haben, verdient unser aller Anerkennung. Auch sie haben ihr Verdienst an der Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Raum. Auch mit der Haltung der gesamten Bevölkerung bin ich sehr zufrieden. Trotz unausgesetzter feindlicher Pro-

paganda, trotz Versuchen aller Art, das Land gerade in diesem Augenblick in flammender Aufruhr zu bringen, sind alle diese Stimmen und Machinationen der Feinde zerschellt an der ruhigen überlegten Haltung der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Raumes. Das Deutsche Reich wird sich diese Haltung merken, und es wird später nur von Vorteil für die Entwicklung des polnischen und ukrainischen Volkstums gewesen sein, daß wir die Millionenmasse dieses Volkstums im Raum als absolut arbeitsruhig erkannt haben. Freilich, der Bolschewismus würde auch mit den Polen nicht zu knapp verfahren. Die Drohungen, die von Moskau ausgesprochen werden, die absolute Preisgabe des Polentums an die Sowjets durch England sind hier zusammenwirkende Faktoren, denen gegenüber nur eine Garantie für die fremdvölkische Kultur in diesem Raum besteht, nämlich der Sieg der deutschen Waffen. Wenn die deutsche Armee heute nicht den Schutzwall für ganz Europa bilden würde, dann würden auch unsere polnischen Staatsangehörigen in die schwierigste Lage kommen.

Ich glaube, meine Kameradinnen und Kameraden, daß in diesem schwierigen Augenblick das Generalgouvernement dank der Treue, dank Eurer Arbeit und dank Eures unermüdlichen Einsatzes in der Regierung, in den Distrikten, in den Kreisen, in den Städten, in allen Wirtschaftsbereichen, in allen technischen Bereichen, in allen Bereichen der Sicherheitsorganisation in gemeinsamer Arbeit auch weiterhin in Ordnung, Ruhe, Frieden und Arbeitssicherheit erhalten wird. Von jedem einzelnen von Ihnen müssen Energie und eine glaubenserfüllte Haltung in Disziplin und restloser Hingabe an das Vaterland Adolf Hitlers ausstrahlen und vor allem der blinde Gehorsam gegenüber dem Schicksal, das uns in Adolf Hitler dem größten Deutschen aller Zeiten als obersten Chef unseres Schicksals gesandt hat. Seit vorgestern haben wir ein persönliches Band zwischen Adolf Hitler und dem deutschen Volk; je mehr dieser Mann an Sorgen, Lasten und Nöten auf sich nimmt, desto mehr wächst Deutschland mit Adolf Hitler zusammen. Es ist leicht, in schweren

22.7.1944

Zeiten zu kritisieren, alles besser zu wissen und auf allen Wegen der Geschichte nachzuspüren; es ist leicht, düster in düster zu malen, zu unken, herumzuflattern und elend herumzusticheln an allen hohen Werten; das ist keine Kunst. Entscheidend aber ist, daß wir alle wissen müssen, daß, wenn Adolf Hitler und sein Reich jetzt von diesen verbrecherischen Mördern hätten vernichtet werden können, das deutsche Volk auf zweitausend Jahre der restlos versklavte Büttel des Weltjudentums geworden wäre. Die Verantwortung vor Gott, der Welt und dem eigenen Volk zu tragen in einem Augenblick, da die Schläge auf den einzelnen herabprasseln, die Not steigt und die Erfahrungen grösser werden, das macht den Geschichte gestaltenden Mann. Mit dem Widerstand gegen die Not, mit einer bis ans äusserste gehenden Energie jedem Feind, ganz gleich wo er steht, wie er heißt, was er will, mit was er kämpft, mit dem Eins tz des Lebens entgegenzuschlagen, das macht die Freiheit der kommenden Jahrtausende. Es geht nicht um Nationalsozialismus oder Nichtnationalsozialismus, es geht um die Feinde, die die Beseitigung des deutschen Volkes als Träger größter Ideale erstreben. Deshalb versuchen sie, unsere Kulturstätten zu zerstören, deshalb wollen sie unsere grossen Städte, diese Heimat gewaltigster seelischer Grösse zermalmen, damit wir endlich genau so farblos, seelenlos, ideenlos, glaubenslos würden wie diese technischen Massenanbeter Amerikas, Englands oder der Sowjetunion. Sie wollen die Deutsche Nation als persönlichkeitsbildende Kraft von dieser Erde vertilgen.

Meine Kameradinnen und Kameraden! Auf Euch vertraue ich. Eure Arbeit in den letzten Jahren war für mich eine grosse Freude und ich bin stolz darauf, eine so anständige Schar deutscher Männer und Frauen führen zu dürfen. Es ist eine Auszeichnung, in diesem Augenblick auf so viele treue tapfere Kameraden und Kameradinnen rechnen

zu können, wie ich das kann. Ich habe dem Führer auch mitgeteilt, daß die Gefolgschaft des Generalgouvernements, treu, klar und geschlossen wie bisher mit möglichst gesteigerter Energie auch in Zukunft bestehen wird. Eine schwere Arbeit liegt hinter uns, eine schwere Sorge liegt über uns, schwerere Arbeit wird kommen. An ihrem Ende aber liegt der grosse gemeinsame Lohn, und auch wir im Generalgouvernement werden sagen können: In der schwersten Stunde unseres deutschen Volkes hat uns der Führer ausgezeichnet, indem wir an schwierigster Stelle erfolgreich arbeiten durften. Indem ich Ihnen danke, bitte ich Sie, weiterhin gehorsam, treu, stark und gläubig zu bleiben.

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

Mit Dankesworten des Staatssekretärs Dr. Boepple und dem Gelöbnis treuer Weiterarbeit und den Liedern der Nation findet der Appell sein Ende.

15^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Sonntag, den 23. Juli 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in

Kressendorf.

IV/8

Krakau

Dienstag, den 25. Juli 1944

10^{05} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Oberdienstleiter Tießler die aus der Entwicklung der militärischen Lage im Generalgouvernement sich ergebenden Verhältnisse, und ersucht ihn, unverzüglich zur Parteikanzlei zu fahren und dem Reichsleiter Bormann einen Überblick über die gegenwärtige Situation zu geben.

Im Verfolg dieser Besprechung richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Fernschreiben an Reichsleiter Bormann:

> Angesichts der Frontentwicklung un der sich in das Generalgouvernement hinein auswirkenden Verhältnisse innerhalb der sich zurückziehenden Truppe ersuche ich Sie dringendst, den Pg. Tießler zu empfangen. Sein Bericht eignet sich nicht zur schriftlichen Wiedergabe, er kann nur persönlich gegeben werden. Ich würde angesichts der Wichtigkeit der Sache am liebsten persönlich bei Ihnen um einen Termin bitten, kann aber begreiflicher Weise jetzt das Generalgouvernement nicht verlassen.

10^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Gouverneur Dr. Wendler in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. von Craushaar.

Präsident Dr. von Craushaar gibt zunächst einen kurzen Lagebericht.

Der Herr Generalgouverneur teilt dann den Inhalt eines an ihn gerichteten Geheimschreibens des Gouverneurs Kundt mit, in welchem dieser eine Schilderung der z.Zt. im Distrikt Radom infolge des Rückzuges der Truppen herrschenden Verhältnisse gibt.

25.7.1944

Hierauf berichtet Gouverneur Dr. Wendler über die Erlebnisse, die er vor und nach dem Verlassen der Stadt Lublin gehabt hat.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, welchen Eindruck Dr. Wendler von den Maßnahmen der militärischen Führung habe, erwidert Gouverneur Dr. Wendler:

Ich habe das Gefühl, daß da etwas nicht stimmt. General Moser hat mir gesagt, es seien Flugblätter in die Kaserne geworfen worden, in denen gestanden habe: Der Führer kann das nicht alles durchführen, gleichzeitig West und Ost; es ist auch unmöglich, daß die Menschen das alles machen können, auch wenn ein Adolf Hitler da ist; es muß Schluß gemacht werden. Nun ist irgendwie ein Vakuum entstanden. Befehle kommen von hinten. Aber die setzen ja immer bloß ab. Eine Armee hat in ihrer Führung bzw. in ihrem Stabe über 3 200 Leute. Es sind ganze Nachrichtenregimenter und viele andere Formationen, die immer hinten sitzen. Es flattert einfach alles durcheinander. - Am Sonnabend nachmittag um ½ 3 Uhr lag bereits der Westausgang von Lublin unter Feuer. General Moser sagte mir, es seien einige Panzer im Anmarsch. In Wirklichkeit waren es 40. Die sind wunderbar herausgefahren und haben sich an die Ausgänge gesetzt, sie haben es sehr geschickt gemacht, sodaß ich überzeugt bin, daß der Panzerkommandant der Russen gar kein blöder Hund ist. Sie kamen konzentrisch auf den Ausgang zu. Auf der Strasse nach Pulawy waren es 24 Panzer. - In Radzyn haben sie das Korpskommando ausgehoben. Ich habe von den Soldaten sehr pessimistische Äusserungen gehört wie: Das ist ja alles Sch...., die sollen uns am A... lecken, wir sind verraten, nichts wie los.

Generalgouverneur Dr. Frank: Die sagen das, weil kein Offizier dabei ist?

25.7.1944

Gouverneur Dr. Wendler: Es war so dunkel, daß man nichts sah. Wenn eine Autorität da wäre, würden die Soldaten gewiß halt machen, und es würde manches erreicht werden können. Aber ich habe eben den Eindruck: da ist eben irgend etwas abgerissen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Was machen wir mit Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Wendler, was wünschen Sie von mir?

Gouverneur Dr. Wendler: Die Leute noch suchen lassen. Es fehlen mir noch 33 Köpfe, so der Stadthauptmann, der noch in den Beschuß hinein kam. - Ich was am Sonnabend um ½ 3 Uhr auf der Oberfeldkommandantur und habe mich erkundigt. Ich bekam die Mitteilung, es sei nur ein schmaler Keil, der im Norden mit einigen Panzern vorgestossen sei. Da liegen Wälder. Weiter wurde mir gesagt, am Sonntag, den 23. Juli trete die Panzerdivision Hermann Göring an; sonst springe die Front zurück fast bis Brest Litowsk. Im Süden sei Hrubieczow noch in unserer Hand. Weiter wurde gesagt, einige Panzer seien im Vorstoß auf Rawa Ruska. Wir haben nun die Autos beladen lassen, hörten aber gleichzeitig schon die Schiesserei. Es waren Rauchwolken über der Warschauer Strasse. Um ½ 5 Uhr habe ich den Oberregierungsrat Haße von der Inneren Abteilung hingeschickt, und ihm ist mitgeteilt worden, es seien Panzer durchgedrungen und stünden am westlichen Ausgang von Lublin; dagegen seien aber Panzervernichtungstrupps angesetzt. Ich bin dann zur Polizei gegangen, und man hat mir gesagt, es sei richtig. Zu dieser Zeit waren noch 32 Leute da, es war der letzte Stab, alle anderen Deutschen waren weggefahren. Es war mir unbekannt geblieben, daß die am Mittag gegen 1 Uhr auf der Hauptstrasse weggefahren und den Panzern in die Hände gekommen sind. Der Oberlandwirtschaftsrat Dr. Claus hat sich gerettet und sich in Radom eingefunden. Er mußte aus dem Wagen aussteigen. Er hatte sich gedacht, es seien deutsche

25.7.1944

Panzer, weil sie vom Westen kamen. Im übrigen war dort ein tolles Durcheinander: Autokolonnen, Trecks - 3 Reihen Trecks von Zamosc, 2 Kolonnen Autos, die mußten über die Felder hinweg. Der Beschuß hat um 13 Uhr 30 Minuten begonnen. Nachmittags um 5 Uhr haben wir noch im Luftschutzkeller gesessen. Von den übrigen Deutschen habe ich erst gehört, als wir in die Warschauer Strasse kamen. Da stand die Kavallerie auf dem Bürgersteig, und einer sagte: es ist Beschuß, die Fahrzeuge sollen hier abstellen, dann nach Süden durchstossen und sehen, wie sie herauskämen. Die 32 Deutschen, auch die Frauen, haben sich ausgezeichnet benommen. Ich hatte auch meine Anordnung für den äussersten Notfall getroffen, danach sollten sich die Frauen zur Wehrmacht begebe . Dann sind wir über die Strasse herüber gefahren, die Wagen haben gewendet, wir haben auch Infanterie geschen, die mit der Panzerfaust vorgegangen ist. Da soll ein Russe aus seinem Panzer ausgestiegen sein und eine Panzergranate aufgehoben haben und dann wieder in seinen Panzer eingestiegen sein. Bei den Infanteristen habe ich keinen Offizier gesehen. Nur 16 oder 17 meiner Beobachtung nach ziemlich alte Leute sind vorgegangen. Ich habe auch nicht das Gefühl gehabt, daß sie ausgebildet waren. - Wir haben uns nun zum Bahnhof durchgeschlagen. Hier ging der letzte Zug um 13 Uhr 27 Minuten weg. Es war der fahrplanmässige Schnellzug; er ist noch aus Lublin herausgekommen und fahrplanmässig an seine Zielstation gekommen. Ein Zug mit Volksdeutschen aus dem Treck, die verwundet worden waren, kam auch noch heraus. Von diesen Volksdeutschen haben wir auch noch 3 Verwundete aufgenommen. Es wälzten sich nun unaufhörlich Autos an uns vorbei. Alles war im Rückzug. Es war kein Mensch da, der ihnen halt gebot. Auch General Moser war nicht zu sehen. In einer Entfernung von 20 cm stiessen wir dann auf lebhafte Fliegertätigkeit. Wir mußten z.T. wieder aus dem Wagen heraus. Es brannte ein grosses Treibstoff-

lager der Wehrmacht in der Nähe des Bahnhofes, ebenso ein anderes auf der gegenüberliegenden Seite. Sonst hat auch noch manches zu brennen angefangen, es waren wohl Häuser von deutschen Soldaten in Brand gesteckt worden. So standen wir noch bis 18 Uhr 50 Minuten und sind dann weggefahren, ganz langsam am Bahnhof entlang. Neben uns sind unsere eigenen Granaten niedergegangen. Aus dem Bahnhof ist dann noch ein letzter Zug mit Eisenbahnern abgefahren, die sich gut verproviantiert hatten. Um 22 Uhr waren wir 3 km von der Stadt weggekommen, befanden uns eigentlich immer noch im Stadtgebiet. Wir sahen auch, wie die Flak ihre Scheinwerferstellungen zerstörte. Darauf bekamen wir sofort Beschuß. Wir meinten, das käme von der Flak. Aber die haben wohl herübergehalten. Das hörte dann wieder auf. - Dann kam ein weiteres Hindernis auf unserer Fahrt, eine Brücke, die eigentlich nur noch aus Brettern bestand. Es war völlige Finsternis, und wir erhielten einen ziemlich schweren Banditenbeschuß, hörten auch dauernd Fliegergeräusch über uns. Im Westen an der von uns zu erreichenden Strasse sahen wir Leuchtkugeln, es brannte auch da und dort. Wir sind an brennenden Gehöften vorbeigefahren, und es konnte für uns katastrophal werden. Um 1/4 nach 4 Uhr waren wir erst in Krasnik. Um 1/2 6 Uhr waren wir 22 km von Annapol und haben über 1 Stunde auf einer Brücke gestanden. Zum Glück hat es sehr stark geregnet, sonst wäre die Brücke ein leichtes Ziel für eine Bombardierung gewesen. Auch hier sahen wir wieder Kolonnen mit Langrohrgeschützen, schwere Pak und Flak. Offiziere waren nicht dabei, nur einige Feldgendarmen haben versucht, für Ordnung zu sorgen. Die Kolonnen wurden dann dünner, und wir sind rechts nach Radom abgebogen. Unsere Kolonnen waren natürlich nicht mehr ganz zusammen, die Leute sind aber doch sämtlich hingekommen, sozusagen im letzten Augenblick. Wir sahen dann noch, wie von Südosten her die Kalmücken, der Dollverband über die Felder zogen, viele sassen zu zweit auf einen Pferde.

25.7.1944

Nachdem Gouverneur Dr. Wendler seinen Bericht beendet hat, gibt der mittlerweile erschienene Staatssekretär Koppe dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß nach einer, dem Wehrkreiskommando zugegangenen Nachricht die Emigrantenregierung in London den Aufstand der Polen im Generalgouvernement ausgerufen habe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird eingehend zu der gegenwärtigen militärischen Lage im Generalgouvernement Stellung genommen und vor allem die Frage geprüft, ob und in welcher Weise es möglich ist, die zurückflutende Truppe zum Stehen zu bringen.

Staatssekretär Koppe will dafür sorgen, daß das Heidelager als Auffanglager bestimmt, alle dort vorüberziehenden Truppen in dieses Lager gebracht und unter den Befehl eines Generals gestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur trifft sodann folgende Verfügung:

1) Gouverneur Dr. Wendler wird zunächst in seiner Stellung als Gouverneur des Distrikts Lublin belassen.
2) Dem Gouverneur Dr. Wendler werden die gesamten Agenden der noch anfallenden Personal- und Sachangelegenheiten des Distrikts Lublin weiterhin übertragen.
3) Gouverneur Dr. Wendler wird seinen Dienstsitz in Tschenstochau nehmen.

11[1o] Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar und Präsident Naumann.

Präsident Naumann legt die Entwicklung der Ernährungssituation im Generalgouvernement dar.

25.7.1944

Der Herr Generalgouverneur billigt die Ausführungen des Präsidenten Naumann und beauftragt ihn, sich sofort mit den Reichsernährungsinstanzen in Verbindung zu setzen.

Präsident Naumann will noch im Laufe dieser Woche nach Berlin zum Reichsminister Backe fahren, um mit ihm die Situation des Generalgouvernements zu besprechen. Er führt dann aus:

Sollte die San-Weichsel-Linie wirklich einigermassen gehalten werden können, dann würde sich die Ernährung der Bevölkerung des Generalgouvernements im wesentlichen durchführen lassen bis auf Zucker, Fett und Fleisch. Das Reich müßte dann aber fast völlig für den Bedarf der Truppe im Generalgouvernement aufkommen und wesentliche Beiträge zur Ernährung der Ostbahnarbeiter leisten.- Die Brotration auch für die fremdvölkische Bevölkerung könnte ebenso wie die Kartoffel- und Marmeladeration aufrechterhalten werden. Die Fleisch- und Fettration könnte in dem bisherigen sehr kümmerlichen Umfange zur Not gehalten werden. Indessen müßte die Zuckerration ab 1. September 1944 auf 150 gr monatlich, die Hälfte des bisherigen Satzes, reduziert werden. Diese Maßnahmen hätten verschiedene sehr nachteilige Folgen, weil dadurch insbesondere die Möglichkeit der Spritproduktion ausfiele und ausserdem die Ernteerträge sinken würden angesichts der nicht Zurverfügungstellung von Prämienware. Selbstverständlich sei das alles dadurch bedingt, daß sich wirklich die deutsche Führung und Verwaltung in den westlich San-Weichsel liegenden Gebieten restlos durchsetzen könnten. Sollte das nicht der Fall sein, dann würde sich die Lage wesentlich verschlechtern.

12[10] Besprechung mit Stadthauptmann Dr. Höller in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Dr. Höller, ihm einen schriftlichen Bericht über Aufbau, Leistungen und Abwicklung der Stadt+Lemberg einzureichen. Anschliessend werde er über den Wunsch des Stadthauptmanns, zur Wehrmacht gehen zu dürfen, entscheiden. +) hauptmannschaft

25.7.1944

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Führer der Brigade Rona Kaminsky in Gegenwart des Staatssekretärs Koppe und des Staatssekretärs Dr. Boepple, des SS-Oberführers Bierkamp, des SS Sturmbannführers Reusner, des SS Sturmbannführers Schindhelm und des Bürgermeisters Türk.

Der Führer der Brigade Rona Kaminsky berichtet dem Herrn Generalgouverneur von dem Einsatz seiner Truppe und gibt dann dem Wunsche Ausdruck, ihm bei der Unterbringung seiner mittlerweile von 12 000 auf 5 000 Mann reduzierten, stark abgekämpften Truppe behilflich zu sein. Einen weiteren Aufenthalt seiner Brigade im Generalgouvernement halte er angesichts des feindlichen Verhaltens der polnischen Bevölkerung nicht für möglich. Nach einer Ruhepause von einigen Wochen könnte die Truppe wieder kampffähig und einsatzbereit sein.

Der Herr Generalgouverneur spricht Kaminsky seinen Dank und seine Anerkennung aus und sagt ihm seine Hilfe zu. Er würde es allerdings ebenso wie Staatssekretär Koppe begrüßt haben, wenn diese Truppe im Generalgouvernement geblieben wäre, könne sich aber dem von Kaminsky geltend gemachten Beweggründen nicht verschliessen.

Es werden dann die Möglichkeiten eines Abtransportes der Brigade Rona besprochen.

Der Herr Generalgouverneur richtet in Verfolg dieser Besprechung an Reichsführer SS Himmler folgendes Fernschreiben:

Lieber Parteigenosse Himmler!

Ich habe eben in Anwesenheit der Staatssekretäre Koppe und Dr. Boepple den Herrn Kaminsky, Führer der Brigade Rona, empfangen. Selbst den dringenden Argumenten, die Staatssekretär Koppe für ein Verbleiben der Brigade Rona gerade im jetzigen

ernsten Augenblick des Generalgouvernements angesichts des Vordringens der Sowjetrussen in unser Gebiet fand, stellte Kaminsky mit allem Nachdruck die Notwendigkeit gegenüber, daß seine Truppe erst wieder kampffähig gemacht werde. Er benötige mindestens dafür vier Wochen Zeit in einem Ruhelager und erbitte auch die völlig sicher gewährleistete Unterkunft der von ihm mitgeführten Familienangehörden. Zu diesem Zweck bat er, den Durchmarsch durch Deutschland und seine Unterkunft in Ungarn sicherzustellen.
Auch auf mein Ersuchen, uns doch jetzt in diesem Augenblick zu helfen, blieb er unter Hinweis auf die völlige Kampfuntauglichkeit seiner Truppe auf seinem Standpunkt beharren.
Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als auf den Plan zu verzichten, die Gruppe Kaminsky in den Verteidigungskampf hier im Generalgouvernement jetzt schon einzureihen. Es ist völlig ausgeschlossen, ihn mit Zwang hier zu behalten oder gar zum Kampf zu bringen.
Die Darlegungen des Kaminsky über die Situation seiner Truppe und die dringendst unabweisbare Notwendigkeit ihrer Wiederauffrischung wurde von dem mit anwesenden SS Sturmbannführer Reusner, der bekanntlich Kaminsky seit langer Zeit begleitet, vollauf bestätigt.
Ich bitte Sie daher, lieber Parteigenosse Himmler, Anweisung zu geben, daß der Transport dieser Gruppe Kaminsky insgesamt mit einer Köpfezahl von 30 000 in der Form des teilweisen Eisenbahn- und teilweisen Treckstransportes mit Vieh durch Deutschland bis an die slowakische Grenze gewährleistet wird. Mit der Slowa-

kei und Ungarn werde ich im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt direkt die Verhandlungen weiter führen. Ich darf Sie bitten, lieber Parteigenosse Himmler, Ihre diesbezüglichen Weisungen möglichst unverzüglich den zuständigen Behörden, nämlich dem Oberpräsidium Oberschlesien und dem Regierungspräsidium Kattowitz zuzuleiten.

15^{45} Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch, Referent von Palézieux und Architekt Korinthenberg.

Gegenstand der Besprechung ist die Beendigung des Kanzleineubaues.

17^{05} Polizeihauptmann Zi

17^{15} Besprechung mit Oberst Fischer.

18^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler und Amtsleiter Schroer.

18^{30} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

18^{40} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers.

Ich gebe Ihnen über die heutige Nachmittagslage im Generalgouvernement folgenden Bericht:
Nach den mir eben zugegangenen Wehrmachtsmitteilungen hat der Russe in Stärke von etwa 3 Panzerkorps mit von der mir diese Nachricht übermittelnden Wehrmachtsdienststelle auf etwa 300 geschätzen Panzern den San nördlich Przemysl überschritten und in rascher Vorwärtsbewegung etwa den Ort Babice annähernd nördlich der südöstlichsten Sanschleife erreicht.

25.7.1944

Gleichzeitig wird gemeldet, daß der Russe an der Weichsel die Brückenköpfe Pulawy und Imena mit stärkeren Panzern besetzt hat. Zwischen Krakau und dieser vordringenden russischen Panzertruppe befindet sich nach Auskunft der Wehrmacht keinerlei grösserer deutscher Verband. In den Orten Tarnow, Landshut, Sanok use. befinden sich nur noch kleinere Alarmeinheiten der Wehrmacht. Nach Meinung der Wehrmachtsdienststellen könnte ein Vormarsch der Russen nur durch sofort herbeizuführende sehr starke deutsche Panzerkräfte aufgehalten werden. Ich vermute, daß der Vorstoß dieser Panzerarmee auf die Abschneidung der letzten Verbindungslinie im Süden, die von Sanok nach Osten in Richtung Drohobycz-Stryj als sogenannte Beskidenstrasse läuft, abzielt.
Ich nehme an, daß die Nachrichten noch nicht als restlos verbürgt anzusehen sind, und werde, sobald ich Näheres weiß, Ihnen weiter berichten.

IV/8

Krakau

Mittwoch, den 26. Juli 1944

10[4o] Sitzung der Hauptabteilungspräsidenten im Grünen Zimmer der Burg.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Koppe
Staatssekretär Dr. Boepple
Präsident Dr. von Craushaar
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Gerteis
Präsident Dr. Lauxmann
Präsident Dr. Emmerich
Präsident Bauder
Präsident Dr. Eißfeldt
Präsident Dr. Eichholz
Präsident Professor Dr. Teitge
Präsident Ohlenbusch
Präsident Struve
Präsident Naumann
Präsident Wille
Gouverneur Dr. von Burgsdorff
Oberdienstleiter Tießler
Generalarbeitsführer Hinkel
Landesinspekteur Schalk
Präsident Dr. Paersch
Pressechef Gassner
Oberst Fischer
SS Oberführer Bierkamp
Notar Gutbrod
Regierungsdirektor Schmid
Landgerichtsdirektor Wilden
Bürgermeister Türk
Generalleutnant der Polizei Höring.

26.7.1944

Nach Eröffnung der Sitzung gibt der Herr Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Frontlage, soweit sie für das Generalgouvernement von Bedeutung ist. Er fährt dann fort: In diesem Augenblick obliegt uns die ernste Verantwortung für das, was hier im Lande an deutschen Menschen und an Werten, die für das Reich aufgebaut wurden, vorhanden ist. Wir haben uns deshalb zu Räumungsmaßnahmen entschlossen, über die im einzelnen Präsident Dr. von Craushaar berichten wird. Ganz allgemein laufen heute die Dinge auf eine völlige Verunklarung vieler Zuständigkeitsbereiche hinaus. Es herrschen grosse Verschiedenheiten der Auffassung über die Zuständigkeit, was z.B. den Ausbau der San-Weichsel-Linie angeht. Andererseits bestehen Unklarheiten in der Zuständigkeit zwischen Wehrkreiskommando und Heeresgruppe. Es ist keine Stelle vorhanden, die über das militär-kriegerische Schicksal des uns anvertrauten Landes in der nächsten Zeit wirklich Bescheid wüßte. Die Meldungen gehen hier immer wieder auseinander. Genau so, wie ich das Generalgouvernement in Ruhe und Ordnung aufgebaut habe, beabsichtige ich auch, das Generalgouvernement unter Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf den Status zu führen, wie er sich der jetzigen Lage anzupassen hat.

Man könnte uns entgegenhalten: Wenn wir übertrieben räumen oder unsere Archive zurücknehmen, so liege darin eine gar zu grosse Vorsicht. Ich will mir aber lieber den Vorwurf einer zu grossen Vorsicht machen lassen als daß man hier etwa erleben sollte, wie es z.B. deutsche Menschen in Minsk erlebt heben, wo viele hunderte von Frauen und Kindern in die Hände der Russen gefallen sind. Ich will also unter allen Umständen verhindern, daß die deutschen Menschen und die wertvollsten und unersetzlichsten Archivgüter, Materialien, Werkzeuge, Instrumente, Einrichtungen in die Hand des Feindes geraten. Ich kann es sehr wohl verstehen, wenn man seine Lage optimistisch darstellt; das gehört schließlich zum Beruf des Offiziers.

26.7.1944

Ich habe mir aber angewöhnt, alle jene optimistischen Prophezeiungen, die wir immer wieder seit Tarnopol von seiten der Wehrmacht amtlich zu hören bekommen, pflichtgemäß als Verantwortlicher für das Leben der Deutschen in diesem Raum nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen. Z.Zt. erhalte ich auf meine klare Frage, welche Kräfte in diesem Augenblick die deutsche Wehrmacht hat, um den Vormarsch auf Krakau einzuhalten, von ganz nüchternen Beurteilern der We rmacht einfach die Antwort: Nichts. In der Gegend von Przeworsk befindet sich eine Division. Ich bin der festen Überzeugung, daß der Führer aus der unerschöpflichen Kraft der deutschen Wehrmacht uns Divisionen schicken wird. Ich gebe die Lage weder verloren, noch nehme ich sie leichten Herzens. Wenn ich aber damit rechnen muß, daß in den nächsten Wochen und Monaten die gesamten Transportmittel für Zwecke des Heeres und des Nachschubs von Gütern belegt sind, dann muß ich um so mehr heute darauf dringen, daß das, war zu retten ist, aus dem Lande herausgeholt wird.

Ich habe mich deshalb entschlossen, im Einvernehmen mit dem Herrn Staatssekretär Ihnen ein weitgehendes Räumungsprogramm im Hinblick auf diese gewaltige Situationsänderung vorzuschlagen.

Das Generalgouvernement hat in den letzten Tagen an Wucht und Raum entscheidendste Verluste erlitten. Es ist ein tragischer Umstand, daß an einem Tage die beiden Gouverneure von Galizien und Lublin sich auf der Burg melden und mitteilen, daß ihre Distrikte praktisch verloren sind. Vom Distrikt Lublin haben wir noch wenige Grenzstreifen, im Distrikt Galizien einige wenige Kreise im Südwesten, vor allem den wichtigen Ölbezirk Drohobycz-Stryj, der aber bedroht, eingeengt und in verkehrstechnischer Hinsicht so beschränkt ist, daß eine fruchtbare Ausnutzung dieses Gebietes ausgeschlossen erscheint.

26.7.1944

Der östliche Teil des Distrikts Warschau wird schon in den nächsten Tagen ein Raum von intensiven Rückzugsgefechten sein. Wenn die allgemeine Richtung auf die Weichsel innegehalten wird, dann wird der Ostteil des Distrikts Warschau verloren gehen. Wenn die San-Weichsel-Linie wirksam werden soll, dann ist einmal Voraussetzung, daß wir den San erst wiederbekommen, also die feindlichen Truppen, die über den San gegangen sind, zurückgeschlagen werden. Das ist aber nur mit Kräften in Stärke eines Korps, mit Panzern usw. möglich. Zweite Voraussetzung ist, daß unsere Truppen die Weichsel an entscheidenden Stellen vor den Russen erreichen. 2 Brükkenköpfe bei Pulawy und Irena sind bereits verloren, sodaß im Norden nur noch die Weichselbrücke Warschau-Praga als Brückenkopf besteht.

Jetzt kann natürlich von uns nichts weiter veranlaßt werden als das, was mit dem Wenigen, was uns verblieben ist, erreicht werden kann. Aber das ist noch nicht alles. Denn dies wäre an sich die normale Lage, wie sie bestünde, wenn man damit rechnen müsse, daß der Feind in einen Heimatgau einbricht. Für uns kommt aber erschwerend hinzu, daß wir in einem Raum mit Millionen von Menschen leben, von denen ein überwiegender Teil selbstverständlich darauf wartet, daß wir die Herrschaft über diesen Raum aufgeben. An wen die Macht kommt, ist ihnen gleich; sie wünschen nur aus Haß gegen Deutschland, daß wir die Herrschaft verlieren.

Ein Zeichen für die wachsende Unsicherheit ist das <u>Verhalten des Baudienstes</u>, der völlig verschwunden ist. Eine von uns großzügig gedachte Einrichtung ist über Nacht in die Luft gegangen. Die paar Männer, die wir noch haben, haben vielleicht geschlafen, werden aber wohl noch nachfolgen.

Dazu kommt, daß nach den beim Staatssekretär für das Sicherheitswesen eingehenden Meldungen auch die Aufstandspsychose und -Psychologie etwas an Farbe gewinnt.

26.7.1944

Wir sind weit entfernt, die Meldungen von Miechow als Aufstandsbewegung zu bezeichnen. Wir haben den technischen Ausdruck der verstärkten Bandentätigkeit dafür gefunden. Ein Aufstand ist selbstverständlich etwas anderes. Er wird mit grösseren Mitteln gemacht. Gleichwohl müssen wir uns darüber klar sein, daß auch in Cholm schon eine polnische Regierung auf sowjetrussische Anregung gebildet, an der eine Frau Hanna Wilski beteiligt ist, die wir aus dem Moskauer Rundfunk genau kennen. Es handelt sich hier durchaus nicht um ein sowjetisch aufgezogenes, sondern ein absolut natürlich getarntes Unternehmen mit polnischer Flagge, polnischen Liedern usw. Diese sogenannte Regierung wird zum mindesten versuchen, das noch in unserer Hand befindliche Gebiet mit einer verstärkten Propaganda zu überziehen. Dazu kommt der klare Befehl, den Stalin ununterbrochen an seine Truppe richtet: Auch Warschau und Krakau sind nur Städte auf dem Marsch nach Berlin, den nunmehr die Rote Armee antreten wird. - Wir stehen also vor ungeheuren Fragen und Aufgaben.

Sicherheitsmässig sieht es bei uns so aus, daß wir zwar die normalen Gendarmerie- und Polizeikräfte noch besitzen, aber von der Truppenpolizei infolge der Notlage der Front einige der wichtigsten Polizeiregimenter abgezogen wurden. Die Zuverlässigkeit der polnischen und ukrainischen Polizei wird sich so oder so bewähren. Das deutsche Leben im gesamten Generalgouvernement ist demnach als bedroht anzusehen. Es ist gar kein Zweifel, daß wir irgendeine andere Formulierung nicht wählen können, wenn wir das deutsche Leben in diesem Raum mit Verantwortung ansehen.

Es kommt jetzt nicht darauf an, daß der einzelne draussen im Lande einen ohnmächtigen Kampf aufnimmt, um seinen persönlichen Egoismus zu zeigen, sondern darauf, daß ich möglichst zusammengerafft die deutsche menschliche Kraft dieses Raumes dem Führer für kommende Aufgaben erhalte. Was hier an Beamten, die nicht mehr gebraucht werden, freigemacht wird, daß wird in der Heimat wunderbar Verwendung finden oder zum Militär gehen können. Es ist

meine Absicht, diese Räumungsbewegung im Einvernehmen mit der Heeresgruppe so vorzunehmen, wie wir es planen. Deutsche Frauen und Kinder werden das Generalgouvernement verlassen. Es bleibt nur der äusserste Einsatzstab, der sich erst zuletzt abzusetzen hat. Das gleiche gilt für die Position Krakau und die anderen Verwaltungsorgane. Das wesentliche Problem ist Krakau. Im Lande hat sich die Praxis herausgebildet, daß jeder nach Krakau schaut. Die Wehrmacht wußte auch keinen anderen Weg als den, einen ganzen Stab nach Krakau zu verlegen.

f.2
IX/8

Präsident Dr. vor Craushaar erklärt, daß die Räumungsmaßnahmen in Krakau angelaufen seien. Die Partei habe sicherlich inzwischen die bisher ausgesprochene Empfehlung der Abreise von Frauen und Kindern in einen Befehl umgewandelt.

Bei der Räumung der Regierung unterscheide man Sofortmaßnahmen und Wegverlegung des zunächst hier verbleibenden Restbestandes. Als Aufnahmeplatz der Regierung gelte Schreiberhau, wohin sofort ein Vorkommando abgehen werde. Diejenigen Hauptabteilungen, deren Verbleib in Krakau nicht dringend kampfwichtig sei, würden jetzt schon nach Schreiberhau verlegt. Jede dieser Hauptabteilungen solle in Krakau durch ihren Präsidenten, einen Herrn und eine Schreibkraft als Verbindungsstab vertreten sein. Innerhalb der zunächst hier verbleibenden Hauptabteilungen müßten Überlegungen angestellt werden, welche Abteilungen jetzt schon verlagert werden könnten. Innerhalb der hier verbleibenden Abteilungen würden einzelne Gebiete gleichfalls eingeschränkt. In Aussicht genommen für eine Vorverlegung seien der Rechnungshof, das Amt für Jugend, das Amt für Preisbildung, die Hauptabteilung Justiz, die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht, das Institut für Deutsche Ostarbeit und der Fremdenverkehrsverband. Teilverlegungen würden jeder Hauptabteilung möglich sein, und er bitte, daß möglichst viel wegverlagert würde. Die

Gefolgschaftsmitglieder, die jetzt schon nach Schreiberhau geschickt würden, würden zunächst auf Urlaub gehen können. Ihre Weiterverwendung hänge von der kommenden Lage ab. Die Schreibkräfte in Krakau müßten auf das stärkste eingeschränkt werden.

Nur wichtigste Akten sollten mitgenommen werden, ebenso Spezialinstrumente, Schreibmaschinen usw. Alles andere müsse dem Amt für Betriebsverwaltung zwecks gemeinsamer Vernichtung zugeführt werden. Bei Gefahr im Verzug können nur die allerwichtigsten Akten und Schreibmaschinen mitgeführt werden, fehle es dazu an der nötigen Zeit, müßten die Sachen selbst verbrannt werden. Der Abtransport müsse weitgehend durch die Bahn erfolgen, da der Kraftwagenpark für die später und zuletzt zu verlegenden Stellen zur Verfügung stehen müsse. Bei Gefahr im Verzug müsse jede Stelle einen Kraftwagen unter äusserster Beschränkung benützen und den Rest des nicht benötigten Bestandes sofort an die Abteilung Strassenverkehr abgeben. Bei einer plötzlichen Räumung sei das Wichtigste der Abtransport aller deutschen Menschen. Dem Herrn Staatssekretär werde er eine Verfügung vorlegen, auf Grund der die Verwendung von LKW zum Transport nach dem Reich beschränkt werde auf gewisse Sonderfälle, da diese zum Zubringerdienst für die Bahn restlos benötigt würden.

Präsident Gerteis bezeichnet es als unmöglich, die Fülle des in den westlichen Teilen des Generalgouvernements lagernden kriegswichtigen Materials kurzfristig zu räumen. Die Lage habe sich dadurch verschlechtert, daß das polnische Personal bei der Bahn in steigendem Masse seinen Dienst verlasse. Die Situation auf der Bahn sei also ausserordentlich ernst.

Die Personenbeförderung in Warschau werde bis Donnerstag abend durchgeführt sein; in Radom sei sie infolge von Streckensprengungen etwas abgestoppt. In Krakau habe man alle nach dem Reich abfahrenden Züge verstärkt, teil-

weise auch Sonderzüge eingelegt, sodaß reichliche Fahrgelegenheit vorhanden sei. Das Gros der Krakau verlassenden Frauen und Kinder werde diese Tage abfahren, und er hoffe, daß bis Sonnabend alle Personen weg seien. Die Personenräumung habe überall recht gut geklappt, wenn die Leute nicht nervös geworden seien. Schwierigkeiten bereite die Güterwagengestellung.

Präsident Ohlenbusch berichtet, daß auf dem Hauptbahnhof dafür Vorsorge getroffen sei, daß die Frauen und Kinder zu den richtigen Zügen gelangten. Wichtig sei für ihn die Frage, sein nachrichtentechnisches Material abtransportieren zu können.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß dies erst im letzten Augenblick zu geschehen habe, und daß hier die Wehrmacht mithelfen müsse.

9

IV/8
3/1

26.7.1944

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß die Räumungsmaßnahmen der Monopolverwaltung in Warschau auf Schwierigkeiten stiessen. Er habe z.B. eine Fabrik sperren müssen, weil die Arbeiterschaft mit Gewalt die Entfernung der Maschinen und der Vorräte habe verhindern wollen. Die Fabriken seien z.T. noch recht gut versorgt, weil die Großabnehmer im Laufe dieses Monats fast nichts abgenommen hätten. Für den Fall, daß die Warenvorräte nicht abtransportiert werden könnten, werde er Sondermaßnahmen und Sofortmaßnahmen ansetzen, z.B. in Gestalt eines Verkaufs auch an nichtdeutsche Bevölkerung. Leider sei die Wehrmacht beim Ankauf solcher Ware sehr schwerfällig. Es sei nicht möglich gewesen eine militärische Dienststelle ausfindig zu machen, die ein Teillager hätte übernehmen können.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Auswirkung des Verhältnisses von Wehrkreis und Heeresgruppe auf die Dauer für unmöglich. Diese Konkurrenz müsse aufhören. Hier müsse sich eine Sonderstelle sofort mit der Monopolverwaltung in Verbindung setzen und feststellen, bei welcher Stelle die Schuld liege.

Präsident Dr. Senkowsky will dafür gesorgt wissen, daß die Dienststellen, die aus dem Generalgouvernement ins Reich auswiechen, an den Zahlungsverkehr des Generalgouvernements angeschlossen seien. Die Hauptabteilung Finanzen habe deshalb ein Postsparkonto in Breslau eingerichtet, an das Zahlungen überwiesen werden könnten. Man wolle auch zur Vermeidung von Verzögerungen eine Zweigstelle einrichten. Die diesbezügliche Verfügung bedürfe nur noch der Unterschrift des Präsidenten Dr. von Craushaar. Über diese Kasse könnten dann sämtliche Zahlungen im Reich und im Protektorat von allen Dienststellen geleistet werden, die von den Hauptabteilungen befugt seien, im Reich tätig zu sein und Zahlungen für Personal- und Sachausgaben zu leisten. Er habe auch die

Überweisung von 50 Millionen Zloty bezw. 25 Millionen Reichsmark zur Verstärkung dieses Kontos verfügt. Die Genehmigung dazu werde wohl auf keine Schwierigkeiten stossen. Die Hauptabteilung Finanzen verfüge z.Zt. noch über einen Kassenbestand von 200 Millionen Zloty. Er werde noch weitere Beträge auf reichsdeutsche Konten überweisen lassen. Im Übrigen sei es seine Absicht, die in Krakau liegenden Monopolbetriebe noch weiter in Gang zu halten und sei auch im Begriff, Ausweichbetriebe gegebenenfalls in Neu-Sandez und Zakopane einzurichten.

Präsident Dr. Paersch stimmt den Ausführungen des Präsidenten Dr.von Craushaar hinsichtlich der vorgesehenen Räumungsmaßnahmen grundsätzlich zu. Bei der Emissionsbank und bei den Banken hätten im Zusammenhang mit der Räumung irgendwelche schwerwiegenden Probleme sich nicht ergeben. Die Lage habe sich natürlich im Zusammenhang mit dem Zurückgehen der Front nicht unerheblich verschärft. Einlagenabzüge seien eingetreten. Die Abgänge im Osten und Norden hätten sich inzwischen nach der Mitte und dem Süden verlagert und seien nun im Westteil des Generalgouvernements. Verhältnismässig tiefgehend seien sie in Warschau.

Präsident Dr. Emmerich führt aus, daß sich in den beiden östlichen Distrikten die Einbussen der gewerblichen Wirtschaft in erträglichen Grenzen hielten, weil man Zeit gehabt habe, aufzulockern, und weil auch die gewerbliche Wirtschaft in diesen Distrikten verhältnismässig schwach vertreten sei. Ein Engpaß sei für die Karpaten-Öl-AG entstanden, weil man nicht die Räumung, sondern im Gegenteil einen Wiederaufbau der zerstörten Anlagen in Angriff genommen habe. Die Räumung in Lemberg sei auch nur unter anzünden von Rohölvorräten möglich gewesen. Wenn nicht grössere Mengen von Tankwagen zur Verfügung gestellt werden könnten, dann bestehe die Gefahr, daß im Drohobyczer Revier bei einer überstürzten

Räumung starke Einbussen einträten. Im übrigen habe die Räumungsbewegung zu einer gewissen Vermehrung der Läger in den westlichen Bezirken geführt. Seit 14 Tagen greife man auch besonders hinsichtlich der Bewirtschaftungsvorräte auf Läger des Reiches zurück. Bestimmte Güter müsse man in zentrale Läger legen. Das gelte vor allem für Textilien, während man auf anderen Gebieten mit wenigen voluminösen Gütern zu tun habe. Hier sei die Auflockerung verhältnismässig gut vorangegangen. Von größter Wichtigkeit sei selbstverständlich die Verkehrssituation. Wenn sich die Dinge überstürzten, dann sei auf der ganzen Linie mit grossen Verlusten zu rechnen.

Präsident Bauder berichtet von den Maßnahmen, die die Hauptabteilung Bauwesen im Zuge der Räumung ergriffen hat.

Präsident Dr. Eißfeldt erklärt sich mit den vorgeschlagenen Räumungsmaßnahmen einverstanden. Die im Aussendienst, in den Sägewerken Beschäftigten, könnten erst mit den letzten Truppen zurückgehen. Irgendwelche Vorräte oder Maschinen könnten nicht mitgenommen werden. Im übrigen habe er die Absicht, für die Hauptabteilung und die Distriktsabteilungen nur einen kleinen Einsatzstab zu behalten.

Präsident Naumann führt aus, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft 3 grosse Aufgaben zu erfüllen habe: 1. müsse versucht werden, soweit wie möglich zu räumen; 2. müßten die Bestände gesichert werden, da sich auf dem flachen Lande bereits Plünderungserscheinungen zeigten; 3. müsse in den restlichen Gebieten die Ernteerfassung nach Möglichkeit durchgeführt werden. Für diese 3 Aufgaben werde der gesamte Apparat der Hauptabteilung eingesetzt; die aus Lublin und Galizien Zurückkommenden würden ebenfalls in den Dienst dieser 3 Aufgaben gestellt. Jeder Betrieb, auch der

kleinste, müsse mit einem Deutschen besetzt werden, und dafür könnten die Kräfte aus Lublin, Galizien und dem östlichen Teil des Distrikts Warschau eingesetzt werden. - Es sei möglich, daß man aus den Westgebieten Trecks in Gang bringe. Hier müsse sofort dafür gesorgt werden, daß auch die fremdvölkischen Kutscher ohne besonderen Ausweis die Strassen passieren könnten. - Was die Einziehung zum Polizeihilfsdienst angehe, so müsse es der Hauptabteilung möglich sein, jeweils Ersatzmänner für die Eingezogenen zu stellen, ohne deren Tätigkeit die Räumungsaufgaben nicht durchgeführt werden könnten.

Generalleutnant Höring weist darauf hin, daß in das Hilfspolizeischützenbataillon vereinbarungsgemäß nur diejenigen Männer eingestellt seien, die entbehrlich seien.

Da einige Hauptabteilungspräsidenten dieser Behauptung widersprechen, beauftragt der Herr Generalgouverneur Landesinspekteur Schalk, die Frage des Polizeihilfsdienstes nunmehr einer endgültigen Klärung zuzuführen.

Präsident Professor Dr. Teitge berichtet über die Räumungsmaßnahmen im Bereiche der Hauptabteilung Gesundheitswesen und teilt mit, daß es gelungen sei, schon jetzt eine gewisse Auflockerung herbeizuführen, die deutschen Kranken aus den Krankenhäusern herauszubringen. Es sei seine Absicht, die Gesundheitskammer nach Breslau zu verlegen.

Präsident Gerteis wirft die Frage auf, ob und in welchem Umfange polnische Bedienstete der Ostbahn gegebenenfalls im Gefolge der deutschen Verwaltung zurückgenommen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß er mit Staatssekretär Stuckart über die Frage gesprochen und dieser sich damit einverstanden erklärt habe, daß Polen, die jahrelang im deutschen Interesse gearbeitet hätten, genau so behandelt werden könnten wie die Deutschen.

26.7.1944

Präsident Gerteis geht auf die Frage des Polizeihilfsdienstes ein und macht dabei darauf aufmerksam, daß die Ostbahnverwaltung auf die bei deutschen Unternehmern beschäftigten zahlreichen Kräfte besonders im Hinblick darauf, daß polnische Ostbahnbedienstete jetzt schon vielfach ihren Dienst verliessen, angewiesen sei, und deshalb für ihre Zurückziehung vom Polizeihilfsdienst gesorgt habe. - In diesem Zusammenhang erwähnt Präsident Gerteis die Tatsache, daß nunmehr sämtliche Baudienstmänner ihre Arbeitsstellen bei der Ostbahn verlassen hätten. Ein weiteres Problem ergebe sich für die Ostbahn daraus, daß jetzt zahlreiche Ostbahner aus den Ostgebieten ins Generalgouvernement kämen ohne jegliches Gepäck, und daß für sie in irgendeiner Weise gesorgt werden müsse.

Präsident Dr. Lauxmann teilt mit, daß das Postscheckamt Warschau nach Breslau verlegt worden sei und für den Zahlungsverkehr innerhalb der Dienststellen des Generalgouvernements zur Verfügung stehen werde. Er habe angesichts der übermässigen Inanspruchnahme der Post eine Post- und Telefonsperre für die Nichtdeutschen angeordnet.

Präsident Dr. Eichholz erklärt sich ebenfalls mit den Räumungsmaßnahmen des Präsidenten Dr. von Craushaar einverstanden. Für die Verlegung der beiden Oberschulen sei bereits Vorsorge getroffen. Wieweit hier ein besonderer Transport notwendig sei, müsse noch geprüft werden, da ja viele Kinder mit ihren Müttern bereits Krakau verlassen hätten. Die volksdeutschen Kinder der Distrikte Warschau und Radom seien zum Teil in Litzmannstadt untergebracht, sie würden jedenfalls sämtlich geschlossen wieder neu eingeschult.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff gibt die letzten Meldungen über den Stand der Räumung im Ostteil des Distrikts Krakau bekannt. Weiter bitte er darum, dafür Sorge zu tragen, daß man die Trecks der Volksdeutschen aus Galizien nicht anhalte, die Wagen wegnehme und die Männer der Wehr-

macht zur Verfügung stelle. Vor allen Dingen müsse es möglich gemacht werden, daß die Frauen abtransportiert würden. Im übrigen sei die Lage im Distrikt Krakau verhältnismässig ruhig.

Präsident Wille wirft die Frage auf, ob und inwieweit im Zuge der Räumungsaktion die Tätigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften eingestellt werden solle. Schwierigkeiten ergäben sich angesichts der z.Zt. vorhandenen Transportverhältnisse für eine Räumung der Strafanstalten. Für die Bewachung der abzutransportierenden Häftlinge ständen nur geringe Kräfte der Ordnungspolizei zur Verfügung. - Weiter weist Präsident Wille darauf hin, daß es für den Abtransport des Dienstgutes der Hauptabteilung Justiz an Kisten fehle. Auch bedürfe die Frage einer Regelung, welche Angehörigen der Justizverwaltung zum Polizeihilfsdienst eingezogen werden könnten.

Notar Gutbrod bittet den Herrn Generalgouverneur, jemanden zu bestimmen, der über die Benzinvorräte verfügt. Bisher werde der Treibstoff von der Mineralölvertriebsgesellschaft ausgegeben. Auch werde es zweckmässig sein, die vorhandenen Kraftwagen in einigen Großgaragen unterzubringen. Weiter werde man dafür sorgen müssen, daß für jeden Lastkraftwagen, der von einem polnischen Chauffeur gefahren werde, ein deutscher Begleitmann zur Verfügung gestellt werde. Für diesen Dienst könnten zum Polizeihilfsdienst eingezogene Männer bereitgestellt werden.

Generalleutnant Höring spricht sich ebenfalls für eine Zusammenfassung der Kraftwagen aus, will aber für jede Hauptabteilung eine Persönlichkeit bestimmt wissen, die verantwortlich den Einsatz der Fahrzeuge leitet, damit der wilden Fahrerei auf den Strassen Einhalt geboten werden kann.

IX/8

1/4

26.7.1944

Präsident Struve hat gegen die Vorschläge des Präsidenten Dr. von Craushaar nichts einzuwenden. Von seiner Dienststelle könne nur ein Vorkommando nach Schreiberhau gehen. Mit der Polizei sei wegen des Polizeihilfsdienstes ein Übereinkommen dahingehend erzielt worden, daß grundsätzlich von den geringen Kräften der Arbeitseinsatzverwaltung keine Männer zum Polizeihilfsdienst herangezogen würden. Die in den Distrikten Galizien und Lublin freigewordenen Männer müßten in den Kampfzonen eingesetzt werden. Die Lager in Lemberg und Lublin hätten nicht rechtzeitig abgebaut werden können.

Bis zu einem gewissen Zeitpunkt hätten die Polen diszipliniert gearbeitet. Die Zusicherung einer Mitnahme bei Gefahr habe sich auf die Arbeitsdisziplin gut ausgewirkt. Wenn aber das Gefahrenmoment sehr stark geworden sei, seien die Arbeitskräfte plötzlich verschwunden. An der San-Stellung habe man nicht viel machen können, dagegen sei die Zuführung von Arbeitskräften im Distrikt Radom für den Ausbau der Weichsel-Stellung groß. Die Rückführung der Wehrfähigen, die von allen Seiten gefördert werde, um das Rüstungspotential der Bolschewiken auch menschenmässig zu schwächen, sei schwierig. Mit der Heeresgruppe sei vereinbart, im Rahmen des Möglichen alles zu tun.

Präsident Dr. von Craushaar weist hier darauf hin, daß dem polnischen Hauptausschuß erklärt worden sei, daß die in deutschen Diensten arbeitenden Fremdvölkischen samt ihren Familien mitgenommen würden.

Generalarbeitsführer Hinkel weist darauf hin, daß in der Nacht vom 24. zum 25. Juli wie auf Befehl fast alle Baudienstmänner (20 000) geflüchtet seien. Z.Zt. stünden noch etwa 4 500 Männer im Einsatz. Die Rückführung der Baudienstmänner aus Galizien und Lublin habe wegen Transportmittelmangel nicht geklappt. Über den Einsatz am San lasse sich nichts sagen, da keine Verbin-

dung nach dort herzustellen sei.

Regierungskommissar Dr. Heuber erklärt, daß die Hauptgruppen der Zentralkammer an die Hauptabteilungen gebunden seien. Die Haupttätigkeit liege z.Zt. in der Erteilung von Auskünften. Bei der Auflockerung von Lagern verübten die polnischen Arbeiter in zunehmendem Masse Sabotage oder räumten die Maschinen, die für einen Abtransport bestimmt seien, weg.

Präsident Dr. von Craushaar ersucht die Hauptabteilungspräsidenten, sofort in die Prüfung der Frage einzutreten, welche Abteilungen verlagert werden könnten, da bereits am Sonntag früh der Abzug beginnen würde. Täglich um 16^{00} Uhr finde im kleinen Sitzungssaal der Regierung eine Lagebesprechung statt.

Staatssekretär Koppe gibt einen Überblick über die noch zur Verfügung stehenden Polizeikräfte. Man verfüge z.Zt. noch über 1 Polizeibataillon in Warschau und 2 Wachbataillone. Angesichts dieser Lage müßte der Polizeihilfsdienst verstärkt werden. Jeder freiwerdende Mann müsse zum Polizeihilfsdienst herangezogen werden. Auch die Leute aus Galizien und Lublin würden dafür dringend benötigt; zu ihrer Erfassung werde man an den Bahnhöfen Auffanglager errichten. Der letzte zur Verfügung stehende deutsche Mann müsse gegenüber den Polen als Aufsichtsperson in Erscheinung treten.

Die Gefangenenabtransporte seien Sache der Ordnungspolizei. Wenn man aber dafür die wenigen noch vorhandenen Kräfte hernehme, gehe das auf Kosten der Sicherheit. Vielleicht sei es doch das kleinere Übel, daß man bei zusammengestellten Transporten auch Schwerverbrecher mitnehme und sie später umleite.

26.7.1944

Bezüglich der allgemeinen Lage sei durch V-Männer gemeldet worden, daß London den Befehl gegeben habe, den Aufstand zu starten. Die Meldungen seien zwar noch unklar, aber mit der Möglichkeit eines Aufstandes müsse jederzeit gerechnet werden.

SS-Oberführer Bierkamp unterstützt den vom Gouverneur von Warschau geäusserten Wunsch, einen Abbau der Rüstungsindustrie in der Stadt Warschau nicht vorzunehmen. Für die Situation in Warschau sei es von ungeheurer Wichtigkeit, daß die Polen ruhig ihrer Arbeit nachgingen und nicht durch den Abbau von Betrieben auf die Strasse gedrängt würden.

Der Herr Generalgouverneur verweist in seinen Schlußworten darauf, daß nunmehr keine Aufbauarbeit geleistet werden könne. Durch den Ausfall der in Galizien und Lublin sehr gut stehenden Ernte würden mindestens 800 000 to Getreide verloren gehen. Für die Führung des Generalgouvernements sei dies sehr schmerzlich.

An diesem Wendepunkt sei es ihm ein Bedürfnis, allen seinen Mitarbeitern für die während der vergangenen 5 Jahre geleistete ausgezeichnete und für das Reich segensreiche Arbeit seinen Dank und seine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Er erwarte, daß die heute besprochenen Maßnahmen in Ruhe und Würde durchgeführt würden. Eine historisch einmalige Situation sei insofern eingetreten, als sich die Regierung im Generalgouvernement selbst schützen müsse, da die Polizei mit ihren Kräften dazu zu schwach sei. Die Polizeiführung des Generalgouvernements habe aber nichts unversucht gelassen, um genügend Kräfte für ihre Aufgaben zur Verfügung zu erhalten. Die schwierige Frontlage habe sie aber gezwungen, Regimenter abzugeben.

Die Aufrechterhaltung der gesamten Regierung und ihrer Dienststellen werde selbstverständlich erst bei zunehmender Verhärtung der Position zu klären sein. Für den endgültigen Abbau der jetzt nicht mehr tätigen Di-

striktsinstanzen bestimme er einen Zeitraum von einem Viertel Jahr. Alle jetzt frei werdenden Dienststellen würden nicht aufgelöst, die Angehörigen jedoch in die Sicherheitsorgane eingereiht, und nur ein kleiner Verwaltungsstab belassen. Für den Ausbau der San-Weichsel-Stellung komme es nicht nur darauf an, daß das Generalgouvernement seine Hilfe zusage, sondern daß überhaupt noch die Möglichkeit gegeben sei, an diesen Stellungsabschnitt Arbeitskräfte und Material hinzuleiten. Er müsse daher feststellen, daß der Auftrag zum Ausbau der Weichsel-San-Stellung der Regierung in einem Augenblick erteilt worden sei, in dem er die Verantwortung für den Ausbau feierlich ablehnen müsse. Der gute Wille sei zwar vorhanden und er glaube auch, daß in Auswirkung der Führerbefehle vom Vortage sich die militärische Lage bessern werde.

Von seinen Mitarbeitern müsse er absoluten Sieglauben und beispielhaftes Verhalten verlangen.

13^{00} Besprechung mit Direktor Ronstedt von den Flugzeugmotorenwerken in Reichshof in Anwesenheit der Staatssekretäre Koppe und Dr. Boepple und des SS-Oberführers Bierkamp.

Direktor Ronstedt gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die von ihm durchgeführten Räumungsmaßnahmen. Leider habe man von den 750 wertvollsten Maschinen nur 220 evakuieren können, obwohl er mit seinen Männern bis zum letzten Augenblick an Ort und Stelle gearbeitet habe.

Der Herr Generalgouverneur spricht Direktor Ronstedt für sein vorbildliches Verhalten Dank und Anerkennung aus. Angesichts der geschilderten Umstände sei sein Handeln richtig gewesen, obwohl er den Befehl des Chefs der Rüstungsinspektion General Schindler nicht ganz befolgt habe, da er für das Leben von 400 deutschen Menschen verantwortlich gewesen sei.

26.7.1944

Der Herr Generalgouverneur ersucht Direktor Ronstedt zum Schluß, ihm eine Abschrift seines für den Jägerstab zu erstellenden Berichtes zuzuleiten.

13^{30} Besprechung mit General Schindler in Anwesenheit der Staatssekretäre Koppe und Dr. Boepple, des Generalleutnants der Polizei Höring und des SS-Oberführers Bierkamp.

Staatssekretär Dr. Boepple führt aus, daß für Warschau bisher die Parole der Weiterarbeit und der Durchführung einer Lähmung im letzten Augenblick gegolten habe. Nun habe aber General Schindler den Räumungsbefehl erteilt. Der Gouverneur befürchte, daß dadurch grössere Unruhen unvermeidlich würden.

General Schindler erwidert, daß trotz des Befehls einer Teilräumung die Arbeit so weitergeführt werden könne, daß die Arbeiter beschäftigt seien und sich nicht auf der Strasse aufhalten könnten. Eine Erhöhung der Löhne müsse aber zusätzlich eintreten. Nur für die Rüstung im Reich unentbehrliche Maschinen würden vorläufig abtransportiert.

Der Herr Generalgouverneur ersucht General Schindler, die Räumungsmaßnahmen in Warschau so durchführen zu lassen, daß keine Unruhe unter der Bevölkerung eintrete.

14^{05} Besprechung mit den Staatssekretären Koppe und Dr. Boepple.

26.7.1944

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Drescher vom Stabe der Heeresgruppe Harpe.

Oberst Drescher überbringt dem Herrn Generalgouverneur die Grüsse des Generalobersten Harpe und des Generals Xylander. Beide Generäle wollen bei nächster Gelegenheit dem Herrn Generalgouverneur ihre Aufwartung machen.

Oberst Drescher berichtet, daß General Xylander gestern im Führerhauptquartier gewesen sei: Die Lage sei im allgemeinen durch eine ungewöhnliche Stärke der russischen Truppen an allen Teilen der Front gekennzeichnet. Die Ungarn hätten bei Stanislau völlig versagt und befänden sich in voller Auflösung. Z.Zt. sei die Lage in diesem Winkel Galiziens völlig ungeklärt. Der Führer habe genehmigt, daß Lemberg aufgegeben werde und daß sich die in und um Lemberg versammelten deutschen Truppen geordnet auf eine Linie zurückzögen, die etwa nördlich bezw. nordöstlich an die ungarische Front anschliessend das gesamte Ölgebiet bei Drohobycz innerhalb des deutschen Machtbereiches lasse, und daß sie sich dann bemühen sollten, den San wiederzubekommen. Vor dem San-Weichsel-Knie solle sich dann ein grosser Brückenbogen erstrecken, nach Osten beiderseits an den San angelehnt. Zu diesem Zweck würden sich auch die im Distrikt Lublin noch vorhandenen Truppenverbände der Heeresgruppe auf diese Brückenköpfe östlich Weichsel-San zurückziehen. Die Lage erschwere sich durch die grosse Stärke des Einbruchs der Russen im Gebiet des Distrikts Krakau, der z.Zt. noch ungeklärt sei, da höchstens eine einzige Division diesen vorschreitenden Panzerarmeen gegenübergestellt werden könne. Indessen würden jetzt 7 neue Divisionen der Heeresgruppe zugefügt,die in diesen Tagen anzurollen begännen. Das seien hervorragende Divisionen mit voller Panzerung und Motorisierung, unter ihnen befinde sich auch die Division Großdeutschland.

26.7.1944

Der Eindruck, den das Oberkommando des Heeres jetzt mache, sei völlig anders. General Guderian habe alle Fäden fest in der Hand und werde mit aller Energie in der Richtung einer Verstärkung des deutschen soldatischen Kampfgeistes arbeiten.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob es überall bei den beschlossenen und vereinbarten Räumungsmaßnahmen bleiben soll, beantwortet Oberst Drescher dringendst mit ja.

Generaloberst Harpe wird in den nächsten Tagen mit seinem Sonderzug nach Krakau kommen; für diesen Fall stellt der Herr Generalgouverneur dem Generalobersten und seinem Adjutanten Wohnungen auf der Burg zur Verfügung.

Oberst Drescher will das dem Generalobersten sofort mitteilen.

Abschliessend teilt Oberst Drescher noch mit, daß die Zielrichtung des russischen Vormarsches noch unbekannt sei. Es sei aber zu vermuten, daß der Russe entsprechend seiner Gesamthaltung von Reichshof nicht nach Westen in Richtung Krakau sofort weiterstossen, sondern versuchen werde, nach Süden abzubiegen, um die Beskidenlinie in Richtung auf die ungarische bezw. slowakische Grenze abzuschneiden. Sobald hierüber genaue Nachrichten vorlägen, werde neu Meldung gemacht werden.

16^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kreishauptmann Becker-Brzezany in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. von Craushaar.

Als Verbindungsmann zur Heeresgruppe Nord-Ukraine berichtet Kreishauptmann Becker von den militärischen Ereignissen an der Galizienfront.

26.7.1944

16[40] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur gibt den beiden Herren Kenntnis von dem Inhalt der Besprechung, die er mit Oberst Drescher gehabt hat. Er geht dann auf die Frontlage und die sich aus ihr für das Generalgouvernement ergebenden Folgen ein. Er hebt dabei insbesondere hervor, daß durch die Heranführung von 7 neuen bestens ausgerüsteten Divisionen die Lage wesentlich gebessert werden könne. Gleichwohl werde das von keinem Einfluß auf die bisher getroffenen Räumungsmaßnahmen sein.

18[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Regierungspräsidenten Dargel in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Gegenstand der anschliessenden Besprechung ist der auf Grund eines Führerbefehls von Reichsminister Speer dem Gauleiter Koch erteilte Auftrag für den Ausbau der Stellungen im Gesamtbereich der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Model.

18[10] Besprechung mit Regierungspräsidenten Dargel, NSFK-Obergruppenführer Oppermann und Kreisleiter Wagner in Gegenwart der Staatssekretäre Koppe und Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß er sich bereits mit Regierungspräsident Dargel über die Einzelheiten des dem Gauleiter Koch erteilten Auftrages unterhalten habe. Selbstverständlich könne dieser Auftrag nicht in der Form durchgeführt werden, wie er dem Wortlaut entspräche, daß dem Gauleiter Koch alle Vollmachten gegenüber sämtlichen zivilen Dienststellen des Generalgouvernements erteilt würden. Generalfeldmarschall Keitel habe ihm auch versichert, daß der Auftrag nicht so verstanden werden dürfe. Er, der Generalgouverneur, halte es deshalb für selbstverständlich, daß z.B. Anordnungen für die Kreishauptmänner nicht von einer

des Gauleiters Koch ausgingen, sondern von Dienststellen des Generalgouvernements.

Regierungspräsident Dargel befürchtet nicht, daß es zu irgendwelchen Schwierigkeiten kommen werde. Das zeige schon die Tatsache, daß er bisher mit Gouverneur Dr. Fischer in bestem Einvernehmen zusammengearbeitet habe. Es werde sich allerdings nicht vermeiden lassen, daß dem einen oder anderen Kreishauptmann unmittelbar ein Befehl gegeben werde.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß der Apparat einer Kreishauptmannschaft sofort funktioniere, wenn der Gouverneur einen Befehl gebe. Die Dienststellen des Gauleiters Koch brauchten deshalb keinen eigenen Befehls- oder Verordnungsapparat. Im übrigen werde sich der Stellungsbau so vollziehen können, daß man einfach in die Gesamtposition und Möglichkeiten eintrete, die bisher SS-Obergruppenführer Koppe gegeben habe. Er werde z.B. dem Gouverneur Dr. Fischer mitteilen, daß von nun an an die Stelle des SS-Obergruppenführers Koppe für den Abschnitt der Weichsel-Linie als Vertreter des Gauleiters Koch der NSFK-Obergruppenführer Oppermann getreten und nach der Aussprache mit Regierungspräsident Dargel alle Fragen restlos geklärt seien. Aufgabe des Obergruppenführers Oppermann werde es sein, in der gleichen Weise, wie es bisher durch SS-Obergruppenführer Koppe geschehen sei, die gesamten Kräfte für den Stellungsbau zu mobilisieren und möglichst schnell an die Baustellen heranzubringen. Die Kreishauptmänner würden verpflichtet werden nur Weisungen, die ihnen im Einvernehmen mit dem Gouverneur gegeben würden, zu befolgen.

Krakau

Donnerstag, den 27. Juli 1944

10^{35} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle.

Auf die Mitteilung des Rechtsrats Dr. Hammerle, daß 700 zum Sonderdienst neu eingezogene Männer auf Wunsch der Wehrmacht in den Bereich des Wehrkreises VIII verlegt werden sollten, ersucht der Herr Generalgouverneur Rechtsrat Dr. Hammerle, diese Sonderdienstmänner auf einem Truppenübungsplatz im Bereich des Generalgouvernements unterzubringen. Auch andere Einheiten des Sonderdienstes müßten jetzt im Generalgouvernement verbleiben. Er erkläre sich in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar bereit, eine entsprechende Regelung in Form einer Verordnung festzulegen.

Auf eine Bitte des Rechtsrats Dr. Hammerle erteilt der Herr Generalgouverneur ihm die Genehmigung, die Uniform des Sonderdienstes anzulagen und ihn zum Oberstleutnant zu ernennen, auch eine diesbezügliche Urkunde zu unterzeichnen.

10^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kreishauptmann Dr. Eisenlohr-Przemysl.

Kreishauptmann Dr. Eisenlohr erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht über die Lage in Przemysl, wie sie sich jurz vor dem Verlassen der Stadt durch die Deutschen gestaltet hat.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer in Gegenwart des Regierungskommissars Dr. Heuber.

27.7.1944

11[40] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, damit einer Gerüchtemacherei und einer Panikstimmung in der Bevölkerung entgegengetreten werden kann.

Staatssekretär Dr. Boepple teilt mit, daß ein entsprechender Erlaß vorbereitet worden sei.

Im Anschluß an diese Besprechung beraumt der Herr Generalgouverneur für den Nachmittag eine Versammlung der deutschen Belegschaft der Burg zu Krakau an.

11[55] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur teilt den Herren mit, daß er für die Belegschaft der Purg eine Versammlung anberaumt habe, um ihr einige beruhigende Worte zu sagen und dem Aufkommen einer Panikstimmung entgegenzuwirken. Er weise Staatssekretär Dr. Bühler an, für die Gefolgschaft der Regierung ebenfalls Versammlungen einzuberufen. Weiter ordne er an, daß die Krakauer Zeitung sofort in den Dienst dieser Sache gestellt werde.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann Anweisung für die weitere Durchführung der Räumung. Er verfügt, daß jeder Abtransport von Gütern mit LKW bis auf weiteres eingestellt wird.

Zu dieser Besprechung werden dann Oberdienstleiter Tießler und Pressechef Gassner hinzugezogen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß die Krakauer Zeitung bisher nichts unternommen habe, um der jetzt in Krakau auftretenden starken Gerüchtemacherei entgegenzutreten, und weist Pressechef Gassner an, dafür zu sorgen, daß am nächsten Tage in der Krakauer Zeitung schärfstens gegen diese

27.7.1944

Gerüchtemacherei Stellung genommen wird. Er werde auch von sich aus gegen dieses Unwesen mit allen Mitteln einschreiten und die Strafverfolgungsbehörden anweisen, solche Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung schärfstens zu ahnden.

Es werden dann noch verschiedene Räumungsfragen besprochen und dabei auch zu der Frage Stellung genommen, was von privatem Gut, von Hausrat, Geschirr usw. nach dem Reich verschickt werden dürfe. Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, darüber eine Verfügung zu erlassen.

12^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt Stabsführer Möckel von der Reichsjugendführung in Gegenwart des Oberdienstleiters Tießler und des Hauptbannführers Schimmelpfeng.

In der anschliessenden Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur Stabsführer Möckel einen Überblick über die z.Zt. im Generalgouvernement herrschenden Verhältnisse.

12^{50} Besprechung mit Stadthauptmann Dr. Krämer.

Der Herr Generalgouverneur weist Stadthauptmann Dr. Krämer an, unverzüglich die deutsche Gefolgschaft der Stadtverwaltung zusammenzurufen, und ihr bekannt zu geben, daß jegliche Gerüchtemacherei nach Kriegsrecht bestraft werden würde.

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Graf Potocki in Anwesenheit des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff.

Der Herr Generalgouverneur unterhält sich mit Graf Potocki über die gegenwärtige Lage und gibt dabei seinem festen Glauben Ausdruck, daß die Polen als wertvolles Volkstum für die zukünftigen europäischen Aufgaben einen wertvollen Beitrag zu leisten in Stande sind.

27.7.1944

15[15] Im Königssaal der Burg zu Krakau richtet der Herr Generalgouverneur an die versammelte deutsche Belegschaft der Burg folgende Ansprache:

Ein hier auf der Burg beschäftigter Mann hat, wir mir gemeldet wurde, eine ganz unglaubliche Bemerkung gemacht. Er hat nämlich erzählt, daß 5 000 russische Panzer im Anmarsch auf Krakau seien, daß sie in 2 bis 3 Stunden dort eintreffen würden usw. Ich wollte Euch deshalb allen Ernstes sagen, daß ich, wenn ein solches sinnloses Geschwätz verbreitet wird, das nach Kriegsrecht ahnden lassen werde. Ich werde nicht davor zurückschrecken, einen solchen Burschen innerhalb von 3 Stunden erschiessen zu lassen.

Ich mache Euch darauf aufmerksam, daß wir der Vortrupp Deutschlands sind und daß jeder an seiner Stelle angesichts des Ernstes der kriegerischen Auseinandersetzungen seine Pflicht zu erfüllen hat. Gerade Ihr hier auf der Burg seit in ganz besonderem Masse verpflichtet, einen geistig-seelischen Vortrupp dieses Ringens zu bilden.

Wie sich die Lage im Osten entwickeln möge, sie wird in jedem Falle gemeistert werden. Krakau wird nie und nimmer in die Hände des Feindes fallen.

Andererseits ist es mir aber auch eine angenehme Pflicht, Euch in der Allgemeinheit für die Treue und selbstlose Hingabe zu danken. Ich habe wirklich keinerlei Tadel auszusprechen. Ihr werdet wissen, welche Verantwortung gerade in diesem Augenblick auf mir liegt und welche ungeheuren Pflichten wir zu erfüllen haben. Wenn Ihr an die Heimat, an die zusammengebombten Städte denkt, wenn Ihr daran denkt, welche Verantwortung nunmehr auf den maßgebenden Männern der Wehrmacht und des Reiches lastet, so ist das, was wir hier zu tragen haben, nur ein kleiner Ausschnitt aus dem gemeinsamen Pflichten-

kreis, der über allen deutschen Männern und Frauen liegt. Wir haben uns hier im Generalgouvernement ein Nebenland aufgebaut, in dem es bis jetzt noch möglich war, ein verhältnismässig normales Leben zu führen. Wieweit das in Zukunft noch möglich sein wird, weiß ich nicht. Ich hoffe aber, mich auf Euch ganz besonders verlassen zu können. Von der Burg muß eine Woge der Entschlossenheit und des Glaubens hinausflammen. Auch wenn Ihr untereinander seit, dürft Ihr nicht sinnlos mismachen und eine Panikstimmung verbreiten. Ich habe mit Absicht die Frauen und Kinder aus diesem Land in die Heimat zurückführen lassen, und zwar nicht etwa, weil Gefahr für sie bestanden hat, sondern weil ich den Platz für die mir jetzt auf dem Gebiet der Wehrmachtsversorgung und andere kriegswichtigere Geschehnisse gestellten Aufgaben brauche. Ich will Euch hier sagen, daß gewaltige deutsche Heereskräfte im Anmarsch sind, daß viele der besten Divisionen sich im Anrollen auf das Generalgouvernement zu bewegen und bereits seit gestern ausgeladen werden, daß also keinerlei Anlaß für irgendeine Form von Angst oder Sorge gegeben ist. Ich wünsche daher, daß Ihr auch den Kopf aufrecht haltet und daß in Eurer Haltung wirklich ein Vorbild gesehen werden kann.

Ihnen, Herr Dr. Meidinger, mache ich es zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß die gesamte Belegschaft der Burg in dieser Beziehung ein absolutes Vorbild in Haltung, Klarheit und Glauben ist. Der totale Krieg beginnt. Wenn die deutsche Wehrmacht in diesem Zeitpunkt mit der Anspannung des gesamten deutschen Volkes den schwersten Ansturm aller Weltmächte an allen Fronten abwehrt, dann sind wir in diesen Abwehrkampf mit einbezogen. Wenn es nicht gelänge, diesen Abwehrkampf zu bestehen, dann würden diejenigen, die heute Panik machen, die mismachen und die, weiss Gott, welches Geschwätz herumtragen, als

erste unter die Knute der Bolschewisten fallen; denn die walzen alles nieder, vernichten jede Freiheit und jedes Menschenglück. Nur darum geht es, ob wir überhaupt noch in einer Form von Freiheit, Ehre und Selbstbestimmung unsere Zukunft meistern können, oder ob wir in die Hand des bolschewistischen Massenmördertums fallen.

Ich bin mit Eurer Haltung durchaus zufrieden. Erfüllt weiterhin brav Eure Pflicht. Aber das allein genügt jetzt nicht mehr. Ich muß von Euch zusätzlich verlangen, daß Ihr Euch als Burgbesatzung absolut treu und als Glaubensvorkämpfer untereinander und anderen gegenüber verhaltet. Ich werde jeden Verstoß nach Kriegsrecht ahnden.

Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs I.Staatsanwalt Dr. Meidinger, richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Wir alle, die wir hier versammelt sind, sind uns des Ernstes der Lage und der besonderen Pflichten, die sich daraus ergeben, bewußt. Wir sind aber auch von der Überzeugung durchdrungen, daß es unserer Wehrmacht gelingen wird, schon in kurzer Zeit eine Änderung der Lage herbeizuführen. Für den Geist des Defaitismus ist in unseren Reihen kein Raum. Ich werde, wenn ich ihn antreffen sollte, gemäß dem Befehl, den Sie, Herr Generalgouverneur, heute gegeben haben, ihm aufs schärfste entgegentreten. Ich bitte, aus dem Einzelfall nicht die Schlußfolgerung zu ziehen, daß dieser Geist schon in weiteren Kreisen unserer Gefolgschaft Platz gegriffen hat. Herr Generalgouverneur, Sie sollen sich auf Ihre Gefolgschaft in diesen ernsten und schweren Stunden verlassen können.

15[45] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann, Präsident Dr. Eichholz, Chef der Kanzlei Dr. Meidinger, Amtsgerichtsrat Dr. Reber und Referent von Palézieux.

(Das Protokoll hat Dr. Meidinger geführt)

END OF

VOL. #36

R12

VOL. # 37

R 12

8c

3/1
IV/1

1.8.44.

Bankdirigent Dr. Paersch führt aus, daß die Räumung auf dem Gebiete der Emissionsbank ohne jede Schwierigkeit vollzogen worden sei. Die Gefolgschaft arbeite unverändert mit, obgleich die erhöhten Aufgaben der Emissionsbank an ihre Einsatzbereitschaft und Mitarbeit sehr große Anforderungen stellten. Diese Anforderungen ergeben sich daraus, daß der Zahlungsverkehr für die zurückkehrenden Reichsdeutschen, soweit es die Ersparnisse angehe, bei der Emissionsbank zusammengefaßt sei. Der Strom der Menschen zur Emissionsbank sei außerordentlich stark. Eine weitere Verstärkung ergebe sich daraus, daß im Zuge der unruhigen Zeiten die Bevölkerung besorgt sei, daß gegebenenfalls die Sowjets entsprechend dem Vorgehen der Regierung des Generalgouvernements im Jahre 1940, die großen Noten zu 500.- Zloty aufrufen würden. Die Bevölkerung versuche daher, diese großen Noten abzustoßen und in kleine Stücke umzutauschen. Diese Bewegung habe in Warschau begonnen und sich von dort aus ausgebreitet. Er habe entsprechende Maßnahmen eingeleitet und hoffe, der Bewegung Herr zu werden.- Beim Kreditgewerbe machten sich seit einiger Zeit Einlagen-Abzüge geltend. Leider habe man feststellen müssen, daß gewisse öffentliche Stellen ohne Rücksicht auf den Bedarf versuchten, große Summen abzuziehen. Er sei diesen Erscheinungen, soweit möglich, entgegengetreten und habe dabei die Unterstützung des Staatssekretärs gefunden. Er habe einige konkrete Fälle vorgebracht und behalte sich vor, weitere Fälle dem Staatssekretär zu unterbreiten. Es gehe unter keinen Umständen an, daß die Verwaltung Beispiele gebe, die natürlich von anderen Stellen gerne aufgegriffen würden. Der Zahlungsverkehr

für die Zurückflutenden sei angemessen und großzügig geregelt. Diese großzügige Regelung darf aber nicht dazu führen, daß angenommen werde, es liege darin ein Appell, möglichst alle Sparguthaben abzuheben.

SS-Oberführer Bierkamp berichtet über die Sicherheitslage und geht dabei auf die Haltung der nationalen Widerstandsbewegung ein. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß die Haltung der deutschen Bevölkerung gewisse Wirkungen auf die Polen ausübe. Leider seien überall Fälle vorgekommen, in denen deutsche Betriebsleiter ihre Betriebe verlassen hätten. So seien z.B. aus Warschau vier Direktoren verschwunden. Er habe Anweisung gegeben, daß ihm solche Fälle sofort gemeldet würden, damit die Betreffenden zur Verantwortung gezogen werden könnten.

In den Kreishauptmannschaften fehle es oft an einer genügenden Zusammenarbeit mit den Wehrmachtstellen. Deshalb werde es notwendig sein, die Kreishauptleute anzuweisen, die Verbindung mit der kämpfenden Truppe aufzunehmen.

In Warschau habe sich das Einwirken des Gouverneurs sehr aktiv ausgewirkt. Die Stimmung innerhalb der polnischen Arbeiterschaft, die zunächst kaum noch in die Betriebe gekommen sei, habe sich wesentlich gebessert, und bis zu 50% der Belegschaft seien wieder zur Arbeit erschienen.

Präsident Naumann berichtet, daß die Räumung auf dem Agrarsektor leider nicht in der beabsichtigten Form vor sich gehe, was einerseits an dem Mangel an

Arbeitskräften liege und zum anderen Teil auf den Mangel an Waggons zurückzuführen sei. Sehr bedauerlich sei auch die Tatsache, daß von der Wehrmacht wertvolle Pferde gegen minderwertige ausgetauscht würden. Es müßten jetzt unbedingt alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, um die Erfassung einigermaßen in Gang zu bringen. Er habe sich deshalb an die Inspektion des Sonderdienstes gewendet und um Zurverfügungstellung von Kräften gebeten.

Er brauche etwa 1500 Männer, die etwas von der Erfassung verständen. Die landwirtschaftlichen Mitarbeiter des Distrikts Lublin z.B., die sich in Oberschlesien befänden, müsse er sofort in dem verbliebenen Gebiet im Rücken der Front und des Stellungsbaues einsetzen können, damit eine geregelte Kahlfraßzone gebildet werden könne.

Was die Versorgung der Deutschen in Krakau angehe, so seien leider Lebensmittelkartenschiebungen erfolgt, die er nicht für möglich gehalten hätte. Große Mengen von Lebensmittelkarten seien mit Stempel verschiedener Kreishauptmannschaften versehen worden, und es zeige sich nun plötzlich, daß, trotzdem schon eine große Anzahl Deutscher Krakau verlassen habe, etwa 15000 deutsche Lebensmittelkarten mehr vorhanden seien. Daher habe er sämtliche Lebensmittelkarten aus dem Lande abstempeln lassen. Für die Kontrolle in den Geschäften brauche er mindestens 20-25 Kontrolleure. Ob allerdings die polnischen Besitzer und Angestellten in den Geschäften etwa außerhalb der Geschäftszeit die Karten realisierten, werde kaum kontrolliert werden können. - Gegen das Schlangestehen der Deutschen vor den Geschäften müsse mit allen Mitteln vorgegangen werden. Unter Umständen dürfe man nicht davor zurückschrecken, sie einfach zu verhaften.
Er werde weiter anordnen, daß auch die Lebensmittelkarten der Stadt Krakau neu abgestempelt würden.
Es sei nämlich festgestellt worden, daß Deutsche, insbesondere Frauen, die abgereist seien, ihre Karten an andere Personen gegeben hätten.

Große Sorge herrsche bei den polnischen Bauern, daß ihnen von Truppenteilen die Pferde weggenommen würden und sie die Ernte nicht einfahren könnten. Daß diese Sorge nicht unbegründet sei, zeige die Tatsache, daß 28 Pferde der Staatsdomäne Gumniska einfach gegen schlechte Pferde ausgetauscht worden seien. Sehr bedauerlich sei auch die Erscheinung, daß die zurückströmenden Truppenteile ihre Pferde einfach auf den Feldern weiden ließen, den Hafer als Futter verwendeten usw.

Die Frage der Getreide- und Viehtransporte müsse schnellstens geklärt werden. Es müsse sofort dafür gesorgt werden, dass auch für die fremdvölkischen Begleiter Marschbefehle für die Fahrt nach Oberschlesien, Niederschlesien, Posen und dem Sudetenland ausgestellt würden. Die für die Deutschen ausgestellten grünen Marschbefehle dürften nur für dienstliche Fahrten Geltung haben.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Meinung Ausdruck, es werde zum ersten Male deutlich spürbar, daß die Regierung des Generalgouvernements nicht mehr Herr des Raumes sei. Angesichts der geschilderten Auflösungserscheinungen sei nicht zu übersehen, wie lange man überhaupt noch auf dem Ernährungssektor für lange Sicht die Verantwortung tragen könne.

Präsident Gerteis macht noch einige Angaben über die Situation der Ostbahn. Zur Zeit befinde sich die Betriebsdirektion noch in Warschau. Sie werde gegebenenfalls nach Tschenstochau verlegt werden. Einen Zugverkehr gebe es noch von Radom bis zur Weichsel, ferner im Süden bis nach Sandomierz,

ferner nach Reichshof und von Dębica bis Mielec, in Galizien von Sambor über Drohobycz nach Stryj, im Süden bis Worochta und Jaremcze. Öl könne aus dem Gebiet nicht mehr herausgebracht werden, sondern es würden lediglich Militärtransporte gefahren. Die Haltung der polnischen Ostbahnwsei im allgemeinen noch recht befriedigend. An den meisten Stellen sei der größte Teil der Belegschaft bis zum Abrücken der Deutschen geblieben. Auch in Warschau befänden sich noch 1o ooo nichtdeutsche Eisenbahner, und freiwillig gehe von ihnen keiner zurück.

Sehr schwierig sei für die Ostbahnverwaltung die Frage der Räumung der Güter, die in vier Jahren geschaffen worden seien. Angesichts der Luftangriffe und der Dezentralisierung der großen Betriebe im Reich sei die Wagenlage katastrophal geworden. Im Reich werde erklärt, es sei unmöglich, Leermaterial heranzuschaffen. Auch die Verlagerung von Betrieben habe sich hinsichtlich der Wagengestellung ungünstig ausgewirkt. Deshalb müsse man sich mit der zur Verfügung stehenden kleinen Zahl von Wagen für Wehrmachtstransporte und Einzelsendungen begnügen. Gleichwohl sei man bemüht, bevorzugt Wagen nach dem Osten zu bringen. Leider sei die Disziplin hinsichtlich der Verladung von Gütern außerordentlich schlecht. Oft finde man das unwichtigste Gut auf den Wagen. Offenbar seien auch den unteren militärischen Stellen keine Befehle in dieser Beziehung erteilt worden, und deshalb handle jeder Kompanieführer und Feldwebel nach eigenem Gutdünken. Die Ostbahnverwaltung habe deshalb für Krakau dringend Offiziere angefordert, die Ordnung beim Verladen schaffen sollten. Er, Präsident Gerteis, habe darüber hinaus sieben tüchtige Inspektoren mit einer Kontrolle beauftragt, die im zivilen Sektor für eine geregelte Abfuhr sorgen sollten. - Die Ausbesserungs-

werke in Tarnow seien nach Möglichkeit geräumt worden; jedoch habe man eine Anzahl von Maschinen nicht fortnehmen können. Vom OKW seien für diese Dinge bevollmächtigte Räumungsoffiziere eingesetzt worden, die, wenn sie Verständnis für die Räumungsfrage hätten, manches Gute leisten, wenn sie aber einseitig handelten, schweren Schaden hervorrufen könnten. In betracht kommen natürlich auch noch eine Anzahl von anderen Bedarfsträgern, die ihre Forderungen durchzudrücken verständen. Deshalb habe man versucht, im Einvernehmen mit dem Oberquartiermeister eine Dringlichkeitsliste aufzustellen. Der Einfluß der Ostbahnverwaltung sei naturgemäß nicht besonders groß, weil sie ja den Militärs nicht befehlen könne.

Die Sicherheitslage sei im allgemeinen etwas besser geworden, so auch im Bezirk Radom/Kielce. Man habe aber den Betrieb auf einem für die Wirtschaft wichtigen Kleinbahnnetz einstellen müssen, weil eigentlich die Banden den Betrieb in der Hand gehabt und Lokomotiven und Wagen gestohlen hätten. Man habe deshalb die noch vorhandenen Lokomotiven nach und nach teilweise unter Anwendung von Waffengewalt zurückgezogen.- Die Räumung sei im Zuge der letzten Tage gut vonstatten gegangen. Als letzte seien die Ämter fortgegangen. In Lemberg seien noch keine größeren Materialverluste eingetraten.

IV/1
5/1

1-8-1944.

Man habe mit Banden zu kämpfen, stehe einer Bevölkerung gegenüber, die der deutschen Führung nicht freundlich gesinnt, sondern vom passiven Widerstand erfüllt sei. Wenn die Bevölkerung für den Stellungsbau arbeite, dann tue sie es nur gezwungen; denn sie fürchte, später erschossen zu werden, weil sie für die Deutschen etwas geleistet habe. Hier könne nur mit Gewalt vorgegangen werden. Trotz der ausgezeichneten Unterstützung durch Präsident Bauder und Präsident Dr.von Craushaar fehle es an Arbeitsgeräten, an Material und allem anderen. Man müsse vorerst in drei bis fünf Tagen 2oo ooo Fremdvölkische auf die Beine bringen. Er habe den ersten Auftrag am 26.Juli bekommen, den zweiten am 28.Juli. Auch sei er genötigt gewesen, eine völlig neue Organisation zu schaffen. Was an San und Weichsel eingesetzt gewesen sei, sei zunächst für ihn nicht greifbar gewesen. Man habe die Leute gewissermaßen von der Straße weg nehmen müssen. Die Stäbe der SS- und Polizeiführer seien relativ schwach. Wenn man alle die Fragen der Unterbringung, Verpflegung, Erfassung usw. befriedigend lösen wolle, dann brauchte man dazu vielleicht 3o bis 5o SS- und Polizeiführer. Erfreulicherweise habe der Herr Generalgouverneur angeordnet, daß alle freiwerdenden Kräfte dieser Aufgabe des Stellungsbaues zugeführt werden. Er sei überzeugt, daß, wenn genügend Kräfte zur Verfügung ständen, die Arbeit schon in wenigen Tagen auf Höchsttourenlaufen werde. Er bitte alle Dienststellen, größtes Verständnis für die ihm gestellte Aufgabe an den Tag zu legen. Alle Arbeiten, die in den Behörden und Dienststellen zur Zeit nicht kriegsentscheidend seien, müßten unter allen Umständen zurückgestellt werden. Man baue ja an der Stellung nicht ewig, aber

man brauche jetzt unzählige Arbeitskräfte. Hier handle es sich um eine Gemeinschaftsarbeit. Die Linie, die jetzt aufgebaut werde, sei mehr oder weniger die letzte große Linie vor den Toren des Vaterlandes. Sie müsse und werde gehalten werden. Sie müsse so stark gemacht werden, daß man ein fest gegliedertes Stellungssystem habe, durch das der russische Gegner nicht hindurchkommen könne. Man dürfe überzeugt sein, daß Reserven in genügender Anzahl kommen würden und, wenn man auf diese Stellung gehen müsse, genügend Soldaten vorhanden seien.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für notwendig, schon jetzt auf die Zeit und die Verhältnisse einen Blick zuwerfen, die jenseits der Räumung lägen. Da werde sich die schwierige Aufgabe ergeben, die Ordnung und den Dienstbetrieb im Gebiet aufrechtzuerhalten, den Rückgang der Leistungen, der angesichts der Verhältnisse in allen Teilen eingetreten ist, vor allem auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Erfassung und der wirtschaftlichen Leistung, so schnell wie möglich zum Stillstand zu bringen. Weiter müsse die Frage beantwortet werden, ob überhaupt das, was noch verblieben sei, als ein Gebiet angesprochen werden könne, das ein selbständiges Staatsgebilde darzustellen vermöge. Daneben liefen die gewaltigen Aufgaben, die der Regierung in den letzten Tagen mit ganz kurzer Friststellung auferlegt worden seien, vor allem die Durchführung des Stellungsbaues. Jeder einzelne sei verpflichtet, die sich dieser Aufgabe entgegenstellenden Schwierigkeiten mit aller Gewalt zu meistern. Er habe deshalb die Verwaltung aufgerufen, jede überflüssige Kraft für den Stellungsbau und für den Polizeidienst zur Verfügung zu stellen. Er bitte die Behörden, ihren Dienstapparat so zu reorganisieren, daß er in der Lage

sei, die jetzt noch anstehenden vordringlichen Aufgaben der Aufrechterhaltung einer allgemeinen Ordnung zu erfüllen, im übrigen aber alle Kräfte, die durch die Gebietsverluste überflüssig geworden seien, für die große Aufgabe des Stellungsbaues und des Polizeidienstes bereitzustellen. Der Herr Generalgouverneur habe soeben einen Erlaß unterzeichnet, in welchem die Gestellung der deutschen Kräfte für den Stellungsbau und den Polizeidienst eingehend geregelt werde; Einsatz und Versorgung aller dieser Kräfte seien bis ins einzelne geordnet.

Im übrigen sei durch den Abzug zahlreicher Deutscher die Raumfrage im Lande wieder sehr akut geworden. Es werde notwendig sein, gewissen dadurch frei gewordenen Raum der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Die Wohnungen der Deutschen würden unter Umständen für militärische Zwecke in Anspruch genommen werden müssen. Wenn sich die Schwierigkeiten auch türmten, so dürfe der Herr Generalgouverneur doch überzeugt sein, daß die Verwaltung in Ruhe und Überlegenheit, aber auch mit Tatkraft und Schwung die ihr bevorstehenden großen Aufgaben erfüllen werde.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Sitzung mit folgenden Worten: Meine Herren! Ich danke Ihnen und möchte nur noch eins sagen: Das, was wir heute besprochen haben, war nur ein kleiner Einblick in die Aufgaben, die die einzelnen Herren haben. Was ich mit der Sitzung verfolgt habe, war die Absicht, in Ihnen und in uns allen erneut den Eindruck zu verstärken, daß die oberste Führung des Generalgouvernements in allen ihren Persönlichkeiten festgefügt und sich der Verantwortung dieser Stunde vollauf bewußt ist. -

1.8.1944.

Am Mittwoch, dem 9.August würde die nächste Sitzung dieser Art stattfinden, wenn nicht ein außerordentliches Ereignis uns zwingen würde, die Sitzung vorzuverlegen.

(Schluß der Sitzung 13 Uhr 45 Minuten)

14^{00} Mittagessen, an dem teilnehmen der Herr Generalgouverneur, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, Präsident Ohlenbusch, Generalintendant Stampe, Kreishauptmann Dr.Ehaus- Reichshof.

Während des Mittagessens gibt Kreishauptmann Dr.Ehaus dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht von den Erlebnissen, die er vor und nach dem Verlassen der Stadt Reichshof am 3o.Juli um 15,3o Uhr gehabt hat.Er wird eingehenden schriftlichen Bericht erstatten.

Präsident Ohlenbusch wirft die Frage auf, ob und in welchem Umfange unter den jetzigen Verhältnissen ein Theaterbetrieb aufrechterhalten bzw. wieder aufgenommen werden kann. Seines Wissens bestehe im Reich die Absicht, eine gewisse Zahl von Theatern zu schließen. Auch sei im Laufe der nächsten Wochen mit gewissen einschneidenden Maßnahmen auf kulturellem Gebiete zu rechnen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalintendant Stampe, daß der Theaterbetrieb nach den Ferien, also etwa um die Mitte des Monats August, wieder aufgenommen werden könne, vorausgesetzt, daß nicht Angehörige des Theaters zum Polizeihilfsdienst eingezogen würden, wie es bereits bei dem Bühnenbildner Gassner geschehen sei.

1.8.1944.

IV/1

1b

Gouverneur Dr. von Burgsdorff weist darauf hin, daß die Fragen der Einziehung zum Polizeihilfsdienst jetzt beim Personalamt zentralisiert und etwa auftretende Schwierigkeiten dort beseitigt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß das Theater nach den Ferien wieder eröffnet würde.

16^{45} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger und Referent von Palézieux.

Gegenstand der Besprechung ist der Abtransport von Akten- und Archivmaterial der Kanzlei sowie das Ausfindigmachen einer Ausweichstelle für die Kanzlei des Generalgouverneurs.

18^{00} Besprechung mit Oberstleutnant Rödenbeck.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf).

Mittwoch, den 2.August 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

17^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky und Präsident Bauder.

18^{45} Telefongespräch mit Präsident Dr. von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur teilt Präsident Dr.von Craushaar mit, daß er dem Gouverneur Dr. Fischer die Ermächtigung erteilt habe, sich nach eigenem Ermessen und nach dem Eindruck von der allgemeinen Lage zurückziehen zu dürfen. General Stahel habe ihm, dem Generalgouverneur, gesagt, es werde versucht werden, Warschau mit eigenen Kräften zu halten. - Weiter erkundigt sich der Herr Generalgouverneur nach der Lage in Krakau. Er bezeichnet es als unbedingt notwendig, die Abgabe von Lebensmittelkarten von einem Ausweis abhängig zu machen. Er lege größtes Gewicht darauf, angesichts der täglich sich verschlechternden Ernährungslage, alle Vorkehrungen getroffen zu sehen, mit denen jeglicher Mißbrauch von Lebensmittelkarten ausgeschaltet werden könne.

19^{10} Telefongespräch mit Staatssekretär Koppe.

Der Herr Generalgouverneur teilt Staatssekretär Koppe mit, daß nach einem telefonischen Bericht des Gouverneurs Dr.Fischer die Lage in Warschau sich gegen mittag nicht wesentlich verändert habe.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

Donnerstag, den 3.August 1944.

12[20] Der Herr Generalgouverneur richtet an Herrn Reichsminister Dr. Goebbels ein Ferschreiben, in welchem er auf die jüngst ergangene Verordnung über die Einschränkung der Obersten Reichsbehörden im Hinblick auf die Beibehaltung des Ministeramtes eingeht.
In diesem Fernschreiben weist er darauf hin, daß er das Personal des Ministeramtes schon aufs äußerste eingeschränkt und das Ministeramt mit der Dienststelle des Bevollmächtigten des Generalgouverneurs vereinigt habe. Wenn das Ministeramt nach außen hin noch als eigene Dienststelle firmiere, so hänge das lediglich mit seiner Position als Reichsminister zusammen, die doch noch eine gewisse geschäftliche Tätigkeit angesichts der Erledigung von Reichskabinettseinläufen, Gesetzgebungsarbeiten usw. beanspruche. Er glaube deshalb, daß man es bei der derzeitigen Regelung bewenden lassen könne.

17[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann und den Gouverneur Dr. Wächter.

Der Herr Generalgouverneur billigt die Pläne des Präsidenten Naumann für die Evakuierung landwirtschaftlicher Läger ins Reich. Er unterzeichnet weiter auf Vorschlag des Präsidenten Naumann Briefe an die Gauleiter Bracht, Hanke, Greiser und Henlein.

Gouverneur Dr.Wächter teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß in Aussicht genommen sei, ihn als Verwaltungschef beim Stabe des Oberbefehlshabers Italien vorübergehend zu verwenden.

3.8.1944.

Der Herr Generalgouverneur erteilt dem Gouverneur Dr.Wächter die Genehmigung zur Übernahme dieser Stellung, rechnet aber damit, daß, wenn Galizien wieder in deutsche Hand falle, Gouverneur Dr.Wächter in seine Stellung zurückkommen werde.

Gouverneur Dr.Wächter erklärt sich bereit, gegebenenfalls in seine Stellung als Gouverneur des Distrikts Galizien zurückzukehren.

Der Herr Generalgouverneur beurlaubt sodann Gouverneur Dr. Wächter bis auf weiteres vom Dienst des Generalgouvernements zum Zwecke des Antritts der Stellung als Verwaltungschef beim Oberbefehlshaber Italien.

21.0 Der Herr Generalgouverneur führt ein Telefongespräch mit Generaloberst Guderian und bittet ihn nochmals dringendst um Hilfe für die Stadt Warschau.

Generaloberst Guderian teilt darauf folgendes mit:

Mit stärksten Mitteln, die überhaupt zur Verfügung ständen, werde versucht werden, die Lage in Warschau zu meistern. Es solle sofort ein starkes Polizeiregiment aus Breslau nach Warschau in Marsch gesetzt, außerdem sollten weitere Polizei-, SS- und Wehrmachtsteile nach Warschau gesendet werden.

Der Herr Generalgouverneur macht eindringlich auf den Ernst der Lage in Warschau aufmerksam. - Generaloberst Guderian erklärt,daß auch ihm die Lage bekannt sei. Der Herr Generalgouverneur könne sich darauf verlassen, daß alles geschehen werde, was nur menschlich-möglich sei, um der Stadt Warschau zu helfen. An der Stadt Warschau solle dann mit aller Härte ein

Verdikt vollzogen werden. Im übrigen könne er, Generaloberst Guderian, nur mitteilen, daß sich weiterhin große Truppenmassen nach Osten in Bewegung setzen würden, und daß die Ostsituation überhaupt seiner festen Überzeugung nach im Wege des Angriffs binnen kurzem werde bereinigt werden können.

21^{45} Telefongespräch mit General Stahel.

General Stahel berichtet, daß die Lage in Warschau sich wenig verändert habe. Die für Straßenkämpfe gut organisierten Banden seien nach wie vor sehr hartnäckig und hätten geringe Erfolge erzielt. Zur Aufnahme einer Offensive würden die deutschen Kräfte nicht mehr ausreichen. General Stahel schätzt die Stärke der Aufständischen auf mindestens eine Brigade. Die deutschen Verluste seien nicht unerheblich, sie betrügen etwa 500-600 Mann. Große Schwierigkeiten bereiteten die von den Aufständischen angelegten Straßensperren. Praga sei noch in deutscher Hand, ebenso der Ostbahnhof. Ein Verkehr zwischen den deutschen Stützpunkten sei nur durch Panzer möglich. Ein Teil der Bevölkerung stehe auf deutscher Seite und lehne jeden Kampf ab.

22^{00} Telefongespräch mit Staatssekretär Dr.Bühler.

Der Herr Generalgouverneur schildert Staatssekretär Dr.Bühler den Verlauf des heutigen Tages in Warschau und weist auf die ziemlich ernste Lage hin. Er habe vor kurzem mit Generaloberst Guderian gesprochen. Generaloberst Guderian habe ihm gesagt, der Führer sei fest entschlossen, den Aufstand in Warschau mit allen Mitteln niederzuschlagen. Starke Polizei-

und Wehrmachtsteile seien bereits in Marsch gesetzt und müssen bald in Warschau eintreffen. Die Luftwaffe könne erst eingreifen, wenn klar sei, welche Teile der Stadt Warschau in deutscher Hand und welche in der Hand der Aufständischen seien. Generaloberst Guderian habe der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß im Wege des Angriffs bald eine Bereinigung der Ostlage eintreten werde; deshalb brauche nichts mehr überstürzt zu werden.

22[15] Telefongespräch mit Gouverneur Dr. Fischer.

Der Herr Generalgouverneur gibt Gouverneur Dr. Fischer Kenntnis von dem mit Generaloberst Guderian geführten Telefongespräch. Er werde alles tun, um zu erreichen, daß die Entsatztruppen so schnell wie möglich herankämen, und habe sich dieserhalb mit Reichsminister Dr.Lammers und Reichsführer-SS Himmler in Verbindung gesetzt. Der Führer habe den strikten Befehl gegeben, daß Warschau unter allen Umständen so schnell wie möglich entsetzt werde. Er bitte Gouverneur Dr.Fischer, das auch dem General Stahel mitzuteilen.

Gouverneur Dr.Fischer gibt in diesem Telefongespräch dem Herrn Generalgouverneur ein Bild der gegenwärtigen Lage Warschau's. Zur Zeit sei es in Warschau ruhig, es werde nicht geschossen. Die Aufständischen seien offenbar etwas unsicher geworden, weil die erwartete russische Hilfe ausbleibe.

Der Herr Generalgouverneur versichert dem Gouverneur Dr.Fischer, daß bald eine Wendung zum Besseren eintreten werde. Neue Truppen rollten Tag und Nacht auch in Krakau nach dem Osten. Offenbar sei eine ganz große Offensive in Vorbereitung.

3.8.44.

22[30] Der Herr Generalgouverneur gibt dem Reichsminister Dr.Lammers in einem Fernschreiben einen Bericht über die Lage in Warschau. Darnach ist die Aufstandstätigkeit auch weiterhin in vollem Gange. Die deutschen Kräfte sind auf die Stützpunkte beschränkt und können untereinander nur entweder telefonisch oder durch Kurier mit Panzerfahrzeugen verkehren. Die Situation der Deutschen hat sich im Laufe des heutigen Tages noch etwas verschärft. Seit heute früh befindet sich auch der Adolf Hitler-Platz in Warschau, an dem Haus an Haus Gouverneur Dr.Fischer und General Stahel weilen, unter Beschuß. Die deutschen Panzer kämpfen tapfer immer wieder einige Stadtteile frei, können sich aber angesichts der vielfachen Überlegenheit der Aufständischen nicht restlos durchsetzen. Das Rathaus der Stadt Warschau ist heute nacht von den Aufständischen besetzt worden. Der Hauptbahnhof ist zwar noch in deutschen Händen, aber ringsum von den Aufständischen eingeschlossen.

Die Stimmung bei den Aufständischen ist schlechter geworden: sie sind vor allem enttäuscht über das Ausbleiben der ihnen offenbar zugesagten Teilnahme englisch-amerikanischer Luftlandetruppen an ihrem Aufstand. Teilweise läßt sich bei den Aufständischen auch schon beginnender Munitionsmangel feststellen. Die Bevölkerung lehnt in zunehmendem Maße den Aufstand ab, vor allem im Hinblick auf die Nähe der Russen, die auch von den Warschauer Polen als Todfeinde angesehen werden. Die Verluste waren auch heute wieder groß. In den entscheidenden Teilen der Stadt Warschau weht in den von den Aufständischen besetzten Häusern die polnische Flagge. Die Hauptpost ist heute nachmittag restlos

in die Hand der Aufständischen gefallen. Die deutschen Postbeamten konnten sich, wenn auch unter schweren Verlusten, bis zu den deutschen Stellungen durchschlagen. Dringendst wird das Eingreifen von Fliegern erwartet, von deren Wirkung man sich entscheidendes verspricht.

Das Fernschreiben schließt mit den Worten: Ich wäre Ihnen, Herr Reichsminister Dr.Lammers, sehr dankbar, wenn Sie sowohl bei Generaloberst Guderian wie bei Reichsführer-SS Himmler meinem Ersuchen entsprechend für beschleunigte intensive Heranführung von Entsatzstreitkräften auch direkt vorstellig würden.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Freitag, 4.August 1944.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur läßt sich telefonisch von Polizeihauptmann Zisenis Bericht über die Lage erstatten.

13^{10} Erneuter telefonischer Lagebericht des Polizeihauptmanns Zisenis.

14^{10} Gouverneur Dr.Wächter verabschiedet sich von dem Herrn Generalgouverneur zur Übernahme seiner Stellung als Verwaltungschef beim Oberbefehlshaber Italien.

Der Herr Generalgouverneur spricht Gouverneur Dr. Wächter nochmals seinen herzlichen Dank und seine große Anerkennung für die von ihm geleisteten treuen Dienste aus und überreicht ihm ein Exemplar des Behaim-Kodex mit eigenhändiger Widmung.

16^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Direktor der Staatsbibliothek Professor Dr. Abb in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Dr.Meidinger.

16^{15} Telefongespräch mit Staatssekretär Dr.Bühler.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr.Bühler,dem Leiter des Polnischen Hauptausschusses mitzuteilen, daß er - der Generalgouverneur - zwar den Erlaß über Straffreiheit von Polen unterzeichnet habe, diesen Erlaß aber im Hinblick auf die Aufstandsbewegung in Warschau nicht in Kraft setzen könne.

4.8.1944.

20^{00} Ein Telefongespräch des Herrn Generalgouverneurs mit Gouverneur Dr. Fischer muß wegen schlechter Verständigung abgebrochen werden.

20^{30} In Vertretung des Pressechefs Gassner macht der Hauptschriftleiter Fenske dem Herrn Generalgouverneur telefonische Mitteilung davon, daß gegen die an dem Attentat vom 2o.Juli 1944 beteiligten Offiziere numehr ein Verfahren eingeleitet worden sei. Die Namen dieser Offiziere würden morgen in der Presse bekanntgegeben werden. Es sei die Schlußliste aller derer Offiziere, die bei dem Aufstand beteiligt gewesen seien.

21^{00} Telefongespräch mit Gouverneur Dr. Fischer.

Gouverneur Dr.Fischer gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Lage in Warschau. Er erwähnt, daß mittlerweile auch deutsche Stukas in den Kampf eingegriffen haben, jedoch hat man noch keinen ausreichenden Eindruck von der Wirkung dieses Einsatzes. Eine nennenswerte Entlastung der Lage sei noch nicht eingetreten. Die Kampftätigkeit der Aufständischen sei nach wie vor sehr stark. Das Rathaus der Stadt Warschau sei noch in der Hand der Aufständischen. Der Raum der Verteidiger am Adolf Hitler Platz verengere sich von Stunde zu Stunde und liege unter dauerndem Beschuß. Eigentliche Fortschritte haben die Aufständigen aber heute nicht gemacht. Auch die Bahnhöfe seien noch in deutscher Hand.

Der Herr Generalgouverneur versichert Gouverneur Dr.Fischer, daß die deutschen Entsatztruppen demnächst eintreffen würden und sich die Lage dann völlig verändern werde. Er habe alles getan, um für eine möglichst beschlenigte Heranführung dieser Truppen Sorge zu tragen.

4.8.1944.

21[15] Erneuter telefonischer Anruf des Polizeihauptmanns Zisenis, der dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht über die Lage gibt.

21[30] Telefongespräch mit General Stahel.

General Stahel berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß die Aufständischen mit großer Hartnäckigkeit weiter kämpften. Immerhin sei festzustellen, daß die nicht militärischen Banden sich allmählich aus dem Kampf herauszögen. Wie die Stuka-Angriffe sich auswirken würden, müsse man erst abwarten. Im allgemeinen sei die Lage die gleiche wie gestern. Die Verluste auf beiden Seiten seien ziemlich erheblich. Die Haltung der Bevölkerung sei sehr unterschiedlich; ein großer Teil ziehe sich jetzt offenbar von den Aufständischen zurück und leiste sogar verfolgten deutschen Soldaten und Polizisten Hilfe.

22[00] Auf Grund der ihm von Gouverneur Dr.Fischer und General Stahel erstatteten Berichte richtet der Herr Generalgouverneur das nachstehende Fernschreiben an Herrn Reichsminister Dr. Lammers:

„Nach den übereinstimmenden Berichten des Kampfkommandanten General Stahel und des Gouverneurs Dr. Fischer, die beide in treuer, unermüdlicher Zusammenarbeit inmitten des konzentrischen Ringes der Aufständischen ihre Pflicht erfüllen, ergibt sich heute abend folgende Lage:

Die militärisch gegliederten, soldatisch ausgebildeten Teile der Aufständischen kämpfen nach wie vor mit größter Erbitterung und teilweise mit Tapferkeit. Der Ring um das Regierungsviertel am Adolf Hitler Platz, in dem Gouverneur Dr. Fischer

und General Stahel mit dem Gros der Verteidiger Warschaus weilen, ist heute durch die Besetzung der Ruinen der früheren großen Oper in Warschau durch die Aufständischen verengert worden. Der Adolf Hitler-Platz liegt nunmehr unter direktem Beschuß der Aufständischen und ist nicht mehr frei passierbar. Im übrigen befinden sich die wesentlichen Gebäude der Stadt als deutsche Stützpunkte in deutscher Hand und werden tapfer verteidigt. Das Zentrum der Aufständischen befindet sich jetzt im Rathaus der Stadt Warschau und in den daran anliegenden Gebäuden. Das Telegrafenamt und das Polizeiviertel befinden sich nach wie vor fest in deutscher Hand.

Die Verluste sind wie bisher erheblich. Zu größeren Gegenaktionen stoßen unsere Kräfte nun nicht mehr vor, um Menschen, Material und Munition zu schonen.

Die Bevölkerung verhält sich im großen ganzen jetzt den Aufständischen gegenüber sehr zurückhaltend. Die Aufständischen müssen teilweise außerordentlichen Zwang anwenden, um Bevölkerungsteile für den Bau der Barrikaden zu bekommen. Von General Stahel werden zahlreiche Fälle mitgeteilt, in denen deutsche Soldaten des Heeres und der Waffen-SS von der Bevölkerung sogar vor den Aufständischen wieder befreit oder gerettet wurden und nur durch die Hilfe der Bevölkerung zu ihren Truppenteilen zurückkommen konnten. Die nicht militärisch zusammengeschlossenen Aufständischen, also die sog. mitkämpfenden Mitläufer, beginnen allmählich sich aus den Reihen der Aufständischen zu lösen und versuchen, in den Vorstädten wieder ins Unerkannte zu verschwinden. Inwieweit diese Entwicklung anhalten wird, hängt von der allgemeinen Lage ab.

4.8.1944.

Heute vollführte die deutsche Luftwaffe einige Stuka-Angriffe auf die Zentren der Aufständischen. Die Wirkung ist zunächst nur in starken Brandherden zu beobachten, die sich gebildet haben. Die Kampfkraft der Aufständischen an sich wurde noch nicht nennenswert erschüttert.

Sowohl General Stahel wie Gouverneur Dr. Fischer sagen, daß sie es bei äußerster Sparung ihrer Kräfte ohne weiteres noch drei bis vier Tage aushalten können, sofern nicht eine plötzliche, ungewöhnliche Verstärkung der Aufständischen etwa durch Eingreifen alliierter Luftstreitkräfte oder derartiges eintreten sollte.

Das Eingreifen der von auswärts herankommenden deutschen Entsatzkräfte ist noch nicht nennenswert in Erscheinung getreten. Es wird nach wie vor von den beiden Herren dringendst die Heranholung dieser Einsatzkräfte gefordert, da von deren Eintreffen allein nunmehr das Schicksal der deutschen Führung in Warschau abhängt. Aus eigener Kraft kann der Aufstand nicht mehr überwältigt werden.

Da sich die militärische Lage heute durch Räumung des galizischen Ölgebietes durch die deutschen Truppen sowie durch Überschreiten der Weichsel seitens der Russen südlich von Warschau in großer Stärke stimmungsmäßig positiv auf die Aufständischen auswirken wird, ist doppelte Eile für das Herankommen der Entsatzkräfte geboten.

Über die militärische Lage des Generalgouvernements kann nur gesagt werden, daß auch hier alles nunmehr von dem möglichst starken in Erscheinung- und Inkampftreten neu herangeführter deutscher Kräfte allein noch abhängt. Die Russen stehen 12 km westlich von Reichshof und haben nördlich der Weichsel bereits eine Linie etwa 15 km von Staschow erreicht. Am nächsten Punkt stehen nunmehr die Russen noch 118 km von Krakau entfernt."

IV/1

Samstag, den 5.August 1944.

11^{50} Telefongespräch mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur teilt Staatssekretär Dr.Bühler mit, daß er gestern nacht noch mit General Stahel , dem Kampfkommandanten von Warschau, gesprochen und dieser ihm von dem Ernst der Lage Kenntnis gegeben habe. Es handle sich jetzt darum, daß man im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen nicht in ein volles Chaos komme, weil man dann praktisch eine Verantwortung nicht mehr tragen könne. -

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr.Bühler an, für Montag, den 7.August, vormittags 10,3o Uhr, eine Sitzung der Hauptabteilungspräsidenten einzuberufen.

13^{40} Polizeihauptmann Zisenis gibt dem Herrn Generalgouverneur einen telefonischen Bericht über die gegenwärtige militärische Lage im Generalgouvernement.

14^{40} Besprechung mit Herrn Präsidenten Dr.von Craushaar, zu der später Oberregierungsrat Dr.Luxenberg und Kreishauptmann Schwender hinzugezogen werden.

Herr Präsident Dr.von Craushaar erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Räumungslage und die allgemeine Situation.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt den von Herrn Präsidenten von Craushaar aufgestellten letzten Räumungsplan.

Präsident von Craushaar stellt dann ausdrücklich fest, daß bisher keinerlei Panik oder Ungeordnetheit entstanden sei, vielmehr die Regierung und alle Dienststellen in voller Ruhe weiter ihre Pflicht erfüllen.

Präsident von Craushaar legt dann dem Herrn Generalgouverneur ein an Gauleiter Bracht gerichtetes Fern-

schreiben

Schreiben vor, betreffend die Rückführung von loyalen Polen und Ukrainern ins Reich. In diesem Fernschreiben wird darum ersucht, daß diesen Polen und Ukrainern der einwandfreie Grenzübertritt in das Deutsche Reich zu gewähren wäre, wenn sie als loyale Polen legitimiert würden, und daß sie dann nicht zum Stellungsbau herangezogen werden. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet dieses Fernschreiben.

In Zusammenhang damit regt der Herr Generalgouverneur an, daß nunmehr die groß ausgearbeitete Denkschrift über die Behandlung des Polentums und die Verbindung der deutschen Politik mit polnischen Strömungen an den SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner abgeschickt wird. Er habe auch darüber mit SS-Oberführer Bierkamp gesprochen, der ebenfalls der Meinung sei, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen wäre, um diese Polenpolitik nochmals in Form einer Denkschrift an die obersten Führungsstellen des Reiches zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dazu bereit.

15[40] Besprechung mit Bankdirigent Dr.Paersch in Gegenwart von Präsidenten von Craushaar.

Bankdirigent Dr.Paersch übergibt zu den Akten des Jahresabschluß der Emissionsbank.

Der Herr Generalgouverneur bestätigt die von ihm seinerzeit gegebene Ermächtigung, daß die Verluste der Emissionsbank von dem Jahreshaushalt der Emissionsbank übernommen werden könnten. Im übrigen berichtet Präsident Dr.Paersch, daß, was die Währung und den Betrieb der Emissionsbank angehe, die Dinge sich verhältnismäßig in Ordnung vorwärts bewegten.

Weiter

5.8.44.

Weiter bittet Bankdirigent Dr.Paersch, ein Schreiben an den Reichsbankpräsidenten richten zu dürfen, in welchem die gegenwärtige Situation der Emissionsbank dargelegt ist.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine Genehmigung dazu.

15[50] Besprechung mit Botschaftsrat Dr.Schumburg.

Botschaftsrat Dr.Schumburg übermittelt im Auftrage des Auswärtigen Amtes dem Herrn Generalgouverneur eine vertrauliche Nachricht, nach welcher Möglichkeiten beständen, daß zwischen der deutschen und der polnischen Exilregierung Verbindungen über einen vertraulichen Verbindungsmann aufgenommen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur bittet Botschaftsrat Dr.Schumburg, festzustellen, welche Stellung Reichsaußenminister Ribbentrop zu dieser Mitteilung aus Budapest einnehme, und erklärt sich bereit, einmal gemeinschaftlich mit Reichsaußenminister Ribbentrop persönlich über diese Angelegenheit zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur legt im übrigen dar, welche Schwierigkeiten einer wirklich seiner Meinung nach längst notwendigen Bereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses ihm wieder aus jenen Meinungsbereichen erstünden, die ausschließlich die Methode der schärfsten Gewalt gegenüber dem Polentum als Richtlinie verträten. Der Herr Generalgouverneur hält es im gegenwärtigen Augenblick nicht für möglich, eine wesentliche Änderung dieser Erwägungen, so notwendig sie seines Erachtens für das Reich wären, herbeizuführen. Daher wäre es auch geboten, daß Reichsaußenminister von Ribbentrop einmal posotiv zu diesem Problem Stellung nehme.

5.8.44.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsführer-SS Himmler:

„Lieber Parteigenosse Himmler! Mir wurde heute angedeutet, daß Ihnen mitgeteilt worden sei, in Krakau herrsche bei der Regierung so etwas wie Panikstimmung oder Unruhe, und es würde hier überstürzt abgebaut. Ich stelle dazu fest, daß jede solche Behauptung eine gemeine Verleumdung ist. Ich bitte Sie, mir jeden anzugeben, der etwas derartiges behauptet. Es ist überflüssig zu sagen, daß die maßgeblichen Männer des Generalgouvernements hier an entscheidender Stelle getreu ihrer Pflicht in Ruhe und Ordnung weiterarbeiten und mit Erfolg Schwierigkeiten meistern, wie sie wohl in diesem Ausmaß selten an jemand herantreten."

17^{00} Telefongespräch mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr.Bühler Kenntnis von dem soeben an Reichsführer-SS Himmler gerichteten Fernschreiben und ersucht ihn, ein Fernschreiben ähnlichen Inhalts an Staatssekretär Stuckart zu richten. In diesem Fernschreiben müsse festgestellt werden, daß die bisher von der Regierung des Generalgouvernements eingeleiteten Maßnahmen im Einvernehmen mit der Wehrmacht, Partei und den maßgebenden Reichsstellen getroffen worden seien.

20^{00} Telefongespräch mit Gouverneur Dr. Fischer

Gouverneur Dr. Fischer gibt dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über die gegenwärtige Lage in Warschau. Aus diesem Bericht ergibt sich, daß sich die Angriffe der Stukas bereits ausgewirkt hätten. In Warschau haben die Aufständischen ein maßloses Elend über die Bevölkerung gebracht. Die Verluste der Deutschen

seien ziemlich erheblich. Im Besitze der Deutschen befänden sich noch einige Inseln; u.a. werde die deutsche Oberschule von der SA. in vorbildlicher Weise gehalten. Es herrsche unter den Deutschen eine großartige Stimmung der Entschlossenheit.

Der Herr Generalgouverneur spricht Gouverneur Dr.Fischer sein besonderes Lob über die vorbildliche Haltung der deutschen Verwaltungsbeamten und -Angestellten aus und verspricht, daß er alles tun werde, damit die militärischen und polizeilichen Entsatzkräfte möglichst bald in Warschau eintreffen.

Der Herr Generalgouverneur spricht Gouverneur Dr.Fischer seine große Anerkennung für sein Verhalten aus und gibt vor allem seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß er mit General Stahel so vortrefflich zusammenarbeite.

20^{05} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr.Lammers:

„Nach dem eben eingegangenen Bericht des Gouverneurs Dr.Fischer ist die Lage in Warschau heute noch im wesentlichen unverändert. Der größte deutsche Bereich ist der zusammenhängende Komplex um den Adolf Hitler-Platz, umfassend das Dienstgebäude des Gouverneurs, das Dienstgebäude des Kmpfkommandanten General Stahel, das Hotel „Europäischer Hof", das Hotel „Bristol" und das „Deutsche Haus". Rings um diesen Bereich haben die Aufständischen starke Barrikaden gebaut, von denen aus sie ein fortgesetztes Feuer auf die Gebäude unterhalten.

Die Stadt Warschau steht zum größten Teil in Flammen. Die Niederbrennung von Häusern ist auch

das sicherste Mittel, den Aufständischen Schlupfwinkel zu entziehen. Die deutschen Entsatztruppen haben etwa heute früh um 1o Uhr mit der Kampftätigkeit an drei Stellen der Außenstadt begonnen. Eine Auswirkung in der Innenstadt, etwa im Sinne einer Verbesserung der Lage der Deutschen in dem von Barrikaden umgebenen Bereich, ist noch nicht festzustellen.

In der Stadt mit ihrer Millionenbevölkerung herrscht ein unvorstellbares Elend. Nach diesem Aufstand und seiner Niederschlagung wird Warschau dem verdienten Schicksal seiner völligen Vernichtung mit Recht anheimgefallen sein. oder unterzogen werden.

Die Stimmung der Deutschen ist ausgezeichnet; die Zusammenarbeit von Wehrmacht und Verwaltung vorbildlich. Alle Verwaltungsbeamten und -Angestellten sind in die Wehrmacht eingereiht und machen soldatischen Dienst. Ausgezeichnet bewährt sich in der gleichfalls ringsum von Aufständischen zernierten deutschen Oberschule die Warschauer SA., die, zum größten Teil aus Volksdeutschen bestehend, sich hervorragend tapfer einer vielfachen Übermacht gegenüber seit Tagen hält. Unsere Verluste sind leider erheblich. Im Zusammenhang mit der sich auch gerade südöstlich von Warschau wesentlich verbessernden allgemeinen militärischen Lage kann bei Fortschreiten der Entsatzunternehmung in einigen Tagen mit der völligen Beendigung dieses Aufstandes gerechnet werden.

Im Distrikt Krakau vollziehen sich die militärischen Bewegungen völlig planmäßig. Nordwestlich der Weichsel sind die russischen Panzerspitzen bis

auf etwa 8o km an Krakau herangekommen. In Krakau herrscht weder Panik, noch Unruhe noch Unordnung. Alle diesbezüglichen Behauptungen sind erstunken und erlogen. Die Regierung des Generalgouvernements, überhaupt alle Staats-, Wehrmachts- und Parteidienststellen sind nach ordnungsmäßiger Durchführung der notwendigen Entlastungsmaßnahmen in reibungsloser, klarer Zusammenarbeit. Was irgendwie an Männern frei gemacht werden kann, macht entweder Polizeidienst oder Schanzarbeit, ohne Rücksicht auf Stellung, Rang oder Alter.

Die allgemeine Lage des Restgeneralgouvernements ist trotzdem führungsmäßig sehr ernst. Man kann sich auch vorstellen, daß Ernährungs-, Währungs-, Transport- und Bevölkerungsprobleme uns nunmehr schwerste Sorgen bereiten werden."

Sonnabend, den 12. August 1944.

9^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Lagebesprechung im Königssaal der Burg.
(Teilnehmer s.Anwesenheitsliste)

Der Herr Generalgouverneur leitet die Besprechung mit folgenden Worten ein:

Meine Herren! Ich habe Sie zusammengerufen, um mit Ihnen einige im Vordergrund stehende Probleme zu erörtern. Wie mir scheint, entwickelt sich die Lage an der Ostfront verhältnismässig günstig. Unsere militärische Lage hat sich zweifellos in den letzten Tagen stabilisiert, und für mich ist es gar kein Zweifel, daß angesichts des Hereinströmens deutscher Kräfte es möglich sein wird, den Vormarsch der Sowjets auf Krakau aufzuhalten.

Im Zusammenhang mit diesen militärischen Bewegungen ist nun eine Reihe schwerster Probleme aufgetreten, die uns immer wieder beschäftigen. Es ist selbstverständlich leicht in solchen Zeiten aufgeregter Stimmung und spürbaren Nervendruckes die Regierung des Generalgouvernements für alle möglichen Schäden verantwortlich zu machen. Aber das Spiel kennen wir. Ich kann amtlich feststellen, daß ich keine Dienststelle weiß, die nicht in diesen Tagen und Wochen pflichtgemäß das Äusserste und Letzte geleistet hat, was überhaupt möglich ist. Wenn einer 2 oder 3 Stunden hier hereinriecht und uns seine Weisheit auftischen will, so macht das auf uns keinen Eindruck. Unser größter Nachteil ist ja, daß man uns immer mit einem Heimatgau vergleicht. Das zeigt aber, daß man von den Verhältnissen des Generalgouvernements nichts weiss. Wir haben keine Polizei im Lande und sollen hunderttausende von Polen zusammenfassen. Wie soll man das erreichen? Darauf erhält man nur die Antwort: Tun Sie es!

12.8.1944

Ich wollte Ihnen das ganz allgemein sagen, um Ihnen mit aller Deutlichkeit klarzumachen, daß die Regierung des Generalgouvernements wie bisher gerade in diesen Tagen ihre Pflicht erfüllt hat. Ich werde mit Keulen um mich schlangen, wenn jemand gegen uns mit Kritik anzugehen wagt. Gewiß, auch wir sind nicht fehlerlos; aber uns dürfte nur jemand kritisieren, der selber fehlerlos ist. Wir haben geglaubt, daß die deutsche Wehrmacht imstande sein würde, den Raum zu schützen. Aber in knapp 12 Tagen war die Hälfte des Generalgouvernements verloren: Galizien und Lublin. Dann kam der Aufstand in Warschau, weiter der Abzug von beinahe 6 Polizeiregimentern in dieser Zeit, endlich die Gesamtstimmung der Bevölkerung, die infolge einer einseitigen Behandlung an einem deutschen Sieg nicht interessiert ist. Trotz alle-dem haben wir doch das Wunder vollbracht, daß der jetzt im Vordergrund stehende Stellungsbau mit tausenden und abertausenden von Arbeitskräften durchgeführt wird. Man muß jedenfalls anerkennen, daß alle Dienststellen des Generalgouvernements das Beste geleistet haben.

Staatssekretär Koppe berichtet, daß der Stellungsbau bedeutsame Fortschritte mache. Es seien jetzt schon mehr als 85 000 Köpfe für die A1- und A2-Stellung eingesetzt und jeden Tag würden neue Kräfte für den Stellungsbau gewonnen. Die Schwierigkeiten, die sich dem Stellungsbau entgegenstellten, seien nicht gering, die Verluste an Kraftwagen, an Material, Lebensmittel usw. angesichts der Tätigkeit der Banden manchmal recht erheblich. Deshalb wären noch ein Sicherungsregiment und weitere Bataillone eingesetzt worden. Die Leistungen wüchsen von Tag zu Tag. Gestern seien z.B. 230 000 cbm Erde bewegt worden. Er sei einen grossen Teil der A2 abgeflogen und habe festgestellt, daß durchweg bis auf wenige Unterbrechungen eine durchlaufende Linie hergestellt sei.

12.8.1944

An den Schwerpunkten z.B. bei Bochnia und Neu-Sandez sei bereits ein vorbildliches Grabensystem geschaffen worden.

Er habe immer darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Stellungsbau nicht allein um eine Aufgabe der Polizei und SS handeln könne, sondern hier die Gemeinschaftsarbeit aller eingreifen müsse. Diese gemeinschaftliche Arbeit sei auch im grossen und ganzen erfolgt, wenn vielleicht da und dort auch das Tempo etwas beschleunigt werden könnte. Er bitte deshalb die Hauptabteilungspräsidenten, ihre untergeordneten Dienststellen mit entsprechenden Anweisungen zu versehen und nicht erst auf die Weisungen der Stäbe zu warten. Die A1- und A2-Stellungen hätten die wichtigste Dringlichkeitsstufe, die es je gegeben habe, und deshalb müsse auch das Letzte hergegeben werden. Darüber hinaus befinde man sich in einem edlen Wettstreit mit den verschiedenen Nachbargauen. Die Spitze habe immer noch Gauleiter Koch, dem es gelungen sei, in wenigen Tagen Hunderttausende für den Stellungsbau zu mobilisieren, die natürlich besser arbeiteten als die Polen. Um diesen Wettstreit zu bestehen, müsse alles nur Mögliche getan werden. Menschen, Lastkraftwagen, Material, Arbeitsgerät usw. müßten von den Dienststellen ohne besondere Aufforderung von sich aus angeboten werden. Wenn es gelinge, dieses Stellungssaystem in denkbar großzügiger Weise auszubauen, werde der Russe vergeblich dagegen anrennen.

Auch der Herr Generalgouverneur richtet das dringende Ersuchen an sämtliche Hauptabteilungspräsidenten, für den Stellungsbau alles nur irgendwie Mögliche zu tun. Die ganze Existenz des Reiches könne von diesem Stellungsbau abhängen. Freilich weise er mit allem Nachdruck darauf hin, daß eigentlich bisher schon alles nur irgendwie Mögliche auf diesem Gebiet geschehen sei. Im übrigen sei zu bedenken, daß auf den Männern der Verwaltung die grosse Last des Polizeihilfsdienstes und der Räumung liege.

Gleichwohl bitte er, sich nicht durch negative Kritik von der allen Dienststellen jetzt obliegenden Pflichterfüllung abhalten zu lassen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu bedenken, daß die Arbeit der letzten Wochen unter der Ungewißheit gestanden habe: wieweit soll geräumt werden, kann damit gerechnet werden, daß das Gebiet, daß wir noch halten, dauernd oder für absehbare Zeit in unseren Händen bleibt? Die Ungewißheit der militärischen Meldungen lasse immer wieder die Befürchtung aufkommen, daß sich die Lage verschlechtern, daß die Räumung von wertvollen Gütern forciert werde usw. Weiter müsse man sich Gedanken darüber machen, wie man den Verwaltungsapparat und die Arbeit gestalten solle um aus dem Restgebiet das Möglichste herauszuholen. Weiter müsse dafür gesorgt werden, daß im Rücken der Front kein Chaos entstehe. Sorgen bereite auch die Tatsache, daß in einem Teil des Landes ein Aufstand ausgebrochen und für andere Teile Aufstände angekündigt seien. Die Anforderungen der Wehrmacht seien noch gestiegen. Dazu komme die grosse, dem Generalgouvernement übertragene Aufgabe des Stellungsbaues, der durchgeführt werden müsse, obwohl es an einer ausreichenden Exekutive fehle. Die Verwaltungskräfte seien weitgehend in den Polizeidienst eingeschaltet; die Regierung und die Dienststellen hätten trotz der sehr schwierigen Verhältnisse weit mehr als 30% ihrer Kräfte abgegeben. Er habe zusammen mit dem stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereichs gleichwohl dazu aufgefordert, alle Dienststellen, Betriebe und Arbeitsstätten daraufhin zu untersuchen, ob nicht doch noch Kräfte für die Wehrmacht, den Stellungsbau oder den Polizeidienst zur Verfügung gestellt werden könnten. Für den Stellungsbau sei alles nur irgendwie Mögliche getan worden: man habe Arbeitsgerät und Lastkraftwagen gestellt und auch jeden

einzelnen Kreishauptmann aufgefordert, sich mit aller Energie der Aufgabe des Stellungsbaues zu widmen.

Auf den Hinweis des Präsidenten Ohlenbusch, dass sich zwar die Bevölkerung vielfach zum Stellungsbau melde, aber nicht zu den Baustellen abtransportiert werden könne, erwidert Staatssekretär Koppe, daß es natürlich angesichts des Wagenmangels größten Schwierigkeiten begegne, etwa 10 000 Menschen von Krakau zu den Baustellen zu bringen. Andererseits sei man darauf angewiesen, aus den den Stellungsbauten nächstgelegenen Dörfern die Arbeitskräfte auf eine Entfernung von manchmal 20 km heranzuholen. Es fehle an Lastkraftwagen. Man habe zwar 102 Lastkraftwagen erhalten, aber es sei nicht möglich gewesen, mit ihnen das in 20 oder 30 Zügen herangebrachte Material wegzuschaffen, und man bediene sich deshalb für den Abtransport des Materials der Panjewagen. Dazu komme die Notwendigkeit, etwa 90 000 Polen und 23 000 Deutsche täglich zu ernähren; also schon der dafür benötigte Transportraum sei ganz erheblich. Die Propaganda könne natürlich in vorsichtiger Form für den Ste-llungsbau eingesetzt werden, denn ihm wäre es natürlich auch lieber, wenn für diesen Zweck 200 000 Polen zur Verfügung ständen. Leider zeige sich bei den Polen vielfach ein passiver Widerstand gegen die Arbeit im Stellungsbau. Viele Polen seien von der Arbeit fortgelaufen, und die Widerstandsbewegung mache sich auch hier sehr bemerkbar. Sie gehe so weit, daß sie Boten herausschicke und die beim Stellungsbau beschäftigten Polen auffordere, sich der Widerstandsbewegung anzuschliessen. Dabei müsse selbstverständlich auch bedacht werden, daß die Polen vielfach aus Angst vor einem etwaigen Einfall der Russen die Arbeit verliessen.

Präsident Dr. Eißfeldt geht auf die Schwierigkeiten ein, die sich z.Zt. dem Holzeinschlag entgegenstellten. Die Forstarbeiter würden vielfach von ihren Arbeits-

plätzen zum Schanzen fortgenommen. Deshalb müßten ihnen Ausweise gegeben werden, auf Grund deren sie ihre forstliche Arbeit fortsetzen könnten, und nicht zu Schanzarbeiten herangezogen würden.

Staatssekretär Koppe sagt Abstellung dieses Mißstandes zu. Er weist dann darauf hin, daß leider die Wirtschaft bei der Gestellung von Arbeitskräften für den Stellungsbau versagt habe und nicht imstande gewesen sei, die geforderten 10 bis 15% der Belegschaft abzugeben.

Regierungsdirektor Dr. Heuber führt das darauf zurück, daß die Belegschaftsmitglieder zum grossen Teil als zu alt zurückgewiesen worden seien.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß von einem Versagen der Wirtschaft gesprochen werde, wenn zur Verfügung gestellte Arbeiter von den maßgebenden Stellen zurückgewiesen würden.

Präsident Struve stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Gouverneure, die Polizei und auch andere Dienststellen jetzt mehr denn je von sich aus den Arbeitseinsatz zu regeln versuchten. Keine Stelle sei daher mehr in der Lage, ein umfassendes Bild des Arbeitseinsatzes zu haben, da es auch an der notwendigen Erfahrung fehle, auf welche Weise man am besten Arbeitskontingente stellen könne. Die anderen Dienststellen müßten daher ein Schema entwerfen, auf Grund dessen die Arbeitseinsatzverwaltung auch wirklich zeitig genug eingeschaltet werden könne. Er habe mit Regierungskommissar Dr. Heuber vereinbart, daß die Betriebe, die dringendste Fertigungen hätten, mit den deutschen Betriebsführern an die Arbeitsplätze gingen. Das sei deshalb notwendig, weil angesichts der mangelnden Exekutive bei noch so starkem Einsatz eine wirklich erfolgreiche Überwachung nicht erfolgen könne. - Die von Regierungskommissar Dr. Heuber ausgearbeitete Rahmenordnung müsse

für alle Betriebe in Kraft gesetzt werden. Eine Reihe von teilweise auch weniger wichtigen Fertigungen müsse aufrechterhalten werden. Im Übrigen sei er der Auffassung, daß die Arbeitszeit der Leute, die von Krakau nach Bochnia küsen, für die Dauer zu lang sei. Auch sei es zweckmässig, daß die Arbeiter mit der Bahn nach Slomnicki gebracht würden, statt daß an der Baustelle gehalten werde.

Der Herr Generalgouverneur meint, daß gewisse Schwierigkeiten in Kauf genommen werden müßten. Er sei damit einverstanden, daß die Rahmenordnung in Kraft gesetzt werde. Der Arbeitseinsatz müsse recht zeitig mitgeteilt werden, damit der Betriebsführer seine Dispositionen treffen könne.

Präsident Naumann gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Ernte nicht rechtzeitig eingebracht werden könne. Die landwirtschaftlichen Betriebe, Mühlen, Molkereien usw. müßten unter allen Umständen geschützt werden, weil sie angesichts des Hereinströmens der Heeresgruppen grössere Leistungen zu erfüllen hätten. Es sei auch gelungen, z.B. die Bäckereien wieder auf 70% ihrer Leistungsfähigkeit zu bringen, andere Betriebe auf 50%. Leider würden Last- und Personenkraftwagen nach wie vor beschlagnahmt.

Der Herr Generalgouverneur hält es für ausgeschlossen, daß unter solchen Umständen noch eine Verantwortung getragen werden kann. Auch Präsident Naumann glaubt, eine Verantwortung für die Sicherung der Versorgung nicht übernehmen zu können, wenn eine Abstellung dieser Übelstände nicht möglich sei. Die Anordnungen, die von den SS- und Polizeiführern gegeben würden, müßten unbedingt beachtet werden. Vor allem müsse die Beschlagnahme von Lastkraftwagen aufhören. Weiter müsse er sich aufs schärfste gegen die Art verwahren, in der die Kreislandwirte vor allem in den Kreisen Sochaczew und Lowicz

von dem Beauftragten des Gauleiters Koch behandelt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, ihm eingehenden schriftlichen Bericht darüber zu erstatten. Wenn hier keine Änderung eintrete, werde er seinen Rücktritt erklären, da er unter diesen Umständen unmöglich die Verantwortung für diese Zustände tragen könne. Es gehe nicht an, daß fremde Elemente die Ordnung des Generalgouvernements bewußt und systematisch zerstörten.

Präsident Naumann führt weiter aus, daß die Erntearbeiten vielleicht noch für 5 oder 6 Tage zurückgestellt werden könnten. Alle seine Dienststellen seien angewiesen worden, die Erntearbeiten als vordringlich zu betrachten. Man hoffe, die Ernte noch bergen zu können, wenn es gelinge, die geschilderten Mißstände zu beseitigen. Dann lasse sich auch wieder eine Verantwortung übernehmen.

Präsident Gerteis berichtet, daß ein Teil des nichtdeutschen Ostbahnpersonals die Arbeitsplätze verlassen habe. Die Ostbahn habe eine grössere Anzahl deutscher Eisenbahner erhalten, wodurch polnische Eisenbahner überzählig würden. Er wolle diese polnischen Eisenbahner aber behalten und würde demnächst in der Lage sein, für den Stellungsbau Mannschaften zur Verfügung zu stellen, die von deutschen Technikern geführt würden. Diese Eisenbahner könnten dann später wieder in den Dienst der Ostbahn gestellt werden. - Die Ostbahn habe 40 freigewordene Lastkraftwagen zur Verfügung gestellt, von denen aber leider 13 auf dem Wege von Oberschlesien beschlagnahmt worden seien. - Im Übrigen sei es möglich, die angefallenen Transporte zu bewältigen. Der Ausbau der Strecken könne jedoch unter den derzeit herrschenden Verhältnissen nicht weitergeführt werden.

Staatssekretär Koppe geht dann in eingehenden Ausführungen auf die ihm gestellte Aufgabe des Stellungsbaus ein und weist auf die zahlreichen Schwierigkeiten hin, die sich der Erfüllung dieser Aufgabe entgegenstellten, insbesondere hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Lastkraftwagen. Er könne aber zusammenfassend sagen, daß er und seine Mitarbeiter mit allen beteiligten Dienststellen von Partei, Staat und Wehrmacht im besten Sinne kameradschaftlich zusammenarbeiteten.

Der Herr Generalgouverneur hält im Anschluß an die Ausführungen des Staatssekretärs Koppe die Schaffung eines geregelten Ausweissystems für die zum Stellungsbau eingesetzten Kräfte für ausserordentlich wichtig und will die Autorität dieser Ausweise unbedingt durchgesetzt wissen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt der Meinung Ausdruck, daß die erwähnten Schwierigkeiten wohl vornehmlich darauf zurückzuführen seien, daß dieser Stellungsbau improvisiert habe eingeleitet werden müssen. S.E. handle es sich aber nur um Anlaufschwierigkeiten, die in kurzer Zeit behoben sein würden.

Die Räumung sei nunmehr nach Ablauf von 3 Wochen grundsätzlich abgeschlossen. Für den Gütertransport herrsche auf den Bahnhöfen eine gute Ordnung. Die mit den Nachbargauen schwebenden Grenzfragen seien gleichfalls geregelt, sodaß keine Schwierigkeiten mehr für den Grenzübertritt bestünden. Die Regierung habe Ausweichstellen im Reich eingerichtet. Sie seien auf ein Mindestmaß von Personal beschränkt, und niemand sei dort tätig, der für den Einsatz im Polizeidienst oder Stellungsbau infrage komme. Für die Regierung habe dieser Grundsatz von jeher gegolten, für die mittleren und unteren Instanzen sei er in der letzten Woche zur Durchführung gebracht worden. Zur Hilfspolizei würden

also diejenigen abgegeben, die aus den RÄumungsbezirken gekommen seien, ferner alle diejenigen, die hier nicht irgendwie in wichtiger Stellung tätig seien. Aus dem Bereich der Regierung seien weit über 1000 Mann für Stellungsbau und Polizeihilfsdienst abgegeben worden. Er beabsichtige, alle Beamten und Angestellten des Jahrganges 1906 und früher der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der in Schlüsselstellungen Beschäftigten werde sehr gering sein. Die Arbeit sei weitgehend auf weibliche Kräfte übertragen. Er rechne damit, daß die Arbeit mit 300 bis 400 männlichen Beamten und Angestellten bewältigt werden könne, die zumeist für Stellungsbau, Polizeidienst und Wehrmacht nicht einsatzfähig seien. - Der Regierung des Generalgouvernements unterstünden nunmehr noch 10 Landkreise und 4 Stadtkreise, was etwa einem Fünftel des bisherigen Generalgouvernements entspreche.

Generalleutnant Höring teilt mit, daß die Exekutivkräfte, die man aus den östlichen Gebieten zurückgezogen habe, zur Verstärkung der Gendarmerieposten im westlichen Teil des Generalgouvernements eingesetzt worden seien. Auch habe man Gendarmeriekräfte truppenmässig zum Ausbau der Stellungen zusammengezogen, sodaß die vorhandene Exekutive weniger bei der Verwaltung unmittelbar als beim Stellungsbau in Erscheinung trete.

Der Herr Generalgouverneur nimmt an, daß nach Beendigung des Stellungsbaus die Verwaltung die Exekutivkräfte erhalten könne.

Präsident Dr. Emmerich berichtet, daß die Räumung auf dem gewerblichen Sektor befriedigende Fortschritte gemacht habe. Man wisse allerdings nicht, ob man in Warschau noch wichtigste Güter bergen könne, denn der Kampfkommandant von Warschau lasse die Bergungskommandos nicht in die Stadt hinein kommen. - Den Anforderungen

von gewerblichen Gütern für die Heeresgruppe und den Stellungsbau habe genügt werden können. Aber für die Aufgaben, die bei einer Rückgewinnung gewisser Gebiete gestellt würden, fehlten die Menschen und die warenmässigen Voraussetzungen. - Die Einschränkungsmaßnahmen auf dem Sektor der Nachrichtenmittel gingen wohl über die notwendigen Bedürfnisse hinaus und bereiteten eine Gesamtstimmung und Geisteshaltung, die den wahrscheinlich in kürze gestellten Aufbauaufgaben durchaus abträglich seien. Wenn man die Ordnung in bestimmten Teilen des Landes wieder herstellen und Betriebe, die man jetzt gelähmt habe, wieder zur Arbeit bringen wolle, dann werde man mit den wenigen noch verbliebenen Menschen vor viel grösseren Aufgaben stehen, als man sie im früheren normalen Ablauf zu überwinden gehabt habe.

Präsident Struve nimmt zu den Problemen Stellung, die sich für die Arbeitseinsatzverwaltung aus dem Stellungsbau ergeben. Angesichts des Fehlens einer ausreichenden Exekutive müsse endlich etwas Durchgreifendes geschehen. Ein entsprechender Befehlsentwurf liege dem Staatssekretär vor, und er bitte, ihn zu vollziehen. Er solle erst zur Geltung kommen, wenn sich die Hauptkampflinie gefestigt habe und die Stellungsbauten in groben Zügen fertiggestellt seien. Im übrigen bestehe völlige Klarheit darüber, daß allein mit Zwangsmitteln grössere Kräfte nicht zu erfassen seien. Für die Arbeit im Reich meldeten sich jetzt freiwillig täglich noch 150 Menschen, teilweise aus den weiteren Ostgebieten. Die Schwierigkeit, daß sie in Schlesien für den Stellungsbau festgehalten würden, sei mittlerweile ausgeräumt.

SS-Oberführer Bierkamp weist darauf hin, daß die Sicherheitslage in erster Linie durch den Aufstand in Warschau bedingt sei. Man könne damit rechnen, daß dieser Aufstand in 5 oder 6 Tagen beendigt sei.

12.8.1944

Eine grosse Gefahr stelle die Mobilisierung der jungen Mannschaft dar, die in die Wälder gerufen sei und sich in bestimmten Gebieten aufhalte. Die Sicherheitspolizei habe das Bestreben gehabt, zunächst einmal in Krakau als der Regierungshauptstadt zu einer zu einer Beruhigung zu kommen. Man habe deshalb am vergangenen Sonntag einen Schlag gegen die A.K. geführt und sie etwas durcheinander gebracht. Daneben habe man noch verschiedene einzelne Aktionen durchgeführt. Er könne mit Bestimmtheit sagen, daß in Krakau in der nächsten Zeit kein Aufstand ausbrechen werde. Gleiche Maßnahmen habe man über das ganze Land erstreckt und sie hätten bei den Polen die Überzeugung wachgerufen, daß der Deutsche noch immer Herr im Lande sei. Andererseits müsse natürlich der Pole auch wieder fühlen, daß man bestrebt sei, ihn gerecht zu behandeln. Daher habe man sofort nach der Aktion diejenigen, die in der Rüstungsindustrie und in sonstigen wichtigen Betrieben arbeiteten, wieder entlassen. Für die Stimmung der Bevölkerung werde es auch von guter Wirkung sein, wenn diejenigen, die sich in die Wälder begeben hätten, nicht festgenommen würden.

Präsident Dr. Leuxmann teilt mit, daß in Warschau noch 3 grosse Fernsprechbetriebe eingeschlossen seien. Man habe aber die Verbindung mit ihnen noch aufrechterhalten können. Die beiden anderen Ämter seien ausgeschaltet. Es werde jetzt versucht werden, der Besatzung mit Flugzeugen Hilfe zu bringen. Weiter bestünden noch direkte Leitungen von der Regierung und dem Kommandeur der Ordnungspolizei zum Gouverneur. Leider seien die Verbindungen nach dem Reich in letzter Zeit durch diese Ereignisse in Mitleidenschaft gezogen worden.

12.8.1944

Präsident Ohlenbusch berichtet, daß seine Mitarbeiter intensover als je in die Zusammenarbeit mit dem SD und der Heeresgruppe Süd eingeschaltet seien. Sie seien z.Zt. propagandistisch sowohl für die besetzten wie die unbesetzten Gebiete eingesetzt. - Der Sender Weichsel könne nur über Krakau bedient werden, da es zu schwierig sei, von Berlin direkt Material zu erhalten.

Präsident Dr. Bißfeldt führt aus, daß die Forst- und Holzwirtschaft des Generalgouvernements für den Stellungsbau und den Holzbedarf der Truppe eingesetzt sei. Wenn die Stellungen als Winterstellungen ausgebaut werden sollten, dann müsse sofort für den Abtransport des notwendigen Schnittholzes gesorgt werden. Den personellen Apparat dafür habe man sich schaffen können, indem man die Forstbeamten aus den aufgegebenen Gebieten zusammengefaßt habe.

Die Besprechung wird darauf unterbrochen.

Die Teilnehmer begeben sich in das Grüne Zimmer. Dort hält in Gegenwart des Generals der Flieger Vierling und des Generalleutnants Bork Generalmajor Xylander einen Vortrag über die gegenwärtige militärische Lage an der Ostfront mit besonderer Berücksichtigung des Generalgouvernements.

Nach Wiederaufnahme der Besprechung berichtet Präsident Gerteis über die gegenwärtige Lage bei der Ostbahn. Er teilt mit, welche Bahnen im Raum des Generalgouvernements z.Zt. noch im Betriebe sind. Da östlich der Weichsel vollkommene Ruhe herrsche, könnten die Hauptabteilungen Wirtschaft und Ernährung und Landwirtschaft daran denken, die Räumung von Warschau durchzuführen. Die Ostbahn sei durchaus wieder in der Lage jede angemessene Zahl von Wagen in Warschau zu

stellen. Der Abtransport der gutgesinnten Bevölkerung aus Warschau werde ohne Gefährdung der Güterräumung nicht ohne weiteres möglich sein. Immerhin festige sich die Lage von Tag zu Tag, abgesehen natürlich von einzelnen Terrorakten. - Die Wagengestellung sei im allgemeinen nicht sehr hoch, gleichwohl sei Ordnung in die Sache gekommen, sodaß die Räumung auch in anderen Bezirken als durchaus befriedigend angesehen werden könne. Die Zahl der nichtdeutschen Eisenbahner habe sich wesentlich verringert und werde auf etwa 85 000 geschätzt.

Präsident Naumann kann von einem guten Fortgang der Ernteeinbringung berichten. Man stehe nun vor dem grossen Problem der Erfassung. Bisher habe man von den Vorräten des vergangenen Jahres gelebt. Demnächst werde mit einem primitiven Erfassungssystem, daß noch überlegt und besprochen werden müsse, versucht werden, die Getreideernte schnellstens in die Hand zu bekommen. Man müsse sich jedoch entschliessen, von der erfaßten Getreideernte grosse Mengen ins Reich zu transportieren, weil kein ausreichender Lagerraum mehr zur Verfügung stehe. - Bisher hätten nur 37 000 Menschen aus Warschau die Durchgangslläger passiert. Ihre Versorgung sei gesichert. - Die Getreidelläger in Warschau, die etwa 43 000 to enthielten, seien im grossen und ganzen restlos erhalten geblieben, ebenso die Mühlen. Eine völlige Zerstörung Warschaus würde bedeuten, daß wichtigste Versorgungsbetriebe zerschlagen und anderswo neu aufgebaut werden müßten. Es müsse also klargelegt werden, daß Lagerräume, Bäckereien usw. etwa in Lowicz, Zyrardow oder sonstwo errichtet werden müßten, die für die Versorgung des Raumes und auch der kämpfenden Truppe zur Verfügung ständen.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet, daß die Emissionsbank in den letzten Tagen besonders starken Anforderungen habe nachkommen müssen, vor allen seitens der Wehrmacht im Zusammenhang mit den hereinströmenden

Truppen in das Generalgouvernement. Ebenso habe der Zahlungsverkehr für Reichsdeutsche und Volksdeutsche erheblich zugenommen. Die einheimische Gefolgschaft habe allen diesen Anforderungen genüge geleistet. In Warschau sei noch die Niederlassung der Emissionsbank geblieben und gegenwärtig von den Aufständischen besetzt. Der Kampfkommandant habe die Belegschaft durch ein Panzerkommando herausholen lassen. Die Belegschaft befinde sich jetzt in Tomaczow, und dort werde der Bankbetrieb wieder eröffnet.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff weist darauf hin, daß durch einen Erlaß vom 11. August die Durchkämmung aller Dienststellen und Privatbetriebe nach Uk-Gestellten angeordnet worden sei. Auf Grund dieses Erlasses habe Staatssekretär Dr. Bühler im Einvernehmen mit Oberdienstleiter Tießler und Parteirichter Brodmann ihn, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, als Kommissar für diese Aufgabe eingesetzt. Er werde sich diesem Befehl nicht entziehen, gebe aber zu bedenken, daß er als Gouverneur des Distrikts Krakau schon übermässig belastet sei. - Neben den Schwierigkeiten des Stellungsbaues ergäben sich noch andere Schwierigkeiten. Die Wehrmacht gehe immer mehr dazu über, sich nicht mehr der Kreishauptmänner und der anderen Instanzen zu bedienen, sondern rücksichtslos zu requirieren. Gegen diesen Mißstand müsse von den maßgebenden Wehrmachtsstellen unter allen Umständen schärfstens vorgegangen werden. Auch werde über die Übelstände geklagt, die sich aus dem Verkehr der ukrainischen Treks ergäben.

Präsident Dr. Senkowski führt aus, daß die Einlagen bei Banken und Sparkassen begreiflicherweise zurückgegangen seien. Er könne noch nicht übersehen, ob die kassenmässigen Vorgänge auf Schwierigkeiten bei der Zahlungsüberweisung zurückzuführen seien oder ob tatsächlich Einnahmeausfälle in Betracht kämen.

12.8.1944

Es sei fast unmöglich, einen Monatabschluß aufzustellen. Gleichwohl sei es bislang noch gelungen, die Einnahmen der Monopolverwaltung zu halten. Die letzte Ablieferung mit 30 Millionen Zloty vor 10 Tagen entspreche dem Durchschnitt der bisherigen Zeit. Aber auch die Ausgaben seien infolge des Wegfalls weiterer Gebiete zurückgegangen, soweit es sich um Sachausgaben und Ausgaben für das nichtdeutsche Personal des öffentlichen Dienstes, das an Ort und Stelle zurückgeblieben sei, handle. Dagegen seien die Ausgaben für Deutsche auf diesem Gebiete voll und ganz aufrechterhalten geblieben.

Daß in der ersten Aufregung die Geschehnisse in Warschau maßlos überschätzt worden seien zeige die Tatsache, daß der frühere Kreishauptmann von Sielce als Beauftragter des Gouverneurs gebeten habe, 60 Millionen Zloty für Evakuierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Dann habe sich herausgestellt, daß ein Betrag von 10 Millionen Zloty vollkommen ausreiche.

Die Dienststelle der Hauptabteilung Finanzen sei mittlerweile in Grünwald eingerichtet worden. Die Hauptkasse solle eine Zweigstelle in Brückenberg einrichten, er habe jedoch im Einvernehmen mit Staatssekretär Dr. Boepple die Genehmigung erteilt, daß die Hauptkasse im Zusammenhang mit der dort schon eingerichteten Zweigstelle in Breslau ihre Tätigkeit aufnehme. Ferner sei eine Ausweichstelle der Generaldirektion der Monopole im Regierungsbezirk Troppau geschaffen worden. Diese Stelle wolle er aber angesichts des unfreundlichen Verhaltens der dortigen Dienststellen wieder zurückziehen, und sie werde in Zakopane ihren Dienst wieder aufnehmen können.

Die Monopolverwaltung habe viele wichtige Betriebe verloren, so in Lemberg eine grosse Fabrik, in Lublin 2 Zigarettenfabriken u.s. Eine neue Zigarettenfabrik befinde sich bereits seit einer Woche in Neumarkt in

der Errichtung. Ferner sei es gelungen, aus Lublin fast sämtliche wichtigen Apparaturen der Branntweinerzeugung abzutransportieren, und es werde möglich sein, sie an einem geeigneten Platz des Generalgouvernements einzusetzen.

Zur Aufrechterhaltung der Arbeit der Landwirtschaftlichen Zentralstelle habe die Regierung mit Genehmigung des Staatssekretärs die Garantie für die Verlängerung von Wechselkrediten, die am 31.7. fällig waren, übernommen. Dadurch werde ein wichtiges Institut der Regierung zur Einbringung der Ernte auch in diesen kritischen Zeiten aufrechterhalten.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest:

Aus dem Verlauf der Besprechung habe man den Gesamteindruck gewinnen können, daß die Regierung in dem Bereich, den sie habe, Herr der Lage sei. Auch könne man damit rechnen, daß nach den Auskünften der militärischen Ratgeber die Lage sich noch bessern würde, daß das Bild noch günstiger würde.

12^{25} Schluß der Lagebesprechung.

12^{35} Verabschiedung des Leiters des Technischen Zentralamtes, Präsident Bauder.

Der Herr Generalgouverneur richtet folgende Worte an Präsident Bauder:

Herr Präsident Bauder, Sie verlassen uns heute. Ich möchte diesen Anlaß dazu benutzen, um Ihnen als einem Mann, den wir seit Jahren als einen unserer bewährtesten Mitarbeiter kennen, mit dem wir immer auf das beste zusammengearbeitet haben, meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Ich will Sie nun im Namen des Führers und des Reiches aus dem Generalgouvernement verabschieden.

Sie verlassen uns in einem Augenblick, in dem dieses Generalgouvernement, das Sie auf dem Gebiet des Bauwesens und der technischen Verwaltung ja hervorragend

mit gestaltet haben, die schwersten Stunden seit seinem Entstehen durchzumachen hat. Auf uns lagern Probleme und Schwierigkeiten, wie wir sie bis dahin noch nicht erlebt haben. Aber mit der Tatkraft, mit der wir einmal dieses Werk auf Befehl des Führers übernommen haben, werden wir dieser Schwierigkeiten Herr werden.

Die Zukunft, die heute auf dem Schicksal unserer Waffen liegt, wird ganz zweifellos den Sieg im Osten herbeiführen und auch das Generalgouvernement wieder in seiner alten Grösse und Schönheit auferstehen lassen.

Herr Präsident Bauder, es fällt mir persönlich schwer, mich von Ihnen zu trennen. Sie haben mein volles Vertrauen in den Jahren gehabt. Sie haben mir geholfen, die ungeheuer schwierigen Probleme des Hoch-, Tief- und Strassenbaues in einem völlig zerrütteten und gerade auf diesem Gebiete besonders rückständigen Bereich Europas zu meistern. Sie haben dabei eine hervorragend persönliche Tatkraft gezeigt. Sie haben es auch verstanden, sich wirklich tüchtiger Kräfte zu bedienen. Sie haben in jedem Hinblick mehr geleistet, als irgend jemand selbst bei strengsten Anforderungen jemals hätte erwarten können. Daß es geglückt ist, das völlig verschmutzte und verkommene Strassennetz mitten im Kriege unter größten Schwierigkeiten einigermassen herzurichten, daß hunderte von Bauten der Verwaltung, des Staates, der Wehrmacht, der Wirtschaft usw. hier entstanden sind, daß das ganze grosse Netz technischer Leitungen hier aufgerichtet werden konnte, das alles ist im Grunde mit Ihr Verdienst.

Ich möchte Ihnen daher als Zeichen meiner besonderen Verbundenheit, meines persönlichen Dankes und der kameradschaftlichen Verbundenheit von uns allen dieses Bild zur Erinnerung mitgeben.

12.8.1944

Präsident Bauder dankt dem Herrn Generalgouverneur für die Worte, die er aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Generalgouvernement an ihn gerichtet habe. Er führt dann weiter aus:

Es fällt mir in den augenblicklich schwersten Stunden des Generalgouvernements nicht sehr leicht, meine Gefolgschaft und die Kameraden, mit denen ich zusammengearbeitet habe, zu verlassen. Aber die Kriegsnotwendigkeiten müssen solche persönlichen Überlegungen und Gefühle unbedingt zurücktreten lassen.

Es sind nun fast 5 Jahre, seit ich den Boden des Generalgouvernements zum ersten Male betreten habe. Wenn ich auf diese Zeit zurückblicke, so darf ich wohl sagen, daß wir uns alle Mühe gegeben haben, aus diesem Lande das Menschenmögliche herauszuholen und zu gestalten. Für uns liegt gerade in den letzten Monaten und Wochen eine grosse Tragik darin, daß nun ein grosser Teil unserer Arbeit den Russen in die Hände gefallen ist oder aus strategischen Gründen vernichtet werden mußte, eine Tragik, die nicht nur uns, sondern auch im grossen Ausmaße den Osten trifft.

Ich hoffe und ich weiss es auch: Das Generalgouvernement wird im Laufe der Zeit wieder seine alten Grenzen erhalten und wird dann unter Überwindung vieler Schwierigkeiten wieder aufbauen müssen. Aber die Kräfte, die all' die Jahre hindurch zusammengearbeitet haben, werden auch diese Arbeit leisten.

Ihnen, hochverehrter Herr Generalgouverneur, möchte ich persönlich auf das herzlichste für das grosse Verständnis, für das absolute Entgegenkommen und das restlose Vertrauen danken, das Sie mir in diesen Jahren entgegengebracht haben. Ich habe mich bemüht, teilweise unter nicht ganz einfachen Verhältnissen, diesem Entgegenkommen und Verständnis durch eine unbedingte Gefolgschaftstreue zu danken. Diese

12.8.1944

Gefolgschaftstreue will ich Ihnen auch weiterhin absolut bewähren, wenn ich mich jetzt auch dienstlich von Ihnen trennen muß. Die Zeiten sind etwas bewegt geworden; aber die Entwicklung kann vielleicht über kurz oder lang doch wieder die Gelegenheit geben, daß Sie in irgendeiner Form mit mir wieder zusammenarbeiten werden. Deshalb erkläre ich auch schon heute: Das Vertrauen, die absolute Treue, die Sie, Herr Generalgouverneur, mir all' die Jahre hindurch gehalten haben, werde auch ich Ihnen in der kommenden Zeit halten. Das soll mein Gelöbnis sein.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Landesinspekteur Schalk, der sich aus Anlaß seines Eintritts in den Heeresdienst beim Herrn Generalgouverneur abmeldet.

16^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt Verlagsleiter Stroczyk und Hauptschriftleiter Geisenheyner.

Anwesenheitsliste

für die Lagebesprechung

am 12. August 1944

im Königssaal der Burg.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Rauh		
○ Bühler		
Semmelroth	Kandidat	Kdo. Fest. Gdm.
Schmid	Direktor	Kdo. Fest. Gdm.
H. Bergmann	Kriegsfreiwilliger	2K. Grenadier Rgt. 199 in Qu-Lg.
○ Dr. Weidlich		
Lt. Mez		
Junius		
Dr. Fräuer		
Hauptmann Wehrmacht	Chef.	Kommandant
Krauss		
Dr. Hasler		25.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
v. Bülow	Generalmajor	Befehlshaber
Reinecke	Landesbaurat	Bau-Abt.
Hertzig	Präsident	HA Finanzen
Zipser		
Ohlau		z. A. Volksmilitärkdo. 2. Hptg.
Baumann	Präs.	HAbt. Post
Ulmrich	Hauptstellenleiter	Hptst. Land.
Bornkamm	z. Z. Oberpostrat	
Hasse	Präs.	z. Abt. Arbeit
Madaus	Dez.	Hauptabteilung Wirtschaft
Dinnendahl	Präs.	
Hörig	Gauhptst. d. Pol.	Kdr.
Tüpker		

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle

Sonntag, den 13. August 1944.

Der Herr Generalgouverneur empfängt im Laufe des Tages Präsident Dr. von Craushaar, Staatssekretär Koppe, Generalingenieur Kumpf und General der Flieger Vierling.

Montag, den 14. August 1944

12^{30} Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar.

Präsident Dr. von Craushaar, der von einer Fahrt nach Warschau zurückgekehrt ist, erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über die Lage in Warschau. Er teilt mit, daß Gouverneur Dr.Fischer mittlerweile Warschau verlassen habe und bei seinem Abzug aus Warschau leicht verwundet worden sei. Weiter schildert er die näheren Umstände, unter denen Vizegouverneur Dr. Hummel getötet worden ist. Bei der Beerdigung des Vizegouverneurs Dr. Hummel habe er im Namen des Generalgouverneurs einige Worte am Grabe gesprochen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann dem Präsidenten Dr. von Craushaar an Hand der Karte einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Front im und am Generalgouvernement.

Abschliessend beauftragt der Herr Generalgouverneur den Präsidenten Dr. von Craushaar, ihm einen Bericht über die Lage in Warschau zuzuleiten, auf Grund dessen er dann einen zusammenhängenden Bericht an Reichsminister Dr. Lammers erstatten könne.

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß die Zivilverwaltung des Distrikts Warschau wie bisher bestehen bleiben und nach Möglichkeit mit der Militärverwaltung zusammenarbeiten solle.

IV/IX

Montag, den 4. September 1944.

11^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident Dr. von Craushaar, Gouverneur Kundt, Botschaftsrat Dr. Schumburg. und Gouverneur Dr von Burgsdorff.

Präsident Dr. von Craushaar behandelt zunächst die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen eine allgemeine Befriedung der polnischen Bevölkerung erreicht werden kann. Von großer Bedeutung für die allgemeine Lage seien die Schritte, die gegebenenfalls zur Herbeiführung einer Kapitulation der Aufständischen in der Stadt Warschau ergriffen würden. Aus Kreisen des Polnischen Hauptausschußes seien inbezug auf eine etwa abzuschließende Kapitulation folgende Wünsche geäußert worden:

1) Verbringung der Aufständischen in ein Kriegsgefangenenlager

2) Abstoppen der Zerstörung der Stadt Warschau

3) fürsorgerische Maßnahmen zugunsten der Warschauer Bevölkerung.

Wenn diese drei Bedingungen zugestanden und durchgeführt würden, so würde man damit ein wesentliches Material für die Weltpropaganda gewinnen. Versuche, eine Kapitulation zu erreichen, hätten bisher noch keinen ausschlaggebenden Erfolg gehabt. Es frage sich daher, ob man von deutscher Seite aus durch ein offizielles Angebot unter genauer Skizzierung der Bedingungen der anderen Seite die Übergabe leicht machen könne. Sollte dieses Angebot abgelehnt werden, so könnte man die Verantwortung gegenüber der polnischen Bevölkerung der anderen Seite zuschieben. Er schlage vor, zunächst noch abzuwarten, ob die Führung der Aufständischen einen Parlamentär schicke.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Ansicht Ausdruck, daß es den Polen jetzt vornehmlich darauf ankomme, ihre Hauptstadt Warschau zu retten. Wenn die Stadt Warschau ein Trümmerhaufen sei, dann verliere

die polnische Nation ihr Zentrum. Dieser Druck liege also zur Zeit auf der polnischen Bevölkerung. Er sei überzeugt, daß, wenn sich die militärische Lage bei Warschau nicht ganz katastrophal verschlechtere, gute Aussichten für den Abschluß einer Kapitulation beständen. Freilich dürfe über alledem nicht vergessen werden, daß der Aufstand vom polnischen Standpunkt aus ein absoluter Fehler gewesen sei, was sowohl die internationalen Beziehungen wie die Beziehungen zu Deutschland angehe. Dieser Aufstand sei ausgebrochen, ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die Mikolajczyk in Moskau gehabt, und ohne Rücksicht darauf, daß Churchill Polen aufgegeben und aus eigenem eine ganz scharfe Einstellung gegen Moskau gezeigt habe.

Staatssekretär Koppe ist der Auffassung, daß Churchill von sich aus keinen Anlaß haben werde, zugunsten Polens einen Schritt zu unternehmen. Diese Feststellung sei wichtig für den Fall, daß er den Versuch unternehmen wolle, den Fürsterzbischof Sapieha für eine Aktion anzusetzen. Er werde aber keine Bitte aussprechen, umso weniger, als sich die militärische Lage bei Warschau mit jedem Tag bessere. Hinter den Bestrebungen zur Herbeiführung einer Kapitulation müße eine starke Persönlichkeit stehen. Der von dem Polnischen Hauptausschuß gemachte Vorschlag sei zwar durchaus beachtlich, aber auch hinter ihm stehe keine maßgebende Persönlichkeit. Angesichts der unklaren Haltung der Polen, die heute mit Stalin, morgen mit Churchill und übermorgen mit Deutschland rechneten, handle es sich natürlich um ein kühnes Unterfangen, das man aber vielleicht versuchen könnte.

Der Herr Generalgouverneur hält es darnach für zweckmäßig, daß Staatssekretär Dr. Bühler anheimgestellt werde, mit Fürsterzbischof Sapieha in Verhandlungen einzutreten. Im übrigen könne man nur eine abwartende Stellung einnehmen.

Präsident Dr. von Craushaar betont, daß es heute von großer Wichtigkeit sei, Verbindungen zu maßgebenden Kreisen der polnischen Bevölkerung zu haben. Die Möglichkeiten, die der Polnische Hauptausschuß biete, seien nur beschränkt, weil seine Mitglieder sich nicht alles zu sagen getrauten. Zudem seien der zweite und dritte Vorsitzende des Polnischen Hauptausschußes vor kurzem verhaftet worden. Die Freilassung der Inhaftierten würde zur Zeit von gewissen Erfolgen begleitet sein.

Der Herr Generalgouverneur ist gewillt, wie sich die Lage auch entwickle, an dem von ihm eingeschlagenen Kurs festzuhalten. Er werde sein Bestreben darauf lenken, jede Gelegenheit auszunutzen, um die Stimmung in der polnischen Bevölkerung zu bereinigen. An seiner grundsätzlichen Einstellung werde sich nichts ändern. Er werde das auch positiv dem Führerhauptquartier mitteilen. Deutschland habe nicht mehr viel Aktivum an fremdvölkischen Besitz. Eine entsprechende Haltung gegenüber den Polen würde sich also durchaus positiv auswirken können. Im übrigen dürfe er sich darauf berufen, daß er sich seit Jahr und Tag in dieser Richtung bemüht habe. Er drehe gar nicht um, sondern er würde nur sagen: jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, in dem das Reich in einer ungeheuren Anstrengung für Europa stehe und eine entsprechende Politik betrieben werden müße.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu bedenken, daß aufgrund der militärischen Lage in Warschau damit gerechnet werden könne, daß etwa binnen acht Tagen auch der Rest der Aufständischen erledigt sei. Militärisch sei also der Gewinn nicht groß, wenn man das Angebot einer Kapitulation mache; umso größer wäre aber der dauernde Erfolg. Es frage sich nur, was mit der AK geschehen solle.

4

4.9.44.

Der Herr Generalgouverneur will dieses völlig isolierte Sonderunternehmen von der allgemeinen anderen Politik streng unterschieden sehen. Warschau sei sozusagen nur der politische Anlaß, der Stichpunkt, von dem aus sich die anderen Verhältnisse wenden oder entwickeln würden. Warschau solle ein Schulbeispiel werden, aber man dürfe mit der Frage Warschau nicht die Beziehungen der deutschen Führung zur AK verquicken. Im Interesse des Zustandekommens einer Übereinkunft müße man den Polen die Chance lassen, zu sagen: der Warschauer Aufstand sei lediglich ein Vorprellen gewesen. Man dürfe also nicht alles, was an einen Widerstand gedacht habe, für die Geschehnisse in Warschau verantwortlich machen. Er behaupte, daß das Unternehmen in Warschau das persönliche Unternehmen eines vorgeprellten Teiles der AK unter General Bor sei. Wenn man die AK noch als Gegebenheit anerkenne und sie als Todfeind ansehe, dann riskierten ihre Anhänger in Warschau, daß sie auch als Todfeinde liquidiert würden. Darunter dürfe aber nicht die ganze Politik leiden, und deshalb müsse man den Aufstand in Warschau als ein Sonderunternehmen betrachten. Die übrige AK dürfe nicht in diesen Kreis hineingezogen werden; denn das sei eine Sache für sich. Es werde davon abhängen, wie sich die Dinge in Warschau entwickelten. In positivem Sinne werde er im gegenwärtigen Zeitpunkt jeden Schritt begrüßen, der geeignet sei, mit den Polen zu einer grundsätzlichen Bereinigung der Gesamtsituation zu gelangen. Selbst wenn in Warschau sämtliche Aufständischen erschoßen werden müßten, müße die Möglichkeit bleiben, daraus nicht einen Racheprozess werden zu lassen, sondern man werde erklären: das haben die Aufständischen in Warschau zu verantworten, ihr von der übrigen AK seid unschuldig. Selbstverständlich könne man nicht daran

denken, die AK bewaffnen zu lassen; denn die AK sei eine illegale Organisation, und er spreche vom polnischen Volk. Im übrigen müße man sich darauf berufen, daß das Deutsche Reich in einem schweren Kampfe stehe. Wenn die Liquidierung in Warschau so oder so möglich sei, dann sei das seit Stalingrad der erste Sieg, den Deutschland errungen habe. Die Polen hätten angesichts der unklaren Einstellung Englands und Sowjetrußlands von diesen Staaten nichts zu erwarten, nur Deutschland könne sich ihne gegenüber jetzt noch gnädig erweisen. Die Zerstörung Warschaus liege nun in deutscher Hand, und niemand könnte verhindern, daß die Stadt Warschau in Schutt und Trümmer gelegt werde. Er sei entschlossen, diesen Kaufpreis hinzunehmen. Andererseits erheische die Lage Deutschlands eine gewisse Bereitwilligkeit zu Konzessionen. Der Fall Warschau könne nicht in eine immanente innere Totalbeziehung zur polnischen Sache gebracht werden. Was in Warschau bestraft werde, werde nicht als AK bestraft, sondern deshalb, weil es mehr dem General Bor als den allgemeinen polnischen Notwendigkeiten gefolgt sei.

Staatssekretär Koppe hält eine Beteiligung des Klerus bei den Verhandlungen für unbedingt geboten. Auch müße die Sicherheitspolizei dafür sorgen, daß einige Führer der AK hinzugezogen würden. Es müßte etwas Ähnliches geschaffen werden, wie man es in Böhmen-Mähren habe, eine kleine innere Verwaltung, an deren Spitze ein Dreimännerkollegium stehe.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß es zwei Wege für die Verhandlungen mit den polnischen Aufständischen gebe: erstens müße festgestellt werden, ob sie kapitulieren oder bis zum Schluß weiterkämpfen wollten; zweitens müße versucht werden, die Verhandlungen mit Fürsterzbischof Sapieha und anderen Persönlichkeiten zu einem befriedigendem Ergebnis zu bringen. Weiter halte er

es für zweckmäßig, den Polnischen Hauptausschuß umzubenennen in "Polnischen Nationalausschuß", ein Begriff, der auch sonst allgemein üblich sei. Der Präsident oder Leiter dieses Polnischen Nationalausschußes hätte damit schon eine gewisse anders geartete Funktion. Er wolle in diesen Ausschuß einige Männer berufen, die einwandfrei seien und im Laufe der Jahre Verständnis für die Zusammenarbeit mit der deutschen Führung gezeigt hätten, wie z.B. den Fürsterzbischof Sapieha und andere.

Weiter würde er sich bereit finden, aus Anlaß des fünften Jahrestages des Generalgouvernements die Wojts zu einer wirklichen Verwaltungsinstanz zu erheben, der von den Kreishauptmännern gewisse Funktionen übertragen werden könnten. Einen Wojt aus jedem Kreis würde man dann zum Repräsentanten des Polnischen Nationalausschußes beim Kreishauptmann machen. Der Kreishauptmann wäre verpflichtet, diesen "Chef-Wojt" zu allen wichtigen Angelegenheiten beizuziehen. Der Chef-Wojt müßte dann auch eine gewisse staatliche Funktion ausüben können, z.B. bei der Überwachung der polnischen Rechtsprechung, des Steuerbetriebes, der Gemeindeverwaltung, der Ernteerfassung usw. Ferner könnte man innerhalb des Regierungs- und Distriktsbereiches künftig die Vertreter dieser Wojts zu allen großzügigen Planungen und Beratungen allgemeiner Art hinzuziehen, wobei man allerdings das Risiko in Kauf nehmen müßte, daß diese Vertreter als Querulanten peinlich würden.

Der Polnische Nationalausschuß müßte sich zur polnischen Nationalität bekennen, also zum Antibolschewismus, da Bolschewismus mit Antipolonismus zu identifizieren wären. Er würde auch dem Polnischen Nationalausschuß die Möglichkeit geben, zu prüfen, wie gewisse Dinge, die die Polen besonders belasteten - Arbeitsverfassung der Polen, Einkommensverhältnisse, Ernährungslage usw. - von diesem Ausschuß amtlich im Auftrage des Generalgouverneurs vorbearbeitet würden. Er werde dann den Polen sagen

können: wenn sich diese Einrichtungen bewähren, dann bin ich fest überzeugt, daß der Führer nach siegreich beendetem Kriege den Polen ein Eigenleben gegeben wird. Wenn die notwendigen Vorbereitungen getroffen seien, dann würde er eines Tages den Polnischen Nationalausschuß bezw. die Vertreter der Wojts zu einer Art polnischer Sitzung in Krakau zusammenrufen, in der man alle diese Dinge nach aussen hin besprechen könnte.

Zu den von dem Herrn Generalgouverneur gemachten Vorschlägen nimmt zunächst Botschafterat Dr. Schumburg Stellung. Er betont, daß das Auswärtige Amt das größte Interesse daran habe, daß nach außenhin gezeigt werde, daß die Deutschen nicht totale Eroberer seien, sondern mit Vernunft eine Verwaltung aufbauten, bei der das unterworfene Volk zu seinem Recht komme. Vielleicht könnte auch anläßlich der Mitwirkung der Polen bei den Schanzarbeiten eine Geste gemacht werden, die zweifellos auch heute noch eine starke Wirkung haben werde. Ebenso werde natürlich eine großzügige Behandlung der Aufständischen nach Erreichung der Kapitulation stärkeren Eindruck machen, als wenn man den Aufstand mit militärischen Kräften niederschlüge. Er befürchte allerdings, daß Obergruppenführer von dem Bach auf diesen militärischen Erfolg nicht verzichten werde. Jedenfalls halte er es für fraglos, daß die von dem Herrn Generalgouverneur beabsichtigte entgegenkommende Politik vom Auswärtigen Amt aus rein außenpolitischen Gründen begrüßt und gebilligt werden würde.

Staatssekretär Koppe meint, daß die den Polen zu machende Konzession nur unter der Voraussetzung möglich sei, daß das Gremium des Polnischen Nationalausschußes anders als der Polnische Hauptausschuß auch tatsächlich die Polen hinter sich habe. Ferner müßte erreicht werden, daß alles, was bisher an nationaler Widerstandsbewegung vorhanden sei, sich nunmehr irgendwie in eine Ordnung einfüge. Im übrigen sei er überzeugt, daß es sich bewähren müßte,

wenn der Pole sehe, daß man irgendetwas tue. Die Regulative müßten natürlich fest in der Hand maßgebender Deutscher sein. Die polnischen Vertreter könnten zwar die Rechtspflege, das Steuerwesen usw. in ihrem Kreis überwachen, dürften aber politiv nichts zu sagen haben.

Der Herr Generalgouverneur geht bei seinen Vorschlägen von der Voraussetzung aus, daß allgemeine eine gewisse Vermenschlichung, eine Vereuropäisierung und eine völlig gerechte Behandlung des Polentums eintreten müßten. Für Millionen polnischer Arbeiter und Bediensteter treffe es einfach nicht zu, daß jeder Pole ein Gauner sei. Weiter bedürfe es einer grundsätzlichen Änderung der Einstellung des SD. Darüber hinaus müßten selbstverständlich auch entsprechende Weisungen vom Reich kommen. Voraussetzung für diese Politik sei ferner die völlige Umstellung auch der letzten Teile, die an der alten Ausrottungs-, Zerstörungs- und Degradierungspolitik mit aller Gewalt festhalten wollten. In ganz Europa seien aus dieser furchtbaren Verkennung der Wirklichkeit im Laufe der Jahre ungeheure Schäden entstanden. Dem-gegenüber müße man jetzt zu einer inneren aufflammenden europäischen Verantwortung kommen. Er könne amtlich feststellen: seit Staatssekretär Koppe das Staatssekretariat für das Sicherheitswesen übernommen habe, sei überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, an solche Dinge zu denken. Daß er, der Generalgouverneur, den Mut habe, solche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, danke er dem Staatssekretär Koppe.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff hält für die Durchführung dieser Ideen eine möglichst rasche Umstellung der Verwaltung für unbedingt erforderlich. Man müße dazu kommen, die Polen verwalten zu lassen, Die deutsche Verwaltung habe sich lediglich auf die deutschen Aufgaben zu beschränken. Das Ziel müße die Schaffung einer polnischen Selbstverwaltung sein.

Auch Gouverneur Kundt sieht in den Vorschlägen des Herrn Generalgouverneurs einen bedeutsamen

Schritt zu einer Besserung der Verhältnisse. Allerdings würde eine Hinzuziehung polnischer Vertreter zu den Kollegien der Regierung, der Distrikte und Kreishauptmannschaften die Folge haben, daß diese polnischen Vertreter selbstverständlich darnach trachten würden, um ihre nationale Ehre gegenüber der anderen polnischen Bevölkerung nicht zerstören zu lassen, laufend an die Staatsverwaltung mit Wünschen heranzutreten. Gleichwohl seien besondere Gefahren davon nicht zu befürchten; denn die Entscheidung liege ja in deutscher Hand. Wenn man die polnischen Vertreter entsprechend behandle, würden sie immer mehr den illegalen Elementen ihren Einfluß nehmen.

Präsident Dr. von Craushaar begrüßt ebenfalls die von dem Herrn Generalgouverneur gemachten Vorschläge, äußert aber Zweifel hinsichtlich ihrer sofortigen Durchführbarkeit. Er will daher Vorkehrungen getroffen sehen, daß Schwierigkeiten schlimmster Art ausgeschaltet würden. Er bezweifelt auch, ob es gelingen werde, die Zustimmung maßgebender Männer zum Eintritt in einen Nationalausschuß zu finden. Ferner sei es fraglich, ob der Polnische Hauptausschuß bereit wäre, sich "Nationalausschuß" nennen zu lassen, da seine Mitglieder um ihr Leben bangten. Hier müßten Verhandlungen, aber nicht nur von Seiten der Sicherheitspolizei, mit den maßgebenden Männern gepflogen werden.

Der Herr Generalgouverneur glaubt, daß die Mitwirkung der Sicherheitspolizei bei diesen Dingen kaum zu einem Erfolg führen werde. Hier handle es sich um ein politisches Übereinkommen, und der Sicherheitspolizei könne lediglich die Aufgabe zufallen, vor unzuverlässigen Elementen zu warnen.

Präsident Dr. von Craushaar ist weiter der Auffassung, daß von Seiten der polnischen Bevölkerung

den Erklärungen der Regierung keine besondere Beachtung mehr geschenkt werde. Man gebe zwar der Überzeugung Ausdruck, daß der Generalgouverneur besten Willens sei, weise aber darauf hin, daß die Praxis eine andere sei. Aus diesem Grunde lege er, Präsident Dr. von Craushaar, auf die Kapitulation der Aufständischen in Warschau größten Wert. Vielleicht könnten dem Obergruppenführer von dem Bach die von der Regierung für richtig gehaltenen Kapitulationsbedingungen zur Bekanntgabe an die Aufständischen mitgeteilt werden.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für geboten, die Vorschläge des Herrn Generalgouverneurs, soweit sie den Verwaltungssektor betreffen, durchzuführen, selbst wenn die Aufständischen in Warschau nicht kapitulierten. Die Zeit sei reif für die Durchführung solcher Pläne. Auch wenn man Schwierigkeiten daraus befürchte, so müße man jetzt an das große Ziel denken. Eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung des Gesamtprogramms sei es, daß dieses Programm nicht vom Reich zerschlagen werde. Das könnte allerdings geschehen, wenn z.B. die in diesen Tagen 10500 Arbeitskräfte entgegen den Zusicherungen fortgeschleppt würden, wenn sich solche Einbrüche wiederholten und die Polen im Reich nach wie vor wie die Hunde behandelt würden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratung zusammen. Er ersucht dann Staatssekretär ~~Xxxxx~~ Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Fischer zu beauftragen, in seinem, des Generalgouverneurs Namen, das Angebot an die Aufständischen zu machen, unter der Voraussetzung, dass Obergruppenführer von den Bach damit einverstanden ist. - Was die allgemeine Polen-Politik angehe, so sei abzuwarten, wie sich die Zusammenarbeit in der nächsten Zeit entwickle. Er würde dann einen eingehend begründeten Vorschlag unmittelbar dem Führer überreichen. Von diesem Vorschlag müßten auch Reichsführer SS Himmler, Reichsminister Dr.Lammers und Reichsleiter Bormann in Kenntnis gesetzt werden. Die Frage, welche Richtung in der Polen-Politik endgültig eingehalten werden solle, müße

müsse der Führer entscheiden. Sollte der Vorschlag wirklich wieder abgelehnt werden, dann könne er die Verantwortung für die Dinge nicht mehr tragen.

12[35] Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Amtschef Schlüter-Lublin die Bestallungsurkunde über seine Ernennung zum Vizegouverneur und überträgt ihm gleichzeitig für die Dauer der Abwesenheit des Regierungsrats Frhr.v.Medem die Leitung des Personalamts in der Regierung des Generalgouvernements.

12[55] Besprechnung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

15[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt die Frauenschaftsleiterin Frl.Aldinger.

15[40] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Befehlshaber des Wehrkreises VIII Generaloberst Koch-Erpach in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Staatssekretärs Koppe, den Präsidenten Dr. von Craushaar, der Gouverneure Kundt und Dr. von Burgsdorff.

Gegenstand der anschliessenden Besprechung ist die Frage der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze von Oberschlesien in das Gebiet des Generalgouvernements bis einschließlich Tschenstochau.

Einleitend führt der Herr Generalgouverneur aus, daß er seinerzeit mit Reichsminister Dr.Lammers über gewisse Grenzverlegungsfragen gesprochen und dieser ihm im Auftrage des Führers erklärt habe, daß entsprechend einer Weisung des Führers an dem bisherigen Zustand grundsätzlich nichts geändert werden solle. Nun erfahre er plötzlich zu seinem größten Befremden von einer beabsichtigten Vorverlegung der Grenze in das Generalgouvernement.

4.9.44

Generaloberst Koch-Erpach betont, daß diese Vorverlegung der Grenze seiner Ansicht nach nur militärischen Erfordernissen im Rahmen des Stellungsbaues genügen solle. An einer Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Gebiet des Generalgouvernements habe das Wehrkreiskommando keinerlei Interesse. Er habe mit Gauleiter Wanke über diese Frage bisher auch nicht gesprochen. Allerdings sei ein Befehl des Reichsführers SS Himmler gekommen, nach welchem die Zoll- und Polizeigrenze weiter nach dem Osten verlegt werden solle.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß es für ihn gleichgültig sei, wie die Wehrkreisgrenze verlaufe. Es sei jedoch seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Gebiet des Generalgouvernements als einheitliches Polizei-, Zoll- und Wirtschaftsgebilde erhalten bleibe. Er bitte daher Generaloberst Koch-Erpach, in einem Sammelbefehl eine entsprechende Weisung ergehen zu lassen.

Generaloberst Koch-Erpach bemerkt, daß der Befehl zur Vorverlegung der Grenze offenbar auf eine Weisung des Pioniergenerals Benecke zurückzuführen sei, der einerseits ihm und andererseits dem Generaloberst Guderian unterstehe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Frage der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze eingehend Stellung genommen. Sowohl die Gouverneure Kundt und Dr. von Burgsdorff wie die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe und Präsident Dr. von Craushaar sprechen sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement aus.

4.9.41

Auch Generaloberst Koch-Erpach muß zugeben, daß er keine Veranlassung sehe, im Zusammenhang mit den Notwendigkeiten des Stellungsbaues an eine Änderung der politischen Grenze heranzugehen, und erklärt sich bereit, diesen seinen Standpunkt bei den maßgebenden Stellen zu vertreten.

Der Herr Generalgouverneur trifft darauf folgende Feststellung:

> Es geht unter keinen Umständen an, daß etwa untergeordnete militärische Instanzen eine Grenzkontrolle innerhalb eines geschlossenen Wirtschafts-, Währungs- und Verwaltungsgebietes einrichten. Das entspricht auch nicht der Meinung des Führers, die dem Generalgouverneur durch Reichsminister Lammers ausdrücklich bekanntgegeben worden ist. Jedes Organ, das einen solchen Schritt unternähme, würde einem Befehl des Führers zuwiderhandeln. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die Verwaltung des Generalgouvernements in Ruhe arbeiten kann.

Der Herr Generalgouverneur dankt Generaloberst Koch-Erpach dafür, daß er sich bereitfinden wolle, die Frage einer Klärung zuzuführen.

16[35] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident Dr. von Grauchaar und Gouverneur Dr. von Burgsdorff.

In dieser Besprechung wird nochmals zur Frage der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, ihm Entwürfe von Fernschreiben an Reichsführer SS Himmler, Reichsminister Dr. Lammers und Reichsleiter Bormann vorzulegen. Vor allem müsse Reichsführer SS veranlaßt werden, seinen Befehl für die Vorverlegung der Grenze zurückzunehmen.

IV/8 Seite 1 Krakau

Dienstag, den 5. September 1944.

8^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause der NSDAP.

9^{00} Eröffnung eines Schulungskurses für NS-Führungsoffiziere der Heeresgruppe Nord-Ukraine.

Generaloberst Harpe:

Wir grüssen zunächst den Führer und obersten Befehlshaber der Wehrmacht mit einem dreifachen Sieg Heil!

Meine Herren! Ich darf in Ihrer aller Namen den Herrn Generalgouverneur begrüssen und ihm herzlich dafür danken, daß er sich bereit erklärt hat, anläßlich der Tagung unserer NS-Führungsoffiziere zu uns zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch meinen persönlichen und der Heeresgruppe Dank für die Aufnahme, die dienstliche und kameradschaftliche Unterstützung anschliessen, die wir im Generalgouvernement gefunden haben. Das wird für uns ein Ansporn sein, alles zu tun, was auch dem Generalgouvernement von Nutzen und dienlich ist.

Meine Herren! Ich darf Sie alle begrüssen und mich dafür bedanken, daß Sie so zahlreich zu der Tagung gekommen sind, die durch einen Vortrag des Herrn Generalgouverneurs eingeleitet werden soll. Ich bin darüber besonders erfreut, wird doch damit auch offentlich dokumentiert, daß das, was wir unseren Offizieren mit auf den Weg geben wollen, unsere gemeinsame Sache ist. Ich möchte deshalb das, was ich den NS-Führungsoffizieren zu Beginn der Tagung sagen wollte, Ihnen allen sagen, weil es uns alle auch gemeinsam angeht.

5.9.1944

Was ich zu sagen habe, sind nur einige kurze Leitsätze, die ich den Führungsoffizieren als Richtlinien für diese Tagung, vor allem aber für ihre Arbeit mitgeben will. Wenn wir uns daran erinnern, daß der Nationalsozialismus aus dem Kampf des letzten Krieges geboren ist, daß wir ihn heute vor uns sehen, in einer politisch abgeschlossenen, ganz klar herausgestellten Form, so glaube ich, werden Sie alle mit mir das Empfinden haben, daß die weltanschauliche Seite des Nationalsozialismus ihre Formung noch nicht abgeschlossen hat. Wir alle haben wohl das Gefühl, daß durch das Geschehen dieses Krieges ein gewaltiger Schritt vorwärts getan worden ist auf dem Weg dieser Entwicklung. Wenn wir uns darüber klar sind, dann müssen wir aber daraus auch die ebenso klare Schlußfolgerung ziehen, daß alle diejenigen, die an diesem gewaltigen Ringen, das ja letzten Endes nur um eine Weltanschauung geht, führend beteiligt sind, sich auch mit diesen Gedanken der Entwicklung und des Abschlusses der Weltanschauung des Nationalsozialismus befassen müssen.

Das ist nun für unsere NS-Führungsoffiziere von ganz besonderer Bedeutung, da sie hauptamtlich berufen sind, sich mit diesen Gedanken ernstlich zu beschäftigen, damit sie mit ihren Anregungen bei der Truppe so wirken können, wie es der jeweiligen Lage entspricht und der Sache dient.

Ich sagte, daß der Krieg letzten Endes um eine Weltanschauung geführt wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Führungsoffizieren folgendes mit auf den Weg geben: Es kommt darauf an, daß wir den Krieg gewinnen und daß alles andere, vor allem alles persönliche und divergierende auf diesem Gebiet bekämpft und ausgeschaltet werden muß. Jeder, der es mit diesen Dingen wirklich ernst meint, hat sich jeden Tag und jede Stunde zu fragen: Was hast du in diesem Sinne für den Sieg getan? - Auf dich und

Wirken kommt es an. Wenn das der Sinn und vor allem der Erfolg der NS-Führungsoffiziere ist, dann haben sie recht getan.

Die Aufgabe ist an sich nicht schwer; denn die Herzen sind bereit. Es muß nur verstanden werden, sie richtig zu nehmen. Gläubigere, deutscher eingestellte, tapferere und von besserem Blut geformte Menschen als unsere Soldaten draussen gibt es nicht. Es bedarf nur des kleinsten Anstossen, um sie politisch in eine bestimmte Richtung, die ihrer inneren Auffassung entspricht, zu treiben. Weiter bedarf es aber auch des guten Beispiels, der inneren Überzeugung und der Anregung des gesprochenen Wortes. Wer es versteht, da draussen in der Sprache des Mannes zu reden, der wird auch sein Herz gewinnen, wenn er die zweite Voraussetzung mitbringt, daß er selber durch sein Beispiel jedem das Wirken des nationalsozialistischen Menschen und Kämpfers und Soldaten vorlebt.

Ich hoffe, daß diese Tagung, Ihre Besprechung und Ihre gegenseitige Aussprache in diesem Sinne vollen Erfolg haben werden. Dann wird einst, wenn dieses gewaltige Ringen beendet ist, auch auf Ihnen der Dank des ganzen Heeres und der Dank des Vaterlandes ruhen. - So wünsche ich Ihnen denn für Ihre Tagung vollen Erfolg.

Ich bitte nun, den Herrn Generalgouverneur, zu uns zu sprechen.

(Lebhafter Beifall)

Generalgouverneur Dr. Frank ergreift darauf das Wort zu folgender Rede:

Herr Generaloberst! Sie haben uns Nationalsozialisten dieses Raumes eben aus dem Herzen gesprochen, und mich bewegt in diesem Augenblick ein stolzes Gefühl. Es ist nunmehr kurz nach einem wie ein

schwerer Schatten über das Reich hinwegziehenden Ereignis eine ganz besonders eindrucksvolle Handlung, daß sich der oberste Militär des Generalgouvernements hier im Parteihaus einfindet, um in Anwesenheit von wichtigsten Vertretern der Partei, des Staates und der Wehrmacht seinen Führungsoffizieren nationalsozialistische Richtlinien auf den Weg zu geben. Eine schönere Symbolik für die Einheit unseres deutschen Kampfes kann ich mir im gegenwärtigen Augenblick gar nicht denken. Seien Sie daher überzeugt, Herr Generaloberst, daß das, was Sie uns heute hier gesagt haben, einen Widerhall in unseren Herzen gefunden hat. Der Umstand, daß Sie selber heute diesen Lehrgang eröffnet und mit uns zusammen, trotzdem Sie doch angesichts der unmittelbaren Frontverantwortung, die das Tiefste Ihres Wesens ausfüllt, so stark in Anspruch genommen sind, die Zeit dafür gefunden haben, erfüllt uns alle mit grosser Dankbarkeit. Ich könnte Ihnen und allen Ihren Offizieren gegenüber nur die Versicherung wiederholen, daß wir in Partei und Staat alles tun wollen, um dem soldatischen Leben in diesem Raum jenen Rückhalt zu geben, den die nichtmilitärischen Stellen ihm irgendwie geben können.

Krakau ist heute die Zelle des deutschen Ostens geworden. Die Front vor Krakau ist die Front vor dem Innersten, auf das nunmehr die gesamte deutsche Ostfront im Süden sich zusammengeballt hat. Ihnen, Herr Generaloberst, und Ihren Soldaten ist daher eine Frontstellung von so ungeheurer nationalsozialistischer Bedeutung anvertraut, wie sie vielleicht nicht jedermann ohne weiteres einleuchtet. Wir können Frankreich und Belgien als westliche Bereiche vielleicht angesichts der hin- und herwogenden Ereignisse des Kampfes vorübergehend dem Feinde über - lassen. Im Osten indes und gerade hier auf einem

5.9.1944

Wege entlang der Weichsel stehen wir auf den nationalsozialistischen programmatischen Punkten, von denen Adolf Hitler im Buch"Mein Kampf" spricht. Der Osten ist die Voraussetzung der deutschen Zukunft - so etwa drückt sich Adolf Hitler aus. - Der Westen ist für uns höchstens ein Machtbereich, der Osten ein Lebensbereich. Insofern haben Sie, Herr Generaloberst, und Ihre Soldaten hier eine nationalsozialistische Stellung im Gesamtgefüge der Anschauungen des Führers.

Ich habe mir vorgenommen, Ihnen, meine Herren, die Sie uns die Freude machen, hier im Parteihaus zu erscheinen, einiges besonders darüber vortragen zu wollen. Die Einrichtung des nationalsozialistischen Führungsoffiziers ist weder von einem Mißtrauen gegen die Stimmung der Wehrmacht noch von einer Notwendigkeit diktiert, daß etwa die Partei eine nationalsozialistische Erziehung der Offiziere vornehmen sollte. Die Einrichtung des nationalsozialistischen Führungsoffiziers ist eine aus dem Eigenbedürfnis der Wehrmacht von Wehrmachtsdienststellen ausschließlich geschaffene Einrichtung. Die Partei steht dieser Einrichtung mit innerster Freude und Anteilnahme gegenüber. Indessen glaube ich, daß es dieser Einrichtung nicht etwa bedurft hätte, um dem Nationalsozialismus in unseren deutschen Soldaten Raum zu geben. Ich sehe daher in dieser Einrichtung nicht irgendwie ein Instrument der Partei, nicht das Bestreben der Partei, sich irgendwie in die Wehrmacht einspannen zu wollen, nein, die Wehrmacht selbst hat in dieser Einrichtung des nationasozialistischen Führungsoffiziers eine Methode übernommen; Sie will dafür sorgen, daß in ihren eigenen Reihen eine klare Rüstkammer entschlossensten nationalsozialistischen Denkens und Handelns

in persönlicher und charakterlicher Weise immer aktiv verfügbar ist. Es wäre ja sehr leicht, eine Weltanschauung, also die Totalität des Anblickes der Welt und der Dinge in der Welt etwa im Rahmen eines Vortrages Ihnen vorzuführen. Darauf kommt es jetzt nicht an. Der Herr Generaloberst hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die nationalsozialistische Weltanschauung sich in der Formung befindet. Denn so sehr klar auch das Parteiprogramm ist, so sehr bedingt die Verwirklichung des Parteiprogramms die Erfüllung gewisser zeiträumlicher Voraussetzungen, die bestenfalls nach diesem Kriege gegeben sein werden.

Wenn ich daher vor Ihnen nun das Wort im Namen der Partei des Generalgouvernements ergreife, dann setze ich dies alles als selbstverständlich voraus. Der Nationalsozialismus Adolf Hitlers ist das Fundament, auf dem allein überhaupt versucht werden konnte, einem Weltblockgiganten wie dem Bolschewismus Widerstand zu leisten. Jeder, der die kritische Sonde anlegt und untersuchen will: Brauchen wir denn heute Weltanschauung, brauchen wir denn heute eine NSDAP, brauchen wir überhaupt angesichts des Kriegsgeschehens an den Fronten eine Partei? - der soll sich das Bild Deutschlands ausmalen, das er heute fände, wenn etwa das Regierungssystem von 1919 bis 1932 einem massierten plötzlichen Ansturm der bolschewistischen Wehrmacht ausgeliefert worden wäre. Man stelle sich vor: Polen wäre von den Bolschewiken selbstverständlich ohne weiteres in einem Blitzkrieg überrannt worden, und jenseits Polens lag ja für die Moskowiter nur das 100 000-Mann-Heer der deutschen Republik. Es ist nicht so einfach, daß man heute vielleicht da und dort sagt: Wenn wir die Nazis nicht hätten, hätten wir den Krieg nicht. Sie wissen ja, daß dieses Problem immer und immer wieder angeschnitten wird, und ich bekenne Ihnen ganz offen, meine Herren Offiziere: es ist menschlich begreiflich, daß man nach fünf Jahren eines solchen ofperreichen Krieges mit so ungeheuren Rück-

schlägen da und dort die Frage stellt: war denn dieser Krieg überhaupt notwendig? Diese Frage zu stellen ist ein menschliches Recht. Und wir wollen nur den Mut haben, diese Frage sofort blitzartig zu beantworten und zu sagen: eine Wahl, ob dieser Krieg kommt oder nicht, hatten wir Deutsche überhaupt nicht, seit es den Bolschewismus gibt. Der Krieg wäre früher oder später so oder so in jedem Falle gekommen; er war absolut unvermeidbar.

(Lebhafter Beifall)

Man darf also nicht fragen: Mußte dieser Krieg kommen? - nein, wir müssen fragen: unter welchen Voraussetzungen war denn überhaupt daran zu denken, daß Deutschland diesen denn doch noch notwendigerweise kommenden Krieg würde bestehen können? Und diese Frage stellt sich jeder von uns und weiß sie auch zu beantworten. Es ist ganz klar, daß ein Reich, das in 47 Parteien zerfällt, daß ein Staat, in welchem es eine Volksordnung überhaupt nicht gibt, daß ein Staat ohne Autorität, ohne Kalrheit, ohne Ehrlichkeit, ohne Sozialismus, ohne echten herzlichen Volksgemeinschaftsgedanken einem solchen Giganten von 200 Millionen Menschen und 22 Millionen Quadratkilometern Fläche nicht gewachsen gewesen wäre. Was die Bolschewiken an Blut und Material auf dem Marsch zwischen den Vorfeldern von Moskau und Warschau gelassen haben, war das, was sie bei schwächlicher Konstitution Deutschlands nach Deutschland direkt gebracht hätten. So muß man die weltgeschichtliche Lage dieses bolschewistischen Krieges betrachten.

Sie wissen, daß es vielleicht der größte Stolz ist, den wir Nationalsozialisten haben, insbesondere wir, diese ganz kleine Gruppe, die von sich sagen kann, daß sie in diesem Jahre 25 Jahre beim Führer ist - seit 1919 stehen wir ja als diese letzte kleine Gruppe bei ihm - , daß es unser größter Stolz

ist, daß wir einen Führer unserer Bewegung haben, der diese Gefahr von Anfang an deutlich erkannt hat.

Die Frage, ob dieser Krieg notwendig war oder nicht, wird selbstverständlich stimmungsmässig durch die massierten Sehnsüchte des Volkes nach Frieden, Ruhe, Befreiung von den Opfern unterbaut, durch die begreifliche Sehnsucht aller, wieder in ein irgendwie geordnetes oder gesichertes Leben zu kommen. Diese ungeheuer sich möglicherweise ausbreitenden Stimmungsfaktoren kombinieren sich nun mit diesem Problem des Krieges an sich. Und hier beginnt mit ganz besonderem Nachdruck offenbar die Arbeit, die sich Ihr Befehlshaber und die maßgeblichen Herren der Wehrmacht bei ihrer Aufgabe, wenn ich sie richtig sehe, besonders gedacht haben. Es ist Ihre Sendung, die Flamme der Begeisterung, diesen über das Einzelne hinaus ziehenden Geist der Hochhaltung des Ichs als Sehnsucht gegenüber dem Pflichtenkreis zu bewähren. Jeder von Ihnen befindet sich in der gleichen Lage wie der Alte Fritz, daß er so wie der Alte Fritz einer ganzen anstürmenden Woge von Zweifel, Mißtrauen, Unordnung, Unzufriedenheit, Bedenklichkeit, Verzweiflung gegenüber besteht und sagt: In mir stirbt Preussen, und deshalb werde ich die Fahne nicht fallen lassen, ganz gleich, was kommen mag. Entscheidend ist auch heute nicht, wo wir stehen, sondern wie wir stehen, und das entscheidet nicht nur über uns, nicht nur über den Nationalsozialismus, entscheidet nicht nur über das Reich, sondern es entscheidet überhaupt über die Totalität unseres Lebens, unseres Volkes für die kommenden 2000 Jahre. Wenn wir heute schwach werden, ist es mit Deutschland für zwei Jahrtausende vorbei.

Daher glaube ich, daß der Alte Fritz heute dem Führer die Hand geben würde; denn was waren schon die Sorgen des Alten Fritz gegenüber den Sorgen, die ein Adolf Hitler auf sich zu nehmen hat? Der Alte Fritz hat seine Zeit wunderbar erfüllt; er hat den deutschen soldatischen Glauben wieder mit grosser Inbrunst entfacht, er hat die Kriege der damaligen Zeit mit den damaligen Methoden als Genie sondergleichen bestanden. Aber der Siebenjährige Krieg war ein Krieg zwischen Großmächten und einem Staat, der eine Großmacht werden wollte. Der heutige Krieg ist mit keinem Krieg zu vergleichen; denn der Bolschewismus steht ausserhalb des Rahmens der bisherigen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen. In dem Bolschewismus hat sich der Jude das Schema eines terroristischen Herrschersystems aufgebaut, das mechanisch auf alle Völker der Welt angewendet werden könnte. Der Jude würde erst dann völlig triumpfieren können, wenn keine Nation der Welt irgendwie eigengesetzlich leben könnte. Ein solches Problem zu bestehen, war dem Alten Fritz nicht aufgegeben. Ich will damit keinen Wertmaßstab anlegen und einen Vergleich zwischen dem Alten Fritz und unserem Führer ziehen. Denn die Größe Friedrich des Großen ist so einzigartig, daß sie historisch eindeutig feststeht. Ich will nur betonen, daß der Vergleich, der heute gern zwischen Adolf Hitler und Friedrich dem Großen gezogen wird, wie alle historischen Vergleiche hinkt, daß Adolf Hitler eine unendlich grössere, unendlich schwierigere und sorgenreichere Aufgabe gestellt ist, als sie dem Alten Fritz gestellt war. Adolf Hitler hat diesen Kampf gegen das Weltjudentum zu bestehen; er allein hat ihn aufgegriffen, er allein kann von sich sagen, daß er ihm aufgegeben ist, und er allein wird ihn auch bestehen.

5.9.1944

Der Bolschewismus ist unser Gegner, Täuschen wir uns nicht darüber, daß selbst die Möglichkeit, einmal mit dem bolschewistischen Reich vielleicht vorübergehend zu einer Regelung des Krieges zu kommen, etwa in der Form, daß man zu einem Frieden in diesem Bereich käme, an dem Grundsatz des Antibolschewistischen, des Antijüdischen unseres Reiches nichts ändern würde. England ist in diesem Krieg auf jeden Fall verloren; ganz gleich, wer siegt, England ist dahin. Das ist so allgemein bekannt, daß man davon nicht mehr zu sprechen braucht. Amerika ist ein in Gärung befindliches völlig neues Land mit ungeheuren technischen Möglichkeiten. Es kommt, wie immer, England zu Hilfe, diesmal mit der schlauen Berechnung, England endgültig zu beerben, im übrigen mit stärkster materiell ungeheurer Anspannung, die ganz ausergewöhnlich belastend auf unserem deutschen Kriegsschicksal liegt. Was diesmal die Amerikaner an technischer Ausrüstung und Vorbereitung rein militärisch-generalstabsmässiger Art aufbieten, läßt alles weit hinter sich zurück, was jemals von den Amerikanern geleistet wurde. Das eigentliche Problem des Westens ist die materielle und menschliche ungeheuerste Anstrengung, die die Vereinigten Staaten je gefunden haben.

Wir wollen uns auch darüber klar sein, daß die Lage ungewöhnlich ernst ist. Der Feind ist im Vormarsch auf Belgien, im Vormarsch gegen unsere alten deutschen Reichslande. Der Feind ist absolut entschlossen, nun mit Deutschland endgültig Schluß zu machen. Unsere Verbündeten, selbst das gute, edle Finnland, fallen von uns ab. Die Lage der deutschen Heeresverbände in Rumänien ist ungeheur schwierig. Wir sind in einer Stabilisierung begriffen, von der man nicht weiß, wie lange sie dauert. Alle Völker Europas sind gegen uns aufgewühlt. Aber die innere

5.9.1944

Lage unseres Volkes ist zu einer großartigen Entschlossenheit bestimmt, und das ist das einzige ganz entscheidende und wirklich auch zukunftsweisende Moment. Heute wäre es ein Kinderspiel, mies zu machen. Wir wollen uns darüber klar sein, daß es geschieht. Wir wollen in unserem Kreise auch ehrlich genug sein festzustellen, daß das, was jetzt unter der Decke über dem Tisch hinweg zwischen den Ohrmuscheln getuschelt, geschwätzt und geredet wird, so einem Lüftchen entspringt, das von ausserhalb gar nicht in unsere Reihen einzudringen bracht. Wer heute miesmachen will, der hat gewiß manchen auf seiner Seite. Aber nun ist es doch so: der deutsche Soldat wird klar geführt. Die Feinde können mit allem rechnen, aber mit zwei Dingen nicht: der deutsche Soldat wird treu und gehorsam zu unserem Führer stehen und ihn niemals verlassen, und das deutsche Volk in der Heimat wird in seiner Treue und seinem Gehorsam niemals wankend werden.

Auf diesen beiden Fundamenten baut sich nun folgendes auf: Ganz gleich, in welchen Massenzahlen und materiellen, immer wieder sich zeigenden Überlegenheiten die Feinde von allen Seiten gegen uns anrennen: Das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht werden mit allen und jeden Mitteln jedes Haus des deutschen Vaterlandes einer ganzen Welt von Feinden gegenüber verteidigen. Man wird keinen Winkel Deutschlands finden, in welchem nicht mit leidenschaftlicher Hingabe das Letzte an Lebenskraft aufgewendet wird, um den Todesdrohungen unseres Volkes zu begegnen.

Und Sie, meine Herren Führungsoffiziere, sollen den Komplex dieser Gedanken ununterbrochen repräsentieren, gerade denen gegenüber, die überall versuchen, mit Hilfe der Auslandspropaganda diese innere Ordnung, diese Geschlossenheit der Gesinnung, dieses markante, einzig dastehende Beispiel der vorbildhaften Haltung unseres Volkes und Heeres zu zerstören.

Ausserdem sei Ihnen folgendes mit auf den Weg gegeben, meine Herren! In den nächsten Monaten werden 800 000 Männer in Deutschland zur Wehrmacht eingezogen. Allein in diesem einen Monat sind von den Gauleitern der NSDAP mit Hilfe der verschiedenen Dienststellen 300 000 Mann für den sofortigen Einzug zur Wehrmacht freigemacht worden. Das Rüstungspotential des Reiches ist bis jetzt noch nicht zerstört und wesentlich in Mitleidenschaft gezogen. Der einzige furchtbare Engpass ist die Treibstoffversorgung. Hier muß durch radikalste Einsparung jedes irgendwie überflüssigen Benzinverbrauches dafür gesorgt werden, daß die Wehrmacht das, was sie braucht, auf jeden Fall erhält. Im übrigen werden die Ölraffinerien unter die Erde gelegt. Reichsminister Speer hat am vergangenen Montag in Berlin persönlich versichert, daß in keiner Weise eine dauernde Entwertung unseres Rüstungspotentials eintritt. Es ist also nicht an dem, daß wir diesen Ansturm der Feinde zu fürchten hätten.

Die Partei würde daher von sich sagen können: Die Geschlossenheit, die sie der Wehrmacht gab, in Gesinnung, Haltung und Willen, im Glauben, im Beharren, in der Tapferkeit, in diesem Vorbild des alten deutschen besten Soldatentums, diese Geschlossenheit will die Partei auch in der Heimat verwirklichen. Es ist klar, daß dies nicht ohne Härten abgeht. Da hört man dann die ewigen Klagen über die bösen Gauleiter, die so hart, so entschieden und so energisch sind, über die Kreisleiter und die Funktionäre der Bewegung, die mit aller Energie versuchen müssen, das Volk immer wieder aufzurichten, den Opfergeist immer wieder anzufachen, die immer wieder die tausend täglichen Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen haben, einem Volk immer wieder die Richtung vorzulehren und vorzuleben, - meine Herren Offiziere, haben Sie Verständnis für die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen heute jeder Parteidiensttuer zu kämpfen hat. Es ist unter Umständen sehr viel einfacher, im Ehrenkleid des Soldaten,

geschmückt mit Auszeichnungen dieses Krieges, vor dem Volke zu erscheinen, als in dem unscheinbaren Gewand eines politischen Amtswalters nun gerade die Dinge des Lebens durchsetzen zu wollen, die Versammlungen, Organisierungen, Einteilungen, dienstlichen Vorbereitungen, Nahrungsmittelverteilungen, Fürsorgeunternehmen usw. mitten im Kriege durchzuhalten. Der Führer weiß schon, warum er seinen maßgeblichen Parteiführern unter keinen Umständen die Möglichkeit geben kann, auch mit der Waffe in der Hand Dienst zu tun. Die 80% der Parteidiensttuer, die ohnedies bei der Wehrmacht sind, und sich die Ehrenzeichen erworben haben, zeigen doch, daß in der Partei selbst dieser Soldatengeist vorhanden ist.

Ich will Ihnen aber ganz offen etwas sagen: Es ist unerträglich, wenn diesem unermüdlichen Wirken der Bewegung gegenüber gerade oft von Seiten der Wehrmacht mit der Kritik begegnet wird, das seien Heimkrieger, die zuhause sässen, während wir draussen die Front zu bestehen hätten. Meine Herren, Sie tun damit einer der Voraussetzungen auch Ihres Amtes an der Front größtes Unrecht. Wir sind auf Befehl des Führers, genauso wie Sie, auf unseren Platz gestellt. Ich möchte es daher in dieser Stunde auch einmal ganz offen aussprechen, daß uns nichts so sehr treffen kann, wie wenn da und dort immer so mit einer gewissen hämischen Überlegenheit von diesem Wirken in der Partei und in der Heimat als einem mit dem Kriegsgeschehen nicht notwendigerweise Verbundenen gesprochen wird. Es könnte daher auch eine Ihrer Aufgaben sein, meine Herren Offiziere, dafür zu sorgen, daß diese Art völlig unhaltbarer und ungerechter Kritik - von einzelnen Fällen, die Anlaß zur Kritik geben, selbstverständlich abgesehen - im allgemeinen jedenfalls verschwindet. Denken wir doch einmal daran, was die Partei für die Verbundenheit des Volkes leistet, was sie leistet für die zuhause gebliebenen Familien, was dieser

totale Einsatz nunmehr für die Industrie, für die Rüstung, für alle die Werkarbeiter bedeutet. Mit wem will sich denn auch in diesem Augenblick eine Kriegführung innerhalb eines 80-Millionen-Volkes durchsetzen, wenn nicht dieser einheitlich geschlossene, disziplinierte und leidenschaftliche Apparat des Parteiführungskorps vorhanden wäre? Man vergesse das nie!

Ich verspreche mir also von dieser erneuten Intensivierung des Verständnisses für das Parteileben auch eine ungeheure seelische Unterbauung des unerläßlich notwendigen kameradschaftlichen Zusammenstehens von Wehrmacht und Partei. Nur uns beide hat der Führer. Wir sind seine Instrumente in dem Kampf. Wehrmacht und Partei sind diejenigen, die gemeinsam mit Hilfe des Staates und aller seiner Einrichtungen diesen Krieg einer Welt gegenüber zu bestehen haben. Wenn man eine Karte oder einen Globus nimmt und Deutschland sucht und ihm gegenüber nun die ungeheuren Flächen betrachtet, die unsere Feinde beherrschen, so zeigt das nur die Voraussetzungen für den Mut, den wir haben müssen. Das sind keine Argumente gegen diesen Krieg; denn der Kleine ist nicht klein zu werten nach Raum oder Volkszahl gegenüber der Welt. Klein ist nur, wer seelisch und geistig klein ist, und das war Deutschland nie in diesem Kriege.

Wenn man nun sagt: ja, aber es wird doch von Tag zu Tag schwieriger, - dann entgegnen wir: je schwieriger die äussere Lage wird, desto gehobener und entschlossener wird die Lage unseres Volkes im Innern. Der 20. Juli hat ja gezeigt, daß dieses völlig isolierte verbrecherische Unternehmen in keinem inneren Wesenszusammenhang mit der deutschen Wehrmacht oder mit dem deutschen Volke steht. Die Feinde werden sich daher verrechnen, wenn sie glauben, daß die Wehrmacht oder das deutsche Volk den Führer verläßt.

5.9.1944

Die Frage ist nur, wird der Führer alle diese Aufgaben meistern? Dazu ein ernstes Wort: Unser Führer hat eine Verantwortung zu tragen und durchzuhalten, die so ungeheuer ist, daß man sich darüber meistens keine Vorstellungen macht. Es müßte unser tägliches Gebet sein, daß der Herrgott unseren Führer gesund erhalten möge. Nehmen Sie nun ein Ereignis der letzten acht Wochen. Stellen Sie sich bitte vor, wie die letzten 8 Wochen im Führerhauptquartier gewesen sind, wo von früh bis zum Abend und vom Abend bis zum Morgen eigentlich von allen Seiten in jeder Beziehung nur das Fürchterlichste erlebt oder gemeldet wurde, und ermessen Sie daran die Grösse dieser einzigartigen Persönlichkeit. Daraus sind auch die Versuche des Feindes zu verstehen, zwischen Adolf Hitler und dem deutschen Volke, zwischen Adolf Hitler und der deutschen Wehrmacht eine Trennungslinie zu ziehen. Das wissen unsere Feinde: Wenn Adolf Hitler sänke und unser Volk führerlos werden würde, dann wäre es einem furchtbaren Schicksal ausgeliefert. Solange aber Adolf Hitler an unserer Spitze steht, für uns sorgt, arbeitet, glaubt, er, der seit 25 Jahren die Fahne des Glaubens vor dem deutschen Volke einherträgt, so lange wird auch der Herrgott mit uns sein. Diesen Glauben müssen Sie, meine Herren Offiziere als das Fundament auch Ihrer Arbeit ansehen. Sie haben es ja leicht. Eine andere Zeit hätte mit Ideologien gearbeitet, wir können wieder mit einer Persönlichkeit vor das Volk treten, der Persönlichkeit Adolf Hitlers, gegen die eine ganze Welt in Marsch gesetzt ist. Das Heldenleben unserer Soldaten verpflichtet uns, allüberall zu unserem Eigenen zu stehen. Jeder muß mit sich zu Rate gehen, was er noch tun könnte. Mit Recht sagte Herr Generaloberst Harpe, daß man sich jeden Tag zu fragen hätte: Was hast Du heute für den Sieg getan?

Das Generalgouvernement ist eine Einrichtung des Reiches. Es hat als solche im Laufe der Jahre seine Bewährungsprobe bestanden. Heute ist es klein geworden, geschrumpft und in seiner Bedeutung vielleicht zurückgegangen, was das Materielle angeht. Die Bedeutung des Generalgouvernements aber als Vorbastion des Reiches im Osten bitte ich Sie, meine Herren, in ihre Vorstellungswelt mitaufzunehmen. Die Burg zu Krakau ist ein Symbol dafür, daß Deutschland im Osten war, ist und bleiben wird. Die nationalsozialistische Weltanschauung ist hier im Generalgouvernement gänzlich zuhause. Wir müssen uns darüber klar sein, daß dieses Gebiet das Sammelbecken aller deutschen Stämme, aller deutschen Berufe, der deutschen Menschen aller Gaue ist. Hier kennt man nur die Heimat des großen deutschen Vaterlandes schlechthin. Der Soldat, der hier hereinkommt, soll sich hier wie zuhause fühlen; das war meine Absicht und es ist im grossen und ganzen auch geglückt.

Wir haben hier nun ein Problem zu betreuen, auf das ich ganz zum Schluß noch eingehen will, das <u>Polenproblem</u>. Wir haben im Rumpf-Generalgouvernement eine Bevölkerung von annähernd 10 Millionen. Diese 10 Millionen sind uns anvertraut und aufgegeben. Die Theorie, daß alle diese Fremdvölker, deren Herren wir geworden sind, rechtlos seien, ist falsch. Wir haben gerade, weil wir das neue Europa aufbauen wollen, diesen fremden Völkern gegenüber selbstverständlich nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Daher ist die Polenpolitik des Deutschen Reiches, die wir nunmehr mit Intensivität vorwärtsführen wollen, davon abhängig, daß wir klar einsehen: Die deutsche Führung dieses Raumes ist mit von einer fremdvölkischen Bevölkerung zu tragen, die letzten Endes in der Zugehörigkeit zur deutschen Reichszone eine irgendwie geartete eigene Lebenssicherung er-

blickt. Die Theorie von der totalen Ausrottung, der restlosen Versklavung, der völligen Rechtlosmachung ist ein schwerer Verstoß gegen die Interessen unseres Vaterlandes. Daher müssen gerade wir betonen: das deutsche Volk und das Deutsche Reich müssen Verständnis dafür aufbringen, daß es Aufgabe der maßgeblichen, in diesen fremden Gebieten eingesetzten Repräsentanten ist, diese Bevölkerung immer wieder aufzurichten, sie mit dem Glauben an Deutschland zu erfüllen, sie gerecht zu behandeln, ihr gewisse kulturelle und religiöse Eigentümlichkeiten sicherzustellen, sodaß allmählich im Leben der Polen das allgemeine Gefühl entsteht: Es ist doch besser, bei Deutschland zu bleiben als in die Hände der Bolschewiken zu fallen. Justament das, glaube ich, haben wir in weiterem Umfange erreicht. Der Sonderfall des Aufstandes in Warschau, die da und dort sich breitmachenden Partisanen dürfen uns nicht hindern, an dem Glauben festzuhalten, daß auch heute noch Hunderttausende von Polen für Deutschland in diesem Raume ohne Sabotage und Streik arbeiten. Ich bekenne mich offen und jedermann gegenüber zu der Notwendigkeit, daß das Deutsche Reich und seine Vertreter diesen fremden, uns nunmehr aufgegebenen Volkstümern jede nur erdenkliche Form von Aufgeschlossenheit zu zeigen haben. Das ist das Polenproblem in der Form, wie wir es gesehen haben.

Die Welt löst das Polenproblem nicht. Churchill hat Polen aufgegeben. Die Amerikaner haben es noch nicht ganz positiv gesagt, wohin sie tendieren. Die Bolschewiken haben jedenfalls erklärt: Für sie ist Polen nichts anderes als eine Beute, ähnlich so, wie es Finnland geht, ähnlich, wie Rumänien bereits verschluckt ist, und ähnlich, wie es vielleicht Ungarn gehen wird. Die Polen haben jetzt nur eine Chance, unter deutscher Führung leben zu können. Sorgen wir dafür, daß das Polenproblem so gelöst wird, daß von hier aus nach ganz Europa sich die Einsicht ausbreitet, die heute bereits in Paris ver-

breitet sein soll, daß die nationalsozialistische Führung und vor allem auch die Repräsentanz der deutschen Wehrmacht in diesen Gebieten unendlich vorzuziehen ist dem Hereinbrechen kommunistischer Banden. Wenn de Gaulle einen Kommunisten sich zum Präfekten einsetzt und der alle reichen Leute umbringen läßt, so deutet das klar auf die Richtung, in der sich dann alles vorwärts bewegt. Nur wir sind gefeit gegen den Bolschewismus, nur unter unserem Schutze kann Europa europäisch bleiben.

Meine Herren Führungsoffiziere! Skizzenhaft habe ich Ihnen heute den einen oder anderen Gedanken nahegebracht. Es ging mir mehr darum, die Stimmung des Raumes zum Erklingen zu bringen und Ihnen nochmals zu sagen, wie sehr ich mich als Parteiführer des Generalgouvernements darüber freue, daß Sie heute bei uns waren. Schwere Arbeit liegt über uns allen; lassen wir sie uns gemeinsam bestehen. Die Stunde ist ernst; es hat keinen Zweck, das zu verschweigen. Deutschland steht vor der schwersten inneren Entwicklungsposition, die es jemals in seiner Geschichte hatte, Ebenso ernst aber ist unser Entschluß, diese Krisis zu überwinden, und wir werden sie überwinden.

In Anwesenheit der Parteiführer habe ich den Vertretern der Wehrmacht für die Ehre des Besuches zu danken. Auch die Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements sind anwesend, sodaß ich in diesem Zeitpunkt zu einem obersten Führungsgremium dieses Raumes sprechen zu können glaube. Wir haben dem Führer vielleicht noch niemals die Treue und den Gehorsam so zu halten gehabt wie in dieser Stunde. Sich im Augenblick des Glückes zu irgendeinem Schicksalsträger zu bekennen, ist eine Kleinigkeit. In einem Augenblic aber, da die Sorgen kommen und das Grauen der Rückschläge, mit besonderem Nachdruck Treue und Gehorsam zu zeigen und Bewährung zu leisten, das war seit Jahrhunderten der stolze Inhalt besten deutschen Mannestums. Zweitausend Jahre leben wir so,

daß wir uns einen Herzog oder Führer wählten und mit ihm durch Dick und Dünn Germaniens Schicksal gemeistert haben. Hier schauen diese zweitausend Jahre auf uns herab. Sie leuchten alle. Sie waren alle einmal in der gleichen Sorge und Not. Wir sprechen immer wieder von diesen Heroen und erwähnen immer wieder ihre Nöte und Sorgen und Lasten und glauben vielleicht manchmal, es würde uns erspart bleiben. Nein, wir sind jetzt daran, und wir müssen in jedem Augenblick die Jahrtausendbedeutung dieser Stunde spüren. Die Welt darf uns nicht unterkriegen; der Bolschewismus wird uns nicht zerschmettern, Deutschland wird den Kampf bestehen. Das ist der Inhalt unseres Glaubens, unseres Handelns, unseres Wirkens und unseres ganzen Daseins geworden. Nur, wenn wir diesen Gluthauch der uns aufgegebenen schicksalhaften Einmaligkeit spüren, dann sind wir für unser Amt heute am Platze. Ob es der Feldherr ist, der eine Heeresgruppe als deutscher Soldat führt, ob es irgendein Repräsentant des Staates ist, Chef der Regierung oder Staatssekretär für das Sicherheitswesen, ob es die Parteiführung ist, ein Gouverneur, ein Gauleiter, ein Kreishauptmann oder was immer, - in jedem muß heute das gleiche Flammen und Glühen sein. Denn wir sind nichts, aber Deutschland ist alles. Deutschland ist heute in Gefahr, und deshalb müssen wir am Platze stehen. Kritik gilt nichts, Handeln alles.

Meine Herren Offiziere! Die Partei hat Sie heute empfangen. Nehmen Sie den Nationalsozialismus mit. Der Nationalsozialismus ist im Grunde genommen nichts anderes als die Form, in der allein dieser Krieg überstanden werden kann. Es ist kein Geheimnis an ihm. Man kann ihn nicht ersetzen; denn irgendwie ist der Inhalt dieser Bewegung restlos notwendig. Wir brauchen die Volksgemeinschaft, die Kameradschaft, wir brauchen die Geschlossenheit der absoluten Hingabe. Kann es

etwas Soldatischeres geben als den Nationalsozialismus im Volke? Und kann es innerhalb des Soldatentums eine andere politische Haltung geben als die nationalsozialistische? Ist nicht vor der Front jeder gleich? Und wird er nicht lediglich nach seinem Bewähren gewertet? Ist das nicht die vorgelebte Volksgemeinschaft? Ist es nicht letzten Endes so, daß das soldatische Wesen seit Jahrhunderten schon nationalsozialistisch war und nur darauf gewartet hat, daß einmal durch ein Genie sondergleichen dieses Soldatische in das Politische übertragen werden würde? War denn der Kompaniechef mit seiner Kompanie nicht immer schon durch die Jahrhunderte hindurch das gleiche geschlossene Volksgemeinschaftsband von Führung und Gefolgschaft, wie es leider durch die Jahrzehnte hindurch im Volksleben selbst nicht der Fall war?

Ja, Sie könnten, wenn Sie ganz besonders schlau sind, meine Herren, uns sagen: spät seid Ihr gekommen, Ihr Männer der Politik, sehr spät, nachdem seit Jahrhunderten das deutsche Heereswesen, die deutsche Wehrmacht diese Form von Volksgemeinschaft schon längst in ihren Reihen durchgesetzt hatte.

Wir können aus dieser notwendigen Einheit, aus dieser logischen, geschichtlich bedingten, geistig einfach unwiderleglichen Geschlossenheit von politischer Führung im Kriegsgeschehen, von Partei und Wehrmacht, von Volk und Führung nun auch vor den ewigen Herrgott treten und sagen: Zweitausend Jahre marschieren wir durch die Welt über Höhen und Tiefen, wir haben Weltreiche aufgerichtet, von Meer zu Meer wir haben regiert, wir waren immer wieder zerrissen worden. Plötzlich kam wieder eine fremde Politik, das deutsche Volk wurde wieder zu jenem Volk, das von Osten, Westen, Norden und Süden angegriffen wurde. Erfolge haben wir immer nur dann gehabt, wenn wir aus eigener Kraft imstande waren, diesem von allen Seiten herandrängenden Sturm der anderen entgegenzutreten. Heute geht es um das Letzte. Mit derselben Siegeszuversicht wie irgend wann eine vor uns lebende Gene-

ration unseres Volkes treten wir vor den Herrgott und bitten ihn: Segne unsere Waffen in diesem einzigen, grossen Schlußkampf des Krieges. Wenn es Dir, Herr, gefallen soll, daß Deutschland nicht mehr [illegible] wird, dann wollen wir alle als Soldaten und deutsche Männer restlos untergehen, als daß wir als irgendwie unterworfene Sklaven weiterleben.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Nach der Rede des Herrn Generalgouverneurs spricht Generaloberst Harpe dem Herrn Generalgouverneur den Dank der Tagungsteilnehmer für die begeisternien Worte aus, die er an die Offiziere gerichtet habe.Er schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten:

Seien Sie versichert, Herr Generalgouverneur, daß wir Ihre Gedankengänge, Ihre Aufmunterungen nicht nur verstanden haben, sondern ihnen aus vollem Herzen zustimmen. Wir werden uns stets mit Freude dieser Feierstunde erinnern.

Mit dem von Oberdienstleiter Tießler ausgebrachten Sieg Heil auf den Führer schließt die Veranstaltung.

10^{05} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12^{00} Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar und Botschaftsrat Dr. Schumburg.

12^{20} Besprechung mit Präsident Prof. Dr. Teitge.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter der Abteilung Wirtschaft des Distrikts Radom Landgerichtsrat Dr. Kampmann.

13^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

5.9.1944

18^{00} Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements im Gotischen Hof des Instituts für Deutsche Ostarbeit unter Leitung des Kapellmeisters Swarowsky.

20^{15} Abendessen. Gäste sind u.a. Generaloberst Harpe und Offiziere seines Stabes.

Krakau

Mittwoch, den 6. September 1944

12^{25} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Präsidenten Dr. von Craushaar den Kreishauptmann Dr. Wendt-Zloczow.

Kreishauptmann Dr. Wendt gibt dem Herrn Generalgouverneur eine kurze Schilderung seiner Erlebnisse während der letzten Tage seines Aufenthaltes in seiner Kreishauptmannschaft. Er weist insbesondere darauf hin, daß die Verwaltung bis zum letzten Augenblick in Wirksamkeit geblieben sei.

Der Herr Generalgouverneur spricht Kreishauptmann Dr. Wendt seinen Dank und seine Anerkennung für sein vorbildliches Verhalten aus.

16^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat Dr. von Streit in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Präsidenten Dr. von Craushaar.

Im Anschluß an die Besprechung, die die Entlassung des Ministerialsrats Dr. von Streit aus seinem bisherigen Amt als Etat-Referent der Hauptabteilung Finanzen zum Gegenstand hat, richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Präsident Dr. Senkowsky:

> Ich habe heute in Anwesenheit des Staatssekretärs der Regierung den Herrn Ministerialrat Dr. von Streit empfangen, der sich bei mir aus Anlaß seiner Einberufung in das Reichsfinanzministerium abmelden wollte. Ich habe erst bei dieser Gelegenheit erfahren, daß Ministerialrat Dr. von Streit dem Reichsfinanzministerium zur Verfügung gestellt worden ist. Ich kann diese Zurverfügungstellung des Herrn

von Streit nicht annehmen, da ich gerade in diesem Augenblick ihn als völlig unentbehrlich ansehe. Ich habe deshalb heute das Ihnen hiermit in Abschrift übermittelte Fernschreiben an den Herrn Reichsfinanzminister gerichtet, von dessen Inhalt ich Sie Kenntnis zu nehmen bitte.

Das Fernschreiben an den Reichsfinanzminister hat folgenden Wortlaut:

Ich bitte Sie dringend, die von Ihnen vorgenommene Einberufung des Ministerialrats Dr. von Streit in das Reichsfinanzministerium bis auf weiteres zurückzustellen, da ich angesichts der sehr schwierig werdenden Etat-Angelegenheiten des Generalgouvernements auf die Kraft des Herrn von Streit auf keinen Fall verzichten kann.

16[35] Besprechung mit Präsident Naumann in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Im Anschluß an die Mitteilung des Präsidenten Naumann, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Lage sei, der Heeresgruppe Nord-Ukraine für verdiente Frontsoldaten gewisse Mengen von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen, richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Generaloberst Harpe:

Sehr geehrter Herr Generaloberst!

Ich habe die grosse Freude, Ihnen mitzuteilen, daß es mir dank der Fürsorge, die der Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Präsident Naumann treffen konnte, möglich ist, Ihnen für eine einmalige Sonderzuteilung an ca. 30 000 verdiente Frontsoldaten der Heeresgruppe Nord-Ukraine folgende Nahrungsmittelmengen zur Verfügung zu stellen:

6.9.1944

30 000 Flaschen Wein,
30 000 kg Weizenmehl,
30 000 " Fleischkonserven,
30 000 " Zucker,
30 000 " Hülsenfrüchte.

Ich freue mich besonders, Herr Generaloberst, Ihnen diese Mengen zur Verfügung stellen zu können, da ich weiss, welche grossen Verdienste Sie und Ihre tapferen Truppen um das Generalgouvernement in den letzten Monaten sich erworben haben.

Präsident Naumann legt dann dem Herrn Generalgouverneur die Muster der neuen Prämienmarken vor, deren Verwendung für die Ernteerfassungsaktion der Herr Generalgouverneur genehmigt.

Weiter teilt Präsident Naumann mit, daß ᛋᛋ-Gruppenführer Fegelein an ihn das Angebot gerichtet habe, 25 nach Kosel in Oberschlesien verbrachte Springpferde an die Waffen-ᛋᛋ zu verkaufen. Falls dieses Angebot angenommen werden sollte, bestände die Gefahr, daß die Pferde von der Wehrmacht beschlagnahmt bezw. in Anspruch genommen werden würden.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Präsident Naumann, auf das Schreiben des ᛋᛋ-Gruppenführers Fegelein zu antworten, daß entsprechend den grossen Erwartungen, die man in die Siege der deutschen Wehrmacht im Osten lege, schon demnächst mit der Zurückführung der Pferde zu rechnen sei und daher jegliche Verfügung darüber unterlassen werden müsse.

Abschliessend bittet Präsident Naumann den Herrn Generalgouverneur, dafür einzutreten, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft 10 Mitarbeiter des Jahres 06 und jünger für die Ernteerfassung bis zum 30. November freigestellt erhalte.

6.9.1944

Der Herr Generalgouverneur will diese Frage im Einvernehmen mit Gouverneur Dr. von Burgsdorff entschieden wissen.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Oberregierungsrat Dr. Coblitz zur Verabschiedung.

17^{20} Pressechef Gassner stellt dem Herrn Generalgouverneur den Vertreter des Graf Reischach-Pressedienstes Schriftleiter Portner vor, der sich z.Zt. im Generalgouvernement aufhält und Bericht über die Schanzarbeiten und die Beteiligung politischer Leiter aus dem Reich an diesen Arbeiten erstattet.

18^{00} Besprechung mit Staatssekretär Koppe und Pressechef Gassner.

Wie Staatssekretär Koppe dem Herrn Generalgouverneur mitteilt, will Oberdienstleiter Tießler in der Krakauer Zeitung eine Notiz veröffentlicht wissen, nach welcher ein Bereichsleiter Lindau mit sofortiger Wirkung zum Bevollmächtigten des Reichsleiters Bormann für die Grenzbefestigungen der gesamten Ostfront ernannt worden sei. Diese Nachricht sei aber irreführend und könne schon mit Rücksicht darauf nicht veröffentlicht werden, daß Gauleiter Koch dagegen entschieden protestieren würde.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß von einer Veröffentlichung dieser Notiz Abstand genommen werde, und erklärt sich bereit, mit Oberdienstleiter Tießler noch über diese Frage zu sprechen. Gegebenenfalls könnte eine solche Notiz in die "Deutsche Wacht" aufgenommen werden.

IV/8 Krakau

Donnerstag, den 7. September 1944

Keine besonderen Vorkommnisse.

Krakau

Freitag, den 8. September 1944

11[00] Besprechung mit dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs I. Staatsanwalt Dr. Meidinger, Referent von Palézieux und Musikreferent Walter Bader.

Im Anschluß an diese Besprechung trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1) Ab sofort tritt der Referent für Musikerziehung in der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements Walter Bader in die Kanzlei des Generalgouverneurs ein.
2) Er wird stellvertretender Referent für Kunst- und Bauwesen in der Kanzlei des Generalgouverneurs und in dieser Eigenschaft dem Referenten von Palézieux unmittelbar unterstellt. Referent Bader übernimmt im Falle der Behinderung des Herrn von Palézieux seine Vertretung.
3) In seiner Stellung, seinem Rang und seinen Einkünften wird für Referent Bader durch diese Einrichtung in der Kanzlei des Generalgouverneurs keinerlei Nachteil erstehen.
4) Der Chef der Kanzlei I. Staatsanwalt Dr. Meidinger wird von dem Herrn Generalgouverneur beauftragt, die notwendigen dienstlichen Maßnahmen zur Durchführung dieser Regelung zu treffen.

11[30] Besprechung mit Präsident Dr. von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Präsidenten Dr. von Craushaar Kenntnis von einem Fernschreiben, das Reichsführer SS Himmler in der Angelegenheit der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze an den Herrn Generalgouverneur gerichtet hat. In diesem

8.9.1944

Fernschreiben wird allen dem Reichsführer ᛋᛋ unterstehenden Dienststellen mitgeteilt, daß zunächst für die Dauer des Stellungsbaues die Zoll- und Polizeigrenze an die Berta-Linie vorverlegt wird, und ihnen aufgegeben, den Vollzug des Befehls bis zum 10.September zu melden. Gleichzeitig wird in dem Fernschreiben festgestellt, daß diese aus praktischen Gründen befohlene Regelung keine Gebietsänderung zwischen dem Gau Oberschlesien und dem Generalgouvernement bedeute oder bedeuten werde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. von Craushaar, daß auch nach seiner Meinung eine Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze für das Generalgouvernement wirtschaftlich zu den größten Schwierigkeiten führen werde.

Der Herr Generalgouverneur richtet im Anschluß an diese Besprechung ein Fernschreiben an Reichsführer ᛋᛋ Himmler, in welchem er gegen die beabsichtigte Maßnahme der Grenzvorverlegung im Hinblick auf die ungeheuren wirtschaftlichen und politischen wie verwaltungstechnischen Unmöglichkeiten, die mit dieser Vorverlegung der Grenze verbunden sind, scharfen Protest einlegt. Weiter stellt der Herr Generalgouverneur in diesem Fernschreiben fest, daß nach den wiederholten Versicherungen des Gauleiters Bracht dieser niemals den Antrag auf Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze gestellt habe. Auch der Befehlshaber des Wehrkreises VIII Generaloberst Koch-Erpach habe kürzlich bei einer eingehenden Aussprache auf der Burg ausdrücklich erklärt, daß er an einer Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze für die Zwecke des Stellungsbaues nicht das geringste Interesse habe, da es für ihn vom Standpunkt des Stellungsbaues aus genüge, die notwendigen technischen Sicherungen, die er ohne Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze vornehmen könne, durchzuführen. Wenn wirklich, so meint der Herr General-

gouverneur, an der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze mit ihren katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen festgehalten werden sollte, dann werde für eine irgendwie geordnete verantwortungsbewußte Verwaltung des einheitlichen Raumes Generalgouvernement kein Platz mehr sein.

Der Herr Generalgouverneur bittet in dem Fernschreiben den Reichsführer ## Himmler, die Maßnahme zunächst zu vertagen und eine gemeinsame Besprechung der Angelegenheit unter den beteiligten Faktoren anzusetzen.

Eine Abschrift dieses Fernschreibens wird dem Reichsminister Dr. Lammers zugeleitet.

16^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Eichholz.

19^{00} In der Angelegenheit der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement richtet der Herr Generalgouverneur ein streng persönliches Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers in welchem er darum bittet, die Entscheidung des Führers herbeizuführen.

Krakau

Samstag, den 9. September 1944

10^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Dr. von Craushaar den Landkommissar Hauptmann der Reserve Wolf-Worochta.

12^{00} Besprechung mit Bankdirigent Präsident Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die Tresors der Emissionsbank in Warschau unbeschädigt vorgefunden worden seien. Die Banditen hätten vor allem auch nichts gewaltsam zerstört oder übernommen. Auch die Wehrmacht habe mit ihren Sprengungen keine Beschädigungen an der Emissionsbank herbeigeführt. Sämtliche Werte des Tresor--Inhalts könnten geborgen werden.

Weiter geht Bankdirigent Dr. Paersch auf die Räumung der Emissionsbank ein und legt dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben des Reichswirtschaftsministers Funk vor, das dieser am 26. August 1944 - 2197/44 g - an den Herrn Generalgouverneur in dieser Angelegenheit gerichtet hat. In diesem Schreiben werde zwar den Vorschlägen des Herrn Generalgouverneurs vollinhaltlich zugestimmt, es aber doch für notwendig gehalten, mit den Wehrmachtsdienststellen wegen der Mitnahme der Notenreserven und Druckstöcke eine Verbindung aufzunehmen. Er, Bankdirigent Dr.Paersch, habe dieserhalb mit Staatssekretär Dr. Bühler gesprochen. Dieser habe Bedenken dagegen geäußert, mit den örtlichen Wehrmachtsdienststellen darüber zu sprechen, weil sie die Dinge nicht übersehen könnten und nur in Berlin zurückfragen würden. Er halte deshalb eine Rücksprache mit dem OKH für zweckmässig.

Bankdirigent Dr. Paersch nimmt Gelegenheit, diese Angelegenheit nochmals vorzutragen, und weist gleichzeitig darauf hin, daß in den bisher praktisch gewordenen wichtigen Fällen - Frankreich und Belgien - die Mitnahme der Druckstöcke nicht habe erreicht werden können. Entsprechendes gelte für die vollen Notenreserven.

Der Herr Generalgouverneur hält die Rücksprache mit der Wehrmacht nicht für wichtig. Er habe ja deshalb auch die Auffassung vertreten, daß die Angelegenheit erledigt sei. Er empfiehlt dem Bankdirigenten Dr. Paersch die Anfertigung eines Aktenvermerkes hierüber und die Übernahme des Vorganges zu den Akten.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann dem Bankdirigenten Dr. Paersch Kenntnis von der beabsichtigten Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze des Reiches in das Generalgouvernement. Diese Angelegenheit sei immer noch in der Schwebe. Er bitte deshalb Bankdirigent Dr. Paersch, durch Reichswirtschaftsminister Funk zu veranlassen, daß gegen diese Maßnahme Einspruch erhoben wird.

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt sich bereit, einen entsprechenden Schritt zu unternehmen.

12^{20} Polizeihauptmann Zisenis erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die militärische Lage an der Ostfront.

16^{15} Vorführung des Schumann-Filmes "Träumerei" im Türkenzelt der Burg.

Sonntag, den 10. September 1944

11^{45} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers:

Ich bin leider noch ohne Antwort auf mein vorgestriges Fernschreiben. Die Zoll- und Polizeigrenze wurde heute gewaltsam ohne meine Zustimmung und ohne Rücksicht auf meinen Protest und die eingehenden Darlegungen aller sachlichen Argumente, die diese Zerreissung eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsgebietes in dringendster Stunde notwendigerweise als schwerste Gesamtschädigung verurteilen, in das Gebiet des Generalgouvernements vorverlegt. Damit hat für mich die Möglichkeit verantwortlichen Wirkens in diesem Raume aufgehört. Ich bitte daher dringendst um die Entscheidung des Führers.

Donnerstag, den 14. September 1944

11^{30} Der Herr Generalgouverneur richtet ein Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers, in welchem er nochmals zu der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement Stellung nimmt.

12^{30} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

12^{45} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

14^{50} Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Leiter des Personalamtes in der Regierung des Generalgouvernements Regierungsrat Frhr. von Medem anlässlich seiner Einziehung zum Wehrdienst sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift und spricht ihm bei dieser Gelegenheit seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vortreffliche Arbeit aus.

15^{10} Staatssekretär Dr. Bühler gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über die nachteiligen wirtschaftlichen und politischen Folgen der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement.

15^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg mehrere Ritterkreuzträger und Inhaber anderer hoher Kriegsauszeichnungen. Er richtet dabei folgende Ansprache an sie:

Meine Kameraden! Die Burg zu Krakau ist das letzte Bollwerk, die letzte Bastion der deutschen Führung im Osten. Sie können ermessen, was es für mich bedeutet, von dieser Burg, in die wir vor nunmehr fast 5 Jahren eingezogen sind, mit dem Blick in das weite Land die Geschicke des Generalgouvernements zu leiten und feststellen zu müssen,

daß von hier aus einmal die Front und die deutsche Macht sich beinahe bis zum Kaukasus erstreckten. Daher ist mit dieser Vorstellung der deutschen Führung und der deutschen Burg zu Krakau ein ausgesprochen politisches Symptom verbunden. Solange hier noch die Flagge des Reiches weht, so lange ist eine Urzelle vorhanden, von der aus man dem deutschen Volk im Osten wiederum den Lebensraum erkämpfen kann.

Der Blick von dieser Burg ist daher im gegenwärtigen Zeitpunkt ein sehr ernster. Er ist aber auch gerade deshalb, weil wir auf dieser Burg durch viele Jahrhunderte hindurch die deutsche Führung verfolgen können, immer wieder ein Hoffnung tragender. Immer wieder waren deutsche Fürsten hier im Lande, und der bekannteste von ihnen war August II., der Starke, der öfter auf dieser Burg weilte, Deutsche Baumeister, deutsche Künstler, Handwerker, Kaufleute und andere haben sich hier immer wieder durchgesetzt und durchgehalten.

So ist es denn auch unser fester Glaube, daß diese Burg zu Krakau, dieses ganz grosse Stück deutschen Ostens und Ostwesens, in deutscher Hand bleiben wird. Auf dieser Burg ist praktisch nichts polnisch: die Fundamente der Burg sind deutsch, der Ausbau war deutsch und italienisch. Was Sie hier sehen, ist nicht polnischen Ursprungs. Das einzig Polnische an der Burg sind die Öfen, die teilweise aber auch nach italienischem Muster geschaffen worden sind. Vor 5 Jahren etwa haben wir die Burg in völlig verwahrlostem Zustande übernommen. Die Polen selbst hatten hier geraubt und geplündert. Wir haben uns dann im Laufe der Jahre bemüht, dafür zu sorgen, daß eine repräsentative Stätte des deutschen Reiches und seiner Führung hier im Osten entsteht.

14.9.1944

Meine Kameraden! Ich heisse Sie bei uns willkommen. Die Frage,die uns alle heute bewegt, ist nur die: Wie wird es mit letzter grosser, gewaltiger Kraftanstrengung gelingen, dem vereinten Ansturm unserer Feinde gegen unsere Fronten irgendwie ein Paroli zu bieten? Aber es kann kein Zweifel sein, und ich bin der festen Überzeugung, daß im Osten wie im Westen wieder ein Wall aufgerichtet werden wird, der dem Vordringen der Feinde Widerstand leistet.

Meine Kameraden! Sie haben durch den Einsatz Ihres Lebens und durch Ihre Tapferkeit Ihre besondere Bewährung dargetan und damit dem Führer und seiner Armee eine stolze Freude bereitet. Die Burg zu Krakau ist dankbar für Ihren Besuch. Diese alten grauen Mauern, die von deutscher Grösse und deutscher Arbeit zeugen, sind glücklich darüber, daß junge deutsche Helden in ihrer Mitte weilen.

15^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner.

18^{00} Serenade im Gotischen Hof des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

Freitag, den 15. September 1944

11[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant der Flieger Reimann.

Generalleutnant Reimann stellt sich dem Herrn Generalgouverneur als neu ernannter Flak-Kommandant in Krakau vor. Er berichtet über die gegenwärtige Lage auf dem Gebiet der Flak-Artillerie und weist dabei auf die Schwierigkeiten seiner Aufgabe hin. - Er bittet dann den Herrn Generalgouverneur, vor den Offizieren seines Korps zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dazu bereit.

11[10] Besprechung mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei ᛋᛋ-Oberführer Bierkamp.

ᛋᛋ-Oberführer Bierkamp entschuldigt sich zunächst wegen der Angelegenheit der sogenannten Lastkraftwagenfahrt nach Mün-chen und gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß dieser Fall aufgeklärt worden sei. Damit sei die Angelegenheit für ihn erledigt.

Eine allgemeine politische Aussprache mit dem Chef der Sicherheitspolizei führt zu einer völligen Übereinstimmung in allen Punkten. Dabei gibt ᛋᛋ-Oberführer Bierkamp vor allem der Meinung Ausdruck, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, in dem die von dem Herrn Generalgouverneur schon seit langen Jahren verfochtene grundsätzliche Änderung der Polenpolitik in die Tat umgesetzt werden könne.

ᛋᛋ-Oberführer Bierkamp berichtet dann über den Fall des Stadthauptmanns Dr. Krämer. Gegen Stadthauptmann Dr. Krämer sei eine ganze Reihe von Vorwürfen teils erheblicher, teils völlig unerheblicher Art erhoben worden. Er mache aber darauf aufmerksam, daß er ein Verfahren nicht einleiten könne, da Stadthauptmann Dr. Krämer Mitglied des Reichstages sei.

15.9.1944

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß ♯-Oberführer Bierkamp zunächst vertraulich mit Stadthauptmann Dr. Krämer alle gegen ihn gerichteten Angriffe durchsprechen solle. Auf Grund des Eindrucks, den ♯-Oberführer Bierkamp im Verfolg dieser Aussprache gewinne, solle dann der endgültige Weg des weiteren Verfahrens erörtert werden.

11[35] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

Die beiden Staatssekretäre erstatten dem Herrn Generalgouverneur Bericht aus ihren Ressorts.

Staatssekretär Koppe berichtet über seine Reise zu Gauleiter Greiser. Dieser habe ihn gebeten, dem Herrn Generalgouverneur freundlichste Grüsse auszurichten. Gauleiter Greiser habe betont, daß er keineswegs gewillt sei, sich in die Belange des Generalgouvernements einzumengen; er lege im Gegenteil größtes Gewicht auf die Erhaltung des Generalgouvernements, da es auch für ihn in seiner nicht einfachen Lage im Warthegau von größter Bedeutung sei. Gauleiter Greiser habe lediglich in der äusserst kritischen Hochspannungslage des Warschauer Aufstandes und des Vordringens der Russen einige Sicherheitskommandos in den Distrikt Warschau entsendet, die aber mittlerweile wieder zurückgezogen worden seien. Ein Kreisleiter, der sich dabei sehr ungebührlich benommen habe, sei von Gauleiter Greiser persönlich zurückberufen worden. Im übrigen sei diese Angelegenheit erledigt, und Gauleiter Greiser sei zu jeder Form der Zusammenarbeit bereit.

Staatssekretär Koppe teilt dem Herrn Generalgouverneur weiter mit, daß Generalmajor von Xylander von der Heeresgruppe Nord-Ukraine gelegentlich eines Besuches den Wunsch übermittelt habe, angesichts der ausserordentlich ernsten Ersatzlage einige hundert Sonderdienstmänner sofort der Heeresgruppe

zur Verfügung gestellt zu halten.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt zunächst die Zurverfügungstellung von 200 Sonderdienstmännern für den aktiven Frontdienst, die Staatssekretär Koppe aus dem Lager in Radom nehmen solle. Der Herr Generalgouverneur verfügt aber gleichzeitig, daß vor Abgabe dieser 200 Männer des Sonderdienstes noch eine Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr. Hammerle im Zusammenhang mit dem Gesamtproblem der Überführung des Sonderdienstes in die Wehrmacht anlässlich des letzten Schreibens des Generalfeldmarschalls Keitel stattfinden solle. In dieser Besprechung soll dann auch die Frage der sofortigen Abgabe von 200 Sonderdienstmännern erörtert und erledigt werden.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet über die überaus schädlichen Auswirkungen der neuerdings vorgenommenen Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Gebiet des Generalgouvernements unter Vorlage einer vorläufigen schriftlichen Stellungnahme. Er kündigt weitere Berichte an.

Gegenstand der Besprechung ist weiter der Komplex des Lagers Majdanek bei Lublin. Von diesem Lager werde, wie der Herr Generalgouverneur betont, z.Zt. in der Weltpresse in ganz grosser Aufmachung gesprochen und unter Bezugnahme auf dieses Lager gegen Deutschland gehetzt.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt fest, daß über diese Angelegenheit der Regierung des Generalgouvernements nichts bekannt sei, da sie keinen Einblick in solche Lager irgendwann einmal besessen habe, da diese Lager grundsätzlich ausschließlich und direkt von der Berliner SS- und Polizeizentrale eingerichtet, geleitet seien und in ihrer Gesamtführung, der Verwaltung und ihrem Gesamtgeschehen lediglich von den Berliner Zentralstellen verantwortet werden müssen. Die Anberaumung einer Regierungssitzung

zur Besprechung dieses Themas sei aber inopportun; man müsse sich mit dieser Feststellung begnügen.

Der Herr Generalgouverneur stimmt dieser Auffassung zu, bestätigt auch, daß die Regierung des Generalgouvernements und alle Dienststellen einschl. des Distrikts Lublin keine Verantwortung für dieses Lagergeschehen träfe, da sie ausschließlich bei dem früheren Höheren SS- und Polizeiführer Krüger, bezw. bei den zuständigen Reichsinstanzen liege.

12^{35} Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schumburg.

Botschaftsrat Dr. Schumburg teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er auf Wunsch des Staatssekretärs Dr. Bühler vor einigen Tagen vor den Botschaftern und Gesandten des Auswärtigen Amtes über die Polenpolitik berichtet und dabei die Grundsätze des Herrn Generalgouverneurs vorgetragen habe. Er sei mit seinen Ausführungen auf grosses Verständnis und auf Zustimmung gestossen. - In der Frage Warschau sehe er der weiteren Initiative entgegen und glaube, daß es vielleicht doch möglich sei, die unter General Bor kämpfenden Aufständischen angesichts des völligen Versagens Englands, Amerikas und der Sowjetunion in der Polenfrage durch ein vernünftiges Waffenstillstandsangebot nach den vom Generalgouverneur vorgeschlagenen Bedingungen auf die Seite der Deutschen zu bekommen. Im übrigen stehe jetzt die Polenpolitik irgendwie im Mittelpunkt der gesamten europäischen Interessen.

12^{40} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky.

Präsident Dr. Senkowsky gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Generalgouvernements, die sich im allgemeinen durchaus günstig vollziehe. Es sei fast ein Wunder zu nennen, wie pünktlich trotz

der Schwierigkeiten des Landes die Steuern eingingen und auch die Einnahmen aus den Monopolen durchaus in gesunder Stabilität aufrechterhalten werden könnten. Auch seien bisher keinerlei Etat- oder Kassenschwierigkeiten in Erscheinung getreten.

Weiter berichtet Präsident Dr. Senkowsky von den Verhandlungen, die er in den letzten Tagen mit dem Leiter der Reichstabakverwaltung geführt habe. Demnach werde die Produktion des Generalgouvernements auf dem Gebiet des Zigarren- und Zigarettenkonsums entsprechend den Ziffern des Reiches reduziert. Aber diese Ziffern würden sich, da ja das Gebiet des Generalgouvernements z.Zt. auf weniger als die Hälfte reduziert sei, doch so auswirken, daß im allgemeinen der Bedarf aus Eigenem gedeckt werden könnte. Im übrigen hätten die Monopolbetriebe des Generalgouvernements noch für 10 Monate Vorräte.

13^{05} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch, sich unverzüglich der Belange des Staatstheaters des Generalgouvernements anzunehmen. Aus den Kreisen der Schauspieler seien Beschwerden darüber laut geworden, daß der Generalintendant sich nicht mehr so recht um die persönlichen Belange der Künstler kümmere.

Der Herr Generalgouverneur wünscht auch eine besondere Betreuung der Philharmonie des Generalgouvernements. Er weist darauf hin, daß der kommissarische Chefdirigent Swarowsky ihm eine kleine ausserordentliche Lebensmittelzuwendung für die Orchestermitglieder vorgeschlagen habe. Angesichts des braven und treuen Verhaltens der Orchestermitglieder könne er eine solche Zuwendung sofort genehmigen.

Für die Zwecke des Ausbaues des Rundfunks und des Orchesterwesens des Generalgouvernements genehmigt der Herr Generalgouverneur die Abstellung einer Reihe von Künstlern aus dem Reich. In Aussicht genommen seien

15.9.1944

dafür z.B. Julius Patzak, Karina Kutz, Michael Bohnen und andere.

13[10] Der Herr Generalgouverneur richtet an Reichsminister Dr. Lammers nochmals ein Fernschreiben, in welchem er darauf hinweist, daß die Zustände infolge der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in ihrer Unhaltbarkeit sich allmählich zu einer wahrhaften Katastrophe entwickeln. Es wird berichtet, daß infolge des Einfliessens von Reichsmark ein lebhafter Schleichhandel eingesetzt habe und daß in dem Zwischengebiet, in dem zwar formal die Zloty-Währung aufrechterhalten sei, die Reichsmark aber nunmehr ungehinderten Eintritt habe, ein illegaler Geldverkehr stattfinde.

16[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Direktor des Statistischen Amtes des Generalgouvernements Dr. Müller zur Verabschiedung. Er spricht bei dieser Gelegenheit Dr. Müller seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus.

19[45] Vortrag des Stabsarztes Prof.Dr. Mikorey im Leichterkrankten-Kriegslazarett III über das Thema:

"Die Bedeutung der Panik für den Krieg!"

Im Anschluß an den Vortrag kameradschaftliches Beisammensein, an dem neben dem Herrn Generalgouverneur Generaloberst Harpe, Generalstabsarzt Dr. Kittel und Generalmajor von Xylander teilnehmen.

22[10] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

Samstag, den 16. September 1944

11^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

12^{35} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

13^{00} Mittagessen, an dem teilnehmen Generalstabsarzt Dr. Kittel, Präsident Prof.Dr.Teitge, Stabsarzt Prof. Dr. Mikorey. Prof. Dr. Lauber, Stabsarzt Prof. Dr. Heilmeyer und einige Wehrmachtsärzte.

Sonntag, den 17. September 1944

10^{30} Der Herr Generalgouverneur diktiert anhand einer Urkunde aus dem Jahre 1529 eine Erzählung, die das Leben der Alonsa-Sposares-Aguirre zum Gegenstand hat.

13^{15} Mittagessen, an dem teilnehmen Chefdirigent Swarowsky, Kapellmeister Erb, Konzertmeister Sonnleitner und Frau sowie Referent Bader.

15^{45} Fortsetzung des Diktates.

IV/8 Krakau

Montag, den 18. September 1944

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe unddem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle.

IV/8 Krakau

Dienstag, den 19. September 1944

Keine besonderen Vorkommnisse.

Mittwoch, den 20. September 1944

9^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Tarnow und Okocim zur Besichtigung der Stellungsbauten.

19^{00} Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Chefdirigenten Swarowsky.

IV/8 Ghetto 1 Krakau

Donnerstag, den 21. September 1944

10^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zu Generaloberst Harpe, dem er seinen Glückwunsch zum Geburtstage ausspricht.

12^{20} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

12^{25} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

12^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{45} I. Staatsanwalt Dr. Meidinger stellt dem Herrn Generalgouverneur den Landgerichtsrat Schüler als neuen Referenten der Kanzlei des Generalgouverneurs vor.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes Dr. Wyss-Genf. Anwesend sind bei diesem Empfang Präsident Dr. von Craushaar, Präsident Prof. Dr. Teitge, Botschaftsrat Dr. Schumburg, Legationsrat Janz und Gesandtschaftsrat Standacher.

Dr. Wyss, der mit Präsident Prof. Dr. Teitge und den beiden Beauftragten des Auswärtigen Amtes das Durchgangslager Bruszkow besichtigt hat, in dem aus Warschau geflüchtete Polen untergebracht sind, schildert die Eindrücke, die er von dem Lager gewonnen hat. Er kann feststellen, daß von deutscher Seite alles getan worden ist, um das Los der Geflüchteten nach Möglichkeit zu erleichtern.

In diesem Zusammenhang teilt Präsident Prof. Dr. Teitge mit, daß doch wohl etwa 500 000 Menschen aus Warschau herausgekommen seien. Er weist darauf hin, daß die vom Internationalen Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Liebesgaben von der Dienststelle

des hiesigen Roten Kreuzes verteilt würden. Die Delegation sei übrigens auch zu den Stellungsbauten gefahren und habe dort die Polen bei ihrer Arbeit beobachten können; überall sei sie von den polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen freudig begrüßt worden.

Auch die beiden Vertreter des Auswärtigen Amtes Legationsrat Janz und Gesandtschaftsrat Standacher haben den Eindruck gehabt, daß in dem Lager Bruszkow für die z.Zt. dort untergebrachten 42 000 Polen, Männer, Frauen, Kinder und Greise, alles getan werden was noch möglich sei, um ihr Los zu lindern.

Der Herr Generalgouverneur spricht der Delegation und vor allem dem Delegierten Dr. Wyss seinen Dank und seine Anerkennung für ihr Wirken aus; er gibt der Genugtuung darüber Ausdruck, daß es wenigstens bis zu einem gewissen Grade gelungen sei, den Geflüchteten zu helfen, die durch das Verbrechen und den Wahnsinn des Aufstandes in Warschau in diese furchtbare Lage gekommen seien.

13^{10} Mittagessen, an dem die obengenannten Herren teilnehmen.

Freitag, den 22. September 1944

10^{30} Besprechung mit Präsident Dr. Eichholz.

Präsident Dr. Eichholz berichtet dem Herrn Generalgouverneur zunächst von der Unterbringung der Krakauer Schulkinder in Kostenetz (Protektorat Böhmen und Mähren). Der Umstand, daß dieser neue Standort der Krakauer Oberschule sich nahe an der slowakischen Grenze befinde, gebe vorläufig zu Befürchtungen keinen Anlaß. Auch die Oberschule Zakopane sei in einem Ort des Böhmer Waldes unmittelbar an der Bayrischen Ostmark günstig untergebracht. Oberschulrat Dr. Pattscheider habe jedoch den Wunsch geäussert, daß diese Schulen möglichst an die Grenze des Reiches verlegt würden. Die Volkschulen des Generalgouvernements, die verlegt worden seien, seien nicht in eigenen Lagern untergebracht, sondern bestehenden Lagern angeschlossen worden. In den Westkreisen des Distrikts Radom befänden sich noch ungefähr 3000 deutsche Schulkinder aus den Kreisen Tomaczow und Petrikau. Er werde feststellen lassen, ob sie für den Fall, daß auch diese Gebiete geräumt werden müßten, in das Protektorat gebracht werden könnten. Die bisherige Mädchenoberschulen seien zu einer Oberschule zusammengefaßt worden.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt die Leiter der Antibolschewistischen Liga Broderski und Skiwski in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch.

In der anschliessenden Besprechung nimmt der Herr Generalgouverneur Gelegenheit, auf alle die Polenpolitik angehenden Fragen einzugehen. Dabei gibt er seiner grossen Enttäuschung darüber Ausdruck, daß gerade in einer Zeit, in der sich eine allgemeine Befriedung der polnischen Verhältnisse anzubahnen

schien, in Warschau ein Aufstand ausgebrochen sei, der unsägliches Elend über die Warschauer Bevölkerung gebracht habe. Wäre es gelungen, den Aufstand noch rechtzeitig zu liquidieren, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, die Front vor Praga noch stärker aufzubauen. Die Verhandlungen, die mit der Führung der Aufständischen eingeleitet worden seien, seien von der Gegenseite offenbar nur als Scheinverhandlungen geführt worden; denn die Kapitulation sei später mit Hohn abgelehnt worden.

Broderski gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß in der Polenpolitik der letzten Jahrzehnte zahlreiche grosse Fehler von der polnischen Regierung gemacht worden seien. Die Einsicht von dem, was dem polnischen Volke hätte nützen können, habe sich leider nicht durchgesetzt.

Der Herr Generalgouverneur macht dann den beiden Vertretern der Antibolschewistischen Liga von seinem Plan Mitteilung, am 26. Oktober d.J. eine Verordnung über die positive Teilnahme von Vertretern der polnischen Bevölkerung an der Verwaltung des Generalgouvernements bekanntzugeben. ±)

11^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Dr. von Craushaar den bisherigen Kreishauptmann Busse-Hrubieszow, der dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht über seine Erlebnisse in den letzten Tagen seines Aufenthaltes im Kreise Hrubieszow gibt.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Burghof eine Anzahl polnischer Männer und Frauen, die für Schanzarbeiten eingesetzt sind.

Staatssekretär Koppe gibt nach einem kurzen Überblick über die Tätigkeit der im Stellungsbau beschäftigten polnischen Männer und Frauen seiner Ge-

±) s.Besprechung vom 4.9.1944.

nugtuung Ausdruck, daß sich die polnische Bevölkerung in so grosser Zahl an diesen Arbeiten beteilige. Jetzt seien schom über 183 000 Menschen bei den Stellungsbauten beschäftigt. Diese polnischen Männer und Frauen seien zum größten Teil freiwillig gekommen, nur wenige hätten unter Zwang herangeführt werden müssen. Die jetzt länger als 7 Wochen ununterbrochen eingesetzten Polen hätten in jeder Hinsicht ihre Pflicht erfüllt und gute Leistungen vollbracht. Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Ich danke Euch, daß Ihr zu mir gekommen seid. Ich habe mit grosser Freude von Eurem Fleiß gehört und habe die Deputation empfangen, um durch diesen Empfang den 250 000 Polen und Polinnen im ganzen Lande zu danken, die nun seit Tagen und Wochen brav und fleissig ihre Pflicht im Stellungsbau erfüllen. Ich habe aus allen Berichten gehört und habe mich auch selber an den Baustellen davon überzeugt, wie fleissig die Arbeit vor sich geht. Ich habe dem Führer davon Mitteilung gemacht, und er hat mich beauftragt, dem polnischen Volke des Generalgouvernements seine besondere Anerkennung und Dankbarkeit für diese hervorragende Leistung zum Ausdruck zu bringen. So grüsse ich denn in diesem Augenblick im Namen des Führers das fleissige, brave, arbeitende polnische Volk.

Es handelt sich jetzt um den Schlußkampf gegen den Bolschewismus. Wir haben nach wie vor den festen Glauben und die feste Überzeugung, daß es uns bald gelingen wird, mit diesem bolschewistischen Weltfeind siegreich abzurechnen. Wir haben bereits neue Waffen und neue Divisionen, die schon in kurzer Zeit das Schicksal wieder auf unserer Seite günstig stimmen werden. Durch diese Gemeinschaftsarbeit von Deutschen und Polen im Generalgouvernement bereitet

sich auch eine neue Stimmung im Verhältnis der beiden Völker grundsätzlich vor. Meine seit Jahren verfolgte Absicht, den inneren Frieden dieses Raumes durch eine gerechte Verteilung aller Rechte und Pflichten auch der polnischen Bevölkerung gegenüber durchzusetzen, wird schon in den nächsten Wochen zur Tat werden. Jetzt handelt es sich darum, daß Ihr in diesen gemeinsamen Arbeiten ausharrt in Disziplin, Treue und Gehorsam. Wir müssen nun die letzte Kraft aufbieten, um hier einen Schutzwall für Deutsche und auch Polen aufzurichten und damit die deutsche und polnische Kultur vor der bolschewistischen Zerstörung zu bewahren.

Ich danke Euch daher. Ihr könnt sagen, daß Ihr auch für Euer Volk brav gearbeitet habt. Indem ich Euch den Dank des Führers übermittle, grüsse ich Euch auf der Burg zu Krakau und wünsche, daß Ihr gesund bald wieder Eure Arbeit aufnehmen könnt.

Mein besonderer Dank gilt aber den polnischen Frauen und Mädchen, die sich unter Einsatz ihrer Kräfte in den Dienst der Sache gestellt haben. Aus dieser gemeinsamen Arbeit von Deutschen und Polen wird Segen in alle Zukunft erblühen.

Anschliessend richtet noch der Vertreter der Antibolschewistischen Liga Roderski in polnischer Sprache einige Worte an die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen, für die dann ein Eintopfessen gegeben wird.

15^{30} Abteilungsleiter Jaenicke meldet sich bei dem Herrn Generalgouverneur zur Verabschiedung aus Anlaß seiner Einziehung zum Wehrdienst.

16^{10} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

5

22.9.1944

17[05] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Staatssekretär Dr. Boepple, und Präsident Dr. von Craushaar.

Staatssekretär Dr. Boepple gibt dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über die Unterbringung der Dienststellen der Regierung des Generalgouvernements in verschiedenen Orten Schlesiens. Alles in allem seien in diesen Ausweichstellen noch etwa 250 Personen beschäftigt.

Da die Frage des Herrn Generalgouverneurs wie lange die Arbeit der Abwicklung in diesen Ausweichstellen noch fortgesetzt werden müsse, nicht erschöpfend beantwortet werden kann, verfügt der Herr Generalgouverneur die Aufstellung eines Regulativs für die Aufträge, die von diesen Stellen noch zu erledigen sind, bezw. für die Aufgaben, die von den einzelnen Behörden noch erfüllt werden müssen. Dieses Regulativ soll sofort ausgearbeitet, und aus ihm soll ersichtlich werden:

1.) Welche Aufgaben haben die allgemeinen Behörden der Regierung noch zu erfüllen?
2.) Welche Aufgaben sind noch in den Distriktsbehörden zu erledigen?
3.) Welche Aufgaben haben die Kreishauptmannschaften noch zu erfüllen?

Der Herr Generalgouverneur wirft dann die Frage auf, ob es möglich ist, von diesen ausserhalb des Generalgouvernements befindlichen Dienststellen einige wieder in das Generalgouvernement zurückzubringen.

Staatssekretär Dr. Bühler erwidert, daß z.B. auf dem Gebiet der Finanzen und Monopole die Verbringung in das Reich sich als ungünstig erwiesen und deshalb Präsident Dr. Senkowsky einige Dienststellen wieder zurückgerufen habe, die jetzt in Zakopane

und Neumarkt arbeiteten. Auch habe er, Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Kundt angewiesen, Quartiere für diesen Zweck zur Verfügung zu halten.

Der Herr Generalgouverneur würde es begrüssen, wenn alle in das Reich verbrachten Dienststellen sofort nach Tschenstochau zurückgenommen werden könnten. Die Verlegung der Dienststellen an verschiedene Orte Schlesiens habe ein grosses Durcheinander verursacht und vor allem im Reich dem Gerücht Nahrung gegeben, daß die Behörden restlos das Generalgouvernement verlassen hätten.

Präsident Dr. von Craushaar bemerkt in diesem Zusammenhang, daß die Dienststäbe im Reich sämtlich kontrolliert würden und Staatssekretär Dr. Boepple überall Besprechungen mit den Stäben gehalten habe. Diese Prüfung habe ergeben, daß im allgemeinen durchaus objektiv und sachlich gearbeitet werde.

Der Herr Generalgouverneur hält es gleichwohl für notwendig, die Behörden des Generalgouvernements nach Möglichkeit aus dem Reich in das Generalgouvernement zurückzunehmen und in Tschenstochau unterzubringen. Dem OKW müsse allerdings mitgeteilt werden, daß er, der Generalgouverneur, sich angesichts der maßlosen Hetze gegen die Regierung des Generalgouvernements ausserstande sehe, auch trotz des Befehls des Führers die Behörden aus dem Generalgouvernement zu entfernen. Jedenfalls müsse zunächst einmal Klarheit darüber geschaffen werden, welche Behörden und welche Personen aus Krakau fortzubringen wär-en. Er würde vorschlagen, daß dieser Personenkreis, der jetzt fortgehe, zunächst nach Tschenstochau gebracht werde. Zu diesem Zweck müsse Tschenstochau freigemacht werden. Was nicht unbedingt als Dienststelle für den 2. Regierungssitz notwendig sei, müsse Tschenstochau verlassen. Ferner werde zu überlegen sein, ob nicht aus Schlesien die eine oder andere Dienst-

stelle nach Tschenstochau zurückzunehmen sei. Bei den Dingen, die in Schlesien bleiben müßten, werde es sich um wertvolles Akten- und Archivgut handeln, daß nicht wieder zurückgebracht werden könne und für dessen Bewachung und Betreuung selbstverständlich Personal zurückbleiben müsse.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, selber ein Programm für die Maßnahmen aufzustellen, die grundsätzlich im Verfolg des Führerbefehls zu treffen sind.

Der in dieser Besprechung erörterte Fragenkomplex soll Gegenstand einer Besprechung bei Staatssekretär Dr. Bühler sein, die der Herr Generalgouverneur für den nächsten Tag unberaumt.

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

I V/8

Krakau

Samstag, den 23. September 1944

11^{30} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers:

Sehr verehrter Herr Dr. Lammers!
Ich erhalte eben Ihr Fernschreiben mit der Entscheidung des Führer. Damit ist die Angelegenheit für mich erledigt, denn die Verantwortungen sind nun klargestellt. Ich hätte ja auch niemals irgendeine Verantwortung für die durch diese Vorverlegung der Zollgrenze in das Gebiet des Generalgouvernements eingetretenen schauderhaften Zustände tragen können.
Ich bitte nur um Beantwortung einer Frage: In der Vorverlegungsregelung hieß es, daß die Zollgrenze vorübergehend vorverlegt würde. Ich bitte ergebenst um Nachricht, welcher Zeitpunkt für die Wiederzurückverlegung in Aussicht genommen ist. Die Beantwortung dieser Frage ist auch für Reichsminister Funk wichtig.
Ich bin im übrigen glücklich, daß der Führer sich so deutlich für die Weiterexistenz unseres alten, so viel geschmähten und doch so braven Generalgouvernements ausgesprochen hat. Das wird hier allgemeine Begeisterung erwecken.

11^{40} Besprechnung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

IV/8

J. 1

23.9.1944

15^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Schulungsburg der NSDAP.

15^{30} Abschluß eines Schulungslehrganges von Offizieren der Luftwaffe.

Generalleutnant Reimann begrüßt den Herrn Generalgouverneur im Namen der Offiziere und dankt ihm herzlich für sein Kommen und seine Bereitwilligkeit, zu den Offizieren zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Rede:

Meine Herren Offiziere der Luftwaffe! Ich bin sehr glücklich und dankbar, daß ich heute Gelegenheit habe, vor Ihnen einige Ausführungen zu machen. Der Krieg - das wissen Sie noch besser als jeder andere - ist in sein schwerstes Stadium eingetreten. Es ist nun so weit, daß die Feinde bis vor wenigen Tagen angenommen haben, es würde ihnen ein neues 1918 gelingen. Es ist kein Zweifel, daß die Verschlechterungen, die die deutsche militärische und allgemeine Situation im Laufe des letzten Jahres erfahren hat, ausserordentlich schwerwiegend sind. Wir haben grosse Teile des Gebietes verloren, das wir noch vor einem Jahr in Händen hatten, und zwar im Osten sowohl wie im Westen und Süden. Wir haben daher wesentliche Einbussen nicht nur an operativen Zonen und an Möglichkeiten der Aufrechterhaltung von militärtaktischen und -strategischen Positionen, sondern auch besonders Verluste erlitten an der Möglichkeit, aus den Fremdländern Arbeitskräfte, Arbeitsleistungen, Rohstoffe, Lebensmittel usw, zu beziehen. Entgegen unseren Erwartungen hat sich leider auch der Luftterror über unseren Städten nicht vermindert, im Gegenteil, er hat sich noch besonders stark gesteigert.

23.9.1944

Die Situation ist mit jenem Punkt vergleichbar, den man in grossen entscheidenden weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen späterhin immer als den kritischen Tiefpunkt bezeichnet.

Es kann nun kein Zweifel sein, daß das deutsche Volk diese ungeheuere Krisis, in die wir durch die Ereignisse insgesamt in jedem Hinblick gekommen sind, nicht so überstanden hätte, wie das der Fall ist, wenn nicht 2 Voraussetzungen gegeben gewesen wären:

1) die Voraussetzung, daß an der Spitze der deutschen Nation und Wehrmacht und der gesamten kriegsmässig einsetzbaren Potenz unseres Volkes militärisch, politisch, wirtschaftlich, sozial usw. ein Mann steht, der nun einmal seinen Namen und die Wucht seiner historischen Persönlichkeit mit diesem Kriegsgeschehen identifiziert, und wenn

2) nicht dieses ganze deutsche Volk zusammengefaßt wäre durch eine grosse weltanschaulich klare antidefätistische Bewegung und politische Führung, die bis in die letzten Ausstrahlungen des Volkes hinein die totale Heranziehung aller, auch der letzten Energien im Dienste dieses Krieges möglich macht. Jede andere Form eines bürgerlichen Staates, ganz gleich, welche Sie sich vorstellen wollen, hätte diese Krisis nicht überstanden.

Nun kommt es aber in der Weltgeschichte noch viel weniger als auf Siege darauf an, daß man solche Krisen sieghaft übersteht. Die Geschichte lehrt, daß grosse Nationen durch grosse Siege, durch grosse ihnen zufallende plötzliche Ausdehnung ihrer Machtpositionen im Gefolge eines glücklichen Kriegsausganges noch nicht deshalb auch irgendwie geistig, seelisch oder ideell stärker geworden sind. Beispiele dafür sind insbesondere die Weltmächte, die vor England in der Geschichte da waren, als da sind Spanien, Holland, Frankreich, die durch Jahrhunderte hindurch einen ungeheueren Zuwachs an Machtausweitung in der ganzen Welt erfuhren, und zwar durch günstige kriege-

rische Ereignisse, durch großzügige kolonialpolitisch geglückte Unternehmungen, und die doch dadurch in keiner Weise stärker wurden. Ja, man konnte sogar feststellen, daß etwa durch die sieghafte Ausweitung des spanischen Territoriums von der iberischen Halbinsel nach Amerika, durch die Ausweitung des holländischen Territoriums nach Südafrika und Indien, des französischen Territoriums nach Nordamerika bis in die letzte Zeit hinein diese Völker mit solchen Ausweitungen einen Schwächekern angenommen haben, weil diese so plötzlich sieghaft eintretenden Expansionen die Folge einer allzu leichten Gewöhnung an die Anschauung mit sich bringen, als ob es nunmehr im Leben nichts weiter mehr bedürfte, als das, was einen durch ein grosses Glück zufiel, in gemütlicher Weise auszubeuten.

Ich sage also: viel wesentlicher ist für das Werden grosser Nationen das Bestehen derartiger entscheidender Krisen. Wir werden sie, naheliegend für uns Deutsche, immer wieder zurückführen auf die Betrachtung des Schicksals Friedrichs des Grossen. Als damals Preussen sich in einem unsagbar kritischen Kriegsstand bewegte, da waren diese Voraussetzungen, was nämlich die klare Führung angeht, gegeben. In den Alten Fritz personifizierte sich das Beste an der preussischen Kraft. Denn nur, weil er da war, er ganz allein, absolut unersetzbar durch ein Kollektiv von anderen oder durch eine Massenstimmung oder eine Partei, nur weil er als Persönlichkeit da war mit der dieser Persönlichkeit besonders eigenen Charakterfülle wertvollster Merkmale,- nur deshalb konnte dieser kritische Tiefpunkt, der etwa im Siebenjährigen Krieg um die Wende des Jahres 1960 eintrat, bestanden werden.

Es ist klar, daß das Bestehen eines solchen kritischen Tiefpunktes dann aber auch eine ungeheure echte, weil gesunde, wirklich totale Errichtung eines neuen staatlichen und politischen Machtgebildes mit sich bringt. Preussen wurde geschaffen durch die Beharrlichkeit, die Zielklarheit und absolut geniale Führungskraft Friedrichs

des Grossen. Es gibt solcher Rückschläge, die, sieghaft bestanden, die eigentlichen Schöpfungsakte grosser Mächte in der Welt darstellen, eine Fülle. Aus der Antike ist das berühmteste Beispiel die Schlacht bei Cannae, die Schlacht, die Hannibal wenige Meilen weg von der römischen Hauptstadt im Jahre 216 v.Chr. schlug. Diese sieghafte Schlacht bedeutete zunächst die völlige Zertrümmerung der militärischen Macht.des alten Rom. Wäre damals in Rom ein Senat oder ein Staatsmann von minderer Qualität gewesen, ein defätistisch angehauchter Kreis von Weichlingen oder sonstigen gleichgültigen Typen, dann würde die Schlacht bei Cannae zu der Entscheidung geführt haben, daß Hannibal und damit das phönizische, man könnte fast sagen: syrisch-jüdische Element in Europa jene Macht erhalten hätte, die dann noch fast 7 Jahrhunderte hindurch von den arisch-europäischen Völkern ausgeübt wurden. Es gibt eine Fülle solcher Beispiele; jeder kann sie sich aus der Geschichte holen.

Ich möchte also kurz sagen: die Geschichte lehrt, daß ein sieghaft bestandener Tiefstpunkt einer kriegerischen Entwicklung von segensreicherer Wirkung ist als irgendwie ein leicht errungener Sieg. Unsere Feinde aus dem Weltkrieg sind das typische Beispiel. Frankreich und selbst Italien waren in diesem Weltkrieg in den Besitz eines Sieges gekommen, der ihnen kraft ihrer eigenen Leistung gerechterweise nicht zugefallen war. Er war ihnen zugefallen durch das Versagen, durch das Nichtbestehen des schöpferisch möglich auswertbaren kritischen Tiefstandes der Entwicklung vom August 1918. Wäre damals statt des Geschreies nach dem Waffenstillstand der Schrei nach der totalen Mobilisierung aller deutschen Kräfte die Parole der Stunde gewesen und wäre es nicht nur eine Parole gewesen, sondern die totale Durchsetzung des Willens, jedes Opfer auf sich zu nehmen, dann wäre der Weltkrieg 1914-18 bestimmt wesentlich anders ausgegangen.

Ich möchte also sagen, daß wir in der Betrachtung des Kriegsgeschehens der damaligen Zeit unsere Gedanken immer hoch aufsteigen lassen müssen. Wir dürfen niemals aus dem Augenblick des Tages, aus verlorenen Positionen, aus der Aufgabe von Quadratmeilen oder Quadratkilometern, aus Abschußzahlen Rückschlüsse ziehen auf die politisch mögliche Beihaltung eines Zeitereignisses. Wenn wir auch ganz offen feststellen, daß wir diesen kritischen Tiefstpunkt erreicht haben oder unmittelbar davor stehen in dem Augenblick, da die Feinde die deutsche Reichsgrenze überschritten haben, so müssen wir doch andererseits auch eingestehen, daß jetzt der absolut entscheidende Punkt gekommen ist, an dem sich nun zeigen wird, ob die Gesamtenergie unseres Volkes fähig ist, sieghaft einer Entwicklung in die Zukunft zuzusteuern, - und daran kann kein Zweifel sein- oder ob der völlige Zusammenbruch kommen würde, was eingetreten wäre, wenn wir eine schwache Regierung hätten.

Es kann nun kein Zweifel sein, daß sich in den Reihen unserer größten und erbittertsten Feinde die Rechnung in der letzten Richtung bewegt. Das zeigt die ganze Weltpropaganda der letzten Wochen, das unausgesetzte Schmieden neuer Parolen, es zeigen die Versuche der Feinde, durch Mord, Terror, Unterdrückung, Zerstörung, durch maßlose wahnwitzige Übertragung des Krieges, seiner Maschinen und Technik auf die friedliche Bevölkerung ihr Ziel zu erreichen. Gerade die beiden Voraussetzungen, die allein es möglich machen, daß aus diesem kritischsten Tiefstand der endgültige Wiederaufstieg beginnt, nämlich erstens der Führer selber und zweitens die klare nationalsozialistische Weltanschauung unseres Reiches, sollten beseitigt werden.

Der 20. Juli war eine dieser Explosionen. Aber der Klüngel, der sich da zusammengetan hatte, hatte mit dem deutschen Offizier nichts zu tun. Es ist ein Beweis, wie sehr doch manche unserer Feinde dies erkannt haben, wie genau sie wissen, daß die Situation unseres Volkes nur davon abhängt, daß wir die beiden Faktoren behalten, mit denen wir allein diese Krise bestehen können, nach deren

Bestehen allerdings dann der deutsche Name und die Legitimation des deutschen Volkes für ein eigenes Weltreich von niemandem mehr wird bestritten werden können. Nachdem der Alte Fritz die Krise von 1760 überstanden hat - freilich durch ein Wunder oder durch das Ereignis, daß die Kaiserin Elisabeth starb, tatsächlich aber deswegen, daß er solange ausharrte, bis dieses Ereignis eingetreten war, - da war niemand mehr in der Welt, der den Spott über die Potsdamer Wachtgarde noch fortsetzte. Von da an war Preussen anerkannt und in die Reihen der europäischen Großmächte aufgenommen. Und als die Krisis bei Cannae bestanden war, da war kein Zweifel, daß nunmehr Rom berechtigt war, den Weg zur Weltmacht zu gehen.

Im übrigen steht wohl fest, daß gerade in der Entwicklung der letzten Wochen und Monate bei den Feinden eine ganz grosse Enttäuschung spürbar wurde. Sie liegt in der Kombination des nicht zusammengebrochenen Deutschlands und des Aufstiegs des bolschewistischen Reiches. Der Vormarsch der Bolschewiken in Rumänien und Bulgarien, so schwarz er für uns ist, ist die Antwort auf die völlig verfehlte politische Konstellation, wie sie Churchill betrieben hat. Nicht für uns ist es so sehr wichtig, was mit Konstantinopel geschieht, für England aber ist die doppelte Anzapfung dieser Position sowohl von Trazien wie vom Kaukasus her eine Bedrohung, ja eine Durchschneidung der Linie von London nach Indien. Die Konferenz von Quebec deutete nach dem wirklichen Inhalt, den Berichterstatter uns übermittelt haben, absolut an, daß zwischen Roosevelt einerseits und Churchill andererseits sich bereits ganz ungeheure Meinungsverschiedenheiten zu entwickeln beginnen. Für England ist der Verlust Konstantinopels oder auch nur der Verlust der politischen Vormachtsposition in Klein- oder Vorderasien eine ungewöhnliche Bedrohung des Empire. Inwieweit sich aus diesen Entwicklungen einmal etwas Positives, etwas für uns Günstiges gestalten wird, steht völlig dahin. Man soll ja nicht

Entwicklungen, die in sich den Keim für Jahrzehnte tragen, in wenigen Tagen und Wochen erwarten.

Aber eines steht fest: aus diesem Krieg, ganz gleich an sich, wie er ausgeht, wird der kommende Weltkrieg der Auseinandersetzung zwischen der bolschewistischen Weltmacht und den angelsächsischen Reichen mit aller Klarheit auferstehen. Eine amerikanische Zeitung hat vor wenigen Tagen eine sehr aufsehenerregende Artikelserie begonnen unter der Überschrift: Der Weltkrieg zwischen Individualismus und Kollektivismus. In dieser geradezu offiziell zu nennenden Formulierung, die auch im Hinblick auf die Kämpfe um die Wiederwahl Roosevelts jetzt sehr beachtlich ist, ist dieses Problem ganz deutlich besprochen. Man sagt: die Zerstörung Deutschlands mag vielleicht für England von größter Wichtigkeit sein, wird auch für die Vereinigten Staaten im Hinblick auf die völlige Andersartigkeit der Anschauungen vor allem in der Rassenfrage von größter Bedeutung sein, aber das eigentliche Problem gilt es noch zu klären, nämlich die Frage: soll nunmehr der Individualismus in dem Sinne, in dem die Vereinigten Staaten ihre Verfassung und Wirtschaft aufgebaut haben, bleiben oder durch den bolschewistischen Kollektivismus allmählich von der entscheidenden Position der Weltpolitik verdrängt werden? Diese Frage kann in diesem Kriege nicht entschieden werden; sie wird aber entschieden werden müssen, denn sie steht über allen.

Solche Stimmen könnte man serienweise mitteilen. Ich habe sie als die markanteste zitiert, weil sie dieses Problem, das auch für uns politisch das wichtigste ist, meines Erachtens am klarsten formuliert. Denn, meine Herren, worum geht es denn? Wenn man den Nationalsozialismus betrachtet, so wird er meistens immer wieder in seiner innenpolitischen Bedingtheit gesehen. Man sieht ihn als eine der grossen genialen Gestaltungen politischen Wollens, von einem überragend grossen Mann geschaffen, um die Lebensprobleme seines Volkes in denkbar bester Weise nützlich und modern zu lösen. Im Nationalsozialismus ist eine Synthese der beiden ganz grossen Ideen gegeben, die das

19. Jahrhundert geschaffen und dem 20. Jahrhundert zur Lösung überlassen hat, der Ideen des Nationalismus und des Sozialismus.

Dieser Nationalsozialismus also war für uns die Rettung vor dem schon 1932/33 drohenden bolschewistischen Einmarsch, und er ist heute für uns die Ausgangsposition für unser gesamtes politisches Wollen. Der Nationalsozialismus wird leider oft zu sehr innenpolitisch gesehen. Man nimmt zu sehr zu ihm Stellung in seiner heutigen Auswirkung, in seinen vielfach durchaus störend in das Einzelleben eingreifenden Formen. Man kritisiert an seinen äusseren Erscheinungsbildern herum und den Notwendigkeiten, die mit einem einheitlich zu führenden autoritären Prinzip verbunden sind, daß der einzelne nicht alles reden, sein, lassen, tun kann, was er will, daß überall die Bewegung da ist, die dafür sorgt, daß nicht aus individuellen Neigungen heraus nun allzuviel des Ungemaches geschieht.

Aber, meine Herren, man muß sich doch immer wieder fragen: wie stellt man sich heute die Situation Deutschlands vor, wenn wir noch 46 oder 50 Parteien hätten? Was wäre dann aus Deutschland geworden? Und wenn man sagt: ja, aber durch den Nationalsozialismus ist ja der Krieg entstanden, wir hätten ja vielleicht den Krieg gar nicht, wenn der Nationalsozialismus nicht wäre, - so kann man darauf nur ganz ernst erwidern: den Krieg hätte das deutsche Volk in jedem Fall so oder so bekommen. Er war unvermeidlich, und nicht etwa deshalb, weil England und Amerika so wie 1914 uns einen Wiederaufstieg geneidet hätten, obwohl klar ist, daß der Krieg 1939 nicht ausgebrochen wäre, wenn nicht England und Amerika den Polen beigestanden hätten.

Entscheidend ist für die Auseinandersetzung zwischen dem Individualismus und Kollektivismus, daß in jeden Fall die bolschewistische Weltmacht und militärische Potenz bestimmt gewesen wäre, über Deutschland hinweg diese Halbinsel Europa, als die sie von Moskau aus angesehen werden kann, nun mit zu überschwämmen. Wir sehen es heute, mit welcher automatischen Selbstsicherheit sich diese Bolsche-

wisierungsmaschinerie in jeden Lande sofort in Gang setzt, das Moskau zum Opfer fällt. Man sieht es ganz deutlich an Rumänien und insbesondere auch an Bulgarien, wie weit diese Bolschewisierungstendenzen gehen, die ganz bestimmt Deutschland auch ergriffen hätten und mit aller Waffengewalt in Deutschland durchgesetzt worden wären. Das können wir an diesem Verhalten gegenüber diesen Staaten ermessen.

Mir ist eben Meldung gemacht worden von den Waffenstillstandsbedingungen, die Finnland auferlegt worden sind. Sie zeigen, wie in einem ganz bestimmten Punkt das Vorgehen der Moskauer absolut in einer Richtung liegt. Mir wird eben gemeldet, daß eine der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages zwischen Rußland und Finnland dahin lautet, daß sämtlich Offiziere der bisherigen finnischen Armee als Kriegsverbrecher an die Sowjets auszuliefern sind, - eine Erstreckung also, die man sehr wohl beachten muß. Sie hat keinerlei anderen Grund mehr als den, das finnische Volk durch die Einbeziehung aller Personen, die irgendwie noch imstande wären, durch den Einsatz ihres Lebens in Anwendung des alten Offizierehrenstandpunktes für ihr Volk gegen die völlige versklavung zu kämpfen, völlig wehrlos zu machen. Also diese Offiziere würden in jedem Fall sofort auszuliefern und selbstverständlich einer sofortigen Liquidierung zu unterziehen sein. In der betreffenden Klausel wird festgestellt, daß insbesondere sämtliche kommandierenden Generäle, alle Regimentschefs und Regimentsoffiziere sowie sämtliche Kompanieoffiziere bis herab zum Leutnant an die Sowjets ausgeliefert werden müssen. Es ist bezeichnend für die vollkommene Ohnmacht der finnischen Regierung, daß diese Klausel in Moskau unterzeichnet wurde. Diese Bedingung - und sie wird in ähnlicher Weise sicherlich auch Rumänien und Bulgarien auferlegt werden - zeigt, wie weit dieses Bolschewisierungsprogramm geht und wie raffiniert es angelegt ist.

Wenn man also sagt: der Nationalsozialismus hat den Krieg hervorgerufen, - wie es heute von feindlicher Seite immer wieder trompetet wird, - so wird dabei ganz vergessen, daß die Bolschewiken in jedem Fall entschlossen waren,

im Wege des Krieges Europa zu überfallen. Freilich wollten sie sich den Zeitpunkt in Aussicht nehmen, der für sie der günstigste gewesen wäre. Die Frage lautet also nicht: Wodurch ist der Krieg gekommen? - sondern: wodurch war er, wenn er schon kommen mußte und sollte, am besten zu führen? Und hier ist ganz klar; wenn das, was wir bis jetzt an sowjetrussischer militärischer Potenz in dem gigantischen Ausmaß erlebt haben, das uns nunmehr gegenübertritt, - wenn diese Potenz etwa von der damaligen polnischen Ostgrenze mit einem Schlag losgebraust wäre, dann möchte ich wissen, welche Regierungsform Deutschlands und welcher Form von Parteienkoalition, Parlamentarismus oder liberalistischem Regime imstande gewesen wäre, an deutschen Fronten diese Maschine noch zum Stehen zu bringen.

Ich sage daher, daß der Nationalsozialismus die einzige Form einer völkischen Organisation für Deutschland darstellte, die uns überhaupt in Stand setzte, mit dieser Militärpotenz der Sowjets uns einzulassen. Sie haben vieles opfern müssen bei diesem Vormarsch an die deutschen Grenzen. Und wie immer sie sich auch jetzt gerieren, aufrüsten, und massieren an allen Punkten der Front, - es ist nicht die soldatische Überlegenheit, die uns die Rückschläge bringt, sondern es ist die reine Überlegenheit der Masse und der Materie. Und hier muß eben Abhilfe geschaffen werden.

Ich glaube und bin fest überzeugt, daß es uns im Zusammenhang mit den neuen gigantischen Plänen des Führers, die offensichtlich schon binnen kurzem in entscheidender und völlig überraschender und die Kriegstechnik offensichtlich völlig revolutionierender Weise in die Tat umgesetzt werden, gelingen wird, diesen Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen. Es ist nicht meine Art, meine Herren Offiziere, und auch nicht die Art etwa der ältesten Kategorie der Männer um den Führer, solche Worte wie "Sieg" und "Krieg" einfach in den Mund zu nehmen und Ihnen das irgendwie nur so zu sagen, - das würde bei

Ihnen vollkommen versagen. Wir sind hier nicht zusammen, um uns in unserer Stimmung zu rühren, sondern wir sind heute auch zusammen als deutsche Männer, die die Dinge besprechen. Wenn ich also sage: ich habe die feste Überzeugung, daß sich binnen kurzem eine die Kriegstechnik völlig revolutionärende Neuerscheinung im Kriegsgeschehen auswirken wird, und zwar ungewöhnlich stark, so seien Sie überzeugt, daß ich weiß, warum ich es sage.

Der Individualismus oder Kollektivismus, die nationale Gemeinschaft in der Erfüllung nationalsozialistischer Ideen oder die totale versklavung unter dem kollektivem Imperialismus der Moskauer Sowjets, - das allein steht zu Debatte. Es ist ganz klar, daß es keinen Sinn mehr hätte, von einem Deutschland zu sprechen, wenn dieses Deutschland etwa eine Form von Sowjetrepublik wäre. Denn die Bezeichnung "Sowjetrepublik" bedeutet nichts anderes als die Umschreibung für eine völlig versklavte anonyme Masse, die vollkommen entgeistigt und entseelt, geradezu maschinell gehorchen lernt und gehorchen gelernt hat, mit allem Zwang und unter allem Terror, - ein Prinzip, das wir einfach ablehnen müssen. Es muß der flammende Zorn in uns sein, daß nunmehr, da wir das Schicksal zu bestehen haben, daß alles, was Europa bedeutet an Geist, an Kultur, tieferer Beglückung, an Persönlichem und, ich kann es auch ruhig sagen, an Eigentum, an der Möglichkeit, kulturell zu leben, frei zu leben, daß alles dieses mitschwingt in der Problematik, um die es heute geht, daß von diesem Standpunkt auch allein der Wahnsinn begriffen werden kann, daß ein Churchill unter völliger Verkennung dieses Problems glaubt, in diesem für die Kultur und auch für sein eigenes Land entscheidenden Augenblick einen Krieg gegen Deutschland führen zu sollen, das den einzigen Schutzwall auch für England gegenüber der Sowjetunion darstellt.

Dies ist eines der Verhängnisse, wie sie in der germanischen Rasse immer wiederkehren. Denn was hier gegenseitig an bestem Blut von Angelsachsen und Deutschen verlorengeht, das ist selbstverständlich in jedem Fall ein Gewinn für den Moskauer Bolschewismus. Aus den Bedingungen,

die die Sowjets der finnischen Regierung auferlegt haben, kann man aber auch erkennen, daß dort drüben eine völlig radikale Anschauung am Platze ist, daß man dort drüben keine Unterschiede mehr macht etwa nach Weltanschauungsgruppen und sagt: von den Finnen schonen wir alle, die irgendwie so oder so für die Sowjetunion geeignet wären, - nein, dort heißt es einfach: von den Finnen wird alles genommen, ganz gleich, wie es sich nennt oder uniformiert ist, was irgendwie imstande wäre, dem bolschewistischen Imperialismus entgegenzutreten.

Diese Formel zeigt also, daß wir alle auf dem gleichen Schiff sitzen, daß es nicht möglich ist, zu sagen: ja, der Krieg geht blos gegen die Nazis, er geht blos gegen Wilhelm den II., und wenn nachher Wilhelm II. oder die Nationalsozialisten gestürzt sind, dann wird für das deutsche Volk das und das kommen. Dies ist eine der Formulierungen, die 1918 einmal dem deutschen Volke den Sieg gekostet haben. Damals sagte man: weg mit dem Kaiser, weg mit dem Monarchen, wenn ihr euch eine demokratische Republik einrichtet, dann sind wir eure Freunde. Und was ist dann gekommen? Ich betrachte das als eine der üblichen Kriegslisten und Kriegsmethoden, wenn diese Formel gewählt wird. Aber gottlob hat das deutsche Volk aus diesem Ereignis von 1918 gelernt. Es ist ja beglückend und auch für unseren Führer ein erhebendes Gefühl, daß aus dem Ereignis von 20. Juli nichts entstand, daß sich das deutsche Volk wirklich vollkommen und restlos von diesen Subjekten distanzierte, daß das deutsche Volk still und gehorsam durch furchbarstes Leid, durch entsetzenserfüllte Opfer den Pflichtenweg für unser Vaterland weiterschreitet. Eine erhabene Grösse liegt in diesem Opfergang unserer Nation, ein einzigartiges, man muß sagen, ein bis ins Tiefste hinein ergreifende Bild eines Volkes, das, einem inneren Triebe folgend, eine weltgeschichtliche Aufgabe sondergleichen unter Einsatz seiner letzten Kraft löst.

Wir haben in diesem Raum des Ostens nun die Aufgabe gesehen, dieses deutsche Führen fremden Völkern gegenüber zum ersten Mal in die Tat umzusetzen. Wir haben im Gene-

ralgouvernement eine besondere Politik getrieben, auf die ich nun kurz noch zu sprechen kommen will, weil es mir notwendig erscheint, daß wir uns hierüber ganz klar auch verstehen. Wir hatten 1940 alle europäischen Völker, die nicht neutral waren, in unsere Hand gebracht, vom Nordkap bis nach Sizilien, weit von Rußland her - 1941 - bis zu den Pyrenäen war Europa in unseren Händen. Angefangen hat dieses Herrschaftssystem in Polen. Und hier war der grosse Prüfstein unserer Fähigkeit, in fremden Ländern aufzurichten. Ich halte es für unbedingt notwendig zu bekennen, daß auf diesem Gebiete viele Fehler gemacht wurden. Es war für mich in Generalgouvernement unendlich schwer, die Einsicht durchzusetzen, daß die uns nun ausgelieferten Völker uns nicht zur Verfügung stehen, damit sie ausgerottet oder restlos unterjocht würden, sondern daß sie uns ein günstiges Kriegsschicksal gegeben hat, damit sie uns mit der ihnen eigenartigen Energie helfen. Die förderliche Behandlung der fremden Völker ist die einzige Möglichkeit, im Kriegszustand aus diesen Völkern positiv und dauernd Vorteile zu ziehen. Alle anderen Probleme, was mit Völkern geschieht, in welcher Form man sie dann später in einem siegreich gewordenen Weltreichorganisation eingliedert, müssen demgegenüber völlig zurückstehen. Ich habe mich daher dagegen gewehrt, daß durch Aussiedlung von Polen oder durch eine unausgesetzten Unsicherheit rechtlicher Art die Lebensfreude und die Hoffnung genommen werden sollten, irgendwie im Zusammenhang mit Deutschland einmal noch zu einer Art Lebens- und Kulturbefriedigung zu kommen. Dieser Kampf wurde all' die Jahre schlecht verstanden. Es gab und gibt viele Theoretiker, die völlig anderer Meinung sind und die sagen: nur die Gewalt ist das triumphierende Prinzip. Ich aber sage: nicht die Gewalt, sondern die Sicherheit, die Möglichkeit, über ein fremdes Land mit möglichst geringem Aufwand an Sicherheitskoeffizienten zu höchstmöglichen Leistungen in Industrie, Land-

Polen
den/

wirtschaft, Bauerntum, Arbeitertum zu gelangen, ist der Kern. Ich glaube, daß durch die Entscheidung des Führers, die er in diesem Frühjahr getroffen hat, wo er meinen Prinzipien zustimmte, auch eine ungeheuere Wendung sich vorbereitet hat.

Diese Völker wie das polnische z.B. sind absolut geeignet, bei vernünftiger, ruhiger und auch menschlicher Behandlung sich dem Gesamtschicksal Europas willig und aktiv einzufügen. Wer etwas anderes behauptet, kennt dieses Volk nicht. Man darf sich davon auch nicht abbringen lassen, etwa durch den Aufstand in Warschau oder das Treiben der Partisanen. Ich bin fest überzeugt und könnte auch den Beweis dafür antreten, daß diese Methode einer pfleglichen, menschlichen und gerechten Behandlung der fremden Volkstümer absolut und ausschließlich für unser kämpfendes Vaterland nur Nutzen bringt.

Aus diesem Generalgouvernement haben wir in einem Jahr, als es uns noch ganz gehörte, im Jahre 1942/43, 760 000 to Getreide für das Reich herausgewirtschaftet. Wir haben über 1,2 Millionen Arbeitskräfte ins Reich gebracht. Sie wurden dort nicht zweckmässig behandelt. Sie waren gezwungen, dort ein degradierendes "P" zu tragen und anderes mehr. Nicht richtig - gar nicht richtig! - das ist grundfalsch, es ist eine Methode, die nicht zu billigen ist. Denn wir müssen uns dessen bewußt sein, daß wir einen Namen behalten, nämlich den, daß Deutschland in diesem Weltringen eine Macht des grossen gerechten europäisch allgemein führenden Machtdenkens ist.

Es ist kein Zweifel, daß, wenn wir noch eine Zeit in Krakau bleiben - und wir werden hier bleiben, dessen bin ich fest überzeugt, - <u>von Krakau aus</u> auch <u>die gesamte Ostpolitik</u> vielleicht bis weit in neue Gebiete hinein, wenn wir sie wiederbekommen, nach diesen Regeln wird aufgerichtet werden müssen. Die Frage, die dabei im Vordergrunde steht, ist ausschließlich die: was können wir aus den Fremdländern zweckmässig herauswirtschaften, was ist die Höchstpotenz, die denkbar ist, die geschaffen und auch dauernd durchgehalten werden kann?

Diese Potenz liegt zunächst in der Sicherheit, die der fremdvölkische Mensch hat, daß, wenn er seine Pflicht gegenüber Deutschland erfüllt, ihm an Leib, Leben und Eigentum, auch an Religion, was sehr wichtig ist, nichts ungebührliches zugemutet wird. Es klingt vielleicht komisch, wenn ich es sage, aber es ist Tatsache: ich habe die katholische Kirche, die bei den Polen sehr starken Einfluß hat, in jeder erdenklichen Form in diesen Bereich eingeschaltet. Ich habe den Pfaffen gesagt: ihr könnt euern Kult treiben, wie ihr wollt, aber ich verlange von euch, daß ihr euch positiv zu meinen Forderungen einstellt. Nur mit Hilfe der Pfaffen ist es mir geglückt, die Ernte hereinzubringen, die Bevölkerung in weiterem Umfange immun zu halten gegenüber der feindlichen Propaganda und vor allem dafür zu sorgen, daß polnische Arbeitskräfte ins Reich gingen usw. Ich könnte ruhig sagen: Nach unseren Prinzipien können wir hier 1000 Jahre regieren. Innerhalb des polnischen Volkes ist auch eine starke Neigung vorhanden, uns als das in jeden Fall kleinere Übel den Russen vorzuziehen. Der Aufstand in Warschau, diese Wahnsinnstat einiger Verbrecher, ist geboren aus der Angst, daß Warschau von den Bolschewiken erobert werden könnte und damit für die polnische Mentalität verloren wäre.

Ich habe das alles mit dem Führer zu besprechen Gelegenheit gehabt. Der Führer hat diese meine Prinzipien restlos gebilligt und mich ermächtigt, diese Grundsätze als neue Polenpolitik vorzutragen. Ich gedenke, noch im nächsten Monat grundlegende Verordnungen zu erlassen, die nun eine viel intensivere Teilnahme der Bevölkerung an dem staatlichen und verwaltungsmässigen Geschehen dieses Raumes herbeiführen. Man muß in diesen Dingen absoluter Realpolitiker sein. Das heißt: man darf nicht einer Ideologie unterliegen, sondern ausschließlich von dem zweckmässigen Handeln innerhalb des Kriegsgeschehens ausgehen. Alles ideologische ist dann von Übel, wenn es die Arbeitskraft eines Volkes lähmt, ganz gleich, wie es sich geriert und bezeichnet. Es wäre falsch, wenn

wir dahin tendieren wollten, etwa aus den Polen Nationalsozialisten oder Deutsche zu machen. Ich bin froh, daß es mir im weiten Umfange gelungen ist und noch gelingt, Millionen von Polen befriedet in den Arbeitsprozeß einzuführen. Darauf allein kommt es mir an und wird es mir weiter ankommen, wenn das Land in grösserem Umfange in unseren Händen bleibt.

Eine besondere Bedeutung in diesem Raum hatte die Judenfrage. Wir hatten allein im Generalgouvernement alten Umfanges 2,7 Millionen Juden. Wenn diese Juden im Lande geblieben wären, dann würde die Ruhe dieses Raumes in der jetzigen Zeit vollkommen zerstört sein. Und wenn die Partisanengruppen, die ja in der Hauptsache importiert, die vom Feinde geleitet, von feindlichen Fallschirmspringern geführt und kommandiert werden, versuchen sollten, die Ordnung zu stören, und das jüdische Element hätte noch in dem alten Umfange seinen Einfluß, dann würde das ganze Land ein einziges Flammenmeer sein. Dies festzustellen ist um so wichtiger, als ich keinerlei nennenswerte Polizeikräfte habe, die das Land sonst in Sicherheit halten würden. Wir würden dann auf einem Vulkan sitzen, der jeden Augenblick ausbrechen könnte. Sie wissen es selber aus Ihren Kriegserlebnissen ohnehin, daß die Sowjetrussen es meisterhaft verstehen, ihren Vormarsch durch weit-angelegte Partisanenoperationen vorzubereiten. Die Juden mußten also von hier weg; sie sind weggezogen und sind fort. Das ist eine notwendige Maßnahme gewesen, und gegen notwendige Maßnahmen kann man sich auch im Kriege nicht sperren.

Heute ist die Situation des Generalgouvernements denkbar ungünstig. Es ist ein schmaler Streifen geworden. Durch das Generalgouvernement läuft die Front. Währungsmässig, transportmässig, ernährungsmässig ist das Generalgouvernement ein ernstlich bedrohtes Gebiet. Ich kann Ihnen aber die Versicherung abgeben, daß entsprechend den Notwendigkeiten der Zeit alles gewährleistet ist, um

diese notwendigen Anforderungen, die seitens aller Stellen an uns gestellt werden, im weitesten Umfange zu erfüllen, Hier ist alles auf die Kriegsbetreuung ausgerichtet und eingestellt. Ein Beispiel werden Sie heute abend sehen, wenn Sie etwa das Konzert der Philharmonie besuchen sollten, das, glaube ich, für heute abend angesetzt ist. Dort werden Sie ein geglücktes Experiment finden. Ich habe seinerzeit die besten Musiker Polens aus dem ganzen Lande zusammengeholt und aus ihnen ein führendes Orchester geschaffen. Dieses Orchester ist ein stolzes Dokument der deutschen kulturellen Führung dieses Raumes. Ich glaube, auf diesem Wege könnte noch viel geschehen und wird noch viel zu geschehen haben.

Meine Herren, die Partei ist Ihnen dankbar, daß Sie Gelegenheit genommen haben, in der Schulungsburg der NSDAP Ihre Tagung abzuhalten. Unsere Bewegung ist der tragende Faktor weltanschaulicher und weltpolitischer Art, den das deutsche Volk sich geschaffen hat. In dieser Bewegung dürfen und sollen Sie/sehen die grosse Kameradin und der Wehrmacht treu verbundene Einrichtung im deutschen Volke. Wenn unsere Soldaten an der Front den Kampf bestehen, so hilft ununterbrochen die Arbeit der Bewegung in der Heimat, die geistige positive Einstellung des gesamten Volkes zum Kriegsgeschehn aufrechtzuerhalten. Die NSDAP ist deshalb am meisten gehaßt von der Welt, weil sie das Rückgrad der deutschen Widerstandskraft im Innern darstellt.

Dieser Krieg ist nur zu erklären aus der Ohnmacht der angelsächsischen Welt, ein eigenes Rezept für die Bekämpfung des Bolschewismus zu finden. Wir haben dieses Rezept, und wir werden es durchhalten.

25 Jahre begleite ich unsern Führer Adolf Hitler auf seinem Wege. Seit 1919 stehe ich bei ihm. Ich kenne seine Überzeugungen. Ich weiss, daß dieser Mann vom Schicksal ausersehen ist, die grosse Sendung des deutschen Volkes zu erfüllen.

23.9.1944

Meine Herren! die Partei dankt Ihnen für das Bekenntnis zum Führer und zur Bewegung. Dieses Bekenntnis war nicht nötig; denn durch Ihre Taten haben Sie es schon tausendfach abgelegt. Aber daß sich gerade in diesen schwersten Tagen die Offiziere der Luftwaffe bereitgefunden haben, auf unserer Schulungsburg zu erscheinen, das erfüllt mich mit ganz besonders herzlicher Befriedigung. Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Generalleutnant Müller: Herr Generalgouverneur! Meine Herren! Wir stehen am Ende dieser zweitägigen Schulung und haben eben den Höhepunkt mit der Rede unseres Herrn Generalgouverneurs erlebt. Wir sagen Ihnen, Herr Generalgouverneur, für Ihre wunderbaren, herrlichen Worte aufrichtigen Dank.

16^{20} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

17^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Dr. Boepple. Zu dieser Besprechung wird später noch Gouverneur Dr. Wendler hinzugezogen.

Sonntag, den 24. September 1944

12^20 Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

15^20 Filmvorführung im Türkenzelt.

Zur Vorführung gelangen die Filme:

1) "Sieben Jahre Pech" mit Hans Moser,

2) "Hurra, ich bin Papa!" mit Heinz Rühmann.

IV/1

Montag, den 25.September 1944.

17[20] Besprechung mit Generalintendant Stampe und Hauptschriftleiter Geisenheyner.

III/1

Dienstag, den 26.September1944.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, Staatssekretär Koppe, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, SS-Oberführer Bierkamp und Erstem Staatsanwalt Rother.

In dieser Besprechung wird zunächst zu der Erschießung des Priors des Karmeliter-Klosters Czerna Stellung genommen.

Da der vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement über diesen Vorfall erstattete Bericht +) nach Meinung des Herrn Generalgouverneurs Unklarheiten enthält und die Staatspolizeistelle Kattowitz selber "die Gewähr übernehmen will, daß in Zukunft nicht SA-Männer, sondern Polizeibeamte derartige Unternehmen durchführen", beauftragte der Herr Generalgouverneur den Ersten Staatsanwalt Rother mit einer eingehenden Untersuchung dieses Falles.

Im Zusammenhang mit dem Aufstand in Warschau und den sich daraus ergebenden Folgen geht SS-Oberführer Bierkamp auf die zur Zeit in der polnischen Bevölkerung herrschende Stimmung ein. Er betont dabei, daß zwar, je näher man an Warschau herankomme, die Polen eine große Empörung über das Treiben der A. K. zeigten, je weiter man sich aber von Warschau entferne, das politische Heldentum der Kämpfer in Warschau in den Vordergrund gerückt werde. Die Bevölkerung sehe in den Aufständischen von Warschau ihre Helden, die zwar an einem falschen Platz gekämpft hätten, gleichwohl aber als die letzten

---

+) siehe Anlage

Kämpfer für Polen in die Geschichte eingehen würden.

Staatssekretär Dr. Bühler erwähnt in diesem Zusammenhang die vortreffliche Denkschrift des SS-Oberführers Bierkamp, auf der man unbesehen aufbauen könnte.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich ebenso lobend über die Tatsachenberichte des SS-Oberführers Bierkamp aus, die in ihrer Objektivität vorbildlich seien. Er unterlasse es auch nicht, in geeigneten Fällen vertrauliche Auszüge dem Oberdienstleiter Tießler zuzuleiten, müsse sich aber im übrigen vorbehalten, gegenüber anderen Dienststellen den ihm jeweils geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann seine Absicht bekannt, aus Anlaß des fünften Jahrestages des Generalgouvernements am 26.Oktober 1944 einen großen geschichtlichen Staatsakt stattfinden zu lassen, dem eine große Parteiveranstaltung am Vortage vorangehen werde.

Weiter teilt der Herr Generalgouverneur mit, daß die Staatstheater in Berlin entgegen der Verordnung des Reichspropagandaministers offenbar auf Veranlassung des Reichsmarschall Göring ihre Tätigkeit in einem gewissen Rahmen wieder aufgenommen hätten. Er behalte sich vor, daraus für eine Wiederaufnahme der künstlerischen Tätigkeit des Staatstheaters des Generalgouvernements gewisse Schlüsse zu ziehen.

Staatssekretär Koppe gibt sodann einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten am Stellungsbau und die Lage an der Ostfront, die

er im allgemeinen günstig beurteilt.

Der Herr Generalgouverneur geht nochmals auf die Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Generalgouvernement ein und gibt Kenntnis von einem Fernschreiben des Reichsministers Dr.Lammers, nach welchem der Führer das Generalgouvernement unter allen Umständen erhalten wolle.

Auch die Räumungsfrage wird erörtert. Hier kann Gouverneur Dr.von Burgsdorff als Räumungskommissar für die Stadt Krakau feststellen, daß wertvolle Sachgüter in Krakau eigentlich nicht mehr in größerer Zahl zurückgeblieben seien. Andererseits werde die Beobachtung gemacht, daß zur Zeit viele Reichsdeutsche wieder nach Krakau zurückkehrten.

Der Herr Generalgouverneur will dagegen energische Schritte eingeleitet wissen und stellt anheim, Reichsdeutsche, die sich hinsichtlich ihrer Tätigkeit in Krakau nicht genügend ausweisen können, zu den Schanzarbeiten heranzuziehen.

Die Besprechung wendet sich dann allgemein politischen und militärischen Fragen zu. Auch wird die gegenwärtige internationale politische und diplomatische Lage besprochen. In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur den Besprechungsteilnehmern Kenntnis von einem Telegramm, in welchem der Führer zum Ausdruck bringe, daß er nach wie vor größten Wert auf die Aufrechterhaltung des Generalgouvernements lege und der Generalgouverneur mit seiner Politik das volle Vertrauen des Führers genieße. Daraus ergebe sich also, so betont der Herr Generalgouverneur, daß Krakau jetzt zur Urzelle des Deutschtums im Osten geworden sei. Diese Bastion des Ostens müsse unter allen Umstände gehalten werden, und die Stadt Krakau dürfe ihren Charakter als einer deutschen Stadt niemals verlieren. Darum sei es anderer-

seits auch nicht zweckmäßig, daß diese Stadt von Deutschen zu sehr entblößt werde, wenn selbstverständlich auch unwürdige Elemente aus ihr zu entfernen seien. Auch müsse dafür gesorgt werden, daß Frauen, die sich ohne ausreichende Beschäftigung im Generalgouvernement aufhielten, gegebenenfalls zum Arbeitseinsatz herangezogen würden.

12^{30} Besprechung mit dem Präsidenten des Rechnungshofes Dr.Blauert in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler.

Präsident Dr.Blauert überbringt dem Herrn Generalgouverneur zunächst Grüße des Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, Staatsministers Müller. Er teilt dann mit, daß der Rechnungshof des Generalgouvernements dem Rechnungshof des Deutschen Reiches angegliedert worden sei und seine Tätigkeit in Potsdam fortsetze.

Auf Antrag des Präsidenten Dr.Blauert genehmigt der Herr Generalgouverneur, daß der Rechnungshof des Generalgouvernements in etwas eingeschränkter Form nach Potsdam verlegt worden ist und daß nunmehr von dort aus die Rechnungsprüfungen vorgenommen werden.

Präsident Dr.Blauert überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Zwischenbericht über die Tätigkeit des Rechnungshofes und stellt einen eingehenden abschließenden Bericht in Aussicht.

Weiter weist Präsident Dr.Blauert darauf hin, daß sich aus der Personalunion von Hauptabteilung Finanzen und Generaldirektion der Monopole eine gewisse Interessenkollision ergebe. Die Prüfungsberichte der Monopolverwaltung seien bislang immer nur zur Hauptabteilung Finanzen gegangen und daraus entständen gewisse unerfreuliche Erscheinungen.

Ferner müsse der nationalsozialistische Grundsatz zur Anwendung kommen, daß betriebsfremde Ausgaben nicht in eine Gesellschaft gehörten.

Staatssekretär Dr.Bühler gibt zu bedenken, daß die mit der Prüfung der Gesellschaft betrauten Treuhandgesellschaften nach anderen als staatsfinanziellen Gesichtspunkten prüften und darauf gewisse Rücksicht genommen werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur ist bereit, dem Präsidenten Blauert alle Vollmachten zu erteilen, die er zur Ausübung seiner Tätigkeit brauche. Auf seine, des Generalgouverneurs, Weisung werde Präsident Dr.Blauert einen Brief des Staatssekretärs Dr.Bühler erhalten, in welchem diese Vollmachten erteilt würden. Der Inhalt dieses Briefes müsse von Präsiden Dr.Blauert formuliert werden. Vor allem müsse jetzt aber die Denkschrift des Rechnungshofes baldigst herauskommen. Er erkenne im übrigen die vorbildliche Tätigkeit des Rechnungshofes und seines Leiters vollauf an und sei deshalb der Auffassung, daß der Rechnungshof des Generalgouvernements absolut in seiner bisherigen Funktion erhalten bleiben müsse.

12^{40} Polizeihaupthamm Zisenis erstattet den Lagebericht.

13^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

13^{10} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsident Dr.von Craushaar die Kreishauptmänner Frhr. von der Leyen, Lemberg-Land, und Anselm, Cholm, die ihm einen kurzen Bericht über ihre Erlebnisse

vor dem Verlassen ihrer Kreishauptmannschaften erstatten.

17^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

19^{00} Vorlesung des Generalintendanten Heinrich George im Staatstheater.

7

Anlage

Abschrift.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement
- IV 4 - 1c36/44 -

Krakau, den 25.Sept.1944.

An den
Herrn Generalgouverneur
Reichsminister Dr. Frank
Krakau,
Burg.

Betr.: Prior des Karmeliter-Klosters Czerna.
Vorg.: Bekannt.

Der in Frage stehende Vorfall hat sich im Rahmen der Erfassung von Arbeitskräften zur Durchführung besonderer Bauvorhaben im Kreise Ilkenau ereignet. Er wurde dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau durch die Außendienststelle Kressendorf und den Stützpunkt Wolbron bekannt. Da der Tatort im Bereich des Einsatzstabes Ilkenau liegt, wurden die Ermittlungen von der Staatspolizeileitstelle Kattowitz - Außenposten Ilkenau - geführt.

Auf Grund des vorliegenden Ermittlungsergebnisses ergibt sich folgender Sachverhalt:

Die termingemäße Durchführung des Bauvorhabens in dem genannten Gebiet war in Frage gestellt, da die einzelnen Gemeinden das ihnen auferlegte Soll an Arbeitskräften nicht stellten. Daher wurde von dem Baustab Kattowitz ein besonderes Kommando in Stärke von 12 SA-Männern beauftragt, in den einzelnen Dörfern Arbeitskräfte einzutreiben. Die Durchführung dieser Aufgabe seitens dieses SA-Einsatz-Kommandos ging in jedem Fall so vor sich, daß zunächst an den Dorfschulzen herangetreten und ihm das Anliegen vorgebracht wurde. Da die Dorfschulzen der erhaltenen Aufforderung nur säumig entsprachen, wurde es notwendig, die Häuser nach

8

Arbeitsfähigen zu durchkämmen. - In den meisten Fällen wurden die Männer des SA-Einsatz-Kommandos angeblich hierum sogar von den Dorfschulzen gebeten, da nach deren Aussagen die Bewohner nur unwillig der Arbeitsaufforderung nachkamen und sich widerspenstig zeigten. Bei der Überholung der Häuser wurde von den anwesenden Bewohnern z.T. Widerstand geleistet, der mit der Waffe gebrochen werden mußte. Auf Grund der Tatsache, daß in dem genannten Raum in letzter Zeit mehrfach Banden aufgetreten sind, rechneten die SA-Männer damit, daß sich Bandenangehörige tagsüber in Zivil getarnt in den Dörfern aufhielten. Im übrigen wurde nach den Ermittlungen der Staatspolizeileitstelle Kattowitz bei der Erfassung der Arbeitskräfte auf die örtlichen Belange der Dörfer Rücksicht genommen und Arbeitskräfte wehrwirtschaftlicher Betriebe von der Maßnahme ausgenommen.

Der Prior des Klosters Czerna wurde in Nowojowa Gora von Angehörigen des SA-Einsatz-Kommandos erfaßt. Es wurde ihm aufgegeben, zunächst bei den Männern des SA-Einsatz-Kommandos zu verbleiben. Als sich die Angehörigen des Kommandos gerade in einem Hause befanden, um es nach Arbeitskräften zu durchsuchen, benutzte der Prior nach den Ermittlungen der Staatspolizeileitstelle Kattowitz diesen ihm geeignet erscheinenden Augenblick zur Flucht. Da er auf mehrmaligen Anruf und Abgabe einiger Warnschüsse nicht stehen blieb, sondern vielmehr sein Tempo beschleunigte und zu entkommen versuchte, wurde von der Waffe Gebrauch gemacht. - Der Prior war angehalten worden, weil er angeblich anderen Arbeitern gegenüber negative Äußerungen über den Ostwall und das Bauvorhaben gemacht hatte, die geeignet waren, den ohnehin geringen Arbeitswillen der Arbeiter noch weiter ungünstig zu beeinflussen. - Es war beabsichtigt, den Geistlichen zunächst zum Baustab in Nielepice und von dort zur Dienststelle der Sicherheitspolizei zu bringen, um weitere Ermittlungen in dieser Angelegenheit vorzunehmen.

Nach Mitteilung der Staatspolizeileitstelle Kattowitz soll sichergestellt sein, daß in Zukunft nicht SA-Männer, sondern Polizeibeamte derartige Unternehmen durchführen.

gez. B i e r k a m p

SS-Oberführer
und Oberst der Polizei

Mittwoch, den 27.September 1944.

11^{50} Landesinspekteur Leutnant d.R. Schalk meldet dem Herrn Generalgouverneur seine Einziehung zur Wehrmacht und wird von dem Herrn Generalgouverneur mit Worten des Dankes und der Anerkennung für seine Tätigkeit im Generalgouvernemant verabschiedet.

12^{10} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

12^{45} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Generalintendant Stampe und dem kommissarischen Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements Swarowsky.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß nach einer ihm soeben von Hauptschriftleiter Geisenheyner gewordenen telefonischen Benachrichtigung die Staatstheater in Berlin in gewissem beschränkten Rahmen eine Tätigkeit wieder aufgenommen hätten. Es hätten Vorleseabende stattgefunden, und Intendant Gründgens sei dann auf den Gedanken gekommen, diese Vorleseabende theatermäßig aufzuziehen. So sei z.B. in ganz einfacher Ausstattung Szenen aus "Faust" I.Teil gegeben worden. Ob es bei diesen Veranstaltungen bleibe, hänge von der Entscheidung des Führerhauptquartiers ab. Eine Besprechung solcher Aufführungen sei jedenfalls vom Führerhauptquartier verboten worden, und man behalte sich dort die Entscheidung vor, ob Veranstaltungen dieser Art weiter gestattet werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt den Generalintendanten Stampe, in gleicher Weise wie in Berlin Aufführungen des Staatstheaters und der Staatsoper des Generalgouvernements in einfachster Form vorzubereiten.

27.9.44.

Gegenstand der Besprechung ist dann die "Feier des fünften Jahrestages des Generalgouvernements. Das Programm für diese Feier wird eingehend durchgesprochen. Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung: Es sollen vorbereitet werden

1) für den 25.Oktober abends 19 Uhr ein Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements in der Urania mit Solisten aus dem Reich

2) für den 26.Oktober eine Festveranstaltung im Staatstheater.

Die zu diesen Veranstaltungen aus dem Reich verpflichteten Künstler sollen gegebenenfalls an den folgenden Tagen in Radom, Tschenstochau und Tomaschow in Liederabenden usw. auftreten.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann dem Wunsche Ausdruck, daß Konzertmeister Sonnleitner bis zum 31.Dezember dieses Jahres vom Wehrdienst freigestellt wird.

Im Zusammenhang damit beraumt der Herr Generalgouverneur eine Besprechung der Frage der Einziehungen zum Heeresdienst im Kultursektor im Hinblick auf die Praxis des Reiches für den nächsten Tag an.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch, den Vertrag mit Kapellmeister Swarowsky zum 1.Oktober 1944 in Kraft zu setzen.

IV/1

Donnerstag, den 28.September 1944.

10[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kampfkommandanten von Krakau, Generalleutnant Kittel und Generalleutnant Voltmann.

Gegenstand der anschließenden Besprechung ist zunächst die Tatsache, daß am 26.September ein Streifenführer den Panzerwagen des Generalgouverneurs und andere Wagen, die vor dem Staatstheater anläßlich des Heinrich George-Leseabends hielten, hat beschlagnahmen wollen.

Der Herr Generalgouverneur erkannt zwar an, daß der Streifenführer im Rahmen seiner Befugnisse und des ihm erteilten Auftrages gehandelt habe, ist sich auch der Tragweite des hinsichtlich der Benutzung von Kraftfahrzeugen erlassenen Führerbefehls voll bewußt, will aber für die Zukunft nach Möglichkeit derartige unliebsame Zwischenfaälle vermieden sehen und hält deshalb eine grundsätzliche Regelung dieser Frage für unbedingt geboten.

Generalleutnant Voltmann schildert den Vorfall auf Grund der von ihm getroffenen Feststellungen. Der Streifenführer habe gemäß seinem Auftrage feststellen wollen, ob diese Fahrten auf kurze Entfernungen kriegswichtig seien, und habe wohl auch nichts weiter veranlaßt. Er, Generalleutnant Voltmann, bitte den Herrn Generalleutnant, Verständnis für seine schwierige Aufgabe zu haben. Auf Grund der scharfen Bestimmungen müsse er seinen für die Überwachung des Kraftfahrzeugverkehrs eingesetzten Organen auch scharfe Weisungen geben. Selbstverständlich komme es gelegentlich vor, daß diese Organe über das Ziel hinaus schössen.

28.9.1944

Generalleutnant Voltmann macht dann auf Grund statistischer Erhebungen eingehende Ausführungen über die von ihm und seinen Organen durchgeführte Kontrolle. Seit dem 6.August 1944 seien von 162 Wehrmacht-Kraftwagen 154 den Eigentümern wieder zurückgegeben worden, da ein Grund für eine weitere Beschlagnahme nicht vorgelegen habe. An zivilen Kraftfahrzeugen seien in dieser Zeit von 118 beschlagnahmten Wagen 39 nicht zurückgegeben worden. Diese beschlagnahmten Wagen würden Regierungsdirektor Wessel zur Verfügung gestellt; die beschlagnahmten Wehrmachtswagen erhalte die Heeresgruppe. Eine Beschwerdemöglichkeit gegen dieses Verfahren sei nicht gegeben.

In der weiteren Besprechung werden dann von dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs, Dr. Meidinger, nähere Angaben über die Verwendung von Kraftwagen in der Kanzlei des Generalgouverneurs und der Burgverwaltung gemacht und die Wagen bezeichnet, die für Zwecke der Kanzlei des Generalgouverneurs bezw. der Burgverwaltung unbedingt als notwendig anerkannt werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur will angesichts der schwierigen Treibstofflage und in Beachtung des Führerbefehls jede nicht unbedingt kriegswichtige Benutzung eines Kraftwagens unter allen Umständen vermieden wissen. Er verfügt, daß der bisher für Fahrten nach und von Kressendorf eingesetzte Lastkraftwagen ab 1o.Oktober aus dem Verkehr gezogen und die Transporte mit der Eisenbahn bezw. mit Pferdefuhrwerken getätigt

werden soll.en Bei besonderen Anlässen werde er in seinem Panzerwagen fahren, der ihm zu seiner persönlichen Sicherheit vom Führer zur Verfügung gestellt worden sei, im übrigen sich aber auch eines kleinen Personenwagens bedienen, der ebenfalls von dem Chef der Kanzlei und seinen Referenten in besonders wichtigen Einzelfällen ausnahmsweise benutzt werden dürfe.

Generalleutnant Voltmann hat dagegen keine Einwendungen zu erheben.

Abschliessend bittet der Herr Generalgouverneur Generalleutnant Voltmann, dem Generaloberst Guderian von dem Inhalt der soeben stattgehabten Besprechung Kenntnis zu geben.

11[lo] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Ohlenbusch, Gouverneur Dr.von Burgsdorff und Vizegouverneur Schlüter.

Der Herr Generalgouverneur gibt den Besprechungsteilnehmern Kenntnis von der Verfügung, die er soeben für die Benutzung von Kraftfahrzeugen im Bereich der Kanzlei des Generalgouverneurs und der Burgverwaltung getroffen hat, und beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, die Frage der Benutzung von Kraftfahrzeugen nochmals einer eingehenden Prüfung in Gemeinschaft mit den maßgebenden Hauptabteilungspräsidenten zu unterziehen.

Weiter ist Gegenstand der Besprechung die Frage der Uk-Stellung von Angehörigen der Verwaltung wie des Staatstheaters und der Philharmonie des Generalgouvernements.

28.9.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß für eine Anzahl von Mitarbeitern der Hauptabteilung E.u.L. eine Freistellung vom Wehrdienst bis zum Abschluß der Erntearbeiten, spätestens aber bis zum 3o.November 1944 beantragt wird. Über die von einer Deputation der Philharmonie des Generalgouvernements erbetenen weiteren Freistellungen des Kapellmeisters Erb und des Konzertmeisters Sonnleitner soll noch eine besondere Entscheidung getroffen werden. Die Freistellung des Leiters der Kulturabteilung in der Hauptabteilung Propaganda Jaenicke für den Wehrdienst will der Herr Generalgouverneur im Hinblick darauf zurückgenommen wissen, daß Abteilungsleiter Jaenicke dem Jahrgang 1889 angehöre und noch immer weit jüngere Beamte und Angestellte im Dienste des Generalgouvernements ständen.

Im übrigen weist der Herr Generalgouverneur Gouverneur Dr. von Burgsdorff an, zu prüfen, ob noch weitere Freistellungen aus dem Bereich der Hitler-Jugend, der Gewerblichen Wirtschaft, der Ostbahn und der Deutschen Post Osten erfolgen könnten.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff teilt dann mit, daß sich nach seinen Feststellungen und auf Grund der ausgegebenen Stadtausweise noch 11 625 Deutsche, darunter 1058 Frauen in Krakau befänden. In diese Zahl seien allerdings auch die für den Polizeihilfsdienst und den Stellungsbau zur Verfügung gestellten Personen einbegriffen. Vor kurzem sei in einer Besprechung der Räumungsfrage der Wunsch laut geworden, man möge hinsichtlich der Personalevakuierung etwas vorsichtiger zu Werke gehen, da sonst auf die Dauer

ein geordneter Betrieb in Verwaltung, Wirtschaft usw. nicht mehr aufrecht erhalten werden könne.

Der Herr Generalgouverneur ist ebenfalls der Auffassung, daß auf diesem Gebiete nunmehr im Interesse einer geordneten Verwaltungs- und Wirtschaftsführung des Generalgouverhements von weiteren Personalbeschränkungen grundsätzlich Abstand genommen werden müsse; denn die Zivilverwaltung des Generalgouvernements sei durch einen Erlaß des Führers ausdrücklich aufrecht zu erhalten. Er müsse sich in diesem Zusammenhang auch gegen die in einem Befehl des GeneraloberSten Harpe getroffene Feststellung wenden, daß Frauen und weibliche Angestellte ziviler Dienststellen im Falle von Kampfhandlungen hinsichtlich ihrer Verwendung oder Verschleppung der Wehrmacht zur Last gelegt würden, obwohl sie im Kriegsgebiet nichts zu suchen hätten, und die auf diese Weise Gelegenheit nähmen, sich dem Kriegseinsatz in Deutschland zu entziehen, - wie gegen die weitere Behauptung, daß zivile Dienststellen, ohne die angeblich nicht Krieg geführt werden könne, mit gehortetem Betriebsstoff bis in das Zentrum des Reiches flüchten würden, sobald der erste Schuß falle.

12[lo] Besprechung mit Staatssekretär Dr, Bühler und Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß nach einer Verfügung des Reichspropagandaministeriums die in Berliner Zeitungen angekündigten sogenannten Vorleseabende und Aufführungen einzelner Szenen aus Dramen von Goethe usw. nunmehr endgültig(endgültig) verboten worden seien.

28.9.1944

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Ohlenbusch an, an das Reichspropagandaministerium ein Schreiben des Inhalts zu richten, daß er, Präsident Ohlenbusch, dem Generalgouverneur darüber Vortrag gehalten und mitgeteilt habe, daß diese Veranstaltungen, deren Ankündigungen in Berliner Zeitungen Aufsehen und Entrüstung hervorgerufen hätten, nun nicht mehr stattfinden. Nur unter dieser Voraussetzung habe der Herr Generalgouverneur angeordnet, daß auch weiterhin die vorübergehende Stillegung des Staatstheaters des Generalgouvernements aufrecht erhalten bleibe.

12^{35} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

15^{45} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Aufsatz: " Über die Gerechtigkeit". (Besprechung eines Buches des Schweizer Theologieprofessors Dr.Brunner)

IV/6

Krakau

Freitag, den 29.9.1944

11[30] Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Koppe.

Der Herr Generalgouverneur geht zunächst auf die Verlautbarung des Generaloberst en Harpe ein[+)] und teilt den beiden Staatssekretären mit, daß er in dieser Sache ein Schreiben an den Generaloberst Harpe richten werde.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem soeben von ihm mit dem Präsidenten Dr.von Craushaar geführten Telefongespräch, in welchem dieser der Ansicht Ausdruck gegeben hat, daß auf Grund des Führerbefehls und angesichts der neuerlichen Verschlechterung der militärischen Lage im Osten weitere Räumungsmaßnahmen, vor allem personeller Natur, durchgeführt werden müßten. Er, Staatssekretär Dr.Bühler, habe der Auffassung Audruck gegeben, daß auf Grund des Führerbefehls weitere Räumungsmaßnahmen überhaupt nicht getroffen zu werden brauchen.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Staatssekretär Dr. Bühler, die dem Präsidenten Dr.von Craushaar seinerzeit gegebene ausschließliche Zuständigkeit in Räumungsfragen nunmehr einzuschränken. Er sei gewillt, den beiden Staatssekretären die gemeinsame Vollmacht in Räumungsangelegenheiten zu übertragen, da er den Eindruck habe, daß Präsident Dr.von Craushaar auch in Reichsverteidigungsangelegenheiten eigene

---

+) siehe Bericht vom 28.9.1944

29.9.1944

Wege zu gehen scheine. Er, der Herr Generalgouverneur, habe jedenfalls nicht die Absicht, seine Tätigkeit als Reichsverteidigungskommissar etwa nach Oberschlesien zu verlegen. Im übrigen gehe es auch nicht an, daß Präsident von Craushaar selbständig mit Generalen verhandle. Wölle er solche Verhandlungen führen, dann dürfe er das nur nach vorheriger Berichterstattung bei Staatssekretär Dr. Bühler und in Anwesenheit des Staatssekretärs Koppe tun. Fürderhin dürfe Präsident Dr.von Craushaar zu Fragen der Räumung ebenso wie andere Hauptabteilungsleiter nur in seiner Eigenschaft als Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung Stellung nehmen.

Der Herr Generalgouverneur trifft im Anschluß an diese Besprechung folgende Verfügung:

Angesichts der ausserordentlichen weit über das verwaltungsmäßige hinausgehenden politischen und sicherheitsmäßigen Bedeutung der Räumungsangelegenheiten verfüge ich mit sofortiger Wirkung:

1. Der Chef der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretär Dr.Bühler und der Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe übernehmen den gesamten dienstlichen Komplex der Räumungsangelegenheiten ohne jede Ausnahme in unmittelbare eigene Zuständigkeit.

2. Die Staatssekretäre Dr.Bühler und Koppe werden ein Gremium aus ihnen geeignet erscheinenden Mitgliedern der Regierung und Mitarbeitern des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen bilden.In diesem

29.9.1944

Gremium wird den Vorsitz Staatssekretär Dr.Bühler, seine Stellvertretung Staatssekretär Koppe übernehmen.

3. Präsident Dr.von Craushaar wird im übrigen die Geschäfte des Reichsverteidigungssektors in unmittelbarer Unterstellung unter Staatssekretär Dr.Bühler fortführen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt der Auffassung Ausdruck, daß überhaupt die Grundlage für eine Verlegung von Dienststellen des Generalgouvernements in das Reich noch nicht geschaffen sei. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, über diese und andere Fragen bei seinem Berliner Aufenthalt mit Staatssekretär Dr. Stuckart, SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner und Reichsminister Dr. Goebbels zu sprechen.

Weiter teilt Staatssekretär Dr. Bühler mit, daß das Tragen des degradierenden "P" für die Polen im Reich nach einer Verfügung des Reichsführers SS nunmehr aufgehoben und die Regierung des Generalgouvernements aufgefordert worden sei, entsprechende Vorschläge für eine Änderung dieser Bezeichnung zu machen.

Ferner gibt Staatssekretär Dr. Bühler dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß nunmehr die Angehörigen des Sonderdienstes in Wehrmachtsbetreuung genommen werden sollten und die Sonderdienstzeit restlos als Wehrmachtsdienstzeit angerechnet werde.

29.9.1944

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalintendanten Scheer, der seine Versetzung zur Führerreserve meldet.

IV/1

29.9.1944.

12[40] Besprechung mit Ministerialrat Dr. Weh.

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer Verordnung über die Wehrpflicht und die Reichsarbeitdienstpflicht der deutschen Volkszugehörigen im Generalgouvernement
2) einer Verordnung über die Polizeidienstpflicht und die Bildung einer Stadt- und Landwacht im Generalgouvernement
3) einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Rechtsstellung der in die polnische Polizei und die ukrainische Hilfspolizei des Generalgouvernements eingestellten Anwärter
4) einer Verordnung über die Rechtsverbindlichkeit des deutschen Kreditabkommens von 1944 im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialrat Dr. Weh, daß seit den kritischen Tagen des Ende Juli noch sieben Nummern des Verordnungsblattes erschienen seien und daß die Tätigkeit des Gesetzgebungsamtes noch weiter laufe, er deshalb auch nicht seine sämtlichen Mitarbeiter habe entlassen können. Auch der Amtliche Anzeiger erscheine wieder, wenn auch angesichts des geringeren Materials in eingeschränkter Form.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Ministerialrat Dr. Weh, den Entwurf einer Verordnung über die Änderung der Polenpolitik - Schaffung von Beiräten bei der Regierung, den Distrikten und den Kreishauptmannschaften - noch rechtzeitig vor dem 26.Oktober ds.Jahres fertig zu stellen.

29.9.44.

12^{45} Präsident Ohlenbusch stellt dem Herrn Generalgouverneur den neu in die Hauptabteilung Propaganda eingetretenen Oberregierungsrat Schlecht vor.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant Scharto, Abschnittskommandanten für die beiden Verteidigungsstellungen bei Miechow und Jendreczow.

12^{55} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalarzt Dr. Penner, der dem Herrn Generalgouverneur seine Versetzung zur Führerreserve meldet.

13^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

13^{05} Lagebericht des Polizeihauptmanns Zisenis.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Tschebinia nach Wien.

IV/1

Samstag, den 30.September 1944

bis

Mittwoch, den 4. Oktober 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

IV/1

Kressendorf

Donnerstag, den 5.Oktober 1944.

8^{26} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Tschebinia.

8^{45} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

9^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Regierungsrat Dr.Jänsch und Landgerichtsrat Schüler.

10^{30} Diktat eines Aufsatzes "Der Dirigent".

IV/1

Kressendorf

Freitag, den 6.Oktober 1944.

16^{20} Besprechung mit Regierungsrat Dr.Jänsch.

16^{30} Besprechung mit Referent von Palézzieux und Restaurator Kneisel.

17^{10} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky, Präsident Naumann und Ministerialrat im Reichsfinanzministerium Burmeister.

IV/1

Kressendorf.

Samstag, den 7.Oktober 1944.

16^{00} Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch.

16^{30} Tee mit Gästen.

IV/1

Kressendorf.

Sonntag, den 8.Oktober 1944.

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Kressendorf

IV/1

Montag, den 9.Oktober 1944.

12^{00} Diktat einer Rede zu Nietzsche's 10[illegible]. Geburtstag

13^{00} Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch

16^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generaloberst Harpe, der ihm einen Bericht über die Lage an der Ostfront gibt.

IV/1

Dienstag, den 1o.Oktober 1944.

19^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

IV/1

Mittwoch, den 11.Oktober 1944.

10^{00} Regierungssitzung

(Protokoll siehe Beiakten)

IV/19 11.10.1944

17[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, General der Polizei Wünenberg und Generalleutnant der Polizei Höring.

Der Herr Generalgouverneur gibt General der Polizei Wünenberg ein anschauliches Bild von den gegenwärtig im Generalgouvernement herrschenden Verhältnissen auf dem Gebiete der polizeilichen Sicherheit. Er weist insbesondere darauf hin, daß angesichts des Abziehens von Polizeiregimentern aus dem Generalgouvernement die Sicherheit im Lande sehr gelitten habe und es wohl zu dem Aufstand in Warschau nicht gekommen wäre, wenn genügend Polizeikräfte zur Verfügung gestanden hätten. Noch kurz vor dem Aufstande seien in Warschau nur 200 deutsche Polizisten tätig gewesen, und von Wehrmachtstruppenteilen sei in Warschau zu dieser Zeit fast nichts mehr vorhanden gewesen.

Anschließend werden verschiedene polizeiorganisatorische Fragen besprochen.

17[10] Tee mit den obengenannten Herren.

18[51] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Berlin.

Donnerstag den 12. Oktober 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Berlin.

Freitag den 13. Oktober 1944

Kressendorf

8^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

8^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

12^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

12^{30} Rundgang durch die Räume des Hauses Kressendorf.

Samstag, den 14. Oktober 1944

Kressendorf

9^{15} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Aufsatz "Über den Dilettantismus".

12^{05} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und Sturmbannführer Pfaffenroth.

17^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

Sonntag den 15. Oktober 1944

Krakau

11[00] Feierstunde im Türkenzelt derBurg zu Krakau aus Anlaß des 100. Geburtstages von Friedrich Nietzsche.

Die Feier wird eingeleitet durch ein Quintett von Beethoven, vorgetragen von Mitgliedern der Philharmonie des Generalgouvernements, am Flügel Kapellmeister Swarowski.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu einer Rede+), in der er einen Überblick über Leben und Werk Friedrich Nietzsches gibt.

Anschließend rezitiert Generalintendant Stampe den ersten Abschnitt aus Nietzsches Dichtung: "Also sprach Sarathustra".

Die Feier wird mit einem Vortrag des Quintetts geschlossen.

+) Die Rede erscheint in Broschürenform.

IV/19

Montag den 16. Oktober 1944

Krakau

11[30] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident Dr.v. Craushaar und SS-Oberführer Bierkamp.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, unverzüglich den Text der zum 26. Oktober in Kraft tretenden Verordnung über die neue Polenpolitik Reichsführer SS Himmler, Reichminister Dr. Lammers, Staatssekretär Dr. Stuckart, General der Polizei Kaltenbrunner und Reichsleiter Bormann mitzuteilen.

12[15] Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

12[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt den SS Kriegsberichterstatter Tank.

13[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Oberführer Dierlewanger und SS-Untersturmführer Ammann in Gegenwart des SS-Sturmbannführers Pfaffenroth.

SS-Oberführer Dierlewanger berichtet dem Herrn Generalgouverneur von dem Einsatz seiner Kampfgruppe in Warschau.

Der Herr Generalgouverneur spricht SS-Oberführer Dierlewanger seinen Dank und seine Anerkennung für den vorbildlichen Einsatz seiner Kampfgruppe bei den Kämpfen in Warschau aus.

13[30] Mittagessen aus Anlaß der Anwesenheit des SS-Oberführes Dierlewanger.

IV/19

Dienstag den 17. Oktober 1944

Krakau

11[00] Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Oberdienstleiter Tießler die für den 26. Oktober aus Anlaß des 5-jährigen Bestehens des Generalgouvernements die in Aussicht genommenen Veranstaltungen und gibt dabei seinem Wunsche Ausdruck, daß die Feier in möglichst einfachem Rahmen gehalten werden soll.

Der Herr Generalgouverneur geht dann kurz auf die militärische Lage an den Fronten ein und gibt dabei seinem Befremden Ausdruck, daß die Stellungen in Ostpreußen so schnell von den Russen haben überrannt werden können.

Er ersucht Oberdienstleiter Tießler, nach den Gründen zu forschen, die zudem Zusammenbruch dieser Stellungen geführt haben.

Oberdienstleiter Tießler erstattet einen kurzen Bericht über die z.Zt. im Generalgouvernement noch betriebene Arbeit der Partei.

11[40] Besprechung mit Präsident Naumann.

Präsident Naumann überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zur Besichtigung des Kühlhauses in Krakau.

12[00] Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch überreicht dem Herrn Generalgouverneur den Geschäftsbericht der Emissionsbank für das Jahr 1943, nebst einer vergleichenden Übersicht und teilt mit, daß Exemplare dieses Be-

Berichtes auch dem Reichsmarschall Göring, Reichsführer-SS Himmler, Reichsminister Dr. Lammers. Reichswirtschaftsminister Funk, Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, Reichsleiter Bormann und an das OKW übersendet werden.

Dem Vorschlage des Bankdirigenten Dr. Paersch, kleine Kriegsschäden wie z.B. Lombardschulden auf die Emissionsbank zu übernehmen, stimmt der Herr Generalgouverneur zu.

Weiter teilt Bankdirigent Dr. Paersch mit, daß von russischer Seite in Lemberg eine "Polnische Nationalbank" errichtet worden sei, von der Noten in verschiedenen Werten ausgegeben würden. Für das Generalgouvernement habe die Errichtung dieser Bank und ihre Tätigkeit keine nachteiligen Folgen.

Auf die Lage in Warschau eingehend, bemerkt Bankdirigent Dr. Paersch, daß man in Warschau die Notenbestände fast vollständig habe bergen können. Es seien auch neue Arbeitskräfte nach Warschau geschickt worden. Währungsmäßig seien die Ereignisse in Warschau für das Generalgouvernement verhältnismäßig günstig ausgelaufen, da viele Personen ihre Geldbestände nicht haben retten können und damit große Werte verloren gegangen seien.

Bankdirigent Dr. Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur einige Tabellen vor, in denen die Entwicklung der Preisverhältnisse dargestellt ist.

Abschliessend macht Bankdirigent Dr. Paersch noch Angaben über die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Gebiet des Kreditwesens. Er habe rechtzeitig noch gewisse Beschränkungen durchgeführt, die aber weder nach aussen wirkten noch Unruhe erweckten.

17.1o.1944

Größere Abhebungen ,z.B. seitens des Wirtschaftsamtes und der SS, habe er zu verhindern gewußt. Alle solchen Abhebungen von Einlagen würden nach Maßgabe des Bedürfnisses dosiert, um einer Erschütterung der Wirtschaftsordnung zu entgehen. Wenn auch die wirtschaftlichen Grundlagen sehr viel schlechter geworden seien, so sehe er doch keinerlei Grund zu irgendwelchen Besorgnissen. Die Wehrmacht habe in den beiden letzten Monaten geringere Geldbeträge in Anspruch genommen. Während es noch im Juli 460,000.000 Zloty gewesen seien, sei dieser Betrag schon im September auf 245,000.000 Zloty zurückgegangen. Naturgemäß wirke sich die angespannte Lage im Reich auch auf das Generalgouvernement aus.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Bankdirigent Dr. Paersch, daß selbstverständlich über kurz oder lang die Zollgrenze wieder zurückverlegt werden müsse. Er arbeite in dieser Frage im Einvernehmen mit Präsident Dr.von Craushaar, der dafür federführend sei und ihm gegenüber der Meinung Ausdruck gegeben habe, daß es wohl zweckmäßig sei, dem Reich in dieser Sache den Vortritt zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur gibt Bankdirigent Dr. Paersch von der Besprechung Kenntnis, die er mit Reichswirtschaftsminister Funk in der Angelegenheit der Vorverlegung der Zollgrenze in Berlin gehabt habe, und weist Bankdirigent Dr. Paersch an, die Frage der Zollgrenze nochmals eingehend mit Präsident Dr. von Craushaar zu besprechen.

17.10.1944

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter des polnischen Rundfunks Styrer.

Sendeleiter Styrer gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über die von deutscher Seite durchgeführte Rundfunkpropagandatätigkeit. Er teilt in diesem Zusammenhang mit, daß von englischen Sendern an jedem Tag 11, von Moskau insgesamt 28 Sendungen in polnischer Sprache gebracht werden. Von einer Abteilung "Concordia" des Reichsrundfunks würden ebenfalls als polnisch getarnte Sendungen für englische und amerikanische Soldaten polnischer Nationalität gebracht, teilweise mit sehr gutem Unterrichtungsmaterial und viel polnischer Musik, für die polnische Schallplatten zur Verfügung ständen. Gesteuert werde diese Arbeit von Personen, die die polnische Sprache völlig beherrschten. - Was die Rundfunkpropaganda im Generalgouvernement angehe, so habe er bei den zuständigen Stellen, vor allem bei Präsident Ohlenbusch, immer größtes Verständnis gefunden, was ihm seine Aufgabe sehr erleichtere.

Nach der Stimmung der polnischen Bevölkerung gefragt, erwidert Sendeleiter Styrer, daß der Pole grundsätzlich das Gegenteil von dem sage, was von deutscher Seite gesagt werde. Der Pole nehme eben alles, was von deutscher Seite geschehe, als etwas auf,was gegen ihn gerichtet sei. Die Polen hätten ja auch in ihrer ganzen Geschichte stets einen Abwehrstoff bilden müssen, ob nun gegen Österreich, oder Preußen, oder Rußland: sie hätten sich eben gegen alles eingestellt, was sie beherrscht habe. Im übrigen stellten die Polen nun einmal kein aufbauendes Element dar, was z.B.

17.10.1944

ihre Haltung gegenüber den Pilsudsky'schen Plänen beweise. In den vom Generalgouverneur im Generalgouvernement ergriffenen Maßnahmen werde von den Polen des Warthegaues und Westpreußens eine besonders rücksichtsvolle Behandlung des Polentums erblickt. Man sagt dort, im Generalgouvernement sei ein Mann tätig, der der polnischen Seele mit großem Verständnis gegenüberstehe, wenngleich er auch manchmal stark daneben greife. Wie weit dabei andere Kräfte im Spiele seien, wüßten die Polen nicht. - Die Polen seien, wie Slawen überhaupt, mit Kleinigkeiten zufrieden; große Dinge nähmen sie nicht so ernst. Wenn die Polen auch nicht an den deutschen Sieg glaubten, fürchteten sie sich doch, an den Sieg der Bolschewisten zu glauben. Es gehe sogar das Gerückt in der polnischen Bevölkerung um, daß es zu einem Waffenstillstand zwischen Deutschland und den Alliierten kommen werde. Dann könnten alle Völker gemeinsam gegen den Bolschewismus vorgehen.

13[50] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch gibt dem Herrn Generalgouverneur zunächst eine Schilderung von den Ereignissen in Budapest, die zur Absetzung des Reichsverwesers Horty geführt haben.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Frage Stellung genommen, ob in beschränktem Umfange ein Theaterbetrieb wieder aufgenommen werden kann.

Präsident Ohlenbusch teilt mit, daß nunmehr auf Grund einer Verfügung des Reichsministers Dr.Goebbels die Aufführung einzelner Szenen aus klassischen Dramen grundsätzlich verboten sei. Auch die Staats-

schauspieler Heinrich George und Gründgens müßten, wenn sie nicht beim Film oder Rundfunk beschäftigt seien, in einer Fabrik arbeiten.

Der Herr Generalgouverneur will die von Reichsminister Dr. Goebbels getroffene Entscheidung auch für das Generalgouvernement als maßgeblich anerkennen, wendet sich aber mit aller Entschiedenheit gegen die Aufrechterhaltung der sogenannten "Göttlichen Liste", auf Grund derer es immer noch möglich sei, daß z.B. Schauspielerinnen vom Berliner Metropoltheater oder weibliche Filmstars sich der Arbeit für den totalen Kriegseinsatz entzögen.
Im übrigen halte er nach wie vor die Schließung der Theater für einen der größten Fehler, den man habe machen können. Wenn man für das Reich eine sogenannte Prominentenliste zum Zwecke der Betreuung etwa des Rundfunks zusammenstelle, so verlange er für das Nebenland des Deutschen Reiches, das künstlerisch ganz auf sich angewiesen sei, die Freigabe einiger Künstler.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann seinem großen Befremden darüber Ausdruck, daß angeblich Aufführungen der Neuten Sinfonie von Beethoven verboten werden sollten, und beauftragt Präsident Ohlenbusch, festzustellen, ob dieses Verbot tatsächlich ausgesprochen worden sei.

IV/9

17.1o.1944

16[5o] Besprechung mit Oberst Fischer.

17[15] Besprechung mit Pressechef Gassner und Verlagsleiter Strozyk.

Pressechef Gassner berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die in der letzten Regierungssitzung zur Sprache gekommene Frage der Aufrechterhaltung des Kurier Warszawski als Armeezeitung.

Verlagsleiter Strozyk teilt ergänzend mit, dass die Armeegruppe nach wie vor den grössten Wert darauf lege, dass die Zeitung gedruckt werde, und auch mitgeholfen habe, den Betrieb von Warschau nach Tschenstochau zu verlagern. Es sei anzunehmen, dass die Armeegruppe gewillt sei, die Zeitung anzukaufen. Man wolle wohl auch die nötigen Papiermengen beschaffen, um dann die Aufgaben einer Armee pressepolitisch betreuen zu können.

Pressechef Gassner gibt der Ansicht Ausdruck, daß eine Armee überhaupt keine Zeitung herauszugeben habe, solange noch eine Zivilverwaltung vorhanden sei. Und diesen seinen Standpunkt habe er auch in Galizien durchgesetzt. Er beabsichtige, die Angelegenheit mit Staatssekretär Dr.Bühler zu besprechen und dann mit dem Chef der Armeegruppe in Verbindung zu treten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Pressechef Gassner, sich unverzüglich mit Staatssekretär Dr.Bühler wegen Anberaumung einer Sitzung in dieser Frage in Verbindung zu setzen.

Krakau

Mittwoch, den 18.Oktober 1944

11[lo] Der Herr Generalgouverneur empfängt den bisherigen Kreishauptmann des Kreises Stryj von Dewitz.

Kreishauptmann von Dewitz erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Massnahmen, die er für die Verwaltung der Kreishauptmannschaft seit den Tagen des Russeneinmarsches Anfang August 1944 ergriffen hat. Die Verwaltung ist vor etwa zehn Tagen noch in Skole stationiert gewesen und dann vorübergehend nach Munkacz in Ungarn verlegt worden. Jetzt sei eine Ausweichstelle für die Kreisverwaltung in Waldenburg (Schlesien) eingerichtet worden, zu der er sich nunmehr begeben werde.

Der Herr Generalgouverneur spricht Kreishauptmann von Dewitz seinen Dank und seine Anerkennung für das von ihm an den Tag gelegte vorbildliche Verhalten aus.

11[25] Besprechung mit Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremdarüber Ausdruck, dass in der Krakauer Zeitung ein Bericht über die Rede des Oberdienstleiters Tießler erschienen sei, die dieser aus Anlass der Einführung eines neuen Standortführers in Krakau gehalten habe. Es gehe unmöglich an, dass solche Reden, die sich kritisch mit dem Verhalten von Reichsdeutschen und Parteigenossen beschäftigten, in der führenden Zeitung des Generalgouvernements veröffentlicht würden. Für solche Veröffentlichungen stehe dem Oberdienstleiter Tießler gegebenenfalls die " Deutsche Wacht " zur Verfügung.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Pressechef Gassner, einen Artikel in der Krakauer Zeitung zu bringen, in welchem über den Empfang des neuen Standortführers bei dem Generalgouverneur in anderer Form berichtet wird.

18.1o.1944

11[3o] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Gouverneurs Distriktstandortführers Dr.von Burgsdorff den neu ernannten Standortführer Hilpisch des Standortes Horst Wessel.

In der anschliessenden Besprechung erkundigt sich der Herr Generalgouverneur nach den Parteiverhältnissen im Distrikt und in der Stadt Krakau.

Distriktstandortführer Dr.von Burgsdorff weist darauf hin, dass die Zahl der Parteigenossen im Generalgouvernement angesichts der durchgeführten Räumungsmassnahmen sehr zusammengeschmolzen sei. In Krakau gebe es zurzeit noch etwa 1.5oo Parteigenossen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass es in den vergangenen fünf Jahren trotz der Gesamtstruktur des Landes gelungen sei, ein Parteileben überhaupt in Gang zu halten. Das eigentliche Volk des Generalgouvernements sei ja polnisch, und infolgedessen liege notwendigerweise das Übergewicht bei den staatlichen Funktionen. Das deutsche Leben habe sich im Gefolge der Parteiarbeit erfreulicherweise sehr gehoben. Es gebe wohl kaum einen Arbeitsbereich, der auch nur annähernd diese Leistungen vollführt habe. Deshalb müsste auch im Generalgouvernement an der bewährten Struktur der Partei festgehalten werden. Von der Partei verlange er, dass sie ihm in der Aufrichtung der Deutschen zur Disziplin, Tapferkeit, Sauberkeit und einer mutvollen Gesinnung helfe. Jetzt sei für die Parteiarbeit noch die grosse Aufgabe des Stellungsbaues hinzugekommen, die sie befriedigend zu lösen im stande sei. Im übrigen erwarte er ein enges Zusammenarbeiten von Partei und Staat auch für die Zukunft. Am wichtigsten sei wohl die Feststellung, dass es gelungen sei, aus Krakau eine Heimstätte kulturellen Lebens zu machen. Wenn sich Stimmen ausserhalb des Generalgouvernements vernehmen liessen,

18.1o.1944

die an manchen Zuständen im Generalgouvernement Kritik übten, so müsse man bedenken, dass im Generalgouvernement unter "Fremdvölkischen" kein Parteileben möglich sei in der Art wie im Reich.

12^{05} Besprechung mit Oberstleutnant Roedenbeck.

Oberstleutnant Roedenbeck gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die militärische Lage an der Ostfront.

12^{1o} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst von Schewen zur Verabschiedung.

12^{3o} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Arbeiten zur Herstellung des Films " Das Generalgouvernement ".

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Gestaltung der Feiern aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements.

IV/9

Krakau

Donnerstag, den 19.Oktober 1944

10^{50} Besprechung mit Presschef Gassner.

Gegenstand der Besprechung ist die Abfassung von Artikeln für die Krakauer Zeitung und die Zeitschrift " Das Generalgouvernement "aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements.

11^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, Staatssekretär Koppe und Generalleutnant der Polizei Höring.

Auch in dieser Besprechung wird zur Gestaltung der Feier aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements Stellung genommen.

Weiter wird die Frage eingehend erörtert, was angesichts der Errichtung des Volkssturmes im Reich nunmehr im Generalgouvernement in dieser Beziehung geschehen soll. Der Herr Generalgouverneur teilt mit, er habe gestern Oberst Fischer zum OKW bezw. OKH geschickt und ihm Aufklärung über die Gesamtlage auf Grund von Besprechungen mit Generaloberst Harpe gegeben. Dieser habe ihn, den Generalgouverneur, dringend gebeten, auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Aus dem Wehrmachtsbericht sei zu entnehmen, dass die Stellungen in Ostpreussen an einigen Stellen glatt durchstossen worden seien. Man müsste jetzt festzustellen suchen, welches der Grund dafür gewesen sei.

Staatssekretär Koppe geht auf den Erlass des Führers über die Errichtung des Volkssturmes im Grossdeutschen Reich ein. Wenn man den Inhalt des Erlasses auf das Generalgouvernement anwenden wolle, so bedeute das, dass man sich auch im Generalgouvernement auf den Kampf einstelle und jedem waffenfähigen Mann die notwendige Ausrüstung gegeben werden müsse. Wolle man im Generalgouvernement einen Volkssturm aufstellen, so habe das den Nachteil, dass sich Oberdienstleiter Tießler zu stark einschalten könne, und unter Umständen alles durcheinander gebracht werde. Eine Regelung

dieser Frage könne nur so getroffen werden, dass der Generalgouverneur die Initiative ergreife und gewisse Aufgaben auf andere Stellen übertrage. Nun läge jetzt bereits eine Verfügung über die Erfassung des Polizeihilfsdienstes und die Bildung einer Stadt-und Landwacht vor. Man könnte den Begriff des Volkssturmes auf denjenigen der Stadt- und Landwacht übertragen. Auch im Generalgouvernement solle jeder Mann vom 16. bis. 6o. Lebensjahr dafür mobilisiert und eine allgemeine Meldepflicht eingeführt werden. Die Frage der Bekleiiung, Bewaffnung und Ausbildung der Männer bedürfe noch besonderer Regelung. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei habe bereits einen Aufruf entworfen, der demnächst vom Generalgouverneur unterzeichnet werden könnte.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit den Vorschlägen des Staatssekretärs Koppe einverstanden. Er weist dann darauf hin, dass die Gestaltung dieser dem Volkssturm gleichen den Stadt- und Landwacht selbstverständlich im Sinne der Haager Landkriegsordnung geschehen müsse, die die Aufstellung solcher Notverbände vorsehe, allerdings unter der Bedingung, dass die Männer der Stadt-und Landwacht ein allgemein auch dem Feind bekannt gewordenes Abzeichen etwa in Gestalt einer Armbinde trügen, das sie als Soldaten kennzeichne. Natürlich dürften die Angehörigen dieser Formation nicht als Partisanen auftreten, da dann die Armbinde wertlos sei und sie nicht als Kriegsgefangene, sondern als Franktireurs behandelt würden.

Nachdem noch Staatssekretär Bühler und Generalleutnant Höring zu dieser Frage Stellung genommen haben, erlässt der Herr Generalgouverneur auf Grund der Besprechung folgende Verfügung :

1. Die Bestimmungen über den Volkssturm gelten nach Erlaß des Führers vom 29.9.1944 offensichtlich nur im Deutschen Reich.
2. Trotzdem halte ich es für geboten, dass entsprechend den Vorschlägen der Staatssekretäre der Regierung und für das Sicherheitswesen im

im Generalgouvernement eine volkssturmartige Organisation der Deutschen mit stärkster Intensität ins Leben gerufen wird.

3. Zu diesem Zweck wird die bereits auf Befehl des Reichsführers SS gebildete Stadt- und Landwacht (Verordnung des Generalgouverneurs vom 29.9.44) ausgebaut und verstärkt.

4. Die Hilfspolizeidienstpflichtigen werden demnach künftig in die Stadt- und Landwacht überführt mit der Wirkung, dass die eigentliche Institution der Hilfspolizei auf die Stadt- und Landwacht übergeht.

5. Für die Durchführung dieser Massnahmen ist der Staatssekretär für das Sicherheitswesen Organ des Generalgouverneurs.

6. Alle deutschen Männer vom 16. bis zum 6o. Lebensjahrwerden nunmehr als dienstpflichtig für die Stadt- und Landwehr erklärt.- Diese Dienstpflicht erstreckt sich auf sämtliche deutschen Reichsbürger, auf die deutschstämmigen Bürger und die Siedlungsdeutschen des Generalgouvernements.

7. Auf Anregung des Staatsekretärs der Regierung des Generalgouvernements wird festgestellt, dass die Stadt- und Landwacht als Alarmsicherungstruppe des Generalgouvernements anzusehen ist und nicht zu den normalen polizeilichen Kräften als Dauerdiensttuer gehört, ausgenommen diejenigen Teile, die sich heute bereits im Polizeieinsatz befinden.

8. Ich ermächtige den Staatssekretär für das Sicherheitswesen, staffelweise zum Zwecke der Ausbildung und Ausrichtung die für die Stadt- und Landwacht Dienstpflichtigen zu Ausbildungslehrgängen von etwa 14 Tagen Dauer einzubcrufen.

IV/9
4

19.1o.1944

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur die Veröffentlichung eines Aufrufes in der Krakauer Zeitung, mit dessen Abfassung er Generalleutnant Höring und Pressechef Gassner beauftragt.

12^{35} Besprechung mit Präsident Dr.Lauxmann.

Präsident Dr.Lauxmann legt dem Herrn Generalgouverneur ein Exemplar der für den 26.1o.1944 bestimmten 1o-Zloty Sondermarke vor.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

17^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Kressendorf

Freitag, den 2o.Oktober 1944

11^{00} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen für die Krakauer Zeitung bestimmten Leitartikel : "5 Jahre Generalgouvernement".

12^{30} Der Herr Generalgouverneur überreicht 5 polnischen Mädchen, die am 1.Oktober 1944 die Erntekrone gebracht haben, Geschenke.

12^{45} Besprechung mit Chef der Kanzlei Dr.Meidinger.

IV/9

Kressendorf

Samstag, den 21.Oktober 1944

9^{45} Ferngespräch mit Gouverneur Dr.Wächter, zurzeit Militärverwaltungschef in Oberitalien.

11^{10} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Aufsatz "Über den Dilettantismus".

Sonntag, den 22.Oktober und

Montag , den 23.Oktober 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
in Kressendorf.

IV/9

Kressendorf

Dienstag, den 24.Oktober 1944.

15[20] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei Dr.Meidinger, Oberbereichsleiter Löbsack, der ihm einen Brief des Gauleiters Forster überbringt.

Der Herr Generalgouverneur hat dann mit Oberbereichsleiter Löbsack als Vertreter des Gauleiters Forster eine eingehende Aussprache über die allgemeine Lage und die Polenpolitik. Die Aussprache verläuft in herzlicher Verbundenheit, wie sie der Ausdruck des Verhältnisses zwischen dem Generalgouverneur und Gauleiter Forster ist.

16[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt, vorgestellt von Staatssekretär Dr.Bühler, den Ministerialdirigenten im Reichsministerium für die Ostgebiete Kleist, der zugleich Sonderbeauftragter des Reichsaussenministers von Ribbentrop für osteuropäische Fragen ist. Er bespricht mit Ministerialdirigent Kleist eingehend die gegenwärtige Situation der Polenpolitik und betont bei dieser Gelegenheit: Er habe den Eindruck, dass im allgemeinen seine seit Jahren zur Anwendung gebrachten Bemühungen für eine positive Änderung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen nunmehr zu einem gewissen Erfolg kommen könnten.

Der Herr Generalgouverneur begrüsst den Versuch des Reichsaussenministers von Ribbentrop, sich persönlich an Ort und Stelle im Generalgouvernement Informationen erteilen zu lassen, mit Freude und beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, bis in die kleinste Einzelheit hinein dem Ministerialdirigenten Kleist Einblick in die polenpolitische Situation zu geben.

16[30] Telefonisches Gespräch mit Generalmajor von Xylander.

Dieser teilt dem Herrn Generalgouverneur im Auftrage des GeneraloberSten Harpe mit: Der Führer habe genehmigt, dass die Polen nunmehr als Dienstfreiwilli-

ge (Hilfswillige) in die Dienste der Heeresgruppe Harpe und damit der deutschen Wehrmacht eintreten könnten.- Der Herr Generalgouverneur begrüsst diese Meldung ganz besonders, da sie völlig in seiner Richtung liegt.

Mittwoch, den 25.Oktober 1944.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

15^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19^{10} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an den Führer des Großdeutschen Reiches Adolf Hitler:

Mein Führer! Das Generalgouvernement vollendet heute das 5.Jahr seines Bestehens. Aus diesem Anlass richten sich die Blicke aller deutschen Männer und Frauen, die hier auf Ihren Befehl in Treue und Gehorsam nun alle die Jahre hindurch gearbeitet haben, auf Sie, mein Führer, in gläubiger Ergebenheit und Verbundenheit. Wir bekennen uns zu unserem Gemeinschaftswerk Ihnen, mein Führer, gegenüber. In diesen schweren Entwicklungsjahren hat dieser Raum seinen Beitrag zu dem großdeutschen Freiheitskampf unseres nationalsozialistischen Reiches erbracht.

Wir stehen nun wieder in frontnächstem Bereich. Ich kann Ihnen, mein Führer, in unser aller Namen die Versicherung geben, dass wir auch in Zukunft unsere beste Kraft mit fanatischer Entschlossenheit, härtester Haltung und politischer Klarheit einsetzen werden, um Ihnen, mein Führer, mitzuhelfen bei der Erreichung der endgültigen Grösse unseres nationalsozialistischen Reiches. Bitte, mein Führer, nehmen Sie dieses unser Bekenntnis gütigst entgegen.

Es ist in diesen Tagen 25 Jahre her, dass ich damals in München als Student zum ersten Mal in den Kreis unserer ersten Bewegung trat. Wer daher so wie ich nun mit Ihren ältesten Vorkämpfern all' das Hohe und Leuchtende ebenso wie das Schwere und Kummervolle dieser Entwicklung zu seinem bescheidenen Teil mit erleben durfte, der ist des unabdingbaren Glaubens an Ihre einmalige schicksalhafte gottgewollte Sendung und Berufung. Heil Ihnen, mein Führer!

Krakau

Donnerstag, den 26.Oktober 1944.

9[30] Überreichung von Kriegsverdienstkreuzen I. und II. Klasse im grossen Saal des Regierungsgebäudes durch den Herrn Generalgouverneur.

Der Herr Generalgouverneur richtet folgende Ansprache an die etwa 2oo Auszuzeichnenden:

Am 5.Jahrestage der Errichtung des Generalgouvernements durch den Führer habe ich die grosse Ehre Sie, meine Kameraden, hier im Hauptsaal des Regierungsgebäudes zu Krakau zu begrüssen und Ihnen den Dank des Führers und des Reiches für Ihre treue Diensterfüllung zu übermitteln. Unter Ihnen befinden sich die Männer, die nunmehr viele Jahre hindurch unter unvorstellbaren, aber unvergleichlich schwierigen Bedingungen das Ansehen und das Mannestum des deutschen Beamten und Angestellten in leuchtenden Farben emporgetragen haben. Neben den Soldaten der kämpfenden Front waren es die deutschen Beamten und Angestellten der Verwaltung, der Polizei, der Eisenbahn, der Post und aller dienstlichen Bereiche, die in hervorragender Bewährung mitgeholfen haben, diesen Ostraum im Dienste des kämpfenden deutschen Volkes zu halten. Wir alle, die wir damals in diesem Land die Zerstörung übernommen haben, wissen, was es geheissen hat, aus dem völlig korrumpierten, wirtschaftlich verelendeten, transportmässig verwüsteten, vollkommen zerstörten Land ohne Währung, ohne Lebensadern des Verkehrs, ohne Bevölkerung - denn sie war damals in wilden Haufen auf die Flucht gegangen - den Aufbau zu beginnen. Wir können alle gemeinsam auf diese Wunderleistung stolz sein.

Meine Kameraden, mit ganz besonderer Freude überreiche ich Ihnen heute die Auszeichnungen, die der Führer Ihnen verliehen hat. Der Führer hat mich beauftragt, Ihnen seine besondere Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Seine Sorgen sind ja grösser als die von uns allen zusammengenommen. In seinem Namen kämpft heute

das deutsche Volk um seine Freiheit und die Aufrechterhaltung seiner Zukunft. Er weiss, dass wir nunmehr im Generalgouvernement die letzte grosse Bastion der deutschen Ostfront darstellen. Mit der Auszeichnung, die ich Ihnen jetzt überreiche, ist daher die Erwartung des Führers verbunden, dass wir nun auch in Zukunft und in dem jetzt begonnenen 6.Jahre des Generalgouvernements mit demselben Nachdruck und demselben unerbittlichen Einsatz aller Energien und Kräfte dem deutschen Volk dienen wollen. Ich danke Ihnen.

Nach Überreichung der Auszeichnungen durch den Herrn Generalgouverneur wird der feierliche Akt mit dem von Staatssekretär Dr.Bühler ausgebrachten Siegheil auf den Führer geschlossen.

9^{50} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front der im Hof des Kanzleigebäudes aufgestellten Ehrenformationen des Sonderdienstes und der Hilfspolizei ab.

11^{10} Staatsakt aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements im Regierungssaal der Burg zu Krakau.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet den Staatsakt mit folgenden Worten:

Herr Generaloberst! Meine Herren! Im Namen der Deutschen des Generalgouvernements eröffne ich in dem neu errichteten Regierungssaal der Burg zu Krakau den Staatsakt aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements. Vor 5 Jahren hat der Führer die entscheidende Verordnung unterzeichnet, mit der dieses Nebenland des Deutschen Reiches als konstruktiver Abschluss des wenige Wochen dauernden Polenfeldzuges geschaffen worden ist. Über die Ergebnisse der Arbeit wird der Chef der Regierung des Generalgouvernements berichten.

IV/9
3

26.1o.1944

Staatssekretär Dr.Bühler gibt darauf einen eingehenden Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit und Leistung der Regierung des Generalgouvernements in den vergangenen 5 Jahren.

(Siehe Beiakten)

Zum Abschluss des Staatsaktes ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache :

5 Jahre sind eine charakteristische Zahl. Es ist ein Lustrum abgelaufen, ein markanter Abschnitt der Vorwärtsentwicklung in Zeit und Raum. Als ein Symbol dieses Aufbauwerkes mitten im Kriege stehen wir nun in der Wirklichkeit des schwersten Ringens.

Aber der Einblick, den der Chef der Regierung, Staatssekretär Dr.Bühler, im Namen aller staatlichen Dienststellen gegeben hat, war nur ein Teilblick in die Arbeit des Nebenlandes. Man könnte noch eine ungeheure Summe von Einzelleistungen anführen, die diesen Aufbau ermöglicht haben. Denn zwei Gesichter hat ein kämpfendes Reich: Das eine schaut über die kämpfende Front dem Feind ins Auge, das andere kehrt in seiner Sorge den mühevollen Blick der Binnenlage der Nation zu. Der erste Blick kulminiert in der Aufgabe des Soldaten unserer grossen herrlichen deutschen Wehrmacht, die nun unter wirklich historischen einmaligen Schwierigkeiten in einem schlechterdings mit keinem Abschnitt der Weltgeschichte vergleichbaren Mass von Strapazen und Opfermut diesen gewaltigen Kampf unserer Nation zu bestehen hat.

Aber im viel erörterten früher sogenannten Hinterland regt sich die Vielfalt der Geister und Seelen und Arme, damit dieser Kampf an der Front bestanden werden kann. Das Generalgouvernement hat in seinem kleinen Sektor diese beiden Aufgaben deutlich spürbar auch zu erfüllen. Was wir übernommen haben, ist ein zerstörtes Land. Was die Verwaltung dieses Raumes aufgebaut hat, ist heute eine der festgefügten staatlichen Bastionen des deutschen Ostens.

Es obliegt mir nun, in erster Linie der Wehrmacht zu danken, dass sie in so treuer unausgesetzter Kameradschaftlichkeit in diesen 5 Jahren mir und allen meinen Mitarbeitern in diesem Raum geholfen hat. Sie war es, die immer wieder einsprang, wenn Not am Mann war, die uns half die Ernte bergen, die uns in den kritischen Zeiten zur Verfügung stand, wenn schwierige Fragen gelöst werden mussten.

Ich danke aber in unmittelbarem Zusammenhang damit vor allem auch dem geradezu einzigartigen vorbildlichen Verhalten unserer deutschen Polizeikräfte. Was sie in diesen 5 Jahren unter denkbar schwierigsten Umständen, zahlenmässig klein, waffenmässig durchaus nicht dem grossen modernen Krieg entsprechend gerüstet, geleistet haben, ist eins der stolzesten Kapitel der deutschen Sicherheits- und Polizeigeschichte. Hunderte braver deutscher Männer der Polizei sind in diesem Kampf gefallen. Und hierzu gleich noch ein Wort: Wenn immer wieder auf die angebliche terroristische Herrschaft der Deutschen in diesem Raum in der Welt hetzerisch hingewiesen wird, so möchte ich besonders sagen : Mit einer Hand voll Polizeikräfte regieren wir das Land. Denn das, was wir an Banditen, Partisanen oder sonstigen Gegnern in wilden Wäldern erlebt haben, was zu schwersten, opfervollsten und mühevollsten Kämpfen führte, das kam nicht aus dem Generalgouvernement, sondern wurde uns über die Grenze des Generalgouvernements aus dem Osten hineingeschickt. Die Bevölkerung dieses Raumes hat sich abgesehen von dem einen einzigen Verbrechen des Aufstandes in Warschau, das deshalb auch weithin Empörung erregt hat, im allgemeinen völlig loyal, sachlich und brav verhalten. Die deutsche Polizei unter Ihrer Führung, verehrter Parteigenosse Koppe, hat sich hier wirklich ein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte geschaffen. Aber die Gesamtverwaltung

nimmt daran teil. Wir haben hier mit einer Hand voll Verwaltungsbeamten zu arbeiten gehabt. Es waren insgesamt im günstigsten Zeitraum wenige tausende deutsche führende Verwaltungskräfte, die wir für einen Raum von 15o ooo qkm zur Verfügung hatten.

Hineingestellt sind wir nun mit alledem in den volksfremden Raum. Die Zahl der deutschen Bevölkerung hier im Lande verhält sich zu der Zahl der einheimischen Bevölkerung von früher wie 1 : loo, eine Zahl, die man sich immer wieder vor Augen halten muss, die wichtig ist, weil sie die Schwierigkeit unserer Arbeit kennzeichnet. Im übrigen aber muss ich sagen : Wenn wir in 5 Jahren hier Aufbauarbeit leisten konnten, dann verdanke ich persönlich das vor allem der unausgesetzten verständnisvollen Unterstützung , die mir der Führer zuteil werden liess.

Es ist nun klar, dass sich, wenn an den so neuen völlig eigenartigen Aufbau herangegangen werden muss, die hämischen und lächerlichen Kritiker finden, solche, die selber keine Erfahrung und nie im Leben etwas geleistet haben, die aber doch das Maul aufreissen und glauben, sich mit leichten spöttischen Worten über die ernste Arbeit verantwortungsbewusster Männer, die schwerste Leistungen zu vollbringen haben, hermachen zu können. Die deutsche Beamtenschaft des Generalgouvernements in allen ihren Kategorien und Fächern, die deutsche Staatsangestelltenschaft sind erhaben über jeden derartigen lächerlichen Einwand. Wir wissen, dass der Führer persönlich unsere Leistungen kennt; und dass er sie gewürdigt hat, das wissen wir auch.

Alles, was wir bis jetzt erlebt haben, war nur ein Vorspiel zu dem, was uns nunmehr an Verantwortung auferlegt sein wird. Der Aufruf zum Volkssturm, der wie ein Brausen von Entschlossenheit die deutsche seelische Haltung aufrüttelt, ist nur die psychologi-

sche Umformung der Wirklichkeit, d.h.: Die Situation eines Reiches und Volkes in dem Zeitpunkt, in dem der Feind die Grenzen überschritten hat, ist völlig eigenartig. Hier gibt es nicht mehr den normalen Krieg der Fronten, den die Soldaten ausfechten, sondern hier kommt der wahrhafte Volkskrieg zu erstehen.

Und so müssen wir zu alledem, was uns an Arbeit schon aufgebürdet ist - und gerade wir, die Männer der Verwaltung und des Staates in diesem Raum - uns darauf besinnen, dass wir hier nicht eine Stunde länger wären, als das deutsche Schwert uns die Möglichkeit zur Arbeit gibt, dass daher auch das deutsche Schwert den Primat in der Dienstverpflichtung besitzt gegenüber jedem Binnendienst der Nation.

Wir wenigen deutschen Männer dieses Raumes haben uns somit Mann für Mann in die Stadt- und Landwacht zu begeben, haben uns dort in weitestem Umfang zu üben, um ebenfalls mit dem Einsatz unserer Person nunmehr das zu verteidigen, was wir hier in fünfjähriger Arbeit aufgebaut haben.

Die Zeit ist nicht für feierliche pompöse pathetische Erklärungen geschaffen. Heute geht es nur darum, ob die Waffe in der Hand desjenigen ist, der sie im entscheidenden Augenblick braucht, und ob sich der Betreffende an der Stelle befindet, an der er gerade notwendig ist. Voll Vertrauen, Herr Generaloberst, gebe ich Ihnen in unser aller Namen im Rahmen dieses Staatsaktes die Versicherung: Wie ein Mann werden sich auch diese Männer im Generalgouvernement Ihnen zur Verfügung stellen.

Die Arbeit geht unentwegt weiter. Die Fragen der inneren politischen Haltung dieses Raumes sind von dem Chef der Regierung eingehend erörtert worden. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Eins aber muss ich doch noch sagen: Das polnische Volk ist eines der ärmsten auf der Welt. Verraten und verkauft von seinen angeblichen

Freunden, hängt es mit seiner ganzen Existenz nunmehr von dem Schicksal der deutschen Waffen ab: Nicht anders übrigens als ganz Europa. Ich habe mir zur Aufgabe gestellt, dieses deutsch-polnische Problem so zu lösen, dass es zum Segen für die Ostordnung wird. Das wird geschehen; verlassen Sie darauf. Der Führer hat mir hierzu seine Vollmachten gegeben, und wir werden sie zweckmässig und planvoll in die Tat umsetzen. Das Verhältnis zwischen der deutschen Nation und dem polnischen Volk wird binnen kurzem absolut geklärt sein.

Mein Herren ! Ich rufe Sie auf, mit mir den Mann zu grüssen, dem wir unsere Leistungen zu verdanken haben.

Mit einem dreifachen Siegheil auf den Führer und den Liedern der Nation findet der Staatsakt seinen Abschluss.

12[5o] Im Anschluss an den Staatsakt empfängt der Herr Generalgouverneur in dem Saal des Kanzleibaues eine Anzahl ausländischer (+) und inländischer Pressevertreter, die an dem Staatsakt teilgenommen haben. Er hält vor ihnen eine Ansprache, in der er vor allem auf den Aufstand in Warschau eingeht und die katastrophalen Folgen dieses Unternehmens schildert. Weiter nimmt der Herr Generalgouverneur eingehend Stellung zu der Frage des Verhältnisses von Deutschen und Polen im Generalgouvernement und erwähnt dabei die Tatsache, dass demnächst bei den Kreishauptmannschaften polnische Beiräte errichtet werden würden, die dann auch in ähnlicher Form bei den Gouverneuren und der Regierung eingesetzt werden sollten. Der Herr Generalgouverneur schliesst die Ansprache mit folgenden Worten: Es ist klar, dass wir das polnische Problem ungeheuer wichtig nehmen. Wir stehen mit diesem Problem in steter Verbindung, leben wir doch mit und unter dem polnischen Volk. Das polni-

sche Volk lebt unter unserer Führung, und ich darf wohl sagen, dass derjenige, der künftig etwa glauben sollte, aus dem Konflikt zwischen Deutschland und Polen Nutzen ziehen zu können, sich täuschen wird. Der Konflikt zwischen Deutschland und Polen wird in diesem Raum ausgetragen. Für uns handelt es sich nur noch um die Formen, in denen wir das Problem am zweckmässigsten lösen. Ich möchte auch annehmen, dass die Lösung dieser polnischen Frage, die wir nunmehr ganz konsequent und ohne jede Nervosität sachlich und nüchtern als Praktiker der engen Zusammenarbeit mit den Polen in Angriff nehmen, einen Gewinn auch ganz allgemein für Europa bringen wird. Tatsache ist, dass die Polen auf keinen Fall mit den Bolschewisten gehen wollen. Die Machenschaften des Herrn Churchill, der mit seiner Unterwürfigkeit erreichen will, dass sich Mikolajczyk mit den Russen verständigt, sind bekannt; sie zeigen die Blödheit der Engländer und ihre Unfähigkeit, sich den Ideen eines anderen Volkes anzupassen. Aber wir alle durchschauen diese Manöver des Herrn Churchill. Ich glaube, ich wäre der einzige, der im Namen des Führers mit Mikolajczyk zu einer vernünftigen Lösung kommen kann. Vielleicht liegt die Entwicklung in dieser Richtung.

15[3o] Verwundeten-Betreuung im Staatskasino.

An der Spitze von Vertretern aus Partei und Staat nimmt der Herr Generalgouverneur an dieser Nachmit-

---

+) Polgende ausländische Pressevertreter sind anwesend:

Luigi Cucco	(Italienische Zeitungen)
Dr.Eduard Geilinger	(Neue Züricher Zeitung)
Pablo de Pedraza	(Solidariad National)
Dr.Henrik Ringstedt	(Politiken Kopenhagen)
Ivar Vesterlund	(Dagens Nyheter).

tags-Veranstaltung für Verwundete im Staatskasino teil und widmet dabei den Verwundeten folgende Begrüssungsworte :

Ich bin ausserordentlich glücklich, Euch im Namen der Regierung des Generalgouvernements als ihre Gäste willkommen heissen zu dürfen. Wir sind stolz, dass Ihr unserer Einladung Folge geleistet habt, und dass wir hier einige Zeit gemütlich zusammen sein können.

Als man Euch einmal sagte, Ihr solltet gelegentlich einmal nach Krakau kommen, hat sich wohl mancher von Euch gedacht: Was mag das für elendes polnisches Drecknest sein, dieses Krakau? Ich glaube aber, dass Ihr überzeugt seid, dass es Krakau verdient, dass wir Deutsche unser Augenmerk auf diese Stadt lenken und nie vergessen, dass diese Stadt die Heimstätte einer Jahrhunderte alten deutschen Kultur ist, eine Stadt, die ihrer geschichtlichen und geographischen Bedeutung nach eine einzigartige Position im Osten unseres Vaterlandes zu erfüllen hat. Angesichts der Frontentwicklung, die dieses Jahr eingetreten ist, ist nunmehr unser Generalgouvernement und insbesondere die Stadt Krakau in eine besonders bedeutungsvolle Beziehung zu Heimat und Front gekommen. Was liegt da näher, als dass die Staatsdienststellen dieses Raumes ihre engste Verbundenheit mit der deutschen Wehrmacht und mit Euch, Kameraden, dadurch zum Ausdruck bringen, dass sie den Feiertag, an dem uns der Führer vor 5 Jahren das Generalgouvernement anvertraut hat, gemeinsam mit verwundeten Soldaten feiern? Seid davon überzeugt, dass wir unsere wichtigste Aufgabe darin sehen, der kämpfenden Front und der kämpfenden Heimat zu helfen.

Nach der Begrüssungsansprache des Herrn Generalgouverneurs folgt die Bewirtung der Verwundeten und künstlerische Darbietungen.

IV/9
lo

26.lo.1944

19[30] Festkonzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Chefdirigenten Swarosky im Haus Urania.

Anschliessend Empfang auf der Burg.

IV/9

Krakau

Freitag, den 27.Oktober 1944

9^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

9^{15} Besprechung mit Gouverneur Dr.Fischer.

$1o^{1o}$ Besprechung mit Gouverneur Dr.Wendler.

11^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

11^{1o} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple und dem Direktor des Institutes für Deutsche Ostarbeit Oberregierungsrat Dr.Coblitz.

Direktor Dr.Coblitz erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Arbeiten zum Zwecke der Verlagerung des Institutes für Deutsche Ostarbeit. Der grösste Teil der Sektionen des Institutes sei in die beiden Schlösser Miltach und Zandtern in der Bayrischen Ostmark übergesiedelt, während die Sektion Landeskunde unter der Leitung von Dr.Graul noch in Krakau arbeite. Die Sektion Landeskunde habe im wesentlichen die Aufgabe, für die Heeresgruppen im Osten nach Flugbildaufnahmen der Luftwaffe die kartographischen Unterlagen für den Panzereinsatz zu schaffen. Bei dem Abtransport der Geräte, Apparate usw. der anderen Sektionen sei leider manches verloren gegangen. Entscheidend sei jedenfalls, dass das Institut für Deutsche Ostarbeit als solches weiterbestehe.

Der Herr Generalgouverneur spricht Oberregierungsrat Dr.Coblitz seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorsorgliche Arbeit aus und ermächtigt ihn gleichzeitig, aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Generalgouvernements eine Sondernummer der Zeitschrift "Die Burg" herauszugeben. Auch er hält das Weiterbestehen des Institutes für deutsche Ostarbeit unter allen Umständen für notwendig und erklärt sich bereit, stets für die Aufrechterhaltung des Institutes einzutreten.

27.1o.1944

Oberregierungsrat Dr.Coblitz macht dann noch vertrauliche Angaben über die Arbeit der Sektionen Physik und Chemie im Dienste der Rüstung.

11[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Referenten von Palézieux den Fabrikaten Rath, Inhaber der Wiener Firma Lobmeyr.

12[45] Besprechung mit Präsident Dr.Eichholz.

13[15] Mittagsessen. Gäste sind die Staatssekretäre Dr. Bühler, Dr.Boepple und die Hauptabteilungspräsidenten.

Der Herr Generalgouverneur bringt folgenden Trinkspruch aus: Meine Herren! Ich danke Ihnen für die Arbeit in den vergangenen Jahren und hoffe, dass wir im kommenden Jahr ebenso gut zusammenarbeiten werden. Ich trinke auf Ihr Wohl.

Staatssekretär Dr.Bühler erwidert mit folgenden Worten: Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen im Namen der Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements für Ihre liebenswürdige Einladung danken. Besucher aus dem Reich haben mir gerade in den letzten Monaten wiederholt die Ansicht geäussert, dass eine geschlossene Gemeinschaft, wie sie hier im Generalgouvernement zu beobachten sei, in keinem der besetzten Gebiete bestehe. Ich kann diese Ansicht aus meiner engeren Erfahrung heraus nur bestätigen. Wir sind in fünfjähriger Arbeit zusammengewachsen und eine harte geschlossene Gemeinschaft geworden. Die Frage etwa, ob die Kreise Tomaschow und Petrikau zum Generalgouvernement oder zum Distrikt Radom gehören, interessiert nicht; denn heute ist jeder Angehörige des Generalgouvernements mit seiner Lage auf dieses Gebiet angewiesen. Herr Generalgouverneur, diese Gemeinschaft wird durch Ihr Vertrauen getragen, das uns erst unsere Arbeit und unser Werk ermöglicht hat.

IV/9
3

27.1o.1944

Aus Anlass des fünften Jahrestages des Generalgouvernements bitte ich Sie, Herr Generalgouverneur, uns weiterhin dieses Vertrauen zu erhalten.
Meine Herren, ich bitte Sie, auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs und auf weitere gedeihliche Zusammenarbeit zu trinken.

16^{2o} Tee-Empfang, zu dem die ausländischen und inländischen Pressevertreter als Gäste erschienen sind.

$2o^{o8}$ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Wien .

Samstag, den 28.Oktober 1944

bis

Dienstag, den 7.November 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
im Reich.

IV/9

Kressendorf

Mittwoch, den 8.November 1944.

8^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

10^{15} Besprechung mit Dr.Meidinger.

17^{45} Tee, zu dem als Gäste erschienen sind: Präsident Ohlenbusch, Abteilungsleiter Jaenicke, Kulturreferent Scherzer, stellvertretender Leiter des Künstler-Einsatzstabes, Kammersänger Bockelmann und Staatskapellmeister Lothar.

Im Mittelpunkt der während des Tees gepflogenen Unterhaltung steht die Frage des Einsatzes von Künstlern aus dem Reich im Generalgouvernement.

Kulturreferent Scherzer vom Reichspropaganda-Ministerium berichtet über seine Arbeit auf diesem Gebiet und sagt weitestgehende Unterstützung der Pläne des Generalgouverneurs zu.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Schreibens an Ministerialdirigenten Dr.Schlösser vor, in welchem diesem für das Interesse an den kulturellen Fragen des Generalgouvernements gedankt wird, das er für die Bereitstellung namhafter Künstler und zuletzt auch durch die Entsendung des Referenten Scherzer nach Krakau zur persönlichen Besprechung und Klärung grundsätzlicher Fragen bewiesen hat. Dieses Schreiben enthält gleichzeitig eine an Ministerialdirigenten Dr.Schlösser gerichtete Einladung, über die Kulturarbeit während des Krieges, über die kulturellen Aufgaben des Ostens und über ein anderes genehmes Thema vor einem grösseren Kreis führender Persönlichkeiten des Generalgouvernements zu sprechen.

Das von Präsident Ohlenbusch dem Herrn Generalgouverneur vorgelegte Programm für eine Heldengedenkfeier am 12.November 1944 findet die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs.

IV/9
2

8.11.1944

Im Anschluss an den Tee bringt Kammersänger Bockelmann, begleitet von Staatskapellmeister Lothar, einige Lieder zu Gehör. Staatskapellmeister Lothar, der Komponist der Oper "Schneider Wibbel", trägt Teile aus seiner neuen Oper "Brabant" vor.

IV/9

Kressendorf

Donnerstag, den 9.November 1944

12^{05} Besprechung mit Dr.Meidinger.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Präsident Dr.von Craushaar.

18^{20} Tee, zu dem als Gäste erschienen sind: Abteilungsleiter Jaenicke, Sendeleiter Noglik und Kulturreferent Scherzer. Dabei wird nochmals die Frage des Künstler-Einsatzes eingehend besprochen.

Abteilungsleiter Jaenicke weist insbesondere darauf hin, dass die Kulturabteilung der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements sich sozusagen als Filiale der Künstler-Einsatzstelle für das Generalgouvernement betrachte und in dieser Eigenschaft bemüht sei, eine allen Interessen dienende Tätigkeit auszuüben. Allerdings gehe es nicht an, dass die beabsichtigte einheitliche Regelung dieser Frage durch andere Stellen unterbrochen werde, etwa dadurch, dass der Chefdirigent der Philharmonie des Generalgouvernements von sich aus selbständig Künstler und Künstlerinnen verpflichte.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Abteilungsleiter Jaenicke, ihm den Entwurf eines Erlasses vorzulegen, der für alle staatlichen und Parteistellen massgebend sein und eine einheitliche Regelung der Künstler-Einsatzfrage gewährleisten soll.

IV/9

Kressendorf

Freitag, den 10.November 1944

9^{00} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenloher.

Kressendorf

Samstag, den 11.November 1944

11^{00} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Aufsatz: "Verwaltung und Verwaltungsrecht". (Besprechung eines Buches des Oberverwaltungsrates Dr.jur.Bodo Dennewitz, Lehrbeauftragten für Staats- und Verwaltungsrecht an der Hochschule für Welthandel in Wien).

16^{45} Besprechung mit Präsident Naumann.

17^{00} Tee. Als Gäste sind anwesend: Präsident Naumann, die Violinvirtuosin Frau Martzy, ihr Gatte Dr.von Cillery, Chefdirigent Swarowsky, Hauptschriftleiter Geisenheyner, Referent Bader, Fräulein Aldinger, Fräulein Pelz.

IV/9

Krakau

Sonntag, den 12.November 1944

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Heldenfriedhof, wo er einen Kranz niederlegt.

11^{30} Heldengedenkfeier auf dem Adolf-Hitlerplatz.

Generaloberst Harpe leitet die Feierstunde mit folgenden Worten ein: Kameraden ! Deutsche Männer und Frauen ! Auf diesem historischen Platz, der symbolisch von der alten Burg zu Krakau bewacht wird, vereint uns heute eine gemeinsame Feierstunde, verbindet uns ein ewiger Schwur mit den vielen Millionen Deutscher, die von Urzeiten unseres Vaterlandes her für Deutschland gekämpft und gerungen haben. Diese Feierstunde soll uns in Sonderheit verbinden mit den Toten des 1.Weltkrieges, aus deren Blutopfer der Nationalsozialismus geboren wurde. Sie soll uns verbinden mit den Blutzeugen der nationalsozialistischen Bewegung und nicht zuletzt mit den vielen tausenden deutscher Männer und Frauen, die im Verlauf dieses Krieges Schulter an Schulter mit uns draussen an der Front und an der kämpfenden Heimatfront den Heldentod für unser grossdeutsches Vaterland und unseren Führer Adolf Hitler gestorben sind. Wie ein Signal soll dieses Bekenntnis zu unseren toten Helden, zu dem sich heute ganz Deutschland vereint, durch die Welt schallen, gleichzeitig ein Fanal für unseren unbändigen Glauben an den Sieg und für unsere feste Überzeugung zur nationalsozialistischen Weltanschauung. Wir grüssen in Ehrfurcht und stolzen Sinnes unsere toten Helden, indem wir uns zum Leben und zum Kampf für das Leben bekennen, mit dem ewigen Schwur : Deutschland wird leben, auch wenn wir sterben.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache : Deutsche Männer ! Deutsche Frauen ! Kameraden ! Als in den Novembertagen 1923 unserem Volk die völlige Auflösung seiner gesamten inneren Ordnung und Lebenskräfte drohte, da rief Adolf Hilter in einem entscheidungsvollsten Augenblick die

wenigen Männer auf, die er damals bereits in den Reihen der nationalsozialistischen Bewegung in München um sich gesammelt hatte. Es kam zu einer ersten grossen flammenden Empörungstat deutscher Entschlossenheit gegenüber den Zerstörungs- und Versklavungsplänen der ganzen Welt, die sich gegen uns verschworen hatte. Wenn auch damals der Marsch zur Feldherrnhalle nicht mit dem unmittelbaren politischen Sieg endete, so war doch dies Ereignis für die ganze Welt das Zeichen dafür, dass das deutsche Volk entschlossen war, die Sklavenketten von Versailles zu sprengen und wieder den eigenen Weg seines ihm vom ewigen Herrgott vorbestimmten Schicksals zu beschreiten. Das ist die weihevolle Symbolik, die mit den Toten dieses Novembertages 1923 verbunden ist und verbunden bleiben wird. Sie waren vielleicht die letzten Gefallenen des Krieges 1914 - 1918, sie waren - das können wir heute sagen - die ersten Toten dieser jetzt in Gang befindlichen Weltauseinandersetzung.

Wenn wir heute gemeinsam - die deutschen Männer, die Frauen, die Soldaten - auf diesem alten Platz zu Krakau dieser Toten gedacht haben, so geschah es in dem gleichen unzerstörbaren Geist, in dem sie damals gefallen sind. Heute ist Adolf Hitler genau so wie damals der durch nichts zu erschütternde, vom tiefsten Glauben beseelte und von gläubigster Leidenschaft gehaltene stolze Künder der unabgänglichen Kraft unserer Nation. So wie damals im Jahre 1923 sind auch heute die deutschen Männer und Frauen bereit, eher ihr Leben hinzugeben, als die Zerstörung ihres Vaterlandes hinzunehmen.

So sind unsere Gedanken heute nicht nur ein wehmütiges Zurückschauen, nicht nur das Empfinden, an einem Grab zu stehen, sondern tragen in sich die ewige Aufgerichtetheit, dass ein Volk, das entschlossen ist, das Letzte für seine Freiheit zu geben, von einer ganzen Welt nicht niedergekämpft werden kann. Gerade wir in Krakau,

der Hauptstadt des Nebenlandes des großdeutschen Reiches, haben allen Anlass, dieses Tages zu gedenken. Wir, die wir vom Führer eingesetzt sind, um dieses Land in den Dienst des Krieges zu stellen, danken diesen Opfern, die im Nationalsozialismus die ewige Opferbereitschaft vorgelebt haben und vorgestorben sind.

Wir danken Euch, Kameraden der Front, die nun durch das Generalgouvernement zieht, für Euren Einsatz, wir danken den Grenadieren und allen denen, die mit der Waffe in der Hand und unter Einsatz ihres Lebens diese grosse zentrale Bastion des deutschen Ostens an Weichsel und Beskiden halten. Wir wissen, dass sie der gleiche Geist auch in den kommenden Wochen und Monaten beseelen wird. Mag die ganze Welt gegen uns sein, der Herrgott wird für uns sein.

Wir verlassen daher diese Gedenkstunde für unsere Toten mit dem gläubigen durch nichts zu erschütternden Vertrauen auf den Führer, unser großdeutsches Vaterland und das herrliche deutsche Volk.

Mit den Liedern der Nation findet die Gedenkfeier ihren Abschluss.

16^{30} Tee mit Angehörigen der Kanzlei des Generalgouverneurs.

IV/9

Krakau

Montag, den 13.November 1944

$1o^{30}$ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Koppe.

In dieser Besprechung wird zunächst eingehend zur militärischen und Sicherheitslage Stellung genommen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, welche Kräfte für die Besetzung der neuen im Generalgouvernement angelegten Stellungen zur Verfügung stehen.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang auf die grosse Bedeutung hin, welche die Stadt Krakau als letzte Bastion des Ostens für Oberschlesien und für das Reich überhaupt hat.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Koppe, dass gegenwärtig kaum eine grössere militärische Unterstützung durch Zurverfügungstellung von Divisionen für das Generalgouvernement zu erwarten sei. Es müsse daher nach wie vor damit gerechnet werden, dass die im Generalgouvernement vorhandenen Kräfte der Polizei, der Hilfspolizei, der Stadt- und Landwacht usw. für die Verteidigung eingesetzt würden. Man wolle auch nicht die ganzen Befestigungslinien durchlaufend besetzen, sondern vor allem bestimmte Schwerpunkte zu halten versuchen. Reichsführer ## Himmler will sich im übrigen zu einer Hilfeleistung nur dann verstehen, wenn auch die Heeresgruppe Harpe alle verfügbaren Truppen für die Verteidigung bereitstelle.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Besprechung dieser Frage mit Generaloberst Harpe für dringend geboten und ersucht Staatssekretär Koppe, sich unverzüglich mit ihm ins Benehmen zu setzen.

Staatssekretär Koppe berichtet weiter über den gegenwärtigen Stand der Banden-Bewegung. Er habe nunmehr ganz schwere Massnahmen in dieser Beziehung getroffen. Jeder Gendarmerie- und Postenführer sei beauftragt worden, die volle Verantwortung für seinen Bereich zu übernehmen. Er werde auch jeden Gendarmerie-

führer usw. unter Anklage stellen, der nicht nachweisen könne, dass er im gegebenen Fall von sich aus mit eigener Initiative etwas gegen die Bandentätigkeit unternommen habe. Der von ihm in dieser Beziehung erlassene Befehl habe auch schon gute Früchte gezeigt.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf den Erlaß des Führers ein betreffend die Nichtverwendung von Beamten in exponierten Stellungen für den militärischen Einsatz in den besetzten Gebieten. Nach diesem Führer-Erlaß solle vor allem vermieden werden, dass solche Beamten in Gefangenschaft gerieten und dann gegen sie Schauprozesse eingeleitet und durchgeführt würden. Man werde deshalb bei der Auswahl der Mannschaften für die Stadt- und Landwacht und die Hilfspolizei grösste Vorsicht walten lassen müssen. Von Wichtigkeit sei besonders in dem Führerbefehl die Weisung, dass vorgenannte Geheimnisträger im Zeitpunkt der Gefahr das Gebiet, im vorliegerden Falle also das Generalgouvernement, sofort zu verlassen hätten.- Was die Zurückverlegung der Zoll- und Polizeigrenze angehe, so hoffe er angesichts der entgegenkommenden Haltung des Reichsführers SS, den er über diese Fragen ins Bild gesetzt habe, auf eine baldige zufriedenstellende Lösung.- Über die allgemeine Polenpolitik mit den Zentralen in Berlin zu sprechen, habe er bisher noch keine Gelegenheit gehabt. Er sei gewillt, völlig selbständig in dieser Frage vorzugehen,und könne sich dabei auf den Erlaß des Führers vom 26.1o.1939 berufen, nach dem er dem Führer gegenüber die Verantwortung für diesen Raum allein trage. Reichsführer SS sei auf seine wiederholten Anregungen nicht eingegangen. Demnach habe es den Anschein, als wolle man im Reich keine Entscheidung treffen. Die Polenfrage stehe aber zurzeit im Mittelpunkt des Weltinteresses,und deshalb halte er es für seine Pflicht, nach freiem Ermessen eine Lösung dieser Frage zu suchen.

13.11.1944

Staatssekretär Koppe bemerkt dazu, der Führer stehe auf dem Standpunkt, dass man hinsichtlich der Polenpolitik die letzten Trümpfe noch nicht aus der Hand geben dürfe.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, dass man in der Polenpoltik, die im Generalgouvernement getrieben werde, vorerst ja auch mit aller Vorsicht vorgehen wolle. Man beginne mit der Schaffung von Beiräten bei den Kreis- und Stadthauptmännern und wolle dann dieses Institut langsam auch auf die Distrikte und die Regierung erstrecken. Zurzeit habe er für die Polenpolitik im Generalgouvernement keine Sorge. Das Land stehe immer noch unter deutschem Einfluss trotz des Wirkens der A.K. Zu bedauern sei nur, dass man das Generalgouvernement gewissermassen als Aussenseiter und als etwas weit Abliegendes zu behandeln gewohnt sei. Ein Krieg müsse eben auch politisch geführt werden, und in dieser Beziehung habe man grosse Fehler gemacht.

11^{30} Besprechung mit Präsident Dr.von Craushaar in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr.Bühler und Koppe.

Präsident Dr.von Craushaar setzt den Herrn Generalgouverneur davon in Kenntnis, welche Fragen bei dem Empfang des Polnischen Hauptausschusses erörtert werden sollen.

11^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Grünen Zimmer der Burg den Vorsitzenden und die Mitglieder des Polnischen Hauptausschusses. Anwesend sind bei diesem Empfang Staatssekretär Dr.Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident von Craushaar, Oberlandesverwaltungsrat Weirauch.

Der Vorsitzende des Polnischen Hauptausschusses unterbreitet dem Herrn Generalgouverneur folgende Eingabe :

IV/9
4

13.11.1944

Das Schicksal, das viele Städte in Europa, darunter auch Städte im Generalgouvernement im Laufe dieses Krieges getroffen hat, weckt bei den Bewohnern der bis jetzt unversehrt gebliebenen Stadt Krakau Befürchtungen vor dem, was ihnen bevorsteht. Gleichzeitig aber regt es alle Interessierten dazu an, Mittel und Wege zu suchen, um diese Stadt vor Vernichtung und nicht wieder gut zu machenden Schäden zu bewahren und ihr drohendes Unheil abzuwenden, wenn es nicht unabwendbar ist.

Ist ja doch die Stadt Krakau,gar jetzt nach der Räumung der Millionenstadt Warschau, die letzte grössere Stadt der polnischen Bevölkerung des Generalgouvernements und als solche für dieselbe von besonders grosser allgemein völkischer Bedeutung. Denn dank ihrer Jahrhunderte alten Geschichte ist sie heute das letzte Zentrum, das den grössten Teil der von Vernichtung in diesem Kriege verschonten Werke polnischer Kultur enthält, sie ist auch das letzte Zentrum der eigenen polnischen freien Fürsorge.

Wohl dessen bewusst, dass im Laufe eines Kampfes allein Rücksichten ausschlaggebend sein müssen, die dieser Kampf erfordert, glaubt die polnische Bevölkerung Krakaus dennoch, dass dies nicht die Möglichkeit ausschliesst, auf eine derartige Gestaltung der Ereignisse abzuzielen, welche eine weitmöglichste Schonung der Stadt, ihrer Gebäude und Kulturgüter sowie ihrer Bevölkerung mit den Erfordernissen der Kriegslage vereinbaren könnte.

In dieser Überzeugung möchten sich Vertreter des PHA, als jener Institution, der die Betreuung polnischer Fürsorgebedürftiger anvertraut ist, und der Stadtbevölkerung den entscheidenden Ein-

fluss massgebender Persönlichkeiten sichern, um
1. durch grösstmögliche Schonung der Stadt bei allfälligen Kampfhandlungen dieselbe und die in ihr befindlichen Kulturgüter der Zukunft unserer Volksgemeinschaft zu erhalten,
2. durch grösstmögliche Schonung der Stadtbevölkerung dieselbe vor dem Elend und Verderben bringenden Schicksal von Ausgesiedelten, dem sie insbesondere auch im Falle einer zwangsweisen Evakuierung verfallen müsste, zu bewahren.

Der Herr Generalgouverneur weist zunächst auf die Tatsache hin, dass es in Deutschland nur noch wenige Großstädte gebe, die nicht durch Terrorangriffe zerstört wären. Das gleiche Schicksal könne selbstverständlich auch bei einem Angriff russischer Flieger die Stadt Krakau treffen, die vielleicht schon nach fünf von verhältnismässig weniger Flugzeugen durchgeführten Angriffen in Schutt und Trümmer gelegt werden würde. Wenn Krakau zurzeit noch von diesen Angriffen verschont geblieben sei, so hänge das wohl damit zusammen, dass die Russen diese Taktik überhaupt nicht pflegten, oder politische Gründe für eine Schonung der Stadt Krakau massgebend seien. Wie dem aber auch sei, es müssten jetzt vor allem die eingeleiteten Luftschutzmassnahmen genau geprüft und festgestellt werden, ob genügend Splitterschutzgräben angelegt worden seien, ob Ausweichquartiere für die bombengeschädigte Bevölkerung zur Verfügung ständen und auch Massnahmen für die Rettung von Menschen vorgesehen seien.

Ein Mitglied des Polnischen Hauptausschusses bemerkt, dass das Polnische Hilfskomitee der Stadt Krakau bereits in diese Dinge eingeschaltet worden sei, und nach Möglichkeit vorbereitende Massnahmen getroffen habe.

13.11.1944

Der Herr Generalgouverneur betont, dass die deutsche Wehrmacht selbstverständlich durch Zurverfügungstellung von Flakbatterien und Jägerschutz alles tun werde, um die Stadt Krakau nach Möglichkeit zu schützen. Um jedoch den durch einen Fliegerangriff angerichteten Schäden vorzubeugen, müsse nunmehr energisch an den Ausbau der Luftschutzkeller, der Splitterschutzgräben usw. herangegangen, auch müsse die Bevölkerung soweit möglich über die Gefahren belehrt werden. Weiter sei an eine Evakuierung Krakaus von Frauen und Kindern schon in einem Zeitpunkt zu denken, in welchem ein Luftangriff noch nicht stattgefunden habe.

Präsident Dr.von Craushaar teilt mit, dass die Vorbereitung von Notunterkünften und Notkrankenhäusern angesichts der Überfüllung der Stadt Krakau mit Flüchtlingen aus Warschau auf Schwierigkeiten stosse. Deshalb dürfen sich nur solche Personen in Krakau aufhalten, die eine Genehmigung der Polizeidirektion hätten. Sie müssten gegebenenfalls in erster Linie den Schutz der Krakauer Bevölkerung übernehmen.

Der Vorsitzende des Polnischen Hauptausschusses gibt zu bedenken, dass der Ausweichraum ziemlich beschränkt sei. Wenn Krakau bedroht wäre, dann wäre wahrscheinlich der nördlich gelegene Teil des Landes auch bedroht. Im ganzen Generalgouvernement bleibe also nur noch ein kleiner Streifen Landes als Ausweichraum übrig.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß vor allem Kinder sehr wohl bei Bauern untergebracht werden können.

Im Zusammenhang mit den erörterten Fragen geht der Herr Generalgouverneur dann auf den Warschauer Aufstand ein, den er als den grössten Wahnsinn in der Geschichte Polens bezeichnete. Deutsche und Poelen hätten seit 1939 das teilweise zerstörte Warschau gemeinsam wieder aufgebaut. Den Bewohnern Warschaus sei es eigentlich in den vergangenen 5 Jahren nicht schlecht gegangen:

Das wirtschaftliche Leben sei aufgeblüht, die Arbeiter hätten gut verdient usw. Die deutsche Führung habe ja auch sehr viel für Warschau getan.

Präsident Dr.von Craushaar erblickt eine Aufgabe des Polnischen Hauptausschusses auch darin, auf dem Weg über die katholische Kirche der bäuerlichen Bevölkerung die Notwendigkeit einer Hilfeleistung klar zu machen.

Der Herr Generalgouverneur ist ebenfalls der Meinung, dass eine Hilfsbereitschaft innerhalb des polnischen Volkes mehr gepflegt werden müsse. Leider seien die Polen noch nicht für eine Volksgemeinschaft erzogen. Hier könnte die Kirche helfen. Die Geistlichen könnten in ihren Predigten die Bauern darauf hinweisen, dass es eine Ehrenpflicht für sie sei, den armen Städtern in ihrer Notlage zu helfen. Auf diese selbstverständliche Pflicht müsste auch der Fürst Erzbischof Sapieha in seiner Eigenschaft als geistliches Oberhaupt der polnischen katholischen Kirche hinweisen.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Frage ein, ob die Stadt Krakau möglicherweise infolge der Kampfhandlungen schwer beschädigt werden würde. Zu dieser Frage irgend eine Erklärung abzugeben, sei er völlig ausserstande, weil er den Verlauf des Kriegageschehens nicht beurteilen könne. Es sei aber durchaus denkbar, dass sich die militärische Führung entschliessen werde, die Stadt Krakau mit Rücksicht auf Oberschlesien unter allen Umständen zu halten.

Ein Mitglied des Polnischen Hauptausschusses verweist in diesem Zusammenhang auf eine offizielle Äusserung des Generaloberst Harpe, nach welcher die Stadt Krakau nicht kampflos den Bolschewisten überlassen werden könne. Der Polnische Hauptausschuss habe aber so viel Vertrauen zur Führung der Kampfhandlungen, dass er es als möglich annehme, den Kampf um Oberschlesien

auf dem Vorfeld Krakaus oder im Rücken dieser Stadt, nicht aber etwa auf dem Adolf Hitlerplatz in Krakau zu führen.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, dass die Stellungen, die eigentlich Krakau schützen sollen, etwa loo km östlich der Stadt lägen . Daraus sei zu entnehmen, dass es offenbar die Absicht der deutschen militärischen Führung sei, den Kampf um Krakau und Schlesien dort aufzunehmen. Sonst würde man offensichtlich Stellungen direkt bei Krakau bezogen haben. Die Stadt Krakau sei ja an sich schon schwer zu verteidigen. Aus diesen beiden Momenten ergebe sich ein gewisser Optimismus für die Annahme, dass die Verteidigung etwa bei Tarnow vor sich gehen werde. Zudem bestänben ja auch westlich Krakau Verteidigungslinien. Aller Wahrscheinlichkeit nach plane also die militärische Führung nicht, Krakau zu einem Schützengraben zu machen. Die Mitglieder des Polnischen Hauptausschusses könnten demnach der Bevölkerung der Stadt Krakau beruhigende Erklärungen abgeben.

Präsident Dr.von Craushaar glaubt auf Grund seiner Erfahrungen auf dem westlichen Kriegsschauplatz,die Versicherung abgeben zu können, dass nach Möglichkeit Kunstwerke, Kunstbauten, Kirchen und sonstige Kulturbauten geschont werden würden. Aus der Tatsache, dass der Herr Generalgouverneur das grösste Verständnis für die schönen Bauten gerade der alten Stadt Krakau habe, könne man schliessen, dass alles für ihren möglichsten Schutz geschehen werde.

Der Herr Generalgouverneur betont, dass er sich stets um die Erhaltung und Erweiterung der grossen europäischen Kulturgemeinschaft bemüht habe. So habe er unter anderem in Gestalt der Philharmonie des Generalgouvernements ein grosses polnisches Orchester gegründet. Er könne mit allem Vorbehalt sagen, dass er die Sorgen der polnischen Bevölkerung um die Stadt Krakau nicht für berechtigt halte. Eine Evakuierung Krakaus

sei nicht beabsichtigt, wenn auch angesichts der Luftgefahr Frauen, Kinder und Greise gegebenenfalls aus Krakau fortgebracht werden müssen. Er sei auch bereit, in der polnischen Presse eine Notiz des Inhalts publizieren zu lassen, dass eine Evakuierung Krakaus in keiner Weise geplant sei.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann noch zu verschiedenen Fragen Stellung genommen. Im Vordergrund steht dabei das Problem der Ernährung der polnischen Bevölkerung. Hier erwähnt der Vorsitzende des polnischen Hauptausschusses die Tatsache, dass dank dem Entgegenkommen der Behörden des Generalgouvernements dem Hauptausschuss ein namhafter Vorschuss gegeben worden sei, der bis zum gewissen Grad über die ersten Schwierigkeiten hinweggeholfen habe, aber nicht für allzu lange Zeit ausreichen werde. Man hoffe deshalb, dass für den Kreis der Hilfsbedürftigen noch weitere Massnahmen ergriffen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur geht noch kurz auf die Tätigkeit der A.K. ein und gibt dem Bedauern darüber Ausdruck, dass die A.K. immer noch, trotz der in Warschau gemachten Erfahrungen, einen schädigenden Einfluss ausübe.

Der Vorsitzende des Polnischen Hauptausschusses glaubt sich von einer grosszügigen Behandlung der Mitglieder der A.K. eine Befriedung der Verhältnisse versprechen zu können. Seiner Ansicht nach sei es durchaus möglich, die zum grossen Teil in Wäldern sich aufhaltenden Mitglieder der A.K. etwa durch das Versprechen, sie als Kriegsgefangene zu behandeln, wieder einem geordneten Leben zuzuführen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diesen Weg ernstlich zu überlegen.

Der Herr Generalgouverneur trifft die Verfügung, dass dem Polnischen Hauptausschuss eine Summe von

13.11.1944

2o Millionen zur Förderung des Hilfswerkes für notleidende Polen zur Verfügung gestellt wird.

12^{40} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den neu ernannten Kampfkommandanten von Krakau Generalmajor Kruse und seinen Generalstabschef Oberstleutnant Brokade.

15^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt Direktor Küspert, Reichsbeauftragten der Porzellan-Industrie, und Direktor Herold (Spolem), Leiter der Handelszentrale der Verbrauchergenossenschaften im Generalgouvernement, die dem Herrn Generalgouverneur verschiedene für den Export freigegebene Porzellan-Gegenstände zur Besichtigung vorlegen.

16^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Lehrer Max Lange, der sich wissenschaftlich mit soziologischen Fragen beschäftigt und in einem Schreiben zu dem in der Krakauer Zeitung erschienenen Aufsatz des Herrn Generalgouverneurs "Über die Gerechtigkeit" Stellung genommen hat.

16^{30} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Generalintendant Stampe.

Gegenstand der Besprechung ist ein Schreiben, in welchem Generalintendant Stampe mitteilt, dass er beabsichtige, zum 1.Januar 1945 in den Wehrdienst einzutreten.

Der Herr Generalgouverneur nimmt amtlich zu diesem Schreiben Stellung und bemerkt dazu: Es liege nicht in der Politik des Reiches und daher selbstverständlich auch nicht in seiner, des Generalgouverneurs, Politik, die massgeblichen Theaterführungskräfte deshalb zu entlassen, weil zurzeit die Theater vorübergehend geschlossen seien. Er könne deshalb den Generalintendanten nicht freigeben, bitte ihn jedoch, seine

künstlerische Kraft ausserhalb der Führung seiner Dienstgeschäfte als Generalintendant zur Verfügung zu stellen, und z.B. wie bei der Nietzschefeier, als Sprecher aufzutreten. Im übrigen sei das Staatstheater des Generalgouvernements mit dem Namen des Generalintendanten Stampe eng verbunden. Die Möglichkeit, das Theater wieder zu öffnen, sei jederzeit gegeben, und daher müsse Generalintendant Stampe in der ihm seinerseit übertragenen Position verbleiben.

16^{50} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Präsident Dr.Eichholz.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, wo und in welcher Form der Vortrag des Generalgouverneurs "Über den Dilettantismus" gehalten und welche Einladungen dazu ergehen sollen. Nach Erörterung dieser Frage wird ein Saal im Gebäude der Staatsbibliothek als Vortragsraum ausersehen. Den Kreis der einzuladenden Persönlichkeiten sollen Präsident Dr.Eichholz und Referent Bader bestimmen.

Krakau

IV/9

Dienstag, den 14.November 1944

$1o^{oo}$ Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg zu Krakau eine Abordnung polnischer Bauern und Bäuerinnen. Anwesend sind bei diesem Empfang Staatssekretär Dr.Bühler, Präsident Naumann, Ministerialrat Albert und verschiedene Pressevertreter.

Nach dem Vortrag eines Musikstückes durch eine Bauernkapelle werden die Mitglieder der Abordnung dem Herrn Generalgouverneur durch Ministerialrat Albert vorgestellt.

Zunächst begrüsst Präsident Naumann den Herrn Generalgouverneur in einer kurzen Ansprache. Er weist darauf hin, dass nunmehr die Ernte eingebracht und die Ablieferung in gutem Fortgang begriffen sei. Er dankt dem Herrn Generalgouverneur dafür, dass unter seiner Führung in den vergangenen 5 Jahren auf dem Agrarsektor ein Aufbau durchgeführt worden sei, der sich bis in die letzte Bauernhütte bemerkbar mache. Die Masse des polnischen Landvolkes habe in den letzten Jahren ihre Felder hervorragend bestellt, ihre sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten mit grossem Fleiss verrichtet, und sei jetzt dabei, die Produktion ihrer Arbeit an die Sammel- und Erfassungsstellen abzuführen, damit sie im Dienst des europäischen Ernährungs-Potential nutzbar gemacht werden könne. Darüber hinaus habe sich aber auch in steigendem Masse die polnische Landbevölkerung in den letzten Monaten neben ihrer schweren Arbeit im Stellungsbau betätigt.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache :

Bauern und Bäuerinnen des Generalgouvernements ! Zu Ende des Erntejahres 1944 habe ich Euch wieder hierher auf die Burg zu Krakau gebeten zu einer besinnlichen Feierstunde. Es war für Euch ein Jahr harter Arbeit. Die Entwicklung der Kriegsereignisse hat tief in Euer Leben und Eure Arbeit hineingewirkt. Neben dem Dienst an der Erde musstet Ihr auch die vielfältigen Aufgaben erfüllen, die ich Euch angesichts der herannahenden bolschewistischen Front stellen musste. In treuer

Bereitwilligkeit habt Ihr alle Eure Pflichten nach besten Kräften erfüllt. Es ist mir deshalb in diesem Jahre ein besonderes Bedürfnis, Euch zu danken und Euch meine Anerkennung für Eure Leistungen auszusprechen. Dieser Dank gilt nicht nur für Euch, die Ihr heute hier seid, sondern auch für alle die braven Bauern und Bäuerinnen des ganzen Landes. Durch Euren Fleiß und Eure Bereitwilligkeit, den Anweisungen und Ratschlägen der Kreislandwirte, Bezirkslandwirte und Agronomen zu folgen, konnte wieder eine gute Ernte auf den Aeckern des Generalgouvernements erzielt werden. Trotz aller besonderen Schwierigkeiten wurde diese Ernte auch gut geborgen und in den festgesetzten Kontingenten auch zum grössten Teil ordnungsgemäss abgeliefert.

Mit meinem Dank und meiner Anerkennung verbinde ich die Aufforderung: "Tut auch weiterhin treu und fleissig den Dienst an Eurer Erde, wie Euer bäuerliches Gewissen es Euch befiehlt. Bauer sein ist ein hoher Beruf. Ihr habt als Bauern den Vorzug, ständig in engster Verbundenheit mit allem Lebendigen in der Natur, mit der Erde, der Pflanzenwelt und dem Tierreich, mit den Sonnenkräften, dem Regen und dem Wind zu schaffen und zu wirken. Mehr als die Menschen anderer Berufe seid Ihr so auch mit den göttlichen Schöpferkräften verbunden, deren Wirken Ihr immer wieder im Wechsel der Jahreszeiten erlebt. Aus der bäuerlichen Arbeit mit der lebendigen Natur erwächst Ehrfurcht vor allem Lebendigen, damit auch ein gesundes Denken und eine vernünftige Haltung gegenüber allen Problemen des Lebens. Wer als Bauer fleissig der Erde dient, ist auch innerlich geschützt vor Ansteckung durch wahnsinnige Pläne verstiegener Köpfe und blindehrgeiziger Politiker. Die Katastrophe von Warschau, deren Träger Großstadtmenschen entwurzelter Art und nicht arbeitende Bauern waren, hat eindringlich gezeigt, wie sehr Menschen, die nicht in der Erde wurzeln, und ihr tätig dienen, den gesunden Blick für die Wirklichkeit verlieren können. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass

gerade in der breiten bäuerlichen Bevölkerung während der vergangenen Aufbaujahre ein so erfeuliches Vertrauensverhältnis zur deutschen Führung entstanden ist. Erwachsen ist dieses Vertrauen aus dem gesunden Sinn für die lebendige Wirklichkeit. Gerade die besten Bauern unter Euch haben immer klarer erkannt, dass die deutsche Führung in der Landwirtschaft bei allen kriegsbedingten Forderungen, die sie stellen muss, doch entscheidend von dem Bestreben getragen ist, die besten Kräfte in diesem Land zu wecken und zur Entfaltung zu bringen. Was Ihr, polnische Bauern und Bäuerinnen, von der deutschen Führung angenommen habt an besseren landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden und Leistungen , das habt Ihr der Erde dieses Raumes und Eurem Volkstum als unverlierbaren Dauergewinn geschenkt.

Unser diesjähriges Treffen auf der Burg zu Krakau erfolgt in einem geschichtlich grossen Zeitpunkt, in einer Entwicklung, die vor allem für das Bauertum ganz Europas von grösster Bedeutung ist. Die Ereignisse auf dem Balkan, in Finnland und im Baltenland, aber auch in Italien und Frankreich zeigen immer wieder unverhüllter, dass sich in Europa nur eine Macht brutal und skrupellos durchsetzen würde, wenn Deutschland seinen jetzigen Kampf nicht bestehen könnte, das ist der Bolschewismus unter Judas Führung. Das aber würde den Tod allen Bauerntums bedeuten. Der Bolschewismus will nicht jene tiefe, an das Religiöse heranreichende Verbindung des Menschen mit der Erde, wie sie der auf eigener Scholle arbeitende Bauer darstellt. Die gottlose Weltanschauung des Bolschewismus weiss ja auch nichts davon, dass die Erde ein lebendiges Wesen voll göttlicher Schöpferkräfte ist, sondern betrachtet sie nur als toten Stoff und Ausbeutungsobjekt. Deshalb kann der Bolschewismus keine selbständigen Bauern brauchen, sondern nur Kolchossklaven, ein Teil jenes Massenmenschentums, auf dem das ganze bolschewistische System beruht.

14.11.1944

Diese Front:"Hier Bauerntum, dort Bolschewismus" ist heute klarer denn je. Ich bitte Euch daher, überzeugt zu sein, dass so wie bisher ich an Eurem Schicksal und Eurer Arbeit das grösste Interesse nehme. Ich danke Euch, dass Ihr zu mir auf die Burg gekommen seid, dass Ihr in Euren schönen Trachten diesen schönen Saal hier schmückt, und dass Ihr diese prächtigen Früchte Eurer Arbeit in diesen stolzen Kreis heraufgebracht habt. Mein herzlicher Wunsch ist es, dass Eure Arbeit immer vom ewigen Herrgott gesegnet und dass Euren Kindern eine glückliche Zukunft beschieden sein möge. In diesem Sinne heisse ich Sie herzlich willkommen.

Im Anschluß an die Worte des Herrn Generalgouverneurs dankt ein polnischer Bauer dem Herrn Generalgouverneur für die Einladung auf die Burg und bittet ihn, als Zeichen dieses Dankes einige Erntegaben entgegenzunehmen.

Ein anderer polnischer Bauer gibt dem Dank dafür Ausdruck, dass der Bauernabordnung eine Besichtigung der Burgkathedrale und des Grabes Pilsudskis ermöglicht worden sei.

Die Abordnung wird dann in einem Saal der Burg bewirtet.

11[25] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Oberregierungsrat Schecht.

Gegenstand der Besprechung sind verschiedene Propagandafragen. Dabei gibt der Herr Generalgouverneur seinem grossen Bedauern darüber Ausdruck, dass die vom Reich betriebene Propaganda oft falsche Wege gehe. Es sei erschütternd, festzustellen, wie manchmal die offizielle Propaganda neben dem echten Volksempfinden herlaufe. Daher sei es dringend notwendig, dass nun endlich neue Wege beschritten würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Ohlenbusch, dass der Film "Krakau"

demnächst fertiggestellt sein werde.- Der Herr Generalgouverneur ordnet an, dass die Erstaufführung dieses Films in einem gewissen festlichen Rahmen vor sich gehen soll.

11[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Pressechefs Gassner den Hauptschriftleiter Dr.Büchsenschütz.

12[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg zu Krakau eine Abordnung ukrainischer Bauern und Bäuerinnen.

In seiner Begrüssungsansprache führt Präsident Baumann aus, dass ukrainische Landleute unter Führung des Prof.Kubijowitsch auf der Burg erschienen seien, um dem Herrn Generalgouverneur für all das zu danken, was er der ukrainischen Landbevölkerung im letzten Jahre deutscher Verwaltungsarbeit gegeben habe. Gerade auf dem Agrarsektor hätten dem ukrainischen Landvolk so viele Erfahrungen der deutschen Landwirtschaft zunutze gemacht werden können, dass es dankbar dieser Zeit gedenke. Mit Wehmut gedächten auch die ukrainischen Bauern und Bäuerinnen des Landes Galizien, wo Millionen ihrer Brüder und Schwestern unter dem bolschewistischen Joch zu leiden hätten. Sie alle wünschen gemeinsam mit der deutschen Führung, dass möglichst bald die Zeit kommen möge, da das wieder errungen werde, was im Interesse der ukrainischen Bevölkerung und Europas nötig sei.

Der Herr Generalgouverneur richtet dann folgende Ansprache an die ukrainische Abordnung :
Bauern und Bäuerinnen des ukrainischen Volkstums im Generalgouvernement ! Zu Ende des Erntejahres 1944 habe ich Euch wieder hierher auf die Burg zu Krakau gebeten zu einer besinnlichen Feierstunde. Es war für Euch ein Jahr harter Arbeit. Die Entwicklung der Kriegsereignisse hat tief in Euer Leben und Eure Arbeit hinein-

gewirkt. Neben dem Dienst an der Erde musstet Ihr auch die vielfältigen Aufgaben erfüllen, die ich Euch angesichts der herannahenden bolschewistischen Front stellen musste. In treuer Bereitwilligkeit habt Ihr alle Eure Pflichten nach besten Kräften erfüllt. Es ist mir deshalb in diesem Jahre ein besonderes Bedürfnis, Euch zu danken und Euch meine Anerkennung für Eure Leistungen auszusprechen. Dieser Dank gilt nicht nur für Euch sondern auch für alle die braven Bauern und Bäuerinnen des ganzen Landes. Durch Euren Fleiss und Eure Bereitwilligkeit, den Anweisungen und Ratschlägen der Kreislandwirte, Bezirkslandwirte und Agronomen zu folgen, konnte wieder eine gute Ernte auf den Äckern des Generalgouvernements erzielt werden. Trotz aller besonderen Schwierigkeiten wurde diese Ernte auch gut geborgen und in den festgesetzten Kontingenten auch zum grossen Teil ordnungsgemäss abgeliefert.

Mit meinem Dank und meiner Anerkennung verbinde ich die Aufforderung: "Tut auch weiterhin treu und fleissig den Dienst an Eurer Erde, wie Euer bäuerliches Gewissen es Euch befiehlt."

Euch ukrainische Bauern und Bäuerinnen, heute hier zu empfangen, lag mir besonders am Herzen. Ihr seid die Vertretung jenes kleinen Teiles Eures Volkstums, der sich noch einer selbständigen bäuerlichen Existenz erfreuen kann. Die grosse Mehrheit Eurer volkstumsmässigen Brüder und Schwestern steht unter der Herrschaft des Bolschewismus. In Eurem Volkstum lebt aus eigener bitterer Erfahrung das Wissen davon, dass der Bolschewismus kein selbständiges Bauertum auf eigener Scholle duldet. Wo er hinkommt, da wird - wenn auch manchmal schrittweise - das Bauertum mit eiskalter und brutaler Folgerichtigkeit vernichtet und zum Kolchossklaven erniedrigt, d.h. zu einem persönlichkeitslosen Massenmenschentum, wie der Bolschewismus es allein für sein System bracuehn kann. Die jüdischen Drahtzieher des

Bolschewismus wissen genau, warum in ihrem System kein Raum sein kann für ein bodenverbundenes Bauerntum. Das Wesen des bolschewistischen Systems besteht in der Ausschaltung der freien schöpferischen Persönlichkeit. In jedem Volk aber ist die unversiegbare Quelle ständig neuer Persönlichkeitsbildung das Bauerntum. Jedes echte Bauertum lebt in Ehrfurcht vor den lebendigen Kräften der Erde. Bäuerliches Denken sieht in der Erde keine tote Materie, sondern ein lebendiges Wesen, eine Schöpferwerkstätte göttlicher Kräfte, mit denen sich der Mensch in seiner Arbeit an der Erde verbindet. Die Völker des russichen Raumes tragen das Wissen um die Lebendigkeit der Erde tief in ihrem Bewusstsein. Das Wort vom "Mütterchen Erde", von der Mutter Erde ist in ihrer Sprache auch heute noch lebendig, obschon der Bolschewismus die Erde zu totem Stoff, zu einer Fabrikationswerkstatt für Nahrungsmittel herabgewürdigt hat. Es ist dies vielleicht das grösste Verbrechen der jüdischen Drahtzieher des Bolschewismus, daß sie gerade die russischen Völker, denen die Liebe zur Mutter Erde im Blute liegt, zum Werkzeug ihrer Experimente und ihrer Weltherrschaftspläne gemacht haben.

Ihr, ukrainische Bauern und Bäuerinnen, die Ihr unter dem Schutz des Großdeutschen Reiches noch Bauern auf eigener Scholle sein könnt, habt darum eine besondere Aufgabe. Ihr müsst die unzerstörbare Keimzelle östlicher Bäuerlichkeit bilden, bis auch in den anderen Volksstämmen das bäuerliche Bewusstsein erwacht und die wesensfremde Form des Bolschewismus hinweggefegt sein wird. Dass dieser Tag kommen wird, dafür bietet die sichere Gewähr das Deutsche Volk, das unter seinem Führer Adolf Hitler den opfervollen Kampf gegen den Bolschewismus und seine geistigen Urheber, die kapitalistischen Westmächte, begonnen hat und unbeirrbar zu Ende führen wird. In diesem Kampf erweist sich das Großdeutsche Reich als die Schutzmacht des gesamten

europäischen Bauerntums. Solange das Reich kämpft, wird auch die Fahne, die Idee des Bauerntums in Europa hochgehalten. Um diese Fahne werden sich alle Bauern Europas scharen, die im Bolschewismus ihren Todfeind erkannt haben oder noch erkennen werden, unabhängig davon, wie jeweils die äusseren Fronten stehen werden.

Es ist mir eine besondere Genugtuung, diese geschichtliche Aufgabe des Reiches als Schutzmacht des europäischen Bauerntums hier von der Burg zu Krakau aus ins Bewusstsein aller rufen zu können, die von der Bedeutung des Bauerntums als der Grundlage alles schöpferischen Lebens wissen.

Und so heisse ich Sie, Bauern und Bäuerinnen des ukrainischen Volkstums auf das herzlichste willkommen.

Professor Kubijowitsch dankt dem Herrn Generalgouverneur dafür, dass er die ukrainische Abordnung empfangen habe und gibt das Versprechen ab, dass die ukrainische Landbevölkerung nach wie vor in Treue und Gehorsam zur deutschen Führung stehen werde.

Darauf werden dem Herrn Generalgouverneur eine Erntekrone und Erntegaben überreicht.

Im Anschluss an den Empfang werden die Mitglieder der Abordnung in einem Saal der Burg bewirtet.

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königsaal der Burg eine Abordnung von volksdeutschen Bauern und Bäuerinnen. Anwesend sind bei dem Empfang die Staatssekretäre Dr.Bühler und Koppe, ferner Präsident Naumann, Ministerialrat Albert und mehrere Pressevertreter.

Nach Begrüssungsworten des Minsterialrates Albert, der die Mitglieder der Abordnung dem Herrn Generalgouverneur vorstellt, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgende Ansprache :
Es ist mir, deutsche Bauern und Bäuerinnen dieser öst-

lichen Erde, eine hohe Freude, Euch hier auf der Burg zu Krakau begrüssen zu können. Diese Burg zu Krakau, schon in Jahrhunderten ein Kristallisationspunkt deutschen Kulturwirkens, ist in den vergangenen 5 Jahren zu einem markanten deutschen Willenszentrum des Ostens geworden. Sie kündet von der deutschen Sendung im Osten, um deren Erfüllung schon Geschlechter vor uns gerungen haben und heute unsere Generation den härtesten Kampf aller Zeiten zu führen hat. Dass dieser Kampf so schwer und opfervoll ist, hat seine Ursache darin, dass es unsere Schicksalsaufgabe ist, im Namen ganz Europas kämpferisch anzutreten gegen jene Dämonie, die - vom westlichen Denken begründet - im Bolschewismus Gestalt gewonnen hat. So steht die Burg zu Krakau heute nicht nur als Künderin deutschen Kulturwillens da, sondern auch als Trutzburg gegen den heranstürmenden Bolschewismus, als Ausdruck unseres unerschütterlichen Willens, uns der roten Flut solange entgegenzustemmen, bis ihre Kraft gebrochen ist.

Ihr, deutsche Bauern und Bäuerinnen, steht in diesem Kampf gegen den Bolschewismus und für den Osten auf besonders verantwortlichem Posten. Es war seit jeher so: Wo und wann immer deutsche Kultur in den Osten hineingetragen wurde, stand der deutsche Bauer mit in vorderster Front. Der Pflug folgte dem Schwert, und nur dort, wo dies der Fall war, konnte sich deutscher Kultureinfluss dauerhaft erhalten. Es ist deshalb eine entscheidende Stellung, die Ihr als deutsche Bauern des Ostens innehabt. Wo immer eine deutsche Bauernhand auf eigener Scholle den Pflug führt, da ist deutsches Land, ist Deutschland.

Es ist schon ein Hohes, Bauer zu sein. Durch die Verwobenheit seiner Arbeit mit allem Lebendigen in der Natur, mit der lebendigen Erde, dem Reich der Pflanzen und der Welt der Tiere, sowie dem Wirken von Sonne, Wind und Regen, steht der Bauer in ständiger Verbunden-

heit mit den göttlichen Schöpferkräften in der Welt. Seine feste Verwurzelung in der Erde bewahrt ihn vor der Gefahr, haltlos zu werden und "den Boden unter den Füssen zu verlieren". Verwurzelung in der Erde bedeutet aber auch feste Verankerung im Geistig-Göttlichen. Es lebt seit jeher im deutschen Denken das Bewusstsein, dass die Erde mit ihren Völkern eine höchste Offenbarung göttlichen Willens ist. Wenn daher Bauer sein schon etwas Hohes ist, so ist noch ein Höheres, deutscher Bauer zu sein. Auch andere Völker Europas haben ihr Bauerntum und besitzen darin die tragende Grundlage ihres volklichen Lebens. Aber kein Volk ist sich des Bauerntums und der tiefen Bedeutung bäuerlicher Verankerung so bewusst wie das deutsche. Das zeigt sich eindeutig darin, dass das deutsche Volk als einziges in der Welt sein Wissen um den Vorrang des Bauertums in einer grossen Rechtsschöpfung dokumentiert hat, im Reichserbhofgesetz. In diesem Gesetz hat die naturhafte Verbindung von Blut und Boden, von Mensch und Erde, von Bauer und Scholle, rechtlich Gestalt gewonnen. Mit der rechtlichen Anerkennung und Sicherung dieser bäuerlichen Verbundenheit von Mensch und Erde hat das deutsche Volk eine Tat von geschichtlichem Rang vollzogen. Denn es ist kein Zweifel, dass wir in der Zeitenstunde stehen, in der es um die weitere Existenz eines wirklichen Bauerntums überhaupt geht. Aus dem Zeitalter des Materialismus wuchs das westliche Denken, dass den Bauern zum Händler entwickelte, und daraus wieder das bolschewistische System, das alles Bauerntum zu einer Kolchos-Sklavenherde erniedrigt. Der kapitalistische Westen und der bolschewistische Osten mussten zu dieser Verneinug des Bauerntums kommen, weil sie die Erde nur als toten Stoff ansahen, der nach gewerblich-industriellen Gesichtspunkten zu nutzen sei. Demgegenüber lebt im deutschen Volk das unzerstörbare Bewusstsein, dass die Erde ein lebendiges Wesen ist, das im Rhythmus des Jahres atmet und mit dessen Kräften der echte Bauer ehrfurchtsvoll arbei-

tet. Diese Art der bewussten Verankerung in der lebendigen Erde ist die Quelle aller echten Persönlichkeitsbildung. Der selbstverantwortlich auf seiner Scholle arbeitende Bauer ist der Grundtyp der Persönlichkeit. Mit der Vernichtung des Bauerntums würde in Europa der Urgrund schöpferischer Persönlichkeiten vernichtet werden. Das würde der wirkliche Tod Europas und der Untergang des Abendlandes sein. Darum, deutsche Bauern und Bäuerinnen, seid Euch der Bedeutung Eures bäuerlichen Seins in dieser Zeitenwende bewusst. Haltet fest an der Mutter Erde und bewahrt Eure bäuerliche Art. Als deutsche Bauern seid Ihr die Kerntruppe des europäischen Bauerntums, für dessen Erhaltung das deutsche Volk heute seinen schicksalsschweren Kampf führt.

Zum Schluß, meine lieben Bauern und Bäuerinnen, lasst mich Euch noch von Herzen danken für Eure treue und fleissige Arbeit, die Ihr in diesem Jahre trotz aller besonderen Schwierigkeiten, die die Kriegsverhältnisse mit sich gebracht haben, geleistet habt.

Mit dem von Ministerialrat Albert ausgebrachten Siegheil und den Liedern der Nation schliesst der Empfang.

Im Bankettsaal der Burg werden dann die Mitglieder der Abordnung mit Kaffee und Kuchen bewirtet.

16^{35} Besprechung mit Stadthauptmann Dr.Krämer.

Stadthauptmann Dr.Krämer legt dem Herrn Generalgouverneur den Plan eines vor kurzem entdeckten uralten Kanalsystems der Stadt Krakau vor. Dieses Kanalsystem könnte unter Umständen, wie Stadthauptmann Dr. Krämer betont, im Falle von Unruhen in der Stadt Krakau von Aufständischen für ihre Zwecke missbraucht werden.- Der Herr Generalgouverneur verfügt eine eingehende Untersuchung.

Stadthauptmann Dr.Krämer gibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die für den Fall der

IV/9
12

14.11.1944

Verteidigung der Stadt Krakau in Aussicht genommenen Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang berichtet der Herr Generalgouverneur über den Empfang des Polnischen Hauptausschusses. Er habe bei dieser Gelegenheit den Mitgliedern des Hauptausschusses erklärt, dass an eine Evakuierung der Stadt nicht gedacht sei, habe jedoch den Mitgliedern des Hauptausschusses angeraten, diejenigen Massnahmen zu ergreifen, die in jeder Stadt vorsorglich vor allem zur Abwendung von Fliegerschäden unter Mitwirkung aller Bürger getroffen würden.

Stadthauptmann Dr.Krämer macht dann dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von der gegen ihn von verschiedenen Seiten betriebenen Hetze. Man habe gegen ihn eine Anklageschrift mit 15 Punkten eingereicht, von denen bereits 14 völlig zu seinen Gunsten geklärt seien. Bei dem letzten Punkt handle es sich um eine Treibstoffangelegenheit, die aber auch nicht von besonderer Wichtigkeit sei, nämlich um die Frage, ob eine Fahrt kriegsnotwendig gewesen sei. Leider müsse er feststellen, dass Gouverneur Dr.von Burgsdorff in der Behandlung der gegen ihn gerichteten Vorwürfe völlig einseitig vorgegangen sei. Gouverneur Dr.von Burgsdorff habe ihn wiederholt seines besonderen Vertrauens versichert, in Wirklichkeit sei aber doch ein Verfahren beim SD eingeleitet worden, das an die dunkelsten Zeiten der Inquisition erinnere. Erfreulicherweise habe aber Staatsekretär Dr.Bühler sofort eingegriffen. Zurückzuführen seien offenbar alle diese Machinationen gegen ihn auf das Verhalten des für die Wehrmacht freigegebenen Stadtkämmerers Wolf, der das ganze Material gesammelt und die Dinge dann in übelster Weise verdreht habe. Auch habe Regierungsdirektor Schmid den Präsidenten Dr.von Craushaar in einseitiger Weise zu seinen Ungunsten zu beeinflussen gesucht.

IV/9
13

14.11.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, Staatssekretär Dr.Bühler zur Erstattung eines Berichtes über diese Vorgänge aufzufordern und dann eine spezielle Erklärung zu veranlassen, die allen Dienststellen mitgeteilt werden solle.

IV/9

Krakau

Mittwoch, den 15.November 1944

10^{30} Regierungssitzung.

(Protokoll siehe Beiakten)

18[2o] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Eisenbahnerheim in der Kruppstraße.

18[3o] Mitgliederappell des Standortes "Horst Wessel".

Der Mitgliederappell wird von Standortführer Hilpisch mit einer Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs eröffnet.

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Rede:

Parteigenossen! Ich habe dem Parteigenossen Hilpisch gegenüber die Bitte ausgesprochen, einmal im Kreise von alten Parteigenossen zu weilen, nicht nur aus Anlaß des 5-jährigen Bestehens des Generalgouvernements, sondern auch aus noch weiter zurückliegender Erinnerung. Ich denke in diesen Tagen noch mehr als einmal an die Zeit vor 25 Jahren, als damals im Spätherbst 1919 in München die unmittelbare organisatorische Vorgängerin der NSDAP, die sogenannte Deutsche Arbeiterpartei gegründet wurde. Vor 25 Jahren war damals eine Zeit, an die die meisten von Ihnen mit der schrecklichen Erinnerung zurückdenken werden, daß kurz vorher das deutsche Vaterland zusammengebrochen war, daß die Gesamtsituation unserer Nation sich in einem furchtbaren chaotischen Zerstören herabentwickelte, daß damals das Treiben der Juden und Börsenhyänen begann, daß die Währung, die Wirtschaft, die soziale Ordnung, das politische Gefüge völlig zerrüttet waren, daß damals das deutsche Volk zum ersten Mal in furchtbarer Weise die Geisel des Sklaventums spüren mußte, die ihm die Welthydra von Raub, Mord und Haß auferlegt hatte.

Damals sammelte sich in diesen Monaten die Elite der Arbeiterschaft Münchensunter Führung einiger entschlossener Männer. Und das größte Erlebnis dieses Kreises war das erstmalige Erscheinen Adolf Hitlers in ihren Reihen.

Wenn ich heute von Krakau aus an diese Zeit vor 25 Jahren zurückdenke, wenn ich Sie bitte, mir einen Augenblick in die damalige Zeit zu folgen, so geschieht es auch aus dem Gedanken heraus, eine Paralelle zu finden zu den heute so unendlich schweren Situationen, in die uns der Haß unserer Weltfeinde gebracht hat. Wäre damals die entschiedene kämpferisch eindeutige frontsoldatisch begründete Haltung eines einzigen völlig unbekannten Mannes Adolf Hitler nicht in Deutschland auferstanden, dann könnten wir uns allerdings überhaupt nicht mehr an diesen Tag irgendwie positiv erinnern; denn es wäre dann längst mit Deutschland aus. Mit der gleichen Energie nämlich, mit der damals die Entschlossenheit eines deutschen aufrechten Mannes die beste Kraft unseres Volkes in letzten Augenblick aus dem Niedergang noch einmal aufgebäumt hat, mit der gleichen so völlig zerstörerischen Tendenz wäre nämlich von Moskau aus das fanatische Vernichtungstreiben gegen Deutschland in die Tat umgesetzt worden. Wäre Adolf Hitler nicht mit seiner Bewegung gekommen, dann wäre es nicht so, wie heute da und dort manchmal vielleicht von Duckmäusern irgendwelcher Art gesagt wird, daß Frieden, Freiheit, Ehre, Glück und Sonne über Deutschland wären, - dann wäre nämlich bereits vor 20 Jahren oder höchstens 15 Jahren Deutschland in die Sowjetunion als Sowjetbereich eingegliedert worden. Das muß einmal gesagt werden; denn es

gibt da und dort Stimmen, die das vielleicht nicht wahr haben wollen.

Wir müssen uns daher ruhig auf diese Zeit vor 25 Jahren zurückbesinnen, um auch zu erkennen, welcher Mut, welche Entschlossenheit, welche Tatkraft dazu gehörten, ein sechzig-Millionen-Volk völlig aus der Urzelle einer Persönlichkeit heraus wieder aufzurichten.

Es waren dieselben Feinde, die wir heute haben; es war genau dieselbe Koalition, die heute mit demselben Argumenten tätig ist, das deutsche Volk zu vernichten. Es waren die Juden, die Bolschewisten, der internationale Kapitalistenklüngel Englands und Amerikas; es war die schwarze pfäffische Internationale, es war das gesamte Weltfeindwesen gegenüber dem Deutschtum. Der Friedensvertrag von Versailles wird in alle Zukunft hinein die großartigste Legitimation des deutschen Volkes zu diesem Widerstand einer Welt von Feinden gegenüber sein.

Damals hatte nun eine sogenannte Reichsregierung diesen Friedensvertrag unterzeichnet, hatte ihn damit legalisiert und sich damit selbst zum Vollstreckungsorgan der Zerstörungsabsichten unserer Feinde herabgewürdigt. Es war klar, daß mit den alten bürgerlichen auch noch so national sich gerierenden Grüppchen nichts anzufangen war. Sie waren innerlich schon deshalb völlig morsch, weil sie meistens aus Kreisen kamen, denen ~~es~~ das Kämpferische ohnedies nicht liegt, denen mehr an der Freude des Lebens als an der Aufopferung für die Gemeinschaft liegt. Es war daher keine Möglichkeit gegeben, in diesen sogenannten deutsch-nationalen oder nationalistischen Gruppen irgendwelcher schwarz-weiß-roter Prägung einen elementaren Volksaufstand

gegen die Unterdrückung ins Leben zu rufen .

Es mußte daher etwas völlig Neues und Eigenartiges geschaffen werden. Es war nur die Frage: War dem deutschen Volke von seinem höchsten Schöpfer her ein solches Glück bestimmt, noch einmal vor dem ihm drohenden Untergang eine Rettung zu erleben, oder nicht? Einen Mann, einen Adolf Hitler bekommt man entweder vom Schicksal oder man bekommt ihn nicht. Das heißt: man kann ihn nicht durch Parteikoalitionen ersetzen. Das Glück war auf der Seite des deutschen Volkes. Adolf Hitler hat Deutschland gerettet. Er hat in einer ungeheuren einmaligen Arbeit, für die es überhaupt keinen Vergleich in der Weltgeschichte gibt, dieses völlig in den Abgrund geschleuderte deutsche Volk wieder aufgerichtet. Ermessen Sie, was es heißt, daß wir, die wir in diesem Bereich die ältesten Parteigenossen sind, uns dieses Tages erinnern, da Adolf Hitler zum ersten Mal in München vor 25 Jahren in unseren Kreis trat. Es war in einem kleinen Nebenzimmer eines Münchner Lokals, in dem kaum 40 Menschen anwesend waren, als dieser bis dahin völlig unbekannte einfache Frontsoldat zu uns sprach. Es war ein aufflammendes Erlebnis, als einer hier in die Mitte trat, ein eiskalter Geist mit klarsten Vorstellungen und mit einer Flammenseele. Er stimmte nicht ein in die bis dahin immer so übliche allgemeine nationalistische reaktionäre Widerstandphraseologie, die ewig nur das Negieren des Friedensvertrages oder das Beseitigen des sozialistischen Regimes oder den Kampf gegen die Juden so mehr in akademisch patriarchalischer Art predigte. Er erklärte vielmehr: wir haben mit dem Bekenntnis zu beginnen, daß wir alle die Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands dann mittragen, wenn wir nicht unsere gesamte Lebensordnung, Lebensführung und Lebenshaltung von dem persönlichen Interesse auf das Interesse der Nation umstellen. Damals vor 25 Jahren hatte es ja schon keinen Sinn mehr, ein eigenes Lebensideal, abgeschlossen für sich, nach dem alten Schema aufrichten zu wollen.

Adolf Hitler war es also, der mit einer völligen Neuformung des Lebensstiles unseres Volkes und seines nationalen Willens begann. Da war keine Rede vom Eintritt in eine Regierungskoalition, von irgendwelchen Verhandlungen, von dem Gedanken, auf parlamentarischem Wege etwa durch Mehrheitsabstimmung etwas zu erreichen.

Es war klar, daß damals in Adolf Hitler eben nicht der Parteigründer in unsere Mitte trat, sondern der Proklamator eines neuen deutschen Volkes, das seine ganze Lebensart nun von dem Einzelnen und seinen Interessen emporsteigerte zum Dienst an der gemeinsam aufgegebenen geschichtlichen Sendung unserer Nation.

Ein Unerhörtes war das. Wenn ich hernach Hunderte von Reden des Führers hören durfte und wir alle sie erlebt haben, so ist mir in diesen Tagen gerade diese erste Rede des Führers, in der er von der Notwendigkeit der Umformung des gesamten Lebensstils als Voraussetzung überhaupt einer wiederkehrenden Freiheit gesprochen hat, besonders in Erinnerung. Dieses Wort von damals ist ja heute sehr aktuell.

So war es also vor 25 Jahren, daß ein Mann aufstand, hinter dem nichts war, keine Partei, keine Bewegung, kein Kapital, kein irgendwie gearteter Klüngel von Interessenten, sondern der nur auf sich selbst gestellt, auf sein Gewissen und seinen Glauben an die unzerstörbare Kraft seiner Nation, und daß dieser Mann nun seinen Weg begann: Ein großartiger Augenblick, ein Augenblick, wie die Weltgeschichte nur wenige kennt.

15.11.1944

Ich glaube, daß einmal spätere Zeiten auf diese Periode des ersten Keimens unseres Nationalsozialismus eine ungeheure Bedeutung legen werden. Denn ganz gleich, was einmal auch kommen wird, was über uns das Schicksal noch an Prüfungen auf diesem Wege verhängen wird, eines steht fest: - und das stand vor 25 Jahren für uns, den kleinsten Kreis, damals schon fest - die Gestalt Adolf Hitlers wird für alle Zukunft nicht etwa nur wegen ihrer Leistung, wegen ihres Lebensstils, wegen dieser völligen Hingabe eines totalen Lebensinhalts an den Höchstwert des Volkes für alle Zeit ein ungeheuer wirksames Vorbild sein. Noch in Hunderten von Jahren wird der dann die deutsche Nation führende nationalsozialistische Führer, das dann blühende großdeutsche Reich sich an Hitler auszurichten haben.

Wenn ich mich jener Zeit erinnere, dann ergreift mich eine tiefe innere Beglückung. Wer dies erlebt hat, hat auch in seinem Leben für sich seine Aufgabe.

Ist Adolf Hitler nun in diesen 25 Jahren ein anderer geworden? Nein, er ist dergleiche schlichte von sich immer absehende, nur das Interesse seiner Nation als heilige Aufgabe tragende Mann geblieben, der schlichte, einfache, wahrhafte, anständige, charaktervolle, stark glühende Mann, der so groß ist, daß eine ganze Welt mit Kontinenten aufmarschiert, um diesen einzigen Mann zu treffen. Eine ganze Welt rüstete sich. Und es war deutlich spürbar: in diesem Ereignis vor 25 Jahren lag ja allein die Möglichkeit, Deutschland wirklich wieder aufzurichten. Adolf Hitler hat nicht nur als Prediger geredet, nicht nur ein Vorbild theatralisch besungen, hat nicht nur eine Fahne gezeichnet und eine

Bewegung entworfen. Er hat sich nicht in glühenden Prophezeiungen erschöpft, und er hat von dem Wege, den er vor 25 Jahren gegangen ist, nicht einen Schritt abseits getan.

Wir, die Parteigenossen der ersten Stunde, wenn ich so sagen darf, können heute bekennen, daß von diesem Erscheinen Adolf Hitlers an sich schon die großartigste Wirkung für unser Volk ausgeht. Schauen Sie sich unsere Grenadiere an, schauen Sie sich dieses ganze kämpfende Volk an! Ist es nicht für jeden von uns etwas ungeheuer Erschütterndes, wenn wir heute in unsere Heimat kommen, ganz gleich, wohin, und wir stehen etwa an der Ruine unseres Hauses, wir besuchen unsere Familie, die irgendwo untergebracht ist, und wir sehen dieses Volk, wie es unter dem Bombenhagel der ganzen haßerfüllten Welt eine Haltung bewahrt, wie sie noch kein Volk der Erde unter auch nur annähernd solchen Umständen jemals gezeigt hat! Das ist Adolf Hitler zu danken. Es ist etwas, was wir gar nicht hoch genug halten können; je bescheidener Adolf Hitler ist, je mehr er sich zurückhält, je mehr er die Sorgen für uns alle trägt, desto mehr haben wir die Pflicht, ihn als unser Vorbild, als leuchtende persönliche Kraft uns immer wieder erstrahlen zu lassen. Immer wieder müssen wir daher bekennen: in diesem Viertel-jahrhundert hat sich das deutsche Volk bemüht, den Lebensstil Adolf Hitlers anzunehmen. Die Haltung der Männer und Frauen, die Haltung unserer Jugend ist allein ausgerichtet nach diesem idealen Vor-bild. Vor 25 Jahren trat er so in unsere Mitte. Er sprach von dem deutschen Frontsoldaten. Es waren Worte einer leidenschaftlichen Erbitterung gegenüber

jenen, die diesem deutschen Frontsoldaten vom Rücken her das Heldentum beendet haben. Es war eine flammende Anklage und die totale Entschlossenheit, diesen größten Verrat der deutschen Geschichte nicht ungesühnt zu lassen. Adolf Hitler hat daraus nie ein Hehl gemacht, daß wenn er und seine Bewegung jemals zur Macht kommen würden, es vorbei sein werde mit der Möglichkeit, dass das verräterische Pack irgendwie sollte in Deutschland weiter existieren. Und dies ist dann auch geschehen. Aber, meine Parteigenossen, ist es denn nicht etwas Wunderbares? Denken Sie an die Ereignisse dieses Krieges: was hat in diesem furchtbar ernsten und schweren Feldzug das deutsche Heer, die deutsche Luftwaffe und die deutsche Marine nicht alles an Schlägen hinnehmen müssen? Von Stalingrad über Tunis bis Frankreich: Was war das nicht alles an ungeheuersten Opfern, an unglaublichen einmeligen Ereignissen, völlig unter dem starken Geist eines zähen Widerstandes gegen eine ungeheure, an manchen Stellen bis ins Zehnfache gehende Überlegenheit massierter Feinde an Menschen und Material! Stellen Sie sich vor, dies wäre in einem Feldzug eingetreten und wir hätten noch die gleichen parteipolitischen oder allgemeinen Zustände, wie sie der damaligen deutschen Reichsordnung entsprachen, bevor der Nationalsozialismus kam, wir hätten noch die 47 Parteien, noch den konfessionellen Hader, noch die Energievergeudung von Machtgrüppe gegen Machtgruppe im Hinterland - es wäre beim ersten Rückschlag genau wieder so zum Zusammenbruch der inneren Ordnung gekommen, wie es damals 1918 geschah. Auch hier hat Adolf Hitler als Persönlichkeit und Schöpfer der inneren Ordnung das wahr gemacht, was er vor 25 Jahren gesagt hat: in einem jemals wiederkommenden Krieg für Deutschland - so sagte er damals -muß die erste Sorge der Reichs-

führung sein, darnach zu trachten, daß unter keinen Umständen die Front, die ihr Leben opfert, von hinten her erdolcht werden kann. Er hat es wahrgemacht: jeder Versuch, diese innere Ordnung des Reiches der Klarheit und Stärke zu stören, wäre von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Was am 2o.Juli ds.Js. geschah, war zwar für das deutsche Volk eine schwere, furchtbare Enttäuschung. Aber es wirkte auch in dem Volke wie eine endgültige Befreiung von dem Rest reaktionärer Falschheit und durchtriebener verbrecherischer Verrätercliquenwirtschaft. Heute hat Adolf Hitler die nationalsozialistische deutsche Volksarmee geschaffen, und sie wird siegen, wir wissen es.

Schon vor 25 Jahren hatte es der Führer erkannt, und jetzt vor wenigen Tagen hat er es in seiner Proklamation anläßlich der Wiederkehr des 8.und 9.November wieder betont: der Beschluß der damaligen Feinde ging dahin, Deutschland um 20 Millionen seiner Einwohner zu berauben, - die Zahl wurde mittlerweile auf 40 Millionen erhöht -Deutschland müßte also 40 Millionen seines Volkstums verlieren, auf daß es in alle Zukunft ungefährlich wäre.

Adolf Hitler hat niemals den Versicherungen von Frieden, Treue, Freundschaft in der Welt irgendwie politisch-diplomatisch getraut. All' das war nur heuchlerisches Theater, um Deutschland einzulullen. Die Vernichtung Deutschlands stand erneut auf dem Programm unserer Feinde, als Adolf Hitler und sein Nationalsozialismus die Macht übernommen hatten.Schon vor 25 Jahren sagte der Führer: nicht ein politisches, sondern letzten Endes ein militärisches Problem gilt es zu lösen; denn was man im Kriege verloren hat,

kann man auch schließlich nur durch einen Freiheitskrieg wiedergewinnen. Wir, die alten Parteigenossen, können heute darauf zurückschauen und uns immer dessen erinnern, daß der Führer trotzdem versucht hat, in friedlicher Weise das Programm der Wiederaufrichtung Deutschlands in die Tat umzusetzen. Sie kennen alles das, was hier immer wieder dargelegt wurde. Wichtig ist mir nur, festzustellen, daß schon vor 25 Jahren Adolf Hitler ganz klar diese Notwendigkeit erkannt hat. Kein Wunder daher, daß er, kaum zur Macht gekommen, 1933 es als erste Aufgabe bezeichnete, die deutsche Wehrmacht wieder herzustellen.

Wir können nun, wenn wir uns dieser Zeit von damals erinnern, stolz sein, daß wir dem Führer 25 Jahre folgen durften. Es ist kein alltäglicher Vorgang und, weiß Gott, was unserem Volke jetzt zugemutet wird, wäre auch gar nicht erträglich, wenn es nicht von dieser großen Hoffnung getragen wäre, die für uns alle der Name, das Werk und die Persönlichkeit Adolf Hitlers darstellen.

Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei wurde kurz darauf gegründet und stellte dann auch die endgültige Form dar, in der der Führer sein politisches Ideal in die Tat umsetzte. Die alten Namen von damals sind verweht; die meisten von Ihnen kennen sie nicht mehr, von denen wir sprechen, wenn wir im Kreise der allerältesten Parteigenossen zusammen sind, - die Namen Drexler, Harrer usw. Nur wenige aus jenen ersten Stunden sind heute noch da, auch das ist notwendig; denn die Partei muß sich immer wieder darauf besinnen, daß ihr Urgrund und ihre Aufgabe kämpferisch sind. Die Partei muß von jenem ersten Ausgangspunkt immer wieder erkennen, daß man, um das Volk aufzurichten, zum Volk sprechen muß.

Die Partei muß sich immer wieder daran erinnern, daß sie keine staatliche Einrichtung ist, die allein auf dem Wege des Befehls arbeitet. Die Partei hat vielmehr ein lebendiger Organismus des Glaubens zu bleiben, für den man sich kämpferisch einsetzt, und der vor allem in seiner eigenen Sprache die Sprache des Volkes spricht. Es gibt für die Partei nur die Aufgabe, die Sorgen des Volkes zu begreifen. In der Partei kann es nur die Aufgabe geben, die Sendung des Volkes zu erfüllen. Die Partei hat keinen Selbstzweck, und sie wäre ein Schaden, wenn sie vergäße, daß sie im lebendigsten und beiderseits stets bejahten Kontakt mit dem Volke stehen muß. Dies ist die Lehre, mit der wir vor 25 Jahren angetreten sind. Dem Volk ins Auge schauen, dem Volk die Hände reichen, mit dem Volk atmen und leben, das war die Parole, die uns gegeben wurde.

Ich kann nur sagen: heute in ihrer großen schwereren 3-i1 hat die Partei ihre Bewährungsprobe bestanden. Man stelle sich einmal die millionenfach gesteigerte Lebensnot unseres Volkes vor! Man denke an alle die Hunderttausende und Aberhunderttausende Evakuierter und Ausgebombter, wenn sie ohne diese großartige einmalige Massenorganisation wären, wie sie die Bewegung gerade auf dem Gebiet der Fürsorge, der Gemeinschaftshilfe, der Sozialbetreuung aufgerichtet hat. Man stelle sich das ungeheure Elend vor, das herrschen würde, wenn eine solche gigantische einmalige Organisation nicht bestände!

Wir haben es uns allerdings niemals anders vorgestellt. In der ersten Zeit waren wir nur ganz wenige, und trotzdem hat der Führer vom ersten Tage an gesagt: wir werden einmal das ganze deutsche Volk sein. Als er mit seiner Flagge zum ersten

Mal in unseren Kreis trat - auf einem Blatt Papier zeigte er uns eine Zeichnung, ich weiß noch wie heute, sie stellte diese rote Fahne mit der weißen Scheibe und dem Hakenkreuz dar, - da sagte er: diese Fahne, die heute noch niemend kennt, wird einmal über Deutschland wehen.

Wenn die Partei dieses gewaltige ursprüngliche Erleben immer wieder in ihrem besten Kämpfertum zeigt, wird sie auch immer vom deutschen Volke geliebt, geachtet und geehrt sein. Denn befehlen dem Volke muß der Staat. Die Partei aber soll für das Volk da sein, und zwar in einer herzlichen, einer menschlich parteigenössisch aufgeschlossenen belehrenden, aufrichtenden, helfenden Form. Die Methode des Parteilebens muß sich immer wieder an diesen ältesten Vorbildern aufrichten, die unsere Partei groß gemacht haben, wo der Herzschlag eines ganzen Volkes mit fanatischer Aufgerichtetheit der Partei im Sturmschritt nachmarschiert. Ich glaube, daß dieser Idealismus für das Parteikämpfertum in diesen schweren Zeiten unseres Volkes auch unbedingt die Aufrichtung des Volkes darstellt. Der Volkssturm, den die Partei zu führen und den die Partei geschaffen hat, ist ja die großartige Übertragung dieses Rhythmus einheitlich glühender Beseeltheit von großen Idealen auf die Masse unseres Volkes.

Vor 25 Jahren war das alles noch eine Idee, war das alles noch vor uns, sahen wir es kaum im Nebelgrau der Zeit. Niemals hätten wir einen anderen Weg zu gehen vermocht, als mit dem glühenden Herzen des Glaubens und über Adolf Hitler hinweg. Heute schauen wir auf Vieles bereits zurück: auf die großen Parteitage in Nürnberg, auf die großartigen Ereignisse unseres Parteikämpfens und Parteiringens, auf die

herrlichen Stunden der Gründung des großdeutschen Reiches, auf die machtvollste aller Kundgebungen, da der Führer vor der ganzen Welt die Rechte der Nation vertrat und verfocht. Heute müssen wir die Partei in ihrem großen Gefüge in den Kriegsdienst stellen und in die Gesamtordnung der Kriegsnotwendigkeiten einreihen.

Wenn wir auf diese große Kampfzeit zurückschauen, so können wir nur bekennen, daß es ein großes ungeheuer Einmaliges war, was ein Volk aus der Tiefe wieder zum Weltrang aufsteigen_ließ. Und heute ist der Kampf derselbe. Man kann imer wieder die Frage stellen: ist es berechtigt, wenn die Nationalsozialistischen Redner ihre innerpolitischen Erfahrungen auf das weltpolitische Gebiet übertragen? Kann nan wirklich sagen: weil wir damals den Kampf im Innern gegen Demokraten, Juden und Andere bestanden haben, deshalb kann mit den gleichen Methoden kämpferischer Entschlossenheit, unbeugsamster Geradlinigkeit, einmaliger Willenshärte auch aussen-und weltpolitisch in diesem Kriege ein Sieg errungen werden? Man könnte auch die Frage stellen: Ist es nicht ein völlig anderes, über Parteien zu siegen als über Staaten? Ist es nicht etwas anderes, die Kommunistische Partei in Deutschland zu schlagen als das bolschewistische Reich Moskaus? Und doch sage ich Ihnen: es ist vollkommen berechtigt, so zu denken; denn es kommt hier ganz und gar nicht auf das Objekt an, dem ich den Kampf ansage, als vielmehr auf die Methode, in der ich diesen Kampf führe. Und die Methode besteht darin, daß ein Volk, das entschlossen ist, sich auf keinen Fall zu unterwerfen und seine Zukunft zu verraten,einer ganzen Welt gegenüber den Kampf zu bestehen vermag.

Wir haben es 1939 gesehen, als der Führer an die Macht kam. Da war es wie ein Wunder, daß in knapp 14 Jahren eine Bewegung aus dem absoluten Nichts zur beherrschenden politischen Gruppierung eines großen Reiches und Volkes wurde.

Und heute? - Ich will Ihnen ganz kurz etwas zur Lage sagen. Wenn Sie sich heute die Karte vorstellen, wie sie etwa in dieser Stunde aussieht, so ist darnach die Lage die, daß England und Amerika mit ihren Trabanten im Westen versuchen, sowohl in Holland wie in Lothringen noch vor dem Hereinkommen des Winters zu einem letzten Durchbruch zu gelangen. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen zu untersuchen, was zu der Entwicklung im Westen geführt hat. Entscheidend ist für uns die ganz klare Zuversicht, daß es gelingen wird, diesen Amprall nunmehr in Lothringen und Holland genau so abzuwehren,wie das in irgend einer ähnlichen Situation unter ähnlichen Bedingungen der Weltgeschichte immer gelungen ist. Denn mit der Verkürzung der Front im Westen, der Verkürzung der Anmarsch-und Antransportwege tritt im Zusammenhang mit den Maßnahmen der totalen Mobilmachung,der Heranholung des letzten Mannes, der Intensivierung aller Pläne zur Festigung der Front im Westen, der Versorgung mit Munition, Waffen usw. eine Verstärkung der Verteidigungsfront ein, die im gleichen Maße ausgeglichen wird durch die Erschwerung der Anfahrtswege auf der Gegenseite. Es ist gar kein Zweifel - ich kann Ihnen das hier aus unmittelbarer Kenntnis etwa der Stimmung im Führerhauptquartier sagen, wo die absoluteste Siegeszuversicht, wo jeglicher Glaube und jegliche Ruhe herrscht, -- daß dieser Ansturm im Westen von uns siegreich bestanden werden wird. Ich bin sogar der Meinung, daß dieses Zerschlagen der letzten Möglichkeiten des Eindringens und Durchbrechens nach Deutschland hinein zur Folge

haben wird, daß in den nächsten Monaten politisch kolossale Schwierigkeiten im Lager der Feinde zu erwarten sind.

Die scheußlichste Erscheinung dieses Krieges ist die zur Zeit noch vorhandene Luftüberlegenheit der Feinde. Sie stellt wirklich eine ungeheure Belastung der Bevölkerung im Westen und der dortigen Kriegführung dar. Hier gibt es gar nichts abzuleugnen. Man kann lediglich feststellen, daß der Weg zur beschreiten ist, diese Luftüberlegenheit durch das baldige wohl in Erscheinung-treten unseres neuen deutschen Jägers und durch andere entscheidende Maßnahmen auszugleichen. Aber auch diese Luftüberlegenheit wird in keinem Fall imstande sein, das Verteidigungsziel im Westen zu schwächen, nämlich das Ziel, den Feind um keinen Preis in die deutschen Stammbereiche unseres Gebietes eindringen zu lassen.

Wenn Sie bedenken, mit welchen Prophezeiungen Herr Churchill noch vor wenigen Monaten an die Öffentlichkeit trat, wenn Sie die Stimmung in der Welt bedenken, die teilweise vielleicht auch im deutschen Volke vorhanden war, so können Sie doch wohl sagen, daß etwa noch im August und September ds.Js. unser Feind im Westen völlig überzeugt war, Deutschland werde binnen kurzem seinen November 1918 in neuer Auflage erleben. Wenn Sie damit nun die heutige Lage vergleichen, wo sich Divisionen um Divisionen der Feinde an unseren jeden Tag stärker werdenden Verteidigungsstellen verbluten, wenn Sie bedenken, daß daraus zurückschlagend nun eine Welle der Enttäuschung über England hinwegfegt, die grauenhaft ist, so können wir nur sagen: auf der kleinen Seite unserer Vorteile stehen die Intensivierung und Massierung unserer Kriegsmaschine und unserer soldatischen Kraft.

Wir sind daher alle der vollen Überzeugung, daß der deutsche Grenadier im Westen seine Aufgabe siegreich erfüllen und dieser furchtbare Angriff zuschanden werden wird. Dazu kommt, daß justament in dem Augenblick, in dem die Engländer bestimmt erwartet hätten, daß Deutschland zusammenbrechen würde, nun unsere V 2 über London erscheint,-diese ungeheure Waffe, von der ein schwedischer Journalist, der nach Stockholm kam, sagte, daß der Einschlag einer einzigen V 2 wie ein Erdbeben wirkt, und daß er selber gesehen habe, wie durch den einzigen Einbruch eines solchen raketenartigen Ungeheuers - kann man schon sagen - ein ganzer Häuserblock mit loo Häusern zerstört worden sei.

Wenn wir also nach dem Westen sehen, so können wir beruhigt den kommenden Ereignissen ins Auge schauen. Freilich, die Opfer, die unser Volk, unsere braven Volksgenossen im Rheinland und den Rhein herauf in Baden und weit zurück bis Hannover und Bremen bringen müssen, sind ungeheuer: Tag und Tag, Stunde um Stunde, Nacht um Nacht Alarm, in die Keller hinein, heraus aus den Werken und Fabriken, weithin kein geregelter Verkehr, größte Schwierigkeit, Lebensmittel heranzuschaffen, Unzulänglichkeit der Wasserversorgung usw., von der Kohlenversorgung ganz zu schweigen. Und doch glüht über jede Not hinweg die Flamme der harten Entschlossenheit; gilt es doch, Deutschland frei zu halten von seinen Feinden.

Im Süden ist es den Anglo-Amerikanern bekanntlich nicht geglückt, einen Durchbruch in die Po-Ebene zu erreichen. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten auch auf diesem Gebiete, was Transport, Versorgung usw. angeht, ist absolut damit zu rechnen, daß diese Front gehalten wird. Alle Angriffe stoßen hier auf

einen ganz fanatisch zähen Widerstand, der auch angesichts der verhältnismäßig kurzen Antransportwege durchgehalten werden wird. Und wenn es hier immer wieder um ein oder zwei Kilometer vor und zurückgeht, so ist das auch ein Zeichen, daß ein Durchbruch in diesem Winter nicht möglich sein wird.

Wie sieht es nun bei uns im Osten aus? Es ist ein sehr ernster Blick, den wir gerade von Krakau aus in die knapp 120 km östlich von uns laufende Front zu werfen Gelegenheit haben. Diese Front, die nun von Kurland an der Grenze Ostpreußens entlang, bei Warschau die Weichsel herauf über den Brückenkopf, den sie im Weichselknie gebildet haben, über die Beskiden herab nach Ungarn verläuft, dort in einem Bogen bis zur Donau vorspringt und gegen Süden in die Richtung nach Üsküb in Serbien verläuft, ist zur Zeit nur an gewissen Brennpunkten in Bewegung. Auch hier kann man wohl sagen, daß es nach vielen Monaten schwersten opfervollsten Ringens gelingen wird, die Frontlinie zu halten. Eines ist sicher: auch der Sowjetrusse bewegt sich in schwerem Schritt. Es gab einmal eine Zeit, in der wir vielleicht die Bolschewisten unterschätzt haben, eine Epoche, in der wir es nicht ganz ernst genommen haben, was der Bolschewismus drüben mit seiner Massenversklavung geschaffen hat. Heute aber neigen viele dazu, den Bolschewismus haushoch zu überschätzen. Es ist gar kein Zweifel, daß sich die ungeheuren Verluste an Material und vor allem auch an Menschen, die dieser Koloß auf sich zu nehmen hat, um sich überhaupt so weit nach vorne zu begeben, auszuwirken beginnt. Jetzt greift schon der Bolschewismus in letzte Reserven. Offensichtlich hat er nun hauptsächlich das Interesse, noch im Spiel

zu bleiben. Wenn die Russen sich auch zur Zeit in Ungarn in ziemlichen Angriffsmanövern bewegen und versuchen werden, uns hier noch in der Ebene vielleicht Schläge zu versetzen, wenn es ihnen auch infolge des unheimlich gemeinen Verrats von Rumänien und Bulgarien geglückt ist, weite für uns wichtige Gebiete plötzlich zu überschwemmen, so wird es doch auch gerade in der Gegend um Budapest durch unlängst überstark herbeigeführte Verteidigungskräfte sicherlich gelingen, die Front in entsprechendem Ausmaß zu halten.

In Kurland ist der Feind in schwere Kämpfe mit uns verwickelt. Es ist ihm noch nicht geglückt, uns aus dem Lande zu treiben, und es wird ihm voraussichtlich auch nicht gelingen.

Geradezu großartig aber war der Abwehrerfolg bei Warschau und in Ostpreußen. Dort war eine riesige Truppenmacht angesetzt mit massierten Korps, Panzerdivisionen, Flugzeugen usw., um einen großen Einbruch in altes deutsches Reichsgebiet zu erzielen. Aber unseren übermenschlich kämpfenden Soldaten gelang es , auch diese Angriffe abzuwehren.

Daher ist für uns in Krakau wichtig, festzustellen, daß das von allen Deutschen unter reicher Heranziehung der einheimischen Bevölkerung, vor allem auch unter Führung altbewährter Parteigenossen ausgebaute großartige Stellungssystem absolute Gewähr dafür bietet, daß ein allfälliger Angriff unserer Feinde in der Richtung Krakau mit ungeheuersten Verteidigungsmitteln zurückgeschlagen werden würde. Wir müssen uns dazu bekennen, daß auch jeder deutsche Mann in diesem Raum notfalls bereit ist, mit der Waffe in der Hand unter Einsatz seines Lebens diese große letzte Zentralbastion unseres Volkes im Osten, das Generalgouvernement, zu verteidigen. Wir wollen uns

dazu in jeder Form bereit erklären, daß wir, wenn der Befehl des Führers käme, keine andere Pflicht mehr sähen, als die, mit der Waffe in der Hand in die Stellungen einzurücken, um dort als Soldaten Großdeutschlands dem Ansturm der Bolschewisten entgegenzutreten.

Wenn wir das Bild der Lage im Osten damit abschliessen können, so können wir wohl sagen: wenn dort auch noch an manchen Teilen der Front Bewegung herrscht, so ist doch im wesentlichen damit zu rechnen, daß es, bevor noch neue Offensivbewegungen des Feindes beginnen, der deutschen Führung restlos gelungen ist, all überall an den möglichen Angriffspunkten nicht nur für Stellungen und Truppen, sondern auch für Reserven jeder Art zu sorgen.

Im Norden haben sich unsere Truppen auf dem Punkt zurückgezogen, der für sie verteidigungsmäßig der günstigste ist: nach Norwegen. Es ist gar kein Zweifel, daß hier für die Dauer der Wintermonate etwas wesentliches nicht geschehen wird.

Bei diesem Rundblick militärischer Art also ist es nun entscheidend, sich immer wieder vor Augen zu halten, daß trotz aller Maschinen, trotz aller Technik und all der ungeheuren Waffensteigerung und ihrer Wirkung letzten Endes auch dieser Krieg wieder nur durch den Einsatz von Menschen entschieden werden wird. Die Leistungen des deutschen Soldaten können überhaupt nicht genug gerühmt werden. Es obliegt uns unausgesetzt, geradezu in innigster Verbindung unserer Grenadiere und der Soldaten aller Waffengattungen zu gedenken, die diesen einmaligen Kampf der Weltgeschichte zu bestehen haben. Was

sie unausgesetzt leisten, was immer ihnen aufgegeben ist, worauf sie verzichten müssen, was sie in ihrer Heimat haben, worum sie sich nicht kümmern können, was sie selbst unaufhörlich zu leiden und zu dulden, zu tragen, zu sorgen und zu nöten haben, das ist es, was jeder Einzelne sich stets vor Augen halten muß, wenn er über die kleinen Mühsale seiner Arbeit oder über seine eigenen Sorgen nachdenkt.

Es ist ja auch schlechterdings ein einmaliger Krieg. Noch niemals in der Weltgeschichte hat es ein solches Zerstörungsphänomen gegeben, wie diesen Krieg. Ihm gegenüber war der 3ojährige Krieg ein Kinderspiel, wenn man zum Beispiel an die Zerstörung unserer Städte denkt. Überhaupt kein Ereignis in der Weltgeschichte ist auch nur annähernd mit ihm zu vergleichen. Vor allem ist es die Einschließung der Heimat in das Kriegsgeschehen, die diesen Krieg charakterisiert. Noch niemals wurde die Heimat so unmittelbar vom Kriegsgeschehen betroffen, wie in diesem Krieg.

Un-d all das steigert nun wieder die Bedeutung der Partei. Es zeigt, daß in diesem Kriege, gerade weil das Volk zuhause diese Leiden auf sich zu nehmen hat, eine Organisation vorhanden sein muß, die so wie die Wehrmacht an der Front das Volk in der Heimat mit dem klaren Bewußtsein des Geschehens dieser Zeit erfüllt, aufrichtet und durchhält. Die Partei ist daher aus unserem Gemeinschaftsleben nicht wegzudenken. Sie ist nicht ein zuhaus gebliebener organisierter Klub von politischen Interessenten, sondern sie ist das Lebensorgan des Volkes im größten, schwersten und kritischsten Zeitpunkt unserer Nation. Sie ist in der Heimat die Trägerin all dessen, was die Wehrmacht an der Front zu tragen hat. Was

die Wehrmacht dem Soldaten, das ist die Partei dem Volksgenossen gegenüber. Und das zeigt, welche Bedeutung unser altes Ideal besitzt: längst sind wir in unserer Bewegung aus dem engen politischen Geschehen in den weltpolitischen Bereich aufgestiegen.

Wenn wir uns nun angesichts dieser Gesamtlage über die Zukunft klar werden wollen, so ist es eigentlich müßig, von der Zukunft zu sprechen. Eines steht fest: was immer auch unsere Feinde an Erbitterung, Haß und Entschlossenheit aufbringen mögen, unser Volk zu vernichten, das wird übersteigert durch die Leidenschaft unseres Volkes, es nicht dazu kommen zu lassen. Es kann kein Maß des Hasses gegen Deutschland geben, das irgendwie dem Maße der Liebe entspräche, die wir für Deutschland empfinden.

Das alles können wir nur, vor uns selbst bestehend und unsere Augen zum ewigen Herrgott aufrichtend. Wir kämpfen nicht für uns allein. Indem wir für Deutschland, seine Kultur, seine Seele, seine Geistigkeit, seine Menschen kämpfen, kämpfen wir für das große Wertstück auf dieser Erde. Von Deutschland kam durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder das Größte an Kultur und an Sendung aller Art für alle Völker der Welt. In Deutschland selbst geschahen die größten geistigen und seelischen Wunderwerke. Wir haben letzten Endes aber auch die größten Opfer für unsere Existenz gebracht. Es hätte keinen Sinn, daß der Herrgott das Entstehen eines deutschen Volkes zugelassen hätte, um es nunmehr den Todfeinden jeder Menschlichkeit und Kultur zum wehrlosen Opfer vorwerfen zu lassen.

Wir müssen uns darüber also völlig klar sein, daß irgend eine kritische Wertung der Vorgänge dieses Krieges, der Vorgänge, die zu diesem Kriege geführt

haben, oder der Methoden, die dieser Krieg bestimmte, uns nicht weiter führt. Jeder, der heute darauf die Sprache brächte, wäre ein Unnützer. Heute gilt es nur, treu und gehorsam, aktiv und tapfer zu sein, sonst gar nichts auf der Welt. Und wenn wir das aufbringen, dann sind wir allein als Generation berufen, diesen Kampf sieghaft zu bestehen.

Von jetzt an ist unser Krieg auch weltpolitisch ein gerechter Krieg. Mag man bis jetzt in der Welt geglaubt haben, Propagandaparolen gegen uns zu besitzen, weil wir andere Länder besetzt gehalten hätten oder Derartiges, - jetzt, wo wir auf eigenem Boden kämpfen, weiß jeder Engländer und Amerikaner: das ist der gerechteste Krieg, den ein Volk um sein Leben und seine Heimat führt. Die psychologische Auswirkung dieses Geschehens ist spürbar. Wir prophezeien nicht, aber wir wissen, daß ein Volk, das tapfer, klar und entschlossen ist, jedes Opfer für seine Freiheit zu bringen, noch niemals in der Geschichte besiegt werden konnte. Das muß uns genügen. Bis zu dem absolut eintretenden Fall, daß wir endgültig aus diesem Kriege unter Bewahrung der deutschen Freiheit und Ehre und der deutschen Stärke heraustreten werden, wird noch vieles Leid über uns kommen. Es ist noch nicht die Zeit, von einem Morgendämmern des Friedens zu sprechen. Eines nur ist sicher: wenn dieser Frieden kommt, dann geht er nicht gegen Deutschland, sondern nur mit Deutschland.

Meine Parteigenossen, wir haben hier in Krakau und im Generalgouvernement die große Aufgabe, uns auf einem Vorfeld des deutschen Volkes, auf diesem letzten großen Vorraum unseres Reiches zu bewähren. Wir sind nur eine ganz kleine Schar

von deutschen Männern und Frauen in diesem Raum. lo Millionen Polen müssen wir bei der Stange halten. Wir können dies nur dadurch erreichen, daß wir selber in diesmm Raum ein absolut klar entschlossener Block von Willen, Klarheit und Sachlichkeit sind. Wer in diesem Augenblick glaubt, hier Persönliches der gemeinsamen Notwendigkeit voranstellen zu können, die Autorität des Führers und des Reiches in diesem Raum nicht mit allen Mitteln friedlicher und autoritärer Art zu vertreten, der würde sich aufs Schwerste gegen das deutsche Irteresse versündigen. Ich bin mehr denn je entschlossen, diese Autorität des Reiches hier einheitlich durchgeführt zu wissen.

Der Führer hat mir vor ganz wenigen Tagen in einem Fernschreiben mitgeteilt, daß er, komme, was kommen wolle, am Generalgouvernement unter allen Umständen festhält und daß er das vollste Vertrauen zu uns allen hat. Dieses Wort des Führers , das auf den Begriff "Generalgouvernement" also eine Verpflichtung legt, ist für uns alle bindend. Deutschland schaut auf uns. Wir haben in diesem Augenblick noch die Möglichkeit, zu wirken und zu arbeiten, zu schaffen und aus dem Lande herauszuholen, was möglich ist. Trotz der Kleinheit des Raumes, den wir heute noch haben, trotz der Schwierigkeit der Bedingungen des Lebens hier bin ich doch glücklich, daß ich unserer Heimat noch aus diesem kleinen Stück Landes über 15o 000 Tonnen Brotgetreide habe vor wenigen Wochen schicken können.

Gerade Sie, meine Parteigenossen, müssen daher in diesem Raum die Vorkämpfer dieser Reichsautorität sein. Wir sind hier nicht zu unserem Vergnügen, sondern zu einer ganz todernsten Aufgabe, und all das Schwätzen und Herumgeistern hilft uns nichts. Wo

Tausende sonst nötig sind, sind es hier Dutzende. Wo wir Polizei-und Sicherheitskräfte gegen die Banditen brauchten, haben wir nur wenige Männer zum Einsatz. Wo wir heute Hunderte von Beamten brauchten, haben wir wenige Zehn, wo wir Tausende von Arbeitern haben müßten, haben wir nur eine kleine Schar. Und sie alle stehen hier inmitten einer Masse von Polen, denen man bei noch so feierlichen Erklärungen über Loyalität doch nicht würde vergenken können, daß sie genau so gegen uns sich erklärten, wenn es das Unglück für uns wollte, wie es irgend ein anderes Volk auch täte. Wir müssen daher bei allen Versuchen, Ordnung und Ruhe in diesem Raum zu halten, doch immer daran denken, daß dieser kleine Kreis eine ungeheuer wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Wir haben hier kein Volk, das irgend ein Reichsgau hat. Wir haben hier zum Beispiel in Krakau 360000 Polen und 10000 Deutsche. Also das Volk ist hier polnisch. Das gibt auch der Parteiarbeit einen ganz eigenen Charakter, den sie sonst nirgendwo im Reiche hat. Wir müssen uns hier in die Partei als eine große Führungsorganisation im fremdvölkischen Raum hineindenken. Gerade diesem lauernden Blick eines Fremdvolkes gegenüber ist es daher umso notwendiger, daß sich die Garde der alten Parteigenossen für diesen offenen sachlichen Kämpfergeist freihält , der allein jetzt entscheidend ist. Alles andere kann man später austragen; da wird noch reichlich Zeit sein.

Es ist daher für mich eine große Beglückung, Sie, meine lieben Parteigenossen, heute abend zu sehen und Ihnen auch dafür zu danken, daß Sie dieses große Ziel mit uns errichtet haben. Ohne die Partei und ohne diesen Flammengeist des reinen Ideals hätte

man hier nichts schaffen können. Dieses ganze Gesindel von gewinnstrebigen Burschen, die sich da und dort hereingeschlichen hatten, haben wir hoffentlich zum größten Teil im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Woche von uns stoßen können. Jetzt weht wirklich die Luft des Kämpferischen und Geistigen hier. Ich kann nur sagen: was ~~wir~~ hier in wenigen Jahren aus vollster Zerstörung, wie wir es 1939 übernommen haben, mühsam aufgebaut wurde, bleibt für alle Zukunft ein Musterbeispiel deutscher gemeinsamer Arbeit von Männern und Frauen aller Berufe, aller Stände und aller Ressorts. Es ist klar, daß die Erfüllung dieser Aufgabe viel leichter gewesen wäre, wenn uns nicht immer wieder die Kriegsumstände zurückgehalten hätten. Aber geschafft haben wir es.

Dasswir nun 5 Jahre in einem erstbesetzten Raum sind, das macht uns sozusagen zu den Partriarchen der besetzten Gebiete in Europa überhaupt. Keiner kann uns irgend etwas sagen und keiner das Maul aufreißen über dem, was wir hier geschaffen haben, der nicht irgend etwas Ähnliches im Leben geleistet hat. Ich empfehle jedem, der uns kritisiert, uns erst einmal ein Generalgouvernement nachzumachen.

Daher, meine Parteigenossen, sind wir voll Stolz, voll Glauben und gemeinsamem Halt. Wir wollen nie vergessen, daß alles, was wir sind und werden können, alles, was wir im Leben geworden sind, - dass keiner von uns das wäre, wenn nicht Adolf Hitler dieses ganze Werk aufgerichtet hätte. Keiner kann hier irgendwie sagen, er sei es gewesen. Alles war und ist und wird sein Adolf Hitler!

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Mit dem von Distriktsstandortführer Gouverneur Dr.von Burgsdorff ausgebrachtem Sieg Heil auf den Führer und den Liedern der Nation wird der Mitgliederappell geschlossen.

IV/9
26

15.11.1944

2o[00] Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

2o[10] Aus Anlass des fünfjährigen Bestehens der Krakauer Zeitung und des Krakauer Zeitungsverlages empfängt der Herr Generalgouverneur Verlagsleiter Strozyk, Hauptschriftleiter Stöppler, die Schriftleiter und die technischen Leiter des Betriebes. Er ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache :

"eine Damen und Herren! Ich habe Sie hier zusammengebeten, um Ihnen meinen Dank für die Arbeit zum Ausdruck zu bringen, die Sie in den vergangenen 5 Jahren geleistet haben. Die Krakauer Zeitung ist eine der grössten und würdigsten Unternehmungen, die im Generalgouvernement entstanden sind. Es ist ein vorbildlich wirtschaftliches, soziales und politisches Werk, dass Sie hier aufgebaut haben, und dafür gebührt Ihnen meine ganz besondere Anerkennung.

Ich wollte diesen Tag, an dem vor fünf Jahren die Krakauer Zeitung ins Leben trat, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen einen Empfang auf der Burg zu bereiten. Sie haben sich mit Ihrem "erk auch voll und ganz in den Dienst meiner politischen Aufgabe gestellt, die ich im Auftrage des Führers zu erfüllen habe. Vor fünf Jahren ist es gewesen, als wir damals praktisch mit nichts begonnen haben. Wir haben dann allerdings eine grosse Idee, einen stürmischen Glauben und eine historische Bewusstheit in unsere Arbeit hineingebracht. Freilich hatte ich das grosse Glück, dass der Parteigenosse Amann mit grosszügigem und, wie ich sagen muss, vorbildlichem und damals noch sehr seltenem Verständnis für die Eigenart und die Notwendigkeit einer gewissen Autonomie dieses Raumes und seiner Führung mir geholfen hat.

In Ihnen, Herr Strozyk, ist mir ein vortrefflicher Fachmann gegeben worden, der das Land schon von früher her kannte. Sie haben tatsächlich die Krakauer Zeitung zu einer der grössten Unternehmungen des Deutschen Reiches gemacht.

15.11.1944

Ich möchte vor allem aber auch der geistigen Seite danken und Ihnen, Herr Hauptschriftleiter Stöppler, allen Schriftleitern, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen meinen ganz besonderen Dank sagen für die so ungewöhnlich verständnisvolle elastische geistige Art der Gestaltung des Inhalts der Krakauer Zeitung. Wenn sich dieses völlig neuartige und eigenartige Gebilde des Generalgouvernements heute doch alen kritischen und schwerwiegenden Betrachtungen im Reiche gegenüber durchgesetzt hat, so ist das nicht zuletzt der hochbedeutsamen Art der Schriftleitung und des Inhalts der Krakauer Zeitung zu danken. Ich bin immer stolz und glücklich, dass die Krakauer Zeitung als Organ ein so ungewöhnlich grosses Ansehen geniesst und dass sich dieses Ansehen gerade jetzt sogar noch weiter entwickelt hat.

Was vor uns liegt, wissen wir nicht. Umso stärker muss der Ansatzpunkt sein, den wir aus der Vergangenheit nehmen. Dass wir nun 5 Jahre hier sind, das hat uns sozusagen zu Patriarchen der besetzten Gebiete erhoben. Wir sind heute, wie ich sagen darf, die unerreichbaren Fachleute, und niemand kann eigentlich gegen uns an. Wenn irgendwo jemand über das Generalgouvernement schimpft, so können wir ihn nur fragen: Wo hast Du ein Generalgouvernement aufgebaut oder errichtet oder nachgelebt ? Bis jetzt hat es uns noch keiner nachgemacht. Gewiss will ich nicht behaupten, dass nicht auch uns Irrtümer unterlaufen sind. Vor allem habe ich die Feindschaft der Berliner Zentralen zu gering angesetzt.

Ich erwarte nun von Ihnen, Herr Verlagsleiter Strozyk, von Ihnen Herr Hauptschriftleiter Stöppler, und von allen Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, dass Sie wie bisher der Krakauer Zeitung und dem Krakauer Zeitungsverlag Ihre gemeinsame Arbeit für Führer und Reich zur Verfügung stellen. Dazu wünsche ich Ihnen allen von Herzen das Beste.

IV/9
28

15.11.1944

Im Anschluss an den Empfang findet ein Abend-
essen im Säulensaal statt.

Krakau

Freitag, den 17.November 1944

11^{5o} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

12^{1o} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple und Präsident Dr.von Craushaar.

Staatssekretär Dr.Boepple erstattet zunächst Bericht über seine Tätigkeit in Schlesien undberichtet vor allem über die hervorragende Zusammenarbeit aller dort befindlichen Dienststellen des Generalgouvernements untereinander und seine persönlichen ausgezeichneten Beziehungen zu den Gauleitern Hanke und Bracht.

Präsident Dr.von Craushaar bemerkt dazu: Staatssekretär Dr.Stuckart habe ihm in Berlin vor einigen Tagen ausdrücklich versichert, dass alle einmal aufgetauchten Zweifel über die Richtigkeit des Vorgehens des Generalgouverneurs bei der Evakuierung ebenso wie die in der gleichen Richtung liegenden Vorwürfe, dass man im Generalgouvernement zu viel oder zu früh oder methodisch bedenklich geräumt habe, vollkommen erledigt seien. Alle diese Vorwürfe hätten sich als völlig unberechtigt herausgestellt. Das Verhalten des Generalgouverneurs und seiner Regierung in den letzten schwierigen Monaten habe nunmehr die völligste Zustimmung aller Reichstellen erlangt.

Staatssekretär Dr.Boepple legt dann dem Herrn Generalgouverneur einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit vor.

Der Herr Generalgouverneur erteilt nunmehr Staatssekretär Dr.Boepple den Auftrag, Staatssekretär Dr. Bühler für die Dauer seiner Abwesenheit von Krakau zu vertreten und das so erspriessliche und gute Zusammenarbeiten mit den Regierungsmitgliedern und allen Dienststellen des Generalgouvernements auf das beste zu pflegen.

Präsident Dr.von Craushaar berichtet über den Fortgang der Verhandlungen bezüglich der Zollgrenze und bemerkt, dass am 2o.November einige Persönlichkeiten

17.11.1944

aus Kattowitz zu den abschliessenden Besprechungen kommen würden. Nach menschlichem Ermessen sei wohl damit zu rechnen, dass dadurch die Zollgrenzfrage endgültig bereinigt werde.

Zur Frage der Stadt- und Landwacht betont Präsident Dr.von Craushaar, dass die gestrige Besprechung mit Generaloberst Harpe auf der Burg unter Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs zu einer völligen Klärung der gesamten Angelegenheit geführt habe und nunmehr nach seinen heutigen Besprechungen mit den zuständigen Polizeidienststellen dieser gesamte Komplex als absolut geklärt angesehen werden könne.

13^{00} Besprechung mit Oberst Fischer.

Oberst Fischer teilt mit, dass er die Aufträge, die der Herr Generalgouverneur ihm gestern bei der Besprechung mit Generaloberst Harpe gegeben habe, in folgender Richtung ausgeführt habe: 1. Wegen der Nichtverwendung von im Generalgouvernement einmal tätig gewesenen Personen an der Front bittet die Heeresgruppe, die endgültige Entscheidung des OKW abzuwarten.
2. Die Heeresgruppe steht auf dem Standpunkt, dass die generelle Anwendung des bisherigen Erlasses nicht nötig sei, sondern von diesem Erlass hauptsächlich nur betroffen würden, die gehobenen, mit grösserer Verantwortung versehenen Beamten- und Angestellten- Gruppen des Generalgouvernements, dass dagegen die kleinen und niedrigen Dienstträger ruhig Dienst an der Ostfront machen könnten.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, dass es mit der sozialistischen Grundanschauung des modernen Staates nicht vereinbar wäre, solche Unterschiede innerhalb der Beamter- und Angestellten- Kategorien zu machen.

Weiter berichtet Oberst Fischer, dass die Versorgung der Alarmeinheiten mit Wehrmachtsuniformen von der

17.11.1944

Heeresgruppe mit aller Intensität betrieben werde. Es sei also damit zu rechnen, dass die Uniformierung dieser Alarmeinheiten schon bald durchgeführt werden könnte.

16[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichsamtsleiter Dr.Freiherrn du Prel.

19[30] Vortrag des Herrn Generalgouverneurs im grossen Dienstzimmer der Staatsbibliothek über das Thema : "Über den Dilettantismus".

Präsident Dr.Eichholz gibt zunächst der Freude darüber Ausdruck, dass sich der Herr Generalgouverneur, der seinerzeit die Schirmherrschaft der Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements übernommen habe, nun bereit erklärt habe, in einem geschlossenen Vortrag über ein von ihm selbst gewähltes Thema zu sprechen. Erfreulich sei es auch, dass dieser Vortrag in der Staatsbibliothek, einer Stätte wissenschaftlicher Forschung,stattfinden könne.-

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu seinem Votrag : "Über den Dilettantismus". +)

Präsident Dr.Eichholz schliesst die Veranstaltung mit einem Dank an den Herrn Generalgouverneur.

20[50] Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

+) Der Vortrag erscheint in Broschürenform.

Krakau

Samstag, den 18.November 1944

16^{30} Der Herr Generalgouverner empfängt den Ministerialdirigenten Dr.Medicus.

20^{08} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Wien.

Sonntag, den 19.November 1944

bis

Dienstag, den 21.November 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Dienstag, den 21.November 1944

18^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

19^{25} Besprechung mit Dr.Meidinger.

IV/9

Kressendorf

Mittwoch, den 22.November 1944

10^{15} Diktat einer Rede, die der Herr Generalgouverneur am 25.11.1944 halten will, mit dem Thema :"Partei und Staat".

12^{00} Besprechung mit Dr.Meidinger und Referent von Palézieux.

Kressendorf

IV/9 Donnerstag, den 23.November 1944

17^{45} Besprechungen mit Frauenschaftsleiterin Fräulein Aldinger, dem Inspektor des Sonderdienstes Dr.Hammerle und Regierungsrat Dr.Jänsch.

Freitag, den 24.November 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

IV/9

Krakau

Samstag, den 25.November 1944

11^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

12^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{40} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung vom Rücktritt des polnischen Ministerpräsidenten Mikolajczyk.- Der Herr Generalgouverneur hält eine Ausnutzung dieser Sachlage durch die deutsche Propaganda vor allem auch im Generalgouvernement für sehr wünschenswert.

Weiter gibt der Herr Generalgouverneur dem Wunsch Ausdruck, einmal vor Polen in einer Betriebsversammlung, etwa vor der Gefolgschaft der Krakauer Zeitung, zu sprechen, und beauftragt Präsident Ohlenbusch, die dafür notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Schulungsburg des Arbeitsbereiches.

16^{05} Im Rahmen eines Schulungslehrganges für Verwaltungsbeamte hält der Herr Generalgouverneur einen Vortrag über das Thema: "Partei und Staat".

17^{35} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

17^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple.

IV/9 Krakau

Sonntag, den 26.November 1944

16[40] Konzert im Königssaal der Burg.

Mitwirkende sind: Das Orchester der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Chefdirigenten Swarowsky. Solisten : Pianist Karolyi, Kammersänger Julius Patzak, am Flügel Kapellmeister Schmidt.

Krakau

IV/9 Montag, den 27.November 1944

8^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Hause der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur geht durch verschiedene Räume des Hauses, in denen bisher der Dienstbetrieb noch nicht aufgenommen worden ist.

8^{15} erscheint Oberdienstleiter Tießler.

Im Arbeitszimmer des Oberdienstleiters Tießler hat der Herr Generalgouverneur mit diesem eine längere Besprechung.

In dieser Besprechung werden zunächst verschiedene Punkte berührt, die zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Herrn Generalgouverneur als Leiter des Arbeitsbereiches und Oberdienstleiter Tießler geführt haben.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass es zu diesen Meinungsverschiedenheiten gekommen sei. Er wolle deshalb versuchen, ein etwas besseres Verhältnis herbeizuführen, ohne damit zum Ausdruck bringen zu wollen, dass es eines besonderen Hinweises auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und der Loyalität bedürfe. Er habe seinerzeit Oberdienstleiter Tießler als seinen Stellvertreter verpflichtet, müsse aber feststellen, dass dieser sich in seinen Äusserungen, Berichten und Anordnungen weniger als sein Stellvertreter denn als Beauftragter einer anderen Stelle, nämlich der Parteikanzlei, fühle. Oberdienstleiter Tießler habe unter anderem eine Anordnung erlassen, auf Grund deren sich mehrere Parteigenossen veranlasst gesehen hätten, sich nicht zum Dienst in der Stadt- und Landwacht zu melden. - Der Anlass, aus dem er zu Oberdienstleiter Tießler gekommen sei, liege in einem Schreiben des Reichsleiters Bormann vom 19.11.1944, in welchem dieser zu dem Erlass des Generalgouverneurs vom 13.10.1944 Stellung nehme und darauf hinweise, dass in diesem Erlass ganz allgemein von Stellungsbau die Rede sei, ohne den

besonderen Auftrag der Partei herauszustellen, weshalb die Ausgabe eines Ergänzungserlasses für notwendig gehalten werde.

Oberdienstleiter Tießler gibt in längeren Ausführungen die Gründe an, die ihn veranlasst haben, dem Reichsleiter Bormann über die Sachlage Bericht zu erstatten. Er habe lediglich bei der Kanzlei angefragt, wie der Befehl hinsichtlich der Durchführung der Ortssicherung auszulegen sei.

Der Herr Generalgouverneur stellt demgegenüber fest, dass Oberdienstleiter Tießler ihm in dieser Angelegenheit niemals direkt Bericht erstattet habe. Er, der Generalgouverneur, habe lediglich eines Tages einen Brief von Oberdienstleiter Tießler erhalten, des Inhalts, dass Reichsleiter Bormann diesen Auftrag erteilt habe, nachdem alle Vorverhandlungenbereits abgeschlossen gewesen seien. Er müsse sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Verfahren wenden, und halte es für völlig ausgeschlossen, dass sein Stellvertreter, ohne ihn, den Leiter des Arbeitsbereiches, in Kenntnis zu setzen, etwas unternehme, was letzten Endes gegen seine, des Generalgouverneurs, Verantwortung für diesen Raum verstosse. Eine solche Maßnahme sei mit der Position des Stellvertreters des Arbeitsbereiches völlig unvereinbar. Die beiden Funktionen des Oberdienstleiters Tießler als des Beauftragten des Reichsleiters Bormann und als des Stellvertreters des Leiters des Arbeitsbereiches müssten streng voneinander geschieden werden. Was Oberdienstleiter Tießler jetzt im Auftrage des Reichsleiters Bormann im Generalgouvernement tue, müsse sich im Rahmen der Methode halten, in der sich alle Beauftragten von obersten Reichs- und Parteidienststellen gerierten. Was Oberdienstleiter Tießler als stellvertretender Leiter des Arbeitsbereiches tue, habe er im engsten loyalsten Einvernehmen mit ihm als dem Leiter des Arbeitsbereiches durchzuführen; sonst müsste ja in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, dass ihm praktisch die Leitung

des Arbeitsbereiches entzogen sei. Wenn er, der Generalgouverneur, heute im Hause der NSDAP erschienen sei, so bedeute das die Wiederübernahme der Leitung des Arbeitsbereiches durch ihn, den Generalgouverneur, auch in tatsächlicher Beziehung.

Oberdienstleiter Tießler betont, dass er sich niemals als Instrument des Reichsleiters Bormann gegen den Generalgouverneur bezw. den Leiter des Arbeitsbereiches gefühlt habe, sondern stets aus eigenem Wollen und eigenen Bedürfnissen heraus handle. Auch in den Angelegenheiten, in denen der Leiter des Arbeitsbereiches mit ihm nicht zufrieden sei, habe er immer eine eigene Verantwortung übernommen. Er habe auch noch kürzlich einigen Vertretern des Staates gegenüber seiner Meinung dahingehend Ausdruck gegeben, dass die Einheit von Staat und Partei dokumentiert werden müsse.

Oberdienstleiter Tießler nimmt dann zu einem zweiten Fall Stellung, dem folgender Sachverhalt zu Grunde liegt : Er, Oberdienstleiter Tießler, habe dem Herrn Generalgouverneur auf der Burg gesagt, dass Parteirichter Brodmann offenbar einen Fehler gemacht habe, weil er nämlich behauptet hätte, dass sich ein Fernschreiben in den Privatakten des Oberdienstleiters Tießler befunden habe. In Wirklichkeit aber habe sich dieses Fernschreiben in den Privatakten des Parteigenossen Lindau befunden. Er, Oberdienstleiter Tießler, habe von diesem Fernschreiben erst durch den Generalgouverneur erfahren.

Weiter wird dann noch ein dritter Fall besprochen, in welchem es sich um einen Erlass handelt, der die Bildung einer Zentralstelle für alle Stellungsbau-Angelegenheiten zum Gegenstand hat. Auch hier sind Meinungsverschiedenheiten zwischen Dienststellen der Regierung und der Partei entstanden.

Im Anschluss an die eingehende Behandlung dieser drei Fälle trifft der Herr Generalgouverneur folgende

Feststellung: Alle diese Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten wären nicht eingetreten, wenn in ihm im Laufe der Zeit nicht der Eindruck hätte entstehen müssen, dass die Loyalität des Oberdienstleiters Tießler keine totale sei. Wenn Oberdienstleiter Tießler als sein, des Generalgouverneurs und Leiters des Arbeitsbereiches, Vertreter handle, dann müsse er auch im Sinne seiner Arbeit handeln. Im Übrigen liege ihm garnichts am Persönlichen; er denke garnicht daran, jemanden beleidigen zu wollen und sei gern bereit, Äusserungen, die er vielleicht einmal in einer gewissen Erregung gebraucht habe, zurückzunehmen und sich zu entschuldigen.

Der Herr Generalgouverneur stellt dann folgende Fragen an Oberdienstleiter Tießler: Sind das die Punkte? Ist das nun erledigt? Können wir von diesen Dingen abgehen? Werden Sie darüber nun einen Bericht geben, dass das bereinigt ist, dass wir uns ausgesprochen haben, dass Sie mit mir wieder den Kontakt halten? Oberdienstleiter Tießler bejaht diese Fragen und erklärt sich bereit, in diesem Sinne zu handeln.

Der Herr Generalgouverneur fährt dann fort: "Ich bin 25 Jahre beim Führer. Ich habe hier eine Aufgabe zu erfüllen, die nicht leicht ist; aber es wäre mir unmöglich, sie zu erfüllen, wenn ich nicht eins wäre mit den massgebenden Parteistellen. Ich habe am vergangenen Samstag eine Rede über das Verhältnis von Partei und Staat gehalten, in der ich sagte, dass die Wirksamkeit der Partei nicht von der Zahl der Menschen, sondern von der Intensität des Lebens abhängt. Wir können das Parteileben nur dann intensivieren, wenn wir im Rahmen der Aufgaben der Partei bleiben. Die Partei darf niemals zum Staat im Staate werden".

Der Herr Generalgouverneur richtet dann die Frage an Oberdienstleiter Tießler, ob er bei der Schulung von Verwaltungsbeamten gesagt habe: "Wir wollen einmal sehen, wer im Generalgouvernement führt".-

27.11.1944

Oberdienstleiter Tießler stellt entschieden in Abrede, jemals eine solche Äusserung getan zu haben. Für ihn gelte der Grundsatz, dass dem Staat gegeben werden müsse, was ihm gebühre, und der Partei, was ihr gebühre. Er beanspruche für die Partei nur die weltanschauliche und politische Ausrichtung der deutschen Menschen.

Der Herr Generalgouverneur gibt weiter seinem Befremden darüber Ausdruck, dass Oberdienstleiter Tießler in der letzten Zeit verschiedene Anordnungen erlassen, Artikel geschrieben habe, usw., ohne ihm den geringsten Einfluss darauf einzuräumen. Glaube Oberdienstleiter Tießler etwa, dass Staatssekretär Dr.Bühler solche Anordnungen durchführen werde?

Oberdienstleiter Tießler bemerkt demgegenüber, dass er Anordnungen grundsätzlicher Art regelmässig vorgelegt habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt darauf Oberdienstleiter Tießler von seinem Wunsch Kenntnis, die Arbeit der Partei im Generalgouvernement näher kennen zu lernen, und ersucht Oberdienstleiter Tießler, ihm sein Dienstzimmer für Besprechungen im Hause der NSDAP zur Verfügung zu stellen.

Oberdienstleiter Tießler erklärt sich damit einverstanden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Frage der Stadt- und Landwacht bezw. des Volkssturmes im Generalgouvernement Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seiner grundsätzlichen Auffassung dahin Ausdruck, dass Einberufungen zur Stadt- und Landwacht unbedingt Folge geleistet werden müsse. Wenn etwa von Parteidienststellen mit dem Argument gearbeitet werde, dass demnächst auch im Generalgouvernement ein Volkssturm errichtet werde, so verweise er darauf, dass die Stadt- und Landwacht

27.11.1944

auf einem Erlass beruhe, der bereits im August 1942 ergangen sei.

Der Herr Generalgouverneur macht weiter darauf aufmerksam, dass Staatssekretär Koppe ihm drei Parteigenossen gemeldet habe, die sich unter Berufung auf eine Anordnung des Oberdienstleiters Tießler geweigert hätten, in der Stadt- und Landwacht Dienst zu tun.

Oberdienstleiter Tießler erklärt hierzu, dass eine schriftliche Anordnung seinerseits in der gesamten Angelegenheit des Volkssturmes bislang nicht ergangen sei, er daher auf mündliche Fragen einzelnen politischen Leitern die Auskunft gegeben habe, dass die Stadt- und Landwacht nicht der Volkssturm sei, sondern dieser erst aufgebildet werden würde; aus diesem Grunde bestehe für sie keine Verpflichtung, sich zu der unter der Bezeichnung "Volkssturm" arbeitenden Organisation der Stadt- und Landwacht zu melden.

Auf Vorschlag des Herrn Generalgouverneurs wird dann folgende Regelung getroffen: Unabhängig von der Bildung des Volkssturmes wird Oberdienstleiter Tießler den betreffenden Parteigenossen Bescheid geben, dass sie sich nunmehr der Stadt- und Landwacht zur Verfügung stellen.

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine Besprechung der Frage der Stadt- und Landwacht bezw. des Volkssturmes für den 29.11.1944 im Hause der NSDAP an.

Die Kreisleiterfrage wird von dem Herrn Generalgouverneur für eine besondere Aussprachezurückgestellt.

Die auf Grund einer im Oktober stattgefundenen Besprechung zwischen Oberdienstleiter Tießler und den Parteigenossen Walkenhorst und Möckel vorgenommene Auflösung der Befehlsstelle der Reichsjugendführung im Generalgouvernement, der zufolge der bisherige Chef der Befehlsstelle, Hauptbannführer Schimmelpfeng, nur noch Leiter des Amtes für Jugend in der Regierung des

Generalgouvernements ist, wird vom Generalgouverneur, der bereits vor mehreren Wochen die Auflösung der Befehlsstelle gewünscht hat, gutgeheissen.

Im Einverständnis mit Oberdienstleiter Tießler stellt der Herr Generalgouverneur fest, dass nunmehr alle persönlichen Differenzen zwischen ihm und Oberdienstleiter Tießler beseitigt sind.

Nach Abschluss dieser Besprechung empfängt der Herr Generalgouverneur Oberbereichsleiter Kobusch, den Abschnittsleiter Lapp, den Bereichsleiter Jodeleit, den Distriktstandortführer Gouverneur Dr.von Burgsdorff, den Presseamtsleiter Pressechef Gassner, den Oberabschnittsleiter Straßmayr, den Organisationsleiter Präsident Ohlenbusch, die Frauenschaftsleiterin Fräulein Aldinger, den Schulungsleiter Oberbereichsleiter Hohlweger, den SA-Brigadeführer Künemund, den Abteilungsleiter Ministerialrat Albert.

In Besprechungen mit den einzelnen Amtsleitern stellt der Herr Generalgouverneur fest, dass die Spannungen, die durch Missverständnisse und Handlungen auf beiden Seiten entstanden seien, beseitigt seien und sowohl von seiner als auch von der Seite des Oberdienstleiters Tießler der unbedingte Wille zu einer loyalen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit bestehe.

Der Herr Generalgouverneur lässt sich von den Amtsleitern Berichte über ihre Tätigkeit erstatten und gibt ihnen Weisungen für ihre weitere Arbeit.

In der Besprechung mit SA-Brigadeführer Künemund wird auch der Wunsch der Obersten SA-Führung berührt, SA-Brigadeführer Künemund als Stabsführer für den Volkssturm einzusetzen. In diesem Zusammenhang weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, dass das für ihn selbstverständlich sei; denn durch die Erfüllung dieses Wunsches der Obersten SA-Führung werde das gute Verhältnis zur SA noch weiter gefestigt.

IV/9
8

27.11.1944

In den Besprechungen mit den einzelnen Amtsleitern des Arbeitsbereiches betont der Herr Generalgouverneur jeweils besonders, wie sehr er eine Intensivierung der Parteiarbeit wünsche und von jedem einzelnen einen restlosen Einsatz erwarte.

12^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zu Burg.

12^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{10} Besprechung mit Staatsekretär Dr.Boepple.

Staatssekretär Dr.Boepple meldet dem Herrn Generalgouverneur, dass er die Geschäfte wieder an Staatssekretär Dr.Bühler übergeben habe, und betont dabei, dass er den besten Eindruck von der Führung der Verwaltungsgeschäfte im Generalgouvernement gewonnen habe.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr.Boepple, mit Gauleiter Bracht die Frage zu besprechen, ob nicht eine Möglichkeit gegeben sei, Mannschaften aus Oberschlesien für die Besetzung der Stellungen im Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IV/9

Krakau

Dienstag, den 28.November 1944

$1^{0}0^{20}$ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

$1^{1}0^{10}$ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Hause der NSDAP.

$1^{1}1^{15}$ Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberdienstleiter Tießler, die Gouverneure Dr.Wächter und Dr.Wendler um Mitteilung darüber zu bitten, was mit den Parteiarchiven ihrer Distrikt-Standortführungen geschehen ist.

Weiter wird nochmals zur Frage des Volkssturmes Stellung genommen. Oberdienstleiter Tießler schlägt vor, den Volkssturm unter Führung des Generalgouverneurs aufzubauen und SA-Brigadeführer Künemund zum Stabsführer zu ernennen.

Der Herr Generalgouverneur will die Regelung dieser Frage der Besprechung am 29.11.44 vorbehalten wissen.

Im Anschluss an die Besprechung besichtigt der Herr Generalgouverneur die Kasinoräume des Hauses der NSDAP und rügt dabei den verwahrlosten Zustand des Hofes.

$1^{1}4^{0}$ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zu Burg.

$1^{1}4^{5}$ Der Herr Generalgouverneur besichtigt die Diensträume der Kanzlei.

$1^{5}1^{0}$ Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Staatssekretär Koppe.

$1^{6}0^{5}$ Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant der Flieger Seidemann in Gegenwart des Oberstleutnants von Dazur.

28.11.1944

Generalleutnant Seidemann ist kommandierender General des VIII.Fliegerkorps mit dem Sitz in Witkowice 3 km nördlich von Krakau.

Generalleutnant Seidemann ist dadurch bekannt geworden, dass er im Jahre 1930 für Deutschland den Europa-Flug gewonnen hat: 5 000 km Flug im Sportflugzeug durch alle Hauptstädte Europas. Im Kriege hat Generalleutnant Seidemann verschiedene Generalstabsstellen bekleidet und ist u.a. der letzte Chef des Generalstabes bei Generalfeldmarschall Kesselring gewesen. Kürzlich ist ihm das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen worden.

16[15] Besprechung mit Bankdirigent Präsident Dr.Paersch.

Präsident Dr.Paersch erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die gegenwärtige Währungslage im Generalgouvernement. Er weist dabei darauf hin, dass die Wehrmachtsanforderungen von 441 Millionen Zloty im Juli auf 226 Millionen Zloty im Oktober zurückgegangen seien und sich voraussichtlich im Monat November auf 200 Millionen Zloty belaufen würden. Dieser Rückgang sei wohl darauf zurückzuführen, dass mittlerweise bei der Wehrmacht besondere Abrechnungskassen eingerichtet worden seien und damit zusammenhängend eine Neuregelung der rechnerischen Durchführung der Besoldung eintrete.

Krakau

Mittwoch, den 29.November 1944

lo^{30} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Hause der NSDAP.

lo^{35} Der Herr Generalgouverneur lässt sich von Oberdienstleiter Tießler den Posteingang vorlegen.

lo^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, Staatssekretär Koppe und Oberdienstleiter Tießler.

Oberdienstleiter Tießler teilt zunächst mit, daß er gestern die Parteigenossen Clemens und Jaedicke vorgeladen und ihnen eröffnet habe, dass auch die Parteigenossen verpflichtet seien, an den Übungen der Stadt- und Landwacht teilzunehmen und Einberufungen zu solchen Übungen Folge zu leisten.

Dann wird zu dem Fall Wolters Stellung genommen.

Nach kurzer Besprechung dieses Falles, zu dem sich vor allem Staatssekretär Koppe äussert, umreisst der Herr Generalgouverneur seinen Standpunkt wie folgt : In der Zeit, als Wolters an der Übung habe teilnehmen sollen, habe die ernste Gefahr eines Durchbruches der Russen bestanden. Das von Wolters in diesem Zusammenhang an die zuständige Polizeistelle gerichtete Schreiben zeuge von einer völligen Verkennung der Sachlage. Deshalb treffe er folgende Feststellung: Dieser Fall Wolters müsse zum Anlass genommen werden, ganz allgemein klarzulegen, worum es im gegenwärtigen Zeitpunkt gehe. Er halte es deshalb für notwendig, dass von den zuständigen Stellen des Staates und der Partei gemeinsam eine allgemeine Befehlsordnung mit Strafandrohungen für den Alarmfall herausgegeben werde, in der klargelegt werde, unter welchen Voraussetzungen und von welchen Stellen Befehle erteilt werden können.

Staatssekretär Dr.Bühler bemerkt, dass eine solche Regelung bereits in Vorbereitung sei.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird eingehend zu der Frage der eventuellen Aufstellung eines Volks-

sturmes im Generalgouvernement Stellung genommen.

Oberdienstleiter Tießler hat den Antrag gestellt, dass der Volkssturm nunmehr auch im Generalgouvernement gebildet wird, und zwar unter Leitung des Generalgouverneurs als Leiters des Arbeitsbereiches, und dass ihm SA-Brigadeführer Künemund als Stabsführer beigegeben wird, weiter dass die Stadt- und Landwacht in dem Volkssturm aufgehen bezw. von ihm übernommen werden soll.

Staatssekretär Koppe hat an sich gegen die Aufstellung eines Volkssturmes im Generalgouvernement nichts einzuwenden, äussert aber starke Bedenken dagegen, dass die SA die Führung dieses Volkssturmes übernehmen könne, weil sie zu schwach sei, eine solche Aufgabe zu erfüllen. Bisher werde die Stadt- und Landwacht von lo- bis 11 ooo Männern der Polizei getragen, die ihr Wissen, ihr Können und ihre praktische Erfahrung in den Dienst der Sache stellten, und allein in der Lage seien, aus den Männern etwas zu machen. Auf eine diesbezügliche Frage habe auch Reichsführer SS Himmler geantwortet, daß die Führung ohne Zweifel nur bei dem Höheren SS-und Polizeiführer liegen könne.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, Generaloberst Harpe habe ihm bestätigt, dass er sich keine bessere Möglichkeit der Sicherung der Alarmeinheiten denken könne, als sie zurzeit stattfinde. Im übrigen halte er, der Generalgouverneur, es für richtig, zunächst die Stadt- und Landwacht weiter auszubauen, einen Volkssturm aber erst dann zu bilden, wenn man klarsehe, wie sich die allgemeine Situation entwickle. Weiter verweise er auf den Erlass des Reichsministers Lammers, nach welchem Anordnungen, Verfügungen und Gesetze des Reiches im Generalgouvernement nur Geltung hätten, wenn das in ihnen ausdrücklich gesagt sei. Da dieser Zusatz in der Verordnung über den Volkssturm nicht enthalten sei, gelte sie im Generalgouvernement nicht.

29.11.1944

Oberdienstleiter Tießler betont demgegenüber, ihm sei lediglich von ᛋᛋ-Obergruppenführer Berger bezw. der Reichsführung ᛋᛋ mitgeteilt worden, dass im Generalgouvernement ein Volkssturm aufgezogen werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur legt vor allem Wert darauf, dass die bestehende Organisation nicht zerschlagen werde. Solange der Volkssturm im Generalgouvernement nicht errichtet sei, müsse weiterhin in der Stadt- und Landwacht Dienst getan werden. Die Meinung des Obergruppenführers Berger könne für ihn nicht massgebend sein, da er als Generalgouverneur nur dem Führer unterstehe. Um aber allen diesen Missverständnissen aus dem Wege zu gehen, würde er sich mit der Bildung eines Volkssturmes abfinden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass bei seiner Organisation alles Notwendige berücksichtigt werde, damit dieser Volkssturm mit der gleichen Alarmsicherheit versehen werden könne wie bisher die Stadt- und Landwacht.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Staatssekretär Koppe folgende Richtlinien für die Besprechung, die am nächsten Freitag in Berlin mit der Reichsführung ᛋᛋ stattfinden soll :

1. Grundsätzlich gilt die Verordnung über die Bildung des Volkssturmes im Generalgouvernement nicht, da sie nicht den Zusatz enthält : "Gilt auch im Generalgouvernement".
2. Um der allgemeinen Optik willen erklärt sich der Herr Generalgouverneur bereit, die Stadt- und Landwacht in den Volkssturm überzuführen unter der Voraussetzung, dass das feste Gefüge und die Zuverlässigkeit der Stadt- und Landwacht in der bisherigen Form gesichert werden.
3. Der Herr Generalgouverneur schlägt vor, dem SA-Führer im Generalgouvernement die Schießausbildung wie im Reich zu übertragen.

29.11.1944

Im weiteren Verlauf der Besprechung kommt es dann zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Oberdienstleiter Tießler und Staatssekretär Koppe, in der dieser u.a. den Vorwurf erhebt, dass Oberdienstleiter Tießler versucht habe, die ᛋᛋ etwas zu gängeln. Er, Staatssekretär Koppe, habe Wichtigeres zu tun, als auf den Inhalt der Schreiben des Oberdienstleiters Tießler einzugehen.

Oberdienstleiter Tießler macht demgegenüber geltend, dass er zu verschiedenen Malen bei Staatssekretär Koppe in dieser Angelegenheit vorgesprochen habe, dieser aber nicht ein einziges Mal es für nötig befunden habe, sich mit ihm über die Dinge auszusprechen.

Der Herr Generalgouverneur will unter keinen Umständen den Eindruck entstehen lassen, dass die Partei gegen den Staat oder die ᛋᛋ und Polizei Front mache. Das würde aufs schärfste gegen die Kriegsnotwendigkeiten verstossen. Es gehe keineswegs an, dass Parteigenossen aufgefordert würden, nicht in der Stadt- und Landwacht Dienst zu tun. Wenn man wirklich in dieser Sache scharf durchgegriffen hätte, wäre es weder Oberdienstleiter Tießler noch irgend jemand anderem gelungen, die betreffenden Personen vor einem kriegsgerichtlichen Verfahren zu bewahren. Oberdienstleiter Tießler könne auch für solche Dinge nicht die Verantwortung übernehmen, denn sie seien nicht zu verantworten.

11[45] Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, Staatssekretär Koppe, Oberdienstleiter Tießler, Gouverneur Dr.von Burgsdorff, SA-Brigadeführer Künemund, Oberbereichsleiter Kobusch und Abschnittsleiter Lapp.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Aufstellung eines Volkssturmes im Generalgouvernement.

Oberdienstleiter Tießler legt den Standpunkt der Partei zu dieser Frage dar und führt aus: Nachdem der

29.11.1944

Führer die Anordnung herausgegeben habe und der Aufruf ergangen sei, seien er und mit ihm die politischen Leiter des Arbeitsbereiches wie die einzelnen Gliederungsführer der Auffassung gewesen, dass der Erlass über die Bildung des Volkssturmes auch für das Generalgouvernement gelten solle. Er habe sich persönlich bei der Parteikanzlei erkundigt und den Bescheid erhalten, dass der Erlass über die Bildung des Volkssturmes auch im Generalgouvernement Geltung habe. Er sei in seinem Eindruck dadurch bestärkt worden, dass ihm Durchschlag eines Fernschreibens des Staatssekretärs Koppe zur Kenntnis gebracht worden sei, ferner durch ein Schreiben des Obergruppenführers Berger vom 6.11.44, die beide von dem Standpunkt ausgegangen seien, dass ein Volkssturm im Generalgouvernement gebildet werden solle. Wenn er darum bitte, den Volkssturm im Generalgouvernement zu bilden, so verbinde er damit gleichzeitig den ihm von der Obersten SA-Führung nahegelegten Vorschlag, den SA-Brigadeführer Künemund zum Stabsführer des Leiters des Arbeitsbereiches in seiner Eigenschaft als Führers des Volkssturmes zu ernennen. In diesem Zusammenhang ergebe sich dann die Frage: Ist SA-Brigadeführer Künemund im Zusammenarbeiten mit den von der Partei zur Verfügung stehenden Kräften in der Lage, diese Aufgabe zu meistern?

Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst fest, dass Erlasse, Anordnungen und Verordnungen des Führers im Generalgouvernement nur Gültigkeit hätten, wenn sie den Zusatz enthielten:"Gilt auch im Generalgouvernement". Diese Übung sei auch bisher allgemein zur Anwendung gekommen. Weiter sei auch eine Schlussfolgerung vom Protektorat auf das Generalgouvernement staatsrechtlich nicht möglich. Gleichwohl wolle er grundsätzlich dahin tendieren, dass der Volkssturm auch im Generalgouvernement in Erscheinung trete, allerdings unter der Gewähr, dass das feste Gefüge der Stadt- und Land-

wacht, die sich nach einer Erklärung des Generalobersten Harpe aufs beste bewährt habe, nicht zerstört werde. Dieser Gesichtspunkt müsse bei der Besprechung, die am nächsten Freitag in Berlin stattfinde, und an der Staatssekretär Koppe und Oberdienstleiter Tießler teilnähmen, schärfstens betont werden.

Staatssekretär Koppe erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, dass die Stadt- und Landwacht in einen Volkssturm umgewandelt wird. Jedenfalls müsse aber die Stadt- und Landwacht bezw. der spätere Volkssturm von einer fest gefügten Organisation getragen werden. Dafür habe man bisher das starke tragende Fundament der Polizei in jeder Hinsicht herangezogen. Anders als im Altreich gebe es im Generalgouvernement Ortschaften, in denen sich überhaupt kein Deutscher befinde, höchstens vielleicht da oder dort ein Landwirtschaftsführer, Wirtschaftsführer, Treuhänder und dergleichen. Wer den Volkssturm führen wolle, müsse über Einrichtungen verfügen, die die Kristallisationspunkte für eine solche Institution abgeben. Die in Betracht kommenden Männer müssten im gegebenen Fall irgendwie alarmiert und gesammelt werden können. Die dafür notwendigen Mittel wie Nachrichtenapparate, Fernschreiber, Telefone usw. lägen allein in der Hand der Polizei und Gendarmerie. Man habe jetzt eine Anzahl von Gendarmerieposten, die verdoppelt würden, und das seien die Auffangstellen für die deutschen Menschen, die verstreut wohnten und sonst nicht erfasst werden könnten. Bezüglich der Ausbildung der Volkssturmmänner stehe man im ersten Treffen: Der Volkssturm werde in der A1- und A2-Linie eingesetzt. Die SA verfüge heute noch über 1.4oo oder 1.3oo Männer, zum grössten Teil Volksdeutsche und Volksstämmige. Die Deutschstämmigen könne man grundsätzlich nicht in den Volkssturm aufnehmen, da dies einem Befehl der Reichsführung SS zuwiderlaufen würde.

29.11.1944

Oberdienstleiter Tießler betont, dass auch er nur von sachlichen Momenten ausgehe. In dem Aufruf für die Bildung des Volksturmes wolle er auch ausdrücklich sagen, dass die Stadt- und Landwacht solange bestehen bleibe, bis die Aufgaben durch die Einheiten des deutschen Volkssturmes übernommen werden könnten.

SA-Brigadeführer Künemund nimmt in längeren Ausführungen zu der Frage Stellung, wie er sich die Aufstellung des Volkssturmes im Generalgouvernement denkt. Entsprechend dem Vorbild des Reiches beabsichtige er, alle bisher nicht erfassten Deutschen für den Volkssturm heranzuziehen und für die Aufgaben des Staates zur Verfügung zu stellen. Auf Anforderung des Staatssekretärs Koppe könnte er dann je nach dem 300, 500 oder 800 Männer zur Verfügung stellen. Diese Männer würden von der Partei herangezogen, auch, soweit möglich, ausgebildet, wofür die Hilfe der Wehrmacht und der Polizei zur Verfügung stehen müsste.

Der Herr Generalgouverneur will trotz allen mit der Aufstellung eines Volkssturmes verbunden Schwierigten das Ansehen der Partei und ihr Inerscheinungtreten unbedingt gefördert wissen. Gleichwohl wolle er an die Errichtung eines Volkssturmes erst dann herangehen, wenn er die Gewähr habe, dass das Neue an der bisher bewährten Struktur nichts ändere. Sein Wunsch sei es also, dass zwar das, was bisher im Generalgouvernement in Gestalt der Stadt- und Landwacht aufgebaut worden sei, zum Volkssturm werde, dass dieser Volkssturm genau wie im Reich unter die Führung der Partei zu stellen sei, dass aber die Umformung in den Volkssturm nicht zu Lasten der Sicherheitspotenzen des Generalgouvernements gehe. Deshalb habe er jetzt auch energisch darauf gedrungen, dass jede Verunklarung ausscheide und nicht etwa die Meinung aufkommen könne, kein Parteigenosse brauche zurzeit Dienst in der Stadt- und Landwacht zu tun. Sie stelle eine legale Einrichtung

dar, und jeder, der sich der Verpflichtung der Stadt- und Landwacht gegenüber entziehe, verfalle dem Kriegsrecht. Er erkenne in dieser Frage keine Prestigerücksichten an. Wenn es ihm möglich sei, die Organisation in Form eines parteiamtlich geführten Volkssturmes genau so sicherzustellen, wie in der jetzigen Form, dann ziehe er den Volkssturm vor. Aber diese Voraussetzung müsse unter allen Umständen gegeben sein.
Der jetzige Zustand sei jedenfalls der, dass die Stadt- und Landwacht unter Führung des Höheren ᛋᛋ- und Polizeiführers genau den Status erreicht habe, den die Wehrmacht nach der Erklärung des Generaloberſten Harpe für notwendig halte. Wenn eine Änderung einträte, würde er, der Generalgouverneur, persönlich den Befehl über den gesamten Volkssturm übernehmen und SA-Brigadeführer Künemund zu seinem Stabsführer ernennen. Im übrigen würde sich abernichts daran ändern, dass zur Verstärkung der Alarmeinheiten der Polizei auch die Hilfspolizei aufrechterhalten werde.

Abschliessend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Feststellung :

1. Bis die Neuregelung durchgeführt wird, und von dem Generalgouvernement nicht amtlich bestätigt ist, bleibt es bei der bisherigen Regelung.
2. Alle Teilnehmer der Besprechung werden verpflichtet, dafür zu sorgen, dass sie sich in ihren Bereichen hinsichtlich der zu treffenden Regelung durchsetzen.
3. Die Disziplin in der Stadt- und Landwacht muss unbedingt aufrechterhalten bleiben.
4. Die Aufstellung des Volkssturmes im Generalgouvernement wird für wünschenswert gehalten,aber in einer Form, die die gleiche Sicherheit gewährt wie bisher.
5. Staatssekretär Koppe und Oberdienstleiter Tießler werden am kommenden Freitag in Berlin an einer

IV/9
9

29.11.1944

Besprechung über die Frage der Aufstellung des Volkssturmes im Generalgouvernement teilnehmen und die in dieser Sitzung behandelten Gesichtspunkte zum Vortrag bringen.

12^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

15^{00} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lagebericht.

15^{20} Besprechung mit Dr.Meidinger und Hofrat Sauer.

In dieser Besprechung wird folgende Vereinbarung über die Beschäftigung des Fräulein Rohmfeld getroffen: Fräulein Rohmfeld steht Hofrat Sauer am Montag, Freitag und Samstag, dem Bevollmächtigten Dr.Dresler am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag jeder Woche zur Verfügung. An den Tagen, an denen sich der Herr Generalgouverneur in Wien aufhält, hat sich Fräulein Rohmfeld für den Herrn Generalgouverneur ständig bereit zu halten.

15^{35} Besprechung mit Oberst Fischer .

15^{40} Besprechung mit Notar Gutbrod und Sturmbannführer Pfaffenroth.

Der Herr Generalgouverneur gibt Weisung für die Benutzung seiner im Reich befindlichen Wagen.

15^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbaurat Hofer zur Verabschiedung.

16^{00} Besprechung mit Frauenschaftsleiterin Fräulein Aldinger.

Fräulein Aldinger berichtet dem Herrn Generalgouverneur von Besprechungen, die sie in Berlin mit der Reichsfrauenführung gehabt hat und glaubt aus dem Ergebnis dieser Besprechungen den Schluss ziehen zu

können, dass man ihre Aufgabe vielleicht im Reich nicht richtig sehe. Sie habe deshalb den Entschluss gefasst, der Reichsfrauenführerin mitzuteilen, dass sie eigentlich nicht gewillt sei, ihre Arbeit im Generalgouvernement noch weiter fortzusetzen. Vielleicht treffe die Reichsfrauenführerin weniger Schuld an dieser Verkennung der notwendigen Arbeit im Generalgouvernement als die Hauptabteilungsleiterin Vorwerk. Vielleicht verstehe man auch im Reich nicht, dass sie als Frauenschaftsleiterin im Generalgouvernement auf die fachliche Arbeit wie z.B. volkswirtschaftliche und hauswirtschaftliche Beratung nicht den Wert legen könne, wie es die Arbeit im Reich erfordere.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, an die Reichsfrauenführerin zu schreiben und auch im übrigen Fräulein Aldinger in jeder Weise zu helfen. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Fräulein Aldinger, die Reichsfrauenführerin nach Krakau einzuladen und ihr seine Grüsse zu übermitteln.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Fräulein Aldinger, dass sie angesichts des Ernstes der Situation alle weiblichen Personen im ärztlichen Hilfsdienst ausbilden lasse, was umso notwendiger sei, da man ja völlig auf die Selbsthilfe im Generalgouvernement angewiesen sei. Im übrigen habe sie auch einen neuen Organisationplan aufgestellt, der den örtlichen Gegebenheiten angepasst sei und bis zu einem gewissen Grade von demjenigen der Reichsfrauenführung abweiche. Sie habe z.B. eine Reihe von Planstellen für Aufgaben, die im Generalgouvernement nicht in Betracht kämen, während Planstellen für andere Aufgaben fehlten. Sie brauche vor allem hauptamtlich Führungskräfte und würde es daher begrüssen, wenn die Planstellen auch für andere Aufgaben zur Verfügung gestellt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, als Leiter des Arbeitsbereiches eine anderweitige Verwendung der Planstellen zuzulassen.

IV/9
11

29.11.1944

Einer Einladung der Frauenschaftsleiterin Fräulein Aldinger für eine Morgenfeier am 17.12.1944 will der Herr Generalgouverneur Folge leisten.

18^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr.Pfeiffer und bespricht mit ihm verschiedene geschäftliche Angelegenheiten.

Krakau

Donnerstag, den 30.November 1944.

11^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Haus der NSDAP.

11^{05} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler.

11^{15} Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Oberdienstleiter Tießler, Oberabschnittsleiter Lapp, Einsatzleiter Wolters und einen Gendarmeriehauptmann.

Im Rahmen dieser Besprechung vernimmt der Herr Generalgouverneur den Leiter des Einsatzstabes Wolters eingehend über sein Verhalten anläßlich seiner Einberufung zu einer Übung der Stadt- und Landwacht.

Nachdem Staatssekretär Koppe zu diesem Fall Stellung genommen und den Standpunkt der Polizei mit aller Entschiedenheit vertreten, auch auf die eventuellen kriegsrechtlichen Folgen eines solchen Verhaltens hingewiesen hat, richtet der Herr Generalgouverneur abschliessend folgende Frage an den Pg.Wolters: "Sind Sie bereit, um etwaige Folgen dieses Falles auch der Form nach zu beseitigen, sich an einer kommenden Alarm-Übung demonstrativ zu beteiligen?" - Pg.Wolters bejaht diese Frage.

Die Erklärung des Pg.Wolters wird zu Protokoll genommen. Damit erklärt der Herr Generalgouverneur die Angelegenheit für erledigt.

12^{25} Besprechung mit SA-Oberführer, Leutnant der Reserve Peltz.

SA-Oberführer Peltz berichtet dem Herrn Generalgouverneur, dass er zurzeit als NS-Führungsoffizier in Crössensee im Rahmen von Schulungslehrgängen für Offiziere eingesetzt sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SA-Oberführer Peltz, dass sich die Institution der NS-Führungsoffiziere nach den bisher gemachten

30.11.1944.

Erfahrungen aufs beste bewährt und direkt als kriegsentscheidend angesehen werden könne.

12^{40} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

12^{45} Rückfahrt zur Burg.

13^{10} Mittagessen.

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Dr.von Craushaar die Kreishauptmänner Dr.Zinser, Dr.Albrecht, Ulrich und den stellvertretenden Kreishauptmann Schöning.

21^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Kressendorf

Freitag, den 1.Dezember 1944.

15^{05} Besprechung mit Dr.Meidinger und Regierungsrat Dr.Jänsch.

19^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

Krakau

Samstag, den 2.Dezember 1944.

13^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

13^{55} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

14^{05} Besprechung mit Botschaftsrat Dr.Schumburg.

14^{50} Besprechung mit den Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen Professor Dr.Teitge.

15^{30} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Oberbereichsleiter Hundt (Partei-Kanzlei) und Oberabschnittsleiter Lapp.

Der Herr Generalgouverneur gibt Oberbereichsleiter Hundt einen Überblick über die gegenwärtige Lage im Generalgouvernement. Er geht dann auf die Parteiverhältnisse im Generalgouvernement ein und teilt Oberbereichsleiter Hundt mit, dass die Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihm und Oberdienstleiter Tießler bestanden, durch eine eingehende Aussprache restlos beseitigt worden seien. Wenn Oberdienstleiter Tießler auch Beauftragter des Reichsleiters Bormann sei, so müsse er doch von ihm in seiner Position als stellvertretender Leiter des Arbeitsbereiches bedingungslose Unterstellung verlangen.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann zu den Grundsätzen Stellung, die er in seiner Rede über "Partei und Staat" aufgestellt hat, und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Parteiverhältnisse im Reich mit denen des Generalgouvernements nicht zu vergleichen seien.

Oberbereichsleiter Hundt betont, er habe volles Verständnis dafür, dass die Partei im fremden Raum mit einer Minderheit, die sie zahlenmässig der Gesamtbevölkerung gegenüber nur darstellen könne, viel schwerere und tiefere Aufgaben zu erfüllen habe als im Reich. Wenn man sich den einzelnen Parteigenossen im

Generalgouvernement auch nur als Gefolgsmann des Führers vorstelle, dann brauche man hier Parteigenossen, die absolut zuverlässige Nationalsozialisten und fanatische Vorkämpfer der nationalsozialistischen Weltanschauung seien. Mit Kundgebungen allein könne man in einem fremden Raum nichts erreichen, sondern da bedürfe es der intensivsten Kleinarbeit an jedem einzelnen Parteigenossen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann entschieden gegen die Methode, dass ohne sein Wissen für ihn ungünstige Berichte an die Parteikanzlei gemacht würden. Wenn dieses Spiel weiter gehen solle, dann könne man nicht verlangen, dass er eine besondere Neigung habe, in all' diese Dinge hineinzusteigen, von denen er wisse, dass sie nur Waffen gegen ihn seien. Er nehme aber an, dass in dieser Beziehung nunmehr eine Änderung eintreten solle und so deute er auch den Besuch des Oberbereichsleiters Hundt. Wenn Oberdienstleiter Tießler sein Versprechen einhalte, ihm gegenüber Loyalität zu wahren, dann würde weder er noch die Partei im Generalgouvernement die geringsten Schwierigkeiten mehr haben. Er könne aber die Einheit des Deutschtums in diesem Raum nicht repräsentieren, wenn ihm ständig Opposition gemacht werde. Er begrüsse es, dass Oberbereichsleiter Hundt durch eigenen Augenschein sich davon habe überzeugen können, um wieviel schwieriger die Parteiarbeit angesichts der allgemeinen Lage im Generalgouvernement sei. Im Übrigen halte er nach wie vor an dem Standpunkt des Rechtes, dem er sogar sein Reichsleiteramt geopfert habe.

Krakau

Sonntag, den 3.Dezember 1944.

16^{00} Konzert des Cello-Virtuosen Professor Hölscher
im Türkenzelt der Burg.

Krakau

Montag, den 4.Dezember 1944.

11^{00} Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Oberbereichsleiter Bodo Stahr und Oberabschnittsleiter Lapp.

11^{30} Besprechung mit Ministerialrat Klein.

11^{50} Besprechung mit Oberstleutnant Roedenbeck.

Der Herr Generalgouverneur spricht Oberstleutnant Roedenbeck seine Glückwünsche zu dessen 60.Geburtstag aus.

Im weiteren Verlauf der Besprechung, in der Oberstleutnant Roedenbeck dem Herrn Generalgouverneur ein anschauliches Bild über die gegenwärtige Lage an den Fronten gibt, teilt der Herr Generalgouverneur mit, dass er sich nunmehr doch entschlossen habe, einen Volkssturm unter seiner Leitung zu bilden, die Alarmeinheiten der Stadt- und Landwacht in den Volkssturm zu überführen und SA-Brigadeführer Künemund zu seinem Stabsführer zu ernennen.

16^{00} Besprechung mit Hofrat Sauer.

16^{30} Besprechung mit Präsident Dr.Eichholz.

Krakau

Dienstag, den 5.Dezember 1944.

11^{20} Besprechung mit SA-Brigadeführer Künemund und Oberbereichsleiter Kobusch.

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Staatssekretär Koppe.

12^{45} Besprechung mit Sendeleiter Noglik und Intendant Fricke vom Reichssender Breslau.

Krakau

Mittwoch, den 6.Dezember 1944.

12^{30} Polizeihauptmann Zisenis erstattet den Lage-
bericht.

Krakau

Donnerstag, den 7.Dezember 1944.

Besuch des Reichsleiters Rosenberg bei dem Herrn Generalgouverneur.

11^{30} Reichsleiter Rosenberg hält vor Offizieren und Wehrmachtsangehörigen einen Vortrag.

17^{00} Besprechung mit Reichsleiter Rosenberg.

Freitag, den 8.Dezember 1944.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

Krakau

Samstag, den 9.Dezember 1944.

11^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den früheren Betriebsführer der Flugzeugmotorenwerke Reichshof Direktor Romstedt in Gegenwart des Oberbereichsleiters Stahr.

Direktor Romstedt schildert noch einmal die Vorgänge, die seinerzeit dazu geführt haben, dass Generalleutnant Schindler ihn durch den SD hat verhaften lassen.

12^{40} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Chefdirigent Swarowsky und Intendant Haslinde.

Intendant Haslinde berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die näheren Umstände, die zu seiner Ausscheidung aus seiner Tätigkeit als Intendant der Philharmonie des Generalgouvernements geführt haben. Als Chefdirigent Swarowsky am 1.September nach Krakau gekommen sei, habe er sämtliche geschäftlichen Angelegenheiten der Philharmonie selber erledigt und ihm keine Möglichkeit mehr für ein selbständiges Arbeiten gelassen. Chefdirigent Swarowsky habe offenbar den Ehrgeiz, sich auch um die kleinsten Dinge, wie etwa die Betreuung der Orchestermitglieder, persönlich zu bekümmern, Rechnungen zu kontrollieren usw. Chefdirigent Swarowsky habe ihm sogar nach seiner Rückkunft nach Krakau die Lebensmittelkarten entziehen wollen. Er habe immer gegen ihn, Intendanten Haslinde, Stimmung zu machen versucht.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, dass das Ausscheiden des Intendanten Haslinde schon im April dieses Jahres beschlossene Sache gewesen sei. Gewisse Umstände hätten die Notwendigkeit ergeben, dem Intendanten Haslinde seine Stellung zu kündigen. Er sei im Übrigen der Auffassung, dass unter der Leitung des Chefdirigenten Swarowsky eine ordnungsmässige Verwal-

tung der Philharmonie sehr wohl möglich sei.

Chefdirigent Swarowsky gibt seinem grossen Befremden darüber Ausdruck, dass Intendant Haslinde solche Vorwürfe gegen ihn richte. Er habe sich eben in seiner neuen Stellung für verpflichtet gehalten, die zentrale Leitung der Philharmonie zu übernehmen und alles nach Möglichkeit selber zu kontrollieren. Er brauche zwischen sich und seinem Rechnungsführer nicht noch eine weitere Kontrollinstanz. Es sei nie seine Absicht gewesen, dem Intendanten Haslinde irgend einen Vorwurf zu machen. Er habe ihm auch einen ehrenhaften Abschied geben wollen. Jedenfalls habe er sich nach Lage der Dinge für verpflichtet gehalten, die gesamte Leitung der Philharmonie im Rahmen der Hauptabteilung Propaganda zu übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet dem Intendanten Haslinde, dass die Entscheidung über seine Kündigung auf eine Weisung von ihm, dem Generalgouverneur, zurückgehe. Er habe damit eine Fülle von Klagen und Schwierigkeiten beseitigen wollen. Selbstverständlich solle aber die Verabschiedung des Intendanten Haslinde unter Umständen vor sich gehen, die in keiner Weise seiner Zukunft schadeten. Im übrigen sei ja Intendant Haslinde selber zu der Überzeugung gekommen, dass es für ihn das beste sei, die Kündigung anzunehmen. Sollten noch irgend welche Schwierigkeiten für ihn bestehen, so sei er jederzeit bereit, dem Intendanten Haslinde zu helfen.

Intendant Haslinde gibt die Erklärung ab, dass er sich mit dieser Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs abfinde.

Der Herr Generalgouverneur nimmt diese Erklärung zur Kenntnis und spricht gleichzeitig dem Intendanten Haslinde seinen aufrichtigen Dank und seine Anerkennung für die jahrelangen treuen Dienste aus.

9.12.44.

15[00] Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Oberbereichsleiter Kobusch, den Parteigenossen Schön und Masur.

Parteigenosse Schön berichtet zunächst von Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihm und dem Parteigenossen Masur bestanden haben. Bei diesen Meinungsverschiedenheiten habe es sich unter anderem darum gehandelt, daß für drei Kreise Kreisleiter eingesetzt werden sollten. Nach Mitteilung des Parteigenossen Masur solle dieses Gerücht von einer Frau Woltje stammen. Er selber habe das Gerücht nicht weiter verbreitet, habe aber dem Arbeitsbereich telefonisch davon Mitteilung gemacht, damit die Richtigkeit dieser Behauptung geprüft werden könne. Auch habe er Pg. Masur erklärt, daß dieses Gerücht falsch und nicht daran gedacht sei, eine Kreisleitung für den Pg. Masur einzurichten. Pg. Masur habe ihm gegenüber schon früher einmal geäußert, er habe das Empfinden, daß er beiseitegestellt würde und man auf seine Mitarbeit nicht mehr rechnen wolle. Darauf habe dem Pg. Masur erklärt, er könne ihm versichern, daß Oberdienstleiter Tießler ein gerecht denkender Mensch sei, der niemals einen alten und verdienten Parteigenossen in dieser Weise behandeln würde. Er habe auch dem Pg. Masur vorgehalten, daß er, Pg. Masur, und Pg. Schöneck sich als Männer, die in Radom zusammengearbeitet hätten, die Arbeit nicht gegenseitig erschweren sollten. Pg. Masur habe sich auch bereiterklärt, den Pg. Schöneck in jeder Weise zu unterstützen, wozu sich auch Pg. Schöneck gegenüber Pg.Masur bereiterklärte. Das Gespräch habe sich dann der Frage zugewendet, ob überhaupt daran gedacht sei, die Personalunion zu trennen. Er, Pg. Schön, habe der Auffassung Ausdruck gegeben, daß diese Frage sachlich und nüchtern, vollkommen getrennt von den Personen, nach den Grund-

sätzen behandelt werden müsse, die in der Bewegung immer als richtig anerkannt worden seien. Er habe dem Pg. Masur im einzelnen dargelegt, aus welchen Gründen, im Gesamtbild der Partei gesehen, eine Personaltrennung für wünschenswert gehalten werde, nämlich wegen der Gefahr, daß jemand, der ein Staatsamt besitzt, die Parteiarbeit als nebensächlich betrachten könnte. Er habe allerdings betont, daß man im Generalgouvernement die Frage noch nicht als gelöst betrachten dürfe. Jedenfalls dürfe sich Pg. Masur nicht von irgendwelchen persönlichen Vorstellungen leiten lassen. Man sei in der Spitze durch den Generalgouverneur vertreten, der das Vertrauen des Führers habe, zum anderen durch den Beauftragten des Reichsleiters Borman, die beide gemeinschaftlich eine Lösung ~~in~~ der Frage suchen müßten. Er habe den Pg. Masur seiner persönlichen Wertschätzung versichert, ihm auch erklärt, daß er persönlich, wenn er in ein anderes Amt geleitet würde, durchaus nicht den Eindruck haben würde, daß man seine Leistung minderbewertet. Pg. Masur habe im übrigen mit ihm in durchaus freundschaftlicher Weise verhandelt.

Generalgouverneur Dr.Frank: Parteigenosse Masur, was sagen Sie dazu?

Pg. Masur: Im wesentlichen ist es wohl so gewesen. Allerdings sind Ausdrücke gefallen, von denen ich sagen muß - -

Generalgouverneur Dr.Frank: Welche Ausdrücke?

Pg. Masur: - - daß der Generalgouverneur abtreten wird, daß er fallen gelassen worden ist; und zweitens ist auch in einem Zusammenhang der Ausdruck "Popanz" gefallen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich sei ein Popanz? - Was bedeutet das?

Pg. Masur: Ich stelle mir darunter vor, daß ein Mann da oben sitzt, der nichts zu sagen hat.

Generalgouverneur Dr. Frank: Was noch?

Pg. Masur: Das ist das wesentlichste, was mich dermaßen bedrückte - -

Generalgouverneur Dr. Frank: Wer hat das alles gehört?

Pg. Masur: Da war der Pg. Schöneck dabei.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie waren also zu dreien. - Das haben Sie Gouverneur Kundt gemeldet?

Pg. Masur: Jawohl.

Generalgouverneur Dr. Frank: Haben Sie mit sonst jemandem über diese Sache gesprochen?

Pg. Masur: Nein. Ganz zwischenzeitlich - -

Generalgouverneur Dr. Frank: Ist Alkohol getrunken worden?

Pg. Masur: Jawohl.

Generalgouverneur Dr. Frank: Pg. Schön, was sagen Sie dazu?

Pg. Schön: Ich muß es ganz entschieden ablehnen. Das ist einfach unmöglich. Das Wort "Popanz" ist für mich ein völlig neuer Begriff.

Generalgouverneur Dr. Frank: Haben Sie gesagt, daß ich vom Führer fallen gelassen worden bin?

Pg. Schön: Unmöglich!

Generalgouverneur Dr. Frank: Ob Sie es gesagt haben?

Pg. Schön: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich berufe mich auf den Zeugen Schöneck. Das ist ungeheuerlich.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich frage Sie: Haben Sie in Anwesenheit der Parteigenossen Masur und Schöneck von mir behauptet, daß ich hier nur sozusagen ein Popanz wäre?

Schön: Nein, nein, ausgeschlossen!

Generalgouverneur Dr. Frank: Haben Sie in Bezug auf meine Person gesagt: Der Generalgouverneur hat das Vertrauen des Führers sowieso verloren und wird demnächst fallen gelassen werden?

Pg. Masur: Das war ziemlich klar und deutlich. Ich habe es wohl bedacht und schriftlich niedergelegt.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wer hat das gesagt: Der Generalgouverneur ist sowieso schon beim Führer unten durch, er hat ihn restlos fallen lassen, es wird sowieso eine Änderung eintreten?

Pg. Schön: Ich muß das ganz entschieden bestreiten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Haben Sie es gesagt, Pg. Schön?

Pg. Schön: Nein. Ich berufe mich auf den Parteigenossen Schöneck.

Generalgouverneur Dr. Frank: Wollen Sie Ihr Ehrenwort geben?

Pg. Schön: Jawohl.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie geben Ihr Ehrenwort, daß Sie es nicht gesagt haben?

Pg. Schön: Jederzeit.

Generalgouverneur Dr. Frank: Sie geben zu Protokoll - -

9.12.44.

Pg. Schön: - - Ich gebe zu Protokoll mein Ehrenwort, daß ich solche Dinge nicht gesagt habe.

Generàlgouverneur Dr. Frank: Sie haben also nicht gesagt, daß ich ein Popanz sei und das Vertrauen des Führers nicht mehr habe?

Pg. Schön: Im Gegenteil, ich habe davon gesprochen, daß Sie das Vertrauen des Führers haben. Das ist doch parteiamtlich bekannt.

Pg. Masur: Herr Generalgouverneur, Sie wissen selbst, daß ich von Anfang an Treue gehalten habe. Es hat mich sehr erschüttert, als ich diese Worte vernommen habe. Es war leider Gottes schon so, daß man diese Dinge bereits unten bei der Bevölkerung bespricht. Ich habe jetzt wieder einen Fall erlebt; da hat sich auch ein Pg. angemaßt, irgendwie abfällige Äußerungen zu tun. Da haben sogar zwei Offiziere gesagt: Was ist da eigentlich los? Man kennt sich nicht aus. Meine Sekretärin sagte auch zu dem Pg. . . . . : Was wollen Sie? Solange offenbar der Generalgouverneur vom Führer geduldet ist, solange er nicht abgesetzt ist, können wir nicht reden. Es gab auch wiederholt noch andere Gespräche, die sich sonst noch entwickelten.

Generalgouverneur Dr. Frank: Nun, Pg. Schön, was sagen Sie dazu?

Pg. Schön: Ich möchte nur eine sehr interessante Tatsache zur Beurteilung des Erinnerungsvermögens des Pg. Masur anführen. Gerade die Behauptung von der Einrichtung der drei Kreisleitungen im Bezirk Radom wurde von Pg. Masur immer als Gerücht verbreitet. Fünf Tage darnach wurde der Kreisleiter Hofer als derjenige bezeichnet, der diese Dinge in die Welt gesetzt habe. Man ersieht daraus, daß das Erinnerungsvermögen des Pg. Masur wahrscheinlich irgendwie versagt.

Pg.Masur: Dem Gouverneur Kundt und dem Kreishauptmann Drießen sind die Gespräche, die Hofer geführt hat, ziemlich geläufig.

Generalgouverneur Dr.Frank: Ich kann nur sagen, dass ich die Sache weiter untersuchen werde. Es wird sich ja feststellen lassen, was dabei herauskommt. Ich bitte, dass der Pg.Schöneck dazu vernommen wird. Welche Stellung hat er?

Oberdienstleiter Tießler: Er ist Beauftragter der NSDAP in Radomsko.

Generalgouverneur Dr.Frank: Dem wird das Protokoll vorgehalten werden.

16^{00} Arbeitssitzung im kleinen Sitzungssaal des Kanzlei-Gebäudes.

Thema: Sicherheitsfragen.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr.Bühler
Staatssekretär Koppe
Generalleutnant der Polizei Höring
Präsident Dr.von Craushaar
Präsident Naumann
Gouverneur Dr.von Burgsdorff
ᛋᛋ-Oberführer Bierkamp
ᛋᛋ-Oberführer Thier
Ministerialrat Behr
Oberstleutnant Roedenbeck
Oberstleutnant Bennecke
Abteilungsleiter Platzer
Kreishauptmann Malzfey
Kreishauptmann Kalpers
Sonderführer Dahl

9.12.44.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur trifft zunächst Präsident Naumann für sein Arbeitsgebiet die Feststellung, daß sich von Norden nach Süden die Verhältnisse in den letzten Monaten grundsätzlich verschoben hätten. Während sich früher im Distrikt Warschau und auch in den nördlichen Teilen des Distrikts Radom größere Banden bemerkbar gemacht hätten, sei jetzt in diesem Gebiet wieder ein Arbeiten wie vor etwa drei Jahren möglich geworden, wahrscheinlich unter dem Einfluß der Ereignisse in Warschau. Dagegen sei nunmehr in den früher als friedlich bekannten Gebieten des Distrikts Krakau und in Kreisen des Distrikts Radom südlich Opatow, Kielce, Tschenstochau die Arbeit auf seinem Gebiet sehr schwierig geworden. Infolge zahlreicher Meldungen aus dem Distrikt Krakau und aus einigen Kreisen habe er sich deshalb veranlaßt gesehen, Staatssekretär Dr. Bühler um Anberaumung einer Sitzung zu bitten, damit den Männern, die draußen die Verantwortung trügen, ihre Wahrnehmungen vorzutragen die Möglichkeit gegeben und versucht werden könne, Verhältnisse herbeizuführen, wie sie sich etwa erfreulicherweise im Distrikt Warschau und in Teilen des Distrikts Radom herausgestellt hätten. Interessant seid z.B. die Feststellung, daß im Distrikt Warschau die an sich auch in diesem Jahre nicht einfache Kartoffelerfassung zu 100% habe durchgeführt werden können, während der Distrikt Krakau, der in anderen Jahren hervorragend erfaßt habe, in einer Reihe von wichtigsten Produkten weit hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurückstehe, ebenso wie Kreise des Distrikts Radom.

9.12.44.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Distriktsverwaltung eine Verantwortung für die Ernährung der Bevölkerung der Stadt Krakau nicht mehr übernehmen könne, wenn die bisherigen Unsicherheitsverhältnisse bestehen blieben. In dem letzten Bericht des Höheren SS- und Polizeiführers vom 4.November 1944 sei gesagt, daß ein Ansteigen der Überfälle und Sabotage-Akte im Distrikt Krakau zu verzeichnen sei, ebenso in der Gegend um Miechow und entlang der Reichsgrenze, ferner bei Neumarkt und Neu-Sandez. In einem Bericht des SS- und Polizeiführers im Distrikt Krakau sei ebenfalls gesagt, daß die Überfälle aller Art krimineller und politischer Banden außerordentlich zunähmen und daß die Bevölkerung mit größten Sorgen der einbrechenden Dunkelheit entgegensehe.

Kreishauptmann Kalpers - Miechow gibt darauf eine eingehende Schilderung der gegenwärtigen Lage in seinem Kreise.

Weiter berichtet Kreishauptmann Malzfey-Neumarkt über die Verhältnisse in seinem Kreise.

Die beiden Berichte werden durch Sonderführer Dahl ergänzt.

Staatssekretär Koppe nimmt eingehend zur Sicherheitsfrage Stellung. Er geht dabei aus von einem Überfall auf ein Butterlager in Krakau, bei dem etwa 3ooo Kg Butter gestohlen worden sind. Daß es zu diesem Überfall und der Beraubung des Lagers gekommen sei, sei in erster Linie dem unverantwortlichen Verhalten des Lagerhalters zuzuschreiben, der bereits um 18,3o Uhr das Lager verlassen und die Schlüssel der polnischen Sekretärin anvertraut habe. Er stehe grundsätzlich auf

dem Standpunkt, daß polizeilicherseits nicht ausschließlich defensive, sondern offensive Maßnahmen getroffen werden müßten, um endlich dieser verbrecherischen Elemente der A.K. Herr zu werden. Er halte es für geboten, daß nunmehr mit den allerschärfsten Mitteln gegen sie vorgegangen werde.

Die Sicherheitslage sei nicht so schlecht, wie die beiden Kreishauptmänner es dargestellt hätten. Tatsache sei, daß die Überfälle nach Zahl und Umfang nachgelassen hätten. Er wolle zugeben, daß der Kreis Neumarkt vielleicht bisher nicht genügend mit Polizeikräften ausgestattet gewesen sei, um dem Treiben der A.K. zu begegnen. Immerhin liege ein gutes Kampfbataillon in Limanowa, das ein Bandenunternehmen nach dem anderen durchführe. Auch solle noch ein Bataillon aus Warschau im Austausch dorthin gezogen werden. Man stehe jetzt im Brennpunkt des militärischen Geschehens und werde in nächster Zeit in diesen Brennpunkt hineingehen.

Es sei richtig, daß nach dem Aufstand in Warschau der südliche Teil dieses Distrikts und des Distrikts Radom einigermaßen befriedet gewesen sei. Man wisse aber auch, daß allgemein die Banden- und Widerstandsbewegung ein Faktor der sowjetrussischen Kriegsführung seien, den es niederzukämpfen gelte. Leider stellten sich aber die Banden nicht zum Kampfe. Es hänge nicht von der Zeit ab, in der ein Unternehmen vorbereitet werde. Seine Offiziere und SS-Führer seien lange Jahre hindurch im Bandenkampf erprobt; sie gingen auf Grund ihrer Erfahrungen nicht leichtfertig an ein solches Unternehmen heran. Es bedürfe aber eines gewisses Aufmarsches mit Panzerwagen usw. Komme man mit motorisierten Kolonnen, dann werde das Geräusch dieser Kolonnen von den Banden sofort gehört. Angesichts der Taktik der Banden

seien gegen sie eingeleitete Unternehmungen vielfach zum Scheitern verurteilt. Anregungen, die von anderer Seite kämen, wolle sich die Polizei-Führung gewiß nicht verschließen, sie brächten aber zumeist nicht viel Neues. Es hänge eben alles davon ab, welche Kräfte für solche Unternehmungen zur Verfügung ständen. Die Männer der Polizei kämpften Tag für Tag und Nacht für Nacht bis zur Erschöpfung. Aber die Banden wollten ja nicht kämpfen, sondern nur nach dem Prinzip des Meuchelmordes vorgehen, Sabotageakte verüben usw.

Gegenwärtig stelle man eine neue Organisation auf die Beine. Es sei ja bekannt, daß der Bau der A1- und A2-Stellungen erhebliche Kräfte der Polizei in Anspruch genommen habe. Man könnte die Frage aufwerfen, ob es zunächst nicht wichtiger gewesen wäre, die letzten Bollwerke vor den Toren des Reiches aufzurichten und dort Stellungen zu bauen, die wirklich allen Anforderungen genügten, um einen etwaigen russischen Ansturm gegen Oberschlesien und das Reichsgebiet abzuwehren. Nach Ansicht des Führers und des Generaloberesten Guderian habe aber der Stellungsbau im Generalgouvernement den Vorrang. Trotzdem habe er sich entschlossen, den größten Teil der polizeilichen Kräfte aus Galizien und Lublin nach und nach zur Verstärkung der Gendarmerieposten der Kreishauptmänner zur Verfügung zu stellen. Man komme so zu einem Stützpunktsystem, von dem er sich viel verspreche, da schon das Vorhandensein solcher Kräfte eine Wirkung ausübe. Angesichts der intensiveren Tätigkeit von Fallschirmtruppen sei man leider im Objektschutz von Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerken usw. etwas gehindert. Deshalb habe man auch mit der Wehrmacht Vereinbarungen getroffen über eine etwaige Unterstützung durch sie. Im übrigen habe er die Verantwortung nicht allein auf die Schultern der Kommandeure der Ordnungspolizei oder Gendarmerie gelegt, sondern auf jeden Posten- und Mannschaftsführer: Sie sollen ihm jetzt für alles verantwortlich sein, was in ihrem

Bereiche geschieht. Im übrigen müsse sich jeder deutsche Mensch im Generalgouvernement als verlängerten Arm der Sicherheitspolizei fühlen, er müsse wissen, wo der Gegner stehe, und sich überlegen, wie er der Polizei helfen könne.

Was die Ablieferung der Polen angehe, so sei in einem grundlegenden Erlaß des Generalgouverneurs vorgesehen, daß jeder Pole, der sich notorisch weigere, etwas abzugeben, exekutiert werde. Er werde seine ganze Polizeiapparatur einsetzen und mit ihr die Ablieferung so vollziehen, daß man mit ihr zufrieden sein könne.

Gegen die Banden werde er mit den schärfsten Mitteln vorgehen. Gewiß sei das Problem des Bandenkampfes außerordentlich schwierig und unerhört schwer zu lösen, weil sich die Banden kaum jemals zum Kampfe stellten. Für die Bekämpfung der Banden im Kreise Miechow habe er noch 23 Männer eines Sonderdienstlehrganges abgeordnet und sei bereit, noch andere Kräfte hinzuschicken, damit mit den Banden dort völlig aufgeräumt werden könne. Für die Bekämpfung der Banden im Kreise Neumarkt sei eine Abteilung Bahnschutz und außerdem ein SS-Sonderkommando, unterstützt durch Sicherheitspolizei, nach Jordanow gelegt worden. Dieses Vorgehen habe auch schon einen Erfolg gezeitigt: in den letzten Tagen seien die Sprengungen geringer geworden. Er lege Wert darauf, daß man sich nicht etwa auf passive Maßnahmen beschränke wie den Schutz des Bahngeländes, sondern überall, wo es nur möglich sei, angreife.

Die Kreishauptmänner, deren Sorgen und Klagen er gehört habe, dürften überzeugt sein, daß geschehen werde, was nur menschenmöglich sei, um der Banden Herr zu werden. Er bitte aber die Kreishauptmänner, sich

fl

mit ihrer ganzen Persönlichkeit einzuschalten und etwas zu unternehmen. Wenn jeder Deutsche in diesem Raum in Bezug auf Einsatz und Ausbau des V-Mannnetzes tatkräftig mitarbeitet, dann werde man die Lage in acht Wochen oder einem Vierteljahr unbedingt meistern.

Der Herr Generalgouverneur führt im Anschluß an die Darlegungen des Staatssekretärs Koppe aus, daß niemand daran zweifeln werde, daß die Polizei oder ihre Behörden im Einsatz gegen die Banditen alles nur irgendwie Mögliche unternähmen. Wenn Anlass vorhanden wäre, Vorwürfe gegen die Tätigkeit der Polizei zu erheben, dann wäre er der erste, der diese Vorwürfe erheben würde.

Staatssekretär Koppe sei aber nicht darauf eingegangen, daß absolut ein Versagen vorliege, nämlich ein Versagen,für das vielleicht niemand die Schuld trage, daß das Reich offensichtlich nicht imstande sei, die Polizeikräfte ins Land zu bringen, die notwendig seien. Staatssekretär Koppe habe einen erschütternden Bericht über die Art und Weise des Kampfes der Polizei gegen die Banditen gegeben. Dieser Bericht sei ein Zeichen für die Schwäche des Reiches. Wenn nur 32 oder 36 Mann als Verstärkung kämen, dann werde das schon als erhebliche Steigerung der Sicherheitssituation angesehen. Er müsse amtlich in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur feststellen, daß das Reich das Generalgouvernement nicht so habe bedienen können, wie das angesichts der Lage dieses Raumes notwendig gewesen wäre. Wenn er nur die Zahlen der Ordnungs- und Schutzpolizei im Generalgouvernement mit den Zahlen der in den Nachbargauen Schlesien, Oberschlesien usw. eingesetzten Polizeiregimenter vergleiche, so ständen diese Zahlen überhaupt in keinem Verhältnis.

Wenn die Sicherheit im Generalgouvernement so gering sei, so sei das auf die vollkommen unzureichende polizeiliche Versorgung dieses Raumes aus dem Reich zurückzuführen. In einem der entscheidendsten Augenblicke seien aus dem Generalgouvernement sozusagen über Nacht Polizeiregimenter herausgezogen und in keiner Weise für irgendwelchen Nachschub gesorgt worden. Es sei dann freilich kein Wunder, daß die Polizei im Lande Übermenschliches zu leisten habe, und alle maßgebenden Instanzen stimmten dem Staatssekretär Koppe darin bei, wenn er die Leistungen dieser Polizeikräfte unter diesen Umständen als wahrhaft übermenschlich ansehen. Es sei eines der Hauptmomente für die schlechte Sicherheitslage des Generalgouvernements, daß er, der nun als Generalgouverneur fünf Jahre in diesem Raum tätig sei, niemals habe erreichen können, daß wirklich genügende Polizeikräfte vom Reich ins Generalgouvernement entsendet worden seien. Das müsse einmal ganz deutlich gesagt werden.

Die Berichte, die die Kreishauptmänner allein aus dem Distrikt Krakau gegeben hätten, seien ein ganz deutlicher Beweis dafür, daß hier nicht von dem Unterlassen der Betreuung sicherheitsmäßiger oder sonstiger Faktoren allein ausgegangen werden könne. Es sei einfach nicht möglich, einen Kreis mit einer Fläche von 8oo oder 15oo oder 2ooo qkm, in welchem 2oo ooo oder 3oo ooo Polen wohnten, mit 36 Gendarmen sicherheitsmäßig zu betreuen, selbst wenn dazu noch 23 Sonderdienstmänner gegeben würden.

Nach dem, was er bis jetzt nach dem Verlaufe der Sitzung habe feststellen können, sehe er absolut schwarz, und von irgendeiner Hoffnung sei keine Spur vorhanden.

Man habe zwar gehört, daß der Wille vorhanden sei, die Dinge zu meistern, aber eine wirkliche Polizeisicherheit existentieller Art und die Mitteilung, wieviel Polizeiregimenter das Reich zur Verfügung gestellt habe und was sonst noch an Kräften hereinkomme, habe er nicht vernommen. Das sei der Kern der Dinge, den man angesichts des Ernstes der Lage nicht vergessen dürfe. Das Generalgouvernement habe absolut zu wenig Polizei. Das Reich behaupte, es könne nicht helfen. Um so wichtiger sei es, daß man zur Selbsthilfe greife. Wenn er heute angesichts der ernsten Berichte aus dem Lande feststellen müsse, daß die Autorität der Führung in weiten Bereichen geschwunden sei, so helfe selbstverständlich keinerlei Drohung. Der einzige Ausweg liege einfach in dem Versuch, die Stützpunkte im Lande neu aufzubauen und diese Stützpunkte mit den geringen Kräften möglichst wieder kampffähig zu machen. Der Umstand, daß er die heutige Sitzung für die ernsteste Sitzung ansehe, die er je abgehalten habe, sei ein deutliches Kennzeichen dafür, daß die Polen entschlossen seien, in ihrer Mehrzahl gegen die deutsche Führung anzugehen. Aus dem, was der Chef der Sicherheitspolizei gesagt habe, könne man nur die eine Versicherung entnehmen, daß das, was mit den eigenen Kräften möglich sei, geschehen werde. Er persönlich werde sich unmittelbar an Reichsminister Lammers wenden und ihm von dem Ergebnis der Sitzung Mitteilung machen; denn er müsse die Verantwortung für das Ausbleiben der Wehrmacht in diesem Raume ablehnen. Er könne von den wenigen Polizeimännern nicht mehr verlangen, als daß sie sich zu Hunderten totschießen ließen. Er werde sich auch in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungs-

kommissar dieses Raumes an die Wehrmacht mit der Bitte wenden, der deutschen Führung zu helfen, daß die Autorität im Interesse der kämpfenden Truppe in vollem Umfange aufrechterhalten werde. Wenn man die Totenliste der deutschen Männer aus Polizei- und Beamtenschaft einsehe, so werde man einen erschütternden Eindruck davon bekommen, was eigentlich die nichtmilitärischen Stellen unausgesetzt für die Sicherheit der rückwärtigen Front leisteten.

Generalleutnant Höring teilt die Verlustzahlen der Polizei aus den letzten vier Wochen mit: An deutschen Polizisten seien gefallen 31, an fremdvölkischen 13, zusammen 44; verwundet worden seien 78 deutsche und 19 fremdvölkische Polizisten, zusammen 97; ein Mann sei vermißt. Diese Verluste seien lediglich im Bandenkampf entstanden.

Oberstleutnant Roedenbeck teilt in diesem Zusammenhang mit, daß der Befehlshaber Süd für die rückwärtigen Gebiete nur über die Kräfte verfüge, deren es bedürfe, um die unbedingt wichtigsten Nachschubwege, Straßen und Eisenbahnen zu sichern. Gleichwohl sei man nicht in der Lage, mit diesen Kräften die Eisenbahn so zu schützen, daß überall Sabotageakte verhindert werden können. Immerhin habe sich die Lage durch eine neu befohlene Verdichtung der Sicherungsmaßnahmen auf der Hauptstrecke gebessert. Außerdem seien zwei Panzerzüge eingesetzt, die sich sehr günstig ausgewirkt hätten. Die Straßenbrücken im Gebiete der Beskiden und des Karpathenlandes könne man mit den zur Verfügung stehenden Kräften nicht genügend schützen. Die Heeresgruppe habe deshalb befohlen, daß

jeder Truppenteil auch mit einer gewissen Alarmeinheit heranzuziehen sei, wenn es irgendwo Not tue. Jeder Truppenteil im gesamten rückwärtigen Gebiet sei auch auf Grund besonderen Befehls verpflichtet, die Sicherheit mit zu gewährleisten. Die Alarmeinheiten seien bei jeder Formation sofort greifbar. Seines Wissens sei auch überall jeglicher Anforderung entsprochen worden. Eine Volksgrenadierdivision habe auch schon z.B. bei Kalvaria mit ihren eigenen Kräften in den Bandenkampf eingegriffen, und im Raume Istepnik sei seitdem eine gewisse Befriedung eingetreten. Alles das sei natürlich eine Kräftefrage: Wenn man das Land mit zahlreichen Truppenteilen überziehe und überall Garnisonen habe, dann sei der Spuk bald aus. Aber ein Turbatsch-Gebiet erfordere ~~xxxxx~~ mindestens ebensoviele Kräfte wie die Aktion im Bilgorajer Wald, für die man zunächst 18 ooo Mann mit Unterstützung der Heeresgruppe Model aufgeboten habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberstleutnant Roedenbeck, daß die Heeresgruppe auch hinsichtlich des Stützpunktsystems im Rahmen ihrer Kräfte geholfen habe. Man sei angesichts des fortgesetzten Personalausgleichs, der sich auch im Generalgouvernement vollzogen habe, in einer ständigen Bewegung. Für die rückwärtigen Kräfte sei naturgemäß die Kampfkraft der Truppe gemindert. Das zeige ein Fall, in welchem die Mannschaften einer Einheit lediglich auf Grund der Tatsache, daß eine Handgranate geworfen worden sei, sofort die Hände hoch gehoben hätten. Die Personallage der Wehrmacht habe sich leider im Laufe der letzten Jahre wesentlich verschoben.
Im Jahre 1939/4o habe die Wehrmacht noch Landesschützen- und Wachbataillone mit Mannschaften im Alter von

26 und 27 Jahren mit sehr guten Offizieren im Generalgouvernement gehabt. Heute betrage das Durchschnittsalter der Mannschaft 42 bis 43 Jahre, und sie bedürften selbstverständlich noch sehr dringend der Ausbildung, müßten sich körperlich und geistig auf ihr neues Aufgabengebiet umstellen. Dieser Prozeß erfordere naturgemäß eine gewisse Zeit. Allmählich fänden sich aber die Leute wieder damit zurecht und fühlten, daß sie körperlich doch noch brauchbar seien.- Die Heeresgruppe habe jetzt eine sehr starke Hinausverlegung aller möglichen Formationen aufs Land befohlen.

Sonderführer Dahl wirft die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, daß Truppenteile, die als geschlossenes Bataillon in einem Ort an der Hauptstraße lägen, etwas in die Breite auseinandergezogen würden. Die Ortschaften verfügten über sehr gute Unterbringungsmöglichkeiten.

Oberstleutnant Beñecke weist darauf hin, daß die einzige wirklich wirksame Unterstützung darin liege, daß größere Truppenteile in das Generalgouvernement hineinverlegt würden. Das sei aber zur Zeit nicht möglich, und zudem seien von den Sicherungsverbänden noch manche weggenommen worden. Alles, was sonst überhaupt noch an Sicherungsgruppen greifbar sei, sei teilweise an der Front eingesetzt. Natürlich bleibe die Möglichkeit, die Wehrmacht im Raume zu halten, dadurch bestehen, daß man die großen Städte möglichst leer mache und die Dienststellen usw. aufs weite Land verlege. So weit das möglich sei, geschehe es auch. Es habe aber seine Grenze darin, daß eine Anzahl von Stellen auf den Bezug von elektrischem Strom angewiesen und auch nachrichten- und verkehrsmäßig an größere

Städte gebunden sei. Auch Lazarette könnten nicht hinausverlegt werden, sondern seien an die größeren Städte wegen der Transportmöglichkeit gebunden.
Eine zweite Möglichkeit der Hilfe sei dadurch gegeben, daß die Wehrmacht mit allem, was an Truppen im Generalgouvernement liege, auf Anforderung der Polizei in Gestalt von Alarmeinheiten am Bandenkampf teilnehme. Das wäre seit längerer Zeit befohlen,und wenn hier Schwierigkeiten einträten, müsse es gemeldet werden. Das habe auch seine Grenzen darin, daß die Truppenteile und Stäbe vielfach nur noch die Mannschaften hätten, die sie zur Erledigung ihrer Arbeit brauchten. Weiter beständen diese rückwärtigen Truppenteile und Stäbe weitgehend aus sehr alten Leuten, die gerade im südlichen Generalgouvernement und dem dortigen bergigen Gelände für einen Einsatz nicht geeignet seien. Man könne auch nicht ohne weiteres Leute aus der Schreibstube herausziehen. Aber darüber hinaus seien in der letzten Zeit, soweit möglich, aus Reservebeständen Kompanien herausgezogen worden, um an einzelnen Stellen am Bandenkampf teilzunehmen. Das werde aber auch aufhören, da mit der Vollendung des russischen Aufmarsches diese Mannschaften zu ihren Verbänden zurückkehren müßten.

Die Möglichkeiten der Heeresgruppe beständen also:

1) In der Verlagerung von Truppenteilen und Dienststellen aufs platte Land in kleine Ortschaften,
2) in der Unterstützung der Polizei durch Alarmeinheiten auf Grund von Anforderungen der Polizeiführer.
3) Die Beteiligung von Ausbildungstruppenteilen und ihre weitere Verlagerung sei sehr begrenzt. Die Ausbildungstruppenteile behielten die Rekruten nur für kurze Zeit. Dort werde mit Tagen gerechnet.

Jede weitere Verteilung dieser Ausbildungsbataillone in Kompanien oder Zügen bringe auch einen Verlust in der Ausbildung mit sich. Deshalb könnten diese Formationen im Bandenkampf nur schwer eingesetzt werden.

Generalleutnant der Polizei Höring weist darauf hin, daß man mit dem energischen Einsatz von Polizeikräften im Bandenkampf manches erreicht habe. So seien sechs Großunternehmungen mit Unterstützung der Wehrmacht in einer durchschnittlichen Stärke von 3ooo Mann durchgeführt und dadurch systematisch eine Befriedung des Gebietes erreicht worden. Außerdem seien 2o mittlere und zahlreiche kleine Unternehmungen im Distrikt Radom durchgeführt worden. An Feindtoten seien dabei gezählt worden 35o, an Festgenommenen 253, an Gefangenen 1186. Dieser Erfolg sei in einem Monat erreicht worden. Bei diesen Unternehmungen sei eine große Menge von Waffen und Munition erbeutet worden. Insgesamt verfüge man jetzt im Generalgouvernement über eine Polizeitruppe von 113 Offizieren und 478o Unteroffizieren und Mannschaften, die allerdings zum größten Teil jetzt im Stellungsbau Verwendung finden müßten. Dazu komme der Einzeldienst in Krakau und Tarnow mit 345 Mann und die Gendarmerie. Infolge der Herausziehung der Gendarmeriekräfte aus dem Stellungsbau werde eine wesentliche Entspannung eintreten. Im Kreise Miechow werden zahlreiche Orte mit Gendarmerie belegt werden können. Was man bis zum 15.Januar schaffen könne, werde getan werden. Es werde davon abhängen, inwieweit Kräfte aus dem Stellungsbau herausgezogen werden könnten. Wenn man dann alles durchgeführt habe, werde man wieder das haben, was man früher als Stützpunktsystem bezeichnet habe.

9.12.44.

Der Herr Generalgouverneur stellt darnach fest, daß diese Pläne der Polizeiführung bis zum 15.Januar aufgestellt seien. Sollten sich irgendwelche Schwierigkeiten ergeben, so müsse ihm unverzüglich Meldung gemacht werden. Jedenfalls sei es für ihn von besonderer Bedeutung, daß er seinen Mitarbeitern irgendetwas Konkretes mit auf den Weg geben könne. Besonders erfreulich sei für ihn die Mitteilung, daß die Wehrmacht an eine Dislozierung ihrer Kräfte herangehen wolle. Eigentlich wäre es ja vielleicht überhaupt sinnvoll, die Sicherung des Landes und auch des Stellungsbaues der Wehrmacht anzuvertrauen. So aber sei es ein weiteres Opfer, daß das Land für dem Ausbau der Stellungen gebracht habe. Darüber wäre beinahe die gesamte Verwaltung in Unordnung geraten. Es könne nicht mehr lange so weitergehen gegenüber einem so den Deutschen als Todfeind gegenüberstehenden entschlossenen Gegner, wie diesen polnischen Aufständischen; nur ein starkes Deutsches Reich werde eine entgegenkommende Polenpolitik treiben können.

SS-Oberführer Bierkamp betont, daß die Frage der Sicherheit in Krakau auch ihn stark beschäftigt habe. Es genüge nicht, die aus Warschau geflüchteten Polen aus Krakau herauszubringen, sondern diese Warschauer müßten auch aus anderen Gebieten entfernt werden, besonders die in einem gewissen Alter stehenden Arbeitsfähigen, weil sie das Reservoir für die Widerstandsbewegung seien. Hinzu komme, daß die Polen in Krakau durch die Warschauer beeinflußt würden und für die Widerstandsbewegung aktiver geworden seien.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff stellt zusammenfassend fest, daß es niemandem von seinen Mitarbeitern einfallen würde, Kritik an der Polizei zu üben. Wenn Staatssekretär Koppe behauptet habe, daß im ganzen gesehen die Bandenlage besser geworden wäre, so möge das auf Grund seiner Liste stimmen, obwohl das den ihm gewordenen Berichten nicht entspreche. Tatsächlich habe sich die Bandenlage absolut verschlechtert, und er halte es für seine Pflicht, besonders darauf hinzuweisen, daß sich im Distrikt Krakau die Bandenlage dauernd verschärfe. Wenn einmal der Fall eintreten sollte, daß es in Krakau zu Ernährungsschwierigkeiten komme, dann sehe er sehr schwarz.

Staatssekretär Koppe betont, daß die Sicherheitslage für das ganze Generalgouvernement tatsächlich besser geworden sei.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt demgegenüber, daß es sich in den heutigen Verhandlungen nur um den Distrikt Krakau handle. Und für diesen Distrikt müsse wohl zugegeben werden, daß die Sicherheitslage wesentlich schlechter geworden sei.

Staatssekretär Koppe weist darauf hin, daß, wenn die Polizei irgendwie zu scharf durchgreift, sich entweder die Präsidenten der Hauptabteilungen oder die Gouverneure dagegen wendeten und ein solches Vorgehen nicht für richtig hielten. Wenn man z.B. ein Dorf vorfinde, in welchem sich 2o-3o Banditen aufhielten, und wenn das ganze Dorf den Banden Vorschub leiste und nun die Polizei reinen Tisch machen wolle, dann

heiße es von allen Seiten: Wie könnt Ihr ein ganzes Dorf niederbrennen, - die Ernährung und Verwaltung, unser Ansehen usw. werden dadurch tangiert. Man dürfe überzeugt sein, daß die Polizei, wenn sie absolut freie Hand hätte, mit den schärfsten Mitteln vorgehen würde. Gegen die polnische Widerstandsbewegung könne man sich nur durchsetzen, wenn man nicht nur möglichst viele ihrer Angehörigen erschieße, sondern darüber hinaus die Sippenhaftung einführe, wenn man wirklich rücksichtslos vorgehe und in Krakau jeden Tag 5o Polen auf der Straße erschieße, die zu 6o% irgendeiner verbrecherischen Tat überführt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen diese Auffassung und ist der Meinung, daß gerade das Gegenteil eintreten würde. Er stelle amtlich fest, daß diese Meinung des Staatssekretärs Koppe vollkommen unhaltbar sei. Er habe im Gegenteil festgestellt, daß eine vernunftvolle Behandlung des wirklich friedlich gesinnten Teiles der polnischen Bevölkerung die einzige wirklich dauernde Waffe gegen die A.K. sei. Alle revolutionären und gegnerischen Umtriebe bekämen Nahrung aus der Ungerechtigkeiten gegenüber der friedliebenden Bevölkerung. Wenn man wüßte, daß von den 1oMillionen Menschen des Generalgouvernements 1oo% Angehörige der A.K. wären und man jeden niederschießen würde nur deshalb, weil er Pole sei, dann wäre das sehr einfach. Das Problem liege aber darin, daß man seit Jahr und Tag auf die Mitarbeit des friedliebenden Teiles der Bevölkerung angewiesen sei, daß diejenigen erschossen werden sollten, die sich nicht zum Kampfe stellten, und daß es sich bei denjenigen, die man erwische, meist um solche handle, die aus irgendeinem Grunde nicht dabei gewesen

seien. Maßnahmen wie die Niederbrennung eines ganzen Dorfes, in welchem absolut 2o% der Bewohner nicht schuldig seien, gäben wieder einenneuen Anlass zu einer hasserfüllten Stimmung gegen Deutschland. Im Namen des Deutschen Reiches, dessen Repräsentant er in diesem Raume sei, müsse er daran festhalten, dass es absolut notwendig sei, dem gutwilligen Teil der Bevölkerung den gebührenden Schutz angedeihen zu lassen. Die Prozedur der Gewährleistung der Sicherheit in diesem Raume sei mit das Schwierigste, was es gebe. Man habe es mit allen Methoden der Schärfe und auch im Verhandlungswege versucht, aber das treffe nicht den Kern der Sache. Entscheidend seien vielmehr zwei Umstände: Wenn das Deutsche Reich in der nächsten Zeit sein Prestige wiedergewinne, sehe die politische Situation augenblicklich anders aus. Denn jetzt glaube der Pole nicht mehr an den deutschen Sieg und meine, die Deutschen hätten den Krieg verloren. Der zweite Umstand sei der, dass ein starkes Deutschland in diesem Raume selbstverständlich auch in Erscheinung treten müsse. Wenn ganze Teile von Distrikten aber nicht mehr militärisch besetzt seien, wenn ein Kreishauptmann nicht mehr in Ortschaften seines Kreises reisen könne, woher solle denn der Eindruck kommen, dass die Bevölkerung zum Gehorsam verpflichtet wäre gegenüber einem Regime, das nicht mehr in Erscheinung trete? Man müsse die Dinge leidenschaftslos, klar und nüchtern ansehen. Im Generalgouvernement bedürfte man mindestens der dreifachen Zahl von Polizeimannschaften, um irgend etwas zu erreichen. Zu dem Aufstand in Warschau wäre es gewiss nicht gekommen, wenn man mit den nötigen Polizeimassen hätte auftreten können. Wenn er von der gün-

stigen Seite der Polenpolitik rede, dann wisse er genau, auf welchen Sektor alles das anwendbar sei. Er sei damit nur der Sprecher vor dem europäischen Forum, um hier irgend etwas aufzurichten. Er sei also nicht der Meinung, dass, wenn man 5o Polen einfach erschiesse, das zur Besserung der Lage beitragen würde. Viel wesentlicher sei es, dass man dem einigermassen von der deutschen Führung benötigten Teil der Bevölkerung die Sicherheit gebe, dass die Autorität des Reiches in diesem Raum gerecht in die Tat umgesetzt werden könne. Wenn die deutsche Führung nicht mehr in Erscheinung trete, was solle der Pole vom Reich denken, wenn er monatelang keinen Polizisten, keinen Beamten sehe?

Staatssekretär Koppe will mit seinen Ausführungen nicht gesagt haben, dass man alle Polen erschiesen solle. Wenn sich aber in einem Dorf 2 oder 3 Wochen eine Bande halte, dann müsse man doch wohl annehmen, dass alle Bewohner dieses Dorfes Begünstiger der Bande seien.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet das als einen Trugschluss. Die Bevölkerung werde durch die Bande terrorisiert und könne sich nicht gegen sie wehren. Es habe aber wenig Zweck, über diese Dinge zu streiten; hier könne man nur ganz sachlich vorgehen. Das Bestreben müsse jetzt dahingehen, die Stützpunkte wieder aufzubauen. Ferner müsse die Wehrmacht ein System der Verlegung von Truppenteilen aufs platte Land finden. Das könne man dann vielleicht mit dem Stützpunktsystem kombinieren. Er halte es allerdings für ungewiss, ob man alle diese Pläne bis zum 15.Januar durchführen könne.

Staatssekretär Koppe betont, dass die Vorbereitungen bereits im Gange seien. Sich heute noch an das Reich zu wenden, habe keinen Wert. Man sei deshalb im Begriff, 2 Bataillone neu aufzubauen. Für das Bataillon

in Radom werde man noch einige Rekruten erhalten. Man verfüge dann immerhin über lo ooo Mann.

Der Herr Generalgouverneur hält diese Zahl im Vergleich zu Oberschlesien und dem Wartheland für viel zu gering. In Oberschlesien seien 6 Polizei-Regimenter stationiert. Vor dem Aufstand in Warschau seien dort 2oo Polizisten gewesen. Das Reich halte offenbar die Sicherheitslage im Generalgouvernement für garnicht so schlimm.

Der Herr Generalgouverneur schliesst die Sitzung mit folgenden Worten: Die heutige Sitzung war dazu bestimmt, Klarheit darüber zu bringen, dass ich für mich und meine Herren die Verantwortung in der Entwicklung ablehnen muss, wenn die Sicherheitslage keine Besserung erfährt. Ich denke garnicht daran, mich irgendwie und irgendwo deshalb angreifen zu lassen, weil wir angeblich nicht das Notwendige getan hätten. Wir kennen die Lage und wissen, dass in einem grossen Teil des Raumes überhaupt keine Autorität mehr in Erscheinung tritt. Deshalb kann ich nur meine warnende Stimme erheben. Der gegenwärtige Zustand ist auf die Dauer unmöglich. Ich werde mich deshalb an alle zuständigen Reichsstellen auf Grund des Ergebnisses der heutigen Sitzung wenden. An der Polizei liegt es nicht. Niemand hat auch nur daran gedacht, die Bemühungen der Polizei in Zweifel zu ziehen. Es liegt einfach an der Tatsache, dass eine Minderzahl von Polizeimannschaften einem verbrecherischen Haufen gegenübersteht. Ich danke aber allen Teilnehmern der heutigen Sitzung. Sie beleuchtet den ganzen Ernst der Lage. Ich glaube, dass die Herren mit dem Bewusstsein die Sitzung verlassen können, dass wir entschlossen sind, alles irgendwie Mögliche zu tun, ich, der Staatssekretär für das Sicherheitswesen, alle meine Mitarbeiter und auch die Herren der Wehrmacht. Vielleicht wird es zweckmässig sein, wenn die Herren in der nächsten Woche wieder zusammen-

kommen, um auch von der Wehrmacht konkrete Angaben über die Truppenverlegungen zu erhalten.

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater. Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements mit Gesangssolisten und einem polnischen Chor. Zur Aufführung gelangt das Musikdrama von Gluck "Orpheus und Eurydice".

21^{00} Abendessen.

IV/9

Krakau

Sonntag, den 1o.Dezember 1944

13^{oo} Mittagessen.

15^{1o} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/9

Kressendorf

Montag, den 11.Dezember 1944

und

Dienstag, den 12.Dezember 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Mittwoch, den 13.Dezember 1944.

14^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{00} Besprechung mit Schulungsleiter Holweger.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, ob und unter welchen Umständen die Zeitschrift "Der Ostruf" weiter erscheinen soll.

Der Herr Generalgouverneur hält es für zweckmässig, das Erscheinen des "Ostruf" zunächst einmal einzustellen und das für ihn zur Verfügung stehende Papier für die Drucklegung von Einzelschriften oder Vorträgen unter Benutzung von Bildmaterial zu verwenden, und beauftragt Schulungsleiter Holweger, ihm in dieser Beziehung geeignete Vorschläge zu machen.

16^{15} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr.Hammerle.

Dr.Hammerle erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über den Einsatz von Angehörigen des Sonderdienstes an der Westfront.

16^{30} Besprechung mit Bankdirigent Dr.Paersch.

Präsident Dr.Paersch trägt dem Herrn Generalgouverneur vor, dass sich bei der Emissionsbank die Frage ergeben habe, inwieweit sie für ihre in Warschau verbrannten Noten Ersatz gewähren solle. § 15 der Verordnung über die Emissionsbank verpflichte diese, für beschädigte Noten nur dann Ersatz zu leisten, wenn der Inhaber einen Teil der Note vorlege, der grösser sei als die Hälfte, oder den Nachweis führe, dass der Rest der Note, von welcher er nur die Hälfte oder einen geringen Teil vorlege, vernichtet worden sei. Diese Vorschrift verlange daher stets die Vorlage eines Teiles jeder Note. In Abweichung hiervon sei erstmalig eine Anpassung an die Kriegsverhältnisse zugestanden worden. Die Einlösung der von gefallenen Wehrmachts-

angehörigen vorgefundenen blutgetränkten oder aus sonstigen Gründen nicht mehr versandfähigen Noten erfolge ausnahmslos ohne Vorlage der Note lediglich auf Grund eines Zeugnisses der betreffenden Wehrmachtdienststelle über die Vernichtung. Dieses Entgegenkommen habe gewährt werden können, weil im Reich die Deutsche Reichsbank hierzu gleichfalls bereit sei. Nunmehr ergebe sich aber zunächst noch für das Generalgouvernement gesondert das Problem Warschau. Als erster Antrag liege ein Schreiben des Polnischen Kriegsinvaliden-Verbandes vor, in welchem er bitte, ihm für verbrannte Noten im Betrage von Zloty 71.o8o.-- Ersatz zu leisten. Der Antrag werde von der Hauptabteilung Arbeit befürwortet. Weitere Anträge, insbesondere auch von Kreditinstituten, seien unterwegs.

Präsident Dr.Paersch bittet den Herrn Generalgouverneur, Anträgen dieser Art nachkommen zu dürfen, sofern

1. ihre Berücksichtigung gesamtwirtschaftlich im Interesse des Generalgouvernements liegt
2. die Noten-Vernichtung glaubhaft gemacht wird.

Er schlage vor, vorstehende Ausnahmen zunächst auf den Betrag von insgesamt Zloty lo.ooo.ooo.-- und zeitlich auf die Geschäftsjahre 1944/45 zu beschränken.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt die Vorschläge des Präsidenten Dr.Paersch.

13.12.1944

17^{00} Der Herr Generalgouverneur vernimmt in Gegenwart des Oberdienstleiters Tießler und des Oberbereichleiters Kobusch den Parteigenossen Schöneck. (Schöneck, Josef, Reichsbahninspektor, Leiter eines Einsatzstabes, Mitgliedsnummer 2 o29 393).

Generalgouverneur Dr.Frank : Pg. Schön soll am Donnerstag, den 23.11.1944, in der Wohnung des Pg.Schöneck in Radomsko in Ihrer Anwesenheit einige Bemerkungen gemacht haben. Wie lange hat das Zusammensein gedauert ?

Pg. Schöneck : Bis 12 Uhr.

Generalgouverneur Dr.Frank : Was habt Ihr getrunken ?

Pg. Schöneck : Schnaps, nicht übermässig.

Generalgouverneur Dr.Frank : Was hat sich da abgespielt ?

Pg. Schöneck : Es wurde mit Pg. Mazur über die Einrichtung einer Kreisleitung gesprochen. Aus dieser Unterredung entwickelten sich dann verschiedene andere Dinge, und man kam auch auf die Partei zu sprechen. Pg. Schön sagte, dass Pg. Mazur Gerüchte über die Besetzung der neuen Kreisleitung in Umlauf gesetzt habe. Pg. Mazur sei offenbar falsch unterrichtet worden. Darauf sagte Pg. Schön, dieses Gerücht laufe schon seit 2 Jahren um. In einer sehr feinen und kameradschaftlichen Art hielt dann Pg. Schön dem Pg. Mazur vor, dass die Beauftragten für den Stellungsbau nichts mehr mit der parteipolitischen Führung zu tun hätten. Das hat Pg. Mazur nachher auch eingesehen. Am Samstag hat mir dann Oberdienstleiter Tießler gesagt, ich sollte mich am Dienstag, den 12.12.1944, vormittags ½ 11 Uhr, beim Herrn Generalgouverneur melden. Er sagte mir, es handle sich um das Gespräch, das zwischen Pg. Schön und Pg. Mazur geführt worden und dessen Zeuge ich gewesen sei. Ich solle ganz unbefangen über die Sache sprechen als objektiver Zeuge.

Generalgouverneur Dr.Frank : Haben Sie nach-dem Pg. Schön gesprochen ?

Pg. Schöneck : Nein .

Generalgouverneur Dr.Frank : Haben Sie mit sonst jemanden gesprochen ?

Pg. Schöneck : Nein .

Generalgouverneur Dr.Frank : Nun, Ihre Aussage wäre ja sehr günstig, wenn sie nicht zu lückenhaft wäre. Es wäre doch sehr gut, wenn Sie Ihr Gedächtnis ein bischen zu Hilfe nähmen.

Pg. Schöneck : Ich weiss genau, was ich sage, und das muss ich auch verantworten können. Ich müsste lügen, wenn ich etwas anderes sagen wollte.

Generalgouverneur Dr.Frank : Ist mein Name überhaupt nicht erwähnt worden ?

Pg. Schöneck : Ihr Name ist überhaupt nicht gefallen. Es ist vielmehr rein sachlich von der Personalunion gesprochen worden in der Art, wie sich Nationalsozialisten über solche Dinge unterhalten. Pg. Schön hat ausdrücklich gesagt, das habe mit Pg. Mazur überhaupt nichts zu tun. Ihr Name ist nur in einer Sache gefallen, nämlich im Zusammenhang mit Ihrem Votrag über "Partei und Staat". Da hat wohl Pg. Schön angenommen, dass eine Aussprache vorgesehen wäre, und da hätte er sich, wie er sagte, zu Worte gemeldet. Das ist der einzige Punkt, in welchem Ihr Name, Herr Generalgouverneur, gefallen ist.

Generalgouverneur Dr.Frank : Können Sie das so genau sagen ? - Was Sie jetzt sagen, ist mehr oder weniger als ehrenwörtliche Erklärung anzusehen.

Pg. Schöneck : Wenn ich irgendwie subjektiv eingestellt wäre, ----

Generalgouverneur Dr.Frank : Ihre persönliche Einstellung ist mir vollkommen gleichgültig, mir geht es um

die Sache. In diesem Punkt weicht Ihre Aussage ganz ungewöhnlich von derjenigen des Pg.Schön ab. Es liegt hier ein Widerspruch vor; denn Pg.Schön selber gibt zu, einige Äusserungen getan zu haben. Vielleicht überlegen Sie sich das einmal etwas.

Pg. Schöneck: Irgendwelche sonstigen Äusserungen?

Generalgouverneur Dr.Frank: Vom Vertrauen des Führers ist überhaupt nicht geredet worden?

Pg. Schöneck: In meinem Beisein nicht. Ich habe es nicht gehört.

Generalgouverneur Dr.Frank: Haben Sie das Wort "Popanz" gehört?

Pg. Schöneck: Nein.

Generalgouverneur Dr.Frank: In irgend einem Zusammenhang?

Pg. Schöneck: Nein, bestimmt nicht.

Generalgouverneur Dr.Frank: Ist das Wort überhaupt nicht gefallen?

Pg. Schöneck: In meinem Beisein nicht.

Generalgouverneur Dr.Frank: Sie waren doch im wesentlichen dabei.

Pg. Schöneck: Das kann ich heute nicht mehr sagen. Ich weiss nicht, wie oft ich hinausgegangen bin. Ich kann es auf mein Ehrenwort nehmen, ja ich kann es beeiden, dass in meinem Beisein eine Bezeichnung wie "Popanz" nicht gefallen ist.

Generalgouverneur Dr.Frank: Ist Ihnen gegenüber einmal von dem Posten eines Kreisleiters gesprochen worden? Hat Ihnen irgend jemand etwas versprochen?

Pg. Schöneck: Nein.

Generalgouverneur Dr.Frank: Haben Sie den Pg.Schön seit voriger Woche nicht mehr gesprochen?

Pg. Schöneck: Nein, ich bin nicht mit ihm zusammengekommen.

Generalgouverneur Dr.Frank : Sind Sie direkt nur von Pg. Tießler angesprochen worden ? Was haben Sie gemacht, seit Sie in Krakau sind ?

Pg. Schöneck : Ich bin nur vorübergehend hier gewesen und bin dann wieder weggefahren.

Generalgouverneur Dr.Frank : Sind Sie am Tage nach der Geschichte nochmals mit Pg. Mazur zusammengekommen ?

Pg. Schöneck : Nein.

Generalgouverneur Dr.Frank: Nach dem Zusammensein mit Schön und Mazur ?

Pg. Schöneck : Nach dem Zusammensein bin ich mit ihm wohl einmal zusammen gewesen.

Generalgouverneur Dr.Frank : Haben Sie ihm irgend etwas wegen der Sache gesagt ?

Pg. Schöneck : Er hat mich wohl angerufen,und da habe ich gesagt, warum das gewesen wäre.

Generalgouverneur Dr.Frank : Ist da das Wort "Popanz" gefallen ?

Pg. Schöneck : Nein .

Generalgouverneur Dr.Frank : Das ist in Ihrem Beisein nicht gefallen ?

Pg. Schöneck : Ich kann es nicht sagen .

Generalgouverneur Dr.Frank : Ist vom Vertrauen des Führers und überhaupt von meiner Person nicht gesprochen worden ?

Pg. Schöneck : Nicht in diesem Zusammenhang.

Generalgouverneur Dr.Frank : Sonst hätten Sie weiter nichts zu der Sache zu sagen ?

Pg. Schöneck : Nein. Ich betone nochmals, dass sich die Parteigenossen Schön und Mazur in durchaus kameradschaftlicher Art unterhalten haben, und dass Pg.Schön

mit Mazur in sehr feiner und kameradschaftlicher Form gesprochen hat.

Oberdienstleiter Tießler: Ich darf vielleicht mitteilen, dass am Freitag der Parteigenosse Mazur zusammen mit dem Pg.Kobusch bei mir im Zimmer war. Pg.Kobusch unterrichtete mich davon, dass Pg.Mazur wieder nach Hause fahren wolle. Er habe schnell ein Protokoll aufgenommen, Pg.Mazur habe mich sprechen wollen. Pg.Mazur kam also zusammen mit Pg.Kobusch zu mir und sagte: Die Sache täte ihm eigentlich leid. Er erklärte am Schluss des Gespräches, ich solle ihm Weisung geben, wie er sich zu verhalten hätte. Ich musste das natürlich ablehnen, weil es ja eine Zeugenbeeinflussung gewesen wäre. Ich sagte ihm also, ich müsse es ablehnen, ihm irgendwelche Verhaltungsmassregeln zu geben. Er sagte darauf, er müsse doch wissen, wie er sich zu verhalten habe. Am Schlusse erklärte er noch, er wolle sich erbieten, die Sache auf sich zu nehmen und zu erklären, dass das, was er gesagt habe, nicht den Tatsachen entspreche und er es daher zurücknehmen wolle.

Generalgouverneur Dr.Frank: Ich habe meine eigene Auffassung von den Dingen. Oberdienstleiter Tießler, Sie werden es in den nächsten Tagen hören.

Krakau

Donnerstag, den 14.Dezember 1944.

10^{40} Im kleinen Sitzungssaal des Kanzlei-Gebäudes hält Oberstleutnant Bennecke vor dem Herrn Generalgouverneur, den Staatssekretären und Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernements einen kurzen Vortrag über die gegenwärtige militärische Lage an den Fronten.

10^{50} Regierungssitzung im Regierungssaal der Kanzlei des Generalgouverneurs.

(Protokoll siehe Beiakten.)

Krakau

Sonntag, den 17.Dezember 1944.

10^{00} Im Rahmen einer Morgenfeier der Frauenschaft im Staatstheater ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu einer Ansprache, in der er zunächst zur allgemeinen Kriegslage Stellung nimmt. Er fährt dann fort:

Es ist daher für uns hier an diesem nunmehr zu ganz grosser Bedeutung aufgestiegenen zentralen vorgeschobenen Punkt des Ostens unseres Vaterlandes eine besonders weihevolle Stunde, da wir dieser Entwicklung gedenken. Was in den letzten Wochen und Monaten vom deutschen Volke, von den deutschen Männern und Frauen an der Front und in der Heimat, in allen Bereichen der Dienstleistungen von Wehrmacht, Partei und Staat, in allen Fabriken und Anlagen Tag und Nacht gehämmert und geleistet, gekämpft, verteidigt, gesorgt, gehegt und aufgebaut, erzeugt und geschaffen wurde, das ist würdig des Loses, das der Herrgott über uns verhängt hat, uns allein als einziges einsames Volk in der Weltgeschichte mit diesem grauenvollen Schicksal auszuzeichnen und sich so bewähren zu dürfen, dass, wenn wir diese Bewährung bestanden haben, wir als das absolut und unbestreitbar grösste Volk, das die Welt je gesehen hat, diesen Krieg verlassen werden.

Ein Ungeheures war es, was in diesem Jahre 1944 über unser Volk hereinzubranden drohte. Das Jahr neigt sich nun, man möchte sagen,endlich seinem Ende zu. Es war das furchtbarste Jahr, das wir je erlebt haben. Erinnern Sie sich daran, wie plötzlich auf der Scheitelhöhe dieses Jahres nun im Osten die grauenhafte Maschinerie der bolschewistischen Zerstörung sich, man möchte fast sagen, hemmungslos von Minsk aus in Bewegung setzte, wie wir hier in Krakau und im Generalgouvernement insgesamt diesen furchtbaren Gegner über unsere Grenzen hereinfluten sahen, der vor sich her eine Maschinerie wälzte, gegen die es keinen Widerstand zu geben schien. In wenigen Tagen verloren wir hier ganze Distrikte. Es gehörte die gesamte geballte Wucht

und Energie aller deutschen Männer und Frauen dieses Raumes dazu, um in diesem Augenblick die Nerven zu behalten. Wir mussten von heute auf morgen die gesamten Massnahmen auf das Bergen, das Retten, das Bewahren des Aufgebauten einstellen. Wir mussten binnen kurzem dafür sorgen, dass dem weiteren Vordringen der Bolschewisten in unseren Raum durch einen ehernen, in sich geschlossenen Ostwall, durch ein Stellungssystem von unvorstellbarer Grösse, Stärke und hintereinander gelagerter Dichtigkeit ein Ende bereitet wurde. In den letzten Monaten ist es gelungen, in treuem Zusammenwirken aller Wehrmachtsteile mit den staatlichen, polizeilichen und parteilichen Dienststellen dieses Stellungssystem aufzubauen, und zwar so, dass es, wie wir in Krakau sahen, sicherlich gelingen wird, auch nur den Versuch, in unserer Richtung weiter nach Westen zu kommen, für den Bolschewiken zu Schanden zu machen.

In Ungarn hatte sich die Lage bedrohlich entwickelt; aber auch hier ist durch das Eintreffen deutscher Kräfte und Divisionen im letzten Augenblick die schwere Katastrophe abgewendet worden. In Frankreich kam das Unglück gehäuft: Die für uneinnehmbar gehaltenen Stellungen am Atlantik wurden durchstossen, das ganze grosse Gebiet Frankreichs ging in wenigen Wochen verloren, und es schien nur noch an einem Haar zu hängen, ob diese gesamte Wucht der Feinde in weiterem Vorwärtsstürmen über die Vogesen durch die Burgundische Pforte bei Aachen über das Ruhrgebiet mitten ins Herz Deutschlands vorstossen könnte. Aber es geschah das kaum glaubhafte Wunder, dass es den Rückzugsmassen unseres Wehrmachtsbereiches gelang, wieder eine Front herzustellen und diese Front binnen kurzem mit Menschen und Material so zu verstärken, dass sie, im wesentlichen gestützt auf das in genialer Voraussicht von Adolf Hitler im Jahre 1936 und den folgenden Jahren gebaute Westwallsystem, diesen Vormarsch der Feinde aufzuhalten vermochte.

17.12.1944

Im Norden ist nichts weiteres geschehen: Dort sind die Winterstellungen an der am geeignetsten erscheinenden Stelle von Norwegen bezogen worden. Im Süden ist trotz schwerster Kämpfe seit Monaten kaum irgend eine nennenswerte Veränderung eingetreten.

So ist denn dieser Rundblick über die Kriegslage tatsächlich eine Bestätigung dafür, dass dieser Angriff auf Deutschland abgeschlagen ist.

Ihr deutschen Frauen und Mädchen, auch Euer Anteil an diesem Werk ist in vollem Umfange festzustellen. Denn ganz anders als in früheren Kriegen oder in früheren Abläufen historisch gewaltiger Auseinandersetzungen zwischen Völkern und Kontinenten ist heute die Frau mitten hinein in den Dienst des Krieges gestellt. Wenn früher durch die Jahrhunderte hindurch der Krieg als Handwerk des Mannes bezeichnet wurde und der friedliche Dienst in Haus und Hof und Heimat als im wesentlichen der Frau anheimgestellt galt, so ist das heute völlig anders geworden. In allen Völkern, nicht nur bei uns, hat die Frau an der Seite des Mannes ihre Kriegsposition bezogen und sie vollinhaltlich auszufüllen gelernt. Es gibt heute keinen Beruf mehr, der nicht auch von der Frau übernommen werden kann und übernommen wurde, sodass das eigentliche und engste Gebiet der ausschliesslichen Mannestat praktisch nur noch der äusserste vorderste Punkt des frontalen Kriegsgeschehens ist. Aber bis unmittelbar an die Front, bestimmt jedoch mitten hinein in die Auswirkung der Front hat die Frau ihre Stellung bezogen. Es ist dieses grossartige Heer, das aus der Not kommend, vielleicht für den Augenblick des Krieges gedacht, doch eine gewaltige Umformung des Ansehens der Frau mit sich gebracht hat.

Es war ein Zeichen bürgerlicher Dekadenz gewesen, dass man die Frau immer mehr in den schiefen Blick einer eng begrenzten Zone zurückzudrängen versuchte. Es ist für

alle Kulturen der Welt typisch, dass die Frau in der Frühzeit das gesunde sich völkisch Aufrichtende einer Rasse, dass sie eine wahrhaft hohe Würde in der Gemeinschaft besitzt, dass sie dann aber im Laufe der Entwicklung von Jahrhunderten immer mehr abzusinken beginnt und in den typischen Dekadenzzeiten aller kulturellen Entwicklung schwer um ihr Ansehen in der Gemeinschaft zu kämpfen hat. In Europa war es ein Kennzeichen der typisch westlichen Dekadenz gewesen, dass diese frauliche Würdelosigkeit geradezu zum Prototyp weiblichen Verhaltens innerhalb der Gemeinschaft gemacht wurde. Die Juden waren hier die Anführer in einem das Ansehen der Frau vergiftenden Kriegszug, und sie wussten, warum sie das taten. In der Zerstörung des Ansehens von Frau und Mutter wollten sie die Völker in ihrem Kern treffen. Dies war das schwerste Geschoss der jüdischen Rasse gegen Europa, gegen Germanien und gegen Deutschland.

Wenn Sie damit nun das heutige Bild fraulichen Wirkens in der Gemeinschaft unseres Volkes in dem toddrohenden Ringen um die letzte Höhe unserer Nation vergleichen: Welch' glorreicher Aufstieg fraulichen Ansehens!

Für uns, die wir hier mit wenigen Männern vor wenigen Jahren begannen, eine neue Ordnung aufzubauen, ist es ohnedies eine Selbstverständlichkeit, immer wieder anzuerkennen, welche Bedeutung dem fraulichen Wirken innerhalb dieser dienstlichen Gemeinschaft unseres Ostens zukommt. Die Frauen helfen nicht nur dazu, diesen Dienst überhaupt durchzuhalten; denn mit den Erschwernissen des Krieges treten sie immer mehr an die Stelle der Männer. Sie erfüllen nicht nur die rein dienstlichen Funktionen an Stelle des mit der Waffe Dienst tuenden Mannes, sie haben auch jenes Heimatempfinden in diesen Raum mit hineingetragen. Es war für mich einer der schwersten Schritte, als ich im Laufe dieses Jahres den Befehl geben musste, dass die deutschen

17.12.1944

Frauen und Kinder diesen Raum wieder verlassen sollten. Es war das Schwerste, was ich im Laufe dieser Jahre verfügen musste, weil uns damit jenes Stück deutscher Heimat wieder verliess, das wir in so beglückenden Formen des Erlebens im Laufe der letzten Jahre hier haben aufblühen sehen. Diese deutschen Frauen und Kinder haben uns geholfen, aus Krakau allmählich eine deutsche Stadt erstehen zu lassen. Nun ist es wieder kahl und einsam geworden, seit uns die Frauen und Kinder verlassen haben, und damit ist zweifellos auch ein Lebensrückgang in Krakau und im Generalgouvernement eingetreten. Meine erste grosse Sehnsucht ist, dass bei glücklicher Weiterentwicklung des Krieges ich hoffentlich bald wieder instand gesetzt werde, den Frauen und Kindern, die an den Toren dort im Westen warten, die Heimkehr nach Krakau und ins Generalgouvernement zu ermöglichen. Aus hunderten von Briefen kann ich immer wieder die Sehnsucht der deutschen Frauen lesen, in ihre vertrauten Wohnungen nach Krakau zurückzukehren und dort mit Mann und Kind wieder das deutsche Leben fortzusetzen.

Was wir hier aber an ernster Tat vereint halten, das seid Ihr, die Ihr Euch heute hier versammelt habt, um in einer Feierstunde gemeinsam Eures Werkes zu gedenken. Die Mädchen und Frauen, die noch im Generalgouvernement sind, sind um des Dienstes willen hier. Sie tragen Seite an Seite mit dem Mann ihre schwere Pflicht. Auch für sie gilt wie für alle in diesem Kriege, dass wir uns über den Weg klar sind, den wir nun weiter zu gehen haben. Nachdem Deutschland unter Führung Adolf Hitlers in diesen ihm aufgezwungenen Krieg eintreten musste, haben wir nunmehr die ganze Wucht der feindlichen Gegenschläge zu spüren bekommen, sodass uns der Weg klar vorgezeichnet ist: Es ist der Weg der harten Entschlossenheit, treu und einig in Gehorsam und absoluter Hingabe an das Vaterland gegen alles Widerstand

zu leisten, was so oder so gegen Deutschland anmarschiert. Der Widerstand ist unser Weg, und an diesem Widerstand wird sich der Angriff der Welt zerschmettern.

Zu diesem Widerstand in jeder Form seid Ihr nun auch dienstlich gehorsam, treu und tapfer angetreten. Ihr Frauen und Mädchen, Ihr habt Euren wohlversehenen Platz innerhalb dieser Gemeinschaft bezogen. Dieser Weg des Widerstandes hat ein Ziel, das auch Euer Ziel ist: Die Freiheit unseres Volkes, seine Lebensart, seine Kultur, seine staatliche und weltanschauliche Grösse und Lebensform aus Eigenem bestimmen zu können. Diese Freiheit als das Ziel muss auch Euch vor Augen flammen. Es ist kein Zweifel, dass unsere Gegner in den letzten Monaten ein Deutschland kennen gelernt haben, mit dem sie nicht gerechnet hätten. Alles in allem waren sie doch im September und Oktober dieses Jahres der Überzeugung, dass sie wieder einen November 1918 erleben würden. Es ist klar und unverblümt in allen Zeitungen der Feinde zu lesen gewesen, dass sie den Einmarsch in Berlin in den kommenden Wochen erwarteten. Statt dessen sind sie zu Hunderttausenden im Abwehrfeuer unserer Front liegen geblieben.

Wie einmal dieser Krieg auch in Zukunft bezeichnet werden möge: Es ist der grösste selbstmörderische Vorgang, den Europa je erlebt hat. Und diejenigen, die die Verantwortung dafür tragen, die Herren Churchill und Konsorten in London, werden vor der Geschichte nicht bestehen können. Wir aber führen einen heiligen Krieg um die Freiheit unseres Vaterlandes. Und dass die deutsche Frau sagen kann, sie habe diesen Krieg mitgekämpft, das ist das stolzeste Ehrenzeichen.

Wenn man heute durch eine zerstörte deutsche Stadt geht, dann sieht man unsere deutschen Frauen, wie sie in ihren bescheidenen Gewandungen mit ihren Paketen, Taschen und Koffern durch die zerstörten Strassen eilen,

wie sie unter Aufgebot ihrer gesamten zähen Energie versuchen, für ihre Familie die Nahrung herbeizuschaffen, wie sie unter den entsetzlichsten Bedingungen, in kalten Behausungen notdürftig untergebracht, nach dem Verlust ihrer ganzen Habe an Kleidern, Wäsche, Ausstattung, Möbeln, Betten usw. bestrebt sind, das Leben ihrer Kinder zu sichern und zu bergen. Wenn man dieses Bild in die Seele nimmt und sich millionenfach vervielfältigt immer wieder ins Bewusstsein ruft, dann weiss man, was der deutschen Frau Opfergang in diesem Krieg bedeutet. Wenn wir uns daran erinnern, wie diese Frauen nach den Bombardements aus den Kellern steigen, wie sie häufig ihre toten Kinder neben sich bergen mussten, wie sie zu alle-dem die Männer und Söhne an der Front haben, und wie sie, ganz allein auf sich gestellt, in der Volksgemeinschaft es trotzdem wagen, den Feinden Widerstand zu leisten, wie sie sich in Treue und Gehorsam und Demut gegen die Not aufbäumen, dann spürt man, was der deutschen Frau Opfergang in diesem Krieg ist.

Glauben Sie mir, es wäre gut, wenn die Kriegführung nur den Männern anvertraut wäre. Es würde viel Gutes in der Welt bewahrt worden sein, wenn dieser Krieg etwas menschlicher hätte geführt werden können. Aber Europa ist in alle Ewigkeit hinein ob dieses Terrors gegen Frauen und Kinder beschimpft. Wir brauchen unseren Kopf nicht mehr hoch zu tragen, wir, die hochgerühmten Europäer, ob dieser Greuel, die in unseren Städten gegen Frauen und Kinder aus der Luft verübt werden. Die Amerikaner sind es, die dieses Schwere in unser Land gebracht haben, die Engländer, die Russen, sie alle marschieren gegen die Ehre auch der deutschen Frau, und sie sagen es auch mit zynischer Offenheit. Um so mehr haben wir Männer dieses deutschen Volkes Anlass, dieses Opferganges der Frauen zu gedenken und unser auch dieses Opferganges bewußt

zu bleiben. Manchmal überkommt einem dann vielleicht die Sehnsucht nach den schönen Zeiten des Friedens. Und wenn sich nur da oder dort irgendwo eine Öffnung zeigt, die so aussieht, als ob dieser Krieg enden würde - selbstverständlich gut für uns -,dann spürt man in sich, dass die Sehnsucht nach dem Frieden und seinen Gütern eine gewaltige Kraft im Herzen bewahrt hält. Und da ist es dann gut, wenn man die Frauen im Kriegswerk sieht und sich sagt: Siehe an, selbst diese vom Schicksal für die schöner grossen Werte des Lebens bevorzugt geschaffenen Geschöpfe tragen das Gewand des Krieges.

Und so ist das Bild der Frau im Kriegswerk der ernsteste Hinweis auf diesen ernstesten Krieg. Und erst dadurch wird dieser ganze Ernst des Krieges besonders klar, dass er von den Frauen mit getragen werden muss, dass die Männer an Zahl zu schwach geworden sind, um allein all das werken zu können, was direkt und indirekt mit dem Kriege zusammenhängt, dass sie die Frauen berufen mussten. Es ist also völlig umgekehrt, wie es etwa zu den Zeiten der bürgerlichen Dekadenz war, wo es die sogenannten Frauenrechtlerinnen gab, die mit Gewalt und parlamentarischen Mitteln versuchten, den Wahnsinn zu proklamieren, im äusseren Gehabe, in den äusseren Positionen Mannesrechte auszuüben und sich in den öffentlichen Ordnungen und Stellungen usw. zu betätigen. Es ist klar, dass heute die Frauenrechtlerinnen auf Seiten der Männer zu suchen sind, weil sie nämlich sagen: Die Frauen und Mädchen, die sich so bewährt haben, kann man heute nicht mehr mit dem alten früher vielleicht gewohnten Blick gegenüber dem sogenannten schwächeren Geschlecht betrachten, sondern man muss in ihnen vollgiltige, vollwirksame Kameraden im Schicksalsringen unseres Volkes anerkennen. Frauenrecht ist abgelöst worden durch Frauenpflicht. Aber gerade in dieser Frauenpflicht und ihrer Erfüllung

liegt die sicherste Verankerung der völlig gehobener und klar geachteten Stellung der deutschen Frau innerhalb des deutschen Volksbewusstseins. Wir können uns daher auch in unserer heutigen Feierstunde in die Augenschauen. Ich danke Euch, Ihr Frauen und Mädchen des Generalgouvernements, für Eure jahrelangen hervorragenden Dienste. Noch ist nicht die Stunde gekommen, in der ein Abschied von diesem Kriege uns auch nur nahegerückt wäre; noch glüht der Hass unserer Feinde gegen uns. Umso notwendiger ist es, dass wir des Dienstes treu-gehorsame Schildknappen bleiben. Wir denken nicht an uns, sondern an die Gemeinschaft. Und wenn es einem von uns schlecht geht, so soll er sich dessen bewusst sein, dass es Hunderttausenden noch schlechter geht. Und wenn er in der Heimat oder an irgend einem noch befriedet gehaltenen Punkt sein Leben führen kann, dann soll er daran denken, was andere zu leisten haben, um diese Gemeinschaft unseres Volkes aufrecht zu erhalten, dass es überhaupt nichts gibt, was irgendwo in der Heimat oder sonst an Diensten oder Pflichten oder Obliegenheiten zu erfüllen ist, was härter und schwerer wäre als der Dienst mit dem Einsatz des Lebens an der Front.

Ich bin glücklich, Euch, Ihr deutschen Frauen und Mädchen, hier in allen Dienstbereichen zu wissen. Was an Fürsorge und Sicherstellung für Euch geschehen kann, das geschieht. Das wisst Ihr auch. Dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können, ist klar. Im Kriege muss nun einmal durchgegriffen werden, und man kann nicht jedem ein Plätzchen nach seiner Art geben, sondern muss ihn zunächst nach grossen Ordnungsgesichtspunkten einreihen. Man kann nicht mit seinem Kopf allein vorwärts wollen, wenn alle anderen gemeinsam in Treue und Gehorsam marschieren und ihre Pflicht erfüllen. Es wird sich eine Form von fraulichem Erziehungsideal bilden, das in diesem Kriege geschaffen wurde

und für alle Zukunft diesem Dienstcharakter entsprechen wird. Aus diesem Kriege geht eine völlig geänderte Position der deutschen Frau hervor.

Aber der grösste Teil der deutschen Frauen wird nach dem Kriege wieder aus den Diensten der Gemeinschaft ausscheiden und wird die Ideale ihres eigentlichen von Natur und Gott gegebenen Berufes erfüllen. Und dieser Beruf wird bleiben, er ist höher als alle anderen. Der frauliche Beruf ist es, dem auch künftig in den kommenden Jahrhunderten allein das Primat und der Vorrang fraulichen Lebens zugehört. Wir alle tragen in uns die Liebe zu unserer Mutter, und wir wissen, dass unser ganzes Lieben zu Deutschland die Liebe des Kindes zur Mutter ist, dass in dieser Liebe zu Deutschland die ins Gigantische gesteigerte Einbeziehung jedes Deutschen zu seiner Mutter liegt, ja, dass es die Liebe jedes Menschen zu seiner Mutter ist. Und dieses Mutter und Frau sein ist der Beruf und bleibt der Beruf. Ich wünsche, dass viele, ja die meisten unserer Mädchen einmal diesen Weg in Glück gehen können. Ich wünsche auch unseren Männern, dass sie bald wieder einmal zu diesen friedlichen Zonen zurückkehren können. Wenn auch die äussere Pflicht heute Euch, Ihr Frauen und Mädchen, zu diesem grauen gemeinsam getragenen Band des Gehorsams und der harten Pflichtentschlossenheit zwingt, so soll doch, je ernster und trauriger, je grauer und notvoller die Zeit wird, dennoch aus der Hoffnung dieser grauen Welt immer wieder das Glücksideal deutschen Frauentums aufsteigen. Mag dies daher auch in Eurer Seele immer wieder erklingen. Ihr seid ja die Jugend, Ihr habt ja diese Sendung auch in die Zukunft hinein zu bewahren in Treue und Ehre.

Es ist für mich auch eine freudige Feststellung, dass wir in unserem Raum noch ein Kulturleben pflegen können, dass deutsche Dichter und Meister der Töne hier

noch zu deutschen Seelen sprechen, dass sie ihre Werte bringen und für die Ewigkeiten deutschen Wesens werben. Kündet es, nehmt es auf, was wir hier noch gesammelt an geistigen Energien für unsere Heimat bewahren. Ich möchte Euch daher aufgerufen haben, mit dem Dienst und dem Gehorchen, mit dem grauen Entschlossen- und Geschlossensein doch das leuchtende Hoffen auf das wieder beginnende grüne Leben unseres Volkes zu bewahren. So, wie bei den Germanen die Frauen die Priesterinnen waren, die das Hohe, Leuchtende zeigten, die den Niederbrechenden aufrichteten und den Verzagten mit neuem Lachen erfüllten, so muss auch in Euch dieses ewige Blühen deutscher Kraft und Seligkeit aufsteigen. Wir wollen diesem Leben treu uns verbündet zeigen, todesmutig diesem neuen blühenden deutschen Leben für die Zeit nach dem Kriege uns gerüstet halten. Bis dahin aber bleiben wir in diesem Dienst unverrückbar ohne Zagen mit der ganzen Kraft des Glaubens deutscheMädchen und Frauen.

Wenn es ganz ernst wird und wenn der einen oder anderen von Euch manchmal das Zagen kommt, wenn kein Gebet und kein inneres Selbstbeharren mehr hilft, dann habe ich doch noch ein Wort für Euch: Dann denkt an Adolf Hitler, den Mann, der in seinem ganzen Leben für sich noch niemals etwas gewollt hat, dessen ganze Sehnsüchte, Neigungen und Kräfte, dessen ganzer Wille und Glaube nur immer Deutschland, Deutschland und in alle Ewigkeit Deutschland gegolten haben. Nehmt Euch diesen vor sich so stillen Mann in all seiner Grösse, nehmt seinen dem Schicksal grauenhaftester Art gegenüber sich immer wieder aufrichtenden Glauben zum Vorbild. Wie klein sind wir alle vor einem Adolf Hitler, den zu bekämpfen eine ganze Welt auszieht und den zu beseitigen der Jude in der ganzen Welt alles sammelt, was irgendwie nur schiessen kann, und der doch in seiner Einsamkeit und Einmaligkeit der grösste ist, weil er den

grössten, härtesten und stolz erhabensten Geist unseres Volkes besitzt, weil er zugleich aber auch die glühendste und flammendste seelische Kraft seines Herzens in sich trägt! Denkt an ihn! Lasst sein Bild in Euch nicht verklingen oder verschwimmen! Duldet nicht, dass man an diesem grossen einsamen Mann irgendwie rüttelt! Es ist unser Schicksal, mit ihm und für ihn den Kampf zu bestehen. Seid dazu aufgerufen!

(Anhaltender stürmischer Beifall.)

Mit dem von Distriktsstandortführer Gouverneur Dr.von Burgsdorff ausgebrachten Siegheil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Morgenfeier ihren Abschluss.

13^{30} Besprechung mit Ministerialrat Klein.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Ministerialrat Klein in Vertretung des Staatssekretärs Dr.Bühler die Weisung, sich in der Angelegenheit der in Niederschlesien befindlichen Angehörigen der Verwaltung des Generalgouvernements im Zusammenhang mit dem Schreiben, das Reichsminister Dr.Goebbels unterm 11.12.1944 an den Generalgouverneur gerichtet hat, unverzüglich mit Präsident Dr.von Craushaar und Staatssekretär Dr.Boepple in Verbindung zu setzen, mit Letzterem telefonisch.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, dass dem von Reichsminister Dr.Goebbels beauftragten Oberabschnittsleiter Dr.Schulz bei Nachprüfung der wegen Unterbringung und Lebensführung der in Niederschlesien anwesenden Beamten und Angestellten des Generalgouvernements erhobenen Vorwürfe jede nur erdenkliche Hilfe bei der Erfüllung der ihm übertragenen Aufgabe zuteil wird. Staatssekretär Dr.Boepple soll beauftragt werden, in Vertretung des Generalgouverneurs dem Oberabschnittsleiter Dr.Schulz diese aufklärende Hilfe in jeder Weise zu leisten.

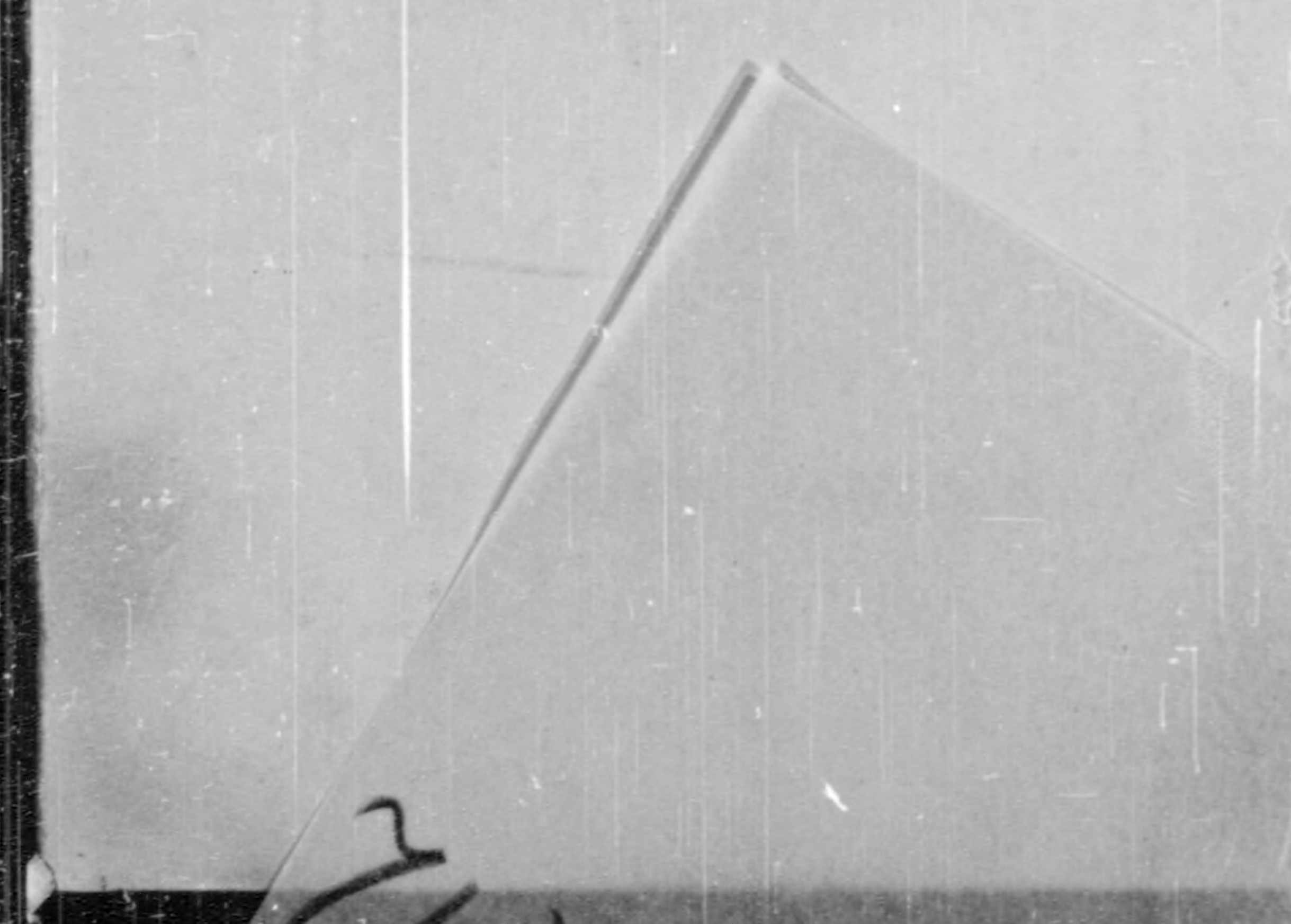
17.12.1944

17^{00} Tee-Empfang.

END OF

VOL. #37

R12



2

Donnerstag, den 29.März 1945.

14^{00} Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Schoberhof.

Freitag, den 3o.März 1945

Samstag, den 31.März 1945.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur kommt in das Haus Bergfrieden und begibt sich nach Erledigung seiner Dienstgeschäfte um

18^{00} wieder auf den Schoberhof.

Sonntag, den 1.April 1945.

9^{00} Landgerichtsrat Schüler kommt von seiner Dienstreise aus Wien zurück.

Montag, den 2.April 1945.
(Ostermontag)

Dienstag, den 3.April 1945.

16^{45} Der Herr Generalgouverneur trifft im Haus Bergfrieden ein und übernachtet daselbst.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USA Exhibit 295
Filed Dec 14, 1945

Sonntag, den 25.März 1945

Der Herr Generalgouverneur befindet sich auf dem Schoberhof.
(Bergrutsch auf der Strecke Neuhaus Schliersee)

Montag, den 26.März 1945.

Landgerichtsrat Schüler erhält vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag nach Wien zu fahren, um die noch schwebenden Benzinangelegenheiten mit Ministerialrat Sauer endgültig zu regeln sowie noch einige andere Aufgaben auszuführen.

14^{50} Abfahrt des Landgerichtsrats Schüler nach Wien von Schliersee.

Dienstag, den 27.März 1945.

12^{00} Herr Höpner kommt erstmalig in das Haus Bergfrieden.

18^{00} Der Herr Generalgouverneur trifft im Haus Bergfrieden ein und übernachtet daselbst.

Mittwoch, den 28.März 1945.

12^{30} Direktor Dr.Coblitz trifft mit dem Rad von Cochel her im Haus Bergfrieden ein.

Herr Dr.Coblitz bittet den Herrn Generalgouverneur ihm behi-lflich zu sein bei der Klärung von finanziellen Schwierigkeiten gegenüber der Hauptabteilung Finanzen, in die das Ostinstitut geraten sei.

Der Herr Generalgouverneur schreibt einen Brief an Präsidenten Dr. Senkowsky und beauftragt die Hauptabteilung Finanzen nach wie vor an das Institut für Deutsche Ostarbeit die finanziellen Beiträge zu leisten.

16^{00} Dr.Coblitz fahrt nach Cochel zurück.

GG Bad Aibling

Neuhaus

Mittwoch, den 21.März 1945.

11^{30} Herr Bader kommt im Haus Bergfrieden an, fertigt einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit im Schloß Moos für den Herrn Generalgouverneur aus und führt um

19^{25} wieder nach Schloß Moos zurück.

Donnerstag, den 22.März 1945

9^{30} Landgerichtsrat Schüler kehrt von seiner Reise Meiningen-Eisenach wieder zurück.

Freitag, den 23.März 1945.

21^{00} Oberbereichsleiter Eisenlohr trifft im Haus Bergfrieden ein.

22^{00} Der Herr Generalgouverneur kommt aus Aibling im Haus Bergfrieden an und übernachtet daselbst.

Samstag, den 24.März 1945.

11^{00} Professor Dr. Dombart trifft im Haus Bergfrieden ein.

14^{00} Der Herr Generalgouverneur und Professor Dr. Dombart begeben sich auf den Schoberhof.

19^{15} Rückfahrt des Professors Dr. Dombart nach München.

GG Bad Aibling

Sonntag, den 18.März 1945.

12^{30} HJ-Führer Drenk kommt im Haus Bergfrieden an und erkundigt sich über den Stand der Ordensangelegenheiten für die HJ-Führung im Generalgouvernement.

Montag, den 19.März 1945

11^{30} Erster Staatsanwalt Dr.Meidinger trifft im Haus Bergfrieden ein und fertigt einen schriftlichen Bericht für den Herrn Generalgouverneur an über seine Tätigkeit vom 4. bis 18.März 1945.

19^{25} Rückfahrt Dr. Meidinger nach München.

Dienstag, den 2o.März 1945

11^{30} Herr Schneider kommt im Haus Bergfrieden an und berichtet über seine Fahrt nach Schloß Moos. Er hinterläßt für den Herrn Generalgouverneur einen schriftlichen Bericht.

Herr von Palézieux gibt an Herrn Schneider den Auftrag des Herrn Generalgouverneurs weiter, daß sich Herr Schneider sofort auf eine Reise nach Prag und Reichenberg zu begeben habe. Die entsprechenden Briefe des Herrn Generalgouverneurs zur Erledigung seiner Aufträge werden Herrn Schneider ausgehändigt.

19^{25} Rückfahrt von Herrn Schneider nach München.

Samstag, 17.März 1945

10[00] Besuch des Generaldirektors der Bayer.Staatsgemäldesammlung Professor B u c h n e r .

Da der Herr Generalgouverneur abwesend war, wurde die Besprechung mit Herrn von Palézieux geführt.

Professor Buchner bedauerte, Herrn Generalgouverneur nicht persönlich angetroffen zu haben und teilte mit, daß er dem Führer darüber Bericht erstattet habe, daß eine Reihe Kunstgegenstände aus dem Generalgouvernement sich im hiesigen Ausweichlager der Dienststelle befinden. Der Führer sei damit einverstanden, die Gegenstände im Salzbergwerk Alt-Aussee zu lagern. Herr Professor Buchner will sich mit Ministerialrat von Hummel von der Kanzlei des Führers in Verbindung setzen, damit dieser der Dienststelle behilflich ist, die Gegenstände nach Alt-Aussee zu bringen.

Professor Buchner besuchte am Nachmittag Frau Brigitte Frank am Schoberhof und fuhr um

19[35] wieder nach München zurück.

Mittwoch, den 14.März 1945.

7[18] Oberst Fischer und Herr von Palézieux fahren nach Miesbach zum Wehrüberwachungsamt, um die männlichen Gefolgschaftsmitglieder der Kanzlei umzumelden.

Anschließend begeben sich beide Herren nach München um die Freistellung des von der Wehrmacht beschlagnahmten I Ost 17 zu regeln. Oberst Fischer fährt dann weiter nach Fürth, Herr von Palézieux nach Neuhaus zurück.

Donnerstag, den 15.März 1945.

17[15] Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Schoberhof.

Freitag, den 16.März 1945.

11[00] Der Herr Generalgouverneur begibt sich teilweise mit dem Zug und teilweise zu Fuß nach Bad Aibling.

13.März 45.

Herr Hirth, der für Speer arbeite, sei mit dem Gauleiter befreundet und es läge ihr daran, daß der Herr Generalgouverneur deswegen mit dem Gauleiter spräche. Sie wäre auch gegebenenfalls mit einem Umzug in eine komfortable Wohnung in Rottach-Egern zufrieden.

Herr von Palézieux hat Frau Voss mitgeteilt, daß er dem Herrn Generalgouverneur ihr Anliegen vortragen werde, daß er aber kaum der Annahme sei, daß der Herr Generalgouverneur sich mit dieser Angelegenheit befassen könne, da er zur Zeit durch außerordentlich dringende politische Inanspruchnahme nicht dazu käme, ihren Wunsch zu erfüllen. Frau Voss wollte daraufhin in einigen Tagen wiederkommen. Herr v. Palézieux hat sie aber dahin beschieden, auf jeden Fall vorher anzurufen, da es zwecklos sei, ohne vorherigen Anruf zu erscheinen.

Übernachten des Herrn Generalgouverneurs im Haus Bergfrieden.

Neuhaus

Dienstag, den 13.März 1945.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn von Palézieux, der sich von seiner Reise nach Nürnberg zurückmeldet und dem Herrn Generalgouverneur Bericht erstattet.

11^{30} Oberst Fischer trifft auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs im Haus Bergfrieden ein.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Fischer zu einer längeren Aussprache über die Einteilung der Dienststäbe des Generalgouverneurs und die Kanzlei und über die von Oberst Fischer mit dem OKW zu führenden Verhandlungen zur Freistellung der betreffenden Personen. Oberst Fischer schickt einen diesbezüglichen Bericht an Oberst Weiß in dem er um Uk-Stellung der vom Herrn Generalgouverneur angeforderten Personen bittet.

13^{00} Frau Voss, geb. Aders geschied. Du Mond bittet den Herrn Generalgouverneur um eine Unterredung.
Der Herr Generalgouverneur beauftragt Herrn von Palézieux Frau Voss anzuhören.

Frau Voss gibt an, im Jahre 1933 zusammen mit Frau Frank nach Edinburg gereist zu sein und daß sie die Adresse des Herrn Generalgouverneurs von Frau Frank erhalten habe. Sie bat darum, beim Gauleiter in ihrer Wohnungsangelegenheit vorzusprechen. Sie wohne in St. Quirin am Tegernsee, Schiederhof, Tel. 4546 seit 1 1/2 Jahren. Vor 6 Monaten sei ihr Mann gestorben und sie wohne jetzt mit ihrer Stütze zusammen. Der Wohnungskommissar in Miesbach habe ihr zugesagt, daß sie die Wohnung behalten könne, aber der Besitzer

Sonntag, den 11.März 1945

5^{18} Abfahrt von Ministerialrat Sauer, Chefdirigent Swarowsky und Herrn von Palézieux.

9^{30} Ankunft von Präsident Dr. Senkowsky im Haus Bergfrieden.

17^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn Präsidenten Senkowsky in Begleitung von Herrn Pfaffenroth auf dem Schoberhof.

Präsident Senkowsky erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Tätigkeit der Hauptabteilung Finanzen seit dem Abrücken von Krakau.

Montag, den 12.März 1945.

10^{00} Präsident Dr. Senkowsky begibt sich in Begleitung von Herrn Pfaffenroth noch einmal auf den Schoberhof zur Fortsetzung der dienstlichen Besprechungen und um sich vom Herrn Generalgouverneur zu verabschieden.

11^{52} Abfahrt des Präsidenten Senkowsky von Neuhaus.

19^{30} Der Herr Generalgouverneur trifft im Haus Bergfrieden ein und übernachtet daselbst.

Freitag, den 9.März 1945

11[52] Herrn Schneider fährt nach Stockdorf zurück mit dem Auftrag des Herrn Generalgouverneurs sich von dort aus zu Herrn Bader nach Schloß Moos bei Plattling zu begeben, um mit ihm im Laufe der kommenden Woche zusammen hierher zu kommen und Bericht über den Zustand der dort eingegangenen Kunstschätze zu erstatten.

12[00] Ankunft Chefdirigent Swaroswky.

14[30] Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Schoberhof.

16[00] Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Herrn Swarowsky und dem einige Tage schon auf dem Schoberhof weilenden Generalintendanten Stampe.
Der Herr Generalgouverneur verweist die beiden Herren mit je einem Schreiben an Staatssekretär dr. Bühler, nach dessen Inhalt von der Regierung des Generalgouvernements für beide Herren ein weiterer Zeitaufschub erreicht werden soll, um ihre Rechenschaftsberichte bezw. die Abwicklung ihrer Amtsgeschäfte abschließen zu können.

Samstag, den 1o.März 1945.

9[00] Ministerialrat Sauer, Wien kommt im Haus Bergfrieden an.

Ministerialrat Sauer erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über seine Tätigkeit in der letzten Zeit, über die Zerstörung der Dienststelle Wien und erhält noch einige Aufträge nach deren Erledigung, im Laufe der kommenden Woche, er noch einmal nach Neuhaus kommen soll.

16[40] Ministerialrat Sauer, Swarowsky und Herr von Palézieux, der den Auftrag hat, zu Oberst Fischer nach Fürth zu fahren, verabschieden sich beim Herrn Generalgouverneur

Mittwoch, den 7.März 1945

5^{18} Abfahrt von Landgerichtsrat Schüler nach Meiningen zu seiner Familie und nach Eisenach zu Präsident Emmerich, um im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs Benzinmarken zu beschaffen sowie die zukünftige monatliche Benzinzuteilung für die Dienststelle festzulegen.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn Luxenberg sen.

12^{30} Landgerichtsrat Dorn besucht den Herrn Generalgouverneur.

19^{25} Rückfahrt von Landgerichtsrat Dorn nach München.

21^{00} Oberbereichsleiter Eisenlohr trifft im Haus Bergfrieden ein.

Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Haus Bergfrieden.

Donnerstag, den 8.März 1945

12^{00} Polizeimeister Nickl meldet sich beim Herrn Generalgouverneur und erstattet Bericht über seinen Unfall und die Verhältsnisse im Blockhaus in Herrsching.

19^{25} Oberbereichsleiter Eisenlohr und Polizeimeister Nickl fahren nach München zurück.

21^{00} Zusammensein in der Bauernstube des Herrn Generalgouverneurs mit seiner Gefolgschaft anläßlich der 12jährigen Wiederkehr am Vorabend der Ernennung des Herrn Generalgouverneurs zum Reichsminister.

Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Haus Bergfrieden.

Samstag, den 3.März 1945

8^{30} Oberbereichsleiter Eisenlohr kommt im Haus Bergfrieden an und überbringt dem Herrn Generalgouverneur einige dringende Postsachen.

17^{30} Der Herr Generalgouverneur und Oberbereichsleiter Eisenlohr gehen zu Herrn von Palézieux, um dort einige Telefongespräche zu führen.

19^{15} Oberbereichsleiter Eisenlohr fährt nach München zurück.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Schoberhof.

24^{00} Rückkehr von Landgerichtsrat Schüler aus München.

Sonntag, den 4.März 1945

Montag, den 5.März 1945

Der Herr Generalgouverneur befindet sich auf dem Schoberhof.

Dienstag, den 6.März 1945

18^{00} Der Herr Generalgouverneur kommt in das Haus Bergfrieden und übernachtet daselbst.

21^{00} Herr Schneider kommt aus Stockdorf im Haus Bergfrieden an.

Neuhaus

Freitag, den 2.März 1945

12[00] Staatssekretär Dr. Bühler kommt in Haus Bergfrieden an.

Staatssekretär Dr. Bühler legt dem Herrn Generalgouverneur u.a. ein Schreiben von Reichsminister Dr.Lammers vor, dessen Anlagen (Vernehmungsberichte des Grafen Richthofen und seinen Angestellten) Verleumdungen über die Räumungsaktion in Seichau enthalten.

Der Herr Generalgouverneur schreibt an Reichsminister Dr.Lammers einen zusammenfassenden Bericht in dem er ausführlich den Ablauf der Ereignisse seit dem 17.Januar 1945, dem Tage des Abzugs von Krakau, schildert.

19[15] Staatssekretär Dr. Bühler fährt nach München zurück. Er nimmt den Bericht des Herrn Generalgouverneurs an Reichsminister Dr. Lammers mit, um ihn persönlich bei Reichsminister Dr.Lammers in Berlin abzugeben.

Landgerichtsrat Schüler fährt zusammen mit Staatssekretär Dr.Bühler nach München.

Donnerstag, den 1.März 1945

8^{00} SS-Sturmbannführer Pfaffenroth fährt nach München und holt den I Ost 1o ab, der anfangs Januar in Krakau per Bahn verladen wurde. Der Wagen kam an und für sich in ordnungsgemäßem Zustand an, aber alles was man irgendwie abmontieren konnte, war gestohlen (Führersitz, Beleuchtung, Aschenbecher, Reifen, Schläuche, Werkzeug usw.).

19^{15} Herr von Palézieux und Sturmbannführer Pfaffenroth holen den Herrn Generalgouverneur in Aibling ab.

23^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Haus Berfrieden und übernachten daselbst.

Neuhaus
Aibling

Mittwoch, den 21. Februar 1945.

5^{17} Landgerichtsrat Schüler fährt im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs nach Wien.

12^{00} Herr Dr. Meidinger trifft von seiner Dienstreise nach Dresden in Neuhaus ein.

18^{00} Der Herr Generalgouverneur kommt in das Haus Bergfrieden, empfängt Herrn Dr. Meidinger und läßt sich über die Ergebnisse seiner Dienstreise Bericht erstatten.
Der Herr Generalgouverneur stellt Herrn Dr. Meidinger Staatssekretär Dr. Bühler als Verbindungsmann zum Generalgouverneur und Protokollführer zur Verfügung und gibt ihm ein entsprechendes Schreiben an Herrn Staatssekretär Dr. Bühler mit.

19^{30} Der Herr Generalgouverneur fährt in Begleitung von Sturmbannführer Pfaffenroth und Herrn von Palźieux nach Aibling.

Donnerstag, den 22.Februar 1945.

11^{50} Herr Dr.Meidinger fährt nach München ab.

Freitag, den 23.Februar 1945.

Der Herr Generalgouverneur stellt Direktor Langecker vom Bergwerk Hausham den Diesel LKW für Fahrten leihweise zur Verfügung.

Montag, den 26. Februar 1945.

2^{00} Landgerichtsrat Schüler kehrt von seiner Dienstreise aus Wien zurück.

Neuhaus

2o.II.1945.

19[45] Staatssekretär Dr. Bühler, Notar Gutbrod und Oberbereichsleiter Eisenlohr fahren nach München ab.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich anschließend in das Haus Bergfrieden.

22[00] Der Herr Generalgouverneur geht in die Bayrischzellerstraße 4 d zu Herrn von Palézieux.

23[30] Der Herr Generalgouverneur trifft auf dem Schoberhof ein.

Dienstag, den 2o.Februar 1945.

11^{00} Staatssekretär Dr. Bühler, Notar Gutbrod und Herr Eisenlohr kommen in Neuhaus an.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur kommt in das Haus Bergfrieden und empfängt Herrn Staatssekretär Dr. Bühler, Herrn Notar Gutbrod und Herrn Landgerichtsrat Schüler zu einer Besprechung.
Staatssekretär Dr. Bühler berichtet dem Herrn Generalgouverneur insbesondere über seine Verhandlungen mit Staatssekretär Stuckart.
Ferner teilen Staats. Dr.Bühler und Notar Gutbrod ihre Erlebnisse während der beiden Terrorangriffe auf Dresden dem Herrn Generalgouverneur mit.

13^{00} Essen .

15^{00} Der Herr Generalgouverneur begibt sich mit Herrn Staatssekretär Dr. Bühler, Herrn Notar Gutbrod, Herrn Landgerichtsrat Schüler und SS-Sturmbannführer Pfaffenroth auf den Schoberhof zwecks Fortführung der Besprechungen.

18^{00} Herr von Palézieux und Herr Eisenlohr begleiten die Herren des Polnischen Hilfsausschusses Dr. Schafransky und Dr.Miesznikowsky auf den Schoberhof, die dem Herrn Generalgouverneur über die vorbereitenden Arbeiten Bericht erstatten und ihre Pläne für die Zukunft entwickeln. Die Berichterstattung erfolgt in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler, Notar Gutbrod und Landgerichtsrat Schüler.

Neuhaus

Samstag, den 17.Februar 1945.

18^{30} - 23^{30} Der Herr Generalgouverneur hält sich im Haus Bergfrieden auf.

Sonntag, den 18.Februar 1945.

16^{00} Reichskriegsopferführer Oberlindober besucht den Herrn Generalgouverneur auf dem Schoberhof.

18^{30} - 22^{00} Der Herr Generalgouverneur hält sich im Haus Bergfrieden auf.

Montag, den 19.Februar 1945.

18^{30} - 22^{30} Der Herr Generalgouverneur hält sich im Haus Bergfrieden auf.

Neuhaus

Mittwoch, den 14. Februar 1945.

6^{00} Sturmbannführer Pfaffenroth, Herr von Palézieux und Herr Eisenlohr fahren im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs nach Herrsching .
Die Rückfahrt erfolgt über München um einige dienstliche Aufträge zu erledigen.

11^{55} Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger fährt im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs nach Dresden.

22^{30} Herr Pfaffenroth und Herr von Palézieux kehren von ihrer Dienstreise zurück. Der Herr Generalgouverneur erwartet die beiden Herren im Haus Bergfrieden, um die Berichte entgegenzunehmen

23^{45} Der Herr Generalgouverneur verläßt das Haus Bergfrieden und begibt sich auf den Schoberhof.

Donnerstag, den 15.Februar 1945.

Der Herr Generalgouverneur kommt am Abend in das Haus Bergfrieden.

Freitag, den 16.Februar 1945

17^{00} Der Herr Generalgouverneur geht zu Herrn von Palézieux.

18^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Haus Bergfrieden.

18^{50} Herr Schneider, Herr Schamper und Herr Mohr verlassen Neuhaus.

23^{30} Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Schoberhof.

GG Aibling
Stab Neuhaus

Montag, den 12.Februar 1945.

11^{00} Obergefreiter Palmi fährt auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs nach Herrsching um sich dort zusammen mit Polizeimeister Nickl bereitzuhalten für die Abholung des Herrn Generalgouverneurs am nächsten Tag aus Aibling

2o^{00} Ankunft des polnischen Hauptausschusses in Neuhaus
Professor Burdecki, Professor Skiffsky, Herr de Nisau.
Die Herren übernachten mit ihren Familien im Haus Bergfrieden.

Dienstag, den 13.Februar 1945.

9^{1o} Autounfall von Palmi mit PKW I Ost 17 an der Kreuzung Fürstenrieder und Agnes-Bernauerstraße in München Laim.
Palmi und Nickl sind verletzt.

12^{00} Ankunft Meidinger, Schneider, Eisenlohr, Hupfloher in Neuhaus.

14^{00} Anruf des Herrn Generalgouverneurs wegen Abholung aus Aibling.

15^{00} Herr Pfaffenroth und Herr von Palézieux holen den Herrn Generalgouverneur in Aibling ab

16^{45} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Aibling

17^{45} Ankunft am Schoberhof

18^{3o} Ankunft im Haus Bergfrieden
Anschließend Generalbesprechung

GG Aibling
Stab Neuhaus

Freitag, den 2.Februar 1945.

15^{00} Der Landrat in Miesbach teilt der Dienststelle des Generalgouverneurs in Neuhaus telefonisch mit, daß das Café Bergfrieden, Neuhaus, Josefstalerstraße 12, der Dienststelle des Generalgouverneurs von der Gauleitung in München als Ausweichstelle zur Verfügung gestellt wird.

15^{30} Herr von Palézieux und Herr Schamper fahren zu Herrn Generalgouverneur nach Aibling.
Die Rückfahrt erfolgt über München.

16^{00} Landgerichtsrat Schüler und Herr Palmi kommen aus Meiningen in Neuhaus an.

Samstag, den 3.Februar 1945.

Einzug der Dienststelle in das Haus Bergfrieden.
Einrichtung des Hauses.

Donnerstag, den 8.Februar 1945.

Besuch Dr. Meidinger in Neuhaus

Samstag, den 10.Februar 1945

Ankunft Mohr in Neuhaus

Aibling

Dienstag, den 3o.Januar 1945.

14^{00} Herr Pfaffenroth und Herr von Palézieux fahren von Neuhaus zum Herrn Generalgouverneur nach Aibling.

15^{45} Der Herr Generalgouverneur erläßt folgende Anordnung:

z.Zt. Aibling 3o.I.1945

Anordnung.

I. Ich errichte mit sofortiger Wirkung die Dienststelle Neuhaus meiner Kanzlei.

II. Zu ihrem kommissarischen Leiter berufe ich Herrn LGRat Schüler.
Zu dessen Stellvertreter und zugleich zu meinem Intendanten berufe ich Herrn von Palézieux.

III. Ich errichte die Dienststelle Adjutantur des GG und Reichsministers Dr. Frank in Neuhaus.
Zu ihrem Leiter berufe ich meinen Adjutanten Sturmbannführer Pfaffenroth.

IV. Herrn Meidinger beurlaube ich auf eigenen Wunsch bis auf weiteres von den Dienstgeschäften.

3o.I.1945

gez. F r a n k .

Anschließend fahren Sturmbannführer Pfaffenroth und Herr von Palézieux nach München zu Herrn Eisenlohr und zur Gauleitung.

23^{00} Ankunft der beiden Herren in Neuhaus.

Seichau
Aibling

Mittwoch, den 24.Januar 1945.

16^{00} Rechtsrat Dr. Hammerle, Major Mankel und Ministerialrat Rogge melden sich beim Herrn Generalgouverneur in Seichau ab. Dr. Hammerle stellt auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs seinen LKW der Dienststelle des Generalgouverneurs zur Verfügung.

23^{00} Unter Führung von Sturmbannführer Pfaffenroth fährt eine Kolonne mit zwei LKW und zwei PKW in Richtung Süddeutschland - Neuhaus ab, und zwar: Gräfin Richthofen - bis Thurnau -, Herr Bader, Herr Schneider, Herr Mohr, Herr Höppner, Herr Fenzke, Herr Schäger, Herr Rudolf, Herr Zahn.

Donnerstag, den 25.Januar 1945.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur fährt in Begleitung von Herrn Landgerichtsrat Schüler und Herrn Schamper in Seichau ab. Gleichzeitig verlassen auch Herr Palmi, Herr Kneisel, - der Reststab - Seichau.

16^{00} Landgerichtsrat Schüler, Herr Kneisel und Herr Palmi trennen sich in Gera vom Herrn Generalgouverneur und fahren mit seiner Weisung nach Meiningen, am 2.2. in Neuhaus den Dienst wieder anzutreten.

10^{30} am 25.I.45 treffen Herr von Palézieux und Herr Karg mit dem Opel-LKW in Neuhaus bei Schliersee ein.

Freitag, den 26.Januar 1945.

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Bad Aibling.

27.-29.I.

23.Januar 1945.

In Gegenwart der oben bezeichneten Personen wurden die im Schloß Muhrau (abgeteilter Saal) lagernden Kunstschätze verschiedener Art, des früheren polnischen Staates zur Verwahrung übergeben. Es handelt sich um die Kunstschätze Polens, die zum Zwecke ihrer Erhaltung im Reich sichergestellt werden sollen.

Die Schlüssel wurden seitens des Amtes von Eduard Kneisel an den Herrn Bürgermeister Schnitzler übergeben.

Bürgermeister Schnitzler verpflichtet sich als Übernehmer die Kunstschätze nach Möglichkeit vor Schaden zu bewahren und dafür zu sorgen, daß sie keinen schadenden Witterungseinflüssen ausgesetzt werden.

Eine Haftung kann mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht übernommen werden.

Der Bürgermeister Schnitzler verpflichtet sich bei Eintreten besonderer Kriegsverhältnisse, welche seine Abwesenheit bedingen würden, die Schätze an den zuständigen Wehrmachtsbefehlshaber zu übergeben.

v.g.u.

gez. Robert Schnitzler
gez. Kneisel

gez. W. Dressler
gez. Schüler

Agnetendorf
Seichau

Montag, den 22.Januar 1945. Warmbrunn

15^{30} Der Herr Generalgouverneur, Sturmbannführer Pfaffenroth und Herr Schneider fahren nach Seichau zurück.

16^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Präsident Dr. Emmerich, Präsident Lauxmann, Gouverneur Kundt, Dr. Blum, Dr. Nagel und Dr. Hammerle in Warmbrunn.

17^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Seichau.

Dienstag, den 23.Januar 1945.

1^{30} Abfahrt des Herrn von Palézieux und des Herrn Karg mit dem Lastkraftwagen in Richtung Neuhaus.

12^{00} Landgerichtsrat Schüler übergibt die in Schloß Muhrau lagernden Kunstschätze verschiedener Art des früheren polnischen Staates dem Bürgermeister Robert Schnitzler von Muhrau und fertigt darüber folgendes Übergabeprotokoll an:

Muhrau, den 23.I.1945.

Übergabeprotokoll

Gegenwärtig: Landgerichtsrat Walter Schüler als Beauftragter des Generalgouverneurs Reichsminister Dr. Frank
2 Akad. Restaurator Eduard Kneisel, Kanzlei des Gen.Gouv.
3 Bürgermeister Robert Schnitzler Muhrau
4 N.S.V. Ortsgruppenamtsleiter P.G. Wilhelm Dressler Haidau

In

Seichau
Agnetendorf

Sonntag, den 21.Januar 1945.

Der Herr Generalgouverneur, Landgerichtsrat Schüler, Herr Mohr und Herr Fenzke verbrennen den größten Teil der aus Krakau mitgebrachten dienstlichen Akten.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur gibt ein Essen und ladet dazu ein: Graf und Gräfin Richthofen, Landgerichtsrat Schüler, Architekt von Palézieux, Herrn Mohr, Herrn Fenzke, Herrn Schneider.

Anschließend Kaffee.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur, Sturmbannführer Pfaffenroth und Herr Schneider fahren zu Gerhart Hauptmann nach Agnetendorf.

$2o^{00}$ Gouverneur Kundt und Rechtsrat Dr. Hammerle treffen in Seichau ein.

Samstag, den 2o.Januar 1945.

Herr von Palézieux, Herr Kneisel und Herr Mohr fahren zu Frau von Wietersheim nach Kuhrau, die ihr Schloß zur Aufbewahrung der Kunstgegenstände zur Verfügung gestellt hat.

13^{00} Sturmbannführer Pfaffenroth und Frl. Lanzinger fahren nach Warmbrunn zu Herrn Gabriel und nach Stohnsdorf zu Ministerialrat Albert.

Die Lage hat sich inzwischen verschlechtert, die Russen sind bei Steinau an die Oder herangekommen, sodaß Breslau unmittelbar bedroht ist. Der Herr Generalgouverneur ordnet deshalb an, daß sämtliche Damen und die entbehrlichen Herren Seichau zu verlassen haben.

16^{00} Abfahrt von Dr.Meidinger, Frl. Mylo, Frl. Schröer, Frl. Türk und Frl. Kraffczyk.

$2o^{00}$ Frl. Lanzinger, die inzwischen nach Seichau zurückgekommen ist und Architekt Müller, der zu Fuß von Goldberg nach Seichau gekommen ist, fahren ebenfalls ab.

Seichau
Breslau

Freitag, den 19.Januar 1945.

11^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Breslau Zwingerplatz 4, mit Sturmbannführer Pfaffenroth und SS- Untersturmführer Schamper zum Dienststab des Herrn Staatssekretärs Dr. Boepple.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Gouverneur Kundt, Oberdienstleiter Tießler, Oberst Fischer

Oberdienstleiter Tießler bekommt vom Herrn Generalgouverneur eine Sondervollmacht, um mit dem Wagen seine Familie in Sicherheit zu bringen, die sich östlich Breslau befindet.

15^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Breslau

17^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Seichau

19^{00} Anrufxx des Obergefreiten Palmi in Seichau, daß er in Liegnitz mit dem Ost 3 angekommen sei und den Wagen vor den Russen gerettet habe.

19^{15} Abfahrt von Paléziuex und Mohr nach Liegnitz
Besuch bei Pressechef Gassner
Herr Fenzke wird von den beiden Herren nach Seichau mitgenommen
Herr Mohr fährt mit dem Lastwagen als Begleiter nach Muhrau

Seichau

Donnerstag, den 18.Januar 1945.

0^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Oppeln

Der Wagen des Herrn Generalgouverneurs trennt sich von der anderen Kolonne, die nach Breslau weiterfährt. Oberdienstleiter Tießler verläßt den Wagen des Herrn Generalgouverneurs und steigt in seinen eigenen ein. Der Herr Generalgouverneur begibt sich direkt nach Seichau.

5^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs mit Herrn von Palézieux und SS-Untersturmführer Schamper in Seichau.

12^{00} Besuch des Herrn Generalgouverneurs mit Herrn Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger und Herrn von Palézieux bei Graf und Gräfin Richthofen.

14^{00} Abfahrt eines Teiles der Gefolgschaft:

Regierungsrat Gnauck
Architekt Korinthenberg
Herr Kühne
Frl. Schwanz
Frl. Kohlmeyer

17.I.1945. Krakau Burg

Reihenfolge der Wagen:

1) Oberst Fischer

2) Der Generalgouverneur
   Oberdienstleiter Tießler
   Architekt von Palézieux
   SS-Untersturmführer Schamper

3) Herr Karg mit Begleitkommando

4) Landgerichtsrat Schüler
   Frl. Kraffczyk
   Herr Schäfer
   Herr Parlitz

5) Herr Borgiel
   Frl. Herschel

6) Rechtsrat Dr. Hammerle mit Begleitkommando

7) Oberstleutnant von Dazur

8) Oberdienstleiter Tießler (Fahrer)

Die Fahrt geht über Izdebnik, Kalvaria, Bielitz, Teschen, Mährisch Ostrau, Oppeln.

22^{45} Der Herr Generalgouverneur hat eine Besprechung mit Generaloberst Tschörner.

23^{30} Abendessen bei Generaloberst Harpe.

17.I.1945.

3) Sekretärin Helene Kraffczyk

Am 17.Januar 1945 wurde die Burg zu Krakau Hauptmann Klinder, dem Chef der Burgwachtkompanie, mit sämtlichen vorhandenen Einrichtungsgegenständen und allen Lagervorräten übergeben.

Hauptmann Klinder verpflichtet sich als Übernehmer, die vorhandenen Vorräte ordnungsgemäß zu bewirtschaften und sie gegebenenfalls der kämpfenden Truppe zur Verfügung zu stellen. Er übernimmt die Verpflichtung, das vorhandene Benzinlager unverzüglich dem Kampfkommandanten zu melden.

Hauptmann Klinder ist berechtigt, die vorhandenen Pferde und einen Kraftwagen für seine Einheit zu übernehmen.

Sämtliche vorhandenen Schlüssel wurden Hauptmann Klinder ausgehändigt, der darüber durch seine Unterschrift quittiert.

Bei anderweitiger Verwendung der Einheit übergibt Hauptmann Klinder die Burg dem Kampfkommandaten.

gez. Schüler
Landgerichtsrat
als Übergebender

gez. Klinder
Hauptmann
als Übernehmer

gez. F r a n k
Generalgouverneur und
Reichsminister

13^{00} Die Herren verabschieden sich vom Generalgouverneur.

13^{25} Der Herr Generalgouverneur verläßt mit einer Wagenkolonne bei herrlichstem Winterwetter und strahlendem Sonnenschein die Burg zu Krakau.

Krakau Burg

Mittwoch, den 17.Januar 1945.

7^{00} Staatssekretär Dr. Bühler ruft den Herrn Generalgouverneur an und unterrichtet ihn über die Ereignisse der vergangenen Nacht.

8^{00} Fliegeralarm

9^{00} Oberst Fischer erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht, daß die russischen Panzer in Richtung der Straße Krakau Trzebinia, bei Tomasowice, durchgebrochen sind. General Kruse läßt den Herrn Generalgouverneur bitten, Krakau sofort zu verlassen, da entschieden ernste Gefahr für die Stadt Krakau besteht.

11^{00} Bankdirigent Dr. Paersch erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die letzten Maßnahmen der Emissionsbank.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur hält die letzte Sitzung auf der Burg ab, an der Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer Koppe, Präsident Dr. von Craushaar, Präsident Dr. Senkowsky, Gouverneur Dr. von Burgsdorff und Notar Gutbrod teilnehmen.

Inzwischen übergibt Landgerichtsrat Schüler die Burg dem Chef der Burgwachtkompanie, Hauptmann Klinder, worüber folgende Übergabeverhandlung vorliegt:

Krakau, den 17.Januar 1945

Übergabeverhandlung:

Gegenwärtig: 1) Landgerichtsrat Walter Schüler
Stellvertreter des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs

2) Hauptmann Klinder
3./III./Po.Wachbatl.IV.
Chef der Burgwachtkompanie

Krakau Burg

16.I.1945

22^{00} Herr Staatssekretär Dr. Bühler überbringt dem Herrn Generalgouverneur die neuesten Berichte. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet einen Erlaß über die Stadt-und Landwacht.

22^{20} Der Heeresgruppenkommandeur gibt dem Herrn Generalgouverneur telefonisch einen Bericht über die derzeitige Lage, die sehr ernst sei. Tschenstochau sei vom Feinde genommen und Krakau wohl bedroht.

Wiederholte Fliegerangriffe mit Bombenabwurf.

23^{00} Pressechef Gassner kommt zum Herrn Generalgouverneur und überbringt nicht sehr gute Nachrichten aus dem Westen. Schwerstes Problem: Wird Krakau militärisch verteidigt, mit welchen Truppen, die wenigen deutschen Männer sind dazu außerstande.

23^{30} Zusammensein mit Herrn Staatssekretär Dr. Bühler, Dr.Hammerle, Pressechef Gassner, Landgerichtsrat Schüler, Architekt von Palézieux, Herrn Borgiel, Leutnant Fremd und Frl. Kraffczyk.

Der Herr Generalgouverneur telefoniert mit Sturmbannführer Pfaffenroth, der sich zur Zeit in Kressendorf befindet, und erteilt ihm den Auftrag, in Anbetracht der Wichtigkeit der Ladung mit dem LKW nach Seichau zu fahren und am Donnerstag wieder nach Krakau zurückzukehren.

16.I.1945.

Außerdem hat der Herr Generalgouverneur den Inspekteur des Sonderdienstes, Herrn Dr.Hammerle mit einem Offizier, Herrn Leutnant Fremd, auf die Burg beordert

17^{30} Der Herr Generalgouverneur hält eine Besprechung mit Oberdienstleiter Tießler, Oberbereichsleiter Kobusch und SA-Oberführer Kühnemund betreffend Stadtwacht

18^{00} Generalleutnant Grimmeisz, Kommandeur eines Korps (drei Divisionen) wird dem Herrn Generalgouverneur durch Oberst Fischer vorgestellt.

18^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner, Verlagsdirektor Strozyk betreffend Erscheinen der Krakauer Zeitung. Der Großteil der Belegschaft der Zeitung geht noch heute nach Königshütte; von dort aus soll eine notdürftige Ausgabe der Krakauer Zeitung herausgebracht werden.

19^{00} Dr.Hammerle und Leutnant Fremd melden sich beim Herrn Generalgouverneur zum Dienstantritt auf der Burg

19^{30} Abendessen im Turmzimmer:
Der Herr Generalgouverneur
Landgerichtsrat Schüler
Architekt von Palézieux
Fräulein Kraffczyk

Krakau Burg

Dienstag, den 16.Januar 1945.

11^{00} Regierungssitzung (Protokoll Dr.Meidinger)

13^{30} Essen im Säulensaal der Burg mit den Regierungsmitgliedern.

14^{00} Der Herr Generalgouverneur erhält die Nachricht, daß Tschenstochau und Radomsko in Händen der Russen sind.

14^{15} Abfahrt Sturmbannführer Pfaffenroth, Höppner und Rudolf mit Diesel LKW nach Kressendorf.

15^{00} Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger, Architekt Korinthenberg, Frl. Lanzinger, Frl. Mylo, Frl.Türk und Frl. Wrobel verabschieden sich vom Herrn Generalgouverneur, um nach Seichau in PKW abzufahren.

15^{30} Kampfkommandant General Kruse erläutert dem Herrn Generalgouverneur den Plan der Sicherung Krakaus.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur geht durch die Räume Burg und durch das Verwaltungsgebäude, das er selbst gebaut hat, und nimmt ergriffen Abschied.

Auf der Burg bleiben noch:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
SS-Obergruppenführer Koppe
Landgerichtsrat Schüler
Architekt von Palézieux
Fräulein Kraffczyk
SS-Untersturmführer Schamper
Herr Schäfer
Herr Karg
Herr Parlitz

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. # 37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. # 37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. #37

R12

END OF

VOL. #37

R12

VOL 38
R.12

VOL. # 38

R.12

Regierungssitzung

im Königssaal der Burg

am 7. Juli 1944.

- - -

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1) Z.d.A. der Kanzlei des Generalgouverneurs
2) Z.Hd. des Herrn Staatssekretärs Dr. Bühler
3) Z.Hd. des Herrn Ministerialrats Dr. Weh.

Anwesenheitsliste

für die Regierungssitzung

am 7. Juli 1944

im Königsaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Koppe		
Tschierschky		
Fischer	Ministerialdirektor	
Wächter	Gruppenführer	
Dr. Winkelmann	Generalleutnant der Polizei	
Pfefferkorn	Höherer SS- und Polizeiführer	
Gerstenberg	Oberst i. G.	
Schmidt	Oberstleutnant	
Dr. Bilfinger	Ministerialrat	
Dr. Mansfeld	Oberregierungsrat	
Dr. Siegert	Regierungsrat	
Dr. Wille	Regierungsrat	
Dr. Wöhrmann	Regierungsrat	
Dr. Kleindienst	Regierungsrat	
Dr. Schöpke	Regierungsrat	
Dr. Bilfinger	Regierungsrat	
Dr. Gramß	Regierungsrat	
Dr. Schindler	Regierungsrat	
Dr. Schmidt	Regierungsrat	
Dr. Schmidt	Regierungsrat	
Dr. Schmidt

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Dr. Baumann	Präs.	H Abt. Dstl
Buchholz	"	" " Wehrmacht-u. Heeres
Bunde	"	Insp. Zentrallazarett
Tietze	"	H. f. Gesamtheitsw.
Ahrens	"	H. f. Arbeit
Schulz.	Ministerialdirektor	"
Lasse	Oberregierungsrat	Heeresapothekenwirtschaftsstelle
Hörnig	Gruppenleiter	Abt. V.
Hauptabteilungsvorsteher		Forstbeamter
Lippelt	Präsident	H. d. Luftwaffe.
Brockmann	Hauptmann	H. Abt.
Platzek	Preis	RfSS
Gerstein	Präsident	H. d. Sch. Schutzpolizei.
Baumann	Präs.	L. Abt. f. u. L.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
v. Kamptz	Kais.	Chef d. Civ.-Cab.
Schmidt	Geheimer	Reichsamt
v. Bülow	"	Reichsbank
v. Fischer	"	Reichsschatzamt
Jagow	Kaiserl. Kgl.	Zu Rom
Hatzfeldt	Kais. Rom.	Zentral-Kommission
Conrad	Prinzipal	Kgl. Abt. Wolfenbüttel u. Prinzessinnen
Schmidt	Amtsvorsteher	Bauschule
v. Schön	M. d. R.	Amt f. Gesetzgebung
Richter	K. k.	Postsekretär
Wilhelm	Kgl.	Vorsteher d. Kgl. Bibliothek in Berlin
Schlitz	Direktor	Institut f. d. Blinden
Jansen	Provinzialrat d. Regierung	

Beginn der Sitzung 10 Uhr 10 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Sitzung mit folgender Ansprache ein:

Meine Herren! Ich habe Sie nochmals vor Beginn der grossen Sommerpause zusammengerufen, um mit Ihnen einiges uns gemeinsam Interessierendes und im Vordergrund Stehendes zu besprechen. Die Meldungen, die ich in den letzten Wochen in verstärktem Masse sowohl der Art wie dem Umfange nach über den einzigartigen Terror der Sowjetrussen in Galizien erhalten habe, veranlassen mich, die heutige Regierungssitzung mit einem leidenschaftlichen Protest gegen dieses jedem Völkerrecht, jedem primitiven menschlichen Empfinden hohnsprechenden Vorgehen der jüdischen Terrorbanditen Sowjetrußlands zu beginnen. Was unsere brave, arbeitswillige, loyale Bevölkerung in diesen von den Sowjetrussen mit Brand, Mord, Plünderung, Quälerei und Terrorakten aller Art überranten Gebieten zu leiden hat, stellt eines der besonderen Kapitel des Beitrages der Bevölkerung des Generalgouvernements zum Siege des Großdeutschen Reiches dar. Ich kann Sie nur bitten, Herr Gouverneur Dr. Wächter, der betroffenen Bevölkerung meine und aller Mitglieder der Regierung herzlichste Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen und der Bevölkerung mitzuteilen, daß wir alles tun werden, um die von ihnen erlittenen Schäden menschlich, persönlich und materiell nach jeder Möglichkeit zu lindern.

Im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen im Osten hat sich zunächst bis zu dieser Stunde die unmittelbare Frontlage des Generalgouvernements nur wenig geändert. Allerdings ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Wochen einige Lebendigkeit in die Frontsituation kommen wird. Wir haben daher mit aller Vorsicht und Energie daran zu gehen, ein allfallsiges weiteres Übergreifen der Frontereignisse auf das Gebiet des Generalgouvernements über den Bereich von Galizien hinaus schon jetzt in Er-

wägung zu ziehen. Vor allem wird es die Aufgabe der Behörden der Distrikte Lublin und Warschau sein, sich mit Intensität so wie bisher darauf einzurichten, daß im Zusammenhang mit notwendigen Veränderungen der Frontlage in Richtung Minsk und Kowel entscheidende und sehr weit-reichende Raum-, Nahrungsmittel-, Transportanforderungen usw. kommen werden. Das Generalgouvernement wird auch diese Probe mit seinem Behördenapparat so mustergültig bestehen, wie es diese Probe bereits in Galizien bestanden hat.

Im Zusammenhang mit diesem allmählichen Näherkommen der Front steht auch eine an manchen Stellen vor allem des Distrikts Lublin in den letzten Wochen sich verstärkt zur Geltung bringende Beunruhigung des Raumes. Es obliegt mir der Dank an die Wehrmacht und die Kräfte unserer Polizei und SS dafür, daß sie in den letzten Wochen durch eine in der Geschichte des Sicherheitskampfes des Generalgouvernements bis jetzt einzig dastehende, weit über 20 000 Mann auf einmal in den Kampf werfende Großaktion im Süden des Distrikts Lublin die Autorität unseres Staates wieder deutlich spürbar haben in Erscheinung treten lassen.

Auch in Zukunft - darüber kann kein Zweifel bestehen - wird von unseren Feinden versucht werden, das Gebiet des Generalgouvernements mehr, als ihnen das bisher geglückt ist, zu einem Herd der Unruhe, der Sabotage, des Aufstandes und der Zerstörung zu machen, ähnlich, wie es ihnen in anderen Gebieten des besetzten Europa leider auch in grösserem und stärkerem Umfange geglückt ist. Um so wichtiger ist es, daß ich hier feststelle: alle von feindlich interessierter Seite überall hingebrachten Meldungen von grossen Unruhen, von Bandenkämpfen, von Mord, von Sabotage und sonstigen Zerstörungen im Generalgouvernement entsprechen absolut nicht der Wahrheit.

Ich kann vielmehr positiv feststellen, daß die absolut überwiegende Mehrheit der Millionenmasse der Bevölkerung dieses Raumes der Pflichterfüllung obliegt und im Dienste der Transportunternehmungen, der Staats- und Polizeiverwaltung, der Ernährung und Landwirtschaft und in allen anderen grossen Sektoren der Produktion und der Leistung hervorragend arbeitet. Die Ernte des Generalgouvernements verspricht vorzüglich zu werden. Der Bauer hat in diesem Lande seine Pflicht getan und wird sie auch auf dem Gebiet der Ablieferung weiter tun. Tausende und Abertausende polnischer und ukrainischer Beamter und Angestellter in allen Bereichen unserer Verwaltung haben sich durch nichts, durch keine Propaganda, durch keine irgendwie geartete gegensätzliche Strömung von ihrer Pflichterfüllung abbringen lassen. Daher gebührt diesen fremdvölkischen Teilen der Bevölkerung unser ganz besonderer Dank.

Angesichts der sehr guten Etatlage des Generalgouvernements - wenn ich sage: sehr gut, - so ist das selbstverständlich ein Ausdruck, der kriegsmässig aufzufassen ist;"sehr gut" ist ein relativer Begriff; wir können zufrieden sein, daß es uns geglückt ist, trotz der ungeheueren Belastung unseres Staatshaushalts dank der Tüchtigkeit unserer Staatsverwaltung und aller mitwirkenden Teile dieses Landes, aller Behörden in diesem Raum für die Klarheit des Haushalts zu sorgen, - ist es uns möglich geworden, nunmehr der fremdvölkischen Staatsbeamten- und -angestelltenschaft mit rückwirkender Kraft eine wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge zu geben. Ich habe soeben einen diesbezüglichen Erlaß unterzeichnet. In dieser wesentlichen Bezugsaufbesserung, der auch eine Aufbesserung der Tarifeinkünfte der Angestellten der freien Betriebe und der Wirtschaft entspricht, die gleichfalls am 1. April 1944 mit rückwirkender Kraft eintritt, liegt der Ausdruck der Anerkennung für die loyale Zusammenarbeit der fremdvölkischen Teile der Bevölkerung des Generalgouvernements mit der deutschen Führung dieses Raumes.

Die Schwierigkeiten, denen wir entgegenschreiten, finden das Generalgouvernement in allen seinen Teilen in härtester Entschlossenheit, diese Bastion des Ostens für den Führer und das kämpfende Großdeutsche Reich mit dem Einsatz des letzten zu halten und zur Verteidigung auszubauen. Ich weiss, daß ich mich dabei auf Sie, meine Herren, die Sie hier versammelt sind, besonders verlassen kann. Sie haben im Laufe dieser Jahre aus nichts, aus weniger als nichts, aus Chaos und Zerstörung allmählich diesen Ordnungsblock Generalgouvernement aufgebaut. Sie haben in die Tat umgesetzt, was deutsche Männer hier überhaupt während des Krieges hätten leisten können.

An den bewährten Prinzipien, nach denen diese Arbeit hier nur möglich ist, werde ich angesichts der letzten schweren Entscheidungen, die über unseren Raum hereinbrechen, in diesem Zeitpunkt nichts ändern. Ich werde mich also bis zur endgültigen Befreiung dieses Raumes jeder organisatorischen Änderungsbestrebung irgendwelcher Reichszentrale im Hinblick auf meine Verantwortung für das gesamte Leben in diesem Gebiet widersetzen. Ich werde vielmehr da, wo nunmehr wie auf dem Gebiet der Bauverwaltung oder in sonstigen Bereichen es sich als unmöglich herausgestellt hat, das Einbruchsystem der Reichszentralität aufrecht zu erhalten, entweder zu einer totalen Korrektur dieses Systems schreiten oder für die notwendigen Bedürfnisse dieses Raumes eine eigene Landesverwaltung schaffen. Die Härte der Zeit zwingt mich dazu, ganz offen zu erklären, daß ich hier vor nichts Achtung habe als davor, vor den Führer hintreten zu können und ihm auch in Ihrer aller Namen zu sagen: "Mein Führer, die Aufgabe, die Sie uns 1939 gestellt haben, war, wie Sie selber sagten, eine der schwersten, die Sie zu vergeben hatten; mag sein, daß wir Fehler gemacht haben, aber in dem einen haben wir nicht gefehlt, daß das Generalgouvernement auf die Höchstform der überhaupt erreichbaren Leistungsmöglichkeit eines Gebietes trotz aller Schwierigkeiten in jedem

Hinblick gebracht wurde". Es ist auch noch niemand erschienen, der uns etwas Besseres hätte zeigen können. All' dieser Meinungswirrwarr über die Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung, über die Methoden der wirtschaftlichen Sicherung dieses Gebietes, über die sogenannte Ausbeutung dieses Gebietes, - all' dieser manchmal idiotisch anmutende Meinungswirrwarr, der da und dort in Erscheinung trat, wurde durch die Wucht der Tatsachen in diesem Gebiet psychisch und physisch überwunden. Heute können wir in unserem Innern von dem stolzen Empfinden erfüllt sein, daß diese enger denn je zusammengeschworene Gemeinschaft Gottlob auch die Anerkennung aller maßgebenden Faktoren des Reiches gewonnen hat. Wir können uns darüber freuen, daß uns diese Leistung ermöglicht wurde und daß man sich mit uns zusammengefunden hat, um das Vernünftige zu tun.

Heute steht daher vor allen Dingen die Tatsache im Vordergrund, daß die Deutschen dieses Raumes, ganz gleich, welche Uniform sie tragen und zu welcher besonderen Sparte des Berufes sie gehören, sich alle als die Kinder eines Vaterlandes fühlen und dem Führer in Treue und Gehorsam dienen. Ich habe wenig Verständnis für irgendwelche abspaltenden Tendenzen, ganz gleich, unter welchem Vorwand sie geltend gemacht werden sollten. Ich möchte hier die Partei ausdrücklich in Schutz nehmen. Sie trägt keine Verantwortung dafür, daß etwa ein HJ-Organisationführer das Tragen des HJ-Abzeichens für die Teilnehmer an einem schulischen Sportfest verbietet. Wenn wir solche Konflikte lächerlichster Art, die mit dem Sieg des deutschen Volkes aber auch in gar keinem Zusammenhang stehen, die vor allem auch mit der Partei nichts zu tun haben, - weder ich noch der Parteigenosse Tießler wußten etwas davon - in die Öffentlichkeit tragen, so ist das nur ein Ausdruck dafür, wie in manchen Gehirnen heute eine geradezu, man möchte sagen,

völlig zeitabgewandte Lustigkeit des Vereinsmeiertums besteht. Wir werden entweder gemeinsam siegen - und dann wird jeder, der daran beteiligt ist, nur gefragt werden, wo er sich eingefügt hat, - oder keiner wird sagen können, daß er allein gesiegt hat.

Meine Herren, wollen Sie aus diesen meinen Ausführungen nur erkennen, daß ich gewillt bin, der Härte der Zeit nicht etwa nur in Parolen, sondern auch in drakonischen Maßnahmen zu entsprechen. Wenn zum Beispiel die Herren Polen glauben, daß sie sich heute diesen Zeitpunkt gerade ausnützen können, um da und dort ihre Terrorwelle wieder zu eröffnen, so werden wir es ihnen eiskalt zeigen, daß wir dem zu begegnen wissen.

Heute geht es darum, wer den längsten Atem, die härtesten Nerven und die entschlossenste Wucht hat, - und die haben wir. Wenn wir dulden dürfen, daß sich in diesem Raum irgend jemand, ganz gleich, unter welchem Vorwand

über unsere Autorität hinwegsetzt, - wir mußten das schon sowieso an einzelnen Stellen des Raumes hinnehmen, dort nämlich, wohin in Folge der Banditenverseuchung Polizeikräfte nicht mehr kommen konnten, - wenn wir das als Sitte dulden würden, dann fiele die Herrschaft von uns Handvoll Männern über eine Millionenmasse schnell in sich zusammen. Haben Sie also dafür Verständnis, meine Herren.

Ich bin mit der Arbeit der Behörden des Generalgouvernements zufrieden. Ich habe den Eindruck, daß bis in die äussersten Instanzen hinaus diese Energie obwaltet. Die mir eben gemeldete Ermordung eines unserer besten Kreishauptmänner, des Kreishauptmannes von Garwolin, zeigt, daß gerade auch die Männer der Verwaltung aufs Schwerste bedroht ihre Pflicht erfüllen. Das haben wir gemein mit allen Soldaten des Führers und mit dem ganzen deutschen Volk.

Zur Frontlage brauche ich nichts zu sagen; sie ist Ihnen bekannt. Wir stehen mitten in den entscheidungsvollsten Wochen des Krieges. Es kommt aber nicht darauf an, wo wir stehen, sondern wie wir stehen. Das "wo" ist völlig gleichgültig, entscheidend ist das "wie". Ob wir in Rom oder in Florenz stehen, ob wir vor Moskau oder in Wilna stehen, entscheidend ist, daß da, wo deutsche Soldaten stehen, sie so stehen, daß sie vor der zweitausendjährigen Geschichte des Deutschen Reiches bestehen können.

Wir sind nunmehr hier in des Wortes wahrster Bedeutung Bastion des Ostens geworden. Östlich unserer Ostgrenze befindet sich nur noch der nördlichste Teil der deutschen Front. Seit der Aufgabe von Kowel bewegt sich an der ganzen Ostgrenze von Lublin der Feind auf unsere Grenze zu. In diesem schweren Augenblick schauen wiederum der Führer und das ganze Deutsche Reich auf uns, auf unser Verhalten, die wir nunmehr der Schutzmantel für das ganze östliche Reich geworden sind.

Meine Herren, ich weiss, daß ich mich auf Sie verlassen kann. Indem ich Ihnen für die jahrelange treue Mitarbeit danke, erwarte ich, daß Sie gerade in den kommenden Wochen und Monaten ein Vorbild an Pflichterfüllung sein werden.

IX/8
2

Präsident Ohlenbusch bezeichnet die allgemeine Stimmung bei den Deutschen des Generalgouvernements als durchaus zuversichtlich,wenn sich auch infolge der russischen Offensive ein Stimmungseinbruch feststellen lasse. Bei den Deutschen sei die Meinung weit verbreitet, daß der OKW-Bericht weit hinter den wirklichen Tatsachen zurückbleibe, da die Nachrichten, die in diesen Raum von der Front direkt durchsickerten, eine andere Frontlage darstellten, als man sie sich auf Grund des OKW-Berichtes machen müsse. Er bitte daher an dieser Stelle alle maßgeblichen Männer, diesen Dingen entgegenzutreten und darauf hinzuweisen, daß die Führung bestimmte Absichten verfolge, wenn da und dort der OKW-Bericht etwas hinter den Ereignissen zurückbleibe. Nachrichten, die von der Front durchsickerten, dürften daher nicht kolportiert werden.

Die Polen seien im Augenblick einer intensiven Feindpropaganda sowohl von Moskau wie von London aus ausgesetzt. Die Widerstandsbewegung greife diese Parolen freudig auf und versuche mit allen Mitteln, sie über illegale Wege ins polnische Volk zu tragen. Er habe aber nach wie vor die Überzeugung, daß diese propagandistische Beeinflussung bei der Masse des polnischen Volkes von keinem Erfolg begleitet sein werde. Praktisch sei es so, daß der polnische Bauer und der polnische Arbeiter nach wie vor ihre Pflicht erfüllten, wenn auch aus Warschau, Lublin und Radom gemeldet werde, daß hier und da in den Betrieben die Arbeitslust zurückgegangen sei, bezw. sich die Arbeiter von der Arbeit fern hielten. Bei seinem jüngsten Besuch in Lemberg habe er feststellen können, daß die Stadt

einen ruhigen Eindruck mache; die Deutschen zeigten eine einwandfreie Haltung, arbeiteten nach wie vor sehr zuverlässig. Auch die ukrainische Bevölkerung erfülle ihre Pflicht, die freiwilligen Meldungen sowohl für den Arbeitseinsatz als auch für den Kriegseinsatz seien sehr eindrucksvoll.

Die vor einiger Zeit gegründete Antibolschewistische Liga entfalte eine intensive Tätigkeit und übe einen starken Einfluß auf die Haltung der polnischen Bevölkerung aus. Er sei über die Tätigkeit der hier eingesetzten Männer sehr erfreut. Immer mehr neigten die Polen sich auf die deutsche Seite, da sie einzusehen begännen, daß es für sie keinen anderen Ausweg gebe.

Selbstverständlich sei die propagandistische Tätigkeit auch bemüht, der Ernährung und Landwirtschaft in der Erzeugungsschlacht zu helfen, und auch die Arbeit der Arbeitererfassung werde ständig propagandistisch unterstützt.

Regierungskommissar Dr. Heuber führt aus, daß er in den letzten Monaten die Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung einer eingehenden Prüfung unterzogen habe. In unzähligen Besprechungen mit mehreren hundert Betriebsführern habe er sich ein eingehendes Bild von der Wirtschaftslage des Generalgouvernements zu verschaffen versucht. Dabei habe er festgestellt, daß auch heute noch sich das polnische Volk mit einem ungeheueren Arbeitseifer dafür einsetzt, um an den Zielen des Deutschen Reiches mitzuarbeiten. Vielleicht sei es notwendig, daß einige Erscheinungen, Planungsfehler oder Mängel sich im Laufe der Zeit bei der gesamten Produktionsausrüstung bereinigen liessen. Vielleicht liege auch einige Gefahr in der allgemeinen Befehlsführung auf wirtschaftlichem Sektor. Es seien gewisse Zersplitterungserscheinungen gegeben, da die Betriebsführer von den verschiedensten Seiten angesprochen würden, nicht nur von den Fachabteilungen, sondern auch von wirtschaftlichen Stellen und Ausschüssen, die aus

dem Reich versuchten, hier herein zu regieren, und zum Teil auch von der Rüstungsinspektion.

Auf dem allgemeinen Gebiet der Wirtschaft sei es vielleicht nicht sehr günstig für das Generalgouvernement, wenn auch heute noch keine eigene Unternehmerschicht sich bilden konnte. Man habe die Verflechtung mit den verschiedensten Reichsbetrieben, die sich gewiss vorteilhaft beim Aufbau ausgewirkt habe, die aber doch Erscheinungen mit sich bringe, die weniger zu begrüssen seien. Die hiesigen Betriebe, die unter ganz anderen Bedingungen als im Reich arbeiten müßten, würden durch die Verflechtung mit ihren Betriebsführern aus dem Reich nach Reichsgrundsätzen ausgerichtet, die auf die Dauer nicht sehr vorteilhaft seien. Auch bei der Betriebsbesichtigung habe sich gezeigt, daß vor allem auf dem Gebiete der Treuhandverwaltung noch Betriebsführer eingesetzt seien, die nicht über die erforderlichen Betriebskenntnisse verfügten. So könne es z.B. nicht für zweckmässig gehalten werden, wenn irgendein Professor ein Sägewerk leite.

Bei seinen Besichtigungen sei ihm aufgefallen, daß alle Unternehmer ihre Angestellten und Arbeiter neben den Tariflöhnen noch durch ein sehr ausgedehntes Reallohnsystem unterstützten. Es möge richtig sein, dass der augenblickliche Tariflohn nur etwa 30% des tatsächlichen Lebensbedarfes decke. Tatsache aber sei, daß die Ernährungssicherung grundsätzlich gegeben sei, da sich die Arbeiter durch die verschiedensten Deputate den notwendigen Lebensunterhalt anderweitig verschaffen könnten. Immer wieder habe man beobachten können, daß die Betriebsführer über eine schlechte Arbeitsdisziplin klagten, daß die Arbeiter z.T. fern blieben oder die Lieferfristen beim Handwerk nicht eingehalten würden usw. Trotzdem könne es aber als ein interessantes Zeugnis für die deutsche Autorität im Raume gelten, daß die Arbeiter fast ausschließlich für das Reich und seine Interessen arbeiteten. Angehalten dazu würden sie im wesentlichen

durch die verschiedensten Arbeitskarten und Ausweise, die Ihnen Sicherheit gegen einen Reichseinsatz gäben.

Zum Teil finde man auch in polnischen Betrieben die Tatsache, daß sie sich dadurch eine gewisse Existenz sicherten, daß sie einen Wehrmachtsauftrag übernähmen und nebenbei für den polnischen Markt arbeiteten. Durch diese Schwarzarbeit entstünden ~~tat~~ der Rohstoffbeschaffung und den Kontingenten die verschiedensten Schwierigkeiten. Es sei schließlich nicht wünschenswert, daß ein Holzverarbeitungsbetrieb das im Augenblick so schwer zu beschaffende Holz für Deputatleistungen verwende. Eine andere Erscheinung liege darin, daß die polnischen Betriebe die Möglichkeiten auszunützen versuchten, sich im Reich billige Maschinen zu verschaffen. Auf der einen Seite betonen sie immer, daß sie mit dem gewährten Preis für ihre Erzeugnisse nicht auskämen, benutzten aber jede Gelegenheit, im Reich zu billigen Preisen Maschinen einzukaufen.

Wünschenswert wäre es, daß es gelänge, eine stärkere Erfassung der Produktion überhaupt zu erreichen und vor allem auch die alten Rohstoffabfälle und Einsparungsmaterialien in stärkerem Masse zu erfassen. Es habe sich gerade im Handwerk gezeigt, daß bei den durchgeführten Wehrmachtslieferungen sehr beachtliche Einsaprungen an dem zur Verfügung stehenden Material möglich seien. Nur durch die straffe Zusammenfassung in den Arbeitsgemeinschaften sei es möglich, die so freiwerdenden Materialien der Wehrmacht zu erhalten und gegen eine Verschleppung in den polnischen Markt zu sichern.

Die Organisation der Zentralkammer, Distriktskammern und ihrer Untergliederungen sei in den vergangenen Monaten im wesentlichen eigentlich charitativ eingesetzt gewesen. Er scheine aber notwendig, daß man dieses Instrument mehr zu einem Führungsinstrument der Regierung ausbaut: Auf dem Gebiete der Menschenführung im Beruf müsse man durch eine Überwachung der Unternehmer eine bessere Betriebsführung bekommen und auf dem Gebiete der Menschenführung die nötigen Voraussetzungen für eine

Produktionssteigerung zu schaffen, wie sie der Raum leisten könne und brauche. Durch stärkere Überwachung der Betriebe müsse eine Besserung der Produktionserfassung herbeigeführt werden, damit ein fester Wirtschaftsplan durchgeführt werden könne. Neben der Betriebsführerbetreuung müsse auch die allgemeine Auftragsbetreuung in den Vordergrund gestellt werden. Innerhalb der Organisation habe er eine allgemeine Überprüfung der Personen angeordnet, die in den nächsten Monaten abgeschlossen werden würde.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß die Einnahmeentwicklung im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung im ersten Halbjahr dieses Jahres erbracht habe. Das sei in erster Linie auf die Erhöhung des Kriegszuschlages bei Branntweinerzeugnissen, aber auch auf eine festere Erfassung verschiedener Einnahmen zurückzuführen. So stünden den Gesamtsteuereinnahmen von 983 Millionen in der Zeit vom Januar bis Mai 1943 1084 Millionen in den gleichen Monaten des Jahres 1944 gegenüber, wobei noch berücksichtigt werden müsse, daß die Erhöhung des Kriegszuschlages erst im April dieses Jahres eingeführt worden sei. Dem gegenüber sei aber bei den Besitz- und Verkehrssteuern für die Monate April und Mai des Jahres 1944 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 1943 ein Rückgang von 30 Millionen zu verzeichnen. Hier wirkten sich besonders in den östlichen Distrikten die Frontereignisse und die innere Unsicherheit aus.

Die Finanzverwaltung sei allen Dienststellen zu ausserordentlichem Dank verpflichtet, daß sie trotz der grossen Schwierigkeiten für ihre Aufgaben stets verständnisvolle Unterstützung finde. Das sei insbesondere auf der Einnahmeseite wirksam, und er hoffe, daß man den Haushalt in der vorgesehenen Weise abwickeln könne. Bei den Zöllen und Verbrauchssteuern sei im Vergleich zur gleichen Zeit des Jahres 1943 für die Monate April und Mai des Jahres 1944 eine Steigerung von 21 auf 26 Millionen festzustellen. Rohstoffmässig sei im grossen und ganzen gesichert, daß die haushaltsmässig vorgesehe-

nen Monopoleinnahmen bis zum Ablauf des laufenden Rechnungsjahres erzielt werden könnten. Die Monopolverwaltung treffe auch weiter Vorkehrungen, um durch Verlagerungen und Auflockerungen, durch Schaffung von Ausweichbetrieben auch bei schwereren Fliegerangriffen eine Noterzeugung im notwendigen Umfang aufrichten zu können.

Bei den Verwaltungseinnahmen sei ein leichter Rückgang feststellbar. Auf Grund der ausserordentlich begrüssenswerten Unterstützung seitens der Leitung der Emissionsbank sei es möglich gewesen, im Frühjahr dieses Jahres eine grössere Anleihe aufzunehmen, die es ermöglicht habe, den im vorigen Haushalt vorgesehenen Wehrbeitrag von 1,3 Milliarden im April dieses Jahres voll zu bezahlen. Auf den Wehrbeitrag des laufenden Jahres, der vorläufig auf 1,2 Milliarden festgesetzt sei, habe das Generalgouvernement bisher 150 Millionen Zloty bezahlt und werde in diesem Monat weitere 75 Millionen bezahlen. Der Kassenbestand der Hauptkasse habe bei Beginn des Rechnungsjahres 117 Millionen Zloty betragen, am 24. April nach Einfliessen der Anleihe 300 Millionen. Bis zum 1. Juni sei er auf 45,5 Millionen gesunken, betrage jetzt aber mit dem Stichtag vom 4. Juli 235 Millionen Zloty. Dazu komme noch eine Betriebsmittelreserve von 60 Millionen, die die Hauptkasse bei der Emissionsbank unterhalte. Die Hauptkasse habe z.Zt. mit keinerlei Schwierigkeiten zu kämpfen, und darum habe die Finanzverwaltung den Vorschlag unterstützen können, die polnischen Beamtengehälter ab 1. April rückwirkend zu erhöhen.

Infolge kriegsbedingter Mehrauslagen sei ein erheblicher Teil der unteren Kategorien der nichtdeutschen Beamten und Angestellten in seinen Einkünften nicht mehr auf das Existenzminimum gekommen. Schon vor Beginn dieses Haushaltsjahres habe der Herr Generalgouverneur dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung und ihm den Auftrag zur Ausarbeitung eines Vorschlages gegeben, wie diesem Zustand abgeholfen werden könne. In einer Besprechung aller Hauptabteilungsleiter seien dann ver-

schiedene Gesichtspunkte erörtert worden. Er habe den Vorschlag der Bezahlung eines Zuschusses gemacht, durch den ein gegenüber der Friedenszeit im allgemeinen stabil gebliebener Aufwand abgedeckt würde. Aus der Berechnung des Existenzminimums habe man dazu den Wohnungsaufwand ausgeschieden. Dieser Wohnungsgeldzuschuß werde nach der Ortsklasseneinteilung in 4 Abstufungen gegeben. Ferner werde das Existenzminimum bei allen Kategorien und eine Aufbesserung bei einer weiteren Anzahl von Kategorien durch eine Ausweichzulage erteilt, in der vorerst keine Dauereinrichtung gesehen werde, sondern die nur solange gezahlt werden solle, bis eine künftige günstigere Entwicklung einen Überblick darüber zulasse, ob sie notwendig sei oder nicht. Es handle sich also praktisch um eine Art Teuerungszulage, jedoch sei dieser Ausdruck in der Verordnung vermieden worden.

Praktisch wirke sich die vom Herrn Generalgouverneur am heutigen Tage unterzeichnete Verordnung so aus, daß die Gesamtsteigerung des bisher bezahlten von der erfaßten Gruppe an 90% betrage. Sie sinke stufenweise bis zur obersten Gruppe auf 10% ab, d.h. die wenigen polnischen Beamten mit einem bisherigen Gehalt von 1.000 Zl. erhielten nun ein Wohnungsgeld von 100 Zl., die bisher am schlechtesten Bezahlten 135 Zl., also 90% Erhöhung des bisherigen Zuschlages. Infolge rückwirkender Inkraftsetzung ab 1. April würden die polnischen Beamten und Angestellten eine grössere Bezahlung auf einmal in die Hand bekommen. Eine gleiche Erhöhung führe die Verordnung ein, die von der Hauptabteilung Arbeit für Angestellte und Arbeiter der freien Wirtschaft ausgearbeitet worden sei. Der Betrag von 200 Millionen Gesamtausgaben, den man für diese Erhöhungen in Aussicht genommen habe, werde überschritten.

Diese Gehaltaufbesserung bilde nur einen Teil einer grösseren Aktion, die einer besseren Versorgung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten gelte. Man sei von

dem Grundsatz ausgegangen, daß durch Geld allein eine wirkliche Aufbesserung auch nicht zu erreichen sei.

Der Stand an Staatsanleihen betrage z.Zt. 864 Millionen Zloty. In diesen Anleihen kämen jedoch die weit grösseren Belastungen der Wirtschaft des Generalgouvernements in Folge der Kriegsereignisse nicht zum Ausdruck. In der diesjährigen Haushaltsverordnung sei eine beträchtliche Anleiheermächtigung für die Finanzverwaltung enthalten, und die bereits mit der Bankenaufsichtsstelle eingeleiteten Verhandlungen über die Begebung der Anleihen hätten einen sehr guten Verlauf genommen. Er richte an alle den Appell, darum bemüht zu sein, daß bei der grossen Geldflüssigkeit im Generalgouvernement auch polnische Kapitalkreise mit allen Mitteln und auf allen Wegen dazu herangezogen würden, daß sie den Kampf gegen den Bolschewismus, an dem sie als Kapitalbesitzer interessiert seien, dadurch unterstützen, daß sie der deutschen Verwaltung auf dem Anleihewege Kapital zur Verfügung stellten, das schließlich wieder der nichtdeutschen Bevölkerung dieses Raumes auch zugute komme. Es müßte möglich sein, einerseits über die wirtschaftlichen Organisationen, andererseits auch über gewisse kulturelle Organisationen, die von der Hauptabteilung Propaganda geführt würden, soweit Einfluß auf polnische wohlhabende Kreise zu gewinnen, um dort Schatzscheine der Regierung unterzubringen. Ausdrücklich stelle er dabei fest, daß diese Anleihe nicht notwendig für einen Ausgleich des Haushalts des Generalgouvernements sei, denn der Haushalt sei mehr aktiv, jedoch sei zur Bezahlung des Wehrbeitrages eine Anleihe notwendig. Die Finanzverwaltung werde bestrebt sein, in engster Zusammenarbeit mit dem Leiter der Bankenaufsichtsstelle bezw. der Emissionsbank diesen Weg erfolgreich zu beschreiten.

Präsident Naumann schildert eingangs die schweren Belastungen der Ernährungwirtschaft des Generalgouvernements, die durch den Fronteinbruch entstanden seien. Trotzdem habe die Versorgung der Bevölkerung im fünften Kriegswirtschaftsjahr im grossen und ganzen im vorgesehenen Umfang aufrechterhalten werden können. Nur auf dem Gebiet der Fettversorgung habe man den Plan nicht restlos durchhalten können und am 1. Mai dieses Jahres eine teilweise sehr fühlbare Senkung durchführen müssen. Jedoch habe man sich bemüht, entweder durch Sonderzuteilungen oder auch durch laufende Zuteilungen insbesondere an Werk- und Betriebsküchen einen Ausgleich zu schaffen. Ab 1. August trete eine weitere Verbesserung der Betriebsküchensonderzuteilungen in Form von Zuteilungen von Würze und Suppenmehl in Kraft. Weiter sei die E. und L. bestrebt, durch Sonderzuteilungen (Schmelzkäse, Getreidemehl usw.) die entstandenen Versorgungslücken auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung so abzumildern, daß man im grossen und ganzen auch den Anschluß an die neue Kartoffelernte erreiche.

Die Erwartungen, die man in den Verlauf der zurückliegenden Erzeugungsschlacht gesetzt habe, seien dank des hervorragenden Einsatzes der Millionenzahl der fremdvölkischen Landwirtschaft, dank einer günstigen Natur und dank des Einsatzes aller Dienststellen bis zum letzten Wojt so geglückt, daß eine gute Getreideernte heranwachse. Nur in Galizien und im Distrikt Krakau von Reichshof an beginnend stehe der Roggen sehr dünn; zu hoffen aber sei, daß ein Teil der Ausfälle in diesen Gebieten durch den heranwachsenden Weizen ausgeglichen werde. Bei Kartoffeln und Hackfrüchten könne man noch keine Angaben machen. Bei Zucker werde man mit unerhörten Schwierigkeiten zu rechnen haben, da die Anbaufläche für Zuckerrüben infolge der Besetzung des östlichen Galiziens und infolge der Anbauausfälle in Lublin sehr beengt sei. Wahrscheinlich müsse man auf dem Tauschwege mit anderen Ländern Europas versuchen, die Lücke

auch nur in etwa zu schliessen.

Vor dem Generalgouvernement stehe nun die härteste Belastungs- und Bewährungsprobe, die Erfassung der heranwachsenden Ernte. Die bewährten Methoden der 4 vergangenen Jahre würden dabei helfen, insbesondere werde sich die gut bewährte Methode des Prämienplanes noch weiter vervollkommenen und eine neue Serie von Prämienmarken mit dazu beitragen, eine reibungslosere Abwicklung der Erfassungsarbeit durchzuführen. Auf der anderen Seite werde zweifellos die Entwicklung der gesamten Sicherheitsfrage eine entscheidende Bedeutung haben. Im vergangenen Jahr sei es dank der hervorragenden Mithilfe von SS, Polizei und Wehrmacht gelungen, im gesamten Gebiet des Generalgouvernements ein weitgegliedertes Stützpunktsystem aufzubauen, das es ermöglicht habe, bei einer auftretenden gewissen Renitenz der landwirtschaftlichen Bevölkerung sofort zuzupacken.

Momentan seien Besprechungen im Gange, um auch heuer wieder ein solches Stützpunktsystem zu erstellen. Hoffentlich gelinge in gemeinsamer Mithilfe von Heeresgruppe Nord, jetzt wahrscheinlich auch Heeresgruppe Mitte, von Wehrkreis, SS und Polizei und durch die jüngst erfolgte Zusage einer Hilfe durch Reichsführer SS Himmler dieser Aufbau für die Monate August, September, Oktober und November. Dann werde man sicherlich wieder soviel an wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten in die Hand bekommen, um das 6. Kriegswirtschaftsjahr durchhalten zu können. Allerdings werde eine ausserordentlich schwierige Situation auf dem Gebiete der Lagerfrage entstehen. Die E. und L. habe sich bisher bemüht, soviel Lagerraum zu schaffen, um die gewaltigen Erfassungsmaßnahmen in kurzer Zeit durchzuführen. Durch das Hereinkommen verschiedener militärischer Dienststellen habe eine Reihe dieser Lager jedoch abgegeben werden müssen, und auch heute sei man noch nicht am Ende. Nun aber könne kein qm Lagerraum abgegeben werden. Voriges Jahr habe man noch 350 Tausend to Reichsleistungen sofort ins Reich abtransportiert

können. Wenn heuer eine Reichsleistung überhaupt in Frage komme, dann müßten diese Produkte im Lande gelagert werden, da sie nicht ausreichten, den Bedarf der Heeresgruppe und des WiG zu decken. Aus Verkehrsgründen könne man diese Getreidemengen nicht erst nach Mitteldeutschland fahren und dann bei Bedarf wieder zurückholen.

Die für die Prämienaktion benötigten Prämienwaren seien im grossen und ganzen zur Verfügung gestellt, zugesagt von den einzelnen Hauptabteilungen und der Generaldirektion der Monopole. Notwendig sei es, daß diese Zusagen gehalten würden, da sonst der Plan in seiner Gesamtheit gefährdet sei.

Die Reichsleistung bilde z.Zt. den Gegenstand von Verhandlungen. Er habe dabei erklärt, daß in erster Linie die Bedürfnisse der Bevölkerung dieses Raumes zu sichern seien, und daß dann erst über eine Reichsleistung gesprochen werden könne. Das Gleiche gelte auch für die Versorgung der Heeresgruppe oder des WiG. Erst wenn die Erfassung eine bestimmte Höhe erreicht habe, z.B. bei Getreide 1,063 Millionen to, könne das Generalgouvernement an eine Reichsleistung denken. Er glaube, daß die Dienststellen des Reiches einsehen werden, daß bei dem augenblicklichen Stand der Dinge nur nach diesem System gearbeitet werden könne.

Einige Worte zur Verbesserung der Versorgungslage der fremdvölkischen Beamten und Angestellten. Hier habe der Agrarsektor praktisch schon ab 1. September bezw. Oktober 1943 in gewissem Umfang Vorleistungen erbracht. Eine Familie mit 2 Kindern habe damals bei Brot Zulagen von 51%, bei Zucker 47%, bei Marmelade 36%, bei Fleisch 65%, bei Kartoffeln 50%, bei Fett 300% bekommen; von letzterem habe allerdings wieder ab 1. Mai 1944 ein grosser Teil abgestrichen werden müssen. Wenn er ein ehrlicher Hausvater sein wolle, dann könne er jetzt eine Erhöhung der Rationen für die fremdvölkischen Beamten und Angestellten nicht durchführen. Zwei wichtige

Momente aber gebe es, die eine Verbesserung mit sich brächten, nämlich ein weitgehender Ausbau der Betriebs- und Werkküchen und 2. das Binden der fremdvölkischen Angestellten und Arbeiter und ihrer Familien an bestimmte Verteilungsstellen. Dieses System sei bei der fremdvölkischen Polizei ausprobiert worden und habe sich hervorragend bewährt. Durch Einführung dieses Systems für sämtliche fremdvölkischen Angestellten und Arbeiter und ihre Familienangehörigen werde tatsächlich die Menge an Nahrungsmitteln, die vom Distrikt oder der Kreisinstanz zugeteilt worden sei, in diese Hände kommen, und es werde keine Wege geben, die nicht im deutschen Sinne lägen. Wenn nach diesem System gearbeitet werde, dann werde auch hier noch eine weitere fühlbare Verbesserung auf dem Ernährungssektor dieser Kategorie eintreten.

Allen beteiligten Dienststellen danke er herzlich für ihre Unterstützung, und er habe nur den Wunsch, daß die kameradschaftliche Zusammenarbeit weiter so anhalte.

Präsident Gerteis führt aus, daß sich die Auswirkung der Lage an der Ostfront auf die Ostbahn bisher durchaus in erträglichem Masse gehalten habe; sie sei natürlich am größten in den Distrikten Warschau und Lublin. Man habe nicht vermeiden können, daß ein gewisser Rückstau der zur Front laufenden Züge in diesen Distrikten eingetreten sei. Dieser Rückstau bewege sich aber in mässigen Grenzen und könne keine Behinderung des Betriebes darstellen, zumal der Ausbau der Bahnhöfe östlich Weichsel und San fertiggestellt sei. Auch die Rückführung des Räumungsgutes aus Weißrußland habe bisher zu keinen Schwierigkeiten geführt, sodaß die Wagengestellung für die Bedürfnisse des Generalgouvernements seit Mai eine Rekordzahl erreicht habe, die mit 185 Tausend Waggons 45% höher als im Mai 1943 sei. Selbstverständlich arbeitete davon der grössere Teil für die Wehrmacht.

Im Bezirk habe ein grösserer Luftangriff auf Bahnhöfe mit grösserem Schaden bei der Ostbahn stattgefunden. Hier könne er feststellen, daß alle beteiligten Behörden und die Wehrmacht sich mit allen Mitteln zur sofortigen Beseitigung der Schäden eingesetzt haben, sodaß der Betrieb gleich wieder hätte aufgenommen werden können. In dieser Hinsicht erinnere er daran, daß ein Erlaß des Reichsführers SS Himmler den Behörden und der Wehrmacht es zur Pflicht gemacht habe, der Bahn bei der Beseitigung solcher Schäden sofort mit allen Mitteln zu helfen. Den Erlaß des Führers, wonach die Rüstungsindustrie davon ausgenommen sei, bezeichnet Präsident Gerteis als nicht sehr ins Gewicht fallend, da sich eine Aushilfe durch die Rüstungsindustrie in sehr bescheidenen Grenzen halte.

Die Sicherheitslage habe sich seit der Aktion im Bilgorajer Wald leicht gebessert. Die Bahnlinie Lublin-Zamosc-Rawa-Ruska-Lemberg sei wieder voll in Betrieb. Das Personal habe sich inzwischen von 150 Tausend auf 135 Tausend vermindert, das seien daß Personal der verlorenen Teile von Galizien und diejenigen, die an den Spitzenstrecken vom Dienst fern blieben. An ihre Stelle seien 21 Tausend Deutsche in den fordersten Strecken eingesetzt.

Die Ernährungslage sei bis auf die Fettversorgung an sich befriedigend. Hier sei die Differenz zwischen der Fettversorgung der Rüstungsbetriebe und der vergleichbaren Teile der Ostbahn so groß, daß Auswirkungen nicht ausbleiben könnten. So sei in den Ausbesserungswerken in Warschau mit ihren 8 000 Arbeitern die ausbleibende Zahl wieder auf 30% gestiegen gegenüber früher 10 bis 12%. Dieser Zustand wirke sich natürlich auf die Ausbringung reparierter Loks und Wagen aus. Vielleicht könne man nach der neuen Ernte eine andere Verteilung eintreten lassen, daß die vergleichbaren Teile mit der Rüstungsindustrie ungefähr die selben Rationen bekämen.

Die Lohn- und Gehalterhöhung werde der Ostbahn 75 Millionen kosten.

Auf dem Bausektor sei die Rochade-Linie von Malkinia über Lublin nach Przemysl am 1. August fertiggestellt. Neue Forderungen des OKW erstreckten sich auf den Ausbau der Beskidenbahn, der Strecke Tschenstochau-Kielce und der Bahn von Krakau nach Tunel. Ein weiteres dringendes Bedürfnis sei die Fertigstellung der Ersatzausbesserungswerke in Krakau und Tarnow für die in Galizien verlorenen Werke Lemberg, Stanislau und Stryj. Derzeit leide der Bau an Zementmangel.

Der Finanzjahresabschluß 1943 sei fertiggestellt und werde in kurzer Zeit vorgelegt. Das Jahr 1943 sei das wirtschaftlich beste Jahr gewesen, das die Ostbahn bisher erlebt habe. Die Einnahmen hätten ermöglicht, alle notwendigen Rückstellungen vorzunehmen und auch die ausreichende Rücklage zu dottieren.

Grosse Sorgen bereite die Entwicklung in diesem Jahr. Der Rückgang der Einnahmen sei ausserordentlich groß, während sich die Ausgaben gegenüber denen des Jahres 1943 noch gesteigert hätten. Die Schuld dafür liege in dem grossen deutschen Personal, daß sich von 9 000 auf 21 000 Leute gesteigert habe, und im Rückgang der Zugleistungen unter die Leistungen des Jahres 1942. Weiter sei daran Schuld ~~durch~~ die Belastung der Beförderungssteuer, Erhöhung der Löhne für Nichtdeutsche (75 Millionen) und Erhöhung des Tagegeldes für die Deutschen (ungefähr 30 Millionen). Ein Ausgleich im Jahre 1944 werde sich nach dem jetzigen Stand der Einnahmen und Ausgaben nicht ermöglichen lassen; es werde daher notwendig sein, bald an eine Erhöhung der Beförderungspreise heranzutreten, oder der Ostbahn irgendwelche Erleichterungen zu gewähren, damit der Jahresabschluß kein Minuszeichen aufweise.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp berichtet kurz über die gegenwärtige Tätigkeit der Widerstandsbewegungen. Die Nationale Widerstandsbewegung habe ständig mobilisiert und ihre Kräfte verstärkt, auch die Kommunistische Widerstandsbewegung habe offenbar unter dem Druck sowjetrussischer Führer eine Verstärkung ihrer Kraft erfahren. Eine Aufstandgefahr bestehe aber augenblicklich nicht, da von England ein Aufstand z.Zt. nicht gewünscht werde. Daher könne er für die nächste Zeit eine günstige Prognose stellen. Andererseits würden Sabotageakte demnächst wohl zunehmen.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt führt aus, daß die Arbeit der Forstverwaltung in den letzten Wochen und Monaten in erster Linie der Bereitstellung des erforderlichen Holzes für den Stellungsbau in der östlichen Hälfte des Generalgouvernements gegolten habe. Trotz aller Schwierigkeiten habe dieser Bedarf wie auch der allerwichtigste Bedarf sonst z.B. für die Eisenbahn noch leidlich gedeckt werden können. Im Distrikt Galizien sei der Betrieb wieder einigermassen in Gang gekommen; die grossen Sägewerke in den Karpaten arbeiteten wieder, und auch die Holzabfuhr laufe im allgemeinen unter dem Schutz der Wehrmacht. Im Distrikt Lublin habe man nach Beendigung der Großaktion einen generellen Holzmobilmachungsplan aufgestellt, der vorsehe, daß die noch vorhandenen 150 000 Festmeter Holz herausgebracht, in den Sägewerken eingeschnitten und dann der Front zur Verfügung gestellt werden könnten. Es sei vorgesehen, daß mit Hilfe von 7 Stützpunkten, für die die Wehrmacht Truppen bereitstellen werde, 12 grössere Sägewerke in Gang gesetzt würden. 900 Gespanne seien in das Gebiet gebracht worden, und man wolle versuchen, noch vor Beginn der Ernte möglichst viel Holz herauszuholen.

In den Distrikten Warschau und Krakau Laufe der Betrieb verhältnismässig gut. In einzelnen Kreisen des Distrikts Radom sei der Betrieb zum Erliegen gekommen.

Man wolle aber versuchen, mit Hilfe der Wehrmacht die Holzwirtschaft in diesen Gebieten wieder aufzunehmen, vor allem angesichts der Tatsache, daß die Wehrmacht jetzt eine Tankholzaktion starte, da sie sich weitgehend auf Generatorfahrzeuge umstellen wolle. Die Wehrmacht sei bereit, Kräfte für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, und zwar für das Gebiet im Distrikt Radom 1 Bataillon, ebenso für das zweite Gebiet im Bilgorajer Wald, auf das sich die Tankholzaktion ebenfalls erstrecken solle. In einem dritten Gebiet, das in den Beskiden zwischen Neu-Sandez und Sanok liege, solle hauptsächlich die Luftwaffe eingesetzt werden.

Die Leistung in den 3 westlichen Distrikten sei trotz der erschwerten Verhältnisse besser gewesen als im letzten Jahr, was wohl in der Hauptsache der Auswirkung der Holzmobilmachung zu danken sei. In den drei Distrikten Krakau, Warschau und Radom sei bis zum 1. Juli 1944 zum mindesten noch mehr Holz herausgefahren worden als im vorigen Jahr. Aber diese Mehrleistung reiche nicht aus, um die grossen Ausfälle in den Distrikten Lublin und Galizien absolut auszugleichen. Deshalb müsse man in diesem Jahr dafür sorgen, daß die Abfuhr, die ja während der Ernte einen gewissen Rückgang erleide, auch während der Ernte möglichst in Gang bleibe.

Die Versorgungsgrundlage für die Front und die Kriegswirtschaft sei im Generalgouvernement auf etwa ein Siebentel zurückgegangen. In den besten Zeiten habe die siebenfache Waldfläche der gegenwärtig zur Verfügung stehenden ausgenutzt werden können. Man könne jetzt die Produktion nicht einfach versiebenfachen, weil ja die Produktionsmöglichkeit in erster Linie von der Arbeiter- und Transportkapazität abhänge. Deshalb sei es unbedingt notwendig, daß das Reich nunmehr an der Versorgung der Ostfront, der Rüstungsindustrie und der Kriegswirtschaft des Generalgouvernements teilnehme.

Mit dem Reichsforstamt geführte Verhandlungen seien im besten Einvernehmen verlaufen, man habe eingesehen, daß sich das Reich hier beteiligen müsse. In der Praxis hätten sich allerdings gewisse Schwierigkeiten ergeben, und die Durchführung der geplanten Hilfe gehe nur sehr zögernd vor sich. Es handle sich hier aber um eine Frage, von deren Lösung weitere Versorgung abhänge. Er bitte deshalb, dem Herrn Generalgouverneur in den nächsten Tagen über diese Frage einen Sondervortrag halten zu dürfen, mit dem Ziel, daß sich der Herr Generalgouverneur persönlich einschalte.

Die Harznutzung und die Nebenproduktion der Forstverwaltung leide auch unter der Sicherheitslage. Sie sei aber schließlich nicht so wichtig wie die Holzversorgung. Jedenfalls hänge die weitere Entwicklung in erster Linie von der Gestaltung der Sicherheitslage und der Möglichkeit ab, Exekutivkräfte bereitzustellen. Wenn die Forstverwaltung genügend Exekutive zur Verfügung hätte, dann wäre es der Forst- und Holzwirtschaft des Generalgouvernements möglich, auch den größten denkbaren Stoßbedarf in kurzer Zeit zu befriedigen. Wenn diese Exekutive auch für absehbare Zeit nicht in genügendem Masse zur Verfügung stehen werde, so werde doch die Forstverwaltung versuchen, unter den gegebenen Verhältnissen das Möglichste zu erreichen.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang Kenntnis davon, daß sich Generalfeldmarschall Milch in einem Schreiben bereit erklärt habe, dem Antrage des Generalgouverneurs wegen der "Delta" zu entsprechen. Die "Delta" werde in die Forstverwaltung eingebaut, erhalte eine eigene Handelsgesellschaft und werde dem Befehl der Forstverwaltung unterstellt.

Präsident Struve führt aus, daß die Reichsleistung für die Arbeitergestellung mit 67 315 Mann zu 67% erfüllt sei. Die Weiterführung dieser Aktion laufe ohne Beunruhigung des Landes, und es sei anzunehmen, daß das Kontingent zum Ende des Jahres zu erfüllen sei. Der Dis-

trikt Warschau habe sein Kontingent zu 100% erfüllt. Vorgesehen sei, daß die aus dem Reichskommissariat Ukraine eingesiedelten Menschen ohne weiteres für die Arbeit im Reich vermittelt würden und ihre Zahl auf die Leistung des Generalgouvernements angerechnet werde.

Die Tätigkeit der Arbeitsämter im Generalgouvernement habe angesichts des gewaltigen Bedarfs der Wehrmacht an Arbeitskräften eine erhebliche Zunahme erfahren. Bezeichnend bei dieser Zunahme der Tätigkeit sei eine sehr scharfe Konzentration in den wichtigsten Fertigungen. Nicht berücksichtigt seien dabei die Zuweisungen für die Baumaßnahmen sowohl hinsichtlich des Strassenbaues wie des Bauprogramms der Ostbahn und der Festungsarbeiten. Die Wehrmacht sei damit die stärkste Bedarfsträgerin an Arbeitskräften geworden. Der Bedarf der Rüstungsindustrie habe immer gedeckt werden können. Schwierigkeiten bereite nach wie vor die Bereitstellung von Spitzenkräften, von Facharbeitern usw., die nicht mehr in dem gewünschten Umfange zu finden seien. Deshalb müßten auch nach Ansicht der Rüstungsinspektion und der maßgebenden Reichsdienststellen Unternehmungen, die eine Produktion im Generalgouvernement aufnehmen wollten, Führungspersonal und entsprechende Fachkräfte mitbringen.

Ministerialrat Rhetz nimmt zur Frage der Tariflöhne Stellung und weist darauf hin, daß die Hauptabteilung Arbeit in Anlehnung an die Erhöhung der Beamtengehälter der Fremdvölkischen die Tarifordnung für im öffentlichen Dienst beschäftigte Angestellte und Arbeiter neu ausgearbeitet habe. In enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Finanzen seien die Erhöhungssätze errechnet und auf die gleiche Höhe gebracht worden. Kleine Unterschiede hätten sich daraus ergeben, daß bei den Beamtengruppen nur ein einziger Satz neu festzusetzen gewesen sei, während bei den Angestellten lebensaltermässig acht Sätze neu zu berechnen gewesen seien. Auch hier sei wie bei den Beamten mit Sonderzulagen gearbeitet worden, und die Erhöhungen hielten sich im gleichen Rahmen. Für die freie Belegschaft habe man bereits im

Mai versuchsweise eine neue Tarifordnung als Richtlinie durchzusetzen begonnen. Aus der freien Wirtschaft habe man zahlreiche zustimmende Mitteilungen erhalten und könne daraus entnehmen, daß man mit diesen Sätzen etwa das Richtige getroffen habe. Auch für die freie Wirtschaft beständen jetzt keine Bedenken, die von dem Generalgouverneur angeordnete Erhöhung unter Berücksichtigung der neuen erhöhten Sätze für die Privatwirtschaft durchzuführen. Es werde nicht schwierig sein, vom 1. April 1944 an in Übereinstimmung mit dem Sektor der öffentlichen Hand zu einer befriedigenden Regelung zu kommen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß die Frage, ob nicht über diese finanziellen Zuwendungen an die fremdvölkischen Beamten und Angestellten hinaus noch sachliche Zuwendungen erfolgen sollten, ihn ebenso wenig interessiere wie die Frage, was die fremdvölkischen Beamten und Angestellten mit den erhöhten Summen machen könnten. Entscheidend sei für ihn ein psychologisch politisches Moment gewesen: es habe sich als dringend notwendig herausgestellt, auch einmal von seiten der Regierung positiv die jahrelange treue und selbstlose Mitarbeit der loyalen fremdvölkischen Beamten und Angestellten anzuerkennen. Diese fremdvölkischen Beamten und Angestellten sähen, daß sich die deutsche Führung dieses Raumes um sie kümmere, und dieses psychologische Moment halte er für ausserordentlich beachtlich besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt.

Der Präsident der Hauptabteilung Gesundheitswesen Professor Dr. Teitge führt aus, daß man die Seuchenlage im allgemeinen als günstig bezeichnen könne. Entsprechend der Jahreszeit habe die Ruhr und auch die Malaria etwas zugenommen. Ostwärts des Bug bestehe in Rußland eine schwere Fleckfieberepidemie. Er habe dem ungarischen Armeekorps auf dessen Ersuchen 20 000 Portionen Fleckfieberimpfstoff und auch Typhusimpfstoff zur Verfügung gestellt. Im Distrikt Krakau sei diese Gefahr beseitigt worden, lediglich im Distrikt Galizien sei z.Zt. eine

erhebliche Zunahme der Fleckfiebererkrankungen festzustellen. Sie sei auf die Kriegsereignisse zurückzuführen und könne von der Gesundheitsverwaltung nicht bekämpft werden, weil sie in den besetzten Zonen nicht arbeiten könne. - Nach ihm gewordenen, allerdings nicht nachprüfbaren Berichten solle in Kiew Cholera und Pest ausgebrochen sein.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Oberführer Bierkamp, aus Aussagen von Gefangenen und Überläufern ergebe sich, daß in der Nähe der Front Fleckfieber und noch eine andere Krankheit, deren Name ihm nicht bekannt sei, herrschten. In der Gegend von Schitomir-Kiew solle Cholera ausgebrochen sein, es werde auch von Pest gesprochen.

Professor Dr. Teitge bemerkt, daß von der Gesundheitsverwaltung das Notwendige veranlaßt worden sei. Er habe Präsident Dr. von Craushaar gebeten, eine Aktion zu diesem Zweck durchzuführen. Man lasse Impfstoff sowohl gegen Pest wie gegen Cholera herstellen, mit dem die Deutschen geimpft werden könnten. Leider sei es vorgekommen, daß Entlausungsanstalten durch Belegung mit Wehrmachtsteilen ihrem eigentlichen Zweck entfremdet worden seien. Dabei seien auch für die Entlausung wichtige Anlagen und Apparate zerstört worden. Der Wehrkreisarzt habe den Befehl erlassen, daß Entlausungsanstalten nicht als Unterkünfte benutzt werden dürften. Auch Präsident Dr. von Craushaar wolle den Kreishauptmännern die Weisung geben, dafür zu sorgen, daß die Entlausungsanstalten nicht ihrem Zweck entfremdet würden.

Schwierigkeiten mache gegenwärtig die Luftschutzfrage. Der Befehl des Reichsministers Dr. Goebbels, nach welchem die Deutschen aus den Krankenhäusern entfernt werden sollten, sei z.Zt. noch nicht durchgeführt. Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichsluftfahrtministeriums wollten die Krankenhäuser aus diesem Grunde besichtigen. Das Deutsche Distriktskrankenhaus verfüge über ausgezeichnete Luftschutzanlagen,

und ein Grund für eine Evakuierung dieses Krankenhauses z.B. liege nicht vor. Die Hauptabteilung Gesundheitswesen verfüge über keine Räume, in die die zu entfernenden Kranken gebracht werden könnten. Gleichwohl habe das Reichsluftfahrtministerium 300 Betten in Zakopane der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt.

Präsident Bauder berichtet über die Tätigkeit der Bauverwaltung. Sie sei durch die Ereignisse an der Front und die Entwicklung auf dem Rüstungssektor stark beeinflußt. Hinsichtlich des Rüstungssektors sei es bis heute gelungen, die an sich unmöglich erscheinenden Termine vollkommen durchzuhalten. Das sei nur möglich gewesen, weil diese Arbeiten von allen Dienststellen des Generalgouvernements in vorbildlicher Weise unterstützt worden seien. Natürlich sei es unmöglich, daß gleichzeitig mit einer ungeheueren Steigerung der Kapazität die Mengen an Rohstoffen, Zement, Holz und Treibstoff in noch grösserem Ausmasse als bisher gekürzt würden. Die Lage hinsichtlich der Beschaffung des notwendigen Zements sei absolut katastrophal. Z.Zt. ständen nur noch 5% des Zements zur Verfügung, der früher habe verarbeitet werden können.

Der Strassenbau sei weitgehend durch die Ereignisse an der Front bedingt. In dem Gebiet westlich Galizien seien gegenwärtig 75 km im Bau, in Galizien selbst 1 000 km. 2 400 km Strassen müßten instand gehalten werden. Dazu komme die Verstärkung sämtlicher Brücken für eine Belastung von 48 to. Es sei gelungen, dank der Mithilfe der Forstverwaltung auch diese Arbeiten bis zu 60% fertigzustellen. Im Distrikt Lublin seien 680 km Strassen neu instand zu setzen. Weitere grosse Vorhaben der Heeresgruppe Mitte seien gefordert. Was den Energiesektor angehe, so seien 300 km Leitung im Laufe dieses Jahres fertiggestellt worden, weitere 380 km seien im Bau. Das Kraftwerk Krosno sei jetzt für 33 000 kW ausge-

baut, in den nächsten Monaten werde der Endausbau für 50 000 kW fertiggestellt sein.

Gewisse Besorgnisse beständen hinsichtlich der Entwicklung auf dem Gebiet des Luftschutzes. Fertiggestellt bezw. noch im Bau seien 823 Bauvorhaben mit einem Kostenaufwand von 125 Millionen Zloty. Man müsse überlegen, ob hier nicht vielleicht im einzelnen doch etwas zu weit gegangen wäre. Maßgebend dafür sei ja auch, inwieweit die Hauptabteilung Finanzen in der Lage und gewillt sei, die finanzielle Belastung zu übernehmen.

IX/8
4

IX/8
4/1

Präsident Dr. Eichholz führt aus, daß in den Distrikten Galizien und Lublin der Betrieb in allen Schulen zum Stillstand gekommen sei. In Warschau habe man die Schulen wegen erhöhter Luftgefahr schliessen müssen. Einzelne Schulen in den östlichen Kreisen des Distrikts Krakau lägen ebenfalls still, die Kinder habe die HJ nach Niederschlesien und dem Sudetengau verschickt. Beim nichtdeutschen Schulwesen zeige sich ungefähr der gleiche Zustand. Für die Ukrainer habe man in Krynica ein Gymnasium errichtet, das gut besucht werde und den Ukrainern die Möglichkeit gebe, den Abschluß ihres Gymnasialstudiums durchzuführen. Die Fachkurse in Lemberg seien bereits seit Ende März geschlossen, nur die forstwirtschaftliche, medizinische und tierärztliche Abteilung führten noch einen beschränkten Betrieb weiter.

Die Bibliotheken in Lemberg und Lublin seien zwar noch in Betrieb, aber die vom Standpunkt der deutschen Fachliteratur wertvollen Bücher seien bereits in Sicherheit gebracht worden. Eine ähnliche Aktion werde demnächst in der Staatsbibliothek Warschau durchgeführt.

Auf die Worte des Präsidenten Dr. Eichholz, daß die schon seit langem angekündigte Übergabe des Amtes für die Pflege alter Kunst noch nicht durchgeführt sei, erklärt auf Befragen durch den Herrn Generalgouverneur Ministerialrat Dr. Weh, daß die Angelegenheit vorbereitet und am 12. Juli stattfinden werde.

Präsident Dr. Lauxmann weist in seinen Ausführungen auf ein Problem hin, das die Deutsche Post Osten in den letzten eineinhalb Jahren in steigendem Masse beschäftigt habe. Infolge der Einrichtung nur noch kriegswichtiger Fernsprechanschlüsse nehme die Zahl der Vielsprecher ständig zu, während die der Wenigsprecher abnehme. Auf diese Weise sei auf dem Fernmeldegebiet eine Verknappung und Versteifung eingetreten, der die Anlagen nicht mehr gewachsen seien. Vor fast einem Jahr habe man dem durch die Einteilung der Gespräche in 3 Gruppen

zu begegnen versucht: Sondergruppe für wichtige Gespräche der Wehrmacht und dringende Staatsgespräche, Gruppe 1 für Gespräche der deutschen Dienststellen und die Rüstungsfirmen, Gruppe 2 für Gespräche der deutschen Firmen und einige polnische Zulieferfirmen der Rüstungsindustrie. Auf Grund dieser Gruppeneinteilung könne man heute die Feststellung machen, daß in den wichtigsten Stunden der Fernmeldeverkehr nur noch Sache der Deutschen sei. An Hand der gesammelten Erfahrungen in Galizien sei die Post dazu übergegangen, heute schon in sämtlichen Distrikten in der Post wieder zwischen Dienstpost und allgemeiner Post zu unterscheiden, damit, sollte es die Frontlage erforderlich machen, ohne weiteres die allgemeine Post eingeschränkt werden könne. Sämtliche Deutschen, die bei deutschen Dienststellen beschäftigt seien, könnten Dienstpost versenden, ausserdem auch nichtdeutsche Firmen, die einen entsprechenden Antrag des Kreishauptmanns oder der Rüstungsinspektion beibringen würden.

Der Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle führt aus, daß der Sonderdienst als zusätzliches Instrument der Verwaltung auf Grund eines Befehls des Herrn Generalgouverneurs weiter ausgebaut werde. Bis heute habe er eine Stärke von 3 000 Mann gehabt. Nun aber seien dem Sonderdienst Aufgaben übertragen worden, die denen der früheren nicht mehr vergleichbar seien. Aus diesem Grunde habe der Herr Generalgouverneur befohlen, eine andere Gliederung des Sonderdienstes, der bisher in Kommandos aufgeteilt gewesen sei, vorzunehmen. Diese Umorganisation habe begonnen, und der Sonderdienst stehe jetzt mit 7 Bataillonen, davon 5 in den Distrikten in Stärke von 3 bezw. 2 Kompanien. Jeder Gouverneur habe für seinen Distrikt ein Bataillon zur Verfügung. Diese Organisationsänderung sei aber nicht etwa mit einer Verringerung des Einflusses des Kreishauptmanns auf sein Kommando verbunden. In den Kommandos selbst würden keine

4/3

personellen Veränderungen vorgenommen. Die Umorganisation sei notwendig gewesen, um den Befehl des Herrn Generalgouverneurs, vermeidbare Verluste auszuschalten, durchzuführen, denn in Form des losen Aufbaues der bisherigen Kommandos sei diese Forderung nicht zu erfüllen gewesen. Diese Umorganisation habe man jedoch erst durchführen können, als auf eine persönliche Anordnung Generalfeldmarschalls Keitel Generalleutnant Schmundt verschiedene Offiziere und Unteroffiziere zur Führung und Ausbildung der Einheiten abgegeben habe. Diese Offiziere hätten ihren Dienst angetreten und ihre erste Aufgabe bestehe z.Zt. darin, die Sonderdienstangehörigen waffenmässig zu überholen und weiter auszubauen.

Während der Sonderdienst früher vor allem für Dolmetscherdienste, Steuerneintreibungen und Ordonanzdienste eingesetzt gewesen sei, müsse er heute eine Bandenbekämpfungstätigkeit ausüben. Aus diesem Grunde sei eine andere Bewaffnung erfolgt und auch eine andere Ausbildung. Er bitte die Gouverneure um Einwirkung bei den Kreishauptleuten, ihren Sonderdienstkommandos die zur Ausbildung notwendigen Tage unbedingt zur Verfügung zu stellen.

Bei der Rekrutierung von Ersatz ergäben sich bei dem kleinen Reservoir an Volksdeutschen grosse Schwierigkeiten, da von hundert Einberufenen fünfzig bis sechzig von den Dienststellen der Verwaltung und den kriegswichtigen Betrieben als unabkömmlich erklärt werden. Diese Leute würden auch meist uk gestellt. Mit Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs würden nunmehr seit einigen Wochen erstmals Deutschstämmige eingezogen. Dies stelle ein gewisses Wagnis dar, da diese Leute zu einem wesentlichen Teil polnisches Blut besässen. Die erste jetzt abgeschlossene Ausbildung habe aber gezeigt, daß sie mit Lust und Liebe ihren Dienst machten und als zuverlässig betrachtet werden könnten. Sie kämen im Laufe dieser Tage zum Einsatz und würden insbesondere dem neu aufgestellten Sicherungsbataillon zugeführt.

Die Verstärkung des Sonderdienstes sei an den zur Verfügung stehenden Raum gebunden. Im Ersatzbataillon Krakau könnten 400 Rekruten für ihre dreimonatliche Ausbildungszeit Aufnahme finden. Eine Vergrösserung dieser Zahl sei nur möglich, wenn die Wehrmacht einen Teil der Ausbildung abnehme. Seiner Ansicht könnten aber auch die zur Verfügung stehenden 3 000 Mann des Sonderdienstes noch zweckmässiger eingesetzt werden. Heute noch würden die Sonderdienstangehörigen zu sehr für Bodendienste, Steuereintreibung, Ordonanzdienste usw. eingesetzt. Dies sei in der Jetztzeit nicht mehr zu verantworten, und die Wehrmacht stelle diese Leute nur uk, damit sie als Waffenträger die gleichen Aufgaben wie die Wehrmacht erfüllten. Deshalb sei es erforderlich, daß die Aufgaben, die früher der Sonderdienst durchgeführt habe, von zuverlässigen polnischen Angestellten gemacht würden, damit der Gouverneur sein Bataillon jeweils an Brennpunkten einsetzen könne.

Gerade jetzt, da man Deutschstämmige einziehe, sei das Gebiet der Schulung und Fürsorge sehr wichtig. Diese Menschen besässen keine Vergangenheit wie die jungen Reichsdeutschen, kämen nicht aus der HJ, sondern würden erstmals beim Sonderdienst mit dem Gedankengut der nationalsozialistischen Weltanschauung vertraut gemacht. Deshalb sei es erforderlich, daß sich die Kreishauptleute persönlich um diese Leute annähmen. Man habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß dort, wo der Kreishauptmann gute Bindungen zu seinem Kommando habe, er sich im Moment der Gefahr auf sie verlassen könne. Es gehe nicht an, daß man sich um den einzelnen Mann kaum kümmere, alles dem Kommandoführer überlasse, und daß man dann in ernster Gefahr erwarte, daß die Leute den Schutz der Verwaltung übernähmen und hundertprozentig ihren Mann stellten. Der Staatssekretär für das Sicherheitswesen Koppe habe angeordnet, daß beim Sonderdienst sofort die Stellung eines Fürsorgeoffiziers eingerichtet werde, der sich um die persönlichen Angelegenheiten der Sonderdienst-

angehörigen kümmern solle.

Der Herr Generalgouverneur unterstützt die Bitte des Inspekteurs Dr. Hammerle und ersucht die Gouverneure, ihre Kreishauptleute anzuweisen, sich um den Sonderdienst in stärkerem Masse anzunehmen. Wenn man einem Kreishauptmann Sonderdienstmänner zur Verfügung stelle, müsse sich dieser auch persönlich um die Leute kümmern. Für die Zurverfügungstellung neuer Ausbilder spreche er General Schmundt und Oberst Fischer seinen Dank aus. Der Sonderdienst als verwaltungstechnische Hilfstruppe müsse erhalten bleiben. Er dürfe zu polizeilichen Aufgaben nur herangezogen werden, wenn Not am Mann sei. Es habe sich gezeigt, daß bei der Bandenbekämpfung eingesetzte zu kleine Trupps den Banditen ausgeliefert seien. Aus diesem Grunde habe er die Neueinteilung verfügt, das ändere jedoch grundsätzlich nichts am Charakter oder den Aufgaben des Sonderdienstes.

Präsident Dr. Senkowsky möge den Etat für den Sonderdienst nicht mehr im Polizeietat führen, sondern ihn in den Etat der Hauptabteilung Innere Verwaltung übernehmen.

Auch beim Baudienst müsse eine ähnliche Fürsorge für die einzelnen Baudienstangehörigen Platz greifen. Ein persönlicher Kontakt sei von ungeheurer Wichtigkeit.

Landesinspekteur Schalk bezeichnet die Feststellung und den Umfang der Schäden der Kriegseinwirkung in Galizien und Lublin und die Auflockerung der Güter als die in Bearbeitung befindlichen Aufgaben der Landesinspektion.

Über die Aktion im Distrikt Lublin lasse sich abschliessend sagen, daß neben dem militärischen Erfolg, den die Wehrmacht mit den anderen unterstellten Verbänden den Terror- und Banditengruppen in Form von menschlichen und materiellen Einbussen zugefügt habe, in diesem Gebiet auch eine grosse moralische Wirkung erreicht worden sei. Die fremdvölkische Bevölkerung sei durch die Tatsache, daß das Deutsche Reich bei den jetzigen starken Belastungen an allen Fronten eine

derartige waffenstarke Macht zu einem solchen Unternehmen zusammenziehen könne, sehr stark beeindruckt worden. Es sei anzunehmen, daß die Sicherheitslage positiv beeinflußt werde, wenn nun der Befriedungsplan in Kraft trete und die vorgeschlagenen Stützpunkte durch die Wehrmacht bezogen seien. Der Zweck, das Holz aus diesen Gebieten abzufahren, sei wohl erreicht worden.

Gouverneur Kundt macht Ausführungen zu den verschiedenen von den Hauptabteilungspräsidenten vorgetragenen Themen. Präsident Eißfeldt habe bereits andeutungsweise auf die Lage der Holzerfascung in Radom hingewiesen. Im ganzen Gebiet des Forstaufsichtsamtes Konskie und Kielce stocke die gesamte Holzabfuhr, Fällung und selbst die Harzerfassung. Die Banden vertrieben die willigen Holzfäller und selbst die Harzsammler aus dem Wald, sodaß die Erfüllung eines diesem Holzgebiet in bescheidenem Rahmen auferlegten Kontingentes nicht erreicht werden könne. Heute werde abgesehen von Störungen in den Sägewerken selbst das gefällte Holz gestohlen. So seien im Forstaufsichtsamt Kielce insgesamt 50 000 Festmeter Holz entwendet worden. Wenn die Holzleistungen erfüllt werden sollten, dann müßten unbedingt in diesen Gebieten Stützpunkte gebildet werden, die einerseits eine feste Sicherheit darstellten und andererseits ziffernmässig sich so ergänzten, daß die Banden nicht in der Lage seien, die Holzarbeiter und die Fuhrwerke zu vertreiben. Die Tätigkeit der Banditen in diesem Gebiet dürfte wohl deswegen zugenommen haben, weil die Banditer sicherlich von der entscheidenden Bedeutung dieses Waldgebietes nach dem Ausfall des Ostens wüßten und weil sie in diesen Wäldern Ausbildungsübungen vornehmen wollten. Augenblicklich seien alle Umlagen in Holz und Harz nicht zu erfüllen. Die Wehrmacht müßte nicht nur wie jetzt zur Gewinnung von Tankholz einige Sicherungskräfte zur Verfügung stellen sondern auch Kräfte, um das für den Stellungsbau benötigte Holz aus diesen Wäldern herauszuholen.

Ein zweiter Punkt sei die Arbeitskräfteerfassung für die sogenannte Weichselregulierung an der ganzen Ostgrenze des Distrikts. Die Verwaltung habe auf Grund des Wunsches der Wehrmacht sofort den Apparat aufgestellt, um die benötigten Arbeitskräfte in kürze für den Bau heranzubringen. Bei ihm sei der Apparat binnen 1 Woche vollständig fertig gewesen, und die psychologischen Auswirkungen der ersten Werbungen seien ausserordentlich gut gewesen. Nun habe aber die Wehrmacht das von ihr als vordringlich bezeichnete Programm nicht sofort begonnen, sodaß die Einberufungen erst mehrere Wochen später hätten erfolgen können. In der Zwischenzeit hätten die kommunistischen Banden und gewisse nationale Widerstandsbewegungen eine starke Gegenpropaganda betrieben, sodaß von den für den Abschnitt am San einberufenen Arbeitskräften nur 16% erschienen seien. Er habe die Wehrmacht gebeten, zur Erfassung der Kräfte Formationen einzusetzen, die aber in den meisten Kreishauptmannschaften nicht vorhanden wären. Da die Wehrmacht offensichtlich termingemäß zum Baubeginn nicht fertig gewesen sei, aber auf der anderen Seite von der Verwaltung die Sofortleistung verlangt habe, müsse man jetzt Methoden einschlagen, die nicht wünschenswert seien. Er hoffe aber, daß man mit der Zeit die benötigten Kräfte heranbringe.

Ein drittes Problem stellten die deutschen Schulen dar. Bis jetzt sei es ihm auf Grund von Verhandlungen mit der Oberfeldkommandantur und mit Hilfe der Unterstützung des WiG gelungen, Einquartierungen in deutschen Schulen hintan-zu-halten, bis auf 2 Schulen, in die Lazarette gelegt worden seien. Nun kämen aber aus dem Osten grosse Stäbe, die die einzige grosse deutsche Oberschule in Tomaschow beanspruchten, wodurch der ganze Erziehungserfolg der letzten Jahre hinfällig würde. General Bork zeige zwar absolutes Verständnis, die Forderungen der Luftwaffe seien jedoch sehr umfangreich.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Kundt, die Angelegenheit mit dem Verbindungsoffizier zu besprechen.

Gouverneur Dr. Wächter führt aus, daß er im Gegensatz zu der ziemlich ernsten Darstellung der Lage des Distrikts Galizien in der letzten Regierungssitzung diesmal einen positiveren Bericht geben könne. Die Verhältnisse im Distrikt Galizien hätten sich in den zurückliegenden 3 Monaten in einer nicht erwarteten Weise wieder gefangen. Die Stabilisierung der Front habe in kürzester Zeit eine Festigung der Haltung der Bevölkerung und einen Wiederaufbau im ganzen Verwaltungssektor nach sich gezogen. Dabei müsse er unterstreichen, daß ein ausgezeichnetes Verhältnis zur Wehrmacht bestehe, daß die Zusammenarbeit insbesondere mit der Heeresgruppe vorzüglich sei und daß sich diese gute Zusammenarbeit in den Kommandostellen von Woche zu Woche bis zur Fronttruppe fortsetze. Die eltzten Schwierigkeiten hätten deswegen bestanden, weil die vorher eingekesselte Division der ersten Panzerarmee gewisse Sonderrechte für sich beansprucht habe. Aber auch hier habe sich die Verwaltungslinie durchgesetzt.

Die Grundhaltung der Bevölkerung im Distrikt Galizien sei eindeutig antibolschewistisch, und diese Haltung mache ständig Fortschritte. Diese Entwicklung sei besonders erfreulich, da sie zeige, daß die politische Grundhaltung, die vom Herrn Generalgouverneur in den letzten 3 Jahren konsequent fortgesetzt worden sei, ihre Früchte bringe.

Allerdings lasse sich ein ziemlicher Unterschied zwischen der Haltung der Polen und Ukrainer feststellen: die Polen seien offenbar für den Bolschewismus etwas anfälliger. Während z.B. die Vögte, Schulzen, Komitees des ukrainischen Volkstums mit den Deutschen restlos zurückgegangen seien, seien die Polen zurückgeblieben. Schlechte Erfahrungen habe man mit den sogenannten Volks-

deutschen gemacht. Es habe sich gezeigt, daß der Versuch, um jeden Preis irgendwie Deutsche zu erzeugen, in einem solchen Gebiet unzweckmässig sei. So hätten z.B. in Nadworna Volksdeutsche bei den Bolschewisten mit SA-Uniform und bolschewistischen Abzeichen Dienst gemacht. Solche Fälle könne man aber als verschwindende Ausnahmen bezeichnen.

Die Sicherheitslage sei nach wie vor schwierig, habe sich aber nicht weiter versteift. Während man vor Monaten befürchtet habe, daß mit dem Näherrücken der Front die Unruhe grösser würde, könne man jetzt feststellen, daß durch die Verlegung von deutschen Truppen in die Frontzone Ruhe vor den Banditen eingetreten sei.

Die ukrainische Widerstandsbewegung sei infolge ihrer Ablehnung durch die Bevölkerung weitgehend entmachtet, da die Bevölkerung überzeugt sei, daß sie ihr doch nicht helfen könne. Auch die Tatsache, daß die Upa in den Dörfern für ihre Verpflegung ein sehr scharfes Requirierungssystem betreibe, wirke sich in einer Ablehnung durch die Bevölkerung aus. Ein erfreulicher Umschwung sei insofern zu bemerken, als die Bevölkerung, die zuerst unbedingt ihre ukrainische Polizei hätte haben wollen, jetzt lieber deutsche Polizei sehe, da diese gerechter und anständiger handelte. Im grossen und ganzen gehe eine Entwicklung zur Besonnenheit und einer gerechten Würdigung der deutschen Leistungen vor sich.

Eine steigende positive Auswirkung hätten auch die deutschen Polizeimaßnahmen; insbesondere habe das in Galizien angesetzte SS- und Polizeiregiment 4 in den letzten Monaten eine starke Übung in der Bandenbekämpfung bekommen und erziele ausserordentliche Erfolge. Der aus dem Bilgorajer Kessel ausgebrochene und nach Galizien gestossene Bandenteil sei erheblich zerschlagen worden.

Der Einsatz der Verwaltung werde derzeit auf die Erfassung der Wehrpflichtigen konzentriert, um bei einem eventuellen Frontwechsel nach Westen dem Feind keine wehrfähigen Männer in die Hände fallen zu lassen. In den

letzten Wochen habe man in Galizien 120 000 Männer erfaßt, die sich auf bestimmte wehrwichtigste Leistungen des Distrikts verteilten; so z.B. seien im ganzen Frontgebiet 73 000 als Schanzarbeiter eingesetzt, eine Anzahl beim Strassenbau neben der OT usw; 18 000 habe man ins Reich vermittelt und rd. 20 000 hätten sich als Freiwillige für die Wehrmacht oder Waffen-SS gemeldet. Bei der ganzen Aktion handle es sich um Freiwilligkeit, jeder werde gefragt, wohin er wolle. Er freue sich über die Feststellung, daß sich viele für einen Einsatz mit der Waffe entschieden. Dadurch gewinne man eine entscheidende Propaganda der Tat gegenüber der propagandistischen Tätigkeit des Feindes. Die Tatsache, daß es fast kein galizisches Dorf mehr gebe, aus dem nicht Freiwillige ins Reich gegangen seien, wirke sich positiv aus. Auch die neue Aktion der Heranziehung von jungen Ukrainern zwischen 15 und 18 Jahren als Flakhelfer im Reich wirke sich gut aus. Diese Jungen seien politisch noch nicht verbogen, und sie liessen sich in einem echten europäischen Gemeinschaftsgeist erziehen. Bisher seien 5 000 in Lagern erfaßt, und er hoffe, daß man in absehbarer Zeit 10 000 zusammengezogen haben werde.

Die galizische Division sei in diesen Tagen in ihren Frontabschnitt eingerückt, und damit stünden 18 000 ausgebildete Männer des Generalgouvernements an der Front.

Auf dem landwirtschaftlichen Sektor gingen die Dinge recht gut vorwärts. Mit Stolz könne er feststellen, daß sich die Wehrmacht in entscheidendem Masse aus dem Distrikt Galizien verproviantiere. Der Distrikt habe im Vergleich zum vergangenen Jahr jetzt das 10-fache an Leistungen für die Wehrmacht zu erbringen. Beim Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Verwaltung hätten die deutschen La-Führer in entscheidendem Masse mitgeholfen. Er bitte daher die Regierung um Großzügigkeit in der Finanzierung; bis jetzt sei nur die Anstellung von 120 La-Führern bewilligt worden. Jeder dieser La-Führer mache sich in seiner Tätigkeit ungeheuer bezahlt.

Interessant sei, daß die Wehrmacht, die ursprünglich eine radikale Räumung der vorderen Gebiete verlangt habe, nunmehr in der Praxis umstecke. Auch hier müsse man feststellen, daß sich vielfach die Haltung der obersten Chefs sehr schwer nach unten durchsetze und immer nachgedrückt werden müsse.

Sehr im Argen liege der Sektor der Wirtschaft deswegen, weil man im Distrikt vor der Frage stehe: Restlose Räumung oder Wiederaufbau. Die Wehrmacht habe erklärt, daß sie die Betriebe, deren Produktion auf irgendwelche wehrmachtswichtige Dinge umgestellt sei, brauche. Hier trachte die Wirtschaft, einen gewissen Mittelweg zu finden, ob erfolgreich, werde von der Frontlage abhängen. Bis jetzt habe man die Maschinen, die vernünftigerweise wegtransportiert werden mußten, weggeholt, während die Maschinen, deren Beschaffenheit einen Transport nicht aushielten oder für die es keine Ersatzteile gebe, an Ort und Stelle weiter produzierten. Hier bitte er den Präsidenten Senkowsky, die Lemberger Staatsbrauerei an Ort und Stelle zu belassen.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt dazu, daß nur 30 oder 40% der Gesamtproduktion verlegt werden sollen.

Gouverneur Dr. Wächter bittet dann, dem Distrikt Prämienwaren zur Verfügung zu stellen, selbst auf die Gefahr hin, daß eine Frontverlegung kommen sollte. Das Vertrauen der Bevölkerung dürfe unter keinen Umständen enttäuscht werden.

Die Luftangriffe, von denen im Distrikt täglich ungefähr 1 stattfinde, wirkten sich nicht sehr schlimm aus. Auch die Leistungen der Abteilung Forsten seien wieder recht gut in Schwung gekommen, die Sägewerke arbeiteten bis auf das Modernste wieder.

Seine früher vorgebrachten negativen Hinweise wegen der Ungarn könne er heute auf Grund der letzten Erfahrungen zurücknehmen. Nach dem Abziehen der sogenannten Sicherungsdivision und dem Einmarsch der Frontdivision sei eine erhebliche Umkehr erfolgt. Die Ungarn seien jetzt

sehr diszipliniert. Interessant sei auch die Tatsache, daß die Ungarn in ihrer Politik gegenüber der Bevölkerung eine erhebliche Änderung getroffen hätten. Während sie ursprünglich ukrainerfeindlich aufgetreten seien, bemühten sie sich jetzt, gegenüber der Bevölkerung sehr positiv aufzutreten.

Zur Leistung auf dem Holzsektor könne er erklären, daß der Bedarf der Wehrmacht bisher restlos aus dem Distrikt habe gedeckt werden können.

Die Räumungsarbeiten seien zu einem gewissen Abschluß gelangt, nach-dem in den vergangenen Monaten auf diesem Gebiet sehr viel geschehen sei. Die Räumung von Lemberg werde nun von der Wehrmacht nicht mehr verlangt. Darüber sei man sehr glücklich, denn es sei schwer, eine völlig geräumte Großstadt sicherheitsmässig zu halten; Lemberg würde auch in kürze eine völlig zerfallene Stadt werden.

Der Strassenbau mache wieder gute Fortschritte. Auf dem Strassensektor wolle er seine Bitte wiederholen, den Kreishauptleuten in Galizien Volkswagen zur Verfügung zu stellen.

IV/8
5/1

Gouverneur Dr. von Burgsdorff berichtet, daß zunächst die antibolschewistische Einstellung der Ukrainer in den Gebieten östlich des San leider nicht festzustellen gewesen sei, sondern sich doch gewisse probolschewistische Neigungen gezeigt hätten. Mittlerweile sei aber der ukrainischen Bevölkerung klargeworden, daß Stalin wieder die alten Methoden anwende. Dieser Umschwung in der Stimmung zeige sich in den Meldungen für die SS Division Galizien. Noch besser seien die Meldungen der Jugendlichen für die Heimatflak. -- Eine scharfe antibolschewistische Einstellung der Polen könne man jedenfalls für den Distrikt Krakau nicht feststellen. Es sei aber zu erwarten, daß die antibolschewistische Welle auch die Polen erfassen werde. Man dürfe auch nicht verkenne, daß anders als bei den Ukrainern den Polen nicht die Möglichkeit gegeben sei, ihre antibolschewistische Gesinnung zu zeigen, da sie ja weder für die SS Division Galizien noch für die Heimatflak in Betracht kämen.

Die Sicherheitslage im Distrikt Krakau sei im Laufe der letzten Zeit etwas ungünstiger geworden. In den beiden für die landwirtschaftliche Erfassung wichtigsten Kreisen Miechow und Jaroslau fänden in der letzten Zeit dauernd Überfälle durch Banditen statt. Er habe auch etwas Sorge für die weitere Holzaufbringung; denn die Zerstörung der Sägewerke nehme immer mehr zu.

Was die Ernährungslage angehe, so rechne man mit einer 80%-igen Getreideernte. Die Futterernte und auch die Hackfruchternte würden wahrscheinlich geringer sein. Mit der Gemüseanlieferung für die Stadt Krakau sei es etwas besser geworden. Völlig versagt habe aber die Obstversorgung. Die Kreislandwirte legten offenbar auf die Obstversorgung nicht genügend Gewicht, sondern widmeten sich in erster Linie der Erfassung der Lebenswichtigen Nahrungsmittel. Deshalb seien nunmehr scharfe Anweisungen ergangen, und man hoffe, daß dem-

5/2

nächst Krakau besser mit Obst beliefert werden könne. Leider fehlten auch hier wieder die nötigen Arbeitskräfte, und ausserdem seien die Löhne so hoch, daß der Besitzer das Obst nur noch im Schleichhandel verwerten könne, weil er sonst keine Rentabilität finde. In diesem Zusammenhang bitte er den Herrn Generalgouverneur, zu gestatten, daß die beiden Schleichhandelsmärkte in Krakau nunmehr endgültig verboten würden. Er sei sich zwar dessen bewußt, daß infolge einer solchen Maßnahme für die deutschen Haushaltungen vielleicht nicht allzuviel Obst anfallen werde.

Was die politischen Verhältnisse angehe, so müsse er leider feststellen, daß bei den Slowaken die antibolschewistische Stimmung nicht besonders stark zu sein scheine. Er erhalte immer wieder die Meldung, daß slowakische Offiziere und Soldaten die russische Gefahr nicht erkennten. Auch in der Bevölkerung beginne die Erkenntnis der Gefahr des Bolschewismus langsam nachzulassen.

Die Arbeitererfassung für das Reich habe in der letzten Zeit fast völlig versagt. Die Polen und Ukrainer des Distrikts Krakau gingen freiwillig überhaupt nicht mehr ins Reich, sondern müßten mit allen Mitteln dazu gezwungen werden. Trotzdem sei es gelungen, von den angeforderten 20 000 Leuten 73% abzustellen. Ganz andere Erfolge zeitige die Werbung für die Wehrmachtsarbeit am San. Angesichts der entgegenkommenden Haltung der Wehrmacht, die die Menschen in ihrem Heimatgebiet arbeiten lasse, habe diese Werbung glänzend funktioniert. Den Leuten sei auch zugesichert worden, daß der Einsatz nur 2 Monate dauern solle. Er bitte Präsident Struve, sich dafür einzusetzen, daß diese Zusage der Wehrmacht eingehalten werde.

Im Bereiche der Inneren Verwaltung biete die Wohnraumfrage in der Stadt Krakau besondere Schwierigkeiten. Die Überfüllung der Stadt Krakau sei in der letzten Zeit so stark geworden, daß z.Zt. fast überhaupt kein freies

5/3

Zimmer mehr zur Verfügung stehe. Wenn auch die Fragebogenaktion des Stadthauptmanns den Vorteil gebracht habe, daß 1 000 Zimmer hätten zur Verfügung gestellt werden können, so seien diese Zimmer doch sofort wieder belegt worden. Deshalb bitte er die Hauptabteilungen, dafür zu sorgen, daß Betriebe oder Dienststellen mit fremdvölkischer Bevölkerung nicht gerade nach Krakau verlegt würden. Erfreulich sei es, daß Präsident Dr. Teitge die Evakuierung des Distriktskrankenhauses angesichts der vorbildlichen Luftschutzmaßnahmen nicht für notwendig halte. Eine Evakuierung der Krankenhäuser würde zu den größten Schwierigkeiten führen, weil Rabka und Zakopane bereits überfüllt seien.

Gouverneur Dr. Fischer stellt entgegen dem von ihm in der letzten Sitzung gegebenen Bericht fest, daß die Sicherheitslage in den letzten Wochen besonders in den Ostteilen des Distrikts Warschau eine katastrophale Entwicklung genommen habe. Die Westkreise und die Stadt Warschau seien einigermassen befriedet, wobei man natürlich an die Stadt Warschau andere Maßstäbe anlegen müsse, als sie allgemein im Generalgouvernement üblich sei. Die Lage in den Ostteilen habe sich deshalb so verschlechtert, weil an die Stelle von kleineren Banden in Stärke von 30 bis 50 Mann z.Zt. grosse Banden getreten seien, die doch einige hundert Mann umfaßten. Eine nationale Bande, die sich nur aus den Liegenschaftsbetrieben versorge, greife im allgemeinen die Deutschen nur an, wenn sie selber angegriffen werde. Eine andere Bande im Südteil des Kreises Kielce sei bolschewistisch. Die Banden entfalteten in den letzten Tagen eine Großterrortätigkeit. Er habe deshalb schon vor längerer Zeit in örtlichen Besprechungen in Warschau mit der Oberfeldkommandantur und dem SS- und Polizeiführer darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, unverzüglich grössere Aktionen zu unternehmen, um eine Vergrösserung dieser Ban-

5/4

den zu verhindern. Leider habe infolge des absoluten Mangels an Exekutivkräften nichts unternommen werden können. Er müsse überhaupt feststellen, daß sich die Lage in den Ostkreisen deshalb so verschlechtere, weil man aus dem Distrikt Warschau im Laufe der Entwicklung dauernd Kräfte abgezogen habe. So habe die Oberfeldkommandantur beträchtige Teile abgeben müssen, und vor einigen Tagen sei auch ein Polizeibataillon abgezogen worden, und anstelle dieser Kräfte sei keinerlei Ersatz gekommen. Der Sonderdienst sei auch sehr schwach und komme für die Banditenbekämpfung überhaupt nicht in Betracht. Auch habe die Oberfeldkommandantur die Zahl der Sicherungskräfte, die sie noch in den Liegenschaftsbetrieben gehabt habe, wesentlich verringern müssen. Nach alledem sei angesichts der gegenwärtigen Lage für die Ostteile des Distrikts Warschau keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Durchführung der Verwaltungsaufgaben gegeben. Die polizeilich- militärische Belegung der Westkreise sei noch viel schlechter als diejenige der Ostkreise. Wenn sich heute in den Westkreisen grössere Banden betätigen würden, dann wäre man ihnen schutzlos preisgegeben. Inwieweit in den Distrikt Warschau verlegte Truppenteile sich in der Bekämpfung der Banden betätigen könnten, sei noch nicht festgelegt.

Die Haltung der polnischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit sei durch die Furcht vor den Bolschewisten bestimmt. Gleichwohl gehe die Zahl der in den Rüstungsbetrieben beschäftigten gewerblichen Arbeiter nur ganz langsam zurück. Sabotagefälle seien noch nicht gemeldet worden. Die Arbeitergestellung für das Reich habe in gutem Tempo weitergeführt werden können, 70% des auferlegten Kontingents hätten gestellt werden können. Darüber hinaus hätten auch 10 000 Arbeiter für den Ausbau der San-Weichsel-Stellung zur Verfügung gestellt werden können.

Die Erntevorbereitungen seien getroffen. Es sei auch anzunehmen, daß die Bevölkerung wie in den Vorjahren das auferlegte Kontingent erfüllen werde. Interessant sei die Feststellung, daß die polnischen Bauern bei der Erfassung der Anbaufläche systematisch von Jahr zu Jahr immer geringere Angaben machten. Von 1941 bis 1944 seien die Angaben der ablieferungspflichtigen Produkte um ungefähr 40% gesunken. Daraus erkläre sich wohl auch, daß der Bauer sein Kontingent so leicht aufbringe, und darüber hinaus grosse Mengen von Lebensmitteln im Schleichhandel zu erhalten seien. Diese Erscheinung könne und müsse man für die nächste Periode dadurch abstellen, daß man mit deutschen Kräften wirklich eine endgültige Bodenerhebung durchführt. Die Arbeiten des Statistischen Amtes seien in dieser Beziehung völlig unbrauchbar.

Die Vorbereitungen für die Aufnahme der Flüchtlinge aus Weißruthenien seien im Gange. Leider hätten sich hier wieder Anordnungen und Befehle verschiedener Dienststellen widersprochen, was die Organisation ausserordentlich erschwere.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Struve, daß ihm von einer Weisung, die mit den zuständigen Stellen nicht abgestimmt sei, nichts bekannt sei.

Der Herr Generalgouverneur stellt danach fest, daß ein solcher Widerspruch zwischen Regierungsinstanzen nicht bestehe. Offenbar habe der Leiter der Abteilung Arbeit beim Distrikt dem Gouverneur Dr. Fischer unrichtige Angaben gemacht.

Vizegouverneur Schlüter führt aus, daß die politische Stimmung im Distrikt Lublin z.Zt. durch eine gewisse Verhaltenheit gekennzeichnet sei. Sicher sei eine gewisse probolschewistische Neigung vorhanden, die sich vielleicht dadurch erkläre, daß der Distrikt Lublin als einziger in der polnischen Zeit 1 oder 2 Abgeordnete kommunistischer Art in den Sejm geschickt habe. Ausserdem

5/6

habe offenbar eine kommunistische Bande dort eine geschickte Propaganda getrieben, vor allem auch dadurch, daß sie sich sehr diszipliniert verhalten habe. Allerdings sei anzunehmen, daß der größte Teil der polnischen Bevölkerung bereit wäre, in Ruhe seiner Arbeit nachzugehen, und daß der aktive Teil der Bevölkerung verhältnismässig klein sei. Notwendig wäre es, daß der Distrikt über ausreichende militärische oder polizeiliche Kräfte verfüge, die mit den Banden fertig werden könnten.

Die Durchführung des Großunternehmens im Bilgorajer Wald sei ein grosser Erfolg gewesen. Die Banditen seien aber wieder in das Gebiet hineingeströmt. Sie hätten auch schon erneute Überfälle gemacht. Offenbar hätten sich einzelne grössere eingekesselte Gruppen sofort in Grüppchen aufgespalten und seien so durch die Sicherungen hindurchgeschlüpft. Dieses Waldgebiet biete eben für die Banditen vorzügliche Unterkunftmöglichkeiten. Auf die Dauer werde man eine Besserung nur erzielen können, wenn es gelinge, den Distrikt Lublin mit einem engen Netz von Stützpunkten zu durchziehen und ausserdem diejenigen Kräfte bereitzustellen, die dauernd aktiv die Banditen bekämpfen könnten. Der Einsatz der Kalmücken-Formation bei diesem Großunternehmen habe sehr ungünstige Folgen gehabt. Die Kalmücken hätten die Bevölkerung ausgeraubt, aus einem Dorf allein seien 20 Frauen und Mädchen verschwunden, von denen man 6 vergewaltigt und ermordet aufgefunden habe. Der Einsatz dieser Kalmücken schade dem Ruf und dem Ansehen der deutschen Wehrmacht, und er bitte dringend, diese Formation sobald wie möglich aus dem Distrikt Lublin und aus dem Generalgouvernement zu entfernen.

Wenn nicht bald die von der Wehrmacht vorgeschlagenen Stützpunkte gebildet würden, so werde es nicht mehr möglich sein, vor der Ernte das Holz abzufahren. Er bitte Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt, für die Holz-

abfuhr nach Möglichkeit motorisierte Fahrzeuge einzusetzen. Ferner müßten aus den benachbarten 3 Kreishauptmannschaften je 300 Gespanne gestellt werden. Ein Erfolg werde aber nur erreicht werden, wenn genügend Polizei und Wehrmacht zur Verfügung stehe.

Die Arbeitererfassung im Distrikt Lublin beschränke sich z.Zt. auf die Aufgabe der Wehrmachtschanzarbeiten. In Lublin seien bisher durchschnittlich 105% der von der Wehrmacht geforderten Arbeitskräfte gestellt worden. Die Belegschaft ganzer Betriebe der gewerblichen Wirtschaft stelle sich für die Schanzarbeiten zur Verfügung. Auch Frauen und Mädchen würden für diese Arbeiten herangezogen. Diese Arbeitskräfte hätten vielfach versagt, und deswegen habe er die Wehrmacht gebeten, Arbeiter aus den umliegenden Dörfern heranzuziehen.

Die Erfassung der wehrfähigen Ukrainer im Südteil des Distrikts, vor allem in der Kreishauptmannschaft Hrubieczow, sei im Gange. Es würde sich allerdings empfehlen, nicht nur die Jahrgänge von 25 bis 30 Jahren, sondern alle jungen Leute zu erfassen. Wenn man nur die 5 Jahrgänge erfasse, dann würden die Angehörigen der wenigen Eingezogenen dem Terror der Bolschewisten unterliegen, während, wenn alle Wehrfähigen aus dem Bezirk herausgezogen würden, man wahrscheinlich weniger mit Terrormaßnahmen zu rechnen habe. In einer Besprechung mit General Moser habe er darauf hingewiesen, daß Werbung und Erfassung nach Möglichkeit auf der Grundlage der Freiwilligkeit erfolgen müßten.

Die Hauptsorge für den Distrikt Lublin ergebe sich aus seiner Agrarstruktur. Der Distrikt Lublin habe das erhöhte Soll erfüllt, trotzdem ein Teil des Gebietes ausgefallen sei. Voraussetzung sei, daß für die Erfassung Läger, Transportmittel und die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. Für die Sicherung der Ernte gegen Bandenüberfälle seien 35 Stützpunkte eingerichtet, die jetzt durchschnittlich mit 70 bis 80 Mann besetzt seien.

Sie sollten jetzt auf 100 Mann verstärkt werden. Ausserdem brauche man aber für die Sicherung der Ernte ungefähr 7 Bataillone und würde so auf eine Gesamtzahl von etwa 12 000 Mann kommen. Wenn während der ganzen Erfassung diese 12 000 Mann bis etwa anfang Dezember zur Verfügung ständen, dann könne wohl ohne Schwierigkeiten das von Präsident Naumann geforderte Kontingent aufgebracht werden. Auch die Lagerungsmöglichkeiten seien vorhanden. So umfaßt z.B. das grosse Werk Budzin 6 grosse Lagerhallen mit Bahnanschluß und könne den größten Teil der Ernte aufnehmen. Dieser Lagerraum müsse baldmöglichst ausgenutzt werden, sonst werde dieses Werk von den Polen völlig devastiert.

Die Offiziere der Wehrmacht, die dem Sicherungsbataillon des Sonderdienstes zur Verfügung gestellt seien, bezeichneten es als dringend wünschenswert, dieses Bataillon mit schweren Maschinengewehren und Granatwerfern auszurüsten. Der größte Teil der bolschewistischen Banden im Distrikt Lublin verfüge heute schon über Granatwerfer, schwere Maschinengewehre, leichte Flak und ähnliche Waffen. Ein Einsatz des Sonderdienstes könne auch nur in grösseren Einheiten verantwortet werden.

Wenn der Herr Generalgouverneur in seinen einleitenden Worten gesagt habe, es komme nicht darauf an, wo man stehe, sondern wie man stehe, so werde der Distrikt Lublin diese Worte beherzigen. Er könne die Versicherung abgeben, daß jeder Deutsche des Distrikts Lublin seine Pflicht erfüllen werde.

Staatssekretär Koppe führt aus, daß sich die Sicherheitslage im Monat Juni gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert habe. Es seien festgestellterweise 700 Überfälle weniger registriert als im Monat Mai. Dabei habe sich eine gewisse Schwerpunktverlagerung vollzogen. Gegen die zugenommenen Überfälle im Distrikt Radom würden entscheidende Maßnahmen in Gang kommen. Auch Warschau-Stadt habe eine gewisse Zunahme der Überfälle erfahren. In der Gegend um Sieldce und ostwärts sei die Unsicherheit grösser geworden. Ein dort geplantes grösseres Unternehmen habe noch nicht stattfinden können, da die dafür notwendige Waffen-SS noch nicht hätte zur Verfügung gestellt werden können. Die im Distrikt Warschau zur Verfügung stehenden Kräfte seien im Augenblick etwas zu schwach. Er habe dem SS- und Polizeiführer in Warschau gesagt, daß es nicht genüge, gegen diese Banden abzuschirmen, sondern man müsse angreifen. Dazu müsse man eine gewisse Nachbarschaftshilfe aus dem Distrikt Lublin heranziehen.

Es sei richtig, daß sich einige kleine Bandengruppen, die die Zahl 50 kaum überschritten, im Distrikt Krakau in Miechow und bei Bochnia befänden. Er habe schon einmal ausgeführt, daß auf der Linie Krakau-Tarnow in den letzten 8 Wochen häufig Fallschirmspringer abgesprungen seien, die aus Südwesten und aus Osten gekommen seien. Auch die bei Bochnia festgestellte kleine Bande von etwa 50 Mann bestehe aus Sowjetleuten. Diese kleinen Bandengruppen müßten sofort angegriffen und vernichtet werden. Unternehmen bei Miechow und bei Bochnia seien geplant. Auch in der Gegend von Neumarkt trieben sich Banditen herum.

Die Führung einer nationalen Widerstandsbewegung sei ausserordentlich uneinheitlich. Die Weisung der Emigrantenregierung in London habe bei Beginn der Invasion dahingehend gelautet, daß alles Gewehr bei Fuß zu stehen

habe. Entgegen dieser Weisung seien im Distrikt Radom nationale Kreise dazu übergegangen, deutschen Menschen oder Einrichtungen des Staates anzugreifen. Weiter sei von London die Weisung ausgegeben worden, daß die polnische Aufstandsarmee der Londoner Emigrantenregierung interstellt sei; darüber hinaus hätte sie aber taktische Befehle von Moskau anzunehmen. In der letzten Zeit seien diese Befehle dahingehend noch erweitert worden, daß die nationale Widerstandsbewegung und nationale Banden auch den sowjetrussischen Banden Hilfe zu leisten hätten. Erfreulich sei die Feststellung, daß nur ein Teil der polnischen nationalen Widerstandsbewegungen dabei mitziehe. Die interlektuellen und die besitzenden Kreise machten im allgemeinen nicht mit. Es bestehe aber kein Zweifel daran, daß sich die Emigrantenregierung für die Unterstützungsgelder zu rühren habe und aktiv werden müsse.

Während im Distrikt Lublin die nationale Widerstandsbewegung und nationale Banden schon zu einem grossen Teil mit den Kommunisten zusammen-arbeiteten, bekämpften sich im Distrikt Radom unter Einschaltung der Polizei nationale Widerstandsbewegung und Kommunisten. Hier könne man ganz besonders deutlich auf der einen Seite die uneinheitliche Führung in der nationalen Widerstandsbewegung und die straffe Führung der ausschließlich von Moskau geleiteten polnischen kommunistischen Banden erkennen.

Die Zahl der sowjetrussischen und kommunistischen Banden habe sich nicht vergrössert. Trotzdem stellten sie eine Riesengefahr dar, indem sie deutsche Menschen angriffen, Liegenschaftsgüter beraubten oder zerstörten, ~~sondern~~ sie seien auch eine wesentliche Hilfe für die sowjetische Truppenführung. Sie seien in unserem Bereich Auge und Ohr der höheren feindlichen Führung. Man habe verschiedentlich erlebt, daß schon nach 48 Stunden Truppenbewegungen an der Ostfront nach Moskau gefunkt worden seien.

Während auf deutscher Seite alle Gegenkräfte als Banden bezeichnet würden, werde auf der Gegenseite ein grosser Unterschied gemacht. Die sowjetrussischen Banden würden sich Partisanen nennen und sähen in dieser Bezeichnung einen gewissen Ehrentitel. Sie stellten unerhörte Fanatiker dar, besässen die besten russischen Offiziere als Führer, verfügten über eine langjährige Erfahrung, liessen sich tagelang jagen, jedoch nie vertreiben. Der Kampf mit ihnen sei ungeheuer schwer, ihre Bewaffnung ausgezeichnet. Durch ihre Verankerung in der sowjetrussischen Ideenwelt seien sie zu fanatischen Kämpfer geworden, die sich der Bedeutung ihrer Aufgabe bewußt seien, Mit der höheren sowjetrussischen Bandenführung ständen sie in ständiger Funkverbindung und bekämen dadurch genaueste Anweisungen.

Die nationalen polnischen Banden seien in ihrer Tätigkeit ebenfalls unangenehm. Der Anschlag gegen den Kreishauptmann von Garwolin sei einer solchen Bande zuzuschreiben. Eine zahlenmässige Vergrösserung dieser Banden im letzten Monat sei nicht feststellbar.

Die sogenannten Upa-Banden stünden im allgemeinen Gewehr bei Fuß, ein Teil von ihnen sei sogar durch die Sowjetlinien gegangen und kämpfe im Rücken der Sowjets. Bei der Bevölkerung erfreuten sie sich ihrer früheren Beliebtheit nicht mehr.

Im Generalgouvernement, insbesondere im Distrikt Radom, gebe es eine Vielzahl von kleineren Banden. Ihre Mitglieder arbeiteten häufig während des Tages als friedliche Polen und zögen sich erst nachts zusammen, um Überfälle auszuführen. Diese kleineren Banden seien natürlich ausserordentlich schwer zu fassen. Trotzdem seien umfassende Maßnahmen durch einen weiteren Ausbau des V-Mann-Netzes.

Im Vordergrund der Bandenbekämpfung stehe das Großunternehmen im Bilgorajer Wald. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die dort eingesetzte Truppe zum größten Teil erstmalig im Bandenkampf gestanden habe, könne man

6/4

feststellen, daß die Aktion einen grossen Erfolg erzielt habe. Dabei habe sich aber gezeigt, daß es trotz des Einsatzes grosser Truppenverbände nicht gelinge, eine russische Bande, die, gestützt auf grosse Erfahrungen, gern nachts kämpfe, den Wald zu ihrem Kampfplatz wähle, so einzukesseln, daß sie restlos vernichtet werden könne. Der Wehrmacht sei man ausserordentlich dankbar - insbesondere dem Generalleutnant Bork - , daß diese Truppenmassen hätten zur Verfügung gestellt werden können. Bisher habe das Generalgouvernement ein Unternehmen gegen die Banden in diesem Ausmaß noch nicht gesehen. Eine grosse Wirkung in moralischer und tatsächlicher Hinsicht sei zweifelsohne feststellbar, die deutsche Autorität sei dadurch gewaltig gehoben worden. Leider seien kleine Bandengruppen und Splitter, die irgendwie durch die Absperrkette hätten durchschlüpfen können und zunächst nach Norden und Süden ausgewichen seien, durch den Wald wieder angezogen worden. Hier sei mit der Wehrmacht vereinbart, daß bei Auftauchen solcher Banden sofort die Bekämpfung entweder von der Polizei oder von den im Wald verbliebenen Wehrmachtsteilen aufgenommen werde.

Parallel mit diesem Unternehmen habe die Polizei im Juni laufend Bandenunternehmungen durchgeführt und relativ grosse Erfolge erzielt. Die Polizei stehe mit ihren zur Verfügung stehenden Kräften permament im Angriff. Die Banden hätten dabei den Vorteil, sich auf der inneren Linie zu bewegen. Man müßte mehr Kräfte einsetzen können, aber diese stünden im Augenblick nicht zur Verfügung.

In der Zeit zwischen 1o. und 15. Mai sei das Ausbrechen eines polnischen Aufstandes akut gewesen. Das sei nun nicht erfolgt. Die Stoßkraft der nationalen polnischen Banden sei infolge ihrer Zersplitterung und schlechten Führung erheblich geschwächt. Hinzu komme, daß die Polizei durch ihre täglichen Unternehmungen gegen die Widerstandsbewegung und die Banden eine ganz erhebliche Beute an Waffen, Munition, Geräten aller Art gemacht habe, und das bedeute einen schweren Einbruch in die Stoßkraft der Banden. Trotzdem aber müsse man mit

einem Angriff so oder so einmal rechnen. Die Situation könne sich heute täglich ändern. Wenn etwa fremde Hilfe in Erscheinung trete - vielleicht 3 Divisionen Fallschirmspringer abspringen würden - , würde ein solcher Anstoß von aussen sehr maßgeblich dazu beitragen, ob ein solcher Aufstand losgehe oder nicht. Man dürfe ihn sich nicht so vorstellen, als ob er überall im Generalgouvernement gleichzeitig ausbreche. Man werde im Gegenteil langsam in diesen Aufstand hineinschlittern, indem zunächst die Verkehrsmittel noch mehr blockiert würden, die Überfälle rapide zunähmen, und dadurch die Polen aus ihrer Reserve heraustreten. Die Polizei sei jedoch zusammen mit der Wehrmacht jederzeit in der Lage, dem entgegenzutreten. Augenblicklich nähme die Zahl der abspringenden sowjetrussischen und englischen Fallschirmspringer zu. Überall hin, wo es nicht weiter gehe, schickten die Russen und Engländer diese Agenten, um die Bildung von Terrorgruppen irgendwie zu forcieren.

Der Herr Generalgouverneur habe bereits erklärt, daß man in Zukunft bei Attentaten auf Deutsche oder Sabotageakten eine Haftung der Sippe einführe, sobald der Täter feststehe. Diese Maßnahmen seien unbedingt notwendig. Man wolle damit erreichen, daß man in den Lebenskreis des Täters eindringe. Wenn die Sippe in der totalen Form herangezogen werde, versuchten die Frauen, auf die Männer oder unbesonnene Heißsporne in ihrer Familie einzuwirken. Die Sicherheitslage habe sich in den letzten Monaten erheblich verschlechtert und daher müsse noch viel härter zugepackt werden. Man dürfe nicht davor zurückschrecken, einen Teil der Männer aus einem Dorf herauszunehmen und zur Arbeit zu bringen, wenn in diesem Dorf ständig Banden seien. Die Frauen mit den halb erwachsenen Familienangehörigen seien wohl in der Lage, die Landwirtschaft weiterzuführen. Es gehe um das Leben deutscher Menschen, und man könne nicht zulassen, daß ihre Zahl noch weiter verringert werde.

SS-Obergruppenführer Koppe macht dann Ausführungen über die fortschreitende bessere Bewaffnung der deutschen Polizei im Generalgouvernement. Selbst eine Stuka-Staffel stehe zur Verfügung und könne eingesetzt werden, wenn die Gouverneure dies wünschten.

Reichsführer SS Himmler habe für die Ernteerfassung 2 Regimenter und eine Reiterabteilung zugesagt, aber leider könne nunmehr nur 1 Regiment und 1 Abteilung zur Verfügung gestellt werden. Die Polizei stehe eben seit fast 3 Jahren in vorderster Front und habe dabei grosse Verluste erlitten. Man müsse eben mit den zur Verfügung stehenden Kräften haushalten und auszukommen suchen.

Die Bewaffnung des Sonderdienstes werde auch verbessert, und er sei der Wehrmacht für ihre Zusagen auf diesem Gebiet ausserordentlich dankbar.

Für den Luftschutz könne man nicht genug tun. Er wäre Präsident Bauder dankbar, wenn man die Kosten für Luftschutzbauten etwas herabdrücken könnte. Es müsse konstant weitergebaut werden, denn sonst würden die deutschen Menschen dieses Raumes eines Tages Anklage erheben. Die Möglichkeit von Luftangriffen sei gegeben, und die Vorbereitungen des Gegners nahezu abgeschlossen.

Für die Sicherung der Ernteeinbringung habe er an seine SS- und Polizeiführer schon Befehle ausgegeben, sich mit den Abteilungsleitern der E. und L. zusammenzusetzen und im Rahmen des Möglichen zu planen. Das Fundament zur Sicherung bildeten die Gendarmerieposten.

In der Prämienwarengewährung für die Ernteerfassung könne man vielleicht wie folgt verfahren: Wenn ein Dorf in der Ablieferung nachlasse, und Gewalt angewendet werden müsse, solle man keine Prämienwaren abgeben. Vielleicht könne man diese Handhabung den Polen schon vorher zur Kenntnis bringen.

Die weitere Entwicklung der Sicherheitslage hänge selbstverständlich vom Frontgeschehen ab. Die Polizei aller Sparten sei in ihrer Schlagkraft weitgehend gefestigt und jüngere Kommandeure an ihre Spitze gestellt.

Die Polizei sei sich darüber klar, daß das gesamte Kriegsgeschehen jetzt in seiner entscheidendsten Phase stehe. Das letzte Regiment müsse jetzt herangezogen werden. Jetzt müsse man sich bewähren. Für die Polizei gebe es daher kein Wochenende mehr, bis sich die Sicherheitslage nicht geändert habe. Was man bisher unmöglich genannt habe, das gebe es jetzt nicht mehr. Jeder auf verantwortlichem Posten müsse ein Meister des Improvisierens sein. Man dürfe überzeugt sein, daß die Polizei gerade in den kommenden Wochen das Letzte einsetze und alles tun werde, um die Ruhe und Sicherheit im Generalgouvernement wieder herzustellen. Dieser Kampf könne nur auf kameradschaftlicher Grundlage geschehen und er sei allen Herren dankbar, die der Polizei ihr Wohlwollen geschenkt hätten.

Staatssekretär Dr. Bühler faßt das Ergebnis der Beratungen zusammen und führt aus:

Herr Generalgouverneur, Sie haben in großzügiger Weise die Aufbesserung der Bezüge der fremdvölkischen Beamten, Angestellten und Arbeiter neu geregelt. Sämtliche Kategorien der kleinen und der höchsten Beamten werden in gleicher Weise von dieser Regelung berührt, der kleine Beamte noch besser als der hohe Beamte. Um dieses Geschenk aber noch nachhaltiger zu gestalten, habe ich den Leiter der Hauptabteilung Finanzen und Präsidenten der Generaldirektion der Monopole angewiesen, wie in allen übrigen Sparten, sei es der Rüstungs- oder der Versorgungsbetriebe, der Ernährung und Landwirtschaft oder der freien Wirtschaft eine bescheidene Prämienzulage mit dieser Regelung ab 1. Juli 1944 zu geben. Ich glaube, daß die politische Wirkung, die die Gesamtaufbesserung der Bezüge haben wird, dadurch noch erhöht wird. Im übrigen werden wir den Ausbau der Versorgungseinrichtungen für die Fremdvölkischen noch mehr intensivieren. Ich werde die Einrichtung von Betriebsküchen überall zur Pflicht machen und werde auch auf die Erholungsbedürfnisse der Fremdvölkischen Rücksicht zu nehmen suchen.

In den vergangenen Wochen ist der Bilgorajer Wald gesäubert worden. Es würde heissen, auf halbem Wege stehenzubleiben, wenn dieser gründlich durchgekämmte Wald nicht unmittelbar mit größter Energie verwaltungsmässig wieder befestigt würde.

Ich bitte die Gouverneure dafür Verständnis zu haben, daß sie für ihre Distrikte mit dem Abzug von Personal, von Fahrzeugen usw. zu rechnen haben. Ich wäre auch der Polizei sehr dankbar, wenn sie den Bemühungen der Verwaltung nach einer Festigung nachkommen würde.

Vor kurzem war eine Kommission des Reiches hier, nämlich der sogenannte Jägerstab. Er hat uns angekündigt, daß das Generalgouvernement noch mehr als bisher maß-

geblich in die Rüstung des Reiches eingezogen wird. Ich erwähne das deshalb, weil der mit allen Vollmachten des Führers ausgestattete Leiter dieser Abordnung, der Hauptdienstleiter Sauer, die Forderung gestellt hat, die Arbeiterbeschaffung für das Reich angesichts des eigenen Kräftebedarfs dieses Gebietes für Wehrmacht und Rüstung einzustellen. Ich werde ihm also nahelegen, dort, wo durch eine weitere Erfassung von Arbeitskräften ein grosser politischer Schaden angerichtet wird, die Werbung von Arbeitern zugunsten der Arbeit hier im Generalgouvernement einzustellen.

Die Erfassung der Jugendlichen in Galizien ist ein voller Erfolg gewesen. Ich glaube, daß die Arbeitsverwaltung von der Art des Vorgehens der Hitler-Jugend hier etwas lernen kann. Die Hitler-Jugend hat kaum einen Zwang anwenden müssen. Infolge des taktvollen politischen Verhaltens und der eleganten Werbemethoden der HJ sind die Jugendlichen ohne weiteres gekommen.

Die Wehrmacht ist an die Verwaltung mit neuen dringenden Forderungen herangetreten. Dies gilt einerseits für das Gebiet der Zurverfügungstellung von Räumen für die Verlagerung kriegswichtiger Anlagen nach rückwärts, andererseits aber auch für das Gebiet der Zurverfügungstellung von Arbeitskräften. Die Luftwaffe hat besonders weitgehende Raumwünsche vertreten. Es ist aber bisher immer noch gelungen, alle Interessen in ein sinnvolles System zusammenzubringen. Ich möchte Sie daher bitten, meine Herren, auch künftig die Interessen der Wehrmacht ohne Hintanstellung lebenswichtiger Interessen des Generalgouvernements erfüllen zu helfen.

Im Raum Galizien ist nach dem Einbruch des Bolschewisten unmittelbar hinter dem Frontgebiet ein gewisses Vakuum an Verwaltungskräften eingetreten. Besonders auf dem landwirtschaftlichen Gebiet ist es vielfach zum Verlassen der Plätze durch die Schulzen und Vögte gekommen. Hier sind in zunehmendem Masse deutsche Kräfte an die

Stelle dieser fremdvölkischen Kräfte gestellt worden. Der Wirtschaftsstab Ost hat sich entgegenkommenderweise bereit erklärt, einen grossen Teil von Landwirtschaftsführern, die man aus der Ukraine hierher gebracht hat, für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. 13 dieser Männer sind bereits gefallen. Ich bin selbstverständlich bereit jede Anzahl dieser in der Praxis und im Aussendienst hart gewordenen Männer für die Verwaltung des Generalgouvernements zu übernehmen. Anders liegt die Frage, ob eine Übersetzung der Dienststellen der Ernährung und Landwirtschaft eingetreten ist.

Die Zusammendrängung der Güter der Menschen im rückwärtigen Generalgouvernement ist aus Gründen des Luftschutzes unerwünscht. In den Führerweisungen zur Luftschutzfrage ist auch die Forderung erhoben worden, die Güterzusammenballung und Lagerung unersetzlicher Güter in besonders luftgefährdeten Räumen so schnell wie möglich zu lockern.

Was den militärischen Sektor angeht, so war ein Vertreter des OKW hier und hat die notwendigen Maßnahmen angeordnet. Auf dem zivilen Sektor habe er den Landesinspekteur mit der Regelung dieser Fragen beauftragt. Er wird an die Gouverneure herantreten und dafür sorgen, daß auch auf dem zivilen Gebiet diese luftschutzmässige Regelung und Auflockerung von Güterzusammenballungen herbeigeführt werden kann.

Zu Beginn der Invasion ist von dem Herrn Generalgouverneur eine allgemeine Urlaubssperre verfügt worden. Diese Sperre ist inzwischen aufgelockert worden. Die Handhabung ist nicht einheitlich. Ich möchte hierzu erklären, daß ich eine großzügige Handhabung für angebracht halte, allerdings mit dem unabdingbaren Ziel, die Verwaltung in kürzester Frist, d.h. sofort schlagfertig zu halten. Den Familienvätern, die seit langem keinen Urlaub hatten und ihre Familien im Reich haben, soll die Möglichkeit eines Urlaubs gegeben werden.

Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen zusammenfassend sagen, daß Ihre Verwaltung und Ihre Dienststellen, gefestigt durch die Erfahrungen der Vergangenheit, bereitstehen und in der Lage sind, sich den größten Schwierigkeiten, die in den kommenden Monaten auf uns zukommen werden, zu begegnen.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Regierungssitzung mit folgenden Worten:

Wir stehen damit am Schluß der heutigen Regierungssitzung. - Ich wollte noch 2 Fragen kurz behandeln. Die 1. Frage betrifft die Verschickung fremdvölkischer Arbeiter ins Reich. Darüber werde ich den Gouverneuren noch genaue Auskunft zukommen lassen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß diese Frage uns noch grosse Schwierigkeiten machen wird. Ich möchte grundsätzlich von jeder weiteren Versendung von Arbeitern ins Reich mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Generalgouvernements absehen. Trotzdem wäre ich dankbar, wenn Sie, Herr Präsident Struve, den von Staatssekretär Dr. Bühler vorgebrachten Gesichtspunkt, der ja auch der Meinung des Reichsministers Speer von der Bedeutung der Rüstungsindustrie im Generalgouvernement entspricht, angesichts des sich stark bemerkbar machenden Facharbeitermangels in der Rüstungsindustrie auch Ihren Dienststellen zur Kenntnis bringen. Das Reich tritt hier in doppelter Eigenschaft auf, nämlich einmal als Rüstungsfaktor in der Heimat und zum anderen als Rüstungsfaktor in unserem Bereich. Diese Konkurrenz kann natürlich nicht allein auf unserem Rücken ausgetragen werden.

Die zweite jetzt im Sommer aktuelle Frage ist die der Urlaubsbeschränkung. Ich möchte dazu grundsätzlich sagen: ich bin absolut der Überzeugung, daß aus gesundheitlichen- und sonstigen Gründen oder zur absoluter Aufrechterhaltung der Arbeitskraft einmal im Jahre eine ausgiebige Erholung notwendig ist. Es hat gar keinen Sinn, dieses Maß der körperlich psychischen Leistungskraft ununterbrochen weiter in Tätigkeit zu halten, ohne nicht

einmal wieder eine grundsätzliche Wiederherstellung der Kräfte herbeizuführen. Daß ich trotzdem zu diesem Mittel der Urlaubssperre gegriffen habe, werden Sie mir nicht verdenken. Ich mußte in einem Zeitpunkt, in welchem ich die Gefahren für unser Gebiet nicht übersehen konnte, nach aussen hin jede Möglichkeit Gewähr leisten, daß mir in diesem Augenblick die Verwaltung unumschränkt zur Verfügung steht. Aber entsprechend den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Bühler habe ich gar nichts dagegen einzuwenden, daß die Herren ihren Jahresurlaub antreten, daß ich aber darauf bestehen muß, daß ich jeden der Herren und auch jeden anderen Beamten in jedem Augenblich telegraphisch zurückholen kann. Der Urlaub darf nicht ein restloses Verschwinden in der Welt bedeuten, sondern er darf nur in Anwendung der soldatischen Methode der sofortigen Zurückholbarkeit angetreten werden. Bestehen Sie, Herr Staatssekretär Bühler, hauptsächlich darauf, daß die Regelung rücksichtslos auf dieser Grundlage durchgeführt wird. Machen Sie auch einige Proben der Zurückberufung der Beamten, dann werden Sie gleichzeitig den Staatsapparat in Gang halten und die Kräfte der Beamten schonen.

Die Schwierigkeiten werden zunehmen. Die Möglichkeiten, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden, werden in der nächsten Zeit noch geringer werden. Es wird eine Entwicklung eintreten, die uns von Augenblick zu Augenblick immer grösseren Schwierigkeiten und ein immer geringer werdendes Maß von Möglichkeiten, mit ihnen fertig zu werden, zeigen wird. Das darf uns aber nicht weich machen. Denn wir werden dann auch wieder an einen Punkt kommen, wo die Schwierigkeiten geringer und die Möglichkeiten, mit ihnen fertig zu werden, wieder grösser werden. Dafür will ich nur auf eine Voraussetzung hinweisen: Noch im Laufe dieses Jahres wird es möglich sein, die wesentlichsten Teile der deutschen Rüstungsindustrie für des Feind vollkommen unangreifbar zu machen. Es wird noch

im Laufe dieses Jahres gelingen - ich wiederhole, meine Herren, noch im Laufe dieses Jahres - die deutsche Jägerproduktion auf einen solchen Stand zu bringen, daß diese Produktion der englisch-amerikanischen Produktion gewachsen sein wird.

Meine Herren, ich kann Sie heute am Ende der Regierungssitzung, mit der stolzen Gläubigkeit und wissenserfüllten Haltung verlassen, die uns alle erfüllen muß: Was immer an Schwierigkeiten kommen möge, wir werden versuchen, mit ihnen fertig zu werden, wir werden sie, wenn auch nicht alle, so doch zum größten Teil meistern. Aber meistern werden wir auch das Schicksal, daß mit dem Siege dieses Krieges zusammenhängt, und das ist entscheidend.

Ich schliesse die Sitzung.

Schluß der Sitzung 14 Uhr 35 Minuten.

8C

W ä h r u n g s s i t z u n g

Freitag, den 4.Februar 1944
im Königssaal der Burg zu Krakau.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Generalleutnant Schindler
Staatssekretär Dr. Boepple
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Dr. Emmerich
Präsident Naumann
Präsident Dr. Struve
Bankdirigent Präsident Dr. Paersch
Regierungskommissar d.Zentralkammer Dr. Heuber
Präsident Tetzner.

Beginn der Sitzung 1o Uhr 4o Minuten.

Einleitend weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß ihm von dem Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler ein Bericht über die Leistungen der Rüstungsindustrie vorgelegt worden sei. In diesem Bericht sei im Zusammenhang mit der Frage der Betreuung der fremdvölkischen Arbeiterbevölkerung auch auf das Währungsproblem Bezug genommen. Er habe es deshalb für notwendig gehalten, das Währungsproblem in einer besonderen Sitzung zu erörtern.

Generalleutnant Schindler geht in längeren Ausführungen auf die gegenwärtige Währungslage des Generalgouvernements ein. Es gebe, so führt er aus, auf dem Papier eine Währung, die auch offiziell als Grundlage für die Beschaffung von Lebensmittelmarken aufrechterhalten werde, daneben aber eine schwarze inflationistische Währung, die ihre Rolle im freien Handel spiele. Die Rüstungsindustrie habe sich deshalb bis zu einem gewissen Grad vom offiziellen Gelde freigemacht, indem sie den Arbeitern Verpflegung in natura gebe. Alles andere, was man dem Arbeiter nicht gewähren könne, müsse er sich mit der schwarzen Währung im freien Handel kaufen. Zur Zeit gebe es keinen unbewirtschafteten Gegenstand mehr, den man zu realen Preisen erhalten könne. Diese Verhältnisse wirkten sich auch für die Deutschen des Generalgouvernements sehr ungünstig aus.

Die gleichen Zustände wie in der Rüstungsindustrie herrschten auch in der sonstigen Industrie, ebenso bei Post und Eisenbahn, deren polnische Arbeiter für das Reich arbeiteten. Dem Arbeiter sei es nicht mehr

möglich, mit seinem Lohn auszukommen; denn abgesehen von dem, was er für seine Verpflegung aufwenden müsse, seien die Preise zumeist um 300 % und mehr gestiegen. Ein Teil des Arbeitslohnes gehe für die Bezahlung der Lebensmittel darauf, der Rest reiche nicht mehr aus, um dem Arbeiter eine legale Versorgung mit Bedarfsartikeln zu ermöglichen. Die Rüstungsbetriebe seien deshalb schon in gewissem Sinne zu Kaufhäusern geworden, in denen sich der Arbeiter alle möglichen Artikel verschaffen könne. Man wolle sogar eine größere Firma mit der Errichtung von Bekleidungswerkstätten beauftragen, in denen Reparaturen vorgenommen werden könnten. Vom Kindergarten anfangend bis zu Bäckereine, Kühlhäusern, Schlächtereien usw. gebe es eine solche Fülle von Betreuungseinrichtungen, daß man nunmehr an der Grenze des Möglichen angekommen sei.

Eine Folge der unhaltbaren Zustände sei z.B. die Tatsache, daß zahlreiche Arbeiter der Betriebe, sogar Ingenieure sich durch Schwarzarbeit einen Nebenverdienst zu verschaffen suchten. Das führe naturgemäß dazu, daß die Arbeitskraft der Belegschaft nicht voll ausgenutzt werden könne. Man gehe jetzt dazu über, diesem Unwesen mit allen Mitteln zu steuern. Ein weiterer großer Nachteil für die Rüstungsbetriebe bestehe darin, daß qualifizierte Facharbeiter angesichts der geringen Verdienstmöglichkeiten für die Rüstungsindustrie nicht zu gewinnen seien. Bei Fortbestehen dieser Zustände werde die gesamte Kalkulation in die Brüche gehen.

In letzter Zeit nähmen die finanziellen Schwierigkeiten bei manchen Firmen so zu, daß man ihnen kaum noch helfen könne. Alles, was sie an Materialien und Rohstoffen brauchten, müsse zu außerordentlich hohen Preisen bezahlt werden. Dazu komme weiter, daß die

in den Werken beschäftigten polnischen Angestellten mit ihrem Gehalt von vielleicht 350 Zloty monatlich ebenfalls nicht auskommen könnten, was dazu führe, daß sie sich bestechen ließen, da sie nicht in der Lage seien, Schwarzarbeit zu leisten.

Für die Beseitigung dieser Mißstände gebe es eine Reihe von Maßnahmen. Die einfachste wäre die, bestimmte Mengen des umlaufenden Geldes einzuziehen und Noten in entsprechend geringerem Umfange auszugeben. Ferner könne festgestellt werden, wie groß überhaupt der Notenumlauf sein müsse. Noten im Betrage von 2 Milliarden Zloty könnten im Umlauf belassen und die übrigen nach einem bestimmten Schlüssel eingezogen werden. Weiter könne daran gedacht werden, dem Bauern, der seine Schulden bezahlt und seine Hypotheken abgestoßen habe und der jetzt vielfach im Besitz größerer Geldmengen sei, eine neue Belastung in Gestalt einer Zwangshypothek aufzuerlegen. Das Endergebnis müßte sein, daß zwischen Ware und Geldumlauf ein Gleichgewicht hergestellt würde, das sich nach den Berechnungen der Rüstungsinspektion erreichen ließe, wenn sich der Geldumlauf ungefähr auf einer Höhe von 2 Milliarden hielte. Zur Zeit betrage aber der Notenumlauf im Generalgouvernement 6,5 Milliarden, zu denen noch ein bargeldloser Umlauf von 2,5 Milliarden komme. Insgesamt seien also schon Zahlungsmittel in Höhe von etwa 9 Milliarden im Umlauf, - 7 Milliarden zuviel. Diese Notenbestände seien zum größten Teil in den Händen des Schwarzhandels, der weder mit Steuern noch mit Gewinnabschöpfung noch mit sonstigen Zwangsmitteln zu erfassen sei.

Die einfachste Lösung des Problems würde wohl darin liegen, daß man im Generalgouvernement die Reichsmark einführe; denn dann lägen die gesamten Sorgen für die Währung bei der Reichsbank. Wolle man die Währung beibehalten, dann müsse auch dafür gesorgt werden, daß die Noten zur Bank zurückflössen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß bei einer Verringerung des Notenumlaufes für das Reichsinteresse, was Wehrmacht und Reichsaufträge angehe, eine Lücke bestehen bleibe, die sich besonders dann fühlbar machen werde, wenn Truppen ins Generalgouvernement kämen, die die Zlotywährung brauchten.

Generalleutnant Schindler gibt zu, daß für diesen Fall selbstverständlich eine gewisse Reserve vorhanden sein müsse. Sie sei aber nach der Berechnung der Rüstungsinspektion in den 2 Milliarden enthalten.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß der Durchführung der von Generalleutnant Schindler gemachten Vorschläge gewisse Schwierigkeiten entgegenständen und eine Lösung des Problems auf diesem Wege nicht ohne weiteres möglich sei.

Präsident Dr.Emmerich ist der Auffassung, daß es zur Beseitigung der Währungsschwierigkeiten einmal den operativ-chirurgischen Weg und zum anderen die Methode konservativer Therapie gebe. Er halte es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für völlig ausgeschlossen, den chirurgischen Weg zu beschreiten. Es sei unmöglich, die Währungsrelation zwischen Reichsmark und Zloty zu verändern, etwa den Wert des Zloty von 5o auf 2o Pfennige herabzusetzen, das primitive Verfahren der Durchschneidung der Noten anzuwenden oder die auf den Noten verzeichnete Zahl einfach durch lo zu dividieren. Solche Maßnahmen seien nur möglich, wenn sie einen Sanierungsakt bedeuteten. Eine Sanierung könne nur erreicht werden, wenn man das neu gefundene Währungsniveau wirklich halten, verteidigen und bei Wiederherstellung leidlicher Verhältnisse im Frieden diese neue Relation mit einem entsprechenden Warenstrom stützen könne. Dann bilde das neue Niveau eine Auffangstelle, die für den Beginn einer vernünftigen Währungsära die Grundlage biete.

Man müsse daher versuchen, mit Mitteln der konservativen Therapie, also mit der Methode des Internisten weiterzukommen. Dafür gebe es zwei Wege: einmal in Gestalt von Maßnahmen währungstechnischer Art und zum anderen in Gestalt von wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Man könne auch unter Abstellung auf den Arbeiterhaushalt keinen friedensmäßigen Normalzustand herbeiführen. Es komme nur darauf an, im fünften Kriegsjahr die Dinge so weit schwimmen zu lassen, daß den dringendsten Erfordernissen des Reiches Gerechtigkeit werden könne. Für die währungstechnischen Maß_nahmen müsse die Verhinderung einer weiteren Geldausweitung im Vordergrund stehen. Wieweit die Möglichkeit dazu gegeben sei, werde wesentlich davon abhängen, ob das Generalgouvernement durch unmittelbare Wehrmachtsausgaben noch mehr als bisher in Anspruch genommen werde. Weiter könne der Weg beschritten werden, durch Zusammenlegung und Zusammenziehung des bestehenden Notenumlaufs etwa in Gestalt von Gewinnabschöpfung, von Besteuerung, von Sparaktionen oder Blockierung vorhandener Gelder und ähnlichen Maßnahmen zu helfen.

Daneben könnten wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden, als deren wichtigste sich praktisch die Ernährungssicherung erwiesen habe. Daß man unter den Kriegsverhältnissen das Preisniveau halten und verteidigen könne, sei nicht zu erwarten. Es könne nur infrage kommen, daß man entscheidende Widerstandsnester beseitige, die im Brotpreis, im Kartoffelpreis, im Mietpreis, in den Kosten für Fahrten zur Arbeitsstätte lägen. Man habe feststellen können, wie beruhigend allein die ausreichende Ernährung mit Brot der im deutschen Interesse arbeitenden Bevölkerung gewirkt habe. Nicht nur, daß der Schleichhandelspreis für Brot ganz wesentlich herabgegangen sei, - es habe sich auch gezeigt, daß für dieses wichtigste aller Nahrungsmittel, auf das man immer zurückgreifen könne, um sich vor dem Verhungern zu schützen, auch wenn man kein Fleisch und Fett erhalte, die Entwicklung nicht ins Uferlose

gehe, sondern daß es möglich sei, durch geeignete Maßnahmen eine Umkehr zu erzwingen.

Neben der Ernährungsicherung bedürfe es einer leidlichen Versorgung der Bevölkerung mit gewerblichen Gütern des dringendsten Bedarfs. Gerade auf dem Spinnstoffgebiet seien von der Hauptabteilung Wirtschaft umfassende Vorkehrungen getroffen worden. Die von der Hauptabteilung geschaffenen Läger hätten einen solchen Umfang, daß das schon im Reich Aufsehen erregt habe und dort von einer Hortungspolitik gesprochen werde.

Eine weitere positive Maßnahme liege in der Bekämpfung des Schleichhandels, dessen wirksame Bekämpfung die Preise auf dem Schwarzmarkt erheblich zurückgehen lassen könnte. Ganz allgemein müsse aber gesagt werden, daß die Volkswirtschaft des Generalgouvernements in ihrer relativ primitiven Konstruktion nicht mit derjenigen des Deutschen Reiches verglichen werden könne und man sich hüten müsse, die Beurteilung der Verhältnisse des Deutschen Reiches auf das Generalgouvernement zu übertragen. Im übrigen sei Warschau mit den krisenhaften Erscheinungen, wo der Schleichhandel zur Leidenschaft geworden sei, nicht das Generalgouvernement, sondern im Generalgouvernement allgemein gebe es eine bäuerliche Bevölkerung, die den Schleichhandel aus reinen Versorgungsgründen in einem gewissen Ausmaß betreibe. Aber dieser Schleichhandel werde wohl als etwas Natürliches empfunden. Andererseits betrachte der Bauer immerhin den in seinem Besitz befindlichen Geldschein mit einem gewissen Optismus in der Hoffnung, daß er später einmal damit etwas anfangen könne, und diese konservative Einstellung müsse man bei Beurteilung der Verhältnisse in Rechnung ziehen. Ein großer Teil der Bevölkerung des Generalgouvernements sei in währungspolitischer Hinsicht nicht nervös.

Präsident Naumann führt aus, daß sich aus der Entwicklung der letzten vier Jahre folgendes Bild ergebe: ein Teil des gedruckten Geldes fließe in die normale Wirtschaft, ein anderer Teil bewege sich im sogenannten Schleichhandelssektor. Der Behauptung, daß dieses Geld zu einem großen Teil im bäuerlichen Sektor umlaufe, müsse er entgegentreten. Der polnische Bauer habe im großen und ganzen wenig Geld zur Verfügung, und die Annahme, daß jeder Bauer der staatlichen Agrarbank seine Hypothek zurückzahlen würde, sei falsch; denn die Agrarbank habe immer noch Hunderte von Millionen an Außenständen von Hypotheken. Die Noten befänden sich heute zum größten Teil in den Händen des Schleichhandels; denn im Schleichhandelssektor würden Milliarden verdient und umgesetzt. Diese Geldmengen könne man nicht mit einer Zwangsanleihe erfassen. Erfassen müßte man vielmehr die Straßenjungen, die Zwischenhändler und das ganze Volk, das praktisch diese Geldmittel in der Tasche bzw. zu Hause liegen habe.

Es wäre also falsch, die produktiv Schaffenden mit einer Zwangshypothek zu belasten und sie dadurch zu zwingen, weitere Warenmengen auf den Schleichhandelsmarkt zu werfen, was wieder zur Folge hätte, daß die Wirtschaft in der Erfassung der Ware zu normalen Preisen geschädigt würde. Nur durch die Schaffung des Prämiensystems sei es möglich gewesen, die landwirtschaftlichen Betriebe über Wasser zu halten. Mit dem Wodka tausche der Bauer andere Waren ein, und darin liege gewissermaßen eine zweite Währung. Die Währungsfrage sei praktisch überhaupt nur in Ordnung zu bringen, wenn man mehr Ware in die amtliche Volkswirtschaft hineinwerfe. Auf dem Gebiete der Agrarwirtschaft sei es in diesem Jahr ja auch gelungen, fast loo % mehr Ware in den amtlichen Sektor zu bringen als im vorigen Jahr. Die Hauptabteilung E.u.L. sei bemüht, auch im kommenden Jahre wieder eine solche Menge Ware in den amtlichen Sektor zu bringen. Selbstverständlich werde

man in seinen Bestrebungen immer wieder durch Kriegsmaßnahmen gehindert, werde sich jedoch dadurch nicht von dem gesteckten Ziel abbringen lassen. Ein Hineinbringen von mehr Ware in den amtlichen Sektor der Agrarwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft über die Punkte werde einen festen Widerstand schaffen, und darauf könne sich dann auch die Währung stützen. Jemehr es gelinge, Ware in den ersten Kreis zu bringen und dafür zu sorgen, daß der zweite Kreis in Gestalt des Schleichhandels immer kleiner werde, desto mehr fließe das Geld zur Emissionsbank zurück, und diese könne dann Bedürfnisse des Krditmarktes ausgleichen.

Man habe in Holland ein währungspolitisches Experiment gemacht, indem man eines Tages eine Anzahl von Banknoten höherer Werte aufgerufen habe. Die Folge werde aber sein, daß sich der Schleichhandel in Holland künftig bei seinen Geschäften kleinerer Noten bediene und lieber die Beschwerung auf sich nehmen werde, z.B. den Zucker mit großen Mengen kleiner Banknoten zu kaufen. Ein solches Experiment könne nur einmal gemacht werden, da ja dadurch das Vertrauen zur allgemeinen Währung im gewissen Umfange erschüttert werde.

Den Gedanken an eine bäuerliche Zwangshypothek müsse er ablehnen, weil ihre Auferlegung eine Verringerung der nächstjährigen Ernte zur Folge haben würde. Der überwiegende Teil der polnischen Bauern würde aller Voraussicht nach 3 Ztr. Roggen auf den Schleichhandelsmarkt werfen, um die Zwangshypothek zu realisieren.

Er sehe keine Notwendigkeit dafür gegeben, über das Kontingent hinaus in von der Monopolverwaltung eingerichteten Verkaufsstellen Monopolerzeugnisse wie Wodka zu Schleichhandelspreisen zu vertreiben. Jedenfalls könne er zur Zeit nicht beurteilen, ob damit der Sog, der über den Prämienschnaps in der Bevölkerung

vorhanden sei, in etwa aufgehoben werde. Er befürchte, wenn vielleicht plötzlich lo Mill. Ltr. Wodka in die Masse der verbrauchenden Bevölkerung hineingebracht würden, daß der Bauer, der ja zu einem Teil mit seinem Wodka auch an den Markt gehe, für den Kauf von Bedarfsartikeln geschädigt würde.

Der Herr Generalgouverneur wendet dagegen ein, daß sich ja dieser amtliche Verkauf zu Schleichhandelspreisen nach einer gewissen Zeit angesichts der mangelnden Kaufkraft der Bevölkerung erschöpfen werde, während in dem landwirtschaftlichen Sektor ein stabiler, in jedem Jahr wieder neu erfolgender Ausstoß stattfände. Der Verkauf seitens der Monopolverwaltung müßte in der Zeit zwischen Februar und Juni erfolgen, in der die Bauern ohnehin gar nicht konkurrenzfähig wären.

Präsident Dr. Struve ist der Auffassung, daß zur Herbeiführung besserer Verhältnisse gewisse Voraussetzungen auf den vier Gebieten der schärferen Bewirtschaftung, des Lohnstopps, der Preisbildungsbestimmungen und der Währung gegeben sein und alle Dienststellen des Raumes auf diesen vier Gebieten einheitlich zusammengehen müßten. Er halte es allerdings für sehr schwierig, die Währung zu stabilisieren bzw. die richtige Relation zwischen Ware und Geldumlauf in der notwendigen Form zu finden, um auf diesem Gebiet zu einem Erfolg zu kommen. Die andere Frage, ob man ohne die Anschneidung des Währungsproblems auch zu besseren Verhältnissen gelangen könne, bejahe er angesichts der bereits angelaufenen schärferen Bewirtschaftung und der Möglichkeit auf dem Lohngebiet zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Auch die Preisbildung könne, soweit es sich um den Personenkreis handle, an dem die Verwaltung des Generalgouvernements wirtschaftlich interessiert sei, gewisse Einflüsse ausüben. Für die Regierung des Generalgouvernements handle es sich darum, um fünften Kriegsjahre die wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, die dem Generalgouvernem.

im Hinblick auf das Reich und den eigenen Raum gestellt seien.

Über die weitere Frage, was man dem einzelnen als Existenzminimum zubilligen könne, um von ihm eine ausreichende Leistung fordern zu dürfen, gingen die Meinungen weit auseinander. Im fünften Kriegsjahr könne nicht einfach jeder Betrieb nach seinem Ermessen der Gefolgschaft diese oder jene Bezüge zubilligen, sondern maßgebend sei der Gesichtspunkt, daß eine Ernährungsregelung durchgeführt werden müsse, die das Existenzminimum sicherstelle. Man bemühe sich auch, Artikel des täglichen Lebensbedarfs in vermehrtem Umfange der Bevölkerung zuzuführen, dem Arbeiter die notwendigste Kleidung zu verschaffen, auch die Wohnungskosten und seinen sonstigen Lebensbedarf zu berücksichtigen. Auf Grund dieser für das fünfte Kriegsjahr enormen Leistung, die auch lohnpolitisch untermauert sein müsse, könne man dann von dem Arbeiter eine entsprechende Leistung fordern.

Präsident Dr. Senkowsky lehnt von vornherein jedes Währungsexperiment ab, weil es für die Wirtschaft des Generalgouvernements ruinös sein und an der Hauptfrage nach der Ursache der bestehenden Verhältnisse vorbeigehen würde. Die von Präsident Naumann erörterte Kreistheorie habe sehr viel für sich, und ihre Richtigkeit werde durch die Tatsache bestätigt, daß aus der offiziellen Zone immer ein großer Teil der Zahlungsmittel in den Schleichhandelssektor gelange. Die große Gefahr liege eben darin, daß diese beiden Kreise nebeneinander beständen. Aus der Tatsache, daß der Junge auf der Straße vielleicht lo ooo wirkliche Zloty in der Tasche habe, seien gewisse Verpflichtungen zu folgern, an die Schleichhandels-Zloty heranzukommen und sie den Schleichhändlern mit Schleichhandelsmethoden wegzunehmen.

Er spreche sich gegen eine Zwangshypothek auf den bäuerlichen Besitz aus, da kein Grund dafür gegeben sei, diese Belastung allein auf den Grundbesitz der Bauern zu legen. Auch wären die Bauern nicht in der Lage, der Regierung mit Vertrauen gegenüber zu stehen, wenn diese ihnen gegenüber so wenig Vertrauen zeige. Die Bauern hätten sich angewöhnt, zum großen Teil in Geld zu zahlen. Einen Teil der Prämienware verwendeten sie als Tauschmittel, um sich andere Dinge zu beschaffen. Auf die Bauern müßte eingewirkt werden, daß sie daran dächten, ihre Hypothekenbelastung abzuwälzen, und hier müßten in erster Linie die Genossenschaften eingeschaltet werden. Jedenfalls könne man den Bauern, wenn man von ihnen Hypothekenzahlung verlange, nicht noch eine Zwangshypothek auferlegen.

Die Ernteerfassung habe der polnische Bauer schon früher gekannt, allerdings nach anderen Methoden. Damals habe dem Bauern schon zu einer Zeit, da der Acker kaum bestellt gewesen sei, die Ernte nicht mehr gehört, weil sie dem Juden für Lieferung landwirtschaftlicher Bedarfsartikel verschrieben worden sei. Auch noch in der Kriegszeit habe der polnische Bauer deshalb das Interesse gehabt, eine gewisse Hinterziehungstätigkeit zu üben. Das habe sich etwas geändert: früher habe der Bauer eigentlich kein Geld für seine Produktion bekommen, heute erhalte er Geld, außerdem die Prämienscheine und sei so tatsächlich besser gestellt als früher.

Der Notenumlauf im Generalgouvernement habe am 31. März 194o 9oo Millionen Zloty betragen. Seit Ende Mai 194o sei er dauernd gestiegen und habe am 31.März 1942 die Höhe von 2,5 Milliarden erreicht. Ein Drittel dieser Steigerung sei auf die Eingliederung des Distrikts Galizien, ein weiteres Drittel darauf zurückzuführen, daß man zu jener Zeit die Wirtschaft erst richtig in Gang gebracht habe. Die Reichsausgaben

hätten betragen: im Rechnungsjahr 194o 1,1 Milliarde Zloty, im Rechnungsjahr 1941/42 2,4 Milliarden. Das Generalgouvernement habe in diesen zwei Jahren 9oo Millionen Zloty à Konto dieser Reichsausgaben gezahlt. Von dieser Zeit an steige der Notenumlauf etwa um loo bis 2oo Millionen monatlich und erreiche am 31. März 1943 die Höhe von 4,4 Milliarden, er steige also in einem Jahr etwa um dieselbe Summe, die vorher die Reichsausgaben im Generalgouvernement betragen hätten, um 2,7 Milliarden Zloty. Das Generalgouvernement habe aus seinem Haushalt in der gleichen Zeit 1 Milliarde Zloty bezahlt. 2,7 Milliarden minus einer Milliarde seien gleich 1,7 Milliarde: also eine Notenumlaufssteigerung von 1,9 Milliarden stehe einer nicht durch Mittel des Generalgouvernements gedeckten Steigerung des Notenumlaufs von 1,7 Milliarde gegenüber. Die restlichen 2oo Millionen Zloty seien innerlich begründet. Die Steigerung des Notenumlaufs um 1,7 Milliarde im Rechnungsjahr 1942/43 sei also auf die Reichsausgaben des Generalgouvernements zurückzuführen. Im Rechnungsjahr 1943 schätze er die Steigerung des Notenumalufs auf etwa 3,2 Milliarden. Ihr ständen bis Ende März Zahlungen des Generalgouvernements von 1,9 Milliarden gegenüber. Er schätze den derzeitigen Notenumlauf auf 6,5 Milliarden. Man dürfe das Notenumlaufproblem nicht als Problem an sich, sondern müsse es als Teil des gesamtwirtschaftlichen Problemes ansehen. Daraus gehe hervor, daß der überwiegende Teil der Steigerung des Notenumlaufs auf die Reichsausgaben und der Rest auf die wirtschaftliche Entwicklung des Generalgouvernements selbst zurückzuführen sei.

Präsident Dr. Senkowsky erläutert dann im einzelnen das Verhältnis von Reichsausgaben zur Steigerung des Notenumlaufs und führt weiter aus: man müsse mit einer weiteren nicht vom Generalgouvernement abhängigen Steigerung der Reichsausgaben und des Notenumlaufes

rechnen. Wenn man heute eine Herabsetzung des Notenumlaufes verlange, so gehe man an dem Problem vorbei und sehe nur das Endziel, das vielleicht in einer späteren Zukunft erreicht werden müsse, damit aus dem Schleichhandels-Zloty kein wirklicher Zloty werde. Jetzt müsse jedenfalls nach Mitteln und Wegen gesucht werden, damit das weitere katastrophal werdende Ansteigen des Notenumlaufes auf ein erzielbares Minimum beschränkt werden könne. - Ein Aktivum liege in der Zahlungsbilanz zugunsten des Reiches. Erhöhte Warenlieferungen kämen nur in geringem Umfange infrage, wohl aber die sich schon bewährt habende Methode einer möglichst umfangreichen Aufbringung des Gegenwerts der Zahlungen des Reiches aus dem Generalgouvernement. Hier müsse unter Einsatz sämtlicher propagandistischer Mittel aus der Kapitalkraft des Generalgouvernements, die nicht gering sei, alles nur irgendwie Mögliche herausgeholt werden. Er werde nicht verfehlen, auch steuerliche Maßnahmen in schärfster Form durchzuführen. Die Rüstungsarbeiter und auch alle anderen Arbeiter bezahlten ihre Lohnsteuer unter Zugrundelegung der offiziellen Preise, und auch sonst werde die Lohn- bzw. Einkommensteuer auf dieser Grundlage bezahlt. Wollte man aber heute einen richtigen Steuerertrag herausholen, dann müßte man bei der Berechnung der Lohn- und Einkommensteuer die Prämienwaren- und Schleichhandelspreise zugrunde legen. Daher hinke der Lohn- und Einkommensteuer-Betrag dem, was die Steuerpflichtigen tatsächlich an Werten in die Hand bekämen, erheblich nach. Mit dem Steuerstrafverfahren könne man nicht loo %, sondern höchstens 5 bis lo % der Steuern aufbringen, und aus der Steuerverwaltung dürfe schließlich keine Steuerstrafverwaltung gemacht werden.

Daher bleibe nur der Weg übrig, mit dem Staat zur Verfügung stehender Ware in den Schleichhandel zu gehen, um ihm so seine Mittel wegzunehmen, aber jetzt nicht mehr zu dem Zweck, den Notenumlauf damit herabzusetzen, sondern diese Mittel für Reichsausgaben zur

Verfügung zu stellen und dadurch zu verhindern, daß die Emissionsbank gezwungen werde, für diese Reichsausgaben neugedruckte Noten auszugeben.

Auf eine Frage des Präsidehten Dr. Senkowsky erwidert Präsident Tetzner, daß die Spitze, die sozusagen im Verrechnungsverkehr nicht ausgeglichen werden könne, ungefähr 6 Milliarden betrage. Wenn man für diese 6 Milliarden Ware hätte kaufen können, wäre das Problem im Generalgouvernement nicht aufgetreten.

Präsident Dr. Senkowsky ist der Auffassung, daß das die Differenz zwischen den Reichsausgaben und dem sei, was das Generalgouvernement für die Reichsausgaben aufbringe. Das Mittel der Aufbringung des Gegenwerts von Reichsausgaben aus dem Generalgouvernement sei zur Zeit das einzig ausschlaggebende, durch welches man dem Ansteigen des Notenumlaufes entgegenwirken könne.

Noch im Winter 1939/4o habe man einem nichtdeutschen, überwiegend in jüdischer Hand befindlichen Wirtschaftsleben gegenüber gestanden, bei dem von einem Vertrauen zum deutschen Staatsleben keine Rede gewesen sei. Heute aber hätten die wohlhabenden und polnischen und ukrainischen Kreise kein Interesse daran, daß der Bolschewismus nach Polen komme, wohl aber, wenn man auf sie propagandistisch richtig einwirke, ein Interesse daran, ihr Geld für den Kampf gegen den Bolschewismus einzusetzen. Heute sei der Jude vollkommen aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet, aber die wirtschaftlichen Aufgaben, die die Juden erfüllt hätten, würden jetzt zum großen Teil von Deutschen erfüllt: das Wirtschaftsleben, das vor vier Jahren nichtdeutsch gewesen sei, sei heute zu mindestens einem Drittel deutsch. Von diesem deutschen Wirtschaftsleben könne man positive Anleiheleistungen für den Staat genau so verlangen wie von den Deutshen im Reich. Im Reich werde ein großer Teil der Kriegskosten durch Anleihe gedeckt, und das könne auch für die Reichsausgaben im

Generalgouvernement aus ähnlichen Gesichtspunkten von den Deutschen im Raum vorausgesetzt werden, soweit sie über größere Geldmengen verfügten.

Bankdirigent Präsident Dr. Paersch weist einleitend darauf hin, daß man es im Generalgouvernement mit zwei Versorgungskreisen zu tun habe, für die zwei verschiedene Preise eine Rolle spielten: der amtliche Preis und der Preis am sogenannten freien Markt.
Die Entsteheung dieser Kreise gehe darauf zurück, daß es, als das Generalgouvernement seine Verwaltungstätigkeit aufgenommen habe, anfangs nicht möglich gewesen sei, angesichts der Berücksichtigung der vordringlichen Interessen des Reiches, der Kriegführung usw. die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung in ausreichendem Maße zu befriedigen. Die amtliche Nahrungsmittelbelieferung sei ebenso wie die Belieferung mit gewerblichen Erzeugnissen von Anfang an ungenügend gewesen.

Bereits im Jahre 1940 habe man dem Reich gegenüber darauf hingewiesen, daß auf die Dauerm die Wirtschaft des Gebietes nur in Ordnung gehalten werden könne, wenn die Arbeitskraft der Bevölkerung, die mehr oder weniger im Interesse des Reiches und der Kriegführung zum Einsatz gelange, auch versorgungsmäßig einigermaßen gestützt und untermauert werde.
Im Reich habe man zunächst diesen Auffassungen dkein Gehör geschenkt. Erst allmählich habe sich eine Umstellung in den Ansprüchen gegenüber dem Reich ergeben. Noch heute aber sei im Reich die Frage völlig offen, ob das Generalgouvernement vorwiegend mit seiner industriellen Erzeugungskraft für das Reich beschäftigt oder mit seiner landwirtschaftlichen Erzeugungskraft für die Ernährungssituation des Reiches herangezogen werden solle.

Das Reich habe bisher beide Ansprüche gestellt, und es sei deshalb aufgefordert worden, endgültig darüber zu entscheiden: wenn das Reich weiter in großem Umfange einen Export von Nahrungsmitteln vom Generalgouvernement verlange, ergäben sich hieraus zwangsläufig Rückwirkungen für die Versorgung des

Gebietes und damit für die Möglichkeit, dem Arbeiter ein zeitgemäßes Entgelt für seine Arbeitsleistung in Form von Nahrungsmitteln und gewerblichen Erzeugnissen zu geben.

Der Notenumlauf der Reichsbank habe sich von 1933 bzw. 1939 bis 1943 von 3,6 bzw. 11 auf 33 Milliarden Reichsmark erhöht. Die Ursache für diese enorme Steigerung liege naturgemäß in der Inanspruchnahme der Währung für die Vorbereitung der Aufrüstung, die Aufrüstung selbst wie für die Bedürfnisse des Reiches und der Kriegführung. Man habe es im Reich aus wohlerwogenen Gründen nicht für zweckmäßig gehalten, durch Eingriffe in die Steigerung des Notenumlaufes die weitere Fortsetzung dieses Verfahrens zu erschweren.

Eine Notenbank, die an sich beherrschend in die Ansprüche der Aufrüstung, des Krieges oder der Reichsbedürfnisse gestellt werde, könne diesem Zwang nur einheitlich entsprechen. Wenn sie aber unter diesem Zwang stehe, könne sie ihre andere Aufgabe, die Rückwirkung ihrer Tätigkeit auf die Preise, naturgemäß nicht mehr erfüllen. Deshalb habe Reichsbankpräsident Dr. Schacht seinerzeit dem Führer vorgeschlagen, für die Preisbildung eine besondere Behörde einzusetzen, den Reichskommissar für die Preisbildung, weil die Reichsbank für die Entwicklung der Preise im Reich angesichts der auf die Reichsbank gelegten Zwangshypothek die Verantwortung nicht mehr übernehmen könne.

Als das Generalgouvernement seine Tätigkeit aufgenommen habe, habe sich auch hier ein Vertreter des Reichskommissars für die Preisbildung gefunden, der aber seine Tätigkeit nicht recht habe aufnehmen können, weil sich für ihn gewisse Schwierigkeiten ergeben hätten, die Vollmachten und Zuständigkeiten zu erhalten, die der Reichskommissar für erforderlich gehalten habe. Nach manchen Schwierigkeiten habe dann die Preisüberwachungsbehörde des Reiches ihre Tätigkeit im Generalgouvernement aufgenommen. Da aber das

Reichskommissariat für die Preisbildung erst im Jahre 1936 ins Leben getreten sei, habe es noch keine großen Erfahrungen und vor allem nur einen kleinen Kreis sachverständiger Mitarbeiter zur Verfügung gehabt. Deshalb habe auch der Reichskommissar dem Generalgouvernement nur vereinzelte Mitarbeiter stellen können, und dieser Kräftemangel habe es verhindert, daß die Preisüberwachungsbehörde des Generalgouvernements den wünschenswerten Einfluß auf die Preisentwicklung habe nehmen können.

Verstärkt worden seien die Schwierigkeiten durch das Verhalten der Bevölkerung. Während im Reich die Bevölkerung willig mit den auch von der Presse unterstützten Maßnahmen der Regierung mitgehe, komme als Grund für die Haltung der Bevölkerung im Generalgouvernement verschärfend hinzu, daß hier die Verwaltung als ein völliges Novum unter Zerschlagung des gesamten Unterbaues und der im Lande vorhandenen Einrichtung der Selbstverwaltung ins Leben getreten sei. Die Mitarbeiter der Preisüberwachungsbehörde hätten erst Erfahrungen sammeln müssen und seien erst nach einiger Zeit dahin gekommen, wo man vielleicht sehr früher beim Vorhandensein eines einheimischen Apparates hätte beginnen können.

Ein weiterer Grund sei die Unterversorgung der einheimischen Bevölkerung. Wenn die Verwaltung dieser Bevölkerung nicht den notwendigen Lebensbedarf sichere, dann versuche man eben, eine Befriedigung zu erzwingen. Da der amtliche Markt dazu nicht in der Lage gewesen sei, habe sich die Bevölkerung auf den freien Markt begeben.

Alle diese Gründe seien eindeutig dafür anzuführen, daß die Preisüberwachung des Generalgouvernements nicht in ausreichendem Umfange den amtlichen Sektor habe verstärken und den Schleichhandel habe zurückdrängen können. Diese Zustände seien darauf zurückzuführen, daß das Reich von dem Gebiet viel mehr verlangt habe,

als es hätte leisten können. Deshalb habe die Währung mit den Preisen im Generalgouvernement nur in sehr bedingtem Umfange zu tun. Das Problem der Preise im Generalgouvernement sei ein Problem der Wirksamkeit der hierfür ausschließlich zuständigen Preisüberwachungsstelle.

Man habe nun auf die Notwendigkeit der Einziehung des Geldes hingewiesen und verschiedene Methoden für ein zwangsweises Eingreifen vorgeschlagen. Im Reich sei man aus wohlerwogenen Gründen nicht so vorgegangen. Er, Präsident Dr. Paersch, habe im Generalgouvernement diesen Eingriff Anfang 194o vollziehen müssen und ein schnelles Aufrufen der großen Noten der Bank Polski durchgeführt, - eine sehr harte Maßnahme für das Land. Es habe sich eindeutig ergeben, welche Schwächen mit einer solchen Maßnahme verbunden seien. Es sei aber gelungen, im ganzen das Experiment für Wirtschaft, Währung und Finanzen zu einem günstigen Ausgang zu bringen. Damals seien diese Maßnahmen währungspolitisch unbedingt notwendig gewesen, weil andererseits in der Wirtschafts- und Währungsgeschichte dieses Gebietes ein neues Blatt mit der Errichtung der Notenbank umgeschlagen worden und es möglich gewesen sei, klare Grundsätze auf diesem Gebiet herauszuarbeiten. Alle diese Tatbestände fehlten in der gegenwärtigen Zeit. Die Währung des Generalgouvernements habe aber bisher im vollen Umfange nach Maßgabe der vom ihr geforderten Leistung gearbeitet: sie habe den Warenaustausch des Gebietes vermittelt, habe es ermöglicht, daß das Reich ein Höchstmaß der Leistung für Reich und Kriegführung herauswirtschaftete, sie habe darüber hinaus die Finanzierung aller Bedürfnisse des Generalgouvernements in der Rüstungswirtschaft und in den Finanzen ermöglicht. Es sei also gelungen, mit allen diesen Problemen uneingeschränkt fertig zu werden.

Selbstverständlich bestänben auf manchen Gebieten Versorgungsprobleme im ganzen Generalgouvernement, die der Emissionsbank nicht unbekannt seien. Sie seien

eine Folge der Tatsache, daß das Generalgouvernement bis in die Gegenwart hinein zu einem Nahrungsmittel-Exportland geworden, damit die wichtigste Grundlage jeder wirtschaftlichen Betätigung, nämlich eine ausreichende Ernährung der Arbeiter, gefährdet worden und daß im Reich die Frage, ob es primär Ernährungs- oder Produktionshilfe haben wolle, noch nicht entschieden sei.

Die Frage, ob es möglich sei, daneben noch gewisse Geldmengen einzuziehen, sei dauernd Gegenstand der Untersuchung. Hier werde alles nur irgendwie Mögliche getan. Im übrigen liefen ja die gesamten Währungsfragen in völligem Kontakt mit den zuständigen Reichsressorts.

Eine Zwangshypothek brauche gar nicht neu bestellt zu werden, da sie schon bestehe. Die Emissionsbank habe ja eine erststellige Grundschuld auf alle Liegenschaften als zusätzliche Notendeckung bis zu einem bestimmten Betrage vorgesehen. Die Ursachen der Schwierigkeiten seiner, des Präsidenten Dr. Paersch, Tätigkeit lägen darin, daß er im Interesse des Reiches die Währung des Generalgouvernements in zunehmendem Maße belasten müsse. Er würde es begrüßen, wenn alle diese Fragen nach außenhin mit mehr Zurückhaltung behandelt und zunächst mit seiner Dienststelle besprochen würden, die allein dafür zuständig sei. Es diene nicht dem Reichsinteresse, wenn die Währungsfrage vor einem größeren Kreis besprochen und damit Unruhe und Unsicherheit in größere Kreise hineingetragen werde.

Wenn Generalleutnant Schindler ein Heilmittel darin erblicke, daß die Reichsmark im Generalgouvernement zugelassen werde, so weise er mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Nichtzulassung der Reichsmark im Generalgouvernement gerade im Interesse des Reiches liege. Angesichts der großen Steigerung des Notenumlaufes habe das Reich das dringende Interesse,

die Geltung der Reichsmark auf die engeren Grenzen des Reiches zu beschränken. Deshalb lege auch das Reich Wert darauf, in allen besetzten Gebieten besondere Währungen laufen zu lassen. Das Reich habe demnach den dringenden Wunsch, die Reichsmark aus dem Generalgouvernement herauszulassen.

Bereits im August 194o, als der Ausbau der Ostbahn erstmalig mit dem Otto-Programm angelaufen und zu erkennen gewesen sei, daß die Truppenbelastung des Gebietes zunehmen würde, habe der Herr Generalgouverneur auf seinen Vorschlag das dringende Ersuchen an die zuständigen Reichsstellen gerichtet, angesichts der Auswirkungen auf die Währung auf eine Beschränkung dieser Anforderungen hinzuwirken. Damals habe Präsident Kehrl die Erklärung abgegeben, daß diese Reichsbedürfnisse durch die Verhältnisse beim Reich bedingt seien und den Anforderungen ohne Rücksicht auf die Währung entsprochen werden müsse. Man habe also vor einem ganz klaren Gebot des Reiches gestanden.

In weiterer Folge sei dann nach Beginn des Ostfeldzuges, als sich die Transportverhältnisse verschlechterten und sich das Reich aus Transportgründen die Wehrmachtslasten wegschaffen mußte, auch vom Reichsmarschall die Weisung ergangen, daß alle diese Forderungen ohne Rücksicht auf die Währung befriedigt werden müßten.

Man stehe also vor der Tatsache, daß die Währung sowohl im Reich wie im Generalgouvernement im schwersten Kriegseinsatz stehe. General Schindler dürfe überzeugt sein, daß auf dem Gebiet der Währung alles getan werde, was zu tun möglich sei; aber dem Diktat des Reiches könne man sich eben nicht entziehen. In dem Zeitpunkt, da die Anforderungen des Reiches wegfielen, sei die Währung gar kein Problem mehr. Da diese Anforderungen gegenwärtig noch beständen, müsse die Währungspolitik des Generalgouvernements ihre

vordringlichste Aufgabe darin erblicken, den Anforderungen des Reiches auch weiterhin nachkommen zu können. Deshalb müßten auch alle Maßnahmen auf dem Gebiet der Währung genau überlegt werden. Er bitte, wenn man irgendwelche Fragen auf dem Gebiete der Währung habe, sich vertrauensvoll an ihn zu wenden und jede unnötige Erörterung nach Möglichkeit zu vermeiden. Im übrigen habe das Reich immer das Interesse daran erkennen lassen, daß die Währung des Generalgouvernements ihre Funktion in vollem Umfange aufrecht erhalten könne. Dieses Interesse bestehe auch beim Reichsmarschall. Die Ernteerfassung hänge entscheidend davon ab, daß die Ernte mit der Währung gekauft werden könne. Wenn das Prämiensystem im Wege des Tausches verstärkt würde, dann stände man bald vor der Schwierigkeit, die Ware nicht mehr zu erhalten.

Ein weiterer Interessent der Währung sei die Wehrmacht. Sie entnehme nicht nur den Besoldungsbedarf für die Truppe, der an sich ziemlich gering sei, aus dem Generalgouvernement, sondern es würden auch Ankäufe und Anschaffungen von ihr getätigt. Von den Sachleistungen entfalle etwa die Hälfte auf die Bedürfnisse der hiesigen Wehrmacht, die andere Hälfte auf die Bedürfnisse der Front. Der Anteil der Front an den Sachleistungen sei dauernd im Steigen. Nach Ansicht der Wehrmacht sei das Generalgouvernement für sie das wichtigste noch in Ordnung befindliche Etappengebiet. Der dritte Interessent sei Reichsminister Speer, der in großem Umfange die Produktion nach dem Generalgouvernement verlege und größten Wert darauf lege, daß sich diese Produktion reibungslos vollziehe. Viertens seien alle anderen Reichsstellen wie z.B. das Reichsfinanzministerium und das Reichswirtschaftsministerium Interessenten. - Er verstehe, daß sich Generalleutnant Schindler von gewissen Sorgen leiten lasse; aber diese Sorgen träfen alle Stellen.

Deshalb müsse versucht werden, in gemeinsamer und kameradschaftlicher Zusammenarbeit dieser Sorgen, soweit möglich, Herr zu werden.

Generalleutnant Schindler hebt gegenüber den Ausführungen des Dr.Paer-sch hervor, daß die Rüstungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft selbstverständlich auch an Währungsfragen interessiert sei. Er habe diese Frage schon wiederholt mit Präsident Dr. Paersch besprochen und sich berechtigt geglaubt, entsprechende Ausführungen auch in der heutigen Sitzung zu machen. Es handle sich nicht lediglich um die vom Reich gestellten Forderungen, deren Erfüllung die Währungslage des Generalgouvernements beeinflußt habe, sondern um die einfache Frage, wie ein Gleichgewicht zwischen Notenumlauf und Ware hergestellt werden könne. Daß eine Lösung dieses Problems vor allem in die Zuständigkeit der Preisbildungsstelle fallen solle, könne er nicht ohne weiteres zugeben. Wenn sich große Mengen von Noten in der Tasche eines Schleichhändlers befänden, so werde dieser versuchen, sie in Realwerten anzulegen. Aber alle diese Dinge zu beurteilen, sei nicht seine Aufgabe, wohl aber sei es seine Sache, Mittel vorzuschlagen, die für eine Änderung der Verhältnisse gewählt werden müßten. Daß die Verhältnisse abgesehen von der Rüstungswirtschaft auch auf anderen Gebieten ähnlich lägen, sei klar. Aber eine allgemeine Regelung werde nicht durchführbar sein, wenn eine Regelung von der Währungsseite her nicht möglich sei. Einigkeit bestehe offenbar darüber, daß eine Erhöhung der Warenmenge eintreten müsse. Für die Rüstungswirtschaft sei es gleichgültig, ob die Noten eingezogen oder neue hypothekarische Belastungen geschaffen würden. Er könne im übrigen nicht der Auffassung beistimmen, daß beim Bauern kein Geld vorhanden sei; denn aus gewissen Tatsachen gehe das Gegenteil hervor.

Die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung sei zwar dankenswerter Weise etwas gebessert worden, aber, gemessen an den Verhältnissen im Reich immer noch unzureichend und die Entlohnung recht mangelhaft. Auf solchen Grundlagen könne man keinen Lohntarif aufbauen. Er würde es jedenfalls einen Fortschritt betrachten, wenn man wenigstens vorübergehend zu einer gewissen Ruhe in den Währungsverhältnissen käme. Eine entsprechende Regelung sei naturgemäß sehr schwierig, weil es an den notwendigen Exekutivorganen fehle.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß die Währungsfrage im höchsten Maße eine politische sei. Er habe seit 1933 nie davon gehört, daß im Reich irgendwo eine Währungssitzung stattgefunden habe. Von der Währung sei lediglich zu hören, daß der Reichswirtschaftsminister in Abständen von einem halben Jahr dem deutschen Volke und der Welt sage, daß die deutsche Währung die beste auf der ganzen Erde und die Währung noch nie so geordnet gewesen sei wie jetzt. Wenn das gesagt werde, so habe es seinen bestimmten Grund. Im Reich sei es ja auch so, daß eine Brotkarte mehr Wert habe als ein Geldstück ohne Bezugsberechtigung. Insofern glichen die Verhältnisse im Generalgouvernement denen im Reiche. Von diesen Währungsfragen, die lediglich auf das Vertrauen des Volkes zur Währung aufgebaut seien, müsse in allen Fällen wie von höchsten Staatsgeheimnissen gesprochen werden.

Wenn der Herr Generalgouverneur diese Währungssitzung einberufen habe, so liege darin eine vornehme Geste gegenüber den Währungsamateuren. Es habe kaum eine Sitzung stattgefunden, in der der Herr Generalgouverneur den Amateuren Gelegenheit gegeben habe, das Problem durchzusprechen und zu entsprechenden Entschlüssen zu kommen. Wenn man aus der heutigen Sitzung die Erkenntnis mitnehmen würde, daß es falsch sei, die wirtschaftlichen Verhältnisse allein von der

Währungsseite zu sehen, so wäre das schon ein großer Erfolg. Er danke dem Präsidenten Dr. Paersch dafür, daß er mit logischer Klarheit die Währungsprobleme behandelt habe. Eine Spitze gegen Generalleutnant Schindler sei in diesen Ausführungen nicht enthalten gewesen, sondern darin sei nur die Wahrung seiner sachlichen Interessen zu erkennen.

Etwas anderes sei es, wenn man sich darüber unterhalte, wie etwa der Lebensstandard des Arbeiters durch ein Auflageprogramm seitens der Hauptabteilung E.u.L. gebessert oder von der Hauptabteilung Finanzen die Ordnung im Gebiet hergestellt werden könne, Themen, die zwar ihre Rückwirkung auf die Währung hätten, aber keine Währungsthemen im eigentlichen Sinne seien.

Generalleutnant Schindler betont, daß er keine Vorwürfe gegen Präsident Dr. Paersch habe erheben wollen. Ihm komme es lediglich darauf an, daß er einen Weg finde, auf dem man zu einem praktischen Ergebnis gelangen könne. Jedenfalls müsse dafür gesorgt werden, daß der Rüstungsarbeiter einen Lohn erhalte, mit dem er auch leben könne.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß man bestrebt sei, auf dem landwirtschaftlichen Sektor die vorhandene Ware zu erfassen ~~su~~ und zu verteilen. Wenn auf den Gebieten des Fettes und Fleisches die gesteckten Ziele erreicht würden, so werde der Schwarzhandel ganz wesentlich eingeschränkt werden können. Falls es gelingen sollte, auf dem gewerblichen Sektor eine notdürftige Versorgung des Arbeiters mit Schuhwerk und Kleidung herbeizuführen, so würde doch noch immerhin ein Schwarzhandel bestehen bleiben, weil man ja nicht alles erfassen könne. Diese Korruptionserscheinungen seien sehr bedenklich, und er sei deshalb auch im Begriff, Maßnahmen einzuleiten, mit denen diese Funktion des Schwarzhandels eingedämmt werden könne. Die

Schleichhandelsbekämpfung werde sehr viel leichter werden, wenn man auf dem Gebiet der Erzeugung etwas mehr erreicht habe. Unbedingt notwendig sei es auch, auf dem Gebiet der gewerblichen Erzeugung die Schwarzproduktion unmöglich zu machen.

Generalleutnant Schindler gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß eine Verhinderung der Schwarzarbeit auch bei der Rüstungsindustrie in ausreichendem Maße nicht möglich sei, da es an den für eine Überwachung der Arbeiter notwendigen deutschen Kräften fehle.

Staatssekretär Dr.Boepple bezeichnet das Problem als äußerst schwerwiegend und gefährlich. Man habe das Gefühl, daß die Dinge allmählich einer Katastrophe zutrieben. Leider sei es angesichts der Notwendigkeit der Rüstung dahin gekommen, daß viele Dinge aus dem Wirtschaftskreislauf hätten herausgenommen werden müssen Für Landwirtschaft und gewerbliche Wirtschaft, an denen ja alles hänge, müsse jetzt eine Widerstandslinie aufgerichtet werden. Stahl, Buntmetall, Textilfaser und andere Stoffe müßten ganz allgemein der Kriegsproduktion nutzbar gemacht werden.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, welche Vorschläge für eine Besserung der Lage gemacht werden könnten, erwidert Staatssekretär Dr.Bühler, daß zunächst auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft eine weitere Steigerung der Produktion angestrebt werden müsse. Weiter sei die Frage zu klären, ob vom Reich ein größeres Gewicht auf die gewerbliche Fertigung oder auf einen umfassenderen Export von Nahrungsmitteln seitens des Generalgouvernementsgelegt werde. Werde das Generalgouvernement von gewissen Reichslieferungen befreit, so werde man in der Lage sein, den Arbeiter so zu versorgen, daß er es nicht mehr nötig habe, sich in den Schwarzhandel zu begeben.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalleutnant Schindler, daß dem Rüstungsarbeiter zur Zeit ein Mindestlohn von etwa 3oo Zloty gezahlt werde. Wenn aber die von ihm gestellten Bedingungen erfüllt würden, dann brauche die Rüstungsindustrie für die Arbeiter an Lohn gar nicht mehr zu fordern.

Staatssekretär Dr.Bühler ist der Ansicht, daß hinsichtlich der Zuweisung von Rohstoffen an Arbeiter zur Verhinderung von Schwarzarbeit eine genaue Kontrolle und Kalkulation durchgeführt werden müsse. Ferner müsse durch eine schärfere Bewirtschaftung der Rohstoffe, durch eine Konzentration und infolge dieser Konzentration mögliche Überwachung der Produktion der Schwarzfertigung das Wasser abgegraben werden. Damit wäre auch dieMöglichkeit gegeben, die Arbeiter mehr als bisher mit gewerblichen Produkten zu versorgen. Weiter sei auf dem Gebiet der Finanzen zu prüfen, ob man in den Geldumlauf des Schwarzhandels eingreifen könne. Hier genüge es wohl nicht, lediglich den Wodka zugrunde zu legen, sondern es müßte ein umfassendes System geschaffen werden.

Die von dem Herrn Generalgouverneur gestellte Frage nach der Möglichkeit der Aufbringung von Anleihen beantwortet Präsident Dr. Paersch dahin, daß auf diesem Gebiet alles versucht werde. Aber gleichwohl müsse doch in erster Linie darauf gesehen werden, daß die weitere Fortsetzung der Finahzierung der Reichsbedürfnisse nicht Schaden leide.

Der Herr Generalgouverneur hat den Eindruck, daß die heutige Sitzung eigentlich zu keinem besonderen Ergebnis geführt habe. Es sei lediglich von einer Verringerung des Notenumlaufes, von der Möglichkeit der Auferlegung einer Zwangshypothek, von der Gleichbehandlung des Schleichhandels mit der Monopolwarenlieferung gesprochen worden. Daß eine Zwangshypothek

auf die Landwirtschaft nicht gelegt werden solle, darüber sei man sich einig. - Hinsichtlich des freien Vertriebes von Monopolerzeugnissen werde Präsident Dr. Senkowsky noch einen Vorschlag einreichen müssen. Hierbei handle es sich um einen Dienst, den die Monopolverwaltung der Emissiongbank leiste.

Auf den erneuten Hinweis des Präsidenten Naumann darauf, daß der polnische Bauer nicht über größere Geldmittel verfüge, entgegnet der Herr Generalgouverneur daß gleichwohl darauf gedrungen werden müsse, daß die Bauern ihre Hypotheken zurückzahlten.

Präsident Dr. Paersch weist darauf hin, daß er schon 1939 die Hauptabteilung E.u.L. gebeten habe, als Mittel der Verhinderung der Hortung von Geldmengen die Bauern zur Zurückzahlung ihrer Schulden zu veranlassen. Man habe auch beachtliche Beträge zurückgeholt und hole sie laufend zurück.

Präsident Dr. Senkowsky gibt dann einen Überblick über den Notenumlauf. Er betrage im Reich 37o Reichsmark, im Generalgouvernement 5oo Zloty auf den Kopf der Bevölkerung. Die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung betrage im Reich rd. 4 ooo Reichsmark, im Generalgouvernement belaufe sich die Staatsverschuldung pro Kopf der Bevölkerung auf 2o Zloty. Die Staatsverschuldung in Polen sei früher nicht so hoch gewesen, weil dort niemals Kreditmöglichkeiten größeren Umfanges bestanden hätten. Seit der Errichtung der deutschen Herrschaft sei eine gewaltige Kapitalumschichtung im Generalgouvernement eingetreten. Er sei zwar kein Anhänger der staatlichen Verschuldung, sehe aber in der Kriegszeit kein anderes Mittel, der Probleme Herr zu werden.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß der Staat Generalgouvernement doch alles das schulde, was angeblich das Reich dem Generalgouvernement schulde: alles, was das Reich dem Generalgouvernement angeblich

geschenkt habe, müsse einfach als Schuld des Generalgouvernements betrachtet werden, man müsse mit den gesamten Summen rechnen, die jetzt vom Staat und durch staatliche Organisationen auf das Land Generalgouvernement abgewälzt seien und die sich auf Milliarden beliefen.

Der Herr Generalgouverneur trifft danach folgende Feststellungen:

1. Die erste positive Maßnahme hat darin zu bestehen, daß sich Präsident Dr. Senkowsky bereit erklärt, die schwere Verantwortung für den von ihm geplanten Schritt zu übernehmen, nämlich im Wege der Einführung der Schleichhandelspreise für Monopolerzeugnisse der Emissionsbank Entlastung zu geben. Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht aus der Finanzlage des Staates, sondern stellt ausschließlich ein weiteres Opfer dar, das der Staat Generalgouvernement der Wirtschaft bringt.

2. Als Mittel für die Besserung der Verhältnisse kommt die Steigerung der Rückzahlung von Hypotheken in Betracht.

3. Von maßgebender Bedeutung ist die Frage der Lieferung von Waren aus dem Reich und die Frage, was auf diesem Gebiete geschehen kann.

Präsident Dr. Emmerich betont, daß auf dem Gebiet der Warenlieferung aus dem Reich leider nichts geschehen könne. Zur Zeit herrsche vielmehr die Tendenz, die Lieferungen aus dem Reich ganz einzustellen und das Generalgouvernement weitgehend auf seine eigene Produktion zu verweisen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Emmerich ihm diese Erklärung amtlich zur Kenntnis zu bringen. Eine solche amtliche Verlautbarung müsse die Grundlage für sofort aufzunehmende eingehende Verhandlungen sein. Es sei unmöglich, daß man vom Reich Rüstungsaufträge erteile und gleichzeitig die notwendige Ware nicht zur Verfügung stelle.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Möglichkeit bestehe, künftig im Generalgouvernement die eigene Produktion zu fördern, bittet Präsident Dr. Emmerich, darüber Einzelvortrag halten zu dürfen.

Nach einer längeren Aussprache über die Möglichkeit einer Erweiterung der eigenen Produktion des Generalgouvernements erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er angesichts der Haltung des Reiches unter Umständen die Verantwortung für die Wirtschaft des Generalgouvernements werde ablehnen müssen. Er werde dem Führer über diese Dinge demnächst Bericht erstatten. Praktisch sei dem Generalgouvernement zur Zeit jede Möglichkeit genommen, die Verhältnisse aus eigener Kraft zu sanieren. Das Generalgouvernement sei ausgeplündert wie überhaupt kein zweites Land in Europa. Wenn von seiten der Rüstungsinspektion eine Erhöhung der Löhne beantragt werden sollte, dann werde er notfalls an Generalleutnant Schindler das Ansinnen stellen, die Rüstungsindustrie des Generalgouvernements abzubauen; denn dann sei eben eine Verbindung der Notwendigkeiten der Rüstungsindustrie mit denen des Landes nicht mehr möglich. Er werde dann einfach feststellen, daß die Forderungen des Reiches nicht mehr erfüllt werden könnten. Jeder fürderhin der Rüstungsindustrie erteilte Auftrag bedeute unter den obwaltenden Umständen eine weitere Belastung für das Generalgouvernement. Jetzt handle es sich vor allem um die Frage, ob eine Steigerung der Warenproduktion im Generalgouvernement in mäßigem Umfange möglich sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Emmerich, daß diese Steigerung der Warenproduktion nicht ohne weiteres von Einfluß auf die Währung sein würde.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß im abgelaufenen Jahre im Monatsdurchschnitt 25o Millionen Zloty für Reichsleistungen ausgegeben worden seien. Nehme man ein weiteres Steigen an, so komme man auf eine Summe von 3oo Millionen Zloty. Aus dem Verrechnungsfaktor sei kein Einfluß auf die Gestaltung dieser Ziffern zu erwarten. Rechne man nur bis Ende des Jahres so komme man zu einer Steigerung des Notenumlaufes von 3~~ee Millienen-Z~~ Milliarden Zloty. Wenn es möglich sei, den gleichen Wehrbeitrag wie im vorigen Jahre mit 1,3 Milliarde im neuen Haushalt unterzubringen, so könnte die Ziffer von 3,6 Milliarden um ein Drittel gemindert werden; aber man habe dann immer noch eine Steigerung von 2,5 Milliearden Zloty. Am Ende des Jahres werde sich der Notenumlauf auf etwa lo Milliarden belaufen.

Präsident Dr. Paersch gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Notenumlaufsteigerung in der Hauptsache auf den Geldanforderungen der Wehrmahht und sonstiger Stellen wie auch der Ostbahn beruhe. Die Wehrmachtausgaben beliefen sich auf etwa 27o Millionen Zloty, wozu noch zusätzliche Erhöhungen im Betrage von 3o Mill. Zloty kämen. Die Wehrmacht verwende die Gelder für Truppenlöhnung, für Anschaffungen und für die Ostfront.

Der Herr Generalgouverneur richtet an Präsident Dr. Senkowsky die Frage, wie nach seiner persönlich fachmännischen und verantwortlichen Einstellung das Bild sein müsse, wenn einigermaßen auch kriegsmäßig normal die Stabilität der Leistungen des Generalgouvernements gewährleistet werden könnte. Man lebe im Reich unter der Fiktion der besetzten Gebiete und über

deren unerschöpflichen Leistungskraft.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, was auf dem Währungsgebiet geschehen müsse, wenn eine im Reichsinteresse zu gewährleistende Stabilität der Leistung auch des Generalgouvernements sichergestellt werden solle, bezeichnet es Präsident Dr. Paersch als entscheidend, daß sich das Reich entschließe, den Wehrmachtsbedarf nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen auf dem Wege des Nachschubes zu befriedigen. Bisher werde der gesamte Wehrmachtskonsum wie Pferde, Ausrüstungsgegenstände, Bedarfsartikel verschiedenster Art, aus dem Lande entnommen, worüber er schon ein Verzeichnis gegeben habe. Alle Summen, die für das Reich ausgegeben würden, müßten sich über den Verrechnungsverkehr ausgleichen lassen. Im übrigen könne auch er nur feststellen, daß vom Reich an die Leistungsfähigkeit des Generalgouvernements viel zu hohe Ansprüche gestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß ein handelsrechtlich ausgeglichener Verkehr gar nicht stattfinde. Das Reich nehme vom Generalgouvernement Ware und bezahle sie mit Geld, das im Generalgouvernement gedruckt werde.

Präsident Dr. Paersch weist nochmals darauf hin, daß das Reich jetzt vor der Verantwortung stehe, zu entscheiden, ob es das Generalgouvernement als Agrarlieferungs- oder Produktionsland in Anspruch nehmen wolle. Wenn das Reich diese Frage nicht entscheide, schneide es sich ins eigene Fleisch. Der Schleichhandelssektor werde dann immer größer und die Ernteerfassung gefährdet.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Emmerich, ihm eine entsprechende wirtschaftspolitische Darlegung der Lage zu geben. Er sei jedenfalls gewillt, die Verantwortung für diese Dinge vom Generalgouvernement abzuwälzen. Die Wichtigkeit der heutigen Sitzung liege darin, daß sie einen Durchbruch ~~der~~ zu einer wirklichen Erkenntnis der Situation bedeute.

Präsident Dr. Senkowsky betont, daß die Hauptabteilung Finanzen nach Möglichkeit eine Steigerung des Notenumlaufes verhindert habe. Die Ausgaben, die der Haushalt des Generalgouvernements für das Reich betragen habe, hätten sich belaufen: im Jahre 194o auf 181 Millionen, im Jahre 1941 auf 733 Mill., im Jahre 1942 auf eine Milliarde, im Jahre 1943 auf 1,864 Milliarde. Um diese Beträge sei die Steigerung des Notenumlaufes abgebremst worden. Daher müsse untersucht werden, ob auf diesem Wege, etwa in Gestalt der Erhöhung der wirtschaftlichen Produktion, noch etwas Zusätzliches geschehen m könne.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratungen zusammen und stellt fest, daß von jetzt an nicht mehr über Fiktionen, sondern über die Wirklichkeit gesprochen werden müsse. Es habe keinen Sinn, das Thema der Reduzierung des Notenumlaufes, abgesehen von Einzelmaßnahmen in Gestalt der Schleichhandelsbekämpfung, der Auferlegung einer Zwangshypothek usw., zu erörtern, solange nicht vorher das Problem eines echten soliden handelsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Generlgouvernement gelöst sei. Zur Evidenz habe sich die Unmöglichkeit erwiesen, so wie bisher zu verfahren, nämlich sowohl die industrielle wie die Ernährungsproduktion in den Dienst des Reiches zu stellen, ohne daß das Reich dafür ein Entgelt in Gestalt von Ware oder Leistung gebe.

Der Herr Generalgouverneur bittet Generalleutnant Schindler, sich mit Präsident Dr. Emmerich in Verbindung zu setzen und dann über das Ergebnis der Sitzung seiner zuständigen Reichsstelle zu berichten.

Abschließend betont der Herr Generalgouverneur, daß er gegebenenfalls von seinen Rechten als Reichsverteidigungskommissar und seinen sonstigen Vollmachten Gebrauch machen werde. Er werde dem Führer einen klaren Einblick in die Verhältnisse geben und dabei betonen, daß sich die Währungspolitik offenbar unter dem Zwang der Verhältnisse entwickelt habe. Weiter könne er die Feststellung treffen, daß sich die Präsidenten Senkowsky und Dr. Paersch über die Situation völlig einig geworden seien. - Wenn der Lohnordnungsentwurf zur Unterzeichnung reif sei, werde er eine besondere Sitzung anberaumen, in der die Sozialfrage einer eingehenden Besprechung unterzogen werden soll.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 5o Minuten.

Regierungssitzung

im Königsaal der Burg zu Krakau

am Mittwoch, den 16. Februar 1944

- - - - -

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1. z.d.A.der Kanzlei des Generalgouverneurs
2. z.Hd.des Staatssekretärs Dr.Bühler
3. z.Hd.des SS-Oberführers Bierkamp
4. z.Hd.des Präsidenten Dr.von Craushaar

Beginn der Sitzung 10 Uhr 55 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Regierungssitzung mit folgender Ansprache ein:

Meine Herren!
In einer äusserst ernsten Stunde der Entwicklung unseres Generalgouvernements eröffne ich die heutige Regierungssitzung. Ich begrüsse zunächst in unserer Mitte den Präsidenten der Hauptabteilung - Innere Verwaltung - Herrn Dr. von C r a u s h a a r , der nunmehr mittlerweile hier seinen Dienst angetreten hat.

Ich glaube, bei allen Anwesenden voraussetzen zu können, dass sie verstehen, in welchem Maße die Situation des Generalgouvernements in den Mittelpunkt der Betrachtungen nicht nur bei uns, sondern auch bei den führenden Stellen des Reiches getreten ist. Als wir 1939 dieses Gebiet zur gemeinsamen Behandlung übernahmen, war das Generalgouvernement gewissermassen in einen stillen Winkel gerückt, der, wohlgeborgen vor den unmittelbaren Einflüssen der Fronten, sich einem Aufbau unterziehen konnte, dessen es wiederum bedurfte, um aus diesem Land alles nur irgendwie Denkbare im Dienste der Rüstung, der Kriegführung, der Ernährung und der Gesamtkonsistenz unseres schwerkämpfenden Reiches herauszuholen. Im Laufe der Jahre wurde dieser Aufbau restlos vollzogen. Es war ein stolzes Wort, das der Führer für unsere Arbeit in der lapidaren Kürze, der er sich zu bedienen beliebt, vor wenigen Tagen mir gegenüber geprägt hat, als er sagte, dass ich ein Chaos übernommen und nunmehr die Bastion des Ostens aufgebaut hätte. In diesem stolzen Wort "Bastion des Ostens" liegt alles beschlossen, was uns an Inhalt

unserer Arbeit und als Ziel unserer Leistung auch in diesem Augenblick vorzuschweben hat; denn der Führer hat mir gleichzeitig mitgeteilt, dass er alles militärisch nur Mögliche tun werde, um dieses Gebiet, das ja in seiner Leistung schlechterdings in diesem Zeitpunkt der deutschen Geschichte unersetzlich wäre, mit allen nur irgendwie zur Verfügung stehenden Kräften zu verteidigen. Es ist der feste Wille und Entschluss des Führers, dieses Gebiet in keinem seiner Teile unmittelbar zum Frontkriegsschauplatz werden zu lassen. Aus diesem Entschluss des Führers können Sie, meine Herren Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements, auch wiederum die Bedeutung erschliessen, die wir mittlerweile für das Gesamtreich erhalten haben. In diesem Zusammenhang ist es daher auch wichtig, dass die Regierung von sich aus weiss, dass sie an die Stelle gesetzt ist, die heute im Osten die wichtigste ist. Wenn Sie sich das Generalgouvernement mit seiner Potenz, mit seinen Reserven an Menschen und Materie, mit seinen Transportpositionen, mit seinen Verwaltungs-, Wirtschafts - und ideellen Energien aus diesem Kriegsgeschehen des Ostens wegdenken, dann würde dies eine Lücke und die ungeheuerste Negative gegen uns bedeuten. Da wir aber sind, da unsere Fabriken arbeiten, da unsere Ernährung, unsere Holzwirtschaft, unser Transportwesen im Gange sind, da unsere Währung steht, da unsere Finanzen aus eigener Kraft geklärt sind, da dieses alles noch fest in unserer Hand ist und wir auch entschlossen sind, diese Festigkeit bis an den äussersten Grenzpunkt unseres Gebietes mit letzter Tat zu bewähren, sind wir, das Generalgouvernement, wirklich die Bastion des Ostens, von der zu sprechen der Führer die gerechte Güte hatte.

Ich möchte Ihnen daher auch meinerseits meinen festen Entschluss übermitteln, mit allen nur irgendwie denkbaren und möglichen Mitteln die Verteidigung dieses Gebietes zu unterbauen, aber auch mit unseren eigenen Kräften dafür zu sorgen, dass die Autorität im Gesamtgebiet dieses

Raumes selbst unter grössten Schwierigkeiten hergestellt bleibt und da, wo sie bedroht ist, in Kürze wieder hergestellt wird. Wir sind hier des Reiches Schild.

In den letzten Tagen haben in diesem Zusammenhang zwischen dem Reichsführer SS Himmler und mir eingehende Besprechungen stattgefunden, die vor allem dazu führen werden, dass diese innere Sicherheitsposition unseres Generalgouvernements, soweit die ungewöhnlich angespannte Gesamtsicherheitslage Europas und der besetzten Gebiete uns erlaubt, gebessert werden muss. Was unser Parteigenosse K o p p e in der kurzen Zeit seines Wirkens im Generalgouvernement auf diesem Gebiet getan hat, verdient unser aller Dankbarkeit und Anerkennung. Es ist klar, dass so, wie jetzt die Polizei, die Sicherheitsorgane in loyaler Kameradschaft mit allen Organen der Allgemeinheit hier zusammenarbeiten, diese vorbildliche Arbeit eine segensreiche Zukunftsgewähr darstellt.

Im Zusammenhang mit dieser Verteidigung des Generalgouvernements steht nun, abgesehen von diesen äusseren mehr technischen Bestätigungen, die der Führer uns gab, die grossartige Bestätigung, die der Führer meiner politischen Grundhaltung gegenüber der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Raumes zuteil werden liess.

Ich habe den Herren Mitgliedern der Regierung, wohl auch den Herren Gouverneuren und darüber hinaus den Dienststellenleitern den ungekürzten Wortlaut der Rede senden lassen, die ich auf Veranlassung des Führers vor wenigen Tagen in Berlin vor der Auslandspresse gehalten habe. Ich nehme daher an, dass Ihnen der Inhalt dieser Rede bekannt ist. Sollte es nicht der Fall sein, so möchte ich es Ihnen direkt als eine Dienstpflicht auferlegen, von dieser Rede Kenntnis zu nehmen. Diese Rede wurde wortwörtlich vom Führer durchstudiert. Wie

der Führer mich informierte, hat er die Rede wortwörtlich gebilligt. Bei der grossen Besprechung, die ich mit ihm hatte, hat er die Grundsätze dieser Rede mir vollinhaltlich bestätigt und mit auf den Weg gegeben. Darin liegt die grosse Bedeutung dieses Faktums für uns. Sie wissen ja, wie ich persönlich und viele von Ihnen lange Jahre hindurch in diesem Punkt völlig falsch verstanden wurden. Man hat es als Polenfreundlichkeit, als den Fremdvölkischen gegenüber zu verdammende Schwäche ausgelegt, was nunmehr als das Fundament unserer politischen Entwicklung überhaupt die einzige Möglichkeit darstellt. Wir können nämlich mit diesem einen Prozent Deutscher in diesem Raum - einer kühnen Zahl, wenn ich sage 1%; Sie könnten vielleicht viel richtiger von 2/3 oder 1/2% sprechen - , Wir können mit dieser geringen Zahl der wirklich zuverlässigen deutschen Bevölkerung nicht 15 Mill. regieren nach dem Gesichtspunkt, dass alle Fremdvölkischen dieses Raumes, insbesondere die Polen, der schlimmsten und schärfsten geradezu mit allen Mitteln durchzuführenden dauernden Vernichtung ausgeliefert werden sollten. Demgegenüber ist nämlich festzustellen, dass der Ausbau, der Aufbau, die Sicherung dessen, was heute die Bedeutung dieses Raumes ausmacht, überhaupt nur möglich waren, weil es entgegen diesen völlig kriegsunzeitgemässen Überlegungen der Gewalttheoretiker notwendig war, die Substanz dieses Raumes in menschlicher und materieller Beziehung denkbar positiv in den Dienst des deutschen Kriegsringens zu bringen. Dass dies Positive nur gelingen kann, wenn von eiskalter Vernunft und Logik diktierte Einstellungen diesen Fremdvölkischen gegenüber massgeblich sind, ist klar. Vor allem kann man Gewaltpolitik in diesem Sinne nicht treiben, wenn man über so wenig Exekutivorgane verfügt, wie es bei uns im Laufe der Jahre der Fall gewesen.

Daher ist es für uns ausserordentlich wichtig, dass der Führer alle diese Massnahmen, deretwegen man uns im kleinen wie im grossen so häufig verleumderisch beschimpft hat, nunmehr restlos billigt und sie mir gegenüber als die einzig mögliche Politik bestätigte, nämlich mit allen pfleglichen Mitteln dafür zu sorgen, dass das Polentum vor allem gewonnen werde, damit es in dieser Linie marschiert. Das ist das ideelle politische Ereignis dieser Zeit. Denn nunmehr ist es nicht mehr die Frank-Politik im Generalgouvernement, der irgend eine andere Politik der Gewalt oder sonst etwas gegenübergestellt werden kann, sondern es ist die Politik des Führers in diesem Raum, die mit seiner vollen ~~Voll~~billigung ich als Generalgouverneur, Sie als Gouverneure oder Regierungsmitglieder durchzuführen haben. Zum Zeichen dessen habe ich Ihnen diese Rede übermitteln lassen. Sie enthält unser gesamtes, fremdvölkisches Regierungsprogramm. Ich mache es allen Dienststellen des Generalgouvernements in der Verwaltung wie in der Polizei, in der Regierung wie in den Distrikten, wie in den Kreisen und Städten zur Pflicht, sich an diese Richtlinien zu halten. Wir wollen nun einmal diesen Weg weiter ausbauen und insbesondere durch die Gründung von allenfalls antibolschewistisch zu nennenden Ligen des Polentums usw. versuchen, diese antibolschewistische Strömung im Polentum als Wind in die Segel unseres Aktivismus einzufangen. Darüber werden Sie schon in den nächsten Tagen weitere Nachrichten bekommen. Da Sie diese Rede gelesen haben oder lesen werden, brauche ich im einzelnen nicht darauf einzugehen. Wer sie gelesen hat, wird feststellen, dass ich in diese Rede alles eingebaut habe, weswegen wir im Laufe dieser Jahre so oft falsch verstanden wurden. Heute können wir sagen, wir haben dem Führer dadurch einen Dienst erwiesen, dass wir entgegen allen Anfeindungen diese ruhige, klare und weitschauende Politik durchgehalten haben.

Ich halte es in diesem Augenblick für meine Pflicht, Ihnen dafür zu danken, dass Sie mich so verständnisvoll im Laufe dieser Jahre in dieser Politik unterstützt haben.

Das Generalgouvernement steht also am Beginn seiner schwersten Zeitabschnitte; denn nunmehr handelt es sich darum, alles das, was wir jetzt mehr oder weniger in irgendwie gesichertem Status bewährt haben, gleichsam angesichts des Feindes durchzuhalten und durchzustehen. Es ist ganz selbstverständlich, dass uns die Haltung des Feindes zu nichts wird veranlassen können, was einer Minderung der Produktivität dieses Raumes irgendwie entspricht. Mit den Banden haben wir allerdings einen Feind im Lande, der uns, wenn er nicht rechtzeitig total ausgerottet wird, Zustände vermitteln knnn, wie sie die Ukraine zu Beginn des vorigen Jahres erhielt. Deshalb ist auch der Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Parteigenosse Koppe, in jeder nur denkbaren Weise bemüht, die Polizeikräfte zu sammeln, die Kräfte der SS und auch der Wehrmacht zu erlangen, um diesen Banden, die diesmal insbesondere an der Strekke zwischen P:zemysl und Lemberg, auch im Walde von Bilgoraj sich betätigen und offensichtlich noch im Anmarsch begriffen sind, mit der grössten nur denkbaren Energie entgegenzutreten. Von meinem Standpunkt aus muss ich sagen, dass ich den Eindruck habe, dass alles, was nur irgendwie angesichts der völlig beschränkten Mannschafts-und Waffenbestände geschehen kann, geschehen ist, um diese Intensivierung der Bandenbekämpfung in die Wege zu leiten. Wenn es uns nicht gelingt, mit diesen Bandenmethoden fertig zu werden, dann ist alles, was wir von der Autorität der Führung dieses Raumes sagen, rein in den Wind geredet. Wir sind dann nicht mehr Herren dieses Landes, sondern lediglich theatralische Machtrepräsentanten irgendwelcher Zentralen, die praktisch das Heft nicht mehr in der Hand haben. Deshalb ist diese Bandenbekämpfung heute das oberste Gesetz der Leistung des Staates in diesem Raum. Erst

dann, wenn ~~dieser~~ eine bis an die Grenze völlig klare Herrschaftsausübung möglich ist, können wir sagen, dass wir Herren der Situation sind.

In weiten Teilen des Generalgouvernements indessen besteht noch Ruhe und Frieden. Noch sind die Banden auf ein verhältnismässig kleines Territorium des Generalgouvernements zusammengedrückt. Banden gehören ja überhaupt zum Osten. Es gab niemals in der Ostgeschichte eine Zeit, in der die Banden auch in der befriedetsten Periode nicht vorhanden waren. Aber alles das darf uns nicht veranlassen, die Banden irgendwie gering anzusehen, da sie die Sicherheit des Landes, unsere Ernährung, die Rüstungsproduktion, die Holzproduktion, die Holzabfuhr usw. in schwerster Weise gefährden.

Im übrigen kann ich Ihnen von meinem Standpunkt aus bestätigen, was aus Ihren Berichten hervorgeht. Wir haben es im Generalgouvernement immer noch mit dem verhältnismässig ruhigsten Teil Europas zu tun, verglichen mit dem Aufruhr in Jugoslawien, den dauernden Unruhen in Norwegen, der völligen Unsicherheit weiter im Osten und Süden;verglichen selbst mit den Zuständen in Holland, Belgien und Frankreich ist das Generalgouvernement heute ein arbeitsames, nahezu völlig befriedetes Gebiet. Das ist freilich nur eine sehr relative Erkenntnis, die uns wenig nützt; aber in ihr liegt immerhin ein Ansatzpunkt für uns, dass wir doch alle Hoffnung haben dürfen, mit den Schwierigkeiten dieser Zeit fertig zu werden.

Diese Hoffnung hat auch der Führer. Es gibt niemanden, der siegesgewisser, klarer und, wie ich hier auch sagen kann, gesundheitlich frischer ist als der Führer. Ich war zu meiner ganz grossen Freude aufs tiefste von dem Eindruck dieser völlig starken, eindeutig klaren und mit glühendem Glauben erfüllten einmaligen historischen Persönlichkeit aufs tiefste bewegt.

Jeder von uns, - ich darf das wohl sagen, ohne den Herren nahezutreten - wäre unter den Schlägen der letzten Jahre, insbesondere infolge der durch die Kriegführung auf ihn gelegten Sorgen und Nöte wahrscheinlich aufs schwerste in seinen Nerven in Mitleidenschaft gezogen worden. Daher ist für uns alle dieser Mann, der nunmehr seit 1919 den Kampf um Deutschlands Freiheit führt, ein ganz starkes Vorbild. Was immer geschehen möge, eines weiss der Führer: Die Möglichkeiten, die der Aufbau der in Deutschland vorhandenen Wehrmachtskräfte in menschlicher wie in materieller und waffenmässiger Beziehung jetzt bietet, sind so gigantisch, dass noch im Laufe dieses Jahres, wenn endlich einmal das Wetter jenen Zustand erreichen wird, der grössere Kampfhandlungen ermöglicht, angesichts der totalen inneren Schwierigkeiten der Sowjetunion dieser Ostfeldzug mit dem grössten Erfolge Deutschlands enden wird. Sie wissen auch, welche ungeheuren Schwierigkeiten zwar der Krieg in Italien uns bereitet, aber wie sehr auch unsere Wehrmacht stark ist und wie sie gerade bei Nettuno und Aprilia ein positives Vorbild dafür gegeben hat, was einmal die grosse Invasionsunternehmung des Feindes im Westen erwarten wird. Darüber hinaus steht sicher ein gigantisches Unternehmengegen England bevor, das mit dem grossen Schlagwort "Vergeltung" allein gar nicht gefasst werden kann.

So können Sie denn, meine Herren, voll Glauben, Hoffnung, Mut, voll innerer Härte und Entschlossenheit auch die Arbeit in diesem Ostraum des Grossdeutschen Reiches in Angriff nehmen.

Es obliegt mir, nunmehr amtlich auch den Tod eines Regierungsmitgliedes festzustellen, des für uns alle gefallenen Kameraden, Kammergerichtsrat Dr. Keith,

des Chefs meiner Kanzlei.Es ist besonders schmerzlich für mich, von ihm Abschied zu nehmen. Sie alle kannten ihn in seiner unsagbar kräftigen Frische, den echten preussischen Offizier. Er ist für mich schlechterdings unersetzlich, und wir alle verlieren mit ihm einen ehrlichen, braven, wackeren, vorbildlichen Kameraden. Wir gedenken weiter des für das Generalgouvernement und für das Reich gefallenen Kameraden SS-Brigadeführers Kutschera und des Amtschefs Bauer. Tapfere, treue Kameraden und Vorkämpfer des Reiches haben wir in ihnen verloren.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Herr Generalgouverneur, meine Herren !

Sie haben zum ersten Male im Jahre 1944 das grosse Regierungsgremium zur heutigen Sitzung unter Ihrem Vorsitz zusammengerufen. Aufgabe dieser Sitzung ist es, auf den vergangenen Zeitabschnitt zurückzublicken und für die Zukunft neue Impulse zu geben.

Es wäre unsinnig zu leugnen, dass die Situation des Generalgouvernements in den letzten sechs Wochen noch bedrängter und noch härter geworden ist. Ich kann aber auch, Herr Generalgouverneur, die erfreuliche Feststellung machen, dass, je schwieriger sich die Verhältnisse gestalten, desto entschlossener und härter unser Wille wird, diese Ereignisse zu meistern. Mit grosser Genugtuung möchte ich hier feststellen, dass die Welle der Unordnung, der Flucht und des Rückzuges aus dem Osten sich bisher noch immer an den Grenzen des Generalgouvernements gebrochen hat. Ich kann Ihnen, Herr Generalgouverneur, melden, dass kein einziger Mann Ihrer Gefolgschaft seinen Posten, mag er noch so frontnahe sein, verlassen hat. Diese erfreuliche Tatsache ist, und das ist meine innerste Überzeugung stets gewesen, die Folge Ihrer uns stets gegebenen siegklaren politischen Richtung gegenüber dem fremden Volkstum.

Unsere Arbeit wird auch in der Zukunft darin bestehen, die grossen Aufgabengebiete, die uns als Regierung und Verwaltung in diesem Gebiet obliegen, umso unbeirrbarer durchzuführen, je schwieriger die Verhältnisse sind. Wir werden unbeirrt bemüht bleiben, die grossen Aufgaben auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft, der Steigerung der Produktion, der Forcierung der Erfassung und damit im Zusammenhang den Aufbau der allgemeinen Ordnung und der allgemeinen

Wirtschaft in diesem Raum zu verfolgen. Wir werden auf dem Gebiet der Holzwirtschaft, der Holzerzeugung- und -Bearbeitung gegenüber dem bisherigen Zustand unsere Bemühungen noch weiter zu steigern versuchen. Wir werden auf dem Gebiet der Rüstung unsere Einrichtungen ausbauen und die Ergebnisse noch mehr zu steigern versuchen müssen.

Auf allen übrigen Gebieten, dem Gebiet der Arbeit und des Arbeitseinsatzes, des Verkehrs, des Ausbaues der Eisenbahnen, der Post, auf dem Gebiet der Technik, des Strassenbaues und endlich in den generellen Aufgaben der Versorgung der Front und Heimat und der Sicherung des Weges zur Front werden wir unser Bestes hergeben, um auch in dieser bedrängten Situation unseren Beitrag zum Sieg leisten zu können.

Wir tun dies in der klaren Erkenntnis, dass unsere Arbeit und ihre Erfolge weitaus schwerwiegender sind als dies noch vor einem Jahr der Fall war.

Ich freue mich, Herr Generalgouverneur, Ihnen als Gesamtstimmung unserer Gefolgschaft melden zu können, dass sie sich im ganzen gesehen in der gleichen seelischen und vaterländischen Position sieht wie der Soldat im grauen Ehrenkleid, und dieses Bewusstsein wird uns die Kraft und die Fähigkeit geben, unsere Aufgaben hier bis zum letzten zu erfüllen.

Staatssekretär Koppe führt aus, dass sich die Sicherheitslage im allgemeinen verschlechtert habe, obgleich die Zahl der Überfälle auf Deutsche geringer geworden sei. Neue gegnerische Kräfte seien am Werk; die nationale Widerstandsbewegung werde fortwährend von der Emigrantenregierung zu neuen Unternehmungen aufgeputscht; ihr werde gesagt, dass ihr finanzielle Unterstützungen entzogen würden, wenn sie nicht genug aktiv sich betätige. Dauernd stehe sie mit Hilfe ihrer Kurzwellensender mit diesen Kreisen in Verbindung und

erhalte auf diesem Wege täglich neue Aufgaben - Nahziele - gestellt.

Die Kommunisten erhielten nicht unerheblichen Auftrieb durch die bis jetzt allerdings erst in geringer Zahl in das Land gesickerten Politruks; ausserdem trieben auf Befehl Stalins GPU-Agenten ihr Unwesen im Lande.

Damit habe sich die Lage entscheidend geändert. Beim bisherigen deutschen Vorgehen gegen polnische Täter, insbesondere gegen die Führer der verschiedenen Widerstandsbewegungen hätten schnelle und scharfe Exekutionen einen Sinn gehabt, da sie bei den Hinterbliebenen der Täter entsprechenden Resonanzboden gefunden hätten. Bei der jetzigen Sachlage, da die Sowjetrussen die Hand im Spiele hätten, komme man mit allzu grossen Exekutionen nicht durch, besonders wenn man wisse, dass die Täter auf diesem Sektor zu finden seien. Es wäre sinnlos, Polen zu erschiessen, wenn die Urheber der Attentate gegen führende Persönlichkeiten sowjetrussische Kommissare seien.

In der letzten Zeit habe man zwei grosse Attentate erleben müssen, denen in dem einen Fall SS-Brigadeführer Kutschera zum Opfer gefallen sei. Angehörige der nationalen Widerstandsorganisation hätten dieses Attentat so gut vorbereitet, dass man eigentlich von einer Maßarbeit sprechen könne. Bei einem der angeschossenen Täter habe man eine genaue Skizze gefunden, aus der hervorgehe, wie die Ausführung des Attentates bis auf die Postierung der Täter und den Feuerplan bis ins einzelne geplant gewesen sei. Mindestens 10 - 12 Personen, von denen jeder einzelne über eine Maschinenpistole und Handgranaten verfügt habe, seien daran beteiligt gewesen. Der Auftrag zu dem Attentat sei bestimmt aus London gekommen. Durch das zweite Attentat sei Amtschef Bauer und einer seiner Mitarbeiter getötet worden. Ein angeblicher Hauptmann in Wehrmachtsuniform, der vorher in Rowno einen der Stellvertreter von Reichskommissar Koch und einen Angehörigen der Luftwaffe getötet habe, habe sich an die beiden her-

angemacht und sie mit gezieltem Feuer erschossen. Als sicher könne man annehmen, dass es sich in diesem Fall um einen GPU-Agenten handele.

Man müsse damit rechnen, dass die Munterkeit der Nationalen noch grösser werde, wenn von den Feindmächten eine Invasion versucht werde. Die Zahl der augenblicklich wirkenden Aktivisten sei relativ gering, jedoch stehe das Gros des polnischen Gegners in höchster Bereitschaft.

Bei den Kommunisten sei ganz besondere Vorsicht am Platze. Sie trügen deutsche Uniformen,und zwar vom General bis herunter zum einfachen Landser oder Polizisten. Es sei daher dringend erforderlich, dass jeder führende Deutsche im Generalgouvernement auf seine persönliche Sicherheit in stärkerem Maße Obacht gebe als bisher. Vor allem müsse man sich davor hüten, im täglichen Lebensstrom eine zu grosse Gleichmässigkeit eintreten zu lassen. Wenn ein Attentat oder ein Anschlag geplant sei, werde in erster Linie der Wechsel des Opfers erkundet; die Ausführung des Attentates selbst stelle an sich eine Kleinigkeit dar. Man müsse davon überzeugt sein, dass die polnischen politischen Gegner, insbesondere aber die sowjetrussischen Agenten zunächst eine ausgezeichnete Erkundungstätigkeit durchführten.

SS-Brigadeführer Kutschera sei immer den gleichen Weg, zur gleichen Zeit, im gleichen Wagen mit ständig der gleichen Nummer zum Dienst gefahren. Grössere Vorsicht sei unbedingt am Platze. Man müsse die geladene Pistole ständig in der Tasche haben, bei gefährlichen Fahrten sogar in die Hand nehmen. Die Waffe müsse ständig schussbereit zur Verfügung stehen. Durchquere man ein bandenverseuchtes Gebiet, sei es ratsam, die Maschinenpistolen ständig in Anschlag zu halten, damit man beim Fallen eines Schusses als so-

fortige Reflexbewegung das Feuer erwidern könne. Bisher sei es so gewesen, dass von hundert beschossenen Kraftwagen kaum ein einziger das Feuer erwidert habe. Eine solche Sachlage müsse ja den Gegner, insbesondere die unreife Jugend, die daran Spass findet, zu Überfällen reizen. Es bestehe kein Zweifel, dass die hinter Busch und Strauch liegenden Banditen im Grunde feige seien und sofort türmten, wenn ihnen ein paar Kugeln entgegen schlügen.

Auch im persönlichen Leben müsse man, soweit es gehe, Vorsicht üben. Besondere Vorsicht sei auch im Umgang mit polnischen Hausangestellten und anderen in deutschen Diensten stehenden Polen am Platze. Im Ernstfall würden sich diese Menschen in ihrer Gesinnung um 180 Grad drehen, da sie sich durch ihr Verhalten eine aktive Legitimation verschaffen müssten. Beabsichtigte Reisen über das Telefon weiterzusagen, sei unvorsichtig, da mit dem Abhören sämtlicher Gespräche gerechnet werden müsse; schon die Beorderung eines Kraftfahrers für eine Reise solle man nach Möglichkeit am Telefon nicht vornehmen. Jeder einem Attentat zum Opfer gefallene Deutsche sei, abgesehen von dem grossen Verlust, den das Generalgouvernement dadurch erleidet, auch ein grosser Verlust des deutschen Prestiges, da die Nachricht davon durch die Weltpresse wandere.

Die sowjetrussischen Täter seien aus ganz anderem Holz geschnitzt; sie benützten deutsche Uniformen und besässen gute gefälschte Ausweise. Die Anschläge würden von ihnen mit erheblichem Schneid durchgeführt. Hier müsse er vor allem darauf hinweisen, dass man nicht jeden unbekannten Mann empfangen solle, da viele sich unter irgend einem Vorwand Zutritt zu verschaffen suchten. Die deutsche Führung dieses Raumes könne die gefallenen führenden Männer nicht mehr ersetzen. Darauf warteten die Täter, da sie der Überzeugung seien,

dass dann das Volk eines Tages auseinander laufe.

Neue Sorgen stellten die neuaufgetretenen Banden im Generalgouvernement dar. Jenseits der Ostgrenze des Generalgouvernements, also im mittleren Frontabschnitt existierten Banden in Stärke von vielleicht 60 000 bis 70 000 Banditen; diese seien gut ausgerüstet und z.T. militärisch geführt, verfügten über alles, was zur Ausrüstung einer Division gehöre. Nach der Frontzurücknahme in diesem Abschnitt sei klar gewesen, dass diesen Banden von Moskau aus der Auftrag erteilt wurde, nun nach Westen hin aufzuklären, Attentate durchzuführen, Eisenbahnanschläge zu verüben, Wege zu sprengen, Industriewerke lahmzulegen. Das liege in der taktischen Linie der Sowjets.

In das Gebiet des Generalgouvernements sei zunächst am 9. dieses Monats eine Bandenspitze von etwa 300 Mann eingedrungen, der eine weitere von 200 Mann gefolgt sei. Bei diesen Banden handele es sich nach inzwischen durchgeführten Feststellungen um Angehörige der sogenannten Federoff-Bande, einer schon seit 3/4 Jahren bestehenden alten russischen Bande in einer Stärke von rund 3 500 Mann, militärisch geführt und ausgerüstet mit Artillerie, Granatwerfern, Panzerbüchsen, Sprengstoff-und Minen. Mit dem Auftreten einer weiteren Bande sei zu rechnen.

Er habe dagegen sofort deutsche Kräfte angesetzt, jedoch sei der Bandenkampf ausserordentlich schwierig, da diese nicht den Kampf suchten sondern nur plündernd und zerstörend ihres Weges zögen und jedem Kampfe aus dem Wege gingen. Der Bande seien bereits grosse blutige Verluste zugefügt worden, doch setze sich das Gros immer wieder ab, sodass es bis jetzt zu einer völligen Vernichtung nicht habe kommen können. Am unangenehmsten sei augenblicklich die Lage an der Südostecke des Bilgorajer Waldes, wo seit zwei Tagen ein schwerer gegen

Kampf mit einem Gegner von mindestens 2000 Mann stattfinde. Aus den anderen Distrikten habe er Polizeiverstärkungen dazu herausziehen müssen; auch die Wehrmacht und die Waffen-SS hätten dafür Kräfte zur Verfügung gestellt. Die Bande müsse unter allen Umständen entweder vernichtet oder aus dem Generalgouvernement wieder vertrieben werden.

Ausserdem müsse die Polizei die Ostgrenze des Generalgouvernements, insbesondere den Raum zwischen Brody und Sokal gegen das Eindringen weiterer Banden abschirmen. Der Reichsführer SS habe zur Besetzung, zum weiteren Ausbau dieser sogenannten Bandenauffang-stellung Kräfte zur Verfügung gestellt. Aufgabe dieser Stellung sei es, für mindestens drei bis vier Wochen Schutz gegen jeden Bandeneinfall zu gewähren. Die in dieser Stellung befindlichen Kräfte seien zunächst aus dem Generalgouvernement herausgezogen worden.

In Bezug auf das Auftreten von Fallschirmspringern sei es ganz gut, sich auf eine solche Situation einzustellen, denn damit müsse gerechnet werden. Er bitte daher jeden, die Männer seines Dienstbereiches entsprechend zu instruieren; jeder müsse mitbeobachten und entsprechende Beobachtungen der Polizei sofort melden. Entsprechende Vorbereitungen durch Aufstellung von Alarmplänen seien getroffen. Alle Deutschen seien zusammengefasst, um sofort für einen Kampf zur Verfügung zu stehen. In den Städten und auf dem flachen Land habe man Verteidigungs-und Angriffsbasen gebildet.

Die Polizei baue zur Zeit ein umfassendes V-Netz aus, und erbitte jeden Deutschen um tätige Mitarbeit. Je grösser und fester das Fundament, desto grösser der Erfolg. Auch Polen könne man auf geschickte Weise als Nachrichtenträger für die deutsche Polizei einspannen.

IV/1
2/1

Präsident Naumann führt aus, daß die gegenwärtige Lage auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft besonders in den beiden Überschuß-Distrikten Lublin und Galizien durch die Frontnähe bestimmt werde. Die Masse der Landbevölkerung unterstütze selbstverständlich in der Nähe der Front die Maßnahmen nicht mehr so, wie man es bisher überall festgelegt und es auch in die Rechnung eingestellt habe. Im Osten des Generalgouvernements hätten sich gewisse Schütterzonen gebildet, und, wenn sich die Front noch längere Zeit kurz vor der Grenze des Generalgouvernements hinziehe, dann würden sich Zonen bilden, die man in der Ukraine oder in den weiteren östlichen Gebieten in den letzten Jahren mit Kahlfraßzonen bezeichnet. Gleichwohl werde die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft mit allen ihren Gliederungen sich den beiden großen Aufgaben widmen, die hier gestellt seien, erstens der Weiterführung und Vorbereitung der Erzeugungsschlacht wie der Durchführung der weiteren Erfassung und der Sicherung der Ernährung für die Bevölkerung des Raumes, zweitens der Sicherstellung der Leistungen für Reich und Wehrmacht.

Im Laufe der kommenden Wochen und Monate würden überall Versammlungen der breiten Landbevölkerung durchgeführt, um sie mit dem Gedanken der Verbesserung der Produktion vertrauter zu machen. Der Versuch der Veranstaltung solcher Versammlung besonders in Galizien und in Teilen des Distrikts Lublin zeige, daß die Landbevölkerung auch heute noch den Maßnahmen der Landwirtschaftverwaltung durchaus Verständnis entgegenbringe und sich bemühe, diese Maßnahmen soweit wie möglich durchzuführen. Man habe in den letzten Wochen auch mit Filmen und anderen Propagandamitteln gearbeitet und werde es in Zukunft noch mehr tun. Mit der Einrichtung von Beispielwirtschaften sei man soweit gekommen, daß praktisch in

jeder Sammelgemeinde des Generalgouvernements eine vorbildliche Beispielswirtschaft vorhanden sei. Darüber hinaus sei man jetzt bestrebt, in jedem Dorf einer Sammelgemeinde eine gleiche Beispielwirtschaft aufzubauen, und zwar mit den Mitteln, die der Betrieb in sich berge. Wenn es gelinge, ein Netz von Beispielwirtschaften zu schaffen, werde man in absehbarer Zeit über 18ooo solche Beispielwirtschaften im Generalgouvernement verfügen.

Weiter würden die privaten polnischen Großbetriebe zu sog. Erzeugungsringen zusammengeschlossen. Ein tüchtiger polnischer Großgrundbesitzer übernehme für 1o oder 12 größere Güter in seiner Umgebung die Verantwortung. Er habe die Aufgabe, die ihm von den Kreislandwirten vorgeschriebenen Maßnahmen in den ihm unterstellten Betrieben auf freiwilliger Grundlage durchzuführen.

Die Herbstbestellung sei gut in die Erde gekommen. Die Pflugfurche sei im Herbst 1oo%ig hergestellt, sodaß die besten Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Frühjahrsbestellung gegeben sei. Der Pflege des natürlichen Düngers - Mist, Jauche, Kompost - werde erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt, und auf dem Gebiete der Humuswirtschaft seien gute Fortschritte feststellbar.

Die Saatguterstellung gehe programm-mäßig vorwärts. Trotz der schlechten Kartoffelernte des vergangenen Jahres werde die Versorgung der Bevölkerung mit Kartaffelsaatgut zu ermöglichen sein.

Die Grünlandringe, die überall aufgezogen seien und von tüchtigen fremdvölkischen Fachkräften geleitet würden, ermöglichten eine Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Futterpflanzen und Sämereien.

Infolge der Übernahme von Maschinen aus den Beständen der Ukraine werde man in den nächsten Wochen und

Monaten immerhin eine kleine Erleichterung auf dem Gebiet der Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen und Geräten erreichen können. Die Eisen- und Holzlage sei leider sehr beengt, sodaß man viele wichtige Maßnahmen auf dem Gebiet der Erzeugungssteigerung nicht in genügendem Umfange durchführen könne.

Was den Gemüseanbau angehe, so habe man im Generalgouvernement im Jahre 1939 außer Weißkraut, roten Rüben und etwas Mohrrüben kein Gemüse gefunden; Feingemüse sei überhaupt nicht vorhanden gewesen. 1940 habe man dann auf dem Gebiet der Steigerung der Gemüseerzeugung starke Anstrengungen gemacht. Natürliche Grenzen seien diesem Bestreben aber dadurch gezogen gewesen, daß es notwendig gewesen sei, Gemüsesamen zu erzeugen. Die meisten Gemüsekulturen seien zweijährige Pflanzen, von denen erst im zweiten Jahre Samen erzeugt werden könne. Aus dem Reich habe man leider größere Mengen von Saatgut nicht erhalten können. Wenn auch die Saatgutfrage auf dem Gemüsesektor große Schwierigkeiten gemacht habe, sei doch der Anbau von Gemüse von Jahr zu Jahr gestiegen, und zwar von 5600 ha im Jahre 1940 auf 45 000 ha im Jahre 1943. Auch im Jahre 1944 sei eine weitere Steigerung zu erwarten.

Man könne überall feststellen, daß die Bauern wie auch die großen Besitzer neue Obstplantagen anlegten. Es bedürfe einer angestrengten Arbeit von 6-8 Jahren, um die Lücken, die die drei schweren Winter gerissen hätten, auszugleichen. In dieser Zeit habe man im Generalgouvernement 20 Millionen Obstbäume eingebüßt. Man werde jetzt versuchen, bessere und winterharte Obstsorten zur Verfügung zu stellen.

Was den Anbau von Sonderkulturen angehe, so biete die Pflanze Koxagys große Schwierigkeiten. Gute Ergebnisse habe man noch nirgendwo erzielt, trotzdem die be-

sten Bauern dafür eingesetzt worden seien. Im Jahre 1944 werde der Anbau dieser Pflanze besonders auf Wunsch des Reichsführers-SS Himmler weiter ausgedehnt werden. Man bemühe sich, die Erfahrungen der letzten zwei Jahre zusammenzufassen und alles, was man an Rückschlägen gehabt habe, bei der Erstellung der Ernte des Jahres 1944 zu berücksichtigen. - Die Sojabohne, Gespinstpflanzen, Zuckerrüben und alle anderen Sonderkulturen würden mit ihrem Anbau weiter vorwärts getrieben, um bestehende Versorgungslücken nach Möglichkeit auszugleichen.

Die Viehzählung im Anfang Dezember 1943 habe gezeigt, daß es gelungen sei, die wertvollen Zuchtherden in ihren Beständen zu erhalten und den Nachwuchs zu sichern. Auf Grund der Viehzählungszahlen sei eine erhebliche Zunahme der jungen Jahrgänge gegenüber der Viehzählung von 1942 festzustellen. Bei einigen anderen wichtigen Tiergattungen zeige sich auch eine relative Erhöhung der Zahl: 6o ooo Schafe, 2oo ooo Schweine und 3o ooo Ziegen seien mehr gezählt worden.

Besondere Wichtigkeit komme der Pferdezucht und der Erhaltung der Pferdebestände zu. Die erheblichen Eingriffe der Wehrmacht in den viereinhalb Jahren könnten ziffernmäßig mit etwas über 3oo ooo Pferden angegeben werden. In den beiden ersten Monaten des Jahres 1944 fordere aber die Wehrmacht wieder 22 ooo Pferde aus den Beständen des Generalgouvernements und diese Pferdeaushebung finde gerade jetzt statt. Die Pferdebestände seien unausgesetzt Beanspruchungen ausgesetzt, angesichts der zahlreichen Aufgaben, die vom Pferde geleistet werden müssen. Man habe sofort alle Maßnahmen eingeleitet, um erfolgreich gegen Ermüdungserscheinungen zu wirken. Der polnische Staat habe über einen Staatsbesitz von 57o Hengsten verfügt. Heute gebe es im Generalgouvernement

schon 1300 Staatshengste. Im letzten Jahre habe jeder Hengst 87 Stuten gedeckt, und auch im laufenden Jahre werde diese Zahl wieder erreicht werden. Man plane einen weiteren Ausbau der Landgestüte, und gerade jetzt werde ein neues Landgestüt mit 160 Hengsten errichtet. Im letzten Monat habe das Lippizaner-Hauptgestüt mit 35 Stuten eröffnet werden können. Durch Prämierungen bei den Körungen der Privathengsthaltung werde alles getan, damit die in der privaten Landespferdezucht eingetretenen Lücken schnell ausgeglichen werden könnten. In diesem Winter würden etwa 150 000 Fohlen geboren werden.

Damit angesichts des Mangels an Pferden der Tierbestand ausgeglichen werde, würden weitgehend die Kuh und das Rind für Spanndienste verwendet. Gerade in den Beskiden, den Karpaten und im Vorland habe man beste Erfolge festgestellt.

Das Reich habe seit Mitte 1943 die Zufuhr von Vatertieren aller Art bis auf wenige Hengste aus Ostpreußen gesperrt. Man sei deshalb gehalten, den dringend notwendigen Bestand an Hengsten aus eigener Kraft zu decken. Die Entwicklung der Herdbuchbestände und Herdbuchzuchten wie der Gestüte werde es ermöglichen, im großen und ganzen bis auf wenige Spitzentiere auch tatsächlich die Aufgabe zu erfüllen, die Bestände an Vatertieren immer wieder aus eigener Kraft zu ersetzen.

Die Geflügelbestände seien im letzten Jahr infolge der Pest und der Kolera um etwa 40% zurückgegangen. In der nächsten Zeit werde man bestrebt sein, die eingetretenen Lücken möglichst schnell auszugleichen. Man habe eine ganze Reihe von künstlichen Brutanstalten neu errichtet und wolle Millionen von Eintagsküken an die Landwirtschaft geben, um die Bestände an Hühnern wieder aufzubauen.

Mit derselben Energie wie auf dem Gebiet der Erzeugung habe man auch alle Maßnahmen, die der Ernteausnahmezustand und die Ernteerfassung mit sich gebracht hätten, durchgeführt. Allen Dienststellen der Wehrmacht, der SS und Polizei wie allen sonst dafür eingesetzten Männern und Frauen gebühre Dank für das, was sie in den letzten Monaten der Landwirtschaftsverwaltung an Hilfe hätten zukommen lassen. Man habe bei Getreide 1,6 Millionen Tonnen erfassen wollen und habe zur Zeit 1,483 Millionen to erfaßt. Man werde bemüht sein, noch einen möglichst großen Prozentsatz der fehlenden Menge hereinzubekommen. Bei Kartoffeln habe man 2,15 Millionen to erfassen wollen, aber die schlechte Kartoffelernte habe leider bisher nur ein Ergebnis von 1,65o to gebracht. Jedoch werde im Frühjahr noch eine besondere Erfassungsaktion durchgeführt werden.

In der Zuckerwirtschaft sei im großen und ganzen das ins Auge gefaßte Ziel erreicht worden. Von 135 ooo to, die man habe erfassen wollen, seien 13o ooo to hereingekommen. Man habe so eine Erhöhung der Zuckerproduktion gegenüber dem Vorjahr um 1o ooo to erreicht.

Bei Obst und Gemüse habe der Ernteanfall in den entscheidenden Sorten des Gebietes leider nur 5o bis höchstens 55% einer normalen Ernte erbracht. Trotzdem sei es gelungen, 2oo ooo to Gemüse zu erfassen und davon der Wehrmacht 63 ooo to zu liefern. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß für die Marmeladeherstellung in einem Umfang von insgesamt 75 ooo to für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung, der Wehrmacht,der Kriegsgefangenen usw. eine große Menge dieser 2oo ooo to Gemüse für die Herstellung der Vorprodukte, der sog. Pulpe, gebraucht worden sei.

Die schlechte Versorgungslage auf dem Gebiet des Gemüses werde in den nächsten Wochen durch Sonderzutei-

lung von Konserven, Trockengemüse, Tomatenmark und Honig als Obstersatz überbrückt werden.

In der Viehwirtschaft habe man im Wirtschaftsjahr vom 1.September 1943 bis 31.August 1944 insgesamt 11o ooo to erfassen wollen. Bis Ende Januar 1944 habe man 4o ooo to erfaßt. Leider werde im allgemeinen nur eine Menge von 1o-2o% der aufgelegten Kontingente freiwillig geliefert, die anderen 8o-9o% müßten unter Druck der Dienststellen und gegebenenfalls mit Unterstützung der Exekutive hereingeholt werden. Man werde jedenfalls bestrebt sein, die Fleischerzeugung so zu halten, daß es gelinge, die Rationssätze aufrecht zu erhalten und den Verpflichtungen gegenüber dem Reich wie der Wehrmacht nachzukommen.

Bei Milch und Fett hätten auch nur 5o% der aufgelegten Kontingente im allgemeinen erfaßt werden können. Man habe sich das Ziel gesetzt, je Kuh und Jahr im gesamten Gebiet 5oo Liter Milch zu erfassen. Im Jahre 1943 sei es gelungen, 252 Liter pro Kuh und Jahr zu erfassen. Hier werde der Hebel angesetzt werden müssen, damit man schrittweise weiterkomme. Immerhin sei festzustellen, daß die Erfassung von Jahr zu Jahr gestiegen sei. Die Erfassungszahlen bei Butter seien von 6ooo to im Jahre 1941 auf 185oo to im Jahre 1943 gestiegen. Zweifellos seien noch große Reserven vorhanden, die erfaßt werden müßten. Dieser Erfassung stellten sich gewisse Schwierigkeiten entgegen. So habe z.B. das Molkereinetz nicht in dem geplanten Umfange ausgebaut werden können, Milchtransportgefäße seien nicht zu beschaffen gewesen, während man 75o ooo Stück davon in der Größe von 2o Ltr. brauche. In den Monaten Mai bis Juli des vergangenen Jahres hätten die Banditen fast 3oo Molkereibetriebe zum Teil nachhaltig zerstört. Die schlechten Futterverhältnisse trügen ihr Übriges dazu bei. Gleichwohl hoffe man im Jahre 1944 ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Das im 5.Kriegswirtschaftsjahr erzielte günstige Ergebnis werde z.T. darauf zurückzuführen sein, daß sich der Erfassungsapparat immer besser eingespielt habe und sich dank der Hilfe der anderen Dienststellen das Prämiensystem einer großen Beliebtheit bei der Landbevölkerung erfreue. Dadurch sei es möglich gewesen, auch ohne großen Druck z.B. bei Getreide und Kartoffeln solche nennenswerte Mengen zu erfassen, während die Vieherfassung nur unter Druck und Zuhilfenahme der Exekutive durchgeführt werden könne. Der Bau von Lägern, neuen Verarbeitungsstätten und ihr Ausbau seien nicht so vorwärts gekommen, wie man es sich gedacht habe. Das sei aber angesichts der Schwierigkeiten auf dem Baustoffsektor durchaus zu begreifen. Auch auf anderen Gebieten stellten sich den Absichten der Landwirtschaftsverwaltung überall Schwierigkeiten entgegen.

Die erfaßten Mengen hätten für den abgelaufenen Teil der Versorgungsperiode des 5.Kriegswirtschaftsjahres so eingesetzt werden können, daß im großen und ganzen der Befehl des Generalgouverneurs, die Rationen am 1. September bezw. 1.Oktober neu zu regeln, bisher auch durchgeführt werden konnte. Die in der Hand der Landwirtschaftsverwaltung befindlichen Getreidemengen ermöglichten es, wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten sollten, die Rationen an Brot, Mehl und Nährmitteln bis zum Anschluß an die Ernte 1944 in dem am 1.Oktober festgelegten Umfang durchzuhalten. Bei Kartoffeln hätten die kriegswichtigen Verbrauchergruppen besser versorgt werden können als die gleichen Gruppen im Reich. Das bedeute immerhin eine gewisse Beruhigung für die Bevölkerung. Wo Schwierigkeiten bei der Kartoffelbelieferung aufträten, sei man bemüht, durch Zurverfügungstellung von Hülsenfruchtpräparaten oder Nährmitteln für die Monate von März bis Juni Lücken auszugleichen. Die vorhandenen Vorräte gäben der Landwirtschafts-

verwaltung eine gewisse Bewegungsfreiheit.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker und Marmelade könne zu den festgesetzten Rationen auch in den nächsten Monaten vollauf durchgehalten werden. Auf dem Gebiet der Fleischversorgung seien allerdings Schwierigkeiten zu erwarten, besonders, wenn es nicht gelinge, die Erfassungsmöglichkeiten zu steigern. Auch auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit Fett seien für die Monate März, April und Anfang Mai Schwierigkeiten zu erwarten. Man werde für Februar und März die letzten Reserven in den großen Topf hineinwerfen, um die Rationen auf der Höhe zu halten, auf der sie im September bezw. im Oktober festgelegt worden seien. Man werde dann im März und April 25 Millionen Eier in den Fettsektor werfen und für 100g Fett drei Eier zur Verfügung stellen. Ende Mai werde dann die sog. Milchschwemme und eine erhöhte Butterproduktion es ermöglichen, die Rationssätze so zu geben, wie man sie im Anfang des 5.Kriegswirtschaftsjahres zugrundegelegt habe.

Auch auf dem Sektor der Ernährungswirtschaft würden jetzt Kriegsversehrte, Parteiversehrte und Umsiedler in dem Umfange angesetzt, wie es gelinge, fachliche Kräfte aus der Reihe dieser bevorzugt zu Versorgenden zur Verfügung zu stellen. Bisher habe man auf dem Sektor der Ernährung und Landwirtschaft noch keine Deutschen angesetzt.

Der Agrarsektor sei sich durchaus im klaren darüber, daß die nächsten Monate ihm außerordentliche Belastungen bringen würde. Die Männer der Landwirtschaftsverwaltung seien aber gewillt, ihre Aufgaben wie bisher zu erfüllen; sie fühlten sich stark genug und hätten auch gewisse Vorbereitungen getroffen, um für den Zeitpunkt, da es gelinge, die Front wieder nach dem Osten zu drücken,

folgt 4

gerüstet zu sein und dann mit Hilfsmaßnahmen in jene Gebiete zu gehen, die jetzt im Bereich der sog. Schütterzone oder der Kahlfraßzone lägen.

Präsident Eissfeldt führt aus, dass die drei Monate seit Inkrafttreten des Holzmobilmachungsplanes die Arbeit doch wesentlich besser vonstatten gegangen sei, als man angenommen habe. Auch die Aussichten für die Zukunft seien zwar ernst, in keiner Weise jedoch hoffnungslos. Die durch den Holzmobilmachungsplan angeordnete Zusammenfassung aller Kräfte habe sich ausserordentlich bewährt. Die Wehrmacht und die Polizei hätten durch Bereitstellung von Exekutivkräften bestens dazu beigetragen, das nötige Holz, dessen Abnehmer sie in der Hauptsache seien, herbeizuschaffen. Die Hauptabteilungen und viele sonstige Dienststellen hätten durch Bereitstellung von Verpflegung, Futtermittel, Eisen, Leder und sonstigem ausserordentlich geholfen. Nicht zuletzt hätten auch die Gouverneure und Kreishauptleute sich in den vergangenen Monaten für die Holzabfuhr ganz besonders eingesetzt. Dadurch seien in erster Linie die günstigen Ergebnisse eingetreten; es sei aufgefallen, dass es an Orten, in denen der Kreishauptmann von der Notwendigkeit der Holzabfuhr überzeugt sei, selbst unter den allerschwersten Verhältnissen in erstaunlicher Weise gut gehe, und dass andererseits ein geringes Ergebnis vielfach zu geringe Energie des Kreishauptmannes zur Voraussetzung habe. Allen Dienststellen gelte sein ganz besonderer Dank.

Die letzten Monate und auch die künftigen stünden ganz unter dem Zeichen der Holzversorgung der Heeresgruppe Süd und selbstverständlich auch der Luftwaffe, der OT und der Eisenbahn im Raum dieser Heeresgruppe. Das Generalgouvernement habe zwar auch früher die Front mit Holz versorgt, doch seien durch das Näherrücken der Front in Wolhynien

und Polesien grosse Versorgungsgebiete weggefallen, so dass vom Generalgouvernement neue die Anforderungen der anderen Bedarfsträger in den Schatten stellende Lieferungen an die Front durchgeführt werden müssten.

Bei Besprechungen mit dem Generalquartiermeister und den Leitern der östlichen Forstverwaltungen habe sich ergeben, dass das Generalgouvernement wieder einmal das meiste leisten müsse. Während hinter den Heeresgruppen Nord und Mittel ein grosses Hinterland mit Wald liege, seien die Gebiete bei Kriwoi Rog vollkommen waldarm. Das westlich davon liegende Gebiet Rumäniens oder Ungarns komme für eine Holzversorgung der Front aus Devisengründen nicht in Frage, so dass die Holzbedarfsdeckung der Front trichterförmig im Generalgouvernement zusammen laufe. Hier müsse nun das Holz für den riesigen Frontabschnitt im Süden bereitgestellt werden. So ergebe sich z.B. die Tatsache, dass aus dem Distrikt Lemberg Holz an die Front bei Nikopol geliefert werden müsse.

Für die Holzbedarfsdeckung habe man zunächst weitgehend die Rückstände des letzten Forstwirtschaftsjahres mobilisiert; es sei gelungen, bis jetzt etwa die Hälfte dieser 30% betragenden Rückstände mit einer Menge von 750 000 fm aus den Wäldern herauszubringen und damit die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Weiter habe man auf Grund des Holzmobilmachungsplanes eine grösstmögliche Kapazitätssteigerung sowohl beim Einschlag wie bei der Abfuhr vorgenommen. Sehr günstig für die notwendige Ertragssteigerung könne man die besonders berücksichtigte Verkürzung der Abfuhrwege bezeichnen. Der Einschlagplan nehme auch auf Waldgebiete Rücksicht, in denen die Pferdekraft durch andere Aufgaben noch nicht voll ausgenützt sei.

Einen wesentlichen Beitrag zu den Erfolgen stelle auch die verständnisvolle Beschränkung der Holzbedarfsträger dar. Dadurch würden grosse Holzmengen frei, die der Wehrmacht und der Polizei zum Bau von Stützpunkten zur Verfügung gestellt werden könnten. Ein neues Rezept habe man auch im sogenannten Selbsteinschlag der Truppe gefunden; dabei habe die Truppe unter Führung und Leitung der Forstverwaltung des Generalgouvernements mit eigenen Arbeitskräften und eigenen Gespannen das benötigte Holz aus den Wäldern geholt.

Der Einschlag des jetzt laufenden Holzwirtschaftsjahres (bis 30. September 1944) liege bereits zu 50% am Boden. Dieses Ergebnis habe man noch vor drei bis vier Monaten für unmöglich gehalten. Die Abfuhr sei allerdings erst zu 15% durchgeführt. In diesem Jahre sei bei der Abfuhr zu den vielen bekannten Schwierigkeiten noch das ungünstige Wetter gekommen. Für die Holzabfuhr brauche man Frost und Schnee. Er bitte daher die Gouverneure, bei der jetzt günstigen Witterung die Kreishauptleute anzuweisen, sich in starkem Maße für die Abfuhr einzusetzen, da man jetzt den gefrorenen Boden und die Schlittenbahnen ausnützen könne. Die Holzversorgung stehe und falle mit der Abfuhr.

Alle Holzbedarfsträger müsse er auch weiterhin um möglichste Beschränkung ihrer Anforderungen nicht nur in Bezug auf Menge sondern auch auf Qualität bitten. Auch dürfe Holz nicht schon Monate vorher angefordert werden; Holzhortung könne nicht geduldet werden, da sonst der dringendste Bedarf des Augenblicks nicht gedeckt werden könne.

Die dem Generalgouvernement gestellten Aufgaben der Holzbedarfsdeckung gingen weit über die Möglichkeiten dieses Landes hinaus. Nur bei Anspannung aller Kräfte könne der dringendste Bedarf befriedigt werden.

Die bisherige dringendste Bedarfsdeckung sei vor allem auch dadurch herbeigeführt worden, dass es gelungen sei, die 10 000 nichtdeutschen Forstbeamten durch die wenigen deutschen Forstbeamten bei der Stange zu halten. Diese Leute hätten trotz Banden und mannigfacher Schwierigkeiten im grossen und ganzen in loyaler Weise ihre Pflicht erfüllt und seien höchstens nur vorübergehend ausgewichen.

Auf dem Gebiet der Nebennutzungen sehe es sehr erfreulich aus. So sei es im Jahre 1943 zum ersten Mal gelungen, die im Generalgouvernement benötigten 4000 to Gerbrinde aus eigener Produktion zu gewinnen. Die Harzgewinnung sei trotz aller Banditen und vieler Schwierigkeiten im Jahre 1943 nicht gesunken und betrage etwa 3,5 Mill. kg (im Reich 4 Mill. kg). Im Generalgouvernement sei das bedeutendste Harzverarbeitungswerk Europas in Betrieb. Seine Produktion habe im letzten Jahr 2 ½2 Mill. kg Kolophonium und 5 Mill. Liter Terpentin betragen. Von den zur Harzgewinnung in den Wäldern des Generalgouvernements angebrachten 4 Mill. Harzbechern seien im Laufe eines Jahres 1 Mill. gestohlen worden und hätten dort neu ersetzt werden müssen. Die Produktion von Holzkohle sei in jedem Jahr gesteigert worden und betrage im Jahre 1943 3 900 to. Dazu kämen 172 000 to Trockenverkohlung. In der Torferzeugung könne man, wenn man die Produktion der vielen kleinen bäuerlichen Betriebe hinzurechne, auf 350 000 to kommen. Sehr beachtlich sei auch die Ernte an Waldbeeren, Pilzen und Waldfrüchten in Höhe von etwa 5000 to. 33 to Wild seien bei den Ablieferungsstellen erfasst worden.

Im vergangenen Jahr sei auch eine Walderfassung beendet worden, die deswegen notwendig gewesen sei, da viele Karte und Betriebspläne verloren gegangen seien. Im Jahre 1943 habe man im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reich noch Neuanpflanzungen auf 38 000 ha durchführen können. Die Fläche der Pflanzgärten sei von 420 ha auf 720 ha gestiegen. 808 000 kg Forstsämereien seien in den Boden gekommen, im Jahre vorher 139 000 kg.

400 Millionen Stück forstliche Pflanzen habe man verpflanzt gegenüber 300 Millionen im Vorjahr.

Die deutsche Forstwirtschaft habe trotz der grossen Schwierigkeiten des 5. Kriegsjahres für das Land viel getan. Das Wegenetz sei wesentlich erweitert worden, die Zahl der im Zuge dieser Erweiterung notwendigen Brücken zwischen 75 m Länge, die man erbaut habe, betrage 1000. Ferner sei eine Strecke von 131 km neuer Waldbahnen angelegt worden.

Staatssekretär Dr. Bühler weist auf die Wichtigkeit der Holzversorgung hin und ersucht die Herren Gouverneure, ihre Kreishauptleute anzuweisen, alles für die vordringliche Aufgabe des Holzeinschlages in der Holzabfuhr einzusetzen.

Generalmajor Sendle führt aus, dass auf dem Gebiete des Luftschutzes mit grösstem Nachdruck und gutem Erfolg gearbeitet worden sei. Die Durchführung der Luftschutzbaumassnahmen werde mit äusserster Spannkraft vorangetrieben; der Bau der Feuerlöschteiche, Deckungsgräben und öffentlichen Räume schreite gut vorwärts.

In den 15 besonderen Luftschutzorten des Generalgouvernements ergebe sich folgendes Bild:

	Deckungsgräben	Feuerlöschteiche	öffentl. Räume
fertig	46 %	101	79
nicht fertig	11 %	43	17
im Bau	43 %	22	10

Ausserdem kämen noch 23 öffentliche Luftschutzräume für Nichtdeutsche. 30 Rettungsstellen seien fertiggestellt, während sich eine weitere im Bau befinde und 2 geplant seien; 10 Untersuchungsstellen existierten ebenfalls.

Die Erhöhung der eingezogenen Kräfte sei zu 50% durchgeführt. Der Instandsetzungsdienst, der bisher in der Feuerwehr eingegliedert gewesen sei, sei zu einem selbstständigen Zweig des Luftschutzhilfsdienstes umorganisiert worden; die Ausbildung dieser Männer erfolge durch die technische Nothilfe. Die Unterbringung der Bestände an Lebensmittel sei dezentralisiert. Für Rettungsstellen und Hilfskrankenhäuser habe man überall geeignete Räume, Schulen, Säle usw. ausgesucht und festgelegt. Die Einrichtung von Verbands- und Hauptverbandsplätzen bei grossen Angriffen sei überall vorbereitet. Für die Alarmierung sorgten zur Zeit 73 Grossalarmgeräte und 72 fahrbare Geräte. Zur Zeit kämen in Krakau 15 und in Warschau, Reichshof 47 Grossalarmgeräte zusätzlich zur Aufstellung. Nach Beendigung der Arbeiten werde in diesen Orten die Vorwarnung und die Vorentwarnung eingeführt. Ausweichstellen für Behörden, Dienststellen usw. seien geplant und vorbereitet.

Die Organisation und der Ausbau des Selbstschutzes sei der Partei übertragen. In den deutschen Wohnvierteln habe man Luftschutzwarte ernannt, deren Ausbildung zur Zeit im Gange sei. Für die polnische Bevölkerung seien die erforderlichen Massnahmen unter Einschaltung der polnischen Kommissariate angekurbelt. In den deutschen Wohngebieten habe man brauchbare Luftschutzräume erkundet und fachlich technisch nachgeprüft. Mit der Absteifung der Decken und behelfsmässigen Herrichtung dieser Räume sei begonnen, und die Arbeiten schritten vorwärts. Brandmauerdurchbrüche in den deutschen Wohnhäusern seien zu 50% fertig, die Fluchtwege gekennzeichnet. Mauerdurchbrüche in den polnischen Häusern müssten aus Sicherheitsgründen abgelehnt werden. Die Entrümpelung und ihre Durchführung sei durch den Staatssekretär für das Sicherheitswesen angeordnet.

Kontrollen über die Durchführung würden gemacht.

Die Ausrüstung an Selbstschutzgeräten sei noch unzureichend; es fehle vor allem an Eisen und Blechen. Verhandlungen mit dem Luftgaukommando VIII zwecks Erhöhung dieser Materialien sei im Gange. Auch der erweiterte Selbstschutz werde immer mehr durchgeführt, die Selbstschutzkräfte hierfür seien erfasst und würden zur Zeit ausgebildet. In den 15 Luftschutzorten des Generalgouvernements handele es sich insgesamt um 1444 Betriebe.

Die Massnahmen im Werkluftschutz schritten ebenfalls vorwärts. Es handele sich um 764 Werkluftschutzbetriebe. Die Kräfte seien ausgebildet und würden durch laufende Übungen weiter geschult. Allerdings mangele es im Werkluftschutz noch stark an Ausrüstungsgegenständen, wie Feuerlöschgeräten, Schlauchmaterial, Nothelfergeräten und Schutzanzügen; Massnahmen zu ihrer Beschaffung seien eingeleitet. Im grossen und ganzen könne er mit der Feststellung schliessen, dass die notwendigen Luftschutzmassnahmen im Generalgouvernement tatkräftig vorwärts getrieben würden.

f. 5

Präsident Dr.Senkowsky kann die Finanzlage des Generalgouvernements als absolut gesichert hinstellen, glaubt aber doch, auf gewisse Erscheinungen hinweisen zu müssen, die zu einer vorsichtigen Finanzgebarung Veranlassung geben. Er betone dabei ausdrücklich, daß die Finanzverwaltung das von ihr hereingebrachte Geld nicht behalten wolle, sondern nur im Interesse notwendiger Ausgaben hereinhole. Daß aber die bisherige Entwicklung keine Dauererscheinung sei, sei der Finanzverwaltung von vornherein klar gewesen. Die ständige Steigerung der Einnahmen sei eine Folge der Entwicklung der gesamten Arbeit, wie überhaupt in den Finanzeinnahmen zum Teil wenigstens ein Spiegelbild aller Arbeitsmaßnahmen gesehen werden könne.

Im Rechnungsjahr 1940 habe das Aufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern 253 Millionen Zloty betragen, was der Steuerkraft des Landes entsprochen habe. Dieser Betrag sei dann gestiegen: Im Jahre 1941 auf 650 Millionen, im Jahre 1942 auf 1103 Millionen Zloty. Da gleichzeitig auch die Monopoleinnahmen sich erheblich noch oben entwickelt hätten, sei es der Finanzverwaltung möglich gewesen, in diesen Aufbaujahren allen an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Während in den ersten 10 Monaten des Jahres 1942/43 ein Aufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern von rund 890 Millionen Zloty festzustellen gewesen sei, habe es in den gleichen Monaten des Rechnungsjahres 1943/44 vom April bis einschließlich Januar 1030 Millionen betragen. Die Steigerung habe sich also wesentlich verlangsamt.

Bedenklicher sehe die Sache aus, wenn man diese 10 Monate in Vierteljahre aufteile. Im ersten Rechnungsvierteljahr von April bis Juni 1943 betrage die Steigerung

gegenüber dem Jahre 1942 mit 2o6 und 297 Millionen Zloty noch 43,3% , in der Zeit von April bis September 1943 betrage sie mit 587 gegenüber 47o Millionen Zloty nur noch 25%. Mit Zurechnung des dritten Vierteljahres betrage die Steigerung 6o,3% gegenüber 43,9%, die entsprechenden Einnahmeziffern seien 792 und 992 Millionen. In diesem Vierteljahr sei auch zum ersten Mal im Monat Oktober der Ertrag der Besitz- und Verkehrssteuern gegenüber dem Vorjahr zurückgeblieben: im Oktober 1942 seien 1o4 Millionen Zloty, im Oktober 1943 aber nur 98 Millionen Zloty hereinbekommen. Im Voranschlag festgesetzt seien 1273 Millionen Zloty ohne Beförderungssteuer. Man werde diesen Betrag auch hereinholen, wenn es gelinge, die Steigerung von 11% in den Monaten Februar und März zu erreichen, was nach den bisherigen Erfahrungen angenommen werden könne.

Die Gründe für dieses Aufhören bezw. Absinken der Steigerung lägen zum Teil auch darin, daß ein verhältnismäßig steuerkräftiger Bevölkerungsteil in Gestalt der Juden mittlerweile fortgefallen sei. Ferner hätten auch 16o Millionen Zloty Steuerrückstände abgeschrieben werden müssen. Man habe bei der Beitreibung im Laufe des Jahres 1943 große Schwierigkeiten gehabt. Am 1.Juli 1942 hätten die Steuerrückstände 482 Millionen Zloty betragen, am 1.Januar 1943 54o Millionen Zloty. Diese Steigerung sei zum Teil darauf zurückzuführen, daß in dieser Ziffer zum ersten Mal die galizischen Steuerrückstände erscheinen. Tatsächlich sei eine ständige Steigerung der Steuerrückstände feststellbar. Er bitte, alle beteiligten Stellen, Verständnis für die Beitreibungsmaßnahmen der Finanzverwaltung zu haben und erbitte auch verständnisvolle Unterstützung. Man wolle nicht durch überspitzte Beitreibungsmaßnahmen die da und dort gegebene politische Notwendigkeit schädigen. Man wünsche jedoch, ein Verständnis

für die Beitreibungsmaßnehmen zu finden, weil es sich um eine positive Einstellung zur Arbeit gegenüber der nichtdeutschen Bevölkerung handle. In vielen Kreisen gerade weiter nach Osten könne nan sehr häufig feststellen, daß dort, wo Banden aufträten oder die Front näher rücke, sofort die willfährigkeit der Bevölkerung zur Steuerzahlung nachlasse. Wenn die Gouverneure bei Besprechungen mit den Kreishauptmännern und diese bei Besprechungen mit den Woits darauf hinwiesen, daß gerade die Besitzenden ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat, der sie schützen wolle, zu erfüllen hätten, so werde man damit gewiß einen entsprechenden Erfolg haben. Nach den Berichten von 24 Finanzinspektionen seien in 16 Finanzinspektionen ganz erhebliche Beeinträchtigungen des Steueraufkommens mittelbar und unmittelbar infolge von Bandenschäden eingetreten, die gewisse Maßnahmen verschiedener Verwaltungen veranlaßt und sich auch in einem Rückgang der Steuereinnahmen ausgewirkt hätten.

Angesichts mancher Erscheinung des hiesigen "illegalen Wirtschaftslebens" sei man gezwungen, verschärfte Fahndungsmaßnahmen durchzuführen und auch zu diesen Maßnahmen nichtdeutsches Personal heranzuziehen, das naturgemäß nicht so verläßlich sei wie die im Dienste der Finanzverwaltung stehenden Deutschen. Gegen die Fahndung werde mancherorts nicht nur von nichtdeutscher, sondern auch von deutscher Seite Stellung genommen. Es sei leider unvermeidlich, daß man auf einmal bei einem Deutschen, über den diese oder jene Nachrichten verbreitet seien, mit scharfer Nachschau komme. Ich möchte demgegenüber alle interessierten Stellen dringend bitten, die Finanzinspekteure bei ihren Fahndungsmaßnahmen durch Nachrichten zu unterstützen.

Die Höhe der aufkommenden Verbrauchssteuern hänge von der Produktion, insbesondere von der Zuckerproduktion ab. Die Zuckersteuer werde aber lediglich von der Produktionsmenge erhoben, die im Generalgouvernement verbraucht werde, nicht von dem Zucker, der exportiert werde. Ein Teil der Einnahmen auf diesem Gebiete sei durch die Maßnahmen, die von seiten des Deutschen Reiches getroffen worden sei, weggefallen, ein Betrag, der über 1oo Millionen hinausgehe und sehr schwer anderwärts unterzubringen gewesen sei.

Die Monopolverwaltung habe im laufenden Jahr das immerhin sehr erfreuliche Ergebnis gehabt, daß die Einnahmen gegenüber dem Vorjahre noch hätten gesteigert werden können. Das sei nicht auf erhöhte Einnahmen beim Tabakmonopol durchzuführen, das voll und ganz seinen Kapazitätsumfang und die vorhandenen Möglichkeiten habe ausnutzen können. Eine Steigerung sei aber angesichts der engen Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft beim Branntweinmonopol festzustellen. Sowohl aus dem Tabak- wie aus dem Branntweinmonopol werde Ware für die Ernteerfassung zur Verfügung gestellt. Die Produktion laufe gut. Jedoch müsse in der letzten Zeit festgestellt werden, daß teilweise aus Gründen des Waggonmangels die Ware nicht in genügendem Umfange abgenommen werde, sodaß einzelne Werke zu Produktionseinschränkungen hätten schreiten müssen.

Eine erfreuliche Produktionssteigerung sei auf dem Gebiet des Salzmonopols zu beobachten. Über die Bedarfsdeckung im Inlande hinaus, die durch Verkehrsschwierigkeiten manchmal beeinträchtigt sei, habe in großem Umfange Export getätigt werden können. Die Gesamtproduktion des Salzmonopols gehe weit über die Produktionsmenge in der polnischen Friedenszeit hinaus und im Vergleich zum Jahre 1940 sei die Produktionsziffer noch um

1oo% gestiegen. Kriegswichtige Industrien in Oberschlesien, Werke in Gleiwitz und Auschwitz seien vom Salzmonopol des Generalgouvernements mit etwa 1oo ooo to beliefert worden.

Das Branntweinmonopol habe trotz Steigerung der Produktion die im Haushalt angesetzten Einnahmeziffern nicht erreicht, was zum überwiegenden Teil auf die Nichterhöhung des von der Hauptabteilung Finanzen beantragten Kriegszuschlages zurückzuführen sei. Er habe neuerdings wieder den Vorschlag zur Erhöhung des Kriegszuschlages für Erzeugnisse des Branntweinmonopols gemacht und hoffe, daß zu Beginn des Rechnungsjahres 1944 diese geringfügige Preiserhöhung Genehmigung finden werde. Nach diesem Vorschlag solle der Kriegszuschlag von 2 auf 4 Zloty je Liter Wodka erhöht werden, sodaß der Preis der gangbarsten Ware auf 1o,5o Zloty erhöht werde.

Es sei gelungen, ein zweites Kaliwerk, das vom Salzmonopol betreute Werk Izdebnik unter großen Schwierigkeiten in Gang zu setzen. Von der beiden nunmehr vorhandenen Kaliwerken könne aber die Landwirtschaft des Generalgouvernements nicht genügend mit Kalisalzen versorgt werden. Die Salze hätten auch insbesondere im Vergleich zu ähnlichen Vorkommen im Reich eine ungünstige Zusammensetzung. Die Kapazität der Werke lasse sich auch nicht ohne weiteres steigern, sondern es bedürfe jahrelanger Investitionen, um eine erhöhte und bessere Produktion herbeizuführen. Die dafür notwendigen Maßnahmen seien aber seit längerer Zeit eingeleitet.

Was die Haushaltsgebarung angehe, so könne er feststellen, daß sich die Zusammenarbeit der Hauptabteilung Finanzen mit allen anderen Verwaltungszweigen des Generalgouvernements von Jahr zu Jahr vertiefe und reibungsloser gestalte. Abgesehen davon, daß die Meinungsver-

schiedenheiten über einzelne Haushaltsziffern immer geringer würden, zeige sich das wachsende gegenseitige Verständnis für die beiderseitige Arbeit auch darin, daß die Haushaltsarbeiten von Jahr zu Jahr früher abgeschlossen werden könnten und man im großen und ganzen im kommenden Rechnungsjahr schon von Anfang an mit den normalen Haushaltsziffern werde arbeiten können. Man werde in der Lage sein, im Laufe des Monats März mit den abschließenden Verhandlungen über den Haushalt 1944 mit dem Reichsfinanzministerium zu beginnen, während es noch im Jahre 1943 erst nach Beginn des Haushaltsjahres möglich gewesen sei.

Von der Ausgabenseite her bestehe keine besondere Gefahr für die Staatshaushaltsgebarung. Eine wirkliche Gefahr könnte von der Seite des Bauwesens kommen. Wenn normal und zu den jetzigen Preisen gebaut würde, so wäre eine ersprießliche Haushaltsgebarung nicht möglich; denn mit dem zwanzigfachen des Baukostenindexes lasse sich auf die Dauer ein vernünftiges staatliches Bauwesen nicht halten. Er bitte deshalb die Regierung, der Frage der Baukostensenkung im Generalgouvernement ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei Vergleich der Ziffern verschiedener Haushalte zeige sich, daß außerhalb der Baukosten die Steigerung in einzelnen Ansätzen bei anderen Haushalten gegenüber früheren Jahren vielleicht nur 1o oder 2o des Friedensindexes betragen habe, während im Bauhaushalt die Ziffer auf ein Vielfaches gegangen sei.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß dieser Index für die Eisenbahnbauten nicht maßgebend sei.

Präsident Gerteis gibt zu bedenken, daß er das Material aus dem Reich beziehen und infolgedessen mit einem geringen Aufschlag arbeiten könne. Sobald er aber

aus dem Generalgouvernement seinen Materialbedarf decken müsse, unterliege er denselben Gesetzen. Angesichts der Dringlichkeit der Aufgaben könne man sich in vielen Fällen nicht anders helfen, als daß man Wege beschreiten müsse, auf denen es einem möglich sei, die dringendst notwendigen Materialien zu erhalten. Der Personalabbau und die geringe Leistung der polnischen Belegschaft zwinge oft zu Maßnahmen, die eine Verteuerung herbeiführten. Ein Kubikmeter Erdarbeit koste heute 1o-12 RM gegenüber 1,2o bis 1,4o RM im Frieden.

Präsident Dr. Senkowsky nimmt dann noch zu den Leistungen des Generalgouvernements für das Reich, insbesondere zu der Frage des Wehrbeitrages Stellung. Das Generalgouvernement leiste mittelbar und unmittelbar aus dem Haushalt des Generalgouvernements für das Reich in diesem Rechnungsjahr etwa 1,85o Milliarde Zloty, nicht ganz 45% der gesamten Haushaltssumme von etwa 4 Milliarden Zloty. Der Hauptanteil dieser Summe sei der Wehrbeitrag von 1,3 Milliarde. Eine weitere höhere Ziffer liege in der Erstattung der Polizeikosten von über 26o Millionen Zloty und der Erstattung der anteilmäßigen Kosten des Ottoprogramms mit rund 238 Millionen Zloty. Auch aus allgemein wirtschaftlichen Gründen des Generalgouvernements sei es zu begrüßen, daß ein so hoher Betrag aus der Wirtschaft des Generalgouvernements auf dem Wege über den Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden könne, weil um etwa diesen Betrag eine unerwünschte Steigerung des Notenumlaufes habe verhindert werden können. Es handle sich bei der Tragung der Kosten für Reichsausgaben durch den Haushalt des Generalgouvernements nicht um eine Schmälerung der Möglichkeiten des Generalgouvernements selbst, sondern um eine Maßnahme, die der Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements in besonderem Maße dienlich sei.

Präsident Dr.Senkowsky schließt seine Ausführungen mit dem Dank an alle beteiligten Stellen, daß sie sowohl der Arbeit der Hauptabteilung Finanzen wie auch der unter den Kriegsverhältnissen besonders schwierigen Arbeit der Monopolverwaltung soviel Verständnis und Unterstützung geschenkt hätten, daß der erstrebte Erfolg auch tatsächlich habe erzielt werden können.

Staatssekretär Dr.Bühler gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Staatshaushalt ausgeglichen sei und eine akute Gefahr für die Staatsfinanzen nicht bestehe. Wie aus den Ausführungen des Präsidenten Dr.Senkowsky zu entnehmen sei, werde auch die Hereinbringung der Steuer allmählich ein mühevolles Geschäft. Er appelliere in diesem Zusammenhang besonders an die Gouverneure,auch diesem Zweig der Staatsführung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Vielleicht könnten auch dadurch, daß Kontrollmaßnahmen in dem polnischen Steuerapparat selbst vorgesehen würden, gewisse Erleichterungen auf diesem Gebiete erreicht werden können. Im Übrigen werde es Sache der Finanzverwaltung sein, durch Erschließung neuer gesunder Steuerquellen jeder Gefahr eines Absinkens des Staatshaushalts zu begegnen. Einen großen Beitrag auf diesem Gebiete werde man in den nächsten Tagen erbringen: Der Reichsführer-SS habe sich nämlich damit einverstanden erklärt, daß das bewegliche Judenvermögen dem Fiskus des Generalgouvernements zur Verwaltung zur Verfügung gestellt werde. Daraus werde sich auch eine wesentliche Erleichterung der Situation ergeben.

Es sei in dieser Sitzung lediglich möglich gewesen, Bruchteile einiger Aufgabengebiete zur Beratung zu stellen. Aber eine Erweiterung dieser Sitzung würde zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Für die Zukunft werde keine Erleichterung der Verhältnisse zu erwarten sein,

im Gegenteil, die Anforderungen der Wehrmacht würden noch wachsen und die Spannungen auf dem Gebiet der Sicherheitslage gleichfalls zunehmen. Der Erfolg der Arbeit werde wesentlich davon abhängen, ob es gelinge, die Sicherheit im Generalgouvernement herzustellen. In der Person des SS-Obergruppenführers Koppe sei aber die Gewähr dafür gegeben, daß nicht nur alles, was hier an Kräften angesetzt werde, zur Bereinigung dieses Problems aufgeboten, sondern daß es auch erfolgreich durchgeführt wird. Im übrigen werde man in eine Phase der Arbeit eintreten, in der die Spreu vom Weizen geschieden werde. Er sei aber dessen sicher, daß die Regierungsmitglieder und Abteilungspräsidenten, die bisher so erfolgreich als Gefolgsmänner des Generalgouverneurs gearbeitet hätten, auch diese schwierige Periode der Arbeit gut durchstehen würden.

Schluß der Sitzung 14 Uhr.

Gouverneur- und Hauptabteilungsleitersitzung

im Königssaal der Burg

am Mittwoch, dem 16. Februar 1944.

--

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1. Zu den Akten
2. Staatssekretär Dr. Bühler
3. SS-Oberführer Bierkamp
4. Präsident Dr.v.Craushaar.

Beginn der Sitzung 15 Uhr.

Gouverneur Dr. Wächter bezeichnet die Lage im Distrikt Galizien als unter dem Einfluss der militärischen Situation stehend. Diese Situation habe sich mit einer starken Belastung des Quartierwesens angekündigt. Im allgemeinen habe man diesen Ansturm gut gemeistert, und es sei zu einem Ausgleich der gegenseitigen Interessen gekommen, der auch die Wehrmacht zufrieden gestellt habe.

Die unmittelbare militärische Situation habe verhältnismässig wenig Kopfzerbrechen gemacht, da ma die feste Überzeugung hege, dass genügend deutsche Kräfte bereitgestellt würden, wenn die Situation bedrohlicher werden sollte. Das sei auch geschehen, und die Lücke von Dubno sei durch grössere Einheiten ausgefüllt worden.

Am meisten Sorge bereite die Situation mit den Sowjetbanden, da diese ausgezeichnet bewaffnet, und sicherlich einheitlich militärisch geführten Truppen sich allen Kämpfen entzögen und nur Zerstörungsaufträge durchführten. Seine Bitte für den Distrikt sei die, für eine Verstärkung der Sicherheitsorgane besorgt zu sein. Die zur Zeit im Distrikt stationierten zwei Bataillone seien zu wenig; die übrigen sonst noch zur Verfügung stehenden Kräfte würden an der Grenze für die Bauaufgaben der sogenannten Bandenauffangstellung gebraucht. Die Wehrmacht könne infolge der Tatsache, dass sie Kräfte in die Lücke von Dubno habe werfen müssen, keine Kräfte zur Verfügung stellen, da sie zudem die restlichen Kräfte zum Schutze der Ortschaften, der Lazarette und für bestimmte Wehrmachtsaufgaben benötige.

Er verweise auf die Erfahrungen, die man im Distrikt Galizien vor einigen Monaten mit der Kolpakbande gemacht habe. Zu ihrer Bekämpfung hätten damals die siebenfachen

Polizeikräfte eingesetzt werden können, und trotzdem sei die Bande drei Wochen durch das Gebiet gezogen. Erst durch zwei Wehrmachtsregimenter habe man sie anschlagen, jedoch nicht vernichten können. Diese Erfahrung zeige also, welch starke mobile Kräfte zur Bekämpfung einer solchen Bande benötigt würden.

Zur Zeit befänden sich sogar drei Sowjetbanden im Gebiet des Distrikts; die Sicherheitslage sei ebenfalls schlechter geworden und nicht mehr so ruhig, wie im vergangenen Sommer. Damals hätte man auch gegen diese Bande auf festen Strassen operieren können, während jetzt im Winter die Operationen vielfach stecken blieben. Seiner Überzeugung nach müsste also mit mehr,und zwar mobilen berittenen Formationen operiert werden, um dieser Bedrohung durch die Banden Herr zu werden. Es bestehe die grosse Gefahr, dass diese Formationen ins rückwärtige Gebiet, vor allem in das Karpathengebiet durchstiessen, wo sie eine dauernde Bedrohung des deutschen Nachschubs bedeuteten. Mit allem Nachdruck müsse er darauf hinweisen.

Die deutsche Verwaltung könne auch von den in ihren Diensten stehenden Nichtdeutschen nicht alle möglichen Forderungen verlangen, wenn sie nicht für die Sicherheit dieser Leute Vorsorge treffe. Auch müsse er darauf hinweisen, dass die Liegenschaften eine der angenehmsten und willkommensten Verpflegsmöglichkeiten für die Banden darstellten. Sie holten sich von dort Vieh und Lebensmittel, und die Bevölkerung freue sich darüber, da sie voll Hass gegen diese Liegenschaften sei.

Unterstreichen müsse er, dass die politische Führung der Sowjetbanden vorzüglich sei. Sie täten der Bevölkerung kein Leid an, wären ausserordentlich freundlich mit den Pfarrern. Die in Moskau neuerdings aufgestellte nationale These sei für die deutschen Belange in der

Ukraine ausserordentlich gefährlich. Der Aussenkommissar der neuen Sowjetukraine sei zwei Jahre in Lemberg tätig gewesen und habe nationale ukrainische Dramen geschaffen. Einen eingehenden Bericht habe er an Staatssekretär Dr. Bühler gesandt.

Die Bevölkerung, vor allem die breite Bauernbevölkerung,sei derzeit noch antibolschewistisch gestimmt. Gelinge es den Bolschewisten, ihre Propaganda weiterzutreiben und in der Ukraine eine Befreiungsarmee aufzustellen, dann sei die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, dass sie rasch an Einfluss gewinnen würden. Die nationale ukrainische Jugend wolle marschieren. Die deutsche Propaganda müsse eine einheitliche Linie bekommen. Viele der uns verbundenen reichsfreundlichen Ukrainer wendeten sich an die deutsche Führung und erklärten "gebt uns doch eine Möglichkeit, zeigt uns, dass Ihr mit uns etwas vorhabt, vielleicht eine Selbstverwaltung wie in Estland". Die Situation sei reif und schreie nach politischen Massnahmen. Man müsse gegenüber den schwankenden Ukrainern eine Geste machen, dann könne man der nationalukrainischen Jugend den Wind aus den Segeln nehmen und sie zu einem aktiven Teil der deutschen Interessen machen.

Der deutsche politische Kurs gegenüber den Ukrainern sei ausserordentlich verfahren. So habe ein deutscher Sender aus Königsberg seine ukrainischen Sendungen mit dem Ruf beendet "heil die freie Ukraine". Wenn dieser Ruf von einem Ukrainer in Lemberg öffentlich ausgebracht werde, werde er verhaftet. Diese völlige Verwirrung im offiziellen deutschen Kurs sei untragbar. Die Einziehung junger Leute aus dem RKU und ihre Verwendung als Flaksoldaten im Reich sei ihm unverständlich; das widerspreche der Ukraine-politik des Reiches. Wenn man auf deutscher Seite nicht bald eine absolut konsequente und positive Haltung zur Ukraine einnehme, werde das zu bösen Folgen führen.

Die einzige Basis stelle die SS-Schützendivision Galizien dar. Damit sei es gelungen, einen Teil der aktiven ukrainischen Jugend, die marschieren wolle, für die deutschen Belange abzufangen. Es gebe noch viele Ukrainer, die davon überzeugt seien, dass sie von Stalin keine Zukunft zu erwarten hätten, während diese Aussichten ihnen von deutscher Seite gegeben würden. Er bitte, beim Einsatz der ersten Formationen ier SS-Freiwilligen-Division Galizien den politischen Momenten das entscheidende Gewicht zuzuerkennen. Die Truppe sei vorerst mehr propagandistisch als militärisch zu werten, schlecht bewaffnet, nicht im Besitz von schweren Waffen und Paks usw. Alles komme darauf an, wie sie sich beim ersten Einsatz schlage. Das politische Moment dürfe man bei ihr nicht vernachlässigen; vielleicht sei es gut, eine Art Politruk in unserem Sinne in ihren Reihen einzurichten, indem man ihr gewiegte politische ukrainische Offiziere gibt, durch die die Freiwilligen ständig propagandistisch beeinflusst würden.

Gouverneur Dr. Wächter weist dann auf die mangelnde Ausrüstung der Deutschen mit Waffen hin. In der Handhabung der Strassenkontrollen sei die Befehlsgebung nicht einheitlich, vor allem müsse das mit den aktiven militärischen Verbänden genau abgesprochen werden.

Ausserordentlich belastend für den Distrikt sei die Flüchtlingssituation. Bisher habe man etwa 80 000 Volksdeutsche durch den Distrikt geschleust, und zwar zum Teil nach Bialystok, Litzmannstadt und in das Sudetengebiet; ausständig seien noch 60 000. Die Trecks habe man an der Grenze verpflegt und auf Züge umgeladen. Auch 15 000 Kosaken, viele tausende von Schumas seien durchgeschleust worden. Die Zahl der

unkontrolliert in den Distrikt gesickerten Flüchtlinge lasse sich nicht völlig feststellen.

An Getreide seien im Distrikt 480 000 to erfasst worden. Die Bauern seien dabei ihrer Ablieferungspflicht hundertprozentig nachgekommen, während die Liegenschaften nur zu einem Bruchteil abgeliefert hätten.

Gewisse Auflockerungsmassnahmen durch Entfernung überflüssigen Menschenmaterials aus den Ostgebieten sei notwendig. Der Distrikt habe dazu die Regierung nicht aus Angst um ihre Genehmigung gebeten, sondern aus dem Grunde, weil nach der Entscheidung des Führers die Verwaltung solange wie nur irgend möglich arbeiten müsse. Er sei überzeugt, dass die Verwaltung nur mit leichtem Gepäck, also ohne Frauen und Kinder, voll tätig bleiben könne. Er halte es daher für richtiger, wenn man aus diesem mit Soldaten überfüllten Gebiet alle Menschen, die nicht arbeiteten, wegschaffte. Die deutschen Familien müsstén ins Reich gebracht werden. Man habe so viel gesehen, was drüben jenseits der Grenze kaputt gegangen sei, dass man das nicht mehr erleben wolle.

Schwierig sei die Lage auf dem Holzsektor, da sich die Hoffnungen auf Zurverfügungstellung zusätzlicher Exekutivkräfte nicht erfüllt hätten. Im Moment der Frontnähe habe man zudem die Kräfte aus den Karpathen an die Grenze werfen müssen. Die Banden brächten konsequent das ganze Forstpersonal um; er habe den Eindruck, dass sie für ihre Zwecke die Waldzonen systematisch freimachten. Auf dem grossen Truppenübungsplatz bei Lemberg, den man habe entsiedeln müssen und der heute von der Wehrmacht kaum gebraucht werde, seien Banden in grösserer Zahl sesshaft. Dieser grösste Truppenübungsplatz des Reiches biete wunderbare Gelegenheiten für Fallschirmspringer. Die Situation auf dem

Holzsektor werde ~~reine~~ sid. erst in dem Moment besser gestalten, in dem zusätzliche Exekutivkräfte zur Verfügung ständen. Im anderen Falle werde das gesamte Karpathengebiet für die Holzlieferungen ausfallen.

Im allgemeinen sehe er die Gesamtsituation voller Ruhe an und sei mit ganzem Einsatz bemüht, die Lage in der Hand zu behalten.

Amtschef Dr. Schlüter führt aus, dass sich im Distrikt Lublin in den letzten Wochen eine verhaltene und abwartende Stimmung der Bevölkerung bemerkbar mache: die Bevölkerung sage sich, dass es keinen Zweck mehr habe, für die Deutschen zu arbeiten. Dies führe dazu, dass dringende Verwaltungsaufgaben, wie z.B. die Holzabfuhr in allergrösste Schwierigkeiten kämen. Das sei um so wichtiger, da das Bilgorajer Waldgebiet ein Drittel des gesamten Waldbestandes ausmache.

Aus dem Osten seien wenig Flüchtlinge über die Grenze gekommen,und die Ausbeute für die Arbeitsverwaltung sei bescheiden gewesen. Das rühre davon her, dass die Ostvölker von der kommenden deutschen Niederlage überzeugt seien. Ein grosser Teil habe sich durch Wechseln über die grüne Grenze jeglicher Kontrolle entzogen. Die Zahl der Flüchtlinge betrage ca 10 - 15 000, erfasst seien schützungsweise 8 - 9 000. Auf den Liegenschaftsgütern im Kreise Hrubieszow machte sich eine kommunistische Strömung immer stärker bemerkbar. Die deutschen Oberleiter glaubten, dass sich die durchweg ukrainische Arbeiterschaft nicht mehr zu den notwendigsten Arbeiten einstelle. Sie müssten unter einem gewissen Druck herbeigeholt werden, verschwänden aber nach ein paar Tagen wieder und wendeten sich sogar gegen die deutschen Oberleiter. Beabsichtigt sei, dorthin Wehrmacht zu legen. Vorläufig stehe diese Bewegung nicht im Zusammenhang mit den Ereignissen in Bilgoraj; er sei aber überzeugt,

daß sich in kürzester Frist eine rein kommunistische Bewegung entwickele. Die fremdvölkischen Intelligenzkreise sähen in letzter Zeit außerordentlich ängstlich in die Zukunft. So habe der Erzbischof in Cholm bei ihm anfragen lassen, ob seine Rückfahrt ins Reich von deutscher Seite garantiert werden könne. Er habe ihm erklären lassen, daß es seine Aufgabe als Erzbischof sei, die Ukrainer in ihrem Vertrauen auf die deutsche Kraft zu stärken, daß er aber, falls es wirklich notwendig werden sollte, ins Reich transportiert würde. Die polnische Intelligenz sei aus dem südöstlichen Teil des Distrikts schon nach Warschau oder Krakau abgereist, da die dortigen Landarbeiter als Ukrainer gegen sie eingestellt seien. Die Verwaltung ihrer Güter überließen sie den Inspektoren.

Amtschef Dr. Schlüter berichtet dann vom Auftreten und Verhalten einer Bande in der Gegend zwischen Bilgoraj und Zamosc, die unter sowjetrussischer Führung stehe und deren Stärke auf etwa 3 ooo Mann geschätzt werde. Zur Zeit befinde sie sich nur lo km Luftlinie vom deutschen Siedlungsgebiet Zamosc entfernt. Bräche diese Bande nach dort durch, müsse man die große Befürchtung hegen, daß von ihr unter den ca. 21 ooo Siedlungsdeutschen in der Gegend von Zamosc ein Blutbad angerichtet werde. Viele der vor der Ansiedlung der Volksdeutschen von den dortigen Höfen ausgesiedelten Polen warteten in den Wäldern der Umgebung darauf, ihre Höfe wieder in Besitz nehmen zu können. Wenn es nicht gelänge, die Bande innerhalb der nächsten 8 Tage aufzureiben, gehe bei der dortigen Bevölkerung ungeheuer viel Prestige verloren, da sie dann von der deutschen Schwäche restlos überzeugt sei~~en~~. Unter den Siedlungsdeutschen von Zamosc sei zwar eine Ortswache von etwa 8oo bis 1 ooo Mann gebildet, ihre Bewaffnung sei aber unzureichend und sehr schlecht. Er bitte um Schutz für die Deutschen, da er sonst den Ausbruch einer Panik in starkem Maße befürchten müsse.

Zum Schluß berichtet Amtschef Dr. Schlüter von seinen Eindrücken über die Aktion Berta. Er hält den effektiven Wert der Aktion für sehr gering. Erst müsse man der Bevölkerung durch Vertreiben der Banditen zeigen, daß die Deutschen Herr des Landes seien.

IV/1
2/1

Gouverneur Dr.Fischer berichtet, daß die Lage in Warschau im Vergleich zum vorigen Jahre trotz des Attentats auf den SS-und Polizeiführer Kutschera viel ruhiger geworden sei. Im Dezember 1943 seien noch 56 Deutsche, im Januar dagegen nur noch 5 Deutsche getötet worden. Im Februar sei die Zahl der Getöteten ebenfalls nicht hoch. Äußerlich betrachtet sei also Warschau ruhig, und vor allem auf dem flachen Lande seien dank der vorzüglichen Arbeit der Polizei die Überfälle sehr zurückgegangen.

Die politische Lage könne man auch noch als gut bezeichnen. Die Haltung der Deutschen, vor allem auch der Beamten sei ausgezeichnet, und alles gehe seinen alten Gang. Die Bevölkerung sei aus Angst antibolschewistisch eingestellt. Praktisch sei aber die Aktion Berta in Warschau nicht durchgeführt worden; er habe sich entschieden dagegen ausgesprochen, weil man keine Polen findet, die den Mut hätten, die verlangte Erklärung zu unterschreiben. Auch er sei allerdings der Meinung, daß eine ganz groß aufgezogene antibolschewistische Propaganda getrieben werden müsse. Aber mit Plakaten und Flugschriften allein könne man eine solche Aktion nicht durchführen, sondern man müsse versuchen, direkt an die Polen heranzukommen.

Die Arbeit im Distrikt Warschau habe sich weiter normal entwickelt. Die Ernteerfassung sei abgeschlossen. An Futtergetreide seien 100-150%, an Kartoffeln 95% erfaßt worden und auch die anderen Ergebnisse seien zufriedenstellend. Die Holzabfuhr verlaufe auch einigermaßen günstig: 35% des Holzes seien abgefahren worden.

Bei der Arbeitererfassung machten sich in einzelnen Kreisen erhebliche Widerstände bemerkbar, während man in anderen Kreisen feststellen könne, daß die Polen

jetzt schon geneigter seien, ins Reich zu gehen, offenbar aus Angst vor dem Bolschewismus. In der Stadt Warschau meldeten sich im Monat 500-800 Leute zur Verschickung ins Reich.

Die Bevölkerungszahl der Stadt Warschau nehme dauernd ab. Während bei der Volkszählung noch ungefähr 1 Million Polen festgestellt worden seien, lebten heute nur noch 921000 Polen in Warschau, 31000 Deutsche und 2000 Ausländer. Er habe eine große Aktion gestartet, zu dem Zweck, Polen, die keine Beschäftigung hätten, aus Warschau herauszubringen, und diese Aktion zeige auch ihre Wirkung.

Gouverneur Kundt kann feststellen, daß die Verwaltung des Distrikts Lublin das in sie gesetzte Vertrauen in jeder Weise gerechtfertigt habe. Das zeige die Tatsache, daß von keiner Hauptabteilung irgendeine nennenswerte Klage erfolgt sei.

Die Ernteerfassung habe an Brotgetreide über 100%, an Futtergetreide 100% und an Kartoffeln 82% erbracht, im Verhältnis zu derschlechten Ernte eine durchschnittlich gute Leistung. Im übrigen habe man mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie sie in allen Distrikten beständen. Die Iiererfassung sei normal gelaufen, und trotz der Hühnerpest seien die Ergebnisse nicht wesentlich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Schwierigkeiten begegne wie im ganzen Generalgouvernement die Fett- und Milcherfassung. Auf dem Gebiet der Holzerfassung sei es gelungen, trotz der Witterungsverhältnisse 66% der Rückstände abzufahren, und zwar vor allem durch die Anlage einer großen Zahl von besonderen Stützpunkten, die Wehrmacht, Polizei und Forstschutz bestellt hätten.

2/3

Auch die sonstigen Ergebnisse seien zufriedenstellend. In der Arbeitererfassung habe der Distrikt Radom im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die größte Leistung vollbracht; die Hauptarbeit stehe aber noch bevor.

Die Entwicklung der Bandenbekämpfung im Distrikt Radom stelle sich so dar, daß man wöchentlich immer noch 5oo Überfälle der verschiedensten Art zu verzeichnen habe. Diese Zahl sei von Dezember bis Mitte Januar zurückgegangen, seit Mitte Januar wachse sie wieder an. Eine geschlossene Bande sei durch die geschickte Arbeit der Polizei unter Führung des SS-und Polizeiführers Dr.Böttcher zerschlagen worden.

Die politische Stimmung der Bevölkerung sei im allgemeinen günstig, obgleich in einigen Kreishauptmannschaften sich eine starke kommunistische Stimmung bemerkbar mache,und zwar infolge des Gegensatzes der kleinen Landwirte und Bauern gegen den Großgrundbesitz, eine soziale Struktur, die vielleicht noch aus der russischen Zeit ihre Wirkungen habe. Diese Stimmung habe sich bei der Ernteerfassung bereits im ganzen Jahr geltend gemacht. Wenn auch im gesamten Distrikt 1o5% erfaßt werden konnten, so hätten doch die besten Landwirtschaften fast nirgendwo diese 1oo% erreicht. Da der Raum sehr groß, aber die Zahl der Polizeimannschaften sehr gering sei, hätten andere Kreishauptmannschaften das aufholen müssen, was aus der politischen Stimmung heraus z.B. die Kreishauptmannschaft Opatow nicht habe leisten können. Dazu komme, daß ein großer Teil der Industriearbeiterschaft und der im Distrikt vorhandenen Arbeiterschaft der Rüstungswerke von Natur aus kommunistisch eingestellt sei, vor allem das Zentrum Ostrowiecz. Andererseits habe man in den letzten Monaten des Jahres

1943 beobachten können, daß nationale Banden gegen kommunistische Banden eingesetzt werden konnten. Gut bewaffnete nationale Banden könnten also unter Umständen im Interesse der deutschen Führung im Kampfe gegen die kommunistischen Banden die Aufgaben erfüllen, die die Polizei erfüllen sollte. Inwieweit vielleicht auch Schwankungen in diesen Banden eintreten könnten, sei vorläufig nicht zu übersehen. Trotzdem habe er die Aktion Berta besonders in der Form, daß die Gouverneure überhaupt nicht in sie eingeschaltet werden sollten, nicht als zweckmäßig ansehen können. Es sei eben unmöglich, mit Zwang die verlangte Erklärung zu erhalten. Er habe zwar in dem den Gouverneuren begrenzten Rahmen die notwendigen Maßnahmen getroffen, halte jedoch die Aktion Berta überhaupt für politisch vollkommen wertlos. Er sei auch der Auffassung, daß eine aktive antibolschewistische Propaganda unter der polnischen Bevölkerung überhaupt niemals betrieben werden könne. Unter Propaganda verstehe er in erster Linie das, was die Nationalsozialistische Bewegung groß gemacht habe, das Besprechen und Werben von Mann zu Mann. Man müsse also die polnische Gefolgschaft auf die Dinge ansprechen und sie immer wieder zu beeinflussen suchen. Es zeige sich gerade, daß die Arbeit, die von allen Sparten der Polizei durch Vertrauensmänner geleistet werden, dazu führen, daß nationale Banden sich zum Kampfe gegen die kommunistischen Banden zur Verfügung stellten. Das sei nur dadurch erreicht worden, daß die Möglichkeit des mündlichen politischen Werbeeinflusses die Menschen in Bewegung gebracht habe. Auch die Presse müsse hier eingeschaltet werden, und man dürfe sich nicht nur auf Nachrichten beschränken, die keine psychologische Wirkung auf die Polen hätten. Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Krakauer Zeitung nicht nur von den Deutschen, sondern auch vielfach von Polen gelesen werde. Die Krakauer

2/5

Zeitung habe sehr häufig Meldungen gebracht z.B. über die Behandlung der Inder durch die Engländer, auf Grund deren die Polen Vergleiche mit ihrer eigenen Behandlung anstellen könnten. Die Berichterstattung müsse deshalb so abgestimmt werden, daß in der Bevölkerung die Grundstimmung auf der politisch notwendigen Linie gehalten werden könne.

In den letzten Wochen sei es angesichts der Ereignisse an der Ostfront und vor allem der Tatsache, daß über die Vorgänge in Galizien alle möglichen Gerüchte verbreitet würden, zu einer weitgehenden Unsicherheit gekommen. Die deutsche Haltung sei zwar immer ausgezeichnet gewesen, aber gleichwohl hätten Gerüchte darüber, daß Lemberg geräumt werde, daß der Armeechef von Manstein das Distriktsgebäude in Anspruch genommen habe, doch eine gewisse Unruhe gezeitigt. Solchen Gerüchten könne er als Gouverneur und auch der Leiter der Abteilung Propaganda des Distrikts Radom nicht entgegentreten, weil man sie einfach unorientiert lasse. Er bitte deshalb, den Gouverneuren, wenn sie solchen übertriebenen Gerüchten entgegentreten sollten, vertrauliche Informationen zu geben, damit sie zum mindesten völlig im Bilde darüber seien, was überhaupt im Generalgouvernement und im eigenen Distrikt geschehe. In dieser Beziehung bestehe leider keinerlei Informationsdienst. Die Berichte, die er als Gouverneur erhalte, kämen immer von Krakau.

Der Herr Generalgouverneur hält es für unmöglich, jede unsinnige Nachricht, die im Distrikt Radom umlaufe, vorher zu dementieren. Man müsse eben als politischer Kämpfer Manns genug sein, jedem, der solche Nachrichten verbreite, entsprechend scharf entgegenzutreten. Es gebe eine Form der Zurückweisung solcher Dinge, die unabhängig von einem Informiertsein vor sich gehe. Gerüchte wie diejenigen über das Verhalten

3/5

des Generals von Manstein könnten naturgemäß nicht vorher oder nachher dementiert werden. Entscheidend sei, daß der Führer die Errichtung einer Militärverwaltung im Generalgouvernement unbedingt ablehne.

Gouverneur Kundt weist dann darauf hin, daß in der letzten Zeit auf Grund von Maßnahmen, die der Höh. SS- und Polizeiführer habe treffen müssen, ein Polizeibataillon nach dem anderen aus dem Distrikt Radom abgezogen werde und zur Zeit für den ganzen Distrikt nur 4 Polizeikompanien zur Verfügung ständen neben vereinzelten Mannschaften des Sonderdienstes undder Gendarmerie. Von zehn Stützpunkten seien nur noch zwei vorhanden, daneben gebe es lediglich drei Forstschutzkommandos. Große Getreideläger, elf Brennereien und die Gestüte seien unbewacht. Das flache Land sei ohne jeden Schutz, von einem Polizeieinsatz für die Vieh- oder Arbeitererfassung usw. überhaupt nicht zu sprechen. Die noch vorhandenen vier Polizeikompanien müßten in erster Linie für die Aufrechterhaltung der Sicherheit eingesetzt werden können und kämen keinesfalls für fachliche Aufgaben in Betracht. Man müsse aber damit rechnen, daß die Stimmung von Bilgoraj nach dem Distrikt Radom herüberschlage. Man sei nicht in der Lage, mit geschlossenen Einheiten auch nur kleine Banden zu bekämpfen. Das mache sich dadurch geltend, daß schon wieder ein Eisenbahnüberfall und verschiedene andere Ereignisse eingetreten seien.

Nach alledem müsse er feststellen, daß die Verwaltung ~~mit~~ in der gegenwärtigen Lage außerstande sei, die ihr auferlegten Aufgaben der Holzablieferung, der Gestellung von Arbeitern usw. zu erfüllen, weil Exekutive nicht in genügendem Umfange vorhanden sei. Leider seien auch schon Angehörige des Sonderdienstes abgezogen worden. Einige Kreishauptmänner hätten nur

4/5

noch zwanzig Sonderdienstmänner, andere überhaupt keine mehr zur Verfügung. Leider sei seitens der Wehrmacht eine größere Zurückhaltung hinsichtlich einer Mithilfe bei dieser Situation zu erkennen, obwohl bei Radom zwei ganze Divisionen lägen und man nicht wisse, wo die Soldaten untergebracht werden sollten. General Arndt in Radom habe dem SS- und Polizeiführer zugesagt, er werde Truppen zur Verfügung stellen, habe dann aber seine Zusage zurückgenommen. Der Oberfeldkommandant habe auch an den SS- und Polizeiführer ein Fernschreiben des Inhalts gerichtet, daß die Legionäre von der Bahnstrecke bei Tomaschow abgezogen würden und die Polizei den Streckenschutz übernehmen wolle. Er werfe daher die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, daß Wehrmachtsteile dort eingesetzt würden, wo Polizeitruppen abgezogen werden müßten. Trotzdem lägen in und bei Radom zwei ganze Divisionen mit 3o ooo Mann, die dort ausgebildet würden. Daneben gebe es noch andere Einheiten wie Transportkolonnen und verschiedene Kanzleien. In Tomaschow liege eine Bewährungsabteilung mit 1 8oo Mann, die einen sehr schlechten Eindruck auf die Bevölkerung machten. Von diesen Mannschaften könnte auch ein Teil eingesetzt werden. Ferner sollten in den nächsten Tagen über 6 ooo Mann in Tomaschow und Petrikau untergebracht werden. Auch bestehe in Tschenstochau eine große Luftwaffen-Kriegsschule, in der 2 ooo Mann seien. Von der Wehrmacht würden in erhöhtem Umfange Schulgebäude in Anspruch genommen. Im Distrikt Radom habe man der Wehrmacht lol polnische Schulen zur Verfügung gestellt. 8o ooo deutsche Kinder seien zur Zeit schon ohne jeden Unterricht.

Für die Unterbringung von Flüchtlingen seien im Distrikt Radom die entsprechenden Stäbe organisiert worden, der Distrikt sei aber abgesehen von einigen hundert Menschen von diesen Flüchtlingen verschont geblieben. - Die Vorkehrungen für den Luftschutz seien

5/5

f.3

durchweg getroffen, soweit die Materialverhältnisse es zuließen, und das notwendige Verständnis für den Luftschutz sei auch durchaus vorhanden.

Kräfte aus nationalpolnischen Kreisen zeigten in Unterhaltungen mit Organen des Distrikts mehr und mehr das Bestreben, sich gegen die Bolschewisten und Kommunisten zu betätigen. Vielleicht sei es möglich, Polen irgendwie hilfsmäßig einer weiteren Tätigkeit auf diesem Gebiete zuzuführen. Es frage sich deshalb, ob man nicht eine polnische Hilfspolizei organisieren könnte. Unter Umständen könne man diesen Erscheinungen allmählich ein legales Gesicht geben.

Die drei Bischöfe des Distrikts Radom seien über eine bestimmte Organisation, die er geschaffen habe, ersucht worden, sich über die Haltung zum Bolschewismus auszusprechen. Er wolle darauf hinwirken, daß die geistlichen Herren sich aktiver betätigten und ihre antibolschewistische Einstellung von der Kanzel herab zum Ausdruck brächten.

Im ganzen politischen Zusammenhang spiele die Frage eine große Rolle, wie weit man, wenn man die Polen stärker in die Arbeit und in eine politische Stimmung für die deutsche Führung bringen wolle, in diesen Dingen gehen könne und solle. Die Beantwortung dieser Frage sei umso wichtiger, weil ja den Kreishauptmännern irgendwelche Richtlinien gegeben werden müßten. Er berufe in jeder Woche seine Kreishauptmänner zu einer Besprechung, um eine gleichmäßige Einstellung zu erzielen.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff bezeichnet die Bandentätigkeit im Distrikt Krakau als nicht wesentlich erhöht; was von Lemberg und Lublin gesagt worden sei, berühre den Distrikt nur am Rande. Etwas Sorge bereite eine starke Bande im Walde nordöstlich des Rüstungszentrums Stalowa-Wola. Gegen sie seien jedoch zwei Polizeibataillone angesetzt.

Besonders bewege den Distrikt Krakau aber das Flüchtlings- und Räumungswesen, da er zweifellos als Auffangdistrikt für den Distrikt Galizien in Frage komme. Er freue sich besonders über die Schaffung einer Steuerungsstelle des Flüchtlings- und Räumungswesens in der Regierung, da er eine Zusammenfassung aller damit zusammenhängenden Fragen im Distrikt für unmöglich gehalten habe. Trotzdem müsse er auch der Flüchtlings- und Räumungsstab beim Distrikt eingesetzt werden und er wäre dankbar, wenn sich auch die Regierung dieses Stabes bedienen würde.

Bei seinen Reisen durch den Distrikt habe er vor allem die politische Stimmung der Bevölkerung zu erforschen versucht. Dabei habe er festgestellt, daß im Distrikt Krakau der überwiegende Teil der Bevölkerung bis in die kleinbäuerlichen Kreise hinein antibolschewistisch gesinnt sei. Auch bei der Arbeiterschaft, die zweifellos vielfach kommunistisch sei, könne man eine Zunahme der Aktivität nicht verspüren. Bei der Bevölkerung sei also absolut eine Aufnahmebereitschaft im antibolschewistischen Sinne vorhanden.

Trotzdem habe er der Aktion Berta mit großem Mißtrauen entgegengesehen,und er verspreche sich im allgemeinen keinen großen Erfolge davon, wenn auch in einigen Kreisen wie Reichshof und Tarnow angesetzte Kundgebungen sehr gut verlaufen seien. Innenpolitisch könne man damit aber nicht sehr viel anfangen.

3/2

Bei seinen Gesprächen mit Polen anläßlich seiner Informationsreise durch den Distrikt sei er immer wieder gefragt worden, warum die Polen von deutscher Seite nicht mehr zur Mitarbeit herangezogen würden und warum nicht die auf ihnen liegende Diffamierung aufgehoben würde. (Tragen des P im Reich). Er habe erwidert, daß ihre Wertung von ihrer Haltung abhänge. Bei Durchführung einer praktischen Politik könne man seiner Meinung nach doch nur so verfahren, daß man die Polen im Wege einer gewissen Selbstverwaltung mehr zur Mitarbeit heranziehe. In einer praktischen Verantwortung seien sie sicherlich mit der Lage leichter zu versöhnen als mit Plakaten. Gegenüber der auf den Polen lastenden Diffamierung spielten die vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten wohl keine Rolle. Wenn man die Ukrainer zu stärkerer Mitarbeit heranziehen wolle, müsse man das auch bei den Polen tun, die an sich die intelligenteren seien. Er bitte, ganz vorsichtig solche Versuche zu wagen.

Gouverneur Wächter nimmt in diesem Zusammenhang zu dem bisherigen Verlauf der Aktion Berta in Galizien Stellung und bezeichnet den Erfolg als gut. Auch der Tod des Amtschefs Bauer habe zu großen Kundgebungen gegen den Bolschewismus geführt. Leider würden solche Ereignisse propagandistisch und pressemäßig wenig ausgenützt. So sei z.B. die ukrainische Spende an Weihnachten in Höhe von 12 ½ Millionen propagandastisch wenig beachtet worden, so daß bei den Ukrainern ein Rückschlag eingetreten sei.

Pressechef Gassner erklärt, daß die Informationen der Gouverneure soweit als möglich im Rahmen der vom Führer gegebenen Vorschriften geschehe, wonach jeder nur soviel Vertrauliches erfahren dürfe, als er für seine Arbeit brauche. Informationen aus dem Generalgouvernement

3/3

ständen auch ihnen nicht zur Verfügung. Vielleicht könne man als Sammelstelle solcher Nachrichten eine Clearingstelle einrichten. An weiterem Unterrichtungsmaterial gingen ein sogenannter Europaspiegel und in Abständen von zwei bis 3 Wochen vertrauliche politische Informationen an die Gouverneure hinaus. Das Material sei leider aus technischen Gründen stets überholt. Gouverneur Kundt habe die polnische Presse als Informationspresse bezeichnet. Das treffe nicht zu, denn die polnische Presse erfülle schon seit langem die Aufgaben einer Tagespresse; zu allen Reden des Herrn Generalgouverneurs bringe sie Leitartikel nach von deutscher Seite gegebenen Richtlinien. Im übrigen bitte er alle Gouverneure und insbesondere Gouverneur Kundt, die Arbeit der deutschen Hauptschriftleiter der polnischen Presse nicht zu unterschätzen, sondern sie überall zu unterstützen. Diese Männer seien für die Durchsetzung der deutschen Willensäußerungen ungeheuer wichtig.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Bühler um Ausarbeitung eines Vorschlages zur einheitlichen Unterrichtung der Gouverneure und um baldigen Vortrag darüber.

Präsident Ohlenbusch bezeichnet die Aktion Berta als einen ersten Versuch in einem sehr ungünstigen Augenblick, die Polen zu Worte kommen zu lassen, da die englische und amerikanische Propaganda es verstanden habe, sich im Generalgouvernement mehr oder weniger einen festen Boden zu verschaffen. Die Aktion sei mit dem Befehlshaber des SD und sonstigen maßgeblichen Herren in der Regierung vorher besprochen worden. Die Unterrichtung der Gouverneure, die er durch seine ~~Haupt~~-Abteilungsleiter erwartet habe, sei leider unterlassen worden.

Nach wie vor sei er von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Aktion Berta überzeugt. Ihm vorliegende Berichte über den bisherigen Verlauf bewiesen ihm, daß sich die polnische Bevölkerung zum weitaus größten Teil aktiv daran beteilige; aus den verschiedenen Distrikten lägen Entschließungen vor, die von den Kundgebungsteilnehmern aus freien Stücken abgegeben worden seien. Der Erfolg hänge aber meist von dem Geschick des Einzelnen ab, der eine solche Aktion durchführe. Viele wichtige Entschließungen in solchen Kundgebungen seien auf Platten geschnitten worden.

Die Aktion Berta sei als Vorläufer für eine zu bildende polnische antibolschewistische Liga zu werten, die die Polen zu einem aktiven Kampf gegen den Bolschewusmus bringen solle. Mehrere namhafte Polen würden nach einem klaren Programm die Leitung dieser Liga übernehmen.

Von großer propagandistischer Wichtigkeit sei die kommende Eröffnung der polnischen Theater. Die ukrainische Propaganda über einen Sender aus Königsberg sei seit dem 13.Januar eingestellt. Diese Sendungen habe ein aus der Ukraine zurückkommener Schriftleiter widerrechtlich geführt.

Auf dem Sektor antibolschewistischer Propaganda habe die Hauptabteilung 12 Millionen Broschüren und annähernd 2o Millionen Flugblätter verteilt; jede Wochenschau und der Katyn-Film müßten hier auch genannt werden. Er führe die starke antibolschewistische Einstellung der Bevölkerung teilweise auf diese Arbeit zurück.

Auch im positiven Sinne sei die Propaganda tätig, z.B. beim Einsatz für die Erzeugungsschlacht, die Arbeiterwerbung usw.. Daß Broschüren und Flugblätter unzulänglich seien, sei kein Beweis dafür, daß sie nicht verwendet werden sollten.

3/5

Präsident Ohlenbuschspricht dann mit Worten des Bedauerns von der Tatsache, daß in Radom den Polen kein Kino zur Verfügung stehe und daß im Distrikt Radom keine polnische Unterhaltung zugelassen sei. - Gouverneur Kundt gibt dafür verschiedene Gründe an.

Der Herr Generalgouverneur will den Distrikt Radom genau so behandelt sehen wie die übrigen Distrikte und ersucht Gouverneur Kundt um Abstellung dieser Mängel.

Präsident Ohlenbusch weist zum Schluß seines Referates noch darauf hin, daß die letzte Rede des Herrn Generalgouverneurs in Berlin bei den Polen großen Widerhall und große Hoffnungen für eine Zukunft geweckt habe. In Warschau werde der Text der Rede für 25o Zloty im Schleichhandel vertrieben.

4/1

Präsident der Hauptabteilung Dr. von Craushaar berichtet über den Stand der Räumungsfrage. Bei jeder Räumung sei von entscheidender Bedeutung, unter welchem Motto die Räumung laufe. Da das Generalgouvernement Bastion des Reiches sei, räume man nur auf Zeit, und zwar auf kurze Zeit; man weiche daher praktisch nur aus. Bei jeder Räumungsbewegung müsse man daran denken, daß man bald wiederkomme.

Für die Art und den Zeitpunkt der Räumung ergäben sich gewisse Folgerungen. Einmal müßten die Dienststellen bis zuletzt, gewissermaßen bis zum Schützengraben auf ihrem Platz bleiben, zum anderen könnten zwar die Vorbereitungen einer Räumung umfassend, sie müßten dann aber geräuschlos sein, weil jede Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse. Die Durchführung der Räumung dürfe nur auf Befehl im entscheidenden Moment eintreten.

Man unterscheide drei Arten der Räumung: die totale Räumung, die Lähmung und die Zerstörung. Die totale Räumung würde nicht in Frage kommen. Infolgedessen bleibe zunächst die Lähmung übrig, nämlich z.B. die kurzfristige Entfernung wichtiger Maschinenteile, die man sofort wieder einsetzen können; in einzelnen Fällen, wenn man Maschinen nicht habe wegbringen können, weil der Feind im Anrücken sei, müsse zur Zerstörung gegriffen werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der Räumung seien auf Anordnung des Generalgouverneurs an die Weisungen einer Zentrale gebunden. Dies sei auch notwendig, denn die Aufgaben, die schon bei der Vorbereitung zu erfüllen seien, verböten eine Überschneidung gegenseitiger Tätigkeit. Es sei festzustellen, welche Gütermengen weg zu bringen seien; ferner müsse für die erforderlichen Transportmittel gesorgt werden. Hier ergebe sich für das Generalgouvernement eine besondere Diskrepanz, weil einer gegebenenfalls zu befördernden Gütermenge zu geringe Transportmittel

gegenüber ständen. Deshalb müsse eine Rangordnung der Güter aufgestellt werden. Schließlich müßten die Aufnahmeräume bestimmt werden.

Die Frage der Vorbereitung der Räumung werde von allen Hauptabteilungen mit der Rüstungsinspektion und dem Wehrkreisbefehlshaber besprochen werden, der den Hauptabteilungen bei der Sorge für die Transportmittel weitgehend zur Seite stehe. Innerhalb der beiden Distrikte Galizien und Lublin und beschränkt auf diese würden zwei Zonen für die Vorbereitung der Räumung gebildet.

Bei der Auswahl der Gebiete, in denen die Teilräumung Platz greifen würde, müsse man von der militärischen oder Bandenlage ausgehen. Vorgesehen seien für eine sofortige Teilräumung gewisse Gebiete bis südlich Cholm.

Für die Weisungserteilung bei der Durchführung der Räumung sei der Flüchtlings- und Räumungsstab verantwortlich, dessen Leitung der Generalgouverneur ihm übertragen habe. Der Beginn der Räumung müsse zentral gesteuert werden. Man müsse nach unten hin die notwendige Beweglichkeit für gewisse Fälle sichern. In diesen Fällen dürfte den Gouverneuren die Ermächtigung zu erteilen sein, die Kreishauptmänner mit der lokalen Räumung zu beauftragen. Er bitte deshalb die Hauptabteilungen, von sich aus dafür zu sorgen, daß nicht örtlich eine Räumung angeordnet werde, sondern die Räumung ausschließlich vom Gouverneur oder Kreishauptmann befohlen werden könne. Um die notwendige Sachkenntnis für die Frage zu erhalten, wann eine Räumung anzuordnen oder notwendig sei, sei eine Sammelstelle gebildet worden, bei der Nachrichten über militärische und polizeiliche Ereignisse auf dem Gebiet der Front und der Bandenbekämpfung und auch Nachrichten seitens der Ostbahn zu sammeln seien. Er werde sich mit Staatsekretär Dr. Bühler darüber ins Benehmen setzen, inwieweit dieser die Unterrichtung der Gouverneure übernehmen könne.

4/3

Präsident Gerteis berichtet über die Lage bei der Ostbahn. Abgesehen von der Situation in den Distrikten Galizien und Lublin seien die Verhältnisse in den übrigen Teilen des Generalgouvernements durchaus normal. Aber die Situation in den Distrikten Galizien und Lublin habe sich angesichts der militärischen Ereignisse vollkommen gewandelt.

Für die Versorgung der Armee habe es bislang vier große Durchgangslinien gegeben, die zu hoher Leistungsfähigkeit ausgebaut worden seien. Von diesen Linien seien zwei weggefallen, so daß jetzt die gesamte Südarmee an der Linie Lemberg-Tarnopol und an der eingleisigen Bahn von Lemberg nach der Ukraine hänge. 8o % des Nachschubes liefen über die Linien Tarnopol, 2o % über die Linie Sniatyn. Gleichzeitig hätten sich angesichts der Zurückverlegung der Front zahllose Wehrmachtsdienststellen in Lemberg und jenseits von Lemberg eingenistet. Lagervorräte und maschinelle Einrichtungen seien auf Eisenbahnwagen verladen worden. Die Bahnhöfe jenseits der Grenze hätten für diese Beanspruchung keinerlei Aufnahmefähigkeit gehabt. Gleichzeitig werde aber auch noch für die Front verladen. Die Folge sei, daß starke Rückstände einträten und im Lemberger Bezirk, teilweise auf Krakau zurückwirkend, ein starker Rückstau vorhanden sei. Infolge von mittlerweile aufgetretenen Schwierigkeiten im Lemberger Bezirk sei die Zielbestimmung für die Züge und Wagen nach dem Osten sehr erschwert. Ferner mache sich im Westen des Bezirks auch die Bandentätigkeit bemerkbar. Die Linie Krakau-Lemberg sei jetzt die wichtigste und stärkste Linie des ganzen Ostens überhaupt, die nach Auffassung der Wehrmacht mit 6o bis 8o Zügen belegt werden müßte, wenn sämtliche Bedürfnisse der Front befriedigt werden sollten. Er bitte daher Staatssekretär Koppe, dafür zu sorgen, daß von dieser Linie, von der die ganze Südfront lebe, die Banden nach Möglichkeit

zurückgehalten würden.

Bei dieser Sachlage stoße die beabsichtigte, angeordnete oder bevorstehende Teilräumung von Galizien auf größte Schwierigkeiten. Zur Zeit seien die Kreise, die einen engeren Bezirk umfaßten, Räumungszone. Zweifellos sei die Situation so, daß die Wehrmacht einen zu starken Einfluß auf die Wagengestellung und die Betriebsgeschehnisse in Galizien nehme. Sie habe auch schon die Forderung erhoben, daß der gesamte Zivilverkehr in Galizien eingestellt werde. Das dürfe nicht in Frage kommen. Der übrige Verkehr auf dem Sektor der Land- und Holzwirtschaft sei ja lediglich Wehrmachtsverkehr. Die Wehrmacht gehe in ihren Forderungen für Transporte weiter, als es ihr eigener Bedarf notwendig mache. Der beste Beweis dafür sei die Tatsache, daß 6o oder 7o Züge im Rückstand seien, die auf Abruf warteten.

Für Lublin sei die Situation anders. Die Bahnen nach Cholm und Rubieszow führten hier ein eigenes Dasein. Größeren militärischen Erfordernissen habe immer noch entsprochen werden können, und man sei in diesem Bereich in der Lage, wenn sich die Wagenanforderungen in vernünftigen Grenzen hielten, den Verkehr zu bewältigen. Wenn die Banden zurückgehalten werden könnten, werde es möglich sein, aus Cholm herauszuholen, was herausgeholt werden müsse. Aus Galizien werde man aber nur das Allernotwendigste an Vorräten herausholen können, und deshalb müsse möglichst frühzeitig mit der Räumung begonnen werden.

Die Durchführung des Ostbauprogramms erfordere einen großen Aufwand an Baustoffen und Arbeitskräften. Dieses Programm sei nun erweitert worden, damit eine dringende Forderung der Wehrmacht erfüllt werden könne, die den zweigleisigen Ausbau der Strecke von Malkinia nach dem Osten in einer Länge von 65o km zum Gegenstand habe. Dazu bedürfe es eines Aufwandes von 75 ooo Arbeitskräften. Die Linie führe aber durch Gegenden, die von Banden beunruhigt würden und nur über ein geringes Arbeiterkontingent verfügten. Die Aufstellung

4/5
f.5

von Baracken komme nicht in Frage. Man müsse daher versuchen, für die Gestellung dieser 75 ooo Arbeitskräfte anderweitige zu beschreiten. Wenn man die Arbeiter aus den umliegenden Dörfern zur Arbeit heranbringen wolle, dann werde es dazu der Hilfe durch die Exekutive bedürfen. Für die Durchführung dieser Bauplanung müßte sich naturgemäß die Wehrmacht in erster Linie einsetzen. Der Termin für die Fertigstellung dieser Arbeit sei jetzt auf Weisung des OKW bindend auf den 6.Juni festgelegt worden.

6/1

SS-Oberführer Bierkamp geht davon aus, daß er diesmal im Gegensatz zu früher nicht über eine Zunahme der Bandentätigkeit und Verschlechterung der Lage zu sprechen brauche. Eine Ausnahme bildeten die neuerdings zu verzeichnenden Bandeneinfälle.

Durch die Verordnung vom Oktober und die dadurch ermöglichten scharfen deutschen Maßnahmen habe die Zahl der Überfälle und Morde rapide abgenommen. Die Zahl der ermordeten Deutschen sei von 12o als dem Höhepunkt auf 38 zurückgegangen, die der in deutschen Dienst stehenden Fremdvölkischen von 18o auf 9o. Die Überfälle, die durch diese Verordnung als unpolitisch nicht geschützt seien, seien sich gleich geblieben. Die Überfälle insgesamt, d.h. auf Bauernhöfe, Molkereien usw. seien nicht erheblich zurückgegangen, während die Zahl der Sabotagefälle abgenommen habe.

Im Generalgouvernement könne man im gegenwärtigen Zeitpunkt von einer Zunahme der äußeren Sicherheit, nicht aber einer solchen der inneren Sicherheit sprechen. Mit Aufständen und weiteren Überfällen von kommunistischer Seite müsse man rechnen. Die polnischen Vorbereitungen für einen Aufstand seien ganz hervorragend. Die Sicherheitspolizei habe aber gute Verbindungen, so daß sie so leicht nicht überrascht werden könne. Staunen müsse man, wie tadellos und militärisch der gegnerische Apparat gearbeitet habe; der Gegner staune aber auch, wie genau die Sicherheitspolizei über ihn und seine Tätigkeit unterrichtet sei. Die Verhaftungen des Führers der PZP im Juni, des Nachrichtenchefs und seines Vertreters vor mehreren Tagen, die Aushebung so mancher Netze und die Unterrichtetheit über die Personen und ihre wahren Namen beeinflußten die Widerstandskreise in starkem Maße.

5/2

Die Vorbereitungen gingen darauf hinaus, im Generalgouvernement zu einem von England aus gegebenen Zeitpunkt den Aufstand losbrechen zu lassen. Von England werde alles Nötige geliefert. Wenn auch die deutsche Polizei nicht aller dieser Sachen habhaft werde, so habe sie doch manche schöne Erfolge erzielt; durch die Sicherstellung von Flammenwerfern, Sprengstoff, Sprengkörpern, Waffen und Funkapparaten habe man diesen Aufstandsvorbereitungen schweren Schaden zugefügt. Die Widerstandsbewegung bilde Stammbanden, die junge Leute aus dem ganzen Gebiete erfaßten, einige Monate ausbildeten und dann wieder entließen. Auch diesen Vorbereitungen sei die Sicherheitspolizei ständig auf den Fersen.

Die Sicherheitspolizei habe eingesehen, daß sie mit ihren geringen Kräften allein die Banden nicht schlagen könne. Darum habe man andere Wege gesucht und sei dazu gekommen, die Polen sich am besten gegenseitig bekämpfen zu lassen. Es sei nämlich nicht so, daß jeder Pole niedergeschlagen werde, weil er für Deutschland arbeite, sondern sehr oft deswegen, weil er eine andere politische Richtung verfolge. Diese Sachlage nütze man von deutscher Seite aus und spare so deutsches Blut. Banden würden gegen Banden zum Kampfe angesetzt.

Bei der Bekämpfung der neuerdings ins Generalgouvernement eingebrochenen Sowjetbanden bringe die Zerstörung des Nachrichtenapparates die größten Schwierigkeiten. Dadurch sei eine schnelle Meldung über das Auftreten der Banden an die ~~die~~ deutschen Sicherheitskräfte ziemlich schwierig gemacht. Funkausrüstungen stünden wenig oder kaum zur Verfügung.

/3

Präsident Eichholz führt aus, daß die Wehrmacht viele Schulgebäude des Generalgouvernements als Unterkunftsräume fordere. Vor allem im Distrikt Lemberg sei die Freigabe von Schulen im weitesten Umfange geschehen; sogar die dortige deutsche Oberschule werde verlegt werden. Die übrigen deutschen Schulen hielten ihren Betrieb nur noch in ganz beschränktem Umfange aufrecht.

Große Anforderungen an Schulgebäuden seien vor allem auch im Distrikt Radom, besonders im Gebiet von Petrikau und Tschenstochau gestellt worden. Daran habe man feststellen können, daß nicht immer der unmittelbare Bedarf der Wehrmacht für die Forderungen entscheidend gewesen sei, sondern oft der Wunsch, schönere Gebäude zu bekommen. Die polnischen Schulen würden nicht in dem Maße ~~für~~ sie die deutschen Schulen beansprucht, weil sie nicht so schön seien und sich in dem gleichen Gebrauchsfertigen Zustand befänden. Trotzdem seien auch viele polnische Schulgebäude geräumt worden, obwohl es nicht wünschenswert sein könne, daß die polnische Jugend auf der Straße herumstrolche.

Für die Fachkurse in Lemberg rege er aus politischen Gründen die Einführung der Bezeichnung "Hochschulkurse" an, wie sie ja auch der Herr Generalgouverneur bereits in seiner letzten Berliner Rede vor der Auslandspresse gebraucht habe. Zur Errichtung polnischer Gymnasien habe er bereits vor einigen Wochen einen entsprechenden Antrag eingereicht. Vielleicht könne man als Zwischenlösung einige Reifeprüfungslehrgänge für die Polen einrichten, die im Jahre 1939 die Reifeprüfung hätten nicht mehr ablegen können. - In Warschau seien einige polnische Geheimschulen größeren Umfanges aufgedeckt worden.

Präsident Lauxmann berichtet von ernsthaften Differenzen, die die Deutsche Post Osten mit der Wehrmacht in der Frage der Verfügung über das Telefonnetz gehabt habe. Nun sei die Entscheidung getroffen, daß auch weiterhin die Verfügung über das Telefonnetz im Generalgouvernement bei der Deutschen Post Osten liege. Weitere Sorgen bereite die Forderung der Abwehrstelle der Wehrmacht, in den Distrikten Lublin und Galizien den zivilen Fernsprechverkehr aus Abwehrgründen lahm zu legen. In Verhandlungen habe man ein Entgegenkommen erreicht besonders nach Unterstreichung der Tatsache, daß nach einer Lahmlegung des Fernsprechverkehrs die Erfassungsaufgaben der Landwirtschaft nicht mehr durchgeführt werden könnten. Die Woits müßten sich des Telefons bedienen können, um ihren Aufgaben nachkommen zu können.

Präsident Wille lenkt die Aufmerksamkeit auf die Vermehrung der Fälle, in denen Strafverfahren gegen Beamte und Angestellte wegen verschiedener Exzesse unter Alkoholeinwirkung notwendig geworden seien. Es komme dann sogar vor, daß solche Exzesse in Schießereien Deutscher gegen Deutsche ausarteten.

Im Strafvollzug sei es noch nicht gelungen, die hygienischen Einrichtungen, Entlausungsvorrichtungen und Baderäume in den Gefängnissen und Anstalten auf einen wünschenswerten Stand zu bringen. Doch sei immerhin so weit gesorgt, daß seit einem Jahr sich in keinem Gefängnis eine Fleckfiebererkrankung gezeigt habe.

Präsident Teidtke geht eingangs auf die Durchschleusung der Rußlanddeutschen durch das Generalgouvernement ein. Die Trecks würden im Generalgouvernement entlaust, die Kranken ausgesondert und isoliert. Natürlich könne man nicht alle Kranken aussondern, da das Fleckfieber erst 21 Tage nach der Ansteckung auftrete.

5/5

Eine Weiterverbreitung der Krankheiten im Reich könne aber nicht erfolgen, da der Krankheitsträger durch die Entlausung entfernt worden sei. Außerdem würden die Leute im Reich einer Quarantäne unterzogen. Im großen und ganzen seien die Rußlanddeutschen wenig verlaust. In allen Distrikten habe er genügend Fleckfieberimpfstoff gesammelt, so daß sich jeder Reichs- und Volksdeutsche impfen lassen könne.

Die Seuchenlage stelle sich im Generalgouvernement günstig dar. Das Felckfieber sei trotz einer sonstigen jahreszeitlich bedingten Erhöhung und trotz der Durchschleusung der Rußlanddeutschen nicht gestiegen; die Zahl der Erkrankungen von 25o a in der Woche bereite keine großen Sorgen. Gefährlich könnte die Situation erst werden, wenn durch die Banden die Entlausungs- und Bekämpfungsmaßnahmen im Lande unmöglich gemacht würden. Die Zahl der Typhuserkrankungen sei auf 17o in der Woche zurückgegangen. Infolge der Mundpropaganda der Polen sei die Impfungsaktion nicht ganz geglückt. Zur Bekämpfung der Tuberkulose würden schon seit längerer Zeit die Reihenröntgenuntersuchungen durchgeführt. Viele Menschen seien an Tuberkulose erkrankt ohne es selbst zu wissen. Diese könnten auf Grund der Erkenntnisse der Röntgenuntersuchung gerettet werden. Durch eine neu erlassene Verordnung habe man nunmehr auch für die Durchführung der Trachom-Untersuchungen die gesetzliche Grundlage geschaffen. Die Diphetherie gefährde vor allem die Kinder und viele Tausende könnten erhalten werden, wenn man sich zur Einführung der Diphtherie-Zwangsschutzimpfung entschließen würde; vielleicht könne das Generalgouvernement diesen Weg beschreiten.

5/6

Präsident Bauder führt aus, daß die Lage in der Bauwirtschaft durch die Zurücknahme der Ostfront und die Zunahme der Luftangriffe auf das Reichsgebiet bestimmt wird. Die Südarmee habe ihre gesamten Dienste in das Generalgouvernement verlegt und baue zur Zeit in großem Ausmaß Flugplätze, Reparaturwerkstätten, Lagerhallen usw.. Die Entwicklung des Luftkrieges führe dazu, daß immer mehr Werke aus dem Reich ins Generalgouvernement verlegt würden. Die Rüstungsindustrie müsse daher weiter ausgebaut werden. Auch neue Lagerhallen seien notwendig, da die Landwirtschaft dieses Raumes bisher im Osten gelagerte Vorräte aufnehmen müsse. Die Reihenfolge in der Bauwirtschaft sei folgende: rückwärtige Dienste der Wehrmacht, Rüstung und Landwirtschaft, Bahnbauten und endlich der zivile Sektor.

Soweit Arbeitskräfte reichten, würden auf dem Gebiete des Hochbaues fertiggestellt was an Bauten begonnen worden sei. Auch die Meliorationen würden weiter durchgeführt; für die Unterhaltung der nicht wehrmachtbedingten Straßen werde im Rahmen des möglichen gesorgt. Im letzten Jahr sei die Erhaltung des bestehenden Zustandes gelungen, und er hoffe, dieses Ziel auch in diesem Jahr zu erreichen. Jede freie Baracke im gesamten Gebiete des Generalgouvernements sei heute von der Wehrmacht belegt. Wenn neue Forderungen kämen, müßten Neubauten erstellt werden; das hänge aber von der Zurverfügungstellung der nötigen Holzmengen durch die Hauptabteilung Forsten ab. Könne das Holz gestellt werden, sei es möglich, innerhalb von 6 Wochen loo Barakken für je 17o Mann zu erstellen.

Die derzeitige Höhe der Baukosten sei eine a unangenehme Erscheinung. Sie komme davon her, daß seit dem Jahre 1936 das deutsche Bauvolumen ständig größer sei als die volle Baukapazität. Solange die Forderungen nicht auf die Kapazität abgestimmt seien, lasse sich an dem bestehenden Zustand wenig ändern.

6/1

Präsident Dr. Emmerich nimmt zur Aktion Berta Stellung. Er regt an, neben einer politisch-weltanschaulichen Ausrichtung solcher Aktionen auch Aktionen zu starten, die an das wirtschaftliche Interesse des Einzelnen anknüpften. Hier werde gerade der untere Mittelstand eine besonders dankbare Schicht bilden. Der Einzelhändler und der Handwerker seien in ihrer Mehrheit sicher antibolschewistisch eingestellt, und man könne sie als konservative Elemente verwenden. Man dürfe daher nicht nur bei der Arbeiterschaft ansetzen, sondern sich an dieses Kleinbürgertum wenden, das eine sehr wichtige Brücke von der Arbeiterschaft zur bäuerlichen Bevölkerung darstelle, um so mehr, da man in der bäuerlichen Schicht sehr gute Erfolge hinsichtlich der Kontingenterfassung erzielt habe.

Was die Lage der Wirtschaft angehe, so sei bereits auf die doppelte Inanspruchnahme des Generalgouvernements hingewiesen worden, die sich für die gewerbliche Wirtschaft in zunehmendem Maße ergebe: einmal die Verpflichtung der gewerblichen Wirtschaft für die Rüstung die kriegswichtige Fertigung im allgemeinen Sinn, zum anderen die Inanspruchnahme der gewerblichen Wirtschaft durch Frontformationen. Vor kurzem seien in einem Schreiben der Heeresgruppe Süd an den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement Angaben über die gewerbliche Wirtschaft im Distrikt Galizien verlangt worden, bei denen auch von einer Erfassung der gewerblichen Betriebe die Rede gewesen sei. Das könnte durchaus so gedeutet werden, als ob sich die Heeresgruppe Süd gegebenenfalls schon die Unterlagen für die Möglichkeit eines unmittelbaren Zugriffs in diese Betriebe sichern wolle.

Im Jahre 1941/42 habe die Steuerung der gewerblichen Wirtschaft tatsächlich daran gekrankt, daß die verschiedensten Stellen gegeneinander operierten und z.B. neben der Inanspruchnahme der Betriebe durch die Rüstungsinspektion, durch Organe der Hauptabteilung Wirtschaft und sonstige organe der Regierung auch die

6/2

einzelnen Wehrmachtsformationen bzw. Zahlmeister Aufträge an die Betriebe erteilten, was der Hauptabteilung Wirtschaft jede Übersicht genommen und verhindert habe, die unbedingt notwendige Rationalisierung in der gewerblichen Wirtschaft durchzuführen. Gerade die polnischen Mittelbetriebe hätten das Bestreben, sich solche Wehrmachtsaufträge zu beschaffen. Sobald die Zivilverwaltung solche Betriebe habe zusammenlegen wollen, um einer Material- und Menschenverschwendung arbeitsmäßig entgegen zu wirken, sei der Auftrag der Wehrmacht vorgezeigt worden, man mobilisiere eine Wehrmachtsstelle, die sich gegen jeden Eingriff ineinen solchen Betrieb wehre. Im Herbst 1942 sei es gelungen, die Wehrmachtsaufträge in die allgemeine Planung einzubeziehen; denn der Wehrkreisbefehlshaber habe sich bereit erklärt, sich in die Auftragslenkung und -steuerung einzugliedern und die von der Truppe kommenden Aufträge auch der Zentralstelle für öffentliche Aufträge zu melden. Von diesem Zeitpunkt an datiere die Rationalisierung der gewerblichen Wirtschaft und das Aufbauwerk im engeren Sinne, das vor allem im vorigen Jahre mit dem Ziel einer Produktionslenkung durchgeführt worden sei. Dadurch sei man in die Lage versetzt worden, nur die besten Betriebe arbeiten zu lassen, alle Beiluft auszuschalten, im Zusammenhang mit der Ernährungssicherung einen größtmöglichen Arbeitserfolg zu erzielen und somit eine weitgehende Angleichung an die Steuerung der Kriegswirtschaft im Reich zu erhalten. Würde dieses System jetzt durchlockert werden, würde man sich auf den Weg des Kompromisses der Preisgabe des Lenkungsanspruches für die Produktion im Generalgouvernement begeben, dann wären die Folgen nicht abzusehen.

Das schließe allerdings nicht aus, daß das legitime Bedürfnis der Frontformationen nach Möglichkeit befriedigt werde und man sich dahin verständigen könne, daß ein Betrieb, der heute für die Rüstung arbeite, morgen

als Reparaturwerkstätte für Panzerformationen eine neue Zielsetzung erhalte. Es sei wichtig, daß alle diese Dinge durchaus gelenkt und über die Regierung vorgenommen würden und unter keinen Umständen wieder Zustände einrissen, wie man sie aus den Jahren 1941/42 gekannt habe.

Die kriegswirtschaftliche Leistung im gewerblichen Sektor stehe im allgemeinen immer noch unter dem Zeichen der vom Generalgouverneur angeordneten Ernährungssi~~tzung~~cherung. Hier und da seien zwar politische Beunruhigungen festzustellen, die sich auf die Leistung auswirkten, aber nicht so, daß dadurch das Gesamtbild entscheidend in Mitleidenschaft gezogen würde. Sehr vieles sei im Werden und im Aufbau. So werde gerade in diesem Monat der erste neuerrichtete Hochofen im Generalgouvernement auf der Eisenhütte Tschenstochau angestochen. 1939 sei diese Eisenhütte vom Stabe des Generalmajors Bührmann für die völlige Verschrottung in Aussicht genommen worden.

Von der Erdölwirtschaft des Generalgouvernements würden zur Zeit über 4oo ooo to im Jahre produziert. Im letzten Jahre sei zum ersten Mal seit Jahrzehnten die durch die Ermüdung des Erdölgebietes bedingte absinkende Förderung mit zusätzlichen Bohrungen überkompensioniert worden. Auch hier könne man auf eine sehr mühsame, aber doch volkswirtschaftlich sehr wichtige Rationalisierung eines Industriezweiges zurückblicken. 1939 habe man vor einem in seinen Besitzverhältnissen völlig zersplitterten und zerrütteten Wirtschaftszwieg gestanden, der zu dieser Zeit nur mit einem Drittel seiner Kapazität im Altgeneralgouvernement gelegen habe und erst 1941 wieder seine Ergänzung durch die restlichen zwei Drittel der Kapazität in Ostgalizien gefunden habe. Die Kapazität sei von 1942 an unter Überwindung zahlreicher Hindernisse und mit der Vereinheitlichung des gesamten Wirtschaftsgebildes wie der verwaltungsmäßigen Vereinheitlichung

ausgenutzt worden, indem aus vielen Dutzenden von Einzelunternehmungen ein neues einheitliches vernünftig geleitetes Unternehmen gemacht worden sei, das nun in neuerer Zeit, nachdem die Erwartungen hinsichtlich des Kaukasus nicht in Erfüllung gegangen seien, für das Reich eine doppelte und dreifache Bedeutung gewonnen habe. Das Reich sei auf die Förderung in diesem Gebiet außerordentlich angewiesen. Die Wirtschaftsverwaltung wäre besonders dankbar, wenn alle beteiligten Stellen gerade angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten, die sich auf Galizien auswirkten, ihre Bereitwilligkeit erkennen ließen, der Erdölwirtschaft als dem kriegswichtigsten Zweige der gewerblichen Wirtschaft im Generalgouvernement Hilfe und Unterstützung zu verleihen.

Umfangreiche Investitionen seien geplant. Große und moderne Bohrtürme in Gestalt der Rothary-Türme, wie sie im Generalgouvernement noch nie gearbeitet hätten, seien aufgebaut und senkten ihre Bohrgestänge jetzt in Horizonte, die geologisch überhaupt noch nicht bekannt seien.

Aber auch in Westgalizien stehe neben dieser forcierten Bohrtätigkeit ein großes und zunächst mit Hilfe der Regierung zu finanzierendes Programm des Raffinerieausbaues, welches einen großen wirtschaftlichen Fortschritt für die Auswertung der hiesigen Produktion bedeute. Es sei nunmehr möglich, den hiesigen Asphalt, der wegen zu starker Ölbeimengung für Straßenbau nicht verwertbar sei, nutzbar zu machen unter Gewinnung von hochwertigen Ölen. Weiter bedeute es eine Rationalisierung, die die Aussicht dafür gebe, daß das im Distrikt Galizien gewonnene Erdöl auch nach dem Kriege ein wirtschaftliches Gleichgewicht finden werde.

Die Kohlenlage habe sich im allgemeinen erträglich gestaltet. Angesichts der geringen Wagengestellung in Oberschlesien werde zwar das versprochene Soll nicht erfüllt; aber angesichts des verhältnismäßig milden Klimas komme man im großen und ganzen mit den Mengen aus. Große Sorgen habe man auf dem Sektor der Energieversorgung vor allem der Rüstungsindustrie. An sich sei es Aufgabe des Präsidenten Bauder, dieses Ressort zu vertreten. Vom Standpunkte der verarbeitenden Industrie könne er, Präsident Dr. Emmerich, aber sagen, daß hier noch viele Wünsche der Erfüllung harrten. Mit dem Verbund Oberschlesien-Generalgouvernement trete eine fühlbare Entlastung ein, und damit sei ein Weg beschritten, der der Industrialisierung des Gebietes förderlich sein werde.

Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe knüpft an die Bitte des Gouverneurs Dr. Wächter an, das für Galizien bestimmte Regiment vor seinem Einsatz in Lemberg nochmals demonstrativ marschieren zu lassen. Er sei sich darüber klar, daß es rein politisch gesehen richtig, zweckmäßig oder notwendig wäre; aber die augenblickliche Bandenlage lasse es tatsächlich nicht zu. Es komme jetzt darauf an, das Loch im Norden des Distrikts Galizien möglichst schnell zu stopfen, damit nicht weitere Banden hereinkämen. Auch die Wehrmacht beurteile die Lage ähnlich. Aus diesen Gründen könne zur Zeit der Wunsch nicht erfüllt werden. Es wäre höchstens möglich, mit einem Bataillon aufzuwarten; das würde aber keine Wirkung haben. Sollte sich die Bandenlage in den nächsten 8 Tagen ändern - vor Mitte nächster Woche könne das Regiment nicht hier sein - , dann sei er gern bereit, sich erneut mit Gouverneur Dr. Wächter in Verbindung zu setzen. Wenn man diese Einziehung durchführen wolle, brauche man mindestens für den Einsatz sieben bis acht Tage; denn die Bataillone lägen vollkommen getrennt, eins in Holland, ein anderes im Elsaß und ein drittes in der Gegend von Württemberg.

6/6

Was die Frage der Räumung angehe, so bitte er, keine Rücksicht auf die Bandenlage zu nehmen; denn man werde der Banden Herr werden. Für die Möglichkeit der Herausnahme der Frauen undKinder aus Galizien werde maßgebend sein, wie weit Ruhe und Sicherheit aufrecht erhalten werden könnten und wie man die Frontlage allgemein beurteile. Selbstverständlich würden bei einer Zone von 5o, 6o, 7o oder 8o km zunächst die Frauen und Kinder herausgenommen. Er warne aber dringend vor übereilten Entschlüssen. Hinzu komme, daß sich die Frontlage doch wahrscheinlich in den nächsten Tagen irgendwie bessere. Für die Bandenbekämpfung werde man jedenfalls alles tun, was nur irgendwie möglich sei. Wenn die Truppenteile, die man augenblicklich habe, nicht ausreichten, dann müßten eben noch mehr zur Verfügung gestellt werden. Er erwarte auch, daß ihm der Reichsführer SS noch in dieser Beziehung helfen werde. Die Kapazität der Wehrmacht sei auch noch nicht erschöpft. Alle diese Maßnahmen bedürften einer gewissen Zeit, weil man ja die Banden nicht zum Kampfe stellen könne. Aber daß man ihrer so oder so Herr werde, darüber bestehe kein Zweifel.

Für den Schutz des Siedlungsgebietes habe man nach Zamosc eine Kompanie gelegt, und die 8oo Männer des Selbstschutzes würden ja dem ersten Ansturm wohl auch begegnen können. Außerdem habe man immer noch einige Reserven, die man hinwerfen könnte, um das schlimmste zu verhüten. Auch hier könne man den Dingen mit Ruhe entgegensehen. Der Zug der Banden gehe nicht nach dem Osten, sie würden sich erst im Bilgorajer Wald aufhalten und dort eine Exkursion machen.

Die zwei aktiven Polizeibataillone habe er dem Distrikt Radom ungern genommen. Man dürfe aber überzeugt sein, daß die beiden Bataillone so schnell wie möglich wieder zurückkämen. Er habe auch 8o Sonderdienstmänner aus dem Distrikt abgezogen. Einmal habe er damit ein Loch stopfen können, und zum anderen brennten die jungen Männer des Sonderdienstes geradezu darauf einmal zu kämpfen. Es sei nur von Vorteil, wenn man

6/7

sie ins Feuer führe, damit sie innerlich etwas fester würden. Sie würden sich ein gewisses Stehvermögen beim Kampfe aneignen, wenn sie ihren Mut unter Beweis stellen könnten.

Auf Grund eines Befehls des Generalgouverneurs solle der Sonderdienst verstärkt werden. Die Zahl der Sonderdienstmänner betrage zur Zeit etwa 2 600 Mann. Anfang März werde man rd. 1 000 Männer einziehen. Diese Sonderdienstmänner ständen den Gouverneuren zur Verfügung. Man könne den Sonderdienst in den Kreishauptmannschaften verstärken und ihnen eine handfeste Truppe an die Hand geben, die die Begleitung der Gouverneure bzw. Kreishauptmänner übernehme oder die der SS- und Poliezeiführer für Polizeizwecke verwenden könne. Er bitte deshalb, gerade die Verstärkung des Sonderdienstes so weit wie möglich zu unterstützen. Die dem Sonderdienst angehörenden jungen Menschen seien an sich absolut wehrfähig, und man könne es dankbar begrüßen, daß die Wehrmacht sie zur Verfügung gestellt habe. Es müsse nur darauf geachtet werden, daß diese jungen Männer nicht irgendwie auf Außenposten verfaulten. Deshalb müßten die Sonderdienstmänner etwas herangenommen werden. In der Hand der Polizeiführer und der Gouverneure bilde der Sonderdienst eine Truppe, die ihre Bedeutung habe und schon eine gewisse Schlagkraft unter Beweis stelle. Der Sonderdienst habe auch schon Verluste gehabt, zum Beispiel bei seinem Einsatz in Warschau. Auch die Zweisprachigkeit der Männer mache sich sehr angenehm bemerkbar. Man könne den Sonderdienst auf allen Gebieten verwenden, für ganz spezielle Zwecke, so z.B. auch im Zivildienst als Begleiter von Schutzpolizeibeamten.

Die Frage, ob zusätzlich noch polnische Hilfspolizei geschaffen werden solle, könne er dahin beantworten, daß man zur Zeit genügend polnische bzw. ukrainische Polizei habe. Diese Polizei sei noch lange nicht so vertrauenswürdig, wie sie sein müsse. Man habe versucht, die Angehörigen der polnischen bzw. ukrainischen

6/8
f.7

Polizei mehr heranzuziehen: die erhöhte Verpflegungsration habe eine gewisse Grundlage geschaffen. Die Leute bekämen aber nur 26o Zloty im Monat, sie könnten mit dieser Summe nicht auskommen und seien daher genötigt, neben ihrer eigentlichen Tätigkeit noch irgendeiner Beschäftigung nachzugehen. Wollte man eine polnische Hilfspolizei aufziehen, wäre die Gefahr noch größer, und für den Fall eines Aufstandes müsse er sich überlegen, wieviele Angehörige der Hilfspolizei festzusetzen seien.

Daß sich der Alkoholgenuß in der letzten Zeit unangenehm bemerkbar mache, gebe auch er zu. Er habe für deinen Dienstbereich einen grundlegenden Befehl hinausgehen lassen, in welchem er darauf hinweise, daß sich jeder im fünften Kriegsjahr gesund zu erhalten habe. Jedenfalls müsse übermäßiger Alkoholgenuß unter allen Umständen vermieden werden. Wer zügellose Trinkerei dulde, werde bestraft werden.

7/1

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt dann zu einigen aufgeworfenen Fragen Stellung. Es bestehe kein Zweifel, daß vom Erfolg der Bandenbekämpfung automatisch der Erfolg der Leistungen des Generalgouvernements abhänge. Vom zivilen Sektor müsse daher alles unternommen werden, um bei der Bandenbekämpfung mitzuhelfen. Man dürfe auch nicht verärgert sein, wenn Sonderdienst aus den Distrikten zur Bandenbekämpfung abgezogeh werden müsse. Der Förderung und Verstärkung des Sonderdienstes müßte von allen Dienststellen besonderes Gewicht beigemessen werden.

Im Zusammenhang mit der Bandenfrage sei auch die Frage der Räumung aufgetaucht. Er habe durch Präsident von Craushaar ein Räumungsprogramm starten und seinen Beginn für Ende Januar festsetzen lassen. Wie man heute gehört habe, könnten die ersten Transporte erst Mitte nächster Woche gefahren werden. Daraus ergebe sich, daß nicht eine totale Räumung, sondern nur ein Wegschaffen der lebenswichtigen Güter verantwortet werden könne. Daß die Notwendigkeit einer Evakuierung der deutschen Frauen und Kinder aus Bilgoray vorliege, könne nicht bestritten werden, ob aber die deutschen Frauen und Kinder auch Lemberg verlassen sollten, sei eine Frage von großer politischer Bedeutung. Gegen ein langsames Absickern ohne großen Umzug sei nichts einzuwenden. Er halte es für durchaus möglich, daß die Sowjetbande in der Gegend von Bilgoraj aus politischen Gründen einen Abstecher nach Zamosc machen würde und er bitte SS-Obergruppenführer Koppe um Mitteilung, ob dort eine Räumung durchgeführt werden solle.

Staatssekretär Koppe bemerkt dazu, daß für eine evtl. notwendig werdende Räumung alles vorbereitet sei und die Trecks jederzeit in Bewegung gesetzt werden könnten.

7/2

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt weiter, daß im Rahmen einer gesunden Entwicklung die entgegenkommende Behandlung der Ukrainer weiter vorangetrieben werden könne; er hege auch keine Bedenken, die Fachkurse in Lemberg in Hochschulkurse umzubenennen. Die deutsche Führung würde sich auch nichts vergeben, wenn sie polnische Mittelschulen errichte und nach einem numerus clausus eine beschränkte Schülerzahl zulasse, die man später als Fachkräfte benötige. Die Einrichtung einer Autonomie im jetzigen Augenblick befürworte er nicht, da dies von den Fremdvölkischen als deutsche Schwäche ausgelegt werden könne; dagegen könne man ein diesbezügliches Versprechen für die Zeit nach dem Sieg über den Bolschewismus machen.

Zu Bedenken für das Verhältnis Wehrmacht-Verwaltung güben die Vorgänge im Distrikt Radom Anlaß, doch schienen sie nur lokaler Natur zu sein. Dass in Petrikau Straftruppen oder in Tomaschow Bewährungstruppen stationiert seien, könne nicht gebilligt werden.

Der Wehrkreisbefehlshaber sei bemüht, neue Ausbildungseinheiten ins Generalgouvernement zu bekommen, und er fordere dafür neue Räume. Er sei jedoch der Ansicht, daß dafür die infolge Abzugs von Truppen leer gewordenen Räume benützt werden müßten. Jedem weiteren Abbau der deutschen Schulen werde er sich widersetzen. Im übrigen mache er allen Dienststellen eine loyale Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zur Pflicht.

Gouverneur Dr. Fischer bringt noch die Frage vor, ob es angesichts der Sicherheitslage nicht gestattet werden könne, daß höhere Beamte in Warschau Autos für Fahrten zum Dienst benützen dürften.

Der Herr Generalgouverneur entscheidet diese Angelegenheit im positiven Sinn; eingeleitete Strafverfahren wegen Zuwiderhandlungen sollten eingestellt werden.

D

Der Herr Generalgouverneur schließt die Sitzung mit seinem Dank an alle Beteiligten und dem positiven Hinweis, daß alle Aussicht bestehe, mit den kommenden Schwierigkeiten fertig zu werden.

Schluß der Sitzung 18 Uhr 5o Minuten.

Regierungssitzung

Mittwoch, den 19.April 44
im Königssaal der Burg zu
Krakau.

-.-

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1) Zu den Akten
2) Herrn Staatssekretär Dr. Bühler
3) Herrn Ministerialrat Dr. Weh
4) Zur Verfügung.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 50 Minuten von dem Herrn Generalgouverneur eröffnet.

Der Herr Generalgouverneur führt einleitend aus: Meine Herren! Ich habe Sie wieder zu einer Regierungssitzung auf die Burg gebeten. Bevor ich in die eigentliche Tagesordnung eintrete, möchte ich Ihnen den heute hier herauf-gebetenen Landesinspekteur Schalk vorstellen, der sich aus Anlaß seiner Vorstellung eingefunden hat. Landesinspekteur Schalk, der im Staatssekretariat seine dienstliche Position eingenommen hat, wird zur Erfüllung konkreter Inspektionsaufträge der Regierung und mir zur Verfügung stehen. Ich heisse ihn herzlich willkommen.

Der Tod hat in die Reihen der alten Parteigenossen eine schwere Lücke gerissen. Unser lieber hochverehrter und verdienter Parteigenosse Adolf Wagner ist in München verstorben. Ich habe persönlich zu diesem Mann die engsten persönlichen und kameradschaftlichen Beziehungen gefunden. In allen den Jahren des schweren Ringens um die Durchsetzung der Macht und besonders in dem historischen Augenblick, als wir in revolutionärem Schwung die Regierung in Bayern übernommen hatten, war ich dem Parteigenossen Wagner liiert. Nunmehr ist der Augenblick gekommen, da wir wieder von einem alten Parteigenossen Abschied nehmen müssen. Für uns im Generalgouvernement hat Adolf Wagner immer das regste Interesse gehabt. Die Regierung des Generalgouvernements gedenkt seiner in trauernder Anteilnahme.

Seit der letzten Sitzung der Regierung haben sich die Kriegsereignisse weiterhin auch im Bereich des Generalgouvernements entwickelt. Der östlichste und nordöstlichste Streifen des Distrikts Galizien sind mit Wucht und zerstörender Grausamkeit in die Kriegsereignisse einbezogen worden. Über einigen Grenzkreisen

des Generalgouvernements rollt seit Monaten tobend und zerstörerisch das Kriegsschicksal. Ich möchte diesen Anlaß zunächst benutzen, um Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Wächter, und allen Ihren Dienststellen des Distrikts Galizien der allgemeinen Verwaltung, der Polizei, der angeschlossenen Gliederungen und unterstellten Verbände meine ganz besondere Anerkennung für die wirklich hervorragende, einsatzbereite vorbildliche Arbeit zum Ausdruck zu bringen, die Ihre Behörden an den Tag gelegt haben. Es ist ein stolzes Gefühl für mich als Generalgouverneur, in einem so sehr umstrittenen Teil des Generalgouvernements eine solche Elite von hervorragenden Männern zu besitzen.

Der Führer hat durch Erlaß vom 22.Februar 1944 unserer Verwaltung die grosse Auszeichnung zuteil werden lassen, daß sie bis zur kämpfenden Front intakt bleibt. Das ist ein ungeheurer Fortschritt, wenn Sie bedenken, daß bis zu diesem Erlaß in allen anderen Bereichen der kämpfenden Truppe hinter der Front eine sogenannte Frontkampfposition und etwas weiter zurück bis etwa auf eine Linie von 30 km die Militärverwaltung eingeführt war. Wir haben im Generalgouvernement durch den Erlaß des Führers die ganz besondere Position bezogen, daß unmittelbar die Frontereignisse der militanten Truppe mit dem Verwaltungsgeschehen des völlig unverändert intakt bleibenden Status des Generalgouvernements aufeinander treffen. Die Auszeichnung, die darin liegt, ist also der Ausdruck des Vertrauens, das der Führer in die Verwaltung des Generalgouvernements setzt, eines Vertrauens, das er mir in einer äusserst bedeutsamen persönlichen Aussprache am 6.Februar dieses Jahres im Führerhauptquartier persönlich und in Worten mich beglückender Art zum Ausdruck gebracht hat. Der Distrikt Galizien hat sich dieses Vertrauens des Führers würdig gezeigt. Ich weiß, daß auch dort, wo das Kriegsgeschehen sonst noch in Erscheinung trat, alle Dienststellen des Distriktes ihre Pflicht tun.

Ich möchte im Zusammenhang mit diesen Kriegsereignissen auf einige besondere Angelegenheiten zu sprechen kommen. Zunächst ist es unsere Pflicht, festzu-stellen, daß die Bevölkerung dieser vom Krieg überzogenen Kreise, ob es nun Deutsche, Polen oder Ukrainer sind, sich in geradezu vorbildlicher Weise benommen hat. Bei den Deutschen war das eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem muß gesagt werden, daß das Verhalten der nicht zur eigentlichen Verwaltung gehörenden Männer und Frauen in diesem vom Kriege überzogenen Gebiete uns als Volksgenossen mit Freude und Beglückung erfüllen kann.

Auch die polnische Bevölkerung dieser vom Krieg überzogenen Grenzkreise hat keine Zweifel daran gelassen, daß sie in der Erhaltung der deutschen militärischen Macht auch für sich und ihr eigenes Volkstum die einzige Gewähr für ihre Existenz sieht.

In ganz besonderem Maße ist diese Verbundenheit mit der deutschen Führung bei der ukrainischen Bevölkerung, um die es sich hauptsächlich in den jetzt kriegsbedrohten Kreisen handelt, in Erscheinung getreten. Es ist unser aller Pflicht, als Regierung dieses Landes festzustellen, daß dieses loyale Verhalten der Bevölkerung ein Band des Schicksalsbewusstseins um alle in diesem Lande wohnenden Völkerschaften gewogen hat.

Da sich dieses Verhalten der fremdvölkischen Bevölkerung, der Ukrainer und Polen, in so eindrucksvoller Art gegen den Bolschewismus ausgesprochen hat,ist es auch notwendig, daß wir von Regierungsseite weit in die Welt hinaus Protest einlegen gegen die in der Geschichte beispiellosen Mißhandlungen, Massakrierungen und Zerstörungen dieses fremdvölkischen Bevölkerungsteiles des kriegsüberzogenen Bereiches des Generalgouvernements durch die Bolschewiken. Vor der Weltöffentlichkeit erheben wir flammenden Protest gegen diese typisch bolschewistisch-jüdische Art und Weise der Kriegsführung. Indem ich diesen Protest in unser aller Namen erhebe und feststelle,

daß

die Regierung des Generalgouvernements im engsten Zusammenwirken mit den zuständigen Distriktsbehörden Galiziens bis ins einzelne hinein die geradezu einzigartigen verbrecherischen Greuel der Bolschewiken in den bislang im Generalgouvernement besetzten Gebieten sammeln und darüber eine amtliche Denkschrift verbreiten wird, gebe ich bekannt, daß selbstverständlich die Regierung des Generalgouvernements aus eigener Kraft dieses Nebenlandes alles tun wird, um dieser aufs schwerste mißhandelten, in ihrem Eigentum und ihren sonstigen Werten aufs schwerste gestörten und vernichteten Bevölkerung jeden nur erdenklichen Schutz, jede Hilfe zum Wiederaufbau und zur Wiederaufrichtung ihrer Wirtschaft wird zuteil werden lassen. Als Regierung des Generalgouvernements sehen wir es als Ehrenpflicht an, diesen Opfern bolschewistisch-jüdisch-sadistischer Kriegstyrannei in jeder Form Beistand zu leisten. Es gibt eben angesichts dieses Verhaltens des Bolschewismus und des Judentums keinen Unterschied mehr zwischen den Bevölkerungszonen unseres Generalgouvernements: Deutsche, Polen und Ukrainer sind allmählich in einer zusammenwachsenden europäischen Schicksalsverbundenheit.

Wir haben im Zusammenhang mit diesem Kriegsgeschehen eine Fülle von Maßnahmen getroffen und werden sie noch treffen müssen, die weit über das eigentliche Kriegsgebiet des Generalgouvernements hinaus von ausschlaggebender Bedeutung sind. Das sind die mittelbaren oder unmittelbaren Auswirkungen des Verlustes des zur Zeit noch vom Feind besetzten Gebietes und der durch die Kriegshandlungen in unserem Raum eingetretenen Transport- und sonstigen Schwierigkeiten. Insbesondere wird leider auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements für die fremdvölkische Bevölkerung eine gewisse Erschwerung eintreten. Ich spreche dabei noch nicht von der Minderung des Ertrages des Generalgouvernements an sich, die für das Reich und die

Wehrmacht im Raum eintritt.

Ich kann ruhig sagen, daß ich und meine engsten Mitarbeiter es an keiner Mühe haben fehlen lassen, die Reichsinstanzen rechtzeitig auf die vielen direkten und indirekten Schwierigkeiten hinzuweisen, die mit dem Hereindringen des Krieges in unser Generalgouvernement verbunden sind. Das hat zunächst dazu geführt, daß der Führer selber für den Krieg im Generalgouvernement ganz offensichtlich - ich verrate hier kein Geheimnis, das können Sie aus der Entwicklung der Kriegslage in den letzten Wochen feststellen, - eine wesentlich andere Methode verfolgt als in der Ukraine. Wir können es ruhig sagen - auch hier verrate ich kein Geheimnis staatsbedenklicher Art -, daß der Führer offensichtlich entschlossen ist, das Generalgouvernement, soweit wie nur irgendmöglich, nicht in die Hände der Bolschewisten fallen zu lassen.

Daß daneben in einem Distrikt wie Lublin, der ernährungswirtschaftlich von grösster Bedeutung ist, im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen grösste Schwierigkeiten aufgetreten sind, ist bekannt. Es obliegt mir, Ihnen, Parteigenosse Dr. Wendler, wie allen Männern der Polizei, des SD meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen, die im engsten Zusammenwirken mit den Kameraden des Sonderdienstes gigantische Leistungen auf dem Gebiet der Bandenbekämpfung vollbracht haben. Es ist im wesentlichen geglückt, die aus den weiteren Ostbereichen hereindringende Banditengefahr doch so zu beschränken, wie das mit dem leider sehr beengten Mitteln unseres Gebietes polizeilich-sicherheitsmässiger Art möglich war. In Vergleich zu der Zone Minsk und Kowel ist das Generalgouvernement geradezu banditen- und bandenfrei. Bei dieser Relation ist schon anerkannt, daß auch bei uns die Sicherheit ein erstes und ernstes Problem ist.

Es war nun mein Bemühen, dafür zu sorgen, daß das so sehr bewährte Stützpunktsystem wieder aufgerichtet wird. Hier kann ich den Herren der Regierung die erfreuliche Meldung machen, daß es in persönlichen Verhandlungen

mit Generaloberst Fromm, der zu diesem Zwecke hier war, geglückt ist, eine ganz erhebliche Zahl von Bataillonen, mehrere ~~aus~~ tausend Männern der Wehrmacht in die bedrohten Distrikte zu bekommen, die schon in den nächsten Tagen hier einrücken werden. Es wird also möglich sein, im Distrikt Lublin wieder annähernd hundert Stützpunkte mit je etwa 25-30 Mann zu errichten. Dies ist ein Erfolg des unermüdlichen Hinweises auf die Situation im Generalgouvernement.

Ich kann sagen, daß auch auf seiten der Reichszentralbehörden in zunehmendem Maße die Bedeutung des Generalgouvernements Anerkennung findet. Ich habe heute in meiner Post einen Brief des Reichsministers Backe gefunden, in welchem er mir mitteilt, er habe vor wenigen Tagen dem Führer gemeldet, daß das Generalgouvernement, was die Ernährungsleistung angehe, an der Spitze Europas steht. Dies zusammen-genommen mit dem Aufbau unserer Rüstungsindustrie, dem Auf- und Ausbau unseres Transportwesens usw. verpflichtet uns immer wieder, darauf hinzuweisen, was das Reich verliert, wenn das Generalgouvernement nicht mehr voll aktionsfähig ist. Sie können sich darauf verlassen, daß auch weiter alles geschehen wird, um die Form von Energie zu entwickeln, die für uns notwendig ist.

Die Struktur des Generalgouvernements erlaubt es uns gottseidank, jene Geschlossenheit auch in der Tat zu zeigen, von der wir so gern in unseren Zirkeln gesprochen haben. Dieses Nebenland des Grossdeutschen Reiches stellt sich nunmehr als eine der festest-gefügten Verwaltungsbastionen des grossdeutschen Machtraumes heraus. Wir können sagen, daß wir eine echte Regierung in einem absolut echten klargeführten Verwaltungsbereich sind. Abgesehen von den wenigen Einbrüchen in dieses autarke Führungssystem, die im Laufe der letzten Jahre auf etwa zwei oder drei Gebieten geglückt sind, wo also in irgendeiner Form in unser Land von Behörden hineinregiert werden kann, die nicht ihren autonomen Sitz im Generalgouvernement haben, stelle ich zu meiner Genugtuung eine Entwicklung fest, die selbst in diesen Bereichen die Notwendigkeit einer allmählichen Rückkehr in die solide Zusammengehörigkeit mit den heimischen Behördenfunktionen

klar werden lässt. Es ist eben nicht möglich, ein an sich völliges richtiges konstruktives Prinzip lediglich aus bequemer Rechthaberei oder zentralistischer Überheblichkeit auf die Dauer durchpreschen zu wollen. Wir können zu unserer grossen Freude feststellen, daß gerade der neue Reichsinnenminister Parteigenosse Himmler unlängst in einer Rede in Breslau die Bedeutung der autonomen Regierungsbereiche deutlich anerkannt hat. Wir stehen jetzt wiederum in einer Umkehr vom Zentralismus, der ganz zweifellos in den letzten Jahren maßlos überspannt wurde und wahrhafte Bürokratenkasernen als Symbol der einheitlichen Führung hervorzauberte. Wir stehen vor einer gesunden Auflockerung dieses überspannten Zentralismus. Ein Scherzwort, das mir vor einigen Wochen Reichsminister Dr. Goebbels sagte, lautete: eine der grössten Wohltaten, die der Bombenterror doch bei allem Schmerz für das deutsche Volk habe, sei die, daß diese riesigen überzentralisierten Verwaltungswasserköpfe in Berlin in das ganze weite deutsche Reich abteilungsmässig verstreut wurden; dadurch habe die Zusammenarbeit zwischen den eigentlichen führungspositionellen Persönlichkeiten des Reiches nicht nur keinen Schaden erlitten, sondern sei wesentlich erleichtert worden.

Von meinem Standpunkt aus kann ich nur sagen: ich habe das Prinzip der Einheit von Führung und Verwaltung in diesem Generalgouvernement aufgerichtet und habe es allen Widerständen zum Trotz durchgehalten. Die Aufgabe der nächsten Zeit wird nur die sein, die wenigen Restbestände von Einbrüchen in dieses festgefügte System auch noch zu korrigieren. Der Führer hat mir jedenfalls auch hierzu jede Vollmacht gegeben. Er sagte wortwörtlich: Das Chaos, das ich Ihnen im Jahre 1939 übergab, haben Sie zur Bastion des Ostens emporentwickelt. Das, meine Herren, gilt für uns alle, gilt auch für Sie!

Wir können daher auch in der heutigen Regierungssitzung sagen, daß ein so festgefügtes klares Regierungs-, Verwaltungs- und Staatssystem, wie es heute das Generalgouvernement darstellt, jeder Belastung, mag sie noch

so schwer sein, wird entsprechen können. Und ich weiß, meine Herren, daß ich mich dabei ganz besonders auf Sie verlassen kann.

Die Zeiten, die über Deutschland liegen, treiben einer Höchstspannung aller nur irgendwie denkbaren Gefahrenmomente entgegen. Der Krieg zieht sich in seiner Entwicklung jener Krisis zu, die in allen grossen Prozessen weltgeschichtlichen Formats immer spürbar sind. Diese Krisis wird eines Tages so oder so ausgelöst und wird dann in ganz kurzer Zeit den Krieg beenden. Wir Deutsche kennen in diesem Augenblick nur eine Pflicht: in geschlossenster Disziplin, in treuester Aufopferung dem Führer und seinem Reich zu helfen. Da wir im Generalgouvernement ja des Führers eigenstes Land sind, da wir hier den Rang haben, daß wir nicht unter der Reichsregierung stehen, sondern neben der Reichsregierung ein Nebenland zu führen berufen sind, da wir deshalb den Kopf hcch und stolz tragen können, haben wir als Gegenleistung für dieses Entgegenkommen des Führers und sein Vertrauen uns gegenüber auch besondere Pflichten auf uns zu nehmen. Darauf kann ich mich verlassen, daß weiss ich.

Ich darf dann vielleicht noch kurz zu einer Frage Stellung nehmen. Angesichts des einzigartigen Entgegenkommens des Reichsministers Himmler besteht die Aussicht, nunmehr eine ganze Reihe von hochqualifizierten Beamten zu gewinnen, die in das Generalgouvernement abgeordnet werden. Wenn Sie die Beamtenlage des Reiches kennen, werden Sie zugeben müssen, daß darin ein ausserordentliches Entgegenkommen des Parteigenossen Himmler gegenüber dem Generalgouvernement liegt, und ich darf die Herren, denen ich solche Beamten zuteile, nunmehr bitten, sie auch aufzunehmen. Leider hat sich der Brauch eingebürgert, daß jeder nur einen oder zwei altgediente Beamte an seiner Seite hat und glaubt, solche guten Beamten gäbe es in der ganzen Welt nicht wieder. Mit diesem Bequemlichkeitsstandpunkt muss Schluß gemacht werden. Wir müssen als Chefs von Verwaltungen die Kraft besitzen, jeden berufenen und fähigen Beamten schliesslich in seinem Amtsbereich unterkommen

zu lassen. Wir müssen für jeden tüchtigen Mann dankbar sein, der uns für das Generalgouvernement zur Verfügung gestellt wird. Das wollte ich zur Unterstützung der Personalpolitik vor allem der Hauptabteilung Innere Verwaltung sagen.

Präsident Dr. von Craushaar weist darauf hin, daß die Räumung in Galizien, die im Vordergrund des Interesses stehe, im wesentlichen abgeschlossen sei. Man habe auch an die Räumung von minderwichtigen Gütern herangehen können. Im Distrikt Lublin sei die Räumung in vollem Umfange im Gange; der Transportraum stehe auch zur Verfügung.

Präsident Struve nimmt zu den Fragen des örtlichen Arbeitseinsatzes im Generalgouvernement und der Gestellung von Arbeitskräften für das Reich Stellung. Für den Bedarf des Generalgouvernements seien im vergangenen Monat etwa hunderttausend Kräfte zur Verfügung gestellt worden, siebentausend Arbeitskräfte seien ins Reich geschickt worden.

An fremdvölkischen Arbeitskräften seien von den Arbeitseinsatzbehörden vermittelt worden:

	Für das Generalgouvernement	für das Reich
1940	477.000	300 000
1941	734 000	223 000
1942	979 000	398 000
1943	840 000	184 000

Im Laufe der Zeit habe sich das Verhältnis der Vermittlung von Arbeitskräften für das Generalgouvernement zu derjenigen für das Reich von 5:1 zugunsten des Generalgouvernements auf 8:1 entwickelt. Diese Feststellung halte er für besonders wichtig, weil bei vielen Dienststellen des Generalgouvernements die Meinung herrsche, die Aufgabe der Arbeitseinsatzverwaltung läge in erster Linie darin, Arbeitskräfte für das Reich zu gewinnen.

Das für das Jahr 1944 vom Reich geforderte Arbeiterkontingent in Höhe von hunderttausend Menschen sei zur Zeit erst mit dreissigtausend erfüllt, während es eigentlich schon Ende Mai oder Anfang Juni restlos hätte erfüllt sein sollen. Dieser Verzug sei daraus zu erklären, weil die Distrikte Galizien und Lublin mit ihrem Kontingent von zusammen 54 000 Menschen bis jetzt ausgefallen seien und auch mit dem Mittel der freiwilligen ~~Mittel~~ Werbung nichts mehr zu erreichen sei. Für den Distrikt Lublin hoffe er jedoch Mittel und Wege zufinden, daß das Kontingent von 20 000 Arbeitern in diesem Jahre erfüllt werden könne. In Galizien hänge die Erfassung davon ab, daß sich die Hauptkampflinie festige. Dort sei die Truppe bereit, die Erfassung durchzuführen.

Der Einsatz von 100 000 Kräften sei der Höchststand, den man bisher in einem Monat im Generalgouvernement gehabt habe. Im allgemeinen habe der Bedarf an Arbeitskräften gedeckt werden können. Aber für den örtlichen Arbeitseinsatz ergäben sich mehr und mehr Schwierigkeiten. Zurückzuführen seien diese Schwierigkeiten auf das Nachlassen der Disziplin für den örtlichen Einsatz, auf die Rückverlegung von Dienststellen aller Art aus den Ostgebieten und die Verlegung von Fertigungen aller Art in die westlichen Distrikte des Generalgouvernements. Vielfach sei kein genügender Wohnraum vorhanden. Auch könne man nicht im grossen Umfange Fertigungen an andere Plätze verlegen, dann aber die Arbeitskräfte an den Stellen belassen, an denen sie früher tätig gewesen seien. Weiter habe der Facharbeitermangel im Generalgouvernement allmählich sehr scharfe Formen angenommen; der Bedarf könne nur noch ganz selten gedeckt werden. Hilfsarbeiter ständen nur in westlichen Gebieten zur Verfügung, wohin Fertigungen sehr zahlreich verlagert worden seien. Man habe auch festgestellt, daß bei den Polen die Neigung, freiwillig ins Reich zu gehen, allmählich wachse. Das habe er zum Anlaß genommen, um für die Kontingentserfassung, die zur Zeit laufe, auch die freiwillige Werbung ganz stark herauszustellen, und zwar nach dem Grundsatz, daß der sich freiwillig meldende Pole nach seinen Fähigkeiten beschäftigt werde, Wünsche äussern könne, die befrie-

digt würden, daß er sich z.B. das Aufnahmegebiet aussuchen könne. Ein wesentlicher Grund für die Abneigung, ins Reich zu gehen, liege in der Befürchtung der Leute, daß sie in bombengefährdete Gebiete kämen. Gleichwohl hätten die Werbebüros wieder langsam steigende Erfolge aufzuweisen. Er bitte die Gouverneure, dieser Aktion ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, die freiwillige Werbung nach Möglichkeit zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß Einzelwünsche nach Möglichkeit berücksichtigt würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Struve, daß bislang etwa 1,3 Millionen Arbeitskräfte ins Reich vermittelt worden seien. Wieviel polnische Kriegsgefangene sich zur Zeit noch im Reich befänden, lasse sich nicht mehr einwandfrei feststellen, weil ein grosser Teil der Kriegsgefangenen im Laufe der Jahre in das Zivilverhältnis überführt worden sei. Er schätze die Zahl der Kriegsgefangenen auf 30- bis 50 000. Die Reichsstatistik wie die Arbeitseinsatzstatistik gäben darüber keinen lückenlosen Aufschluss, da im Reiche nur die Gesamtzahlen angegeben würden. Für die Familienunterstützung seien erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt worden. Alle bedürftigen und würdigen Familien erhielten, sofern sie den Haupternährer im Reich hätten, einmal von der Arbeitsverwaltung des Generalgouvernements eine Unterstützung, und ausserdem seien für diesen Zweck noch einige Millionen Zloty zur Verfügung gestellt worden.

Der Herr Generalgouverneur kommt in diesem Zusammenhang auf die Behandlung der polnischen Arbeiter im Reich zu sprechen. Auf seine wiederholt gestellten Anträge habe der Reichsführer SS Himmler die im Reich bisher übliche Bezeichnung der Polen und ihre Gleichstellung mit Juden und Zigeunern, in der eine starke Degradierung des Polentums gelegen habe, verboten.

Präsident Struve betont, daß er dieser Frage stets seine grosse Aufmerksamkeit zugewendet habe. Im Bezirk des Rheinlandes sei auch die Behandlung der Polen im allgemeinen gut gewesen. Er habe dem Reich gegenüber wieder-

holt darauf hingewiesen, daß diese Diffamierung der Polen im Reiche die Anwerbung im Generalgouvernement ausserordentlich erschwere, da die hiesigen polnischen Arbeiter ja durch Briefe oder auf andere Art von der schlechten Behandlung der Polen erführen. Der grösste Teil der polnischen Arbeiter sei in der Landwirtschaft eingesetzt und arbeite im allgemeinen unter erträglichen Verhältnissen. Unerträglich seien vielfach die Verhältnisse in Betrieben, in denen den Polen beispielsweise auch in der Freizeit starke Beschränkungen auferlegt würden. Im übrigen sei ja der Reichsführer SS die für diese Frage mit entscheidende Stelle.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Koppe, die Frage einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Jedenfalls wünsche er, daß zur Erleichterung der Arbeiterwerbung im Generalgouvernement die sinnlosen Sonderbehandlungsvorschriften beseitigt würden. Er könne sonst die Gewähr für eine Fortsetzung der Arbeiterwerbung nicht übernehmen. Auch Präsident Gerteis habe ihm Material über die Behandlung polnischer Arbeiter im Reich vorgelegt, und er ersuche Präsident Gerteis, sich deswegen mit Staatssekretär Koppe ins Benehmen zu setzen.

Präsident Ohlenbusch führt aus, daß die Stimmung der polnischen und ukrainischen Bevölkerung stark unter dem Einfluss der bolschewistischen Erfolge stehe. Sowohl Polen wie Ukrainer sähen bezüglich ihrer Zukunft sehr unklar. Man meine, daß man auf alles gefaßt sein müsse. Man wisse nicht, was die Deutschen im Schilde führten,noch weniger, was die Bolschewiken beabsichtigten. Man nehme aber an, daß es möglich sei, daß die Bolschewisten in das oberschlesische Industriegebiet eindrängen. Die polnischen Intelligenzkreise befassten sich mit dem Gedanken, sich nach Frankreich durchzuschlagen, offenbar aus Angst vor dem Bolschewismus. Die polnische Intelligenz wolle in den letzten Wochen auch die Beobachtung gemacht haben, daß die Reichs-

zeitungen in den Angriffen gegen England und Churchill in ihrer Schärfe nachgelassen hätten. Man wolle darin ein Zeichen dafür sehen, daß zwischen Deutschland und England Verhandlungen im Gange seien. Die Engländer sähen den Bolschewismus als die grössere Gefahr an. - Leider habe er feststellen müssen, daß ausgerechnet am Ostersonntag an den Säulen ein Plakat angebracht gewesen sei, in welchem die Namen von 100 zum Tode Verurteilten bekanntgegeben wurden. - In einer illegalen polnischen Krakauer Zeitung habe der Leiter des unterirdischen Kampfes zum Boykott des Krak-auer Polnischen Theaters aufgefordert, und zwar unter Hinweis darauf, daß den Polen alle sonstigen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und Institute genommen und sie lediglich auf seichte Unterhaltung angewiesen seien. Die Leiter und Mitarbeiter dieses Polnischen Theaters sollten der unterirdischen Gerichtsbarkeit anheim fallen. Bislang sei aber weder bei den Kräften, die an diesem Theater mitwirkten, noch bei der Bevölkerung eine Auswirkung festzustellen. - Eine besondere Genugtuung sei es für ihn, Präsident Ohlenbusch, daß ihm die Aktion der Zersetzung der in Italien eingesetzten polnischen Divisionen vom Reichspropagandaministerium übertragen worden sei. - Die antibolschewistische Liga arbeite in enger Gemeinschaft mit dem SD. - Zur Zeit werden in polnischen Kreisen ein Flugblatt verbreitet, das sich gegen die Bauern wende, die heute vielfach in luxuriösen Verhältnissen lebten.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß gewisse Auswirkungen der Ereignisse an der Ostgrenze des Generalgouvernements bei den Staatseinnahmen festzustellen seien. Diese Erscheinungen seien aber keineswegs so ausschlaggebend, daß man daraus zur Zeit eine Gefährdung für den Staatshaushalt schliessen könne. Er hoffe, daß das auch in Zukunft nicht der Fall sein werde.

Die Finanzlage des Generalgouvernements könne er mit einiger Vorsicht als gesichert bezeichnen. Man sei mit einem beachtlichen Kassenbestand in das neue Rechnungsjahr gekommen. Die Einnahmen entwickelten sich verhältnismässig günstig, und er hoffe, daß die Finanzverwaltung auch unvorhergesehenen Anforderungen, die mit den Kriegsereignissen verbunden sein könnten, gewachsen sein werde.

Die Haushaltsarbeiten seien noch vor Beginn des Rechnungsjahres abgeschlossen gewesen. Er könne allen anderen Verwaltungen, die daran mitgewirkt hätten, nur den besten Dank für die Unterstützung sagen, die die Finanzverwaltung gefunden habe.

Gewisse Schwierigkeiten seien in den nächsten Monaten dadurch zu erwarten, daß in den östlichen Gebieten sowohl für das Tabakmonopol wie auch für das Branntweinmonopol wichtige Rohstoffbasen in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Trotzdem werde es voraussichtlich möglich sein, allen Anforderungen, die berechtigterweise gestellt werden könnten, gerecht zu werden.

Präsident Naumann bemerkt, daß trotz der Schwierigkeiten und Verluste die Rationssätze für die Reichs- und Volksdeutschen auch in Zukunft in der bisher gewohnten Höhe erhalten blieben. Es werde unter keinen Umständen daran gedacht, dort die Rationen irgendwie zu kürzen. Selbstverständlich könnte unter Umständen beim Fett einmal statt Butter Butterschmalz oder Margarine gegeben werden müssen.

Die Getreideerfassung sei im grossen ganzen abgeschlossen, trotzdem es immerhin noch gelinge, pro Dekade 2000 bis 3000 to Getreide zu erfassen, die allerdings keine entscheidende Rolle spielten. Die Räumungsmassnahmen in den beiden Distrikten Galizien und Lublin seien auf dem Getreidesektor grösstenteils abgeschlossen. Den Russen seien in Ostgalizien etwa 55000 to Getreide in die Hand gefallen, ungefähr der Bedarf des gesamten Generalgouvernements für 20 Tage. Die Bestände der Regierung machten es aber möglich, die Rationen für die Nichtdeutschen aller Klassen bis zum Anschluss an die neue Ernte durchzuhalten.

Zur Schliessung der Kartoffellücke beabsichtige man andere Lebensmittel zuzuteilen wie Grütze, Mehl usw.

Weiter könne man keine Staats-reserve anlegen, die man notwendig hätte und die man für den Übergang des 5. zum 6. Kriegswirtschaftsjahr anlegen zu können glaubte.

Der Wehrkreisbefehlshaber werde wie bisher versorgt. Es seien auch keine Schwierigkeiten hinsichtlich der Versorgung mit Mehl und Teigwaren zu erwarten. Die Heeresgruppe Süd, die neu als Bedarfsträger auftreten, werde aus Beständen des Generalgouvernements versorgt; die zur Verfügung gestellten Mehlmengen würden aus dem Reich auf dem Nachschubwege zur Verfügung gestellt.

Von den Zuckerbeständen seien nur ca 5 000 to in der Zuckerfabrik Horodenka in die Hand des Feindes gefallen. Im übrigen könnten die Zuckerrationen und die Marmeladezuteilung auch im 5. Kriegsjahr durchgehalten werden, wie es in dem neuen Versorgungsplan angeordnet gewesen sei. Alle Formationen des Wehrkreisbefehlshabers würden aus den Zuckerbeständen des Generalgouvernements versorgt, und darüber hinaus werde die Heeresgruppe Süd aus Bestände des Generalgouvernements versorgt werden. Von der Reichsleistung von 20 000 to Zucker an das Reich seien noch keine grösseren Mengen abtransportiert worden, so daß man diese 20 000 to für die Heeresgruppe Süd zur Verfügung stellen könne. Das Reich habe sich verpflichtet, die über 20 000 to hinausgehende Menge auf dem Nachschubwege dem Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen.

Aus den vorhandenen Beständen von Kartoffeln könnten an die Zusatzkartenempfänger I und II und an die zusatzversorgungsberechtigten Empfänger und ihre Familienmitglieder noch die Mengen gegeben werden, die sie bis zu ihrer völligen Versorgung im Herbst noch nicht erhalten hätten. Der Teil der Empfänger, der nur 80% erhalten habe, könne den Rest noch in der Zeit vom April bis zum Juni erhalten. Die nichtdeutschen Normalverbraucher, die nicht unter die drei Klassen fielen, hätten im grossen

und ganzen 80% ihrer zuständigen Kartoffelmengen erhalten, die restlichen 20% könnten ihnen leider nicht gegeben werden, da die Bestände nicht so weit reichten. Ersatznahrungsmittel in Gestalt von Getreide könne man wegen der Verluste in Ostgalizien nicht geben. Der Wehrkreisbefehlshaber werde seine Kartoffelforderungen, die sich etwas erhöht hätten, und die er für die Versorgung bis zum Anschluss an die neue Ernte brauche, erhalten können, wenn es gelinge, aus dem Distrikt Lublin ca 45 000 to Kartoffeln westlich Weichsel und San herauszufahren. Die Truppenteile der Heeresgruppe Süd würden aus Beständen versorgt, die man im Herbst in den Gebieten von Lublin und Galizien gefahren habe.

Die Spritproduktion werde in den Distrikten Lublin und Galizien nur zu 33% durchgeführt werden können. Das Generalgouvernement habe 155 000 Hektoliter Sprit für die Rüstungswirtschaft zur Verfügung stellen wollen. Er habe aber Reichsminister Backe erklärt, daß das Generalgouvernement nur 50 000 Hektoliter liefern könne, da die übrigen Kartoffeln der Heeresgruppe Süd zur Verfügung gestellt werden müssten. Reichsminister Backe habe sich bereit erklärt, dem Präsidenten Kehrl im Rüstungsministerium von dieser neuen Sachlage Kenntnis zu geben und ihn darauf hinzuweisen, daß das Generalgouvernement die geforderte Menge nicht produzieren könne.

Beim Fleisch werde es im grossen und ganzen gelingen, die Versorgung der fremdvölkischen Verbraucher mit den vorgesehenen Rationen durchzuführen. Es müsse vor allem möglich sein, aus Lublin wieder grössere Fleischmengen in die Grosstadt Warschau zu bringen. Die Versorgung der Wehrmacht und der Bedarf des Wehrkreisbefehlshabers würden von den Dienststellen der Regierung zur Verfügung gestellt. Das Reich habe sich verpflichtet, diese Mengen Fleisch auf dem Nachschubwege der Regierung des Generalgouvernements zukommen zu lassen, da man sonst die Rationssätze in den drei Distrikten westlich Weichsel und San, die Verbraucherdistrikte seien, nicht

aufrecht erhalten könne. Reichsminister Backe habe diese Zusicherung gegeben, weil er sich dessen bewusst gewesen sei, daß eine Senkung dieser geringen Fleischrationen zu unabsehbaren Folgen führen müsse. Die Versorgung der Heeresgruppe Süd geschehe aus einem bestimmten Gebiet, das in den nächsten Tagen festgelegt werde; es beginne bei Cholm und ende bei Stanislau. Aus Galizien werde im grossen Umfange Vieh weit über den normalen Anfall jetzt und auch in Zukunft herausgenommen, es würden auch gewisse Gebiete völlig von Vieh entblöst werden müssen, wenn es gelingen solle, den Bedarf der Heeresgruppe Süd zu decken, der sich auf eine Menge von 3 500 to Fleisch den Monat belaufe. Die Mengen, die mit Hilfe von Wehrmachtsformationen und vielleicht auch von der Polizei aus dem Land herausgeholt würden, würden auf die restlichen 18 000 to Fleisch angerechnet, die das Generalgouvernement dem Reich schulde.

Besonders schwierig sei die Lage auf dem Gebiete der Fettversorgung. Während für die Monate März und April unter Einsatz der letzten Reserven und unter Zuhilfenahme eines Austausches mit Eiern die Fettrationen für die fremdvölkische Verbraucherschaft hätten aufrechterhalten werden können, müsse ab 1.Mai dieses Jahres eine Senkung der Fettrationen für die fremdvölkische Bevölkerung von 3o bis 50% eintreten. Für je 100 gr Fett würden 200 gr Marmelade zur Verfügung gestellt.

Die Voraussetzung für das Funktionieren der Ernährungsbilanz im 5.Kriegsjahr sei, daß es gelinge, die notwendige Exekutive für die Erfassung von Vieh zu erhalten, dass in allen Distrikten nur noch zu 10 bis 20% freiwillig abgeliefert und zu 80 bis 90% unter gelindem oder hartem Druck erfasst werde. Dem Distrikt Lublin seien ca 200 Sonderdienstmänner für die Erfassung zur Verfügung gestellt worden. Sie seien im Kreis Lublin-Land tätig, und es habe sich herausgestellt, daß die Erfolge sehr gut seien: 1000 Rinder hätten erfasst werden können. Die Exekutivkommandos seien leider bisher zu klein, sie hätten deshalb auch bei der

ersten Erfassung 11 Tote gehabt, und man wolle deshalb versuchen, von der Wehrmacht bezw. der Polizei noch 2 solche Kommandos zu erhalten.

Für die Erfassung von Milch- und Molkereiprodukten müsse auch Exekutive eingesetzt werden. In zahlreichen Kreisen lägen die Molkereien still, weil keine Anlieferung von Milch erfolge. Wenn es gelinge, das Stützpunktsystem neu zu errichten, werde sich eine Besserung dieser Verhältnisse erreichen lassen.

Erfreulicher sei die Entwicklung auf dem Gebiet der Eiererfassung. Das gesamte Erfassungssoll für das Generalgouvernement im laufenden Wirtschaftsjahr betrage 500 Millionen. Für diese 500 Millionen Stück sei-enfauch Monatskontingente für die einzelnen Distrikte aufgestellt worden. Im März hätten 25 Millionen Stück in allen fünf Distrikten erfasst werden müssen. Tatsächlich seien 21,3 Millionen Stück aufgrund der Tatsache erfasst wordn, daß die drei Distrikte Warschau, Radom und vor allem Krakau weit über ihr eigentliches Märzkontingent hinaus Eier erfasst hätten. Diese Übererfassung in den drei Distrikten habe im allgemeinen die Erfassungsverluste in den Distrikten Lublin und Galizien ausgeglichen. Für die Zeit vom 29. März bis zum 14.April habe das Soll 25 Millionen Stück betragen, weil mit fortschreitender Jahreszeit das Eierkontingent für das gesamte Generalgouvernement grösser werde und die Eierproduktion steige. Tatsächlich erfasst seien 21,6 Millionen Stück. Auch hier sei es gelungen, das Ziel fast zu erreichen. Die drei Distrikte hätten den Verlust in Galizien fast völlig ausgeglichen, während der Distrikt Lublin weitgehend aus eigener Kraft aufgeholt habe. Interessant sei, daß der Banditenkreis Bilgorej weit über 100% seines Kontingents an Eiern erfasst habe. Falls ~~es~~ die günstige Situation auf dem Gebiet der Eiererfassung anhalte, werde es gelingen, die Forderungen des Wehrkreisbefehlshabers restlos zu erfüllen und eine gewisse Notreserve in Kühlhäusern und auf andere Weise einzulagern, um für den Ausfall anderer hochwertiger Nahrungsmittel wie Fett und Fleisch

gewisse Mengen an Eiern in diese Bilanzen einzusetzen und im Austauschwege den Verpflichtungen gegenüber der fremdvölkischen Verbraucherschaft nachzukommen. Die durchgeführte Preis- und Prämiensatzerhöhung hätten gewisse Erfolge gezeitigt und bewiesen, daß es gelinge, auf diesem Wege noch Erfassungen durchzuführen, die scheinbar aussichtslos seien. Die Iererfassung müsse ja praktisch ohne Exekutive durchgeführt werden.

Was die Aussichten für die Ernte 1944 angehe, so sei die Herbstbestellung ordnungsmässig durchgeführt worden und überall gut durch den Winter gekommen. Überall auf den Feldern finde man gut aussehende Brotgetreidebestände. Auch der Raps zeige ein gutes Aussehen. Es werde nicht notwendig sein, grössere Umbrüche durchzuführen und Neuansaaten dieser Flächen mit Sommergetreide vorzunehmen. Die seit Ostern überall voll einsetzende Frühjahrsbestellung werde in den drei Distrikten Warschau, Radom und Krakau ordnungsmässig durchgeführt werden können. In Galizien, soweit es noch in deutscher Hand sei und nicht gerade in der Kampfzone liege, ebenso wie in Lublin würden die kleineren bäuerlichen Flächen fast restlos bestellt, während bei den Grossbetrieben, sowohl den polnischen Privatbetrieben wie auch den Liegenschaftsbetrieben, ein sehr starker Mangel an Produktions- und Betriebsmitteln herrsche. Diese Betriebe seien vielfach von durchziehenden Banden und den Bauern der Umgegend ausgeplündert worden.

Hinzu komme, daß in Lublin in den Gebieten, in denen der Volkstumskampf zwischen Polen und Ukrainern tobe, die Bestellung nicht restlos durchgeführt werden könne. Allein im Kreise Hrubieszow seien 58 Dörfer restlos verbrannt worden. Gewisse Ausfälle bei den Grossbetrieben und auch in den Gebieten des Volkstumskampfes würden die Folge sein. Hier und da seien auch in dem Gebiet westlich Weichsel und San Klagen über Mangel an Kartoffelsaatgut laut geworden. Es werde versucht, diesen Mangel möglichst auszugleichen. Mit dem Reich sei verabredet worden, daß es

30 000 to Kartoffelsaatgut liefern solle. Das Reich habe 8 000 to geliefert, könne aber die restierenden 22 000 to infolge der gespannten Kartoffellage im Reich nicht zur Verfügung stellen. Man werde versuchen, aus eigener Kraft die fehlenden Mengen auszugleichen; es werde aber nicht ganz gelingen.

Der Herr Generalgouverneur gibt bekannt, daß die im Generalgouvernement eingeführte Maßnahme der Belohnung deutscher Dörfer für eine besondere landwirtschaftliche Leistung auf Anregung des Reichsleiters Bormann als Vorbild für das ganze Deutsche Reich in Anwendung gebracht werden solle.

Präsident Dr. Emmerich geht in seinen Ausführungen davon aus, daß das vordringliche Ziel der Wirtschaftsverwaltung in der Verteidigung der kriegswirtschaftlichen Erzeugung gegen die störenden Einflüsse liege, die sich aus der allgemeinen Lage des Generalgouvernements ergeben. Besonders wichtig sei hier die Straffung der Ordnung in der gewerblichen Wirtschaft. Man stelle diejenigen Betriebe heraus, auf die man unter allen Umständen für die Erfüllung der Produktionsaufgaben angewiesen sei, zunächst grosse Betriebe, in denen sich die gewerbliche Wirtschaft des betreffenden Zweiges konzentriere und die insofern das Rückgrat der Produktion des einzelnen Zweiges darstellen. In diesen Betrieben werde, soweit es unter den derzeitigen Gegebenheiten und den begrenzten Investitionsmöglichkeiten angehe, die Rationalisierung vorangetrieben.

Neben diesen grossen Betrieben, zu denen im wesentlichen auch die Rüstungsbetriebe gehörten, gebe es aber eine grosse Anzahl von mittleren und kleineren Betrieben, auf deren Produktion man im Interesse des Gesamterfolges der Wirtschaft nicht verzichten könne. Viele dieser kleineren Betriebe hätten als Zwischenlieferbetriebe für Rüstungs- und andere Betriebe eine ganz wichtige

Aufgabe zu erfüllen. Diese Betieben erschienen, gemessen an den Maßstäben des Reiches, vielfach als überaltert, unmodern und nicht leistungsfähig. Man könne aber während des Krieges weder ihre Ausmerzung noch ihren Umbau vertreten oder durchführen. Man habe deshalb nach einem Verfahren gesucht, sie möglichst wirkungsvoll in den kriegswirtschaftlichen Gesamtprozess einzugliedern. Diese Betriebe würden nun zu sogenannten Ringbetrieben in dem Sinne gemacht, dass sie als Zwischenlieferbetriebe an einen grösseren Betrieb angebunden würden. In der Kriegswirtschaft des Reiches gebe es dafür auch ein Vorbild in den Leitbetrieben, die kleinere Betriebe um sich herum gelagert haben, wobei der Konzentrationsbetrieb dem kleinen Betrieb einen grossen Teil der Sorgen bei der Beschaffung des Rohmaterials, bei Transportfragen, aber auch hinsichtlich der Versorgung der Gefolgschaft abnehme. Nachdem die Konzentrationsbetriebe feststänaen und die Ringbetriebe definiert seien, sei die seit zwei Jahren durchgeführte Betriebsbereinigungsaktion im Generalgouvernement zu einem vorläufigen Abschluss gelangt. Dabei könnten je nach der wachsenden Zielsetzung auch neue Betriebe in den Kreis hineingeholt werden, ebenso wie andere Betriebe gegebenenfalls den besonderen Schutz der Aufnahme in die Liste verlieren könnten.

Von besonderer Wichtigkeit sei die Frage der Ernährungssicherung. Aus Besprechungen, mit Betriebsführern in Tschenstochau und Radomsko habe er entnommen, daß die Betriebsführer vor allem die Sorge hätten, daß das, was den Arbeitern auf dem Sektor der Ernährungssicherung versprochen worden sei, nicht durchgehalten werden könne. Diese Sorge ergebe sich zunächst aus kleineren Störungen, die noch nicht sehr zu Buche schlügen, die aber doch im Zusammenhang mit dem teilweisen Ausfall der östlichen Distrikte bei den Betriebsführern die Vorstellung aufkommen liessen, daß das, was von der Regierung mit grossem Nachdruck eingeleitet worden sei, jetzt in den Zustand des Zerbröckelns komme. Wenn die Anweisungen für die

Beschaffung von Nahrungsmitteln nicht voll honoriert werden könnten, wenn die Fettrationen und das Fleisch für die Werkküchenverpflegung nicht bereitzustellen seien, dann ergäben sich daraus die geschilderten Erscheinungen.

Der Unternehmer sei dann, wenn die Regierung ihre Maßnahmen nicht erfüllen könne, nach wie vor bestrebt, zunächst mit Mitteln der Selbsthilfe eine Besserung herbeizuführen. Er greife unmittelbar auf den schwarzen Markt zurück und verfalle wieder in die Fehler, die man ja gerade als Folge der Sanierungsaktion habe beseitigen wollen. Die Verbindung des Unternehmens mit dem schwarzen Markt führe auch dazu, daß die Feierschichten bei den Arbeitnehmern wieder zunähmen, nachdem es tatsächlich gelungen sei, im Kernbereich der Wirtschaft die Bummelschichten entscheidend zurückzudrängen. Deshalb müssen einmal in einem kleineren Kreise Wege gesucht werden, die eingeschlagen werden müssten, wenn sich die Situation nicht ganz so gestalte, wie es Präsident Naumann dargestellt habe, sondern sich noch weitere Verschärfungen zeigten. Bei dieser Erörterung müsse das Problem des Auseinanderklaffens des Wirtschaftslebens in die zwei Sektoren des kontrollierten und des schwarzen Marktes in den Mittelpunkt gerückt werden.

Die Frage, ob man wieder mit denselben Methoden der Ernteerfassungsaktion arbeiten soll, sei ein Kernstück der Wirtschaftsführung geworden. Der Gedanke der gegenseitigen Hilfe zwischen den beiden Sparten der Wirtschaft solle zu einer Vollverpflegung der für die Erzeugung gewerblicher Erzeugnisse unentbehrlichen Betriebe führen. Die Stellungnahme zum Schleichhandel könnte wohl insofern überprüft werden, als eine Annäherung an eine Legalisierung des vorhandenen Schleichhandels ernsthaft ins Auge gefasst werde. Die Regierung habe schon Konzessionen auf verschiedenen Gebieten gemacht. Wenn beispielsweise in der Landwirtschaft für soundsoviele abgelieferte Schweine dem Bauern ein Schwein zur freien Verfügung überlassen werde, dann bedeute das ja schon, daß man für den schwarzen Markt eine Konzession mache, um

für den amtlichen Sektor etwas zu gewinnen. Warenströme in die amtliche Erfassung hineinzubringen, werde nicht möglich sein. Dann solle man sich aber überlegen, ob nicht die unzulänglichen Methoden der Bekämpfung eingestellt werden müssten. Ein solcher Übergang wäre natürlich auch für das Reich sehr interessant, und die zuständigen Reichsstellen wie z.B. das Reichsernährungsministerium müssten einmal auf eine solche Schwenkung vorbereitet werden, wenn man zu dem Ergebnis kommen sollte, daß sie für das Generalgouvernement richtig sei.

Der Herr Generalgouverneur beraumt für die Besprechung dieser Frage eine besondere Sitzung an, die zwischen dem 1. und 15.Mai stattfinden soll.

Präsident Dr. Eißfeldt führt aus, daß die Holzabfuhr infolge der Zurückziehung der Stützpunkte im letzten Monat um 1/3 gegenüber dem Vormonat zurückgegangen sei. Besonders betroffen seien durch die Rückverlegung der Front und angesichts der Sicherheitslage die Distrikte Lublin und Galizien, was besonders bedauerlich sei, da aus diesen beiden Distrikten n49% der Holzumlage kommen sollten. Gleichwohl sei anzuerkennen, daß sich diese beiden Distrikte trotz der grossen Schwierigkeiten bemühten, das irgendwie Mögliche zu leisten. In der letzten Zeit hätten noch wesentliche Holzmengen freigemacht werden können, wenn auch in der Hauptsache durch das Verfahren des Selbsteinschlages durch die Truppe. Der kämpfenden Truppe hätten 600 000 Festmeter Nutzholz und eine halbe Million Festmeter Generatorholz zur Verfügung gestellt werden können.

In den drei anderen Distrikten sei die Lage den Umständen entsprechend ganz befriedigend. Der Holzeinschlag liege mit 78% für den Stichtag des ersten April in den beiden letzten Jahren auf gleicher Höhe, die Holzabfuhr sei mit 43% im laufenden Jahr in den drei Distrikten um ein geringes höher als im Vorjahr. Angesichts der Situation in den Distrikten Lublin und Galizien werde leider dieser Erfolg in seiner Auswirkung nicht ganz in

Erscheinung treten. Wenn eine Befriedigung des wichtigsten Holzbedarfes weiterhin gewährleistet werden solle, so sei zunächst einmal die Wiederaufrichtung des Stützpunktsystems erforderlich. Im Distrikt Lublin seien in der letzten Zeit drei Kompanien für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden, mittlerweile seien aber diese Kompanien wieder für andere Aufgaben gebunden worden, und man verfüge jetzt lediglich über drei Stützpunkte. Leider seien auch im Distrikt Radom wieder fünf Sägewerke zerstört worden.

Mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft müsse eine Vereinbarung dahin getroffen werden, daß nach der Frühjahrsbestellung möglichst bald die Holzabfuhr in Angriff genommen werden könne. Man müsse Vorräte ansammeln, die während der Ernte eingeschnitten werden könnten.

Die Nebennutzungen in Gestalt von Harz usw. seien angesichts des Ausfalles der waldreichen Distrikte Lublin und Galizien wesentlich geringer geworden. Im übrigen sei man zur Zeit damit beschäftigt, Forstkulturen durchzuführen, damit die Kahlflächen vor einer Verwilderung bewahrt werden könnten.

Präsident Gerteis geht zunächst auf die Eisenbahnlage im Grossdeutschen Machtbereich ein. Die Umlaufszeit der Wagen betrage zur Zeit 6,3 Tage, einige Tage mehr als im vergangenen Jahr. Infolgedessen sei die Wagengestellung im ganzen deutschen Raum um 13- bis 15 000 pro Tag geringer als im Vorjahr. Zurückzuführen sei dieser Umstand auf die immer wirksamer werdenden Luftangriffe im Westraum, in Frankreich bis nach Mitteldeutschland. Auch zeige sich die indirekte Wirkung der dauernden Alarme über Deutschland. Hinzu komme der direkte Beschuß einzelner Züge. Diese ausserordentlich ernste Situation wirke störend auf den Ablauf des gesamten Betriebes. Gegenmittel würden gesucht, seien aber noch nicht in genügender Zahl gefunden worden. Die Lokomotiven würden zunächst eine starke Panzerung erhalten, ausserdem werde eine aktive Abwehr durch Zuteilung von Flak geschaffen

Im Distrikt Galizien sei die Lage im allgemeinen gleichgeblieben. Die Betriebsspitzen seien die alten. Teilweise habe sich die Lage gebessert. Leider könne von Lemberg aus Stanislau nicht erreicht werden, weil die grosse Dnestr-Brücke zu früh gesprengt worden sei. Delatyn könne noch nicht angefahren werden. Der Betrieb werde von den Ungarn geführt. Die vorgesehene Räumung sei im wesentlichen abgeschlossen. Auch minder wichtige Güter wie eigene Möbel hätten abgefahren werden und auch die Abfuhr von Düngemitteln habe wieder aufgenommen werden können. Die Verhältnisse hätten zur Folge gehabt, daß für Galizien und Lublin einige Sperren hätten eingeführt werden müssen, die aber demnächst wieder aufgehoben würden.

Es bestehe ein zusätzlicher Bedarf von etwa 6000 Männern deutschen Personals. Die Reichsbahn würde es begrüssen, wenn es gelänge, etwa 10 000 Polen für das Reich abzugeben. Bei der Ostbahn sei man aber der Ansicht, daß es nicht möglich sein werde, zwangsweise im ganzen Generalgouvernement diese 10 000 Ostbahner freizumachen, weil anzunehmen sei, daß unter Umständen weitere 10 000 ihre Arbeitsstelle verlassen würden. Im unmittelbaren Kampfgebiet werde ein Zwang nicht durchgeführt werden können, schon weil die Truppe sich weigere, auch nur einen Mann aus der Kampfzone zurückzuführen. Eine freiwillige Werbung werde zum Scheitern verurteilt sein, so lange die Diffamierung der Polen im Reich noch weiter anhalte. Nach einem Erlaß des Reichsführers SS solle zwar verboten werden, daß im Reich die Polen mit Juden und Zigeunern in einem Atemzuge genannt würden; im übrigen solle aber doch die Ausnahmestellung der Polen in vollem Umfange aufrecht erhalten bleiben. Er habe ein Verzeichnis von Sonderbestimmungen für Polen, das 32 Punkte umfasse und das mit der Bestimmung endige, dass Polen an der Beerdigung von Landsleuten nicht teilnehmen dürfen.

Die Einnahmen seien durch den Verlust von Teilen Galiziens und angesichts der Tatsache, daß der allgemeine Verkehr sehr stark zurückgegangen sei, wesentlich vermindert worden, während die Ausgaben eine steigende Tendenz zeigten.

Die Sicherheitslage habe sich weiter ungünstig entwickelt. Täglich ereigneten sich 4 - 14 Sabotagefälle, darunter Störungen wichtiger Strecken von 12 - 24 Stunden und sogar bis zu 5 Tagen, was ganz erhebliche Rückwirkungen auf die Betriebsführung zur "Folge habe. Die Wehrmacht habe sich bereit erklärt, aus den nunmehr kommenden Truppen einen grossen Teil zur Bewachung der Eisenbahn anzusetzen. - Auch im Bereiche der Ostbahn beginne die Ernährung Schwierigkeiten zu machen. Die Weiterführung von Werkküchen sei in vielen Fällen in Frage gestellt oder müsse aus Mangel an Fett und Fleisch aufhören. - Die Bauten liefen programmässig weiter. Die Linie von Malkinia nach Stryj werde voraussichtlich Ende Juni Anfang Juli fertiggestellt werden können.

Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp führt aus, daß bis zum Oktober eine Zunahme der Attentate und Sabotageakte festzustellen gewesen sei und dann von Oktober bis Januar-Februar infolge der scharfen Maßnahmen ein starkes Zurückgehen aller dieser Angriffe auf Deutsche und deutsche Unternehmungen habe beobachtet werden können. Seit Februar sei nun weider eine gewisse Versteifung der Lage eingetreten. Sie erkläre sich einmal aus dem Näherkommen der Ostfront und zum anderen aus der Krise, die auch von deutscher Seite für die nächste Zeit vorausgesehen werde. Man beobachte eine ständige Zunahme der feindlichen Propaganda von England und Rußland und auch der Propaganda im Lande in Gestalt der Flugblätter. Die Flüsterpropaganda verstärke sich von Tag zu Tag. Diese Erscheinung sei in sämtlichen besetzten Gebieten festzustellen. Eine weitere Folge dieser Krisenerscheinung sei, daß die Widerstandsbewegung versuche, aus den vielen Gruppen, die sie bisher gebildet habe, zu stärkeren

Zusammenschlüssen zu kommen. Es seien Zusammenschlüsse der Rechten, der Mitte und der Kommunisten wie der zu ihnen neigenden Parteien festzustellen. Interessant sei, daß die Kommuristen eigentlich nur wenig Erfolge hätten. Die Parteien, die angeblich nach den Aufrufen der Kommunisten zu ihnen gestossen seien, existierten zum grossen Teil überhaupt nicht.

Die wirkliche Gefahr im Lande bilde die Nationale Widerstandsbewegung insbesondere der P.Z.P.Hier sei eine Verstärkung der Bewaffnung, eine steigende Vergrösserung ihrer Munitionsläger festzustellen. Festzustellen sei weiter eine Zunahme der Angriffe auf Deutsche, besonders in den beiden Distrikten Lublin und Galizien. Gründe dafür seien das Näherkommen der Front, das Unruhigwerden der Bevölkerung unddas Eindringen einzelner Banden.

In den beiden Distrikten sei weiter eine Zunahme des Volkstumskampfes zu beobachten. Der Volkstumskampf, der schon in polnischer Zeit sehr stark gewesen, dann aber durch die deutsche Verwaltung zurückgedrängt worden sei, nehme gerade im Kreis Hrubieszow und im Distrikt Lublin, wo die Banden ihre Herrschaft hätten, stark zu. Im Kreis Hrubieszow brennten die Polen ukrainische Dörfer nieder, im Distrikt Lemberg wiederum die Ukrainer polnische Dörfer. Die Mordtaten, die dort vorgekommen seien, seien so viehich, daß für deutsche Menschen es überhaupt nicht zu verstehen sei, wie man Menschen auf diese Weise umbringen könne.

Die von der Sicherheitspolizei dagegen ergriffenen Maßnahmen hätten sich bewährt. In der Zeit vom 15.Februar bis jetzt sei es der Sicherheitspolizei gelungen,einige gute Erfolge zu erzielen. Im Zuge der Ermittlungen sei in Krakau in der Wohnung eines Terrorgruppenführers umfangreiches Material an Waffen und Munition, ungeheure Mengen illegaler Schriften, ferner von Formularen der deutschen Post Osten gefunden worden. Sichergestellt worden seien zahlreiche Sprengkapseln, Ausrüstungsgegenstände, Zünder mit Sprengkapseln, 1300 kg Sprengstoff, 25 000 Blechdosen usw., dazu verschiedene Sprengstofflager,

ein grosses Verpflegungs- und Versorgungslager, Läger mit Benzin und Fleischkonserven, eine unterirdisch angelegte als Seifenfabrik getarnte Sprengstoffabrik.

Daraus sei zu ersehen, daß die Vorbereitungen der nationalen Verbände schon ziemlich weit gediehen seien. Man habe sie mit Hilfe der polizeilichen Ermittlungen zum grossen Teil zerschlagen können. Bei einer anderen Aktion habe man 50 Personen festgenommen und dabei grosse Mengen von Stoffen, Leinen usw. sichergestellt. In Krakau sei ein Pole festgenommen worden, der 6 Todesurteile vollstreckt habe, und dem offenbar noch viel mehr Morde zur Last zu legen seien, die er bis jetzt nicht gestanden habe. In seiner Wohnung habe man Sprengstoff und 4 Pistolen gefunden. Am 8.März sei eine grössere Aktion in Radom gegen 48 Angehörige der P.Z.P. durchgeführt worden. Dort habe man die gesamten wichtigen Funktionäre des P.Z.P. ergriffen, so daß für längere Zeit diese Organisation im gesamten Distrikt Radom zerschlagen sei. Nach längeren Ermittlungen und Vorbereitungen sei es gelungen, in Warschau den gesamten Kurierdienst des P.Z.P.zu zerschlagen. Bei dieser Aktion seien 204 Personen festgenommen worden und damit der gesamte Kurierdienst für längere Zeit zerschlagen. Am 24.März habe man in Tschenstochau einen früheren Angehörigen der P.Z.P. festgenommen und bei der Durchsuchung seiner Wohnung eine grössere Anzahl von Waffen, Eierhandgranaten, grössere Mengen von Munition und Sprengstoff gefunden. In Warschau seien 167 ~~der~~ Angehörige der P.Z.P. festgenommen. Nachdem eine Sendestation ausgehoben worden sei, bestehe zur Zeit nur ein ganz geringer Sendeverkehr zwischen der kommunistischen Partei des Generalgouvernements und Rußland. In Lublin sei eine grössere Aktion gegen die Kommunisten durchgeführt worden, bei der 67 Parteigänger und Funktionäre festgenommen worden seien. Hier handele es sich um die kommunistische Organisation der P.P.R. Einer der berüchtigsten Kommunistenbandenführer habe in Warschau in einem Krankenhaus ermittelt werden können. Aktionen seien auch noch durchgeführt worden gegen zahl-

reiche kleinere Organisationen. So sei z.B. Ende Februar in Krakau eine Terrorgruppe ausgehoben worden, und dabei habe man ein Waffenlager mit mehreren Maschinengewehren, Maschinenpistolen, Militärgewhren, Handgranaten und grössere Mengen von Munition sichergestellt. Im Distrikt Radom sei in einer Stadt eine grosse Munitionsherstellungsstätte ausgehoben worden, die aus den Waffenbetrieben dieser Stadt versorgt worden sei.

Insgesamt seien wegen politischer Delikte 5475 Personen festgenommen worden. Erbeutet worden seien allein durch die Sicherheitspolizei an Infanteriewaffen, Maschinengewehren, Maschinenpistolen, Gewehren usw. 20 309 Stück, grosse Mengen Gewehrmunition, 75 000 Handbomben, 87 860 Sprengkapseln, 11 400 Zünder, 14 560 kg Sprengstoff, 320 600 Blechdosen, ferner Rundfunkgeräte und Kurzwellensender. Daraus sei zu erkennen, wie stark der Kampf gegen die Polizei gewesen sei, wie aber andererseits die Männer der Polizei erfolgreich gearbeitet hätten. Leider habe man in den n letzten zwei Monaten grosse Verluste zu beklagen: in einem Monat seien allein 54 Mann gefallen. - Im Oktober 1943 seien 220 Deutsche ermordet worden, im November 79, im Dezember78, im Januar 1944 61. Im Februar sei dann die Zahl wieder auf 120 gestiegen, dann auf 130 und 140.

(Pause von 13 Uhr bis 13 Uhr 25)

Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalleutnant Höring weist darauf hin, daß den Anforderungen der Verwaltungsstellen von Polizeimannschaften für den örtlichen Objektschutz, für die Sicherstellung von Arbeitskräften zum Einsatz ins Reich, für die Durchführung der Holzabfuhr usw. die Notwendigkeit gegenüber stehe, für die Truppenpolizei, die seit Monaten im stigenden Einsatz gegen Banden stehe, deutsche Kräfte zur Verfügung zu stellen. Diese Kräfte seien erforderlich, wenn grössere Banden bekämpft werden müssten, oder eine Aufstandsbewegung im Zusammenhang mit der steigenden Lufteinwirkung zu befürchten sei. Zur Zeit seien diese Kräfte nur unzulänglich und unter Zeitverlust und Hintansetzung der Erfüllung anderer Aufgaben zusammen zu bringen. Es sei gelungen, vom Hauptamt Ordnungspolizei eine Ergänzung der Gendarmerie des Einzeldienstes zu erhalten. Insgesamt würden 250 Mann auf die Distrikte verteilt. Versuche, zusätzliche Kräfte vom Hauptamt Ordnungspolizei zur Auffüllung der unvollständigen 5 Polizeiregimenter zu erhalten, seien vergeblich gewesen. Es bleibe also nur der Weg, sich Reserven zu schaffen, indem man aus den vorhandenen Kräften der Truppenpolizei einzelne Teile herausnehme. Er werde bei seinen Dienstreisen in die Distrikte diese Möglichkeit besonders prüfen. Zunächst seien in den einzelnen Distrikten Einsatzreserven dadurch geschaffen, daß man aus der polnischen Polizei des Einzeldienstes Alarmkompanien zusammengestellt habe, die in kurzer Zeit zusammen zu bringen seien, deren Einsatzfähigkeit aber naturgemäss beschränkt sei.

Präsident Wille nimmt zu einer Frage Stellung, die in das Gebiet der Räumung und Auflockerung in den Distrikten Lublin und Galizien fällt. Es handele sich um die Frage der Räumung von Gefängnissen, die gelegentlich zu Mißdeutungen Anlaß gegeben habe. Man stehe hier vor der eigentümlichen Lage, daß es sich dabei um Dienststellen des Staates, um reine Behörden handele. Hinter dieser behördlichen Fassade verberge sich aber zumeist ein Wirtschaftsbetrieb: Mit diesen Anstalten sei entweder eine

Landwirtschaft verbunden oder eine kriegswichtige Arbeit für die Rüstung. Infolgedessen seien die Anordnungen, die für die Räumung durch Behörden gegeben seien, auf diese Betriebe nicht ohne weiteres übertragbar. Man habe es deshalb für richtig gehalten, daß die Dienststellen als solche so lange aufrechterhalten würden wie die Behörden in dem betreffenden Ort blieben. Dann sei es aber zu spät, die Gefangenen noch zurückzutransportieren und die Vorräte, so weit es sich um landwirtschaftliche Betriebe handelt, oder auch die Produkte für die Kriegswirtschaft rechtzeitig fortzuschaffen. Nun gebe es Gefangene, die nur kurzfristige Strafen verbüßen und für den Arbeitseinsatz nicht in Betracht kämen, da sie ja für eine bestimmte Tätigkeit im allgemeinen erst eingearbeitet werden müssten. Es bestehe also nur ein Interesse daran, die langfristigen Gefangenen zu behalten. Der Distrikt Radom habe nun zu gringe Arbeitskräfte gehabt, um die notwendigen Kriegswichtigen Arbeiten durchzuführen. Man habe deshalb aus den Distrikten Lublin und Galizien eine grössere Menge von Gefangenen abgezogen, weil ja die Rüstungsarbeiten in einem kriegsbedrohten Gebiet nicht mehr durchgeführt werden könnten, und sie nach Radom geschafft. Aber mit den Gefangenen allein sei es auch nicht getan, sie müssten Bekleidung haben, und deshalb müssten aus den Magazinen solche Vorräte gleichzeitig mit den Gefangenen in die anderen Distrikte gebracht werden. Man stehe mit der Rüstungsinspektion in Verhandlungen über die Schaffung einer neuen Grundlage, die darauf abzielen soll, daß man überhaupt in bestimmten Gefängnissen nur bestimmt geartete Arbeiten ausführen lasse und auch für die Verteilung der Gefangenen besonders Rücksicht darauf nehme, daß die Gefangenen, die sich für bestimmte Arbeiten eigneten, ohne Rücksicht auf den Ort ihrer Aburteilung zusammen-gefasst würden.

Präsident Prof. Dr. Teitge berichtet, daß die Seuchenlage im Generalgouvernement nach wie vor günstig sei. Man habe seit einigen Monaten die niedrigste Seuchenziffer, seitdem das Generalgouvernement unter deutscher Herrschaft stehe.

Schwierig sei die Lage auf dem Gebiet der Krankenhäuser. Selbstverständlich seien viele Krankenhäuser in Lazarette umgewandelt bezw. für andere Zwekke in Anspruch genommen worden. Leider sei es nicht möglich, ~~mal~~ neue Krankenhäuser zu erstellen, auch nicht möglich, den neuen Wünschen der Wehrmacht nach Zurverfügungstellung weiterer Krankenhäuser für Lazarettzwecke nachzukommen, da sonst kein Raum für die Isolierung Seuchenkranker vorhanden wäre. Die Wehrmacht habe auch auf weitere Krankenhäuser verzichtet.

Präsident Dr. Eichholz führt aus, daß die Arbeit der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der letzten Zeit stark unter den Einwirkungen der Ereignisse in Galizien und Lublin gestanden habe. Die deutschen Schulen in diesen beiden Distrikten seien gesperrt worden, die nichtdeutschen Schulen seien, soweit ein Gebäude überhaupt vorhanden sei, weiter in Betrieb.

Die Vorbereitungen für die Eröffnung polnischer Gymnasien seien abgeschlossen, so daß sie in dem vom Generalgouverneur für geeignet gehaltenen Zeitpunkt in Betrieb genommen werden könnten.

Wünschenswert wäre es, daß man mit den Arbeiten für die Herstellung polnischer Lehrbücher weiter käme und vor allem entsprechende Papiermengen zur Verfügung gestellt würden. Man sei leider in dieser Frage nicht vorangekommen, da immer wieder auf den Papiermangel hingewiesen worden sei. Gerade aus propagandistischen Gründen wäre die Herstellung polnischer Lehrbücher für die Volksschulen nicht unwichtig.

Mit dem Reichserziehungsministerium seien Verhandlungen über die Zulassung von ukrainischen Studenten an deutschen Hochschulen geführt worden, vor allem für

Disziplinen, die in den Lemberger Fachkursen nicht vertreten seien. Nach den bisher geführten Verhandlungen sei zu erwarten, daß man von dem bisherigen Standpunkt der Nichtzulassung abweiche.

Präsident Bauder betont, daß, gemessen an der Gesamtsituation, im Bauwesen das wichtigste die Unterhaltung der Strassen und die Steigerung der Energieversorgung mit Rücksicht auf die Rüstungsindustrie im Generalgouvernement sei. Trotz der grossen Schwierigkeiten sei es im letzten Jahr gelungen, 308 km Strassen neu zu bauen, 850 km durchzuwalzen, und zwar mit einem Aufwand von rund 250 000 to Material.

Der Strassenbau im Generalgouvernement sei eine Sache der Eisenbahntransporte und der Arbeitskräfte. Es habe sich gezeigt, daß es angesichts des Näherrückens der Front ohne polizeiliche und militärische Hilfe nicht mehr möglich sei, Gespanne bezw. Arbeitskräfte auf die Strasse zu bekommen. Mit allen Mitteln sei versucht worden, für diesen Zweck Wehrmachtskräfte mobilzumachen. Der Erfolg sei besonders im östlichen Teil sehr gut gewesen. Teilweise sei aber angesichts der örtlichen Schwierigkeiten eine geregelte Erfassung der Arbeitskräfte nicht mehr möglich. Es habe sich auch gezeigt, daß auf der Strecke befindliche Wagen von der durchziehenden Truppe einfach mitgenommen worden seien. Mit Lastkraftwagen komme man überhaupt nicht mehr durch. Wenn z.B. wie bei Brody mehrere Kolonnen nebeneinander ständen, dann sei die Durchführung eines Gegenverkehrs völlig unmöglich. Man werde sich im Strassenbau darauf beschränken müssen, die durch die Panzerkorps restlos zerfahrenen Strassen in Galizien und auch in grossen Teilen des Distriktes Krakau wieder herzustellen. Erste Voraussetzung dafür sei aber, daß Transportraum von der Eisenbahn zur Verfügung gestellt werden könne. Eine Anzahl von Brücken sei von der Truppe gesprengt worden und werde in der nächsten Zeit wieder hergestellt werden müssen. Voraussetzung für alle diese Arbeiten sei, daß die notwendige polizeiliche Sicherheit gegeben sei.

Was die Energieversorgung angehe, so seien seit den 1.Januar 1944 drei Leitungen fertiggestellt worden, und zwar eine Leitung im Anschluss an Oberschlesien mit einer Transferierung von 25 000 kw ins Generalgouvernement, durch welche die Energiekapazität des Generalgouvernements erhöht und eine Kohlenersparnis erzielt werde, eine weitere Leitung nach Minsk, und in den letzten Tagen auch noch eine Hochspannungsleitung von Starachowice nach Warschau, so daß nunmehr Warschau in das Verbundnetz des Generalgouvernements einbezogen und die Möglichkeit gegeben sei, daß die bisher jeweils aufgetretenen Spannungen in der Energieversorgung behoben seien. In den letzten zwei Jahren seien im Generalgouvernement neue Leitungen in einer Länge von 560 km gelegt worden. Für das Stammwerk Lemberg, das an sich nicht über die notwendige Kesselleistung verfügung, um die vorhandenen Maschinen auszunutzen, ständen zwei Kessel bereit, würden aber mit Rücksicht auf die Gesamtlage noch zurückgehalten. Sobald es von dem Generalgouverneur für richtig gehalten werde, daß wieder ein Aufbau in Lemberg nach dieser Richtung betätigt werden könne, werde auch der Einbau dieser beiden Kessel erfolgen. Das Werk Zakopane werde ebenfalls im Laufe des Monats Mai in Betrieb kommen. Zur Zeit seien insgesamt noch 425 km elektrischer Leitung im Bau zur vollständigen Schließung und zum restlosen Ausbau des Netzes des Generalgouvernements. In den letzten Tage habe nun auch der Generalinspekteur zugestimmt, daß das Stammwerk Kressendorf hergestellt werden könne, und mit der Arbeit werde demnächst mit Hochdruck begonnen werden. Allerdings werde eine Fertigstellung des Werkes vor zwei Jahren nicht möglich sein.

Trotz der vorhandenen Schwierigkeiten und der Tatsache, daß die für Meliorationsarbeiten in den ersten Jahren beschäftigten Juden nicht mehr vorhanden seien, sei es doch möglich gewesen, im Jahre 1943 rund 57 000 ha Landes zu dränieren. Für das Jahr 1944 sei die Drainage von 80 000 ha vorgesehen, finanziert und auch

kapazitätsmässig durchführbar.

Die Auswirkungen, die der Krieg in Galizien mit sich gebracht habe, und auch die Schwierigkeiten in den beiden Distrikten Lublin und Galizien würden im Laufe des Jahres eine erhebliche Verlagerung in den baulichen Maßnahmen zur Folge haben, und zwar in dem Sinne, daß die gesamte für das Bauwesen zur Verfügung stehende finanzielle Kraft zusammen mit der Baustoffkapazität wieder restlos zum Aufbau dieser Gebiete herangezogen werden müsse. Das bedingt selbstverständlich dann auch die Zurverfügungstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für den Haushalt der Hauptabteilung Bauwesen. Aufgrund einer Absprache mit der Hauptabteilung Finanzen sei aber zunächst davon abgesehen worden, diese Möglichkeit jetzt schon finanziell zu erfassen.

Präsident Dr. Lauxmann führt aus, daß zur Zeit grosse Schwierigkeiten hinsichtlich des Durchgebens von Ferngesprächen ins Reich beständen. Normalerweise würden durchschnittlich in einer Stunde auf einer Leitung im Generalgouvernement siebzehn Gespräche vermittelt, in letzter Zeit seien es nur noch vier gewesen. Das sei auf die Luftalarme zurückzuführen, die eine große Lähmung des Fernsprechbetriebes im Reich mit sich brächten.

Der Telegrafenbau innerhalb des Generalgouvernements sei sehr stark angespannt, einmal wegen der umfangreichen Rückverlegung von Dienststellen und auch militärischen Stäben, zum anderen wegen des Ausbaues des Jägernetzes, das immer mehr vom Reich nach dem Osten verlagert werde. Angesichts der Zerstörungen durch Banditen müssten die Fernsprechleitungen immer wieder neu hergestellt werden. Im Jahre 1943 habe man allein 1 657 Fälle gehabt, in denen Leitungen zerstört und neu gebaut werden mussten. Im übrigen haben sich der Telegrafenverkehr auf den Aufbau der Notämter verlegt. In den Distrikts- und allen grösseren Städten seien heute schon Fern- und Ortsnotämter errichtet.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet über die Lage im Distrikt Warschau. Die äussere Lage Warschaus habe sich, so führt er aus, seit der letzten Regierungssitzung nicht geändert. Die Kriegsereignisse hätten zwar unter der Bevölkerung eine gewisse Unruhe hervorgerufen, aber nicht zu einer Störung des normalen Lebens geführt. Die Betriebe arbeiteten vollzählig. Nach den Berichten der Betriebsführer sei besonders in der Rüstungsindustrie die Arbeitsleistung der polnischen Belegschaft im letzten halben Jahr gestiegen. Sabotageakte seien in den Betrieben nicht vorgekommen.

Schwierigkeiten mache nur die Versorgung der Betriebe mit Nahrungsmitteln. Wenn, wie es angekündigt sei, zusätzlich mehr Fleisch in den Distrikt komme, werde auch in Zukunft die Versorgung irgendwie gewährleistet werden können. Ein grosser Teil der Bevölkerung Warschaus, der nicht bevorzugt versorgt werde, erhalte allerdings schon seit Monaten nur geringe Mengen Nahrungsmittel zugeteilt. Gleichwohl sei die Ernährungslage der Bevölkerung allgemein nach wie vor eigentlich gut, wie auch die Zahlen der Gesundheitsstatistik bewiesen. Die Seuchen seien zurückgegangen, die Tuberkulose habe nicht den Umfang angenommen, wie man befürchtet habe, so daß also, äusserlich betrachtet, zur Zeit noch in Warschau alles in Ordnung sei.

Die Sicherheitslage habe sich wesentlich gebessert, sei dann aber wieder in den Monaten März und April ungünstiger geworden. Es sei eine grosse Anzahl von Überfällen auf Deutsche mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. An manchen Tagen seien in Warschau drei bis vier Soldaten ermordet worden. Diese Überfälle seien zumeist auf leichtsinniges Verhalten zurückzuführen. Die Zahl der Überfälle auf die Zivilbevölkerung sei zurückgegangen.

Auffallend sei die gewaltige Baufätigkeit der Polen auf dem flachen Lande. Sämtliche Dörfer im Distrikt Warschau seien vollkommen neu aufgebaut worden; tagtäglich entständen neue Häuser, Scheunen usw. In den Villenvororten bauten sich die Polen Häuser mit Wintergärten und ähnlichen Einrichtungen, und keine Behörde schreite dagegen ein.

Demgegenüber sei die Bautätigkeit der deutschen Behörden auch auf dem kriegswichtigen Sektor vollkommen lahm gelegt, und die Kreishauptmänner hätten nicht die Möglichkeit, hier irgendwie einzugreifen; denn die unterste Instanz der staatlichen Verwaltung sei ausschließlich mit Polen besetzt,und diese Polen brächten nicht die Energie auf, diesen Mißständen entgegenzutreten.

Im übrigen arbeite die Verwaltung nach wie vor zufriedenstellend. Das Kontingent sei fast erfüllt, die Eiererfassung laufe sehr gut, und auch die Arbeitererfassung sei bisher gut vonstatten gegangen:45% des Gesamtkontingentes seien ins Reich vermittelt worden. Allerdings meldeten sich die Polen nicht freiwillig zur Arbeitsleistung im Reich, sondern man könne die Arbeitererfassung nur noch mit einem ziemlich starken Druck und unter Einsatz von Exekutivkräften durchführen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Dr. von Craushaar, sich wegen der Angelegenheit der Durchführung von Bauten durch Polen mit den Gouverneuren und dem Präsidenten Bauder ins Benehmen zu setzen, damit entsprechende Maßnahmen dagegen ergriffen werden können.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gouverneur Dr. Fischer, daß im Zusammenhang mit dem Bau des Flughafens einige Häuser in Warschau niedergelegt werden müssten, was aber an sich von keiner besonderen Bedeutung sei.

Gouverneur Dr. Wendler berichtet, daß die von der Regierung befohlene Räumung in aller Ruhe vor sich gehe. Insbesondere würden Lebensmittel, Getreide, Zucker usw. abtransportiert. Im wesentlichen sei es auch bis auf die Vorräte, die für den Distrikt bestimmt seien, geschehen.

Die Sicherheitslage im Distrikt Lublin sei leider nicht mehr unter demselben Gesichtswinkel zu betrachten wie vor einem halben Jahr. Die Banden seien im wesentlichen von Sowjetrussen geführt, und in dem gesamten System der Banditen sei ein wesentlicher Unterschied gegenüber früher festzustellen. Bemerkenswert sei die ausserordentliche Steigerung der Sabotagefälle an Eisenbahnstrecken, Bahnbrückenund sonstigen Verkehrsmitteln. Die Situation werde sich erst bessern, wenn mit Hilfe der neukommenden Truppenteile die Stützpunkte wieder errichtet werden könnten, die infolge der Kriegslage hätten abgebaut werden müssen.

Im vorigen Jahre sei die Ernte im Distrikt vollkommen erfaßt worden, und zwar Getreide zu 96% - die restlichen 4% würden noch erfaßt werden -, Kartoffeln zu 82% - der Rest werde auch hier noch erfaßt werden können. Darin liege eine hervorragende Leistung der Mitarbeiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft.

Grosse Sorge bereite der Verwaltung jetzt die Frühjahrsbestellung. Hier seien besonders auf den grösseren Gütern Schwierigkeiten aufgetreten; es fehle an Pferden und auch an sonstigen Dingen. Aber aufgrund von kürzlich stattgefundenen Besprechungen seien bereits die notwendigen Schritte eingeleitet worden, damit die Güter voll zur Bestellung gebracht werden könnten. Selbstverständlich müsse der Distrikt Lublin in diesem Jahre alles daran setzen, die Ernte-erträgnisse zu steigern, vor allem angesichts der Tatsache, daß das in Galizien nicht möglich sein werde.

Zur Zeit laufe im Distrikt Lublin eine Propagandawelle: von drei Soldaten der Koscikoscusko-Division würden täglich zwei bis drei Versammlungen abgehalten, und man habe eine Reihe weiterer Kinos in Betrieb nehmen müssen, um den Anforderungen genügen zu können.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung sei eigentlich gemessen an dem der polnischen Zeit ausgezeichnet. Es sei im vorigen Jahre gelungen, im wesentlichen alle Seuchenstationen in Gang zu bringen, die auch nicht zerstört

worden seien.

Die Beamten und Angestellten der Verwaltung seien sehr stark im Polizeihilfsdienst tätig. Seit 1.Juli 1943 hätten 86 Gefolgschaftsmitglieder zusammen 5 124 Tage Polizeihilfsdienst gemacht. Die Stützpunkte seien z.T. 2 Monate hindurch von diesen Männern besetzt gewesen. Er bitte SS-Obergruppenführer Koppe, für eine zureichende Ausrüstung der Männer zu sorgen. Es gehe nicht an, daß sie in eigenem Schuhwerk Dienst machen müssen; das habe im Winter zu ganz erheblichen Erkrankungen geführt.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen eine solche Ausdehnung des Polizeihilfsdienstes. Der Polizeihilfsdienst sei für ganz ausserordentliche einmalige Notfälle vorgesehen und dürfe nicht zu einer regulären Dauereinrichtung werden. Das sei angesichts der Beschränkheit der Zahl der Beamten und Angestellten völlig unmöglich. Er ersuche deshalb die Staatssekretäre, sich unbedingt für eine Änderung dieser Verhältnisse einzusetzen. Es müsse vor allem für eine entsprechende Ausrüstung gesorgt werden. Was sich auf diesem Gebiet jetzt herausgebildet habe, widerspreche völlig dem Ausgangspunkt dieser Einrichtung. Für die Besetzung von Stützpunkten seien die Angehörigen des Polizeihilfsdienstes überhaupt nicht in Aussicht genommen, und daß sie zwei Monate hindurch im Polizeidienst gehalten würden, sei auch eine völlige Verkennung dieser Noteinrichtung, die nur für den Fall eines aktiven Aufstandes gedacht sei. Er bitte den Staatssekretär, ihm diese Sache nochmals vorzulegen. Ihm sei seinerzeit berichtet worden, daß auf dem Gebiete der Polizeidiensthilfspflicht alles in Ordnung sei, und nun höre er, daß es nicht in Ordnung sei.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet über die gegenwärtig infolge der Kriegsereignisse in Galizien entstandene Lage. Die unmittelbaren Kriegshandlungen hätten viele Zerstörungen im Gefolge gehabt. Darüber hinaus hätten auch die anderen Bewegungen, die mit den Kriegshandlungen in Zusammenhang ständen, sehr viel Schaden gebracht. Ein Flüchtlingsstrom von über 200 000 Menschen ergiesse sich aus den östlichen Gebieten über den Distrikt. Hinzu komme die Tatsache, daß ungarische Truppen die Südkreise besetzt hätten und dort ein tolles Regiment ausüben. Endlich hätten auch die Räumungsmaßnahmen zu vielen Schäden geführt, sehr viele Sachwerte seien zerstört worden. Die Straßen befänden sich in einem geradezu unvorstellbaren Zustand. Die Arbeit von 2 1/2 Jahren sei in wenigen Wochen zunichte gemacht worden. Eine im Süden gelegene Straße sei in wenigen Tagen so demoliert worden, daß ein Fahren auf ihr mit Personenkraftwagen unmöglich sei. Ein grosser Teil der Dienstgebäude auch in den Kreisen, die nicht in Feindeshand gefallen seien, sei durch die Truppe ausgeplündert worden. Er bitte, dafür Sorge zu tragen, daß in Form einer Gemeinschaftshilfe der deutschen Gefolgschaft, die wieder in diese Dienstgebäude einziehe, dort irgendwie einigermassen menschlich untergebracht werden müsse, die weder über Wäsche noch sonst etwas verfüge, Möbel usw. für Dienstzwecke zur Verfügung gestellt würden.

Ein großer Teil der Erfassungseinrichtungen, z.B. der Molkereien, sei völlig demoliert worden, nicht durch unmittelbare Feindeinwirkung, sondern durch die Truppe, die alles zerstört habe, was sie noch gefunden habe. Im grossen Umfange seien dabei auch Vorräte verloren worden. Es sei nicht möglich gewesen, dieser Truppe entgegenzutreten; die Wehrmachtsformationen hätten sich auch nicht durchsetzen können; gegen Heeresstreifen sei die Truppe sogar vielfach mit Waffengewalt vorgegangen. Nicht nur in der unmittelbaren Kriegsraumzone, sondern auch im ganzen rückwärtigen Gebiet sei ausserordentlich viel zu Grunde gegangen. Der Erfassungsapparat sei zerstört und

ein grosser Teil der Verwaltung umgeworfen worden. Man verfüge kaum mehr über ein Telefonnetz. Die Vögte und Schulzen könnten nicht mehr eingesetzt werden, weil der Kreishauptmann bezw. der Landkommissar nur mit grösster Mühe auf's Land kommen könne. Er bitte deshalb, daß man dem Distrikt Galizien mit geländegängigen Kraftwagen helfe. Der Kreishauptmann könne draussen nicht in Erscheinung treten, weil er mit seinem normalen Fahrzeug nicht durch die Straßen komme. Die Erfüllung dieser Bitte sei einer der Grundlagen für die Neuordnung des Verwaltungsapparates. Das Inerscheinungtreten der deutschen Verwaltungsführung ist gerade unter diesen gegebenen schwierigen Umständen von grösster Wichtigkeit; denn wo sich der Deutsche zeige, beginne auch der Nichtdeutsche wieder Mut zu schöpfen.

Einer der schwersten Schäden sei wohl der ungeheure Autoritätsverlust, den das deutsche Reich bei der gesamten nichtdeutschen Bevölkerung infolge der Ereignisse der letzten Wochen erlitten habe. Dieser Verlust werde erst wieder durch große Offensiverfolge von deutscher Seite aufzuholen sein. Es zeige sich, daß die Menschen, die mit der deutschen Führung zusammen gearbeitet hätten, jetzt ängstlich seien und sich vor dem Wiederkommen der Russen fürchteten, daß sie verschüchtert seien und sehr schwer für eine aktive Arbeit zu gewinnen wären, wenn nicht grosse Erfolge nach aussen hin eintreten. Es sei interessant, in den Gebieten, die von den deutschen Soldaten wieder besetzt worden seien, den grossen Unterschied in der Begrüssung seitens der Bevölkerung gegenüber dem Jahre 1941 festzustellen. Zurückhaltung und Skepsis seien gegenüber der einziehenden Truppe zu beobachten, und von der begeisterten Freude des Jahres 1941 sei auch nicht annähernd mehr etwas zu merken.

In solchen Zeiten wie in den gegenwärtigen könne sich eine Verwaltung ohne Exekutive nicht durchsetzen. Gegenüber brutalen bewaffneten Männern könne man auch mit der grössten Gesetzlichkeit nichts ausrichten. Es sei vorgekommen, daß die Polizeiorgane und der Sonderdienst einfach der Gewalt haben weichen müssen oder infolge der Überlegenheit des bewaffneten Gegners nicht entsprechend haben auftreten können. Gleichwohl hätten sich alle Dienststellen bemüht, nach Möglichkeit dieser Situation Herr zu werden. Es habe sich gezeigt, daß auch ein gutes Verhältnis zu den Wehrmachtsdienststellen eine Notwendigkeit sei. Man habe sich bemüht, es weiter aufrecht zu erhalten, und habe immer wieder bei den leitenden Wehrmachtsstellen einschliesslich der Heeresgruppe Front-Ukraine grosse Unterstützung gefunden, wenn es auch den leitenden Stellen nicht immer gelungen sei, ihre Wünsche nach unten durchzusetzen.

Man habe es in Galizien mit zwei ungarischen Sicherungsdivisionen zu tun, die sich aber zu eminenten Unsicherheitsfaktoren entwickelt hätten, was daraus zu erklären sei, daß sie nurmehr rückwärtigen Dienst machen könnten. Sie beschäftigten sich überwiegend mit einer Durchsuchung des Landes, das sie als Feindesland oder Occupationsgebiet betrachteten. Er selber sei Zeuge dafür, in welch' ungeheurer Weise das Land ausgeplündert werde, wie diese schon weitgehend nicht mehr den Eindruck von Soldaten machende Truppe das Vieh aus den Ställen heraushole, Brandstiftungen verübe usw. Die reguläre Truppe, die über die Karpatenpässe ziehe, mache einen viel besseren, teilweise ausgezeichneten Eindruck; sie sei diszipliniert und gehorche dem Befehl ihrer Offiziere. Aber auch diese Truppe stehe auf dem Standpunkt, sie befinde sich in Feindesland und im Occupationsgebiet, und weigere sich vielfach in ihren unteren Stellen, die deutsche Verwaltung als Verwaltungsbasis anzuerkennen. Daher sei er bestrebt, überall in die Kreise und Landkommissariate deutsche Wehrmachtsstellen hineinverlegt zu bekommen, damit man die Truppe belehren könne.

Man stehe hier vor einer überaus schwierigen Verwaltungsaufgabe. Ein Verwaltungsbeamter, der in Zivil erscheine, habe von vornherein sehr wenig Aussicht, sich durchzusetzen, und deshalb sei es zu begrüssen, daß von den Angehörigen der Verwaltungnoch vielfach die grau e Uniform getragen werde.

Die Übergriffe der Fronttruppe werde man bis auf weiteres hinnehmen müssen und mit der Festigung der Lage überwinden können. Jedenfalls müsse aber der Aufenthalt der Sicherungsdivisionen in Galizien möglichst verkürzt werden . Der Aufenthalt der Ungarn bringe auch eine aktuelle Gefahr mit sich: die Ungarn seien mit dem polnischen Volkstum in einem sehr engen Kontakt. Zur Zeit bestehe der scharfe Volkstumskampf zwischen Polen und Ukrainern. Die Polen wendeten sich an die ungarische Truppe, diese dringe in ein ukrainisches Dorf ein, die Dorfbevölkerung flüchte, das Dorf werde angezündet und ausgeraubt. Es sei zu erwarten, daß bei Fortsetzung dieser Methoden die ukrainische Bevölkerung auf die Ungarn schießen werde, daß dann Gegenmassnahmen der ungarischen Truppe in grösserem Umfange ergriffen würden und schließlich das ganze Gebiet zu einem Aufstandsgebiet werde. Von diesen Zuständen habe er auch den örtlichen Militärstellen in Galizien Mitteilung gemacht, damit sich auch das deutsche Militär für den Abzug dieser Truppe interessiere.

Das Bandenwesen habe leider auch im Nordteil des Distrikts sehr stark zugenommen. Die Banden würden von der Polizei mit erheblichem Druckverfolgt.Man habe es auch mehr und mehr mit nationalistischen ukrainischen Banden zu tun, die sich zwar noch nicht gegen die Deutschen wendeten, aber in grossem Umfange polnische Dörfer und Liegenschaften zerstörten. Mit schwachen Kräften könne man gegen diese Banden nichts ausrichten, sondern man müsste massiert angreifen und eine Bande nach der anderen erledigen. Er bitte deshalb den Generalgouverneur und Staatssekretär Koppe, mit einer Verstärkung der Polizeikräfte zu helfen, wenn möglich, vielleicht in der Weise, daß wenigstens die Kompanien, die der Wehrmacht an der Front unterstellt seien, wieder unter die

Führung der Polizei können. Nachhaltig könne aber nur mit Heranziehung starker Wehrmachtskräfte diese Bandenbekämpfung durchgeführt werden. Die Wehrmacht stehe offenbar auf dem Standpunkt, daß sie nicht zuzugreifen brauche. Sie gebe der Ansicht Ausdruck, daß sie auch hinsichtlich des Nachschubes von den nationalistischen Banden nicht gestört werde, von den Banden würden auch keine Brücken gesprengt und keine deutschen Beamten erschossen. Er bitte deshalb, darauf hinzu wirken, daß die Wehrmacht nachhaltig gegen die Banden eingesetzt werde. Dieser Einsatz dürfe dann allerdings nicht unter der Devise: gegen die nationalistischen Ukrainer und die Anhänger irgendwelcher nationaler Ideen erfolgen, sonder die Devise müsste lauten: gegen Meuchelmörder und Dorfbrenner.

Man habe seinerzeit im engsten Einvernehmen mit den zuständigen Regierungsstellen in Galizien eine gewisse grossräumige Verwaltung aufgebaut mit verhältnismässig wenig Kreishauptmannschaften, und zwar angesichts der Personallage und auch aus der politischen Erkenntnis heraus, daß es zweckmässig wäre, das polnische Volkstum möglichst weitgehend heranzuziehen. Diese Einstellung sei aber auf eine stabile Lage abgestellt gewesen. In einem Zeitpunkt so schwerer Rückschläge wie jetzt sei es aber klar, daß nunmehr der Deutsche das Verlässliche und entscheidende Rückgrat der Verwaltung sein müsse. Man arbeite in Galizien immer noch mit einem Bruchteil der deutschen Kräfte, die es in anderen Gebieten, besonders in den Ostkreisen des Reiches gebe. Deshalb dürften der Verwaltung des Distrikts Galizien nicht die deutschen Arbeitskräfte mit dem Hinweis darauf genommen werden, daß ja Galizien nicht mehr in der Hand der deutschen Führung sei, sondern die Beamten müssten der Verwaltung wiedergegeben, und vor allem dürften die guten Beamten nicht weggenommen werden.

Die Tatsache der Polen-Massakers treffe die deutsche Autorität aufs schwerste. Das Verhältnis von Polen zu Ukrainern und die Beurteilung dieser beiden Volkstümer hätten in keiner Weise eine Änderung erfahren. Er sei überzeugt, daß der Pole ~~ein~~ disziplinierter, tüchtiger, aber auch gefährlicher sei.Deshalb herrsche vielfach die Meinung, man sollte noch keine grossen Maßnahmen gegen die ukrainischen Banden durchführen.

Das Verhältnis zu den bodenständigen Wehrmachtskreisen sei ausgezeichnet, aber an den ortsfremden Truppen sei eine starke Aufklärungsarbeit zu leisten, bis sie das nötige Verständnis gefunden hätten. Sie seien eine ganz andere Art der Verwaltung gewöhnt und nun erstaunt, d etwas völlig anderes anzutreffen. Wie sehr die Meinungen bei der Wehrmacht auseinandergingen, habe sich bei den Verhandlungen über die Herausziehung und Erfassung der Wehrfähigen oder überhaupt der Bevölkerungsteile aus der Gefechts- und Kampfzone ergeben.

Die Verwaltung der Bevölkerung sei im allgemeinen sehr ordentlich. Allerdings stiessen die von der Wehrmacht durchgeführten Requirierungen ständig auf Ablehnung bei der Bevölkerung. - Das Ernährungsproblem in Galizien sei ausserordentlich schwierig geworden. Der Erfassungsapparat sei besonders im Molkereiwesen sehr stark angespannt. Jetzt stelle die Truppe ausserordentliche Anforderungen, etwa dahingehend, daß innerhalb zweier Monate das Zwölffache dessen geliefert werden solle, was bisher geliefert worden sei. Dabei seien die Kreis- und Bezirkslandwirte der Auffassung, daß sich die Truppe neben dem, was legal gegeben werde, noch dieselbe Menge auf illegalem Wege hole. Die höheren Stäbe wiesen immer darauf hin, daß man solche auch von der Wehrmacht nicht gewünschten Erscheinungen solange nicht bekämpfen könne, wie nicht eine Frontlinie da sei; dann könnten die Wehrmachtsinstanzen zu einem Einsatz kommen. Er sage das, damit nicht Präsident Naumann die festgesetzten Kontingente verlange, sondern erkenne, in welcher Weise in den Ernährungssektor eingegriffen werde. Hier müsste gegebenenfalls eine Art Aufrechnung der Wehr-

macht gegenüber stattfinden.

Abschliessend bitte er die Regierung, den zahlreichen negativen Gerüchten über den Frontdistrikt Galizien nicht unbedingt Glauben zu schenken, sondern seine, des Gouverneurs Dr. Wächter, und seiner Mitarbeiter Informationen entgegenzunehmen. Der Distrikt Galizien befinde sich zur Zeit in einer so schwierigen Lage, wie sie kaum einer Reichsverwaltung aufgebürdet sei, werde sich aber bemühen, der Schwierigkeiten nach Möglichkeit Herr zu werden.

Der Herr Generalgouverneur sagt zu, daß die Regierung alles tun werde, um dem Distrikt Galizien zu helfen. Alle Wünsche würden nach Möglichkeit erfüllt werden, man werde auch den engsten Kontakt mit Generalfeldmarschall Model halten.

Gouverneur Kundt führt aus, daß sich die Sicherheitslage nach einer Ruhepause mit dem beginnenden Frühling etwas versteift habe. Die Zahl der Überfälle sei gestiegen, wobei im grossen Maße gesehen deutsche Interessen bis jetzt unwesentlich berührt worden seien. Eine kleine Massierung von Banden sei eingetreten, die zur Folge habe, daß die an sich schwache Polizei in gewissen Gebieten nur in grösserer Stärke eingreifen könne.

Vor 14 Tagen sei der Werkschutz des Werkes in Starachowice von 4 kleineren zusammengezogenen Banden mit Maschinengewehren überfallen worden, sie hätten die Gegend abgesperrt offenbar mit der Absicht, zunächst einmal die Waffen des Werkschutzes in die Hand zu bekommen und vielleicht auch eine Probe für ein späteres Exempel zu machen. Da es sich bei dieser Werkschutzwache um Ukrainer handele, könne in diesem Überfall auch eine Art Rache gesehen werden.

Die vollkommene Ruhe im Distrikt Radom sei durch eine weiter ansteigende Arbeitstätigkeit der Polen gekennzeichnet. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht in bestimmter Zeit diese Arbeiterschaft zu anderen Zwecken auftrete. Er habe aus Gesprächen mit

nationalgesinnten und antibolschewistisch eingestellten Polen festgestellt, daß sie eine grosse Angst vor der Rache der komunistischen Arbeiter hätten. Kommunistische Arbeiter hätten den polnischen Intellektuellen und Ingenieuren gedroht, daß der Tag kommen werde, an dem sie sich auch für Dinge aus früherer Zeit rächen würden. Er nehme an, daß die polnische Bevölkerung des Gebietes die grosse Befürchtung habe, daß grosse Maßnahmen seitens der Polizei ergriffen werden würden, die er aber vorläufig nicht für richtig halten würde.

Das Verhältnis zur Wehrmacht sei im Distrikt Radom insofern nicht ganz befriedigend, als der Distrikt Radom der einzige Distrikt sei, in welchem die Oberfeldkommandantur nicht am Sitz des Gouverneurs liege. Mittlerweile sei es aber doch zu einer Besserung des Verhältnisses gekommen, wobei Präsident Dr. von Craushaar stark geholfen habe. Er habe jetzt die Autorität der Staatsbehörden gegenüber Selbstständigkeitsanwandlungen vonseiten der Wehrmacht durchgesetzt.

Eine neue Schwierigkeit sei für den Distrikt hinsichtlich der Luftwaffe entstanden. Ihr Bereich gehe mit einem Feldluftgau Minsk bis nach Radom. Die Angehörigen des Feldluftgaues Minsk betätigten sich in einer Weise, die Schwierigkeiten im Gefolge haben könnte, und erklärten, die Interessen des Distrikts gingen sie nichts an. In den nächsten Tagen erscheine ein Geschwader, das seinen Einsatz vom Fliegerhorst Radom habe, eine Tatsache, die selbstverständlich die gegnerische Luftwaffe aufmerksam machen müsse. Daß man damit rechne, gehe daraus hervor, daß das Vorkommando des Geschwaders sehr viel Raum verlange für die Aufstellung ihrer Flughäuser zwischen Bauernhäusern, und zwar beiderseits der einzigen grossen Ostverbindungsstrasse Radom-Pulawy, ~~ganz nahe der einzigen~~ ganz nahe bis zum Rande der Bahnstrecke von Radom nach Demblin. Die Flugzeuge sollten über die Hauptstrasse hin- und hergerollt werden. Auf seine, des Gouverneurs Kundt, Frage, ob man den Wehrkreisbefehlshaber verständigt habe, da es sich doch um eine Heeresstrasse erster Ordnung handele, sei ihm geantwortet worden, daß das Gecchwader nur

dem Flottenchef unterstehe. Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß sich ~~auf~~ die Luftwaffe in irgendeiner Form zu jener vom Führer vorgeschriebenen Ordnung bekenne, die in der Ernennung eines Wehrkreisbefehlshabers liege, der alle Wehrmachtsangelegenheiten wie z.B. die Frage der Heeresstrassen zu behandeln habe. Wenn dieser Fliegerhorst zum Einsatz komme, dann bestehe die Gefahr, daß Luftangriffe auf ihn gezogen würden. Sollte bei einem solchen Luftangriff die grosse Pulverfabrik Pionki getroffen werden, so würde ein Teil von Radom in die Luft gehen.

In der Verwaltung gehe sonst alles seinen normalen Gang. Eine Hauptsorge liege nach wie vor im Personalmangel. Er wäre dankbar, wenn ihm von den neuen qualifizierten Beamten einige zur Verfügung gestellt werden könnten. Er habe immer nochkeinen Leiter der Inneren Verwaltung, es fehlten einige Kreishauptmänner, Land- und Stadtkommissare. Ihm stehe kein Adjutant zur Verfügung.

Schwierigkeiten bereite die Arbeitererfassung. Zwar sei die dem Distrikt auferlegte Zahl von 15 000 Arbeitern verhältnismässig klein, aber der Distrikt jabe bereits 9% der Bevölkerung für diesen Zweck gestellt und könne deshalb mit anderen Distrikten nicht verglichen werden. Im Distrikt Radom lägen die meisten Rüstungs- und sonstigen Industriebetriebe, fast in jeder Woche werde ein neuer Betrieb eröffnet und würden Arbeiter für ihn verlangt. Heute Arbeitskräfte zu gewinnen, sei ausserordentlich schwierig, und bei Fangaktionen müsse man häufig feststellen, daß die Betreffenden schon anderweitig beschäftigt seien. Hinsichtlich der Arbeitererfassung komme man eben einmal an eine Grenze, über die hinaus nichts mehr erfasst werden könne, wenn man nicht ~~für~~ die entsprechende Exekutive zur Verfügung habe. Mit Geldstrafen sei auch nichts zu erreichen; denn das Geld werde gleich bezahlt. Angesichts der gegenwärtigen Lage werde sich eine Besserung auf dem Gebiete der Arbeitererfassung kaum erzielen lassen.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Aufrechterhaltung der vollkommen willkürlich gegriffenen Zahl von 100 000 Arbeitern trotz der Kriegsbelastung des Generalgouvernements beweise, daß man offenbar im Reiche wenig Verständnis für die Lage des Generalgouvernements habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Struve, daß er den zuständigen Reichsstellen mitgeteilt habe, mit welchen Verhältnissen man im Generalgouvernement zu rechnen habe. Es sei aber zu bedenken, daß alljährlich im Generalgouvernement 200 000 Angehörige eines schulentlassenen Jahrganges nachwüchsen. Bei dem Kontingent von 100 000 Arbeitern sei ja die grosse Zahl derer berücksichtigt, die bereits ins Reich gegangen seien. Das Problem liege nicht so sehr in der Zahl als in der Erfassung der Menschen, und diese Menschen seien tatsächlich vorhanden. Für einen Distrikt sei es kein Problem, 15 000 Mann zu stellen, angesichts der Tatsache, daß genügend Reserven vorhanden seien.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, daß sich die Polizei im Laufe der Zeit nicht mehr zu der Aufgabe des Sklavenfangens hingeben werde. Jetzt gelte es vor allem, die neu ins Generalgouvernement hereinkommenden Industrien zu fördern und dafür zu sorgen, daß ihnen die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt würden. Die Reichsinstanzen und auch Gauleiter Sauckel seien nicht mehr imstande, die Lebensbedingungen der polnischen Arbeiter im Reich zu bessern. Gauleiter Sauckel habe ihm versprochen, daß er alles tun werde, um auf diesem Gebiete etwas zu erreichen; aber geschehen sei bisher nicht viel. Wenn Schwierigkeiten bestünden, dann bitte er, sie künftig dem Staatssekretär Dr. Bühler vorzutragen. Er beauftrage auch Staatssekretär Dr. Bühler, den besonderen Fall Struve-Kundt in Anwesenheit der beiden Beteiligten zur Besprechung zu bringen. Ihm liege ein Briefwechsel zwischen

Gouverneur Kundt und Präsident Struve vor, der wenig erfreulichen Charakters sei. Er stelle noch einmal fest, daß Gauleiter Sauckel ihm gegenüber das Versprechen abgegeben habe, die Situation der polnischen Arbeiter im Reich so zu verbessern, daß eine grosse Werbepropaganda eingeleitet werden könne, daß aber dieses Versprechen nicht eingelöst worden sei. Er habe Gauleiter Sauckel erklärt, er könne die Menschen bekommen, wenn der Unfug der sechstklassigen Behandlung der polnischen Arbeiter im Reich aufhöre und wenn er, der Generalgouverneur, feststellen könne, daß die Besserstellung der polnischen Arbeiter tatsächlich durchgeführt werde.

Gouverneur Kundt betont, daß er nur die Schwierigkeiten habe zeigen und darauf hinweisen wollen, daß man endlich einmal in der Erfassung von Arbeitskräften am Ende sei besonders in einem Distrikt, der noch laufend als Industriedistrikt ausgebaut werde, daß gerade die Kreishauptmannschaften der Kritik unterlägen, die die höchsten Prozentsätze der Bevölkerung des Generalgouvernements als Arbeitskräfte ins Reich geschickt hätten und daß sie ohne Exekutive überhaupt nichts mehr erreichen könnten. Der SS-und Polizeiführer des Distrikts habe in den letzten Monaten keine Polizei zur Verfügung gestellt, und im Mai werde es voraussichtlich nur einmal in der Woche möglich sein, weil sonst die anderen Aufgaben leiden müssten.

Stadthauptmann Dr. Krämer nimmt zunächst zur Frage des Luftschutzes Stellung und berichtet, daß nunmehr in Krakau der Luftschutz praktisch stehe. Was die Feuerlöschteiche angehe, so sei der erste Bauabschnitt mit acht Teichen demnächst fertig, und diese Teiche würden dann sofort mit Wasser gefüllt. Bis zum 10.Mai solle ein zweiter Abschnitt mit fünf Feuerlöschteichen fertig sein.
11 Teiche seien bereits fertiggestellt. Die Bevölkerung

habe den Willen zum Luftschutz und zeige im allgemeinen ein vorbildliches Verhalten. Ein gewisser Prozentsatz sei offenbar im Guten nicht dazu zu bringen. Er habe deshalb in einem in 120 000 Exemplaren verbreiteten Flugblatt darauf hingewiesen, daß es nun mit den Ermahnungen und gebührenpflichtigen Verwarnungen zu Ende sei und er nicht dulden könne, daß durch einen geringen Prozentsatz der Bevölkerung die Allgemeinheit gefährdet werde. Es werde nunmehr mit Strafmaßnahmen gegen diejenigen vorgegangen werden, die immer noch glaubten, die fortgesetzten Ermahnungen im guten in den Wind schlagen zu sollen. Diese Strafmaßnahmen würden im Einvernehmen mit den Polizeistellen rücksichtslos durchgeführt werden.

Infolge der zu geringen Brennstoffzuteilung seien Müllabfuhr und Straßenreinigung so heruntergekommen, daß mit Seuchengefahren zu rechnen gewesen sei. Er habe jetzt von der Wehrmacht 100 Pferde bekommen, auch die anderen Schwierigkeiten seien behoben, so daß nunmehr die Straßenreinigung und Müllabführ zu 90% stehen. Die restlichen Schwierigkeiten z.B. hinsichtlich der Beschaffung neuer Wagen würden in zwei Wochen behoben sein.

Was die Hotelfrage angehe, so könne er gewährleisten, daß voraussichtlich Ende Juni die Mißstände auf diesem Gebiet beseitigt sein würden. Es seien bereits jetzt zusätzlich vielleicht 160 Hotelbetten geschaffen, und der Rest von weiteren 200 Betten werde Ende Juni vorhanden sein. Verschiedene Bauten müssten noch fertiggestellt werden. Das Grand-Hotel sei schon in Ordnung. In einem halben Jahr werde man über etwa 400 Betten neu verfügen, und dann könnte da, was in den ersten Jahren versäumt worden sei, in etwa wieder nachgeholt werden.

Die Grünanlagen würden so gepflegt, wie das einer Regierungshauptstadt würdig sei. Hier müsse etwas weiter gegangen werden, als es vielleicht manche Kreise im Reich verständen, weil die Deutschen leider nicht die Möglichkeit hätten, sich ausserhalb Krakaus zu erholen.

Schwierigkeiten beständen immer noch hinsichtlich der Wohnraumfrage. Man habe 6000 Räume für Deutsche geschaffen, darunter 2000 Räume in Neubauten. Alle diese Räume seien restlos aufgebraucht. Er habe jetzt nicht einen einzigen Raum mehr, alles andere sei der Wehrmacht zur Verfügung gestellt worden bezw. für die Deutschen, die hier hätten eingesetzt werden müssen. Nunmehr müssten Maßnahmen ergriffen werden, mit denen der nicht kriegsnotwendige Zuzug von Deutschen wie Polen verhindert werden könne. Er habe dem Gouverneur darüber einen Eilbericht erstattet, der aber offenbar nicht weitergeleitet worden sei. Weiter habe er den Staatssekretär dringend gebeten, eine Sitzung zur Beratung dieses Raumproblemes anzuberaumen und zu dieser Sitzung die Präsidenten Dr. Emmerich und Struve wie auch SS-Obergruppenführer Koppe hinzuzuziehen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er sich in die Behandlung dieser Frage selber einschalten werde. Im Übrigen bitte er zur Kenntnis zu nehmen, daß die Eigenschaft Krakaus nicht die der Hauptstadt eines Distrikts, sondern der Landeshauptstadt sei. Er ermächtige Stadthauptmann Dr. Krüger grundsätzlich, solche für die Gesamtsituation der Stadt und des Landes wichtigen Dinge sofort unmittelbar an ihn und an den Staatssekretär zu geben.

Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe führt aus: Die Sicherheit im Generalgouvernement sei zur Zeit keine Frage mehr, die man ausschliesslich für sich betrachten oder behandeln müsse, sondern sie sei im weitesten Umfange von der Lage an der Ostfront und überhaupt vom gesamten Kriegsgeschehen abhängig. Sie sei aber auch von den besonderen Maßnahmen abhängig, die man jetzt im Zuge der Rückverlegung der Front insbesondere in Galizien durchzuführen hätte. Ob diese Maßnahmen richtig oder falsch seien und in welcher Art sie durchgeführt würden, sei ausserordentlich beachtlich;

denn das fremde Volkstum lege in dieser Hinsicht alles, insbesondere die Haltung der Behörden und der deutschen Menschen, auf die Goldwaage.

Man habe bereits von Gouverneur Dr. Wächter gehört, daß ein Rückzug oder eine Räumung, wie sie in seinem Bereich vor sich ging, die Staatsautorität berühre und vielleicht auch berühren müsse. Das fremde Volkstum, das bisher mindestens arbeitsmässig positiv zur deutschen Führung gestanden habe, sei im Augenblick beunruhigt. Es **wisse**: die Russen stehen vor der Tür, es kann Dein Leben kosten, wenn die Bolschewisten feststellen, daß Du für die Deutschen in diesem Raum gewirkt hast. Daraus sei es auch zu erklären, daß gerade im Distrikt Lublin ein grosser passiver Widerstand bei der fremdvölkischen Bevölkerung in einer Form und einem Umfang festzustellen sei, wie man das bisher eigentlich nicht erlebt habe. Aus der Tatsache, daß ostwärts des Bug bis zur Front keine deutsche Verwaltung mehr tätig sei, werde gefolgert, daß dort in etwa ein Durcheinander herrsche. Die Banden könnten in diesem Raum eigentlich tun, was sie wollten. Sie kämen an den Bug und zögen sich nach einigen Tagen wieder auf das andere Ufer zurück.

Nach den ruhigen Monaten des November, Dezember und Januar habe sich die Sicherheitslage im Februar wieder versteift. Der Auftakt hierzu sei der Einbruch von zwei russischen Großbanden gewesen, die beide eine Stärke von rund ~ 2000 bis 3000 Mann gehabt hätten. Die Polizei habe etwa 5 Wochen hindurch in einem unerhört scharfen und harten Kampf mit diesen Banden gestanden. Die Polizei habe es sich zur Ehre gerechnet, daß sie die Banden nie länger als 5,6 oder 7 Stunden an einem Orte habe sitzen lassen. Die Polizei sei täglich am Feinde gewesen und habe auch Gefechtsberührung mit ihnen gehabt. Die Banden seien sehr stark dezimiert worden. Dieser fünfwöchige Bandenkampf sei für die Polizei die Generalprobe gewesen, und die Männer der Ordnungs-und Sicherheitspolizei hätten diese Probe glänzend bestanden. Ihm sei zwar von dem

Höheren SS- und Polizeiführer des benachbarten Bezirks gesagt worden, daß diesen Banden noch mehrere folgen würden, er sei aber überzeugt, daß die Tatsache, daß die Männer der Polizei hart am Gegener blieben und ihn täglich jagten, dazu beigetragen habe, daß im Generalgouvernement ein gewisser Bandenschreck, vom Standpunkt des Gegners aus gesehen, festzustellen sei. Die Generalprobe habe das Generalgouvernement davon verschont, heute bandenüberflutet zu sein. Eigentlich sei es doch auch recht seltsam, daß diese vielen tausende, um nicht zu sagen, Hunderttausende von Banditen, die im Raum hinter der Front ihr Unwesen getrieben hätten, jetzt nicht mehr in das Gebiet des Generalgouvernements eindrängen. Alle Dienststellen, die sich mit dieser Art des Kampfes zu beschäftigen hätten, seien erstaunt darüber, daß es bisher gelungen sei, grössere Banden in Stärke von 500 oder 600 Mann fernzuhalten.

Im gegenwärtigen Augenblick werde man keine russischen Grossbanden im Raum haben. Wohl aber gebe es in Galizien drei mittelstarke russische Banden, Die eine Bande, die eine Stärke von etwa 600 Mann habe, bewege sich jetzt südwestlich von Cholm. Sie sei von der Polizei sechs-mal angegriffen worden; auch die Luftwaffe habe die Polizei dabei unterstützt. Diese Bande sei stark angeschlagen und dezimiert und habe sich vor zwei Tagen in regelloser Flucht in Richtung auf den Bug befunden. Es sei damit zu rechnen, daß die Bande in den nächsten Tagen über den Bug zurückgeworfen werde. Dann gebe es noch 2 kleinere Banden oder mittlere Banden im Bilgorajer Wald. Die eine Bande, die eine Stärke von 200 Mann habe, stehe im Nordwestteil und sei von der Polizei auch schon bekämpft worden. Dieser Bande seien viel Verluste zugefügt und zahlreiches Material abgenommen worden. Eine andere Bande, die 300 Mann stark sei, befinde sich im Südosten des Bilgorajer Waldes; auch sie werde zur Zeit bekämpft. Eine Bande kommunister Prägung sei angesichts des Anmarsches einer Panzerdivision geflüchtet. Im Distrikt Galizien gebe es in der Gegend von Tarnopol eine polnische Nationalbande,

die sich aber zur Zeit ruhig verhalte. Ausserdem gebe es im Nordosten von Galizien kurz hinter der Front eine kommunistische Bande und im Norden bei Rawa-Ruska 2 nationalukrainische Banden von 200 bis 300 Mann. Alle diese Banden hätten schon erhebliche Verluste gehabt. Unangenehm sei die Situation in dem Raum von Stryj. Dort befinde sich eine Bande von 2000 Nationalukrainern. Aber auch dieses Problem werde gelöst werden, wenn entsprechende Kräfte zur Verfügung ständen; er brauche mindestens 4 Bataillone, um erfolgreich wirken zu können. Auch diese Bandeverhalte sich einigermassen ruhig und scheine auszubilden.

Die neue Auffangstellung sei sei mit vielem Schwung gebaut worden und habe auch im wesentlichen ihren Zweck erfüllt. Im Distrikt Lublin könnten zur Zeit nicht mehr Stützpunkte gebaut werden, sie könnten jedenfalls auch nicht besetzt werdn. Stützpunkte, die man nicht besetze, böten eine willkommene Gelegenheit für den Gegner, sich dort festzusetzen; andererseits verfielen sie auch, wenn sie nicht in Ordnung gehalten würden.

Im Distrikt Radom gebe es auch mehrere kleinere Bandengruppen in Stärke von 30 bis 60 Mann. Zwei solcher Bandengruppen von 40 bis 60 Mann seien scharf angegriffen worden und hätten Verluste erlitten.

Die Widerstandsbewegungen seien in den letzten Monaten aktiver geworden. Allein im März seien von Kommunisten, die Sabotagetrupps zusammengestellt hätten, 120 Bahnsprengungen verübt worden. Es sei ausserordentlich schwer, dieser Elemente habhaft zu werden, da sie die Taten zumeist in der Nacht verüben.

Die Morde an Deutschen in Warschau hätten zahlenmässig zugenommen. Ein grosser Teil dieser Morde sei darauf zurückzuführen, daß deutsche Soldaten oder andere deutsche Menschen eben nicht aufmerksam genug seien. Der Widerstandsbewegung komme es darauf an, wenn Soldaten angeschossen oder erschossen würden, sich möglichst in den Besitz der Waffen zu setzen. Die Widerstandsbewegungen seien in jeder Hinsicht Ernst zu nehmen. Gerade

in der nationalen Widerstandsbewegung seien Kräfte am Werke, die von Hause aus Fachleute seien; denn in der P.Z.P. gebe es Offiziere aller Truppengattungen, die ihr Handwerk gelernt hätten. Wenn auch die Widerstandsbewegungen sich untereinander nicht absolut handelseinig seien, wenn die P.Z.P. an London und der Emigrantenregierung hänge, und wenn die andere zu London in Opposition stehe, so verfolgten sie doch im Endeffekt das gleiche Ziel, die Occupanten aus dem Lande zu vertreiben und ein freies unabhängiges Polen aufzurichten. Die P.P.R. sei zahlenmässig erheblich schwächer als die anderen, aber sie werde von Moskau angewiesen und angeleitet, zu ihr kämen die Männer der GPU als Fallschirmspringer, und diese Bewegung werde immer wieder von neuen aufgefordert, Sabotage zu üben.

Die Widerstandsbewegungen bestänben seit mehreren Jahren und hätten das klare Ziel des Aufstandes. Dieser Aufstand liege auch durchaus im Bereiche der Möglichkeit. Wann der Aufstand in Szene gesetzt werde, wisse man nicht; man könne es nur vermuten. Allgemein sei aber bekannt, daß er abrollen solle, wenn die Invasion versucht werde und gewisse Anfangserfolge erreicht seien. Die polnische Widerstandsbewegung nationaler Prägung vertrete die Ansicht, daß die einzigen Mächte, die ihr helfen könnten, die Westmächte seien. Sie glaubten, daß sie bei einer geglückten Invasion durch die Westmächte eingesetzt würden. Die Strategie eines Aufstandes sei heute anders als vor dreissig Jahren. Man würde sich bei einem Aufstandsversuch der Fallschirmspringer und der Luftwaffe bedienen, die bestimmte Städte 3 Tage hintereinander schwer bombardieren würde, um die deutsche Bevölkerung mürbe zu machen. Es sei nicht schwer, mit Hilfe von Fallschirmspringern einen Aufstand in einem Lande zu entfachen, das zu 98% von einem fremden Volkstum bewohnt werde. Alles das, was die nationale Widerstandsbewegung in jahrelanger Arbeit vorbereitet habe, könne in einem solchen Augenblick Wirklichkeit werden. Der Angreifer könne den Zeitpunkt, den Ort und die Art des Aufstandes bestimmen. Ein Aufstand, der von einem so hohen Prozentsatz fremden Volsktums getragen sei, könne nicht sofort niedergeschlagen

werden. wenn auf der Gegenseite Männer ständen, die bereit seien, ihr Leben einzusetzen. Man dürfe aber überzeugt sein, daß,von der Polizei alle Vorbereitungen getroffen seien, um einem solchen Aufstand wirksam zu begegenen.

Über welchen Mengen von Waffen und Sprengstoffen der Gegner verfüge, habe man aus dem Bericht des Befehlshabers der Sicherheitspolizei gehört. Er sei stolz darauf, daß es der Sicherheitspolizei gelungen sei, gerade auch die Fertigungsstätten auszuräumen. Vonseiten der Polizei seien alle Vorbereitungen getroffen worden, die im Bereiche des Möglichen lägen und im Zuge des Denkbaren zu verwirklichen seien. Im Falle eines Aufstandes müssen selbstverständlich mit unerhörter Schärfe durchgegriffen werden. Deshalb müsse jetzt der tägliche Kleinkrieg mit aller Energie geführt werden. Je intensiver man diesen Krieg durchziehe, desto geringer müsse die Grundlage werden, auf der der polnische aktivistische Gegner stehe. Wenn Tag für Tag zwanzig bis dreissig Maschinenpistolen erbeutet würden, so erlahme seine Kraft zum Widerstand, und die psychologischen Erscheinungsformen seien andere, als wenn er im vollen Besitz seiner Waffen sei. Er lege auf diesen Kampf den grössten Wert. Wenn man Tag für Tag dem Gegner eine kleinere, mittlere oder grössere Schlappe zufüge, dann sei das Resultat gleichbedeutend beinahe mit einer gewonnenen Schlacht. In dem Zeitraum vom ersten Januar bis zum 31.März 1944 seien 3 219 Angehröige der Widerstandsbewegungen bezw. der Banden im Kampfe gefallen. 10 700 Personen seien in dieser Zeit festgenommen worden. Darüber hinaus seien grosse Mengen Waffen und Munition, Handgranaten, Sprengkörper usw. erbeutet worden. Diese Erfolge seien doch recht beachtlich und zeigten, daß die Männer der Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei Tag für Tag in einem schweren Kampfe ständen und fast bei jeder Diensthandlung ihr Leben einsetzen müssten. Die Zahl der Toten der Sicherheits-und Ordnungspolizei sei doch recht groß, wenn auch gerade die Polizei sich schon zu schützen ververstehe; denn an solche Unternehmungen gehe sie mit

einigen Sicherheiten.

Sehr zu bedauern sei der Volkstumskampf zwischen Polen und Ukrainern insbesondere im Kreise Hrubieszow. Es sei zu überlegen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dieses wahnsinnige Blutvergießen zu unterbinden. Der Ukrainische Hauptausschuss und das polnische Hilfskomitée bäten beide, daß man ihnen helfe. Er habe diesen beiden Organisationen erklärt, sie möchten zunächst von sich aus etwas unternehmen; die Ukrainer könnten ihren Männern den Befehl geben, mit Gewehr bei Fuß zu stehen. Aber dieser Volkstumskampf werde eben mit der grössten Härte von seiten der Ukrainer geführt. Die Vorschläge des ukrainischen Hauptausschusses seien tatsächlich von seiten der Polizei aus gesehen nicht diskutabl. Wollte man sie durchführen, dann würden bestimmt noch mehr Polen abgeschlachtet werden.

Einige Sorge bereiteten zur Zeit die Einflüge der Engländer und Amerikaner, die allerdings keine Bomben abwürfen, dafür aber mit Fallschirmen Waffen, Sprengstoff und anderes Material zur Erde brächten. Ihm komme es darauf an, daß bei diesen Einflügen alle Deutschen im Raume mobilisiert würden und ihnen bei Luftalarm oder, falls sie Motorengeräusch hörten, äusserste Aufmerksamkeit anempfohlen werde. Es komme darauf an, die Flugroute einwandfrei festzustellen, insbesondere festzustellen, wo die Flugzeuge gekreuzt, grosse Schleifen gezogen oder Lichtsignale von oben gegeben hätten. Auch müsse beobachtet werden, ob von der Erde aus Lichtsignale gegeben würden. Er habe den Auftrag gegeben, für diesen Zweck Meldeköpfe anzulegen; der Postenführer müsse in der Lage sein, möglichst vielen deutschen Menschen in seinem Bereich davon Kenntnis zu geben, daß dort Einflüge erwartet würden. Dann müssten die deutschen Menschen aufs freie Feld hinausgehen oder auf ihre Dächer steigen und müssten beobachten.

Nach alledem könne er sagen: die Atmosphäre sei geladen, es dränge alles auf eine Entscheidung dieses Krieges. Die Widerstandsbewegung wartet auf den Zeitpunkt, da es im Westen losgehe. Aus allen diesen Gründen sei es erforderlich,

daß alle deutschen Menschen noch viel mehr als bisher die grösste Wachsamkeit an den Tag legen. Jeder müsse sich heute wirklich als den verlängerten Arm der Polizei oder des Nachrichtendienstes fühlen; jeder müsse noch skeptischer sein, ohne deshalb die Volkstumspolitik des Generalgouverneurs zu stören. Er begrüsse es, daß einige Hauptabteilungspräsidenten in der letzten Zeit der Polizei ganz ausgezeichnetes Material zur Verfügung gestellt hätten. Aber damit sei es noch nicht genug; denn die Kunst liege darin, durch vorbeugende Maßnahmen ein grösseres Unheil zu verhüten. Je mehr man in ruhiger Zeit vom Gegener wisse, desto mehr zerschlage man ihm seine Basis. Er wäre deshalb sehr dankbar, wenn die Hauptabteilungspräsidenten ihre Mitarbeiter darüber nochmals aufklärten und sie, natürlich in diskreter Form, entsprechend belehren würden.

Er könne dem Herrn Generalgouverneur versichern, daß alle Sparten der Polizei und auch die SS tagtäglich an der Arbeit und eifrig und ehrlich bemüht seien, die Einheiten weiter zu festigen. Jede Gelegenheit werde benützt, um die Männer weltanschaulich zu schulen; denn diese Schulung sei das wichtigste Fundament für den schweren Kampf. Man sei dabei, überall dort noch auszubilden, wo es überhaupt möglich sei. Leiderständen die Verbände vielzusehr im Einsatz. Trotzdem werde weiter neu ausgebildet. Man sorge für eine entsprechende Ausrüstung der Truppe, man werde sie mit grossen Mengen von Waffen versehen, Geschütze, Panzerabwehrkanonen, neue Panzer brechende Waffen usw. seien in den letzten Monaten angeschafft worden, und man werde versuchen, diese Bewaffnung noch weiter zu steigern. Man sei auch bemüht, die Einheiten zu verstärken. Man habe zum Teil grosse Verluste, ohne daß die Berliner Dienststellen in der Lage wären, den notwendigen Ersatz zur Verfügung zu stellen. - Der Herr Generalgouverneur dürfe versichert sein, daß an dem Instrument der SS- und Polizei täglich weitergearbeitet werde und dieses Staatsschutzkorps im Augenblick der Gefahr in der Hand des Herrn Generalgouverneurs ein starkes Element bilden werde.

In seinem Schlußwort führt Staatssekretär Dr. Bühler aus:

Herr Generalgouverneur, Sie haben zu Beginn der Sitzung ein personalpolitisches Problem angeschnitten. Dazu darf ich sagen, daß das Generalgouvernement groß und auch aufnahmefähig genug ist, daß jede gute Kraft, die uns das Reich anbietet, bei uns eingebaut werden kann. Erfreulicherweise ist nun im Reich eine Umkehr dahin eingetreten, daß uns auch gute Kräfte angeboten werden. Es wäre töricht, sie zurückzuweisen.

Im Zusammenhang damit muß daran gedacht werden, auf weite Sicht einen Austausch der Kräfte aus der Aussenverwaltung im Wechsel mit den Dienststellen der Zentralverwaltung vorzunehmen. Gewiss wäre es im gegenwärtigen Zeitpunkt während des Krieges nicht zweckmässig, einen Kreishauptmann, der seine Geschäfte sehr gut führt, gegen einen anderen, wenn auch noch so guten Kreishauptmann auszutauschen, weil vielleicht gerade das Gesicht dieses Mannes für das Vertrauen der Bevölkerung von grösster Bedeutung ist. Ich bin mit Herrn Präsidenten Dr. von Craushaar darin einig, daß bei diesen Schlüsselstellungen ein solcher Austausch viel schwerer vorgenommen werden kann. Aber bei allen übrigen Gefolgschaftsmitgliedern, die sich durch eine Schulung in der Aussenverwaltung und bei den Zentralstellen das nötige Können und Wissen und ein fortschreitendes Verständnis für die Verwaltung des Generalgouvernements angeeignet haben, wird sich dieser Austausch ermöglichen lassen.

Die Arbeiterwerbung im Generalgouvernement begegnet mehr denn je grossen Schwierigkeiten. Ich habe heute ein Bild nach der Richtung, daß es viele Kreishauptmannschaften gibt, in denen bei richtiger Handhabung das volle Kontingent der im Interesse des Reiches geforderten Arbeiter geworben worden ist. Dann gibt es wieder andere Kreishauptmannschaften, in denen überhaupt nichts erreicht worden ist. Daran ist auch nicht immer der Kreishauptmann schuld. Ich bin aber mit Präsident Struve darüber in Verhandlungen, daß wir die Möglichkeiten,

auf legale und vernünftige Weise Arbeitskräfte zu werben, der Aussenverwaltung aufzeigen und daß Methoden etwa von der Art eines Sklavenfanges auf keinen Fall Platz greifen dürfen, sondern verboten werden müssen. Ich hoffe, daß trotzdem das Möglichste für das Reich aus unserem Gebiet herausgeholt werden kann.

Auf dem Gebiet des Schleichhandels wird eine zufriedenstellende und restlos glücklich machende Lösung während des Krieges nicht zu erzielen sein. Wenn aber Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei ihr Augenmerk vor allem dem gewerbsmässigen Schleichhändler und Wiederverkäufer von Schleichhandelsware zuwenden und wenn diese Quellen verstopft würden, würde das Bild anders werden.

Auf dem Gebiet der Finanzen wird angesichts des Einbruches der Sowjets in unser Gebiet ein Kriegsschädenproblem aufsteigen, das in seinem Ausmaß heute noch nicht übersehen werden kann. Wir werden deshalb gut tun, dieses auf uns zukommende Problem bereits heute in Rechnung zu stellen.

Die militärische Lage im Generalgouvernement geht seit Wochen bereits einer Konsolidierung zu. Die Hand des Führers, der zugesagt hat, das Generalgouvernement als ganzes erhalten zu wollen, ist hierbei deutlich zu erkennen. Dabei ist aber bereits die erfreuliche Feststellung zu machen, daß die Räumungsmaßnahmen, die die Regierung durchführt, in jeder Hinsicht einwandfrei und zielrichtig angesetzt werden. Sowohl die Art wie der Umfang und der Erfolg der Räumung bestätigen die bisher von der Regierung getroffenen Maßnahmen in jeder Weise als richtig. In großen Gebieten ist die Räumung vollständig abgeschlossen, und man kann heute bereits daran denken, minder wertvolle Güter, an denen uns aber auch noch gelegen ist, zurückzuführen. Weniger glatt ist es nach dem Eindruck, den ich aus den Berichten habe, mit der Räumung der Familienangehörigen gegangen. Es sollen

sich noch wesentliche Teile der Familienangehörigen aus den Ostgebieten im Generalgouvernement herumtreiben. Meine Feststellungen sind noch nicht abgeschlossen; ich möchte besonders die Herren in leitender Stellung bitten, ebenso, wie sie alle ihre Familien in der Krisenzeit bei sich behalten und dadurch die Stimmung der deutschen und fremden Bevölkerung gefestigt haben, dann, wenn ein Räumungsbefehl erteilt ist,ihn auch in ihrem Familienkreis zur Durchführung zu bringen.

Die durch den Einfall der Russen entstandenen Schäden sind ausserordentlich groß. Zum mindesten für eine gewisse Zeit sind hier im Generalgouvernement zwei Distrikte, und zwar gerade die Überschussdistrikte ausgefallen. Ich will sehr hoffen, daß nicht der eine dieser Distrikte sogar ~~nicht~~ noch ein Zuschussdistrikt wird. Andererseits glaube ich, daß besonders der Distrikt Lublin, der heute bereits den ersten Schaden, den er durch das Nahekommen der Bolschewisten erlitt, überwunden hat, dazu beitragen wird, daß die Einschränkung der Ernährung durch Sonderzuteilungen von Fall zu Fall nach Maßgabe der Erträgnisse des Distrikts Lublin erträglich gemacht werden kann.

Im übrigen ist eine weitere Schadensquelle auch der Umstand gewesen, daß die kämpfende Truppe sich an Ort und Stelle selbst versorgt. Präsident Naumann ist aber im Begriff, diese Übergriffe möglichst abzustellen oder, wenn sie geschehen sind, die unrechtmässig entnommenen Waren und Versorgungsgüter in unserer Bilanz zur Geltung zu bringen.

Der zweite mindestens ebenso grosse Schaden wie der materielle Schaden ist der Rückschlag der Stimmung der Bevölkerung. Aus diesen Schadensquellen ergibt sich auch die Aufgabe für die Zukunft, nämlich die bisher unberührt gebliebenen und vom Feinde in keiner Weise beeinträchtigten drei anderen Distrikte den Schaden, der in den vom Feinde berührten Gebieten entstanden ist, wieder gut machen zu lassen. Das können sie dadurch erreichen,

daß die Produktionsmittel, die für die anderen Distrikte bestimmt waren, nun in den unberührten Distrikten zum Einsatz kommen, weiter dadurch, daß der Apparat, der auf dem Gefolgschaftssektor in den geräumten Gebieten freigeworden ist, vorübergehend in den unberührten Distrikten eingesetzt wird. Selbstverständlich muss aber dem Distrikt Lemberg das belassen werden, was zur Vervollständigung seiner persönlichen Ausrüstung erforderlich ist. Es wäre aber unverantwortlich und höchst abwegig, wenn ähnlich dem Hamstern von Butter und Fett Arbeitskräfte nur aus egoistischen Motiven und zu dem Zweck, sie später irgendwie einzusetzen, zurückgehalten und in ihrer Arbeitskraft nicht voll ausgelastet würden.

Für die Wiederherstellung der deutschen Autorität wie der Haltung und Stimmung der Fremdbevölkerung wird eine besonders auf diesen Zweck zugeschnittene und besonders intensive Propaganda, die im engsten Einvernehmen mit dem Distrikt von der Hauptabteilung Propaganda durchzuführen wäre, von ausserordentlicher Bedeutung sein. Diese Propaganda hätte einen besonders guten Start dadurch, daß ja ~~gottseidank~~ der grösste Teil der polnischen Bevölkerung gottseidank anti-bolschewistisch eingestellt ist.

Herr Generalgouverneur, Sie haben gestern dem Landesinspekteur eine erste grosse Aufgabe dahin zugeteilt, daß er die Kriegsschäden im Distrikt Galizien und den übrigen Distrikten feststellen, daß er Ihnen weiter die Maßnahmen vorschlagen soll, die für die Wiederinstandsetzung der Verwaltung und die Wiedergutmachung der Schäden von der Regierung zu ergreifen sind. Der Landesinspekteur wird diese seine Aufgabe im engsten Einvernehmen mit dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung und den Distriktschefs in Lemberg und Lublin durchführen.

Im übrigen hat die Entwicklung der militärischen Lage im Osten auch noch eine gute Seite geschaffen. Wie noch nie können Sie, Herr Generalgouverneur, auf eine Verwaltung blicken, die in ihrer Homogenität gefestigt, in ihrem Willen und ihrer Arbeit so ausgerichtet ist wie noch nie, die auch das starke Bewusstsein gewonnen hat, daß durch eine vernünftige zentrale Leitung zentraler Probleme

allen Beteiligten Vorteil erwachsen wird. Ich bin ausserordentlich stolz, Ihnen, Herr Generalgouverneur, versichern zu können, daß Sie heute über eine Regierung verfügung, die in Treue, in Gehorsam und hingebungsvoller Arbeit, in strikter Einordnung in Ihre überragende Führung in Ihren Händen das Instrument sein wird, mit dem Sie die Ihnen vom Führer übertragene verantwortungsvolle Aufgabe zu meistern in der Lage sind. Wir schreiten in die Zukunft im unbeirrbaren Glauben an den deutschen Sieg und an die deutsche Kraft.

Die Sitzung wird darauf von dem Herrn Generalgouverneur geschlossen.

Schluß der Sitzung 16 Uhr.

IV/8 Krakau

Freitag, den 12. Mai 1944

11[15] Gouverneur-Sitzung.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Koppe
Präsident Dr. von Craushaar
Gouverneur Dr. von Burgsdorff
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Kundt
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Dr. Wendler.

Einleitend gibt der Herr Generalgouverneur seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß er Gelegenheit habe, alle schwebenden Fragen mit den Gouverneuren zu besprechen. Über die Lage selbst sei kein Wort zu verlieren. Die Meldungen, die von allen Seiten kämen, seien alles andere als beruhigend. Andererseits bestehe kein Zweifel, daß man die Haltung bewahren werde. Wie allen andern Instanzen spreche er auch den Gouverneuren seinen Dank und seine Anerkennung für ihre hervorragende Bewährung in dieser Schicksalszeit aus. Auch die Gouverneure könnten auf die Anerkennung des Führers stolz sein. Nach wie vor komme es darauf an, das Prinzip der Einheit der Verwaltung und Führung in der Linie Generalgouverneur, Gouverneur, Kreis- und Stadthauptmann als das Rückrat des Aufbaues des Generalgouvernements aufrecht zu erhalten.

Gouverneur Kundt berichtet dann über die Sicherheitslage im Distrikt Radom. Die normale Gestaltung der Sicherheitslage sei unabhängig von psychologischen und sonstigen Fragen, die mit der Invasion zusammenhängen. Die Bandentätigkeit habe sich gesteigert. Die Zahl der Überfälle auf Deutsche und der Morde an ihnen nehme in den letzten Wochen erheblich zu. Starke Ver-

luste habe auch die Gendarmerie und ein Sonderdienstkommando erlitten.

In Kielce sei von der Wehrmacht dem Stabe des Ministeriums Rosenberg zur Unterbringung von verletzten Russen ein Lager zur Verfügung gestellt worden, das auch von nichtdeutschen Mannschaften bewacht wird, woraus sich mancherlei Unzuträglichkeiten ergäben. Weiter befinde sich bei Konskie ein Barackenlager, in welchem 1500 Ostlegionäre untergebracht seien. Ein grosser Teil dieser Legionäre sei an Tuberkulose erkrankt und werde von nichtdeutschen Ärzten betreut, denen nur 1 deutscher Chefarzt übergeordnet sei. Auch hier hätten sich sehr unliebsame Verhältnisse herausgestellt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, die Frage dieser beiden Läger einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen, und bezüglich des Lagers in Konskie den Präsidenten Professor Dr. Teitge von den dort herrschenden Verhältnissen in Kenntnis zu setzen.

Gouverneur Kundt geht sodann auf die Gesamtlage im Distrikt Radom ein. Wie ihm der SS- und Polizeiführer mitgeteilt habe, seien Pläne aufgefunden worden, aus denen sich ergäbe, daß um die Mitte des Monats Mai herum in Zusammenhang mit der Invasion eventuell eine Aufstandsbewegung zu gewärtigen sei, auf die man sich selbstverständlich in irgend einer Form vorbereiten müsse Man werde kaum in der Lage sein, sich angesichts der geringen Zahl von Kräften der Polizei und Wehrmacht der Partisanen zu erwähren. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen und der Sicherheitslage sei die Arbeitererfassung trotz größter Anstrengung äusserst schwierig. Die Zahl von 15 000 Mann die der Distrikt Radom stellen solle, werde nur zu 46% erreicht werden können. Das Sonderdienstkommando sei fast aktionsunfähig geworden. Im übrigen könne ja auch das Ergebnis der Arbeitererfassung angesichts der Anforderungen der Rüstungsindustrie nicht befriedigend sein. Von einer

freiwilligen Meldung könne kaum noch gesprochen werden, was aber auch zu verstehen sei, da die Arbeiter ihre Familien bei den jetzt herrschenden unsicheren Verhältnissen nicht im Stiche lassen wollten.

Der Sonderbeauftragte für die Leistungssteigerung im Generalgouvernement Bodo Stahr berufe sich auf eine Verfügung des Generalgouverneurs, nach welcher er berechtigt sei, im Rahmen dieser Leistungssteigerung auch die polnische Arbeiterschaft zu schulen. Damit greife er doch wohl in eine Aufgabe hinein, die anderen Instanzen zustehen. Der Sonderbeauftragte habe im Distrikt Radom den Parteigenossen Schöne neben der Staatsapparatur mit dieser Aufgabe betraut, und Pg. Schöne setze nun wieder innerhalb der Kreishauptmannschaften und der Betriebe polnische Beauftragte ein. Er habe dem Pg.Schöne die ihm vom Bereichsleiter Stahr übergebene Urkunde abgenommen. Der Distriktsverwaltung sei jedenfalls amtlich darüber nichts mitgeteilt worden, welche Rechte und Zuständigkeiten Bereichsleiter Stahr habe. Ihm habe Pg. Stahr lediglich mitgeteilt, daß über die Errichtung neuer Werkküchen zentrale Weisungen ergehen sollten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler diese Frage einer Prüfung zu unterziehen, und wendet sich in diesem Zusammenhang gegen neuerdings in der Krakauer Zeitung erscheinende Verlautbarungen des Bereichsleiters Stahr, wenngleich er andererseits die guten Leistungen des Pg. Stahr durchaus anerkennen wolle. Er ersucht Gouverneur Kundt, ihm einen schriftlichen Bericht darüber zu erstatten.

Gouverneur Kundt wendet sich weiter gegen einen von Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann herausgegebenen Erlaß, nach welchem die polnischen Bürgermeister mit einem Strafrecht bis zu 3000 Zloty und gegebenenfalls mit der Befugnis zur Verhängung von Haftstrafen ausgestattet werden sollen. Es gehe nicht an, einem polnischen Bürgermeister staatliche Hoheitsrechte zu übertragen, die grundsätzlich beim Kreishauptmann liegen müssen. Auch könne s.E. eine solche Regelung überhaupt

nur auf Grund der geltenden Verwaltungsanordnung durch den Staatssekretär erfolgen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß sich Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann in diesem Erlaß vom 28. Januar 1944 auf die Zustimmung der Hauptabteilung Innere Verwaltung berufe. Wenn auch gegen eine Übertragung von Strafrechtsbefugnissen auf polnische Bürgermeister an sich nichts zu sagen sei, so dürften doch die fremdvölkischen Bürgermeister keine Strafbefugnisse erhalten, die weit über das Niveau derjenigen des Kreishauptmanns hinaus gingen. Jedenfalls müsse diese Frage von Staatssekretär Dr. Bühler genau überprüft werden.

Gouverneur Kundt weist ferner darauf hin, daß die Frage der Beitragsleistung der Kommunen zu den Kriegslasten noch ungeklärt sei. Gegen einen in dieser Beziehung vorliegenden Verordnungsentwurf müßte er gegebenenfalls in-sofern Stellung nehmen, als sich darin die Hauptabteilung Innere Verwaltung die Entscheidung vorbehalte, der Gouverneur aber überhaupt nicht in diese Regelung eingeschaltet werde.

Den dauernden Bestrebungen der Hauptabteilung Gesundheitswesen, die Gesundheitsämter bezw. den Amtsarzt bei der Kreishauptmannschaft zu einer selbständigen Behörde neben dem Kreishauptmann zu machen, müssen entgegengewirkt werden. Als Begründung werde wohl angeführt, man könne keine Ärzte für diese Tätigkeit finden, weil sie sich dem Kreishauptmann nicht unterstellen wollten. Dagegen, daß der Amtsarzt in fachmedizinischen Angelegenheiten einen unmittelbaren Schriftverkehr mit der Hauptabteilung Gesundheitswesen führen könne, sei wohl nichts einzuwenden, und er habe auch einen entsprechenden Erlaß ausgearbeitet, durch den eine kleine Lockerung in praktischer Hinsicht herbeigeführt werde. Gleichwohl halte er eine Kontrolle der Amtsärzte durch die Kreishauptmänner für durchaus geboten.

12.5.1944

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß bisher die Amtsärzte dem Amt Innere Verwaltung beim Kreishauptmann unterstellt gewesen seien. Dieses Amt werde in der Regel von einem Inspektor, einem Sekretär oder auch einem Laienangestellten verwaltet. Das Bestreben der Ärzte, die eine Spezialausbildung genossen hätten, aus dieser Stellung herauszukommen, sei verständlich. An dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung könne nicht gerüttelt werden. Zweckmässig wäre es wohl, beim Kreishauptmann ein eigenes Amt für Gesundheit einzurichten, das der Amtsarzt übernähme.

Der Herr Generalgouverneur wünscht Vortrag über diese Angelegenheit in Gegenwart des Präsidenten Professor Dr. Teitge.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet zunächst ebenfalls kurz über die Sicherheitslage im Distrikt und in der Stadt Warschau. Während die Lage auf dem flachen Lande im allgemeinen noch einigermassen zufriedenstellend sei, sei sie nach wie vor in der Stadt Warschau sehr besorgniserregend. Die Masse der Warschauer Bevölkerung sei jedoch durchaus loyal, und Sabotageakte von seiten der Arbeiterschaft kämen kaum vor.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Warschau schon in ruhigen Zeiten eine Verbrecherzentrale gewesen sei. Das liege eben im Charakter einer Millionenstadt. Vor allem müsse auch ein Weg gefunden werde, um die völlig überflüssigen unkontrollierten Deutschen aus der Stadt herauszubringen.

Gouverneur Dr. Fischer gibt zu bedenken, daß der SD. in Warschau keine Möglichkeit habe, eine Wirtschaftspolizei aufzustellen, um in Lokalen und anderswo Kontrolle durchzuführen. Gleichwohl sei man bestrebt, in Hotels usw. scharfe Kontrollen zu machen. Jeder Deutsche, der sich schlecht benehme, werde ausgewiesen, korrupte Elemente würden gegebenenfalls mit Zuchthausstrafen belegt. Aber alles das bringe keinen rechten Erfolg, da

keine Exekutive zur Verfügung stehe. Die Preisüberwachungsstelle sei auch nicht in der Lage, Wandel zu schaffen. Die Staatsanwaltschaft greife wohl einige Fälle auf, bereite sie aber nicht genügend vor, und so daure es Monate, bis die Gerichte einschreiten können. Es fehle vor allem ein Stab erfahrener Kriminalisten, der sich ausschließlich mit diesen Wirtschaftsvergehen befasse.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet dann von 2 Skandalfällen, bei denen ein Reichsbahnrat und ein Angehöriger der O.T. eine Rolle gespielt hätten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Gouverneur Dr. Fischer, ihm einen schriftlichen Bericht über diese beiden Fälle zu übersenden.

Gouverneur Dr. Fischer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich die Tätigkeit der Preisüberwachungsbehörde bisher wenig erspriesslich ausgewirkt habe. Sie habe versucht, Geld beizutreiben, habe aber die Betreffenden nur im Unterwerfungsverfahren belangt, und diese Elemente arbeiteten dann ruhig weiter. Er sei übrigens als Zeuge in einem Prozeß geladen und solle darüber aussagen, daß die Generaldirektion der Monopole seit längerer Zeit ihre eigenen Erzeugnisse durch Agenten vertreiben lasse. In diesem Prozeß werden dem Angeklagten vorgeworfen, 5000 Zigaretten zu Schleichhandelspreisen erworben zu haben.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt dazu, daß Wodka von seiten der Monopolverwaltung zu erhöhten Preisen frei verkauft werde und darin eine Art der Steuereinhebung liege. Der Wodka, der ursprünglich mit 220 Zloty verkauft worden sei, habe jetzt wohl einen Preis von 170 Zloty.

Der Herr Generalgouverneur nimmt das Vorbringen des Gouverneurs Dr. Fischer amtlich zur Kenntnis und beraumt für die nächste Woche eine Sitzung an, in der diese Frage in Gegenwart des Präsidenten Dr. Senkowsky und unter Zuziehung des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff

besprochen werden soll. Die von Gouverneur Dr. Fischer geltend gemachten Bedenken teile auch er. Leider stehe man aber auf dem Währungsgebiet beinahe vor einer Katastrophe, und er habe sich seinerzeit, nur einem starken Zwange folgend, für diese Regelung erklärt, zunächst allerdings nur für die Dauer eines Viertel Jahres. Eine amtliche Legalisierung des Schleichhandels dürfe aber darin nicht liegen.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß der zu diesen hohen Preisen verkaufte Wodka besonders gekennzeichnet und das Gericht jeder Zeit in der Lage sei, zu prüfen, ob es sich um Wodka handle, der auf diesem immerhin rechtmäßigen Wege in den Verkehr gelangt sei.

Gouverneur Dr. Fischer führt in seinem Bericht fort und weist darauf hin, daß die Wirtschaft, soweit es sich um die Rüstungsbetriebe handele, vollauf beschäftigt sei. Leider seien jedoch Hunderte von sogenannten Zubringerbetrieben, die sich in Händen von Polen befänden, sehr schlecht mit Aufträgen versorgt und könnten nur unter größten Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden. Im übrigen arbeiteten diese Betriebe vielfach schwarz. Er habe deshalb vorgeschlagen, alle nicht lebensfähigen Betriebe zu schliessen, damit die Arbeiter für das Reich freigemacht werden könnten. Die Hauptabteilung Wirtschaft wolle diese Betriebe allerdings halten, weil es die einzigen seien, auf die sie noch Einfluß habe. Auch er halte es nicht für notwendig, daß Bereichsleiter Dodo Stahr sich Dienststellen aufziehe, sondern er solle sich der dafür vorhandenen Instanzen, vor allem der Abteilung Wirtschaft bedienen.

Für den Luftschutz seien alle nur denkbaren Vorbereitungen getroffen worden.

Was die Frage der Unterstellung des Gesundheitswesens unter die Kreishauptmannschaft angehe, so habe diese Frage im Distrikt Warschau bisher zu keinen Schwierigkeiten geführt. Man habe vielmehr auch hinsichtlich der Seuchenbekämpfung sehr gute Erfolge gehabt, und zwar auch mit Hilfe von polnischen Kreisärzten.

Die übrigen Verwaltungszweige arbeiteten durchaus normal. Die Arbeitererfassung werde allerdings immer

schwieriger. Auch die Vieherfassung im Distrikt betrage z.Zt. nur 74%, und trotz der Zusammenarbeit mit der Polizei seien die Viehlieferungen von ausserhalb beinahe völlig eingestellt: aus dem Distrikt Radom kämen nur noch 20%, aus den Distrikten Lublin und Galizien überhaupt nichts mehr. - Zu begrüssen sei die enge Zusammenarbeit der Distriktsverwaltung mit allen Hauptabteilungen.

Gouverneur Dr. Wendler berichtet über die Sicherheitslage im Distrikt Lublin, die z.Zt. äusserst angespannt ist. Insbesondere im Südteil des Kreises Hrubieszow herrsche infolge des Volkstumskampfes zwischen Polen und Ukrainern eine ausgesprochene Aufstandsbewegung. Die unruhigen Verhältnisse wirkten sich naturgemäß auch auf die Leistungen der Landwirtschaft aus. Besonders ungünstig lägen die Verhältnisse im Kreise Zamosz, da der Volkstumskampf aus dem Südteil des Distrikts in diesen Kreis übergegriffen habe. Hier würden polnische Arbeiter am hellichten Tage von den Ukrainern ermordet. Die Deutschen dieses Kreises seien angesichts ihrer Inanspruchnahme für die Landwirtschaft nicht in der Lage, Polizeidienst zu machen. Er habe einen Bericht über die Dinge an den Reichsführer SS gesandt und ihn um Schutz für dieses Gebiet gebeten. Ob mit einer Einrichtung von 25 Stützpunkten zu je 100 Mann im Distrikt Lublin grundlegend geholfen werden könne, stehe noch dahin. Trotz der höchst angespannten Lage im Distrikt Lublin sei das Land doch im wesentlichen bestellt worden. Bei der Erfassung von Vieh habe sich der Sonderdienst sehr gut bewährt, er müßte aber um mindestens 150 Mann verstärkt werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gouverneur Dr. Wendler, daß die Zahl der Stützpunkte auf mindestens 120 erhöht werden müsse.

Unbeschadet des Rechts übergeordneter Instanzen, Ausweisungen aus dem Generalgouvernement aus sicherheitspolizeilichen Gründen zu verfügen, müßten auch die Gouverneure zu dieser Frage eine Zuständigkeit erhalten.

12.5.1944

Staatssekretär Dr. Bühler weist auf die neue Disziplinarstrafordnung hin, in der auch als Strafe die Ausweisung vorgesehen ist. Danach kann die Regierung den Antrag auf Ausweisung einer Person an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei weiterleiten, der dann darüber entscheidet. Es sei vorgesehen, daß die Ausweisung im Einvernehmen mit dem Höheren SS- und Polizeiführer erfolge.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, die Regelung würde bedeuten, daß er dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei unterstellt sei. Er halte das selbstverständlich für völlig ausgeschlossen. - Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Dr. Wendler, über einen von ihm erwähnten Fall der Nichtausweisung einer Person trotz Vorliegen bestimmter Verfehlungen Bericht zu erstatten. Er werde gegebenenfalls die Ausweisung sofort verfügen.

Staatssekretär Koppe ist schon aus rein ordnungspolitischen Tendenzen dafür, daß jeder streng vorbestrafte Deutsche das Generalgouvernement zu verlassen hat. Er übernehme die Gewähr dafür, daß die Sache bei ihm absolut korrekt gehandhabt würde. Man müsse allerdings bedenken, daß die Sicherheitspolizei durchaus überlastet sei. Er halte es nicht für richtig, daß der Generalgouverneur selber darüber entscheide.

Der Herr Generalgouverneur bittet Staatssekretär Dr. Bühler und Gouverneur Dr. Wendler, sich in der Frage der Ausweisung an Staatssekretär Koppe zu wenden. Gegebenenfalls würde er sich die Entscheidung selber vorbehalten. Diese Regelung solle für alle Gouverneure Geltung haben.

Gouverneur Dr. Wendler teilt dann mit, daß gegen im Polizeihilfsdienst eingesetzte Beamte und Angestellte der Distriktsverwaltung von seiten der Hauptabteilung Finanzen Rückforderungsansprüche wegen zu viel gezahlter Tagegelder gestellt würden. In einem Falle handle es sich um eine Summe von 2 360 Zloty. Er bitte, dafür zu sorgen,

daß diese Rückzahlungsansprüche nicht aufrecht erhalten würden. - In diesem Zusammenhang bemerkt Gouverneur Dr. Wendler, daß 86 Gefolgschaftsmitglieder der Distriktsverwaltung in der Zeit vom 1. Juli 1943 bis 15. April 1944 5124 Tage Polizeidienst verrichtet hätten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, die Frage der Polizeihilfsdienstpflicht und die damit im Zusammenhang stehende Frage der Zurückzahlung von Tagegeldern einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Gouverneur Dr. Wendler geht dann auf die Frage des Gesundheitswesens ein und gibt der Ansicht Ausdruck, wenn der von Präsident Professor Dr. Teitge in der Frage der Amtsärzte vertrete Standpunkt richtig wäre, dann könnte weder der Kreishauptmann noch der Gouverneur irgendeine Anordnung treffen. Schließlich würden diese Instanzen auch nicht so ungeschickt sein, in medizinischen Dingen Anordnungen zu geben. Offenbar gehe man im Reichsministerium des Innern nur von der Ansicht aus, daß es sich hier lediglich um fachärztliche Angelegenheiten handelt.

Abschliessend berichtet Gouverneur Dr. Wendler von Massnahmen, die auf dem Gebiet der Räumung und des Abtransports von Gütern getroffen worden sind.

(Die Sitzung wird hierauf unterbrochen)

15[15] Fortsetzung der Gouverneur-Sitzung.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet über die Lage im Distrikt Galizien. Es zeige sich eine langsame Konsolidierung der Verhältnisse. Die Erfassungssituation habe sich in den letzten Tagen etwas gebessert, da die Wehrmacht für die Erfassung im Interesse der rückwärtigen Dienststellen und damit auch der zivilen Versorgungsbetriebe 2 Bataillone zur Verfügung gestellt habe. Die Buttererfassung sei auf 2 000 kg wöchentlich zurückgegangen. Die Wehrmacht erhalte zwar alles von der Bevölkerung, jedoch auf Kosten des Generalsektors der Verwaltung. Wenn die Front stabil bleibe, würden sich aber wohl die Verhältnis-

se bessern. Die Disziplin der Truppe sei ebenfalls besser geworden, nach dem Generalfeldmarschall Model einen Befehl erlassen habe, in welchem unter Androhung von Kriegsrecht darauf hingewiesen werde, daß sich die Truppe im Heimatgebiet befinde und sich keinesfalls auf direktem Wege versorgen dürfe. Die Zusammenarbeit von Verwaltung und Wehrmacht sei vorzüglich.

Die grösste Sorge bereite ihm z.Zt. der Umstand, daß die Wehrmacht auf dem Standpunkt stehe, Lemberg müsse geräumt werden, was eine Bewegung von etwa 200 000 Menschen zur Folge haben würde. Man befürchte, daß dann nur die schlechtesten Elemente in der Stadt blieben und dort plünderten, daß sich weiter in den Ruinen solche Elemente sehr gut verbergen könnten.

Der Initiative des Präsidenten Dr. von Craushaar sei es zu danken, daß zwei Drittel des Personals der Distriktsverwaltung wieder sich an den Dienststellen befinde. Die Einheit der Verwaltung habe sich absolut bewährt. Leider habe man mit dem technischen Amt und der Forstverwaltung keine guten Erfahrungen gemacht; diese Dienststellen seien als erste abgerückt.

Die Bandenlage zeige gegenüber dem März im April eine Verschärfung, während im Monat Mai wieder ein gewisses Zurückgehen der Überfälle zu beobachten sei. Ein grosser Truppenübungsplatz, der habe geräumt werden müssen, stehe jetzt leer und stelle einen idealen Versammlungsplatz für Banden sowie ein Gelände für Luftlandungen dar. Dieses Gelände könnte nutzbar gemacht werden, wenn Baracken zur Verfügung gestellt würden. Die Delta-Werke verfügten über eine grosse Anzahl solcher Baracken.

Gouverneur Dr. Wendler gibt dann einen Überblick über die Bandentätigkeit. Ein besonderes Problem stelle die Bandera-Bewegung dar, deren Angehörige im letzten halben Jahr 6000 Polen umgebracht sowie Gehöfte und Liegenschaften niedergebrannt hätten. Die Distriktsverwaltung habe frühzeitig darauf hingewiesen, daß man sich nicht gegen den fanatischen Haß einer liegenschaftsfeindlichen Bevölkerung durchsetzen könne. Man habe seinerzeit auf diesen Liegenschaften polnische Betriebsleiter eingesetzt, die aber kein Interesse an den Tag gelegt

hätten und frühzeitig die Betriebe verlassen hätten.

Die Gefährlichkeit der Banden werde von der Wehrmacht vielfach unterschätzt. Er habe sich bemüht, den übergeordneten Stellen die Gefahr der Banden klar zu machen; das sei ihm auch bis zu einem gewissen Grade gelungen, aber die Führer der kleineren militärischen Einheiten brächten nach wie vor wenig Verständnis für die Gefährlichkeit der Banden auf.

Die SS-Schützendivision sei überhaupt noch nicht zum Einsatz gekommen, sondern stehe zumeist noch in der Ausbildung. Der Kommandeur sei mit den Mannschaften durchaus zufrieden. Hier liege offenbar der Ansatzpunkt für eine positive Potitik. In den jungen Leuten wachse erstmals so etwas wie ein europäisches Bewußtsein. Deshalb sei er trotz mancher Rückschläge doch optimistisch.

Gouverneur Dr. Wächter geht dann auf die Luftlage ein und teilt mit, daß neben den 4 Großangriffen auf Lemberg dauernd Angriffe gegen kleine Städte und Dörfer mit Bomben und Bordwaffen berichtet würden. Die Bevölkerung verhalte sich tadellos und setze sich auch im Luftschutzhilfsdienst vorbildlich ein.

Er könne zu seiner Genugtuung feststellen, daß die Erdölindustrie weitgehend wieder in Gang gesetzt werde, so vor allem in Drohobycz. Er bitte, der Distriktsverwaltung mit einer Konservenreserve für die Ernährung der Arbeiter zu helfen.

Staatssekretär Koppe hält es für zweckmässig, überhaupt in den Distriktsstädten eine gewisse eiserne Ration vorzusehen und vielleicht auch in den deutschen Vierteln gewisse Reserven zu schaffen.

Gouverneur Dr. Wächter teilt weiter mit, daß die Bevölkerung in grossem Umfange für Schanzarbeiten eingesetzt sei. Auch der Baudienst sei für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. - Erfreulich sei die Tatsache, daß 10 000 Arbeiter erfaßt worden seien. Das sei darauf zurückzuführen, daß angesichts der Bedrückung durch die Ukrainer in der polnischen Bevölkerung eine starke Neigung entstanden sei, ins Reich zu gehen. Gleichwohl habe Präsident Struve gewisse Vorwürfe gegen ihn, Gouverneur

12.5.1944

Dr. Wächter, gerichtet und erklärt, die Verwaltung habe in jeder Weise versagt.

Mit der Freiwilligenwerbung für die galizischen Verbände habe man recht gute Erfolge. Am ersten Tage der Aktion hätten sich von 1400 Personen 760 zur Waffen-SS gemeldet, die einen recht guten Eindruck machten. Offiziere der Wehrmacht, der Waffen-SS, der Luftwaffe und Unterführer der galizischen SS-Division seien gebeten worden, sich in den Dienst dieser Sache zu stellen. Man hoffe auch in so weit auf ein günstiges Ergebnis. Leider habe sich gezeigt, daß hinsichtlich dieser Frage innerhalb der Wehrmacht eine grosse Gegensätzlichkeit herrsche. Von der Distriktsverwaltung seien deshalb zwei Mal Weisungen hinausgegangen, von denen die zweite die erste etwas abändere. Jedenfalls müsse jetzt eine Klärung herbeigeführt werden. Denn wenn im Verlauf von 4 Wochen 10 000 Menschen herausgeholt würden und man sie nicht abtransportieren könne, dann entstehe eine grosses Durcheinander.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Dr. Wächter, zusammen mit ihm und Staatssekretär Dr. Bühler ein in dieser Frage an ihn gerichtetes Schreiben zu beantworten. Auch Staatssekretär Koppe und Präsident Dr. von Craushaar müßten dazu gehört werden.

Abschliessned glaubt Gouverneur Dr. Wächter feststellen zu können, daß im Moment der Höhepunkt der Krisis überwunden sei und man wieder zu einem kleinen Aufbau kommen könne, wenn nicht neue Rückschläge einträten. zu bedauern sei allerdings, daß die Bevölkerung den Glauben an die Stärke der deutschen Führung verloren habe.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff berichtet, daß sich die Sicherheitslage im Distrikt Krakau gegenüber dem früheren Zustand verschlechtert habe, aber immerhin noch befriedigend sei. Auch in den Ostkreisen bestünden nach wie vor hinsichtlich der Erfassung keinerlei Schwierigkeiten. Allerdings seien neuerdings Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß ukrainische Banden aus Galizien

über die Grenze gekommen seien und begonnen hätten, die polnische Bevölkerung zu überfallen. Dabei seien u.a. einige Liegenschaftsleiter ermordet worden. Er habe Bedenken, die polnischen Liegenschaftsleiter durch Ukrainer zu ersetzen, weil das den Anschein erwecken würde, als gäbe er den Mördern nach. Er habe vielmehr den Versuch gemacht, diese Liegenschaftsleiter durch Deutsche oder andere Polen zu ersetzen, es frage sich jedoch, ob das auf die Dauer möglich sei.

Festgestellt werden muß, daß die Arbeitsämter und ihre Nebenstellen hinsichtlich der Arbeitererfassung völlig hilflos geworden seien. Erfolge seien höchstens noch der Arbeit der Kreishauptleute mit Unterstützung durch die Polizei zu danken. Aus den Ostkreisen könne er überhaupt keine Arbeiter mehr schicken, weil sie dort vor allem für den Ausbau der Sonstellung, den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke und die Wiederherstellung der Wege gebraucht würden.

Das Verhalten der Wehrmacht sei im allgemeinen gut, Verwaltung und Wehrmacht arbeiteten ausgezeichnet zusammen. Die grosse Aufgabe, in Wieliczka für 250 Wehrmachtsarbeiter, die in den unterirdischen Werkstätten tätig werden sollte, Unterkommen zu finden, sei nicht leicht zu erfüllen gewesen. Auch sei es nicht gelungen, genügend Lebensmittel bereit zu stellen. Gleichwohl könne die Jägerfertigung am 1. Juni beginnen.

Die Raum- und Wohnungsfrage bringe für den Distrikt Krakau grosse Schwierigkeiten, da 30 000 Menschen aus Lemberg aufgenommen werden müssen.

Präsident Dr. von Cruschear bemerkt dazu, daß für die Aufnahme die Umgegend von Tarnow geräumt werde.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff weist ferner darauf hin, daß sich in der Gegend von Neumarkt Fremdvölkische plünderderweise herumtrieben. Sie sollten von der Wehrmacht wieder eingefangen und zu Arbeiten an der Front eingesetzt werden. - Was die Wohnlage in der Stadt Krakau angehe, so habe Stadthauptmann Dr. Krämer ihn

gebeten, eine genaue Wohnungsstatistik auf Grund der Besichtigung aller Wohnungen von Deutschen aufstellen zu lassen. Er werde diesem Ersuchen in den nächsten Tagen nachkommen.

Was die Frage der Gesundheitsämter und des technischen Hauptamtes angehe, so sei er selbstverständlich als alter Verwaltungsbeamter ein Anhänger der Einheit der Verwaltung. Eine Auflockerung der Einheit der Verwaltung sei bereits nach 1918 erfolgt. Es müsse anerkannt werden, daß viele junge Kreishauptmänner auch menschlich noch nicht ganz fähig seien, wirklich eine Einheitsbehörde zu führen. Er bitte deshalb, auch die anderen Gouverneure, ihre Kreishauptmänner unbedingt dazu zu erziehen, daß sie ihren Mitarbeitern, namentlich den Leitern von Fachabteilungen die nötige Bewegungsfreiheit gäben. Über die technische Verwaltung werde er dem Präsidenten Dr. von Craushaar Bericht erstatten. Leider müsse festgestellt werden, daß die technischen Ämter vielfach von einer vorbildlichen Sturheit seien. So habe er z.B. bis zum gewissen Grade die Verantwortung dafür übernommen, daß die Gemüseversorgung von Krakau im kommenden Sommer besser werde. Der dafür notwendige Bau einer Baracke sei ihm immer vom Technischen Zentralamt abgelehnt worden, bis endlich nach wiederholter Rücksprache mit Staatssekretär Dr. Bühler die Genehmigung erteilt worden sei. Ebenso haben sich erst nach langem Besprechungen das Technische Zentralamt bereit gefunden, die Distriktsstrasse bei Miechow zu bauen, die für die Gemüseanfuhr von größter Wichtigkeit sei.

Staatssekretär <u>Koppe</u> nimmt nunmehr in eingehenden Ausführungen zur <u>Sicherheitslage</u> Stellung. Die Sicherheitslage sei nicht zuletzt mit dem Geschehen an der Ostfront, mit den hohen politischen Zielen und den militärischen Vorhaben der Westmächte verbunden. In allen Sparten der Widerstandbewegung und auch bei den Banden sei eine absolute Aktivität größten Umfanges festzustellen. Man werde eigentlich von 2 Seiten angegriffen: ein-

mal seien es die Sowjetrussen, die sich nicht nur damit begnügten, neue Banden ins Generalgouvernement zu schikken, sondern die auch durch Fallschirmspringer, durch Abwurf von Waffen, Munition, Sprengstoff usw. auch die kommunistische Widerstandsbewegung besonders im Distrikt Lublin erheblich zu mobilisieren versuchten. Auf der andern Seite versuche die Emigrantenregierung in London immer wieder, für die Geldwerte, die sie von Churchill oder Roosevelt erhalte, etwas auf den Plan zu legen. In den Reihen der nationalen Widerstandbewegung und auch der nationalen Banden mit Ausnahme der ukrainischen sei keine klare Zielsetzung der Auffassungen festzustellen. Der nationale Pole, der Angehörige der Intelligenz, der frühere Offizier, tendiere nicht nach Moskau, er warte darauf, bis ihm der Einsatz vom Westen blühe. Aber die hohen politischen Linien, die in London gegeben würden, seien andere. Es sei auch zu verwundern, daß ein Mann wie Churchill oder Roosevelt Befehle herausgegeben hätten, die sich im Augenblick gegen die Interessensphäre der Sowjets richteten. Man müsse damit rechnen, dass sich die verschiedenen Arten der Widerstandsbewegung im Aufstandsfall auf einer gemeinsamen Linie träfen. Einige würden vielleicht nicht mitziehen, aber das Gros werde praktisch gegen die deutsche Führung stehen. Die Vorbereitungen der Gegner zum Aufstand hätten in den letzten Wochen Formen angenommen, die klar erkennen liessen, daß man nunmehr gewillt sei, zu handeln. Heute stünden ja andere als in den Jahren 1914 - 1918 den Bewohnern einer besetzten Gebietes alle modernen Nachrichtenmittel zur Verfügung.

Die Polizei habe in den letzten Wochen grosse Erfolge hinsichtlich der Auffindung von Waffen, Sprengstoff, Munition usw. gehabt. Seit der Regierungssitzung seien mindestens 10, 12 oder 14 Herstellungsbetriebe aller Art, insbesondere Sprengstoffherstellungsbetriebe meist nach schwerstem Kampf ausgehoben worden. Und das sei gewiss nicht alles, was auf diesem Gebiete vorhanden sei. Die Materialien seien vielfach dezentralisiert gelagert und befänden sich in der Hand derjenigen, die gegen die deutsche Führung arbeiten sollten.

12.5.1944

Ob es wirklich zum Aufstand komme, wisse er nicht; mit grosser Wahrscheinlichkeit aber sei anzunehmen, daß etwas geschehen werde. Der Zeitpunkt stehe auch nicht fest. In den Meldungen der Vertrauensmänner werde immer von den Tagen des 15. Mai bis spätestens 20. Mai gesprochen. Hier könnten 3 Faktoren von massgebender Bedeutung sein: die Invasion, eine russische Großoffensive, ein gleichzeitig in allen besetzten Ländern ausbrechender Aufstand.

Die Polizei habe es sich zum Prinzip gemacht, gerade jetzt umfassende Vorbeugungsmassnahmen durchzuführen, um den Gegner rechtzeitig zuvorzukommen. Er habe seine Befehlshaber wie die SS- und Polizeiführer darauf hingewiesen, daß im Falle eines Aufstandes, die Gegner ihre Waffenlager noch weiter dezentralisieren, daß sie die Waffen an die Alarmplätze ~~zu~~ befördern und Waffen, Munition wie Sprengstoff an den Mann bringen müßten. Deshalb müsse durch intensivste Kontrolle versucht werden, den Gegner mindestens zunächst zu hemmen. Nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande müsse jede verdächtige Person sofort von der Polizeistreife gestellt werden. Auch den Frauen sei dabei eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Auch eine ausgedehnte Fahrzeugkontrolle aller Arten von Wagen müsse durchgeführt werden. Diese Kontrolle müsse sich vor allem auch auf Radfahrer erstrecken; denn das Rad habe in allen polnischen Aufständen eine grosse Rolle gespielt. Eine Kontrolle dürfe höchsten eine halbe bis eineinhalb Stunden Dauern. Er lege den allergrößten Wert darauf, dass jetzt der letzte Mann eingesetzt werde. Erhöhte Aufmerksamkeit sei auch den Flugplätzen zu widmen, da die Aufständischen bestrebt sein würden, sie in ihren Besitz zu bringen.

Die Zahl der russischen Banden habe in den letzten 4 Wochen im Generalgouvernement erheblich zugenommen. Diese Banden seien eigentlich rein militärische Formationen, ihre Angehörigen, seien grosse Idealisten. Die Offiziere und Unteroffiziere seien lang gediente Männer,

taktisch geschult und strategisch ausserordentlich beschlagen. Es sei sehr schwierig, eine solche Bande völlig zu vernichten. Auch herrsche in den Banden offenbar eine starke Disziplin und die Bandenchefs scheuten nicht davor zurück, die eigenen Leute zu erschiessen, wenn sie sich eines Partisanen als unwürdig erwiesen hätten. Eigentlich seien die Banden ein Bestandteil der regulären Armee und hätten Aufgaben ähnlich denjenigen der Kavallerie zu erfüllen. Jeder Bandenführer habe einen strikten militärischen Auftrag, den er so oder so durchführen müsse.

Staatssekretär Koppe gibt dann an Hand von Karten einen Überblick über die Bandenlage in den Distrikten des Generalgouvernements.

Abschliessend führt Staatssekretär Koppe aus: z.Zt. bestehe für den Distrikt Lublin ein Notstand in so fern, als man die Aufgaben der Verwaltungspolizei und die allgemeinen Aufgaben der Polizei trennen könne. Die Begriffe, die in Frieden gebräuchig gewesen seien, seien völlig verwischt. Aus diesem Grunde sei es auch unbedingt notwendig, daß sich jeder Deutsche im Generalgouvernement als Kämpfer betätige. Hinzu komme noch, daß der Sonderdienst jetzt schon eine Elite darstelle. Eigentlich wäre es der höhere Sinn des Sonderdienstes, vor allem im Distrikt Lublin zu kämpfen, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Wenn es vorgekommen sei, daß sich Angehörige des Sonderdienstes hätten überfallen lassen, so habe es sich um Männer gehandelt, die bisher dem Kampf entfremdet und auch gelände-mäßig nicht genügend ausgebildet gewesen seien. Sein Wunsch sei es, die Angehörigen des Sonderdienstes nunmehr ausschließlich für den Kampf vorzubereiten, statt sie im Wachtdienst oder auf den Stützpunkten militärisch verkommen zu lassen.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für unrichtig, jetzt schon den Sonderdienst ausschließlich im Bilgorajer Wald oder zu reinen Bandenbekämpfung anzusetzen. Es frage sich auch, ob sich in dem erwähnten Fall die Sonder-

dienstmännner anders verhalten hätten, wenn sie eine polizeiliche Führung gehabt hätten.

Staatssekretär Koppe ist gleichwohl der Auffassung, daß die Angehörigen des Sonderdienstes mehr als bisher im Kampfe eingesetzt werden müßten, wie überhaupt jeder deutsche Mensch im Generalgouvernement die Verpflichtung habe, mitzukämpfen, wenn in Krakau oder in den anderen Distriktsstädten ein offener Aufstand ausbricht. Jeder Deutsche habe gegebenenfalls zu beweisen, wo er gekämpft habe, um nicht zur Verantwortung gezogen werden zu müssen.

Abschliessend legt Staatssekretär Koppe dar, welche Vorkehrungen im einzelnen für den Fall eines Aufstandes getroffen werden müßten.

Gouverneur Kundt weist darauf hin, daß offensichtlich nur 50% der Volksdeutschen eingebürgert werden sollten. Bei den Nichteingebürgerten handle es sich teilweise um politische Leiter, die sich mit ihren Familien von Anfang an bewährt hätten. Vielfach würden gegen eine Einbürgerung rassenpolitische Gesichtspunkte geltend gemacht.

Präsident Dr. von Craushaar teilt mit, daß darüber demnächst bei ihm eine Besprechung stattfinden werde. - Die Arbeiterwerbung auf kaltem Wege werde man wohl bis auf weiteres wenigstens in den Gebieten einstellen müssen, in denen wie im Ostteil des Distrikts Krakau militärische Stellungen ausgehoben würden. Wenn die Bewchnerschaft ganzer Dörfer für den Stellungsbau eingesetzt würde, könnten nicht gleichzeitig Menschen abtransportiert werden; sonst höre die Arbeitswilligkeit völlig auf. - Was die Tätigkeit des Inspekteurs für die Leistungssteigerung angehe, so sei er daran interessiert, daß diese Angelegenheit in der Zentrale in Ordnung gebracht werde, weil die Betreuung von Fremdstämmigen eine Sache der Volkstumsabteilung sei. Ausserhalb der allgemeinen Volkstumsarbeit werde offenbar noch eine andere

Volkstumspolitik getrieben. - In den Räumungsdistrikten müsse darauf gesehen werden, daß die Angehörigen von hochgestellten Beamten der Verwaltungen aller Art nicht mit schlechtem Beispiel vorangingen. Der Herr Generalgouverneur habe darüber sehr scharfe Weisungen gegeben und angeordnet, daß die Angehörigen unverzüglich nach Deutschland gebracht werden müssen. - Für die Räumung von Lemberg und ihre Durchführung sei vor kurzem eine Regelung getroffen worden. - Was die Frage der Gesundheitsämter angehe, so schliesse er sich den Ausführungen des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff an. Es handle sich darum, durch eine gewisse Erziehung der Kreishauptmänner die Mängel zu behebn und so eine Organisationsänderung zu vermeiden. Was auf diesem Gebiete geschehe, diene dem Gedanken der Einheit der Verwaltung. Es sei wohl Aufgabe der Abteilungen Innere Verwaltung bei den Distrikten, die in der Frage der Erhaltung der gesamten Organisation über ihren eigenen Bereich hinausgreifen müßten, dafür zu sorgen, daß die Kreishauptmänner auf diesem Gebiet vernünftig handelten. Er habe auch bisher in jedem Falle volles Verständnis für seine Auffassung gefunden. - Er werde dem Generalgouverneur eine Vorlage über die Massnahmen machen, die im Zuge der Polenpolitik zu treffen seien, und zwar in Auswirkung der Erklärung des Generalgouverneurs vor der Auslandspresse im Januar 1944. Er könne das Problem nicht vertiefen, auch nicht das der Heranziehung der Polen zur Verwaltung. In den Distrikten Krakau und Galizien seien damit Versuche gemacht worden, und er würde es begrüssen, wenn auch in Radom und Warschau gegebenenfalls ein solcher Versuch gemacht werden würde. Ein unverbindlicher Versuch mit der Schaffung eines Gemeindeverbandsausschusses könnte positive Unterlagen für eine generelle Reglung geben.

Präsident Dr. von Craushaar geht dann auf die Frage des <u>Verwaltungsalarmes</u> ein. Wo planmässige Alarmordnungen bestünden, unterschieden sie sich vom Luftalarm, ferner seien sie auch vom sogenannten Sicherheitsalarm zu unter-

scheiden, der im ganzen vorbereitet sei und mit dem für die Sicherheit des Gebietes gesorgt werde. Der Gouverneur werde sich über die Übereinstimmung der Pläne von Wehrmacht und Polizei zu unterrichten haben. Der Verwaltungsalarm sei dazu bestimmt, im Unruhefall die notwendige Verwaltungstätigkeit zu sichern. In Krisenzeiten zeige sich fast immer, daß die ersten Alarmstufen angesichts der Nervosität bereits in Tagen ausgesprochen würden, denen der Aufstand praktisch noch nicht folge. Hier sei also die Verwaltung in die Lage versetzt, die besondere Situation schon zu berücksichtigen in einer Zeit, in der die Verwaltung praktisch draussen nochn nicht entbehrt werden könne. Die Distrikte würden ebenso wie Regierung und Kreishauptmannschaft die Verwaltung weiter zu führen haben. Sie hätten Berichte und Befehle entgegenzunehmen. Ferner habe die Distrikgsverwaltung in ihrem Ort entsprechende Vereinbarungen mit Polizei und Wehrmacht zu treffen, der Regierung darüber zu berichten und Weisungen der Regierung entgegenzunehmen. In den Führungsstab dürften möglichst ausschließlich nur solche Disziplinen hineingenommen werden, wie Innere Verwaltung mit Strassenverkehr und Volkstumswesen.

Die Gouverneurbesprechung wird hierauf unterbrochen, da Generalmajor Bork, der Generalstabschef des Wehrkreiskommandos, erschienen ist.

Staatssekretär Dr. Bühler, der in Vertretung des Herrn Generalgouverneurs die Leitung der Beratungen übernommen hat, begrüßt Generalmajor Bork und bittet ihn, den Gouverneuren einige Aufschlüsse über den Stand der Militärverwaltung, über die gegenwärtige militärische Lage und sonstige Einzelfragen zu geben.

Generalmajor Bork gibt einen kurzen Bericht über die Frontlage. Es ergäbe sich ein Bild der Unsicherheit in dem Ansatz der Kräfte einerseits und dem Zeitpunkt des Losschlages andererseits, nicht unwesentlich unter-

stützt durch die fortgeschrittene Konsolidierung der deutschen Front. Diese Frontlage habe sich auch in gewissem Sinne auf die Bandenlage so ausgewirkt, daß es zu befürchteten starken Bandenangriffen noch nicht gekommen sei. Sie habe auch noch nicht zu empfindlichen Störungen des militärischen Apparats geführt, wohl aber zu starken Störungen des gesamten Regierungsapparats. Das Wehrkreiskommando habe in Verbindung mit der Bandenbekämpfung die notwendigen Schritte eingeleitet, die fortgesetzt werden würden, damit, wenn die Frontlage beständig bleibe oder sich nur auf Teilgebiete kampftechnisch auswirken sollte, die notwendigen Kräfte zur Verfügung gestellt würden, um im grösseren Umfange gegen die Banden etwas zu unternehmen. Generalfeldmarschall Model habe Kräfte von einer bis zwei Divisionen zugesagt; der Zeitpunkt ihres Eintreffens stehe noch nicht fest. Auch seien jetzt Vorbereitungen getroffen worden, die vorhandenen Kräfte zur Aufrechterhaltung ihrer Schutzaufgaben so zu mobilisieren, daß sie in weiterem Umfange auch zu solchen Aufgaben herangezogen werden können. Die Vorbereitungen bezw. die Aussichten in dieser Richtung seien nicht ungünstig. Man könne annehmen, daß etwa um den 1. Juni herum mit einer nennenswerten Aktion begonnen werden könne. Das erste Unternehmen würde sich je nach der Frontlage gegen den Bilgorajer Wald richten.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Dr. Bühler erwidert Generalmajor Bork, daß die truppendienstliche Unterstellung im gesamten Gebiet unverändert sei. Das Landesschützenbataillon, das bis vor Brody stehe, unterstehe dem Wehrkreiskommando wie alle Kräfte in den Westbezirken. Nur sei die taktische Unterstellung in diesen Bereichen halbwegs bis zum San und bis zur Weichsel des Chef des Generalstabs des Heeres übertragen und unterläge damit der Befehlsgewalt der betreffenden Heeresgruppe. Wenn die Heeresgruppe beispielsweise eingesetzte Sicherungsbataillone verlegen wolle, so könne sie es

tun. Die truppendienstliche Unterstellung wie die Unterstellung aller Verwaltungseinrichtungen unter den Wehrkreisbefehlshaber blieben nach wie vor bestehen. - Die Befestigungslinie San-Weichsel werde vom Wehrkreiskommando gebaut, die Arbeit gehe bis jetzt auch hinsichtlich der Arbeitskräfte reibungslos von statten. Man werde aber bald mit neuen Vorschlägen an die Regierung hinsichtlich der Aufstellung von Arbeitsbataillonen herantreten müssen, die man dann auch aus den anderen Gebieten verziehen müsse, weil auf Grund einer noch nicht bestätigten Weisung die Arbeiten am ganzen San, die z.Zt. völlig bedeutungslos seien, aktiviert werden müßten. Auch da seien die Vorbereitungen durch ihn, Generalmajor Bork, eingeleitet, und er werde rechtzeitig an die Regierung herantreten, da sie Arbeitsbataillone werde stellen müssen. Den Arbeitskräften müsse von vornherein gesagt werden, daß sie zu dieser bestimmten Arbeit eingesetzt würden, eine bestimmte Entlohnung erhielten, daß Verpflegung und Unterkunft sichergestellt würden und ihnen, falls sie gut arbeiteten, Prämien gezahlt werden würden.

Gouverneur Kundt weist darauf hin, daß für den Schutz der grossen Rüstungswerke in Ostrowiez und der Hasag-Werke nur schwache Polizeikräfte zur Verfügung stünden. In der Nähe dieser Werke lägen keine militärischen Kräfte, die vielleicht für den Schutz herangezogen werden könnten, weil von seiten der Wehrmacht der Standpunkt vertreten werde, militärische Kräfte könnten nur für die Bekämpfung grosser Banden eingesetzt werden. Es müßte doch möglich sein, Ausbildungsabteilungen in die Nähe dieser Werke zu legen.

Generalmajor Bork bemerkt, daß über diese Frage bereits gesprochen worden sei. Die zur Verfügung stehenden Kräfte seien sämtlich für Schutzaufgaben eingesetzt, abgesehen von den reinen Ausbildungsabteilunge, die alle 14 Tage neu rekrutiert würden und nur jeweils für eine besondere Aufgabe zusammengezogen werden könnten. Die Landesschützenbataillone seien für zusätzliche Aufgaben z.Zt. nicht heranzuziehen.

12.5.1944

Staatssekretär Koppe hält es auch für angebracht, daß die Rüstungswerke unter einen bestimmten Schutz gestellt werden müssen. Andererseits sei es vom Standpunkt des Truppenführers aus zu verstehen, daß er seine Kräfte nicht verzetteln und eine kleine taktische Reserve in der Hand behalten wolle, um für den Fall des Aufstandes vorbereitet zu sein.

Generalmajor Bork betont, daß selbstverständlich alles getan sei, damit zusätzliche Kräfte herangebracht werden könnten. Aber sie seien zunächst einmal in den besonders gefährdeten Gebieten angesetzt und reichten für die Erfüllung sämtlicher Aufgaben nicht aus. Die Lage werde sich kaum ändern, bevor nicht grössere Verbände hereinkämen.

Staatssekretär Koppe teilt mit, daß der Reichsführer SS für alle Fälle ein Korps an die Westgrenze des Generalgouvernements im Warthegau, bestehend aus Polizei und Waffen-SS, legen wolle. Vielleicht könnte man diese Truppenteile etwas vorziehen, denn sie würden schon durch ihre blosse Anwesenheit in Petrikau und Tomaschow wirken.

Präsident Dr. von Craushaar geht dann nochmals auf die Frage der Arbeiterwerbung ein und will dabei die Freiwilligkeit besonders gefördert wissen. Ein Weg zu dieser Freiwilligkeit könne vielleicht darin gesehen werden, daß diejenigen, die sich zu dieser Arbeit meldeten, vom Arbeitseinsatz für Deutschland freigestellt würden.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Dr. Bühler erwidert Generalmajor Bork, daß er die genaue Kopfzahl der benötigten Arbeiter nicht angeben könne. Man wolle diese Arbeit auch so organisieren, daß den Einheimischen einheimische Führer gegeben würden.

Gouverneur Kundt kommt noch einmal auf die Frage der beiden Läger in Kielce und Konskie zu sprechen.

12.5.1944

Präsident Dr. von Craushaar fügt ergenzend hinzu, daß er sich bei den Insassen des Lagers Kielce um Kriegsversehrte russischer Herkunft handle, die unter Verantwortung des Ostministeriums ausgeheilt und umgeschult würden. Wenn möglich, müsse dieses Lager an eine andere Stelle verlegt oder für das Lager eine dem Wehrkreiskommando unterstelltemilitärische Führung gegeben werden.

Staatssekretär Dr. Bühler ist der Auffassung, daß abgesehen von den politisch ungünstigen Ausstrahlungen das Vorhandensein dieser Läger im Generalgouvernement angesichts der Raumnot einfach nicht mehr zu verantworten sei. Die Läger müßten frei gemacht werden, und er bitte Präsident Dr. von Craushaar, diese Frage in Benehmen mit Generalmajor Bork zu klären. - Ein zweiter Punkt sei das Vorhandensein mehrerer Truppenübungsplätze der Wehrmacht, die auf dringendes Verlangen evakuiert, niemals in Anspruch genommen worden seien und jetzt den Banditen dienten.

Gouverneur Dr. Wächter weist darauf hin, daß trotz Protest der Verwaltung seinerzeit auf Betreiben der Wehrmacht diese Truppenübungsplätze in Galizien hätten geräumt werden müssen. Dort versammelten sich jetzt die Sowjetbanden, auch sei ein solcher Truppenübungsplatz der beste Luftlandeplatz.

Generalmajor Bork bemerkt, daß die Plätze aufgelassen worden seien und sich infolgedessen niemand finde, der sich dafür interessiere.

Gouverneur Kundt bemerkt, man mache sehr häufig die Beobachtung, daß Wehrmachtsteile, die vom Osten kämen, oder in rückwärtige Stellungen gebracht würden, eine grosse Zahl von nichtdeutschen Wehrmachtsgefolge samt Familien mitbrächten. Es wäre zweckmässig, wenn man aus diesen Menschen Arbeitsbataillone aufstellte.

Generalmajor Bork gibt zu bedenken, daß eine Anzahl von Werkstätten auf diese Kräfte angewiesen sei. Alle diese Elemente liefen nun unkontrolliert und ohne Auf-

sicht herum. Weiter handle es sich sehr oft um die Angehörigen von früheren Trecks, die aus Rußland zurückgezogen worden seien und die jetzt abgefangen würden.

Präsident Dr. von Craushaar ist der Meinung, daß es sich hier um Wehrmachtsangehörige handle, die einfach am Ort bleiben müßten, weil die von der Wehrmacht eingesetzten Männer wegblieben.

Gouverneur Kundt verweist dann auf eine zwischen dem Distrikt Radom und dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums im Einvernehmen mit dem Wehrkreisbefehlshaber getroffe Vereinbarung des Inhalts, daß die deutschen Schulen von der Quartierleistung unberührt blieben, solange nicht das rückwärtige Gebiet zum Operationsgebiet werde. Sollte jetzt diese Regelung geändert werden, so würde damit das ganze Erziehungsaufbauwerk zerstört werden. Es sei aber leider so, daß gewisse Wehrmachtskreise unbedingt auf die zur Verfügungstellung deutscher Gebäude Wert legten.

Generalmajor Bork verläßt hierauf das Beratungszimmer.

In der fortgesetzten Gouverneur-Besprechung teilt Gouverneur Kundt mit, daß er seinen Erlaß zur Frage der Sicherungs- und Alarmstufe der Regierung zur Kenntnisnahme geschickt habe.

Präsident Dr. von Craushaar bemerkt, daß in der Frage der Räumung ein kurzer Erlaß von ihm erscheinen werde, der im wesentlichen das legalisiere, was praktisch schon geschehen sei.

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt dann das Wort zu einer Richtigstellung. Daß der Reichsführer SS in Breslau bezüglich der Gesundheitsverwaltung eine Sonderverwaltung als notwendig anerkennt habe, sei nicht richtig. Der Reichsführer sei lediglich auf die Gesundheitsverwaltung zu sprechen gekommen, als er für die Einheit der Verwaltung plädiert habe. Er habe gesagt: wenn ein Landrat die Anzeige über einen Sterbefall unbedingt durch seine

Post gehen lassen wolle, so solle er lieber Landbriefträger sein als Landrat. Die Einheit der Verwaltung könne nicht ohne weiteres geschaffen werden, sondern dazu bedürfe es einer Führerpersönlichkeit. Auch ein ausgegliedertes Gesundheitsamt müsse sich in die Einheit der Verwaltung einfügen, wie andererseits bei der Eingliederung ebenso eine gedeihliche Zusammenarbeit möglich sei. Es komme eben auf die Erziehung an. Bedauerlich sei, daß die Ärzte angesichts der Aufklärung durch Präsident Dr. Teitge etwas unruhig geworden seien. Andererseits wäre er dafür, den jetzigen Zustand bestehen zu lassen.

Den Wodkaverkauf dürfe man nicht nur unter den Gesichtspunkt des Verkaufes von Ware ansehen. Wodka sei im Generalgouvernement ein Monopolprodukt und ein Mittel für die Einhebung von Steuern, wie jede andere indirekte Steuer. Wenn sich die Kreise, die über grosse Geldmittel verfügten, an dem Absatz von Wodka dadurch beteiligten, daß sie statt 8,-- Zloty 170,-- Zloty bezahlten, so stelle das eine ideale Einigung von Steuern dar.

Gouverneur Dr. Wächter gibt zu bedenken, daß dieser Wodkaverkauf bisher kaum 3 Millionen Zloty erbracht habe und es sich deswegen kaum lohne, eine so grundlegende Änderung in dem Absatz des Wodka herbeizuführen.

Gouverneur Kundt betont, daß durch diesen freien Wodkaverkauf die ganze Prämienerfassung gefährdet werde.-

Staatssekretär Dr. Bühler kündigt an, daß diese Frage Gegenstand einer Sonderbesprechung sein werde. - Was die Strafanordnungen der polnischen Verwaltungsbehörden angehe, so halte er die Entwicklung an sich für ganz richtig, nur sei die Frage noch nicht richtig durchgedacht, vielleicht sei auch diese Anweisung zu früh herausgegangen. - Vor wenigen Tagen sei vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei der Antrag gestellt worden, die Arbeiterwerbung für das Reich aus sicherheitspolizeilichen Gründen generell einzustellen. Er glaube nicht,

daß ein solcher Beschluß von seiner Seite aus publiziert werden könne. Er habe die Absicht, folgendermassen zu verfahren: man bemühe sich, Arbeitskräfte zu bekommen; gelinge es, dann habe man seine Pflicht getan. Aber er wolle den zuständigen Instanzen auch sagen, welche Zwangsmittel sie anwenden dürften und welche verboten seien.

Was die Tätigkeit des Beauftragten für die Werkküchenverpflegung und die Leistungssteigerung angehe, so sei es Sache des Präsidenten Struve, ihn gegebenenfalls in seine Grenzen zurückzuweisen. Im übrigen liege in dem dem Bereichsleiter Bodo Stahr gewordenen Auftrag wohl auch etwas Gutes; denn bisher sei eigentlich jede Werkküche nach anderen Grundsätzen geführt worden. Auch sei nicht einzusehen, weshalb nicht eine Leistungssteigerung für Fremdvölkische angestrebt werden sollte. Sie werde schon durch eine zufriedenstellende Werkküchenverpflegung erreicht. Die Schulung dürfe selbstverständlich unter keinen Umständen ohne Mitwirkung der allgemeinen staatlichen Instanzen stattfinden. Er habe bereits darauf hingewiesen, daß der Ausfall an Wirtschaftsgütern, der jetzt in den Distrikten Lublin und Lemberg eintrete, durch um so intensivere Anstrengungen in den drei unberührten Distrikten wettgemacht werden müsse. Er bitte die Gouverneure, nicht zu warten, bis die Hauptabteilungen ihnen das, was sie eigentlich einsparen müßten, gäben, sondern sich selbst aktiv zu betätigen um im Interesse ihrer Distrikte Rohstoffe und Produktionsmittel in die Hand zu bekommen.

18[50] Schluß der Gouverneur-Sitzung.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

END OF

VOL. # 38

R.12

END OF

VOL. # 38

R. 12

END OF

VOL. # 38

R.12